

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0

Abwägungsdokumentation

Behandlung der im Beteiligungs- und Auslegungsverfahren zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 5. Oktober 2021 vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise

Stand 11. Juni 2025

Anlage 2 zum Bericht über das Erarbeitungsverfahren vom 10. Juni 2026

Beschlüsse der Regionalversammlung
Nummer 01/04/01 vom 26. Juni 2025 und
Nummer 03/07/01 vom 25. Juni 2026

Erarbeitet von der:

Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming
Oderstraße 65
14513 Teltow
www.havelland-flaeming.de

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 2248 (Ausgabedatum: 11.06.2025)

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 1 / Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1463	Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, eine Stellungnahme abgeben zu können. Uns liegen der Integrierte Regionalplan mit den textlichen und zeichnerischen Festlegungen und der Begründung, der Umweltbericht sowie die dazugehörigen Unterlagen vor. Die Regionalen Planungsgemeinschaften sind nach dem „Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPlG) vom 8. Februar 2012 (GVBl. 1 Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. 1 Nr. 19)" Träger der Regionalplanung. Folgende Grundlagen gelten für die Stellungnahme: • Sachlicher Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe", veröffentlicht am 26. August 1998 im Amtlichen Anzeiger für Brandenburg Nr. 33 • Aufstellungsbeschluss des integrierten Regionalplanes der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald vom 20.11.2014 • Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte" veröffentlicht am 22. Dezember 2021 im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 50	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 25 Wünsdorf		
BE-ID: 1465	- keine Einwendungen, - Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit (Beachtungspflicht rechtskräftiger Regionalpläne), - Einwendungen mit Berücksichtigungspflicht auf Grundlage von Regionalplanentwürfen, eigenen Entwicklungskonzepten und informellen Planungen, - Bedenken und Anregungen | Bitte um Überprüfung der Abstände zum Wohngebäude an der L47 in der Stadt Mittenwalde OT Töpchin. Das Windeignungsgebiet WEG 25 Wünsdorf wurde gemäß den in Anwendung gebrachten Kriterien (hier: Immissionsschützende Mindestabstände zu: W 1.1 dem Wohnen dienenden Gebäuden im unbeplanten Außenbereich (weniger als fünf Wohngebäude) von H 3.2 + 250 m (= 600 m)) mit 600 m zur Eignungsgebietsgrenze gepuffert. Die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald veröffentlichte bereits am 07. Oktober 2020 die voraussichtlichen Kriterien für ein gesamträumliches Planungskonzept zur Steuerung der Windenergienutzung. Dabei soll ein einheitlicher Schutzabstand von 1.000 m zu vorhandenen Gebäuden mit Wohn-, Kur- und Kliniknutzung und zu entsprechenden überbaubaren Grundstücksflächen in Kraft getretener Bebauungspläne in Anwendung gebracht werden. Dieser unterteilt sich in einen harten Anteil von 0 bis 400 m und in einen weichen Anteil von 400 m - 1.000 m. Auch Einzelgehöfte und Splittersiedlungen sollen wie auch im unwirksamen sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung" der Region Lausitz-Spreewald mit insgesamt 1.000 m gepuffert werden. Daher bittet die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald um die Prüfung, ob der in Anwendung gebrachte Abstand von 600 m zum gegenständlichen Wohngebäude hier analog zum Planungskonzept der Region Lausitz-Spreewald an die angestrebten 1.000 m angepasst werden kann.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
nicht zuordenbar		
BE-ID: 1468	Darüber hinaus geben wir Ihnen Auskunft über bestehende Regionalpläne und Planungsabsichten der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald. Beabsichtigte eigene Planungen: Am 15. September 2020 hat die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald die Planungskriterien für ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zur Steuerung der Windenergie beschlossen. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg vom 7. Oktober 2020 ist der§ 2c des Gesetzes zur Regionalplanung und Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPlG) in der Planungsregion Lausitz-Spreewald in Kraft getreten. Daraus ergeben sich zahlreiche Kriterien, die zur Steuerung der Windenergienutzung entsprechend den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichtes angewendet werden. Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald hat in ihrer Sitzung am 20.11.2014 die Aufstellung des Integrierten Regionalplanes und in der Sitzung am 28.11.2018 die Gliederung des Integrierten Regionalplanes beschlossen. Beide Beschlüsse wurden im Amtsblatt für Brandenburg vom 1. April 2020 veröffentlicht. Die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald befindet sich demzufolge im Aufstellungsverfahren zum Integrierten Regionalplan. Dieser enthält folgenden Themenbereiche: 1. Raumstruktur - Berliner Umland - Weiterer Metropolenraum 2. Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung - Zentrale Orte - Grundfunktionale Schwerpunkte 3. Wirtschaft - Vorsorgestandorte für großflächige gewerblich-industrielle Vorhaben (GIV) - Regional bedeutsame Gewerbegebiete - Rohstoffsicherung und -gewinnung 4. Freiraumentwicklung - Regionaler Freiraumverbund - Landwirtschaft - Forstwirtschaft - Oberflächengewässer - Kulturlandschaften/Tourismus 5. Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels - Klimaschutz und Klimaanpassung - vorbeugender Hochwasserschutz - Windenergienutzung - Photovoltaikfreiflächenanlagen 6. Verkehr und lnfrastrukturentwicklung - Regional bedeutsame Verkehrsachsen 7. Regionale Kooperation Wir bitten Sie um Beteiligung im weiteren Verfahren und wünschen Ihnen für dieses viel Erfolg.	Die Auskünfte über Planungsabsichten der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald werden zur Kenntnis genommen. Eine Beteiligung am weiteren Verfahren wird gewährleistet.
TÖB-Nr.: 2 / Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 831	Die Inhalte des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sind für die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel (RPG) insgesamt nachvollziehbar und sie erscheinen für die gesamträumliche Entwicklung von maßgeblicher Bedeutung. Die RPG unterstützt die Planungen in den beschriebenen Themen bereichen. Konflikte aufgrund von regionalplanerischen Festlegungen in Havelland-Fläming und Prignitz-Oberhavel sind nicht erkennbar.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 832	Vorbehaltsgebiete Siedlung: Die dargestellten Vorbehaltsgebiete in der direkten Nachbarschaft zu Prignitz-Oberhavel sind nachvollziehbar und lassen keine Konflikte mit Entwicklungen in Prignitz-Oberhavel erkennen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 833	Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: Die dargestellten Standorte befinden sich nicht in der direkten Nachbarschaft zu Prignitz-Oberhavel und lassen keine Konflikte mit Entwicklungen in Prignitz-Oberhavel erkennen.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 834	Vorbeugender Hochwasserschutz: Die dargestellten Gebiete in der direkten Nachbarschaft zu Prignitz-Oberhavel sind nachvollziehbar und lassen keine Konflikte mit Entwicklungen in Prignitz-Oberhavel erkennen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 835	Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Die dargestellten Gebiete befinden sich nicht in der direkten Nachbarschaft zu Prignitz-Oberhavel und lassen keine Konflikte mit Entwicklungen in Prignitz-Oberhavel erkennen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 836	Gebiete für oberflächennahe Rohstoffe: Die dargestellten Gebiete befinden sich nicht in der direkten Nachbarschaft zu Prignitz-Oberhavel und lassen keine Konflikte mit Entwicklungen in Prignitz-Oberhavel erkennen.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 837	Vorranggebiete für die Landwirtschaft: Die dargestellten Gebiete in der direkten Nachbarschaft zu Prignitz-Oberhavel sind nachvollziehbar und lassen keine Konflikte mit Entwicklungen in Prignitz-Oberhavel erkennen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 838	Bezüglich der regionalplanerischen Festlegungen in Prignitz-Oberhavel werden folgende Hinweise gegeben: Hinweise zu wirksamen Regionalplänen in Prignitz-Oberhavel - Sachlicher Teilplan Rohstoffsicherung (2012) mit Festlegungen zu Vorrang- und Vorbehaltsgebieten „Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" - Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (2020) mit Festlegungen zu den Grundfunktionalen Schwerpunkten (GSP), zu deren Siedlungsentwicklung und zu der Einbindung der GSP in das Verkehrsnetz. Hinweise zu beschlossenen, aber nicht wirksamen Regionalplänen in Prignitz-Oberhavel Der Sachliche Teilplan "Freiraum und Windenergie" (2018) wurde teilweise genehmigt. Der Genehmigungsbescheid ist Gegenstand eines Klageverfahrens und daher noch nicht rechtskräftig. Der Sachliche Teilplan "Freiraum und Windenergie" enthält Festlegungen zu Vorbehaltsgebieten "Historisch bedeutsame Kulturlandschaften" und zu Vorranggebieten „Freiraum". Hinweise zu in Aufstellung befindlichen Regionalplänen in Prignitz-Oberhavel Der Gesamtplan (Aufstellungsbeschluss 2019) soll Festlegungen zu Gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten, zu Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung und zum vorbeugenden Hochwasserschutz treffen Der sachliche Teilplan "Windenergienutzung" (2021) soll die Planung und Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen durch die Ausweisung von Eignungsgebieten steuern.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 3 / Landkreis Havelland		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 685	Im Rahmen der o.g. Beteiligung wurden folgende betroffene Behörden, Ämter bzw. Sachgebiete des Landkreises Havelland zur Stellungnahme aufgefordert: - Kämmerei - Schulverwaltungsamt - Sozialamt - Jugendamt - Untere Denkmalschutzbehörde - Umweltamt - Untere Naturschutzbehörde - Untere Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde - Untere Wasserbehörde - Bauordnungsamt. - Amt für Landwirtschaft, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Weitere Behörden, Ämter und Sachgebiete des Landkreises Havelland sind von diesem Vorhaben nicht direkt betroffen.	Die Angaben über die beteiligten Behörden, Ämter bzw. Sachgebiete werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 686	Untere Denkmalschutzbehörde, Bodendenkmalpflege: Zu allen Themenbereichen ist aus Bodendenkmalpflegerischer Sicht erneut darauf hinzuweisen, dass Bodendenkmale, die an der heutigen Oberfläche erkennbar sind, einen besonderen Schutzstatus genießen (BbgDSchG § 2). Hierzu zählen z. B. mittelalterliche Landwehren, Befestigungsanlagen der Vor- und Frühgeschichte und des Mittelalters, urgeschichtliche Grabhügel, Schälchensteine, Steinkreuze. Derartige Strukturen sind im bestehenden Zustand zu erhalten und dürfen nicht verändert werden. Um ihre Wirkung und Erlebbarkeit als Bestandteile der Kulturlandschaft zu bewahren, steht neben den Denkmalbereichen selbst auch deren Umgebung (mindestens 250 m) unter Schutz und darf nicht verändert werden (s. Az 61-0,0020-21 5.1). Hinweise 1. Sobald konkrete Untersuchungsräume abgegrenzt sind, deren Maßnahmen Erdeingriffe bedingen, ist die untere Denkmalschutzbehörde erneut zu beteiligen. 2. Einzelheiten werden im Rahmen des denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahrens geregelt.	Die Feststellung, ob ein Vorhaben die nähere Umgebung eines Denkmals, soweit sie für dessen Erhaltung, Erscheinungsbild oder städtebauliche Bedeutung erheblich ist, nachteilig verändert, ist eine Entscheidung im Einzelfall. Die mögliche Betroffenheit von oberflächlich erkennbaren Bodendenkmalen wurde anhand der vom BLDAM zur Verfügung gestellten Datensätze überprüft. In einigen Fällen sind solche Bodendenkmale und deren Umgebung durch ihre Lage im Siedlungsbereich von der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung betroffen. Hier wird davon ausgegangen, dass die mögliche Beeinträchtigung bereits eingetreten ist und somit auch nicht vermieden werden kann. In drei Fällen sind Bodendenkmale im Randbereich von Vorranggebieten Siedlung betroffen, die jedoch durch ihre Lage im Wald aus einer Entfernung von 250 Metern nicht erkennbar sind. Von einer Beeinträchtigung durch die Festlegung des Regionalplans kann hier nicht ausgegangen werden. Eine genauere Prüfung ist gegebenenfalls in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzunehmen. Das Bodendenkmal 24260 befindet sich im Vorbehaltsgebiet für die Rohstoffgewinnung VB 14 und in 150 Meter Entfernung zum Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung VR 10, im Landkreis Teltow-Fläming. Es handelt sich um obertägig sichtbare urgeschichtliche Grabhügel. Die Betroffenheit wurde in den entsprechenden Prüfsteckbriefen im Rahmen der Umweltprüfung dokumentiert. Im VR 10 findet ein Rohstoffabbau aktiv satt. Eine genauere Prüfung in Bezug auf die §§ 7, 8 und 9 BbgDSchG ist in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzunehmen.
BE-ID: 697	Ferner wird auf die Folgen des Klimawandels mit prognostizierten sinkenden Grundwasserständen bei gleichzeitig erhöhtem Wasserverbrauch hingewiesen, sodass die Sicherung der bestehenden Trinkwasserschutzgebiete äußerste Priorität bei allen Entscheidungen haben muss. Eine simple Verlegung von Wasserwerksbrunnen und Ihren Wasserwerken ist oftmals bereits aus hydrogeologischen Gründen gar nicht möglich, beispielsweise, weil die Ergiebigkeit des Grundwasserleiters am neuen Standort zu gering ist (Leerlaufen des Grundwasserleiters bei Förderung) oder das Grundwasser auf Grund geogen bedingter	Die Hinweise zu sinkenden Grundwasserständen werden zur Kenntnis genommen. Die Trinkwasserschutzgebiete wurden im Regionalplanentwurf 3.0 berücksichtigt. Eine Planänderung ist nicht notwendig.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Versalzung (Binnenversalzung insbesondere im Havelland entlang der pleistozänen Rinnen) teilweise bis zur Geländeoberkante für eine Trinkwassergewinnung nicht geeignet ist bzw. die Trinkwasseraufbereitung (Entsalzung) immense Kosten beim Trinkwasserversorger verursachen, die entsprechend auf den Endverbraucher umgelegt werden.	
BE-ID: 3481	Folgende Ämter und Behörden haben eine Stellungnahme abgegeben, hier nicht aufgeführte Ämter und Behörden haben keine Einwände oder Hinweise.	Der Hinweis, dass Belange nicht benannter Ämter und Behörden nicht betroffen sind, wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 711	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: Anhand der Erläuterungen kann nicht nachvollzogen werden, warum die im Text mehrfach als „geeignet" bzw. „bedingt geeignet" herausgestellten Gebiete „Brieselang - GVZ Erweiterung" sowie „Nauen -Ost" nicht in der Festlegungskarte dargestellt wurden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Gründe für die Entscheidung, die genannten Gebiete nicht als großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte festzulegen und somit auch nicht in der Festlegungskarte darzustellen, kann anhand der Rn. 103 bis 106 der Planbegründung nachvollzogen werden. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 12 Knoblauch-Kapellberg		
BE-ID: 687	Baudenkmalpflege Aus Sicht des Denkmalschutzes ist ein Einwand geltend zu machen: Das Vorranggebiet 12 für Rohstoffgewinnung umschließt offenbar - abgesehen von einer Zuwegung - vollständig den Standort des ehemaligen Belvedere-Turmbaus auf dem Kapellenberg oberhalb von Paretz. D.h. der Hügel würde weitgehend abgegraben, die hergebrachte Topografie vollständig verändert werden. Der Belvedere-Turmbau war ein das Landschaftsbild gestaltendes Bauwerk, das nördlich des von König Friedrich-Wilhelm III. von Preußen durch David Gilly angelegten Dorfes Paretz (heute unter Denkmalschutz stehend) für Königin Luise und König Friedrich-Wilhelm III. vorgesehen war. Der Verlauf des historischen Königweges von Paretz auf den Kapellenberg ist noch nachvollziehbar. Der Bau wurde 1960 abgebrochen. Es finden sich jedoch noch Überreste im Erdreich, sodass gegenwärtig von einem Schutzstatus als Bodendenkmal auszugehen ist. Geschützt ist auch die Umgebung von Denkmalen, soweit sie für dessen Erhaltung, Erscheinungsbild oder städtebauliche Bedeutung erheblich ist (Umgebungsschutz, § 2 Abs.3 BbgDSchG). Der Kapellenberg hat eine wichtige Bedeutung für den Paretzer Landschaftsraum und darüber hinaus. Im Hinblick auf die Erlebbarkeit des Landschaftsraumes und gegebenenfalls auch eine zukünftige Rekonstruktion des Belvedere-Turmes ist auf eine Inanspruchnahme des Kapellenberges für Sandabbau zumindest südlich und östlich des Belvedere-Standortes zu verzichten.	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, führen aber alleinig zu keiner Änderung in der regionalplanerischen Festlegung. Die Möglichkeit, die Topographie und damit den Landschaftsraum mit historischem Hügelblick zu erhalten, wie auch ein Belvedere zu errichten, kann bei der Erarbeitung eines Rahmen- sowie Abschlussbetriebsplanes mit dem LBGR erörtert werden. Ansonsten gelten die bei Bodenarbeiten denkmalschutzüblichen rechtlichen Bestimmung (z.B. Anzeige- und Dokumentationspflichten). Allerdings sind der Planungsgemeinschaft geänderte Facheinschätzungen des LBGR mitgeteilt worden, wonach dem ursprünglichen Gebietsvorschlag nicht mehr gefolgt wird.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 717	Amt für Landwirtschaft, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung: Landwirtschaftliche Belange stehen in Konkurrenz mit den Belangen der Windenergie und des Rohstoffabbaus. Gebiete, die vom Rohstoffabbau betroffen sind, liegen in den Gemarkungen Großwudicke, Lietzow, Möthlow, Vietznitz, Zachow, Gräningen, Hoppenrade, Möthlitz, Nennhausen, Nitzahn, Vieritz und Warsow. Die Konkurrenz um Flächen für den Rohstoffabbau ist temporärer Natur. Nach Abschluss des Rohstoffabbaus werden die Flächen wieder verfüllt und stehen einer landwirtschaftlichen Bewirtschaftung oftmals wieder zur Verfügung. Weiterhin weist der Entwurf des Regionalplanes Windeignungsgebiete in den Gemarkungen Wustermark, Nitzahn, Zollchow, Nauen sowie der Gemeinde Ketzin/Havel aus. Hierbei werden die Flächen für den Bau, den Betrieb sowie die Infrastruktur der Windenergieanlagen dauerhaft beansprucht. Im Genehmigungsverfahren neuer Anlagen muss eine Abwägung örtlicher und kleinmaßstäblicher Belange erfolgen (siehe Gemeinsames	Eine Wiedernutzbarmachung für eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung nach erfolgter Rohstoffgewinnung ist möglich. Diese kann im Rahmen der Zulassungsverfahren zu Betriebsplänen für die Rohstoffgewinnung geregelt werden. Die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021 wurden in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ausgegliedert. Darin wurden Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt. Die Aussage zur Abwägung im Genehmigungsverfahren neuer Windenergieanlagen ist zutreffend.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Rundschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR) und des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSWV) zur raumordnerischen, bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Beurteilung von Windenergieanlagen vom 16.01.2001).	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 Siedlung		
BE-ID: 707	Bauordnungsamt Hinweise zum G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Begründung IV.1. ff: Darstellungen, die im Widerspruch zu allgemeinen Planungsdirektiven der Bauleitplanung stehen, sollten vermieden werden. Das betrifft zum einen bandartige Siedlungserweiterungen in den Außenbereich hinein, die dem Grundsatz der Innenentwicklung entgegenstehen und der Zersiedlung des Außenbereichs bzw. der Landschaft Vorschub leisten: Beispiel Stadt Nauen OT Markee: Am östlichen Ortsrand ist im Bereich des Flst. 57/2 Flur 6 eine Siedlungsfläche dargestellt, die den hier deutlich ausgeprägten und geradlinigen Siedlungsrand an einer einzigen Stelle in den Außenbereich hinein vorschiebt. Völlig unklar ist, warum gerade an dieser Stelle eine Siedlungserweiterung durch Inanspruchnahme des Außenbereichs raumordnerisch erwünscht sein soll, und nicht z.B. auch die nördlich und/oder südlich davon gelegenen Flächen. Beispiel Stadt Ketzin: Die Darstellung von bandartigen Vorbehaltsflächen „Siedlung" im baulich völlig unvorbelasteten Außenbereich entlang des „Grünen Weges" östlich der Stadt Ketzin dürften erheblich im Widerspruch zu den allgemeinen Planungsdirektiven des BauGB, insbesondere dem Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung sowie der Vermeidung der Zersiedlung des Außenbereichs stehen. Zudem stehen im Siedlungsbereich der Stadt erhebliche ungenutzte Siedlungspotentiale zur Verfügung. Beispiel Gemeinde Wustermark OT Hoppenrade: Auch die im Süden des Ortsteils weit in den Außenbereich hineinragende vorhandene Kleingartenfläche erscheint zur Darstellung als Vorbehaltsfläche „Siedlung" nicht geeignet, da gemäß der Kriterienbegründung derartige bandartige Erweiterungen in den Außenbereich sowie Neuentstehung von Splittersiedlungen gerade vermieden werden sollen. Beispiel Stadt Friesack: Die o. g. Ausführungen treffen auch auf die fingerförmig in den Außenbereich hineinragende Fläche am südlichen Siedlungsrand der Stadt Friesack zu, die an dieser Stelle einer unerwünschten Landschaftszersiedlung Vorschub leisten würde. In Friesack stehen im Siedlungsbereich im Sinne des § 13a BauGB wesentlich geeignete Flächen zur Siedlungsentwicklung zur Verfügung.	Die Anregung ist nachvollziehbar und die Flächenausweisungen wurden diesbezüglich überprüft. Gelegentlich noch verbliebene bandähnliche Strukturen resultieren aus der Lage in den gemäß Planungskonzept geforderten Erreichbarkeiten und erfüllen auch die weiteren Stufen des Planungskonzeptes und sind danach nicht weiter als 100m zu vorhandenen Siedlungsgebieten gelegen. Im Zusammenspiel mit LEP HR Z 5.2 Anschluss neuer Siedlungsflächen ist sichergestellt, dass eine schrittweise Entwicklung stets im Siedlungsanschluss vonstatten gehen wird. Im Fall vom OT Markee (Stadt Nauen) wurde das Vorbehaltsgebiet den Bestimmungen der Wasserschutzgebietsverordnung zur Zone IIIA angepasst, wonach benannte Flächen entfallen. Die Hinweise zum Grünen Weg in der Stadt Ketzin/Havel sowie zur Gemeinde Wustemark OT Hoppenrade und Stadt Friesack sind zutreffend; die Flächen der Vorbehaltsgebiete Siedlung werden in diesen Bereichen zurück gesetzt.
BE-ID: 708	Darstellungen von Außenbereichsflächen als Vorbehaltsgebiet „Siedlung" die aufgrund von Normenkollisionen gar nicht überplanbar bzw. bebaubar sind, sollten vermieden werden. Beispiel Stadt Nauen OT Markee: Am nördlichen Ortsausgang sind entlang der L 86 sowie des Weges „Am Rohrbruch" Vorbehaltsgebiete „Siedlung" dargestellt, die sich innerhalb der Trinkwasserschutzzone III A des Wasserwerks Nauen befinden. Die Aufstellung von B-Plänen zur Neuentwicklung von Wohngebieten ist auf diesen Flächen untersagt; es besteht eine Normenkollision mit der Schutzgebietsverordnung. Beispiel OT Buschow der Gemeinde Märkisch Luch: Im Bereich des Siedlungsbereichs „Kolonie" wurde eine fingerförmig weit in den Außenbereich hineinragende Fläche (Splittersiedlung) als Vorbehaltsgebiet „Siedlung" dargestellt, die aufgrund des Widerspruchs zur Schutzgebietsverordnung zum LSG „Westhavelland" schon während des Aufstellungsverfahrens zum FNP aus den Bauflächendarstellungen herausgenommen werden musste. Eine bauliche Entwicklung erscheint hier weder naturschutzfachlich möglich noch städtebaulich erwünscht.	Die Anregung ist nachvollziehbar und die Flächenausweisungen wurden diesbezüglich überprüft. Im Fall vom OT Markee (Stadt Nauen) wurde das Vorbehaltsgebiet den Bestimmungen der Wasserschutzgebietsverordnung zur Zone IIIA angepasst, wonach benannte Flächen entfallen. Auch in Fällen von Überschneidungen mit LSG, wurden unbebaute Flächen dargestellter Vorbehaltsgebiete zurück gesetzt.
BE-ID: 709	Eine zu starre Anwendung des Kriterienkatalogs für die Darstellung von Vorbehaltsflächen „Siedlung", die zu städtebaulich kaum nachvollziehbaren Darstellungen innerhalb einer einzigen Ortslage führt, sollte vermieden werden. Dieses betrifft zusammenhängende Orts-/Gemeindeteile, in denen innerhalb eines einzigen Siedlungsbereichs teils auf wenig geeigneten Flächen neue Siedlungsgebiete dargestellt, teils sehr	Der dargelegte Sachverhalt ist nachvollziehbar und führt nach erneuten Überprüfungen der Flächen zu einer Planänderung im Gebiet der Gemeinde Pessin. Begründung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	gut für die Siedlungsentwicklung geeignete Flächen von der Darstellung ausgenommen werden. Beispiel Stadt Nauen, Ortsteil Markee, Markau: Flächenneuausweisungen sind - wie oben beschrieben - nur im Siedlungsteil Markee auf städtebaulich problematischen bzw. auf gar nicht bebaubaren Flächen erfolgt, während der direkt südlich anschließenden Siedlungsteil Markau, auf den die nahezu identischen Darstellungskriterien zutreffen dürften, gar nicht als Vorbehaltsgebiet „Siedlung" dargestellt wurde, obwohl dort durchaus größere geeignete Innenentwicklungsflächen zur Verfügung stehen würden. Beispiel Gemeinde Pessin: Hier wurde der gesamte südliche Gemeindeteil von der Darstellung als Vorbehaltsgebiet „Siedlung" ausgenommen, obwohl durchaus noch geeignete Siedlungsflächen für eine Innenverdichtung oder Abrundung des Siedlungsteils zur Verfügung ständen. Sollte die oben beschriebene unterschiedliche Darstellungsweise innerhalb einer einzigen Ortslage darin begründet sein, dass ein Teil nur geringfügig weiter vom nächsten Haltepunkt des ÖPNV entfernt liegt und dieses Darstellungskriterium somit geringfügig überschreitet, sollten für derartige Fälle entsprechende Ausnahmemöglichkeiten im Kriterienkatalog vorgesehen werden.	von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sowie konfliktarm sind. In den Fällen der Stadt Nauen, Ortsteil Markee, Markau sowie in Pessin Süd sind nicht eine der drei geforderten Erreichbarkeiten (zu Fuß, mit dem Fahrrad, per ÖPNV) der definierten Versorgungseinrichtungen gegeben. Ausnahmen sind möglich, wenn wenigstens eine der geforderten Erreichbarkeiten gegeben ist. Im Fall von Pessin wird dagegen im zentralen Siedlungsbereich mit dortig gegebener Erreichnarbeit von einer geringfügig größeren Flächendarstellung Gebrauch gemacht. Das Vorbehaltsgebiet hier wird entsprechend erweitert. Die Anwendung des Planungskonzeptes in obig gewünschter raumordnerischer Qualitätsausprägung der Vorbehaltsgebiete Siedlung scheint gelegentlich unflexibel, eine bauliche Entwicklung außerhalb dieser wird aber mit folgendem Hinweis zur Anwendung letztendlich nicht verhindert: "Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen." Darüber hinaus sind gelegentliche "Abbrüche" in der flächenhaften Festlegung der Vorbehaltsgebiete in der Unzugänglichkeit der Freiraumfestlegungen des LEP HR auch über Siedlungsbereiche begründet. Plangeber des nach LEP HR als Ziel 6.2 festgesetzten Freiraumverbundes sind die Länder Berlin und Brandenburg.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 b) dd) Stufe 4		
BE-ID: 710	Weitere Hinweise zum Kriterienkatalog Die aus Rdnr. 60 der Begründung ersichtliche Beschränkung auf die Zonen I und II von Wasserschutzgebieten erscheint nicht ausreichend zu sein, wenn teilweise schon in der Zone III Festlegungen enthalten sind, das eine Überplanung von Flächen, die nicht schon im FNP als Baufläche ausgewiesen sind, oder die wesentliche Erhöhung der GRZ in Bestandsgebieten verboten sind (Beispiel: Verordnung TWSZ Nauen, § 4 Nr. 14, 15).	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Anwendung zu Kriterien in Fällen abzuwägender Raumkonflikte gemäß Rdnr. 61 zu Wasserschutzgebieten Zone III, insbesondere IIIA und II erfolgte nochmals. In Anpassung an die Verbote gemäß der Schutzgebietsverordnungen (i.d.R. § 4 Nr. 14 und 15) zur Schutzzone IIIA von Trinkwasserschutzgebieten wird eine Reduzierung der Vorbehaltsgebiete Siedlung auf Gebiete bestehender Siedlungen bzw. bestandskräftiger kommunaler Planungen vorgenommen. Das betrifft folgende Trinkwasserschutzzonen: - Wasserschutzgebiet Nauen (im Bereich Markee - nicht jedoch genehmigte Bebauungspläne "Wohngebiet Markee-Nord" und "Markeer Hauptstraße 3" der Stadt Nauen) - Wasserschutzgebiet Premnitz-Königshütte (im Bereich Premnitz Ost) - Wasserschutzgebiet Milow (Herausnahme unbebauter Kleinbereich WSG II südlich der Karl-Marx-Straße) - Wasserschutzgebiet Beelitz (Herausnahme unbebaute Bereiche WSG IIIa Bergstraße) - Wasserschutzgebiet Rehbrücke

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		(Herausnahme Philippsthal Nord unbebaut) - Wasserschutzgebiet Wildenbruch (Herausnahme um zentrale Bereiche WSG Bergstraße) Anmerkung: Darüberhinaus gibt es in den Bereichen nur noch geringer Raumkonflikte die Möglichkeit der Überwindung vom Verbot von Neuausweisungen im WSG III nach § 52 Wasserhaushaltsgesetz WHG (sofern noch keine spezifiziert schutzbedürftige Klassifizierung nach IIIA festgelegt ist). In Vorbehaltsgebieten wird weder dem Belang des Wasserschutzes noch der Siedlungsentwicklung abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt, sodass eine maßstabsabhängig konkretisierende Abwägung zwischen diesen verbleibenden Raumansprüchen aus möglichem Trinkwasserschutz und raumordnerisch günstig gelegenen Siedlungsgebieten mittels Untersuchungen zu Fließzeitisochronen im Rahmen nachgeordneter Verfahren erfolgen kann.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 696	Untere Wasserbehörde Die regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming berücksichtigt mit dem vorliegenden Entwurf nicht die langfristige Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung gemäß § 50 Abs. 1 und 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Wasserschutzgebiete sind unabhängig von der Zonierung (Zone I, II, III bzw. III A und III B) weder als harte noch als weiche Tabuzone festgelegt. Die Zone I umfasst den Umkreis von 10 Metern um die jeweilige Wasserfassung. Die Zone II entspricht je nach hydrogeologischen Verhältnissen der 50-Tages-Isochrone (50 Tage Fließzeit des Grundwassers bis zur Fassung) bzw. allseitig mindestens 100 Meter Abstand um die jeweiligen Wasserfassungen. Zur Bemessung der Zone III wird die 30-Jahres-Isochrone (30 Jahre Fließzeit des Grundwassers bis zu Fassung) im Land Brandenburg verwendet. Vom Bebauungsverbot von Windkraftanlagen innerhalb dieser Zonen kann die zuständige Wasserbehörde gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Der Vorhabenträger einer Windkraftanlage bzw. Windkraftanlagenparks hat somit rechtlich die Möglichkeit einen Antrag auf Befreiung vom Bebauungsverbot zu stellen, jedoch ist eine Befreiung innerhalb der Zone II und insbesondere in der Zone I aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich. Die zuständige Wasserbehörde würde bei Erteilung einer Befreiung in den Zonen I und II augenscheinlich gegen§§ 50 Abs. 1 und 2, 51 Abs.1 und 52 Abs. 1 Satz 2 WHG verstoßen. Nicht nur dass der Schutzzweck durch mögliche Grundwasserverunreinigungen während der Bauphase der Windkraftanlagen massiv gefährdet werden würde und die Fundamente der über 200 m hohen Windkraftanlagen auf Grund Ihrer Tiefe Wegsamkeiten für wassergefährdende Stoffe beispielsweise aus Ihren eigenen Trafostationen schaffen würden, sondern es würde der Schutzzweck des Wasserschutzgebietes generell in Frage gestellt werden. Eine Befreiung vom Verbot der Bebauung mit Windkraftanlagen innerhalb der Zone I und Zone II wäre gleichbedeutend mit der Aufhebung des Wasserschutzgebietes. Havarien bei den Trafostationen (Auslaufen von wassergefährdenden Betriebsmitteln) der Windkraftanlagen würden in den Zonen I und II den Schutzzweck in großem Ausmaß gefährden, weil die Fließzeit des verunreinigten Grundwassers zu kurz wäre, um effektive Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Auch aus tatsächlichen Gründen ist der Bau von Windkraftanlagen innerhalb der Zone II und insbesondere in der Zone I gar nicht möglich. Die Referenzanlage im Umweltbericht zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit einer Gesamthöhe von 230 Metern, wird einen	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Fundamentdurchmesser von 25 Metern bis 27 Metern aufweisen. Aus physikalischen Gründen kann wo ein bestehender Körper ist, hier die Brunnenanlage innerhalb der Zone 1 (Zone 1: Umkreis von 10 Metern um die Brunnenanlage) kein zweiter Körper sein, hier die Windkraftanlage mit einem, Fundamentdurchmesser von 25 Metern bis 27 Metern.	
BE-ID: 706	Klimaschutz Die, geplanten Windeignungsgebiete erfüllen mit einem Anteil von 1,64 % der Gesamtfläche nicht das 2%-Ziel, das in der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg angestrebt wird. Nach den neusten Plänen der Bundesregierung soll das 2-Prozent-Ziel im Grundgesetz verankert werden (www.tagesschau.de/inland/windkraft-deutschland-habeck-klima-oekostrom-101.html). Hier ist zu erwarten, dass entsprechende Forderungen an die Länder und Planungsgemeinschaften weitergegeben werden. Deswegen sollten die Kriterien so angepasst werden, dass dieses Ziel mit dem neuen Regionalplan erreicht werden kann und der Regionalplan in absehbarer Zeit nicht seine Aktualität verliert. Dies könnte umgesetzt werden, indem den ermittelten Windeignungsgebieten weichere Planungskriterien zugrunde gelegt werden. So könnte etwa der 5-Kilometer-Mindestabstand zwischen den Eignungsgebieten und/oder die Obergrenze für die Fläche der Windeignungsgebiete modifiziert werden. Weiterhin könnten die von der Planungsgemeinschaft festgelegten Mindestabstandswerte zu Siedlungsflächen nach unten korrigiert werden. Im Havelland sind eine Vielzahl an bestehenden Windkraftanlagen nicht mehr innerhalb des Windeignungsgebiets (etwa auf der Nauener Platte). Das dürfte vorrangig am 5-Kilometer Mindestabstand zwischen Windeignungsgebieten und an den von der Planungsgemeinschaft festgelegten Mindestabständen zu Siedlungsgebieten liegen. Diese Flächen sollten künftig nicht generell vom Repowering ausgeschlossen werden. Denn der Vorteil hier gegenüber noch zu erschließenden Flächen ist, dass es bereits notwenige Infrastruktur gibt und durch den Gewöhnungseffekt mit Akzeptanz in der Bevölkerung zu rechnen ist. Es bliebe demnach zu überdenken, ob für diese Flächen „nur" die zwingend erforderlichen Abstände gelten können. Praktisch könnte der Regionalplan den erwartbaren politischen Forderungen gerecht werden, indem es neben den ermittelten Windeignungsgebieten „Ergänzungsflächen" gibt, die auf weicheren Planungskriterien basieren, in denen dann aber unter Umständen höhere Anforderungen bei der Errichtung von Windkraftanlagen gelten. So wäre etwa denkbar, dass in siedlungsnahen Bereichen Bürgerenergieprojekte ermöglicht werden oder ein finanzieller Ausgleich an die Kommune erfolgt. Zudem sollten hier höhere Anforderungen beim Immissions- und Sichtschutz gelten. Der Großteil der Fläche des Havellandes sind zudem besonders schützenswerte Landschaftsschutzgebiete. Jedoch wäre zu überlegen, ob etwa für Bürgerenergieprojekte Sonderregeln zugelassen werden, sodass Kommunen im Landschaftsschutzgebiet die Chance erhalten, nach umfassender naturschutzfachlicher Einzelfallprüfung und unter Bürgerbeteiligung von den Erneuerbaren Energien zu profitieren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 c) aa) W 01		
BE-ID: 712	Windenergienutzung, Mindestabstände zu Windenergieanlagen RdNr. 219, 220: Die Entscheidung, sämtlichen Arten von Mischbauflächen den gleichen immissionsschutzrechtlichen Schutzstatus wie allgemeinen Wohngebieten zuzubilligen, dürfte nicht rechtssicher begründbar sein. Angesichts der erheblichen Rechtsunsicherheit, die bei einer abzusehenden gerichtlichen Prüfung des RP möglicherweise zu einer gerichtlichen Unwirksamkeitserklärung der Darstellung führen könnte, wird empfohlen, zwischen den o.g. Baugebieten die in der Planungspraxis übliche Abstufung entsprechend der vorhandenen Regelwerke vorzunehmen, und den Mindestabstand zu gemischten Bauflächen entsprechend zu verringern. Rdnr. 224: Dieses trifft in gleichem Maße für die Entscheidung zu, Kleinsiedlungen im Außenbereich ab einer Größe von lediglich 5 Wohngebäuden, bei denen es sich in der Regel um klassische (raumordnerisch	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	unerwünschte) Splittersiedlungen im Außenbereich handeln dürfte, den gleichen immissionsschutzrechtlichen Schutzanspruch zuzubilligen wie allgemeinen Wohngebieten innerhalb vorhandener Siedlungsbereiche. Schon in Anbetracht der einschlägigen Rechtsprechung der letzten Jahre ist absehbar, dass diese Gleichstellung rechtlich nicht hinreichend begründbar sein dürfte und die Rechtssicherheit des gesamten Planwerks (oder Teilen davon) gefährden könnte.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 Zu Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 693	Auch der Ausschluss von flächigen Landschaftselementen gemäß Feldblockkataster sollte geprüft werden, zumal bestimmte Landschaftselemente durch die Baumschutzverordnung Havelland oder auch Landschaftsschutzgebietsverordnungen geschützt sind.	Bei der Überarbeitung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft wurde ausschließlich Ackerland aus dem Digitalen Feldblockkataster als Datengrundlage herangezogen. Dies hatte zunächst zur Folge, dass Landschaftseinheiten unberührt blieben. Aufgrund der Aggregierung der Vorrangflächen werden andere Flächennutzungen wie Landschaftseinheiten in der Festlegungskarte teilweise überlagert. Landschaftseinheiten haben in der Region nur eine maximale Größe von ca. zwei Hektar. Für zu berücksichtigende Belange gilt für die Vorranggebiete Landwirtschaft ein Darstellungsgrenzwert von mindestens fünf Hektar in der Festlegungskarte. Ziel der Aggregierung der Vorrangflächen ist es, die Fragmentierung zu reduzieren und eine angemessene Darstellung im Maßstab der Regionalplanung zu ermöglichen.
BE-ID: 694	Es ist weiterhin anzumerken, dass die Vorrangflächen Landwirtschaft auch Flächen mit umfassen, die Grünlandflachen gemäß dem Feldblockkataster sind. Die Datenbasis zum Ausschlusskriterium „Grünland" sollte überprüft/geändert werden.	siehe dazu BE ID 693
BE-ID: 714	Vorranggebiete für die Landwirtschaft, Punkt IV 2.4, Begründung zum Z 2.4: Die teilweise extreme Kleinteiligkeit der Flächendarstellung (z.B. Aussparung von sehr kleinen Söllen, einzelnen Heckenstrukturen, etc.) dürfte mit der Maßstäblichkeit des Planwerks (Festlegungskarte im Maßstab 1 : 100.000) nicht mehr vereinbar sein und sollte einer geeigneten Generalisierung unterzogen werden. Auch die Auswahl der dargestellten Flächen ist häufig auch unter Berücksichtigung der genannten Darstellungskriterien nicht nachvollziehbar, insbesondere wenn es sich um zusammenhängende landwirtschaftlich genutzte Gebiete mit gleicher Eignung und Bodenwertigkeit handelt, die teils als Vorranggebiet, teils nicht als Vorranggebiet dargestellt wurden (Beispiel: Flächen zwischen den Siedlungsgebieten von Nauen und Bredow oder z.B. zwischen den Ortslagen von Bredow und Zeestow).	Der Kleinteiligkeit der Vorrangflächen des Ersten Regionalplanentwurfs wird im Zweiten Entwurf durch eine Aggregierung (Rasterung) der Flächen entgegengewirkt. Die genaue Vorgehensweise wird in der zweckdienlichen Unterlage „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, 2. Entwurf. Kapitel 2.3 Landwirtschaftliche Bodennutzung. Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit (Basisflächen)“ erläutert. Die Größe eines Vorranggebiets Landwirtschaft entspricht nach dem neuen Planungskonzept mindestens zehn Hektar. Ziel der Aggregierung der Vorrangflächen ist es, die Fragmentierung zu reduzieren und eine angemessene Darstellung im Maßstab der Regionalplanung zu ermöglichen. Siehe dazu auch BE ID 693. Im Ersten und auch im Zweiten Regionalplanentwurf werden keine Vorranggebiete Landwirtschaft zwischen den Ortslagen Nauen und Bredow sowie Bredow und Zeestow dargestellt, weil dort die rechtskräftigen Bebauungspläne „Windpark Bredow/Zeestow II“ und „Windpark Bredow/Zeestow“ gelten.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) bb) Abwägungen kommunale Planungen		
BE-ID: 695	In der Begründung ist im Absatz 362 ausgeführt, dass mit den Vorrangflächen Landwirtschaft ein Schutz vor konkurrierender Nutzung bezweckt ist; u. a. sind diesbezüglich Aufforstungen und der Ausgleich nach dem BNatSchG benannt. D. h. mit der Festlegung Vorranggebiete für die Landwirtschaft an den ausgewiesenen Stellen sollen weitere raumbedeutsame Maßnahmen (die nicht der Landwirtschaft dienen) in Bereiche außerhalb von Vorranggebieten für die Landwirtschaft gelenkt werden. In der Begründung der monofunktionalen Festlegung zugunsten der Landwirtschaft wurde dabei nicht auf Umweltbelange der Bauleitplanung, z. B. im Rahmen der Darstellung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft nach § 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB in geltenden Flächennutzungsplänen, eingegangen. Ein weiterer nicht thematisierter Punkt ist, dass bereits nach § 15 Abs. 3 BNatSchG bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter anderem vorrangig zu prüfen ist, ob der Ausgleich oder Ersatz im Rahmen einer betriebsintegrierten Kompensation erbracht werden kann.	Die Randnummer 362 des Regionalplanentwurfs sagt aus, dass die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft ackerbaulich genutzte Flächen von regionaler Bedeutung vor konkurrierenden Nutzungen schützen und andere Flächennutzungen auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete lenken soll. Um eine angemessene Arrondierung bestehender Siedlungsgebiete zu ermöglichen, werden diese in der Festlegungskarte mit einer Weißfläche (Abstand von 100 Metern vom Siedlungsbestand) gekennzeichnet. Nutzungen aus rechtskräftigen Flächennutzungsplänen, die nicht mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar sind, werden nicht als Vorranggebiet Landwirtschaft dargestellt. Dies wird in Randnummer 365 ausgesagt. Aussagen über die Möglichkeit, nach § 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Flächennutzungsplan darstellen zu können, ist für die Begründung zur Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft nicht erforderlich. Gleiches gilt für Aspekte der Eingriffsregelung nach § 15 Abs. 3 BNatSchG. Ausgleichs- und Ersatzflächen werden im neuen Planungskonzept berücksichtigt. Auf die Möglichkeit, eine betriebsintegrierte Kompensation vornehmen zu können, wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Zur Berücksichtigung dieses Belangs wird eine Darstellungsgrenze von fünf Hektar in der Festlegungskarte angelegt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) dd) Abwägungen Schutzgebiete		
BE-ID: 689	Vorrangflächen Landwirtschaft: Zur Auswahl/Ableitung der Vorrangflächen Landwirtschaft ist festzustellen, dass einige Sukzessionsflächen/geschützte Biotope in diese regionalplanerische Kategorie einbezogen wurden, wobei Biotopflächen ansonsten (auch kleinteilig) ausgegrenzt sind. Die Bedeutung von Sukzessionsflächen/geschützten Biotopen für den Naturhaushalt und korrespondierende naturschutzrechtliche Regelungen (§§ 13 ff. und § 30 BNatSchG etc.) sprechen grundsätzlich gegen deren Darstellung als Vorrangfläche. Es wird angeregt die Datenbasis zu überprüfen. So könnte z. B. bei den der Auswahl als Vorrangfläche insbesondere zugrundeliegenden ALKIS-Daten auch das Merkmal „Brachland" ausgewertet werden und zudem könnten alle geschützten Biotope des Biotopkatasters Brandenburg übernommen werden.	Für die Ermittlung von Vorranggebieten Landwirtschaft wurde im Ersten Entwurf des Regionalplans auf die ATKIS-Daten (Objektartcode 43001 – Landwirtschaft mit Wert 1010 – Ackerland) zurückgegriffen. Nach dem neuen Planungskonzept wird stattdessen Ackerland nach dem Digitalen Feldblockkataster bei der Datenaufbereitung verwendet. In den meisten Fällen liegen gesetzlich geschützte Biotope nach dem Brandenburgischen Biotopkataster außerhalb der Ackerflächen, zu einem geringen Anteil wird Ackerland jedoch überlagert. Die Ausgrenzung kleinteiliger Biotope würde im Widerspruch zu der jetzt aggregierten Vorrangfläche stehen. Aus diesem Grund werden bei der kartographischen Darstellung lediglich geschützte Biotope mit einer Überlagerungsfläche von mindestens fünf Hektar berücksichtigt. Der Schutzstatus bleibt von der Festlegung unberührt. Eine entsprechende Textpassage wurde in der Begründung ergänzt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 688	Umweltamt, Untere Naturschutzbehörde: Sonstige Darstellungen – Freiraumverbund: Die Darstellung eines Freiraumverbundes im Regionalplan soll durch eine maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung des landesplanerischen Freiraumverbundes nach Ziel 6.2 des LEP HR erfolgen. Konkret wurde die im LEP HR ohne Außenlinie mit einer Schraffur dargestellte Fläche in eine geschlossene Flächendarstellung umgewandelt. Die Konkretisierung der Darstellung sollte aber nicht nur technischer Natur sein, sondern die Grenzen der Naturschutzgebiete und FFH-Gebiete einbeziehen, so dass derartige Flächen sich dann vollständig im Freiraumverbund wiederfinden.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
TÖB-Nr.: 4 / Landkreis Potsdam-Mittelmark		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 596	Stellungnahme der Beauftragten für Menschen mit Behinderung zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gem. § 9 Abs. 2 S. 1 ROG i. V. m. § 2 Abs. 3 S. 2, S. 3 RegBkPIG. Sehr geehrte Damen und Herren, zu vorbezeichnetem Planungskonzept wird wie folgt Stellung genommen. Im Zuge der Mobilitätswende gewinnt das sogenannte Prinzip der kurzen Wege immens an Bedeutung. Im Rahmen der Auslastung und Sicherung bestehender Infrastruktur und der Stärkung der Versorgungseinrichtungen ist dem Leitbild dieses Prinzips entsprechend auf ein flächendeckendes Geh- und Radwegenetz sowie einen leistungsstarken ÖPNV zu setzen. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass sich das vorliegende Planungskonzept im Wesentlichen daran orientiert. Dabei ist den Belangen von Familien und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (z. B. älteren Menschen und Menschen mit Behinderung) mehr Gewicht als bis dato beizumessen. Distanzen zwischen den Lebensbereichen Wohnen, Arbeit bzw. Bildung, Alltagsversorgung, Dienstleistungssektor und Freizeitaktivitäten sind möglichst gering zu halten, um eine niedrigschwellige Zugänglichkeit sowie eine schnelle Erreichbarkeit für alle Menschen zu gewährleisten. Um allen eine gleichberechtigte und chancengleiche Teilhabe zu ermöglichen, kann die Stärkung von Sozialraumstrukturen wie z. B. wohnortnahen Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern, Beratungszentren sowie eines barrierefreien ÖPNV und öffentlichen Raumes einen wichtigen Beitrag leisten. Dies sollte bei den Planungen noch deutlicher als dargestellt Berücksichtigung finden und konkrete Umsetzungsmaßnahmen dahingehend erfolgen.	Wie die Stellungnehmerin selbst feststellt, ist das Prinzip der kurzen Wege bei der Aufstellung des Regionalplans berücksichtigt. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen sind in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzusehen.
BE-ID: 597	Während eine barrierefreie Infrastruktur aufgrund der gesetzlichen Vorgaben (u. a. in § 50 BbgBO) im Bereich der Errichtung und wesentlicher Umbauten von öffentlichen Gebäuden und größeren Wohnbauvorhaben verpflichtend herzustellen ist, besteht insbesondere im Bereich des ÖPNV ein größerer Handlungsfreiraum. Grundsätzlich wurden und werden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bereits Bemühungen zur Inklusion von in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen insbesondere im ÖPNV unternommen. Dies ist auch im Rahmen raumordnender Planungen zur Verbesserung des Umweltschutzes, der Wirtschaftsförderung sowie angesichts der knappen Flächenressourcen dringend geboten. Die Sicherstellung u. a. eines hinreichenden ÖPNV-Angebotes und der entsprechenden Infrastruktur ist eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft i. S. d. § 1 Abs. 1 RegG i. V. m. § 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG i. V. m. Art. 20 Abs. 1 i. V. m. Art. 28 Abs. 2 GG, die einen wesentlichen Beitrag zur sogenannten Daseinsvorsorge leisten kann. Dass stets die Belange von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen sind, ist nicht nur ein Ausfluss aus dem verfassungsrechtlich verankerten Benachteiligungsverbot aus Art. 3 Abs. 1, Abs. 3 S. 2 GG, das sich in zahlreichen spezialrechtlichen Regelungen und gesetzgeberischen Zielbestimmungen - auch zum ÖPNV (z. B. in § 8 Abs. 3 S. 3 PBefG) - niederschlägt. Vielmehr hat das Benachteiligungsverbot nicht nur deklaratorische Bedeutung - es bindet die öffentliche Verwaltung in ihrem Handeln. Entsprechend sind wesentliche Handlungsfelder im Rahmen raumordnender Maßnahmen neben der Gewährleistung einer hinreichenden Haltestelleninfrastruktur, überdies der barrierefreie Ausbau des Geh- und Radwegenetzes und im Gesamten des öffentlichen Raumes gemäß DIN 18040-3:2014-12.	Die Hinweise zum Benachteiligungsverbot werden zur Kenntnis genommen. Mit der Festlegung von Vorranggebieten Siedlung im Regionalplan 3.0 werden die Belange von Menschen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind, berücksichtigt. Der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung liegen insbesondere auch Erreichbarkeitskriterien im ÖPNV zugrunde, um das Prinzip der kurzen Wege zu stärken und die Zugänglichkeit von Versorgungseinrichtungen zu verbessern.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 598	Die Belange von Menschen mit Behinderung sind bei den unterschiedlichen Anforderungen an den Raum zu berücksichtigen und bei den Erwägungen für einzelne Nutzungen und Funktionen des Raums einzubeziehen. Nur so kann der Leitvorstellung der Raumordnung aus § 1 Abs. 2 ROG, welche u. a. gleichwertige Lebensverhältnisse als Zielvorstellung nennt, gerecht werden. Inwiefern die Belange von Menschen vorliegend bereits konkret Berücksichtigung gefunden haben, lässt sich den vorliegenden Erläuterungen nicht entnehmen. Umso bedeutender ist meine frühzeitige Beteiligung am Planungsentwurf, die es ermöglicht, wichtige Impulse für eine inklusive Gesellschaft und damit allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Belangen zu ermöglichen. Daher bedanke ich mich für die Beteiligung und wünsche Ihrem Vorhaben ein gutes Gelingen.	Die Hinweise zu gleichwertigen Lebensverhältnissen werden zur Kenntnis genommen und im Regionalplanentwurf berücksichtigt.
BE-ID: 1297	Fachdienst Umwelt Untere Wasserbehörde Die untere Wasserbehörde hat zum o.g. Vorgang keine Hinweise oder Anregungen. Die wasserrechtlichen Belange wurden in der Planung berücksichtigt.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1299	Untere Abfallwirtschaftsbehörde Abfallrechtliche Belange stehen dem Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 gegenwärtig nicht entgegen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1304	Untere Naturschutzbehörde Es ergeben sich keine Anregungen, Hinweise oder Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1313	Fachdienst Gesundheit Es ergeben sich keine Anregungen, Hinweise oder Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1330	Allgemeines Bei der Beförderung von Personen und Gütern müssen die Verkehrsabläufe umweltgerecht und effizient neu organisiert werden. Dies bedingt dort, wo es möglich ist, den Ausbau und die Verbesserung der Angebotsqualität des Öffentlichen Personenverkehrs bei einer Reduzierung des Individualverkehrs. Daneben sind Potenziale der Verkehrsvermeidung (z. B. wohnortnahe Arbeitsplätze, Homeoffice, CoWorking Spaces, digitale Kommunikationswege) und der Umlenkung auf ökologisch verträglichere Verkehrsarten (Zu-Fuß-Gehen, Radfahren, ÖPNV Nutzung) auszuschöpfen. Einen wesentlichen Baustein zur Lösung der Verkehrsprobleme stellt die Verlagerung von PKW-, LKW- und Busverkehr auf umweltentlastende Verkehrsmittel mit alternativen Antrieben, die Bahn oder auf der sog. "letzten Meile" durch Fahrrad bzw. e-mobile Fahrzeuge dar. Dem Ausbau alternativer, emissionsarmer Antriebstechniken (Elektromobilität, Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik) ist deshalb ein besonderes Gewicht beizumessen. Sie stellen derzeit die einzige Möglichkeit dar, Lärm- und Schadstoffemissionen wirksam zu reduzieren und somit zu einer Entlastung der Bevölkerung beizutragen. Derartige Fahrzeuge leisten gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz, wenn die Antriebsenergie (z. 8. Strom, Wasserstoff) durch Erneuerbare Energien bereitgestellt wird. Durch die Clean-Vehicle-Richtlinie (EU) und das Saubere-Fahrzeug-Beschaffungsgesetz (Bund) müssen u. A. die Verkehrsunternehmen zukünftig bei der Beschaffung von Fahrzeugen eine Mindestquote von emmissionsfreien Fahrzeugen einhalten. Dies stellt unsere betrauten Verkehrsunternehmen und uns als Aufgabenträger vor große Herausforderungen. Aktuell beschäftigt sich der Landkreis Potsdam-Mittelmark damit, welche Bereiche darüber hinaus betroffen sind. Sicher ist jedoch bereits jetzt, dass wir Wasserstoff nur ökologisch sinnvoll produzieren können, wenn der dafür erforderliche Strom zuvor aus erneuerbaren Quellen erzeugt wurde und genügend Wasser zur Verfügung steht. Es gilt entsprechend Standorte für die Wasserstoffproduktion unweit von Windparkanlagen zu bauen. Dies wird in aller Regel Gebiete im Außenbereich betreffen. Insofern ist dies ein Wunsch unsererseits, auch hierfür geeignete Standorte auszuweisen. Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien verändern sich die Anforderungen an die Stromnetze grundlegend. Stromerzeugung erfolgte in der Vergangenheit in Großkraftwerken mit räumlicher Ausrichtung auf Regionen und Ballungszentren mit hohem Energieverbrauch. Dabei wurde der Strom auf Ebene der Hoch und Höchstspannung ins Netz eingespeist. Der Stromverbrauch erfolgte auf Ebene der Mittel und	Der Anregung, einen Teilregionalplan zu entwickeln, „der alle energiebezogenen Regelungen für den Planungsraum energieträgerübergreifend zusammenführt“, kann nach genauerer Prüfung zu einem späteren Zeitpunkt nachgegangen werden. In diesem Zusammenhang kann auch die Anregung, geeignete Standorte für die Wasserstoffproduktion festzulegen, geprüft werden. Für eine Festlegung solcher Gebiete im Regionalplan 3.0 verfügt die Regionale Planungsgemeinschaft gegenwärtig nicht über die erforderlichen Planungsgrundlagen. Die notwendigen Vorarbeiten würden den Fortgang des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan 3.0 erheblich aufhalten. Diese Auswirkung soll aufgrund der durch den seit 23. Oktober 2024 rechtskräftigen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 bereits eingetretenen zeitlichen Verzögerung vermieden werden. Grundsätzlich wäre zu prüfen, ob solche Anlagen im Planungsmaßstab des Regionalplans relevante räumliche Auswirkungen haben können.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Niederspannung. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgt hingegen dezentral mit Schwerpunkt auf die eher ländlichen Regionen und einer großen Bandbreite installierter Leistungen. Die Stromnetze im ländlichen Bereich, welche entsprechend der bisherigen Nutzungen auf einen eher geringen Stromtransport ausgelegt sind, müssen ausgebaut werden. Windparks und Biogasanlagen, aber auch Photovoltaik-Freiflächenanlagen befinden sind in der Regel im Freiraum. Der Anschluss neuer Erzeugungsanlagen und ihre Integration ins Stromnetz kann mit der derzeitigen Netzinfrastruktur in absehbarer Zeit nicht mehr umgesetzt werden. Neben größeren Anlagen wie Windparks erfolgte in den vergangenen Jahren ebenfalls ein erheblicher Zubau von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden. Hierdurch wird in erheblichem Maße Strom auf Ebene der Niederspannungsnetze eingespeist. Die Niederspannungsnetze sind für diese Stromaufnahme jedoch nicht ausgelegt und stoßen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen. Grundsätzlich trifft ein Regionalplan nur Regelungen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen mit den Themenfeldern, wie die Freiraum- und die Siedlungsentwicklung. Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 betrachtet in Bezug auf Energie nur die Verteilung von Windrädern in der Region. Zur Unterstützung der Energiewende empfehlen wir die bestehenden Aussagen im Regionalplan zukünftig durch eine gesamtheitliche Betrachtung des Thema Energie zu ergänzen. Hierzu empfehlen wir einen Teilplan zu entwickeln, der alle energiebezogenen Regelungen für den Planungsraum energieträgerübergreifend zusammenführt.	
BE-ID: 1331	Fachdienst Kreisstraßenbetrieb: Aus Sicht des FD Kreisstraßenbetrieb ergeben sich keine Hinweise oder Einwendungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1318	Fachdienst Verkehrsmanagement Zu den umfangreichen Dokumenten des Regionalplanes ergeben sich folgende Anmerkungen: Anlage 8 ergU 1 1 Planungskonzept VBS.pdf Beelitz-Heilstätten Es entsteht derzeit (Bau hat bereits begonnen) eine der größten zusammenhängenden Wohnbebauung Ostdeutschlands, inklusive Einzelhandelsgeschäft, Ärztehaus, Kita und Schule (www.beelitzheilstaetten.de). Im Krankenhausstandort (www.recura-kliniken.de) in Beelitz-Heilstätten sind darüber hinaus bereits aktuell zahlreiche Ärzte niedergelassen. Kloster Lehnin - Damsdorf Im Ortsteil Damsdorf ist kein stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment vorhanden. Kleinmachnow Verfügt zwar aktuell nicht über einen Bahnhof, die Reaktivierung der Potsdamer Stammbahn (im Zusammenhang mit i2030) inklusive zweier Bahnhöfe in Kleinmachnow ist jedoch bereits beschlossen. Stahnsdorf Verfügt zwar aktuell nicht über einen Bahnhof, die Verlängerung der S-Bahn-Linie aus Teltow (im Zusammenhang mit i2030) ist jedoch bereits beschlossen. Michendorf- Wildenbruch Verfügt über einen Bahnhof.	Die ergänzenden Informationen werden dankend zur Kenntnis genommen und in Anlage 8, Tabelle 1 für Kloster Lehnin - Damsdorf korrigiert. Ein Bahnhof in Bedienung in Michendorf-Wildenbruch ist der Planungsstelle nicht bekannt. Da sich die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf aktuell vorhandene Ausstattungen bezieht, werden noch nicht vorhandene Ausstattungen (wenn auch mit Planungen beabsichtigt) nicht berücksichtigt. Diesen wird gemäß § 2 (2) RegBkPlG entsprochen: "Spätestens nach zehn Jahren sind sie zu überprüfen und soweit erforderlich, der weiteren Entwicklung anzupassen.". Außer der Überarbeitung in benannter Tabelle bewirken diese Hinweise keine Veränderung in der flächenhaften Ausprägung der Vorbehaltsgebiete Siedlung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1306	Fachdienst Landwirtschaft Laut Agrarstrukturerhebung 2020 werden im Land Brandenburg 1,3 Mio. ha Fläche landwirtschaftlich genutzt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hatten die landwirtschaftlichen Betriebe Brandenburgs nicht nur einen tiefgreifenden Strukturwandel zu bewältigen, sondern mussten sich auch unter schwierigen, sich häufig wandelnden und global beeinflussten Marktbedingungen behaupten. Zunehmend stellen sich die Landwirte den wachsenden Anforderungen zur Vermeidung von Belastungen für Wasser, Boden und Luft sowie des Natur- und Artenschutzes. Zugleich wird den landwirtschaftlichen Unternehmen durch Nutzungsänderungen anhaltend Fläche entzogen. Jedes Jahr geht Brandenburgs Landwirten	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Produktionsfläche durch Siedlungserweiterungen, Infrastrukturausbau, Aufforstungen und anderen Maßnahmen verloren. Den Planungsunterlagen ist zu entnehmen, dass Vorranggebiete für die Landwirtschaft ertragreiche und sog. klimarobuste Ackerflächen mit einer hohen pflanzenverfügbaren Wasserverfügbarkeit und einem geringen Grundwasserflurabstand beinhalten. Der FD Landwirtschaft befürwortet ausdrücklich die Ausweisung dieser Gebiete. Nach § 17 Bundesbodenschutzgesetz hat in Vorranggebieten für die Landwirtschaft die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis Vorrang vor anderen raumbedeutenden Nutzungen (vgl. Entwurf Regionalen Entwicklungsplan Havelland-Fläming 3.0 Kap. 111.1 Z 2.4 Abs. 1). Im Landkreis Potsdam-Mittelmark befinden sich überwiegend ertragsärmere Standorte, wobei der Landwirtschaft trotz dessen eine große Bedeutung zukommt. Beispielhaft dafür sind die Spargelanbaugebiete und die Obstanbaugebiete. Die daraus gewonnenen Erzeugnisse werden direkt vermarktet (zahlreiche Hofläden und Wochenmärkte) und in der Gastronomie angeboten. Diese kulturellen Strukturen sind zu schützen und auf Dauer zu erhalten, um den landwirtschaftlichen Betrieben die Existenzgrundlage nicht zu entziehen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 1332	Fachdienst Öffentliches Recht / Kommunalaufsicht / Denkmalschutz, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde Baudenkmalschutz Die für die Erfassung der Kulturgüter notwendige und aktuelle Liste der Bau-und Bodedenkmale für den Landkreis Potsdam- Mittelmark befindet sich auf der Homepage der Denkmalfachbehörde unter https://bldambrandenburg.de/denkmalinformationen/denkmalliste/. Es wird grundsätzlich darauf hingewiesen, dass die Denkmalliste fortgeschrieben wird und beim Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (im folgenden BLDAM) einsehbar ist. Denkmale sind zu schützten zu pflegen und zu erhalten § 1 (1) des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes (BbgDSchG). Gemäß § 2 (3) des BbgDSchG unterliegt „dem Schutz (...) auch die nähere Umgebung eines Denkmals, soweit sie für dessen Erhaltung, Erscheinungsbild oder städtebauliche Bedeutung erheblich ist (Umgebungsschutz)". Daher bedarf eine konkrete Veränderung eines Denkmals oder dessen Umgebung einer vorherigen denkmalrechtlichen Erlaubnis gemäß § 9 BbgDSchG. Der Antrag muss das Vorhaben und die dazu gehörigen Maßnahmen allumfänglich beschreiben, eine Einzelfallprüfung durch die Untere Denkmalschutzbehörde ist in jedem Fall notwendig. Bitte beachten Sie, dass sich bei Baudenkmalen (wie Kirchen) oder Sichtachsen für Bau- und Gartendenkmale die anlagenbedingte Wirkung, bspw. einer Windenergieanlage, durchaus über Kilometer hinweg auswirken kann. Windenergie Um dem Umgebungsschutz gerecht zu werden, sollten wie in der Festlegungskarte bereits berücksichtigt (Eignungsgebiete für die Windenergienutzung), weiterhin entsprechende Pufferzentren um Ortskerne mit Denkmalen und um Denkmalbereiche, wie die historische Altstadt von Bad Belzig, Ziesar, Treuenbrietzen ... geplant bzw. beibehalten werden. Das BLDAM hat Ihnen hierzu eine "Aufgabenstellung für die Ermittlung der Auswirkung geplanter Windenergieanlagen auf Denkmale" zukommen lassen. Diese Untersuchungen sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durch den Antragsteller für jedes Einzelfallbezogene Vorhaben zu erbringen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 1301	Untere Bodenschutzbehörde - Die Untere Bodenschutzbehörde äußert sich wie folgt: Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts: Im Land Brandenburg wurde mit Erlass des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vom 30.04.2019 die „Checklisten zur Berücksichtigung des Schutzguts Boden in Planungs- und Zulassungsverfahren" der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) eingeführt, in denen die Anforderungen zum	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die vom Stellungnehmer benannten Vorsorgepflichten nach § 7 BBodSchG sind auf nachgelagerter Ebene zu berücksichtigen, da hierbei der Grundstückseigentümer, der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück und derjenige, der Verrichtungen auf einem

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Schutzgut Boden bei der Prüfung von Planungs- und Zulassungsverfahren aufgeführt sind. Weitergehende Hinweise: Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich gemäß § 4 Abs. 1 BBodSchG so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden können. Gemäß § 7 BBodSchG ist derjenige, der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführt oder durchführen lässt, verpflichtet, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können. Zur Erfüllung dieser Pflichten sind die Regelungen der aktuellen DIN 19639 - Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben (Beuth) bei allen geplanten Vorhaben zu beachten.	Grundstück durchführt oder durchführen lässt, die zu Veränderungen der Bodenbeschaffenheit führen können, verpflichtet ist, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können (§7 Abs. 1 BBodSchG). Die benannten Checklisten zur Berücksichtigung des Schutzguts Boden in Planungs- und Zulassungsverfahren wurden entwickelt, um eine angemessene Berücksichtigung der bestehenden Anforderungen des Bodenschutzes in Planungs- und Zulassungsverfahren zu gewährleisten. Die gemäß Checkliste 1 (Überörtliche Planung) gestellten Anforderungen an die Berücksichtigung des Schutzguts Boden werden im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 und dessen Umweltbericht berücksichtigt.
Umweltbericht / 3.8 Kultur- und sonstige Sachgüter		
BE-ID: 1333	Bodendenkmalschutz Im Untersuchungsgebiet zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sind eine Vielzahl von Bodendenkmalen im Landkreis Potsdam-Mittelmark bekannt. Ein Teil dieser Bodendenkmale ist in der Denkmalliste des Landes Brandenburg erfasst und mit derzeit bekannter Ausdehnung im Geoportal Brandenburg einsehbar. Andere bekannte Bodendenkmale werden durch das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum noch für die Denkmalliste bearbeitet. Eine große Zahl von Bodendenkmalen ist noch im Boden verborgen und nicht bekannt. Nach § 3 Abs. 1 (Denkmalschutzgesetz -BbgDSchG- GVBI Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.) ist der Schutz eines Bodendenkmals nicht vom Eintrag in die Denkmalliste abhängig. Wie in der Unterlage „Umweltprüfung ... " Punkt 3.8.1. richtig genannt, kann eine abschließende Beurteilung der Auswirkungen auf Bodendenkmale auf Regionalplanebene nicht erfolgen, da die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Planfestlegung noch ungewiss ist. Die abschließende Bewertung der Auswirkungen auf Bodendenkmale kann erst unter Berücksichtigung des konkreten Vorhabens bzw. Standortes im Rahmen der nachgeordneten Planungen erfolgen. Alle Bodendenkmale sind nach §§ 1 und 2 BbgDSchG geschützt. Der Schutz eines Bodendenkmals ist nicht von der Eintragung in die Denkmalliste abhängig (§ 3 Abs. 1 BbgDSchG). Dies bedeutet, dass bisher nicht bekannte Bodendenkmale bei ihrer Entdeckung unter Schutz stehen. Weitere bisher nicht bekannte Bodendenkmale können jederzeit bei Erdarbeiten auftreten. Bodendenkmale sind zu erhalten, zu schützen und zu pflegen (§ 7 Abs. 1 BbgDSchG). Bodendenkmale werden von allen Maßnahmen betroffen, die mit Erdeingriffen verbunden sind. Hierzu gehören z.B. Errichtung von Windenergieanlagen oder Maßnahmen des Hochwasserschutzes, Abbau von Rohstoffen und damit zusammenhängende Kompensationsflächen, tiefgreifende Bearbeitung von Landwirtschafts- und Forstflächen. Veränderungen an Bodendenkmalen sind antragspflichtig (§ 9 BbgDSchG). Wird einer Veränderung des Bodendenkmals im Rahmen eines Vorhabens zugestimmt, gilt eine Dokumentationspflicht (§ 9 Abs. 3 BbgDSchG), wobei auf eigene Kosten des Antragstellers (§ 7 Abs. 3 BbgDSchG) eine wissenschaftliche Untersuchung, Ausgrabung und Bergung (einschließlich der hierbei erforderlichen Dokumentation) der im Boden verborgenen archäologischen Funde und Befunde im öffentlichen Interesse zu gewährleisten ist (§ 9 Abs. 4 BbgDSchG). Die Inanspruchnahme von Flächen mit Bodendenkmalen ist immer mindestens mit einer Teilzerstörung des Bodendenkmals verbunden, so dass hier sehr große Umweltauswirkungen auf das Denkmal vorliegen. Die Festlegungen zum Umgang mit Bodendenkmalen erfolgen im Rahmen der	Für die Berücksichtigung von Bodendenkmalen werden die Daten aus dem Geoportal des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum verwendet. Die Hinweise zum Umgang mit bisher unbekannten Bodendenkmalen werden zur Kenntnis genommen. Die genannten Hinweise zu Vorkommen von bisher unbekannten Bodendenkmalen und deren Pflichten hinsichtlich Anzeige bei der Unteren Denkmalschutzbehörde und Dokumentation betreffen jedoch nicht die regionale Maßstabsebene, sondern nachgelagerte Planungsebenen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	nachgeordneten Planverfahren.	
nicht zuordenbar		
BE-ID: 1295	Mit Ihrem Schreiben vom 08.02.2022 bitten Sie um Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0. Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise. Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.	Der Hinweis auf die interne Verteilung sowie die Zuständigkeiten wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1310	Untere Fischereibehörde Keine Äußerung	Kenntnisnahme.
BE-ID: 1311	Untere Jagdbehörde Keine Äußerung	Kenntnisnahme.
BE-ID: 1314	Fachdienst Straßenverkehrsbehörde Sofern eine öffentliche Verkehrsfläche betroffen ist, ist dies mindestens zwei Wochen vor Baubeginn durch die bauausführende Firma zu beantragen. Der Antrag gemäß § 45 StVO zur Erteilung der verkehrsrechtlichen Anordnung ist im FB Sicherheit, Ordnung und Verkehr, FD Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark einzureichen. Sofern Beschilderung und/oder Markierung gemäß StVO erforderlich ist, sind der Straßenverkehrsbehörde die entsprechenden Pläne mindestens zwei Monate vor Baubeginn zur Prüfung und Erteilung der verkehrsrechtlichen Anordnung vorzulegen. Durch diese Zustimmung werden sonstige nach öffentlichem Recht erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder Bewilligungen nicht ersetzt.	Die Hinweise zu den Bauanzeige- und -ausführungsvorschriften werden zur Kenntnis genommen. Die regionalplanerischen Festlegungen lösen noch keine direkte Bautätigkeit aus.
TÖB-Nr.: 5 / Landkreis Teltow-Fläming		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2766	Im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 2 Absatz 3 Satz 2 und 3 Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) erhielt der Landkreis Teltow-Fläming mit o. g. Schreiben Gelegenheit, zum Planentwurf, zu seiner Begründung einschließlich der ergänzenden Unterlagen und zum Umweltbericht Stellung zu nehmen. Folgende Unterlagen wurden über die Internetseite der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming digital bereitgestellt: - Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Entwurf vom 5. Oktober 2021 - textliche Festlegungen mit Begründung und Festlegungskarte im Maßstab 1: 100.000; Geodaten der beabsichtigten Festlegungen als WMS/WFS Dienst - Umweltbericht einschließlich Anhängen A, B1-B6, C1-C3 - ergänzende Unterlagen gemäß Auflistung als Anlage zum Beteiligungsschreiben vom 08.02.2022 mit weiteren Informationen, Einschätzungen und Bewertungen als weiterem Bestandteil der Planbegründung. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung lag zudem eine Papierfassung aller Unterlagen beim Landkreis als Auslegungsstelle gemäß Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg - Nr. 8 vom 2.März 2022 zur Einsicht aus. Die zur Verfügung gestellten Unterlagen sind hier den einzelnen Fachbereichen zur Prüfung und Stellungnahme übermittelt worden. Daraus ergeben sich zum Planentwurf aus kreislicher Sicht die nachfolgend zusammengestellten Hinweise, Ergänzungen und Bedenken. Der vorliegende Planentwurf ist umfangreich begründet. Das planerische Vorgehen wird durch eine Reihe ergänzender Unterlagen übersichtlich und nachvollziehbar dokumentiert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2767	Allerdings nutzt er bestehende Festlegungsmöglichkeiten gemäß der Richtlinie für Regionalpläne nicht konsequent. Anforderungen, die u.a. der Klimawandel und die Mobilitätswende stellen, werden so nur teilweise planerisch behandelt und vorhandene Steuerungsmöglichkeiten nicht genutzt. Eine inhaltliche Weiterentwicklung, wie bereits zu Planungsbeginn angeregt, wird für den weiteren Verlauf der Planungen empfohlen. Die nachrichtliche Darstellung der Grundfunktionalen Schwerpunkte aus dem diesbezügliche Teilregionalplan Havelland-Flärning wird begrüßt. Künftig sollten Festlegungen u.a. auch zu regional bedeutsamen Gewerbegebieten und Logistikstandorten, zu regionalen Verkehrsverbindungen und Verknüpfungspunkten sowie zum Ausbau erneuerbarer Energien/Fotovoltaik erwogen werden. Auch die nachrichtliche Darstellung von Verkehrslandeplätzen, wie in der Richtlinie für Regionalpläne vorgesehen, wäre zu ergänzen. Im Landkreis Teltow-Fläming betrifft das den Verkehrslandeplatz Schönhagen und den Verkehrslandeplatz Oehna (s. auch https://lbv.brandenburg.de/luft_gelaende.htm).	Der Anregung, den Entwurf des Regionalplans 3.0 um die genannten Festlegungen zu ergänzen, wird nicht gefolgt. Die Pflichtaufgaben der Regionalplanung ergeben sich aus dem übergeordneten Landesentwicklungsprogramm der Hauptstadtregion (LEP HR) in Verbindung mit Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019. Darüber hinausgehende Festlegungen wurden von der Regionalversammlung Havelland-Fläming nicht avisiert. Die genannten Verkehrslandeplätze sind in der Kartengrundlage der Festlegungskarte dargestellt.
BE-ID: 2812	2. Seitens des Umweltministeriums des Landes Brandenburg wird gegenwärtig die Fortschreibung des Landschaftsprogrammes Teilplan „Landschaftsbild" vorbereitet. Eine Vorstudie zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hinsichtlich des Untersuchungsrahmens erfolgte im Dezember 2020. In dieser Unterlage wird der Errichtung von Windkraftanlagen ein besonderes Augenmerk gewidmet. Gegebenenfalls ist der Regionalplan hinsichtlich bestimmter Vorgaben des Landschaftsprogrammes, Teil Landschaftsbild, nochmals anzupassen.	Die Hinweise zur Fortschreibung des Landschaftsprogamms Teilplan "Landschaftsbild" werden zur Kenntnis genommen. Das Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg wird am Verfahren beteiligt. Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2813	3. Das Umweltamt, SG Wasser, Boden, Abfall teilt mit, dass sich westlich der Ortslage Schönhagen das Wasserwerk Schönhagen (Gemarkung Schönhagen, Flur 4, Flurstück 292) befindet. Das Wasserwerk verfügte bisher über kein Wasserschutzgebiet, obwohl es seit vielen Jahren in Betrieb ist. Derzeit liegen der unteren Wasserbehörde (UWB) Unterlagen zur Festlegung des Wasserschutzgebietes für die Schutzzonen I - III vor. Dafür ist die Durchführung eines öffentlichen Verfahrens notwendig. Das wurde bisher noch nicht begonnen, soll aber 2022 erfolgen. Bei Bedarf kann die mögliche Ausgrenzung bei dem Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall des Umweltamtes der Kreisverwaltung Teltow-Fläming erfragt werden. Sowie die Trinkwasserschutzzonen durch den Kreistag Teltow-Fläming festgelegt wurden, wird die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming informiert.	Die Hinweise zum geplanten Wasserschutzgebiet Schönhagen werden zur Kenntnis genommen. Bei den Festlegungen des Regionalplans werden Trinkwasserschutzzonen, auch solche im Aufstellungsverfahren, berücksichtigt.
BE-ID: 2814	4. Durch das SG Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung wird angemerkt, dass Belange der touristischen Wegeinfrastruktur auf der Ebene des Regionalplanes nicht abgebildet werden; entsprechende Hinweise sind im Planungsverlauf gegeben worden. Insofern wird davon ausgegangen, dass sich diese Informationen aufnachgeordneten Planungsebenen wiederfinden sollten. Der Regionalplan bezieht sich zunächst allgemein auf den „Erholungswert der Landschaft".	Die zutreffenden Einschätzungen zur touristischen Wegeinfrastruktur werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2815	Durch das Gesundheitsamt, das Amt für Bildung und Kultur sowie das Hauptamt (SG Infrastrukturmanagement und SG Gebäude- und Liegenschaftsmanagement) werden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens keine weiteren Forderungen oder Hinweise geltend gemacht.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2768	Zu III.1. Siedlung G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Seitens des SG Kreisentwicklung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung wird das mit der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Siedlung verfolgte Anliegen grundsätzlich unterstützt. In Zeiten verstärkter Wohnbaulandnachfrage sollen so Gebiete, die für den Wohnungsbau besonders geeignet sind, im regionalen Maßstab ermittelt und planerisch hervorgehoben werden. Die Orientierung auf eine nachhaltige, am Bedarf ausgerichtete Siedlungsentwicklung ist auch Bestandteil des kreislichen Leitbildes. Funktionen sind möglichst zu bündeln und entsprechende Erreichbarkeiten zu gewährleisten. Hierzu kann die Darstellung der Vorbehaltsgebiete Siedlung im Sinne einer raumordnerischen Empfehlung für die weitere Siedlungsflächenentwicklung beitragen. Das planerische Vorgehen ist ausweislich der Begründung eng mit den Städten, Gemeinden und Ämtern abgestimmt worden. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Zugleich stellt die Ausgestaltung der Planungsabsicht als Grundsatzfestlegung sicher, dass die kommunale Planungshoheit bei der Umsetzung von (verbliebenen) Entwicklungspotenzialen für die Siedlungsentwicklung gewahrt wird. Ausdrücklich wird mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung die Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb dieser Gebiete, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Bei der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung ist die Erreichbarkeit zentraler Verknüpfungspunkte in den relevanten Ortsteilen (mit Versorgungsansätzen) das Auswahlkriterium der Stufe 2. Hier wird ausschließlich auf die Erreichbarkeit mit Verkehrsmitteln des Umweltverbunde abgestellt, was im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung zu begrüßen ist. Die berechneten Erreichbarkeits-lsochronen sowie deren Ausgangspunkte (= zentrale Verknüpfungspunkte in den Ortsteilen) sind nicht Bestandteil der Beteiligungsunterlagen und sollten als Anlage ergänzt werden. Sie dokumentieren die Entscheidungsfindung über einen interessanten technischen Ansatz und können wichtige Planungsgrundlage für die Gemeinden im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung zur Schaffung des ggf. erforderlichen Baurechts für die entsprechenden Vorbehaltsgebiete sein.	Der Sachverhalt wird korrekt wiedergegegeben und die Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die zentralen Verknüpfungspunkte sind an die Ortsteile mit lokalen Versorgungspunkten gebunden und in Tabelle 1 der Begründung dargestellt. Eine darüber hinausgehende kartographische Dokumentation der berechneten Erreichbarkeitsisochronen wäre äußerst komplex und kann gerne als (speicherintensiver) GIS-Datenbestand bei der Regionalen Planungsstelle erfragt bzw. eingesehen werden.
BE-ID: 2769	Die auf Seite 10 (Rd.-Nr. 32) des Planungskonzeptes zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung angegebene Quelle ([10]) passt nicht zum Inhalt des Absatzes. Gemeint ist hier wahrscheinlich die Quelle [12] des Quellenverzeichnisses, die sonst nirgends im Text auftaucht.	Der Hinweis ist zutreffend. Eine Korrektur erübrigt sich jedoch, da die Inhalte der ergänzenden Unterlage nunmehr den Darlegungen der Begründung entsprechen. Daher entfällt die ergänzende Unterlage im zweiten Planentwurf.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 b) Jüterbog-Forst Zinna		
BE-ID: 2770	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (GIV) b) Jüterbog - Forst Zinna Durch das SG Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung wird die Ausweisung des ermittelten gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes (GIV) befürwortet. Die so vorbereitete Ansiedlung von Unternehmen und Schaffung neuer Arbeitsplätze führen zur Stärkung der regionalen Wirtschaft. Einer entsprechenden Nachfrage nach Gewerbefläche kann so entsprochen werden. In dieser Hinsicht würde längerfristig auch der potenzielle GIV Ludwigsfelde-Ost befürwortet. Das Umweltamt, untere Naturschutzbehörde (UNB) nimmt Bezug darauf, dass der Standort Jüterbog - Forst Zinna bereits in der Tabelle 2 „lndikatorenbezogene Bewertung potenzielle GIV" in der Begründung nur als bedingt geeignet bewertet wird. Gleichwohl wurde nach Beteiligung der Belegenheitskommune eine Festlegung	Die Bedenken in Bezug auf naturschutzrechtliche Belange im Zusammenhang mit der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ werden zur Kenntnis genommen. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird abgesehen. Diese Entscheidung beruht auf den folgenden Sachverhalten und Bewertungen: Im Ergebnis des durchgeführten Beteiligungsverfahrens und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der für den Standort Forst

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
als GIV vorgenommen. Insbesondere die beschriebene konfliktarme Lage in Bezug auf benachbarte Raumnutzungen muss jedoch in Frage gestellt werden. Die UNB gelangt hier zu einer anderen Einschätzung. Darauf hat sie auch im Februar 2022 im Beteiligungsverfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Jüterbog hingewiesen. Der Standort befindet sich nur durch Verkehrslinien (Bahn und B 101 neu) getrennt am FFH-Gebiet DE-3944-301 „Forst Zinna/Keilberg" und vor allem in unmittelbarer Nähe zum SPA-Gebiet DE 3945-421 „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West". In Hinsicht auf die SPA-Fläche - hier im Südosten des GIV - ist deren Wirksamkeit jedoch durch die gleichzeitige Kennzeichnung als gewerblich-industrieller Vorsorgestandort in Frage zu stellen. Es werden sich aufgrund der Schutzgebietsnähe und durch Horstschutzaspekte zwangsläufig Einschränkungen und Abstandsregelungen ergeben, die sich mit gewerblicher bzw. industriellen Nutzung nur schwer in Einklang bringen lassen. Der Umweltbericht des Regionalplanes stellt hier auf den sich im Beteiligungsverfahren befindlichen Flächennutzungsplan (FNP) Jüterbog und die dortige FFH-Verträglichkeitsvorprüfung ab. Laut dieser Verträglichkeitsvorprüfung „können Konflikte nicht ausgeschlossen werden" und in der Folge „ist eine umfassende Verträglichkeitsprüfung erforderlich" (FNP-Begründung, Stand September 2021, S. 214). Diese umfassende Prüfung wurde bisher nicht vorgelegt. Insofern ist auch hier zu konstatieren, dass die derzeitige Plankulisse - zumindest in Teilen - in nachgelagerten Zulassungsverfahren an naturschutzrechtlichen Hürden scheitern könnte. Die derzeitige Plankulisse - zumindest in Teilbereichen - könnte auch aufgrund von Vorkommen bestimmter bisher unberücksichtigter Amphibienarten in nachgelagerten Verfahren aus artenschutzrechtlichen Gründen nicht genehmigungsfähig sein. Auch hierauf wurde in der Stellungnahme der UNB zum FNP Jüterbog hingewiesen. Wie beim Artenschutz ist somit auf die nicht gegebene Rechtsklarheit zu verweisen.² [Anmerkung regionale Planungsstelle: Fußnote ² Um die gebotene Rechtsklarheit auf Ebene des FNP zu erreichen, zeigte die UNB folgende Ansätze auf: 1. Auf Grundlage eines Potenzialansatzes wird ein geeignetes Erhaltungs- und Abstandskonzept vorgelegt, das erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgebiete sicher ausschließt. Das würde gelingen, indem z. B. konsequent ein 300 m Abstand zu den Schutzgebietsgrenzen eingehalten wird. 2. Es werden auf Ebene des FNP vertiefende Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen mit Artenkartierungen nach den jeweiligen Methodenstandards vorgenommen und ein Schutzmaßnahmenkonzept anhand der vorgefundenen Bestandssituation entwickelt, mit dem erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgebiete ausgeschlossen werden können.]	Zinna im Auftrag der Stadt Jüterbog von der EBP Deutschland GmbH ausgeführten Machbarkeitsstudie (Dezember 2023) wird festgestellt, dass die Eignungsvoraussetzungen für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort nicht ausreichend gegeben sind. Diese Bewertung beruht insbesondere auf den Folgenden Feststellungen: 1. Hoher Erschließungsaufwand und hohes Risiko durch Altlasten sowie Kampfmittel: Die äußere Erschließung des Gebiets durch die Bundesstraße 101 ist weiter ungeklärt. Gegebenenfalls mögliche Erschließungsvarianten sind mit einem hohen Aufwand und einer hohen Unsicherheit in Bezug auf die Realisierung verbunden. Eine südliche Erschließung über die ehemalige Kasernenzufahrt und die K7216 ist nicht möglich. Eine Anbindung durch öffentlichen Personenverkehr ist gegenwärtig nicht gegeben und aufgrund der Erschließungssituation auch für die Zukunft ungeklärt. Der Standort verfügt über keine bestehende Energieversorgung und keine zentrale Wasserver- und -entsorgung. Ein Anschluss an die zentrale Wasserver- und -entsorgung würde den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur erfordern. Die auf dem Gelände vorhandene, ehemalige Infrastruktur ist nicht mehr nutzbar. Ob eine Eigenver- und -entsorgung am Standort erfolgen kann ist ungeklärt. Eine voraussichtlich mögliche Wassergewinnung vor Ort hätte die Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen zur Folge, woraus sich Nutzungseinschränkungen am Standort ergeben würden. Auf dem Gelände befinden sich zahlreiche Altlastenverdachtsflächen in einem flächenhaften Umfang von insgesamt 18,6 Hektar. Zum erforderlichen Sanierungsaufwand liegen keine Informationen vor. Die Altlastensituation stellt daher ein hohes Entwicklungsrisiko dar. Obwohl Teile des Areals in den Jahren 1997 bis 2004 auf Kampfmittel untersucht wurden, ist die Belastung des Geländes durch Kampfmittel im Wesentlichen unaufgeklärt. Auch dieser Sachverhalt wird als hohes Entwicklungsrisiko bewertet. 2. Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz: Aufgrund der Grenzlage zum SPA-Gebiet DE 3945-421 „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" ist mit Einschränkungen für eine gewerblich-industrielle Nutzung zumindest in Randbereichen zu rechnen. Weiter wird die gewerbliche Nutzung der Fläche durch geschützte Biotope eingeschränkt. Die Sachlage in Bezug auf den Artenschutz ist noch nicht ausreichend aufgeklärt. Mit weiteren Einschränkungen durch Belange des Artenschutzes ist beispielsweise in Bezug auf Fledermäuse und Amphibien zu rechnen, wie auch die Stellungnehmerin mitteilt. Die Gesamtfläche des im Entwurf des Regionalplans dargestellten Vorranggebiets unterschreitet die Mindestflächenanforderung von 100 Hektar

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		bereits geringfügig. Unter Berücksichtigung des Sachverhalts, dass bereits zum Zeitpunkt der Entwurfserarbeitung erkennbar war, dass die für eine gewerbliche Ansiedlung zur Verfügung stehende Fläche nicht mehr als 80 Hektar betragen wird, kann aufgrund der zu erwartenden weiteren Einschränkungen nicht mehr festgestellt werden, dass das erforderliche Flächenpotenzial für einen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort ausreichend ist. 3. Keine Entwicklung der Gesamtfläche: Im Ergebnis der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (November 2023) wird eine schrittweise Entwicklung des Standortes in drei Etappen empfohlen. Mit dem Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 048 „Gewerbe- und Industriepark-Forst Zinna“ verfolgt die Stadt Jüterbog das Ziel, eine etwa 50 Hektar große Teilfläche einer bedarfsgerechten Entwicklung zuzuführen. Eine solche Entwicklungsabsicht ist mit der Anforderung, dass an großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten ein Flächenangebot von etwa 100 Hektar langfristig vorgehalten werden soll und für eine kurz- und mittelfristige, kleinteilige Entwicklung nicht zur Verfügung steht, unvereinbar. Unabhängig vom noch ungewissen Ausgang des begonnenen Bauleitplanverfahrens, ist unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (Dezember 2023) festzustellen, dass eine Entwicklung der Gesamtfläche mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken verbunden ist. Der Standort Forst Zinna kann daher die Funktion eines großflächigen Vorsorgestandorts nicht ausreichend erfüllen.
BE-ID: 2771	Die in der GIV-Fläche enthaltenen gesetzlich geschützten Biotope (vgl. Umweltprüfung Anhang C 1 , Seite 14, Punkt 2. 13) nehmen entsprechend der Kartierung durch das Landesumweltamt Brandenburg Flächen von ca. 5 ha und 1 ha ein. Zumindest bei der größeren Fläche ist nicht mehr von einer Kleinflächigkeit auszugehen. Die Umweltprüfung kommt folgerichtig zu der Aussage, dass sich schutzgutübergreifend erhebliche Beeinträchtigungen bei vollständiger Ausweisung des GIV Forst-Zinna nicht ausschließen lassen (vgl. Umweltprüfung Anhang C 1, Seite 18). Zusammenfassend ist anzumerken, dass in Teilbereichen naturschutzrechtliche Restriktionen durch die unmittelbare Nähe zu Naturschutz-, SPA- und FFH-Gebieten wahrscheinlich sind, um schädigende Immissionen zu unterbinden. Die bisherige Flächengröße des GIV liegt bereits unter 100 ha und würde sich demnach noch verkleinern. Seitens des Umweltamtes, SG Wasser, Boden, Abfall werden zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog - Forst Zinna" zudem nachfolgende Hinweise gegeben. Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB) verweist insbesondere auf Aussagen in den Planungsunterlagen, die nicht vollständig bzw. falsch sind. Bedenken oder Einwände bestehen nicht, sofern diese Hinweise berücksichtigt werden.	Die Bedenken in Bezug auf gesetzlich geschützte Biotope innerhalb des gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts "Jüterbog-Forst Zinna" werden zur Kenntnis genommen. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird abgesehen. Zur Begründung wird auf BE 2770 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2772	In den Auslegungsunterlagen Teil 1 (9_1ergU_1_2_Erhebung:_GIV_complan_2017_Teil_1.pdf) ist als Prüfergebnis für den bedingt geeigneten Vorsorgestandort für großflächige gewerblich industrielle Ansiedlungen am Konversionsstandort Forst Zinna angegeben, dass kein Altlastverdacht bestünde. Diese Aussage ist falsch. In der Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidung von September 2021 zum GIV Forst Zinna sind Altlasten und Altlast-Verdachtsflächen gleichfalls nicht erwähnt worden. Der Konversionsstandort Forst Zinna wurde von 1935 bis 1994 militärisch genutzt und besteht aus den 3 Teilliegenschaften Panzerkaserne (02POTS085W), Bauregiment (02POTS085X) und Handelslager (02POTS085AG). Auf diesen Liegenschaften wurden mehr als 1OO Altlast-Verdachtsflächen (ALVF) ermittelt, die im Altlastenkataster erfasst sind. An mehreren Stellen liegen schädliche Bodenveränderungen und Grundwasserkontaminationen vor; im Bereich der Tanklager wurden Gefahrenabwehrmaßnahmen durchgeführt. Da die Fläche bis heute noch nicht nachgenutzt wird, reicht derzeit ein Grundwassermonitoring zur Überwachung der Kontaminationen aus. Altlasten-Schwerpunkte und erforderliche Maßnahmen in den einzelnen Teilliegenschaften sind: 1. Panzerkaserne: im Technikbereich „Kontaminationsbereich Ost" aufschwimmende Kraftstoff-Phase (Messstellen P-P8 und P-P19) als Indiz für weiterhin hohe Belastung im Schadenszentrum; im „Kontaminationsbereich West" hohe Belastungen in den Messstellen P-P2 und P-P3. 2. Panzerkaserne: Durchführung von bislang nicht erfolgten aber seitens der UABB geforderten Untersuchungen für Einzelschadensherde auf über 30 ALVF in der Panzerkaserne mit Handlungsbedarf; lokale Bodenkontaminationen wurden nachgewiesen. 3. Handelslager: Beseitigung der Schadensherde Öllager und Tankstelle. Einbeziehung der eingefallenen Gebäude (ehem. Schmierstofflager und Trafostation) in den Rückbau. 4. Alle Teilflächen: Bei Rückbau ist die Durchführung von begleitenden Untersuchungen (Boden und Grundwasser) sowie die ingenieurtechnische Baubegleitung durch Altlasten Fachkundige erforderlich. 5. Handelslager: Überprüfung der Betonbecken im Gebäudeanbau östlich der Lagerhalle auf Restmengen (Kraftstoffe), ggf. begleitende Untersuchung bei Rückbau. [Hinweis regionale Planungsstelle: Fußnote: Nach Auffassung der UNB ist mit einem geeigneten Erhaltungs-, Ausgleichs- und Abstandskonzept eine (gewerbliche) Nachnutzung der Konversionsfläche Forst Zinna möglich, auch wenn weniger als die anvisierten 100 ha genutzt werden können.] 6. Panzerkaserne: ALVF 88 (bzw. 88, 91, 92 und 94) außerhalb der Umzäunung: Flächen wurden in der Vergangenheit lediglich beräumt. Bodenkontamination durch Nutzung als zentraler Schrott- und Lagerplatz zu erwarten. Bislang keine Untersuchungen. 7. Panzerkaserne: Beräumung von immer noch vorhanden Abfallablagerungen (insbesondere Wellasbest, Bauschutt, Altreifen, Sperrmüll) im Bereich verschiedener der ALVF. Im letzten Rückbauprojekt 2015 in der Panzerkaserne (Waschrampen komplex, Ölabscheider, Lagergebäude) wurden erhebliche Belastungen durch Munitionsteile und Kampfmittel festgestellt, die eine durchgehende kampfmitteltechnische Baubegleitung erforderten. Aufgrund dieser Erkenntnisse wären zusätzliche Aufwendungen für die Kampfmitteltechnische Baubegleitung bzw. die Herstellung der Kampfmittelfreiheit einzuplanen. Generell erteilt der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) im Bereich des Zentraldienstes der Polizei des Landes Brandenburg die konkrete Auskunft über Munitionsbelastungen in den jeweiligen Bereichen: Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Am Baruther Tor 20, 15806 Zossen OT Wünsdorf, Tel. : 033702-2140 Fax: 033702-21 4200, kampfmittelbeseitigungsdienst@polizei.brandenburg.de.	Die Hinweise in Bezug auf die Altlasten am Konversionsstandort Forst Zinna werden zur Kenntnis genommen. Die Sachlage ist der Regionalen Planungsgemeinschaft inzwischen bekannt. Die Auslegungsunterlagen spiegeln den aktuellen Kenntnisstand nicht mehr vollumfänglich wider. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird abgesehen. Diese Entscheidung beruht auf den folgenden Sachverhalten und Bewertungen: Im Ergebnis des durchgeführten Beteiligungsverfahrens und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der für den Standort Forst Zinna im Auftrag der Stadt Jüterbog von der EBP Deutschland GmbH ausgeführten Machbarkeitsstudie (Dezember 2023) wird festgestellt, dass die Eignungsvoraussetzungen für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort nicht ausreichend gegeben sind. Diese Bewertung beruht insbesondere auf den Folgenden Feststellungen: 1. Hoher Erschließungsaufwand und hohes Risiko durch Altlasten sowie Kampfmittel: Die äußere Erschließung des Gebiets durch die Bundesstraße 101 ist weiter ungeklärt. Gegebenenfalls mögliche Erschließungsvarianten sind mit einem hohen Aufwand und einer hohen Unsicherheit in Bezug auf die Realisierung verbunden. Eine südliche Erschließung über die ehemalige Kasernenzufahrt und die K7216 ist nicht möglich. Eine Anbindung durch öffentlichen Personenverkehr ist gegenwärtig nicht gegeben und aufgrund der Erschließungssituation auch für die Zukunft ungeklärt. Der Standort verfügt über keine bestehende Energieversorgung und keine zentrale Wasserver- und -entsorgung. Ein Anschluss an die zentrale Wasserver- und -entsorgung würde den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur erfordern. Die auf dem Gelände vorhandene, ehemalige Infrastruktur ist nicht mehr nutzbar. Ob eine Eigenver- und -entsorgung am Standort erfolgen kann ist ungeklärt. Eine voraussichtlich mögliche Wassergewinnung vor Ort hätte die Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen zur Folge, woraus sich Nutzungseinschränkungen am Standort ergeben würden. Auf dem Gelände befinden sich zahlreiche Altlastenverdachtsflächen in einem flächenhaften Umfang von insgesamt 18,6 Hektar. Zum erforderlichen Sanierungsaufwand liegen keine Informationen vor. Die Altlastensituation stellt daher ein hohes Entwicklungsrisiko dar. Obwohl Teile des Areals in den Jahren 1997 bis 2004 auf Kampfmittel untersucht wurden, ist die Belastung des Geländes durch Kampfmittel im Wesentlichen unaufgeklärt. Auch dieser Sachverhalt wird als hohes Entwicklungsrisiko bewertet. 2. Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz: Aufgrund der Grenzlage zum

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		SPA-Gebiet DE 3945-421 „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" ist mit Einschränkungen für eine gewerblich-industrielle Nutzung zumindest in Randbereichen zu rechnen. Weiter wird die gewerbliche Nutzung der Fläche durch geschützte Biotope eingeschränkt. Die Sachlage in Bezug auf den Artenschutz ist noch nicht ausreichend aufgeklärt. Mit weiteren Einschränkungen durch Belange des Artenschutzes ist beispielsweise in Bezug auf Fledermäuse und Amphibien zu rechnen, wie auch die Stellungnehmerin mitteilt. Die Gesamtfläche des im Entwurf des Regionalplans dargestellten Vorranggebiets unterschreitet die Mindestflächenanforderung von 100 Hektar bereits geringfügig. Unter Berücksichtigung des Sachverhalts, dass bereits zum Zeitpunkt der Entwurfserarbeitung erkennbar war, dass die für eine gewerbliche Ansiedlung zur Verfügung stehende Fläche nicht mehr als 80 Hektar betragen wird, kann aufgrund der zu erwartenden weiteren Einschränkungen nicht mehr festgestellt werden, dass das erforderliche Flächenpotenzial für einen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort ausreichend ist. 3. Keine Entwicklung der Gesamtfläche: Im Ergebnis der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (November 2023) wird eine schrittweise Entwicklung des Standortes in drei Etappen empfohlen. Mit dem Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 048 „Gewerbe- und Industriepark-Forst Zinna“ verfolgt die Stadt Jüterbog das Ziel, eine etwa 50 Hektar große Teilfläche einer bedarfsgerechten Entwicklung zuzuführen. Eine solche Entwicklungsabsicht ist mit der Anforderung, dass an großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten ein Flächenangebot von etwa 100 Hektar langfristig vorgehalten werden soll und für eine kurz- und mittelfristige, kleinteilige Entwicklung nicht zur Verfügung steht, unvereinbar. Unabhängig vom noch ungewissen Ausgang des begonnenen Bauleitplanverfahrens, ist unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (Dezember 2023) festzustellen, dass eine Entwicklung der Gesamtfläche mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken verbunden ist. Der Standort Forst Zinna kann daher die Funktion eines großflächigen Vorsorgestandorts nicht ausreichend erfüllen.
BE-ID: 2773	Im westlichen Bereich der Panzerkaserne befindet sich ein marodes Wasserwerk mit 3 Trinkwasserbrunnen. Mit der unteren Wasserbehörde ist abzustimmen, wie mit dem Wasserwerk und den noch ungesicherten drei Brunnen (Gemarkung Kloster Zinna, Flur 5, Flurstück 96) umgegangen werden soll. Ferner muss eine Abstimmung zum Umgang mit den vorhandenen Grundwassermessstellen (Sicherung, Erhalt, Rückbau) erfolgen. Die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung ist am Standort derzeit nicht gesichert. Ob das	Die Hinweise zur Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung am Standort Forst Zinna werden zur Kenntnis genommen. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird abgesehen. Zur Begründung wird auf BE 2770 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vorhandene Wasserwerk überhaupt noch genutzt werden kann, ist momentan nicht einschätzbar. Unabhängig vom desolaten Zustand des Werkes ist der unteren Wasserbehörde die Wasserqualität nicht bekannt. Die damals vorhandene Kläranlage zur zentralen Abwasserentsorgung des Geländes wurde in der Vergangenheit rückgebaut. Hierzu besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Die Erschließung des Gebietes über die Kläranlage Jüterbog ist einer Einzellösung am Standort vorzuziehen. Ob dies unproblematisch möglich ist, muss mit dem WAZ-Jüterbog abgestimmt werden.	
BE-ID: 2775	Das SG Kreisentwicklung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung äußert sich hinsichtlich der Erreichbarkeit als wesentlichem Auswahlkriterium wie folgt zur Festlegung der großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorte. Die Richtlinie für Regionalpläne bzw. der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) geben hier strenge Kriterien vor - allen voran die „herausragende Standortgunst". Zum Suchraum der Regionalplanung gehörten alle Flächen, die sich in einem Umkreis von 5 km zu einem Zugangspunkt des schienengebundenen Personenverkehrs und einem Umkreis von 2 km zu einer Anschlussstelle von Bundesautobahnen oder von vierspurig ausgebauten Bundes- und Landesstraße (einschließlich OU Luckenwalde) befinden. Von den untersuchten Flächen wird im Regionalplanentwurf im Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming letztlich nur eine festgelegt, "Forst Zinna", die allerdings nur als „bedingt geeignet" bewertet wird. Direkte Anschlüsse an die B 101 oder die Anhalter Bahn fehlen. Ob sie geschaffen werden können, ist unklar. Der Straßenanschluss wird in der Sachverhaltsermittlung als "zumindest nicht unmöglich" beschrieben. Ein Anschluss an die Anhalter Bahn wird realistischer Weise nicht in Betracht gezogen (siehe Seite 6-7 der Unterlage Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidung zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes „Jüterbog-Forst Zinna"). Stellungnahmen der zuständigen Behörden und Stellen - allen voran des Landesbetriebs Straßenwesen Brandenburg und der DB Netz AG - sind nicht bekannt. Die nächstgelegene Anschlussstelle an die B101 ist die Kreuzung mit der K7216 auf dem Gebiet der Stadt Jüterbog. Von hier ausgemessen, befinden sich die weit überwiegenden Teile des geplanten Vorsorgestandortes außerhalb des o. g. 2-km-Umkreises. Zudem ist die Fläche weder sinnvoll noch ohne Querung des FFH-Gebietes ,,Forst Zinna/Keilberg" über die K7216 an die B101 anzuschließen, was gemäß Planunterlagen auch gar nicht beabsichtigt ist. Laut Unterlagen ist vielmehr ein direkter Anschluss an die B 101 geplant, dessen Umsetzbarkeit aber derzeit nicht absehbar ist. Die nächste Anschlussstelle befindet sich auf dem Gebiet der Stadt Luckenwalde an der Kreuzung der B101 mit der Gemeindestraße „An den Ziegeleien", die im Anhang, Liste 2 des Dokuments "Ermittlung von geeigneten Standorten für die Festlegung von Großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (November 2020)" nicht aufgeführt ist. Von hier aus gemessen befinden sich die gesamten Flächen des geplanten Vorsorgestandortes allerdings außerhalb des 2-km-Radius (Luftlinie). Der nächstgelegene Zugangspunkt zum schienengebundenen Personennahverkehr ist der Bahnhof Luckenwalde. Auch zu diesem Bahnhof liegen die überwiegenden Flächen des geplanten Vorsorgestandortes außerhalb eines 5 -km-Radius (Luftlinie). Eine direkte Wegeverbindung zwischen Bahnhof Luckenwalde und geplanter Vorsorgefläche gibt es derzeit weder über die Bundesautobahn noch über Bundes- oder Landesstraßen. Auch einen direkten und vernünftig befestigten Geh-/Radweg gibt es durch den Außenbereich (u . a. Wald , FFH- und SPA-Gebiet) nicht. Der Bahnhof Jüterbog (mit der direkten Schienenverbindung nach Potsdam) ist deutlich weiter als 5 km Luftlinie entfernt. Die angesetzten Erreichbarkeitskriterien werden damit nicht erfüllt - zumindest, wenn man davon ausgeht, dass die relevanten Flächen innerhalb der definierten Umkreise liegen sollen. Nach haltiger Güter- und Personentransport von und zum Gebiet sind derzeit nicht möglich und auch nicht absehbar. Auch auf Ebene der Regionalplanung erscheint es nicht ausreichend, bereits von einer gegebenen (verkehrlichen) Erschließung auszugehen, sofern	Die Bedenken in Bezug auf die Verkehrsanbindung des Standortes "Jüterbog-Forst Zinna" werden berücksichtigt und führen unter anderem zu der Entscheidung, von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ abzusehen. Diese Entscheidung beruht auf den folgenden Sachverhalten und Bewertungen: Im Ergebnis des durchgeführten Beteiligungsverfahrens und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der für den Standort Forst Zinna im Auftrag der Stadt Jüterbog von der EBP Deutschland GmbH ausgeführten Machbarkeitsstudie (Dezember 2023) wird festgestellt, dass die Eignungsvoraussetzungen für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort nicht ausreichend gegeben sind. Diese Bewertung beruht insbesondere auf den Folgenden Feststellungen: 1. Hoher Erschließungsaufwand und hohes Risiko durch Altlasten sowie Kampfmittel: Die äußere Erschließung des Gebiets durch die Bundesstraße 101 ist weiter ungeklärt. Gegebenenfalls mögliche Erschließungsvarianten sind mit einem hohen Aufwand und einer hohen Unsicherheit in Bezug auf die Realisierung verbunden. Eine südliche Erschließung über die ehemalige Kasernenzufahrt und die K7216 ist nicht möglich. Eine Anbindung durch öffentlichen Personenverkehr ist gegenwärtig nicht gegeben und aufgrund der Erschließungssituation auch für die Zukunft ungeklärt. Der Standort verfügt über keine bestehende Energieversorgung und keine zentrale Wasserver- und -entsorgung. Ein Anschluss an die zentrale Wasserver- und -entsorgung würde den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur erfordern. Die auf dem Gelände vorhandene, ehemalige Infrastruktur ist nicht mehr nutzbar. Ob eine Eigenver- und -entsorgung am Standort erfolgen kann ist ungeklärt. Eine voraussichtlich mögliche Wassergewinnung vor Ort hätte die Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen zur Folge, woraus sich Nutzungseinschränkungen am Standort ergeben würden. Auf dem Gelände befinden sich zahlreiche Altlastenverdachtsflächen in einem flächenhaften Umfang von insgesamt 18,6 Hektar. Zum erforderlichen Sanierungsaufwand liegen keine Informationen vor. Die Altlastensituation stellt daher ein hohes Entwicklungsrisiko dar. Obwohl Teile des Areals in den Jahren 1997 bis 2004 auf

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
diese Erschließung zumindest nicht unmöglich erscheint. Auch wenn auf Ebene der Regionalplanung keine Detailprüfungen erfolgen und vieles nur in nachgelagerten Verfahren geklärt werden kann, sollte es zumindest Anhaltspunkte geben, die eine Umsetzung möglich erscheinen lassen -beispielsweise entsprechend positive Stellungnahmen der zuständigen Aufgaben-/Baulastträger. Mit Blick auf das Ergebnis sollte auch hinterfragt werden, inwieweit die aktuelle aktive Unterstützung von potenziellen Belegenheitskommunen entscheidend für die Standortwahl eines großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes sein muss. Auf Ebene der Regionalplanung sollten überörtliche Belange und fachlich nachvollziehbar, objektive Standortkriterien entscheidend für die Standortwahl sein.	Kampfmittel untersucht wurden, ist die Belastung des Geländes durch Kampfmittel im Wesentlichen unaufgeklärt. Auch dieser Sachverhalt wird als hohes Entwicklungsrisiko bewertet. 2. Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz: Aufgrund der Grenzlage zum SPA-Gebiet DE 3945-421 „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" ist mit Einschränkungen für eine gewerblich-industrielle Nutzung zumindest in Randbereichen zu rechnen. Weiter wird die gewerbliche Nutzung der Fläche durch geschützte Biotope eingeschränkt. Die Sachlage in Bezug auf den Artenschutz ist noch nicht ausreichend aufgeklärt. Mit weiteren Einschränkungen durch Belange des Artenschutzes ist beispielsweise in Bezug auf Fledermäuse und Amphibien zu rechnen, wie auch die Stellungnehmerin mitteilt. Die Gesamtfläche des im Entwurf des Regionalplans dargestellten Vorranggebiets unterschreitet die Mindestflächenanforderung von 100 Hektar bereits geringfügig. Unter Berücksichtigung des Sachverhalts, dass bereits zum Zeitpunkt der Entwurfserarbeitung erkennbar war, dass die für eine gewerbliche Ansiedlung zur Verfügung stehende Fläche nicht mehr als 80 Hektar betragen wird, kann aufgrund der zu erwartenden weiteren Einschränkungen nicht mehr festgestellt werden, dass das erforderliche Flächenpotenzial für einen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort ausreichend ist. 3. Keine Entwicklung der Gesamtfläche: Im Ergebnis der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (November 2023) wird eine schrittweise Entwicklung des Standortes in drei Etappen empfohlen. Mit dem Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 048 „Gewerbe- und Industriepark-Forst Zinna“ verfolgt die Stadt Jüterbog das Ziel, eine etwa 50 Hektar große Teilfläche einer bedarfsgerechten Entwicklung zuzuführen. Eine solche Entwicklungsabsicht ist mit der Anforderung, dass an großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten ein Flächenangebot von etwa 100 Hektar langfristig vorgehalten werden soll und für eine kurz- und mittelfristige, kleinteilige Entwicklung nicht zur Verfügung steht, unvereinbar. Unabhängig vom noch ungewissen Ausgang des begonnenen Bauleitplanverfahrens, ist unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (Dezember 2023) festzustellen, dass eine Entwicklung der Gesamtfläche mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken verbunden ist. Der Standort Forst Zinna kann daher die Funktion eines großflächigen Vorsorgestandorts nicht ausreichend erfüllen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2 Freiraum		
BE-ID: 2776	Zu III.2. Freiraum Seitens der unteren Denkmalschutzbehörde wird zunächst festgestellt, dass im vorliegenden Entwurf des Regionalplans die Belange der Bodendenkmalpflege nur unzureichend dargestellt sind. Bodendenkmale als prägende Bestandteile der Brandenburgischen Kulturlandschaft sind im öffentlichen Interesse zu schützen und zu erhalten (vgl . §§ 1, 2 und 7 BbgDSchG[3]). Im Regionalplan sind die Bodendenkmale zwar kartiert worden, aber der primäre Schutzgedanke des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes wurde nicht generell berücksichtigt. Zum Beispiel sind ortsfeste Bodendenkmale, die innerhalb von Vorbehaltsflächen für Rohstoffgewinnung liegen, nicht als Restriktionsflächen gekennzeichnet. Dort ist nur vermerkt: "der Umgang mit den Bodendenkmalen kann im Rahmen bergbaulicher Betriebsplanfestsetzungen bestimmt werden". [Hinweis regionale Planungsstelle: Fußnote [3] - Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG)] Konkrete Hinweise zu einzelnen Festlegungen, die die Belange der Bodendenkmalpflege betreffen, finden sich in dieser Stellungnahme unter der jeweiligen Festlegung (s. G 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung und zu Z 2.2. Eignungsgebiete für die Windenergienutzung)	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Die Belange der Bodendenkmalpflege wurden bei den Entscheidungen über die Festlegungen des Regionalplans in Abwägung mit anderen Belangen dokumentiert berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2777	III.2.1. Vorbeugender Hochwasserschutz Das Umweltamt, SG Wasser, Boden, Abfall schätzt zunächst ein, dass die zum Thema Oberflächenwasser/Hochwasserschutz hergeleiteten Aussagen, die vorhandenen wasserrechtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Die Wasserschutzgebiete wurden ebenfalls berücksichtigt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.4 VB gesteuerte Retention		
BE-ID: 2778	G 2.1.4 Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die gesteuerte Retention Der Landkreis Teltow-Fläming ist von dieser Festlegung durch drei Vorbehaltsgebiete im Einzugsbereich der Nuthe (Raum Jüterbog und Luckenwalde) betroffen. Durch das Umweltamt, untere Naturschutzbehörde ergeht diesbezüglich der Hinweis, dass die Thematik bereits im Landschaftsrahmenplan des Landkreises abgebildet ist. Die Ausweisung der entsprechenden Flächen wird insofern ausdrücklich begrüßt, zumal sich aus dem planerischen Grundsatz auch Synergieeffekte für Flächen mit naturschutzrechtlichen Vorgaben (Lage in FFH-Gebieten und NSG) ergeben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Seitens der Stellungnehmerin erfolgt eine Zustimmung bezüglich der im Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 getroffenen Festlegung Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die gesteuerte Retention (G 2.1.4).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2779	III.2.2. Windenergienutzung Einen besonderen Steuerungsbedarf sieht der Landkreis Teltow-Fläming bei der Entwicklung der Windenergienutzung im Rahmen der umzusetzenden Energiewende. Die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus wird dabei grundsätzlich anerkannt. Zugleich orientiert er auf Verfahren und Maßnahmen, die zur Verringerung von Akzeptanzproblemen beitragen. In diesem Zusammenhang wird aus Sicht des SG Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung den allgemeinen und grundlegenden Planungszielen, die dem Planungskonzept Windenergienutzung vorangestellt sind, besondere Bedeutung beigemessen. Diese beziehen sich u. a. auf Pläne und Absichten der Gemeinden für die räumliche Entwicklung ihrer Hoheitsgebiete, deren Verwirklichung nach Möglichkeit unterstützt bzw. nicht verhindert oder erheblich beeinträchtigt werden sollen. Weiterhin soll eine möglichst ausgewogene räumliche Verteilung der Standortbereiche für die Errichtung von Windenergieanlagen im Regionsgebiet gewährleistet und eine übermäßige Belastung einzelner Teilräume vermieden werden. Die Prüfung des erreichten Planergebnisses ließe sich mit einer Einschätzung bezüglich dieser grundlegenden Planungsziele	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vervollständigen. Soweit die aktuellen Entwicklungen auf eine weitere Dynamik beim Ausbau der Windenergienutzung schließen lassen, muss die Vermeidung einer übermäßigen Belastung einzelner Teilräume wesentliches Anliegen der entsprechenden Flächenvorsorge bleiben. Planerisches Vorgehen mit Augenmaß und Transparenz vermag letztlich auch zur Akzeptanzförderung beizutragen.	
BE-ID: 2780	Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Die Herangehensweise zur Ausweisung der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung auf der Grundlage des Planungskonzeptes und in den Datenblättern (ergänzende Unterlage 12) abgebildet, ist nachvollziehbar. Seitens des Umweltamtes, untere Naturschutzbehörde (UNS) ergehen ergänzend nachfolgende fachliche Hinweise zur Vollständigkeit und Richtigkeit der ermittelten Belange und deren Bewertung durch die Planungsstelle.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2781	1. In geeigneter Art und Weise ist zunächst dem Tatbestand Rechnung zu tragen, dass auf dem Territorium des Landkreises Teltow-Fläming u. a. aufgrund des früheren Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 und dessen nachhaltiger Steuerungswirkung bereits ein hoher Anteil an Windkraftanlagen existiert (sehr große Windparks). Obwohl bereits ein sehr hoher Flächenanteil im Landkreis Teltow-Fläming für die Errichtung von Windkraftanlagen genutzt wird, ist aufgrund der geänderten Kriterien im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 die Ausweisung noch weiterer Windeignungsgebiete zu erwarten. Dies erzeugt ein Ungleichgewicht in der Verteilung dieser Gebiete in den einzelnen Landkreisen/Kommunen in der Gesamtregion. Die Änderungen zu den Festlegungen der Größe und Abstände der WEG untereinander werden bedauert, zumal eine Vielzahl größerer Windparks (Mindestgröße 100 ha) bereits umgesetzt worden ist und andere Freiräume (insbesondere empfindliche Teilräume regionaler Landschaftseinheiten) dafür freigehalten wurden. Nun wird eine andere Prüfmatrix angesetzt. Die vorgegebenen Abstandsregelungen werden jedoch nicht starr umgesetzt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 03 Groß Ziescht		
BE-ID: 2816	Tabellarische Übersicht zu den Windeignungsgebieten im Landkreis Teltow-Fläming mit Hinweisen und Anmerkungen der unteren Naturschutzbehörde im Umweltamt (Stand 21.04.2022) WEG 03 - Anmerkungen / Hinweise UNB Obwohl das WEG vollständig Flächen des „Biotopverbundes" nach Kapitel 3. 7 des Landschaftsprogramms Brandenburg überlagert, wird im Datenblatt davon ausgegangen, dass beim Betrieb der Windkraftanlagen keine negativen Auswirkungen auf den Lebensraum für waldgebundene Arten mit großem Raumanspruch entstehen. Die zu erwartenden Beeinträchtigungen bei der Erschließung und beim Bau der WKA bleiben bisher unberücksichtigt. Seitens der unteren Naturschutzbehörde (UNB) wird darauf hingewiesen, dass es durch die Aussparungen aufgrund bestimmter Waldfunktionen zu einem erhöhten Erschließungsaufwand kommen kann. Auch aufgrund des gehäuften Vorkommens des Rauhfußkauzes in diesem Waldgebiet sollte die Gebietsabgrenzung nochmals überprüft werden, da ohnehin in den nachfolgenden Genehmigungsverfahren bei der Standortfestlegung die artenschutzrechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 04 Jüterbog-Altes Lager		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2817	WEG 04 Jüterbog-Altes Lager - Anmerkungen/Hinweise UNB Nördlich des WEG 04 befindet sich innerhalb des SPA „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" ein traditioneller Seeadlerbrutplatz. Das WEG liegt zum Großteil in dessen Restriktionsbereich (6.000 m). Die streng geschützte Brutvogelart wird bisher nicht berücksichtigt. Vor allem im Osten der WEG-Kulisse befinden sich laut Biotopkataster der UNB und des LfU [1] großflächige geschützte Biotope (Vorwälder trockener Standorte, trockene Sandheiden) und FFH-Lebensraumtypen (4030 - Trockene europäische Heiden) mit entsprechendem Arteninventar. Es wird empfohlen, diese Bereiche auszusparen, da dadurch vor allem zu den angrenzenden Schutzgebieten im Osten (NSG „Forst Zinna-Jüterbog Keilberg", FFH „Forst Zinna-Keilberg", SPA „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West") ein wichtiger Pufferbereich entstünde. Die Schutzgebiete beherbergen diverse Schwerpunktvorkommen von streng geschützten Brutvögeln (u. a. Ziegenmelker, Baumfalke, Wiedehopf, Raufußkauz, Seeadler (weiter weg liegend), (Schwarzkehlchen) und Fledermäusen (zahlreiche Winterquartiere). Eine WEG-Kulisse, die geschützte Biotopstrukturen überplant und bis unmittelbar an solche Schutzgebietsgrenzen heranreicht, ist gem. § 34 (1) BNatSchG zwingend einer Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung zu unterziehen, da erhebliche Beeinträchtigungen nicht pauschal ausgeschlossen werden können. Eine Vorprüfung nur für das SPA-Gebiet erscheint nicht ausreichend [Fußnote [1]: Landesamt für Umwelt]	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2819	Im Landschaftsrahmenplan des Landkreises Teltow-Fläming sind die Flächen als bedeutende Flächen für den nationalen Biotopverbund dargestellt. Eine nochmalige Überprüfung der Argumentationskette zum Kriterium B 10 Biotopverbund/LaPro und B 03 FFH-Gebiete und ggf. Ergänzung erscheint sinnvoll.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 08 Kummersdorf-Gut		
BE-ID: 2821	Nördlich des WEG befinden sich 2 Kranichbrutplätze, deren Pufferbereich bis ins WEG hineinreicht. Ebenfalls nördlich des WEG befindet sich im Restriktionsbereich (6.000 m) ein traditioneller Seeadlerbrutplatz mit Wechselhorsten. Etwa 1.500 m nordwestlich des WEG befindet sich eine der wenigen bekannten Wochenstuben der Nordfledermaus in Brandenburg, sodass auch nicht auszuschließen ist, dass die Art auch im WEG vorkommt. Im Eignungsgebiet sind aus der ADEBAR Kartierung 2008 Reviere der windkraftrelevanten Arten Ziegenmelker und Waldschnepfe bekannt, darüber hinaus Kartierungen des Schwarzspechtes als Art, die stehendes Altholz benötigt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet..
BE-ID: 2822	Hinsichtlich der Kriterien B 03 (FFH-Gebiet) ist nach derzeitigen Kenntnisstand der UNB zumindest nochmals auf die Fledermausfauna vertiefend einzugehen. Entsprechende Flugkorridore oder Nahrungshabitate sind im gesamten Waldgebiet nicht auszuschließen. Besonders hervorzuheben sind hier die durch das Vorhaben überplanten gemäß § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Biotope, die gleichzeitig auch wichtige Trittsteinbiotope, in dem sonst von monotonen Kiefernforst geprägten Bereich, darstellen. Nicht umsonst sind die Flächen im landesweiten Biotopverbund laut Landschaftsprogramm Land Brandenburg eingestellt und Bestandteil im Projekt Biotopverbund Südbrandenburg. Der Landschaftsrahmenplan Teltow-Fläming stellt	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	die Flächen als Flächen mit überregionaler Bedeutung für den Biotopverbund zwischen den Entwicklungsflächen Nr. 65 und 49 dar. Letztendlich wurden beim Neubau der B 101 zwei Querungsbauwerke für Wildtiere eingebracht, um einen Austausch der Tiere aus dem 50-100 km2 großen unzerschnittenen Raum im Bereich Sperenberg / Kummersdorf in westliche Richtung zu ermöglichen .	daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2823	Im Datenblatt unter Kumulation sind die Aussagen der Unterlagen insbesondere der FFH-Verträglichkeitsprüfungen für das Waldbrandschutzkonzept, deren Umsetzung in den kommenden Jahren seitens des Flächeneigentümers (Land Brandenburg) beabsichtigt ist, zu berücksichtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2824	Die UNB ist Mitglied in der Projektgruppe „Museum in der Natur", die sich im Bereich der WGT Liegenschaft Kummersdorf / bzw. der ehemaligen Heeresversuchsanstalt für die Einrichtung eines flächenhaften Museums einsetzt. Hierzu liegt eine Gesamtkonzeption vor. Des Weiteren ist auf die naturschutzfachliche Zielkonzeption für die militärische Liegenschaft Kummersdorf-Gut/Sperenberg und das Denkmal Heeresversuchsstelle Kummersdorf hinzuweisen. Der Landkreis hat mit Kreistagsbeschluss 6-4521 /21 -IV/1 die Landesregierung aufgefordert, unter Einbeziehung der kommunalen Ebene eine Gesamtkonzeption für die Entwicklung der Liegenschaft „ehemaliger Flugplatz Sperenberg/Heeresversuchsstelle Kummersdorf, die sich im Landeseigentum befindet, zu erarbeiten und die Fachgutachten entsprechend zu aktualisieren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2861	Anlage 2: Tabellarische Übersicht zu Windeignungsgebieten im Landkreis Teltow-Fläming mit Hinweisen und Forderungen der unteren Denkmalschutzbehörde (UDB): WEG 08 Kummersdorf-Gut - Forderungen/Hinweise UDB: Die im Planentwurf als Windeignungsgebiet WEG 08 Kummersdorf-Gut ausgewiesene Fläche ist aus denkmalschutzrechtlicher Sicht aus dem Regionalplan herauszunehmen. Die Denkmalschutzbehörde des Landkreises hat in ihren Stellungnahmen zu diversen Planungsverfahren seit dem Jahr 2007 stets darauf verwiesen, dass Windkraftanlagen auf der Fläche und in der Umgebung des Denkmals „Heeresversuchsplatz Kummersdorf' denkmalschutzrechtlich nicht zulässig sind. In dem jetzt vorliegenden Entwurf ist erneut die Fläche zwischen den Schießbahnen Ost und West und sogar auf der Schießbahn West und ihren Zielbauten als Windeignungsgebiet ausgewiesen. Die Errichtung von Windenergieanlagen ist nach § 9 Abs. 1 BbgDSchG [1] erlaubnispflichtig und gemäß § 9 Abs. 2 S. 1 und 2 BbgDSchG an diesem Standort nicht erlaubnisfähig. [Hinweis der Regionale Planungsstelle: Fußnote [1]: Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSch] In den vergangenen 15 Jahren wurde mehrfach darauf verwiesen, dass das Denkmal das flächenmäßig größte und einzige in Brandenburg ist, das zugleich Bau-, Boden-, technisches und Gartendenkmal ist, dass seine historische Bedeutung herausragend, sogar international ist. Das Denkmal wurde 2001 in Teilen in die Brandenburgische Denkmalliste aufgenommen. 2007 wurde der Schutzumfang erheblich erweitert, und es ist zu erwarten, dass der Schutzumfang künftig weiter präzisiert und ergänzt wird. Letzteres geht auf den Charakter der Denkmale als Forschungsgegenstand der historischen Wissenschaft zurück. In der vorliegenden Festlegungskarte ist das Denkmal nicht eingezeichnet. Aufgrund seiner Größe ist nicht nur das Denkmal „Ehemaliger Heeresversuchsplatz Kummersdorf' raumbedeutsam und daher in seinen Umrissen auf	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

der zum Regionalplan gehörigen Festlegungskarte einzuzeichnen, sondern weitere Militärdenkmale im Landkreis Teltow-Fläming sind es ebenso. Einzuzeichnen sind: - Am Mellensee/Nuthe-Urstromtal Kummersdorf-Gut, Heeresversuchs- und Schießplatz (seit 1875 bis 1945), - Baruth, Kraftfahrzeugversuchsstelle Horstwalde (30er Jahre) - Baruth, sowjetischer Ehrenfriedhof (1946-47) - Jüterbog Neues Lager, Lazarett und Proviantamt (1893, 1935) - Jüterbog, Fliegerhorst Damm (1916, 1934) - Jüterbog, Heidehof, Bunker- und Zielbauten (30er-Jahre) - Jüterbog II, Kasernen, Feld- und Fußartillerieschießschule (1867, 1890) - Forst Zinna, Baubataillon mit Speichergebäuden (Sowjetzeit), nur Speicher unter Schutz - Königliche Militäreisenbahn (KME) (1875, 1894-96) - Niedergörsdorf/Jüterbog , Altes Lager, Kasernenanlage (1870-1940) - Niedergörsdorf, Flugplatz (30er Jahre), Bogendeckung (späte 60er Jahre 20. Jh.) und Produktionshalle (Mitte 30er Jahre) - Niedergörsdorf, Höhere Fliegertechnische Schule (1934-1935) - Rangsdorf, Bückerwerke (1936 eröffnet) - Wünsdorf, Bunker (Maybach I und 11, Spitzbunker) (1937-38) - Wünsdorf, Militärturnanstalt (1914-16) - Wünsdorf, Kasernenanlage (1914 , Anf. 30er Jahre, sowjetische Zeit 1973) - Wünsdorf, Panzertruppenschule (1937) - Wünsdorf, ehemaliger Friedhof des muslimischen Kriegsgefangenenlagers Zehrensdorf, sogen. "Halbmondlager" (Erster Weltkrieg) - Wünsdorf, Infanterie-Schießplatz (1911 -1913) - Zossen, Truppenlager (Eröffnung 1910) Die Denkmalschutzbehörde hat wiederholt gefordert, die denkmalgeschützten ehemaligen Militäranlagen des Landkreises als Militärgeschichtslandschaft, also historische Kulturlandschaft in der Landesplanung zu berücksichtigen. Auf die gesellschaftliche Bedeutung dieses Versäumnisses kommt die Denkmalschutzbehörde am Ende dieser Stellungnahme zurück. Denkmalschutz ist ein öffentlicher Belang von Verfassungsrang. Da der Schutz von Denkmalen in der Verfassung des Landes Brandenburg verankert ist (Art. 33 Abs. 2 BbgVerf), ist die Schwelle des Abwägens mit anderen öffentlichen Interessen sehr hoch. Die Errichtung von Windenergieanlagen in der Umgebung oder auf den Flächen von Denkmalen ist ein Eingriff in ihre Substanz und ihr Erscheinungsbild und widerspricht denkmalpflegerischen Grundsätzen (!l9 Abs. 2 Nr. 1 BbgDSchG). Denkmale sind nicht reproduzierbar. Beeinträchtigungen der Substanz und des Erscheinungsbildes von Denkmalen durch Windenergieanlagen sind auch nicht reversibel. Sie können ebenso wenig durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemildert werden. Das öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen auf der als WEG 08 bezeichneten Fläche überwiegt nicht das öffentliche Interesse am Erhalt des Denkmals. Windenergieanlagen müssen nicht auf einem Denkmal oder in seiner unmittelbaren Umgebung errichtet werden, sie sind nicht an diesen Standort gebunden. Es gelten folglich die gleichen Ausschlusskriterien wie bei anderen harten Tabuzonen auch. Denkmale sind daher in den Katalog der „Harten Tabuzonen" aufzunehmen. Die gesetzlichen Bestimmungen sind denen der Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG vergleichbar. Zitat aus der Begründung zum Regionalplanentwurf (s. Seite 49, Rd.-Nr. 1 90) im Hinblick auf Naturschutzgebiete: „Die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sind u. a. mit Bodenversiegelung, der Beseitigung von Vegetation und Emissionen verbunden, wodurch negative Auswirkungen auf Natur und Landschaft verursacht werden. Unabhängig von den in den jeweiligen Schutzgebietsverordnungen im konkreten Einzelfall festzulegenden näheren Bestimmungen werden daher in jedem Fall die Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung der geschützten Gebiete oder ihrer Bestandteile bewirkt bzw. Störungen hervorgerufen. " Gleiches gilt für Denkmale: Die Errichtung von Windenergieanlagen bedeutet Bodenversiegelung, Zerstörung und Beseitigung denkmalgeschützter Substanz, Emissionen, die die Wahrnehmung des Denkmals und seiner historischen Aussagekraft schmälern bzw. sogar völlig unmöglich machen, erhebliche Beeinträchtigungen des Erscheinungsbilds, Verfälschung ihres Zeugniswerts, Zerstörung ihres funktionalen Zusammenhangs, ihrer Erlebbarkeit, ihrer Nutzung u. v. m. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind für Denkmale im BbgDSchG nicht vorgesehen, da historische Zeugnisse nicht reproduzierbar sind und auch durch Kopien nicht ersetzt

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	werden können. Ihr Verlust ist immer unwiederbringlich.	
BE-ID: 2862	Zu der als WEG 08 gekennzeichneten Fläche und dem dazu gehörenden Datenblatt: Anders als von der Regionalen Planungsgemeinschaft in der Sitzung des Ausschusses für Regional- und Bauplanung des Landkreises Teltow-Fläming am 1. Juni 2021 vorgetragen, handelt es sich im Falle des Denkmals. Ehemaliger Heeresversuchsplatz Kummersdorf" nicht um eine Ansammlung von Einzeldenkmalen auf einer ansonsten nicht geschützten Fläche. Es ist vielmehr ein Denkmal (das größte Brandenburgs, wie schon unzählige Male wiederholt). Die einzelnen Gebäude, Anlagen, Gartenkompartimente, Bodendenkmale, Zielbauten usw. sind Teile des Denkmals. So ist der Heeresversuchsplatz auf der Brandenburgischen Denkmalliste auch nur eine Position (Nr. 091 0572 1) und dort als Einzeldenkmal (!) ausgewiesen. Es ist nicht nachvollziehbar und stößt bei der Denkmalschutzbehörde auf völliges Unverständnis, wieso die Regionale Planungsgemeinschaft nicht in der Lage gewesen sein soll, sich hierüber zu informieren. Die Denkmalliste ist öffentlich im Internet einsehbar. Statt den Schutzstatus korrekt zu ermitteln, wird im entsprechenden Datenblatt der Umgebungsschutz nach § 2 Abs. 3 BbgDSchG auf der ausgewiesenen Fläche sogar noch mit der Begründung in Frage gestellt, es handele sich um verschiedene Einzeldenkmale. Entgegen dieser Auffassung wurde seitens der Denkmalschutzbehörde wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Fläche zwischen den Schießbahnen gleichsam vom Denkmal eingeschlossen wird, sie somit im Zentrum des Denkmals liegt und von daher selbstverständlich und ohne jeden Zweifel das Erscheinungsbild und der historische Zusammenhang des Denkmals und seiner Bestandteile durch die Errichtung von Windenergieanlagen zerstört werden würde. Geschützt ist die gesamte Fläche, auf der sich die zahlreichen Bestandteile des Denkmals befinden, die Fläche selbst ist auch Teil des Denkmals. Die besondere, herausgehobene Bedeutung dieses Denkmals liegt gerade in seiner vollständigen Überlieferung. Damit dürfte das Missverständnis, es handele sich hier um verschiedene, vereinzelte Einzeldenkmale, endlich ausgeräumt sein. Die Festlegungen zur Definition des Freiraumverbunds in der Umgebung des Denkmals Heeresversuchsplatz Kummersdorf' wären aus denkmalschutzrechtlicher Sicht zu ergänzen, und zwar um die gesamte Fläche des Denkmals. Die derzeitige Zerstückelung - ein Teil des Denkmals gehört zum Freiraumverbund, andere Teile nicht - ergibt keinen Sinn und ist auch nicht zu begründen. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass Windkraftanlagen zwischen den Schießbahnen, also inmitten dieser Fläche (des Denkmals!) auszuschließen sind. Im Entwurf des Regionalplans ist das eingezeichnete Windeignungsgebiet sogar auf die Schießbahn West ausgedehnt und in die dortigen Zielbauten hineingeplant. Hier kann nicht mehr von einem Missverständnis ausgegangen werden. Offenkundig wurde der Schutzstatus der Schießbahn als Teil des Denkmals einfach ignoriert, um eine hinreichend große Fläche ausweisen zu können. Das Argument der Regionalen Planungsgemeinschaft, die Schießbahnen seien aufgrund ihres Baumbestandes und Wildwuchses nicht zu erkennen, kann im Falle von Denkmalen nicht greifen. Bodendenkmale sind auch nicht sichtbar und dennoch geschützt. Es ist grundsätzlich nicht nur das Sichtbare geschützt. Das Denkmalschutzgesetz unterscheidet nicht zwischen sichtbaren/erkennbaren und nicht sichtbaren/nicht erkennbaren Denkmalen. Dass die Schießbahnen nicht wahrnehmbar sind bzw. sein sollen, geht auf den Pflegerückstand durch den Eigentümer zurück. Es wäre wünschenswert, wenn das Land Brandenburg als Denkmaleigentümer die Schießbahnen durch Maßnahmen der Landschaftspflege erkennbar gestalten würde. Das Ausbleiben solcher Maßnahmen schmälert hingegen den Denkmalwert des Heeresversuchsplatzes nicht. Es kommt noch etwas Entscheidendes hinzu. Da die Geschichte des Heeresversuchsplatzes nach wie vor Gegenstand der Forschung ist (vgl. §1 Abs. 1 BbgDSchG - Denkmale sind zu erforschen!) - und auch hierauf wurde mehrfach seitens der Denkmalschutzbehörde hingewiesen - konnte inzwischen eine historische Karte aus dem Jahr 1901 ausfindig gemacht werden (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, 1. HA, Rep. 87 B, Nr. 2 1 957), die die	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Fläche des gesamten Schießplatzes inklusive der Schießbahnen und der Fläche dazwischen als .Schieß-Rayon" ausweist. Dabei handelt es sich um ein Schussfeld, das grundsätzlich von Bebauung freizuhalten war, da aufgrund der Streuung der dort erprobten Artilleriegeschosse unkalkulierbar war, wo die getesteten Geschosse auftreffen und welchen Schaden sie anrichten. Insofern ist gerade auch das Schussfeld zwischen den Schießbahnen von Bedeutung für die historische Aussagekraft des Denkmals und gehört zum Denkmal dazu. Nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ist im Übrigen der Schutz der Denkmale nicht von deren Eintragung in die Liste abhängig. Die Auswirkungen von Windenergieanlagen auf das Denkmal Ehemaliger Heeresversuchsplatz Kummersdorf stellen in mehrfacher Hinsicht Beeinträchtigungen dar, wobei jede Beeinträchtigung eine Schmälerung des Denkmalwertes bewirkt (Martin/Mieth/Graf/Sautter, Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz, Kommentar, 2. Auflage 2008, § 8 Anm. 5.5 m. w. N.). Der Prozess der Errichtung der Windenergieanlagen bedeutet großflächige Abholzung, Anlage von Infrastruktur zum Transport, Geländebewegung und damit Zerstörung historischer Substanz und Verfälschung des Zeugniswerts des Denkmals. Als weithin sichtbare vertikale Dominanten würden Windenergieanlagen optisch das noch in vollständigem - unberührtem - Zusammenhang erhaltene Denkmal massiv und unübersehbar zerschneiden. Gerade an der Stelle, die aus der historischen Funktion des Denkmals ableitbar von Bebauung freizuhalten war (Schussfeld), würden sich die Dominanten erheben und somit den Zeugniswert des Denkmals geradezu konterkarieren. Das Denkmal wäre im Sinne des BbgDSchG auch nicht mehr entwickelbar. Gemäß § 7 Abs. 2 BbgDSchG sind Denkmale so zu nutzen, dass ihre Erhaltung nachhaltig gesichert ist. Auch sind sie öffentlich zugänglich zu machen. Der Sinn des Denkmalschutzes ist u. a. darin begründet, Geschichte an die Öffentlichkeit zu vermitteln, Geschichte erlebbar zu machen, Bewusstsein zu fördern, die Gesellschaft zu ermutigen, sich mit ihrer Geschichte auch kritisch auseinanderzusetzen. Angesichts der sichtbaren Dominanz und der Emissionen von Windenergieanlagen wären die Ziele des Denkmalschutzes nicht mehr umsetzbar und für die Zukunft ausgeschlossen. Seit Jahren fordert die Denkmalschutzbehörde dazu auf, die gerade in Brandenburg - und dort vor allem im Landkreis Teltow-Fläming - in zahlreichen Denkmalen überlieferte und veranschaulichte militärische Vergangenheit Deutschlands wahrzunehmen, nicht länger gedankenlos zu ignorieren, sich ausschließlich auf deren wirtschaftliche Verwertbarkeit zu beschränken. Die Banalisierung dieses Denkmals durch technogene Überformung mit im gesamten Bundesland beliebig anzutreffenden Windenergieanlagen wäre auch gesellschaftlich gesehen genau der falsche Weg, mit deutscher Vergangenheit umzugehen. Sie würde damit gleichsam geleugnet, gelöscht, aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Einen Ort, an dem zwei Weltkriege durch technische Entwicklung vorbereitet wurden, unter Windenergieanlagen zu verstecken, ist nicht nur ein Armutszeugnis, sondern eine kulturelle Bankrotterklärung des Landes Brandenburg. Es wurden in der Vergangenheit seitens der Denkmalschutzbehörde auch mehrfach Mahnungen an das Land Brandenburg gerichtet, wenigstens einen Conservation Management Plan zu erarbeiten, aus dem Entwicklungsperspektiven, Nutzungsvorstellungen und die einzelnen konkreten Sicherungs- und Instandhaltungsschritte hervorgehen. Leider ist das Land bis dato seiner gesetzlichen Pflicht nicht nachgekommen. Somit kommen auch keine Abweichungen in Frage. Das BbgDSchG lässt unter gewissen Voraussetzungen Kompensationsvereinbarungen zu. Ohne die verbindliche Festlegung eines Entwicklungsziels für das Denkmal mit konkreter Planung von Erhaltungsmaßnahmen kann und wird hiervon seitens der Denkmalschutzbehörde kein Gebrauch gemacht werden. Der Landkreis hat - auch aus diesem Grund - mit Beschluss des Kreistages Nr. 6-452 1/21 -IV/1 vom 21.06.2021 die Landesregierung als Eigentümer der größten Flächen der Liegenschaft aufgefordert, eine Gesamtkonzeption zu erarbeiten, die die öffentlichen Belange miteinander vereinbart.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 14 Forst Zinna		
BE-ID: 2825	WEG 14 Forst Zinna - Anmerkungen/Hinweise UNB: Bezüglich der Flugkorridore der Großtrappe zeichnet das LfU verantwortlich. Entgegen der Auffassung der Regionalen Planungsstelle sieht die UNS ein eindeutiges Votum zum Ausschluss der Errichtung von Windenergieanlagen im WEG bei Lage im Flug-Verbindungskorridor der Großtrappe (Schreiben des LfU vom 11.03.202), insofern kann die UNB nicht den Darlegungen der Planungsstelle im Datenblatt folgen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2827	Innerhalb der WEG-Kulisse befinden sich zudem mehrere geschützte Biotope. Dennoch liegen für das Gebiet kaum Artendaten vor. Aus Sicht der UNB ist eine Artenschutzprüfung für weitere TAK-relevante Arten erforderlich, um mögliche Konfliktpotenziale beurteilen zu können. In den angrenzenden teilweise rückgebauten ehemaligen militärisch genutzten Gebäuden sind Fledermaus Winterquartiere eingerichtet, entsprechende Daten können auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere die Nahrungshabitate und Flugkorridore von Fledermäusen zwischen den beiden ehemaligen Truppenübungsplätzen und der Nuthe (FFH-Gebiet) sind zu betrachten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2828	In die Betrachtung unter B 09 ist ein „Umgebungsschutz" der auf dem FFH-Gebiet nordwestlich der Bahnlinie befindlichen Wanderdüne zu ergänzen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2829	Im Datenblatt sind unter Kumulation zumindest auch die Aussagen der Verträglichkeitsvorprüfung für das GIV, die der Regionalplan selbst erarbeitet hat, und welches sich auf unmittelbar angrenzenden Flächen befindet, zu berücksichtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2830	Der Landschaftsrahmenplan Teltow-Fläming stellt die Flächen als Flächen mit überregionaler Bedeutung für den Biotopverbund dar. Die beiden ehemaligen Truppenübungsplätze sind als größte unzerschnittene Naturräume mit je weit über 100 km2 Ausdehnung im Landschaftsrahmenplan besonders gekennzeichnet. Es wird eine nochmalige Überprüfung der Argumentationskette zu den Kriterien B 10	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	(Biotopverbund/LaPro), B 03 (FFH-Gebiete) sowie B 04 (SPA-Gebiete) und ggf. Ergänzung (Verbindungsflächen - Räume enger Kohärenz der FFH-Gebiete) angeraten.	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 15 Welsickendorf		
BE-ID: 2831	WEG 15 Welsickendorf - Anmerkungen/Hinweise UNB: Für das Areal liegen der UNB bis auf einen Blindschleichenfund keine konkreten Daten vor.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2832	Im Bereich der nördlich angrenzenden Kleingewässer wurde ein Kranichbrutplatz bisher nicht berücksichtigt. Des Weiteren existieren Hinweise zu einem Rotmilan im Bereich, der konkrete Standort wird seitens der UNB noch recherchiert und dann mitgeteilt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2833	Im WEG befinden sich gesetzlich geschützte Biotope. Aufgrund der Randlagen im Bereich der ehemals militärisch genutzten Fläche scheint eine Herausnahme sinnvoll.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2834	Das WEG befindet sich vollständig auf einer Fläche des landesweiten Biotopverbundes nach Kapitel 3.7 des Landschaftsprogramms Brandenburgs. Der Landschaftsrahmenplan wertet die Fläche ebenfalls als überregional bedeutend für den Biotopverbund, insbesondere im Zusammenhang mit weiteren Waldflächen im Nachbarlandkreis. Eine Berücksichtigung des Belanges „Kernfläche Wald" (B10 Biotopverbund/Lapro) ausschließlich auf der nachgeordneten Ebene wird für nicht praktikabel gehalten, zumal es sich dabei auch um gesetzlich geschützte Biotopflächen handelt. Das Abweichen von der eigenen Abstandsregelung kann zwar anhand der Argumentationskette nachvollzogen werden, inwieweit diese Aussagen aber rechtlich belastbar sind und die Entscheidung zum Verzicht anderer Potenzialflächen	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	rechtfertigen, kann nicht eingeschätzt werden. Der Würdigung des Biotopverbundes wäre hier generell mehr Gewicht einzuräumen.	Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 17 Dahme/Mark-Ost		
BE-ID: 2835	WEG 17 Dahme/Mark-Ost - Anmerkungen/Hinweise UNB: Mittig im WEG befindet sich das FFH-Gebiet DE 41 47-304 „Schlagsdorfer Hügel". Die Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Lebensraumtypen, hier insbesondere des Lebensraumtyps ,,trockene, kalkreiche Sandrasen" ist zu gewährleisten. Aufgrund der Lage und Größe (ca. 5 ha) des FFH-Gebietes kann eine Beeinträchtigung bei der konkreten Standortplanung jedoch vermieden werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2863	WEG 17 Dahme/Mark-Ost - Forderungen/Hinweise UDB: In dem Gebiet bei Rosenthal liegt das ortsfeste Bodendenkmal 131105 „Wüstung des deutschen Mittelalters". Der Schutz des Bodendenkmals ist dadurch zu gewährleisten, dass auf dessen Fläche keine Windkraftanlagen errichtet bzw. Kabeltrassen verlegt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 25 Wünsdorf		
BE-ID: 2836	WEG 25 Wünsdorf - Anmerkungen/Hinweise UNB Die untere Naturschutzbehörde hat zu der 1 . Änderung des FNP Zossen in Bezug auf die Ausweisung der Potenzialflächen für die Windkraftnutzung folgende Stellungnahme abgegeben , die weiterhin aufrechterhalten wird: Die Herleitung der artenschutzrechtlichen harten und weichen Tabuzonen erscheint insgesamt schlüssig, sodass die Ausweisung von Konzentrationszonen aus der Sicht des Artenschutzes nachvollziehbar ist. Die angewandten Kriterien entsprechen den in Brandenburg geltenden TAK, werden mit dem bei Gericht bereits herangezogenen sog. "Helgoländer Papier" begründet oder als weiche Kriterien fachlich begründet hergeleitet. Inwieweit die Berücksichtigung der „weichen Tabuzonen" innerhalb eines im Regionalplan Havelland-Fläming festgesetzten Windeignungsgebiets insbesondere hinsichtlich der Fledermausnachweise, vor Gericht Bestand haben würde, kann von der Unteren Naturschutzbehörde nicht beurteilt werden. Aus der Sicht des Artenschutzes sollte daher die Kulisse der Potenzialgebiete aus der 1. Änderung des FNP der Stadt Zossen beibehalten werden. Die konzentrierten Vorkommen von Ziegenmelker und Waldschnepfe sollten von Windkraftnutzung freigehalten werden. Auch wenn es prinzipiell richtig ist, dass durch Auflichtung von geeigneten in Sukzession befindlichen heideartigen Waldflächen geeignete Habitate für diese Arten wiederhergestellt werden können, sind diese Lebensräume endlich und sollten unabhängig von der Verdrängung der beiden spezialisierten Arten erhalten und wiederhergestellt werden. Dazu ist die Bundesrepublik Deutschland auf Grund der FFH-Richtlinie auf den Inwieweit durch die Abgrenzung der Fläche des WEG im Süden die Beeinträchtigungen des Flugkorridors der Großtrappe, vgl. Datenblatt B 02 (Tierökologische Abstandskriterien), ausreichend sind, obliegt der zuständigen Naturschutzbehörde.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Seitens der UNB sind aufgrund der Wertigkeit der angrenzenden Landwirtschaftsflächen mit tatsächlichen und potenziellen Brutplätzen der Wiesenweihe und weiterer Wiesenbrüter Beeinträchtigungen nicht auszuschließen und weitere Reduzierungen angebracht.	
BE-ID: 2843	Im Landschaftsrahmenplan des Landkreises Teltow-Fläming werden die Flächen mit überregionaler Bedeutung für den Biotopverbund dargestellt. Wertgebend ist auch die Unzerschnittenheit des Raumes (20-50 km2) und dies in Berlinnähe. Eine Ergänzung der Argumentationskette zum Kriterium B 10 Biotopverbund/LaPro sowie aufgrund der Nähe zum angrenzenden FFH-Gebiet des Kriterium B 03 und ggf. Ergänzungen sind erforderlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2844	Die Befugnisübertragung zur Ausweisung des LSG „Wierachteiche - Zossener Heide" an den Landkreis hat noch Bestand. Gegenwärtig wird die Eröffnung eines Unterschutzstellungsverfahrens vorbereitet. Der Nordteil des WEG würde sich vollständig im beabsichtigten LSG befinden (vgl. Anlage 3 - Arbeitsversion LSG-Abgrenzung). Im LSG sind nicht nur die per Gesetz ohnehin schon geschützten Biotope bedeutsam, sondern auch jene, welche das Landschaftsbild und die Landschaftszusammenhänge prägen und die eine herausragende Lebensraumfunktion für spezialisierte Tier- und Pflanzenarten besitzen. Vor diesem Hintergrund sind gerade die großflächigen Kiefernwälder wertgebend, zumal sich diese mit zunehmendem Bestandsalter insbesondere als Lebensraum für Fledermäuse und Vögel ganz besonders eignen. Hervorzuheben sind hier Arten, die besonders auf die Unzerschnittenheit und Großräumigkeit des Lebensraumkomplexes angewiesen sind. Stellvertretend sei hier für seltene und bedrohte Vertreter der Großvogelfauna der Schwarzspecht mit großen Revieransprüchen und andererseits auf die Ziegenmelker- und Waldschnepfen- Populationen sowie als Vertreter der Fledermausarten auf das Vorkommen der Mopsfledermaus und des Großen Mausohres im Umfeld hingewiesen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 28 Feldheim-Malterhausen		
BE-ID: 2845	WEG 28 Feldheim-Malterhausen - Anmerkungen /Hinweise UNB Die Bereiche der als Naturdenkmal (ND) geschützten „Trockentäler" wurden nicht konsequent ausgegrenzt, was an der Übernahme der Waldfunktionen mit Ausschlusswirkung liegen könnte. Gleichwohl sollten die als ND geschützten Bereiche nicht in das WEG einbezogen werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2846	Bezüglich der Flugkorridore der Großtrappe zeichnet das LfU verantwortlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2847	Überprüfung der Aussagen zu B 09 Erlebniswirksamkeit der Landschaft; wenngleich bereits Störungen durch die vorhandenen WKA vorliegen, kann damit nicht die Erweiterung des WEG gerechtfertigt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2848	Im Landschaftsrahmenplan des Landkreises Teltow-Fläming werden die Flächen mit überregionaler Bedeutung für den Biotopverbund dargestellt. Wertgebend ist auch die Unzerschnittenheit des Raumes (> 100km²). Es ist eine nochmalige Überprüfung der Argumentationskette zu den Kriterien B 10 (Biotopverbund/LaPro), B 03 (FFH-Gebiete) sowie B 04 (SPA-Gebiete) und ggf. Ergänzung (Verbindungsflächen - Räume enger Kohärenz der FFH-Gebiete) erforderlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 29 Christinendorf		
BE-ID: 2837	WEG 29 Christinendort - Anmerkungen/Hinweise UNB Die Flächen sind teilweise als gesetzlich geschützte Biotope, die nur in sehr langen Zeiträumen wiederhergestellt werden können, anzusprechen. Demzufolge ist ein Ausgleich nur schwierig zu erbringen und ein Verzicht zur Nutzung dieser Biotope sinnvoll.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2838	Im jeweiligen Genehmigungsverfahren bedarf es aufgrund der Nutzung des Bereiches durch störungsempfindliche Großvogelarten (teilweise Wechselhorste) ständig aktueller Kartierung, die ggf. zum Versagen einer WKA führen können. Für das Waldgebiet im Norden liegen der UNB Altdaten zu Baumfalke und Mäusebussard vor. Ferner gibt es weitere Daten zu Brutvogelarten der Agrarlandschaft (Braunkehlchen , Ortolan, Heidelerche, Grauammer).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2864	WEG 29 Christinendorf - Forderungen/Hinweise UDB In dem Gebiet bei Christinendorf liegen die ortsfesten Bodendenkmale 130547 „Siedlung der Urgeschichte" und 130550 „Siedlung der Urgeschichte". Der Schutz der Bodendenkmale ist dadurch zu gewährleisten, dass auf deren Flächen keine Windkraftanlagen errichtet bzw. Kabeltrassen verlegt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 31 Petkus-Wahlsdorf		
BE-ID: 2839	WEG 31 Petkus-Wahlsdorf - Anmerkungen/Hinweise UNB Das WEG wird auf der Karte 3.6 des Landschaftsprogramms Brandenburg vom Dezember 2000 mit dem Ziel „Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft" ausgewiesen. Durch die Verringerung der Fläche des WEG noch gegenüber den ersten Vorstellungen wurde zumindest versucht, die Sichtbeziehungen zwischen den Ortslagen Petkus und Wahlsdorf zu erhalten. Eine kompakte Umfassung der Ortslage Wahlsdorf durch WKA wird verhindert. Unter dem Hintergrund der Bedeutung der Orte für die Erholungs- und Freizeitnutzung (Fläming-Skate) wird dies seitens der UNB begrüßt. Der Argumentation im Datenblatt zur geringeren Wertung dieses Belanges aufgrund bereits vorhandener starker Überprägung mit WKA wird jedoch seitens der UNB widersprochen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2840	Auch kann die UNB der Argumentation zum B 10 im Datenblatt nicht folgen. Für das WEG liegen eine Vielzahl von Artendaten vor, die sich in der Ausweisung als Biotopverbundfläche widerspiegeln, jedoch nicht unter dem Belang B 02 angeführt werden (vor allem Fledermausarten).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 32 Hohenseefeld		
BE-ID: 2841	WEG 32 Hohenseefeld - Anmerkungen/Hinweise UNB Seitens der UNB werden (trotz bestehender und in Genehmigung befindlicher WKA) die Berücksichtigung der TAK relevanten Vogelarten und deren Schutzbereiche gefordert. erwähnten ehemaligen Truppenübungsplätzen, die als FFH-Gebiete mit entsprechenden Erhaltungszielen ausgewiesen sind, rechtlich verpflichtet.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 34 Werbig (Niederer Fläming)		
BE-ID: 2854	WEG 34 Werbig (Niederer Fläming) - Anmerkungen/Hinweise UNB Das Trappenschongebiet grenzt unmittelbar an das WEG in südlicher Richtung an. Es liegt eine Überschneidung mit den Flugkorridoren für das nahezu gesamte WEG vor. Bezüglich der Flugkorridore der Großtrappe zeichnet das LfU verantwortlich. Aus Sicht der UNB ist eine Reduzierung der Fläche des WEG ratsam.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2855	Um Beeinträchtigungen von potenziellen Brutplätzen der Wiesenweihe auszuschließen sind Daten aus der aktuellen Bestandssituation einzubeziehen. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass es bei Vorkommen von Brutplätzen der Wiesenweihe zu substanziellen Einschränkungen der Nutzbarkeit des Eignungsgebietes für die Errichtung von WKA führen wird.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2865	WEG 34 Werbig (Niederer Fläming) - Forderungen/Hinweise UNB In dem Gebiet bei Hohengörsdorf liegen die ortsfesten Bodendenkmale 131 382 „Siedlung der Jungsteinzeit", Fläming) 131 194 .Siedlung der Jungsteinzeit; Wüstung des deutschen Mittelalters" und 131 209 .Siedlung der Urgeschichte". Der Schutz der Bodendenkmale ist dadurch zu gewährleisten, dass auf deren Flächen keine Windkraftanlagen errichtet bzw. Kabeltrassen verlegt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 35 Jüterbog-Markendorf (Heidehof)		
BE-ID: 2856	WEG 35 Jüterbog-Markendorf - Anmerkungen/Hinweise UNB Aus der Sicht des Arten- und Biotopschutzes sollte auf eine Erweiterung der Fläche über die bestehenden Anlagenstandorte hinaus verzichtet werden. Die Fläche birgt ein hohes biotop- und artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial durch die unmittelbare Nähe zu NSG/FFH-Gebiet „Heidehof-Golmberg", SPA „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" sowie durch die nahezu flächendeckenden Vorkommen geschützter Biotope und FFH-LRT (bspw. Zwergstrauchheiden, die bekannten Ziegenmelkervorkommen, die sich mit mindestens 9 Revieren auf oder nahe der Erweiterungsfläche im Südosten befinden).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 36 Thyrow-Kerzendorf		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2849	WEG 36 Thyrow-Kerzendorf - Anmerkungen / Hinweise UNB Aufgrund der Lage in und zwischen geschlossenen Waldbereichen und aufgrund einer mangelhaften Datenlage wäre aus Sicht der UNB eine Artenschutzprüfung für TAK-relevante Arten auf Basis mindestens einer fachgutachterlichen Begehung in der Hauptbrutzeit, ergänzt durch eine Potenzialanalyse, erforderlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2850	Die gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG (insgesamt ca. 1,3 ha) befinden sich in Randlage (Rotbuchenwälder bodensaurer Standorte und temporäre Kleingewässer). Daher wird eine Reduzierung des WEG als sinnvoll erachtet.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2851	Im Landschaftsrahmenplan wird die Fläche zum „Erhalt und Aufwertung von Landschaftsteilen mit hoher Bedeutung für das Landschaftsbild und die landschaftsbezogene Erholung" gekennzeichnet. Insbesondere aufgrund der Auswirkungen des BER (Lärmschutzkonzept) für Ludwigsfelde sind stadtnahe Erholungsbereiche von besonderer Bedeutung und entsprechend zu berücksichtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf		
BE-ID: 2852	WEG 44 Großbeeren - Teltow- Stahnsdorf - Anmerkungen / Hinweise UNB Für das Areal liegen der UNB wenige Daten vor (vereinzelte Fledermausangaben, Waldkauz). Insofern wäre aus Sicht der UNB eine Artenschutzprüfung für TAK-relevante Arten auf Basis mindestens einer fachgutachterlichen Begehung in der Hauptbrutzeit, ergänzt durch eine Potenzialanalyse, erforderlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2853	Auf den südlich gelegenen Teilflächen des WEG auf dem Territorium des Landkreises Teltow-Fläming wurden zur Aufwertung des Landschaftsbildes und zur Verbesserung der Erholungs- und Freizeitnutzungen umfangreiche Kompensationmaßnahmen initiiert. Die Rücknahme des WEG im südlichen Bereich wird daher begrüßt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 45 Zülichendorf		
BE-ID: 2859	WEG 45 Zülichendorf - Anmerkungen/Hinweise UNB Die Herausnahme der Flächen des Zülichendorfer Busches, der nach Kenntnisstand der UNB zum großen Teil aus gem. § 30 BNatSchG geschützten Waldformationen besteht (Erlenbruchwälder u.a.) und nicht durch Schneisen zerschnitten werden sollte, wird begrüßt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2860	Auch die Lage im Naturpark in einer kaum zersiedelten und durchschnittenen Landschaft und die Lage in einem Flugkorridor der Großtrappe sollten hier den Ausschlag geben, um das Gebiet aus der weiteren Planung auszunehmen. Bezüglich der Flugkorridore der Großtrappe zeichnet das LfU verantwortlich. Inwieweit durch eine Reduzierung der Fläche des WEG Beeinträchtigungen des Flugkorridors der Großtrappe, vgl. Datenblatt B 02 (Tierökologische Abstandskriterien) reduziert bzw. zu vermeiden sind, obliegt der zuständigen Naturschutzbehörde. Die UNB wertet den Verlust von rund 50% der Breite eines Flug-Verbindungskorridors der Großtrappe im Raum Jüterbog als eindeutiges Votum gegen die Ausweisung der gesamten Fläche als WEG.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2796	III.2.3. Oberflächennahe Rohstoffe: Die Herangehensweise zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung auf der Grundlage des diesbezüglichen Planungskonzeptes ist nachvollziehbar.	Die zustimmende Feststellung zum Planungskonzept wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 01 Berkenbrück-Ruhlsdorf		
BE-ID: 2801	VR 01 Berkenbrück-Ruhlsdorf Das Umweltamt, untere Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass sich beide Gebiete (mit VB04) nicht nur mit einem Großteil ihrer Flächen, sondern vollständig im LSG „Nuthetal-Beelitzer Sander" befinden. Vorsorglich und ergänzend zu den Aussagen in der Umweltprüfung wird darauf verwiesen, dass sich das NSG „Rauhes Luch" bzw. das gleichnamige FFH-Gebiet DE-3845-305 im Umfeld des VR 01 (ca. 800-1000 m entfernt) bzw. im Umfeld des VB 04 (ca. 600 m entfernt) befinden. Ein genereller Ausschluss von Beeinträchtigungen sensibler Biotope [7] im Umfeld (hier großflächiger zusammenhängender Komplex offener Gesellschaften auf oligotröphen, nassen Moorstandorten) durch eine Rohstoffgewinnung kann nicht bestätigt werden. Im VR 01 selbst befinden sich Nistplätze der Uferschwalben. [Fußnote [7]: Übergangs- und Schwingrasenmoore (7140), Alte bodensaure Eichenwälder mit Quercus robur auf Sandebenen (9190), Moorwälder (91DO)]	Dem Hinweis wird weitgehend gefolgt: Der Gebietsvorschlag des LBGR wird nur noch in Bezug auf die genehmigten Bereiche des HBP/RBP als VR übernommen. Begründung LFU 02: Alle anderen Bereiche Kiese/Sande im LSG werden gemäß Stellungnahme MLUK/LfU nicht übernommen, sofern hierfür keine rechtskräftigen HBP/RBP mit Befreiung von der LSG_VO vorliegen. Hier geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 27 Wünsdorf		
BE-ID: 2802	VR 27 Wünsdorf Die Befugnisübertragung zur Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) ,,Wierachteiche -Zossener Heide" an den Landkreis hat noch Bestand. Das Umweltamt, untere Naturschutzbehörde teilt dazu mit, dass gegenwärtig die Eröffnung eines Unterschutzstellungsverfahrens vorbereitet wird. Das VR 27 würde sich vollständig im beabsichtigten LSG befinden (vgl. Anlage 3 - Arbeitsversion LSG-Abgrenzung). Im LSG sind nicht nur die per Gesetz ohnehin schon geschützten Biotope bedeutsam, sondern auch jene, welche das Landschaftsbild und die Landschaftszusammenhänge prägen und die eine herausragende Lebensraumfunktion für spezialisierte Tier- und Pflanzenarten besitzen. Vor diesem Hintergrund sind gerade die großflächigen Kiefernwälder wertgebend, zumal sich diese mit zunehmendem Bestandsalter insbesondere als Lebensraum für Fledermäuse und Vögel ganz besonders eignen. Hervorzuheben sind hier Arten, die besonders auf die Unzerschnittenheit und Großräumigkeit des Lebensraumkomplexes angewiesen sind. Stellvertretend wird hier für seltene und bedrohte Vertreter der Großvogelfauna auf den Schwarzspecht (mit großen Revieransprüchen im Umfeld) und auf die konzentrierte Ziegenmelker-Population (mit 30-40 Revierpaaren direkt im VR 27) hingewiesen sowie als Vertreter der Fledermausarten auf das Vorkommen der Mopsfledermaus und des Großen Mausohres im Umfeld.	Den Bedenken wird teilweise gefolgt. Eine Übernahme in den Regionalplan erfolgt nur noch reduziert auf die Flächen der zugelassenen Betriebspläne. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LfU betreffen die darüber hinaus gehenden Bereiche ein Mosaik umfangreicher geschützter Biotope. Biotopfläche, Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotope innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stünden einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 04 Berkenbrück-Ruhlsdorf		
BE-ID: 2977	VB 04 Berkenbrück-Ruhlsdorf Das Umweltamt, untere Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass sich beide Gebiete (mit VR01) nicht nur mit einem Großteil ihrer Flächen, sondern vollständig im LSG „Nuthetal-Beelitzer Sander" befinden. Vorsorglich und ergänzend zu den Aussagen in der Umweltprüfung wird darauf verwiesen, dass sich das NSG „Rauhes Luch" bzw. das gleichnamige FFH-Gebiet DE-3845-305 im Umfeld des VR 01 (ca. 800-1000 m entfernt) bzw. im Umfeld des VB 04 (ca. 600 m entfernt) befinden. Ein genereller Ausschluss von Beeinträchtigungen sensibler Biotope [7] im Umfeld (hier großflächiger zusammenhängender Komplex offener Gesellschaften auf oligotröphen, nassen Moorstandorten) durch eine Rohstoffgewinnung kann nicht bestätigt werden. Im VR 01 selbst befinden sich Nistplätze der Uferschwalben. [Fußnote [7]: Übergangs- und Schwingrasenmoore (7140), Alte bodensaure Eichenwälder mit Quercus robur auf Sandebenen (9190), Moorwälder (91DO)]	Dem Hinweis wird weitgehend gefolgt: Der Gebietsvorschlag des LBGR wird nur noch in Bezug auf die genehmigten Bereiche des HBP/RBP als VR übernommen. Begründung LFU 02: Alle anderen Bereiche Kiese/Sande im LSG werden gemäß Stellungnahme MLUK/LfU nicht übernommen, sofern hierfür keine rechtskräftigen HBP/RBP mit Befreiung von der LSG_VO vorliegen. Hier geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 06 Frankenfelde		
BE-ID: 2803	VB 06 Frankenfelde Seitens des Umweltamtes, untere Naturschutzbehörde ergeht der Hinweis, dass dies Vorbehaltsgebiet sich vollständig im LSG "Nuthetal-Beelitzer Sander" befindet. Dieser Sachverhalt fehlt teilweise in den Tabellen 19 und 20 der Begründung bzw. es wird die Lage in einem LSG bei unterschiedlichen Gebieten abweichend gewertet (LSG-Verordnung sieht Befreiungsmöglichkeit vor, bei anderen Gebieten ohne diese Kommentierung).	Dem Gebietsvorschlag des LBGR auf Festlegung als Vorbehaltsgebiet wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 09 Gottsdorf		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2979	VB 09 Gottsdorf Seitens des Umweltamtes, untere Naturschutzbehörde ergeht der Hinweis, dass dieses Vorbehaltsgebiet sich vollständig im LSG "Nuthetal-Beelitzer Sander" befindet. Dieser Sachverhalt fehlt teilweise in den Tabellen 19 und 20 der Begründung bzw. es wird die Lage in einem LSG bei unterschiedlichen Gebieten abweichend gewertet (LSG-Verordnung sieht Befreiungsmöglichkeit vor, bei anderen Gebieten ohne diese Kommentierung).	Dem Gebietsvorschlag des LBGR zur Festlegung eines Vorbehaltsgebietes wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 14 Horstfelde-Nord		
BE-ID: 2804	VB 14 Horstfelde-Nord - Planungskonzept Rohstoffe Die untere Denkmalschutzbehörde weist darauf hin , dass im Nordosten des Areals Horstfelde Nord das ortsfeste Bodendenkmal 130340 "Gräberfeld der Bronzezeit" liegt. Das Bodendenkmal besitzt eine große landesgeschichtliche Bedeutung, weil sich dort etliche oberirdisch sichtbare Grabhügel der Bronzezeit erhalten haben. Das Bodendenkmal hat aufgrund seiner oberirdischen Präsenz ein touristisches Potenzial. Nach archäologischen Sondergrabungen wurde· das Bodendenkmal, das sich im Randbereich des Bergbauareals befindet, aus dem Abbaugebiet herausgenommen. Hier ist der Schutz der Bodendenkmalsubstanz höher zu bewerten, als der wirtschaftliche Ertrag durch die Rohstoffgewinnung. Aus Gründen des Bodendenkmalschutzes ist das Vorbehaltsgebiet für die Rohstoffgewinnung im Nordosten des Areals Horstfelde-Nord zu streichen.	Der Sachverhalt der unteren Denkmalbehörde ist bekannt. Er ist im Rahmen der Beschreibung in der Begründung zu "d) Anwendung der Festlegungen" berücksichtigt. Darüber hinaus ist der Argumentation des LBGR im Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf bzgl. des rechtswirksamen zugelassenen Rahmenbetriebsplans zu folgen und das Gebiet als Vorranggebiet festzulegen. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 15 Horstfelde-Süd		
BE-ID: 2805	VB 15 Hostfelde-Süd - Planungskonzept Rohstoffe Die untere Denkmalschutzbehörde weist darauf hin, dass im Südwesten des Areals Horstfelde Süd das ortsfeste Bodendenkmal 130517 "Hügelgräberfeld der Bronzezeit" liegt. Die Randlage im Vorbehaltsgebiet macht es möglich, den Schutz des Bodendenkmals zu gewährleisten. Aus Gründen des Bodendenkmalschutzes ist das Vorbehaltsgebiet für die Rohstoffgewinnung im Nordosten des Areals Horstfelde-Süd derart zu reduzieren, dass das Bodendenkmal nicht beeinträchtigt wird.	Der Sachverhalt der unteren Denkmalbehörde ist bekannt. Er ist im Rahmen der Beschreibung in der Begründung zu "d) Anwendung der Festlegungen" berücksichtigt. Darüber hinaus ist der Argumentation des LBGR im Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf bzgl. des rechtswirksamen zugelassenen Rahmenbetriebsplans zu folgen und das Gebiet als Vorranggebiet festzulegen. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet weitgehend die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 16 Kallinchen-Süd		
BE-ID: 2978	VB 16 Kallinchen-Süd (benachbart zu VR27 Wünsdorf) Die Befugnisübertragung zur Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) ,,Wierachteiche -Zossener Heide" an den Landkreis hat noch Bestand. Das Umweltamt, untere Naturschutzbehörde teilt dazu mit, dass gegenwärtig die Eröffnung eines Unterschutzstellungsverfahrens vorbereitet wird. Das VR 27 würde sich vollständig im beabsichtigten LSG befinden (vgl. Anlage 3 - Arbeitsversion LSG-Abgrenzung). Im LSG sind nicht nur die per Gesetz ohnehin schon geschützten Biotope bedeutsam, sondern auch jene, welche das Landschaftsbild und die Landschaftszusammenhänge prägen und die eine herausragende Lebensraumfunktion für spezialisierte Tier- und Pflanzenarten besitzen. Vor diesem Hintergrund sind gerade die großflächigen Kiefernwälder wertgebend, zumal sich diese mit zunehmendem Bestandsalter insbesondere als Lebensraum für Fledermäuse und Vögel ganz besonders eignen. Hervorzuheben sind hier Arten, die besonders auf die Unzerschnittenheit und Großräumigkeit des Lebensraumkomplexes angewiesen sind. Stellvertretend wird	Den Bedenken wird teilweise gefolgt. Das südlich vom VB 16 gelegene VR27 Wünsdorf ist in größerem Maße von typischer Pioniervegetation einer bislang sandig-trocken-liegenden Fläche betroffen. Angehende Kiefernklein- und Verbuschungswachstumsentwicklungen sind hier als Biotope deklariert. Das Gebiet ist mit Abbaurechten (Bewilligung nach Bundesberggesetz) belegt. Im westlichen Bereich wird gemäß eines genehmigten Hauptbetriebsplans Abbau betrieben. Das Gebiet VR27 wird in seiner Festlegung als VR im Regionalplan auf die Flächen der zugelassenen Betriebspläne reduziert. Zum VB16 kommt in der Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets in

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	hier für seltene und bedrohte Vertreter der Großvogelfauna auf den Schwarzspecht (mit großen Revieransprüchen im Umfeld) und auf die konzentrierte Ziegenmelker-Population (mit 30-40 Revierpaaren direkt im VR 27) hingewiesen sowie als Vertreter der Fledermausarten auf das Vorkommen der Mopsfledermaus und des Großen Mausohres im Umfeld.	planungsrechtlichen Genehmigungsverfahren dem Belang der Rohstoffgewinnung bei der Abwägung mit konkurrierenden Raumansprüchen ein besonderes Gewicht zu, jedoch ohne einen Anspruch auf Rohstoffabbau fest zu definieren. Dies betrifft auch die Abstimmung eines nach Jahren eventuell wieder ins Verfahren gebrachten Prozederes zur Ausweisung eines LSG.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 34 Sernow-Süd		
BE-ID: 2806	VB 34 Sernow-Süd - Planungskonzept Rohstoffe Die untere Denkmalschutzbehörde weist darauf hin, dass im Areal Sernow-Süd die ortsfesten Bodendenkmale 131190 „Hügelgräberfeld der Urgeschichte" und 131189 „Hügelgrab der Urgeschichte; Siedlung der Ur- und Frühgeschichte" liegen. Für beide ortsfeste Bodendenkmale ist deren reelle Ausdehnung bisher nicht durch Ausgrabungen ermittelt worden. Wenn es zur Ausweisung eines Vorbehaltsgebietes für die Rohstoffgewinnung. kommt, müssen bauvorbereitende archäologische Dokumentationsmaßnahmen stattfinden. Das Landwirtschaftsamt teilt mit, dass das Vorbehaltsgebiet VB 34 Sernow-Süd mit 181,23 ha zu über 90 % ackerbaulich genutzt wird. Es handelt sich um ertragsstabile Standorte, welche auch zukünftig für die Landwirtschaft unverzichtbar sind. Vorherrschende Böden im Vorbehaltsgebiet VB 34 sind im nördlichen Teil sickerwasserbestimmte Tieflehme und Sande und im südlichen Teil sickerwasserbestimmte und staunässebeeinflusste Decklehmsande und Decklehmlöße. Diese Böden mit überwiegenden Ackerzahlen zwischen 30 bis 50 Bodenpunkten gestatten bei ausreichenden Niederschlägen den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen mit guten Ertragsaussichten. Damit werden diese Standorte im Landesmaßstab für Brandenburg zu den· Böden mit mittlerer bis sehr guter Eignung für die Landwirtschaft (Landbaugebiet (LBG) 3 bis 1) gezählt, die unter Berücksichtigung der bestehenden agrarstrukturellen Bedingungen zur landwirtschaftlichen Bodennutzung vorzuhalten sind. Zur Verbesserung der Agrarstruktur und der Produktivität in der Landwirtschaft wurde 2015 ein Verfahren nach. dem Flurbereinigungsgesetz eingeleitet. Das Bodenordnungsverfahren (BOV) wird unter dem Verfahrensnamen Niederer Fläming I geführt. Das Vorbehaltsgebiet VB 34 Sernow-Süd liegt fast vollständig innerhalb des Verfahrensgebietes. Der besondere Zweck des Flurbereinigungsverfahrens besteht in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, in der eigentumsrechtlichen Regelung des entsprechend der historisch und gegenwärtigen Bedingungen und Beziehungen im Verfahrensgebiet. Zur Verbesserung der Agrarstruktur sollen zersplitterte Eigentumsflächen unter Beachtung der Bewirtschaftungsverhältnisse weitgehend arrondiert werden. Es wird um Beteiligung der zuständigen verfahrensführenden Behörde, dem Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft Und Flurneuordnung (LELF) Brandenburg mit Dienstsitz in 14476 Potsdam, OT Groß Glienicke, Seeburger Chaussee 2 gebeten. Hinsichtlich des Nutzungskonflikts vorrangwürdige Landwirtschaft vs. Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung sollte hier auf die Ausweisung des Vorbehaltsgebietes VB 34 Sernow-Süd verzichtet werden.	Die Anregungen sind nachvollziehbar, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Begründung: Der Umgang mit den Bodendenkmalen ist im Begründungsteil zum Regionalplan unter d) Anwendung der Festlegungen geregelt. Sowohl landwirtschaftliche als auch bergbauliche Bodennutzung sind standortgebunden, wobei dem Erhalt landwirtschaftlicher Bodenqualität im Rahmen bergbaulicher Betriebsplanfestsetzungen entsprochen werden kann. Daher wird hier der Rohstoffnutzung der Vorzug eingeräumt. Eine abschließende Bewertung kann im Rahmen der bergrechtlichen Genehmigungsplanung erfolgen, wenn die exakten Abbauflächen, konkreten Abbaustufen und -verfahren festgelegt werden und beispielsweise die Abbaustufen so gestaffelt werden, dass abgetragener hochwertiger Mutterboden umgehend benachbarten Rekultivierungsflächen zugeführt wird. Das LELF ist im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Planentwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beteiligt worden. Anmerkung: Das VB Sernow-Süd war auch im Regionalplan 2020 mit den Fachbehörden abgestimmt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.3 G 2.3.3 Verkehrserschließung		
BE-ID: 2800	Mit Blick auf die verkehrliche Erschließung sowohl der Vorrang- als auch der Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung ergeben sich seitens des SG Kreisentwicklung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung folgende Hinweise: Eine „gute Erschließbarkeit" gibt die Richtlinie für Regionalpläne als Kriterium für die beabsichtigten Ausweisungen vor. Darunter ist auch die verkehrliche Erschließung zu verstehen. Entsprechend der Unterlagen wird im Regionalplanentwurf auf die Einschätzung guter Erreichbarkeit verzichtet und stattdessen der Grundsatz 2.3.3 festgelegt, nach dem die Rohstoffgewinnung so	Die Zustimmung zum Grundsatz 2.3.3 wird zur Kenntnis genommen, weitergehende Ausführungen in der Begründung werden jedoch nicht vorgenommen. Begründung: Unter "cc) Anwendung des Grundsatzes" wird bereits auf die Trägerbeteiligung der Regionalen Planungsgemeinschaft verwiesen. Infolge der gleichermaßen an allen Standorten ungünstigen Voraussetzungen für

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	erfolgen soll, dass die mit Straßentransporten verbundenen Belastungen durch Minimierung von Ortsdurchfahrten und Einsatz umweltschonender Transportmittel so gering wie möglich gehalten werden (siehe S. 30 und 13 der Beteiligungsunterlage "Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung"). Die Gründe für den Verzicht, die auf Seite 30 des genannten Papiers zu finden sind und die Intention des Grundsatzes können nachvollzogen werden. Rohstoffe können nur dort abgebaut werden, wo sie sind und die im Entwurf festgelegten Flächen sind regelmäßig nur über Kraftfahrzeug und Wege bzw. Straßen zu erreichen. Die Erschließung und der Transport werden daher realistisch auch zukünftig über den Straßenverkehr abgewickelt werden müssen, das dann aber so umweltschonend und wenig belastend wie möglich. Die Wirkung und Umsetzbarkeit des geplanten, lediglich zu berücksichtigenden „Soll-Grundsatzes" in den vorhaben konkreten bergbaulichen Genehmigungsverfahren ist allerdings fraglich. Es sollte daher in der Begründung des Planes zumindest klargestellt werden, welche Möglichkeiten für die Regionale Planungsgemeinschaft bzw. die Kommunen in den nachgelagerten bergbaulichen Genehmigungsverfahren des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) bestehen, um die Erschließung und die Transportwege i. S. d. Grundsatzes zu beeinflussen. Zudem sollte die Stellungnahme des LBGR zu diesem Grundsatz kommuniziert werden. Was konkret mit „umweltschonende Transportmitteln" gemeint ist, sollte in der Begründung ausgeführt werden, um dem LBGR die Anwendung und Berücksichtigung des Grundsatzes in den nachgelagerten Verfahren zu erleichtern. Angeregt wird außerdem, den Grundsatz um folgenden Satz zu ergänzen, um mehr Güter auf die Schiene zu bekommen: Soweit möglich, sollen Transportwege über die Schiene realisiert werden. Der entsprechende Nachweis des Antragstellers im bergbaurechtlichen Genehmigungsverfahren sollte zumindest darlegen, wo die nächsten Verknüpfungspunkte zur Bahn liegen und ggf. warum diese nicht genutzt werden können.	umweltfreundliche Transportanbindungen (Schiene, Wasserstraße) wird die Planungsgemeinschaft hier verstärkt auf alternative Verkehrslösungen hinwirken und hat dies in der Begründung, z.B. Fließbandstrecken, schon herausgestellt. Selbstverständlich wird dabei vordergründig auf zumutbare Ansteuerung zum Bahntransport orientiert. Die Stellungnahme des LBGR zu diesem Grundsatz wird in dieser Abwägungsdokumentation dokumentiert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2807	III.2.4. landwirtschaftliche Bodennutzung: Der vorliegende Entwurf des Regionalplans ist das Ergebnis eines längeren Abstimmungsprozesses mit frühzeitiger Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften. Insofern wurden im Planungsprozess auf fachbehördlicher Ebene vorgetragene Sachverhalte aus gesamträumlicher Sicht in den Planungsentscheidungen weitgehend berücksichtigt.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 2808	Seitens des Landwirtschaftsamtes wird um Beachtung der folgenden Hinweise zur Festlegung Z 2.4 im vorliegenden Regionalplanentwurf gebeten. Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft Mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird auf regionaler Ebene von einer monofunktionalen Festlegung zugunsten der Landwirtschaft Gebrauch gemacht. Damit soll die Flächeninanspruchnahme durch andere Nutzungen begrenzt und die landwirtschaftliche Bodennutzung, insbesondere auf Ackerflächen, die sowohl ertragreiche als auch ertragsstabile Bodeneigenschaften hinsichtlich klimatischer Veränderungen aufweisen, gesichert werden. Da der Landwirtschaft keine eigenen fachgesetzlichen Planungsinstrumente zur Verfügung stehen, wird die Zielfestsetzung auf Ebene der Regionalplanung zur langfristigen Sicherung landwirtschaftlich genutzter Flächen ausdrücklich befürwortet.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2809	Im Fazit der Begründung zum Planziel wird im Absatz 401 auf das geltende Abwägungsgebot im Rahmen der Bauleitplanung für außerhalb der festgelegten Vorrangflächen liegende landwirtschaftliche Nutzflächen hingewiesen. Angemerkt dazu wird, dass auch solche Flächen unter Betrachtung der regionalen Agrarstruktur von besonderer Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion sein können.	Die Aussagen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2810	Aus der Sicht des Umweltamtes, untere Naturschutzbehörde (UNB) ist der Ansatz einer Sicherung und dauerhaften Gewährleistung einer wirtschaftlich leistungsfähigen ökologisch verträglichen sowie sozial gerechten Landwirtschaft im stark agrarisch geprägten Brandenburg auf regionalplanerischer Ebene besonders zu begrüßen. Die grundlegende Flächenkulisse Vorranggebiete Landwirtschaft des Planentwurfs umfasst dabei Ackerland. Aufgrund kontextabhängig unterschiedlicher Definitionen kann Ackerland allgemein als Fläche für den gezielten Anbau landwirtschaftlicher Kulturpflanzen verstanden werden, die regelmäßig bewirtschaftet wird und gemeinhin einer Fruchtfolge unterliegt oder vorübergehend) stillgelegt wurde. Somit werden von diesen Vorranggebieten nicht die Flächen mit Sonderkulturen erfasst bzw. gesichert, was durch die UNB befürwortet wird. Bei der Bewirtschaftung mit Sonderkulturen wird zusätzlich meist eine gesonderte Bewässerung (Heidelbeeren) und auch Folie oder Abwärme zur Verbesserung des Wärmehaushaltes des Bodens (wie z. B. beim Spargelanbau) genutzt, was die ökologische Wertigkeit des Bodens als Lebensraum für Pflanzen und Tiere herabsetzt.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen. Auf die landwirtschaftliche Bewirtschaftungsform nimmt die Regionalplanung keinen Einfluss.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2786	Die aus der Prüfung resultierenden Positionierungen, fachliche Hinweise und weitere Erfordernisse zum jeweiligen Windeignungsgebiet sind in der als Anlage 1 beigefügten Tabelle zusammengestellt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2787	Seitens der unteren Denkmalschutzbehörde wird es sehr kritisch gesehen, dass im Falle sämtlicher Flächen mit in die Denkmalliste eingetragenen Bodendenkmalen, die als Windeignungsgebiete gekennzeichnet sind, die Entscheidungen in das denkmalschutzrechtliche Erlaubnisverfahren nach § 9 Abs. 1 BogDSchG verschoben werden. Sie schätzt ein, dass es sich der Entwurf des Regionalplans hier sehr einfach macht, indem über den Schutzstatus hinweggegangen wird. Durch die Ausweisung würden Hoffnungen geweckt und Planungserfolg suggeriert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2788	Die im Planentwurf als Windeignungsgebiet WEG 08 Kummersdorf-Gut ausgewiesene Fläche ist aus denkmalschutzrechtlicher Sicht aus dem Regionalplan herauszunehmen. Fachliche Grundlagen dieser Forderung sowie im weiteren Belange der Bodendenkmalpflege zu den Windeignungsgebieten WEG 17 Dahme/Mark-Ost, WEG 29 Christinendorf und WEG 34 Werbig (Niederer Fläming) gemäß Planentwurf sind in der Anlage 2 zusammengestellt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2789	Das Landwirtschaftsamt stellt fest, dass die jetzt vorliegenden Eignungsgebiete für die Windenergienutzung das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses sind mit den im einzelnen abzuwägenden Raumkonflikten hinsichtlich einer vorrangigen Flächennutzung. Die Abwägung der einzelnen Windeignungsgebiete mit dem Belang Vorranggebiet Landwirtschaft ist unter regionalplanerischen Aspekten ausreichend vorgenommen worden. Dennoch wird darüber hinaus angemerkt, dass bei der Beurteilung der Zulässigkeit von Windenergieanlagen (WEA) die jeweilige örtliche Situation zu berücksichtigen ist. Eine teilweise empfindliche, in nahezu allen Fällen nachhaltige Beeinträchtigung der Agrarstruktur, der Landwirtschaft im Allgemeinen und auch des ländlichen Raumes ist weitgehend auszuschließen. Dafür sind Kriterien wie direkter und indirekter Flächenentzug (erforderliche Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen) sowie Bewirtschaftungserschwernisse durch Flächenan- und -durchschneidungen, Neuanlagen von Wartungswegen, ungünstige Schlaggestaltung usw. gegenüber den potenziellen Standorten für WEA abzuwägen. Dieses ist zwar im Rahmen der Aufstellung eines Regionalplanes nicht uneingeschränkt zu leisten, sollte aber bei der Sondierung von Eignungsgebieten für Windenergieanlagen beachtet werden. Insbesondere die innerhalb des Eignungsgebietes 45 Zülichendorf ackerbaulich genutzten landwirtschaftlichen Flächen haben eine besondere Bedeutung für die im Gebiet ausgeprägte tierische Veredlungswirtschaft, die eine entsprechende Flächenverfügbarkeit erfordert. Insofern sollten Flächen, die im Zusammenhang mit einer bestehenden Tierhaltung erforderlich sind, vorranging für die Landwirtschaft gesichert werden. Die Annahme, dass bei einer optimierten Standortplanung Belange der Landwirtschaft nicht in einer Weise betroffen sind, die einen Ausschluss der Festlegung als Eignungsgebiet rechtfertigen würde, ist nachvollziehbar. Es bleibt jedoch offen, wer diese Optimierung im Interesse der Belange der Landwirtschaft vornimmt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2790	Aus der Sicht des Ordnungsamtes, SG Brand- und Katastrophenschutz ergibt sich zu den beabsichtigten Festlegungen Folgendes: Windenergieanlagen sollten nicht im Bereich von Flächen mit Munitionsbelastung errichtet werden. Die Gefahren durch die Kampfmittel für Einsatzkräfte und die Möglichkeit der ungehinderten Brandausbreitung (keine effektive Brandbekämpfung möglich) sind unkalkulierbare Risiken. Aufgrund von Korrosionsprozessen der Kampfmittel steigt die Gefahr durch diese ständig weiter an. Die Flächen sollten analog aktiver militärischer Flächen für die Windenergiegewinnung betrachtet und somit ausgeschlossen werden. Einem Ausschluss kann mit der Kampfmittelberäumung entgegengewirkt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2791	Windenergieanlagen haben sowohl bei einem Brand der Anlage aber auch bei technischen Problemen die Gefahr einer sehr großen Ausbreitung des Schadens. Schon bei der angegebenen Referenzanlage ist der dadurch gefährdete Bereich bereits bei einem knapp 500 Meter großen Radius. Bei der 1,5fachen Sicherheit erweitert sich der Radius bereits auf ca. 750 Meter. Diese Bereiche sind mindestens analog harter Tabuzonen zu betrachten. In diesen Bereichen sollten demnach keine Bebauungen stattfinden oder keine Anlagen mit Gefahren potenzial (z. B. Freileitungen) vorhanden sein. Bereiche, in denen Windenergieanlagen vorgesehen sind, sind für Gefahrenabwehrmaßnahmen in geeigneter Weise zu erschließen. Die Erschließung umfasst hierbei im Besonderen den Wegebau und die Vorhaltung ausreichender Mengen an Löschwasser. In der Vergangenheit hat sich für die Planung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr die Betrachtung des gesamten Gebietes bewährt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2792	Die Betrachtung einzelner Windenergieanlagen im Genehmigungsverfahren ist hier wenig zielführend und erschwert häufig die Planungen und das Genehmigungsverfahren. Der IT-Service im Dezernat I weist darauf hin, dass der Landkreis Teltow-Fläming private Richtfunknetze zu Außenstellen des Landkreises betreibt, die durch Festlegungen zur Windenergienutzung nicht beeinträchtigt werden dürfen. Die verwendeten Frequenzen werden von der Bundesnetzagentur ausgegeben und verwaltet. Es ist aus den Datenblättern nicht ersichtlich, dass hier über die Bundesnetzagentur Belange eingebracht und diese als Restriktionskriterium abgeprüft worden sind. Dies wäre ggf. nachzuholen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2793	Das SG Kreisentwicklung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung äußerst sich hinsichtlich der Betroffenheit verkehrlicher Infrastruktur zur Ausweisung von Eignungsgebieten zur Windenergienutzung schließlich wie folgt: Diverse Windeignungsgebiete verlaufen über (Verkehrswege) Straßen und Schienen. Zusätzlich zur Nichtnutzbarkeit dieser Flächen für Windenergieanlagen sind regelmäßig auch Abstände zu diesen Verkehrswegen einzuhalten, die ebenfalls nicht durch Windenergieanlagen genutzt werden können. Die entsprechenden Regelungen und Grundlagen werden auf Seite 65 der Beteiligungsunterlage „Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0" beschrieben und könnten ggf. noch um das bauordnungsrechtliche Abstandsflächengebot ergänzt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2794	Bezüglich der Liegenschaft „Ehemaliger Flugplatz Sperenberg/Heeresversuchsstelle Kummersdorf" wird darüber hinaus auf die besondere Komplexität der vorhandenen Gegebenheiten und teilweise unterschiedlichen Ziele zu anzustrebenden Entwicklungen für diesen Standort hingewiesen. Vor diesem Hintergrund wurde die Landesregierung als Flächeneigentümer nach Beschluss des Kreistages Nr. 6-452 1/2 1 -IV/1 vom 21.06.2021 aufgefordert, unter Einbeziehung der kommunalen Ebene eine Gesamtkonzeption für die Entwicklung der Liegenschaft zu erarbeiten. Dabei sollen die fachlichen Belange des Denkmalschutzes in Form eines Denkmalmanagementplans (Conservation-Managementplan), der Belange des Naturschutzes in Form der Aktualisierung der naturschutzfachlichen Zielkonzeption inklusive FFH-Managementplanungen und die sich daraus ergebenden baulichen Entwicklungs- und wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten der Flächen integriert werden. Die Gesamtkonzeption soll die Vereinbarkeit von Denkmal, Natur und Wirtschaft aufzeigen und als Grundlage für die weitere Entwicklung der Liegenschaft dienen. Details der Umsetzung sind hier noch nicht bekannt. Der letzte Schriftwechsel mit der Landesregierung dazu datiert auf den 30. November 2021. Entsprechende Ergebnisse sind i m weiteren Planungsverlauf, insbesondere hinsichtlich der Ausweisung des Windeignungsgebietes WEG 08 Kummersdorf-Gut regionalplanerisch einzubinden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2795	Angesichts der Komplexität des Themas Windeignungsplanung insgesamt, aus Gründen der Rechtssicherheit sowie im Hinblick auf sich ändernde Rahmenbedingungen wird empfohlen, das Thema vom integrierten Plan zu entkoppeln und in einen sachlichen Teilplan zu überführen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 2782	2. In der Begründung, Tabelle 9 „Rechtsvorschriften, Planungen und Kriterien, durch die abzuwägende Belange dargestellt werden" (Seite 62 des Entwurfstextes) wird unter B 01 auf die kommunalen Planungen und Konzepte, insbesondere Festlegungen von Bebauungsplänen und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, verwiesen. Hier ist anzumerken, dass die Flächenkulissen in den WEG und Darstellungen in den FNP der jeweiligen Gemeinden voneinander abweichen. In der als Anlage 1 beigefügten Aufstellung wird bei einigen WEG die Argumentation der UNB innerhalb des FNP-Beteiligungsverfahren zu den einzelnen Standorten ergänzend wiedergegeben [4]. [Hinweis regionale Planungsstelle: Fußnoten: [4] Beispiel: Windeignungsgebiet WEG 25 Wünsdorf]	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2783	3. Hinsichtlich des Artenschutzes (vgl. B 02 der o. g. Tabelle) wird empfohlen, die Abstandsregelungen der Länderarbeitsgemeinschaft (LAG) der Vogelschutzwarten vom 15. April 2015 insgesamt anzuwenden. Die Tierökologischen Abstandskriterien (TAK), in der Fassung vom 15.09.2018, sollten durch den aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand ergänzt werden (z.B. B. laut Rechtsprechung bei Vorhabenprüfung gefordert, vgl. zu WEG 25 Wünsdorf).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2784	4. Zudem sollte die aktuelle faunistische Datenlage berücksichtigt werden (beispielhaft wird hier auf die Artengruppe Säugetiere und die TAK-relevanten Artengruppen Avifauna und Fledermäuse hingewiesen). Ein Abgleich der in der UNB vorliegenden Daten mit der Datengrundlage des Landes wird empfohlen. Die Daten können bei der UNB Ansprechpartner [Name anonymisiert] und[Name anonymisiert] bgefragt werden. Der Regionalplan könnte somit auf die Konfliktlagen konkret verweisen, um auf die Herausforderungen aus den artenschutzfachlichen Belangen innerhalb der jeweiligen Genehmigungsverfahren abzustellen und eine verbesserte Abwägung zu erbringen. Soweit in dieser Stellungnahme auf Artenschutzfachdaten konkret hingewiesen wird, werden diese der Regionalen Planungsstelle im Nachgang gesondert zugearbeitet.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2799	Seitens des Umweltamtes, untere Naturschutzbehörde (UNB) ergehen zunächst nachfolgende fachliche Hinweise zur Vollständigkeit und Richtigkeit der ermittelten Belange und deren Bewertung durch die Planungsstelle. Artenschutz: 1. Aufgrund des Maßstabes der vorgelegten Planung, möglicher Modifizierungen der Flächeninanspruchnahme und vor allem des Zeithorizontes bis zur Umsetzung der Abbauvorhaben (Beachtung von Änderungen im Bestand von Flora und Fauna) ist die Vereinbarkeit der Planung mit den Belangen des besonderen Artenschutzes auf der Ebene der Zulassungsverfahren zu klären. Eine Beurteilung ausschließlich auf Basis vorhandener Daten ist nicht möglich. Es werden Bestandsaufnahmen erforderlich. 2. Bereits auf Ebene des Regionalplans ist jedoch auf die Bedeutung der Abbaugebiete für einige streng geschützte Vogelarten hinzuweisen, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist. Unter Beachtung der artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. BNatSchG [6] werden in den Zulassungsverfahren ggf. Modifizierungen der Abbauflächen erforderlich. [Anmerkung regionale Planungsstelle: Verweis auf Fußnote [6] Gesetz über Naturschutz und	Den vorgebrachten Bedenken und Anregungen wird weitgehend gefolgt. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) haben Abstimmungen zu den einzelnen Sachverhalten des Natur- und Artenschutzes der Rohstoffgebieten stattgefunden. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zur Stellungnahme des LfU ausgeführt. So wird auch dem Wunsch nach textlichem Hinweis auf einige streng geschützte Vogelarten, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist, gefolgt. Unter „d) Anwendung der Festlegungen“ wird der Sachverhalt „besonderer Artenschutz“ zu bereits beispielhaft aufgeführten Sachverhalten

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Landschaftspflege - Bundesnaturschutzgesetz] Gleichwohl ist die aktuelle faunistische Datenlage zu berücksichtigen (beispielhaft wird hier auf die Artengruppe Säugetiere und die TAK-relevanten -Artengruppen Avifauna und Fledermäuse hingewiesen). Dazu wird ein Abgleich der in der UNB vorliegenden Daten mit der Datengrundlage des Landes empfohlen. Die alleinige Verwendung der Daten aus dem Landesamt für Umwelt wird als nicht zielführend angesehen. Liegen konkretere Daten vor, sind diese einzubringen. Die Daten können bei der UNB, Ansprechpartner [Name anonymisiert] und [Name anonymisiert] abgefragt werden.	ergänzt. Er ist im ersten Entwurf des Regionalplans bei der Flächenspezifizierung bereits berücksichtigt (siehe Tabellen 19 und 20 in der Spalte „Begründungen“ zu Flächenreduzierungen der vom LBGR angemeldeten Flächen) und nachvollziehbar, erst recht da die beim LfU vorhandenen Horstdaten zu gegenwärtigen und auch zukünftigen Ständen begründet fehlerbehaftet sein können (Horstverlagerungen, Mangel an ehrenamtlichen Horstbetreuern, Datenfehleinträge etc.). Daher kann dieser Sachverhalt erst zum Zeitpunkt des Zulassungsverfahrens konkret berücksichtigt werden. Auch sind weitergehende Abstimmungen zu Horststandorten mit dem LfU erfolgt (z.B. zum Schwarzstorch).
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Datenblätter WEG		
BE-ID: 2785	5. In den Datenblättern wird unter Punkt B 10 „Gebiete des Biotopverbunds nach Kapitel 3.7 des Landschaftsprogramms Brandenburg" eine Abwägung vorgenommen. Hier ist nochmals zu überprüfen, ob neben den dargestellten Aussagen zur Artengruppe der Säugetiere bei Arten mit großem Raumanspruch nicht auch weitere landesweite Ziele bei Betroffenheit detailliert zu berücksichtigen bzw. einzubeziehen sind (z. B. Arten naturnaher Wälder mit Zielarten der Fledermäuse und Arten der Trockenstandorte und Truppenübungsplätze). Die konkrete Ansprache dieser Artengruppen wird als erforderlich angesehen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass in den Landschaftsrahmenplänen (LRP) der Landkreise der Biotopverbund inhaltlich und räumlich konkretisiert und bestimmt wird [5]. Daher sind die Aussagen und Darstellungen des LRP zu berücksichtigen, Die Daten wurden bereits digital zur Verfügung gestellt. [Hinweis regionale Planungsstelle: Fußnoten: [5] zumindest in den Landkreises Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sind die LRP gleich gegliedert und damit vergleichbar]	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 2774	Die o. g. Hinweise sind auch bei der Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen für die Schutzgüter Menschen, Boden und Wasser sowie Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen. Ansprechpartner bei der unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB) für weitere Auskünfte oder Rückfragen zu Forst Zinna ist [Name anonymisiert]).	Die Hinweise betreffen den großflächig gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Forst Zinna. Die Hinweise werden keine Berücksichtigung finden, da die Entscheidung getroffen wurde, den Standort Forst Zinna nicht mehr als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen.
BE-ID: 2811	1. Bei den Kriterien „Schutzgebiete" (s. Umweltprüfung, Tabelle 7, Seite 33 ff.), hier Naturschutzgebiete (NSG) und Landschaftsschutzgebiete-(LSG), wird als Datenquelle „Landesamt für Umwelt (LfU): Schutzgebiete nach Naturschutzrecht des Landes Brandenburg (12/2020)" angegeben. Die untere Naturschutzbehörde im Umweltamt weist darauf hin, dass die seitens des Landkreises Teltow-Fläming in Befugnisübertragung ausgewiesenen nachfolgenden naturschutzrechtlichen Schutzgebiete in dieser Datenquelle nicht entsprechend dem aktuellen Stand (Änderungen im Verordnungstext bei den NSG; Grenzkorrekturen beim LSG) dargestellt sind: - NSG „Bärluch" - VO vom 13. Dezember 2017 (Amtsblatt für den LK-TF, Nr. 32/2017) - NSG „Glashütte" - VO vom ·13. Dezember 2017 (Amtsblatt für den LK-TF, Nr. 32/2017) - NSG „Zülowgrabenniederung" - VO vom 13. Dezember 2017 (Amtsblatt für den LK-TF, Nr. 32/2017) - LSG „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide" - VO vom 28. Juni 2017 (Amtsblatt für den LK-TF, Nr. 18/2017)	Die Geodaten der Naturschutzgebiete sowie der Landschaftsschutzgebiete wurden über die Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (Geobroker) bezogen. Die LGB ist damit zuständig für eine landesweit vollständige Erfassung sowie die kontinuierliche Aktualisierung der Geobasisdaten hinsichtlich Raumbezug und Landschaft im Land Brandenburg. Es wurde seitens des Landkreises festgestellt, dass die Verordnungstexte in der Datentabelle des GIS-Datensatzes nicht dem aktuellen Stand entsprechen. In den Unterlagen zum Geodatensatz „Naturschutzgebiete“ liegt jedoch eine aktuelle Liste der Naturschutzgebiete (Stand Dezember 2021) bei, die auch

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		die vom Landkreis benannten geänderten Verordnungstexte aufführt. Hinsichtlich der Grenzkorrekturen des Landschaftsschutzgebiets „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“ hat die Regionale Planungsstelle relevante Daten bei der Kreisverwaltung Teltow-Fläming angefragt und diese mit Mitteilung vom 21.12.2023 erhalten. Diese werden im Weiteren berücksichtigt.
BE-ID: 2818	Die Verträglichkeitsvorprüfung für das angrenzende FFH-Gebiet „Forst Zinna/Keilberg" fehlt bisher. Hier wäre vor allem der mögliche Einfluss auf die Gruppe der Fledermäuse zu prüfen. Darüber hinaus sind schädigende Fernwirkungen auf das NSG bzw. mögliche Konflikte mit der NSG-VO zu beleuchten. Das Einplanen geeigneter Abstände erscheint hier ratsam. Unzureichend erscheint der UNB auch, dass die Argumentationskette der Abwägung auf das Vorhandensein von Windkraftanlagen abstellt und daher eine geringere Bedeutung dem jeweiligen Belang zugemessen wird. Eine Teilfläche des FFH-Gebietes „Forst Zinna-Keilberg" reicht zudem bis in das WEG hinein.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 06.06.2024 den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 als Satzung beschlossen. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung für das angrenzende FFH-Gebiet „Forst Zinna/Keilberg“ wurde in Bezug auf das Vorranggebiet VRW 04 Jüterbog – Altes Lager durchgeführt.
BE-ID: 2820	WEG 08 Kummersdorf-Gut - Anmerkungen/Hinweise UNB Zum Abwägungsbelang B 03 (FFH-Gebiet) und zu Anhang B 3 (Natura-2000-Vorprüfung) der Umweltprüfung Im Ergebnis der Vorprüfung wird festgestellt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele durch das Vorhaben ausgeschlossen werden können. Einschränkend wird allerdings darauf hingewiesen, dass dies nur für die Ebene der Regionalplanung gilt und dass auf nachfolgenden Ebenen auf Grundlage weiterer Erkenntnisse erneut über die Notwendigkeit einer Verträglichkeitsprüfung entschieden werden muss. Es ist hier darauf hinzuweisen, dass die zu erwartenden Erkenntnisse aus Kartierungen der Artengruppen der Fledermäuse und Vögel nicht nur zur Notwendigkeit der Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung führen können. Sie können auch zu substanziellen Einschränkungen der Nutzbarkeit des Eignungsgebietes für die Errichtung von WKA führen, wenn Funktionsbeziehungen insbesondere von Fledermauspopulationen in das FFH-Gebiet hinein gestört werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2826	Durch die unmittelbare Nähe zu den Schutzgebieten (NSG „Forst Zinna-Jüterbog-Keilberg", FFH „Forst Zinna Keilberg", FFH „Nuthe, Hammerfließ und Eiserbach") wird mindestens auch eine Vorprüfung der Natura 2000- Verträglichkeit für erforderlich gehalten. Die Vorprüfung für das SPA-Gebiet wird nicht als ausreichend betrachtet. Im Ergebnis der Vorprüfung (SPA) wird festgestellt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele durch das Vorhaben ausgeschlossen werden können. Einschränkend wird allerdings darauf hingewiesen, dass dies nur für die Ebene der Regionalplanung gilt und dass auf nachfolgenden Ebenen auf Grundlage weiterer Erkenntnisse erneut über die Notwendigkeit einer Verträglichkeitsprüfung entschieden werden muss. Es ist hier darauf hinzuweisen, dass die zu erwartenden Erkenntnisse aus Kartierungen der Artengruppen der Vögel und bei der FFH-VP der Fledermäuse nicht nur zur Notwendigkeit der Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung führen können. Sie können auch zu substanziellen Einschränkungen der Nutzbarkeit des Eignungsgebietes für die Errichtung von WKA führen, wenn Funktionsbeziehungen insbesondere von Fledermauspopulationen in das FFH Gebiet hinein gestört werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2842	Das WEG grenzt unmittelbar an das NSG „Jägersberg-Schirknitzberg" und das gleichnamige FFH-Gebiet DE 3847-307 an. Ob erhebliche Beeinträchtigungen der vorgenannten Artengruppen (insbesondere der Gruppe der Fledermäuse) ausgeschlossen werden können, wäre in einer vertiefenden FFH-Verträglichkeitsvorprüfung zu dokumentieren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2857	Analog zu WEG Jüterbog - Altes Lager beherbergen die Schutzgebiete und die überplanten Biotopstrukturen Schwerpunktvorkommen streng geschützter Vogel- und Fledermausarten. Gem. § 34 (1) BNatSchG ist zwingend eine Natura 2000-Verträglichkeitsstudie vorzulegen, da erhebliche Beeinträchtigungen nicht pauschal ausgeschlossen werden können. Die Verträglichkeitsvorprüfung für das angrenzende FFH-Gebiet „Heidehof Golmberg" fehlt bisher. Hier wäre vor allem der mögliche Einfluss auf die Gruppe der Fledermäuse zu prüfen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2858	Darüber hinaus sind schädigende Fernwirkungen auf das NSG bzw. mögliche Konflikte mit der NSG-VO zu beleuchten. Das Einplanen geeigneter Abstände bzw. der Verzicht erscheint ratsam. Die vorliegende Vorprüfung aus Sicht des SPA erscheint nicht ausreichend. Die erfolgte Errichtung des Windparks auf dem ehemaligen Heidehof stellt einen extremen Sonderfall dar, auf den hier nicht weiter eingegangen werden soll. Eine Erweiterung auf aus der Sicht des Naturschutzes NSG- und Natura-2000-würdigen Flächen sollte unterbleiben und würde bei konsequenter Berücksichtigung der Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der Flächen nicht zur Debatte stehen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 06.06.2024 den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 als Satzung beschlossen. In Bezug auf die Natura- 2000-Vorprüfung wird auf die Hinweise der BE ID 2857 verwiesen.
TÖB-Nr.: 6 / Stadt Brandenburg an der Havel		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2009	Ich bedanke mich für die Beteiligung am Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 und begrüße es außerordentlich, dass es der Regionalen Planungsstelle in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming gelungen ist, ein zwischen der Ebene der Landesplanung und den kommunalen Bauleitplanungen angesiedeltes und äußerst komplexes Planwerk zu erarbeiten. Die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel mit ihren ca. 72.000 Einwohnern ist gemäß des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) als Oberzentrum eingestuft und erfüllt dabei hochwertige Funktionen der Daseinsvorsorge mit überregionaler Bedeutung, insbesondere als zentraler Anker in der Region Westbrandenburg. Daher können die durch die Regionalplanung getroffenen Festsetzungen weiter dazu beitragen, diese überregionalen Funktionen unserer Stadt auch künftig zu verfestigen und auszubauen.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2021	Zusätzlich möchte ich darauf hinweisen, dass mit der geplanten Energiestrategie 2040 des Landes Brandenburg der Umbau des Energieversorgungssystems in Brandenburg weiter vorangetrieben werden soll. Dabei sollen u.a. der Anteil erneuerbarer Energien ausgebaut und auch eine Wasserstoffwirtschaft aufgebaut werden. Auf Grund der räumlichen Nähe des geplanten GIV Paterdamm/Krahne zum Windeignungsgebiet WEG 19, zu den beiden Windkraftanlagen im Ortsteil Göttin sowie zum unmittelbar angrenzenden Solarpark Reckahn ist die Standortwahl auch hinsichtlich einer gesicherten, klimaschonenden und C02 - vermeiden den Energieversorgung für zukünftige Unternehmen sehr zu begrüßen.	Die Zustimmung zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2024	Hinweis zum geplanten Moorschutzprogramm des Landes Brandenburg: Das Land Brandenburg plant derzeit ein Programm ("Klimamoor-Projekt") zum Moorschutz. Im Zuständigkeitsbereich der Stadt Brandenburg an der Havel befinden sich nach aktuellem Stand mehrere potentielle Moorgebiete (Schöpfwerke Gollwitz-Havel, Gollwitz-Emster, Breites Bruch sowie tiefliegende Bereiche oberhalb des Wehres Neujahrsgraben/Wust). Inwiefern dieses Programm mit den regionalplanerischen Planungen (u.a. auch Vorranggebiete für Landwirtschaft) in Übereinstimmung steht, kann aus unserer Sicht nicht abgeschätzt werden und sollte ggf. mit dem Landesamt für Umwelt als federführende Behörde des Moorschutzprogrammes abgestimmt werden.	Die Hinweise zum Moorschutz werden zur Kenntnis genommen. Das Landesamt für Umwelt wird am Planungsverfahren beteiligt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2010	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung: Mit den Vorbehaltsgebieten Siedlung sollen Flächen herausgestellt werden, die - unter Betrachtung von Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten - für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Grundsätzlich halte ich dieses Planelement für geeignet, um besonders hochwertige Wohnsiedlungsflächen regional herauszustellen, jedoch möchte ich darauf hinweisen, dass insbesondere bei der Festlegung dieser Flächen das Zentrale-Orte-System aus dem LEP HR mit seinen Hierarchieebenen Oberzentrum und Mittelzentrum sowie den grundfunktionalen Schwerpunkten nicht aus dem Blickfeld geraten darf und dabei kleinere Gemeinden ohne Funktionszuweisungen nicht übermäßig hohe Flächenanteile für Wohnsiedlungen erhalten. Dies könnte dann zu weiteren ungewollten Zersiedlungs- und Suburbanisierungsprozessen zu Lasten der Zentralen Orte führen. Gemäß Z 5.7 (2) LEP HR sind u.a. Oberzentren die Schwerpunkte für die Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen. Auch sollen nach G 5.8 LEP HR wachstumsbedingte Bedarfe in den ,,Städten der zweiten Reihe" besondere Berücksichtigung finden. Die Stadt Brandenburg an der Havel konnte durch eine Vielzahl an Neubaumaßnahmen einen erhöhten Zuzug in ihr Gemeindegebiet erleben und erhofft sich hier eine stetige weitere Entwicklung, insbesondere durch die geplante Taktverkürzung des RE 1 sowie durch eine bessere Erreichbarkeit über die beiden Bundestraßen B1 und B102, die derzeit ausgebaut bzw. neu trassiert werden (OU Schmerzke, Bahnüberführung Wust). Es wäre daher zu prüfen, ob die Ortsteile Gollwitz, Saaringen und Mahlenzien in die Flächenkulisse der Vorbehaltsgebiete Siedlung einbezogen werden können. Durch die EU-Förderprogramme ILE/LEADER werden die Ortsteile zum Erhalt der dörflichen Bausubstanz sowie des dörflichen Charakters motiviert. Ziel ist auch der Zuzug junger Menschen sowie die Entwicklung im wirtschaftlichen und touristischen Bereich. Gerade durch den demografischen Wandel (sinkende Mobilität) wird die Grundversorgung (Kita, Konsum, Arzt- Daseinsvorsorge) in den Ortslagen erhalten bzw. wieder entwickelt und mit Fördermitteln bezuschusst. Durch diese veränderten Rahmenbedingungen ist dem Siedlungsbestand eine besondere Bedeutung zuzusprechen.	Der Hinweis zu den Entwicklungspräferenzen gemäß LEP HR wird zur Kenntnis genommen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen nach dessen Vorschriften nicht eingeschränkt, sondern Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind, als räumliche Optionen herausgehoben. Im Hinblick auf die Ortsteile Gollwitz, Saaringen und Mahlenzien werden für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung jedoch die von der Regionalversammlung Havelland-Fläming beschlossenen Kriterien des Planungskonzepts des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht erfüllt, insbesondere hinsichtlich der Erreichbarkeit des nächstgelegenen Versorgungsschwerpunktes, z.T. auch bezüglich der Mindestgröße der Vorbehaltsgebiete. Auch hier wird mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften (z.B. des LEP HR für den Gestaltungsraum Siedlung sowie für Ober- und Mittelzentren) gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Eine Planänderung resultiert aus dem gegebenen Hinweis sowie der Anregung nicht.
BE-ID: 2011	Aus naturschutzfachlicher Bewertung ist darauf zu achten, dass sich die Flächenkulisse der Vorbehaltsgebiete Siedlung nicht mit Schutzgebieten (Naturschutz, Landschaftsschutz, Flora-Fauna-Habitate, Vogelschutz) überlagert und ausreichend Pufferzonen zu diesen ausgewiesen werden. Denn für nachfolgende geplante kommunale Bauleitplanungen für Wohnsiedlungszwecke in diesen Überlappungsbereichen wäre es mehr als fraglich, ob sich diese überhaupt auf Grund der arten- und naturschutzrechtlichen Belange umsetzen lassen.	Die Anregung ist nachvollziehbar. Die Vorbehaltsgebiete Siedlung werden insbesondere auf mögliche Konflikte zu Natur- und Landschaftsschutz nochmals geprüft und gegebenfalls überarbeitet abgegrenzt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf konfliktarme Lagen ab. Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung erfolgt keine Flächenfestlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. In Fällen abzuwägender Raumkonflikte

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		von Flächen, bei deren Inanspruchnahme für eine Wohnsiedlungsnutzung Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die aber voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können, erfolgt eine Festlegung dieser Flächen als Vorbehaltsgebiet Siedlung nur in Ermangelung alternativer Flächen ohne jeglichen Raumnutzungskonflikt.
BE-ID: 2012	Auch ist zu prüfen, inwieweit die Flächenkulisse hinsichtlich neuer Trassierungen der B102 (Ortsumfahrung Schmerzke) sowie B1 (Bahnüberführung Wust) an diese anzupassen wäre.	Der Anregung wird gefolgt. Die Abgrenzung des Vorbehaltsgebiets Siedlung in den genannten Bereichen wird noch einmal geprüft und in Bereichen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung angepasst.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 2013	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: Gemäß Ziel 2.3 des LEP HR hat die regionale Planungsgemeinschaft die Aufgabe, großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (GIV) im Regionalplan festzulegen. GIV dienen der langfristigen Flächenvorsorge für gewerblich-industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf und herausragender Bedeutung für das Gebiet der Region. Planungsziel ist also die Bereitstellung großer Flächen für die Ansiedlung großer Unternehmen mit wirtschaftlicher herausragender Ausstrahlung für die Region. Durch die Regionale Planungsstelle erfolgten im Zuge des Aufstellungsprozesses zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 umfangreiche Untersuchungen, um in der Region geeignete GIV zu lokalisieren. Im Ergebnis dieser Standortanalyse konnten zwei GIV gefunden werden, die nach den Planungskriterien grundsätzlich als geeignet eingestuft werden konnten, einmal der Standort Brandenburg an der Havel - Paterdamm / Kloster Lehnin - Krahne sowie zum anderen der Standort Jüterbog - Forst Zinna. In diesem Zusammenhang habe ich bereits mit Schreiben vom 01.02.2021 die grundlegende Zustimmung der Stadt Brandenburg an der Havel für den GIV Standort Paterdamm/Krahne nördlich und südlich der BAB 2 signalisiert. Es ist sehr erfreulich und wird meinerseits auch ausdrücklich nochmals begrüßt, dass im Regionalplanentwurf nunmehr dieses ca. 400 ha große Areal festgesetzt wurde. Vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Entwicklungen in Europa wird deutlich, dass zunehmend auch große ausländische Unternehmen (Beispiel Tesla in Grünheide, Intel bei Magdeburg) bestrebt sind, ihre Ansiedlungen auf politisch und wirtschaftlich stabile Standorte zu verlagern. Daher liegt es nicht nur im Interesse der Stadt Brandenburg an der Havel und der Gemeinde Kloster Lehnin, hier günstige Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen mit großem Flächenbedarf zu schaffen, sondern darüber hinaus auch im herausragenden öffentlichen Interesse der Region und auch des Metropolenraums Berlin-Brandenburg, Investoren geeignete Flächen für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung vorzuhalten. Durch die Ausweisung von GIV auf regionalplanerischer Ebene wäre schon ein erheblicher Schritt zur Vorbereitung weiterer planungsrechtlicher Schritte auf kommunaler Ebene getan und somit die Zulässigkeit von gewerblich-industriellen Großansiedlungen erleichtert und beschleunigt. Auch zeichnet sich bereits seit Längerem ein Anstieg gewerblicher und industrieller Standortanfragen in der Stadt Brandenburg an der Havel ab. GE/GI-Flächen im unmittelbaren Berliner Umland, die bisher für Investoren die erste Wahl waren, sind zunehmend erschöpft. Ansiedlungswillige Unternehmen sind nun gezwungen, im erweiterten Umkreis Berlins nach geeigneten Standorten zu suchen - so gerät auch die Stadt Brandenburg an der Havel immer mehr in den Fokus. Jedoch sind die noch vermarktungsfähigen GE/GI-Flächen in der Stadt Brandenburg an der Havel besonders für gewerblich-industrielle Großansiedlungen begrenzt. Die Verlagerung bestehender, aber auch die Ansiedlung neuer Unternehmen im Stadtgebiet führte in den vergangenen drei Jahren dazu, dass	Die Zustimmung zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Gewerbe- und Industriegebiete wie Schmerzke, das Opelgelände oder auch Görden nunmehr voll vermarktet sind. Dadurch sind die Chancen der Havelstadt, von der soeben beschriebenen Entwicklung zu profitieren, aufgrund des geringen Flächenpotentials - insbesondere für größere Ansiedlungen, begrenzt. Größere Flächenpotentiale sind vorrangig im GE/GI Kirchmöser und zu Teilen im GI Hohenstücken vorhanden. Dort gestaltet sich die Vermarktung bestehender GE/GI-Flächen - insbesondere in Kirchmöser - aufgrund der weiterhin fehlenden direkten Autobahnanbindung und zunehmender Konflikte mit dem BNatSchG als besonders herausfordernd. Daher erachtet die Stadt Brandenburg an der Havel, vor allem auch aus Sicht der Wirtschaftsförderung, die im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vorgestellte Festlegung des Vorsorgestandortes Paterdamm/Krahne als unbedingt notwendige Grundlage für die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg an der Havel.	
BE-ID: 2014	Es muss nichtsdestotrotz erwähnt werden, dass der durch den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 festgelegte GIV Paterdamm/Krahne zurzeit aus etwa 400 ha Nadelwald und Mischwald besteht. Davon entfallen allein ca. 185 ha auf die Gemarkung Brandenburg. Für den Erwerb dieser forstwirtschaftlichen Flächen ist sicherzustellen, dass die jeweiligen Kaufverträge nach dem Grundstücksverkehrsgesetz (GrdstVG) genehmigungsfähig sind oder keiner Genehmigung bedürfen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Genehmigungsfähigkeit von Kaufverträgen nach dem Grundstücksverkehrsgesetz kann durch den Regionalplan nicht beeinflusst werden. Zur Inanspruchnahme von Waldflächen wird auf die BE 1412 und 3391 verwiesen.
BE-ID: 2015	Im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplanentwurf und speziell für die Standortanalyse für GIV wurden im vergangenen Jahr der Regionalen Planungsstelle bereits die aus Sichtweise der Stadtverwaltung grundlegenden öffentlichen Belange - insbesondere aus dem Umweltbereich - übermittelt, die ggf. auf Konflikte zwischen geplanten GIV und arten-, natur- und wasserschutzrechtlichen Belangen hervorrufen könnten. Hierzu hat die Regionale Planungsgemeinschaft dann mit Beschluss über den Regionalplanentwurf und Eröffnung des Beteiligungsverfahrens bereits Abwägungsentscheidungen getroffen, die in den Auslegungsunterlagen zum Regionalplanentwurf enthalten sind ("Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes Brandenburg an der Havel - Paterdamm / Kloster Lehnin - Krahne", Stand September 2021). Ebenso fand diese Entscheidungsfindung Berücksichtigung im Regionalplanentwurf. Diese Abwägungsentscheidung wird seitens der Stadt - insbesondere unter Berücksichtigung der Zielbindung an übergeordnete raumordnerische Entwicklungsabsichten - grundsätzlich als nachvollziehbar betrachtet. Insbesondere der Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft auf Seite 13 zu Nr. 11.6.3 der o.g. Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidung: ,,Die Verwirklichung einer gewerblich-industriellen Ansiedlung wird nachteilige Auswirkungen auf den Zustand von Natur und Landschaft haben, die soweit möglich auszugleichen bzw. zu kompensieren sind. Nach den mitgeteilten und ermittelten Sachverhalten kann nicht festgestellt werden, dass die voraussichtlich bewirkten Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft eine Erheblichkeit erreichen werden, denen im Verhältnis zu anderen Belangen und übergeordneten Planungszielen (siehe 11.1) ein solches Gewicht zukommt, dass die Festlegung des Vorranggebiets nicht mehr zu rechtfertigen ist. Die Vorrangfläche befindet sich außerhalb von Landschaftsschutz-, Naturschutz- und Natura-2000-Gebieten." wird aus Sicht der Stadt unter Beachtung des grundlegenden Planungsziels des Landes Brandenburg, GIV in Regionalplänen festzulegen, gefolgt.	Die Zustimmung zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne und den zitierten Sachverhaltseinschätzungen der Regionalen Planungsgemeinschaft wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2016	An Hand der aktuellen Planunterlagen erfolgte seitens der Unteren Naturschutzbehörde nochmals eine vertiefende Prüfung sowie ein Abgleich der bei der UNS vorliegenden Daten; hierzu Folgendes: Thema Artenschutz: Im Gebiet befindet sich nördlich der Autobahn ein Großvogelhorst. Durch Naturschutzhelfer wurde dieser auch in 2022 bestätigt. Südlich der Autobahn sind mehrere Horste verschiedener Großvogelarten im Bereich des geplanten Gebietes. Der Niststättenschutz gilt gemäß Niststättenerlass	Die Hinweise zur möglichen Betroffenheit artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände (Horstschutz) werden berücksichtigt und führen zu einer Veränderung der Abgrenzung des Vorranggebiets für den großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Paterdamm-Krahne. Es ist festzustellen, dass mit Ausnahme des von

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
und tierökologischen Abstandskriterien auch nach der Aufgabe des Horstes noch einige Jahre fort. Die Daten hierzu sind bei der Vogelschutzwarte abzufragen. Durch die Errichtung eines Industriegebiets an dieser Stelle würde der geschützte Horstbestand (vermutlich) beseitigt werden. Ob der Bereich nördlich der Autobahn hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Genehmigungsfähigkeit derzeit realistisch erscheint, muss weiter geprüft werden, denn der Horst befindet sich mitten im geplanten GIV. Südlich der Autobahn ist mit der Beeinträchtigung mehrerer Horststandorte zu rechnen. Es ist auf der Grundlage der derzeitigen Datenlage davon auszugehen, dass eine Errichtung eines Industriebetriebes im geplanten GIV artenschutzrechtliche Verbotstatbestände hinsichtlich der Großvögel auslösen kann. Dies wäre weiter zu prüfen.	der Einwenderin benannten Horsts einer streng geschützten Großvogelart im nordwestlichen Teilgebiet des benannten Vorranggebiets keine konkreten Angaben zum Vorkommen geschützter Arten oder europäischer Vogelarten mitgeteilt sind. Der benannte Horststandort im nordwestlichen Teilbereich wird durch Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt vom 17. Juni 2022 bestätigt. Darüber hinaus enthält die Stellungnahme des Landesamts für Umwelt keine Hinweise auf Vorkommen geschützter Arten oder europäischer Vogelarten. Den zuständigen unteren Naturschutzbehörden Brandenburg an der Havel und Potsdam-Mittelmark war in einem Arbeitsgespräch am 10. Juli 2024 Gelegenheit gegeben, zur weiteren Sachverhaltsaufklärung beizutragen. Das gleichfalls eingeladene Landesamt für Umwelt war nicht vertreten. Im Ergebnis wurde der benannte Horststandort im nordwestlichen Teilbereich erneut bestätigt. Es wurde eingeschätzt, dass der Standort voraussichtlich längerfristig für die Reproduktion der betreffenden Art genutzt wird. Andere Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten konnten nicht konkret benannt werden. Es wurde eingeschätzt, dass mit ständigen Veränderung des Arteninventars gerechnet werden müsse. Innerhalb des Vorranggebiets und in dessen näheren Umgebung wurden keine Habitate benannt, die Bedeutung als Lebensraum geschützter Arten haben können. Weiter wurden keine konkreten Hinweise auf das Vorkommen relevanter Arten im südlich der Autobahn gelegenen Teilbereich des Vorranggebiets mitgeteilt. Nach den Daten, die der Regionalen Planungsgemeinschaft vom Landesamt für Umwelt am 31.01.2023 zur Verfügung gestellt worden sind, sind Horste von Großvögeln südlich und südwestlich in der Planeniederung außerhalb des Vorranggebiets bekannt. Diese Standorte befinden sich alle in einer Entfernung von mehr als 1.500 Meter zum Vorranggebiet. Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt bei ihren Entscheidungen Belange, soweit diese auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Im Ergebnis der Bewertung der im Beteiligungsverfahren mitgeteilten Sachverhalte und nach Anhörung der zuständigen Naturschutzbehörden am 10. Juli 2024 ist festzustellen, dass eine Betroffenheit artenschutzrechtlicher Belange nur für den im nordwestlichen Bereich des Vorranggebiets Paterdamm-Krahne nachgewiesenen Horststandort einer streng geschützten Großvogelart mit ausreichender Konkretheit dargelegt wurde. Dieser Sachverhalt führt zu der Entscheidung, die nordwestliche Grenze des Vorranggebiets um etwa 1000 m nach Osten zu verlegen. Zwischen der westlichen Grenze des Vorranggebiets und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		dem bekannten Horststandort wird auf diese Weise ein Abstand von etwa 500 Meter hergestellt. Dieser Abstand ist nach Maßstab des § 19 Absatz 1 des Brandenburgischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) ausreichend, um einen vorsorgenden Horstschutz zu gewährleisten. Weitere Sachverhaltsermittlungen, Bewertungen und Maßnahmen können den später nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren überlassen bleiben
BE-ID: 2018	Das südliche Gebiet überschneidet sich mit der Flugbahn der Großtrappe, dargestellt im Landschaftsrahmenplan Landkreises Potsdam-Mittelmark (LK PM). Auch andere Vogelarten nutzen laut Auskunft der Vogelschutzwarte und des LK PM diese Flugroute. Unter Beachtung der im weiteren Umfeld befindlichen Windkraftanlagen und der Solarparks ist zu erwarten, dass ggf. eine Beeinträchtigung dieser Flugroute (durch Spiegeleffekte, Beleuchtung, thermische Veränderungen) gegeben sein könnte.	Die Hinweise zum Landschaftsrahmenplan werden zur Kenntnis genommen. Die im Landschaftsrahmenplan Potsdam-Mittelmark (Karte 6 Fauna NW) dargestellten Flugrouten der Großtrappe wurden geprüft. Die Annahme einer erheblichen Beeinträchtigung der im Landschaftsrahmenplan dargestellten ca. 750 Meter breiten Großtrappenflugroute durch die Festlegung des gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne ist nicht ausreichend begründet. Es ist nicht bekannt, dass Großtrappen oder andere Vögel gewerblich genutzte Flächen nicht überfliegen (können). Aufgrund neuerer Erkenntnisse zum Verhalten der Großtrappe, muss die Annahme regelmäßig genutzter Flugkorridore als widerlegt gelten.
BE-ID: 2019	Die Untere Wasserbehörde verweist nochmals auf ihre Stellungnahme vom 16.08.2021, die der Planungsstelle bereits vorliegt und auch Beachtung in der o.g. Entscheidungsfindung fand.	Die benannte Stellungnahme wird berücksichtigt, führt jedoch nicht zu der Entscheidung, Änderungen an der Festlegung des Vorranggebiets Paterdamm-Krahne vorzunehmen. Die Stellungnahme vom 16.08.2021 beinhaltet die zusammenfassende Bewertung, dass die Zerstörung des Waldgebiets und seine Umwandlung in einen versiegelten gewerblich-industriellen Standort nicht nachvollziehbar sei und den Klimaschutzzielen zuwiderlaufe. Zur Begründung wird angeführt: Wald ist ein ausgesprochen guter Wasserspeicher und ist deshalb für den Wasserhaushalt von enormer Bedeutung. Insbesondere wegen der in Folge der Klimaveränderungen eingetretenen Niederschlags- und Grundwasserdefizite kommt dem Wald als Wasserspeicher eine große Bedeutung zu. Aufgrund der geografischen Lage sei davon auszugehen, dass das Waldgebiet das nördlich gelegene Naturschutzgebiet Roßdunk und das Moorgebiet Breites Bruch speisen würde. Das Breite Bruch sei zudem Projektgebiet im Rahmen des Moorschutzprogramms Brandenburg. Von der Regionalen Planungsgemeinschaft wird dazu folgendes festgestellt: Nach Aussage der zuständigen unteren Wasserbehörden im Arbeitsgespräch vom 10. Juli 2024 sind die hydrologischen Verhältnisse in dem betroffenen Gebiet weitgehend unaufgeklärt. Die mit Schreiben vom 16.08.2021 mitgeteilten Bewertungen

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	können daher nicht auf fachlich ermittelten Sachverhalten beruhen und stellen somit Annahmen oder allgemeine Besorgnisse dar, die nicht als ausreichend begründeter Belang bewertet werden können. Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt dazu Folgendes fest: Bei den benannten Gebieten Roßdunk und Breites Bruch handelt es sich um hoch grundwasserbeeinflusste Niederungsbereiche, während sich der im Vorranggebiet gelegene Wald etwa 40 Meter über dem Niederungsgebiet befindet und von Grund- oder Stauwasser nicht beeinflusst ist. Für eine hydrologische Verbindung zwischen diesen Bereichen gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Gegen die Annahme eines überirdischen Abflusses vom höhergelegenen Nadelwaldgebiet in die angrenzenden, etwa 1 Kilometer entfernten Niederungsbereiche spricht bereits die von der Einwenderin benannte hohe Wasseraufnahmekapazität des Waldes. Für eine Beeinflussung der Wasserhaltung in den Niederungsbereichen über eine Zuführung zum Grundwasser von den höhergelegenen Nadelwaldgebieten gibt es gleichfalls keine konkreten Anhaltspunkte. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Nadelwälder aufgrund der hohen Verdunstung potenziell einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Zuführung zum Grundwasser leisten. Dem Managementplan für das FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk aus dem Jahr 2019 kann entnommen werden, dass für die Wasserhaltung des Gebietes insbesondere die Entwässerung über den Bruchgraben maßgeblich ist. Auf eine Beeinflussung des Wasserstands durch Zufluss aus den angrenzenden höhergelegenen Waldgebieten finden sich keine Hinweise. Gleiches ist für das Projekt Polder Breites Bruch festzustellen. Eine erwünschte Anhebung des Wasserstandes soll über Stauanlagen, den Einbau von Sohlschwellen und die Reduzierung der Schöpfwerksleistung (Schöpfwerk Hoher Steg) erreicht werden. Eine Beeinflussung durch die Erhöhung des Zuflusses aus angrenzenden höhergelegenen Gebieten ist nicht Bestandteil des Projektes. Zudem ist festzustellen, dass eine teilweise Versiegelung von Flächen nicht zum Verlust von Niederschlagswasser führt, da das auf die versiegelte Fläche auftreffende Niederschlagswasser aufgefangen und kontrolliert abgegeben werden kann. Weiter beinhaltet die Stellungnahme die folgende Sachverhaltsmitteilung: „Die Trinkwasserversorgung könnte durch eine nördlich des Gebietes verlaufende Trinkwasserversorgungsleitung (DN 400 GGG) im Paterdammer Weg - zwischen Göttin und Paterdamm sichergestellt werden. Parallel dazu verläuft eine Abwasserdruckleitung (DN 400 GGG), über die das Gebiet entsorgt werden könnte. Demnach könnte die Abwasserentsorgung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sichergestellt werden. Aus den übermittelten Unterlagen können keinerlei Rückschlüsse auf die zu erwartenden Verbräuche gezogen werden, daher erfolgt die Zusage vorbehaltlich der hydraulischen Netzkapazitäten des Trink- und Abwassernetzes.“ Diese Mitteilung gibt gleichfalls keinen Anlass, Änderungen an der Festlegung des Vorranggebiets Paterdamm-Krahne vorzunehmen.
BE-ID: 2020	Grundsätzlich gehe ich nach derzeitigem Kenntnisstand davon aus, dass die voraussichtlich zu erwartenden Eingriffe in die Natur und Landschaft und die dadurch ausgelösten Konflikte auf der Ebene der Regionalplanung sachgerecht gelöst werden können. Auch hoffe ich, dass auf Grund des landesplanerischen Zieles, GIV in Regionalplänen festzusetzen, um damit großen Unternehmen Ansiedlungen zu erleichtern, ein ähnlich positiver Gestaltungswille der Landesregierung und zuständigen Landesbehörden vorhanden sein wird wie zum Beispiel bei der Begleitung der Tesla-Ansiedlung in Grünheide.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2023	Die Flächenkulisse der Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für Gewässerretention (G 2.1.2), Vorbehaltsgebiete Havelpolder (G 2.1.3) sowie Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die gesteuerte Retention (G 2.1.4) befindet sich nicht im Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel. Die Festsetzung dieser Planelemente dient jedoch dem vorbeugenden Hochwasserschutz und kommt somit bei extremen Hochwasserereignissen durch einen verbesserten Abfluss der Havel auch dem Stadtgebiet zu Gute. Daher ist aus Vorsorgegründen die regionalplanerische Festsetzung zu begrüßen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Seitens der Stellungnehmerin erfolgt eine Zustimmung bezüglich der im Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 getroffenen Festlegungen Potentialflächen für Gewässerretention (G 2.1.2), Vorbehaltsgebiete Havelpolder (G 2.1.3) sowie Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die gesteuerte Retention (G 2.1.4).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.1 VB vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2022	Kapitel Freiraum: Vorbeugender Hochwasserschutz: Die Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz (G 2.1.1) betreffen überschwemmungsgefährdete Flächen außerhalb der Flächenkulisse eines Hochwassers mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren (HQ 100) und berücksichtigen den potenziellen Überschwemmungsbereich eines extremen Hochwasserereignisses (HQextrem bzw. HQ 200). Grundsätzlich orientiert sich die Festlegung im Regionalplanentwurf an der Flächenkulisse HQ 200 und wird auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung dann im konkreten Fall mit der Unteren Wasserbehörde abgestimmt. Diesbezüglich gibt es seitens der Stadt Brandenburg an der Havel keine Hinweise.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2025	Windenergienutzung: Mit der Festsetzung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung (Z 2.2) sollen die Standorte für raumbedeutsame Windkraftanlagen auf raumordnerischer Ebene gesteuert werden. Außerhalb dieser Eignungsgebiete sind raumbedeutsame Windkraftanlagen ausgeschlossen. Dieser Planansatz wird ausdrücklich begrüßt, denn Windkraftanlagen haben schon auf Grund ihrer Größe und Dimension Auswirkungen, nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern darüber hinaus auch auf regionaler Ebene. Der Herleitung des Planungskonzeptes - welche sich an der aktuellsten höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes orientiert - wird gefolgt. Jedoch bleibt - insbesondere auf Grund der aktuellen politischen Diskussion zum vermehrten Ausbau der Erneuerbaren Energien - zu befürchten, dass die im Regionalplanentwurf ausgewiesene Flächenkulisse bereits jetzt nicht mehr den politischen Zielstellungen entspricht und somit eine Überarbeitung des Entwurfes notwendig erscheinen dürfte.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2027	Oberflächennahe Rohstoffe: In den Vorranggebieten Rohstoffgewinnung (Z 2.3.1) und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung (G 2.3.2) sollen oberflächennahe Rohstoffe von regionaler Bedeutung gesichert und genutzt werden. Grundsätzlich soll dabei nach G 2.3.3 die Rohstoffgewinnung so erfolgen, dass die mit Straßentransporten einhergehenden verbundene Belastungen so weit wie möglich reduziert werden und möglichst umweltschonend erfolgen. Auch der Abbau der Rohstoffe muss auf den Natur-, Landschafts- und Wasserhaushalt größtmöglich Rücksicht nehmen. Im Detail gibt es seitens der Unteren Naturschutzbehörde folgende Hinweise: Die Nutzung von FFH-Gebieten und NSG für die Zufahrt zu Flächen der Rohstoffgewinnung ist auszuschließen.	Der Hinweis ist nachvollziehbar, führt jedoch nicht zu einer Planänderung. Mit dem Grundsatz 2.3.3 zur Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung trägt der Regionalplan Havelland-Fläming bereits Vorkehrung für die Minimierung von Verkehrsbelastungen. Weiteres wird in den vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren und den Betriebspläne spezifiziert.
BE-ID: 2028	Die Vorbehaltsgebiete VB 02 und VB 03 liegen im Einflussbereich des FFH Gebiets "Pelze", weiterhin in Fortsetzung des Biotopverbunds Havel-Pelzgraben. Es handelt sich bei dem Biotopverbund um einen Komplex von Feuchtlebensräumen. Gegen die Vorbehaltsgebiete bestehen erhebliche Bedenken. Es ist davon auszugehen, dass die im FFH-Gebiet Pelze vorhandene Anhang 1 - Lebensräume durch einen Abbau auf Grund der Veränderungen im Wasserhaushalt erheblich beeinträchtigt werden können. Dies trifft folgenden Lebensräume: 6410 Pfeifengraswiesen auf kalkreichem Boden und Lehmboden (Eu-Molinion), 6430 Feuchte Hochstaudensäume der planaren bis alpinen Höhenstufe inkl. Waldsäume 9160 Sternmieren-Eichen-Hainbuchenwald (Stellario-Carpinetum) Die Auswirkungen auf das FFH-Gebiet Pelze sind daher hinsichtlich der Veränderungen der Grundwasserstände auf die Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen und den für den Schutz zweck maßgeblichen Bestandteilen des Gebiets zu prüfen.	Der Anregung wird gefolgt und für die Gebiete eine FFH-Vorprüfung vorgenommen. Hinweis: In den VB zur planerischen Sicherung von Lagerstätten wird noch keine verbindliche Nutzungsänderung auf Rohstoffgewinnung festgelegt.
BE-ID: 2029	Weiterhin liegen die Gebiete in Schutzbereichen von verschiedenen störungssensiblen Großvogelarten. Die Daten sind bei der Vogelschutzwarte zu erfragen.	Dem Hinweis ist gefolgt. Die Daten zu störungssensiblen Vogelarten liegen der Regionalen Planungsgemeinschaft vor.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 32 Schmerzke		
BE-ID: 2030	Nordwestlich des Vorbehaltsgebietes VB 32 befindet sich ein ca. 2,9 ha großes flaches Oberflächengewässer "Piper Fenn". Das Gewässer ist als geschützter Biotop eingestuft. Eine Beeinträchtigung des Gewässers durch einen möglichen Rohstoffabbau ist nicht auszuschließen. Im Randbereich sind geschützte Biotope "frisch bis mäßig trockene Eichenmischwälder" (08192) nachgewiesen. Der Sandabbau liegt im Bereich einer Horstschutzzone. Die Daten sind bei der Vogelschutzwarte zu erfragen.	Den Bedenken wird weitgehend gefolgt. Auf die Belange des Artenschutzes wird entsprechend der Abstimmung mit dem LFU durch textlichen Hinweis auf einige streng geschützte Vogelarten, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist, gefolgt. Unter „d) Anwendung der Festlegungen“ wird der Sachverhalt „besonderer Artenschutz“ zu bereits beispielhaft aufgeführten Sachverhalten ergänzt. Darüberhinaus wird der Gebietsvorschlag des LBGR nur in reduzierter Form übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, Biotope, beabsichtigte Trinkwasserschutzausweisung Rietz, nicht kompensierbare Waldfunktion, Landschaftsbild). Im nördlichen Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. bzgl. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können. Das VB32 war in dem nun verbleibenden Ausmaß auch im Regionalplan 2020 mit dem LfU abgestimmt. Hinweis: Gemäß Forderung des LfU werden Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans nachgeholt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2031	Landwirtschaftliche Bodennutzung: In den Vorranggebieten Landwirtschaft (Z 2.4) hat die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis nach § 17 Bodenschutzgesetz Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Zwar können Ausnahmen für andere Nutzungen, wie zum Beispiel für Freiflächenphotovoltaikanlagen unter bestimmten Voraussetzungen auf diesen Flächen zugelassen werden, jedoch ist grundsätzlich die regionalplanerische Sicherung von Landwirtschaftsflächen außerordentlich zu begrüßen. Insbesondere auf Grund der aktuellen politischen Ereignisse wird deutlich, dass landwirtschaftliche Flächen in erster Linie auch in Krisenzeiten zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dienen müssen und für andere konkurrierende Nutzungen Flächenalternativen gesucht werden sollten.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2032	Grundsätzlich wird die Festsetzung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft im Sinne des Ziels 2.4 des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als überaus notwendige Maßnahme erachtet, da aufgrund des Flächenbedarfs für Siedlung, Verkehr, Industrie und Infrastruktur zunehmend land- und forstwirtschaftliche Flächen verlorengehen. Die Festlegung landwirtschaftlicher Vorranggebiete dient damit nicht nur der Existenzsicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, sondern trifft auch im Sinne des § 1 Nr.2 ROG Vorsorge für - in diesem Falle - die Ernährungssicherheit als Nutzung und Funktion des Raumes. Darüber hinaus sind landwirtschaftliche Vorrangflächen ein wichtiges Instrument zur Erreichung der bundespolitischen Zielstellung, die außerlandwirtschaftliche Flächeninanspruchnahme bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren (siehe Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2019, S. 23). Durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft sollen andere raumbedeutsame Nutzungen auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete gelenkt werden. Bereits im Jahr 2016 wurde im Zusammenhang zum „Konzept Landwirtschaft - Mögliche regionalplanerische Festlegungen für die Landwirtschaft unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Folgen des Klimawandels in der Region Havelland Fläming/erster Zwischenbericht Sept. 2016" Stellung genommen, soweit das fachlich möglich war. Die sich im Zuge der Beteiligung durch die Fachbehörden ergebenen Hinweise wurden in die Unterlagen eingearbeitet.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2033	Es wurde zurückliegend davon ausgegangen, dass der Landkreis Potsdam-Mittelmark/Fachdienst Landwirtschaft ebenfalls Stellung bezogen hatte. Aufgrund der beiden bestehenden öffentlichen-rechtlichen Vereinbarungen besteht ein größerer Bezug zu den regional bzw. lokal ansässigen Landwirtschaftsbetrieben und deren Flächenproblemen. Zudem wird auch von einer Beteiligung des Bauernverbandes sowie des Bauernbundes als Berufsvertretungen ausgegangen.	Der Fachdienst Landwirtschaft des Landkreises Potsdam-Mittelmark hat sich befürwortend zu Vorranggebieten Landwirtschaft geäußert. Der Landesbauernverband Brandenburg wurde zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Es wurde jedoch keine Stellungnahme abgegeben.
BE-ID: 2034	Kritisch gesehen wird die Ausnahmeregelung nach Ziel 2.4 Absatz 2 Buchstabe b (siehe Entwurf RP HVL-F 3.0) hinsichtlich des Geltungsbereiches eines B-Plans für die Gewinnung solarer Strahlungsenergie, der sich innerhalb eines Flächenkorridors von 200 Metern entlang von Bundesfernstraßen gemäß	Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und Schienenwegen im Sinne des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) befindet. Hier soll eine Überschreitung des Geltungsbereiches über den 200 Meter breiten Flächenkorridor hinaus um 25 Prozent auf benachbarte Vorranggebiete für die Landwirtschaft zulässig sein. Dagegen einzuwenden ist, dass der Entwurf zum Regionalplan Havellad-Fläming 3.0 auf Seite 97 selbst feststellt, dass die landwirtschaftlichen Böden in der Region Havelland-Fläming noch ertragsärmer sind, als im restlichen Land Brandenburg. Es ist daher die Auffassung der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Tourismus, dass gerade die nach der Klassifikation des Projektes INKA-BB als ertragreich (und klimarobust/klimasensibel) eingestuften Ackerböden vor einer ausnahmsweisen Errichtung von Anlagen zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie geschützt werden müssen.	Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
BE-ID: 2036	Wenn möglich, sollten die auf diesem Wege reduzierten Vorrangflächen für Landwirtschaft an anderer Stelle ausgleichend neu festgesetzt werden. Hier ist jedoch fraglich, ob diese Erweiterungen gemäß der Klassifikation des Projektes INKA-BB als Vorrangflächen für die Landwirtschaft möglich sind.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Es werden nur Vorranggebiete Landwirtschaft festgelegt, wenn die Flächen den Planungskriterien entsprechen.
BE-ID: 2037	Aus der Sicht der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) gibt es hierzu folgende Hinweise: Vorranggebiete Landwirtschaft überschneiden sich im Stadtgebiet teilweise mit EU-Vogelschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten. Hierzu führt der Umweltbericht aus, dass „in der Regel jedoch davon auszugehen ist, dass durch landwirtschaftliche Nutzungen innerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft keine erheblichen Beeinträchtigungen von Vogelschutzgebieten zu erwarten sind." Ursprünglich (d.h. in den Vorentwurfsunterlagen 2021) war vorgesehen, dass Vorranggebiete Landwirtschaft nicht in Natura 2000-Gebieten ausgewiesen werden, d.h. auch nicht in SPA Gebieten. In der Stellungnahme der UNB wurde bereits 2021 auf Probleme mit intensiver Landwirtschaft und dem Anbau von Sonderkulturen in SPA-Gebieten hingewiesen. Im Bereich von FFH- und SPA-Gebieten kann die Vorrangstellung nur gelten, soweit nicht die Erhaltungsziele und die für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile durch die landwirtschaftliche Nutzung erheblich beeinträchtigt werden. Insbesondere großflächige Monokulturen sowie Sonderkulturen sind geeignet, solche Beeinträchtigungen herbeizuführen. Nach den Erfahrungen der UNB gibt es zahlreiche landwirtschaftliche Nutzungen, die nicht verträglich mit EU-Schutzgebieten sind. Es gibt also durchaus und zunehmend Ausnahmen von „der Regel". Im Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel betrifft dies vor allem die Gebiete bei Klein Kreutz und um Gollwitz.	Im Planungskonzept für Vorranggebiete für die Landwirtschaft vom September 2020 (Unterlagen zur Regionalversammlung vom 17.06.2021) wurden Vogelschutzgebiete als Teil der NATURA-2000-Gebiete zwar benannt. Von Vorranggebieten Landwirtschaft ausgeschlossen waren jedoch auch zu diesem Zeitpunkt nur FFH-Gebiete. An dieser Einschätzung hat sich auch im Planungskonzept vom September 2021 (ergänzende Unterlage zum Regionalplanentwurf vom 05.10.2021) nichts geändert. Die Überlagerung mit Vogelschutzgebieten wurde in der Begründung erläutert. Im Zweiten Regionalplanentwurf wurde der Hinweis in der Begründung ergänzt, dass in Vorranggebieten Landwirtschaft, die in Vogelschutzgebieten liegen, die Regelungen der Erhaltungszielverordnungen zu beachten sind.
BE-ID: 2038	Es ist deutlich zu machen, dass landwirtschaftliche Nutzungen insbesondere bei Nutzungsänderungen (z.B. Sonderkulturen) mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden sein können. Immer wenn die tägliche Praxis geändert wird, ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung abzuprüfen. Gerade die Errichtung und der Betrieb von Bewässerungsanlagen sind regelmäßig mit Eingriffen in Natur und Landschaft im Sinne des BNatSchG verbunden. Dies gilt auch für Agri-Photovoltaikanlagen. Weiterhin können landwirtschaftliche Nutzungen, insbesondere Sonderkulturen, ein Projekt im Sinne des § 34 BNatSchG sein und geeignet sein, das Gebiet erheblich zu beeinträchtigen, was zur Unzulässigkeit führt. Dies ist vorab zu klären.	Die landwirtschaftliche Bodennutzung ist unter bestimmten Voraussetzungen nicht als Eingriff gemäß § 14 Absatz 2 BNatSchG anzusehen. Eine Prüfung von Vorhaben, die als Eingriffe in Natur und Landschaft zu verstehen sind, ist durch die berührte Stelle bzw. auf der entsprechenden Planungsebene vorzunehmen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2039	Zum Erläuterungstext: Text Rd-Nr. 370: Die Darstellung "Der weit überwiegende Flächenanteil der regionalen Vogelschutzgebiete ist zudem nicht in Vorranggebieten Landwirtschaft gelegen oder wird vom landesplanerischen Freiraumverbund überlagert und ist somit auch kein Bestandteil der Vorranggebiete. " ist für das Vogelschutzgebiet Mittlere Havel nicht zutreffend. Im Vogelschutzgebiet Mittlere Havelniederung sind nur die Feuchtverbunde vom Vorranggebiet Landwirtschaft ausgenommen. Gerade in diesem Vogelschutzgebiet wird großflächig Landwirtschaft unter Folie betrieben. Dies ist mit den Erhaltungszielen und den für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen des Schutzgebiets nicht vereinbar. Daher sind diese wertvollen Schutzgebietsflächen zwischen Klein Kreutz und der Mötzower Landstr. aus den Vorranggebieten herauszunehmen.	Die Art der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung wird nicht durch die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft vorgegeben. Es liegt im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Naturschutzbehörde, die Vereinbarkeit der landwirtschaftlichen Nutzung mit den Schutzzwecken von Vogelschutzgebieten zu überwachen. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet. Im Bereich zwischen Klein Kreutz und der Mötzower Landstraße sind nach den Änderungen keine Vorranggebiete Landwirtschaft mehr vorgesehen.
BE-ID: 2040	Text Rd.-Nr. 375: Im Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel wurden auch in Feuchtgebieten absinkende Grundwasserstände im Umfeld von Wasserentnahmebrunnen für die landwirtschaftliche Bewässerung von Spargel beobachtet. Eine Untersuchung zu den Ursachen erfolgte nach Kenntnis der UNB nicht, die Auskunft des LfU (Zitat 62) kann nicht nachvollzogen werden.	Ursprünglich wurde bei Ortsgesprächen von einigen Gemeinden angeregt, Beregnungsflächen für die Planungssicherheit der Landwirte zu begünstigen. Hintergrund sind bereits getätigte Investitionen in Beregnungssysteme. Landwirtschaftsbetrieben mit bereits durch Beregnungsanlagen erschlossenen Ackerflächen sollten auch auf ertragsschwachen oder klimasensiblen Böden keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Die Einschätzung, dass die Feldberegnung stabile Erträge und eine höhere Qualität sichert, wurde in anderen Stellungnahmen jedoch aufgrund der geringen Wirksamkeit der Beregnung auf Böden mit geringen Ackerzahlen in Zweifel gezogen. Darüber hinaus liegen bislang nur unvollständige Daten zu den konkreten Beregnungsflächen vor. Zum einen stehen nur Informationen über die Brunnenstandorte und entnommenen Wassermengen, jedoch kein Kataster über die konkreten Beregnungsflächen zur Verfügung. Zum anderen kann nicht flächendeckend mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Feldberegnung keine direkte Auswirkung auf sinkende Grundwasserstände hat. Aus den genannten Gründen werden Feldberegnungsflächen nicht mehr im Planungskonzept berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2035	Daher wäre auch hier analog zu Absatz 2 Buchstabe a die Verpflichtung zur Nutzung von Agri-Photovoltaik auf den Flächen, die den Flächenkorridor ausnahmsweise überschreiten, denkbar. Ebenso könnte die Ausnahme nach Absatz 2 Buchstabe b auf Flächen begrenzt werden, die nach der o.g. Klassifikation als klimarobust und ertragsarm eingestuft wurden. Der im Stadtgebiet festgesetzten Flächenkulisse wird überwiegend gefolgt, wobei jedoch im Bereich Wust und Schmerzke kleinere Anpassungen auf Grund aktueller Planungen seitens der Stadt und des Landes berücksichtigt werden müssten. a) Im Bereich der B1 wird nördlich der derzeitigen Straße eine Bahnüberführung durch das Landesamt für Bauen und Verkehr geplant. b) Im Bereich der Ortsumfahrung B 102 - Schmerzke möchte die Stadt ihre städtebaulichen Entwicklungsabsichten aktualisieren und plant durch die dann günstige Verkehrsanbindung die Erweiterung des GE/GI Schmerzke, ggf. in Kooperation mit der Gemeinde Kloster Lehnin (Erweiterung des GE Rietzer Berg).	Die ehemalige Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Damit besteht nur noch eine Ausnahmeregelung für Agri-PV-Anlagen (neue Festlegung Z 2.3 Absatz 2). Im Bereich nördlich der Bundesstraße B 1 zwischen den Ortslagen Brandenburg an der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Havel und Gollwitz werden nach dem geänderten Planungskonzept keine Vorranggebiete Landwirtschaft festgelegt. Südlich der B1 in diesem Bereich ist ein Vorranggebiet Landwirtschaft in einem Abstand von 200 Metern zur Bahntrasse vorgesehen. Die geplante Baumaßnahme ist somit nicht betroffen. Die Planungsabsichten der Stadt Brandenburg an der Havel und der Gemeinde Kloster Lehnin für eine Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebiets Schmerzke werden im Rahmen der Abwägung als Belang der kommunalen Planung berücksichtigt. Die Begründung wurde entsprechend angepasst.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 2041	Maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung des Freiraumverbundes nach Ziel 6.2 LEP HR: Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) möchte ich hier folgende Hinweise wieder geben: Hier sind die Daten des LEP HR in der Festlegungskarte des Regionalplans „maßstabsgerecht räumlich konkretisiert" dargestellt." Eine Erweiterung um fachliche begründbare, regional bedeutsame Freiraumflächen in Verbundwirkung mit dem Vorranggebiet Freiraumverbund" ist nach Darstellungsvorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne möglich. Von dieser Möglichkeit wurde im Regionalplan 3.0 kein Gebrauch gemacht. Zusätzliche Gebiete wurde nicht aufgenommen. Auch Gebiete, die im Regionalplan 2020 nachvollziehbar und begründet festgelegt waren, wurden nicht wiederaufgenommen. Der LEP HR berücksichtigt jedoch kleinere Naturschutz- und FFH -Gebiete nicht. In der Stadt Brandenburg an der Havel sind dies die Gebiete NSG und FFH -Gebiet "Große Freiheit bei Plaue" und FFH -Gebiet " Pelze". Aus Sicht der UNB sind die Gebiete in das Vorranggebiet Freiraumverbund aufzunehmen als regional bedeutsame Freiraumflächen in Verbundwirkung mit dem Vorranggebiet Freiraumverbund des LEP HR. Auch an anderer Stelle ist aus der Sicht der unteren Naturschutzbehörde der Freiraumverbund zumindest um die vollständigen Flächen der FFH -Gebiete zu erweitern. Dies betrifft die FFH-Gebiete Stadthavel, Mittlere Havel, Mittlere Havel Ergänzung (nach Erhaltungszielverordnung Havel bei Brandenburg und Ketziner Havel) und Plane Ergänzung (nach Erhaltungszielverordnung Plane Unterlauf). Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde ist diese Erweiterung des Freiraumverbund zwingend, da die FFH -Gebiete mit Nutzungsbeschränkungen verbunden sind, die auch angrenzende Bereiche (Natura 2000-Verträglichkeit) betreffen können.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis,

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
BE-ID: 2042	Der Landschaftsrahmenplan der Stadt Brandenburg an der Havel und des LK PM, sowie der Landschaftsplan finden hinsichtlich des Biotopverbundes nicht ausreichend Beachtung und Umsetzung im Regionalplan 3.0. Der Regionalplan 2020 hatte diesen Biotopverbund stärker beachtet.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2041 verwiesen.
BE-ID: 2044	Weitere Begründungen zu konkreten Bereichen: Die unbebaute Verbindung zwischen Plane und Breitem Bruch (Göttiner Landstr./Brandenburger Straße) ist unbedingt als einziger unbebauter Wechsel für landgebundene Wildtiere dem Freiraumverbund zuzuordnen. Es ist die einzige Möglichkeit für entlang der Plane wandernde Tiere die Stadt in östlicher Richtung zu umgehen. Diese Stelle ist auch im Landschaftsplan der Stadt Brandenburg an der Havel als unbedingt von Bebauung oder Nutzungsintensivierung freizuhaltenden Engstelle dargestellt. Der Landschaftsrahmenplan stellt diesen Verbund ebenfalls dar.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2041 verwiesen.
BE-ID: 2045	Sowohl im Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark wie im Landschaftsrahmenplan (Entwicklungskarte und Integrationskarte) und im Landschaftsplan der Stadt Brandenburg an der Havel sind die Bereiche des Pelzgrabens und der Großen Freiheit bei Plaue mit Biotopverbund-Funktionen dargestellt. Aus der Sicht der unteren Naturschutzbehörde sind die Darstellungen zwingend als Freiraumverbund in den Regionalplan zu übernehmen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2041 verwiesen.
BE-ID: 2046	Am Heidekrug/Falkenbergswerder Richtung Gördensee hat der Freiraumverbund eine Unterbrechung. Diese Unterbrechung ist aus dem LEP HR nicht nachvollziehbar.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2041 verwiesen.
BE-ID: 2047	Weiterhin hat das Landschaftsprogramm in diesem Bereich Verbundfunktionen (Moore, Feuchtgrünländer). Es handelt sich um einen wichtigen Biotopverbund, der sich als Feuchtgebietsrinne bis zum Bohnenländer See zieht.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2041 verwiesen.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 2017	Eine Verträglichkeitsprüfung (VP) des Vorhabens mit den Erhaltungszielen und den für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen des FFH-Gebiets Rosdunk ist grundsätzlich erforderlich. Dabei wäre ggf. die Summationswirkung durch die Bebauung des Industrie- und des Gewerbegebiets Schmerzke, den Ausbau der B102 sowie die hier geplante großflächige Abholzung des Waldes auf das FFH-Gebiet Rosdunk zu berücksichtigen. Eine Abholzung von Wald in dieser Größenordnung zuzüglich einer großflächigen	Die mitgeteilte Bewertung, eine Verträglichkeitsprüfung der Festlegung des Vorranggebiets Paterdamm/Krahne mit den Erhaltungszielen und den für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen des FFH-Gebiets Roßdunk sei grundsätzlich erforderlich, wird von der Einwenderin nicht ausreichend konkret

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Versiegelung hat hinsichtlich der Auswirkungen auf Klima und Grundwasserneubildungsrate negative Aspekte. Auch dies wäre in der VP für das FFH-Gebiet Rosdunk, welches überwiegend Erlenbruchwald ist, zu betrachten.	begründet. Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft sind für eine mögliche Beeinträchtigung keine Anhaltspunkte gegeben. Zur Begründung wird auf BE 2254 verwiesen.
BE-ID: 2048	Hinweise zum Umweltbericht- 3.3.10 Biotopverbund Daten zum Biotopverbund wurden aktuell durch die Regionale Planungsgemeinschaft bei der UNB Stadt Brandenburg an der Havel nicht abgefordert. Sowohl im Landschaftsrahmenplan (1998) wie im Landschaftsplan (1995) der Stadt Brandenburg an der Havel sind entsprechend der Anforderungen an solche Planwerke Aussagen zum Biotopverbund. Im Weiteren wurde im Jahr 2008 durch die Stadt Brandenburg an der Havel ein Gutachten zum Biotopverbund beauftragt. Landschaftsrahmenplan und Landschaftsplan sollten der Regionalen Planungsgemeinschaft vorliegen, das o.g. Gutachten kann auf Anforderung übergeben werden. Diese o.g. Pläne sollten bei der Aufstellung des Regionalplans berücksichtigt werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Daten zum Landschaftsplan wurden bei der Stadt Brandenburg an der Havel im Dezember 2022 abgefragt. Mit E-Mail vom 06.01.2023 hat die Regionale Planungsstelle die entsprechenden Daten zum Planwerk erhalten und wird sie entsprechend berücksichtigen.
TÖB-Nr.: 7 / Landeshauptstadt Potsdam		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2397	Bewertung Planungskonzept Vorbehaltsräume Siedlung Die Festlegung von Siedlungsflächen als „Vorbehaltsgebiet Siedlung" korrespondiert im Wesentlichen mit den kommunalen Planungen der Landeshauptstadt Potsdam. Die im INSEK 2035 aufgeführten Entwicklungsflächen werden insbesondere für Krampnitz und Marquardt vollständig und für Fahrland und Satzkorn teilweise durch die Festlegung als „Vorbehaltsgebiet Siedlung" des Regionalplans erfasst. Die unvollständige Erfassung der im INSEK 2035 als „Untersuchungsraum: Siedlung und Freiraum" bezeichneten Gebiete wird allerdings nicht als problematisch angesehen, da für die betreffenden Gebiete (VU Fahrland-West und Satzkorn) im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine konkurrierende Flächennutzung festgelegt ist.	Die zustimmende Einschätzung wird zur Kenntnis genommen. Anmerkung: Den Forderungen des LFU/MLUK aus dem Beteiligungsverfahren folgend, mussten die Flächen der Vorbehaltsgebiete Siedlung in Randbereichen an die Außengrenzen von Landschaftsschutzgebieten angepasst werden.
BE-ID: 2398	Zusätzlich sind die Siedlungsflächen der Ortsteile Groß Glienicke, Neu Fahrland und Kartzow sowie der Ortslage Uetz des Ortsteils Uetz-Paaren als Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt, die beispielsweise für das Schatullgut Uetz in nachfolgenden Rahmenplanungen vertieft betrachtet werden müssen.	Die Sachverhaltsdarstellung ist zutreffend. Anmerkung: Den Forderungen des LFU/MLUK aus dem Beteiligungsverfahren folgend, mussten die Flächen der Vorbehaltsgebiete Siedlung in Randbereichen an die Außengrenzen von Landschaftsschutzgebieten angepasst werden.
BE-ID: 2399	Nicht als Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt werden die Ortslage Paaren des Ortsteils Uetz-Paaren, die Ortslage Marquardt-Siedlung sowie der Straßenzug Marquardter Straße Ausbau. Diese Gebiete stellen in absehbarer Zeit bzw. im Zeithorizont bis 2035 keine Entwicklungsschwerpunkte der Landeshauptstadt Potsdam dar, so dass eine fehlende Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung im Regionalplan vertretbar ist.	Die Sachverhaltsdarstellung ist zutreffend und wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2400	Positiv ist zu vermerken, dass sowohl Verkehrsvermeidung als auch das Siedlungsprinzip der „kurzen Wege" adressiert werden (S. 6), Der Einbezug der öffentlichen Verkehrserschließung in Form der Analyse von Erreichbarkeiten und der Definition von guten Erreichbarkeiten als Kriterium für die Herleitung/Prüfung der Vorbehaltsgebiete Siedlung ist grundsätzlich schlüssig, auch wenn Zwischenergebnisse wie eine Übersichtskarte zur Erreichbarkeit nach Modi fehlen. Weiterhin erscheinen die genannten Input-Parameter der angenommenen Geschwindigkeiten im Fuß- und Radverkehr als tendenziell optimistisch (S.10). Auf das Kriterium Erreichbarkeit mit dem Pkw in diesem Zusammenhang zu verzichten, ist aufgrund der Siedlungsstruktur, der Ausrichtung an allen Bewohnenden sowie der kleinräumigen Analyse grundsätzlich richtig. Dies gilt auch für Potsdam (S.11). Insbesondere wird begrüßt, dass bereits im Regionalplan	Die zustimmende Einschätzung wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	hervorgehoben wird, dass Ortsteile mit lokalen Versorgungsansätzen nach Stufe 1 mit dem ÖPNV erreichbar sein sollen (S.10). Auch werden die zentr.alen Orte als ÖPNV-Verknüpfungspunkte genannt (S. 13).	
BE-ID: 2416	Ortslage Neu Fahrland: Im Geltungsbereich des aktuell aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 143 „Westliche Insel Neufahrland" (OT Neufahrland) soll ebenfalls u.a. Wohnbauland entstehen. Die sogenannte Nedlitz-Insel sollte deshalb ebenfalls als Vorbehaltsgebiet Siedlung dargestellt werden.	Der Anregung zur Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung wird gefolgt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 2401	Nutzung Erneuerbarer Energien - Vorbemerkung Vor dem Hintergrund des Klimawandels, aber auch mit Blick auf die aktuelle weltpolitische und weltwirtschaftliche Situation und deren Auswirkung auf die Energieversorgung und -sicherheit ist eine zunehmende Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern sowie von globalen Energielieferungen nicht hoch genug einzuschätzen. Hier hat sich die allgemeine Einschätzung in den letzten Monaten noch einmal deutlich konkretisiert. Als Alternative zu den fossilen Energieträgern spielen nun mehr als zuvor die regenerativen Energien eine herausragende Rolle. Diesen aktuellen Veränderungen ist auch in der Regionalplanung Rechnung zu tragen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2402	Vorranggebiete Windenergie Für die Landeshauptstadt Potsdam hat die Windenergienutzung derzeit keine Relevanz. Die bei der Festlegung der Windeignungsgebiete angelegten harten und weichen Tabukriterien werden von Seiten der Landeshauptstadt Potsdam als sachgerecht bewertet. Hinweisen möchten wir darauf, dass die Bundesregierung in ihrem Eckpunktepapier „Beschleunigung des naturverträglich im Ausbaus der Windenergie an Land" vom 4. April 2022 Gesetzesvorhaben vorstellte, mittels derer erstmals bundeseinheitliche artenschutzrechtliche Prüfstandards im Bundesnaturschutzgesetz verankert und Flächenzielstellungen für die Entwicklung zunächst der Windkraft werden sollen. So sollen u.a. eine bundeseinheitliche Prüfliste „kollisionsgefährdeter" Vogelarten, einheitlich definierte Prüfbereiche/-radien um Niststandorte, einheitliche „Habitatsbewertungen" sowie die Festlegung, dass außerhalb der Prüfbereiche keine weiteren Prüf- und Vermeidungsmaßnahmen umzusetzen sind, definiert werden. Zudem sollen Landschaftsschutzgebiete ausdrücklich in die Prüfkulisse zur Ansiedlung von Windkraftanlagen aufgenommen werden. Bis zum Erreichen der Flächenziele für Windkraft gilt dies auch außerhalb der Windeignungsgebiete (ausgenommen Natura 2000, Weltkulturerbe, Weltnaturerbe). Wir bitten um entsprechende Beachtung dieser Entwicklung und ihrer Auswirkungen auf die bislang herangezogenen Tabukriterien des Regionalplans.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2409	Bewertung der Vorranggebiete Landwirtschaft im Kontext der Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen Mit Blick auf die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie werden die Regelungen zu Vorranggebieten für die Landwirtschaft als zu restriktiv eingeschätzt. Zwar lässt der Regionalplan zwei Ausnahmen in Bezug auf den Vorrang der landwirtschaftlichen Bodennutzung vor der Energiegewinnung mittels Solaranlagen zu, diese sind jedoch vor dem Hintergrund der aktuellen Versorgungssituation unzureichend.	Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Im Ergebnis stehen alternativen Nutzungsinteressen wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft potenziell mehr Flächen zur Verfügung. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
BE-ID: 2410	Der im Entwurf des Regionalplans dargestellte Ausnahmetatbestand, in Anlehnung an die Regelungen des EEG den Flächenkorridor von 200 Metern beidseitig linearer Verkehrsinfrastrukturen auch bei guten Bodenqualitäten für Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu nutzen, sowie die Möglichkeit, diesen Flächenkorridor je Anlage um maximal 25 Prozent zu überschreiten, mag in Einzelfällen geeignete Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Mit Blick auf die Landeshauptstadt Potsdam werden jedoch auch die Grenzen dieser Regelung deutlich. Die Potenzialflächenanalyse für das Gemeindegebiet auf Grundlage dieses Suchraums (200m-Korridor nach EEG) musste um zahlreiche weitere Ausschlussflächen (FFH-Gebiete, Biotope, Hochwasserrisikogebiete etc.) deutlich reduziert werden. Selbst bei voller Ausnutzung der vorgeschlagenen 25%igen Überschreitungsmöglichkeit könnten die beschlossenen Klimaziele der Landeshauptstadt in der verbleibenden Flächenkulisse nicht umgesetzt werden. Weitere Aktivierungshemmnisse etwa aus der kleinteiligen Eigentümerstruktur sind in dieser Betrachtung noch gar nicht berücksichtigt. Aus diesem Grund spricht sich die Landeshauptstadt Potsdam dafür aus, der Bewertung und Einordnung des LEP HR (Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg) zu folgen und ,,[...] der Landwirtschaft bei der Abwägung mit anderen Flächennutzungen besonderes Gewicht bei[zu]messen" (Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Randnummer 344, Seite 96). Die ,,[. ..] monofunktionale [...] Festlegung zugunsten der Landwirtschaft [...]" (Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Randnummer 345, Seite 96) und damit die Verschärfung der Regelung auf regionaler Ebene wird von Seiten der Landeshauptstadt Potsdam jedoch als kritisch angesehen und daher ausdrücklich nicht befürwortet.	An der Festlegung von ausschließlich Vorranggebieten wird weiterhin festgehalten. Die Festlegung von Vorranggebieten sichert den Schutz der landwirtschaftlichen Flächen als letztabgewogenes Planungsinstrument gegenüber anderen Nutzungsinteressen. Bei einer Festlegung von Vorbehaltsgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die landwirtschaftliche Nutzung regelmäßig in Abwägungsprozessen anderen Nutzungsinteressen unterliegt. Siehe dazu auch BE ID 2409.
BE-ID: 2412	Änderungsvorschlag zum Planungskonzept Vorranggebiete Landwirtschaft: Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, die für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders geeigneten Flächen auf Grundlage der Methodik des Regionalplans und der vorgenannten methodischen Hinweise neu zu ermitteln. Diese Flächen sollten dann für die gesamte Regionale Planungsgemeinschaft flächendeckend (z.B. außerhalb der bestehenden Siedlungsflächen) kartographisch dargestellt werden. Die Festlegung sollte jedoch nicht wie bisher als Ziel der Raumordnung und „Vorranggebiet Landwirtschaft" erfolgen, sondern stattdessen als Grundsatz der Raumordnung und „Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft". Erst diese vollständige Darstellung der schützenswerten Landwirtschaftsflächen erlaubt eine sachgerechte Berücksichtigung dieses Schutzgutes im Rahmen der Abwägung in der Bauleitplanung oder in weiteren städtebaulichen oder sonstigen Konzepte und Planungen. Diese Vorgehensweise würde nach Einschätzung der Landeshauptstadt auch dazu beitragen, die zuvor benannten Abwägungsunsicherheiten (Ausnahmen nach individuellem Einzelfallentscheid) des Entwurfs zum Regionalplan in diesem Themenfeld auszuräumen. Sollte dem Änderungsvorschlag zur Flächenermittlung und -darstellung nicht gefolgt werden, muss wenigstens mit Blick	Der Anregung wird nicht gefolgt. Siehe dazu BE ID 2409 und 2410.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	auf die Ausnahmetatbestände zu Photovoltaikanlagen ein flexiblerer Umgang mit zukünftigen Zielstellungen auf Bundesebene sowie vorhandenen kommunalen Beschlusslagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie gefunden werden. Konkret betrifft dies die im sog. "Osterpaket" und „Sommerpaket" durch die Bundesregierung geplanten Gesetzesänderungen, die irisbesondere die Nutzung und Erzeugung erneuerbarer Energien in den Rang überragenden öffentlichen Interesses heben und ambitionierte Ausbaukorridore für Windkraft und Photovoltaik vorzeichnen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) Planungskonzept		
BE-ID: 2405	Das Kriterium, dass explizit kein Grünland berücksichtigt wird, sollte ebenfalls geprüft werden. Im Gegensatz zu den „ertragreichen" Ackerflächen, welche flächenmäßig vor allem im Grundmoränenbereich mit zum Teil sehr hohen Grundwasserflurabständen verortet werden können, weisen gerade die als Grünland bewirtschafteten Flächen, welche vor allem im grundwassernahem Niederungsbereich liegen, eine größere Resilienz gegenüber Austrocknung auf.	Der Begründung ist zu entnehmen, aus welchem Grund Grünland nicht im Planungskonzept berücksichtigt wird. Ein Planänderung erfolgt nicht.
BE-ID: 2406	Auch Moorstandorte und potentielle Wiedervernässungsgebiete sollten vor dem Hintergrund einer angepassten Nutzung (zum Beispiel Paludikultur) für die Ausweisung landwirtschaftlicher Vorzugsflächen geprüft werden.	Paludikultur ist eine Bewirtschaftungsform von vorwiegend degenerierten und wiedervernässten Mooren ohne Schutzstatus, bei der der Torferhalt oder sogar eine Torfbildung bei gleichzeitigem Anbau von nachwachsenden Rohstoffen wie Schilf oder Röhricht erreicht werden soll. Sie wird auch als „nasse Landwirtschaft“ bezeichnet. Paludikulturen sind sowohl innerhalb als auch außerhalb von VR Landwirtschaft zulässig, da es sich um eine besondere landwirtschaftliche Nutzungsform handelt. Eine gesonderte Festlegung ist nicht erforderlich.
BE-ID: 2407	Die verbal benannten Auswahlkriterien für Vorrangflächen der Landwirtschaft (> 5 ha, nur Ackerland, AZ > 24, Flurabstand Grundwasser, nutzbare Feldkapazität) finden in der grafischen Darstellung nur bedingt und teilweise widersprüchlich ihren Ausdruck. So wurden Gebiete mit hohen AZ nicht in die kartenmäßige Darstellung aufgenommen (Flächen südwestlich des Großen Heineberges bis zum Bahnhof Grube, Flächen zwischen Satzkorn und Paaren, Flächen südwestlich von Satzkorn, Flächen westlich der Ortslage Uetz südlich der L92 nach Ketzin). Dagegen sind auch Flächen mit niedrigerer AZ als Vorrangflächen Landwirtschaft ausgewiesen (Flächen südlich des Gewerbegebietes am Großen Siegbundberg). Diese Darstellung sollte vor dem Hintergrund, dass raumbedeutsame Vorhaben, auch in den Vorranggebieten möglich sind, noch einmal überarbeitet werden.	Dass Landwirtschaftsflächen mit hohen Ackerzahlen nicht als Vorranggebiete festgelegt worden sind, liegt in den Ausschluss- und Abwägungskriterien begründet. Vorranggebieten mit Ackerzahlen unter dem maßgeblichen Grenzwert liegt die Bewertung klimarobuster Böden zugrunde. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) bb) Abwägungen kommunale Planungen		
BE-ID: 2408	Weiterhin sollte die Berücksichtigung kommunaler Planungen (Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Randnummer 362 ff., S. 99 f.) ausnahmslos klar nachvollziehbaren und einheitlich definierten Kriterien unterliegen. Der Verzicht auf die Darstellung eines Zieles der Raumordnung im Gebiet einiger weniger Kommunen nach Einzelfallentscheidung mit Verweis auf die fehlenden Entwicklungsspielräume der jeweiligen	Die Berücksichtigung kommunaler Planungen wird im Planungskonzept transparent dargestellt (mit Stand der Daten und Planungskategorien der genutzten Planungsinformationssysteme). Insbesondere Einzelfallentscheidungen werden nachvollziehbar

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Kommunen oder noch in Aufstellung befindlichen nichtförmlichen Planungen erscheint aus-Sicht der Landeshauptstadt Potsdam nicht sachgerecht und abwägungsfehlerhaft. Angesichts der Schwere des Eingriffs in die kommunale Planungshoheit, die von der letztabgewogenen Ausschlusswirkung eines Ziels der Raumordnung ausgeht, wird dies als Gefahr für die Rechtssicherheit des Regionalplans angesehen.	begründet. Im Zweiten Entwurf des Regionalplans wurden weitere Einzelfälle ergänzt und begründet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) dd) Abwägungen Schutzgebiete		
BE-ID: 2403	Bewertung Planungskonzept Vorranggebiete Landwirtschaft: Im Planungsprozess wurde bereits eine Stellungnahme zu den Vorranggebieten Landwirtschaft abgegeben (Schreiben vom 15.09.2021). Die dort thematisierten Änderungs- bzw. Klärungsbedarfe finden sich im Wesentlichen noch nicht in den Inhalten des Regionalplans wieder. Zusammenfassend betrifft dies folgende Punkte: Generell ist bei der Ausweisung von Vorrangflächen zu berücksichtigen, dass Pufferbereiche zu angrenzenden naturschutzrechtlichen Schutzgebieten (NSG, FFH-Gebiete) zur Vermeidung von Nutzungskonflikten und erforderlichen Nutzungsrestriktionen integriert werden müssen. Offensichtlich ist dies bei der Landwirtschaftsfläche angrenzend an das NSG „Seeburger Fenn-Sümpelfichten" und möglichen Konflikten durch Stoffeinträge bei vorrangiger Nutzung nicht gegeben. Dem Verweis des Umweltberichtes auf das Prinzip der guten fachlichen Praxis (S. 88/89) wird aus realistischer Einschätzung kritisch begegnet. Eine Lösungsmöglichkeit ist die maßstabsgerechte Flächensymbolik: hier sollte von einer Vollfarbensignatur abgesehen werden und analog der Vorranggebiete Siedlung Punkte oder Schraffur gewählt werden. Für die Ausweisung landwirtschaftlicher Vorzugsflächen wurden vollflächige Gebiete gekennzeichnet, welche eindeutige Grenzflächen enthalten. Diese frühe „scharfe" Kennzeichnung von Vorzugsflächen ist auf dieser Maßstabseben der Planung nicht nachvollziehbar und bietet ein hohes Konfliktpotential.	Die sich im Planungsprozess befindenden Vorhaben der Landeshauptstadt Potsdam werden anhand der übermittelten Flächen (Schreiben vom 15.09.2021) berücksichtigt. FFH- und Naturschutzgebiete sowie gesetzlich geschützte Biotope (mit einer Darstellungsgrenze von mind. 5 Hektar) werden nicht als Vorranggebiete Landwirtschaft dargestellt. Ein Pufferbereich an angrenzende Schutzgebiete wird jedoch nicht vorgesehen. Vorranggebiete Landwirtschaft entfalten außerhalb der Vorranggebiete keine Ausschlusswirkung. Ein Pufferbereich hätte nicht zur Folge, dass darin keine landwirtschaftliche Bodennutzung stattfindet und wäre damit unwirksam. Das Landesamt für Umwelt hat diesbezüglich keine Bedenken geäußert. Das Planzeichen für Vorranggebiete Landwirtschaft wird in der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019 vorgegeben. Eine andere Symbolik wird daher nicht verwendet. Mit der Änderung des Planungskonzepts für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde darüber hinaus eine generalisierte Darstellung in der Festlegungskarte angestrebt, um kleinteilige Festlegungsgrenzen zu reduzieren.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ff) Solaranlagen		
BE-ID: 2411	Gerade bei der Inanspruchnahme von Flächen für Anlagen zur Gewinnung von solarer Strahlungsenergie werden die landwirtschaftlichen Flächen in der Regel nicht dauerhaft der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Zudem erfährt die Fläche durch eine extensive Bodennutzung und bei Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln über einen langen Zeitraum eine Aufwertung der Bodenqualität sowie eine Erhöhung der Artenvielfalt, die einer späteren erneuten landwirtschaftlichen Nutzung zuträglich sind. Entsprechende Ergebnisse zeigt u.a. eine Studie des Bundesverbandes Neue Energiewirtschaft (bne) e.V. bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen aus dem Jahre 2019 [1]. [Fußnote] 1 Bundesverband Neue Energiewirtschaft (bne) e.V. (Hrsg.) (201 9): Solarparks - Gewinne für die Biodiversität, https://www.bneonline.de/fileadmin/bne/Dokumente/201 911 19 _bne_ Studie_ Solarparks_ Gewinne_fuer _ die _Biodiversitaet_ online.pdf, zuletzt aufgerufen am 07.06.2022, 12 Uhr	Mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft werden Ackerflächen mit einer besonderen regionalen Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion vor der Inanspruchnahme durch andere Nutzungen geschützt. Es ist ausreichend gerechtfertigt, andere Nutzungen – (möglicherweise) auch zeitweiliger Art – auf andere Standorte zu verweisen, die für die landwirtschaftliche Produktion weniger von Bedeutung sind.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 2413	Konkretisierung des landesplanerischen Freiraumverbundes: Die gewählte Vorgehensweise einer konkretisierenden Darstellung des Freiraumverbundes durch eine rein technische Methode ohne weitere fachliche Untersetzung wird seitens der Landeshauptstadt hinsichtlich ihres Mehrwertes hinterfragt. Die gewählte vollfarbige Flächensignatur und Schärfe der Darstellung suggeriert bereits heute in der	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
öffentlichen Befassung mit den Planunterlagen, dass eine räumlich konkretisierende und fachliche Befassung mit dem Freiraumverbund stattgefunden habe. Dass dies nicht der Fall ist, und dass die im Regionalplan dargestellten Flächen lediglich Hinweischarakter auf einen möglichen Widerspruch zum LEP HR entfalten, ist nicht vermittelbar. In Unterlage 15, S. 8 wird aus Sicht der Landeshauptstadt treffend ausgeführt: ,,Der Annahme, beim Vorgang der Konkretisierung handele es sich um die Festlegung eines eigenen Ziels der Raumordnung durch die Regionale Planungsgemeinschaft, kann schon wegen der fehlenden Erforderlichkeit einer solchen Zielfestlegung nicht gefolgt werden, da eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung durch die Landesplanungsbehörde bereits getroffen ist (§ 3 Absatz 1 Nummer 2 ROG). Es besteht somit kein regionales Regelungserfordernis mehr." Vor diesem Hintergrund mag es daher zweckmäßig erscheinen, auch den Freiraumverbund nur nachrichtlich aus dem LEP HR zu übernehmen. Dann könnte auch die Darstellung von „Ortslagen, die sich innerhalb des landesplanerischen Freiraumverbunds befinden", zu denen im Regionalplanung keine planerischen Aussagen getroffen werden, entfallen. Es bestehen in der vorliegenden Planfassung Klärungsbedarfe zur kartographischen Abgrenzung der „Ortslagen, die sich innerhalb des landesplanerischen Freiraumverbunds befindet" im Bereich der Michendorfer Chaussee (Standort Deutscher Wetterdienst und B-Plan 149) sowie der sog. Schiffbauversuchsanstalt im Bereich Marquardter Chaussee/Sacrow-Paretzer Kanal.	Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Festlegungskarte / Festlegungskarte (Kartenteil)		
BE-ID: 2414	Weitere redaktionelle Hinweise zur Festlegungskarte - Die L92 wurde mittlerweile vom Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg gemäß § 7 BbgStrG im Abschnitt 010 zwischen dem Knoten B2 / L92 (Netzknoten (NK) 3544 003) und dem Ortseingang Fahrland (NK 3544 021) über eine Gesamtlänge von ca. 2,3 km, einschließlich der Nebenanlagen, zur Gemeindestraße (Stadtstraße) gemäß § 3 BbgStrG abgestuft; künftiger Träger der Straßenbaulast ist die Landeshauptstadt Potsdam. Die Umstufung wurde u.a. am 25.02.2021 im Amtsblatt der Landeshauptstadt Potsdam, Jahrgang 32, Nr. 6 bekannt gemacht.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Für den Zweiten Entwurf des Regionalplans wird eine aktuelle Digitale Topografische Karte (DTK-100) als Kartengrundlage verwendet. Darin ist die bisherige L92 in dem benannten Bereich nicht mehr als Landesstraße gekennzeichnet.
BE-ID: 2415	Ortslage Fahrland: Mit der Bekanntmachung am 25.03.2021 im Amtsblatt der Landeshauptstadt Potsdam, Jahrgang 32, Sonderamtsblatt Nr. 11 trat der Bebauungsplan Nr. 1 32 „Am Friedhof' {OT Fahrland) in Kraft. Planungsziele des Bebauungsplans waren sowohl die Schaffung eines Wohngebiets mit Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern als auch die Bestandssicherung des Friedhofs sowie dessen kleinteilige Erweiterung. Als Wohnbaufläche festgesetzt wurden auch nördlich im Geltungsbereich liegende Flächen, auf denen sich aktuell noch ein Mobilfunkmast befindet. Perspektivisch wird die in der Festlegungskarte dargestellte Fläche einer wohnbaulichen Nutzung zugeführt. Wir empfehlen daher, hier ebenfalls Vorbehaltsgebiet Siedlung darzustellen.	Der Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" ist weitgehend als Vorbehaltsgebiet Siedlung erfasst. Kleine Abweichungen begründen sich in der Maßstäblichkeit der regionalplanerischen Festlegungen von 1:100.000. Hinweis: Im Norden des Gebietes erfolgt gemäß der Forderung des LfU eine Reduzierung des Vorbehaltsgebiets Siedlung wegen Betroffenheit des Landschaftsschutzgebietes.
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Planungskonzept Landwirtschaft		
BE-ID: 2404	Das Kriterium, dass nur Flächen > 5 ha als Parameter für die Definition von landwirtschaftlichen Vorzugsflächen herangezogen wurde, sollte auf Grund der zum Teil sehr kleinteiligen Parzellierung und Bewirtschaftung im Bereich einer kreisfreien Stadt wie Potsdam nochmals kritisch geprüft werden.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet. Der Kleinteiligkeit der Vorrangflächen wird im Zweiten Entwurf durch eine Aggregierung (Rasterung) der Flächen entgegengewirkt. Die genaue Vorgehensweise wird in der zweckdienlichen Unterlage „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, 2. Entwurf. Kapitel 2.3 Landwirtschaftliche Bodennutzung. Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit (Basisflächen)“ erläutert. Die Größe eines Vorranggebiets Landwirtschaft entspricht nach dem neuen Planungskonzept mindestens zehn Hektar. Ziel der Aggregierung der Vorrangflächen ist es, die Fragmentierung zu reduzieren und eine angemessene Darstellung im Maßstab der Regionalplanung zu ermöglichen.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 2396	Ich bedanke mich für die erneute Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) am Planungsverfahren zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 in der Fassung vom 05.10.2021. Die Landeshauptstadt Potsdam hat die Planungsunterlagen geprüft und gibt dazu folgende Stellungnahme ab.	Kenntnisnahme.
TÖB-Nr.: 8 / Bezirksamt Spandau		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1898	Im Wesentlichen wird auf die Stellungnahme des Umwelt- und Naturschutzamts Spandau vom 25.02.2021 zum Umweltbericht/ Scoping-Verfahren verwiesen, in der bereits - bei der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - auf möglicherweise betroffene Spandauer Schutzgebiete (z.B. FFH-Gebiet Spandauer Forst), Spandauer Grünzüge (u.a. Spektegrünzug, Bullengraben-Grünzug)	Die Hinweise zu den möglicherweise betroffenen Schutzgebieten werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	sowie Auswirkungen auf den im Verfahren befindlichen Bebauungsplan 5-88 Griesingerstraße unmittelbar an der westlichen Stadtgrenze hingewiesen wurde.	
BE-ID: 1902	Die ökologische Bedeutung Spandauer Lebensräume entlang der Landesgrenze zu Brandenburg wird im Programmplan „Zielartenverbreitung" des Landschaftsprogramms dargestellt. Großflächige Bereiche sind hier als Kernflächen und Verbindungsflächen im Biotopverbund dargestellt und fungieren für die Zielarten als unbedingt zu erhaltende Lebensräume. Auch der Groß Glienicker See verbindet Spandau mit dem Brandenburger Umland, denn anteilig liegt er auf Berliner und auf Brandenburger Seite. Große Bereiche der Ufer sind als gesch. Biotop (§ 30 BNatSchG) besonders geschützt. Hier ist insbesondere der Amphibienschutz (insb. Moorfrosch, Knoblauchkröte, Kammmolch und Erdkröte) zu berücksichtigen.	Der Anregung, besonders geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG zu berücksichtigen, wird bereits gefolgt. Auch im Uferbereich des Groß Glienicker Sees wurden diese bei der Festlegung des Vorbehaltsgebietes Siedlung berücksichtigt. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
BE-ID: 1903	Erneut verweisen wir auf den im Jahr 2016 durch das Planungsbüro bgmr Landschaftsarchitekten entwickelte Maßnahmenkatalog/ Flächenpool zur Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb Spandaus- den KompPool Spandau. Um die Funktionalität des KompPool Spandau sicher zustellen, müssen die darin benannten „Vorhalteflächen" insgesamt 52) vor einer Zustandsverschlechterung bewahrt werden. Nur so wird es dem Bezirk ermöglicht, zielgerichtet Bauherren bei der Auswahl naturschutzfachlich geeigneter Ausgleichs- und/oder Ersatzflächen zu unterstützen.	Die Hinweise zum KompPool Spandau werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1905	Eine fachgerechte Prüfung, insbesondere kumulativer Wirkungen und sonstiger Wechselwirkungen möglicher negativer und positiver Umweltauswirkungen muss auch bei der Ausarbeitung von Vorbehaltsgebieten Siedlung (VBS) erfolgen. Das Raumordnungsgesetz (ROG) legt hier Grundsätze fest, die Siedlungsentwicklung räumlich zu konzentrieren und die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen zu minimieren.	Dem Hinweis ist weitgehend gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung bereits auf konfliktarme Lagen ab. Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung erfolgt keine Flächenfestlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. In Fällen abzuwägender Raumkonflikte von Flächen, bei deren Inanspruchnahme für eine Wohnsiedlungsnutzung Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die aber voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können, erfolgt eine Festlegung dieser Flächen als Vorbehaltsgebiet Siedlung nur in Ermangelung alternativer Flächen ohne jeglichen Raumnutzungskonflikt. In diesem Prozeß werden die verschiedenen Ansprüche an den Raum bereits entsprechend berücksichtigt (siehe Begründung zum Grundsatz Vorbehaltsgebiete Siedlung sowie Umweltbericht, u.a. Abschnitt 3.9 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie 4.1 Siedlung). Eine Durchsetzung dieses Vorbehaltsgebietssachverhalts entscheidet sich erst in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren, zu denen die geforderte vertiefende Betrachtung gehört.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1904	Windenergienutzung: Gemäß der gemeinsamen Landesplanung (GL) Berlin-Brandenburg liegen derzeit „in keiner der fünf Regionen (Prignitz-Oberhavel, Uckermark-Barnim, Oderland-Spree-Lausitz-Spreewald, Havelland-Fläming) wirksame Ziele zur raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung vor". Im Bereich	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	des RP Havelland-Fläming greift jedoch das neue Instrument zur Sicherung der Regionalplanung, welches verhindern soll, dass bis zur Aufstellung eines Regionalplans (RP) Windenergieanlagen auch außerhalb von geplanten Eignungsgebieten geplant und gebaut werden. Im Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung mit § 2c RegBkPIG wurde daher ein neues Instrument zur Sicherung der Regionalplanung in Brandenburg geschaffen. Das bedeutet bei Neuaufstellung eines RPs, z.B, wenn der vorherige nicht mehr wirksam ist und ein RP zur Steuerung von Windenergieanlagen aufgestellt wird, ein pauschales Genehmigungsverbot von Windenergieanlagen in der betroffenen Region in Kraft tritt. Dieses gilt zunächst für 2 Jahre, Verlängerung sind jedoch möglich. Davon kann die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) im Einzelfall Ausnahmen zulassen, sofern Windenergieanlagen im Einklang mit dem neuen Regionalplan geplant und gebaut werden sollen. Aktuell kommt dieses Instrument auch in den Regionen Havelland-Fläming zur Anwendung. Hierfür haben sich das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) und das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) auf eine Vorgehensweise (s. gemeinsames Rundschreiben vom 1. August 2019) verständigt, um die Prüfschritte, die für eine Ausnahmeentscheidung erforderlich sind, effektiv in das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zu integrieren. Das Rundschreiben wurde am 21. August 2019 (ABl. Nr. 33, S. 818) veröffentlicht und am 11. September 2019 (ABl. Nr. 36, S. 908) korrigiert. (Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg, online vom 07.06.2022). Im Zuge der Planung sind auch hier floristische und faunistische Gutachten zu erstellen bzw. im Hinblick auf die in der letzten Stellungnahme dargestellten Natura 2000- Gebiete sowie FFH-Arten und Lebensraumtypen eine FFH-Vorprüfung durchzuführen. Die Zuständigkeit liegt jedoch bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK).	die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 1900	Die genannten Spandauer Schutzgebiete dienen einerseits der Erholung der Bevölkerung, weisen zeitgleich jedoch auch eine hohe naturschutzfachliche Bedeutung auf. Einer Verschlechterung oder Verminderung dieser Funktionen durch Nutzungsänderungen oder negative äußere Einflüsse ist entgegenzuwirken. Eine Beeinträchtigung des jeweiligen Schutzzwecks und der Entwicklungsziele der Schutzgebiete durch zusätzliche Nutzungen sind zu verhindern bzw. zu minimieren. Eher sind Maßnahmen zur Verbesserung regionaler grenzübergreifender Verbundachsen und zur Vernetzung einzelner Biotope nötig. Auch die vielen Spandauer Grünzüge (u.a. Bullengraben-Grünzug) besitzen als Verbindungskorridor zahlreicher flächenhafter Lebensräume eine wichtige Aufgabe im Biotopverbund und stellen zeitgleich Kaltluftentstehungsgebiete und -schneisen dar. Durch die Umsetzung vieler Nutzungsänderungen oder Neuplanungen -hier auf regionaler Ebene- sind negative Auswirkungen auf naturschutzfachlich wertvolle Bereiche Spandaus möglich. Dies betrifft sowohl die landschaftliche Prägung des Gebietes als auch den Artenschutz, hier besonders die Avifauna (inkl. dem Schutz von Horststandorten) und Fledermäuse, von denen letztere bedeutende Vorkommen im FFH-Gebiet Fort Hahneberg und der Zitadelle Spandau aufweisen.	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Es sind jedoch keine Beeinträchtigungen durch die Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 erkennbar. Im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 werden im näheren Umfeld zu Spandau (10 km Radius) Festlegungen zu Vorranggebieten Landwirtschaft und zu Vorbehaltsgebieten Siedlung getroffen. Mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft soll die Flächeninanspruchnahme durch andere Nutzungen begrenzt und die landwirtschaftliche Bodennutzung gesichert werden. Eine Nutzungsänderung ist somit nicht vorgesehen. Die Festlegung Vorbehaltsgebiete Siedlung zielt auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 min Fußweg oder 15 min mit dem Fahrrad oder 10 min in Nutzung des ÖPNV besitzen. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung bereits auf konfliktarme Lagen ab. Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung erfolgt keine Flächenfestlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. In diesem Prozess werden Naturschutz- und Natura-2000-Gebiete entsprechend berücksichtigt. Aufgrund Entfernung sind keine Beeinträchtigungen regionalplanerischer Belange auf den angrenzenden Bezirk Spandau erkennbar.
BE-ID: 1901	Eine FFH-Vorprüfung im Hinblick auf die betroffenen Natura 2000- Gebiete sowie FFH-Arten und Lebensraumtypen ist durchzuführen. Im Zuge von geplanten Nutzungsänderungen sind zudem floristische und faunistische Gutachten zu erstellen, die die Auswirkungen der Umsetzung der Planung auf die entsprechenden Lebensräume darstellen.	Im Rahmen der Umweltprüfung werden die potenziellen Wirkungen im Umfeld der Planfestlegungen berücksichtigt. Erhebliche Beeinträchtigungen der Spandauer Schutzgebiete sind nicht zu erwarten. Im Regionalplan 3.0 werden im Umfeld zur Stadtgrenze Berlin bzw. Bezirk Spandau ausschließlich Vorbehaltsgebiete Siedlung (Schönwalde Siedlung und Schönwalde Dorf) festgelegt. Bei den Vorbehaltsgebieten Siedlung ordnen sich andere Raumansprüche raumordnerisch noch nicht vollends der von der Regionalplanung präferierten Nutzung unter. Der späteren Abwägung mit anderen konkurrierenden Raumansprüchen kommt damit lediglich ein besonderes Gewicht zu. Vorbehalt bedingt also nicht Durchsetzung von Siedlungsflächen. Weitere Festlegungen werden durch die Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 im Umfeld des Bezirkes Spandau nicht getroffen.
BE-ID: 1906	Ähnlich verhält es sich bei der Ausweisung von großflächig gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (GIV). Gemäß ROG § 8 Absatz 1 erfolgt eine Einschätzung hinsichtlich potenzieller erheblicher Beeinträchtigungen der Schutzgüter später in der Strategischen Umweltprüfung (SUP). Im Ergebnis der vertiefenden Prüfung können gemäß Umweltbericht und den Prüfsteckbriefen GIV (s. Anhang C) erhebliche Umweltauswirkungen (u.a. auf sensible Moore, Fledermäuse Vögel, aber auch Eidechsen) in beiden Plangebieten (Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne und der Jüterbog-Forst-Zinna) nicht ausgeschlossen werden. Mögliche kumulative Auswirkungen sind dabei noch nicht berücksichtigt.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden berücksichtigt. Die Festlegungen zu den Großflächig gewerblich- industriellen Vorsorgestandorten sind im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens geändert worden. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird im weiteren Verfahren abgesehen. Zur Begründung wird auf BE 2770 verwiesen. An der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird – in veränderter, verkleinerter Abgrenzung - festgehalten. Die Entscheidung, das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne zu verkleinern, erfolgt unter Berücksichtigung von Belangen des Artenschutzes sowie der Struktur und der Funktionen des Waldes. Zur Erklärung wird auf Abschnitt III der geänderten zweckdienlichen Unterlage Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen. Der Steckbrief zum GIV Paterdamm/Krahne des Anhang C1 des Umweltbericht wird überarbeitet und Umweltauswirkungen neu bewertet.
TÖB-Nr.: 11 / Amt Beetzsee		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1543	Mit dem oben genannten Schreiben wurde dem Amt Beetzsee Gelegenheit zur Stellungnahme zu der oben genannten Planung gegeben. Gleichlautende Schreiben an die Gemeinden Beetzsee, Beetzseeheide, Päwesin und Roskow sowie die Stadt Havelsee sind hier gleichzeitig eingegangen. Die Gemeinden Beetzsee, Beetzseeheide, Päwesin und Roskow sowie die Stadt Havelsee werden durch das Amt Beetzsee vertreten. Das Amt Beetzsee gibt hiermit eine Stellungnahme in Vertretung der vorgenannten Kommunen ab.	Die Wahrnehmung der Aufgabe durch das Amt Beetzsee für die Gemeinden Beetzsee, Beetzseeheide, Päwesin und Roskow sowie die Stadt Havelsee wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1556	Es erschließt sich nicht, warum die Ortslagen Weseram, Roskow, Lünow, Päwesin, Bagow, Riewend, Gartz, Ketzür, Butzow, Radewege und Marzahne nicht als Vorbehaltsgebiete Siedlung dargestellt sind. Dagegen sind Tieckow und Hohenferchesar- nur um Beispiele aus dem Amtsgebiet zu nennen - als Vorbehaltsgebiete Siedlung dargestellt. Offenbar wird hier hauptsächlich und rein mechanisch das Kriterium Bahnanbindung angewendet, was aber zu völlig unverständlichen Ergebnissen führt. In Roskow und in Radewege gibt es z.B. Grundschulen. Warum sind z.B. vergleichbare Orte wie Stechow, Hohennauen und Pessin als Vorbehaltsgebiete Siedlung dargestellt und die o.g. Orte nicht? Die oben genannten Ortsteile der Kommunen des Amtes Beetzsee finden sich auch nicht in der Liste im Anhang zur Unterlage 8 wieder, so dass die Kriterienprüfung nicht nachvollzogen werden kann.	Der Anregung wird teilweise gefolgt. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit besitzen. Die Absicht besteht nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Leider wurden bisher auf die seit Herbst 2020 übermittelten Informationen, Gebietsvorschläge und schriftlichen Nachfragen zur Abstimmung der Vorbehaltsgebiete Siedlung für den ersten Planentwurf keine Sachverhalte seitens des Amtes übermittelt. Die Abgrenzung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in den genannten Ortslagen wurde im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens noch einmal mit nachfolgendem Ergebnis geprüft: Entsprechend der recherchierten Ausstattungsmerkmale im Amt Beetzsee erfüllt nunmehr auch die Ortslage Brielow die Kriterien nach Stufe 1 des von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzeptes und wird daher als Ort mit lokalen Versorgungsansätzen aufgenommen. Hierdurch werden in Anwendung der Stufe 2 "Erreichbarkeit" Bereiche der Ortslage Radewege als Vorbehaltsgebiete Siedlung ausgewiesen. Für den Ort Brielow selbst war infolge der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen des Oberzentrums Brandenburg an der Havel nach Stufe 2 bereits ein Vorbehaltsgebiet Siedlung im ersten Regionalplanentwurf festgelegt. Alle anderen benannten Ortsteile kommen gemäß des von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzept nicht für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Frage. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Anmerkung: Im Anhang Unterlage 8 sind nicht alle Ortsteile der Region mit ihren Ausstattungsmerkmalen gelistet, sondern nur jene, die die Kriterien nach Stufe 1 des Planungskonzept erfüllen. Diese Tabelle wird nunmehr um die Ortslage Brielow ergänzt.
BE-ID: 1557	Die Ortslagen Pritzerbe (Mühlenstraße, Dammstraße), Radewege (Radewege Siedlung) und Brielow (Brielow Ausbau, Seehof) sind nicht vollständig als Vorbehaltsgebiete Siedlung dargestellt.	Der Anregung wird teilweise gefolgt. Die benannten Bereiche in Pritzerbe bleiben ausgespart - hier liegen Hochwassergefährdungen sowie im Bereich der Dammstraße gewerbliche Nutzungen vor. Entsprechend der recherchierten Ausstattungsmerkmale im Amt Beetzsee erfüllt nunmehr auch die Ortslage Brielow die Kriterien nach Stufe 1 des von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzeptes und wird daher als Ort mit lokalen Versorgungsansätzen aufgenommen. Hierdurch werden in Anwendung der Stufe 2 "Erreichbarkeit" weitere Bereiche der Ortslage sowie von Radewege als Vorbehaltsgebiete Siedlung ausgewiesen. Die Absicht besteht nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nach Stufe 4 des Planungskonzeptes auch auf konfliktarme Lagen ab. Auch die Abgrenzung des Vorbehaltsgebiets Siedlung im Bereich Seehof erfolgt in Bereichen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung.
BE-ID: 1558	Die Ortslagen von Briest und Kützkow sind nur als Ortslagen im Freiraumverbund dargestellt. Mit dieser Darstellung sind aber keine Festlegungen verbunden. Briest und Kützkow sollten jedenfalls auch als Vorbehaltsgebiete Siedlung dargestellt und vom Freiraumverbund (s.u.) ausgenommen werden.	Der Anregung kann wegen fehlender Zuständigkeit nicht gefolgt werden. Plangeber des nach LEP HR als Ziel 6.2 festgesetzten Freiraumverbundes sind die Länder Berlin und Brandenburg.
BE-ID: 1559	In Weseram wird z.B. derzeit der Bebauungsplan „Am Sportplatz Weseram" aufgestellt, der Baurecht für ca. 22 Einfamilienhäuser schafft. Der Geltungsbereich ist in der nachfolgenden Karte dargestellt und als Vorbehaltsgebiet Siedlung aufzunehmen: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Karte auf Seite 3 der Stellungnahme].	Der Anregung wird nicht gefolgt. Begründung: Eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Weseram steht nicht im Einklang mit dem von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzept. Hinweis: Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 1560	Unter anderem in Weseram, Roskow, Päwesin, Bagow, Gortz, Butzow, Marzahne, Radewege Siedlung, Briest, Fohrde, Tieckow und Hohenferchesar bestehen restriktionsfreie Flächenpotentiale (kein Landschaftsschutzgebiet, kein SPA-Gebiet), die für die zukünftige Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen im Amt Beetzsee genutzt werden könnten. Die vorgenannten Ortslagen mit ihren Potentialflächen sollten als Vorbehaltsgebiete Siedlung ausgewiesen werden.	Der Anregung wird teilweise gefolgt. Entsprechend der recherchierten Ausstattungsmerkmale im Amt Beetzsee erfüllt nunmehr auch die Ortslage Brielow die Kriterien nach Stufe 1 des von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzeptes und wird daher als Ort mit lokalen Versorgungsansätzen aufgenommen. Hierdurch werden in Anwendung der Stufe 2 "Erreichbarkeit" weitere Bereiche der Ortslage sowie von Radewege als Vorbehaltsgebiete Siedlung ausgewiesen. Auch die Abgrenzung des Vorbehaltsgebiets Siedlung im Bereich Seehof erfolgt in Bereichen von

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung. Für alle anderen Ortslagen steht eine Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung nicht im Einklang mit dem von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzept. Hinweis: Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 1581	Letztlich stellen die Vorbehaltsgebiete Siedlung eine weitere Einschränkung der Gemeinden dar, die durchaus als nicht notwendige Überreglementierung empfunden werden muss: „Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sind bei der kommunalen Bauleitplanung im Rahmen der Abwägung als raumordnerische Empfehlung der Regionalplanung zur Konkretisierung des Vorrangs der Innenentwicklung sowie zum Anschluss neuer Siedlungsflächen zu berücksichtigen." (Unterlage 1, Seite 25, Rdn. 74) Die grundgesetzliche Selbstverwaltungsgarantie und die baugesetzliche Planungshoheit der Gemeinden werden damit weiter ausgehöhlt.	Den Bedenken kann nicht gefolgt werden. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung lediglich auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.3 G 2.3.3 Verkehrserschließung		
BE-ID: 1605	G 2.3.3 Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung: "Die Rohstoffgewinnung soll so erfolgen, dass die mit Straßentransporten verbundenen Belastungen durch Minimierung von Orlsdurchfahrlen und Einsatz umweltschonender Transporlmittel so gering wie möglich gehalten werden." (Unterlage 1, Seite 15) Durch den bestehenden Sandtagebau am Eichberg im Vorranggebiet 18 Marzahne / Vorbehaltsgebiet 19 Marzahne sind die mit Straßentransporten über die schlecht ausgebauten L98 und L981 verbundenen Belastungen in den Ortsdurchfahrten Marzahne, Brielow und Radewege schon jetzt erheblich. Minimierungen von Ortsdurchfahrten sind nicht möglich, da keine anderen Strecken vorhanden sind. Umweltschonende Transportmittel wie die Bahn sind auch nicht möglich, da keine Bahnanbindung vorhanden ist.	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU erfolgt eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Damit entfällt VB19 und die verbleibende Fläche des genehmigten HBP von VB18 ist ohne regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1606	Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft: Die Landschaft im Amt Beetzsee und in weiten Teilen der Planregion ist durch landwirtschaftliche Nutzung geprägt. Die Landwirtschaft trägt zur regionalen Wertschöpfung bei und sichert Arbeitsplätze sowie Einkommen in der Region. Insofern ist der Versuch, landwirtschaftliche Flächen zu sichern, begrüßenswert.	Die Zustimmung des Amtes Beetzsee für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1607	Die Ausweisung von Vorranggebieten Landwirtschaft, macht aber nur dann Sinn, wenn es sich hierbei um ein wirkungsvolles Instrument handelt, um die ausgewiesenen Flächen auch dauerhaft für die Landwirtschaft zu sichern. Solange auch in Vorranggebieten Landwirtschaft eine Abwägung von Belangen zugunsten anderer Nutzungen (wie z.B. Photovoltaik) möglich ist, ist deren Ausweisung ohne jeden praktischen Wert.	Die Festlegung von Vorranggebieten sichert den Schutz der landwirtschaftlichen Flächen als letztabgewogenes und wirkungsvolles Planungsinstrument gegenüber anderen Nutzungsinteressen. Eine Abwägung zugunsten anderer Nutzungen erfolgt nicht. Die vorgesehenen Ausnahmen für Photovoltaik werden nur unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen: Bei der Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe a wird die landwirtschaftliche

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Nutzung unter oder zwischen Agri-PV-Modulen fortgeführt, so dass eine erhebliche Beeinträchtigung der bevorrechtigten Nutzung minimiert wird. Diese Festlegung entspricht im Zweiten Entwurf des Regionalplans Z 2.3 Absatz 2. Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b des Regionalplanentwurf vom 05.10.2021 betrifft PV-Freiflächenanlagen entlang von Schienenwegen und Autobahnen und nimmt nur einen verhältnismäßig geringen Flächenanteil ein. Diese Festlegung entfällt jedoch im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der nunmehr baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern.
BE-ID: 1608	Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft: Der erneuerbaren Energiegewinnung aus Wind und Sonne wird zudem aktuell ein überragendes öffentliches Interesse bescheinigt (-> Pressemitteilung vom 06.04.2022 zum Osterpaket, Zitat Minister Habeck: „Es wird als Herzstück des Pakets der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Der Ausbau der erneuerbaren Energien an Land und auf See wird auf ein völlig neues Niveau gehoben.") Niederschlag finden diese öffentlichen Bekundungen im Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor, hier insbesondere in Artikel 1, Änderung des ErneuerbareEnergien-Gesetzes (EEG). So soll in § 2 des vorliegenden Entwurfs zum EEG festgelegt werden, dass Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien im herausragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Damit dürften die Interessen der Landwirtschaft künftig regelmäßig hinter denen der Energiewirtschaft zurücktreten.	Das überragende öffentliche Interesse nach § 2 EEG wirkt sich regelmäßig nur bei Abwägungsentscheidungen im Fachrecht aus und auch nur dann, wenn das Fachrecht eine Abwägung erlaubt. Dies trifft bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft als abschließend abgewogenes Ziel der Raumordnung nicht zu. Für privilegierte PV-Freiflächenanlagen (PV-FFA) gemäß § 35 Abs. 1 BauGB, insbesondere entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes, wird § 2 EEG im Rahmen des Fachrechts berücksichtigt. Hier überwiegt in der Regel das öffentliche Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien. Aufgrund der baurechtlichen Privilegierung entlang von Autobahnen und Schienenwegen werden in diesen Bereichen keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Die entsprechende Ausnahmeregelung nach Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b des Ersten Regionalplanentwurfs entfällt im Zweiten Entwurf. Die Aufstellung eines Bebauungsplans für PV-FFA ist in Vorranggebieten Landwirtschaft ausgeschlossen und keiner Abwägung zugänglich. Eine Ausnahme gilt jedoch für Agri-Photovoltaik, wodurch der landwirtschaftlichen Nutzung einerseits und dem Ausbau der erneuerbaren Energien andererseits Rechnung getragen werden kann.
BE-ID: 1609	Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft: Die Beurteilung einer politischen Entscheidung, die der Sicherung der Energieversorgung Vorrang gegenüber der Nahrungsmittelproduktion einräumt, führt im Rahmen der Beteiligung zum Entwurf des Regionalplanes zu weit. Möglicherweise wird aber der jetzt zu verzeichnende politische Aktionismus beim Thema erneuerbare Energien in Zukunft von der Erkenntnis abgelöst, dass auch eine Nahrungsmittelversorgung, die überwiegend auf Importe gestützt ist, krisen- und kriegsbedingten Einflüssen unterliegt und erhebliche Engpässe nach sich ziehen. Es sind jedenfalls	Im Regionalplan wird durch die Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft ein wirkungsvolles Planungsinstrument eingesetzt, das den dauerhaften Erhalt und die Sicherung wertvoller Agrarflächen gewährleistet. Damit wird der Forderung nach einem konsequenten Flächenschutz vollumfänglich entsprochen und die Basis für eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion langfristig

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	wirksame Instrumente wünschenswert, die den dauerhaften oder langfristigen Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Flächen verhindern.	gestärkt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 Zu G 1.1 VBS		
BE-ID: 1544	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Ziel ist es (Unterlage 1, Seite 18, Rdn. 31) „Gebiete, die für den Wohnungsbau besonders geeignet sind, in regionalem Maßstab zu ermitteln und planerisch hervorzuheben. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung unterstützt das Siedlungsprinzip der „kurzen Wege", stärkt die Auslastung und Sicherung bestehender Infrastruktureinrichtungen und trägt dadurch zur Ressourcenschonung, Verkehrsvermeidung und Luftreinhaltung bei." Prinzipiell ist das ein zu begrüßender Ansatz, aber es wurde die falsche Vorgehensweise gewählt: Es wurde vor allem nach Bahnanbindungen ausgewählt. So schieden schon von vornherein alle Ortslagen aus, die nicht in der Nähe eines Bahnhofs liegen, egal wie groß die Orte sind und welche Potentiale sie haben. Kleine Orte in Bahnhofsnähe haben es dagegen bis zum Vorbehaltsgebiet Siedlung geschafft. Dem steht eigentlich das als Begründung herangezogene Zitat aus dem ROG völlig entgegen: „Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten." (Unterlage 1, Seite 18, Rdn. 32)	Die prinzipielle Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Dem zitierten Siedlungsprinzip entspricht auch das von der Regionalversammlung beschlossene Planungskonzept. Die räumliche Konzentration nach ROG bezieht sich auf die nach Stufe 1 des Planungskonzepts beschlossenen Ausstattungsmerkmale und den kurzen Wegen wird nach Stufe 2 entsprochen. Hinweis: Der Ansatz einer ausschließlichen Bahnanbindung war lediglich ein Ersatzkriterium für Ortsteile, die die Ausstattungskriterien nach Stufe 1 nicht erfüllen. Von dieser Ausnahme wird Abstand genommen.
BE-ID: 1548	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Als wenn die anschließend erwähnten Zielvorgaben des LEP HR (Unterlage 1, Seite 18, Rdn. 33) die kleinen Kommunen nicht schon genug einschränken, wird mit dem Grundsatz mehr Schaden als Nutzen erzeugt und kleine Kommunen werden noch mehr beschnitten. Dass „in den als GSP festgesetzten Ortsteilen ... durch den sachlichen Teilplan keine Flächen für die Umsetzung der zusätzlichen Wachstumsreserve nach Ziel 5. 7 LEP HR bestimmt werden" (Unterlage 1, Seite 19, Rdn. 35), ist zu begrüßen. Wenn jedoch, wie in Pritzerbe keine restriktionsfreien Flächen zur Verfügung stehen, hilft dies auch nicht weiter.	Der Sachverhalt ist nachvollziehbar, kann jedoch nicht durch die Regionale Planungsgemeinschaft geregelt werden. Begründung: Für die Einschränkungen durch fachliche Restriktionen, z.B durch Landschaftsschutzgebietsverordnungen oder die Festlegungen nach LEP HR, besitzt die Regionale Planungsgemeinschaft keine Zuständigkeit. Soweit ohne Verstöße gegen Landschafts- und Naturschutzrestriktionen möglich, stellt die Regionalplanung mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung immerhin unabhängig von Wachstumsfestsetzungen übergeordneter Landespläne Flächen heraus, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten besonders geeignet sind.
BE-ID: 1550	Vorbehaltsgebiete Siedlung werden definiert als „bebaute und unbebaute Gebiete außerhalb des durch den LEP HR festgelegten Gestaltungsraums Siedlung, die für eine Wohnsiedlungsflächenentwicklung besonders geeignet sind. Die besondere Eignung resultiert aus der Lagegunst in Bezug auf Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekte unter gleichzeitiger Beachtung der Festlegungen des LEP HR zu Innenentwicklung und Funktionsmischung (G 5.1) sowie zum Siedlungsanschluss (Z 5.2)." (Unterlage 1, Seite 19, Rdn. 37) Man beruft sich auf die Ermächtigung durch die Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019. In der Anlage zu der vorgenannten Richtlinie werden folgende Anwendungshinweise gegeben: „In den Vorbehaltsgebieten Siedlung sollen unter Berücksichtigung der kommunalen Planungen neue Wohnsiedlungsflächen in den Gemeinden konzentriert und entwickelt werden. Diese Gebiete sollen unter Berücksichtigung des Grundsatzes zur Innenentwicklung und Funktionsmischung (G 5. 1 LEP HR) für die Entwicklung neuer Wohnsiedlungsflächen prioritär genutzt werden. Auf die Regelungen von Z 5.5 LEP HR für die nachfolgende Planungsebene wird hingewiesen. Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sind in allen Gemeinden (auch mehrere in einer Gemeinde) möglich.	Die Wiedergabe ist korrekt. Um die von der Regionalversammlung bestätigte Ausrichtung der Vorbehaltsgebiete Siedlung beizubehalten, ohne die LEP HR Bestimmungen zur Siedlungsflächenetwicklung zu eigen zu machen, wird der zitierte Satz "Die besondere Eignung resultiert aus der Lagegunst in Bezug auf Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekte unter gleichzeitiger Beachtung der Festlegungen des LEP HR zu Innenentwicklung und Funktionsmischung (G 5.1) sowie zum Siedlungsanschluss (Z 5.2)." wie folgt abgewandelt: "Die besondere Eignung resultiert aus der Lagegunst in Bezug auf Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekte. Die Festlegungen des LEP HR zu Innenentwicklung und Funktionsmischung (G 5.1) sowie zum Siedlungsanschluss (Z 5.2 und Z 5.3) bleiben unberührt." Begründung: Die Gemeinsame Landesplanung hatte in ihrer Stellungnahme zum Regionalplanentwurf geltend gemacht, dass obige Zusammenhänge, u.a. wegen eines mit 100 Metern zu groß

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		bemessenen Abstandes zu bestehenden Siedlungsbereichen, nicht gegeben seien und eine entsprechende Abstandsreduzierung erfolgen solle. Durch eine textliche Ergänzung in Rdnr. 52 grenzt sich der Regionalplan hier jedoch davon ab: "Diese regionalplanerische Orientierung zielt auch auf kompakte Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung in den dafür qualitativ hochwertigen Gebieten, selbst wenn ihre Kompaktheit in Beachtung der Festlegungen zu Innenentwicklung und Funktionsmischung (G 5.1) sowie zum Siedlungsanschluss (Z 5.2 und Z 5.3) nach LEP HR nur in Stufen durch das Land befürwortet werden sollte."
BE-ID: 1553	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung (Unterlage 1, Seite 19, Rdn. 38) ,,Mit ihnen (den Vorbehaltsgebiete Siedlung) sollen in der Region Havelland-Fläming Flächen herausgestellt werden, die - unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten - für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind." Damit können nicht etwa die kleinen Klitschen gemeint sein, die auch als Vorbehaltsgebiete Siedlung ausgewiesen wurden?	Die Bedenken sind nicht nachvollziehbar und bewirken keine Planänderung. Begründung: Sofern die "kleinen Klitschen" dem von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzept entsprechen, sind diese als Vorbehaltsgebiet Siedlung festzulegen.
BE-ID: 1554	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Für die Bestimmung der Ortsteile lehnt sich die regionale Planungsstelle ganz schön weit aus dem Fenster: Was ein Ortsteil ist, das ist in jedem Einzelfall eine rechtlich sehr komplizierte Einzelfallfrage mit weitreichenden Folgen (Ortsteil -> § 34 BauGB -> Innenbereich -> Baurecht, kein Ortsteil -> § 35 BauGB -> Außenbereich -> kein Baurecht!) und kann nicht durch die Regionalplanung einfach mal so festgelegt werden. Laut Unterlage 1, Seite 20 Rdn. 41 sind bei der Bestimmung der Ortsteile tatsächlich „Ortsteile" im Sinne von § 34 Absatz 1 Satz 1 BauGB gemeint. Aufgrund der rechtlichen Abgrenzungsproblematik ist eine andere Begriffswahl empfehlen. Vielleicht analog der Abgrenzung des Innenbereichs (= § 34 BauGB) gegenüber der Innenentwicklung in der Landesplanung (= eigener Begriff, Beurteilung durch GL). Die Begrifflichkeit „Ortsteil" ist besonders unglücklich, weil man den Begriff dann noch erweitert: „Darüber hinaus werden alle Ortsteile mit einer bis zu 1 km von den zugehörigen Siedlungsflächen entfernt liegenden Bahnanbindung, unabhängig des Vorhandenseins lokaler Versorgungsansätze, in die Betrachtung einbezogen. Bei dieser Art der Verkehrsanbindung kann von einem schnellen Erreichen eines benachbarten Ortsteils ausgegangen werden, der mindestens die oben geforderten Ausstattungsmerkmale eines Ortsteils mit lokalen Versorgungsansätzen aufweist." (Unterlage 1, Seite 20, Rdn. 42). Ja, was denn nun, Ortsteil oder nicht Ortsteil? Diese Vorgehensweise führt dazu, dass eigentlich abgelegene Siedlungssplitter, u.U. Außenbereichslagen, mit möglicherweise schlechter Erschließung als Vorbehaltsgebiet Siedlung deklariert werden (z.B. Döberitz Siedlung, Buschow 1, Kleinbuckow, Wolzensiedlung Rathenow, Neudessau ...).	Der Anregung zur Klarstellung wird durch Bezug auf die regionalplanerische Anwendung des Begriffs Ortsteil am Anfang des Satzes unter Rdnr. 41 gefolgt: "Im Sinne des Regionalplans wird als Ortsteil nach baurechtlichem Ansatz orientiert auf einen Ortsteil gemäß ... ".
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 b) Planungskonzept		
BE-ID: 1551	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Kriterien: - vorhandene soziale Infrastruktureinrichtungen, - gutes Angebot an öffentlicher Verkehrserschließung, - Angebote der Nahversorgung, - nutzbare Flächenpotenziale im Siedlungsbestand oder - mit Siedlungsanschluss (Z 5.2 LEP HR), - konfliktarme Lage." Dass die Auswahl der Vorbehaltsgebiete Siedlung im Regionalplan 3.0 nun vor allem nach der Lage an einem Bahnhof erfolgt und die Nichtlage an einem Bahnhof ein k.o.-Kriterium darstellt, ergibt sich aus dem LEP HR jedenfalls nicht.	Der Einwand ist unzutreffend. Die in Randnummer 42 (Stand 5.10.2021) vorgenommene Berücksichtigung von Bahnhofsstandorten betraf zusätzlich nur Ortslagen, wenn die geforderte Erreichung der Ausstattungsmerkmale nicht gegeben war. Eine "Nichtlage an einem Bahnhof" stellte daher kein "k.o.-Kriterium" dar. Die in Randnummer 42 (Stand 5.10.2021) vorgenommene Einschätzung, dass alle Ortslagen, die bis zu einem Kilometer von Zugangsstellen zum Schienenpersonenverkehr gelegen sind, allgemein für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Betracht gezogen werden können, wird jedoch aufgegeben. Diese geänderte Bewertung führt zu dem Ergebnis, dass Änderungen an den zeichnerischen Festlegungen vorgenommen werden. Es wird ergänzend auf BE 3485 verwiesen.
BE-ID: 1552	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Die in den o.g. Anwendungshinweisen aufgelisteten Kriterien wurden (willkürlich?) in vier Arbeitsstufen unterteilt (Unterlage 1, Seite 19, Rdn. 39): - Stufe 1: Vorhandensein sozialer Infrastruktureinrichtungen und von Angeboten der Nahversorgung, - Stufe 2: gutes Angebot einer öffentlicher Verkehrserschließung, - Stufe 3: nutzbare Flächenpotenziale im Siedlungsbestand oder mit Siedlungsanschluss, - Stufe 4: konfliktarme Lage. In einem fünften Arbeitsschritt (Stufe 5) finden die kommunalen Entwicklungsabsichten und die Steuerungsfähigkeit über die Bauleitplanung Berücksichtigung" - Erst im letzten Schritt werden die Kommunen gefragt?!	Der vorgebrachte Sachverhalt ist unzutreffend. Nach ausgiebiger Behandlung des Planungskonzeptes und seiner Stufen in den Gremien der Regionalen Planungsgemeinschaft einschließlich Beschlussfassungen, kann von Willkür keine Rede sein. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Daher geht damit auch keine Einschränkung kommunaler Planungshoheit einher.
BE-ID: 1555	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Den Auswahlschwerpunkt auf die Bahnanbindung zu legen, ist der falsche Ansatz. Auf dem Land fährt man in der Regel nicht mit der Bahn zur Schule, zur Kita, zum Wochenendeinkauf und zum Arzt. Um von A nach B zu kommen, wird hauptsächlich das Auto genutzt und daran wird sich auf absehbare Zeit wahrscheinlich nichts ändern, weil ja auch kaum Busse fahren.	Der Sachverhalt ist nachvollziehbar, führt jedoch zu keiner Planänderung. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sowie konfliktarm gelegen sind. Der individuelle Personennahverkehr hat in den letzten Jahrzehnten dagegen wesentlich zur Zersiedlung beigetragen und findet nach dem Willen der von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzept keine Berücksichtigung.
BE-ID: 1561	Für die Auswahl der Vorbehaltsgebiete Siedlung wurden Kriterien gebildet (Unterlage 1, S. 19, Rdn. 39 und Unterlage 10). Die meisten der Kriterien liegen nicht in der Einflusssphäre der Kommune (wie z. B. Schule, Einzelhandel oder Arztpraxis und Bahn (Stufe1), Bus (Stufe 2)). Außerdem werden die Kriterien statisch betrachtet, diese sind jedoch hochdynamisch. Wenn z. B. ein neues Wohngebiet entsteht, wird auch eine Kita gebaut werden müssen. Einzelhandel, Gastronomie und Arztpraxen verschwinden derzeit reihenweise. Den ohnehin mangelhaften öffentlichen Nahverkehr als entscheidendes Kriterium für Vorbehaltsgebiete Siedlung zu erheben, ist nicht sachgerecht. Vielmehr muss der öffentliche Nahverkehr den wachsenden Bedürfnissen vor Ort angepasst werden.	Der Sachverhalt ist nachvollziehbar, führt jedoch zu keiner Planänderung. Begründung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Grundlage hierfür bilden Ausstattungsbündel und -bestände, die für nachhaltige Versorgung und Auslastung nach dem Siedlungsprinzip der "kurzen Wege" sorgen. Dieser raumordnerische Planungsansatz ist im § 2 Absatz 2 Nummer 2 Satz 4 ROG „Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten.“ begründet und wird mit Beschlüssen von der Regionalversammlung zu eigen gemacht.
BE-ID: 1562	In Stufe 3 wurden Flächen des Siedlungszusammenhangs ermittelt. Es wird bezweifelt, dass dies auf der Ebene und im Darstellungsmaßstab des Regionalplans in abschließender Konsequenz möglich und leistbar ist. Dies kann hier nur grob erfolgen und muss daher auch Toleranzen aufweisen, die der Ebene der kommunalen Planung vorbehalten bleiben. Hierzu sind Klarstellungen erforderlich. Hierzu wird auf Aussagen an anderer Stelle im Regionalplan 3.0 verwiesen, wo man wegen des Maßstabes auf kleinere Darstellungen	Der nachvollziehbaren Anregung ist bereits gefolgt. Leider wurden bisher auf die seit Herbst 2020 übermittelten Informationen, Gebietsvorschläge und schriftlichen Nachfragen zur Abstimmung der Vorbehaltsgebiete Siedlung für den ersten Planentwurf seitens des Amtes keine, das PLIS und die Webseiten der Kommunen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	verzichtet (z.B. bei der Größe von Windeignungsgebieten in Unterlage 1, Seite 61, Rdn. 255). Die Informationen zu den Bebauungsplänen in Aufstellung können nicht vollständig sein. Die dazu genutzten Quellen (PLIS, Webseiten der Kommunen) können dazu keine vollständigen Auskünfte geben. Das Planungsgeschehen ist zudem sehr dynamisch.	ergänzenden Sachverhalte an die Planungsstelle übermittelt. Die nun im Rahmen des Beteiligungsverfahrens aufgeführten Sachverhalte zur räumlichen Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung sind konret in den BE-IDs 1556, 1557, 1559 und 1560, behandelt. Unter Stufe gg) des Planungskonzeptes werden entsprechende "Abschließende Anpassungen in der Flächendarstellung", die sich aus der Maßstäblichkeit des Regionalplans ergeben, dargestellt (u.a. Bezüge zum Siedlungszusammenhang, zu Baublöcken, zur Anpassung an die gemeindliche Bestands- und Planungssituation, zu Mindestgröße). Darüberhinaus stellt Abschnitt d) in Randnummer 75 heraus: "Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.". Damit kann der kommunalen Planungsdynamik in Berücksichtigung des Charakters dieses Grundsatzes der Raumordnung nach ROG entsprochen werden.
BE-ID: 1563	In Stufe 4 werden konfliktarme Lagen ermittelt. Dafür gilt das oben gesagte. Dies kann hier ebenfalls nur grob erfolgen und muss daher auch Toleranzen aufweisen, die der Ebene der kommunalen Planung vorbehalten bleiben. Hierzu sind Klarstellungen erforderlich.	Der nachvollziehbaren Anregung wird bereits gefolgt. Unter Stufe gg) des Planungskonzeptes werden entsprechende "Abschließende Anpassungen in der Flächendarstellung", die sich aus der Maßstäblichkeit des Regionalplans ergeben, dargestellt (u.a. Bezüge zum Siedlungszusammenhang, zu Baublöcken, zur Anpassung an die gemeindliche Bestands- und Planungssituation, zu Mindestgröße). Darüberhinaus stellt Abschnitt d) in Randnur. 75 heraus: "Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.". Damit kann der kommunalen Planungsdynamik in Berücksichtigung des Charakters dieses Grundsatzes der Raumordnung nach ROG entsprochen werden und im Rahmen von Bauleitplanverfahren Konsens mit den entsprechenden Fachbehörden (u.a. LFB, LfU) ersucht werden.
BE-ID: 1564	Trotz des erheblichen Aufwandes an technischer Ermittlung (Erreichbarkeitsanalysen, -Isochronen, Internetrecherchen usw.) wird doch nur ein fragiler Status quo festgehalten, der sich jederzeit ändert und schon bei Inkrafttreten des Regionalplans 3.0 überholt sein kann. Der rein mechanisch-technischen Anwendung von Kriterien ist zu widersprechen. Eine Abwägung ist nicht erkennbar. Das Bestreben nach für alle Kommunen gleich geltenden Kriterien führt zu dem Dilemma, dass man den einzelnen Kommunen nicht gerecht wird. Hier wären eine einzelfallbezogene Betrachtung und Abwägung erforderlich.	Die Anregung ist nachvollziehbar, bewirkt aber kein Änderung in dem, von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzept. Begründung: Der Status quo erscheint nicht fragil. Die Erreichbarkeiten werden im Zusammenspiel betrachtet und verbleiben, insbesondere bzgl. Fußweg und Fahrrad. stabil. Erreichbarkeiten in Nutzung des ÖPNV ändern sich lediglich geringfügig, i.d.R bei geänderten Buslinien. Im Falle umfangreicherer Veränderungen im Erfüllungsgrad bei den Versorgungs- und Erreichbarkeitsmerkmalen, ist der Regionalplan

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		gemäß §2 (2) RegBkPlG fortzuschreiben. Die Regionale Planungsstelle führt dazu ein regelmäßiges Monitoring durch. Darüberhinaus stellt Abschnitt d) in Randnummer. 75 heraus: "Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.". Damit können die kommunale Planungsdynamik und auch Änderungen in Erreichbarkeiten in Berücksichtigung des Charakters dieses Grundsatzes der Raumordnung nach ROG Eingang finden.
BE-ID: 1617	Es wird um eine deutliche Klarstellung der den Kommunen verbleibenden Spielräume bei Planungen im Grenzbereich des Freiraumverbundes gebeten. Wir bitten im Zusammenhang mit dem Vorgenannten um eine Definition dafür, was im Regionalplanentwurf unter „raumbedeutsame und funktionsbeeinträchtigende Inanspruchnahmen der Vorranggebiete Freiraum" (Seite 20) genau zu verstehen ist, die nämlich in den Vorranggebieten Freiraum regelmäßig ausgeschlossen sind. Handelt es sich z. B. bei einer kleinteiligen Wohnbebauung, die über eine Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB realisiert werden kann, um eine raumbedeutsame und funktionsbeeinträchtigende Inanspruchnahme des Vorranggebietes Freiraum? - [Anmerkung Exzerpierer: Das angeführte Zitat auf Seite 20 existiert im Regionalplanentwurf nicht - gemeint ist wohl auf Seite 22, Rdnr. 52: "... und somit möglichst wenig Freiraum beansprucht werden"].	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, führt aber zu keiner Textänderung. Begründung: Für eine Siedlungsflächenentwicklung möglichst wenig Freiraum zu beanspruchen entspricht dem § 2 Absatz (2) Punkt 2. Sätzen 4 bis 6 ROG: "Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten. Der Freiraum ist durch übergreifende Freiraum-, Siedlungs- und weitere Fachplanungen zu schützen; es ist ein großräumig übergreifendes, ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem zu schaffen. Die weitere Zerschneidung der freien Landschaft und von Waldflächen ist dabei so weit wie möglich zu vermeiden; die Flächeninanspruchnahme im Freiraum ist zu begrenzen." Diesen Grundsätzen der Raumordnung nach ROG in der kommunalen Bauleitplanung fallspezifisch zu entsprechen und im Rahmen von Bauleitplanverfahren Konsens mit den entsprechenden Fachbehörden (u.a. LFB, LfU) zu ersuchen, bedarf es keiner zusätzlichen Klarstellung im Regionalplan. Hinweis: Plangeber des nach LEP HR als Ziel 6.2 festgesetzten Freiraumverbundes sind die Länder Berlin und Brandenburg. Der Regionalplan Havelland-Fläming trifft hierzu keine eigenständigen Festlegungen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 d) Anwendung der Festlegungen		
BE-ID: 1565	Man könnte meinen, kein Problem, der Vorbehaltsstatus ist ja nur ein Grundsatz, kein Ziel. Grundsätze müssen nicht zwingend berücksichtigt werden, denn „Grundsätze des Regionalplans sind Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die bei nachfolgenden Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen sind." (Unterlage 1, Seite 9, Rdn. 15) So einfach ist es jedoch nicht. Der G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung lautet: ,,In den Vorbehaltsgebieten Siedlung kommt der Entwicklung von Wohnbauflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht zu." Was bedeutet das im Einzelnen? ... In den Vorbehaltsgebieten Siedlung ... Heißt das, der Grundsatz gilt nur innerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung und außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung nicht? Also, dass der Grundsatz nur nach innen wirkt? Wenn es so wäre, wirkt sich ein	Die Nachfrage zur Bedeutung eines Grundsatzes der Raumordnung hat der Anreger eingangs mit Bezug auf den Text des Regionalplanentwurfes bereits selbst beantwortet. Für ein ausführlicheres Verständnis wird hier nachstehend aus der Veröffentlichung der Akademie für Raumordnung und Landesplanung (ARL), Handwörterbuch der Stadt? und Raumentwicklung, Hannover 2018 (ISBN 978?3?88838?559?9 (PDF?Version, CC?Lizenz: BY?ND 3.0 Deutschland)) zitiert: "4.2 Planerische Grundsätze

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Vorbehaltsgebiet Siedlung für einen kleinen Ortsteil überhaupt aus? Was bedeutet ein Vorbehaltsgebiet Siedlung für kleine Ortsteile? Müssen auch andere Planungsträger, die angrenzend zu einem Vorbehaltsgebiet Siedlung raumbedeutsame Planungen anstrengen, Vorbehaltsgebiete Siedlung berücksichtigen?	Der § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG eröffnet daneben den Weg, auch Festlegungen in Raumordnungsplänen zu den Grundsätzen der Raumordnung zu rechnen. Dabei kann es sich auch um räumlich oder sachlich bestimmte oder bestimmbare Festlegungen handeln, die nur nicht die Verbindlichkeit von Zielen der Raumordnung haben. So sind nach § 8 Abs. 7 S. 1 Nr. 2 ROG Vorbehaltsgebiete Gebietsbezeichnungen, in denen bestimmten, raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beigemessen werden soll. Die Festlegung ist damit zwar konkret, aber nicht inhaltlich (strikt) bindend. Der Vorbehalt ist in der Abwägung nur unter erhöhtem Rechtfertigungsdruck überwindbar." Ergänzender Hinweis: Die Vorbehaltsgebiete wirken sowohl nach innen wie auch nach außen.
BE-ID: 1568	Was bedeutet dieser Grundsatz 1.1 im Einzelnen? "...in der Entwicklung von Wohnbauflächen ... " Im Amt Beetzsee durch LEP HR streng limitiert, nur im Rahmen der Eigenentwicklung und der zusätzlichen Eigenentwicklungsoption möglich, d.h.: - Stadt Havelsee: 0,9 ha, - Gemeinde Beetzsee: 2,7 ha, davon 0,4 ha verplant, - Gemeinde Beetzseeheide: 0,7 ha, - Gemeinde Päwesin: 0,5 ha, davon 0,5 ha durch alten B-Plan blockiert, - Gemeinde Roskow: 1,2 ha, davon 1 ,2 ha verplant. Der Ortsteil Pritzerbe der Stadt Havelsee ist als Grundfunktionaler Schwerpunkt festgelegt und darf zusätzlich 2,4 ha Wohnsiedlungsflächen entwickeln. Wie leicht zu erkennen ist, dürfen die Kommunen des Amtes Beetzsee kaum Wohnbauflächen entwickeln. Hinzu kommen die erheblichen Einschränkungen der Entwicklungsmöglichkeiten durch die Umzingelung der Orte mit Landschaftsschutzgebieten und Vogelschutzgebieten. Landschaftsschutzgebietsverordnungen werden zudem kompromisslos angewendet. Weitere Einschränkungen durch die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Siedlung sind vor diesem Hintergrund nicht hinnehmbar.	Der Sachverhalt ist nachvollziehbar, ihm kann wegen fehlender Zuständigkeit jedoch nicht gefolgt werden. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung werden unabhängig von Wachstumsfestsetzungen übergeordneter Landespläne Flächen herausgestellt, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten besonders geeignet sind und so den Kommunen nachhaltige Entwicklungsoptionen aufgezeigt. Plangeber des LEP HR mit den von der Gemeinde aufgeführten Möglichkeiten für die Siedlungsentwicklung (Ziel 5.5 und 5.7 LEP HR) dagegen sind die Länder Berlin und Brandenburg.
BE-ID: 1569	Was bedeutet dieser Grundsatz 1.1 im Einzelnen? ... bei der Abwägung ein besonderes Gewicht ... In Innenbereichen nach § 34 BauGB und in Bebauungsplangebieten nach § 30 BauGB besteht Baurecht. Ein Eingriff in bestehende Baurechte löst Entschädigungsansprüche aus. Eines Vorbehaltsgebietes Siedlung bedarf es hier nicht, um Ortsteile vor raumbedeutsamen Planungen zu schützen. Zumal dieser Schutz extrem schwach wäre. Aber ist es überhaupt erforderlich, Ortsteile in Ihrem Inneren vor raumbedeutsamen Planungen zu schützen? Anders liegt der Fall bei Flächen, die im Außenbereich nach § 35 BauGB liegen. Hier könnte der Status eines Vorbehaltsgebietes Siedlung ein wenig helfen. Es käme darauf an, wie schwer „… das besondere Gewicht bei der Abwägung ... " tatsächlich wiegt und wer diese Abwägung vorzunehmen hat. Hierzu bedarf es weiterer Erläuterungen. Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sollten zur Vermeidung späterer Konflikte in die Betrachtung des Mindestabstandes von Windkraftanlagen zu Siedlungsflächen einbezogen werden.	Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht eingeschränkt, sondern lediglich ein höheres Abwägungsgebot bewirkt. Dem Hinweis auf immissionsschutzrechtliche Abstandsvorsorge zu Windenergieanlegen ist bereits gefolgt. In der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung werden diese berücksichtigt.
BE-ID: 1570	Was bedeutet dieser Grundsatz 1.1 im Einzelnen? ... bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ... Was sind konkurrierende raumbedeutsame Nutzungen, die mit der Entwicklung von Wohnbauflächen konkurrieren? Sind nur vorhandene Nutzungen gemeint? Oder sind darunter auch Planungen zu verstehen? Raumbedeutsam ist eine Nutzung/Planung dann, wenn sie Raum in Anspruch nimmt oder die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebietes beeinflusst. Wichtige raumbedeutsam e Nutzungen/Planungen beziehen sich auf die Bereiche Verkehr, Energie, Abfall- und Wasserwirtschaft. Diese	Vor dem Hintergrund des Qualitätsmerkmals der Vorbehaltsgebiete Siedlung mit Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung hochwertig sind, sollten Plangeber sich auch veranlasst sehen, konkurrierende Siedlungsnutzungen außerhalb der Vorbehaltsgebiete, z.B. auf Infrastrukturfolgekosten für die Allgemeinheit, zu bewerten. Wie in

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	können mit der Entwicklung von Wohnbauflächen konkurrieren. Folglich sind das Windparks, Umspannwerke, Überlandleitungen, Mobilfunkmasten - alles andere spielt erfahrungsgemäß weniger eine Rolle. Das sind vor allem Planungen, auf die die Gemeinde wegen der Privilegierung im Außenbereich nach § 35 BauGB kaum Einfluss ausüben kann. Welche Rolle spielen Freiflächensolaranlagen? Diese sind bisher nicht nach § 35 BauGB privilegiert, bedürfen der Aufstellung eines Bebauungsplans durch die Gemeinde. Wie muss man sich das konkret vorstellen? Wenn die Kommune in den Vorbehaltsgebieten Siedlung neue Wohnsiedlungsflächen entwickeln möchte, kann sie dann an konkurrierende raumbedeutsame Nutzungen heranrücken? Oder kann sie konkurrierende raumbedeutsame Nutzungen verhindern? Kann es überhaupt raumbedeutsame konkurrierende Nutzungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung geben?	Rdnr. 74 und 75 dargelegt, sind die Vorbehaltsgebiete Siedlung bei der kommunalen Bauleitplanung im Rahmen der Abwägung als raumordnerische Empfehlung der Regionalplanung zur Konkretisierung des Vorrangs der Innenentwicklung sowie zum Anschluss neuer Siedlungsflächen zu berücksichtigen, ohne jedoch die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, auszuschließen. Zusätzlich wird auf die Antwort unter BE ID 1565 verwiesen.
BE-ID: 1582	Und die Vorbehaltsgebiete Siedlung sollen nur in der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt werden? Also nur von den Kommunen, von niemand anderem? Das würde ja bedeuten, die Kommunen mit den Vorbehaltsgebieten Siedlung vor sich selbst schützen zu wollen! Aber der Grundsatz ist doch ganz anders formuliert, nämlich so: „In den Vorbehaltsgebieten Siedlung kommt der Entwicklung von Wohnbauflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht zu." (Unterlage 1, Seite 11) Nach dem Wortlaut der Regelung ist diese nicht nur auf Kommunen beschränkt. Vor allem andere Planungsträger müssen danach die Vorbehaltsgebiete Siedlung in der Abwägung mit einem besonderen Gewicht berücksichtigen. Hierzu sollte eine Klarstellung erfolgen. Schlimmstenfalls hätte auch die planende Kommune mit ihrem Vorbehaltsgebiet Siedlung selbst ein Problem: Wenn sie neue Gewerbe- und Industriegebiete oder Einzelhandelsflächen planen will, steht ihr möglicherweise das Vorbehaltsgebiet Siedlung im Weg. Denn der Grundsatz G1.1 erfordert eine Überwindung des besonderen Gewichtes der Entwicklung von Wohnbauflächen in der Abwägung. Oder wenn woanders als im Vorbehaltsgebiet Siedlung neue Wohnbauflächen geplant werden sollen, muss sich die Kommune dafür gegenüber der Regionalplanung rechtfertigen.	Die Anregung ist nachvollziehbar, ihr wird mit der Ergänzung "Fachplanungen" im Abschnitt Anwendung der Festlegung gefolgt. Rdnr. 74 lautet danach: "Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sind von Fachplanungen sowie bei der kommunalen Bauleitplanung im Rahmen der Abwägung als raumordnerische Empfehlung der Regionalplanung zu berücksichtigen."
BE-ID: 1583	Im Amt Beetzsee wurden in 3 von 5 Kommunen keine Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt. Was gilt für diese 3 Kommunen? Diese müssten sich nicht rechtfertigen, warum sie außerhalb von Vorbehaltsgebiete Siedlung planen? Wenn der Grundsatz Vorbehaltsgebiet Siedlung sich nicht nach außen wendet, also an andere Planungsträger, sondern nur an die Kommunen, dann ist er nicht erforderlich und sollte entfallen.	Die Anregung ist in Teilen nachvollziehbar, ihr wird mit der Ergänzung "Fachplanungen" im Abschnitt Anwendung der Festlegung gefolgt. Rdnr. 74 lautet danach: "Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sind von Fachplanungen sowie bei der kommunalen Bauleitplanung im Rahmen der Abwägung als raumordnerische Empfehlung der Regionalplanung zu berücksichtigen." Die Vorbehaltsgebiete wirken auch nach außen: Wie in Rdnr. 74 und 75 dargelegt, sind die Vorbehaltsgebiete Siedlung im Rahmen der Abwägung als raumordnerische Empfehlung der Regionalplanung zu berücksichtigen, ohne jedoch die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, auszuschließen. Zusätzlich wird auf die Antwort unter BE ID 1570 verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 1584	Die Berücksichtigung der harten und weichen Tabuzonen für die Ausweisung von Eignungsgebieten für Windenergienutzung ist bezogen auf das Amt Beetzsee konsequent und nachvollziehbar mit dem Ergebnis erfolgt, dass kein Eignungsgebiet auszuweisen ist. Unklar ist die „ortsbezogene Abwägung von Belangen, die auf den nach Abzug der Tabuzonen verbleibenden Flächen für bzw. gegen die Errichtung von	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Windenergieanlagen sprechen" im 3. Arbeitsschritt. In den Unterlagen (Unterlage 1, Seiten 61-63 und Unterlage 11, Seite 48-69) finden sich zwar Auflistungen und Erläuterungen zu den entsprechenden Belangen, jedoch keine Abwägungsentscheidungen. Der 3. Arbeitsschritt schein noch nicht vollzogen worden zu sein. In der Erläuterungskarte 3 sind jedoch die Flächen der Tierökologischen Abstandskriterien einschließlich der Großtrappenkorridore dargestellt, dagegen aber andere Belange nicht, wie z.B. SPA-Gebiete. Welche Rolle spielen die aufgelisteten Belange bei der Festlegung der Windeignungsgebiete? Welches Gewicht hat es in der Abwägung, wenn sich mehrere Belange überlagern?	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1596	Immissionsschutzabstände Die vor einiger Zeit im Gespräch befindliche und in Bayern bestehende 10-H-Regel würde auch im Amt Beetzsee begrüßt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 c) aa) W 01		
BE-ID: 1591	Immissionsschutzabstände: Es ist grundsätzlich fraglich, ob eine rechtssichere Einstufung von bebauten Flächen in den Innenbereich nach § 34 BauGB bzw. den Außenbereich nach § 35 BauGB bei einer so groben Planung wie dem Regionalplan überhaupt leistbar ist. Bekanntlich ist das Thema ja schon bei einzelnen Grundstücken bauplanungsrechtlich sehr streitanfällig. Es sollte vielleicht eine Klarstellung erfolgen, dass das vereinfachte Vorgehen, ab 5 Wohngebäuden eine Kleinsiedlung im Außenbereich anzunehmen, keine bauplanungsrechtliche Einstufung darstellt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1592	Immissionsschutzabstände: Auch die Einstufung als Allgemeines Wohngebiet / Kleinsiedlungsgebiet nach §§ 2 bzw. 4 BauNVO oder als Kern-, Dorf- bzw. Mischgebiet nach §§ 5 bis 7 BauNVO bereitet auf örtlicher Ebene oft erhebliche Schwierigkeiten. Wie hier vorgegangen wurde, ist den Unterlagen auch nicht zu entnehmen. Dazu sind Erläuterungen erforderlich. Ein Blick in die Unterlage 16, Seite 8, Zeile H 03 und Seite 10, Zeile W 01 legt nahe, dass ATKIS-Daten der LGB mit Stand vom 01.11.2019 genutzt wurden. Diese sind jedoch ungenau, veraltet und zudem baurechtlich nicht verbindlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1593	Immissionsschutzabstände: Zu begrüßen ist die Gleichbehandlung aller dem Wohnen dienenden Gebiete bei den weichen Tabukriterien, auch wenn sie nur teilweise dem Wohnen dienen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1594	Immissionsschutzabstände: Warum man von der Einbeziehung von Reinen Wohngebieten bei den Tabukriterien absieht, ist nicht nachvollziehbar. Zumindest den Bebauungsplänen sind Reine Wohngebiete problemlos zu entnehmen. Reine Wohngebiete genießen einen sehr hohen Schutzanspruch, so dass Windeignungsgebiete einen viel höheren Abstand gegenüber Allgemeinen Wohngebieten einhalten müssten (Harte Tabuzonen: 1.000 m statt 610 m, weiche Tabuzonen: 1.800 statt 1.100 m). Im Amt Beetzsee sind das folgende Bebauungspläne: - Brielow: B-Plan Nr. 1 Wohnpark am Seehof, - Radewege: VEP Radewege Nord, - Roskow: B-Plan Nr. 2 Unter den Linden, - Hohenferchesar: B-Plan Nr. 1 Freiheitsweg.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1595	Immissionsschutzabstände: Erholungsgebiete wurden nicht betrachtet. Immissionsschutzrechtlich genießen Wochenendhaus- und Ferienhausgebiete den gleichen Schutzstatus wie Reine Wohngebiete. Campingplätze und Kleingartenanlagen genießen den gleichen Schutzstatus wie Allgemeine Wohngebiete. Im Amt Beetzsee liegen etliche Erholungsgebiete, die zu berücksichtigen wären, wie u.a.: - Kützkow: Wochenendhausgebiet Havelweg, - Tieckow: An der Havel, - Pritzerbe: Kleingartenanlage Seelensdorfer Damm, - Briest: Wochenendhausgebiet Am Gemeindewald, - Briest: Wochenendhausgebiet Mühlenweg (nördlich und südlich des Wohngebietes Am Mühlenberg), - Ketzür: Wochenendhausgebiet Altes Dorf, - Gartz: Campingplatz Flachsberg, - Gartz: Wochenendhausgebiet Alte Ziegelei, - Bagow: Wochenendhausgebiet Bruchsee, - Mötzow: Perspektivwerkstatt und Wochenendhausgebiet, Ausbau am See, - Mötzow: Wochenendhausgebiet Bungalows am Sauberg,	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 c) bb) W 02		
BE-ID: 1597	Dass Landschaftsschutzgebiete aufgrund von Gerichtsurteilen nur zu den weichen Tabuzonen gezählt werden dürfen, ist nicht ohne weiteres hinnehmbar. Die das Amt Beetzsee betreffenden Landschaftsschutzgebietsverordnungen „Brandenburger Wald- und Seengebiet" und „Westhavelland" enthalten u.a. ein Genehmigungsvorbehalt der unteren Naturschutzbehörde für die Errichtung oder wesentliche Veränderung von zulassungs- oder anzeigepflichtigen baulichen Anlagen sowie für die Versiegelung von Böden. Bauleitpläne, die eine bauliche oder sonstige dem Schutzzweck widersprechende Nutzung darstellen oder festsetzen, bedürfen einer Zustimmung des für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Ministeriums. Windenergieanlagen widersprechen den Schutzgebietsverordnungen. Ihre Errichtung in Landschaftsschutzgebieten wurde deshalb seitens der Naturschutzbehörden bisher regelmäßig abgelehnt. Daher ist die Errichtung von Windenergieanlagen zwar aus rechtlichen Gründen theoretisch möglich, aber aus tatsächlichen Gründen auf unabsehbare Zeit ausgeschlossen. Nach dem erwähnten BVerwG-Urteil (Unterlage 1, Seite 44, Rdn. 167) könnte sogar von einer harten Tabuzone ausgegangen werden. Nach dem außerdem benannten OVG-Urteil (Unterlage 1, Seite 44, Rdn. 168) ist die Errichtung von Windenergieanlagen nicht ausgeschlossen, wenn die Voraussetzungen für eine Abweichung von einem Bauverbot objektiv erfüllt sind und einer Überwindung der Verbotsregelung auch sonst nichts entgegensteht. Das ist hier nicht der Fall und ändert nichts daran, dass Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten unzulässig sind. Die Abwägung muss deutlicher aufzeigen, dass Landschaftsschutzgebiete für Windenergieanlagen tabu sind!	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1598	Landschaftsschutzgebiete: Nördlich von Butzow, Ketzür und Gartz ist das Landschaftsschutzgebiet das einzige Windenergieanlagen ausschließende Kriterium; neben den Tierökologischen Abstandskriterien (siehe oben). Beides befindet sich derzeit in der politischen Diskussion. Das Amt Beetzsee wendet sich gegen eine Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für Windenergieanlagen und gegen eine Abschwächung der Tierökologischen Abstandskriterien, um mehr Windkraftanlagen zuzulassen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 c) ee) W 05		
BE-ID: 1604	Mindestgröße von Windeignungsgebieten von 25 ha: Die Vorgabe einer Mindestgröße als weiches Tabukriterium wird durchaus begrüßt. Aber die gewählte Mindestgröße mit dem groben Darstellungsmaßstab im Regionalplan zu begründen, erscheint doch äußerst fraglich. Der Schwerpunkt der Argumentation muss auf die gewollte Konzentration von Windkraftanlagen in größeren Windparks gelegt werden. Dies macht auch Sinn, weil Leitungen und Umspannwerke gebaut werden müssen. Einzelne, verstreute Windkraftanlagen würden das Land noch mehr verspargeln und der Aufwand für die Energieverteilung wäre höher. Die Argumentation, warum gerade 25 ha gewählt wurden muss auch noch deutlich gemacht werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 d) Ortsbezogene Abwägung		
BE-ID: 1585	Aus den Unterlagen geht nicht hervor, wie mit den Tierökologischen Abstandskriterien umgegangen wurde. Wurden diese angewendet und dadurch Windeignungsgebiete ausgeschlossen? Welche Tierökologischen Abstandskriterien kommen im Amt Beetzsee zum Tragen? Wo überlagern sich im Amt Beetzsee Tierökologische Abstandskriterien? Sind südlich von Tieckow und südlich von Kützkow Großtrappenkorridore das einzige Kriterium, welches Windeignungsgebiete hier komplett ausschließt? Oder gibt es noch andere Tierökologische Abstandskriterien, die südlich von Tieckow und südlich von Kützkow eine Rolle spielen?	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1586	SPA-Gebiete (Europäische Vogelschutzgebiete): SPA-Gebiete sind für die Freihaltung der Flächen im Amt Beetzsee von Windenergieanlagen relevant, nämlich nördlich von Radewege, Butzow, Ketzür und Gartz sowie östlich von Briest und von Mötzow und außerdem nördlich von Weseram und Roskow (alle im SPA-Gebiet „Mittlere Havelniederung"). SPA-Gebiete sind leider nicht vollständig durch den Freiraumverbund erfasst. SPA-Gebiete wurden auch nicht als hartes oder weiches Tabukriterium eingestuft. Das ist in Bezug auf Windenergieanlagen unverständlich, da Windenergieanlagen in SPA-Gebieten regelmäßig unzulässig sind. SPA-Gebiete wurden den orts- und einzelfallbezogenen Abwägungskriterien des 3. Arbeitsschrittes zugeordnet. Wie wurde damit in Bezug auf die Festlegung der Windeignungsgebiete umgegangen? Das geht aus den Unterlagen nicht hervor. Bis auf Flächen nordwestlich von Briest sowie südlich von Roskow und Weseram liegen die SPA-Gebiete im Amt Beetzsee gleichzeitig auch im Landschaftsschutzgebiet. Dadurch sollten hier Windeignungsgebiete ausgeschlossen sein. Teile des o.g. SPA-Gebietes „Mittlere Havelniederung" liegen außerdem im Freiraumverbund (Flächen an der Havel	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	südlich von Roskow und Weseram), der als harte Tabuzone Windenergieanlagen ausschließt.	
BE-ID: 1587	FFH-Gebiete (Europäische Schutzgebiete): Auch FFH-Gebiete sind nicht vollständig durch den Freiraumverbund erfasst. Bis auf das FFH-Gebiet „Weißes Fenn und Dünenheide" zwischen Marzahne und Seelensdorf sowie Teile des FFH-Gebietes „Mittlere Havel Ergänzung" südlich von Briest liegen FFH-Gebiete im Amt Beetzsee innerhalb der Flächen von SPA-Gebieten. Die Flächen des FFH-Gebiet „Weißes Fenn und Dünenheide" zwischen Marzahne und Seelensdorf liegen außerdem im Landschaftsschutzgebiet und im Wald mit besonderen Waldfunktionen. Dadurch dürften hier Windeignungsgebiete ausgeschlossen sein. Die Flächen des FFH-Gebietes „Mittlere Havel Ergänzung" südlich von Briest liegen gleichzeitig im Freiraumverbund, der als harte Tabuzone Windenergieanlagen ausschließt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1588	Gebiete von Naturparken: Der überwiegende nördliche Bereich des Amtes Beetzsee liegt im Naturpark Westhavelland. Südliche Teile der Stadt Havelsee und der Gemeinde Roskow liegen nicht im Naturpark Westhavelland. Inwieweit spielt die Lage der vorgenannten Flächen im Naturpark Westhavelland bei der Abwägung über die Festlegung von Windeignungsgebieten eine Rolle? Nach hiesiger Ansicht ist die Freihaltung des Naturparks Westhavelland von Windenergieanlagen zu begrüßen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1589	Der 5-km-Mindestabstand zwischen zwei Eignungsgebieten stellt aus Sicht des Amtes Beetzsee die absolute Untergrenze dessen dar, was akzeptiert werden könnte. Schon vor über 10 Jahren wurde in der Regional- und Flächennutzungsplanung ein Abstand von Windparks zueinander von 5 km als Untergrenze angewendet. Damals waren die Anlagen viel niedriger und die Fernwirkung daher geringer. Windenergieanlagen sind über die Jahre immer höher geworden, so dass die Abstände von Windparks zueinander größer sein müssten als 5 km.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1590	5-km-Mindestabstand: Die im Entwurf ausgewiesenen Ausnahmen (z.B. im Bereich Nauen und Ketzin) folgen in letzter Konsequenz nicht dem Planungskonzept und machen die Regelung zum Mindestabstand möglicherweise insgesamt angreifbar.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1599	Tierökologische Abstandskriterien: Nördlich von Butzow, Ketzür und Gartz ist das Landschaftsschutzgebiet das einzige Windenergieanlagen ausschließende Kriterium; neben den Tierökologischen Abstandskriterien (siehe oben). Beides befindet sich derzeit in der politischen Diskussion. Das Amt Beetzsee wendet sich gegen eine Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für Windenergieanlagen und gegen eine Abschwächung der	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Tierökologischen Abstandskriterien, um mehr Windkraftanlagen zuzulassen.	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1600	Wald mit besonderen Waldfunktionen: Das nördliche Gebiet des Amtes Beetzsee wird durch ein sich in West-Ost-Richtung erstreckendes, zusammenhängendes, störungsarmes und nahezu siedlungsfreies Waldgebiet berührt (Pritzerber Heide, Seelensdorfer Heide, Marzahner Heide, Ketzürer Heide, Garlitzer Heide, Barnewitzer Heide, Gortzer Heide, Bagower Heide, Linder Heide, Hinterbehnitzer Heide). Belastbare Untersuchungen zu den Auswirkungen von Windenergieanlagen im Wald liegen noch nicht vor, dies beansprucht schließlich einen sehr langen Zeitraum. Zu befürchten sind schädliche Einflüsse auf das Waldinnenklima. Die Austrocknung von Böden durch Kahlschlagflächen für Windenergieanlagen wird sich auf die Zusammensetzung von Flora und Fauna auswirken. Es sind nicht nur erhöhte Aufwendungen für Erschließung und Brandschutz erforderlich, sondern aufgrund der Anwesenheit und des Betriebes von Windenergieanlagen sind direkt und indirekt mehr Störungen der Tierwelt zu erwarten. Die Wälder sind durch den Klimawandel schon geschwächt oder geschädigt. Der Wald als grüne Lunge und Wasserspeicher darf nicht durch Windenergieanlagen in Anspruch genommen werden. Walderhalt ist Klimaschutz!	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1601	Man könnte annehmen, dass durch einen Ausschluss von Windenergieanlagen im Wald eine Ungleichbehandlung gegenüber der Landwirtschaft entstehen würde - dem muss jedoch widersprochen werden. Die für die Waldinanspruchnahmen erforderlichen Erstaufforstungen gehen zu Lasten der Landwirtschaftsflächen. Statt Windenergieanlagen entsteht auf Landwirtschaftsflächen dann Ersatzwald. Das ist doch widersinnig! Ein regelrechter Handel mit Erstaufforstungsflächen ist jetzt schon zu verzeichnen, einige Privatleute und Firmen haben sich bereits darauf spezialisiert. Grundstücke inmitten von bewirtschafteten Ackerschlägen werden von Agrarinvestoren für die Erstaufforstung angeboten. Zusammenhängender Wald entsteht dort nicht.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1602	Ebenso sind Zusammenkäufe von Waldflächen erkennbar, wo man sich fragen muss, ob da jemand langfristig und gezielt an einem Windpark im Wald arbeitet. Nur durch konsequente Raumplanung werden diese Vorgänge noch fach- und sachgerecht steuerbar sein.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 1610	Im Regionalplan 3.0 wurde der im LEP HR als Ziel 6.2 festgelegte und in der Karte im Maßstab 1:300.000 als Blockschraffur dargestellte Freiraumverbund auf eine Karte im Maßstab 1:100.000 übertragen. Die Blockschraffur wurde mit einer rein technischen Methode geschlossen und „nicht durch eigene Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaff' (Unterlage 1, Seite 108, Rdn. 406) beeinflusst. Damit sollte die durch den LEP HR gestellte Aufgabe an die Regionalplanung gelöst werden, eine Übertragung der	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Ebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung vorzunehmen. Dass die Regionalplanung dies nur rein technisch durchzuführen hat, davon ist jedoch nicht die Rede. Dies würde auch der durch das ROG vorgegebenen Planungshierachie widersprechen, denn laut § 13 Abs. 2 ROG sind die Regionalpläne aus dem Raumordnungsplan für das Landesgebiet zu entwickeln. „Entwickeln" beinhaltet das Treffen von Entscheidungen.	Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1611	Auch die Anwendungshinweise in der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 11.12.2019 geben kein rein technisches Vorgehen vor: „Die maßstabsbedingte Konkretisierung des Freiraumverbundes des LEP HR erfolgt im Randbereich. Eine Erweiterung um fachlich begründbare, regional bedeutsame Freiraumflächen in Verbundwirkung mit dem Vorranggebiet Freiraumverbund ist möglich. Für die von der Konkretisierung im Randbereich betroffenen Flächen und die regionalen Erweiterungsflächen ist eine Dokumentation und Begründung erforderlich, soweit die Änderungen im Maßstab 1:300.000 erkennbar sind. Kriterien: - Verwendung von Kriterien für regionale Erweiterungsflächen, die dem methodischen Ansatz der Multifunktionalität des Freiraumverbundes des LEP HR gemäß Z 6. 2 LEP HR entsprechen". Im Rahmen dieser Vorgabe kann die Regionalplanung durchaus auch eigene Entscheidungen treffen. Dies ist sogar geboten, denn selbst die Auswahl der technischen Methode stellt eine eigene Entscheidung der Regionalplanung dar.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1610 verwiesen.
BE-ID: 1612	Wie der Unterlage 15, Seite 11 zu entnehmen ist, ist die Festlegung des Freiraumverbundes durch die gemeinsame Landesplanung nicht nachvollziehbar, ohne dass es zu deutlichen Änderungen der Flächenkulisse kommen würde. Der Spielraum für eigene Entscheidungen (also doch !?) sei aber nur gering. Man hat sich auch wegen des höheren Aufwandes bei einer Rekonstruktion schließlich für die rein technische Glättungsmethode entschieden. Dabei wird darauf verwiesen, dass letztlich nicht nur die zeichnerische Abgrenzung das Ziel kennzeichnen würde, sondern auch die die Zielfestsetzung begründenden Umstände. Damit entzieht sich die Regionalplanung ihrer Pflicht zur Planung und reicht Aufgabe an die nachgeordneten Planungen weiter. Dem ist zu widersprechen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1610 verwiesen.
BE-ID: 1613	Nach § 2 RegBkPIG vertieft und konkretisiert die Regionalplanung in Regionalplänen die Grundsätze und Ziele der Raumordnung. Die Regionalpläne sollen einen eigenen Gestaltungsraum erfüllen und zu diesem Zweck weitere Grundsätze und Ziele der Raumordnung sowie qualitative oder quantitative Vorgaben festlegen, um die Entwicklung der Regionen in die angestrebte gesamträumliche Entwicklung des Landes einzufügen. Die Regionalplanung hat daher eigenständig zu prüfen und abzuwägen, auch bei der Konkretisierung des Freiraumverbundes. Würde dies nicht erfolgen, wäre das möglicherweise ein Abwägungsfehler.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1610 verwiesen.
BE-ID: 1614	Ortslagen, die sich innerhalb des Freiraumverbunds befinden, wurden in der Karte des Regionalplans grau dargestellt. Dies hat jedoch keine weitere Bedeutung. Nach Unterlage 15, Tabelle 1, Zeile 3 „Siedlungen < 20 ha dürfen nicht herausgenommen werden, sondern sind durch farbliche Kenntlichmachung ohne linienhafte Flächenbegrenzung hervorzuheben; sie besitzen weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB)." Im Falle von Briest, Fohrde, Pritzerbe und Kützkow ist dem vehement zu widersprechen. Pritzerbe ist als grundfunktionaler Schwerpunkt festgelegt und muss dadurch auch tatsächlich die Möglichkeit haben, sich in den Außenbereich entwickeln zu dürfen. In Briest, Fohrde, Kützkow bestehen außerdem Entwicklungsflächenpotentiale im Außenbereich, die nicht blockiert werden dürfen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1610 verwiesen.
BE-ID: 1615	Bei der flächenscharfen Darstellung im Regionalplan bestehen für nachgeordnete Planungen keine Spielräume mehr, es ist keine Feinsteuerung möglich. Die Darstellungsschärfe im Regionalplan führt zu erheblichen Problemen auf der kommunalen Planungsebene, da es sich bei dem Freiraumverbund um ein Ziel der Raumordnung handelt, das für die kommunale Bauleitplanung Bindungswirkung entfaltet. Aufgrund der unter Z 6.2 LEP HR formulierten Zielsetzungen wäre in den betroffenen Ortsteilen eine Siedlungsentwicklung nicht mehr möglich. Dies ist zu korrigieren, da die derzeitige Darstellung des Freiraumverbundes die tatsächlichen Gegebenheiten ignoriert.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1610 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1616	Bei der Abgrenzung des Freiraumverbundes wurden bestehende Bebauungen, auch Innenbereiche gemäß § 34 BauGB, und kommunale Bauleitplanungen nicht berücksichtigt. Die Einbeziehung bereits bestehender Siedlungsflächen in den Freiraumverbund ist grundsätzlich inakzeptabel. Die betreffenden Flächen sind im Einzelnen weiter unten aufgeführt. Die dort genannten Flächen sind aus dem Freiraumverbund herauszunehmen. Im Rahmen einer Verfeinerung des „unscharfen" Freiraumverbundes des LEP HR auf der Ebene der Regionalplanung sollte das möglich sein.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1610 verwiesen.
BE-ID: 1618	Zur Darstellung des Freiraumverbundes in der Karte des LEP HR wurden in den Stellungnahmen der Gemeinden des Amtes Beetzsee vom 03.05.2018 zum 2. Entwurf des LEP HR folgende Einwände geäußert: „Soweit 1.) in der Stadt Havelsee - der Ortsteil Briest, - der bewohnte Gemeindeteil Kützkow, - der Wohnplatz Bruderhof, - der Wohnplatz Heidehof, - der Wohnplatz Kaltenhausen, - der Wohnplatz Rote Ziegelei, - der Campingplatz Hohenferchesar, - das Bebauungsplangebiet Nr. 1 „Zum Birkenwäldchen" in Pritzerbe, - das Gebiet des VEP „Am Birkenwäldchen" in Pritzerbe, - die vorhandene Wohnbebauung an der Straße Zum Birkenwäldchen in Pritzerbe, - die Gewerbeflächen an der Nordwestseite der Brücke zum Pritzerber See, - das Bebauungsplangebiet „Ferienpark Havelsee" in Kützkow, - das Bebauungsplangebiet „Naturhafen Kützkow", - das im Flächennutzungsplan der Stadt Havelsee dargestellte Sondergebiet für Fremdenverkehr Bruderhof in Hohenferchesar, - das Bebauungsplangebiet „Wochenendhausgebiet am Havelweg in Kützkow" (im Verfahren), 2.) in der Gemeinde Päwesin - der bewohnte Gemeindeteil Bagow, - der bewohnte Gemeindeteil Bollmannsruh, - der bewohnte Gemeindeteil Riewend, - der Wohnplatz Vogelgesang, - das Bebauungsplangebiet „Wohnbebauung Riewend Dorfstraße" in Riewend, - das Gebiet der Ergänzungssatzung „Bahnhofstraße" in Päwesin, 3.) in der Gemeinde Beetzseeheide - Wochenendhausgebiet am Sauberg, - Wochenendhausgebiet am Katharinengraben südlich von Mötzow, - Bebauungsplangebiet „Bildungs- und Erholungsstätte Haus am See" in Mötzow (im Verfahren), 4.) in der Gemeinde Roskow - vorhandene Wohnbebauung entlang der Straße „Ziegelei" im Südwesten von Weseram im Freiraumverbund liegen - was in der Karte nicht eindeutig erkennbar ist - müssen diese aus dem Freiraumverbund herausgenommen werden.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1610 verwiesen.
BE-ID: 1619	"Aus dem Freiraumverbund sollte in Fohrde die Fläche zwischen der August-Bebel-Straße, der Bahnlinie und der Havel herausgenommen werden, da diese eine der wenigen potentiell geeigneten Entwicklungsflächen der Stadt Havelsee ist. Es handelt sich um Intensivacker. Aus dem Freiraumverbund sollten auch die Flächen entlang der südlichen Bahnhofstraße in Päwesin komplett herausgenommen werden, da diese aufgrund der vorhandenen Erschließung zu den wenigen potentiell geeigneten Entwicklungsflächen in der Gemeinde Päwesin zählen. Es handelt sich um Intensivacker." Diese Einwände wurden in der Endfassung des LEP HR nicht berücksichtigt. In der Abwägungsdokumentation zum 2. Entwurf des LEP HR, u.a. auf Seite 4797 heißt es aber auch: „Vielmehr ist es der Regionalplanung vorbehalten, eine maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung (des Freiraumverbundes) vorzunehmen." Daher werden diese Einwände hiermit zum Regionalplan erhoben und müssen bei der Konkretisierung des Freiraumverbundes auf der Ebene des Regionalplans berücksichtigt werden.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1610 verwiesen.
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Erläuterungskarten		
BE-ID: 1603	In der Erläuterungskarte 2 wurden Flächen als Wald dargestellt, die aber kein Wald sind. Es handelt sich allerdings um Freiraumverbund, z.B. südlich von Roskow und Weseram, westlich von Pritzerbe sowie im Marzahner Fenn.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1620	Sonstige Hinweise: Die Erläuterungskarte 2 ist sehr schlecht lesbar, da die Signaturfarben in Karte und Legende nicht übereinstimmen (z.B. Harte Tabuzonen in Karte violett, in Legende grau). Die Erläuterungskarten 1 und 2 sind aufgrund der sich teilweise überlagernden Farben schlecht lesbar.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 12 / Amt Brück		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2619	Weitere Anregungen und Hinweise bestehen nicht. Die Gemeinde Borkheide befürwortet den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit dem Planungsstand 05.10.2021 hinsichtlich aller weiteren Festlegungen.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2633	Weitere Anregungen und Hinweise bestehen nicht. Die Gemeinde Borkwalde befürwortet den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit dem Planungsstand 05.10.2021 hinsichtlich aller weiteren Festlegungen.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2637	Weitere Anregungen und Hinweise bestehen nicht. Die Stadt Brück befürwortet den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit dem Planungsstand 05.10.2021 hinsichtlich aller weiteren Festlegungen.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2641	Weitere Anregungen und Hinweise bestehen nicht. Die Gemeinde Golzow befürwortet den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit dem Planungsstand 05.10.2021 hinsichtlich aller weiteren Festlegungen.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2645	Weitere Anregungen und Hinweise bestehen nicht. Die Gemeinde Linthe befürwortet den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit dem Planungsstand 05.10.2021 hinsichtlich aller weiteren Festlegungen. Anlagen: Karte: Freiraumverbundfläche Erweiterung, Entwurf Regionalplan 3.0 Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming 2022; Karte: Freiraumverbundfläche und Vorranggebiete für die Landwirtschaft, Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming 2017; Karte: süd-westliche Erweiterung und Potenzialfläche GIV und, Regionalen Planungsstelle, November 2020.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2649	Weitere Anregungen und Hinweise bestehen nicht. Die Gemeindevertretung Planebruch befürwortet den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit dem Planungsstand 05.10.2021 hinsichtlich aller weiteren Festlegungen.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2611	Im Rahmen des genannten Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit dem Planungsstand 05.10.2021 nehmen die amtsangehörigen Gemeinden des Amtes Brück wie folgt Stellung: Gemeinde Borkheide Vorbehaltsgebiete Siedlung: Für die Gemeinde Borkheide wurde entsprechend der Ausweisung im wirksamen Flächennutzungsplan vom 08.11.2019 eine Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung vorgenommen. Die Gemeinde Borkheide befürwortet diese Darstellung in der Festlegungskarte des Entwurfes des Regionalplans 3.0.	Kenntnisnahme. Hinweis: In Auswertung der Stellungnahmen des Landesbetriebes Forst im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wurde das benannte Vorbehaltsgebiet Siedlung wegen Konflikten mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen in einigen Bereichen reduziert.
BE-ID: 2620	Gemeinde Borkwalde Vorbehaltsgebiete Siedlung: Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung im Entwurf des Regionalplans 3.0 wird im Hinblick auf die Eignung für den Wohnungsbau bzw. aufgrund baulich vorgeprägter Flächen von der Gemeinde Borkwalde befürwortet.	Kenntnisnahme. In Auswertung der Stellungnahmen des Landesbetriebes Forst im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wurde das benannte Vorbehaltsgebiet Siedlung wegen Konflikten mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen in einigen Bereichen reduziert. Hinweis: Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 2634	Stadt Brück Vorbehaltsgebiete Siedlung: Im OT Neuendorf befindet sich ein Mischgebiet, welches im wirksamen FNP vom 13. Mai 2011 ausgewiesen ist, bei der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung jedoch nicht berücksichtigt wurde. Es wird um Anpassung in der Darstellung des Entwurfes des Regionalplans 3. 0 gebeten (siehe beigefügter Kartendarstellung). Des Weiteren soll eine Anpassung im Bereich Brück Rottstock entlang der B 246 erfolgen, um eine mögliche Abrundung der Wohnbebauung vorzubereiten.	Den angeregten Anpassungen wird im Rahmen des Planungskonzeptes für die Bestimmung der Vorbehaltsgebiete Siedlung gefolgt.
BE-ID: 2647	Siedlungsentwicklung - Eigenentwicklung für den örtlichen Bedarf (Z 5. 5 LEP HR): Die Eigenentwicklungsoption für die Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen in Höhe von 1 Hektar/ 1000 Einwohnerinnen und Einwohner für die kommenden 10 Jahre ist gemessen am Bedarf der Gemeinde Planebruch nicht ausreichend. Die Festlegung soll im Hinblick auf den demographischen Wandel und den Bedarf (Zuzug, Arbeiten am Wohnort) angepasst werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, bewirkt jedoch keine Planänderung. Begründung: Die benannte Eigenentwicklungsoption resltiert aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR). Zuständig hierfür ist die Gemeinsame Landesplanungsbehörde Berlin-Brandenburg (GL). Der Regionalplan Havelland-Fläming stellt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung Flächen besonderer Lage- und Versorgungsgunst heraus.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 2635	Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: Die Stadt Brück widerspricht der Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Rücknahme des Gewerbegebietes Brück/ Linthe als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort aus dem Entwurf und unterrichtet die Regionale Planungsgemeinschaft über ihre aktuellen Planungsabsichten: So plant die Stadt Brück eine östliche Erweiterung des Gewerbegebietes entsprechend der Flächengröße, welche in der Voruntersuchung 2017 von geeigneten Standorten als potenzielle GIV ermittelt wurde. Die Ausweisung wird in der aktuellen 6. Änderung des FNP Brück erfolgen. Die Stadt Brück unterstützt somit diese Festlegung aktiv und zeigt sich bereit, die erforderlichen bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Eine Übereinstimmung mit den kommunalen Entwicklungsabsichten ist somit gegeben.	Die Anregung führt nicht zu der Entscheidung, den Standort Brück/Linthe als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen. Die Regionale Planungsgemeinschaft teilt die Einschätzung der Stadt Brück, dass das Gewerbegebiet Brück/Linthe über sehr gute Standortqualitäten und Entwicklungsmöglichkeiten verfügt. Das betrifft insbesondere die Möglichkeit mittelfristig gut erschlossene, zusammenhängende Flächen anzubieten, für die im Land Brandenburg ein Mangel festgestellt wurde. Eine Festlegung als großflächiger

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	gewerblich-industrieller Vorsorgestandort würde die beabsichtigte Entwicklung jedoch nicht unterstützen, sondern behindern. Durch die Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte sollen geeignete Flächen für gewerblich-industrielle Nutzungen mit herausgehobener Bedeutung für die jeweilige Region vorgehalten werden. In Ergänzung zu den durch die Bauleitplanung für die kurz- und mittelfristige Nachfrage zu entwickelnden kleinen und mittleren Gewerbegebieten dienen gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte der langfristigen Flächensicherung für gewerblich-industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf. Die Vorsorgefunktion wird insbesondere dadurch erfüllt, dass diese Standorte auch von kleinteiligen gewerblichen Nutzungen freizuhalten sind. Die Stadt wurde von der Regionalen Planungsstelle auf diese Rechtswirkung aufmerksam gemacht. Mit Schreiben des Amtes Brück vom 2. April 2025 wurde daraufhin mitgeteilt, dass von der Stadt Brück eine Festlegung des Standortes Brückl/Linthe als großflächigem gewerblich-industriellen Vorsorgestandort im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 aktuell nicht weiterverfolgt wird. Die Stadt Brück beabsichtige, diesen Standort bereits in den kommenden Jahren weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck werde derzeit die 6. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück erarbeitet, welche u. a. einen Erweiterungsbereich am bestehenden Gewerbegebiet Brück Rottstock darstellt. Die Planzeichnung mit dem entsprechenden Änderungsbereich und der Darstellung von zusätzlichen gewerblichen Bauflächen (Stand: Entwurf, November 2024) wurde dem Schreiben beigefügt. Der Erweiterungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 32 Hektar. Die Festlegung eines großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts, der von kleinteiligen gewerblichen Nutzungen freigehalten werden muss, stehe nicht in Übereinstimmung mit den gegenwärtigen kommunalen Entwicklungsabsichten. Mit der 6. Änderung des Flächennutzungsplans bereitet die Stadt Brück die bedarfsgerechte Erweiterung des Gewerbegebiets vor. Eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 würde eine solche Entwicklung behindern. Auch eine spätere bedarfsgerechte Weiterentwicklung auf östlich anschließenden Flächen wäre nicht mehr möglich. Die Regionale Planungsgemeinschaft entscheidet aufgrund der bekannten Entwicklungsabsicht und der besonderen Standortqualitäten die weitere Entwicklung des Gewerbegebiets Brück/Linthe in der Weise zu berücksichtigen, dass östlich angrenzende und dafür in Frage kommende Flächen, nicht als Vorranggebiet für die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Landwirtschaft festgelegt werden.
BE-ID: 2636	Redaktioneller Hinweis: In der Tabelle auf Seite 31 der Begründung wird für den Standort 7 - Brück/ Linthe in der Spalte LEP BB angegeben, dass der Standort nicht im LEP BB festgelegt wurde. Das ist nicht korrekt und sollte daher berichtigt werden (siehe Begründung S. 27 aa) Voruntersuchung 2017).	Die angeregte redaktionelle Änderung wird vorgenommen. In der Tabelle 2 der Begründung (Stand 05.10.2021) wird in der dritten Spalte in der achten Zeile „Brück/Linthe“ der Buchstabe „N“ durch den Buchstaben „J“ ersetzt.
BE-ID: 2643	Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: Die Gemeinde Linthe widerspricht der Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Rücknahme des Gewerbegebietes Brück/ Linthe als großflächiger gewerblich industrieller Vorsorgestandort aus dem Entwurf und unterrichtet die Regionale Planungsgemeinschaft über ihre aktuellen Planungsabsichten: So ist eine süd-westliche und östliche Erweiterung des Gewerbegebietes entsprechend der Flächengröße, welche in der Voruntersuchung 2017 von geeigneten Standorten als potenzielle GIV ermittelt wurde geplant. Die Ausweisung soll in der 6. Änderung des FNP Lirithe erfolgen. Die Gemeinde Linthe unterstützt somit diese Festlegung aktiv und zeigt sich bereit, die erforderlichen bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Eine Übereinstimmung mit den kommunalen Entwicklungsabsichten ist somit gegeben.	Die Anregung führt nicht zu der Entscheidung, den Standort Brück/Linthe als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen. Zur Begründung wird auf BE 2635 verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2640	Windeignungsgebiete: Die Ausweisung einer zusätzlichen Fläche für die Nutzung der Windenergie wird von der Gemeinde Golzow nicht weiterverfolgt. Lediglich der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans „Windpark Golzow" wird aufgrund seiner bestehenden Rechtskraft als nachrichtliche Übernahme weiterhin im Flächennutzungsplan (aktuelle 5. Änderung des FNP) ausgewiesen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 2646	Gemeinde Planebruch Windeignungsgebiete: Das ehemalige WEG 23 „Westliche Zauche" soll entsprechend der Darstellung im Vorgänger-Regionalplan 2020 im Regionalplan 3.0 als Windeignungsgebiet festgelegt werden. Begründet wird dies mit der Verantwortung der Kommunen gegenüber dem Ausbau erneuerbarer Energien als zentrale Säule der Energie- bzw. Klimawende. Das Eignungsgebiet WEG 23 „Westliche Zauche" mit einer Größe von 1.647 ha befand sich in Teilen im Gemeindegebiet Planebruch OT Oberjünne. Die Entwicklung von Windparks in diesem Bereich ist in Vorbereitung.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 16 Reesdorf		
BE-ID: 2612	Windeignungsgebiete - WEG 16 Reesdorf: Die Gemeinde Borkheide lehnt die Festlegung des WEG 16 „Reesdorf' sowie die Errichtung und den Betrieb weiterer Windkraftanlagen am Standort 14547 Beelitz OT Reesdorf entschieden ab. Das Windeignungsgebiet (WEG 16) mit einer Fläche von ca. 318 ha und insgesamt 16 Windenergieanlagen im Bestand befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum bebauten Gemeindegebiet Borkheide. Der vorgesehene Abstand von 1100 m vom bewohnten Bereich Beelitzer Straße/	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Reesdorfer Straße/ Gartenstraße/ Salzbrunner Straße ist eindeutig zu gering. Die Beeinträchtigungen durch Schall und Schattenwurf auf das genannte Wohngebiet sind nicht zu akzeptieren und stellen eine erhebliche Beeinträchtigung der Wohnqualität dar. Die betroffenen Waldflächen sind das Erholungspotenzial für die umliegenden Wohnstandorte, zumal in östlicher Richtung die Gemeinde vom Truppenübungsplatz eingeschlossen ist. Das Plangebiet befindet sich im Wald.	sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2613	Von Seiten der Forstbehörden und den verschiedenen Umweltbehörden wird der Wald als Schutzgebiet bewertet und die Gemeinde zur Sicherung der Belange aufgefordert. Mit der Festlegung als Windeignungsgebiet im Regionalplanentwurf 3.0 wird dieser Grundsatz gebrochen und aufgehoben.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2614	Neben der Problematik Schall und Schattenwurf wird auf das Problem des Brandschutzes hingewiesen. In der Gemeinde Borkheide grenzt die Wohnbebauung an die Gemarkungsgrenze. Eigene kommunale Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz können nicht realisiert werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2615	Die Errichtung von WEA bzw. in waldnahen Räumen beeinträchtigt den Erholungswert der Wälder und nimmt Erholungssuchenden wichtige und gern genutzte Erholungsflächen. Landschaften werden zerschnitten, das Landschaftsbild durch Industrieanlagen entstellt. Bei dem in Anspruch genommenem Wald handelt es sich um Erholungswald, eine entsprechende Einstufung der Forstverwaltung liegt vor. Schutzzweck ist u.a. der Erhalt des Gebietes auf Grund der besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung. Es liegt im Einzugsbereich der Großräume Berlin und Potsdam. Der Bau von Windkraftanlagen (im Wald) widerspricht dem Schutzziel „Sicherung und Entwicklung" dünn besiedelter Gebiete für landschaftsbezogene Erholung. Flora und Fauna werden beeinträchtigt und ein komplettes offenes ökologisches System entwertet. Nur große, geschlossene Wälder können ihre Funktion voll erfüllen. „Grundvoraussetzungen für ein Waldinnenklima ist eine geschlossene Struktur mit einer Mindestflächengröße. Nur dort kann der Wald seine Funktion inklusive Grundwasserneubildung erfüllen. Durch Wegebau und Bauflächen für WEA/ WKA wird der Wald fragmentiert und verliert dadurch einen bedeutenden Teil seiner ökologischen Funktion und Stabilität." (NABU Brandenburg lehnt WKA im Wald ab (05.10.2011). „Auf Basis der aktuellen Waldfunktionenkartierung ist auf allen betroffenen Flächen die Waldfunktion WF 8102 - Erholungswald der Intensitätsstufe 2 ausgewiesen. Wald dient neben seiner Nutz- und Schutzfunktion der Bevölkerung zur Erholung, zur Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens. Vor allem in und um die Ballungsgebiete und insbesondere in dem engen Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg werden Waldflächen sehr stark flächendeckend durch Erholungssuchende frequentiert. Neben der Frequentierung von Erholungssuchenden aus den umliegenden stark wachsenden Waldgemeinden Borkheide, Borkwalde und Fichtenwalde sowie Beelitz	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Heilstätten verläuft unmittelbar neben dem Bauvorhaben der Europaradweg R1 mit seiner überregionalen und zunehmend regionalen Bedeutung.	
BE-ID: 2616	Die Gemeinden Borkheide, Borkwalde und Fichtenwalde, welche sich in unmittelbarer Nähe zu den geplanten WKA befinden, gelten als ausgesprochene Waldgemeinden, welche ihren Ursprung als Erholungssiedlungen, zumeist mit Beginn des 20. Jahrhunderts, hatten und bis zur Wendezeit 1990, trotz Anlage des Truppenübungsplatzes Lehnin (TÜP-Lehnin), behielten. Im Zuge von Siedlungsverdichtung und Ausweisung von B-Plan-Gebieten, fand eine Ausweitung von Wohnflächen für Zuzug vordergründig aus dem Ballungsraum Potsdam/Berlin statt. Während 1990 die Gesamteinwohnerzahl bei etwa 2.500 lag, hat sich diese vor allem innerhalb der letzten 10 Jahre auf derzeit etwa 7.625 Einwohner (Quelle: Einwohnerstatistiken aus aktuellen Amtsblättern) verdreifacht. Die Einwohnerzahlen dieser drei Waldgemeinden nehmen durch Bautätigkeit und damit verbundenen Zuzug von Jahr zu Jahr weiter deutlich zu. Vorhandene Potenzialflächen lassen den Zuzug von weiteren 3.000 Menschen möglich werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2617	Weiterhin werden die drei Waldgemeinden als Erholungssiedlungen genutzt, wodurch sich die Zahl der Einwohner in den Sommermonaten erheblich erhöht. Zunehmend nutzen viele Touristen und Urlauber die Waldgemeinden und die waldreiche Umgebung, die sich, nicht zuletzt über den europäischen Radwanderweg R1 kommend, in der Region aufhalten und erholen. Für die Attraktivität dieser Gemeinden, als auch für die Naherholungsaktivitäten dieser urban geprägten Bevölkerung, meist mit Arbeitsstätten im nahen Ballungsraum, ist das von Siedlungen und TÜP-Lehnin eingeschlossene Waldgebiet von grundlegender Bedeutung. Dieser Erholungswert unterscheidet sich daher grundlegend von der allgemeinen Erholungsfunktion die Waldflächen bereits allgemein zugesprochen wird. Allein die räumliche Nähe zum Ballungsraum Berlin bildet hier einen beachtenswerten Faktor. Der Wald mit der Erholungsfunktion der Intensitätsstufe 2 und damit dessen wesentliche Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sind nicht durch eine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme kompensierbar. Die Errichtung von (weiteren) z.T. über 200 m hohen Windkraftanlagen würde in diesem sensiblen Bereich die Erholungsfunktion der Waldflächen und der Erholungswert der angrenzenden Orte für Erholungssuchende und den Tourismus erheblich beeinträchtigen." (siehe Ablehnungsbescheid Nr. 60.012.00/21/1.6.1G/T11 im Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG, S. Dorn, LfU).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2621	Windeignungsgebiete - WEG 16 Reesdorf: Die Gemeinde Borkwalde lehnt die Festlegung des WEG 16 „Reesdorf' sowie die Errichtung und den Betrieb weiterer Windkraftanlagen am Standort 14547 Beelitz OT Reesdorf entschieden ab. Das Windeignungsgebiet (WEG 16) mit einer Fläche von ca. 318 ha und insgesamt 16 Windenergieanlagen im Bestand befindet sich im Wald und in unmittelbarer Nachbarschaft zum bebauten Gemeindegebiet Borkwaldes und dem „Tempelwald", in dem rund um den Siebenbrüderweg ein ökologischer Waldumbau stattfindet. Die Festlegung des WEG 16 wird im Wesentlichen aus Kriterien des Lärmschutzes sowie aus naturschutzfachlichen Gründen abgelehnt. Die Beeinträchtigungen durch Schall sind nicht zu akzeptieren und stellen eine erhebliche Beeinträchtigung der Wohnqualität dar.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2622	Die betroffenen Waldflächen sind das Erholungspotenzial für die umliegenden Wohnstandorte, zumal in östlicher Richtung die Gemeinde vom Truppenübungsplatz eingeschlossen ist. Von Seiten der Forstbehörden und den verschiedenen Umweltbehörden wird der Wald als Schutzgebiet bewertet und die Gemeinde zur Sicherung der Belange aufgefordert. Mit der Festlegung als Windeignungsgebiet im Regionalplanentwurf 3.0 wird dieser Grundsatz gebrochen und aufgehoben. Neben der Problematik Schall und Schattenwurf wird auf das Problem des Brandschutzes hingewiesen. In der Gemeinde Borkwalde grenzt die	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Wohnbebauung an die Gemarkungsgrenze. Eigene kommunale Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz können nicht realisiert werden.	eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2625	Lebensqualität: Die drei Gemeinden Borkwalde, Fichtenwalde und Borkheide sowie Beelitz-Heilstätten stellen ein einmaliges Ensemble in Europa dar. Diese drei Waldgemeinden entstanden nach 1900 in einem Waldgebiet. Zurzeit wohnen hier etwa 6.954 Einwohner (Borkwalde 1.747*, Borkheide 2.129* (*Stand: 01.06.2021), Fichtenwalde 3.078 (Stand: 23.06.2021, *Quelle: offizielle Homepage der Stadt Beelitz) und nicht zu vergessen der Gesundheitsstandort Beelitz-Heilstätten, der besondere Anforderungen in Sachen Abstand zu den WEA stellt. Speziell in Borkwalde, seit Bestehen der Gemeinde als Erholungssiedlung genutzt, vervielfacht sich die Zahl der Einwohner in den Sommermonaten mindestens um das Doppelte. Zunehmend nutzen viele Touristen und Urlauber Borkwalde und seine waldreiche Umgebung, die sich, nicht zuletzt über den europäischen Radwanderweg R1 kommend, in der Region aufhalten und erholen. Bisher wurden Windeignungsgebiete hauptsächlich im freien ländlichen Raum ausgewiesen, in dem Ortschaften mit geringer Einwohnerzahl tangiert wurden. Das geplante Windeignungsgebiet wird zur Zerstörung des Lebensraumes von ca. 7.000 Einwohnern durch Lärm- und Schallbelästigung, sowie zu einer Beeinträchtigung der Erholungsfunktion führen. Eine weitere Entwicklung der Wohn- und Erholungsstandorte ist damit nicht mehr gegeben. Die Errichtung von WEA im Wald bzw. in waldnahen Räumen beeinträchtigt den Erholungswert unserer Wälder und nimmt Erholungssuchenden wichtige und gern genutzte Erholungsflächen. Landschaften werden zerschnitten, das Landschaftsbild durch industrielle Anlagen entstellt. Schutzzweck ist u.a. der Erhalt des Gebietes wegen der besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung. Es liegt im Einzugsbereich der Großräume Berlin und Potsdam. Der Bau von Windkraftanlagen widerspricht dem Schutzziel „ Sicherung und Entwicklung" dünn besiedelter Gebiete für landschaftsbezogene Erholung. Flora und Fauna werden beeinträchtigt und ein komplettes offenes ökologisches System entwertet. Nur große, geschlossene Wälder können ihre Funktionen voll erfüllen: „Grundvoraussetzung für ein Waldinnenklima ist eine geschlossene Struktur mit einer Mindest-Flächengröße. Nur dort kann der Wald seine Funktionen inkl. Grundwasserneubildung erfüllen. Durch Wegebau und Bauflächen für die WKA wird der Wald fragmentiert und verliert dadurch einen bedeutenden Teil seiner ökologischen Funktion und Stabilität." (NABU Brandenburg lehnt WEA im Wald ab (05.10.2011).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2626	Immissionen: Durch bereits errichtete WEA bei Brück und Schlalach wird deutlich, welche erhebliche Lärmbelastung auf die Bewohner Borkwaldes zukommen wird. Die dort installierten Anlagen sind von geringerer Bauhöhe, als die, die jetzt in unmittelbarer Nähe entstehen werden. Der Schall wird sich also unbegrenzt über eine weite Fläche ausbreiten. Einer Minderung der Schallbelästigung durch den Wald muss durch die bedingt intensive kurzfristige und langfristige Abholzung einer Minderung der Schutzfunktion des Waldes entgegengestellt werden. Mit der Festlegung als WEG würde die natürliche Schutzfunktion des Waldes weiter zerstört werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2627	Brandschutz: Die Anlagen sollen in einem Gebiet errichtet werden, das zu den trockensten Wäldern Europas (Kategorie A 1, zusammen mit Korsika, dem Süden Frankreichs, Spaniens und Griechenland) zählt. Eine weitere Brandschutzproblematik ergibt sich aus der vielfach genutzten Holzbauweise der an der WEA-seitigen Ortsgrenze gelegenen Wochenend- und Wohngrundstücke. Insgesamt ist die Brandschutzproblematik nur ungenügend berücksichtigt und bildet eine erhebliche Gefährdung der Bewohner und des Ortes bei einem	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	möglichen Waldbrand. Daher wird die Errichtung der WEA im Wald von der Gemeinde Borkwalde grundsätzlich abgelehnt. Die bisher schon bestehende extreme Brandgefahr in märkischen Wäldern (höchstmöglichste Waldbrandgefährdung in der EU und der Bundesrepublik) wird durch die Errichtung von WEA weiter verschärft. Sechs Gemeinden/Orte (Fichtenwalde, Borkheide, Borkwalde, Beelitz-Heilstätten, Reesdorf und Elstal) mit über 7.300 Einwohnern sind bereits heute bei einem Waldbrand extrem gefährdet.	sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2628	Verlust der ökologischen Funktionen des Waldes: Zwischen den Waldgemeinden erstreckt sich ein weites Forstgebiet. Die Forstbehörde war bemüht, dieses Gebiet mit Pflanzungen von Laubbäumen für den Brandschutz und Waldfunktionsschutz (z.B. als Erholungswald) aufzuwerten. Erfreulicherweise sind die Populationen von Arten wie der Waldeidechse durch diese Umbaumaßnahmen größer geworden. Auch Sichtungen der Waldschnepfe können sicherlich auf die erhöhte Deckung durch die Strauchschicht zurückgeführt werden. Es ist daher unverständlich und auch höchst umstritten, ein geschlossenes Ökosystem auszuhöhlen und somit die bestehenden ökologischen Dynamiken und die Waldfunktionen zu gefährden. „Auf Basis der aktuellen Waldfunktionenkartierung ist auf allen betroffenen Flächen die Waldfunktion WF 8102 - Erholungswald der Intensitätsstufe 2 ausgewiesen. Wald dient neben seiner Nutz- und Schutzfunktion der Bevölkerung zur Erholung, zur Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens. Vor allem in und um die Ballungsgebiete und insbesondere in dem engen Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg werden Waldflächen sehr stark flächendeckend durch Erholungssuchende frequentiert. Neben der Frequentierung von Erholungssuchenden aus den umliegenden stark wachsenden Waldgemeinden Borkheide, Borkwalde und Fichtenwalde sowie Beelitz Heilstätten verläuft unmittelbar neben dem Bauvorhaben der Europaradweg R1 mit seiner überregionalen und zunehmend regionalen Bedeutung. Der Wald mit der Erholungsfunktion der Intensitätsstufe 2 und damit dessen wesentliche Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sind nicht durch eine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme kompensierbar. Die Errichtung von (weiteren) z.T. über 200 m hohen Windkraftanlagen würde in diesem sensiblen Bereich die Erholungsfunktion der Waldflächen und der Erholungswert der angrenzenden Orte für Erholungssuchende und den Tourismus erheblich beeinträchtigen." (siehe Ablehnungsbescheid Nr. 60.012.00/21/1.6.1G/T11 im Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG, S. Dorn, LfU).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2630	Schutz der Tier- und Pflanzenwelt: Rückzugsmöglichkeiten für die heimische Tierwelt werden in gewaltigem Ausmaß zerstört werden. In anderen Regionen unseres Planeten sprechen wir von der Brandschatzung der Wälder, der Vernichtung der grünen Lunge unseres Planeten und verurteilen diese zu Recht scharf. Dem Wald kommt eine entscheidende Rolle bei der Speicherung von C02 zu. Es ist belegt, dass der Abend- und der Kleinabendsegler, das Braune Langohr, die Zwerg- und Breitflügelfledermaus und das Mausohr in dem Gebiet Nachwuchs aufziehen. Insgesamt sind 12 Arten nachgewiesen; zehn davon sind nach dem Bundesnaturschutzgesetz streng geschützt. Die Errichtung von Windkraftanlagen würde den Lebensraum der Fledermäuse erheblich einschränken, das Kollisionsrisiko an den Rotoren ist sehr hoch, das Habitat wird durch Waldrodungen direkt beschädigt, Schall- und Ultraschallemissionen würden die Ortung der Fledermäuse stark beeinträchtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2631	Gefahrenpotenzial durch Erdgastrasse: Durch das Planungsgebiet führt eine Erdgastrasse. Es ist zu vermuten, dass sich insbesondere im Brandfall das Gefahrenpotential extrem erhöht.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2632	Grundwasser: Die notwendige Grundstücksvorbereitung zur Errichtung der Fundamente für die WEA kann das ganze Grundwassersystem infrage stellen. Der Bau sämtlicher Anlagen ist auf einer Endmoräne geplant, deren geologische Struktur für die Errichtung der WEA noch nicht ergründet wurde. Es ist absehbar, dass die von den Erbauern geplanten Blockfundamente für die WEA in ihrer Größe und Stabilität nicht ausreichen. Auf Grund der geringen Tragfähigkeit der in dieser Region vorhandenen Böden wird es notwendig sein, immense weitere Zusatzfundamente zu errichten, d.h., es ist Tiefgründung auf Grund der geringen Tragfähigkeit der Böden notwendig. Die Fundamente der WEA sind ggf. mit weiteren Ortbetonpfählen bis 16 Meter tief zu versehen. Was eine solche Verdichtung der Erdmassen im geplanten Gebiet für die Wasserversorgung bedeutet, ist unabsehbar.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2639	Vorranggebieten für die Landwirtschaft: Die Gemeinde hat in ihrer Sitzung am 30.11.2021 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Freiflächen PVA Golzow" sowie die 8. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren beschlossen. Der Geltungsbereich befindet sich teilweise im Vorranggebiet für die Landwirtschaft (siehe beigefügter Kartendarstellung). Aktuell wurde durch den Vorhabenträger die Erstellung eines Gutachtens beauftragt, welches die Qualität der dort vorkommenden Ackerböden beurteilen soll. Die Gemeinde beantragt die Zurücknahme der Festlegung von Flächen für die Landwirtschaft innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans. Eine Kombination von Photovoltaikanlagen und landwirtschaftlicher Bodennutzung (Agri-Photovoltaik) wird nicht befürwortet.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde geändert. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Freiflächen PVA Golzow" ist dadurch nicht mehr betroffen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1.2 b) bb) Systematische Untersuchung 2020		
BE-ID: 2644	Redaktioneller Hinweis: In der Tabelle auf Seite 31 der Begründung wird für den Standort 7 - Brück/ Linthe in der Spalte LEP B-B angegeben, dass der Standort nicht im LEP B-B festgelegt wurde. Das ist nicht korrekt und sollte daher berichtigt werden (siehe Begründung S. 27 aa) Voruntersuchung 2017).	Der Anregung wird gefolgt. Die angeregte redaktionelle Änderung wird vorgenommen. In der Tabelle 2 der Begründung (Stand 05.10.2021) wird in der dritten Spalte in der achten Zeile „Brück/Linthe“ der Buchstabe „N“ durch den Buchstaben „J“ ersetzt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 2638	Gemeinde Golzow Freiraumverbund: Die Ortslage Müggenburg wird gänzlich vom Freiraumverbund überlagert. Es wird um die graphische Hervorhebung in der Festlegungskarte des Entwurfes des Regionalplans 3.0 gebeten (siehe beigefügter Kartendarstellung).	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2642 verwiesen.
BE-ID: 2642	Gemeinde Linthe Freiraumverbund: Die Gemeinde Linthe beantragt im Zuge der maßstabsgerechten räumlichen Konkretisierung der Gebietsabgrenzung des landesplanerischen Freiraumverbundes nach Ziel 6.2 des LEP HR die nord-östliche Ausweitung der Freiraumverbundfläche entsprechend der Festlegung im Vorgänger-Regionalplan 2020 sowie beigefügter Kartendarstellung zu den Freiraumverbundflächen.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
Umweltbericht / 4.4 Windenergienutzung	
BE-ID: 2618 In der Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wurden verschiedene Schutzgüter im Pangebiet hinsichtlich voraussichtlicher erheblicher Umweltauswirkungen bewertet. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass für das Schutzgut Waldfunktionen (hochwertige und geschützte Waldfunktionen gern. Waldfunktionskarte) voraussichtlich hohe Auswirkungen zu erwarten sind. Die	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung (Windenergiegebiet 16 Reesdorf). Die Regionalversammlung hat am 06.06.2024 den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 als Satzung beschlossen. Im Rahmen dessen wurde eine

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Umweltauswirkungen werden somit schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt. Weitere Anregungen und Hinweise bestehen nicht.	Verkleinerung des Gebietes vorgenommen. Eine Festlegung der betreffenden Fläche nördlich der Bahntrasse als Vorranggebiet, steht im Widerspruch zu der von der Regionalen Planungsgemeinschaft getroffenen Entscheidung, Waldflächen mit Waldfunktion (Mindestgröße 5 Hektar) allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen.
Anhänge zum Umweltbericht / C2) WEG		
BE-ID: 2629	In der Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wurden verschiedene Schutzgüter im Pangebiet hinsichtlich voraussichtlicher erheblicher Umweltauswirkungen bewertet. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass für das Schutzgut Waldfunktionen (hochwertige und geschützte Waldfunktionen gern. Waldfunktionskarte) voraussichtlich hohe Auswirkungen zu erwarten sind. Die Umweltauswirkungen werden somit schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt.	Die Einwendung betrifft Ausführungen im Umweltbericht bezogen auf Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 15 / Amt Nennhausen		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1345	Die Regionalversammlung hat in Ihrer Sitzung am 18.11.2021 den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gebilligt und diesen für die Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Träger und Behörden sowie für die öffentliche Auslegung der Unterlagen während einer dreimonatigen Frist (10.03.22 -09.06.2022) bestimmt. In diesem Zusammenhang wurden auch die vier Gemeinden (Nennhausen, Märkisch Luch, Stechow-Ferchesar und Kotzen) des Amtes Nennhausen mit Schreiben vom 08.02.2022 über das Verfahren unterrichtet und zur Abgabe von Anregungen und Bedenken im Rahmen des vorgenannten Zeitraumes aufgefordert. Gemäß§ 8 (2) Raumordnungsgesetz (ROG) sind in den Bundesländern Raumordnungspläne, für die Teilräume Regionalpläne aufzustellen. Der Regionalplan für den Planungsraum Havelland-Fläming ist aus dem gültigen Landesentwicklungsplan (LEP HR) zu entwickeln und legt auf dessen Grundlage die regionalen Ziele und Grundsätze der Raumordnung für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Plangebiet fest. Ziele des Regionalplans sind verbindliche abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen und verpflichtend bei der weiteren Planung zu beachten. Grundsätze des Regionalplans sind Aussagen, die bei nachfolgenden Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen sind. Die zum Amt Nennhausen gehörigen vier Gemeinden Nennhausen, Märkisch Luch, Stechow-Ferchesar und Kotzen liegen im räumlichen Geltungsbereich des entworfenen Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans werden die raumordnerischen Vorgaben auch für das Gebiet des Amtes Nennhausen für die nächsten 15-20 Jahre neu festgelegt und die mögliche Siedlungstätigkeit und die Schutzvorgaben für die Freiraumbereiche vorgegeben. Damit sind die Gemeinden Nennhausen, Märkisch Luch, Stechow-Ferchesar und Kotzen des Amtes Nennhausen von den Festsetzungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 direkt betroffen.	Die allgemeinen Hinweise sowie die Betroffenheit der Gemeinden Nennhausen, Märkisch Luch, Stechow-Ferchesar und Kotzen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1362	Das Amt Nennhausen ist bei der weiteren Planung zu beteiligen. Es wird um Zusendung des Abwägungsprotokolls gebeten.	Das Amt Nennhausen wird am weiteren Planungsverfahren beteiligt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1346	Das Amt Nennhausen nimmt für die amtsangehörigen Gemeinden wie folgt Stellung zu den Zielen und Grundsätzen des Regionalplanentwurfs: Siedlung: G 1 .1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen erhält die Entwicklung von Wohnbauflächen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung eine besondere Wichtung. Im vorliegenden Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3. 0 werden die Orts- (teile) Nennhausen, Buschow, Stechow, Möthlow und Buckow als Vorbehaltsgebiete Siedlung in der Festlegungskarte zeichnerisch ausgewiesen. Eine ergänzende tabellarische Erfassung in den textlichen Festlegungen wäre aus Sicht des Amtes Nannhausen vorteilhaft. Bei der kommunalen Bauleitplanung sind die Vorbehaltsgebiete Siedlung als raumordnerische Empfehlung der Regionalplanung zu berücksichtigen, um die Ziele und Grundsätze gemäß Landesentwicklungsplan HR (Vorrang Innenentwicklung, Anschluss neuer Siedlungsflächen, etc.) konkreter auszugestalten. Ungeachtet dessen wird die Entwicklung von Wohnbauflächen nach den geltenden rechtlichen Vorschriften für die übrigen Flächen (außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung) damit nicht ausgeschlossen. Das Amt Nennhausen ist auf seine Fläche bezogen relativ dünn besiedelt (< 5000 EW). Infolge der Lage im weiteren Metropolenraum und der daraus resultierenden geringfügigen Eigenentwicklungsoptionen gemäß LEP HR und der großflächig bestehenden, die Ortslagen umschließenden Schutzgebiete sowie der kaum noch vorhandenen kommunalen Flächenverfügbarkeit ist eine weitere Einschränkung der Gemeindeentwicklung, insbesondere hinsichtlich der Wohnbauflächen, nicht hinnehmbar. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung darf die ohnehin sehr geringen zulässigen Entwicklungsmöglichkeiten in den übrigen Ortsteilen der amtsangehörigen Gemeinden keinesfalls verhindern. Der Ort Nennhausen ist im sachlichen Teilregionalplan Havelland-Fläming „Grundfunktionale Standorte" als ein solcher festlegt. Gemäß Ziel 5.5 LEP HR erhalten grundfunktionale Standorte zusätzlich zur Eigenentwicklungsoption eine Wachstumsreserve von bis zu 2ha/ 1000 Einwohner*innen. Da die Entwicklung von Wohnbauflächen durch die kommunale Bauleitplanung auch von deren Flächenverfügbarkeit abhängig ist sollte die Darstellung des Freiraumverbundes am südwestlichen Ortsrand, anschließend an die vorhandene Wohnbebauung, begrenzt durch die Straßen Hauptstraße und An der Bahn (s. Markierung im nachfolgenden Bild) angepasst (entfernt) und die Kennzeichnung des Vorbehaltsgebietes Siedlung entsprechend erweitert werden. Hier befinden sich die einzigen zusammenhängenden kommunalen Flächen, die sich für die Entwicklung von Wohnbauflächen eignen. [Abbildung: Ausschnitt der Stadt Nennhausen mit Flurstücken]	Die Anregung ist nachvollziehbar. Insbesondere auch aus den Gründen einer günstigen öffentlichen Verkehrsanbindung. Ihr kann jedoch wegen fehlender Zuständigkeit nicht gefolgt werden. Plangeber des nach LEP HR als Ziel 6.2 festgesetzten Freiraumverbundes sind die Länder Berlin und Brandenburg.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1349	Z 1. 2 Großflächig gewerbliche-industrielle Vorsorgestandorte (GIV): Im Gebiet des Amtes Nennhausen und den angrenzenden Bereichen werden keine GIV dargestellt. Es ist keine Stellungnahme erforderlich.	Die Unbetroffenheit wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1350	Freiraum G 2. 1. 1 Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz G 2.1. 2 Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für die Gewässerretention G 2.1.3 Vorbehaltsgebiete Havelpolder G 2.1. 4 Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für die gesteuerte Retention Für den Amtsbereich Nennhausen werden keine derartigen Festlegungen im Regionalplanentwurf getroffen. Somit ist eine Stellungnahme entbehrlich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 1351	Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung In den textlichen und zeichnerischen Festlegungen werden infolge der untersuchten Kriterien für das Gebiet des Amtes Nennhausen und die angrenzenden Bereiche keine Windeignungsgebiete ausgewiesen. Das Amt Nennhausen meldet vorsorglich bereits jetzt starke Bedenken gegenüber Forderungen nach Ausweisung von Windeignungsgebieten für an das Amtsgebiet angrenzende Flächen durch benachbarte Kommunen an. Das Amt Nennhausen geht davon aus, dass bei einer Aufnahme weiterer Windeignungsgebiete in den Regionalplan eine erhebliche Planänderung vorliegt und somit eine erneute Beteiligung der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange erfolgt, um die Bedenken des Amtes zu konkretisieren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 20 Möthlow		
BE-ID: 1353	Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung In Vorranggebieten für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe ist bei entstehenden Nutzungskonflikten der Vorrang für den Rohstoffabbau durch die kommunale Bauleitplanung und die Fachplanung zu beachten. Planungen und Maßnahmen, die den Bergbau behindern sind ebenso wie Beeinträchtigungen der Rohstoffgewinnung in der Gegenwart und Zukunft auszuschließen. Im Gegenzug sind für die Betriebspläne Einschränkungen zu akzeptieren, die sich aus den öffentlichen Ansprüchen von Schutzgütern begründen (z. B. Grundwasserschutz, Waldflächenbilanzausgleich, Bodendenkmalschutz). Im Amtsbereich Nennhausen ist Möthlow in der Gemeinde Märkisch Luch als Vorranggebiet VR 20 für den Abbau von Kiessand im Regionalplanentwurf festgelegt. Bei einem verstärkten Abbau über das gegenwärtige Maß hinaus wird vom Amt Nennhausen von der Gemeinde Märkisch Luch die Unterstützung der Regionalplanung für verträgliche Verkehrslösungen zum Schutz der Menschen und deren Gesundheit sowie der Umwelt gefordert.	Die Darlegungen sind nachvollziehbar, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Mit dem Grundsatz 2.3.3 zur Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung trägt der Regionalplan Havelland-Fläming bereits Vorkehrung für die Minimierung von Verkehrsbelastungen, z.B. in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 G 2.3.2 VB Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 1356	G 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung: In Vorbehaltsgebieten für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe ist deren Sicherung bei der Abwägung gegenüber konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen eine besondere Wichtung einzuräumen. Andere Nutzungen werden nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Als Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung werden für den Kiessandabbau Gräningen West (VB 12) und für die Tongewinnung Nennhausen (VB 22) in den textlichen und zeichnerischen Festlegungen ausgewiesen. Für diese bisher nicht erschlossenen Abbaugebiete wird für die zukünftigen bergbaulichen Genehmigungsverfahren gefordert, dass die Regionalplanung wie im Grundsatz 2.3.3 (Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung) im Entwurf ausgeführt, auf verträgliche Verkehrslösungen für Mensch und Umwelt hinwirkt. Beeinträchtigungen für die den möglichen Abbaugebieten nah gelegenen Ortsteile Bamme und Gräningen für das Vorbehaltsgebiet Nr. 12 sowie Nennhausen und Kotzen für das Vorbehaltsgebiet Nr. 22 sind so gering wie möglich zu halten bzw. zu vermeiden.	Die Forderung in der Anwendung des Regionalplans ist nachvollziehbar. Sie bewirkt aber keine Änderung im Regionalplan. Begründung: Unter "cc) Anwendung des Grundsatzes" wird auf die Trägerbeteiligung der Regionalen Planungsgemeinschaft verwiesen. Infolge der gleichermaßen an allen Standorten ungünstigen Voraussetzungen für umweltfreundliche Transportanbindungen (Schiene, Wasserstraße) wird die Planungsgemeinschaft hier verstärkt auf alternative Verkehrslösungen hinwirken und hat dies in der Begründung, z.B. Fließbandstrecken, schon herausgestellt. Selbstverständlich wird dabei vordergründig auf zumutbare Ansteuerung zu möglichen Bahntransporten orientiert. Hinweis: Infolge der Stellungnahme des LfU zu Vorbehaltsgebieten in Landschaftsschutzgebieten wird eine Festlegung der zwei benannten Gebiete nicht mehr verfolgt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) bb) Abwägungen kommunale Planungen		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1359	Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft: Die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft soll die landwirtschaftliche Bodennutzung auf gegenüber klimatischen Veränderungen ertragreichen und ertragsstabilen Agrarflächen sichern und die Inanspruchnahme durch andere Nutzungsarten begrenzen. Im Regionalplanentwurf wird unter bb) "Abwägungen mit kommunalen Planungen" ausgeführt, dass die der Deckung des örtlichen Bedarfs dienende Siedlungstätigkeit in Vorranggebieten für die Landwirtschaft nicht generell ausgeschlossen werden soll. Dazu werden die Siedlungsgebiete in der Festlegungskarte mit einer 1 mm breiten Weißfläche umgeben, die in der Realität 100m entspricht. Im Amt Nennhausen bestehen bereits sehr große Einschränkungen für die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden infolge der Schutzgebiete, welche die Ortsteile und somit die Siedlungsgebiete eng umschließen. Das Amt Nennhausen fordert daher, den geplanten Abstand der Vorranggebiete Landwirtschaft zu den Siedlungsgebieten dahingehend zu überprüfen, dass dieser keinesfalls geringer als die bestehenden Grenzen zu den Schutzgebieten festgelegt wird, um die Einschränkungen der Gemeindeentwicklung dadurch nicht weiter zu verstärken.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Durch die Änderungen des Planungskonzepts verringern sich die in der Festlegungskarte dargestellten Vorranggebiete Landwirtschaft deutlich. An dem Abstand zwischen Siedlungsgebieten und Vorranggebieten Landwirtschaft von 100 Metern wird jedoch festgehalten. Angesichts der Siedlungs- Bevölkerungsentwicklung im Amt Nennhausen und der Vorgaben des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sind die Entwicklungsmöglichkeiten ausreichend.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ee) Feldberegnung		
BE-ID: 1360	Unter ee) Feldberegnung wird im Entwurf dargelegt, dass derzeit aus den vorliegenden Sachstandsberichten keine generelle Auswirkung der Feldberegnung auf die Entwicklung fallender Grundwasserstände abgeleitet werden kann. Infolge der hohen Anschaffungs- und Instandhaltungskosten für Brunnenanlagen und Beregnungssysteme werden entsprechend ausgerüstete Ackerflächen zusätzlich als Vorranggebiete für die Landwirtschaft festgelegt. Das Amt Nennhausen gibt zu bedenken, dass damit der weiteren Verbreitung von Feldberegnungsanlagen ideeller Vorschub geleistet wird. Die daraus entstehenden Auswirkungen auf die Absenkung der gegenwärtigen Grundwasserstände sind bisher nicht untersucht und somit auch bezüglich negativer Ergebnisse nicht absehbar. Kritisch anzumerken ist in dieser Hinsicht auch, dass es keine Vorgaben für die Bestellung der beregneten Agrarflächen gibt, d. h. keine Beschränkung auf die Erzeugung von direkt verwertbaren Lebensmitteln. Somit wird die Ressource Grundwasser auch für die Herstellung von Biomasse zur Energieherstellung ver(sch)wendet, statt die landwirtschaftliche Produktion den sich verändernden Klima- und Bodenverhältnissen anzupassen und bereits eine entsprechende Auswahl bei der Bestellung der Flächen vorzusehen.	Ursprünglich wurde bei Ortsgesprächen von einigen Gemeinden angeregt, Beregnungsflächen für die Planungssicherheit der Landwirte zu begünstigen. Hintergrund sind bereits getätigte Investitionen in Beregnungssysteme. Landwirtschaftsbetrieben mit bereits durch Beregnungsanlagen erschlossenen Ackerflächen sollten auch auf ertragsschwachen oder klimasensiblen Böden keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Die Einschätzung, dass die Feldberegnung stabile Erträge und eine höhere Qualität sichert, wurde in anderen Stellungnahmen jedoch aufgrund der geringen Wirksamkeit der Beregnung auf Böden mit geringen Ackerzahlen in Zweifel gezogen. Darüber hinaus liegen bislang nur unvollständige Daten zu den konkreten Beregnungsflächen vor. Zum einen stehen nur Informationen über die Brunnenstandorte und entnommenen Wassermengen, jedoch kein Kataster über die konkreten Beregnungsflächen zur Verfügung. Zum anderen kann nicht flächendeckend mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Feldberegnung keine direkte Auswirkung auf sinkende Grundwasserstände hat. Aus den genannten Gründen werden Feldberegnungsflächen nicht mehr im Planungskonzept berücksichtigt. Die Ansicht des Amtes Nennhausen, dass eine an die sich verändernden Klima- und Bodenverhältnisse angepasste Bewirtschaftung der Ackerflächen vorgenommen werden sollte, wird grundsätzlich geteilt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ff) Solaranlagen		
BE-ID: 1361	Im Abschnitt ff) Freiflächenanlagen zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie werden die Bedingungen für Photovoltaikfreiflächenanlagen (PVFFA) in den festgelegten Vorranggebieten Landwirtschaft im Regionalplanentwurf behandelt. Das Amt Nennhausen begrüßt grundsätzlich, dass für die Errichtung von PVFFA Ausnahmen in Vorranggebieten Landwirtschaft im Entwurf Ausnahmen zugelassen werden. Aus der bisherigen Erfahrung des Amtes Nennhausen besteht eine hohe Nachfrage für PVFFA auf bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen. Infolge der im Entwurf dargelegten niedrigen Bodenqualität im Planungsraum gegenüber dem Bundes- und auch Landesdurchschnitt sind die Eigentümer eher bereit, ihre Flächen für die Gewinnung solarer Energie zur Verfügung zu stellen. Konversionsflächen sind nicht überall vorhanden und für die Nutzung von Dachflächen finden sich kaum Interessenten als Vorhabenträger. Da die PVFFA nicht zu den privilegierten Vorhaben gem. §35 BauGB gehören kann Baurecht nur mittels Bebauungsplänen erreicht werden, deren Aufstellung der Kommune obliegt. Die Gemeinden des Amtes Nennhausen möchten ihren Beitrag zur Energiewende leisten, was aus den bereits gefassten Aufstellungsbeschlüssen für entsprechende Solaranlagen ersichtlich wird. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Einwohner*innen eine höhere Akzeptanz bezüglich Solaranlagen gegenüber Windenergieanlagen haben. Wie bereits in den vorhergehenden Ausführungen erwähnt sind die Ortslagen im Amtsbereich von Schutzgebieten, vorwiegend Landschaftsschutzgebieten (LSG), umschlossen. Demzufolge ist für jede geplante Anlage ein Zustimmungsverfahren hinsichtlich der Zulässigkeit im LSG zu führen. Die Ausweisung von Vorranggebieten Landwirtschaft verstärkt den Nutzungskonflikt für die betroffenen Gemeinden. Im Entwurf des Regionalplans wird als Lösung für den Nutzungskonflikt mit den landwirtschaftlichen Vorranggebieten die Ausbildung als Agri-Photovoltaikanlagen vorgeschlagen. Infolge der größeren erforderlichen Modulreihenabstände ergeben sich höhere Inanspruchnahmen von Flächen gegenüber konventionellen Anlagen. Weitere Hürden bestehen in den höheren Anlagen - und Unterhaltungskosten sowie der erforderlichen Bereitschaft des Landwirtes, die Flächen unter diesen besonderen Bedingungen zu bewirtschaften. Die derzeitige Situation in Europa und der Welt zeigt auf, dass in nächster Zeit auch in Deutschland weitere Änderungen von Gesetzen und Vorgaben in Bezug auf das zügigere Erreichen der klima- und energiepolitischen Ziele zu erwarten sind. Da die Festlegungen des Regionalplans für einen Zeitraum von 15-20 Jahren ausgelegt sind, wird es aus Sicht des Amtes Nennhausen einen früheren Anpassungsbedarf geben, dem seitens der Regionalplanung nachgekommen werden sollte, um die notwendigen Entwicklungen und Vorhaben nicht zu be- bzw. verhindern.	Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Siehe dazu auch BE ID 1359.
TÖB-Nr.: 16 / Amt Niemegk		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2610	die Gemeinde Mühlenfließ hat am 30.11.2021 beschlossen, den Bebauungsplan „Solarpark Haseloff Südost" aufzustellen und am 08.02.2022 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niemegk beschlossen, direkt angrenzend den Bebauungsplan "Solarpark Niemegk Ost" aufzustellen. Als Anlage zu diesem Schreiben haben wir die beiden Lagepläne (M 1:10.000) aus den Aufstellungsbeschlüssen beigefügt. Das Plangebiet in Mühlenfließ ist ca. 79,5 ha groß mit etwa 60 ha Sonstigem Sondergebiet „Solar" wohingegen das Plangebiet in Niemegk eine Fläche von ca. 8,2 ha beansprucht. Im Westen der Plangebiete befinden sich sowohl auf Niemegker, wie auf Mühlenfließer Gebiet Wlndkraftanlagen, für die momentan Bebauungspläne für Windkraftrepoweringverfahren in Aufstellung sind. Somit ist dieser Landschaftsraum an der Grenze zwischen Niemegk und Mühlenfließ bereits technisch überformt. Sowohl	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
die Stadt Niemegk wie auch die Gemeinde Mühlenfließ haben erhebliche Bedenken gegen den Entwurf des Regionalplans Havelland-Flärning-3.0 und können nicht nachvollziehen, dass große Teile beider Plangebiete im Entwurf des Regionalplans, Bereich Landwirtschaft als „Vorrangfläche für Landwirtschaft". dargestellt werden sollen. Diese stellen aus Sicht beider Kommunen eher eine „technisch-rechnerisch und am grünen Tisch ermittelte Vorrangfläche" dar, die sich in den Begebenheiten vor Ort und den Erfahrungen zur Ertragsfähigkeit nicht wiederfindet. Gerade wegen der schlechten, bzw. unsicheren Ertragssicherheit und der stark mit eiszeitlichen Steinen durchsetzen Böden, haben sich beide Kommunen entschieden, genau in diesen Bereichen die Bebauungspläne für PV-Freiflächenanlagen aufzustellen. Wir fordern daher die Regionalplanung auf, hier auf die Darstellung von Vorrangflächen für Landwirtschaft zu verzichten. Sollte die Regionalplanung dieser Anregung nicht folgen, so fordern wir, dass die Ausnahme für eine Bebauung mit PV-Freiflächenanlagen nicht daran geknüpft wird, hier nach strengen Regeln nur eine sogenannte Agri-Photovoltaik zuzulassen. In Abstimmung mit dem Landeigentümer, der auch Mitbetreiber der Anlagen ist, werden beide Kommunen Festsetzungen treffen, die eine Doppelnutzung durch PV-Anlagen mit Landwirtschaft, hier einer entsprechenden Tierhaltung, sicherstellt. Die Flächen werden zukünftig durch etwa 500 Schafe beweidet, deren Fleisch- und Wollevermarktung durch regionale Landwirte und einen Metzger erfolgt. In der im Wesentlichen betroffenen Gemeinde Mühlenfließ hat es vor dem Aufstellungsbeschluss einen mehrmonatigen Diskussionsprozess nicht nur mit den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern, sondern auch mit den Einwohnern, besonders des betroffenen Ortsteils Haseloff, gegeben. Durch die PV-Anlage und die dafür geeignete landwirtschaftliche Nutzung werden örtliche Betriebe wirtschaftlich gestärkt und so dient auch der Ertrag aus der Stromerzeugung durch PV Freiflächenanlage der Stärkung der örtlichen landwirtschaftlichen Betriebe und damit auch der Sicherung dortiger Arbeitsplätze. Auch den Gemeinden ist bekannt, dass es in Teilen der Flächen keine gesicherte Ertragsfähigkeit gibt, da es dort innerhalb der letzten fünf Jahre sogar zwei Totalernteausfälle der nach Biokriterien erzeugten Aussaaten gab. Was nützt es dann formal und rein theoretisch ein landwirtschaftliches Vorranggebiet zu sein, wenn es die stete Gefahr von wirtschaftlichen Ausfällen gibt. Aus Sicht der Gemeinden ist die Sicherung der örtlichen landwirtschaftlichen Betriebe, die letztlich auch wichtige Steuerzahler in den Gemeinden darstellen, ein bedeutsamer Gesichtspunkt für eine Planaufstellung. Insbesondere nach dem durch Russland ausgelösten Krieg in der Ukraine mit der nun allgemeinen anerkannten Erforderlichkeit von den Gas- und Öllieferungen aus Russland unabhängig zu werden, sehen nicht nur die örtlichen Gemeinden, sondern auch deren Einwohnerinnen und Einwohner das überragende und hohe Interesse auch durch PV-Freiflächenanlagen eine für Deutschland und auch für die Region gesicherte Energieversorgung zu gewährleisten. Auf der mit PV-Freiflächenanlagen überbauten Fläche könnten aufgrund der dafür überwiegend nicht geeigneten Böden auch nicht große Weizenfelder angelegt werden, welche den fehlenden Weizenimport aus der Ukraine und Russland ersetzen könnten. Stattdessen gibt es eine andere landwirtschaftliche Nutzung der Flächen sowohl durch Schafbeweidung wie auch durch partielle Heuproduktion. Darüber hinaus werden sowohl die Stadt Niemegk wie auch die Gemeinde Mühlenfließ grünordnerische Festsetzungen treffen, die über das hinausgehen, was als Kompensation für den Eingriff in Natur und Landschaft und die Bodenversiegelung erforderlich ist. An den Rändern der Felder mit den PV-Modulen und jeweils an den Wegerändern werden 5,0 m breite Flächen zum Anpflanzen von standortgerechten Gehölzen festgesetzt, die dann bis zu einer Höhe von 3,5 m wachsen können und dort dann regelmäßig geschnitten werden. Außerdem ist der Grundeigentümer der überplanten Flächen bereit, im nördlichen Bereich, dann am dortigen Waldrand, einen kleinen Rundwanderweg, vielleicht auch mit Aussichtspunkt und einem Informationspunkt, kombiniert mit einem Rastplatz anzulegen und zu pflegen. Damit diese Maßnahmen auch tatsächlich durchgeführt werden, wird das Amt mit dem Vorhabenträger für die Gesamtanlage rechtzeitig	Landwirtschaft zu entnehmen. Die Bebauungspläne "PV Haseloff Südost-Haseloff" und "PV Niemegk Ost-Haseloff" der betreffenden Solarparks befinden sich im Verfahren und werden als Belange kommunaler Planung berücksichtigt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vor den jeweiligen Satzungsbeschlüssen entsprechende städtebauliche Verträge abschließen. Wir sind der Auffassung, dass die Regionalplanung weder die örtliche Situation ignorieren kann, wo es seit Jahren vor Ort deutlich wurde, dass die jetzt überplanten Flächen in der Realität keine guten landwirtschaftlichen Flächen mit einer gesicherten Ertragssituation sind, noch die aktuellen übergeordneten nationalen und europäischen Interessen einer örtlich, regional und national gesicherten Energieversorgung. Wir fordern die Regionale Planungsgemeinschaft daher auf, im Gebiet der beiden Bebauungspläne in Niemegk und Mühlenfließ auf die Festlegung eines Vorranggebietes für Landwirtschaft zu verzichten.	
TÖB-Nr.: 17 / Amt Rhinow		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1908	Zum Grundsatz 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung: Die Darstellung der Ortslage Hohennauen in der Festlegungskarte entspricht nicht wie im Entwurf erläutert, den Festsetzungen im Flächennutzungsplan der Gemeinde Seeblick. Die teilweise schon bebaute Ortslage nord-westlich der B 102 ist in der Karte nicht korrekt erfasst. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Seeblick ist im Geoportal Amt Rhinow abrufbar. In der Anlage erhalten Sie auch einen Auszug aus dem FNP Seeblick. Die Ortslagen sollten generell entsprechend den Flächennutzungsplänen in der Festlegungskarte des Regionalplanes dargestellt werden.	Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Im Bereich der Ortslage Hohennauen wird das Vorbehaltsgebiet Siedlung unter Beachtung des Planungskonzeptes angepasst. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung bereits auf konfliktarme Lagen ab. Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung erfolgt keine Flächenfestlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. In diesem Prozess werden hier auch Freiraumfestlegungen und Festlegungen zum Hochwasserschutz entsprechend berücksichtigt. Die Absicht besteht nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen, die jedoch für Hohennauen weitgehend erfolgt ist. Hinweis: Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 1909	Dabei wäre eine exakte und nachvollziehbare Abgrenzung des Freiaumverbundes von den Siedlungsbereichen sinnvoll. Wenn die Darstellung des Freiraumverbundes aufgrund des Maßstabes der Festlegungskarte nicht möglich ist, muss der Verlauf des Freiraumverbundes zum Siedlungsbereich verbal beschrieben oder konkret erläutert werden. Angeregt wird auch für die Landesplanung einen Bereich um Siedlungen abzugrenzen, in dem landesplanerische Belange in der Regel nicht berührt werden. Die Nichtbestimmbarkeit des Freiraumverbundes ist nicht akzeptabel.	Die Anregung ist nachvollziehbar, ihr kann wegen fehlender Zuständigkeit jedoch nicht gefolgt werden. Plangeber des nach LEP HR als Ziel 6.2 festgesetzten Freiraumverbundes sind die Länder Berlin und Brandenburg.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1910	Zum Grundsatz 2.1.1 Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz Die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Hochwasserschutz darf nicht dazu führen, dass bestehende technische Infrastruktur (Straßen und Wege) in diesen Bereichen nicht instandgesetzt bzw. neu errichtet werden darf.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Bedenken sind unbegründet. Den Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zum Vorbeugenden Hochwasserschutz (G 2.1.1 - G 2.1.4) sind im Rahmen der Abwägung besonderes Gewicht beizumessen (§7 Abs. 3 ROG). Sie sollen dazu führen, dass potenzielle Hochwassergefahren und vorsorgende Maßnahmen bei allen Planungen und Maßnahmen stärker

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		berücksichtigt werden, um eine Vermeidung bzw. Verringerung von Hochwasser bedingten Schäden zu gewährleisten.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1907	Vorbemerkung: Die weitreichenden Änderungen der Genehmigungsvoraussetzungen für Windkraftanlagen auf Bundesebene sollten dazu führen, die vorliegende Planung in diesem Punkt zu überarbeiten und erneut auszulegen. Ein Regionalplan der nicht berücksichtigt, dass Windkraftanlagen regelmäßig auch in Landschaftsschutzgebieten zugelassen werden können, kann seine Aufgabe nicht erfüllen. Wird das Verfahren für die Aufstellung des Regionalplanes ohne Berücksichtigung dieser Änderungen weitergeführt, so ist der Plan schon vor seinem Inkrafttreten überholt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 1911	Zum Ziel 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft Die Gemeinde Seeblick hat einen Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Solarpark" Hohennauen gefasst. Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 77 ha. Das Plangebiet umfasst teilweise das Vorranggebiet Landwirtschaft in diesem Bereich. Das Plangebiet wird zur Kenntnis beigefügt. In der Gemeinde Gallenberg wurde ebenfalls die Aufstellung eines B-Planes für einen Solarpark mit einer Größe von ca. 120 ha beschlossen. Das Plangebiet liegt ebenfalls im Vorranggebiet Landwirtschaft. Das Plangebiet ist zur Kenntnis beigefügt. Für beide Projekte ist noch nicht bestimmt, ob es sich bei den Anlagen um eine APV handeln wird.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde geändert. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans „Solarpark Hohennauen" ist dadurch nicht mehr betroffen.
TÖB-Nr.: 19 / Amt Ziesar		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1253	Im Rahmen des Beteiligungs- und Auslegungsverfahrens nimmt das Amt Ziesar wie folgt Stellung. Durch den offengelegten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sehen wir durch die Vielzahl der festgelegten Unterschutzstellungen die Entwicklungsmöglichkeiten der amtsangehörigen Gemeinden übermäßig stark eingeschränkt. Den Gemeinden bleiben kaum Möglichkeiten ihr Planungsrecht wahrzunehmen. Eine wirtschaftliche Weiterentwicklung mit den noch nicht überplanten Gemarkungsflächen von schätzungsweise 5 ... 10 % ist nahezu ausgeschlossen. Im Anhang finden Sie eine Skizze, anhand derer beispielhaft für das Stadtgebiet Ziesar deutlich gemacht werden soll, welche Bereiche nicht bestimmten Schutzzielen unterworfen sind. Anlagen: Skizze Stadtgebiet Ziesar	Die Bedenken werden teilweise berücksichtigt. Auf die skizzierten Schutzgebietsausweisungen im Stadtgebiet Ziesar kann im Rahmen der Regionalplanung kein Einfluss genommen werden. Die Gebietskulisse der Vorranggebiete für die Landwirtschaft wurde überarbeitet, da nunmehr geänderte Bewertungskriterien der Festlegung zu Grunde gelegt wurden. Im Ergebnis verringert sich die Fläche, die im Stadtgebiet Ziesar für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Landwirtschaft vorgesehen ist, insbesondere im Bereich Hellgrund, südlich der Ortslage Glienicke und östlich des Gewerbegebiets an der L 93.
TÖB-Nr.: 20 / Gemeinde Am Mellensee		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1912	Bereich Siedlungsentwicklung: Die Gemeinde Am Mellensee hat, entgegen der noch vor 8 Jahren prognostizierten negativen demographischen Entwicklung, einen hohen Zuzug verbunden mit entsprechenden Baumaßnahmen zu verzeichnen. Die durch die Regelungen der Gemeinsamen Landesplanung (Erweiterung im Außenbereich für Wohnbebauung von 5% innerhalb von 10 Jahren) werden in absehbarer Zeit dieser Entwicklung entgegenstehen. Der zunehmende Flächenbedarf durch die steigende Nachfrage nach Baugrund,	Der Sachverhalt ist nachvollziehbar, ihm kann wegen fehlender Zuständigkeit jedoch nicht gefolgt werden. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung werden unabhängig von Wachstumsfestsetzungen übergeordneter Landespläne Flächen herausgestellt, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	im Zusammenhang mit den Ansiedlungen von Gewerbestandorten im südlichen Berliner Umland setzt sich fort. Eine Innenverdichtung ist nur noch begrenzt möglich. Daher wird empfohlen die angesprochene Festlegung zur demografischen Entwicklung zu überprüfen.	besonders geeignet sind und so den Kommunen nachhaltige Entwicklungsoptionen aufgezeigt. Plangeber des LEP HR mit den von der Gemeinde aufgeführten Möglichkeiten für die Siedlungsentwicklung (Ziel 5.5 und 5.7 LEP HR) sind die Länder Berlin und Brandenburg.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1913	Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: Durch den Sachbereich Wirtschaftsförderung erhält die Gemeinde Am Mellensee vermehrt Anfragen von Unternehmen aus verschiedenen Branchen zur Bereitstellung von Gewerbeflächen. Der Flächenbedarf besonders im südlich der A10 steigt stetig. Es wird empfohlen, im Zusammenhang mit der zu erwartenden zukünftigen Nutzung der Konversionsfläche Sperenberg / Kummersdorf-Gut eine Ausweisung von Potenzialflächen für gewerbliche Nutzung auszuweisen. Durch den abgeschlossenen Ausbau der B101 bis einschließlich Kloster Zinna, bietet diese Fläche eine sehr gute verkehrstechnische Anbindung für Unternehmen.	Der Anregung, die Konversionsfläche Sperenberg/Kummersdorf Gut als „Potentialfläche für gewerbliche Nutzung“ festzulegen, kann nicht gefolgt werden. Durch den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 werden gemäß Aufstellungsbeschluss vom 27.09.2019 keine regionalen gewerblichen Standorte festgelegt. Für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte gemäß des Ziels 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP-HR) ist der Standort Sperenberg/Kummersdorf Gut nach den Kriterien des Planungskonzepts ungeeignet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 08 Kummersdorf-Gut		
BE-ID: 1914	Bereich Windenergienutzung Wie allen Beteiligten bekannt ist, war über Jahre eine Nutzung der Konversionsfläche Kummersdorf-Gut Sperenberg für Projekte im Rahmen der Energiewende (Windkraftanlagen) durch die Nichtausweisung im vorherigen Regionalplan ausgeschlossen. Das Land Brandenburg als Grundstückseigentümer einer Konversionsfläche von ca. 3.800 ha ist durch die aktuellen Entwicklungen verpflichtet, zur Umsetzung der Bundes- und Landesziele der Energiewende und der nationalen Wasserstoffstrategie diese Liegenschaft zur Erzeugung erneuerbarer Energie bereit zu stellen. Die Nichtberücksichtigung im vorherigen Regionalplan war auch der Hauptgrund der Nichtumsetzbarkeit der Ergebnisse der seit 2018 vorliegenden Entwicklungsstudie des MWE zur Nutzung der Liegenschaft für die Errichtung von WEA verbunden mit einer weiteren wirtschaftlichen Nutzung. Dieses Ausschlusskriterium besteht im jetzigen Entwurf des Regionalplans Havelland- Fläming 3.0 nicht mehr. Dies wird durch die Gemeinde Am Mellensee ausdrücklich unterstützt. Einzig der Standpunkt der unteren Denkmalschutzbehörde mit der Forderung des kompletten Streichens des WEG 08 würde eine Nutzung zur Erzeugung grünen Stroms verhindern. Die aktuelle Situation der Verschärfung der Klimakrise und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine macht es zwingend erforderlich, Potenzialflächen wie das WEG 08 zeitnah zur Erzeugung von grüner Energie bereitzustellen. Dennoch werden all diese geopolitischen Zwänge durch die Forderung der unteren Denkmalschutzbehörde ignoriert und eine vollständige Entfernung des WEG 08 aus den Regionalplan gefordert. Diese Forderung wird durch die Gemeinde Am Mellensee scharf kritisiert und abgelehnt. Wie auch die Gemeinde Nuthe Urstromtal weisen wir darauf hin, dass bereits in mehreren Entwürfen des Regionalplanes diese Fläche geprüft wurde und Bestandteil der Entwurfskarten war. Die Arbeitsweise der Regionalen Planungsgemeinschaft bei der Prüfung der Gebiete erfolgte mit der Anwendung anerkannter Prüfmethoden. Im Ergebnis wurden die Flächen als Windeignungsgebiet ausgewiesen. Zum Thema Naturschutz ist zu sagen, dass im Zulassungsverfahren zur Errichtung von WKA jeder Standort einer Umweltprüfung unterzogen werden muss. Daher wird der Bau von Windkraftlagen nicht an jeder Stelle des WEG möglich sein, da es hier auch zu Ausschlusskriterien kommen kann. Wenn der Denkmalschutz gewillt wäre die Komplettverhinderung aufzugeben und dafür ausgewählte Objekte zu benennen, die einen	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	besonderen Wert zur Darstellung der historischen Bedeutung der Liegenschaft haben, ist eine Nutzung für Erneuerbarer Energie, als auch der Aspekt des Naturschutzes auf diesem Areal nicht nur denkbar, sondern eine greifbare Möglichkeit das Kulturgut langfristig zu erhalten und nicht weiter den Verfall durch Untätigkeit erleben zu müssen. Mit der Freigabe der Fläche zur wirtschaftlichen Nutzung würde nicht nur eine Begehbarkeit der Liegenschaft für Besuchergruppen im Rahmen von Besichtigungen der Historischen Exponate ermöglicht. Die Gemeinden Nuthe Urstromtal und Am Mellensee würden durch die Festlegungen des EEG finanzielle Spielräume erhalten um dringende Investitionen in kommunale Infrastruktur zu ermöglichen. (kommunale Beteiligung 0,2 et je kWh) Die Potenziale dieser Fläche für eine erlebbare touristische Nutzung der Besonderheiten des Naturschutzes und des Denkmalschutzes ist aktuell durch das Verhindern einer wirtschaftlichen Nutzung nicht gegeben. Die großen Gefahren, die von dieser Fläche für die umliegenden Ortschaften im Bereich Waldbrand bestehen hat für die Träger des Brandschutzes ein nicht kalkulierbares Risiko für Leib und Leben der Einsatzkräfte und die Folgen sind finanziell nicht zu ermessen. Nur eine technische Erschließung verbunden mit einer gezielten Beräumung der Haupttrassen würde dieses Gefahrenpotenzial reduzieren. Die Potenziale dieser Fläche für die Standortkommunen, den Landkreis, das Land Brandenburg und auch für den Bund müssen nicht zuletzt durch die aktuelle geopolitische Lage umgehend erschlossen werden. Die Gemeinden Nuthe Urstromtal und Am Mellensee stehen dafür bereit. Der vorliegende Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3. 0 schafft dafür die Grundlage und wird somit vollumfänglich durch die Gemeinde Am Mellensee bestätigt. Durch die zu erwartenden Überarbeitungen des EEG zum Thema Flächenbereitstellung von 2% der Landesfläche für die Errichtung von WKA und die Anpassung der Ausschlusskriterien ist von einer Erweiterung der Gesamtfläche des WEG 08 auszugehen. Dies sollte im Rahmen der Abwägung zur aktuellen Auslegung des Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 betrachtet werden. Die Einbeziehung der, durch den Teil FNP Wind der Gemeinde Am Mellensee, ausgewiesenen Potenzialfläche 3 scheint angebracht.	
TÖB-Nr.: 22 / Stadt Beelitz		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1850	Die Stadt Beelitz begrüßt die erweiterte Ausweisung der nordöstlich der Landesstraße 88 gelegenen Siedlungsfläche in Beelitz-Heilstätten als Vorbehaltsgebiet Siedlung (G 1.1) mit besonderem Gewicht. Diese Fläche stellt einen essentiellen Bestandteil für die Gesamtentwicklung des Standorts dar und ermöglicht im Sinne des LEP HR G 5.8 perspektivisch die Bedarfsdeckung an gut angebundenen Wohnraum im Stadtgebiet.	Kenntnisnahme. Hinweis: In Auswertung der Stellungnahmen des Landesbetriebes Forst sowie der Umweltbehörden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wurden einige Bereiche der Vorbehaltsgebiete Siedlung wegen Konflikten mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen und dem LSG "Potsdamer Wald- und Havelseengebiet" reduziert. Das betrifft nicht den BA2 Beelitz-Heilstätten.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 16 Reesdorf		
BE-ID: 1851	Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Stadt vom 03.03.2021 zur frühzeitigen Beteiligung über die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung und die Berücksichtigung in der Abwägungstabelle unter Satz-Nr. 26-1 und 26-2 mit Stand vom 11.02.2022 sollte der Sachverhalt über die Genehmigungsstände zu den WEA in der Potentialfläche 16 Reesdorf ergänzt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1852	Für die von Notus energy Plan GmbH & Co. KG auf Neugenehmigung beantragten WEA 23 und WEA 34 südlich der Bahntrasse hat das Landesamt für Umwelt mit Schreiben vom 02.12.2021 einen Ablehnungsbescheid erlassen. Begründet wurde die Entscheidung mit der ablehnenden Stellungnahme des Landesbetriebes Forst Brandenburg als untere Forstbehörde, der die Erhaltung des betroffenen Waldes zur Gewährleistung der Erholungsfunktion, überwiegend im öffentlichen Interesse sieht. Die Belange der Allgemeinheit überwiegen hier den wirtschaftlichen Interessen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1853	Die im derzeit laufenden Klageverfahren stehenden WEA 16, 17, 18, 19, 21 u. 22 nördlich der Wetzlaer Bahn der Forst Reesdorf GbR befinden sich gem. Geodatenportal des Landesbetrieb Forst Brandenburg ebenfalls auf Waldflächen mit Erholungsfunktion. Auf dem dargestellten potenziellen Windeignungsgebiet 16 wurde aufgrund der zuvor und in der Stellungnahme vom 03.03.2021 dargelegten Genehmigungsstände bisher nicht eine WEA errichtet, sodass der Belang B 20 (Bestehende Windenergieanlagen) in der Beschreibung irreführend ist. Das Vorhandensein von anderen WEA, wie im Anhang C2, Punkt 1.06 dargestellt wird, ist nicht zutreffend.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1854	Die Stadt lehnt das entsprechend ausgewiesene Eignungsgebiet für die Windenergienutzung weiterhin ab.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 30 / Gemeinde Brieselang		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 2394	Mit Beschluss des Ausschusses zur Gemeindeentwicklung vom 20.06.2022 nimmt die Gemeinde Brieselang den von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming beschlossenen Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wie folgt Stellung: zu Z 2.3 „Z 2.3 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte - Festlegung durch die Regionalplanung für großflächige gewerblich-industrielle Vorhaben sind im Land Brandenburg in den Regionalplänen geeignete Standorte festzulegen." [...] Durch die Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte sollen geeignete Flächen für gewerblich-industrielle Nutzungen mit herausgehobener Bedeutung für die jeweilige Region vorgehalten werden. In Ergänzung zu den durch die Bauleitplanung für die kurz- und mittelfristige Nachfrage zu entwickelnden kleinen und mittleren Gewerbegebieten dienen gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte der langfristigen Flächensicherung für gewerblich- industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf. Die	Die zustimmenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Vorsorgefunktion wird insbesondere dadurch erfüllt, dass diese Standorte auch von kleinteiligen gewerblichen Nutzungen weitgehend freizuhalten sind. Großfläche gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte sollen ansiedlungswilligen Unternehmen nachfragenah zur Verfügung stehen. In jeder Region sind für diese Funktion nur wenige, besonders geeignete Standorte auszuwählen. Für die Standortauswahl sind in der Begründung des Zieles 2.3 des LEP HR besondere Kriterien vorgegeben. ([30] Anlage S. 37) [...] [...] In Vorbereitung auf die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wurde die complan Kommunalberatung GmbH Potsdam bereits 2017 damit beauftragt, zu überprüfen, ob diese Standorte nach den Kriterien des - damals noch als Entwurf vorliegenden - LEP HR für eine Neufestlegung in Frage kommen. Zu diesem Zweck wurden die in der Begründung zum Ziel 2.3 des L EP HR angegebenen Kriterien durch die Beauftragte operationalisiert und mit geeigneten Indikatoren untersetzt. ([45] S. 4) Zusätzlich war die complan Kommunalberatung beauftragt, vier weitere Standorte, die nach damaliger Einschätzung durch die Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming als GIV in Betracht zu ziehen waren, in die Untersuchung einzubeziehen. [...] Das betrifft unter anderem den Standort - Brieselang - westlich der Brieselanger Teilfläche des GVZ Berlin West und der Bundesautobahn A 10. Im Ergebnis der Voruntersuchung gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (GIV) wird der Standort Brieselang mit „geeignet" bewertet. [Hinweis Erfasserin: Auszug aus Voruntersuchung zu gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (GIV) durch complan Kommunalberatung, Tabelle 1, Darstellung für bessere Lesbarkeit verändert] Tabelle 1 Ergebnisse der Voruntersuchung GIV (complan 2017) Standort / geeignet Brieselang - Westlich des GVZ West Ludwigsfelde - Südlich Berliner Ring u. östlich B 101 Potsdam-Nord - Zwischen Havelkanal und BAB A 10 Teltow - Westliche Erweiterung GVZ Berlin-Süd Großbeeren Standort / bedingt geeignet Brück - östlich Gewerbegebiet Brück-Linthe Jüterbog - Forst Zinna Nauen/Brieselang - Östlich des Gewerbegebiets Nauen-Ost Wustermark -zwischen Havelkanal und BAB A 10 Standort / nicht geeignet Beelitz - Südlich des Ortsteils Fichtenwalde Brandenburg an der Havel - Flugplatz Briest Brandenburg an der Havel - Ortsteil Kirchmöser Potsdam - Standort ,,SAGO" Premnitz - Industriepark Premnitz Die Einschätzung ist aus Sicht der Gemeinde Brieselang zu begrüßen. Die Festlegung ist uneingeschränkt beizubehalten.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / VIII. Festlegungskarte		
BE-ID: 2395	zur Kartendarstellung Der „Gestaltungsraum Siedlung" (Schraffur - rote Kreise) wurde im Zuge der Erarbeitung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nachrichtlich aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) übernommen. Hinsichtlich der Kartendarstellung wird angemerkt, dass auf Grund der unmittelbaren Nähe zum Berliner Ring A 10 und der damit verbundenen Möglichkeit zu einer kurzen und direkten verkehrlichen Anbindung der Standort GVZ Brieselang besonders gute Voraussetzungen für die Ansiedlung weiterer Unternehmen bietet. Auf Grund der nur begrenzten Ansiedlungspotentiale im bestehenden GVZ ist für die Gemeindevertretung die Erweiterung des GVZ insbesondere westlich der Autobahn eine mögliche Option. Insbesondere weil das bestehende GVZ Brieselang bereits mit einer entsprechenden Schraffur belegt ist, erscheint es vor dem Hintergrund weiterer Unternehmensansiedlungen nur folgerichtig, den Bereich westlich der A 10 bis hin zur L 161 ebenso mit einer gleichwertigen Schraffur zu versehen. (Anlage) Weiterhin ist die Darstellung südlich der L202/ Zeestower Chausee zu reflektieren. Aus Sicht der Gemeinde Brieselang handelt es sich bei dem mit der Siedlungsschraffur belegten Fläche um Ackerland bzw. Grünlandflächen. Auch wäre eine deutliche Abgrenzung zum südlich gelegenen Gewerbegebiet in der Gemeinde Wustermark wünschenswert. Anlage 1 Abb. 1: Aktuelle Darstellung im Regionalplans Abb. 2: Änderungsvorschlag Aktuelle Darstellung im Regionalplan: Änderung der Flächendarstellung von einem festlegungsfreien Bereich (ohne Schraffur) zu „Gestaltungsraum Siedlung" aufgrund der zukünftigen Weiterentwicklung des Gewebegebietes Änderung der	Der Anregung, die Darstellung des Gestaltungsraums Siedlung gemäß Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der Festlegungskarte des Regionalplans zu ändern, wird nicht gefolgt. Beim Gestaltungsraum Siedlung handelt es sich um eine letztabgewogene und verbindliche Festlegung des Landesentwicklungsplans Hauptstandregion Berlin-Brandenburg (Ziel 5.6). Die Darstellung in der Festlegungskarte des Regionalplans erfolgt nachrichtlich. Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die festgelegten Ziele des übergeordneten Landesentwicklungsplans zu beachten und verfügt nicht über die Befugnis, diese zu ändern. (§ 4 Absatz 1 Raumordnungsgesetz)

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Flächendarstellung von „Gestaltungsraum Siedlung" in einen festlegungsfreien Bereich (ohne Schraffur). Für die Darstellung des „Vorbehaltsgebietes vorbeugender Hochwasserschutz" erfolgt keine Änderung (blaue Schraffur).	
TÖB-Nr.: 33 / Stadt Dahme/Mark		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 278	Die weiteren Festsetzungen, wie die landesplanerischen Freiraumverbundflächen sind konkretisiert worden, bzw. wie die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung oder gewerblich- industrielle Vorsorgestandorte, betreffen das Stadtgebiet nicht oder nur marginal.	Die Unbetroffenheit des Amtes Dahme/Mark in den genannten Belangen wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 276	Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung erfolgt auf Basis des Kriterienkonzeptes für einige Ortsteile (Niebendorf-Heinsdorf, Gebersdorf, Zagelsdorf, Rosenthal sowie Dahme/Mark) der Stadt, jedoch vielmehr durch Erfüllung von Erreichbarkeitsmerkmalen als durch Erfüllung der tatsächlichen Ausstattungsmerkmale (Verfügbarkeit Schule Primärstufe, Kita, Einzelhandel, Allgemein- oder Zahnmediziner).	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Wie zutreffend festgestellt wird, beruht das Planungskonzept zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung auf Ausstattungsmerkmalen in Orten mit lokalen Versorgungsansätzen und darüber hinausreichende Erreichbarkeiten dieser. Eine Planänderung wird nicht angeregt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 273	Die Stadt Dahme/Mark begrüßt die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft die im Vorfeld analysierten Potenzialflächen 1O „Niendorf", 13 „Schöna-Kolpien West" sowie 41 „Schöna Kolpien Ost" nicht als Windeignungsgebiete festzulegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 271	Im Hinblick auf die Windenergienutzung werden für das Stadtgebiet der Stadt Dahme/Mark nach vorliegendem Entwurf drei Windeignungsgebiete (WEG) ausgewiesen. Es handelt sich dabei um die Windeignungsgebiete 31 „Petkus-Wahlsdorf, 32 ,,Hohenseefeld", sowie 17 „Dahme/Mark Ost". Die WEG umfassen im Wesentlichen die ehemaligen Windeignungsgebiete aus dem Regionalplan Havelland-Fläming 2020 sowie die im Flächennutzungsplan der Stadt Dahme/Mark festgesetzten Konzentrationszonen für die Windenergienutzung. Abweichungen herrschen lediglich im Randbereich auf Basis des beabsichtigten erhöhten Siedlungsabstandes von 1.100 m.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 272	Die Stadt Dahme/Mark begrüßt die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft die im Vorfeld analysierten Potenzialflächen 10 „Niendorf", 13 „Schöna-Kolpien West" sowie 41 „Schöna Kolpien Ost" nicht als Windeignungsgebiete festzulegen.	Der Hinweis betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 275	Die Vorranggebiete für die Landwirtschaft werden mit einer Ackerzahl von mindestens 24 festgesetzt. Ziel der Vorranggebiete für die Landwirtschaft ist es, diese Flächen für die landwirtschaftliche Produktion vor anderen lnanspruchnahmen oder Nutzungen zu schützen. Demnach sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf diesen Flächen nur in Ausnahmefällen, nämlich wenn sie in einer Weise errichtet werden, welche die landwirtschaftliche Bodennutzung in geringerem Maße beeinträchtigt (bspw. Agri-Photovoltaik), zugelassen werden. Diese Festsetzung ist wichtig, um raumbedeutsame Nutzungen auf Flächen außerhalb dieser Vorranggebiete zu lenken. Demnach gibt der Regionalplanentwurf mit der Festlegung von Vorranggebieten für die landwirtschaftliche Bodennutzung einen räumlichen Rahmen für den Umgang der Kommunen mit der bestehenden Nachfragesituation im Hinblick auf die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung der solaren Strahlungsenergie (PV-Anlagen). Diese Festsetzung wird durch die Stadt grundsätzlich begrüßt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Seitens der Stellungnehmerin erfolgt eine Zustimmung bezüglich der im Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 getroffenen Festlegung Vorranggebiete für die Landwirtschaft.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 274	Darüber hinaus legt die Stadt Dahme/Mark großen Wert auf das Restriktionskriterium „5-km-Abstand zwischen Windeignungsgebieten", insbesondere die regelmäßige Anwendung des Kriteriums, um landschaftliche Ruhezonen zu schaffen, und die Gefahr zu bannen, dass betroffene Landschaftsräume als von Windenergieanlagen dominiert wahrgenommen werden, liegt hier im Fokus.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Durch die Einwenderin erfolgt eine Zustimmung zur Anwendung des im Regionalplan Havelland-Fläming festgelegten Kriterium B 30 „ 5km Mindestabstand zwischen Außengrenzen benachbarter Eignungsgebiete“.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 277	Ebenfalls zu begrüßen ist die Übernahme der Darstellung des Ortsteils Dahme/Mark als Grundfunktionalen Schwerpunkt als dem Teilregionalplan. Für die als Grundfunktionale Schwerpunkte festgelegten Ortsteile wird zusätzlich zur Eigenentwicklung der Gemeinde nach Z 5.5 eine Wachstumsreserve in einem Umfang von bis zu 2 Hektar/1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand 31. Dezember 2018) der jeweiligen Grundfunktionalen Schwerpunkte für einen Zeitraum von zehn Jahren für zusätzliche Wohnsiedlungsflächen festgelegt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die in der Festlegungskarte des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 dargestellten Grundfunktionale Schwerpunkte sind eine nachrichtliche Übernahme aus dem Sachlichen Teilregionalplan Havelland-Fläming „Grundfunktionale Schwerpunkte“ und übernehmen lediglich eine Hinweisfunktion in der Karte. Sie sind nicht Regelungsgegenstand des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.
TÖB-Nr.: 34 / Gemeinde Dahmetal		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 331	Die weiteren Festsetzungen, wie die landesplanerischen Freiraumverbundflächen sind konkretisiert worden, bzw. wie die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung, gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte oder Vorbehaltsgebiete Siedlung betreffen die Gemeinde Dahmetal nicht direkt.	Die Hinweise zur Betroffenheit der Gemeinde Dahmetal werden zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / II.3 Bisheriges Verfahren		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 328	Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in ihrer Sitzung vom 18.11.2021 den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung, sowie den zugehörigen Umweltbericht gebilligt und die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens und die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Abs. 2 Bundesraumordnungsgesetz (ROG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohle- und Sanierungsplanung (RegBkPlG) beschlossen.	Die Hinweise zum Stand der Regionalplanung werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 17 Dahme/Mark-Ost		
BE-ID: 329	In diesem Rahmen gibt die Gemeinde Dahmetal fristgemäß bis 09.06.2022 folgende Stellungnahme ab: Im Hinblick auf die Windenergienutzung wird für das Gemeindegebiet der Gemeinde Dahmetal nach vorliegendem Entwurf ein Windeignungsgebiet ausgewiesen. Es handelt sich dabei um Teile des Windeignungsgebietes 17 „Dahme/Mark-Ost". Dieses umfasst im Wesentlichen das ehemalige Windeignungsgebiet 40 aus dem Regionalplan Havelland-Fläming 2020 sowie die im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Dahmetal festgesetzte Konzentrationszone für die Windenergienutzung. Abweichungen herrschen lediglich im Randbereich auf Basis des beabsichtigten erhöhten Siedlungsabstandes von 1.100 m.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 330	Die Vorranggebiete für die Landwirtschaft werden mit einer Ackerzahl von mindestens 24 festgesetzt. Ziel der Vorranggebiete für die Landwirtschaft ist es, diese Flächen für die landwirtschaftliche Produktion vor anderen lnanspruchnahmen oder Nutzungen zu schützen. Demnach sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf diesen Flächen nur in Ausnahmefällen, nämlich wenn sie in einer Weise errichtet werden, welche die landwirtschaftliche Bodennutzung in geringerem Maße beeinträchtigt (bspw. AgriPhotovoltaik), zugelassen werden. Diese Festsetzung ist wichtig, um raumbedeutsame Nutzungen auf Flächen außerhalb dieser Vorranggebiete zu lenken. Demnach gibt der Regionalplanentwurf mit der Festlegung von Vorranggebieten für die landwirtschaftliche Bodennutzung einen räumlichen Rahmen für den Umgang der Kommunen mit der bestehenden Nachfragesituation im Hinblick auf die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung der solaren Strahlungsenergie (PV-Anlagen). Diese Festsetzung wird durch die Gemeinde grundsätzlich begrüßt, wobei sie dadurch nur marginal betroffen ist.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 36 / Stadt Falkensee		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 258	Ich bedanke mich für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme und gebe folgende Hinweise zum o.g. Entwurf des Regionalplans. Die Stadt Falkensee wird gemäß der Festsetzung im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg als Mittelzentrum ausgewiesen. Als Teil des Berliner Umlandes wird das Siedlungsgebiet vollständig als Gestaltungsraum Siedlung festgelegt. Diese Festlegung wird auf regionalplanerischer Ebene im Maßstab 1: 100.000 konkretisiert und lässt Spielraum für eine weitere Ausdifferenzierung auf Ebene der kommunalen Flächennutzungsplanung. So ragt der festgelegte Gestaltungsraum Siedlung über die bestehenden und derzeit geplanten Baugebiete der Stadt Falkensee hinaus und begrenzt die Siedlungsentwicklung lediglich im nördlichen Bereich des Gemeindegebiets. Dort ist durch höherrangiges Fachplanungsrecht (Schutzgebietsausweisungen) eine bauliche Entwicklung ohnehin räumlich reglementiert.	Der Gestaltungsraum Siedlung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist ein letztabgewogenes Ziel (Z 5.6) der Landesplanung. Im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wird der Gestaltungsraum Siedlung als zusätzliche Information in der Festlegungskarte dargestellt. Es handelt sich dabei nicht um eine Konkretisierung der Regionalplanung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 261	Für das Gebiet der Stadt Falkensee werden keine Eignungsgebiete für die Windenergienutzung sowie Vorranggebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen. Die Stadt Falkensee hat darüber hinaus keine Hinweise gegenüber dem vorgelegten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.	Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 259	An der nördlichen Grenze des Gemeindegebiets soll im Bereich der Reiherwiesen und des Nieder-Neuendorfer Kanals eine Festsetzung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft erfolgen. Die geplante Festlegung steht in Übereinstimmung mit den derzeitigen Darstellungen im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Falkensee.	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Festlegungskarte / Festlegungskarte (Kartenteil)		
BE-ID: 260	Weiter stellt der Entwurf des Regionalplans den durch Falkensee verlaufenden Schlaggraben, ein Gewässer erster Ordnung, durchgängig als Gebiet mit einer mittleren Wahrscheinlichkeit eines Hochwassers (HQ 100) dar. Die fachplanerische Darstellung wird auf nachgelagerten Planungsebenen (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne) künftig berücksichtigt.	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 42 / Gemeinde Groß Kreutz (Havel)		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1757	Auf der Festlegungskarte sind die Ortslagen der Ortsteile Schmergow und Deetz sowie der Gemeindeteil Götzer Berge nicht als Vorbehaltsgebiete Siedlung dargestellt. Auch in den von Ihnen nicht gekennzeichneten Ortsteilen bestehen nach unserer Auffassung über eine Innenentwicklung entsprechende Potentiale, Siedlungsflächen zur Verfügung zu stellen. Wir bitten Sie, eine entsprechende Korrektur vorzunehmen.	Die Anregung berücksichtigend, wurde für die benannten Ortsteile eine aktualisierte Prüfung vorgenommen. Eine Planänderung ergibt sich danach nicht. Begründung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Danach erfüllen diese Ortsteile nicht die Kriterien des von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzepts. Hinweis: Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften (z.B. zur Innenentwicklung) gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
TÖB-Nr.: 43 / Gemeinde Großbeeren		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1272	Mit Ihrem Schreiben vom 08.02.2022 (Posteingang am 04.03.2022) geben Sie der Gemeinde Großbeeren bis zum 09.06.2022 Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit diesem Schreiben fristgerecht unsere Hinweise mit. Die Stellungnahmen beschränken sich auf die tatsächlich durch den Regionalplan geregelten Gegenstände, nicht auf nachrichtliche Übernahmen anderer Planungen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1282	Vorbehaltsgebiete Siedlung (G 1.1): Der Darstellung des Ortsteils Kleinbeeren als Vorbehaltsgebiet Siedlung wird in der vorgenommenen Abgrenzung zugestimmt. Der Ortsteil Diedersdorf ist von Einwohnerzahl und strukturell mit Kleinbeeren vergleichbar, allerdings verkehrlich besser angebunden. Er ist jedoch nicht als Vorbehaltsgebiet Siedlung dargestellt. Diedersdorf ist trotz der Belastungen durch den Flughafen BER ein lebendiger, baukulturell und historisch wertvoller und auch touristisch attraktiver Ortsteil. Zwar ist eine auf Zuwachs ausgelegte Entwicklung des Ortsteils Diedersdorf schon allein auf Grund der vollständigen Lage der bestehenden Ortslage in der Planungszone Siedlungsbeschränkung (LEP FS) kaum möglich, doch sollte eine stabile Innentwicklung, ggf. auch mit punktuellen Umstrukturierungen im Bestand ermöglicht werden. Daher wird empfohlen, auch den Ortsteil Diedersdorf als Vorbehaltsgebiet Siedlung darzustellen.	Der Anregung wird gefolgt. Gemäß dem von der Regionalversammlung Havelland-Fläming beschlossenen Planungskonzept des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung befindet sich der Ortsteil Diedersdorf innerhalb der definierten Erreichbarkeiten vom nächstgelegenen Versorgungsschwerpunkt. Daher wird in Bereichen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung für Diedersdorf ein entsprechendes Gebiet festgelegt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1289	Vorranggebiet Landwirtschaft (Z 2.4): Die Gemeinde Großbeeren lehnt die konkrete Abgrenzung der dargestellten Vorranggebiete Landwirtschaft im Bereich des Ortsteils Heinersdorf an der Grenze zum Land Berlin und zur Stadt Teltow (insb. Flurstücke 34/2 und 36/3 der Flur 3, Gemarkung Osdorf) ab. Hier ist ein Verzicht auf die Ausweisung von Vorranggebieten Landwirtschaft bzw. zumindest eine Anpassung der dargestellten Flächen erforderlich, für die folgende Gründe angeführt werden. Es besteht ein Widerspruch zur mit den Berliner Stadtgütern und der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen abgestimmten und vertraglich ratifizierten Ausgleichsflächenkonzeption der Gemeinde. Auf diesen Flächen sind neben Ausgleichsflächen für die Gemeinde selbst z.B. auch Ausgleichsmaßnahmen der Groth u-invest Zehnte GmbH Co. KG für die städtebauliche Entwicklung des Wohngebiets Lichterfelde Süd in Berlin verortet. Umfangreiche Maßnahmen sind hier auf Grundlage der Baugenehmigung 63/01/02867 /18 des Landkreises Teltow-Fläming bereits in Umsetzung. Die Gemeinde Großbeeren beabsichtigt zudem seit über einem Jahrzehnt einen Umbau der Osdorfer Straße zwischen der Berliner Stadtgrenze und der Neuen Osdorfer Straße. Der geplante Trassenverlauf überlagert ebenfalls die nördliche dargestellte Vorrangfläche. Die Gemeinde weist auf das bis 10.06.2022 laufende Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Straßenplanung hin, über das auch die Regionale Planungsstelle mit E-Mail vom 29.04.2022 informiert wurde. Die Gemeinde Großbeeren fordert daher die Herausnahme der für den Straßenumbau und die damit zusammenhängenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen benötigten Flächen aus den dargestellten Vorrangflächen Landwirtschaft. Anderenfalls wird die Gemeinde Großbeeren die Ausnahmeregelung gemäß Ziel Z.2.4, Abs. 3 für raumbedeutsame Vorhaben, insbesondere für eine linienhafte Infrastruktur, die nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb der Vorrangbiete für die Landwirtschaft durchgeführt werden können, in Anspruch nehmen.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen auf der Grundlage von Landbaugebieten vor. Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Auf Grundlage des geänderten Planungskonzepts werden in der Gemarkung Osdorf keine Vorranggebiete Landwirtschaft mehr dargestellt. Eine Berücksichtigung der dargelegten Widersprüche ist somit nicht mehr erforderlich.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1283	Eignungsgebiete für die Windenergienutzung (Z 2.2): Die Gemeinde unterstützt die Festlegung von Eignungsgebieten für Windenergienutzung im Regionalplan, da hier ein Regelungsbedarf auf gemeindeübergreifender Ebene gesehen wird. Gleichzeitig hat sich die Ausweisung von Eignungsgebieten für Windenergienutzung in der Region HavellandFläming und auch in anderen Planungsregionen als besonders konfliktträchtig und ursächlich für juristische Anfechtungen erwiesen. Daher muss hier eine besondere Sorgfalt auf formal und materiell rechtmäßige Festsetzungen verwendet werden. Das potentielle Spannungsverhältnis zu anders ausgerichteten Rahmensetzungen durch den Bund oder das Land Brandenburg ist zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere aktuell vor dem Hintergrund der als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine beschlossenen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung (sogenanntes „Osterpaket"). Die Gemeinde Großbeeren arbeitet weiterhin an der Erstaufstellung eines Flächennutzungsplans. Der Bearbeitungsstand entspricht der Entwurfsfassung der dritten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange aus dem Jahr 2015 und ist der regionalen Planungsstelle bekannt. In dieser Fassung beinhaltete der Flächennutzungsplan Darstellungen von Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen, die von der Gemeinde auf Grundlage eigener Kriterien und Umweltgutachten im Rahmen des FNP erarbeitet wurden. Diese Kulissen waren größer als diejenigen des hier zu betrachtenden Regionalplanentwurfs. Der FNP konnte in der Folge bisher nicht zur Rechtswirksamkeit gebracht werden. Für die laufende weitere Bearbeitung beabsichtigt die Gemeinde Großbeeren jedoch, die eigene Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen wieder aus dem FNP herauszunehmen. Stattdessen wird sich die Gemeinde nach aktuellem Kenntnisstand dem Planungskonzept des Regionalplans anschließen und dieses ggf. nachrichtlich übernehmen, um einheitliche Gebietskulissen zu erreichen. Das der Ausweisung im Regionalplan zu Grunde liegende Planungskonzept ist hinsichtlich seiner Begründung und gewählten Kriterien insgesamt nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist im Detail, aus welchem Grund der Abstand von 1000 Metern von einer Windkraftanlage zu Siedlungsflächen als hartes Tabukriterium H 03 nur von Wohnsiedlungen auf Brandenburger Landesgebiet ausgehend gemessen wurde. Siedlungen auf Berliner Landesgebiet bleiben hier unberücksichtigt und werden nur durch die Erweiterung der Abstandsradien in den weichen Tabukriterien W 01 erfasst. Die Erläuterungskarte 1 - Harte Tabuzonen suggeriert demzufolge, dass beispielsweise im nördlichen Großbeerener Gemeindegebiet die unmittelbar an der Landesgrenze auf Berliner Seite liegenden Wohnsiedlungen Lichtenrade, Lichterfelde und Marienfelde keine harten Tabuzonen ausbilden würden. Diese Darstellung trifft sachlich nicht zu und die Ungleichbehandlung erscheint auch wegen der aus dem BImSchG als Bundesgesetz abgeleiteten Begründung fehlerhaft. Seitens der Gemeinde Großbeeren wird daher gefordert, diese harten Tabukriterien auch auf Siedlungen und andere Schutzgüter außerhalb der eigenen Planungsregion Havelland-Fläming (Benachbarte Planungsregionen und Bundesländer Berlin und Sachsen-Anhalt) auch zur Vermeidung etwaiger Abwägungsfehler anzuwenden. Wie aus Gerichtsurteilen zu älteren Regionalplänen deutlich und auch im Planungskonzept ausführlich dargestellt wurde, muss der Regionalplan in seiner Gesamtheit „die Entscheidung des Gesetzgebers, Windenergieanlagen im Außenbereich zu privilegieren(§ 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB), beachten und für die Windenergienutzung im Plangebiet in substantieller Weise Raum schaffen". In der Begründung (Randnummern 271- 275) wird erläutert, dass die rechnerisch für die Planungsregion aus der Energiestrategie des Landes abgeleiteten Werte (eine Fläche von 2 % für Windenergienutzung und eine Leistung von 2.400 MW) mit nur 1,64 % der Fläche der Planungsregion und 2.264 MW installierter Leistung unterschritten werden, aber dass unter der Annahme der Installation stärkere Generatoren die geforderte Kraftwerkskapazität mit 94 % annähernd erreicht werden könnte. Es erscheint fraglich, ob eine solche bereits im Planungskonzept unter dem Soll liegende Bilanz für die Vorgabe, substantiellen Raum für die Windenergie zu schaffen, ausreicht. Die jüngsten Erkenntnisse zum noch stärkeren Handlungsbedarf im	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Klimaschutz und zur notwendigen Beschleunigung der Energiewende aufgrund des Ukraine-Kriegs erhöhen den Druck auf einen deutlich stärkeren Ausbau der Windenergie zusätzlich. Drei von vier Bestandsanlagen auf Gemeindegebiet liegen außerhalb der im Planentwurf definierten Windkrafteignungsgebiete und wären damit planungsrechtlich zukünftig unzulässig. Über den Bestandsschutz hinaus wäre ein Repowering der inzwischen technisch nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprechenden Anlagen (Inbetriebnahmen 2003, 2 MW-Leistung) rechtlich damit nicht möglich. Diese Problematik dürfte an verschiedenen Standorten im gesamten Bundesgebiet zunehmend relevant werden und erfordert rechtliche Klärungen ggf. auch außerhalb der Regionalplanung.	
TÖB-Nr.: 47 / Gemeinde Ihlow		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2555	Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in ihrer Sitzung vom 18.11.2021 den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung, sowie den zugehörigen Umweltbericht gebilligt und die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens und die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Abs. 2 Bundesraumordnungsgesetz (ROG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohle- und Sanierungsplanung (RegBkPlG) beschlossen.	Die Hinweise zum Stand der Regionalplanung werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2580	Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung erfolgt auf Basis des Kriterienkonzeptes für einige Ortsteile (Illmersdorf, Ihlow, Niendorf und Rietdorf) der Gemeinde. Die weiteren Festsetzungen, wie die landesplanerischen Freiraumverbundflächen sind konkretisiert worden, bzw. wie die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung oder gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, betreffen die Gemeinde Ihlow nicht direkt.	Die Hinweise zur Betroffenheit der Gemeinde Ihlow werden zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 2556	In diesem Rahmen gibt die Gemeinde Ihlow fristgemäß bis 09.06.2022 folgende Stellungnahme ab: Die Gemeinde Ihlow begrüßt die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft die im Vorfeld analysierte Potenzialfläche 10 „Niendorf' nicht als Windeignungsgebiet festzulegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2578	Dass tierökologische Abstandskriterien Gehör finden müssen, steht dabei ohne Frage nicht zur Diskussion, jedoch sollte die Art der Struktur und Integration dieser Kriterien ins Verfahren diskutiert werden. Denn grundsätzlich sind die Ermittlung und Beachtung tierökologischer Abstandkriterien Bestandteil der Prüfung im Rahmen eines jeden Genehmigungsverfahrens nach BImSchG. Der Einschätzung, dass der Teilplan A und B des Bebauungsplanes „Windpark Illmersdorf/Rietdorf, Ortsteile Illmersdorf und Rietdorf, Flächen im Bereich Illmersdorfer Holz und Rietdorfer Holz" aufgrund des naheliegenden Brutreviers dieser bedrohten, besonders störungssensiblen Vogelart nicht als Eignungsgebiet ausgewiesen werden kann, obwohl es hier bereits Genehmigungen von Windenergieanlagen gab, ist demnach höchst widersprüchlich und vertritt ein nach außen nicht vertrebares und absurdes Planungskonstrukt. Die Gemeinde Ihlow bittet daher um Aufnahme der Konzentrationsfläche für Windenergienutzung aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Ihlow sowie des Geltungsbereiches des Bebauungsplans „Windpark Illmersdorf/Rietdorf, Ortsteile Illmersdorf und Rietdorf, Flächen im Bereich Illmersdorfer Holz und Rietdorfer Holz" unter der Maßgabe der Einhaltung von tierökolgischen Abstandskriterien.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 32 Hohenseefeld		
BE-ID: 2557	Bei dem im Entwurf ausgewiesenen Windeignungsgebiet 32 „Hohenseefeld", welches sich sowohl auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde Ihlow, Niederer Fläming, als auch der Stadt Dahme/Mark befindet, gibt es hingegen nach Ansicht der Gemeinde Ihlow noch immer Unstimmigkeiten im Hinblick auf die kommunale Bauleitplanung in diesem Bereich. Hier werden Teile der im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Ihlow ausgewiesenen Konzentrationsfläche für die Errichtung von Windenergieanlagen bei der Festlegung des Windeignungsgebietes nicht berücksichtigt, da eine Mitteilung des Landesamtes für Umwelt aus dem Jahr 2020 vorliegt, welche Schutzbereiche zur Vermeidung der Verwirklichung von artenschutzrechtlichen Verbots- und Störungsabständen begründet. Diese Tierökologischen Abstandskriterien werden im Genehmigungsverfahren nach BimSchG individuell auf den Anlagenstandort bezogen geprüft. Solche Abstandskriterien richten sich selbstverständlich u.a. nach der Ansiedlung von schützenswerten Arten. Jedoch können diese Ansiedlungen bspw. saisonal variieren und werden durch festzulegende Schutzradien zeitlich befristet.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2577	So ist klar, dass die Tierökologischen Abstandskriterien in das Kriterienkonzept Wind des Regionalplans aufgenommen wurden, dennoch sind die kommunalen wirksamen und somit verbindlichen Bauleitplanungen, hier der Flächennutzungsplan der Gemeinde Ihlow sowie der Bebauungsplan „Windpark Illmersdorf/Rietdorf, Ortsteile Illmersdorf und Rietdorf, Flächen im Bereich Illmersdorfer Holz und Rietdorfer Holz", Teilplan A und B, im Sinne des Gegenstromprinzips beachtlich. Seitens der Gemeinde ist nicht nachvollziehbar, dass entsprechende verbindliche Festsetzungen aus langwierigen und langfristigen Bauleitplanverfahren im Regionalplanentwurf gegenüber unverbindlichen, zeitlich nicht absehbaren natürlichen Schutzfaktoren ausgebuhlt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2579	Die Vorranggebiete für die Landwirtschaft werden mit einer Ackerzahl von mindestens 24 festgesetzt. Ziel der Vorranggebiete für die Landwirtschaft ist es, diese Flächen für die landwirtschaftliche Produktion vor anderen Inanspruchnahmen oder Nutzungen zu schützen. Demnach sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf diesen Flächen nur in Ausnahmefällen, nämlich wenn sie in einer Weise errichtet werden, welche die landwirtschaftliche Bodennutzung in geringerem Maße beeinträchtigt (bspw. Agri-Photovoltaik), zugelassen werden. Diese Festsetzung ist wichtig, um raumbedeutsame Nutzungen auf Flächen außerhalb dieser Vorranggebiete zu lenken. Demnach gibt der Regionalplanentwurf mit der Festlegung von Vorranggebieten für die landwirtschaftliche Bodennutzung einen räumlichen Rahmen für den Umgang der Kommunen mit der bestehenden Nachfragesituation im Hinblick auf die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung der solaren Strahlungsenergie (PV-Anlagen). Diese Festsetzung wird durch die Gemeinde grundsätzlich begrüßt.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 48 / Stadt Jüterbog		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2297	Die Stadt begrüßt ausdrücklich die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, auch wenn nicht alle im Entwurf des Regionalplans für die Stadt Jüterbog getroffenen textlichen und zeichnerischen Festlegungen mitgetragen werden. Besonders kritisch werden die Planungskriterien für die Windenergienutzung und die damit verbundene Ausweisung der vorgesehenen Windeignungsfläche WEG 14 Forst Zinna gesehen. Weiterer Anpassungsbedarf bzw. Hinweise zu den im Entwurf des Regionalplans aufgeführten Grundsätzen und Zielen, werden im Einzelnen in der durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Stellungnahme der Stadt Jüterbog aufgeführt und begründet. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 25.05.2022 über den vorliegenden Entwurf des Regionalplans Havelland- Fläming 3.0 (Ausfertigung vom 05.Oktober 2021) im Rahmen des laufenden Beteiligungsverfahrens gem. §9 Abs. 2 ROG i.V.m. §2 Abs.3 RegBkPIG beraten und nachfolgende Stellungnahme der Stadt Jüterbog beschlossen:	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2321	Die Stadt weist darauf hin, dass diese Überlagerung den im Entwurf des FNP dargestellten Bauflächen nicht entgegensteht. Die Begründung zum Regionalplan ist zu ergänzen, da der Begründung bisher nicht eindeutig zu entnehmen ist, wie mit solchen Überlagerungen umgegangen wird. Im schlimmsten Fall würden den Darstellungen des FNP bzw. den Bebauungsplänen Ziele der Raumordnung entgegenstehen.	Die Besorgnis ist unbegründet. Die konkretisierende Darstellung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans im Entwurf des Regionalplans erfolgt nachrichtlich. Aus dieser Darstellung ergibt sich keine Bindungswirkung in Bezug auf die Bauleitplanung (siehe Rn. 408 der Planbegründung). Diese entsteht allein durch den Landesentwicklungsplan, der gemäß seiner Festlegungskarte anzuwenden ist.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2298	Die Stadt nimmt zu den Festlegungen wie folgt Stellung: III.1. Siedlung: Grundsatz (G) 1.1. Vorbehaltsgebiete Siedlung (VB): (1) In den Vorbehaltsgebieten Siedlung kommt der Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht zu. (2) Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sind in der Festlegungskarte als Fläche in einer roten Schraffur dargestellt. (Anlage 1). [Hinweis Planungsstelle zu Anlage 1: Auszug aus der Festlegungskarte einschl. Legende, Darstellung Stadtbereich Jüterbog] Die Vorbehaltsgebiete sind nur als Grundsatz der Raumordnung dargestellt und erheben laut Begründung auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Insofern besteht grundsätzlich erstmal kein Widerspruch zum FNP der Stadt Jüterbog.	Das grundsätzliche Einverständnis zum Planungsinstrument "Vorbehaltsgebiete Siedlung" wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2299	Das im Regionalplan festgelegte VB für Siedlungsentwicklung umfasst die Ortslage Jüterbog. Es ist festzustellen, dass es bei den Festlegungen der VB für Siedlungsentwicklung im Entwurf des Regionalplans zahlreiche Abweichungen zu den dargestellten Bauflächen im Entwurf des FNP gibt. Auffällig sind insbesondere folgende Unterschiede (siehe Anlage 2 - Auszug aus dem GIS, W Siedlung in pinkfarbener Schrägschraffur). Am Luckenwalder Berg überlagert das VB Siedlung gewerbliche Flächen und Landwirtschaftsflächen, obwohl dort nur Einzelhäuser im Außenbereich existieren. Die Abgrenzung am südöstlichen Ortsausgang ist nicht nachvollziehbar (teils fehlen Bauflächen, teils liegt das VB Siedlung in landwirtschaftlichen Flächen). Nach Süden sind die brachliegenden Flächen der Kaserne Damm vollständig enthalten, obwohl die Bauflächen im FNP reduziert wurden. Westlich des Bahnhofs sind die vorhandenen Außenbereichsnutzungen als VB Siedlung festgelegt.	Der Anregung wird gefolgt. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Die Absicht besteht also nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		rechtlichen Vorschriften (z.B. des LEP HR für Mittelzentren) gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Die Abgrenzung des Vorbehaltsgebiets Siedlung in den genannten Bereichen wird in Bereichen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung dem FNP-Entwurf der Stadt Jüterbog angepasst.
BE-ID: 2301	Als VB Siedlung nicht erfasst sind im Entwurf des Regionalplans die Ortsteile Fröhden, Grüna, Kloster Zinna, Markendorf, Neuheim, Neuhof und Werder. In der Begründung des Entwurfs zum Regionalplan wird unter Anwendung der Festlegungen ausgeführt: „Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Insofern sehen wir in der Nichtausweisung der Ortsteile als Vorbehaltsgebiete keinen Widerspruch zum Entwurf des FNP. Eine mögliche Wohngebietserweiterung in den Ortsteilen, wie im FNP-Entwurf ausgewiesen, steht der Regionalplan nicht entgegen.	Kenntnisnahme. Die getroffene Einschätzung ist zutreffend.
BE-ID: 2302	Stellungnahme der Stadt zu (G) 1.1.: Die im Entwurf des FNP ausgewiesenen Flächen für Wohnbebauung in der Ortslage Jüterbog sind im Entwurf des Regionalplans anzupassen.	Der Anregung wird gefolgt. Die Abgrenzung des Vorbehaltsgebiets Siedlung in den genannten Bereichen wird in Bereichen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung dem FNP-Entwurf der Stadt Jüterbog angepasst.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 2307	Anmerkung zum benannten Gewerbegebiet Bülowstraße: Grundsätzlich gibt es bei Gewerbegrundstücken in Jüterbog eine extrem hohe Nachfrage nach Grundstücken ab einer Größe von mehr als 10.000 qm. Diese Nachfrage kann bisher von Seiten der Stadt nicht erfüllt werden, da es aus finanziellen Gründen an mit B-Plänen ausgewiesenen Gewerbegrundstücken mangelt. Potenzial wäre jedoch vorhanden. Die Bülowstraße spielt hier eine besondere Rolle. Dieses Grundstück ist vom Land Brandenburg üblicherweise mit einer Investitionsverpflichtung verkauft worden. Jedoch wurde es offensichtlich nach Ablauf der Verpflichtung und Nichtinvestition des Investors versäumt, dieses wertvolle Grundstück mit Bebauungsplan für 20 Hektar Industrie- und 10 Hektar Gewerbefläche, zum Land zurück zu holen. Die Stadt Jüterbog ist hier nur Beobachter der Sachlage und verfolgt regelmäßig die Androhung der Zwangsversteigerungen der Grundstücke beim Amtsgericht Luckenwalde.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Auf die benannten Sachverhalte in Bezug auf das Grundstückseigentum im Gewerbegebiet Bülowstraße kann mit dem Regionalplan kein Einfluss genommen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 b) Jüterbog-Forst Zinna		
BE-ID: 2303	Ziel (Z) 1.2. großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte Die Stadt Jüterbog begrüßt die Aufnahme des Standortes Jüterbog- Forst Zinna als großflächig gewerblich-industriellen Vorsorgestandort in den Entwurf des Regionalplans. Die Flächenabgrenzung deckt sich überwiegend mit dem Entwurf des FNP. Lediglich im Norden ist eine Abweichung (siehe Anlage 3 - Auszug aus dem GIS, Fläche aus dem Regionalplan in rot), da der Regionalplan dort den Freiraumverbund anders abgegrenzt hat als die Gemeinsame Landesplanung (GL) im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR).	Die Hinweise zur nördlichen Abgrenzung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes Jüterbog-Forst Zinna werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise können keine Berücksichtigung finden, da die Entscheidung getroffen wurde, den Standort Forst Zinna nicht mehr als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen. Zur Begründung wird auf BE 2304 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2304	Stellungnahme der Stadt zu Z 1.2: Die im FNP ausgewiesene Fläche für den großflächig gewerblich-industriellen Vorsorgestandort „Forst Zinna" ist im Regionalplan anzupassen. D.h., die Fläche für den großflächig-industriellen Vorsorgestandort "Forst Zinna" ist im Regionalplan vollständig auszuweisen, analog dem FNP- Entwurf. Die Gründe sind: - Die Abgrenzung des Freiraumverbundes ist ohnehin unscharf (was auch an der Blockschraffur im LEP HR zu erkennen ist). Eine strikte Anwendung ist daher nicht angemessen. - Die Abgrenzung gem. LEP HR steht laut GL ausdrücklich nicht dagegen. - Für die Nutzung der Bauflächen ist eine orthogonale Ausrichtung sinnvoll. - Der nördliche Teil ist aus naturschutzfachlicher Sicht nicht der kritischste (sondern eher die Flächen im Südosten). Die abgeschnittene Fläche liegt dagegen im Einflussbereich der B101 und der Bahnstrecke. Laut Begründung zum Regionalplanentwurf ist die räumliche Abgrenzung lediglich „mit einer rein technischen Methode erzeugt und nicht durch eigene Entscheidungen der regionalen Planungsgemeinschaft beeinflusst." Daraus folgt, dass auch die Entscheidung, ob der Freiraumverbund der Darstellung im FNP entgegensteht, nicht anders ausfallen kann als auf Ebene der Landesplanung. Nur wenn die Regionalplanung den Freiraumverbund durch neue oder andere Kriterien auf Grundlage einer Abwägungsentscheidung neu abgrenzen würde, könnte sie auch zu einem anderen Ergebnis kommen. Allerdings hat die Regionalplanung die Abweichung in der Stellungnahme zum FNP nicht problematisiert.	Der Anregung, die im Flächennutzungsplan der Stadt Jüterbog ausgewiesene Fläche für den großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Forst Zinna vollständig im Regionalplan 3.0 auszuweisen, wird nicht gefolgt. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird abgesehen. Diese Entscheidung beruht auf den folgenden Sachverhalten und Bewertungen: Im Ergebnis des durchgeführten Beteiligungsverfahrens und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der für den Standort Forst Zinna im Auftrag der Stadt Jüterbog von der EBP Deutschland GmbH ausgeführten Machbarkeitsstudie (Dezember 2023) wird festgestellt, dass die Eignungsvoraussetzungen für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort nicht ausreichend gegeben sind. Diese Bewertung beruht insbesondere auf den Folgenden Feststellungen: 1. Hoher Erschließungsaufwand und hohes Risiko durch Altlasten sowie Kampfmittel: Die äußere Erschließung des Gebiets durch die Bundesstraße 101 ist weiter ungeklärt. Gegebenenfalls mögliche Erschließungsvarianten sind mit einem hohen Aufwand und einer hohen Unsicherheit in Bezug auf die Realisierung verbunden. Eine südliche Erschließung über die ehemalige Kasernenzufahrt und die K7216 ist nicht möglich. Eine Anbindung durch öffentlichen Personenverkehr ist gegenwärtig nicht gegeben und aufgrund der Erschließungssituation auch für die Zukunft ungeklärt. Der Standort verfügt über keine bestehende Energieversorgung und keine zentrale Wasserver- und -entsorgung. Ein Anschluss an die zentrale Wasserver- und -entsorgung würde den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur erfordern. Die auf dem Gelände vorhandene, ehemalige Infrastruktur ist nicht mehr nutzbar. Ob eine Eigenver- und -entsorgung am Standort erfolgen kann ist ungeklärt. Eine voraussichtlich mögliche Wassergewinnung vor Ort hätte die Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen zur Folge, woraus sich Nutzungseinschränkungen am Standort ergeben würden. Auf dem Gelände befinden sich zahlreiche Altlastenverdachtsflächen in einem flächenhaften Umfang von insgesamt 18,6 Hektar. Zum erforderlichen Sanierungsaufwand liegen keine Informationen vor. Die Altlastensituation stellt daher ein hohes Entwicklungsrisiko dar. Obwohl Teile des Areals in den Jahren 1997 bis 2004 auf Kampfmittel untersucht wurden, ist die Belastung des Geländes durch Kampfmittel im Wesentlichen unaufgeklärt. Auch dieser Sachverhalt wird als hohes Entwicklungsrisiko bewertet. 2. Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz: Aufgrund der Grenzlage zum SPA-Gebiet DE 3945-421 „Truppenübungsplätze Jüterbog

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Ost und West" ist mit Einschränkungen für eine gewerblich-industrielle Nutzung zumindest in Randbereichen zu rechnen. Weiter wird die gewerbliche Nutzung der Fläche durch geschützte Biotope eingeschränkt. Die Sachlage in Bezug auf den Artenschutz ist noch nicht ausreichend aufgeklärt. Mit weiteren Einschränkungen durch Belange des Artenschutzes ist beispielsweise in Bezug auf Fledermäuse und Amphibien zu rechnen, wie auch die Stellungnehmerin mitteilt. Die Gesamtfläche des im Entwurf des Regionalplans dargestellten Vorranggebiets unterschreitet die Mindestflächenanforderung von 100 Hektar bereits geringfügig. Unter Berücksichtigung des Sachverhalts, dass bereits zum Zeitpunkt der Entwurfserarbeitung erkennbar war, dass die für eine gewerbliche Ansiedlung zur Verfügung stehende Fläche nicht mehr als 80 Hektar betragen wird, kann aufgrund der zu erwartenden weiteren Einschränkungen nicht mehr festgestellt werden, dass das erforderliche Flächenpotenzial für einen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort ausreichend ist. 3. Keine Entwicklung der Gesamtfläche: Im Ergebnis der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (November 2023) wird eine schrittweise Entwicklung des Standortes in drei Etappen empfohlen. Mit dem Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 048 „Gewerbe- und Industriepark-Forst Zinna“ verfolgt die Stadt Jüterbog das Ziel, eine etwa 50 Hektar große Teilfläche einer bedarfsgerechten Entwicklung zuzuführen. Eine solche Entwicklungsabsicht ist mit der Anforderung, dass an großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten ein Flächenangebot von etwa 100 Hektar langfristig vorgehalten werden soll und für eine kurz- und mittelfristige, kleinteilige Entwicklung nicht zur Verfügung steht, unvereinbar. Unabhängig vom noch ungewissen Ausgang des begonnenen Bauleitplanverfahrens, ist unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (Dezember 2023) festzustellen, dass eine Entwicklung der Gesamtfläche mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken verbunden ist. Der Standort Forst Zinna kann daher die Funktion eines großflächigen Vorsorgestandorts nicht ausreichend erfüllen.
BE-ID: 2305	Anmerkung zur Sachverhaltsermittlung. Vorsorgestandort (Sept. 21, II.1.1) Grundsätze der Raumordnung (§ 2 Abs. 2 Pkt. 1) sind: "... ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben. Dabei ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Innovation sind zu unterstützen, Entwicklungspotenziale sind zu sichern und Ressourcen nachhaltig zu schützen. Diese Aufgaben sind gleichermaßen in Ballungsräumen wie in ländlichen Räumen, in strukturschwachen wie in strukturstarken Regionen zu erfüllen ... ". Genau diese	Die Hinweise zur Sachverhaltsermittlung und zu den Grundsätzen der Raumordnung in Bezug auf die Ausweisung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes Forst Zinna werden zur Kenntnis genommen. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens hat die Regionale Planungsgemeinschaft die Entscheidung getroffen, von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Ziele verfolgt die Stadt Jüterbog mit der Ausweisung eines wirtschaftlich-industriellen Vorsorgestandortes (100 Hektar) in Forst Zinna. Dies war auch der ursprüngliche Leitgedanke zur Aufnahme in den Landesentwicklungsplan. O.g. Grundsätze spiegeln sich in Landesentwicklungsstrategien und Koalitionsverträgen wider. Jüterbog ist kleinteilig aufgestellt, befindet sich im ländlichen Raum, ist seit 30 Jahren Teil der strukturgeschwächten LEADER-Region und ringt seitdem um die Anpassung gleichwertiger Lebensbedingungen sowie der Sicherung der Daseinsvorsorge, wie es von Mittelzentren gefordert wird. Eine andere Planung, die nicht gewerblich-industrieller Natur ist, würde zu einem gegenteiligen Effekt führen und die Strukturschwäche in Jüterbog und der Region im südwestlichen Teil Brandenburgs auf Jahrzehnte zementieren. Der Hauptausschuss der Stadt Jüterbog hat am 02.05 .2022 der Vergabe einer Machbarkeitsstudie zur Flächenentwicklung in Forst Zinna zugestimmt. Ziel ist im Sinn der Raumordnung die Etablierung eines gebietsverträglichen, attraktiven und leistungsstarken Wirtschaftsstandortes unter Berücksichtigung lokaler wie auch regionaler Anforderungen.	Vorsorgestandorts Jüterbog-Forst Zinna abzusehen. Für diese Entscheidung sind auch die Ergebnisse der von der Stadt in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie maßgeblich. Zur genaueren Begründung wird auf BE 2304 verwiesen. Eine kleinteilige gewerbliche Entwicklung der Fläche zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen sowie der Sicherung der Daseinsvorsorge steht der Stadt Jüterbog offen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.1 VB vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2308	G 2.1.1 Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz Grundlage der Festlegung ist, Potentialflächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz festzulegen. Die Festlegung zur Ausweisung des potentiellen Hochwasserrückhaltebeckens Jüterbog als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet im Regionalplan entlang der Nuthe zwischen Rohrbeck und Neumarkt (Anlage 3) wird bei zukünftigen Planungen Berücksichtigung finden. Die einzige Überschneidung mit Bauflächen besteht östlich des Neumarkttors an der Nuthe. Dabei handelt es sich aber um Bestandsbebauung. Da es sich nur um ein Vorbehaltsgebiet (Grundsatz der Raumordnung) handelt, besteht hier kein Widerspruch zum FNP. Die Stellungnahme der RPG zum FNP hat hier auch kein Problem gesehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.2 VB Gewässerretention		
BE-ID: 2309	G 2.1.2 Vorbehaltsgeblete Potentlalflächen für die Gewässerretention Die Flächen sind in der Festlegungskarte zum Regionalplan nicht enthalten, sondern nur textlich beschrieben. Die Flächen werden im FNP nachrichtlich dargestellt. Die Stadt sieht hier keinen Widerspruch zum FNP.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.3 VB Havelpolder		
BE-ID: 2310	G 2.1.3 Vorbehaltsgebiete Havelpolder Betrifft Jüterbog nicht	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.4 VB gesteuerte Retention		
BE-ID: 2311	G 2.1.4 Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die gesteuerte Retention: Die Gebiete decken sich mit Flächen für die im Landschaftsplan (LP) bzw. FNP Maßnahmen vorgesehen sind. Insbesondere im Norden sind Maßnahmen zur verbesserten Gewässerretention Bestandteil der Darstellungen des FNP (SPE-Flächen). Die Stadt stimmt daher der Ausweisung aus Sicht des FNP zu.	Die Zustimmung zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Potenzialflächen für die gesteuerte Retention wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 04 Jüterbog-Altes Lager		
BE-ID: 2314	Fläche WEG 04 Jüterbog - Altes Lager Die Abgrenzungen des Regionalplans im Norden und Osten weicht geringfügig vom FNP ab (FNP ist größer). Die Abweichungen sind darauf zurückzuführen, dass FFH-Gebiete (anders als NSG und Vogelschutzgebiete) im Regionalplan nicht als weiches Ausschlusskriterium sondern als Restriktionskriterium festgelegt sind. Im Bereich Altes Lager weicht die ansonsten weitgehend deckungsgleiche Abgrenzung von NSG, Vogelschutzgebiet und FFH-Gebiet geringfügig voneinander ab. Es ist allerdings nicht nachvollziehbar, warum das FFH-Gebiet hier (wenn auch nur geringfügig) als WEG	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	ausgewiesen wurde. Dort wäre eigentlich eine FFH- Verträglichkeitsprüfung erforderlich. Außerdem wurde die Fläche Altes Lager im Westen durch Immissionsschutzabstände zu Siedlungsflächen begrenzt. Dabei wurde im Regionalplan der Abstandspuffer für Innenbereichsnutzungen (1.100 m laut FNP) angesetzt, obwohl es sich bei Tiefenbrunnen um eine Splittersiedlung im Außenbereich (800 m laut FNP) handelt. Der Regionalplan setzt den geringeren Abstand nur für Splittersiedlungen mit weniger als fünf Wohngebäuden an. Die Fläche im Regionalplan ist daher im Westen kleiner als im FNP.	eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 14 Forst Zinna		
BE-ID: 2312	Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Hier gibt es mehrere Widersprüche zum FNP (die GIS-Daten der Regionalplanung waren leider nicht richtig abrufbar, daher konnten hierzu keine Kartenauszüge hergestellt werden). Die Widersprüche im Einzelnen: Fläche Forst Zinna: Die Fläche liegt fast vollständig im TAK-Schutzbereich (Tierökologische Abstandskriterien für die Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg) am Gewässer 1. Ordnung (hier Nuthe von der Quelle bis zur Mündung in Potsdam) gem. Anlage 1 Nr. 8 (Kriterium B02 gem. Regionalplanung) und sollte somit ausgeschlossen werden. Die Nuthe ist gem. § 1 BbgGewEV i.V.m. Anlage Teil 1 Nr. 35 als Gewässer 1. Ordnung eingestuft. Die Fläche liegt fast vollständig im TAK-Schutzbereich am Gewässer 1. Ordnung mit Zugleitlinienfunktion gem. Anlage 1 Nr. 8 (Kriterium B02 gem. Regionalplanung). Lt. TAK (Tabelle 1 Pkt. 5 Großtrappe, Punkt 8 Gewässer 1. Ordnung mit Zugleitlinienfunktion) für die Errichtung von Windenergieanlagen im Land Brandenburg wird die Zugleitlinienfunktion, hier für die Großtrappe konkretisiert. Somit gilt lt. TAK dies als Restriktionsbereich. Die Zugleitlinienfunktion ist zudem als Flugkorridor für Großtrappen zu den Einstandsgebieten Jüterbog/ Markendorf/ Niederer Fläming in der Karte der Vogelschutzwarte Brandenburg des Landesamtes für Umwelt verzeichnet (s. Anlage). Auf der Website des Landesamtes für Umwelt mit Stand 02.05.2022 (https://lfu.brandenburg .de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/arbeitsschwerpunkt-entwicklung-und-umsetzung-von-schutzstrategien/vogelschutz-und-schutzstrategien/grosstrappe/#) wird explizit auf: ,, .. .Wintereinstände und Flugwege . .. " verwiesen. Ebenfalls auf derselben Website des LfU wird auf die Studie von Schwandner & Langgemach verwiesen, die eindeutig beschreibt, dass mit Windenergieanlagen verbaute Flugkorridore (s. Anlage), wie bspw. konkret in Forst Zinna geplant, eine Riegelwirkung entfaltet wird und Einstandsgebiete nicht mehr von Großtrappen angeflogen werden. Somit widerspricht auch diese Planung den internationalen Schutzanstrengungen wie der "Bonner Konvention zum Schutz wandernder Tiere" sowie dem „Memorandum of understanding" in dem sogar: "... die Einbeziehung von verwaisten Gebieten und solchen, die eine potenzielle Eignung für die Großtrappe haben ... " (Quelle Website LfU, s.o.), gefordert wird. Darüber hinaus liegt laut LfU die Fläche im Schutzbereich eines Wanderfalken gem. TAK und muss daher reduziert werden. Siehe dazu u.a. die Ausführungen in der Begründung zum Teil FNP Wind. Forderung der Stadt Z 2.2: Die vorgesehene Windeignungsfläche WEG 14 Forst Zinna ist somit von der Planung auszuschließen. Anmerkung: 6% der Gemeindefläche sind bereits mit Windenergieanlagen belegt. Damit hat die Stadt Jüterbog das dreifach Geforderte auf dem Gemeindegebiet installiert. Die Windeignung im Land Brandenburg ist jedoch nominell ähnlich, so dass eine entsprechende Windeignungsprüfung in Kommunen die weniger als 2% im Gemeindegebiet aufweisen, genauer geprüft werden muss.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 34 Werbig (Niederer Fläming)		
BE-ID: 2315	Fläche WEG 34 Werbig / Niederer Flämingq Die Fläche endet im FNP am Fröhdener Weg. Im Regionalplan geht die Fläche östlich über den Fröhdener Weg hinaus. Die Abgrenzung im FNP beruht auf dem Kriterium 2.10 - Mindestabstand von 5 km zum WEG Heidehof (entspricht Kriterium 830 im	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Regionalplan). Bei der Abwägung wurde das größere Gebiet mit Anlagenbestand (Heidehof) bevorzugt. Die Fläche Niederer Fläming wurde an der nächsten zerschneidenden Infrastrukur (hier: Fröhdener Weg) begrenzt. Laut UNS und LfU liegt die Fläche zudem im Ausschlussbereich eines Seeadlers gem. TAK. Ggf. muss die Fläche daher ohnehin gestrichen werden. Hinweis der Stadt: Die Stadt weist darauf hin, dass aufgrund der Vielzahl kleinerer und größerer Abweichungen bzw. offener Fragen, die sich auch aus Hinweisen in der Beteiligung ergeben haben, umfassender Abstimmungsbedarf zwischen Regionalplanung und Stadt bzw. FIRU / FJP besteht. In einigen Fehlern liegen dem Regionalplan fehlende oder falsche Daten zu Grunde, in einigen Fällen dem FNP. Der Ortsbeirat Markendorf/Fröhden spricht sich in seiner Stellungnahme vom 11.05.2022 allgemein gegen die Zunahme von Windkraftanlagen aus. (siehe Anlage 8)	und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 35 Jüterbog-Markendorf (Heidehof)		
BE-ID: 2313	Fläche WEG 35 Markendorf (Heidehof) Hier wurde offensichtlich im Regionalplan teilweise ein Abstand von 1.100 m statt 800 m zu den Wohnnutzungen im Außenbereich, die sich nördlich von Markendorf im Wald befinden, angenommen. Außerdem scheint der Abstand zur Fläche Werbig / Niederer Fläming anders angesetzt worden zu sein (siehe unten). Im Ergebnis weicht die Abgrenzung im Süden der Fläche vom FNP ab. Außerdem wird die Fläche im Südosten durch einen TAK-Schutzbereich überlagert. Laut Regionalplanung soll es sich wohl um einen Rotmilanhorst handeln. Allerdings existiert dieser Rotmilanhorst laut UNB, LfU und Kartierungen des Vorhabenträgers nicht mehr und steht der Fläche daher nicht entgegen. Genauere Informationen kann hier sicherlich auch WPD als Vorhabenträger beisteuern.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 Z 2.3.1 VR Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 2316	Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung: Betrifft Jüterbog nicht	Die Stellungnahme zur fehlenden Betroffenheit wird zur Kenntnis genommen. Hieraus ergibt sich kein Änderungsbedarf.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 G 2.3.2 VB Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 2317	G 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung: Betrifft Jüterbog nicht	Die Stellungnahme zur fehlenden Betroffenheit wird zur Kenntnis genommen. Hieraus ergibt sich kein Änderungsbedarf.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.3 G 2.3.3 Verkehrserschließung		
BE-ID: 2318	G 2.3.3 Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung Betrifft Jüterbog nicht	Die Stellungnahme zur fehlenden Betroffenheit wird zur Kenntnis genommen. Hieraus ergibt sich kein Änderungsbedarf.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2319	Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft Hier gibt es lediglich eine Überlagerung mit Bauflächen im FNP im Bereich Baruther Chaussee. (siehe Auszug aus dem GIS, VR Landwirtschaft in roter Schrägschraffur) Stellungnahme der Stadt zu Z 2/1: Mit Verweis auf den fortgeschrittenen Planungsstand des FNP fordert die Stadt hier die Fläche, welche die Bauflächen überlagert, aus der Kulisse der Vorranggebiete Landwirtschaft herauszunehmen und den Entwurf des Regionalplans an den FNP-Entwurf anzupassen. Die Zustimmung der Agrargenossenschaft dazu liegt vor. Begründet wird dies wie folgt: • Vorbelastung durch drei Bundesstraßen und zwei Gewerbeflächen • Geringes Konfliktpotenzial im Vergleich zu anderen untersuchten Flächen • Sehr gute Lage (Verkehrsanbindung, keine schutzbedürftigen Nutzungen, Vorbelastung), die keine andere Fläche in Jüterbog erfüllt, • Abwägung des FNP-Entwurfs ist bereits weit fortgeschritten Die Regionalplanung hat in der Stellungnahme zum FNP nur „angeregt, die Ausweisung	Der in der Stellungnahme dargestellte Standort an der Baruther Chaussee ist nach den Änderungen des Planungskonzepts nicht mehr betroffen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	dieser Fläche unter besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung zu prüfen." Dies ist erfolgt. Die Zustimmung der Agrargenossenschaft liegt vor.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 2320	Räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung des landesplanerischen Freiraumverbundes nach Ziel 6.2 LEP HR: Wie oben bei Forst Zinna beschrieben, ist der Freiraumverbund gegenüber dem LEP HR als rein "technische" Maßnahme konkretisiert worden. Der Freiraumverbund schneidet an mehreren Stellen Bauflächen im FNP: • Gewerbefläche Forst Zinna (siehe oben) • Kaltenhausen (nördlich Kloster Zinna) wird vollständig überlagert. • Überlagerungen in Werder (östl. Teil der Bauflächen, die aktuell noch nicht bebaut sind), Neuhof (minimale Überlagerung an der östl. Grenze des Ortsteils) und Neuheim (Gewerbefläche im Süden wird geringfügig überlagert) Die GL hat bei allen Flächen im FNP keinen Widerspruch zu Zielen der Raumordnung gesehen.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
TÖB-Nr.: 49 / Stadt Ketzin/Havel		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 568	Die Flächen in und rund um Ketzin zeichnen sich im brandenburgischen Vergleich durch hohe Bodenpunktzahlen und damit verbunden mit ertragsreichen Böden aus. Aus diesem Grund soll ein großer Flächenanteil als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausgewiesen werden. Mit Beschluss vom 29.03.2022 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ketzin/Havel die Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage beschlossen. Dabei handelt es sich um die folgenden Flurstücke: [Tabellenanfang Spaltenreihenfolge: Gemarkung; Flur; Flurstücksnummer; teilw./vollständig] - Etzin; 1; 44; tlw. - Etzin; 1; 45; tlw. - Etzin; 1; 46; tlw. - Etzin; 1; 47; tlw. - Etzin; 2; 3/2; tlw. - Etzin; 2; 3/3; tlw. - Etzin; 2; 3/4; tlw. - Tremmen; 3; 61; tlw. - Tremmen; 3; 12; vollständig - Tremmen; 3; 64; tlw. - Tremmen; 3; 58; tlw. - Tremmen; 3; 8; tlw. - Tremmen; 3; 7; vollständig - Tremmen; 3; 66; tlw. [Ende des Tabelleninhalts] Die vorgenannten Flächen wurden durch eine sorgfältige Analyse hinsichtlich der Einsehbarkeit, der Bodenqualität und weiterer schutzwürdiger Güter identifiziert. Insbesondere die Bodenqualität ist auf den vorgenannten Flächen sehr heterogen und im durchschnittlichen Vergleich eher gering. Hierdurch ist eine Bewirtschaftung der Flächen nur unter erschwerten Voraussetzungen möglich. Dies wird auch im Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 ersichtlich. Ein beigefügter Ausschnitt der Festlegungskarte verdeutlicht noch einmal, dass innerhalb des Geltungsbereiches des sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes eine Aussparung des Vorranggebietes für die Landwirtschaft ist. Dies bekräftigt noch einmal die Heterogenität des Bodens und die damit erschwerten Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen. Um den zukünftigen Energiebedarf durch nachhaltige und erneuerbare Energien zu gewährleisten und gleichzeitig die Nahrungssicherheit in Einklang zu bringen, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ketzin/Havel ebenfalls einen Kriterienkatalog für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen beschlossen. Um einen etwaigen Nutzungskonflikt zu vermeiden, bittet die Gemeinde, die vorgenannten Flächen im weiteren Planverfahren entsprechend für die Energieversorgung zu berücksichtigen.	Die Planung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage wird zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan "01/22 Solarpark am Gewerbegebiet Etzin" mit gleichzeitiger Flächennutzungsplanänderung befindet sich bereits in Aufstellung und wird im Zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Belang der kommunalen Planung berücksichtigt.
TÖB-Nr.: 50 / Gemeinde Kleinmachnow		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 981	Der vorliegende Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 vertieft die gesetzlich durch den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vorgegebenen Grundsätze und Ziele der Raumordnung zur Landesentwicklung für die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Brandenburg/Havel und Potsdam. Der Entwurf des Regionalplanes beinhaltet zeichnerische und textliche Festlegungen insbesondere zu folgenden Themen: • Siedlung: Vorbehaltsgebiete Siedlung, Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, • Hochwasserschutz: Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz, Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	für die Gewässerretention, Vorbehaltsgebiete Havelpolder, Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die gesteuerte Retention, • Windenergienutzung: Eignungsgebiete für Windenergienutzung, • Oberflächennahe Rohstoffe: Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung, Grundsatz Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung, • Landwirtschaft: Vorranggebiete für die Landwirtschaft. Des Weiteren wurden die Darstellungen des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) zu Freiraumverbund, Gestaltungsraum Siedlung, Ober- und Mittelzentren sowie Mittelzentren in Funktionsteilung übernommen. Aus dem sachlichen Teilregionalplan Havelland-Fläming „Grundfunktionale Schwerpunkte" wurden die Grundfunktionale Schwerpunkte übernommen. Für Kleinmachnow wurde gegenüber den bestehenden Landes- und Regionalpläne keine neuen Festlegungen getroffen.	
BE-ID: 984	Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung: Während im LEP HR, also von den Trägern der Landesplanung, verbindliche Ziele sowie Grundsätze zur Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung definiert sind, soll dies auf Ebene der Regionalplanung nicht erfolgen. Der Regionalplanung obliegt jedoch die Konkretisierung landesplanerischer Vorgaben. Leider wird in dem aktuellen Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 aber keine entsprechende Konkretisierung vorgenommen. Vor dem Hintergrund der hohen und weiter steigenden Anforderungen an die verkehrliche Erschließung der Region TKS insbesondere durch den öffentlichen Personenverkehr halte ich meine früheren Forderungen in vollem Umfang aufrecht. Ich fordere die zurzeit nicht betriebenen Bahnverbindungen Potsdamer-Stammbahn und Friedhofsbahn mindestens als Freihaltetrassen im Sinne eines regionalplanerischen Zieles darzustellen. Die im Gemeindegebiet Kleinmachnow verlaufenden, aber noch stillliegenden Eisenbahntrassen werden im Rahmen des vom Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB), den Ländern Berlin und Brandenburg sowie der DB Netz AG initiierten Projektes „i2030 - mehr Schiene für Berlin Brandenburg" untersucht. Sie sollten nach Abschluss der Untersuchung zügig ertüchtigt bzw. schrittweise wieder in Betrieb genommen werden.	Der Anregung, die genannten stillgelegten Bahntrassen als Freihaltetrassen im Sinne eines regionalplanerischen Ziels darzustellen, wird nicht gefolgt. Anders als von der Stellungnehmerin angenommen, enthält der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg keine Festlegungen zur Sicherung von Verkehrstrassen, die durch die Regionalplanung konkretisiert werden könnten. Eine flächenhafte Sicherung ist bei den benannten Streckenabschnitten auch aus Gründen der Maßstäblichkeit nicht möglich. Eine flächenhafte Trassensicherung kann ausreichend im Rahmen der Bauleitplanung vorgenommen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 983	Topographische Darstellung „Freiraumverbund": Die Glättung der Rasterdarstellung aus dem LEP HR für die Darstellung Freiraumverbund sollte im Westen der Gemarkung Kleinmachnow auf die tatsächliche Nutzung der Waldflächen ausgeweitet werden, insb. im Bereich des Landschaftsschutzgebietes Parforceheide und westlich der BAB 115, vgl. Anlage [zum Bürgermeisterschreiben]. Für das Gemeindegebiet sollten die Methoden Glättung und Rekonstruktion angewendet werden.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
nicht zuordenbar		
BE-ID: 982	Ich möchte aber dennoch auf nachfolgende Punkte hinweisen: Die Region TKS als gemeinsamer Funktionsschwerpunkt der Ober- und Mittelzentren Die Gemeinde Kleinmachnow strebt weiterhin die Einordnung der drei Nachbarkommunen Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf (TKS) als gemeinsames Mittelzentren in Funktionsteilung an. Die drei Kommunen sind u. a. mit Funktionen in den Bereichen soziale und technische Infrastruktur eng verflochten. So ist Kleinmachnow Standort des gemeinsamen Freibades, in Stahnsdorf entstehen gegenwärtig die Gebäude für den Zweckverband Bauhof TKS. Zum Normenkontrollantrag vom 09. November 2010 gegen den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B), dem sich neben anderen Kommunen bekanntlich auch die Gemeinde Kleinmachnow angeschlossen hatte, erwirkte es die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow als Mittelzentrum eingestuft zu werden.	Die Informationen zur Kooperation im gemeinsamen Funktionsschwerpunkt TKS werden zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 52 / Gemeinde Kloster Lehnin		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1960	Mit Schreiben vom 08.02.2022 (Eingang bei der Gemeinde Kloster Lehnin am 04.03.2022) wurde die Gemeinde Kloster Lehnin durch die Regionale Planungsgemeinschaft zum Entwurf des Regionalplans beteiligt. Nach Sichtung der im Internet eingestellten Planunterlagen trägt die Gemeinde zu den Themenkomplexen Windenergienutzung, oberflächennahe Rohstoffe und Landwirtschaft Bedenken bzw. Hinweise zum Entwurf des Regionalplans vor.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1973	Es wird um weitere Beteiligung im Verfahren und um Bericht zur Abwägung über die abgegebene Stellungnahme gebeten.	Die Gemeinde Kloster Lehnin wird weiterhin am Verfahren beteiligt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 30 Rädel		
BE-ID: 1961	Windeignungsgebiet 30 - Rädel: Die Potentialfläche 30 liegt südlich der Ortslage Rädel an der Grenze zum Truppenübungsplatz. Sie ist ca. 40 ha groß und wäre damit ausreichend für etwa 3 bis 4 Windenergieanlangen (WEA). Es handelt sich bei dem Standort um landwirtschaftliche Nutzflächen mit Ackerzahlen von 30 - 36. Sie gehören damit zu den wertigeren Ertragsstandorten in der Gemeinde. Eine negative Beeinflussung der landwirtschaftlichen Bodennutzung durch Zerschneidung (Wegebau) beim Bau von WEA ist zu befürchten. Aufgrund bereits jetzt ungünstiger Schlaggrößen und Zuschnitte würde die Bewirtschaftung durch WEA und ihre Zuwegungen weiter erschwert bzw. unrentabel, zumal die Flächen Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit des betroffenen, kleineren Landwirtschaftsbetriebes besitzen. Eine parallele Ausrichtung der Windkraftanlagen zur Bearbeitungsrichtung der vor Ort vorhandenen Landwirtschaftsflächen ist nur entlang einer Minderheit der existierenden Erschließungswege möglich. Dementsprechend müssten entweder neue Wege erschlossen, oder die Anlagen in einer flächenaufwändigeren senkrechten Aufstellung installiert werden. So oder so würde dies einen überdurchschnittlich großen Anteil der Landwirtschaftsfläche unbenutzbar machen. Eine diesbezügliche Stellungnahme des Landwirtschaftsbetriebs ist notwendig, insbesondere zu folgenden Fragestellungen: o Wie ertragreich sind die Landwirtschaftsflächen tatsächlich? o Liegt eine Erschließung entlang der Waldränder vor? o Würde das Errichten von WEA die Schlaggröße der Ertragsflächen maßgeblich verringern oder ungünstige Zuschnitte erzeugen, so dass eine Bewirtschaftung der Flächen nicht mehr zumutbar wäre?	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1962	Weiterhin würde der Wegebau zwangsläufig auch den Verlust von Waldflächen nach sich ziehen, da die Potentialfläche von allen Seiten von Wald umgeben ist. Das geplante Windeignungsgebiet ist Teil der Gebietskategorie „Erhalt großer, zusammenhängender, gering durch Verkehrswege zerschnittene Waldbereiche". Die damit implizierten Qualitäten des Gebiets könnten durch das Errichten von baulichen Anlagen negativ beeinflusst haben (LaPro 3.1). Auf der Fläche soll eine „bodenschonende Bewirtschaftung" erfolgen. Das Errichten von WEA und entsprechender Zuwegungen widerspricht diesem Ziel (LaPro 3.2)	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1963	Die Fläche überlagert sich vollständig mit einem großflächigen Waldgebiet (LaPro 3.7). Es ist zu befürchten, dass das Errichten von WEA auf einer vollständig von Wald umgebenen Fläche eine Gefahr für Vögel und Fledermäuse darstellt, da diese in überdurchschnittlich hohem Maße die Fläche kreuzen werden, um von einem Waldbereich in einen gegenüberliegenden zu gelangen. Das Vorhandensein folgender Vogelarten bzw. deren Rastgebiete und Flugkorridore sollte überprüft werden: o Wiesenweihe o Großtrappe o Kranich o Kiebitz o Gänse Aus Kenntnis der Örtlichkeit ist zumindest mit Flugbewegungen	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	von Gänsen und Kranichen auszugehen.	eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1964	Die Fläche befindet sich im Bereich/ angrenzend an einen Korridor für waldgebundene Arten mit großem Raumanspruch (LaPro 3.7). Da die Fläche aufgrund ihrer abgeschiedenen Lage bisher relativ unbeeinflusst von Störungen durch Befahren, Begehen bzw. Erholungsnutzung ist, könnte die Erhöhung der menschlichen Aktivität zu Verhaltensänderung bei diesen Tieren führen. Es ist derzeit eine Funktion der Fläche als Rückzugs- und Nahrungsraum für wildlebende Tiere und Pflanzen anzunehmen. Hinsichtlich des Lärms vom Truppenübungsplatz hat eine jahrzehntelange Gewöhnung stattgefunden. Davon nur wenig beeinflusst liegt die Fläche wie eine Insel in einem durch gängigen Waldkomplex, welcher Teil des Biotopverbundes ist. Die Beeinträchtigung des Nahrungs-und Rückzugsraums durch neue Störungen (Fahrzeugbewegungen, Baumaßnahmen, menschliche Anwesenheit) kann Auswirkungen auf das Nahrungsverhalten der Wildtiere haben und die vorhandenen Populationen beeinflussen (z.B. Verlagerung Nahrungsverhalten Rot- und Schwarzwild, Verlagerung Jagdrevier der Wolfspopulation in Richtung Ortslagen).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1965	Die im Flächennutzungsplan der Gemeinde vorbereitete Nutzung für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist wesentlich besser geeignet, die Biotop- und Waldfunktion in dem Bereich zu stützen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1966	Es drängt sich zudem die Annahme auf, dass die Errichtung von WEA mit der Nutzung des Truppenübungsplatzes Lehnin nur schwer vereinbar ist. Hierbei ist nicht nur der Schießbetrieb mit großkalibrigen Waffen zu bedenken, sondern auch die Durchführung entsprechender Übungsszenarien unter Einsatz von Hubschraubern, wie sie zuletzt im Herbst 2021 durchgeführt wurde (z.B. Absetzen und Aufnehmen von Mannschaften im Gelände, Tiefflugeinsätze, Nachteinsätze u.a.). Die diesbezügliche Stellungahme des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr zu folgenden Fragestellungen ist zu berücksichtigen: Würde das Errichten von WEA die Funktion von Radaranlagen beeinträchtigen? Liegt das Gebiet in einem Tiefflugkorridor von Strahlflugzeugen? Würden errichtete Windenergieanlagen das Durchführen von Manövern mit Militärfahrzeugen behindern? (1500 m Mindestabstand zu Nachtflugkorridoren von Hubschraubern)	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1967	Obwohl voraussichtlich keiner der o.g. Belange allein ausreichend für einen Ausschluss der Fläche als Windeignungsgebiet sein dürfte, wäre nach Auffassung der Gemeinde aufgrund der Anzahl der betroffenen Belange, der teilweise bestehenden Prognoseunsicherheiten und der sich daraus ergebenden Frage nach einem ausreichenden Raumangebot nach den Kriterien des Planungskonzeptes Wind kein Windeignungsgebiet am Standort darzustellen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 02 Damsdorf Am Vogelstangenberg		
BE-ID: 1968	Vorranggebiete Oberflächennahe Rohstoffe Die Darstellungen des Entwurfs zum Regionalplan kollidieren mit der Planungsabsicht der Gemeinde zur Weiterentwicklung des Kiessandtagebaus „Am Vogelstangenberg", OT Damsdorf zur Photovoltaik Freiflächenanlage. Der Aufstellungsbeschluss wird derzeit in den Gemeindegremien behandelt und in Kopie nachgereicht. Der Hauptbetriebsplan des Kiessandtagesbaus endet demnächst und soll nicht weiter verlängert werden, da die Lagerstätte erschöpft ist. Ein Teil des Tagebaugeländes wurde gem. Abschlussbetriebsplan bereits aus dem Bergrecht entlassen. Es wird um entsprechende Rücknahme der Darstellung VR 02 (ggf. nach erneuter Beteiligung des LGBR) gebeten.	Der Anregung wird gefolgt. Das Gebiet VR02 Damsdorf Am Vogelstangenberg wird nicht mehr im Regionalplan festgelegt. Begründung: Gemäß der beantragten Beendigung der Kiesgewinnung lt. Antrag auf Zulassung der 1.Änderung des Abschlussbetriebsplans für den Tagebau Damsdorf / Am Vogelstangenberg (Verfahrensnummer: 9990), einschließlich perspektivischer Nachnutzung der Tagebaufläche für eine PV-Anlage, entfällt eine Fläche von 4,97 ha für eine Festlegung im Vorranggebiet Rohstoffgewinnung. In Anwendung des Planungskonzepts (Kriterium VR-K05: Mindestgröße 10ha) zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Damsdorf Am Vogelstangenberg in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 20 Michelsdorf		
BE-ID: 1969	Zur geplanten Darstellung des Vorbehaltsgebiets 20 in der Gemarkung Michelsdorf zur Arrondierung des bestehenden Kiessandtagebau/ Vorrangfläche 19 erfolgt eine negative Einschätzung durch die Gemeinde. Bei Umsetzung möglicher Erweiterungsabsichten wäre ein Verlust von ca. 12 ha Waldflächen und von ca. 14 ha Ackerflächen zu befürchten. Durch den Wegfall von Waldflächen ist der Wegfall des natürlichen Windschutzes die Erhöhung der Bodenerosion der Wegfall von Lebensraum die Schwächung des übrigen Waldbestandes zu erwarten. Durch eine Erweiterung des Sandtagebaus in Richtung Ortslage Michelsdorf wird eine Reduzierung der Lebensqualität für die ortsansässige Bevölkerung durch erhöhte Staubemissionen durch den Abbaubetrieb und den Transport, durch die Erhöhung des Fahrzeugverkehrs durch LKW (Staub, Lärm), durch erhöhte Lärmemissionen aufgrund Reduzierung des Abstandes zum Siedlungsgebiet auf nur noch 300 m, erwartbar. Nach Auffassung der Gemeinde, dürfte der potentielle Nutzen der Darstellung in keinem Verhältnis zum erwartbaren Schaden stehen. Es wird um erneute Prüfung, ggf. in Abstimmung mit dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, gebeten.	Der Anregung um erneute Abstimmung mit dem LBGR ist gefolgt. Dieses hat im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wiederholt die gesamte Fläche zur Festlegung als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung angemeldet, womit andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen würden, soweit diese mit dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe nicht vereinbar sind. Für die gesamte Fläche des vom LBGR als Vorranggebiet angemeldete Fläche beabsichtigt der Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland die Festsetzung einer Schutzzone für das Wasserwerk Michelsdorf. Das Verfahren mit rechtssicheren Gebietsausweisungen hierzu ist nicht abgeschlossen. Somit kann über die Fläche des Hauptbetriebsplans hinaus weder dem Belang des Wasserschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden und diese wird lediglich als Vorbehaltsgebiet festgelegt. Hinsichtlich vorhandener Waldflächen sind diese in der Waldfunktionskartierung des Landes nicht als hochwertige Flächen nicht kompensierbarer Waldfunktionen eingestuft. Die Sachverhalte Waldinanspruchnahme sowie Immissionsschutz sind im Rahmen des bergrechtlichen Genehmigungsverfahrens, z.B. über Ausgleichsmaßnahmen sowie Immissionsschutzmaßnahmen, regelbar. Die Darlegungen zur Verkehrserschließung sind nachvollziehbar, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Mit dem Grundsatz 2.3.3 zur Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung trägt der Regionalplan Havelland-Fläming

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		bereits Vorkehrung für die Minimierung von Verkehrsbelastungen. Es verbleibt damit die Darstellung gemäß dem ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 1970	Vorranggebiete Landwirtschaft Es wird empfohlen, den gesamten, nördlich der Landesstraße gelegenen Bereich zwischen Ortslage Lehnin und Betriebsstandort Hansa Heemann AG aus dem Vorranggebiet Landwirtschaft auszuklammern, um Betriebserweiterungen bzw. eine gewerbliche Entwicklung entlang der vorhandenen Erschließungsstraße nicht zu hemmen.	Der Bereich zwischen der Ortslage Lehnin und dem Betriebsstandort der Hansa Heemann AG und wird im Zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Belang der kommunalen Planung berücksichtigt.
BE-ID: 1971	Weiterhin empfiehlt die Gemeinde Kloster Lehnin die Glättung der Flächendarstellung „Vorranggebiet Landwirtschaft" dergestalt, dass in den Siedlungskörper hineinragende Vorsprünge im Sinne der Ausprägung eines geordneten Siedlungsrandes vermieden werden. Eine rein graphische Abgrenzung mittels Puffer erscheint nicht sachgerecht bzw. als Eingriff in die Gestaltungsfreiheit der Gemeinde bei der Entwicklung neuer Bauflächen, da hierbei die Erschließung in der Fläche zumeist ausgehend von vorhandenen Infrastrukturen geplant wird. Insbesondere sollten die Versprünge zwischen den Straßen ,,Weinbergweg" - ,,Mühlenberg" - ,,Alte Michelsdorfer Straße" und Wohngebiet „Hohlweg / Kaltenhausen" wegfallen.	Der Anregung wird sinngemäß gefolgt. Mit der Änderung des Planungskonzepts für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde eine generalisierte Darstellung durch eine Rasterung der Flächen in der Festlegungskarte vorgenommen, um kleinteilige Festlegungsgrenzen zu reduzieren. Die Vorranggebiete Landwirtschaft des Zweiten Regionalplanentwurfs befinden sich in einer Entfernung von ca. 1,4 km westlich von der Ortslage Lehnin.
BE-ID: 1972	Teilweise kollidieren die Darstellungen zu den Vorranggebieten Landwirtschaft im Entwurf des Regionalplans mit bereits eingeleiteten Bebauungsplanverfahren der Gemeinde zur planungsrechtlichen Vorbereitung großflächiger Photovoltaik - Freiflächenanlagen: "SO Photovoltaik südlich der BAB 2" (Gemarkungen Grebs / Prützke) "SO Photovoltaik beiderseits der K 6949" (Gemarkung Rietz) "SO Photovoltaik an der A 10 nördlich Dreieck Werder" (Gemarkung Göhlsdorf) "SO Photovoltaik am Autobahnsee" (Gemarkung Reckahn) Die Aufstellungsbeschlüsse sind in Kopie beigefügt. Um Berücksichtigung wird gebeten.	Nach den Änderungen des Planungskonzepts für Vorranggebiete Landwirtschaft - ist der Geltungsbereich des "SO Photovoltaik südlich der BAB 2" (Gemarkungen Grebs / Prützke) nicht betroffen; - wird der Geltungsbereich des "SO Photovoltaik beiderseits der K 6949" (Gemarkung Rietz) im Rahmen der Abwägung kommunaler Planungen berücksichtigt; - ist der Geltungsbereich des "SO Photovoltaik an der A 10 nördlich Dreieck Werder" (Gemarkung Göhlsdorf) nicht betroffen; - ist der Geltungsbereich des "SO Photovoltaik am Autobahnsee" (Gemarkung Reckahn) nicht betroffen.
TÖB-Nr.: 55 / Stadt Luckenwalde		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Siedlung		
BE-ID: 891	Textliche Festsetzungen, Textteil, Seite 11 ff. Zu G 1. 1: Die Bezeichnung „Vorbehaltsgebiete Siedlung" sollte im Sinne einer besseren Verständlichkeit geändert werden, da es nicht um alle Siedlungsflächen geht, sondern nur um Flächen, in denen das Wohnen zulässig ist. Ich empfehle eine Umbenennung in „Vorbehaltsgebiete Wohnen". Im allgemeinen Sprachgebrauch gehören auch Gewerbe- und Industrieflächen zu den Siedlungsflächen. Auch im vorliegenden Entwurf des Textteils, Rn 170, Tabelle 3, zum Regionalplan bezieht der Begriff „Siedlungsgebiet" die Gewerbegebiete mit ein.	Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Die Begrifflichkeit "Vorbehaltsgebiet Siedlung" folgt der Festlegung in der Richtlinie für Regionalpläne im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 49 vom 11. Dezember 2019 S. 1357.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 893	Siedlung Textteil, Rn 60: Die Auffassung, die Lage einer Fläche im Hochwasserschutzbereich HQ100 sei grundsätzlich ein erheblicher Raumkonflikt mit der Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung wird nicht geteilt. Der als HQ100-Fläche eingezeichnete Bereich Kleiner Haag/ Parkstraße ist in das Vorbehaltsgebiet Siedlung aufzunehmen. Die Modellrechnungen zur Ermittlung der Hochwasserschutzbereiche im Raum Luckenwalde sind nicht belastbar, weil - nach meinen Informationen - die Rückhaltewirkung der	Der nachvollziehbaren Anregung wird gefolgt. Der benannte HQ100-Bereich ist mit ca. 30m² Fläche in regionalplanerischem Maßstab nicht relevant und kann auf kommunaler Ebene Berücksichtigung finden. Er steht in dieser Dimension der Festlegung des Vorbehaltsgebiets Siedlung nicht entgegen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Überschwemmungsfläche am Kleinbahndamm zwischen Luckenwalde und Kolzenburg (siehe auch Rn 147) nicht berücksichtigt wurde. Darüber hinaus wäre selbst der berechnete Wasserstand im HQ100-Fall in diesem Stadtbereich so niedrig, dass Auswirkungen des Hochwassers in diesem bestehenden Siedlungsgebiet durch entsprechende technische Vorkehrungen an den Gebäuden zu verhindern wären.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 b) Jüterbog-Forst Zinna		
BE-ID: 894	Die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Jüterbog-Forst Zinna wird ausdrücklich unterstützt. Im Rahmen der planerischen Abwägung ist grundsätzlich die Nachnutzung von Konversionsstandorten stets der Neuinanspruchnahme unvorbelasteter Flächen vorzuziehen. Dies reduziert einerseits den Flächenverbrauch und bietet andererseits eine wirtschaftlich tragfähige Basis, die in der Regel durch Altlasten, Gebäuderesten und Kampfmittel belasteten Flächen zu sanieren. Kritisch wird jedoch das angrenzend an den großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort vorgesehene Windeignungsgebiet WEG 14 Forst Zinna gesehen. Der Verzicht auf einen Mindestabstand zwischen Windeignungsgebieten und Industriegebieten ist nicht sachgerecht. Hierzu weitere Anmerkungen unter „Windeignungsgebiete".	Die Hinweise zum großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Jüterbog-Forst Zinna werden zur Kenntnis genommen. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens hat die Regionale Planungsgemeinschaft die Entscheidung getroffen, von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Jüterbog-Forst Zinna abzusehen. Diese Entscheidung beruht auf den folgenden Sachverhalten und Bewertungen: Im Ergebnis des durchgeführten Beteiligungsverfahrens und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der für den Standort Forst Zinna im Auftrag der Stadt Jüterbog von der EBP Deutschland GmbH ausgeführten Machbarkeitsstudie (Dezember 2023) wird festgestellt, dass die Eignungsvoraussetzungen für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort nicht ausreichend gegeben sind. Diese Bewertung beruht insbesondere auf den Folgenden Feststellungen: 1. Hoher Erschließungsaufwand und hohes Risiko durch Altlasten sowie Kampfmittel: Die äußere Erschließung des Gebiets durch die Bundesstraße 101 ist weiter ungeklärt. Gegebenenfalls mögliche Erschließungsvarianten sind mit einem hohen Aufwand und einer hohen Unsicherheit in Bezug auf die Realisierung verbunden. Eine südliche Erschließung über die ehemalige Kasernenzufahrt und die K7216 ist nicht möglich. Eine Anbindung durch öffentlichen Personenverkehr ist gegenwärtig nicht gegeben und aufgrund der Erschließungssituation auch für die Zukunft ungeklärt. Der Standort verfügt über keine bestehende Energieversorgung und keine zentrale Wasserver- und -entsorgung. Ein Anschluss an die zentrale Wasserver- und -entsorgung würde den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur erfordern. Die auf dem Gelände vorhandene, ehemalige Infrastruktur ist nicht mehr nutzbar. Ob eine Eigenver- und -entsorgung am Standort erfolgen kann ist ungeklärt. Eine voraussichtlich mögliche Wassergewinnung vor Ort hätte die Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen zur Folge, woraus sich Nutzungseinschränkungen am Standort ergeben würden. Auf dem Gelände befinden sich zahlreiche Altlastenverdachtsflächen in einem flächenhaften Umfang von insgesamt 18,6 Hektar. Zum erforderlichen Sanierungsaufwand liegen keine Informationen vor. Die Altlastensituation stellt daher ein hohes Entwicklungsrisiko dar.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Obwohl Teile des Areals in den Jahren 1997 bis 2004 auf Kampfmittel untersucht wurden, ist die Belastung des Geländes durch Kampfmittel im Wesentlichen unaufgeklärt. Auch dieser Sachverhalt wird als hohes Entwicklungsrisiko bewertet. 2. Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz: Aufgrund der Grenzlage zum SPA-Gebiet DE 3945-421 „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" ist mit Einschränkungen für eine gewerblich-industrielle Nutzung zumindest in Randbereichen zu rechnen. Weiter wird die gewerbliche Nutzung der Fläche durch geschützte Biotope eingeschränkt. Die Sachlage in Bezug auf den Artenschutz ist noch nicht ausreichend aufgeklärt. Mit weiteren Einschränkungen durch Belange des Artenschutzes ist beispielsweise in Bezug auf Fledermäuse und Amphibien zu rechnen, wie auch die Stellungnehmerin mitteilt. Die Gesamtfläche des im Entwurf des Regionalplans dargestellten Vorranggebiets unterschreitet die Mindestflächenanforderung von 100 Hektar bereits geringfügig. Unter Berücksichtigung des Sachverhalts, dass bereits zum Zeitpunkt der Entwurfserarbeitung erkennbar war, dass die für eine gewerbliche Ansiedlung zur Verfügung stehende Fläche nicht mehr als 80 Hektar betragen wird, kann aufgrund der zu erwartenden weiteren Einschränkungen nicht mehr festgestellt werden, dass das erforderliche Flächenpotenzial für einen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort ausreichend ist. 3. Keine Entwicklung der Gesamtfläche: Im Ergebnis der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (November 2023) wird eine schrittweise Entwicklung des Standortes in drei Etappen empfohlen. Mit dem Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 048 „Gewerbe- und Industriepark-Forst Zinna“ verfolgt die Stadt Jüterbog das Ziel, eine etwa 50 Hektar große Teilfläche einer bedarfsgerechten Entwicklung zuzuführen. Eine solche Entwicklungsabsicht ist mit der Anforderung, dass an großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten ein Flächenangebot von etwa 100 Hektar langfristig vorgehalten werden soll und für eine kurz- und mittelfristige, kleinteilige Entwicklung nicht zur Verfügung steht, unvereinbar. Unabhängig vom noch ungewissen Ausgang des begonnenen Bauleitplanverfahrens, ist unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (Dezember 2023) festzustellen, dass eine Entwicklung der Gesamtfläche mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken verbunden ist. Der Standort Forst Zinna kann daher die Funktion eines großflächigen Vorsorgestandorts nicht ausreichend erfüllen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 897	Es ist zu erkennen, dass das Hochwasserrisiko im südlichen Innenstadtbereich (Kleiner Haag/Parkstraße) durch "Ausufern" des Röthegrabens begründet ist. Da der Röthegraben nördlich des Kleinbahndammes von der Nuthe abzweigt, ist also anders als in den Maßnahmesteckbriefen dargestellt, auch die Regulierung der Stadtnuthe. wenn die Modellierung ein realistisches Bild zeigen würde, nicht ausreichend. Tatsächlich ist aber nach meinen Informationen die Funktion des Retentionsbeckens beim Kleinbahndamm nicht berücksichtigt worden.	Die Maßnahme gemäß Steckbrief H5_00003_00009 „Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens am Kleinbahndamm durch Umgestaltung des derzeitigen Retentionsraumes Kolzenburg wird im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 in Verbindung mit Maßnahmensteckbrief Code H5_00003_00005 (Untersuchung zur Schaffung eines steuerbaren Retentionsraums oberhalb der Stadt Luckenwalde) als Vorbehaltsgebiet Potenzialflächen für die gesteuerte Retention berücksichtigt.
BE-ID: 898	Zum potenziell zusätzlichen Hochwasserrückhaltebecken bei Lindenberg bestehen keine grundsätzlichen Einwände.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.2 VB Gewässerretention		
BE-ID: 892	Zu G 2.1.2: Die „Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die Gewässerretention" gemäß G 2.1.2 fehlen in der Festlegungskarte. Da sie durch mehrere Parameter definiert werden ("außerhalb von Ortslagen", "bei einem Hochwasserereignis mit einem Widerkehrintervall von 100 Jahren natürlicherweise überschwemmt" und „nicht bereits als Überschwemmungsgebiet gemäß § 76 WHG festgesetzt") ist eine zeichnerische Festlegung erforderlich.	Die Anregung wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch zu keiner Änderung der Festlegungskarte. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens werden die Potenzialflächen für die Gewässerretention nicht mehr als Vorbehaltsgebiet, festgelegt. Generell ist darauf hinzuweisen, dass der Regionalplan Havelland-Fläming die HQ100-Bereiche in der Festlegungskarte als nachrichtliche Übernahme aus der Fachplanung darstellt. Die Festlegung Potenzialflächen für die Gewässerretention bezieht sich auf die Freiraumflächen, insbesondere Landwirtschafts- und Waldflächen, sowie Moore, Sümpfe, Gehölze etc. Freiraumflächen, die bei einem Hochwasserereignis mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren natürlicherweise überschwemmt werden und nicht bereits als Überschwemmungsgebiet gemäß § 76 WHG festgesetzt sind (siehe Abschnitt 2.1.2 Regionalplantext). Die geeigneten Freiraumflächen sind im Einzelfall anhand der Realnutzung zu ermitteln. Eine zeichnerische Festlegung der "Potenzialflächen für die Gewässerretention" erfolgt nicht. Bei einer zeichnerischen Darstellung würden sich die Potenzialflächen für die Gewässerretention vollständig mit den Überschwemmungsflächen des HQ100 überlagern. Aufgrund der vorgegebenen Planzeichen gemäß der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne wäre bei Verwendung einer weiteren Schraffur für "Potenzialflächen für die Gewässerretention" eine Unterscheidung der Potenzialflächen für die Gewässerretention von den nachrichtlich dargestellten Überschwemmungsflächen des HQ100 in der Festlegungskarte nicht ausreichend gewährleistet. Zudem wird auf die Potenzialflächen für die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Gewässerretention durch die Darstellung der HQ100-Flächenkulisse ausreichend hingewiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.4 VB gesteuerte Retention		
BE-ID: 895	Hochwasserschutz Textteil, Rn 144, Rn 147: Die Stadt Luckenwalde begrüßt grundsätzlich die drei Vorbehaltsgebiete im Einzugsbereich der Nuthe und deren Sicherung im Rahmen der Regionalplanung. Sie tragen dazu bei, dass das Stadtgebiet Luckenwalde im HQ100-Fall weniger stark betroffen sein dürfte, als in den Hochwasserkarten dargestellt. Die Aussage im Textteil. Seite 39, Rn 144, es sei das Ziel, neue Standorte zu sichern, wird jedoch nicht verstanden, da es sich bei den Flächen bei Jüterbog und bei Luckenwalde am Kleinbahndamm keineswegs um neue Standorte handelt. Beide Flächen sind mit Beschluss des Rates des Bezirks Potsdam vom 17.01.1990 als Hochwassergebiet festgelegt worden. Der Landkreis Teltow-Fläming hat mit Rundschreiben vom 28.11.2002 darauf hingewiesen, dass diese Festlegungen gemäß § 100 Abs. 1 des Brandenburgischen Wassergesetzes fortgelten und dass es bei entsprechend hohen Niederschlägen zur gezielten Flutung dieser Gebiete kommen kann. Demzufolge ist es also keineswegs so, dass es um die Sicherung neuer Standorte, sondern um den Erhalt vorhandener Standorte geht. Die Stadt Luckenwalde geht davon aus, dass es Aufgabe der zuständigen Behörden ist, die Funktionsfähigkeit der Standorte (z.B. durch regelmäßige Wartung der Wehre und Kontrolle der Deiche) zu erhalten.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Der Text wird folgendermaßen geändert: Ziel der Festlegungen im Bereich der gesteuerten Retention ist es, bestehende bewährte Standorte zu erhalten und in ihrer Funktionsfähigkeit zu optimieren sowie einzelne neue Standorte für eine mögliche zukünftige Entwicklung zu sichern.
BE-ID: 3488	Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die „ungewollten Ausuferungen" im Siedlungsbereich von Luckenwalde weniger den Königsgraben, sondern vor allem den Röthegraben betreffen. Dies ist aber auch in den als Anlage zum Regionalplanentwurf beigefügten Maßnahmesteckbriefen des LfU nicht richtig dargestellt. Dort heißt es folgendermaßen: „Der bisher durch Steuerung der (bei höheren Wasserständen umläufigen) Wehre eingestaute Retentionsraum bewirkt, dass in der Stadtnuthe Bemessungsabflüsse eingehalten werden können, jedoch am Königsgraben eine Ausuferung mit Beeinträchtigung bebauter Bereiche stattfindet bzw. nicht auszuschließen ist." Diese Aussage ist nicht nachvollziehbar. Dies verdeutlicht ein Blick auf die HQ100-Karten des LfU (hier in der Darstellung des Geoportals Teltow-Fläming) [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Abb. Darstellung der HQ100-Flächen im Geoportal Teltow-Fläming, Ergänzungen (Beschriftung, Kleinbahndamm) Stadt Luckenwalde]	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Stadt Luckenwalde stellt folgerichtig fest, dass eine Ausuferung in den Siedlungsbereichauf den Röthegraben zurückzuführen ist. Dennoch zeigen sich bei Betrachtung eines Hochwasser mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit (HQ 100) als auch eines Hochwassers mit einer niedrigen Eintrittswahrscheinlichkeit (HQ extrem) Ausuferungen in der südlichen Ortslage. Ob sich das Landesamt für Umwelt auf diese Ausuferungen bezieht, kann durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht ermittelt werden. Einfluss auf die Darstellungen im Maßnahmensteckbrief und die Maßnahmenbeschreibung hat die Regionale Planungsgemeinschaft nicht.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 900	Windenenergienutzung: Grundsätzlich ist anzumerken, dass aufgrund der geopolitischen Lage die Bundesrepublik Deutschland das Ziel beschließen wird, die Abhängigkeit von anderen Staaten bei der Energieversorgung deutlich zu reduzieren. Hierzu sind neue Vorgaben sowohl durch die Bundesgesetzgebung als auch durch die Landesgesetzgebung auch für die Regionalplanung zu erwarten. Er erscheint sinnvoll, diese neuen Vorgaben abzuwarten und im neu aufzustellenden Regionalplan zu berücksichtigen. Die veränderten Vorgaben können dazu führen, dass die Herleitungen der Windeignungsgebiete vollständig zu überarbeiten sind. Anderenfalls ist zu erwarten, dass im Zweifel Regionalpläne, die die neuen Vorgaben nicht berücksichtigen, pauschal durch Bundesgesetz bezüglich der Regeln zur Windenergienutzung außer Kraft gesetzt werden. Durch die Berücksichtigung der erwarteten neuen Vorgaben im neuen Regionalplan würde sich die Planungsregion wenigstens ein gewisses Maß an Steuerungsmöglichkeiten zum Windenergieausbau erhalten. Insofern rege ich an, die Aufstellung des Regionalplans zunächst zu unterbrechen und die Verabschiedung neuer Regeln abzuwarten. Auch eine Auslagerung des Themas	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Windenergie in einen nachfolgenden sachlichen Teilregionalplan wäre möglich. Dies würde aber die planerische Konfliktlösung im Einzelfall erschweren. Hierbei denke ich an den offensichtlichen Konflikt zwischen der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Forst Zinna und der Festlegung des Windeignungsgebiets WEG 14 Forst Zinna.	
BE-ID: 901	Die im Entwurf enthaltenen Windeignungsgebiete weichen teilweise erheblich von den in älteren Fassungen des Regionalplans festgelegten Windeignungsgebieten ab. Dies führt dazu, dass bestehenden Windparks eine über den Bestandsschutz hinausgehende planungsrechtliche Grundlage fehlt. Ein Repowering erscheint daher stark erschwert. Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es einer nachhaltigen, sparsamen Flächenentwicklung entspricht, neue Standorte zu entwickeln anstatt alte Standorte, bei denen der Eingriff in gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, in Landschaftsbild und naturschutzrechtliche Schutzgüter, in die Belange der Forstwirtschaft usw. bereits erfolgt ist, zu erhalten. Seitens der Stadt Luckenwalde wird diese Vorgehensweise abgelehnt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 902	Weiterhin ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, dass Bundes- und Landesgesetzgebung aufgrund der geopolitischen Lage für bestehende Windparks, auch wenn sie nicht innerhalb von festgelegten Windeignungsgebieten liegen, den Bestandsschutz um ein Recht auf Weiternutzung nach Ablauf der Nutzungsdauer und auf Repowering erweitert. Dies würde dazu führen, dass diese Windparks in der Gesamtbilanz der Flächen für erneuerbare Energien zu berücksichtigen sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 912	Darüber hinaus fällt auf, dass auch dieses Windeignungsgebiet im Flugkorridor der Großtrappe [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Bezug auf WEG 45 Zülichendorf] zwischen den Belziger Landschaftswiesen und dem Einstandsgebiet Jüterbog liegt. In der Anlage 11.4 wird auf Seite 16 dargelegt, dass es Hinweise darauf gibt, dass das LfU innerhalb der Korridore der Großtrappe, die den Restriktionsbereichen nach TAK zuzuordnen sind, keine Genehmigungen für WEA erteilt. Innerhalb der Anlage 12 wird zur Potenzialfläche (WEG) 14 Kloster Zinna eine Stellungnahme des LfU zitiert, die daraufhin weist, dass sich durch das Windeignungsgebiet die Situation für die Großtrappe verschlechtert. Im weiteren Text wird festgestellt, dass der Aussage nicht eindeutig entnommen werden kann, ob die zuständige Fachbehörde (das LfU) damit ausdrücken will, dass die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der Potenzialfläche aus artenschutzrechtlichen Gründen allgemein auszuschließen ist. Ähnlich wird das LfU zur Potenzialfläche (WEG) 45 Zülichendorf zitiert, wobei das LfU hier noch eine stärkere Einschränkung für die Großtrappe (,,würde sich die Situation für die Großtrappe in diesem Raum deutlich verschlechtern.") feststellt. Die Fläche liegt nicht nur im Flugkorridor (freizuhaltender Restriktionsbereich laut TAK) der Großtrappe, sie liegt auch im Restriktionsbereich um ein Wintereinstandsgebiet der Großtrappe. Auch hier sehen die Verfasser der Anlage 12 keine eindeutige Aussage, ob die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb dieser Potenzialfläche auszuschließen ist. Mit dem WEG 14 und dem WEG 45 entstehen also innerhalb desselben Flugkorridors zwei Barrieren zwischen den Belziger Landschaftswiesen und dem Einstandsgebiet Jüterbog/Markendorf. Zusätzlich befindet sich der bereits bestehende Windpark Schlalach (als WEG 33 im Regionalplanentwurf vorgesehen) in diesem Flugkorridor. Daher dürfen diese	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	beiden Potenzialflächen selbstverständlich nicht nur einzeln betrachtet werden. Um einer gerichtlichen Überprüfung standzuhalten, muss die doppelte bis dreifache Barriere berücksichtigt werden. Zwei oder drei Barrieren auf einer Flugstrecke dürften die Situation für die Großtrappe noch viel erheblicher verschlechtern, als eine Einzige. Insofern sind die beiden WEG auch gemeinsam zu bewerten. Um den Belange des Artenschutzes gerecht zu werden, ist vorgesehen, "dass eine mögliche Barrierewirkung der innerhalb des Flugkorridors zu errichtenden Windenergianlagen begrenzt wird" (Anlage 12, Seite 251). Bei einer sachgerechten Prüfung könnte sich ergeben, dass auf eines der beiden WEG verzichtet werden muss. Tatsächlich haben sich die Planverfasser an anderer Stelle (Anlage 12 zur Potenzialfläche 46 „Ramboldtheide") mit dieser Problematik auseinander gesetzt. Dort wird aufgrund der Lage im Flugkorridor für die Potenzialfläche 46 eine Kumulationswirkung mit den WEG 33 (Schlalach/Deutsch Bork) und WEG 45 (Zülichendorf) angenommen und im Ergebnis die Festlegung als Eignungsgebiet verworfen. Dass eine Kumulationswirkung zwischen den WEG 14, 33 und 45 geprüft wurde, wird hingegen nicht dokumentiert.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 08 Kummersdorf-Gut		
BE-ID: 913	Die Festlegung des Windeignungsgebietes WEG 08 Kummersdorf-Gut wird seitens der Stadt Luckenwalde ausdrücklich begrüßt. Durch die wirtschaftliche Nutzung der Flächen durch die Windenergie - möglicherweise gekoppelt mit innovativen Technologien zur Speicherung und Verteilung der Energie - ergibt sich die Chance für den Flächeneigentümer, die notwendigen Einnahmen zu generieren, um die vorhandenen Denkmalbestandteile denkmalgerecht zu sichern, aufzuarbeiten und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ohne diese Mittel erscheint eine langfristige Sicherung des Denkmals wirtschaftlich nicht möglich. Dies erscheint die einzige Möglichkeit, dem § 7 Abs. 2 BbgDSchG gerecht zu werden, demzufolge Denkmale so zu nutzen sind, dass ihre Erhaltung nachhaltig gesichert ist. Selbstverständlich ist bei der Herstellung der Windenergieanlagen und deren Nutzung extrem sensibel mit dem Denkmal umzugehen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 14 Forst Zinna		
BE-ID: 909	Die Stadt Jüterbog hat im Rahmen der aktuellen Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes die Möglichkeiten eines Windeignungsgebietes bei Forst Zinna geprüft und ist nachvollziehbar zu dem Ergebnis gekommen, dass die Fläche nicht geeignet ist. Dieser Erkenntnis sollte sich die Regionale Planungsgemeinschaft anschließen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 45 Zülichendorf		
BE-ID: 910	Auch das WEG 45 (Zülichendorf) unterschreitet den notwendigen Abstand zur Landesstraße. Auch hier ist die Einhaltung mindestens der einfachen Fallhöhe erforderlich, um im Falle einer Havarie die Beeinträchtigung dieser wichtigen Straßenverkehrsverbindung zu vermeiden. Die Grenze des WEG ist also im notwendigen Abstand südwestlich der L80 gezogen werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 06 Frankenfelde		
BE-ID: 917	Zum VB 06 Frankenfelde: Gemäß § 4 Abs. 4 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal-Beelitzer Sander" (LSG-VO) vom 10.12.1999, geändert am 29.1.2014, gelten die Verbote und Genehmigungsvorbehalte des § 4 Abs. 1 - 3 der LSG-VO nicht im Geltungsbereich eines Bauleitplans für die eine bauliche oder sonstige dem Schutzzweck widersprechende Nutzung dargestellt oder festgesetzt ist. Dies kommt für das VB 06 Frankenfelde zum Tragen, weil der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Luckenwalde wesentliche Teile der Fläche als Abbaugebiet darstellt. Im Sinne der Umsetzbarkeit dieser Festlegung zum Vorbehaltsgebiet VB 06 Frankenfelde wird vorgeschlagen, die Fläche des Vorbehaltsgebietes an die Flächennutzungsplandarstellung anzupassen. So besteht dann für das festgelegte Vorbehaltsgebiet eine einheitliche Rechtgrundlage, da für die Fläche außerhalb der Flächennutzungsplandarstellung die Verbote der LSG-VO gelten und die Umsetzung für diese deutlich erschwert würde. [Anmerkung Erfasserin: Abbildung: Darstellung des Abbaugebiets Frankenfelde im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Luckenwalde] Eine Zufahrt zu dem Abbaugebiet aus Richtung Frankenfelde (über den von der Straße Frankenfelde - Gottsdorf abzweigenden Forstweg) ist nicht möglich, da entlang des Forstweges eine als Naturdenkmal geschützte Kopfweiden-Allee besteht. Die verkehrliche Anbindung muss also nach Osten an die Landesstraße 73 oder nach Norden durch die Ortslage Berkenbrück erfolgen. Die Anbindung an die Landesstraße 73 ist dabei die Vorzugsvariante, weil von dort auch die kürzeste und ortdurchfahrtsfreie Anbindung an die B101 besteht.	Dem Gebietsvorschlag des LBGR zur Festlegung eines Vorbehaltsgebietes wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Damit erübrigt sich auch die Erörterung einer möglichen verkehrstechnischen Erschließung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 918	Landwirtschaft Seitens der Stadt Luckenwalde bestehen keine Einwände zum Themenfeld landwirtschaftliche Bodennutzung. Dem Vorschlag, im Stadtgebiet von Luckenwalde aufgrund der eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Festlegungskarte darzustellen, wird zugestimmt.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft und der Herausnahme des Stadtgebiets Luckenwalde wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 904	Die Herleitung der Windeignungsgebiete des vorliegenden Regionalplanentwurfs erfolgte mit hohem Aufwand und sehr sorgfältig. Dies ist erforderlich, um einen möglichst rechtssicheren Regionalplan zu erschaffen. Ein dauerhafter, nicht angreifbarer, gerichtsfester Regionalplan ist im Interesse aller Kommunen der Region. Nur so wird dauerhaft Rechtssicherheit bezüglich wesentlicher Regelungsgehalte und insbesondere bezüglich der Nutzung von Windenergie erreicht. Daraus ergibt sich auch, dass die Kommunen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens auf Punkte hinweisen, die sie für juristisch angreifbar halten. Bezüglich der Herleitung der Windeignungsgebiete erscheint der Stadt Luckenwalde im Sinne der Gerichtsfestigkeit Überarbeitungsbedarf. Die Festlegung der harten Tabuzonen ist in den folgenden Punkten nicht plausibel und muss daher zwingend überarbeitet werden: Laut Rn 170, Tabelle 3 beträgt der Mindestabstand zu Gewerbegebieten 170 m, ein Mindestabstand zu Industriegebieten wird nicht festgelegt. Diese Festlegung ist nicht sachgerecht. Der Mindestabstand wird ausschließlich mit der Vermeidung von Lärmimmissionen begründet. Andere Faktoren, wie Schattenwurf, Eiswurf (mittlerweile aufgrund des technologischen Fortschritts eventuell vernachlässigbar), optische Bedrängung und die Havariegefahr werden dabei nicht berücksichtigt. Die Havariegefahr erscheint auch gerade in unmittelbarer Nähe eines Industriegebietes von besonderer Bedeutung, weil in einem Industriegebiet typischerweise Anlagen mit einem erhöhten Gefahrenpotenzial vorhanden sein können. Nach Auffassung der Stadt Luckenwalde muss allein aufgrund der	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Havariegefahr der Abstand zu Gebieten, die für den dauerhaften Aufenthalt von Menschen vorgesehen sind (also auch zu Gewerbe- und Industriegebieten) sowie zur linienhaften Infrastruktur (Bahnstrecken, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) und Freileitungen mindestens die einfache Fallhöhe der Anlagen, also mindestens die Gesamthöhe der Anlagen berücksichtigen. Die vorgesehenen 170 m zu Gewerbegebieten sind hier also zu niedrig angesetzt.	
BE-ID: 905	Aber auch aufgrund des Immissionsschutzes ist ein Mindestabstand zwischen Windeignungsgebieten und Industriegebieten zwingend erforderlich. Die Erläuterungen im Textteil des Regionalplans (Rn 17 4), dass auch in Industriegebieten die Anforderungen an die Gewährleistung der gesunden Arbeitsverhältnisse und der Sicherheit der Arbeitsverhältnisse gelten, allerdings mit geringeren Standards, sind keine Begründung für den Verzicht auf Mindestabstände zu Windeignungsgebieten. Tatsächlich sind in Industriegebieten höhere Anforderungen an den Arbeitsschutz zu stellen als in Gewerbegebieten, um gesunde Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Arbeitsbevölkerung zu gewährleisten. Aber die Aufgabe des Arbeitsschutzes ist es, die Arbeitnehmer von Beeinträchtigungen und Gefahren zu schützen, die von den spezifischen Anlagen im Betrieb ausgehen können. Dabei kann festgelegt werden, dass die Arbeitnehmer z.B. Schutzkleidung und Gehörschutz zu tragen haben und nur eine bestimmte Zeitdauer anlagenspezifischen Beeinträchtigungen ausgesetzt werden. Zusätzliche Schutzmaßnahmen gegenüber Einwirkungen durch Lärmimmissionen von außen, deren Dauer durch den betrieblichen Arbeitsschutz nicht beeinflusst werden kann, sind nicht zumutbar.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 906	Uns liegt der Entwurf der Stellungnahme des Landkreises Teltow-Fläming zum Entwurf des Regionalplans vor, in der der Landkreis Teltow-Fläming, SG Brand- und Katastrophenschutz fordert, einen Bereich von 750 m analog harter Tabuzonen zu betrachten und von Bebauungen und Anlagen mit Gefahrenpotenzial freizuhalten. Die Argumente des SG Brand- und Katastrophenschutz erscheinen plausibel und sollten berücksichtigt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 907	Darüber hinaus sollten bei den harten Tabufaktoren auch die tierökologischen Abstandskriterien berücksichtigt werden, soweit dies m it dem Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 23.05. 2019, OVG 2 A 4. 19, vereinbar ist. Dies betrifft die Abstandskriterien, die anders als zum Beispiel die Schutzbereiche um Horststandorte nicht veränderlich sind. Hierbei geht es um die Schutzbereiche um Gewässer erster Ordnung mit Zugleitlinienfunktion. Die Nuthe ist ein lineares Gewässer erster Ordnung und muss deshalb berücksichtigt werden. Die vorgenannten Hinweise gelten nicht nur für den Textteil des Regionalplans, sondern auch für die Anlage „Planungskonzept Windenergienutzung·'. Das Planungskonzept ist entsprechend zu überarbeiten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 908	Bei einer sachgerechten Berücksichtigung der erforderlichen Mindestabstände zur Bahnstrecke Berlin - München, zur Bundesstraße B101, zum großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Jüterbog-Forst Zinna sowie zur Nuthe erscheint es sehr zweifelhaft, ob das vorgesehene Windeignungsgebiet WEG 14 Forst Zinna über die für ein Windeignungsgebiet angesetzte Mindestgröße verfügt, zumal weitere betroffene Belange, wie zum Beispiel die Lage im Flugkorridor der Großtrappe im Textteil des Regionalplans bzw. im Umweltbericht nicht schlüssig berücksichtigt wurden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 915	Zu Rn 235: Ergänzend sei zu erwähnen, dass die Windkraftanlage 54 im Windpark Heidehof III so genehmigt und errichtet wurde, dass Teile der Anlage in das Naturschutzgebiet „Heidehof-Golmberg·' hinein reichen. Damit handelt es sich im baurechtlichen Sinn um eine Anlage in einem Naturschutzgebiet. Im Regionalplan ist deutlich zu formulieren, dass die Grenzen von Windeignungsgebieten die Wirkung von Baugrenzen haben. Dies bedeutet auch, dass Bauteile nicht über die Grenzen der Windeignungsgebiete hinauskragen dürfen. Dies ist zwingend erforderlich um die festgelegten Abstände tatsächlich einzuhalten. Es ist vor allem aber erforderlich, zu verhindern, dass Windenergieanlagen in harten Tabuzonen, wie zum Beispiel dem Freiraumverbund und den Naturschutzgebieten (Siehe vorheriger Absatz), gebaut werden. Anlagen, die in eine Fläche hineinragen, sind baurechtlich wie Anlagen zu bewerten, die innerhalb des Gebietes stehen. Insofern handelt es sich bei einer Windenergieanlage, die in den Freiraumverbund hineinragt, um eine Windenergieanlage im Freiraumverbund, die nach Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion nicht zulässig ist.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 927	Planungskonzept Windenergienutzung Die erforderlichen Ergänzungen wurden bereits weiter oben im Text dargelegt. Zum Punkt B13 ist zu ergänzen, dass Gewässer 1. Ordnung gemäß TAK aufgrund ihrer Zugleitlinienfunktion stets einen Schutzbereich von 1000 m besitzen. Im Umweltbericht wird dies auch als anzuwendendes Kriterium genannt, die Anwendung dieses Kriteriums fehlt jedoch in den sonstigen Unterlagen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 b) bb) H 03		
BE-ID: 914	Zu Rn 186 : Der Text sollte grundsätzlich überarbeitet werden. Der Text ist selbst für das Fachpublikum nicht verständlich. Für Industriegebiete sind keine Abstandszonen zu berücksichtigen, weil sich der Immissionsort direkt am Turmfuß der Windenergieanlage befindet. Was bedeutet das? Das Reine Wohngebiete nur sehr selten vorkommen, ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Sind eventuell „Ruhige Gebiete" im Sinne der Lärmaktionsplanung gemeint?	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 Zu den Festlegungen oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 916	Oberflächennahe Rohstoffe Hinweis zu Textteil, Rn 308: Die Waldfunktionskartierung beinhaltet keine qualitative Bewertung der Waldfunktionen. Insofern ist in der Erläuterung darzulegen, woraus „regional hochwertige Waldgebiete gemäß Waldfunktionskartierung" abgeleitet werden. Welche Waldfunktionen führen nach Auffassung der Regionalen Planungsstelle zu einer Einstufung als „regional hochwertig"?	Dem Hinweis um redaktionelle Klarstellung wird gefolgt und "regional hochwertig" in "in regionalem Maßstab relevante" Waldgebiete gemäß Waldfunktionskartierung umformuliert.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Festlegungskarte / Festlegungskarte		
BE-ID: 890	Festlegungskarte: Im weiteren Text werden diverse Punkte angesprochen, aus denen sich Änderungen in der Festlegungskarte ergeben. Dies sind im Einzelnen folgende: - Darstellung der „Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die Gewässerretention" in der Festlegungskarte - Änderung des „Vorbehaltsgebietes Siedlung" im Bereich Luckenwalde: Einbeziehung des Bereichs Kleiner Haag / Parkstraße in das Vorbehaltsgebiet Siedlung. - Verzicht auf die Festlegung des WEG 14 Forst Zinna - Reduzierung der Fläche des WEG 45 Zülichendorf (Einhaltung des notwendigen Abstands zur Landesstraße) - Anpassung der Grenzen des Vorbehaltsgebietes 06 Frankenfelde an die Darstellung im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Luckenwalde	Die vorgebrachten Sachverhalte finden folgendermaßen Berücksichtigung: - Die Darstellung der "Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die Gewässerretention" erfolgt nicht. Begründung: Die Festlegung Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die Gewässerretention bezieht sich auf die unbesiedelten HQ 100 Bereiche. Bei einer zeichnerischen Darstellung würden sich die HQ 100 Flächen mit den Potenzialflächen für die Gewässerretention vollständig überlagern. Aufgrund der vorgegebenen Planzeichen gemäß Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne und bei der Verwendung einer weiteren Schraffur für die Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die Gewässerretention wäre in einigen Bereichen der Festlegungskarte eine Lesbarkeit der Festlegungen stark eingeschränkt bzw. würde sie wesentlich erschweren. Zudem werden Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die Gewässerretention durch die nachrichtliche Übernahme der HQ 100 klar definiert. Folglich wurde auf eine zeichnerische Festlegung verzichtet. - Der Bereich kleiner Haag / Parkstraße in der Stadt Luckenwalde wird in das Vorbehaltsgebiet Siedlung einbezogen. - Die Festlegung von WEG erfolgt nach der Erarbeitung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 nicht mehr im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. - Dem Gebietsvorschlag VB 06 Frankenfelde wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahmen MLUK/LFU erfolgt eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Abwägungsentscheidungen GIV 2021		
BE-ID: 926	Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Forst Zinna" Es irritiert, dass unter „Belange der Wirtschaft nur das Mittelzentrum Jüterbog bei der Darstellung des Sachverhalts beschrieben wird. Der Standort Forst Zinna liegt zwar im Gebiet der Stadt Jüterbog, räumlich aber näher an der Kernstadt Luckenwalde als an der Kernstadt Jüterbog. Insofern ist der Standort auch für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt der Stadt Luckenwalde von hoher Bedeutung. Die Stadtrandsiedlung Luckenwalde liegt ca. 1, 9 km vom GIV-Standort entfernt, liegt also näher als der Ortsteil Kloster Zinna der Stadt Jüterbog. Dies ist zu ergänzen. Die Auffassung, dass ein Anschluss an die Anhalter Bahn realistischerweise zunächst nicht in Betracht gezogen werden kann, ist nicht nachvollziehbar. Die Ziele des Koalitionsvertrages der Bundesregierung sehen eine Verdopplung des Personenverkehrsaufkommens und eine Erhöhung des Schienengüterverkehrs am Gesamtgüterverkehr auf 25 % bis zum Jahr 2030 vor. Realistisch ist, dass diese Ziele nur zu erreichen sind,	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Auf den Ausbau der Anhalter Bahn kann mit Mitteln der Regionalplanung kein Einfluss genommen werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	wenn - insbesondere auf den bereits stark ausgelasteten Strecken wie der Anhalter Bahn - erhebliche Ausbaumaßnahmen durchgeführt werden, die weit über das Investitionsprogramm 12030 hinaus gehen und die insbesondere auch erhebliche Investitionen zugunsten des Schienengüterverkehrs, insbesondere auch den Anschluss von Gewerbe- und Industriegebieten vorsehen. Um die Ziele des Koalitionsvertrages zu erreichen, ist es erforderlich, dass die Bundesregierung noch in der laufenden Legislaturperiode ein massives Investitionsprogramm auflegt, durch das das Land Brandenburg die Möglichkeit erhält, i2030 erheblich zu erweitern. Im Rahmen dieser zusätzlichen Investitionen wäre ein zusätzliches Gleis für die Anhalter Bahn und ein Bahnanschluss an den GIV Jüterbog-Forst Zinna eine folgerichtige Maßnahme zur Verwirklichung der Ziele der Landesregierung.	
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Datenblätter WEG		
BE-ID: 928	Datenblätter Das Tierökonomische Abstandskriterium „Gewässer 1. Ordnung" wird einleitend genannt, kommt aber im weiteren Text nicht vor.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 923	Tabelle 12-Steckbrief Vorbehaltsgebiete Siedlung In der Tabelle ist dargelegt, dass innerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung der Aus- oder Neubau von Wohnsiedlungsflächen wahrscheinlicher wird. Untersucht werden die direkten Auswirkungen möglicher Bauvorhaben. Sinn der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung ist aber die Konzentration der Wohnsiedlungsentwicklung auf bestimmte Gebiete. Damit verbunden ist als wesentliche umweltbezogene Wirkung dieser Festlegung, dass außerhalb der Vorbehaltsgebiete die Wohnsiedlungsentwicklung unwahrscheinlicher wird. Dadurch werden in den regelmäßig empfindlicheren Gebieten Bodenverbrauch und Flächeninanspruchnahme verhindert. Siedlungsentwicklung in nicht-integrierter Lage führt darüber hinaus zu stärker wachsendem Verkehrsaufkommen, vor allem im Individualverkehr, als Siedlungsentwicklung in den integrierten Standorten der Vorbehaltsgebiete Siedlung. Diese Punkte sind im Rahmen der Umweltprüfung herauszuarbeiten. Die Bewertung ist vollständig zu überarbeiten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Planfestlegung Vorbehaltsgebiet Siedlung eine Festlegung mit überwiegend negativen Umweltauswirkungen ist. Die Tabelle auf Seite 95 des Umweltberichts und der erste Absatz auf Seite 96 sind demgemäß zu korrigieren.	Die Hinweise werden in der Überarbeitung des Umweltberichts berücksichtigt. Es werden die positiven Umweltfaktoren, die mit der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung verbunden sind, in den entsprechenden Kapiteln dargestellt.
Umweltbericht / 2.3 Prüfkriterien Umweltauswirkungen		
BE-ID: 919	Umweltbericht Hinweise: Zur Tabelle 2: "Böden als wertvolle Archive der Naturgeschichte" betreffen weniger das Schutzgut „Boden, Fläche" sondern insbesondere das Schutzgut „Kultur- und Sachgüter". Chronologisch und datierbar geschichtete Sedimente enthalten Pollen und sonstige Pflanzenreste, aus denen sich wertvolle Informationen zur Kultur- und Siedlungsgeschichte ermitteln lassen. An der Pollenzusammensetzung lässt sich erkennen, wann der Wald gerodet wurde, wann Ackerbau begonnen wurde und auch Hinweise auf Wüstungen von Siedlungen sind möglich.	Dem Hinweis wird gefolgt. Das Kriterium "Böden als wertvolle Archive der Naturgeschichte" werden in der Tabelle 2 zusätzlich den Kultur- und Sachgütern zugeordnet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Umweltbericht / 3.2.3 Siedlung – Gewerbe		
BE-ID: 920	Zu: 3.2.3 Siedlung - Gewerbe, Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung des Integrierten Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Als Prognose-Nullfall ist die tatsächliche Situation zu betrachten, also der Umstand, dass kein gültiger Regionalplan besteht. Durch die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung wird eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in den Städtischen Kernen entlang der Schienenverkehrsstrecken unterstützt. Dies führt zu einer Reduzierung der verkehrlichen Belastung und des Flächenverbrauchs. Die Ausschlusswirkung von Windeignungsgebieten führt zur Sicherung von gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen. In dem Kapitel ist herauszuarbeiten, welche Vorteile der Regionalplan gegenüber einer fehlenden regionalplanerischen Steuerung und dem damit möglicherweise eher möglichen Wildwuchs besitzt. Der Text ist daher grundlegend zu überarbeiten. Dies ist auch deshalb unbedingt erforderlich, weil hierin die wesentliche Existenzberechtigung der Regionalplanung begründet ist.	Der Anregung wird gefolgt. Im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichts werden die positiven Umweltfaktoren im Abschnitt 3.2 ergänzt.
Umweltbericht / 3.3.8 TAK / Relevante Vogelarten		
BE-ID: 921	Zu 3.3.8. Tierökologische Abstandkriterien (TAK) / Relevante Vogelarten Im Text werden die berücksichtigten Tierökologischen Abstandskriterien benannt. Dies ist im weiteren Text nur bedingt nachvollziehbar, weil nicht alle der neun genannten Kriterien sich im weiteren Text oder den ergänzenden Unterlagen wiederfinden. So findet sich das Kriterium „Gewässer 1. Ordnung mit Zugleitlinienfunktion‥ im weiteren Text nicht wieder. Auch das Kriterium „Habitat der Großtrappe" findet sich im weiteren Text nicht wieder.	Die Hinweise werden berücksichtigt. Das Kapitel 3.3.8 im Umweltbericht wird hinsichtlich der aktuellen Rechtsgrundlagen überarbeitet.
Umweltbericht / 3.3.12 Entw. Umweltzustand bei Nichtdurchführung		
BE-ID: 922	Zu 3.3.12 Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung des integrierten Regionalplans 3.0 Auch hier verfehlt der Text das Thema. Es sollte ein Vergleich zwischen dem Umweltzustand mit und ohne Regionalplanerische Steuerung erfolgen. Dies gilt auch für die weiteren Texte zur Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung des integrierten Regionalplans 3.0	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Änderungen am Umweltbericht. Begründung: Es gibt in jedem Bestandskapitel zu jedem Schutzgut ein Unterkapitel, in dem auf die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung des Planes eingegangen wird.
Umweltbericht / 9 Schwierigkeiten Prognose & Bewertung		
BE-ID: 924	9. Schwierigkeiten bei der Prognose und Bewertung der Umweltauswirkungen Der methodische Ansatz, nur öffentlich verfügbare und von der Regionalen Planungsstelle bereitgestellte Daten zu verwenden, kann nicht zu einer plausiblen Beurteilung der Umweltauswirkungen führen. Hier besteht ein grundsätzlicher methodischer Fehler. Im Rahmen einer sachgerechten Umweltprüfung ist zu definieren, welche wesentlichen Daten nicht verfügbar sind. Diese Daten sind dann gesondert zu erheben.	Gemäß § 39 Abs. 2 UVPG soll der UB Angaben enthalten, "die mit zumutbarem Aufwand" ermittelt werden können. Gleichzeitig ist es erforderlich, dass in der gesamten Planungsregion mit einer einheitlichen Datengrundlage arbeiten. Bei Anwendung von Kriterien mit unterschiedlicher Datenlage, entsteht eine Ungleichbehandlung innerhalb des Untersuchungsraums. Dies gilt es zu vermeiden, da die Abwägung auf einer einheitlichen Datenlage basieren muss. Gleichzeitig wird z.B. die reale Vor-Ort- Situation durch Luftbildauswertung etc. in der Umweltprüfung berücksichtigt.
Anhänge zum Umweltbericht / Anhänge zum Umweltbericht		
BE-ID: 925	Umweltbericht Anhang B5/Umweltbericht Anhang C1 Es irritiert, dass die Natura 2000-Vorprüfung für das WEG 14 Forst Zinna und der Prüfsteckbrief für das GIV Jüterbog-Forst-Zinna, die direkt aneinandergrenzen, zu unterschiedlichen Einschätzungen der Auswirkungen kommen. Für das GIV werden bei den Kriterien Natura 2000-Gebiete und Vogelarten hohe Auswirkungen prognostiziert. Für das WEG wird	Die Einwendung betrifft Ausführungen im Umweltbericht bezogen auf Festlegungen zur Windenergienutzung (WEG 14) sowie den Gewerblich- industriellen Vorsorgestandort GIV Jüterbog- Forst Zinna. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen,

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	ausführlich vogelartbezogen dargelegt, dass keine Auswirkungen zu erwarten sind, erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des FFH/Natura 2000-Gebietes werden ausgeschlossen. Insbesondere irritiert, dass für das WEG geringere Auswirkungen prognostiziert werden als für das GIV. Es sollte dargelegt werden, wie es zu diesen unterschiedlichen Einschätzungen kommt. Da bei der Windenergie anlagenbezogen regelmäßig Konflikte mit dem Vogelartenschutz auftreten, sollte dargelegt werden, wieso hier bezüglich des Vogelartenschutzes beim WEG weniger Konfliktpotenzial erkannt wird, als beim GIV. Anzumerken sei noch, dass eine Beurteilung des TAK-Schutzbereiches um die Nuthe als Gewässer 1. Ordnung zu ergänzen ist. Darüber hinaus befindet sich das Gebiet im Flugkorridor der Großtrappe zwischen den Belziger Landschaftswiesen und dem Einstandsgebiet bei Jüterbog (Siehe https://mluk.brandenburq.de/media fast/4055/vsw trappe qr.pdf) und ist deshalb gemäß der Tierökologischen Abstandskriterien für die Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg, Nr. 5a, von Windenergieanlagen freizuhalten. In der Anlage 11.4 zum Entwurf des Regionalplans heißt es, dass es Hinweise darauf gäbe, dass das LfU innerhalb der Flugkorridore der Großtrappe, die den Restriktionsbereichen nach TAK zuzuordnen sind, keine Genehmigungen für WEA erteilt. Im Umweltbericht Anhang C1, Seite 57 ff. wird die Lage im Flugkorridor der Großtrappe nicht erwähnt. Bei anderen WEG (WEG 19, siehe Seite 96) wird dies erwähnt. Die unterschiedliche Bewertung der Belange ist zu erklären.	einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet. Zudem wird von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ abgesehen. Diese Entscheidung beruht auf verschiedenen Sachverhalten und Bewertungen (siehe dazu BE ID 2772).
TÖB-Nr.: 56 / Stadt Ludwigsfelde		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1917	Die Stadt Ludwigsfelde begrüßt grundsätzlich die Planungsabsicht der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, einen integrierten Regionalplan für die Planungsregion aufzustellen, um somit eine Planungsgrundlage und Orientierung für die kommunale Planungsebene zu schaffen. Gleichwohl hat die Stadt Ludwigsfelde Hinweise, Anregungen und Bedenken zu dem vorgelegten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 in der Fassung vom 05.10.2021.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1932	Von den übrigen textlichen Festlegungen des Regionalplans, die im Rahmen dieser Stellungnahme nicht näher thematisiert werden, sind die Belange die Stadt Ludwigfelde nicht weiter berührt bzw. nimmt die Stadt Ludwigsfelde diese positiv zur Kenntnis.	Die Zustimmung zum Regionalplan 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1939	Abschließend regen wir an, dass auf eine einheitliche Rechtschreibung geachtet wird (z.B. Potenzialfläche oder Potentialfläche), um die Lesbarkeit des Plans zu verbessern.	Die Anregung wird berücksichtigt. Die Schreibung wird vereinheitlicht.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Siedlung		
BE-ID: 1919	Ungeachtet der Vorbehaltsgebiete Siedlung plädiert die Stadt Ludwigsfelde dafür, dass aufgrund des hohen Siedlungsdrucks, insbesondere im Berliner Umland, auch außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung Wohnbauvorhaben gegenüber anderen Bodennutzungen ein besonderes Gewicht beigemessen werden sollte. Vor allem dann, wenn sie sich in integrierten Lagen befinden sowie den Zielen und Grundsätze des LEP HR nicht widersprechen. Andersfalls erhöht sich der Druck auf die vorhanden Wohnbauflächen, welcher wiederum nur Anreiz für Flächenspekulanten liefert und die Preise für Bauland weiter steigen lassen würde.	Die Anregung der Stadt Ludwigsfelde ist nachvollziehbar. Ihr wird mit den Festlegungen des LEP HR für die Stadt, die vom Regionalplan nicht konterkariert werden, bereits entsprochen. Eine Planänderung ist daher nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1918	G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung Die Vorbehaltsgebiete Siedlung befinden sich außerhalb des nach Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) landesplanerisch festgelegten Gestaltungsraums Siedlung. Mit ihnen sollen in der Region Havelland-Fläming Flächen herausgestellt werden, die - unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten - für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Für die Stadt Ludwigsfelde wurde lediglich der Ortsteil Siethen als Vorbehaltsgebiet Siedlung auswiesen, obwohl der Ortsteil Ahrensdorf in absehbarer Zeit über eine ähnliche Versorgungssituation verfügen wird. Ahrensdorf wird erheblich vom neuen Quartierszentrum im Wohngebiet „Rousseau Park" profitieren, der sich in direkter Nähe befindet und lediglich von der Landesstraße L 795 getrennt wird. Neben einem Nahversorger, wird dort ein Ärztehaus, diverse Einzelhandelseinrichtungen sowie Gastronomie entstehen. Eine Kita ist bereits vorhanden und die Planung für den Bau einer Grundschule sind weit vorangeschritten. Daher wird angeregt zu prüfen, ob ausgehend von den Planungskriterien zum G 1.1 der Ortsteil Ahrensdorf als weiteres Vorbehaltsgebiet Siedlung in der Stadt Ludwigsfelde ausgewiesen werden könnte.	Der Anregung wird gefolgt. In Berücksichtigung der Entwicklung im Wohngebiet "Rousseau Park" wird nach Anwendung des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch für den Ortsteil Ahrensdorf ein Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt.
BE-ID: 1937	Redaktionelle Hinweise: Es kann nicht nachvollzogen werden, warum nur die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung, die Vorranggebiete Rohstoffgewinnung und die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung im Detail benannt werden, aber nicht die Vorbehaltsgebiete Siedlung. Wären die Vorbehaltsgebiete Siedlung tabellarisch den einzelnen Kommunen zugeordnet, würde dies die Nachvollziehbarkeit des Plans verbessern.	Dem redaktionellen Hinweis wird nicht gefolgt. Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sind als Flächen sehr zahlreich und mit zunehmender Entfernung zum Versorgungsschwerpunkt kleinteiliger. Die kartographische Darstellung stellt diese hinreichend dar. Eine tabellarische Listung aller Flächen wäre sehr umfangreich und führt zu keinem besseren Planverständnis.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1920	Z 1.2 Großflächige gewerbliche-industrielle Vorsorgestandorte Die Ansiedlung von Großkonzernen wie zum Beispiel Tesla verdeutlicht, wie wichtig es für das Land Brandenburg ist, großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte auszuweisen und auch vorzuhalten. Insbesondere der Industrie- und Gewerbestandort Ludwigsfelde hat von den hiesigen Ansiedlungen enorm profitiert und konnte sich daher als ein wichtiger Wirtschaftsmotor im Land Brandenburg etablieren. Die Stadt Ludwigsfelde hatte sich in einem mehrjährigen Prozess mit der Identifizierung nach geeigneten zusätzlichen Industrie- und Gewerbeflächen beschäftigt und eine entsprechende Machbarkeitsstudie zur „Erweiterung bestehender Industrieflächen am Standort Ludwigsfelde" (2009) beauftragt. Gegenstand der Machbarkeitsstudie waren zwei Standorte im Stadtgebiet, die im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gemäß § 165 Baugesetzbuch entwickelt werden sollten. Im Ergebnis der Machbarkeitsstudie wurde nach Abwägung der Stärken und Schwächen der Standort „An der Eichspitze" für die Ansiedlung neuer Industrie- und Gewerbebetriebe als geeigneter beurteilt und die Entwicklung der Fläche südlich der Autobahn A 10 wegen des erhöhten Entwicklungsaufwandes zurückgestellt. Bevor aber weitere Freiräume für die Ausweisung neuer Gewerbe- und Industriegebiete in Anspruch genommen werden, sollen zunächst bestehende Flächenreserven aktiviert bzw. im Sinne des „Brownfielding" revitalisiert werden. Aufgrund einer beständig hohen Nachfrage nach gewerblich-industriellen Flächen können auch Standorte mit vorhandenen Altlasten unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für eine gewerblich-industrielle Nutzung entwickelt werden. Die Stadt Ludwigsfelde wird daher den Fokus ihrer städtebaulichen Entwicklung zunächst auf die Innenentwicklung legen, behält sich jedoch vor, bei anhaltend hoher Nachfrage nach Industrie- und Gewerbeflächen die vorhandenen Flächenreserven zu mobilisieren.	Die Hinweise zur Gewerbeflächenentwicklung der Stadt Ludwigsfelde werden zur Kenntnis genommen. Diese Hinweise haben nur indirekten Bezug zu den Festlegungen des Regionalplans 3.0 und haben daher keine Auswirkungen auf den Planentwurf.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1921	G 2. 1.1 Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz Mittels der Vorbehaltsgebiete zum vorbeugenden Hochwasserschutz sollen die mit einem Hochwasserereignis einhergehenden Gefahren und Risiken eingeschränkt werden, indem vorbeugende Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen getroffen werden. Die Kommunen sollen somit unterstützt werden, den Hochwasserschutz stärker in ihre Entwicklungsüberlegungen einzubeziehen, um eine weitere Erhöhung des Schadenspotenzials zu vermeiden und so zukünftige Schäden von ihnen abzuwenden. Insbesondere im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels und der Zunahme von Extremwetterereignissen erkennt die Stadt Ludwigsfelde die zunehmende Bedeutung eines aktiven Hochwasserschutzes und befürwortet daher den Planungsgrundsatz G 2. 1.1 des Regionalplans. Im Gebiet der Stadt Ludwigsfelde sind ausweislich der Festlegungskarte fast ausschließlich Landwirtschaftsflächen von den Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz betroffen, sodass bereits heute die Risiken und möglichen Schäden, die durch ein Hochwasser verursacht werden könnten, in Ludwigsfelde sehr gering ausfallen würden. Eine anderweitige Nutzung der betroffenen Flächen, als vorrangig für die Landwirtschaft, sieht der Flächennutzungsplan (1. Änderung) der Stadt Ludwigsfelde derzeit auch nicht vor.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Seitens der Einwenderin/dem Einwender erfolgt eine Zustimmung bezüglich der im Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 getroffenen Festlegung zum Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1924	Weil die Energiestrategie des Landes Brandenburg derzeit aktualisiert wird, ist es fraglich, ob die bisherige Energiestrategie 2030 als Bewertungsgrundlage für die Ausweisung von Windeignungsgebieten genutzt werden sollte, da sich seit in Kraft treten der Energiestrategie 2030 im Jahr 2012 sich die Rahmenbedingungen sowie die technischen Voraussetzungen für die Windenergienutzung geändert haben. Daher wird angeregt, den Entwurf der Energiestrategie 2040 des Landes Brandenburg heranzuziehen und die Begründung für die Ausweisung der Windeignungsgebiete entsprechend anzupassen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1925	Bezüglich des Brandschutzes wird seitens der Stadt Ludwigsfelde eingeschätzt, dass der Errichtung von Windkraftanlagen im Bereich der Stadt Ludwigsfelde bei erster Betrachtung nichts im Weg steht. Es ist im Zuge der weiteren Planungen im Hinblick auf die Erschließung aber darauf zu achten, dass die gesetzlichen Forderungen nach § 3 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (BbgBKG) Berücksichtigung finden. Im Einzelnen ist dem Ausbau einer den örtlichen Verhältnissen angemessenen Löschwasserversorgung und die kontinuierliche Betrachtung der Bedarfe einer leistungsfähigen Feuerwehr Rechnung zu tragen. Mit dem Gefahren-Abwehr-Bedarfsplan (GAB) hat die Stadt Ludwigsfelde eine solide Grundlage geschaffen, eine Fortschreibung im Soll - Ist Vergleich nutzen zu können. Die weiteren Entwicklungen sind somit im GAB zu implementieren, um bei sich ergebendem Bedarf eine angemessene Anpassung mit zeitlichem Vorlauf im Hinblick auf zu erwartende Umsetzungen einfließen lassen zu können.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1936	Redaktionelle Hinweise: Die Nummerierung und die Reihenfolge der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung sind nicht logisch nachvollziehbar. Eine normierte Bezeichnung der Eignungsgebiete analog zu den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung würde die Lesbarkeit des Plans verbessern.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 36 Thyrow-Kerzendorf		
BE-ID: 1923	Im Gegensatz zum WEG 44, welches nach Einschätzung der Stadt Ludwigsfelde vorrangig der Bestandssicherung dient, wäre das WEG 36 ein gänzlich neues Eignungsgebiet, welches noch nicht durch eine Nutzung der Windenergie vorgeprägt ist. In der Gesamtbetrachtung des Wirkungsgefüges von WEG 36 und WEG 44 ergäbe sich für die Stadt Ludwigsfelde eine übermäßige räumliche Belastung und stünde somit im Widerspruch zu den eigenen grundlegenden Planungszielen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, welche sie zur Ausweisung der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung formuliert hat (siehe Randnummer 160 des Regionalplans). Die Stadt Ludwigsfelde ist geprägt von Industrie- und Gewerbeansiedlungen. Insbesondere im Verflechtungsbereich zu der im Norden angrenzenden Gemeinde Großbeeren haben sich zahlreiche großflächige Industrie- und Gewerbeunternehmen angesiedelt, mit der Folge, dass die Möglichkeiten der Naherholung in diesem Bereich stark eingeschränkt sind. Daher ist es der Stadt Ludwigsfelde umso wichtiger, dass der zusammenhängende Freiraumverbund südlich der Kernstadt, bestehend aus Offen- und Waldflächen sowie Wasserflächen und kleinen Ortslagen, der Naherholung für die Ludwigsfelder und ihren Besuchern uneingeschränkt zur Verfügung steht. Die Ansiedlung weiterer Industrieanlagen in Form von Windkraftanlagen würde die Erholungsfunktion erheblich mindern und auch das Landschaftsbild beeinträchtigen. Mit dem Ziel, die Grün- und Freiflächen sowie die Wegebeziehungen in Ludwigsfelde und seinen Ortsteilen aufzuwerten, erarbeitet die Stadt Ludwigsfelde derzeit ein Maßnahmenkonzept mit dem Titel „Grünes Wegenetz". Neben der Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten der einzelnen Flächen, soll das Konzept auch einen Beitrag zur Klimaresilienz leisten. Die Rodung von Waldflächen zugunsten von Windkraftanlagen stünde aber im direkten Konflikt zu diesen städtebaulichen Entwicklungsabsichten und wäre somit auch nicht hinnehmbar. Vor diesem Hintergrund plädiert die Stadt Ludwigfelde dafür, dass die Planung zum WEG 36 grundsätzlich überdacht wird. Durch einen möglichen Wegfall des WEG 36 könnten auch die Gebietskulissen des WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf und des WEG 29 Christinendorf vergrößert werden. Somit wäre es nach Ansicht der Stadt Ludwigsfelde auch möglich, dass die im Genehmigungsverfahren befindliche Windkraftanlage in Ludwigsfelde dem WEG 44 zugeordnet werden könnte und der Mindestabstand von 5 Kilometern zwischen den Windeignungsgebieten gemäß Planungskriterium B 30 dennoch eingehalten wird.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf		
BE-ID: 1922	Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Die auf den Ebenen des Bundes und des Landes beschlossenen Ziele der Energiewende können in erster Linie nur mit der Nutzung der Windenergie erreicht werden. Insbesondere das Land Brandenburg verfügt grundsätzlich über günstige Voraussetzungen zur Nutzung von Windenergie. Aufgrund der gegebenen Windhöffigkeit und relativ geringer Einwohnerdichten hat sich das Land zu einem bedeutenden Windenergiestandort in Deutschland entwickelt. Um den Ausbau der Windenergienutzung im Land Brandenburg weiter zu forcieren, obliegt es den Regionalen Planungsgemeinschaften entsprechende Eignungsgebiete für die Windenergienutzung auszuweisen. Laut Entwurf des Regionalplans soll die Stadt Ludwigsfelde künftig von zwei Eignungsgebieten für die Windenergienutzung umrahmt werden: Das WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf im Norden und das WEG 36 Thyrow-Kerzendorf im Süden. Anders als im Vorgängerplan (Regionalplan Havelland-Fläming 2020), ist	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	das geplante WEG 44 im Norden von Ludwigsfelde wesentlich kleiner und endet nun an der Stadtgrenze von Ludwigsfelde. Das hat zur Folge, dass eine Windkraftanlage auf dem Gebiet der Stadt Ludwigsfelde, welche sich derzeit im Genehmigungsverfahren befindet und von der Stadt Ludwigfelde positiv begleitet wird, nun außerhalb des WEG 44 errichtet werden würde. Zwar könnten gemäß § 2c Abs. 2 Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) im Einzelfall auch außerhalb von Windeignungsgebieten Windkraftanlagen genehmigt werden, jedoch ohne Option auf ein Repowering. Für eine verlässliche Versorgung des Industriestandortes Ludwigsfelde mit umweltfreundlichem Strom ist es aber unabdingbar, dass der geplante Standort für die Windkraftanlage auch über die Betriebslaufzeit der Anlage hinaus planungsrechtlich gesichert wird. Dies wäre aber nur der Fall, wenn sich die geplante Anlage auch im Geltungsbereich des WEG 44 befinden würde . Daher wird angeregt zu prüfen, ob die Gebietskulisse des WEG 44 nach Süden bis zur geplanten Windkraftanlage in Ludwigsfelde erweitert werden könnte.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 1926	Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft Zur Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten sind entsprechende Produktionsflächen essentiell. Insbesondere die Nachfrage nach Produkten aus regionalem Anbau haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen . Gleichzeitig steigt der Flächenbedarf für Wohn- und Gewerbeansiedlungen zu Lasten der Landwirtschaftsflächen. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Stadt Ludwigsfelde grundsätzlich die Absicht der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming nun erstmals auch landwirtschaftliche Flächen planungsrechtlich zu sichern.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1927	Fraglich bleibt aber, ob landwirtschaftliche Flächen den gleichen Gebietscharakter und somit Schutzstatus wie zum Beispiel die Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Z 2.3.1) haben sollten. Denn anders als die nur lokal begrenzten Rohstoffvorkommen in der Region Havelland-Fläming, ist die Gebietskulisse der Landwirtschaftsflächen wesentlich größer und auch deutlich flexibler in ihrer Nutzung. Den Status als Ziel der Raumordnung für landwirtschaftlich genutzte Flächen bewertet die Stadt Ludwigsfelde daher als kritisch. Vorranggebiete für die Landwirtschaft als Ziel der Raumordnung würden die kommunale Planungshoheit massiv einschränken, welche den Kommunen aber gemäß Art. 28 Grundgesetz zusteht und wären somit auch nicht verhältnismäßig. Weder Siedlungserweiterungen, noch die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß Bundesnaturschutzgesetz wären im Bereich der Vorranggebiete für die Landwirtschaft möglich. Die ohnehin hohe Flächenkonkurrenz, insbesondere im Berliner Umland, würde durch die Vorranggebiete für die Landwirtschaft weiter verschärft, da weniger Flächen für Siedlungserweiterungen zur Verfügung stünden. In der Folge könnte sich die Situation des bereits jetzt schon überhitzen Immobilienmarktes weiter verschärfen.	An der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft wird weiterhin festgehalten. Die Festlegung von Vorranggebieten sichert den Schutz der landwirtschaftlichen Flächen als letztabgewogenes Planungsinstrument gegenüber anderen Nutzungsinteressen. Bei einer Festlegung von Vorbehaltsgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die landwirtschaftliche Nutzung regelmäßig in Abwägungsprozessen anderen Nutzungsinteressen unterliegt. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Durch die Änderungen des Planungskonzepts verringern sich die in der Festlegungskarte dargestellten Vorranggebiete Landwirtschaft deutlich, womit anderen potenziellen Flächennutzungen mehr Raum zur Verfügung steht.
BE-ID: 1928	Um die zunehmende Flächenkonkurrenz zu minimieren, wird vorgeschlagen, dass zwischen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft je nach Lage im Metropolraum differenziert wird. Für das Berliner Umland wäre eine Herabstufung auf einen Grundsatz der Raumordnung mit entsprechender Hinweisfunktion, wie bei den Vorbehaltsgebieten Siedlung, weniger repressiv. Für den weiteren Metropolenraum, in dem der	Siehe dazu BE ID 1927. Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Flächendruck geringer ist, könnte man hingegen an den Vorranggebieten für die Landwirtschaft festhalten. Alternativ zur Differenzierung zwischen Ziel und Grundsatz der Raumordnung wäre auch denkbar, dass die Vorranggebiete für die Landwirtschaft im Berliner Umland einen Mindestabstand von 250 m zur nächsten Siedlung aufweisen. Somit wären nach Einschätzung der Stadt Ludwigsfelde noch Siedlungserweiterungen und auch die Umsetzung von siedlungsnahen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen möglich.	
BE-ID: 1929	Fraglich bleibt aber, wie die Regelungen der Vorranggebiete umgesetzt werden sollen, zumal mit zwei Ausnahmen nur die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis gemäß §17 Bundes-Bodenschutzgesetz zulässig wäre. Aus dem Entwurf zum Regionalplan geht nicht hervor, wie und vor allem von wem die Regelung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Praxis überprüft werden sollen.	Da der Regionalplan mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft keine bestimmten landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden vorschreibt oder verbietet, wird auf den Begriff der guten fachlichen Praxis gemäß § 17 BBodSchG zurückgegriffen. Die Regionale Planungsgemeinschaft geht davon aus, dass die landwirtschaftliche Bodennutzung grundsätzlich gesetzeskonform erfolgt. Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen gilt die Bindungswirkung nach § 4 des Raumordnungsgesetzes.
BE-ID: 1930	Ungeklärt bleibt auch, ob die Regelung des § 17 Bundes-Bodenschutzgesetz überhaupt durchschlagende Wirkung auf die Raumordnung hat und hier zur Anwendung kommen darf. Daher wird seitens der Stadt Ludwigsfelde angeregt, die Begründung diesbezüglich zu überarbeiten.	Die Vorsorgepflicht zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen (§ 7 BBodSchG) und die damit verbundenen Grundsätze für die landwirtschaftliche Bodennutzung (§ 17 BBodSchG) sind vom Bundesgesetzgeber vorgegeben und rechtlich bindend. Mit der Nennung des § 17 BBodSchG im Absatz 1 der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft wird die Absicht verfolgt, auf die Art der bevorrechtigten Bodennutzung hinzuweisen; sie impliziert nicht, dass dieser Paragraph die Raumordnung unmittelbar beeinflusst. Siehe dazu BE ID 1929.
BE-ID: 1931	Es wird auch darum gebeten, die Rechtsgrundlage für die Regelungskompetenz der Regionalplanung hinsichtlich der Ausweisung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft zu benennen. Nach der Rechtsauffassung der Stadt Ludwigsfelde genüge ein Verweis auf § 2 Abs. 2 Nr. 2 Nr. 5 Raumordnungsgesetz (ROG) und auf den Grundsatz G 6.1 Abs. 1 LEP HR hier nicht aus, da es sich jeweils nur um Grundsätze der Raumordnung handelt, die keinen konkreten Planungsauftrag für die Regionalplanung beinhalten. Die Begründung des Regionalplans ist entsprechend zu ergänzen.	Ein konkreter Planungsauftrag zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft leitet sich aus dem Grundsatz G 6.1 Absatz 2 LEP HR zwar nicht ab, wie er bspw. für die Festlegung von Gebieten für die Rohstoffgewinnung formuliert ist. In der Begründung des LEP HR (S. 72) steht, dass die Regionalplanung monofunktionale Festlegungen außerhalb des Freiraumverbunds treffen kann. Der Grundsatz kann folglich durch die Regionalplanung konkretisiert werden; die Konkretisierung wird jedoch dem Planungswillen der Regionalen Planungsgemeinschaften überlassen. Darüber hinaus sind in der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21.11.2019 die fakultativen Festlegungen Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft vorgegeben. Die darin genannten Kriterien wurden in Abstimmung mit den Regionalen Planungsgemeinschaften aufgestellt. Eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1933	Hinweise, Anregungen und Bedenken zur Festlegungskarte: Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft Laut Randnummer 362 der Begründung zu den Vorranggebieten für die Landwirtschaft heißt es, dass unabhängig von der realen Nutzungssituation pauschal ein Abstand von 100 m zu Siedlungsgebieten eingehalten werden soll. Im Fall des Ludwigsfelder Ortsteils Löwenbruch wurde aber festgestellt, dass der Abstand teilweise nur 10 m bis zur nächsten Wohnbebauung beträgt (siehe Löwenbruch, Flur 3, Flurstück 313). Eine ähnliche Situation besteht im Ortsteil Gröben, wo der Abstand zwischen dem Vorranggebiet und der nächsten Wohnbebauung nur 20 m beträgt (siehe u.a. Gröben, Flur 4, Flurstück 24). Es sollte auch darauf geachtet werden, dass keine anderen Flächen, wie zum Beispiel Straßen, von den Vorranggebieten für die Landwirtschaft überlagert werden (siehe L795 nördlich der Ortslage von Siethen). Eine Anpassung der Festlegungskarte ist in diesen Fällen zwingend geboten.	Die Abstände sind abhängig von der verwendeten Datengrundlage und der Datenaktualität. Im Fall der Vorranggebiete Landwirtschaft wurden ATKIS-Daten (Flächennutzungen) verwendet. Dabei kann es zu Abweichungen mit Gebäudedaten (ALKIS-Daten) kommen. Siehe zu den Datengrundlagen die zweckdienliche Unterlage "Planungskonzept Vorranggebiete für die Landwirtschaft" (Stand September 2021) bzw. die neue zweckdienliche Unterlage "Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit (Basisflächen)" (Stand April 2025). Zur Datenaktualität: Für den Regionalplanentwurf vom 05.10.2021 wurden ATKIS-Daten aus dem Jahr 2019 verwendet. Es ist möglich, dass Gebäudebestände mittlerweile hinzugekommen sind. Für den Zweiten Regionalplanentwurf wurden ATKIS-Daten aus dem Jahr 2023 verwendet. Durch das neue Planungskonzept haben sich die Vorrangflächen in Lage und Größe zum Teil stark verändert. So besteht zur Ortslage Löwenbruch ein Abstand zu Vorranggebieten Landwirtschaft von ca. 180 Metern, um die Ortslage Gröben ist im weiteren Umkreis kein Vorranggebiet vorgesehen. Zum Zweck der Generalisierung für die Maßstabsebene des Regionalplans werden auch andere Nutzungen wie Straßen von Vorranggebieten Landwirtschaft teilweise überlagert. Siehe dazu die zweckdienliche Unterlage "Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit (Basisflächen)" (Stand April 2025). Diese überlagerten Nutzungen sind von der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft nicht berührt.
BE-ID: 1934	Die Vorranggebiete für die Landwirtschaft überlagern auch Flächen, die im Flächennutzungsplan (1 . Änderung) der Stadt Ludwigsfelde als ökologische Entwicklungsräume festgesetzt wurden. Innerhalb der dargestellten Flächen wurden auf der Grundlage des parallel zum Flächennutzungsplan erarbeiteten Landschaftsplans ökologische Entwicklungsräume dargestellt, in denen in Bebauungsplänen, in Grünordnungsplänen oder mit anderen Instrumenten und Verfahren Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgelegt werden sollen. Durch die Nutzungseinschränkung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft wären Teilflächen der ökologischen Entwicklungsräume wirkungslos und stünden somit auch nicht mehr für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Verfügung. Daher wird angeregt, dass die Flächen der Vorranggebiete, die sich mit den ökologischen Entwicklungsräumen überschneiden, aus der Festlegungskarte herausgenommen werden. Die Flächenkulisse der ökologischen Entwicklungsräume kann über das Geoportal der Stadt Ludwigsfelde eingesehen und auch als Geodienst abgerufen werden (siehe www.geoportal-ludwigsfelde.de).	Flächennutzungspläne wurden als abzuwägender Belang im Zweiten Regionalplanentwurf berücksichtigt. Die zweckdienliche Unterlage zum Zweiten Regionalplanentwurf "Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit (Basisflächen)" (Stand April 2025) gibt Aufschluss über die verwendeten Nutzungscodes der Flächennutzungspläne. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen stehen nicht zwingend mit einer landwirtschaftlichen Nutzung im Konflikt. Eine Ausnahme bildet eine flächenhafte Aufforstung. Die im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Ludwigsfelde dargestellten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sind von der Festlegung nicht betroffen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1935	Seitens der Stadt Ludwigsfelde wird auch angeregt, dass die Darstellung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft aufgrund des Planungsmaßstabs von 1: 100. 000 in einer generalisierten Form erfolgen sollte. Die in der Festlegungskarte erkennbaren Kleinstflächen, Inselflächen und linienhaften Flächen erwecken den Eindruck einer Pseudogenauigkeit, welche der Maßstäblichkeit der Regionalplanung nicht gerecht wird . Die aktuelle Darstellung der Vorranggebiete erscheint daher wenig praxistauglich und könnte auf der kommunalen Planungsebene beim Umgang mit der Festlegung Unsicherheiten erzeugen.	Der Kleinteiligkeit der Vorrangflächen des Ersten Regionalplanentwurfs wird im Zweiten Entwurf durch eine Aggregierung (Rasterung) der Flächen entgegengewirkt. Die genaue Vorgehensweise wird in der zweckdienlichen Unterlage „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, 2. Entwurf. Kapitel 2.3 Landwirtschaftliche Bodennutzung. Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit (Basisflächen)“ erläutert. Die Größe eines Vorranggebiets Landwirtschaft entspricht nach dem neuen Planungskonzept mindestens zehn Hektar. Ziel der Aggregierung der Vorrangflächen ist es, die Fragmentierung zu reduzieren und eine angemessene Darstellung im Maßstab der Regionalplanung zu ermöglichen.
BE-ID: 1938	Redaktionelle Hinweise: Gemäß Randnummer 397 der Begründung zum Regionalplan sollen Vorhaben im Außenbereich, die gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB einem landwirtschaftlichen Betrieb dienen und nur einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnehmen, durch die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft nicht ausgeschlossen werden. Um die Interpretation und die Anwendung der Festlegung zu vereinfachen, wird vorgeschlagen, dass dieser Satz der Begründung direkt in der textlichen Festlegung zu den Vorranggebieten für die Landwirtschaft ergänzt wird .	Die benannte Klarstellung unter Rn. 397 für die Anwendung der Festlegung ist dem Unterkapitel "d) Anwendung der Festlegungen" richtigerweise zugeordnet. Dem Vorschlag wird daher nicht gefolgt.
TÖB-Nr.: 58 / Gemeinde Michendorf		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 2524	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 1. Zu VR-K01 hohe Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR) und zu VR-K05 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang): Die Bewertung des VR 05 Fresdorfer Heide im LBGR-Vorschlag als Vorranggebiete Rohstoffgewinnung in Tabelle 16, Seite 73, ist irreführend. Es handelt sich hier um einen auslaufenden Kiestagebau, dessen Rahmenbetriebsplan bereits am 31.12.2020 zu beenden war und der auf Antrag des Unternehmens noch um 2 Jahre bis zum 31.12.2022 zeitlich verlängert wurde. Auf Seite 6/27 des Antrags auf Verlängerung vom 21.08.2020, wurde vom Unternehmen ausdrücklich betont, dass „Mit der zeitlichen Verlängerung des fak. RBP (...) keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme verbunden (ist)". Ziel der Verlängerung war das Auskiesen von Restvorkommen, welche laut Verlängerungsantrag insgesamt maximal 9 ha betrifft, wovon bereits 7,4 ha verritzt waren. Zum Zeitpunkt des Antrages 2020 war die Flächengröße weniger als 10 ha und entspricht nicht den Kriterium, dass nur Flächengrößen von über 10 ha in den Regionalplan aufgenommen werden, siehe Seite 72 des „Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05 . Oktober 2021 ", Tabelle 13, VR-K05 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang). Die Angabe der Größe von 33,33 ha VR -Gebiet (vgl. Seite 91) ist falsch! Der genehmigte Tagebau ist weitgehend ausgekiest.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor. Hinweis: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		(Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.
BE-ID: 2533	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 1. Zu VR-K01 hohe Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR) und zu VR-K05 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang) Es ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sich bereits der Abschlussbetriebsplan in der Umsetzung befindet und damit das Bergrechtsverhältnis ausläuft. Eine Weiterführung des Tagebaus (Option für VR-K05: „räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang", siehe Tabelle 13) ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses dem entgegenstehen, vorrangig der Schutz des angrenzenden Natura-2000-Gebiets sowie der Artenschutz, aber auch seine Lage inmitten des Landschaftsschutzgebietes „Nuthetal-Beelitzer Sander", die des Gebietes für die wohnnahe Erholung und als Trinkwasservorbehaltsgebiet. Die vorrübergehende Befreiung aus den Schutzvorschriften des LSGs für den laufenden Rahmenbetriebsplan endet ebenfalls am 31.12.2022. Eine Ausgliederung der gegenwärtigen Flächen und Potentialflächen ist nicht erfolgt! Diese vorrübergehende Befreiung beruhte auf der Bedingung, dass die Fläche das ausgekiesten Tagebaus als naturschutzfachliche Ersatzmaßnahme vollständig renaturiert und in das LSG integriert wird, um die Funktionsfähigkeit des LSG vollständig wieder herzustellen, vgl. Bescheid zur Befreiung vom 16.11.1998, insbesondere die Nebenbestimmungen unter II. und die Begründung zu den Nebenbestimmungen a) -f).	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: 1) Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. 2) Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 2534	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Anders als in den Erläuterungen zu „VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte", Punkt 308, Seite 79, liegt hier jedoch ein hohes Konfliktpotential vor, insbesondere in Bezug auf die „Fauna-Flora-Habitat-Gebiete gemäß Richtlinie" 92/43/EWG (FFH-Gebiet). Für das VR 05 und VB 07 liegt an der Grenze zum FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301). Zwar liegt der Tagebau nicht auf den Flächen des FFH-Gebietes, jedoch erstreckt er sich auf das Wassereinzugsgebiet des im FFH-Gebiet liegende Übergangs- und Schwingrasenmoor „langes Fenn" (LRT 7140) und beeinflusst seinen Wasserhaushalt und die notwendige Stoffarmut durch Stoffeintrag, siehe unten Kartenausschnitt aus dem FFH-Managementplan, dort Seite 33 (Anmerkung Exzerpierer: siehe Stellungnahme S.3). Eine schnelle Beendigung des Kiestagebaus und eine Renaturierung entsprechend des 1996 genehmigten Rahmenbetriebsplans ist deshalb eine wichtige Maßnahme zur Entwicklung des sensiblen Moores, vgl. Managementplan Natura 2000 für das FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung", Band II Maßnahmen, Seite 33: „Als grundlegendes Ziel sollte das Moorwachstum der Übergangs- und Schwingrasenmoore (LRT 7140) wieder angeregt werden. Die Verbesserung des Wasserhaushaltes des Moores bei gleichzeitiger Nährstoffarmut hat dabei höchste Priorität."	Der Forderung nach Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide wird nicht gefolgt. Begründung: In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird jedoch entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura 2000-Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2535	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Auch im Rahmen des „Arbeitsschritts 2)", in dem abzuwägende Raumkonflikte von Flächen betrachtet werden, bestehen nachstehende Konflikte. Das sind: a) Der Kiestagebau befindet in dem Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal - Beelitzer Sander". An dieser Stelle trifft insbesondere der Schutzzweck in § 3 , Punkt 1 k zu , "die Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet liegenden Naturschutzgebiete;". In dem Fall bildet das LSG den Puffer für das Naturschutzgebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung", welches das FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 37 44-301) ist. Wegen der Bedeutung des LSG für den FFH-Schutz ist die zügige Renaturierung des Kiestagebaus und die Wiedereingliederung der Fläche in das LSG hier von besonderer Bedeutung.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutzgebiet wird zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.
BE-ID: 2536	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Auch im Rahmen des „Arbeitsschritts 2)", in dem abzuwägende Raumkonflikte von Flächen betrachtet werden, bestehen nachstehende Konflikte. Das sind: b) Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (südlich unter 100 m Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region), (östlich unter 300 m, Kranich Brutplatz, geschützt nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1)	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. Er findet teilweise Berücksichtigung. Zu einer Streichung des VR05 Fresdorfer Heide kommt es jedoch nicht. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) sind auch Abstimmungen zu streng geschützten Arten erfolgt. Dabei wird auch dem Wunsch nach textlichem Hinweis auf einige streng geschützte Vogelarten, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist, gefolgt. Unter „d) Anwendung der Festlegungen“ wird der Sachverhalt „besonderer Artenschutz“ zu bereits beispielhaft aufgeführten Sachverhalten ergänzt. Er ist im ersten Entwurf bei der Flächenspezifizierung bereits berücksichtigt (siehe Tabellen 19 und 20 in der Spalte „Begründungen“ zu Flächenreduzierungen der vom LBGR angemeldeten Flächen). Zudem wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2537	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Auch im Rahmen des „Arbeitsschritts 2)", in dem abzuwägende Raumkonflikte von Flächen betrachtet werden, bestehen nachstehende Konflikte. Das sind: c) Trinkwasservorratsgebiet des WAZV „Mittelgraben", siehe IV.2.3 Tabellarische Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffe Planungskonzept Stand 01.06.21, Seite 40/41 „Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund „Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung" zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2539	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 3. Zu VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit Die Gebiete VR 05 und VB 07 sind nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Es ist damit keine reguläre Erschließung gegeben! Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt (siehe Beschluss-Nr. 1085/21 vom 30.03.2021 Status für die befestigten Flächen zwischen Flugplatz Saarmund und BAB A 115: " .... Die Gemeindevertretung beabsichtigt auch nicht in der Zukunft die oben genannten Flächen als öffentliche Straße zu widmen." Der Weg der als Zuwegung für den laufenden Kiestagebau genutzt wird, ist mit 5,00-5,60 m zu schmal ist, um einem LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen. Die Verfestigungen und Schädigung des gewachsenen Bodens außerhalb der Asphaltdecke hat bereits ein erhebliches Ausmaß angenommen. Gleichzeitig gehört der Weg zum Wander- und Radwegenetz des Naturparks „Nuthe-Nieplitz-Niederung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2551	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Zusammenfassend stellen wir fest, dass teilweise falsche Angaben zu Größe und Rechtsstatus dazu führten, in der Fresdorfer Heide ein Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für Kiessande zu vermuten. Jedoch handelt es sich um einen im Jahr 2022 auslaufenden Tagebau mit einer Restabbaugenehmigung unter 10 ha. Diese Rohstoffreserve liegt unterhalb der für den Regionalplan relevanten Mindestgröße. Die Fläche ist aus der aus Gründen der naturschutzfachlichen Auflagen von Ersatzmaßnahmen zwingend zu renaturieren. Der Nutzungsanspruch von Natur- und Landschaftsschutz hat hier eindeutig Vorrang. Ein rechtmäßiger Anspruch auf Erweiterung des Kiestagebaus besteht nicht und würde auch in der Einzelfallprüfung kaum Chancen haben zugunsten des Rohstoffabbaus auszugehen. Zudem gibt es keine sichere Anbindung an das öffentliche Straßennetz. Die Zuwegung basiert auf einer	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	momentanen Duldung durch die Grundstückseigentümer, welche für eine Neugenehmigung nicht gesichert ist.	Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 2540	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 4. Zu VB-K01 geringere Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR) In Rn. 298 in der Tabelle 16 des LBGR-Vorschlages zu Vorranggebiete, Vorbehaltsgebiete und Potentialgebiete zur Rohstoffgewinnung, auf Seite 74, ,.Nr .. 8 Fresdorfer Heide" ist die die Flächenangabe von 49,06 ha falsch! Denn die Flächenangabe umfasst im Wesentlichen den bereits ausgekiesten Tagebau . Die Restfläche des laufenden RBP ist weniger als 10 ha groß. Die Erweiterungspotentiale des Bergwerkfeldes liegen bei 15-16 ha. Jedoch stehen einer Fortsetzung des Kiestagebaus erhebliche Raumnutzungskonflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz entgegen, siehe unsere Anmerkungen zu VB-K02.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 2541	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Auch können wir der hohen Bewertung des LBGR unter „Rechtsverhältnisse" mit „5 - HBP, RBP vorhanden" nicht folgen. Der vorhandene RBP läuft am 31.12.2022 aus.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Rahmenbetriebsplan wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2542	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Die Erweiterungsflächen sind aus unserer Sicht insbesondere aus Gründen des Habitatschutzes, des Landschaftsschutzes und des Artenschutzes nicht genehmigungsfähig.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung des VR 05 werden zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2543	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Die Erschließung an das öffentliche Verkehrsnetz ist nicht sichergestellt, siehe unsere Ausführungen zu 3.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2544	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 5. VB-K02 geringe Raumnutzungskonflikte In der „Tabelle 19 Kriterienanwendung VR-K03, VB-K02 auf LBGR-Vorschläge Vorranggebiete", Seite 80, wird einzig im Fall Fresdorfer Heide das Vorranggebiet und das Vorbehaltsgebiet zusammen betrachtet. ("Nr. 8 Fresdorfer Heide VR/VB"), die Anmerkungen im Weiteren der Zeile beziehen sich jedoch nur auf das Vorranggebiet VR 05. Eine Einzelbetrachtung des vom LBGR vorgeschlagenen VB07 „Fresdorfer Heide" gibt es in der Planbegründung nicht. Eine separate Prüfung der Raumkonfliktsituation wurde für das Vorbehaltsgebiet „Fresdorfer Heide", (Erweiterung des Tagebaus nach Süden, teilweise nach Osten) unterlassen. Dabei sind für das Feld VB 07 „Fresdorfer Heide die Raumkonflikte noch gravierender als bei VR 05 „Fresdorfer Heide", insbesondere die Konflikte mit dem Habitatschutz, dem Artenschutz, dem Landschaftsschutz und der Erholungsnutzung.	Der Sachverhalt trifft nicht zu, da in benannter Tabelle zur vom LBGR vorgeschlagenen Pos. 8 "Fresdorfer Heide" in Spalte 4 erklärt wird, welche Teile als Vorranggebiet und welche Teile als Vorbehaltsgebiet festgelegt werden. Eine vergleichbare Betrachtung zur Teilung in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete gibt es auch zu den vom LBGR vorgeschlagenen Pos. 1, 14, 15, 17, 24, 25 und 30. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird jedoch die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2545	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus aus Gründen der konkurrierenden Nutzung nicht genehmigungsfähig, da: A) Die Erweiterung des Kiestagebaus würde erhebliche Auswirkungen für das FFH-Gebiet DE 3744-301 „Nuthe-Nieplitz-Niederung" haben, insbesondere für die benachbarten Moore. Das einzige gut erhaltene Biotop des LRT 7140 (Schwingrasenmoor) im FFH-Gebiet wäre in seiner Existenz gefährdet. Die Erweiterung würde zum Teil im Wassereinzugsgebiet des Moores stattfinden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie den Wasserhaushalt des Moores beeinflusst. Die Erweiterung würde bis 20 Meter an das FFH-Gebiet heranreichen, so dass eine	Der vorgebrachte Sachverhalt zur FFH-Verträglichkeit wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	erhebliche Staublast in das FFH-Gebiet getragen würde. Die Veränderung von Lebensräumen durch stoffliche Immissionen kann in einem Moor schleichend durch stetige Anreicherung und pH -Wert-Änderungen von statten gehen. Eine vollständige und belastbare FFH-Verträglichkeitsprüfung liegt nicht vor.	vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura 2000 Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen. Auch für Vorbehaltsgebiete werden Steckbriefe im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming nachgeholt.
BE-ID: 2546	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus aus Gründen der konkurrierenden Nutzung nicht genehmigungsfähig, da: B) Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (im Planungsgebiet Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region); die störungsfreien Abstände zu dem Kranich-Brutstandort entsprechend § 19 BbgNatSchAG (Horstschutz) können nicht eingehalten werden, geschützte Art nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. Er wird durch ergänzende Nennung unter "d) Anwendung der Festlegungen" sowie im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU (mit ergänzenden Abstimmungsschreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024), wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2547	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus aus Gründen der konkurrierenden Nutzung nicht genehmigungsfähig, da: C) Das Vorbehaltsgebiet würde zu einem erheblichen Eingriff in den Schutzzweck des LSG „Nuthetal - Beelitzer Sander" führen. Es würde gegen §3, 1c (Schutz der Moore), gegen 1j (Schutz von FFH-Gebieten) und gegen 1k (Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet liegenden Naturschutzgebiete) der LSG-Verordnung verstoßen. Auch würde die Erweiterung des Kiestagebaus gegen § 3, 2a (Schutz der in der Weichseleiszeit geformten Geomorphologie der Landschaft) derselben Verordnung verstoßen und der Schutzzweck § 3, Pkt.3 (Erhaltung des Gebietes wegen seiner besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung) durch die Schall-und Staubimmissionsbelastung des Betriebsablaufs für die Umgebung belastet und die LKW-Fahrten die für die Erholung vorgesehenen Wander- und Radwegen stören. Dem Landschaftsschutz ist aus den benannten Gründen des allgemeinen Interesses an dieser Stelle der Vorrang einzuräumen.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutzgebiet wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2548	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus aus Gründen der konkurrierenden Nutzung nicht genehmigungsfähig, da: D) Auch für das Vorbehaltsgebiet trifft zu, dass es das Trinkwasservorratsgebiet des WAZV „Mittelgraben" beanspruchen würde, siehe IV.2.3 Tabellarische Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffe Planungskonzept Stand 01.06.21, Seite 40/41 „Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund „Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung" zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2549	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 6. Zu VB-K03: gute Erschließbarkeit (siehe 3. Zu VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit)	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2550	Die Gemeinde Michendorf beantragt 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Zusammenfassend stellen wir fest, dass teilweise falsche Angaben zu Größe und Rechtsstatus dazu führten, in der Fresdorfer Heide ein Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für Kiessande zu vermuten. Jedoch handelt es sich um einen im Jahr 2022 auslaufenden Tagebau mit einer Restabbaugenehmigung unter 10 ha. Diese Rohstoffreserve liegt unterhalb der für den Regionalplan relevanten Mindestgröße. Die Fläche ist aus der aus Gründen der naturschutzfachlichen Auflagen von Ersatzmaßnahmen zwingend zu renaturieren. Der Nutzungsanspruch von Natur- und Landschaftsschutz hat hier eindeutig Vorrang. Ein rechtmäßiger Anspruch auf Erweiterung des Kiestagebaus besteht nicht und würde auch in der Einzelfallprüfung kaum Chancen haben zugunsten des Rohstoffabbaus auszugehen. Zudem gibt es keine sichere Anbindung an das öffentliche Straßennetz. Die Zuwegung basiert auf einer momentanen Duldung durch die Grundstückseigentümer, welche für eine Neugenehmigung nicht gesichert ist.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Umweltbericht / 4.5 Rohstoffabbau		
BE-ID: 2538	Die Gemeinde Michendorf beantragt 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Anders als in Nr. 314 auf Seite 80 dargestellt, liegt bei dem VR 05 und beim VB 07 Fresdorfer Heide sowohl eine Betroffenheit nach den Prüfkriterien des Arbeitsschrittes 1) als auch ein erhebliches Konfliktpotential nach den Prüfkriterien des Arbeitsschrittes 2) vor, so dass der auslaufende Kiestagebau Fresdorfer Heide nicht als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung geeignet ist. Anzumerken wäre, dass die Angaben in der „Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Anhang c3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Ab Seite 30, Fehler aufweisen: I.) Punkt 1.06: „westlich angrenzend Industrie und Gewerbe": Das ist nicht der Fall! Laut FNP der Gemeinde Michendorf, https:// michendorf.de/images/stories/fn p/ FNP.pdf, handelt es sich um einen Altlasten-Standort und nicht um eine Industrie- und Gewerbefläche. Dieser Standort wurde begrünt und weitgehend in das LSG „Nuthetal-Beelitzer Sander" integriert. Zudem ist die Fläche nicht an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen, siehe unten; II.) Punkt 2.05 „FFH-Gebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung ...eine erhebliche Beeinträchtigung könne ausgeschlossen werden." Das ist nicht der Fall, siehe dazu unsere Anmerkungen unter „2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte ". Die Beeinträchtigung des angrenzenden LRT 7140 ist nicht auszuschließen! III.) 2.16 Wald ohne besondere Funktionen: „Das VR ... befindet sich teilweise innerhalb von Wald ohne besonders ausgewiesene Funktionen". Das ist nicht der Fall! Ein Teil des umgebenden Waldes ist als Erholungswald ausgewiesen. Infolge der Fehler im Umweltbericht kommt es auch darin zu der Schlussfolgerungen, dass „die Umweltauswirkungen Umweltschutzgutübergreifend als nicht erheblich" einzuschätzen wären, vgl. Anhang C3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Seite 36 unter 4.Zusammenfassende Einschätzung der Erblichkeit der Umweltauswirkungen. Bei entsprechender Korrektur der Fehler würde der hohe Raumkonflikt des Tagesbaus mit konkurrierenden Nutzungen sichtbar.	Die Gebietskulisse des VR 05 wird vom Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH übernommen und entsprechend angepasst. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt (siehe auch BE ID 3013). Die im Steckbrief zum VR 05 (Umweltbericht, Anhang C) unter Punkt 1.06. erwähnte westlich angrenzende Industrie- und Gewerbeflächen ist den Daten des Amtlich Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS) mit Stand Mai 2024 entnommen. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Michendorf aus dem Jahr 2008 wird die Fläche als Fläche für Versorgungsanlagen dargestellt, innerhalb derer im nördlichen Bereich eine Altlasten- bzw. Altlastenverdachtsfläche verortet ist. Eine Beeinträchtigung des angrenzenden FFH - Gebietes Nuthe-Nieplitz-Niederung kann ausgeschlossen werden. Direkte Flächeninanspruchnahmen sind bei der Festlegung von Vorranggebieten Rohstoffgewinnung ausgeschlossen. Der nächstgelegene kartierte LRT 7140 befindet sich in über 300 m Entfernung zum Vorranggebiet VR05. Eine erhebliche Beeinträchtigung ist somit nicht zu erwarten. Des Weiteren wird Wald mit besonderen Waldfunktionen durch die Festlegung des VR 05 nicht in Anspruch genommen. Der im Süden angrenzende Erholungswald (nach Waldfunktionskartierung) wird bei der Festlegung des VR 05 berücksichtigt. Bei den Waldflächen innerhalb des Vorrangebiets handelt es sich vorrangig um Kiefernbestände jüngeren Alters. Besondere Strukturmerkmale sind nicht gegeben.
TÖB-Nr.: 59 / Gemeinde Milower Land		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2323	Am 02. März 2022 ist im Amtsblatt für Brandenburg, Jahrgang 33, Nr. 8 die Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vom 08. Februar 2022 zur öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 öffentlich bekanntgemacht worden. Vom 10. März 2022 bis einschließlich 09. Juni 2022 können bei den im Amtsblatt genannten Auslegungsstellen schriftliche Stellungnahmen oder Stellungnahmen mündlich zur Niederschrift zum Planentwurf, zu seiner Begründung einschließlich der ergänzenden Unterlagen und zum Umweltbericht abgegeben werden. Stellungnahmen können zudem auch per E-Mail an die angegebenen E-Mail Adressen der Auslegungsstellen gesandt werden. Die Gemeinde Milower Land nimmt davon Gebrauch. Sie gibt ihre an die Regionale Planungsstelle, Oderstraße 65 in 14513 Teltow adressierte Stellungnahme fristgereicht auf dem Wege des E-Mail Versands info@havelland-flaeming.de ab. Mit großem Interesse verfolgt die Gemeinde Milower Land die Aufstellung des	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Im Sinne einer Plausibilitätsprüfung (Anlage 01 vom 08.06.2022 zur Stellungnahme) hat die Gemeinde parallel zur Aufstellung des Regionalplans eigene Ermittlungen zu potenziellen Flächen für die Windenergienutzung in ihrem Gemeindegebiet angestellt.	
BE-ID: 2324	Der Stellungnahme der Gemeinde Milower Land zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 stelle ich folgende Bemerkungen voran. Vorbemerkung 1: Die Stellungnahme der Gemeinde Milower Land mit Einwendungen zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 befasst sich ausschließlich mit - den planzeichnerischen und textlichen Festsetzungen des Kapitels III.2 Freiraum, Unterkapitel III.2.2 Windenergienutzung, - den diesbezüglichen Begründungen des Kapitels IV.2.2. Windenergienutzung, - dem Umweltbericht mit seinen Anhängen A1 (Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe zur Umweltprüfung Stufe 3) und C2 (Prüfsteckbriefe WEG 06 Zollchow und WEG 12 Nitzhan) und - den Ergänzenden Unterlagen zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung, insbesondere den Datenblättern zu den Windeignungsgebieten "WEG 06 Zollchow" und 'WEG 12 Nitzahn". Vorbemerkung 2: Die Gemeinde Milower Land bringt Einwendungen gegen die Festsetzung der Windeignungsgebiete "WEG 06 Zollchow" und "WEG 12 Nitzahn" vor, die zu Änderung des Planentwurfs führen soll. Vorbemerkung 3: Die Gemeinde Milower Land weist auf eine fehlerhaft zitierte Rechtsgrundlage in der einer Darstellung des Gemeindeübergreifenden Flächennutzungsplans des Amtes Milow, jeweils im Planteil Gemeinde Zollchow und im Planteil Gemeinde Nitzahn idF der Bekanntmachung am 21.08.2001 in den Datenblättern "PF 06 Zollchow" und "PF 12 Nitzahn" dieser WEG. Vorbemerkung 4: Zu den anderen Festsetzungen des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 bringt die Gemeinde keine Einwendungen oder Anregungen vor. Vorbemerkung 5: Der Stellungnahme der Gemeinde Milower Land werden auszugsweise Festsetzungen, Darstellungen und Begründungen des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vorangestellt. Den ausgewählten, einzelnen weichen Tabuzonen und den ortsbezogenen Abwägungen von Belangen der Kapitel c) Gebiete, in denen die Errichtung von Windenergieanlagen nach dem Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft ausgeschlossen wird (weiche Tabuzonen) und d) Ortsbezogene Abwägung von Belangen, die auf den nach Abzug der Tabuzonen verbleibenden Flächen für bzw. gegen die Errichtung von Windenergieanlagen sprechen des Planungskonzepts folgen unmittelbar die Einwendungen der Stellungahme der Gemeinde Milower Land. Die Einwendungen, Anregungen Bedenken und Hinweise der Gemeinde Milower Land entnehmen Sie bitte der beigefügten Anlage 02 zur Stellungnahme.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2325	Vorbemerkung zu Inhalten der Stellungnahme der Gemeinde Milower Land vom 09.06.2022 1. Mit Schreiben vom 29.01.2022 hat die Regionale Planungsgemeinschaft Havellad-Fläming die Gemeinde Milower Land frühzeitig mit den Entwürfen der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung unterrichtet. 2. Dieser Aufforderung zur Abgabe ihrer Stellungnahme hat die Gemeinde Milower Land mit Schreiben vom 23.07.2021 umfassend ihre Anregungen, Bedenken und Hinweise an die Regionale Planungsgemeinschaft übermittelt. 3. Auf die Stellungnahme mit ihren einzelnen Punkten ist die Regionale Planungsgemeinschaft mit Schreiben vom 09.11.2021 eingegangen. Sie hat die einzelnen Sachverhalte der Stellungnahme der Gemeinde Milower Land zur Kenntnis, Änderungen an der Festlegungskarte, den textlichen Festsetzungen und anderen Dokumente des wenige Tage später, am 18.11.2021, von der Regionalversammlung zur öffentlichen Auslegung bestimmten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht vorgenommen. 4. Insofern macht die Gemeinde Milower Land in ihrer erneuten Stellungnahme, vom 09.06.2022, zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Gebrauch von ausgewählten Sachverhalten und Fragestellungen ihrer Stellungahme vom 23.07.2021. 5. Soweit die Gemeinde Milower Land es erachtet, Inhalte der Stellungnahme vom 23. 07.2021 weiterhin berücksichtigt zu wissen, trägt sie diese im Folgenden weiter vor und kennzeichnet deren Ursprung.	Die Vorbemerkungen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 06 Zollchow		
BE-ID: 2326	[Anmerkung der Regionale Planungsstelle: Hinweis der Gemeinde auf folgende Abkürzung; vermerkt in der Kopfzeile Anlage 02: ML - Berücksichtigung in der Plausibilitätsprüfung der Gemeinde Milower Land mit Anregung zur Änderung des Planentwurfs durch die Regionale Planungsgemeinschaft RPG - Erfordernis der Berücksichtigung der Bedenken der Gemeinde Milower Land durch Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming] W 04 ML Stellungnahme vom 23.07.2022 [Anmerkungen der Regionale Planungsstelle: Verzicht auf nachfolgende Auflistung der Waldgebiete mit besonderen Waldfunktionen nach Waldfunktionskartierung, die unter W 04 als weiche Tabuzonen berücksichtigt wurden, nachlesbar im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, Textteil, Kapitel IV. 2.2, Tabelle 6, S. 52] Die Potenzialfläche PF 06 Zollchow ist fast vollständig Waldgebiet. In der Potenzialfläche befinden sich im Norden und Süden schmale Streifen geschützter Landschaftsbestandteile sowie im Süden mehrere schmale Bodenschutzwälder (Wald auf erosionsgefährdeten Standorten). Die verstreut liegenden kleinen Waldstücke mit einer Gesamtgröße von 3 ha, sind durch die Landesforstverwaltung als Wald mit hoher ökologischer Bedeutung kartiert sind. Die Regionale Planungsstelle wurde ersucht, vor Festlegung der Potenzialfläche PF 06 Zollchow die vom Amts wegen zu erfolgender Bestimmung der Waldfunktion durch die zuständige Unteren Forstbehörde vornehmen zu lassen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2328	Der in der Zollchower Heide befindliche Wald weist entgegen den erheblichen Umweltauswirkungen in anderen Wäldern des Gemeindegebietes Milower Land keine Trockenschäden auf. Der Wald in der Zollchower Heide ist in seiner großflächigen Gesamtheit noch widerstandsfähig gegenüber den klimatischen Veränderungen. Darüber hinaus wird der Wald sowohl von den Einwohner*innen des Ortsteils Zollchow und der Ortslage Galm zur Naherholung genutzt. Durch den Wald verläuft an der Landesgrenze von Brandenburg zu Sachsen-Anhalt mit dem Abschnitt Altenklitsche - Wulkow (Stadt Jerichow im LK Jerichower Land) die 503 km lange touristische Fahrradroute "Altmarkrundkurs". Siehe auch Stellungahme des Ortsbeirates Zollchow vom 09.05.2022	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2330	Die Gemeinde ist der Ansicht, dass die Waldflächen in der Zollchower Heide und somit in der Potenzialfläche PF 06 Zollchow gemäß der Waldfunktionskarlierung des Landesbetriebes Forst Brandenburg a) der Waldfunktion "Lokaler Klimaschutzwald" (WF 3100) der Waldfunktionsgruppe 3 Die Ausweisung erfolgt gutachterlich aufgrund örtlicher Erfahrungen. Die Begrenzung wird im Anhalt an das Relief in der für die Verhinderung unerwünschter Wind- und Kaltlufteinwirkungen erforderlichen Breite durchgeführt. Der Einfluss des Waldes beträgt in Windrichtung in Bezug auf die Windabschwächung maximal das 25-fache der Höhe des Waldbestandes. Die Schutzwirkung des Objektes kann nur erzielt werden, wenn der ihm zugewandte Waldrand weniger als ein 1 5-faches der Baumhöhe entfernt ist. Die Bestandstiefe des Waldes sollte minimal 50 Meter betragen und wird bei der Erfassung auf maximal 500 Meter begrenzt. In diesem Rahmen wird davon ausgegangen, dass die gewünschte Schutzwirkung erreicht und dauerhaft gewährleistet werden kann. (Quelle: Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, Kartierung der Waldfunktionen im Land Brandenburg / Anleitung, Stand 01 . Januar 201 8, Kapitel 3.3 Klima- und Immissionsschutzwald, Waldfunktion: lokaler Klimaschutzwald WF 31 00)	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2331	b) teilweise der Waldfunktion "Waldfläche mit hoher ökologischer oder hoher geologischer Bedeutung" (WF 7710) der Waldfunktionsgruppe: Zu den Waldbeständen mit hoher ökologischer Bedeutung gehört nach der Kartieranleitung zur "Biotopkartierung für das Land Brandenburg" der Biotoptyp 08290 "Naturnahe	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Laubwälder und Laub-Nadel-Mischwälder mit heimischen Baumarten" . Eine hohe ökologische Bedeutung ergibt sich aufgrund der naturnahen Baumartenzusammenste/lung und des hohen Alters mindestens einer Baumart, die am Bestandsaufbau beteiligt ist (Quelle: Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, Kartierung der Waldfunktionen im Land Brandenburg/Anleitung, Stand 0 1 . Januar 201 8, Kapitel 3.7 . 7 Waldflächen mit hoher ökologischer oder hoher geologischer Bedeutung, Waldfunktion: Wald mit hoher ökologischer Bedeutung W 7710)	die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2332	c) der Waldfunktion "Erholungswald mit lntensitätsstufe 2" (WF 8102) der Waldfunktionsgruppe: Als erster Schritt zur Anwendung der Bewertungsmatrix sind forstliche Flächen zusammenzufassen, die im Hinblick auf die Beurteilung der Erholungswaldfunktion räumlich zusammenpassen und einen gleichen Bewertungsmaßstab gewährleisten. Ab 10 Punkte gilt die Erholungswaldstufe 2 und ab 20 Punkte die Erholungswaldstufe 1. Für die Erholungswaldstufe 1 ist zusätzlich erforderlich, dass das Beurteilungskriterium Aufwand beim Indikator Bewirtschaftung erfüllt ist. (Quelle: Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, Kartierung der Waldfunktionen im Land Brandenburg/ Anleitung, Stand 01. Januar 2018, Kapitel 3.8 Wald mit Erholungsfunktion, Waldfunktion : Erholungswald mit lntensitätsstufe 2 WF 8102) In einer ersten Bewertung gemäß der Matrix zur Einordnung von Erholungswald in lntensitätsstufe 1 oder 2 sind 10 Punkte und somit die lntensitätsstufe ermittelt worden. Das Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3. 0" (Planungskonzept Windenergienutzung 3. 0 vom August 2020) führt die Kriterien für die Ungeeignetheit von Waldflächen für die Windenergienutzung, die durch Waldfunktionen identifiziert werden können. Dazu gehören die von der Gemeinde Milower Land für die Potenzialfläche PF 06 Zol/chow vermuteten Waldfunktionen a) "Lokaler Klimaschutzwald" (WF 31 00), b) 'Waldfläche mit hoher ökologischer oder hoher geologischer Bedeutung" (WF 7710) und c) "Erholungswald mit Intensitätsstufe 1 " (WF 81 02).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2333	Stellungnahme des Ortsvorstehers von Zollchow, [Name anonymisiert], vom 09. 05.2022, stellvertretend und im Auftrag des Ortsbeirates Zollchow der Gemeinde Milower Land Der Ortsbeirat von Zollchow hat sich mit Schreiben vom 09.05.2022 an den Bürgermeister der Gemeinde Milower Land, Herrn Felix Menzel, mit Einwendungen 09.05.2022 gegen den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming gewandt. Zollchow wird in der aktuellen Ortsbroschüre mit folgenden Worten beschrieben: "Die Umgebung von Zollchow besitzt ausgedehnte Kiefernwälder. Ein sehr sehenswertes und artenreiches Waldstück befindet sich südlich des Ortes." Jenes ortsprägende Waldstück sieht der Ortsbeirat zum Entwurf des Regionalplans Havelland-F/äming 3.0 stark gefährdet. Daher hat der Ortsbeirat Zollchow den Bürgermeister der Gemeinde Milower Land gebeten, folgende Einwände zum Entwurf Regionalplans Havelland-Fläming 3. O in die Stellungnahme der Gemeinde aufzunehmen. Die Gemeinde folgt diesem Ersuchen. Bereits 2013 haben sich die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Milower Land zum 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 2020 kritisch mit dem Thema auseinandergesetzt. Dabei wurde in vielen Gesprächen die ablehnende Haltung zur Errichtung von Windkraftanlagen in Waldgebieten zum Ausdruck gebracht. Die Lage und besonders die Dimension des aktuellen Windeignungsgebietes sind für den Ortsbeirat nicht nachvollziehbar. Die ausgewiesene "Zollchower Heide " ist Teil des Naturparks Westhavelland und weit über die Grenze des Milower Landes bekannt. Dort kreuzen sich am Ausflugspunkt 'Weißer Stein" mehrere Waldwege, welche von Wanderern, Radfahrern, Sportlern, Reitern und Geocachern gleichermaßen benutzt werden. Auch der Pilgerweg "St. Jacobus" ist nur einen Steinwurf entfernt. Anwohner und Besucher nutzen den Wald zur Naherholung. Die Weiterentwicklung eines nachhaltigen Tourismus sehen wir durch die Pläne vollständig zerstört.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2334	[Hinweis der Regionale Planungsstelle: Stellungnahme des Ortsbeirates Zollchow vom 09.05.2022] Die Rodung der Flächen in unverhältnismäßiger Größenordnung für Windräder, Stellflächen, befestigten Wegen für Baumaschinen, LKWs, Kränen usw. stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Umwelt dar. Dies lässt sich auf mehreren Ebenen darlegen. Zum einen gehen mit einer Umsetzung enorme nachhaltige Naturschäden einher. Eine Windkraftanlage verbraucht im Durchschnitt 0,39 ha Fläche in einem Waldgebiet. Folglich ist der angrenzende Baumbestand unweit von der Windkraftanlage entfernt. Wald, Wiese und Erdreich bieten vielen Tieren einen Lebensraum. Darunter sind auch nachweislich bedrohte Arten wie z.B. den Schwarzstorch, Seeadler, Fischadler oder Fledermäuse. Diese Tiere sind bedroht. Darum ist es auch eine Aufgabe des Naturparks Westhavelland, eben diesen Tieren ein sicheres und langfristiges Zuhause zu geben. Schon bei der Baustelleneinrichtung werden weitreichende Flächen abgeholzt und anschließend mit Beton, Straßen, Kabeln und Leitungsschächten versiegelt. Darüber hinaus wird der Boden im Zuge der Aufstellarbeiten mit Betonfundamenten versehen. Auch das Vorgehen beim Abbau und der Entsorgung solcher Anlagen lassen noch viele Fragen offen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2335	[Hinweis der Regionale Planungsstelle: Stellungnahme des Ortsbeirates Zollchow vom 09.05.2022] Windräder im Waldgebieten stellen ein ernstzunehmendes Risiko dar. Zum einen können defekte Anlagen einen Brand am Boden auslösen und diesen durch Verwirbelung weiter vorantreiben. Darüber hinaus können auch die Anlagen Feuerfangen. Diese Brände sind dann nicht mehr zu kontrollieren. Man muss sich angesichts der zunehmenden Waldbrandgefahr durch Trockenheit und Dürre schon die Frage stellen, ob die Sicherheit noch gewährleistet.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2336	[Hinweis der Regionale Planungsstelle: Stellungnahme des Ortsbeirates Zollchow vom 09.05.2022] Ein weiterer Punkt ist die Lichtemission. Am Rande des Sternenparks bemühen sich Bürgerinnen und Bürger, sowie die Gemeinde, die Lichtverschmutzung sogering wie nur möglich zu halten. Bereits jetzt sind in der Sachsenanhalter Nachbargemeinde Windräder errichtet worden, die weit über die Landesgrenze hinwegsichtbar sind. Sowohl am Tage als auch in der Nacht. Das nächtliche Blinken ist störend. Hinzu kommen ein möglicher Schattenwurf und Diskoeffekt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2337	[Hinweis der Regionale Planungsstelle: Stellungnahme des Ortsbeirates Zollchow vom 09.05.2022] Im Namen des Ortsbeirates betont dessen Ortsvorsteher, Herr Wolfgang Gräfe, dass der Ortsbeirat Zollchow nicht gegen Fortschritt und Zukunft sind. Im Gegenteil, gerade weil ihre Region und Zukunft als schützenswert erachten, stehen sie dem Entwurf ablehnend gegenüber. Das Umweltbundesamt schreibt auf seiner Homepage: "Es ist (. . .) wichtig, von vornherein Windenergiestandarte auszuweisen, bei denen potenzielle Beeinträchtigungen möglichst gering ausfallen". Diesen Ansatz sieht der Ortsbeirat bei dem vorliegenden Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 massiv verletzt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2338	W 04 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Gemeinde Milower Land hat sich im Zuge ihrer angestellten Plausibilitätsprüfung zum aufzustellenden Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 bemüht, belastbare Informationen zur Bewertung des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zu erhalten. Dass für den übergroßen Teil der beiden WEG 06 Zollchow und WEG 12 Nitzahn durch die zuständige Forstbehörde keine Waldfunktionenkartierung flächendeckend und eigentumsübergreifend gemäß dem Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft vom 10. September 2012 (ABI. Nr. 40, S. 1383) in periodischen Abständen überprüft und jährlich zum 01.01. fortgeschrieben ist, hilft jedoch bei der Aufstellung des Regionalplans im Hinblick auf damit planerisch vorbereitete erhebliche Eingriffe in den Wald weiter. Die Regionale Planungsgemeinschaft nimmt keinen Einfluss auf die Kartierung von Waldfunktionen. Dennoch hat sie die Forstbehörde zu ersuchen, für die potenziellen Windeignungsgebiete des aufzustellenden Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 eine Waldkartierung vorzunehmen. Dass für die Ausarbeitung des Regionalplans die jeweils aktuellen Daten, die vom Landesbetrieb Forst Brandenburg zur Verfügung gestellt werden, Berücksichtigung finden, ersetzt jedoch keine qualifizierte Waldkartierung. So ist der Entwurfsprozess der Aufstellung des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 für die Gemeinde Milower Land nur bedingt begründet. Sie hat somit keine ausreichenden Informationen zu ihrer Bewertung des Planentwurfs unterbreitet bekommen. Der Festsetzung des WEG 06 Zollchow fehlt es auch aus diesem Grund an einer tragfähigen Begründung. Das WEG 06 Zollchow ist somit nicht festzusetzen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2340	In der unmittelbaren Nähe zur Potenzialfläche PF 06 Zollchow ist ein Brutplatz eines Schwarzstorchpaares gutachterfich (2019/20) nachgewiesen worden. Dieser Brutplatz ist anscheinend bei der Ermittlung der Potenzialfläche PF 06 Zollchow nicht berücksichtig worden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2341	In einer Entfernung von 1. 550 m zur Potenzialfläche PF 06 Zollchow des aufzustellenden Regionalplans 3.0 befindet sich mit seinen bestehenden drei Windenergieanlagen das potenzielle Vorranggebiet XVI "Klitsche" (Suchraum 1/240 /Region Magdeburg) des aufzustellenden Regionalen Entwicklungsplans für die Planungsregion Magdeburg. Dem Umweltbericht zum 2. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplans für die Planungsregion Magdeburg, Anhang C - Datenblätter zu den vertieft geprüften Festlegungen mit Bearbeitungsstand: 15. 09. 2020 7 ist zu entnehmen: - Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie mit der Wirkung von Eignungsgebieten XVI "Klitsche" mit einer Flächengröße von 38 ha - Vorbelastung durch 3 WEA mit Gesamthöhen bis 196 m und Flugbeteuerung - Im Prüfbereich von 4.000 m um das VRG befinden sich 4 Rotmilanhorste im Abstand von ca. 200 m bis zu ca. 3.000 m. Der von den Vogelschutzwarten empfohlene Abstand von 1.500 m wird bei einem ca. 200 m westlich von der Grenze des VRG in dem dortigen kleinen Waldgebiet gelegenen Rotmilanhorst und bei einem ca. 1.300 m östlich von der Grenze des VRG am Rande eines großen Waldgebietes gelegenen Rotmilanhorst nicht eingehalten. Der ca. 1 . 300 m östlich am Rande eines großen Waldgebietes gelegene Rotmilanhorst hält aber den von den Vogelschutzwarten empfohlenen Abstand von 1. 500 m zu allen WEA im Bestand ein und der ca. 200 m westlich in dem dortigen kleinen Waldgebiet gelegenen Rotmilanhorst ist bereits jetzt nur ca. 350 m von den zwei nächstgelegenen WEA im Bestand mit Gesamthöhen von 196 m entfernt, so dass sich die Situation durch die Festlegung des	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	VRG hier nicht ändert und somit keine Verschlechterung eintritt. . . . ... Mit der Festlegung des VRG in der geplanten Weise wird das Kollisionsrisiko im Nahrungsraum des Rotmilans und der Fledermäuse gegenüber dem gegenwärtigen Zustand nicht erhöht, da sich im VRG bereits 3 WEA im Bestand mit Gesamthöhen bis 1 96 m befinden. Da das Gebiet bereits seit längerer Zeit mit WEA bebaut ist, scheint die Annahme gerechtfertigt zu sein, dass die Milane in der Offenlandschaft ausreichend Nahrung finden, ohne das VRG zu Durchfliegen. Im Prüfbereich von 2.000 m um das VRG befindet sich in Neuenklitsche 1 Weißstorchhorst im Abstand von ca. 1.300 m südlich. Der von den Vogelschutzwarten empfohlene Abstand von 1. 000 m wird eingehalten. ... ... Die Umgebung des VRG stellt aufgrund ihrer hochwertigen und sehr hochwertigen Landschaftsbildqualität einen Potentialraum für Tourismus und Erholung dar, diese zumeist Waldgebiete tragen aber selbst zu einer gewissen Sichtverschattung bei. Da die Sichtbeziehungen mit hoher Sichtbarkeit und Wahrnehmung der WEA (entera & HNEE, 2012) seit langem durch den bestehenden Windpark mit gegenwärtig 3 WEA im Bestand und die ca. 500 m südlich verlaufende Stromfreileitung geprägt sind, wird der gegenwärtige Zustand durch Festlegung des VRG aufgrund der Vorbelastung nicht wesentlich verschlechtert. Das VRG befindet sich im Bereich großer störungsarmer unzerschnittener Räume von 45 bis 100 km². Eine Vorbelastung durch gegenwärtig 3 WEA im Bestand . . . ist vorhanden. [Quelle: Umweltbericht zum 2. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplans für die Planungsregion Magdeburg, Anhang C - Datenblätter zu den vertieft geprüften Festlegungen mit Bearbeitungsstand: 15.09.2020, Kapitel 5.4.1 - P VRG XVI "Klitsche] In Folge dieser im Umweltbericht dargelegten Auswirkungen auf das Schutzgut "Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" ist davon auszugehen, dass mit einer in 1. 550 m entfernten Festlegung des Windeignungsgebietes Zollchow das Kollisionsrisiko im Nahrungsraum des Rotmilans und der Fledermäuse gegenüber dem gegenwärtigen Zustand sich erhöhen wird.	
BE-ID: 2342	[Anmerkung der Regionale Planungsstelle: Bezug auf Umweltbericht zum 2. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplans für die Planungsregion Magdeburg, Anhang C - Datenblätter zu den vertieft geprüften Festlegungen mit Bearbeitungsstand: 15. 09. 2020] In Folge dieser im Umweltbericht dargelegten Auswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" wird die von einer hochwertigen und sehr hochwertigen Landschaftsbildqualität und als Potentialraum für Tourismus und Erholung geprägte Umgebung des potenziellen Windeignungsgebietes Zollchow in Verbindung mit den bestehenden Windenergieanlagen des Vorranggebietes XVI "Klitsche" erheblich gestört.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2343	B02 Prüferfordernis der Stellungnahme vom 23.07.2021 für RPG: Dem Arbeitsstand des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, Kapitel 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung (Kartenanlage zum Beschluss 05/03101 der 5. Sitzung der Regionalversammlung am 17.06.2021) zu Folge sind der Regionalen Planungsstelle die Schutzbereiche der Tierökologischen Abstandskriterien (TAK) einschließlich der Hauptflugkorridore der Großtrappe zwischen den Brutgebieten bekannt. Zur Nachvollziehbarkeit dieser Darstellungen im Arbeitsstand des wird die Regionale Planungsstelle ersucht, vor dem Entwurf zur Festlegung der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung im Aufstellungsverfahren des Regionalplans 3. 0 für die Bereiche der Potenzialflächen PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn eine ggf vorliegende Stellungahme des LfU zu den TAK sowie die Karten der Schutzbereiche der Tierökologischen Abstandskriterien (TAK) einschließlich des in der in der unmittelbaren Nähe zur Potenzialfläche PF 06 Zollchow nachgewiesenen Brutplatzes eines Schwarzstorchpaares sowie der Hauptflugkorridore der Großtrappe zwischen den Brutgebieten der Gemeinde Milower Land zur Kenntnis zu gereichen. Die Wechselwirkungen zwischen dem potenziellen Windeignungsgebietes Zollchow und dem Vorranggebiet "Klitsche" mit seinen bestehenden	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Windenergieanlagen insbesondere im Hinblick auf die Schutzgüter "Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" und "Landschaft" sind zu untersuchen und darzulegen.	
BE-ID: 2345	B 06 Geschützte Landschaftsbestandteile (§ 29 BNatSchG i. V. m. § 17 BbgNatSchAG) und gesetzlich geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG i. V. m. §17 BbgNatSchAG) B 06 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Im südlichen Teil der Potenzialfläche befinden sich in geringem Umfang (insgesamt ca. 6 ha) geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, u. a. Birken-Vorwald feuchter Standorte, Erlen- und Erlenbruchwälder, Feuchtweiden, Sauer-Zwischenmoore, Kesselmoor. Nach § 30 Absatz 3 BNatSchG kann von den Zerstörungs- und Beeinträchtigungsverboten auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können. Ausgleichsmaßnahmen sind nur räumlichen Zusammenhang zum Eingriffsort zulässig. Somit ist zu prüfen, ob in räumlicher Nähe ein Birken-Vorwald feuchter Standorte, ein Erlen- und Erlenbruchwals, ein Feuchtweide, ein Sauer-Zwischenmoor, und ein Kesselmoor (alles ggf. auch zusammenhängend) angelegt werden kann. Allein auf eine gezielte Standortplanung Beeinträchtigungen vermeiden oder minimieren zu wollen, ist nicht zielführend im Hinblick auf den gesetzlich bestimmte Schutzfunktion. Die Gemeinde ersucht die Regionale Planungsgemeinschaft den räumlichen Geltungsberiech des WEG 06 Zollchow dahingehend zu ändern, dass die gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteile unberührt bleiben.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2347	B09 Gebiete zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft nach Karte 3.6 des Landschaftsprogramms Brandenburg B09 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Die Potenzialfläche PF 06 Zollchow liegt in einer in der Karte der Schutzbezogenen Ziele 3. 6 "Erholung" des Landschaftsprogramms Brandenburg, 1. Auflage 2001 dargestellten Fläche für den Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft (hier: Wald). Diesem landschaftsplanerischen Zielstellung folgt die Regionale Planungsstelle mit der Potenzialfläche PF 06 Zollchow nicht.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2349	B 10 Gebiete des Biotopverbunds nach dem Entwurf des Kapitels 3. 7 des Landschaftsprogramms Brandenburg (Entwurf)| B 10 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Die Potenzialfläche PF 06 Zollchow ist in einem in der Karte der Schutzbezogenen Ziele 3. 7 "Landesweiter Biotopverbund" des Landschaftsprogramms Brandenburg vom Dezember 2015 dargestellten Korridor für waldgebundene Arten mit großem Raumanspruch (1 km Breite) und östlich ergänzt durch kohärente Waldflächen (> 000 ha) und störungsarme Wälder (1 - 5.000 ha) großflächig überlagert. Diesem landschaftsplanerischen Zielstellung folgt die Regionale Planungsstelle mit der Potenzialfläche PF 06 Zollchow nicht.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2350	B 10 ML Stellungnahme vom 09.06.2022| Die Stellungahme vom 23.07.2021 wird aufrechterhalten. Die Regionale Planungsstelle wird ersucht, bezogen auf das WEG 06 Zollchow und das WEG 12 Nitzahn das Ziel 3.7.2.1 Arten mit großem Raumanspruch, Säugetiere, Zielarten Rothirsch, Elch, Wolf, Luchs, Wildkatze, Baummarder des Entwurfs des Kapitels 3.7 des Landschaftsprogramms Brandenburg weitergehender zu prüfen, insbesondere, ob - Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf terrestrische Säugetierarten haben, - für Rothirsche Gewöhnungszeiten von ein bis zwei Jahren nicht zu deren Verdrängung führt und - die durch Ansiedlung von Windenergieanlagen bewirkten Verhaltensänderungen erhebliche Umweltauswirkungen sind. Im Ergebnis ist zu prüfen, ob die Potenzialflächen 06 Zollchow und	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	WEG 12 Nitzahn geeignet sind, als WEG festgelegt zu werden, da sie ein dauerhafte Zerschneidungs- oder Barrierewirkung haben.	Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2353	B 15 Baudenkmale| B 15 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Ob die Potenzialflächen PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn vom Umgebungsschutz von Baudenkmalen berührt sind, ist offen. Hier kommt insbesondere die Dorfkirsche von Schmetzdorf Kloster Jerichow, Dorfkirsche Schmetzdorf, die letzte noch auf dem Territorium von Brandenburg liegende spätromanische Backsteinkirche aus dem Umfeld des Klosters Jerichow in die Betrachtung. Die Regionale Planungsstelle wird ersucht, mit den zuständigen Denkmalschutzbehörden in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt die Auskunft einzuholen, ob die Potenzialflächen PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn geeignet sind den Umgebungsschutz von Baudenkmalen zu beeinträchtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2354	B 15 ML Stellungnahme vom 09.06.2022| Die Stellungahme vom 23.07.2021 wird aufrechterhalten. Im Ergebnis der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 ist zu prüfen ob die denkmalgeschützte Klosteranlage Jerichow in Sachsen-Anhalt vom WEG 06 Zollchow in der Fernwirkung beeinträchtigt wird.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2356	B 19 Beeinflussungsbereiche von Telekommunikationsanlagen| B 19 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Die Beeinflussungsbereiche von Telekommunikationsanlagen im Gemeindegebiet Milower Land sind derzeit nicht ermittelt. Richtfunkstrecken werden von privaten Mobilfunkanbietern, aber auch von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) betrieben und weiter ausgebaut. So wird am Friedhof des Ortsteils Zollchow der Gemeinde Milower Land im Auftrag des Landes ein neuer 58, 70 m hoher Digitalfunk-Mast errichtet (erster Spatenstich im Juli 2021). Die Inbetriebnahme des Funkmastes ist für Ende Oktober 2021 vorgesehen. Zur Gewährleistung der Übertragungsqualität und der Verfügbarkeit sind Richtfunkstrecken von Hindernissen frei zu halten. Türme und Rotoren von Windenergieanlagen dürfen nicht in die Freihaltezone eines Richtfunkstrahls reichen. Mögliche Störungen des Richtfunks, die für die Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung relevant sind, müssen nach den Angaben der Richtfunkbetreiber im Einzelfall geprüft werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2357	B 19 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Stellungahme vom 23.07.2021 wird aufrecht zu erhalten. Im Ergebnis der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 ist die Stellungahme von der Regionalen Planungsgemeinschaft erneut zu bewerten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2358	B 20 Bestehende Windenergieanlagen| B 20 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Die im Gemeindegebiet bestehenden Windenergieanlagen befinden sich weit außerhalb der Potenzialflächen PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn. Bei der Ermittlung der Potenzialfläche für die Windenergienutzung im Gemeindegebiet Milower Land hart die Regional Planungsstelle den Abstand der fünf Bestandswindenergieanlagen in Möthlitz zur Potenzialfläche PF 12 Nitzahn unberücksichtigt gelassen. Der Abstand zwischen der Potenzialfläche PF 12 Nitzahn und dem bestehenden Windpark südlich der Ortslage Möthlitz beträgt ca. 4 km. Dieser Abstand unterschreitet den 5-km-Mindestabstand zwischen Außengrenzen benachbarter Windeignungsgebiete. Auch wenn die Bestandsanalgen in Möthlitz nicht zur Festlegung eines Eignungsgebietes vorgeschlagen werden, existiert sie dennoch weiterhin und entfalten alle damit zusammen hängenden umweltbezogenen Wirkungen, wie auch auf das Landschaftsbild.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2359	B 20 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Stellungahme vom 23.07.2021 wird aufrechterhalten. Da im Fall der Windenergieanlagen bei Möthlitz voraussichtlich erst nach dem Jahr2032 mit einer dauerhaften Betriebsaufgabe und dem Rückbau gerechnet werden kann, ist über einen voraussichtlich über 10 Jahre lang währenden Abstandskonflikt zwischen den Anlagen in Möthlitz und denen des WEG 12 Nitzahn auszugehen. Der Verweis auf nur wenige Anlagen in Möthlitz greift zu kurz in der Summe der der bestehenden Anlagen in Möthlitz und der hinzukommenden Anlagen im WEG 12 Nitzahn hat dieses schon erheblicher Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Die räumliche Ausdehnung des WEG 12 Nitzahn ist auch im Hinblick auf den potenziellen Konflikt mit der 110 kV-Bahnstromleitung Nitzahn - Heeren zu überdenken und zu verringern.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2360	B 21 Beeinflussungsbereiche von Leitungstrassen, insbesondre Freileitungen und Gasdruckleitungen| B 21 ML Stellungnahme vom 23.07.2022: Nach Ermittlung der Gemeinde verlaufen Freileitungen und Gasdruckleitungen in folgenden Abständen zu den Potenzialflächen PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn. PF 06 Zollchow nördlich der Ortslage Zollchow verlaufen in einem Abstand von - ca. 1. 700 m die 11O kV-Bahnstromleitung Nitzahn - Heeren, - ca. 1. 250 m die VNG Ferngasleitung Somit liegt das PF 06 Zollchow nicht im Beeinflussungsbereich von Freileitungen und Gasdruckleitungen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2363	B 25 Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz gemäß § 76 Abs. 1 und2 WHG und nach Festlegung durch den Regionalplan| B 25 ML Stellungnahme vom 23.07.2022: Die Potenzialfläche PF 06 Zollchow liegt vollständig in einem potenziellen Vorbehaltsgebiet für den vorbeugenden Hochwasserschutz eines extremen Hochwasserereignisses im Flussgebiet der Havel mit Nebengewässern. Der Annahme der Regionalen Planungsstelle, dass eine Gefährdung durch Hochwasserereignisse sehr geringer Wahrscheinlichkeit einer baurechtlichen Genehmigung der Errichtung von Windenergieanlagen nicht entgegensteht, steht im Widerspruch zu den klimaveränderungsbedingten Naturereignissen. Die jüngsten Hochwasserereignisse in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zeigen auf, dass künftig häufiger und intensiver mit dem Eintreten bisher für selten prognostizierte Naturereignisse zu rechnen ist. Das Hochwasserereignis im Jahre 2013 mit dem Deichbruch bei Fischbeck an der Elbe hat gezeigt, dass die Zollchower Heide und damit auch die Potenzialfläche PF 06 Zollchow vollständig überflutet werden kann. Der nordwestlich die Potenzialfläche PF 06 Zollchow tangierende Königsgraben ist ein Altarm der Elbe und wirkt bei Hochwasser weit in das Hinterland hinein. Dass dieses auf bauliche Anlagen und ihre Erschließungswege keinen Einfluss haben soll, ist zweifelhaft. Die aktuellen Ereignisse veranlassen die	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Gemeinde Milower Land, den Belangen des Hochwasserschutzes bei einer Festlegung des der Potenzialfläche PF 06 Zollchow als Windeignungsgebiet deutlich mehr Gewicht zukommen zu lassen.	
BE-ID: 2364	B 25 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Stellungahme vom23.07.2021 wird aufrechterhalten. Ergänzend wird auf die Stellungahme zur Umweltprüfung zum Integrierte Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Umweltbericht mit den Anhängen A1 (Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe zur Umweltprüfung Stufe 3) und C2 (Prüfsteckbriefe WEG 06 Zollchow und WEG 12 Nitzhan), dort zum Prüfsteckbrief WEG 06 Zollchow verwiesen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2365	B 28 Beeinflussungsbereiche anderer Nutzungen, in denen sonstige erhebliche nachteilige Auswirkungen durch die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen auftreten können (Rücksichtnahmegebot) und sonstige Belange| B 28 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Das Waldgebiet der Potenzialfläche PF 06 Zollchow ist über land- und forstwirtschaftliche Wege erschlossen und von forstwirtschaftlichen Wegen durchzogen. Diese Wege sind jedoch nicht als Verkehrswege gewidmet. Eine Nutzbarkeit für die andere private Funktionen ist an die Erlaubnis der Eigentümer dieser Wege (zumeist Gemeinde Milower Land) gebunden. Ob die Gemeinde Milower Land diese Erlaubnis erteilen wird, ist offen. Die überwiegende Zahl der Flächeneigentümer in der Potenzialfläche PF 06 Zollchow hat signalisiert, die Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen nicht zur Verfügung zu stellen und somit eine Nutzung ihrer Flächen für die Windenergienutzung nicht zulassen. Untersetzt wird dieses durch den Artikel "Windräder statt Bäume in der Zollchower Heide: Ein Dorf wehrt sich" in der Märkischen Allgemeine am 03./04.07.2021, Seite 18 (siehe Anhang). Es kann davon ausgegangen werden, dass dadurch das potenzielle Windeignungsgebiet nicht umsetzbar sein wird. Eine Raumgewährung für Windenergie ist nicht sicherzustellen. Es ist eine Belastung des gesamten Gebietes mit Munition zu befürchten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2366	B 28 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Stellungahme vom 23.07.2021 wird aufrechterhalten. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens der Öffentlichkeit ist der Planentwurf ggf. zu ändern.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2367	B 29 Vermeidung der Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen| B 29 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Die Ortslage des Gemeindeteils Galm wird mit den Potenzialflächen PF 06 Zollchow und dem potenziellen Vorranggebiet Klitsche (Suchraum 1/240 / Region Magdeburg) mit seinen bereits bestehenden drei 196 m hohen Windenergieanlagen in einem Umfassungswinkel mehr ca. 180 von Windenergieanlagen um schlossen. Diese widerspricht den Darlegungen des "Planungskonzeptes zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0": Kapitel B 29 Vermeidung der Umfassung von Ort schaften durch Windenergieanlagen (Seite 64 ff.). Danach hält es die Regionale Planungsgemeinschaft für gerechtfertigt, in Fällen bei denen die die Möglichkeit besteht, dass ein Ortsteil	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	von einem festzulegenden Eignungsgebiet in einem Betrachtungsraum von 3. 500 m in einem Sektor von mehr als 120 Grad umfasst wird, im Ergebnis einer wertenden Gesamtbetrachtung eine Reduzierung des Eignungsbereichs vorzunehmen. Dieses ist für die Bewohner*innen der Ortslage Galm nicht hinnehmbar. Auch aus diesem Grund trägt die Gemeinde Milower Land die Potenzialfläche PF 06 Zollchow bei der Aufstellung des Regionalplans 3.0 nicht mit. B 29 Prüferfordernis für Prüferfordernis der Stellungnahme vom 23.07.2021 für RPG Vor Festlegung der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung im Aufstellungsverfahren des Regionalplans 3.0 ist hinreichend zu begründen, warum die Umfassung der Ortslage Galm mit Windenergieanlagen in einem Winkel von mehr als 120 Grad keine erhebliche Beeinträchtigung darstellt und von der Gemeinde Milower Land und der Bewohner*innen der Ortslage Galm hingenommen werden sollen. Kann dieses nicht nachvollziehbar begründet werden, ist in der A ufstellung des Regionalplans der Potenzia/fläche PF 06 Zollchow als Windeignungsgebiet zu verzichten. Der Begründung ist eine Karte beizufügen, die den Umfassungswinkel maßstabsgerecht darstellt. Digital vorgenommen Prüfung der Gemeinde Milower Land: Nach der gutachterlichen Bewertung der UmweltPlan GmbH ist eine Umfassungssituation grundsätzlich dann nicht mehr gegeben, wenn der Abstand zwischen zwei Eignungsgebieten mindestens 60 Grad beträgt. Die 60 Grad werden bei den WEG 06 Zollchow und Vorranggebiet WEG Klitsche unterschritten. Siehe nachfolgende Abbildung. [Anmerkungen Planungsstelle: Darstellung des WEG 06 Zollchow und VR Klitsche sowie Darstellung eines 60 Grad Sektors]	Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2368	B 29 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Stellungahme vom 23.07.2021 wird aufrechterhalten. Digital vorgenommene Prüfung der Gemeinde Milower Land hat zum Ergebnis, dass die gutachterlich empfohlenen 60 Grad bei den WEG 06 Zollchow und Vorranggebiet Klitsche unterschritten werden. Bereits eine Windenergieanlage des Vorranggebietes Klitsche liegt innerhalb des 60° -Radius. Es wird auf die Vermeidung der Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen bestanden. Der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 ist dahingehend in seinem räumlichen Geltungsbereich zu ändern.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2369	B 30 5-km-Mindestabstand zwischen Außengrenzen benachbarter Windeignungsgebiete| B 30 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Der geringste Abstand zwischen den Potenzialflächen PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn beträgt ca. 9.013 m. Die bestehenden Windparks im benachbarten Landkreis Jerichower Land halten den 5-km-Mindestabstand zwischen Außengrenzen benachbarter Windeignungsgebiete zu den Potenzialflächen PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn ein. Ausnahme ist der das drei Windenergieanlagen bestehende Suchraum 11240 Neuenklitsche (Vorranggebiet XVI "Klitsche'). Im Konzept zur Festlegung von Gebieten für die Nutzung der Windenergie im Regionalen Entwicklungsplan für die Planungsregion Magdeburg (Beschluss RV 10/2013 vom 04.09.2013, ergänzt durch Beschluss RV 0512014 vom 30.04.2014 Fortgeschrieben durch Beschluss der RV am 29. 09. 2020; RV 0712020). Wird dieser Suchraum als teilweise geeignet bewertet. Er liegt in einer Entfernung von ca. 1.550 m (und nicht wie von der RPG HVL-Fläming mit 2.000 m angegeben) zur Potenzialfläche PF 06 Zollchow.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2370	B 30 Prüferfordernis der Stellungnahme vom 23.07.2021 für RPG: Vor Festlegung der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung im Aufstelungsverfahren des Regionalplans 3. 0 ist die Unterschreitung des 5-km-Mindestabstand zwischen den drei Bestandsanlagen des Suchraums 1/240/ Region Magdeburg mit der Potenzialfläche PF 06 Zollchow auszuräumen. Die RPG HVL-Fläming hat die Aufstellung des Regionalplans 3.0 mit Konzept zur Festlegung von Gebieten für die Nutzung der Windenergie im Regionalen	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Entwicklungsplan für die Planungsregion Magdeburg abzustimmen. Die in diesem Konzept in der Nähe der Potenzialflächen PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn ermittelten Suchräume der Windenergienutzung sind auf die Einhaltung des 5-km Mindestabstand zwischen Außengrenzen benachbarter Windeignungsgebiete zu prüfen. Das Ergebnis ist nachvollziehbar darzulegen. Das betrifft insbesondere die Suchräume mit den Nummern 1/178 (teilweise geeignet), 1/180 (teilweise geeignet) und 1/181 (bedingt geeignet). Im Konfliktfall ist vorbeugend die Potenzialfläche PF 06 Zollchow soweit zurückzunehmen, dass die Einhaltung des 5-km-Mindestabstandes gegenüber den in der Region Magdeburg voraussichtlichen Windeignungsgebieten sichergestellt wird. Dass nach Einschätzung der Regionalen Planungsstelle die Einhaltung eines 5-km-Mindestabstands zum potenziellen Eignungsgebiet Zollchow nicht ausreichend begründet werden kann, ist nicht hinreichend begründet und wird von der Gemeinde Milow Land in Frage gestellt. Die regionsübergreifende Anwendung eines 5-km-Mindesabstands zwischen Eignungsgebieten wird von der Regionalen Planungsstelle in Betracht gezogen. Zwar hat das potenzielle Vorranggebiet XVI "Klitsche" (Suchraum 1/240/ Region Magdeburg) nur eine Fläche von 25 ha, in dem nicht mehr als die bereits bestehenden drei Anlagen Platz finden können, wirkt jedoch räumlich und das Landschaftsbild betreffend zusammen mit der in ca. 1.550 m entfernten, wesentlich größeren Potenzialfläche PF 06 Zollchow. Die Nähe beider potenziellen Eignungsgebiete erzeugen eine Zersplitterung von Windenergieanlagen, an Stelle der angestrebten lokal-räumlichen Konzentration. Somit kann entgegen der Darlegungen der Regionalen Planungsstelle zur Potenzialfläche PF 06 Zollchow von einer erheblichen Beeinträchtigung im Sinne der Gefahr einer Überfrachtung des Landschaftsraums mit Windenergieanlagen ausgegangen werden.	sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2371	B 30 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Stellungahme vom23.07.2021 wird aufrechterhalten. In ca. 2 km Entfernung zur Außengrenze der Potenzialfläche befinden sich südöstlich im Planungsraum der Region Magdeburg (Land Sachsen-Anhalt) drei Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 196 m, die im Jahr 2015 in Betrieb genommen wurden. Im 2. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplans für die Planungsregion Magdeburg vom 29.09.2020 sind diese Standorte als Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie mit der Wirkung eines Eignungsgebiets vorgesehen (Vorranggebiet XVI. Klitsche auf der Karte auf Seite1 mit einer blauen gestrichelten Umrandung dargestellt). Die regionsübergreifende Anwendung eines 5-km-Mindesabstands zwischen Eignungsgebieten kann in Betracht gezogen werden. Die Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft (Datenblatt WEG 06 Zollchow), dass aufgrund der geringen Größe des potenziellen Vorranggebiets Klitsche von 25 ha, in dem nicht mehr als die bereits bestehenden drei Anlagen Platz finden können, eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Gefahr einer Überfrachtung des Landschaftsraums mit Windenergieanlagen nicht gegeben sei, wird von der Gemeinde Milower Land nicht geteilt. Es wird auf die Einhaltung eines 5-km-Mindestabstands zwischen beiden WEG bestanden. Der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 ist dahingehend zu ändern. Die Erforderlichkeit der Einhaltung eines 5-km-Mindestabstands zum potenziellen Eignungsgebiet Zollchow begründet sich in der gesamträumlichen Wirkung beider Windeignungsgebiete, wobei unerheblich ist, wie viele Anlagen in jedem WEG errichtet sind oder werden. In der Summe beider WEG werden es voraussichtlich mehr als 10 Windenergieanlagen sein. Diese stellen eine erhebliche Umweltauswirkung in einer Gebietskulisse von dann mehr als 400 ha dar.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2377	Abzuwägende Belange| Belang B 01 Kommunale Planungen und Konzepte: In der Gemeinde Milower Land liegt seit dem 21.08.2001 ein rechtswirksamer Flächennutzungsplan vor. Die Potenzialfläche 06 Zollchow / Potenzialfläche 12 Nitzahn weist die Darstellungen Wald und Fläche für die Landwirtschaft auf. In Randlage ist geringfügig die Darstellung einer Maßnahmenfläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB berührt." ML regt an: Die Rechtsgrundlage der Darstellung einer "Umgrenzung von Flächen für	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft" des Gemeindeübergreifenden Flächennutzungsplans (FNP) des Amtes Milow idF der Bekanntmachung am 21. 08.2001 in den Datenblättern PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn" der gleichnamigen Windeignungsgebiete ist fehlerhaft zitiert. § 9 BauGB bestimmt den Zweck des Bebauungsplans. Er enthält den Festsetzungskatalog für aufzustellende Bebauungspläne, nicht jedoch die Darstellungsmöglichkeiten für Flächennutzungspläne. Den Inhalt des Flächennutzungsplans bestimmt § 5 BauGB. Der rechtsverbindliche FNP für die ehemalige Gemeinde Nitzahn hat der "Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft" richtig die Rechtsgrundlage § 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB zugeordnet. Die Rechtsgrundlage der Darstellung einer "Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft" des Gemeindeübergreifenden Flächennutzungsplans (FNP) des Amtes Milow ist in den Datenblättern PF 06 Zollchow und PF 12 Nitzahn" der gleichnamigen Windeignungsgebiete fehlerfrei zu zitieren: § 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB	sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 12 Nitzahn		
BE-ID: 2327	In der Potenzialfläche PF 12 Nitzahn im Nordwesten ein schmaler Streifen eines geschützten Landschaftsbestandteils. Die Potentialfläche ist überwiegend ackerbaulich genutzt und ist nur zu einem geringeren Teil bewaldet. Nach dem Datenblatt der Regionalen Planungsstelle zur Potenzialfläche PF 12 Nitzahn könnte aufgrund der erforderlichen Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen das Gebiet für die Errichtung von Windenergieanlagen effektiv ausgenutzt werden, ohne Wald in Anspruch zu nehmen. Nach der Karte 4 des Pflege- und Entwicklungsplans für den Naturpark "Westhavelland" handelt es sich beim Waldbestand um "Nadelholzforst". Eine erhebliche Beeinträchtigung forstlicher oder waldökologischen Belange stellt die Regionale Planungsstelle nicht fest.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2346	B 08 Gebiete in Naturparken| B 08 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Das WEG 12 Nitzahn befindet sich im Naturpark Westhavelland. Die Umweltprüfung, Prüfsteckbrief WEG 12 Nitzahn schätzt die voraussichtlich erheblichen Umwelteinwirkungen als hoch ein. Das WEG befindet sich mit einem Großteil innerhalb von Naturparkflächen, die nicht gleichzeitig als NSG oder LSG ausgewiesen sind. Die Eignung der Potenzialflächen als WEG ist unter dem Aspekt der Erlebniswirksamkeit der Landschaft erneut zu prüfen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2348	B09 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die WEG 06 Zollchow und 12 Nitzahn befinden sich mit einem Großteil innerhalb eines Gebietes zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft nach Karte 3.6 des Landschaftsprogramms Brandenburg. Die Umweltprüfung, Prüfsteckbriefe WEG 06 und WEG 12 schätzt die voraussichtlich erheblichen Umwelteinwirkungen als hoch ein. Die Eignung der Potenzialflächen als WEG ist unter dem Aspekt der Erlebniswirksamkeit der Landschaft erneut zu prüfen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2355	B 16 Vorranggebiete für die Landwirtschaft nach Festlegung durch den Regionalplan| B 16 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Nach dem regionalen Planungskonzept werden Ackerflächen, die günstige Ertragseigenschaften aufweisen, als landwirtschaftliche Vorrangflächen ermittelt und mit einer höheren Gewichtung in die Abwägung eingestellt. In diesen Fällen kann im Rahmen der orts- und einzelfallbezogenen Abwägung auch festgestellt werden, dass das Interesse an einer unbeeinträchtigten ackerbaulichen Bewirtschaftung, mit der Errichtung von Windenergieanlagen nicht vereinbar ist. Eine Unvereinbarkeit mit den Belangen der Landwirtschaft kann gegeben sein, wenn folgende Kriterien erfüllt sind: - deutlich überdurchschnittliche Ertragsfähigkeit der Böden, Einsatz von Bewässerungs- bzw. Beregnungstechnik, - ungenügende Erschließung durch vorhandene Wirtschaftswege, - erhebliche Bedeutung der Flächen für die Wirtschaftlichkeit des betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmens, - wenn aufgrund der Schlaggrößen oder ungünstiger Zuschnitte der Schläge deren Bewirtschaftung durch die Errichtung von Windenergieanlagen deutlich erschwert oder unrentabel werden würde. Die in der Potenzialfläche Nitzahn gelegenen Äcker weisen eine regional überdurchschnittliche Ertragsfähigkeit auf (Ackerzahlen zwischen 16 und 50). Es erscheint zunächst jedoch nicht ausgeschlossen, dass eine Erschließung des Gebiets für die von Windenergieanlagen möglich ist, ohne in größerem Maße Ackerfläche in Anspruch zu nehmen. Innerhalb des potenziellen Eignungsgebietes befinden sich auch einige Flächen mit geringerer Bodengüte (Ackerzahlen 16 bis 26), die grundsätzlich als Standorte für Windenergieanlagen in Frage kommen. Ob tatsächlich aufgrund der vergleichsweise geringen Flächengröße des Gebiets einer möglichen Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung hier nicht das Gewicht zukommt, den Belangen der Windenergienutzung wirksam entgegenzustehen, sei dahingestellt. Die Gemeinde ersucht die Regionale Planungsgemeinschaft den räumlichen Geltungsbereich des WEG 12 Nitzahn dahingehend zu ändern, dass Äcker, die eine regional überdurchschnittliche Ertragsfähigkeit aufweisen, unberührt bleiben.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2361	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Bezug auf B 21 Beeinflussungsbereiche von Leitungstrassen, insbesondre Freileitungen und Gasdruckleitungen B 21 ML Stellungnahme vom 23.07.2022] PF 12 Nitzahn nordöstlich der Potenzialfläche verläuft in einem Abstand von ca. 315m die 110 kV-Bahnstromleitung Nitzahn - Heeren, südlich der Potenzialfläche verlaufen in einem Abstand von ca. 910 m bzw. 950 m die 110 kV-Bahnstromleitungen Genthin - Wustermark und Kirchmöser - Nitzahn, südlich der Potenzialfläche verläuft in einem Abstand von ca. 990 m die 110 kV-Freileitung Genthin - Wustermark. Mindestabstände zu Freileitungen über 45 kV können, nach Maßgabe der Parameter der Referenzanlage einen Schutzbereich von bis zu 400 m erfordern. Somit liegt das PF 12 Nitzahn im Beeinflussungsbereich der 110-kV Bahnstrom-Freileitung Nitzahn Heeren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2362	B 21 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Stellungahme vom 23.07.2021 wird aufrechterhalten. Es ist zu prüfen, ob das Windeignungsgebiet in seiner räumlichen Ausdehnung in Bezug auf den erforderlichen Sicherheitsabstand der 110 kV-Bahnstromleitung Nitzahn - Heeren geändert werden muss.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 2344	B02 ML Stellungnahme vom 09.06.2022: Die Gemeinde Milower Land nimmt die Prüfergebnisse der Regionalen Planungsgemeinschaft zu möglichen Konflikten mit den Tierökologische Abstandskriterien (TAK) nach Anlage 1 des Erlasses des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 01. Januar 2011, Schutz- und Restriktionsbereiche zur Kenntnis. Im Zuge ihrer angestellten Plausibilitätsprüfung zum aufzustellenden Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 ist sie nach wie vor bestrebt, sich selbst ein Bild von den Kartierungen der TAK-Ermittlungen zu machen, die vorgenommenen Bewertungen der Regionalen Planungsstelle nachvollziehen zu können. Deshalb hat Sie sich nachweislich frühzeitig und wiederholt um die Bereitstellung von TAK-Kartierungsergebnissen bemüht. Weder die Regionale Planungsstelle, noch das Landesumweltamt Brandenburg haben einen Einblick in die TAK-Karterungen gewährt, geschweige denn, Kartierungen schriftlich der Gemeinde bereitgestellt. So ist der Entwurfsprozess der Aufstellung des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 für die Gemeinde Milower Land nur bedingt begründet. Sie hat somit keine ausreichenden Informationen zur ihrer Bewertung des Planentwurfs unterbreitet bekommen. Das Verwehren von Umweltinformationen hält sie für einen beachtlichen Verfahrensfehler, der zu einer erneuten Offenlage des Planentwurf mit den erforderlichen Umweltinformationen der TAK-Kartierung führen muss.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 d) Ortsbezogene Abwägung		
BE-ID: 2339	B 02 Tierökologische Abstandskriterien (TAK) nach Anlage1 des Erlasses des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 01. Januar 2011, Schutz- und Restriktionsbereiche B 02 ML Stellungnahme vom 23.07.2021: Die Gemeinde Milower Land hat - im Sinne einer Plausibilitätsprüfung und in Vorbereitung ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Kapitel 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung diesbezüglich eigene Untersuchungen angestellt und - zur Berücksichtigung der Tierökologischen Abstandskriterien (TAK) nach Anlage 1 des Erlasses des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 01. Januar 2011, Schutz- und Restriktionsbereiche das Landesamt für Umwelt (LfU) ersucht, für die Gebietskulisse der Gemeinde Milower Land die digitale Bereitstellung der nach den Tierökologischen Abstandskriterien bestimmten Schutzbereiche mitzuteilen. Mit der E-Mail vom 23.06.2021 hat das LfU eine Übermittlung der Schutzbereiche nach den Tierökologischen Abstandskriterien für das gesamte Gemeindegebiet nicht in Aussicht gestellt. Das LfU ist im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung von Regionalplänen die zugeordnete Naturschutzbehörde und gibt seine Stellungnahme gegenüber der Regionalen Planungsgemeinschaft als Planungsträger ab. Stellungnahmen oder Zuarbeiten, wie von der Gemeinde Milower Land erwünschte, an andere Interessierte (neben Gemeinde, auch Bürger und Vorhabenträger) kann das LfU nicht leisten. Eine umfassende Prüfung der Naturschutzbelange, insbesondere der artenschutzrechtlichen Belange, wird durch das LfU als zuständige Naturschutzbehörde erfolgen, wenn eine Beteiligung durch die Regionale Planungsgemeinschaft erfolgt. Vorher ist eine Befassung durch das LfU damit nicht möglich.	[Anmerkung regionale Planungsstelle: nachfolgend Antwort aus der Stellungnahme der regionalen Planungsstelle vom 09.11.2021] Im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfs des Regionalplans erfolgt die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange, insbesondere der Anwendung der Schutzbereiche der tierökologischen Abstandskriterien der Anlage 1 des Erlasses des MUGV vom 01.01.2011, nach Maßgabe der dazu vom Landesamt für Umwelt zur Verfügung gestellten Daten. Nach Einschätzung des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg mit Urteil vom 23.05.2019 (Az.OVG 2 A 4. 19, Rn. 123) stellen diese Daten auf der Ebene der Regionalplanung eine geeignete Planungsgrundlage dar. Weitere eigene Ermittlungen der Regionalen Planungsgemeinschaft sind grundsätzlich nicht erforderlich. Soweit der Planungsstelle von anderen Stellen diesbezügliche Informationen mitgeteilt werden, werden diese gleichfalls von der Planungsstelle berücksichtigt. Soweit es sich um ausreichend konkrete und nachvollziehbar Sachverhalte handelt, können diese in Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde auch Grundlage einer Planungsentscheidung sein.
Anhänge zum Umweltbericht / Anhang A		
BE-ID: 2372	Umweltprüfung zum Integrierte Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Umweltbericht mit den Anhängen A1 (Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe zur Umweltprüfung Stufe 3) und C2 (Prüfsteckbriefe WEG 06 Zollchow und WEG 12 Nitzahn) Anhang A1 Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe zur Umweltprüfung Stufe 3 der räumlich konkreten Einzelfestlegungen des integrierten Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 unter Berücksichtigung des Raumbezugs, Stand 05.10.2021 3.5.3 Gebiete für den	Die Einwendung betrifft Ausführungen im Umweltbericht bezogen auf Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vorbeugenden Hochwasserschutz gemäß § 76 Abs. 1 und2 WHG und nach Festlegung durch den Regionalplan Festgesetze Überschwemmungsgebiete und im RegPI 3.0 festgelegte Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz können insbesondere durch anlagebedingte Flächeninanspruchnahmen beeinträchtigt werden. Die Ansiedlung raumbedeutsamer Nutzungen kann zu Retentionsraumverlusten und zur Behinderung des Oberflächenabflusses führen. Mit Ausnahme der geplanten WEG gilt für die Planfestlegungen des Regionalplans, dass erhebliche Umweltauswirkungen bei einer Flächeninanspruchnahme innerhalb eines festgesetzten Überschwemmungsgebietes oder in festgelegten Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz anzunehmen sind. Da die konkreten Standorte von WEA innerhalb geplanter WEG noch nicht festgelegt sind, besteht die Möglichkeit, die Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz im Rahmen der Standortwahl einzelner WEA auszusparen. Die Erheblichkeit ist entsprechend abhängig vom Ausmaß der Überlagerung der Planfestlegung mit Gebieten des vorbeugenden Hochwasserschutzes. ML regt an, dass in der die Bewertung der Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz gemäß § 76 Abs. 1 und2 WHG und nach Festlegung durch den Regionalplan auch bei geplanten WEG erhebliche Umweltauswirkungen bei einer Flächeninanspruchnahme innerhalb eines festgesetzten Überschwemmungsgebietes oder in festgelegten Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz anzunehmen sind. Die bisher in den Bewertungsmaßstäben ermöglichte Ausnahme ist ersatzlos zu streichen. Begründung: Festgesetze Überschwemmungsgebiete und im RegPI 3.0 festgelegte Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz können insbesondere durch anlagebedingte Flächeninanspruchnahmen beeinträchtigt werden. Die Ansiedlung raumbedeutsamer Nutzungen kann zu Retentionsraumverlusten und zur Behinderung des Oberflächenabflusses führen. Dieses trifft auch für Windenergieanlagen zu. Auch wenn deren konkrete Standorte innerhalb geplanter WEG noch nicht festgelegt sind, führt dieses im großflächigen WEG 06 Zollchow, das fast vollständig von dem Hochwasserrisikogebiet HQ extrem betroffen ist zu einer Beeinträchtigung der voraussichtlich in größerer Zahl zulässigen WEA. Deren Zuwegungen könne somit beeinträchtigt werden. Eine Beeinträchtigung des Betriebs bzw. der Zugänglichkeit einer größeren Zahl von Windenergieanlagen ist nicht auszuschließen. Die Möglichkeit, die Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz im Rahmen der Standortwahl einzelner WEA auszusparen, würde bedingt durch die hohe zu erwartende Anlagenzahl und ihrer Zuwegungen zwangsläufig auch zu einer großflächigen Aussparung führen. Das kann nicht Ziel des Hochwasserschutzes sein.	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Anhänge zum Umweltbericht / C2) WEG		
BE-ID: 2374	Prüfsteckbrief WEG 06 Zollchow [Anmerkung Planungsstelle: Auszug aus dem Umweltbericht, Anhang C2, Prüfsteckbrief WEG 06 Zollchow, S. 30ff] Für das WEG 06 Zollchow hat die Umweltprüfung für das vom WEG betroffenes Schutzgut Boden, welches das Kriterium mit höherem Gewicht erfüllt, erhebliche Umweltauswirkungen (hoch) ermittelt: sensible Moore, im Plangebiet nicht vorhanden Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen: Keine Betroffenheit, das WEG befindet sich vollständig außerhalb von sensiblen Mooren. ML widerspricht der Ermittlung Im Prüfsteckbrief "WEG 06 Zollchow" wird im Schutzgut Boden in Zeile 2.22 "sensible Moore" angegeben, dass diese im Plangebiet nicht vorhanden sind. Das widerspricht den Darstellungen des Landschaftsprogramms Brandenburg Karte 3.7: landesweiter Biotopverbund. Damit trifft die vorgenommene Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen nicht zu. Dieses beides ist neu zu bestimmen. Auch widersprechen diese Darlegungen des Prüfsteckbriefes seiner Zusammenfassenden Einschätzung, wonach für "voraussichtlich zwei Kriterien mit hohem Gewicht (Vogelarten inkl. Schutzbereiche gemäß TAK und Sensible Moore) geringe Betroffenheiten zu erwarten" sind. ML regt an die Richtigstellung des Prüfsteckbriefes WEG 06 Zollchow	Die Einwendung betrifft Ausführungen im Umweltbericht bezogen auf Festlegungen zur Windenergienutzung (WEG 06). Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	bezüglich des Vorhandenseins sensibler Moore und hinsichtlich der Neubewertung der Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen. Darauf aufbauend ist eine erneute Abwägung vorzunehmen, ob das WEG 06 Zollchow festgesetzt werden kann.	
BE-ID: 2375	Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen [Anmerkung Planungsstelle: Auszug aus dem Umweltbericht, Anhang C2, Prüfsteckbrief WEG 06 Zollchow, S. 38] Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung ist kein Kriterium mit hohem Gewicht von der Flächenfestlegung betroffen. Hohe Auswirkungen sind bei zwei geringer gewichteten Kriterien zu erwarten (Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz gemäß RP 3.0 und Gebiete zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft nach Karte 3.6 des LaPro Brandenburg). Die Umweltauswirkungen werden jedoch schutzgutübergreifend aufgrund der geringen Gewichtung der Kriterien als nicht erheblich eingeschätzt, zumal sich WEG am Rand des Gebietes zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft befindet. ML widerspricht der zusammenfassenden Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen Die Zusammenfassende Einschätzung, dass hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung kein Kriterium mit hohem Gewicht von der Flächenfestlegung betroffen sei, ist im Hinblick auf die von der Gemeinde Milower Land in Frage gestellte (siehe oben Einwendung zu Kapitel 3.5. 3) Bewertung der Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz gemäß § 76 Abs. 1 und2 WHG und nach Festlegung durch den Regionalplan (Kapitel 3. 5. 3 des Anhangs A1) nicht zutreffend! In Anwendung der eigens für die Umweltprüfung Stufe 3 der räumlich konkreten Einzelfestlegungen des integrierten Regionalplans Havelland-Fläming 3. 0 unter Berücksichtigung des Raumbezugs bestimmten Bewertungsgrundlagen und -maßstäbe (Anlage A1 des Umweltberichts) sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, wenn erhebliche Umweltauswirkungen (hoch) für ein Kriterium mit höherem Gewicht prognostiziert werden. Das ist für das WEG 06 Zollchow der Fall. Der Prüfsteckbrief "WEG 06 Zollchow" weist beim Schutzgut Wasser, Zeile 2.27 "Überschwemmungsgebiete (§ 76 WHG) / Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz gemäß Regionalplan (Entwurf) 3.0" hohe voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen aus. ML regt an die Änderung der Zusammenfassenden Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für das WEG 06 Zollchow, dass die Umweltauswirkungen des WEG 06 Zollchow werden schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden, da ein Kriterium mit höherem Gewicht betroffen ist. Ergänzend ist fortzuführen mit diesen Sätzen: "Hohe Auswirkungen sind bei zwei geringer gewichteten Kriterien zu erwarten (Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz gemäß RP 3.0 und Gebiete zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft nach Karte 3.6 des LaPro Brandenburg). Die Umweltauswirkungen werden jedoch schutzgutübergreifend aufgrund der geringen Gewichtung der Kriterien als nicht erheblich eingeschätzt, zumal sich WEG am Rand des Gebietes zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft befindet." Die Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen hat zu beinhalten: "Die Umweltauswirkungen des WEG 06 Zollchow werden schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt." Darauf aufbauend ist eine erneute Abwägung vorzunehmen, ob das WEG 06 Zollchow festgesetzt werden kann.	Die Einwendung betrifft Ausführungen im Umweltbericht bezogen auf Festlegungen zur Windenergienutzung (WEG 06). Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2376	Prüfsteckbrief WEG 12 Nitzahn [Anmerkung Planungsstelle: Auszug aus dem Umweltbericht, Anhang C2, Prüfsteckbrief WEG 12 Nitzahn, S. 49 ff.] Für das WEG 12 Nitzahn hat die Umweltprüfung für das vom WEG betroffenes Schutzgut Boden, welches das Kriterium mit höherem Gewicht erfüllt, erhebliche Umweltauswirkungen (hoch) ermittelt: sensible Moore, im Plangebiet vorhanden Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen: Gering, das WEG befindet sich geringfügig auf Flächen von sensiblen Mooren. ML widerspricht der Ermittlung, im Prüfsteckbrief "WEG 12 Nitzahn" wird im Schutzgut Boden in Zeile 2.22 "sensible Moore" angegeben, dass diese im Plangebiet vorhanden sind. Das widerspricht den Darstellungen	Die Einwendung betrifft Ausführungen im Umweltbericht bezogen auf Festlegungen zur Windenergienutzung (WEG 12). Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	des Landschaftsprogramms Brandenburg Karte 3.7: landesweiter Biotopverbund. Damit trifft die vorgenommene Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen nicht zu. Dieses beides ist neu zu bestimmen. Auch widersprechen diese Darlegungen des Prüfsteckbriefes seiner Zusammenfassenden Einschätzung, wonach für "voraussichtlich drei Kriterien mit hohem Gewicht (Besondere Böden Naturpark und Gebiete zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft nach Karte 3.6 des LaPro Brandenburg) hohe Betroffenheiten zu erwarten" sind. ML regt an, die Richtigstellung des Prüfsteckbriefes WEG 12 Nitzahn bezüglich des Nicht-Vorhandenseins sensibler Moore und hinsichtlich der Neubewertung der Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen.	eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 62 / Stadt Nauen		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1756	Ich bitte Sie, die Stadt Nauen an den weiteren Verfahrensschritten zur Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zu beteiligen.	Dem Wunsch nach weiterer Beteiligung an der Aufstellung des Regionalplans 3.0 wird gerne entsprochen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1743	Die Stadt Nauen begrüßt die planerische Zurückhaltung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming bei der Festlegung eines Vorbehaltsgebietes Siedlung im Mittelzentrum Nauen. Die Festlegung Nauens als Mittelzentrum ist aus Sicht der Stadt ausreichend, um die Wichtigkeit der Siedlungsentwicklung als „Stadt der zweiten Reihe" zu unterstreichen. Einer räumlichen Verortung von Vorbehaltsgebieten bedarf es dabei nicht.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Die Absicht besteht also nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften (z.B. des LEP HR für den Gestaltungsraum Siedlung sowie für Ober- und Mittelzentren) gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 1744	Die Stadt Nauen hat die Zielstellung des LEP HR, Grundsatz G 5.6, aktiv aufgegriffen, wonach wachstumsbedingte Bedarfe der Wohnraumversorgung in den Städten in der zweiten Reihe besondere Berücksichtigung finden sollen. Die proaktive Herangehensweise, unterstrichen durch die Einleitung eines Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan für die Kernstadt Nauen im September 2019 und die entsprechende Aufstellung von verbindlichen Bauleitplänen für Wohnbebauung, ergibt sich auch durch den bereits seit 2010 kontinuierlichen Anstieg der Bevölkerung. Die Stadt Nauen hatte nach Angaben des Bürgerbüros der Stadt zum 31.12.2021 insgesamt 19.402 Einwohner. Dies sind 20,8% mehr als 1990 und 15,3% mehr als 2003, dem Zeitpunkt der Gemeindegebietsreform., und 9,1% mehr als 2013. Seit 2010 ist die Bevölkerung von Nauen absolut um über 2.700 Menschen gewachsen. Die eigene Schätzung der Stadt geht von einem weiteren Wachstum bis 2030 auf bis zu ca. 26.000 Menschen aus. Damit übernimmt die Stadt Nauen eine wichtige Entlastungsfunktion für das westliche Umland von Berlin und Potsdam. Für die weitere Stadtentwicklung des Mittelzentrums Nauen ist es unter diesem Aspekt wichtig, nicht durch regionalplanerische Festlegungen eines Vorbehaltsgebietes Siedlung zu sehr eingeschränkt zu werden. Hier der Entwurf des Flächennutzungsplans "Kernstadt Nauen" entsprechend dem Feststellungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.03.2022: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenausschnitte	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er steht nicht im Widerspruch zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung. Die Abgrenzung des Vorbehaltsgebiets Siedlung in den genannten Bereichen wurde noch einmal geprüft und in Bereichen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung weitgehend dem FNP-Entwurf der Stadt Nauen angepasst. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Die Absicht besteht nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	mit Luftbildern der betreffenden Bereiche].	Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften (z.B. des LEP HR für den Gestaltungsraum Siedlung sowie für Ober- und Mittelzentren) gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1745	Zum Ziel Z 1.2 begrüßt die Stadt Nauen die Beschränkung des Regionalplanentwurfs auf zwei großflächige Standorte. In den ergänzenden Unterlagen zur Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (ergänzende Unterlage 09 zum Entwurf) werden der Bericht der complan Kommunalberatung vom 30.11.2017 zur Erhebung der großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorte sowie der Bericht der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Ermittlung geeigneter Standorte für die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten vom November 2020 zur Kenntnis gegeben. In beiden Berichten ist ein Suchraum Nauen / Brieselang / Wustermark beiderseits der B 5 enthalten. Aus Sicht der Stadt Nauen ist es zu begrüßen, dass dieser Standort keinen Eingang in die textliche und zeichnerische Festlegung des Regionalplanentwurfs gefunden hat. Mit der Entwicklung eines solchen Standortes würden die wenigen noch vorhandenen Freiflächen zwischen den genannten Gemeinden verschwinden und es könnte sich ein geschlossenes Siedlungsband zwischen dem westlichen Autobahnring und der Stadt Nauen entwickeln. Dies wird seitens der Stadt Nauen nicht befürwortet.	Die Zustimmung zu der Entscheidung, im Suchraum Nauen/Brieselang/Wustermark keinen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen, wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1746	Die textlichen und zeichnerischen Festlegungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie betreffen das Stadtgebiet von Nauen nur hinsichtlich der nachrichtlich in den Regionalplanentwurf übernommenen Gebiete, die bei Hochwasserereignissen mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren überflutet werden. Diese Flächendarstellung ist der Stadt Nauen bekannt und wird in der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt.	Die zustimmende Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 37 Nauen		
BE-ID: 1747	Die Festlegungen zur Windenergienutzung entsprechen im Wesentlichen den eigenen Planungen der Stadt Nauen. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 03.05.2021 die Einleitung eines Aufstellungsverfahrens für einen Teil-Flächennutzungsplan „Windenergienutzung" mit dem Ziel des Repowering beschlossen. Im Folgenden wurde eine Potenzialanalyse erarbeitet und inzwischen liegt der Vorentwurf des Teil-FNP vor. Derzeit wird die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit gem. §§ 3(1), 4(1) BauGB vorbereitet. Folgende Sonderbaufläche für die Windenergienutzung ist im Vorentwurf dargestellt [Farb-Karte in Stellungnahme]. Damit entspricht die Sonderbaufläche Windenergienutzung des Vorentwurfs weitgehend dem WEG 37 des Regionalplanentwurfs.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 38 Ketzin/Havel-Wustermark		
BE-ID: 1748	Die Festlegungen zur Windenergienutzung entsprechen im Wesentlichen den eigenen Planungen der Stadt Nauen. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 03.05.2021 die Einleitung eines Aufstellungsverfahrens für einen Teil-Flächennutzungsplan „Windenergienutzung" mit dem Ziel des Repowering beschlossen. Im Folgenden wurde eine Potenzialanalyse erarbeitet und inzwischen liegt der Vorentwurf des Teil-FNP vor. Derzeit wird die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit gem. §§ 3(1), 4(1) BauGB vorbereitet. Folgende Sonderbaufläche für die	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Windenergienutzung ist im Vorentwurf dargestellt [Farb-Karte in Stellungnahme].Nicht im Teil-FNP enthalten ist die kleine Teilfläche des WEG 38 des Regionalplanentwurfs, der in der Gemarkung Markee auf dem Gebiet der Stadt Nauen festgelegt werden soll. Mit E-Mail vom 27.04.2022 informierte die Regionale Planungsgemeinschaft die Stadt Nauen darüber, dass aufgrund einer eingegangenen Stellungnahme zum Regionalplanentwurf derzeit geprüft werde, das WEG 38 zu vergrößern (siehe Planzeichnung unten - [Farb-Karte in Stellungnahme]). Dies wird von der Stadt Nauen abgelehnt. Es ist gerade die Zielstellung des Teil-FNP „Windkraftnutzung", die Flächen für die Windkraftnutzung östlich und südlich des Ortsteils Markee nicht mehr darzustellen. Da der Abstand zwischen den beiden WEG 37 und 38 ohnehin das Abstandskriterium von mindestens 5 km leicht unterschreitet, sollte diese Fläche auf keinen Fall auch noch festgelegt werden.	eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 14 Lietzow		
BE-ID: 1749	Wie in den vorangegangenen Regionalplanentwürfen ist aufgrund der vom LBGR vorgeschlagenen Vorranggebiete in Z. 2.3.1 das Vorranggebiet VR 14 „Lietzow" für die Rohstoffart "Sand" festgelegt. Die ergänzenden Unterlagen zum Regionalplanentwurf (ergänzende Unterlage 13 zum Entwurf) weisen im „Steckbrief" zu dieser Fläche darauf hin, dass der Abbau ruht, sich inzwischen eine intensive natürliche Sukzession mit Biotopansätzen entwickelt habe und die Zufahrt zum potentiellen Abbaugebiet zugewuchert und verfallen sei. Aus Sicht der Stadt Nauen sollte diese Fläche nicht mehr als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung festgelegt werden. Gerade dieser Standort in geringer Entfernung zur nördlichen Grenze des WEG 37 sollte im Sinne einer Entlastung der Ortsteile Lietzow und Berge der natürlichen Sukzession überlassen werden. Darüber hinaus würde es zu einer erheblichen Belastung des Verkehrs auf der ohnehin stark befahrenen Bundesstraße B 5 führen, sollte die Sandgewinnung dort (wieder) aufgenommen werden.	Die Anregung zum Vorranggebiet sowie der Hinweis zur Verkehrssituation werden Kenntnis genommen, führen jedoch zu keiner Planänderung. Der fachlichen Bewertung des LBGR zu dieser Fläche stehen keine Raumnutzungskonkurrenzen entgegen, weshalb dem Vorschlag des LBGR zur Festlegung als Vorranggebiet gefolgt werden muss. Der Hinweis zur Verkehrssituation ist nachvollziehbar. Daher wurde bereits in den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming der Grundsatz 2.3.3 zur Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung formuliert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1750	Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen zu Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft sollten überarbeitet werden. a) Aus Sicht der Stadt Nauen ist die Festlegung eines Vorranggebietes Landwirtschaft zwischen dem Siedlungsbereich der Kernstadt Nauen und dem Verlauf der Ortsumgehungsstraße B 5 nicht mehr sinnvoll. Insbesondere und ausdrücklich sollte das Vorranggebiet Landwirtschaft im Sektor zwischen der Ortsumgehungsstraße B 5 im Süden, der Brandenburger Straße im Norden / Nordwesten und der Ketziner Straße im Osten zurückgenommen werden. In diesem Bereich stellt die Stadt Nauen mit den Bebauungsplänen „Brandenburger Straße", "An der alten Ziegelei", "Quartier Ziegelstraße" und „Wohngebiet Ketziner Straße-Süd" vier Bebauungspläne für eine Wohnbebauung auf, die nach Realisierung Wohnraum für ca. 1.700 Menschen schaffen werden. Der Bebauungsplan „Brandenburger Straße" ist rechtskräftig und in Realisierung. Die Bebauungspläne „An der alten Ziegelei" und „Quartier Ziegelstraße" stehen kurz vor dem Satzungsbeschluss.	Die genannten Bebauungspläne werden im Zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Belange der kommunalen Planung berücksichtigt.
BE-ID: 1751	Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen zu Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft sollten überarbeitet werden. a) Aus Sicht der Stadt Nauen ist die Festlegung eines Vorranggebietes Landwirtschaft zwischen dem Siedlungsbereich der Kernstadt Nauen und dem Verlauf der Ortsumgehungsstraße B 5 nicht mehr sinnvoll. Südlich des Bebauungsplans „An der alten Ziegelei" befindet sich darüber hinaus die u.a. diesem Baugebiet zugeordnete Ausgleichsmaßnahmenfläche „Alte Ziegelei", die von der Flächenagentur Brandenburg als Flächenpool entwickelt worden ist. Auch diese Fläche liegt in dem oben skizzierten Sektor des Vorranggebietes Landwirtschaft. Die Planungen sind mit den betroffenen Landwirten	Siehe dazu BE ID 1750.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	abgestimmt.	
BE-ID: 1752	Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen zu Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft sollten überarbeitet werden. a) Aus Sicht der Stadt Nauen ist die Festlegung eines Vorranggebietes Landwirtschaft zwischen dem Siedlungsbereich der Kernstadt Nauen und dem Verlauf der Ortsumgehungsstraße B 5 nicht mehr sinnvoll. Der Stadt Nauen liegt die Stellungnahme des betroffenen Landwirts vom 23.03.2022 vor, der folgendes mitteilt: "Ackerland die Mühlenstücke, hier Flurstück 202 der Flur 18 - Sehr geehrte Damen und Herren, die landwirtschaftliche Fläche, die mit dem Bebauungsplan "An der Alten Ziegelei" überplant werden soll, wird zukünftig nicht mehr bewirtschaftet werden. Ich als (werdender) Eigentümer der Fläche sehe bereits seit dem Jahr 1991 von einer Bewirtschaftung nicht nur vorrübergehend, sondern per se ab. Somit steht diese Fläche am Randbereich des übergeordneten Vorranggebietes und im Randbereich des Vorranggebietes Siedlung für eine landwirtschaftlichen Nutzung im Sinne der Regionalplanung (Ackerland wird allgemein definiert als Fläche für den gezielten Anbau landwirtschaftlicher Kulturpflanzen, die regelmäßig bewirtschaftet wird und gemeinhin einer Fruchtfolge unterliegt oder (vorübergehend) stillgelegt wird) nicht mehr zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen "	Siehe dazu BE ID 1750.
BE-ID: 1753	Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen zu Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft sollten überarbeitet werden. a) Aus Sicht der Stadt Nauen ist die Festlegung eines Vorranggebietes Landwirtschaft zwischen dem Siedlungsbereich der Kernstadt Nauen und dem Verlauf der Ortsumgehungsstraße B 5 nicht mehr sinnvoll. Die Stadt Nauen hat sich für die Inanspruchnahme dieser Flächen in der sogenannten Stadterweiterung Süd entschieden, da diese Flächen relativ strukturarm, einfach zu erschließen und eigentumsrechtlich weitgehend unproblematisch verfügbar sind. Eine zügige Umsetzung des Planungsziels, einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Wohnraumsituation im Berliner Umland zu leisten, ist nur auf diesem Wege möglich. Die Flächen, die näher am Bahnhof Nauen liegen (vgl. FNP-Änderung Kernstadt, S. 2 oben), erweisen sich als deutlich schwieriger zu entwickeln (v.a. Altlastenproblematik, Baugrund, hohe Grundwasserstände, Fokussierung des zu- und abfließenden Verkehrs auf den Bahnhofstunnel B 273). Um keinen Widerspruch zwischen den weit fortgeschrittenen Planungen der Stadt Nauen und dem Regionalplanentwurf zu erzeugen, sollte das Vorranggebiet Landwirtschaft im Bereich zwischen der südlichen Kante des Siedlungsbereichs der Kernstadt Nauen, der Ketziner Straße, der Ortsumgehungsstraße B 5 und der Brandenburger Straße vollständig zurückgenommen werden (siehe Luftbilddarstellung unten).	Der Empfehlung der Stadt Nauen wird gefolgt. Siehe dazu auch BE ID 1750.
BE-ID: 1754	Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen zu Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft sollten überarbeitet werden. a) Aus Sicht der Stadt Nauen ist die Festlegung eines Vorranggebietes Landwirtschaft zwischen dem Siedlungsbereich der Kernstadt Nauen und dem Verlauf der Ortsumgehungsstraße B 5 nicht mehr sinnvoll. Dies empfiehlt die Stadt Nauen auch für den Bereich nördlich der Brandenburger Straße bis zur Hamburger Straße. Dort sind zumindest teilweise potentielle Wohnbauflächen im FNP Kernstadt Nauen dargestellt. Da die Stadtverordnetenversammlung jedoch am 26.10.2020 beschlossen hat, die Entwicklung der „Stadterweiterung Südwest" im Bereich nördlich der Brandenburger Straße zurückzustellen bis die Stadterweiterung Süd realisiert wurde und sich dann noch ein weiterer Bedarf abzeichnet, könnte die Festlegung im Regionalplanentwurf auch beibehalten werden. Hier wäre dann allerdings die Formulierung eines Ausnahmetatbestands sinnvoll, zum Beispiel dahingehend, dass weitere Ausnahmen nach Abs. 1 unter der Voraussetzung möglich sind, dass die Gemeinsame Landesplanungsabteilung einer Wohnbaulandentwicklung auf einer Vorrangfläche für die Landwirtschaft unter Hinweis auf die Entlastungsfunktion für das Berliner Umland zugestimmt hat. Zur Erläuterung der Position der Stadt Nauen hier eine Luftbilddarstellung: [2 Farb-Karten in der Stellungnahme].	Die beabsichtigte "Stadterweiterung Südwest" wird im Zweiten Regionalplanentwurf zwischen der Hamburger Straße und der Brandenburger Straße bis zur Stromtrasse berücksichtigt, indem dort keine Vorranggebiete Landwirtschaft dargestellt werden. Die Begründung wurde entsprechend angepasst.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1755	Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen zu Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft sollten überarbeitet werden. b) Die Stadt Nauen empfiehlt, die Ausnahmen in Abs. 2 des Ziels Z 2.4 für Freiflächen Photovoltaikanlagen zu erweitern. Die Ausnahmen sollten nicht nur für sogenannte Agri Photovoltaik-Anlagen und Anlagen innerhalb eines Flächenkorridors von 200 m beiderseits entlang zu Bundesautobahnen und Schienenwegen zugelassen werden, sondern allgemeiner auch für Landwirtschaftsflächen mit geringen Ackerzahlen. Dies ist oft auch im Sinne der bewirtschaftenden Landwirte, die auf solchen Böden kaum landwirtschaftlich sinnvoll tätig werden können. Entsprechend RNr. 355 der Begründung, S. 97, regt die Stadt Nauen an in Abs. 2, Z 2.4 einen Buchstaben c. einzufügen, wonach Ausnahmen von Abs. 1 für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auch im Geltungsbereich eines Bebauungsplans für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie möglich sind, wenn die Ackerwertzahl im Geltungsbereich maximal 24 beträgt. Die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen entzieht diese Flächen der Landwirtschaft nicht endgültig, sondern nur zeitweise. In der Zeit dieser Interimsnutzung werden sich die Böden im Bereich solcher Anlagen von der bisherigen intensiven landwirtschaftlichen Nutzung erholen und es könnte sich wieder eine größere Artenvielfalt ansiedeln. Ggf. könnte die Ausnahme auch noch zusätzlich daran gekoppelt werden, dass der Betreiber eine Speichermöglichkeit für die erzeugte Energie errichtet.	Die ehemalige Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Damit besteht nur noch eine Ausnahmeregelung für Agri-PV-Anlagen (neue Festlegung Z 2.3 Absatz 2). Nach dem überarbeiteten Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft liegt das Stadtgebiet Nauen weitgehend im Teilraum I. Hier gilt eine maßgebliche Ackerzahl von 41 und ist damit deutlich höher als im Ersten Regionalplanentwurf.
TÖB-Nr.: 64 / Gemeinde Niederer Fläming		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 282	Die weiteren Festsetzungen, wie die landesplanerischen Freiraumverbundflächen sind konkretisiert worden, bzw. wie die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung oder gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, betreffen die Gemeinde Niederer Fläming nicht direkt oder nur marginal.	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung wird nicht angeregt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 281	Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung erfolgt für einige Ortsteile der Gemeinde auf Basis des Kriterienkonzeptes, jedoch vielmehr durch Erfüllung von Erreichbarkeitsmerkmalen als durch Erfüllung der tatsächlichen Ausstattungsmerkmale (Verfügbarkeit Schule Primärstufe, Kita, Einzelhandel, Allgemein- oder Zahnmediziner).	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Wie zutreffend festgestellt wird, beruht das Planungskonzept zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung auf Ausstattungsmerkmalen in Orten mit lokalen Versorgungsansätzen und darüber hinaus reichende Erreichbarkeiten dieser. Eine Planänderung wird nicht angeregt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 279	Im Hinblick auf die Windenergienutzung werden für das Gemeindegebiet der Gemeinde Niederer Fläming nach vorliegendem Entwurf vier Windeignungsgebiete ausgewiesen. Es handelt sich dabei um die Windeignungsgebiete 31 „Petkus-Wahlsdorf", 32 ,,Hohenseefeld", 34, „Werbig" sowie 15 „Welsickendorf'. Die WEG 31, 32 sowie 34 umfassen im Wesentlichen die ehemaligen Windeignungsgebiete aus dem Regionalplan Havelland-Fläming 2020 sowie die im Flächennutzungsplan der Gemeinde Niederer Fläming festgesetzten Konzentrationszonen für die Windenergienutzung. Abweichungen herrschen lediglich im Randbereich auf Basis des beabsichtigten erhöhten Siedlungsabstandes von 1.100 m. Lediglich das WEG 15 „Welsickendorf' wird als neues WEG dargestellt. Aufgrund der Vorbelastung im Bereich des WEG Linda (Sachsen-Anhalt/Jessen) sowie Stolzenhain (Elbe-Elster/Schönewalde) und der Erkenntnis der Notwendigkeit des weiteren Ausbaus von Windenergie wird seitens der Gemeinde eine Konzentration in Form des neuen WEG 15 gegenüber anderen Neuausweisungen im Gemeindegebiet bevorzugt. Die Gemeinde Niederer Fläming begrüßt zudem die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft die im Vorfeld analysierte	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Potenzialflächen 40 „Rinow" und 9 ,,Reinsdorf" nicht als Windeignungsgebiete festzulegen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 280	Die Vorranggebiete für die Landwirtschaft werden mit einer Ackerzahl von mindestens 24 festgesetzt. Ziel der Vorranggebiete für die Landwirtschaft ist es, diese Flächen für die landwirtschaftliche Produktion vor anderen Inanspruchnahmen oder Nutzungen zu schützen. Demnach sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf diesen Flächen nur in Ausnahmefällen, nämlich wenn sie in einer Weise errichtet werden, welche die landwirtschaftliche Bodennutzung in geringerem Maße beeinträchtigt (bspw. Agri-Photovoltaik), zugelassen werden. Diese Festsetzung ist wichtig, um raumbedeutsame Nutzungen auf Flächen außerhalb dieser Vorranggebiete zu lenken. Demnach gibt der Regionalplanentwurf mit der Festlegung von Vorranggebieten für die landwirtschaftliche Bodennutzung einen räumlichen Rahmen für den Umgang der Kommunen mit der bestehenden Nachfragesituation im Hinblick auf die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung der solaren Strahlungsenergie (PV-Anlagen). Diese Festsetzung wird durch die Gemeinde grundsätzlich begrüßt.	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 65 / Gemeinde Niedergörsdorf		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 592	Im Sachlichen Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte" wurde in der Gemeinde Niedergörsdorf kein Ortsteil als Grundfunktionaler Schwerpunkt festgesetzt, obwohl in der Gemeinde 9 der geforderten Ausstattungsmerkmale vorhanden waren, diese sich aber auf mehrere Ortsteile verteilen. Mit der Nichtfestsetzung eines Ortsteils als Grundfunktionaler Schwerpunkt geht der Gemeinde eine zusätzliche Wohnsiedlungsentwicklung von 2,00 ha/1000 Einwohner in dem Ortsteil verloren. Mit dieser zusätzlichen Entwicklungsoption könnte die steigende Nachfrage besser befriedigt werden.	Es wird auf Rn 52 der Begründung des Sachlichen Teilregionalplans Grundfunktionale Schwerpunke verwiesen. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 591	Die Gemeinde Niedergörsdorf nimmt zu dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 wie folgt Stellung: 1. Vorbehaltsgebiete Siedlung Im Gemeindegebiet sind die Ortsteile Kurzlipsdorf, Mellnsdorf, Blönsdorf, Seehausen, Kaltenborn, Wölmsdorf. Niedergörsdorf, Gölsdorf, Altes Lager, Rohrbeck, Oehna, Bochow, Langenlipsdorf und Zellendorf auf Grund vorhandener Infrastruktureinrichtungen und öffentlicher Verkehrserschließung als Vorbehaltsgebiete Siedlung ausgewiesen. In diesen Gebieten ist die Wohnsiedlungsentwicklung im Rahmen der Eigenentwicklungsoption für den örtlichen Bedarf Z 5.5 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bevorzugt zu entwickeln. Dieser Ansatz zeigt sich auch in der steigenden Nachfrage nach Bauland im Gemeindegebiet. Hier ist aber in den letzten Jahren zu beobachten, dass vermehrt Nachfragen aus Berlin und dem Berliner Umland erfolgen und die Eigenentwicklungsoption von 1,00 ha / 1.000 Einwohner nicht ausreichend ist.	Kenntnisnahme. Hinweis: Plangeber des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sind die Länder Berlin und Brandenburg. Die darin getroffenen Festlegungen zur Eigenentwicklung kann die Regionalplanung lediglich zur Kenntnis nehmen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 28 Feldheim-Malterhausen		
BE-ID: 593	2. Windenergienutzung Eine Teilfläche des Windeignungsgebietes Nr. 28 Feldheim-Malterhausen befindet sich im Gemeindegebiet. Diese Fläche ist ebenfalls im Flächennutzungsplan der Gemeinde als Konzentrationsfläche für die Nutzung von Windenergie festgesetzt. Mit der Ausweisung dieser Fläche ist der Ausbau und das weitere Repowering von Windkraftanlagen im Gemeindegebiet möglich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 15 Lindower Heide		
BE-ID: 594	3. Oberflächennahe Rohstoffe Als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung ist in der Gemeinde das Vorranggebiet Nr. 15 Lindower Heide mit der Rohstoffart Kiessand ausgewiesen. Wir weisen auf eine vorhandene Abfallentsorgung auf einer Fläche von 5,0 ha hin. Die ist dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg bekannt und bei einer Genehmigung zu berücksichtigen.	Der Sachverhalt der Deponieverfüllung ist der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming bekannt. Dieser Bereich ist nicht als Vorranggebiet festgelegt. Der fachlichen Bewertung des LBGR zur übrigen Fläche stehen keine Raumnutzungskonkurrenzen entgegen, weshalb dem Vorschlag des LBGR zur Festlegung als Vorranggebiet zu folgen ist.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 595	4. Vorranggebiet für die Landwirtschaft Mit der Ausweisung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft wird die Wichtigkeit der Landwirtschaft in der Gemeinde Niedergörsdorf besonders herausgestellt. Landwirtschaftliche Flächen mit einer Ackerzahl von 24 und höher sowie vorhandene Flächen von Beregnungsanlagen werden für andere Nutzungen ausgeschlossen. Der generelle Ausschluss von Beregnungsflächen für andere Nutzungen wird aus Sicht der Landwirtschaftsbetriebe kritisch gesehen. Die sich ändernden Bedingungen in der Landwirtschaft lassen in Zukunft eine wirtschaftliche Bearbeitung von Flächen mit niedriger Ackerzahl auch mit Neuinvestitionen in Beregnungsanlagen nicht zu. Mit dem Rückbau solcher Beregnungsanlagen könnten diese Flächen einer anderen Nutzung zugeführt werden. Landwirtschaftliche Flächen mit einer geringeren Ackerzahl sind nicht als Vorranggebiet festgesetzt, hier können sich andere Nutzungen wie z.B. Agri-Photovoltaikanlagen und Freiflächenphotovoltaikanlagen entwickeln. Aus Sicht der Gemeindevertretung der Gemeinde Niedergörsdorf sollten Flächen mit einer Ackerzahl von 25 bis 30 als Vorbehaltsgebiete ausgewiesen werden, um die Nutzungsmöglichkeiten optimal und wirtschaftlich gestalten zu können.	Ursprünglich wurde bei Ortsgesprächen von einigen Gemeinden angeregt, Beregnungsflächen für die Planungssicherheit der Landwirte zu begünstigen. Hintergrund sind bereits getätigte Investitionen in Beregnungssysteme. Landwirtschaftsbetrieben mit bereits durch Beregnungsanlagen erschlossenen Ackerflächen sollten auch auf ertragsschwachen oder klimasensiblen Böden keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Die Einschätzung, dass die Feldberegnung stabile Erträge und eine höhere Qualität sichert, wurde in Stellungnahmen jedoch aufgrund der geringen Wirksamkeit der Beregnung auf Böden mit geringen Ackerzahlen in Zweifel gezogen. Darüber hinaus liegen bislang nur unvollständige Daten zu den konkreten Beregnungsflächen vor. Zum einen stehen nur Informationen über die Brunnenstandorte und entnommenen Wassermengen, jedoch kein Kataster über die konkreten Beregnungsflächen zur Verfügung. Zum anderen kann nicht flächendeckend mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Feldberegnung keine direkte Auswirkung auf sinkende Grundwasserstände hat. Aus den genannten Gründen werden Feldberegnungsflächen nicht mehr im Planungskonzept berücksichtigt. An der Festlegung von ausschließlich Vorranggebieten wird weiterhin festgehalten. Die Festlegung von Vorranggebieten sichert den Schutz der landwirtschaftlichen Flächen als letztabgewogenes Planungsinstrument gegenüber anderen Nutzungsinteressen. Bei einer Festlegung von Vorbehaltsgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die landwirtschaftliche Nutzung regelmäßig in Abwägungsprozessen anderen Nutzungsinteressen unterliegt. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
TÖB-Nr.: 67 / Gemeinde Nuthetal		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 2552	Wir beantragen folgende Änderung zum vorgelegten Entwurf: Im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Entwurf vom 05. Oktober 2021) wird unter Punkt III 2.3. Oberflächennahe Rohstoffe Z 2.3.1. Vorranggebiete Rohstoffgewinnung die Nr. VR05 Fresdorfer Heide gestrichen. Begründung: Im vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 wird die Fresdorfer Heide als Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für den Rohstoffabbau ausgewiesen. Da sich das Gebiet vollständig im Bereich des LSG Nuthetal-Beelitzer Sander befindet, ist eine Streichung für die Zukunft notwendig. Eine Ausgliederung ist bislang nicht erfolgt, so dass zwei unterschiedliche Nutzungen Anspruch auf ein und dieselbe Fläche erheben (Schutz von Natur und Landschaft sowie Rohstoffabbau). Der Abbau von Kiessand ist in der Fresdorfer Heide zudem nur befristet bis 31.12.2022 zulässig (siehe auch Punkt 316/Tabelle 19 des Regionalplanes).	In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.
BE-ID: 2554	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 1. Zu VR-K01 hohe Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR) und zu VR-K05 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang): Die Bewertung des VR 05 Fresdorfer Heide im LBGR-Vorschlag als Vorranggebiete Rohstoffgewinnung in Tabelle 16, Seite 73, ist irreführend. Es handelt sich hier um einen auslaufenden Kiestagebau, dessen Rahmenbetriebsplan bereits am 31.12.2020 zu beenden war und der auf Antrag des Unternehmens noch um 2 Jahre bis zum 31.12.2022 zeitlich verlängert wurde. Auf Seite 6/27 des Antrags auf Verlängerung vom 21.08.2020, wurde vom Unternehmen ausdrücklich betont, dass „Mit der zeitlichen Verlängerung des fak. RBP (...) keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme verbunden (ist)". Ziel der Verlängerung war das Auskiesen von Restvorkommen, welche laut Verlängerungsantrag insgesamt maximal 9 ha betrifft, wovon bereits 7,4 ha verritzt waren. Zum Zeitpunkt des Antrages 2020 war die Flächengröße weniger als 10 ha und entspricht nicht den Kriterium, dass nur Flächengrößen von über 10 ha in den Regionalplan aufgenommen werden, siehe Seite 72 des „Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05 . Oktober 2021 ", Tabelle 13, VR-K05 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang). Die Angabe der Größe von 33,33 ha VR -Gebiet (vgl. Seite 91) ist falsch! Der genehmigte Tagebau ist weitgehend ausgekiest.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor. Hinweis: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2558	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 1. Zu VR-K01 hohe Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR) und zu VR-K05 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang) Es ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt des lnkrafttretens des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sich bereits der Abschlussbetriebsplan in der Umsetzung befindet und damit das Bergrechtsverhältnis ausläuft. Eine Weiterführung des Tagebaus (Option für VR-K05: „räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang", siehe Tabelle 13) ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses dem entgegenstehen, vorrangig der Schutz des angrenzenden Natura-2000-Gebiets sowie der Artenschutz, aber auch seine Lage inmitten des Landschaftsschutzgebietes „Nuthetal-Beelitzer Sander", die des Gebietes für die wohnnahe Erholung und als Trinkwasservorbehaltsgebiet. Die vorrübergehende Befreiung aus den Schutzvorschriften des LSGs für den laufenden Rahmenbetriebsplan endet ebenfalls am 31.12.2022. Eine Ausgliederung der gegenwärtigen Flächen und Potentialflächen ist nicht erfolgt! Diese vorrübergehende Befreiung beruhte auf der Bedingung, dass die Fläche das ausgekiesten Tagebaus als naturschutzfachliche Ersatzmaßnahme vollständig renaturiert und in das LSG integriert wird, um die Funktionsfähigkeit des LSG vollständig wieder herzustellen, vgl. Bescheid zur Befreiung vom 16.11.1998, insbesondere die Nebenbestimmungen unter II. und die Begründung zu den Nebenbestimmungen a) -f).	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: 1) Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. 2) Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 2559	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Anders als in den Erläuterungen zu „VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte", Punkt 308, Seite 79, liegt hier jedoch ein hohes Konfliktpotential vor, insbesondere in Bezug auf die „Fauna-Flora-Habitat-Gebiete gemäß Richtlinie" 92/43/EWG (FFH-Gebiet). Für das VR 05 und VB 07 liegt an der Grenze zum FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301). Zwar liegt der Tagebau nicht auf den Flächen des FFH-Gebietes, jedoch erstreckt er sich auf das Wassereinzugsgebiet des im FFH-Gebiet liegende Übergangs- und Schwingrasenmoor „langes Fenn" (LRT 7140) und beeinflusst seinen Wasserhaushalt und die notwendige Stoffarmut durch Stoffeintrag, siehe unten Kartenausschnitt aus dem FFH-Managementplan, dort Seite 33 (Anmerkung Exzerpierer: siehe Stellungnahme S.3). Eine schnelle Beendigung des Kiestagebaus und eine Renaturierung entsprechend des 1996 genehmigten Rahmenbetriebsplans ist deshalb eine wichtige Maßnahme zur Entwicklung des sensiblen Moores, vgl. Managementplan Natura 2000 für das FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung", Band II Maßnahmen, Seite 33: „Als grundlegendes Ziel sollte das Moorwachstum der Übergangs- und Schwingrasenmoore (LRT 7140) wieder angeregt werden. Die Verbesserung des Wasserhaushaltes des Moores bei gleichzeitiger Nährstoffarmut hat dabei höchste Priorität."	Der Forderung nach Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide wird nicht gefolgt. Begründung: In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird jedoch entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura 2000-Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen.
BE-ID: 2560	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Auch im Rahmen des „Arbeitsschritts 2)", in	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutzgebiet wird zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	dem abzuwägende Raumkonflikte von Flächen betrachtet werden, bestehen nachstehende Konflikte. Das sind: a) Der Kiestagebau befindet in dem Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal - Beelitzer Sander". An dieser Stelle trifft insbesondere der Schutzzweck in § 3 , Punkt 1 k zu , "die Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet liegenden Naturschutzgebiete;". In dem Fall bildet das LSG den Puffer für das Naturschutzgebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung", welches das FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 37 44-301) ist. Wegen der Bedeutung des LSG für den FFH-Schutz ist die zügige Renaturierung des Kiestagebaus und die Wiedereingliederung der Fläche in das LSG hier von besonderer Bedeutung.	vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.
BE-ID: 2561	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Auch im Rahmen des „Arbeitsschritts 2)", in dem abzuwägende Raumkonflikte von Flächen betrachtet werden, bestehen nachstehende Konflikte. Das sind: b) Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (südlich unter 100 m Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region), (östlich unter 300 m, Kranich Brutplatz, geschützt nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1)	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. Er findet teilweise Berücksichtigung. Zu einer Streichung des VR05 Fresdorfer Heide kommt es jedoch nicht. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) sind auch Abstimmungen zu streng geschützten Arten erfolgt. Dabei wird auch dem Wunsch nach textlichem Hinweis auf einige streng geschützte Vogelarten, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist, gefolgt. Unter „d) Anwendung der Festlegungen“ wird der Sachverhalt „besonderer Artenschutz“ zu bereits beispielhaft aufgeführten Sachverhalten ergänzt. Er ist im ersten Entwurf bei der Flächenspezifizierung bereits berücksichtigt (siehe Tabellen 19 und 20 in der Spalte „Begründungen“ zu Flächenreduzierungen der vom LBGR angemeldeten Flächen). Zudem wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.
BE-ID: 2562	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Auch im Rahmen des „Arbeitsschritts 2)", in dem abzuwägende Raumkonflikte von Flächen betrachtet werden, bestehen nachstehende Konflikte. Das sind: c) Trinkwasservorratsgebiet des WAZV „Mittelgraben", siehe IV.2.3 Tabellarische Übersicht der	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffe Planungskonzept Stand 01.06.21, Seite 40/41 „Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund „Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung" zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung".	Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2564	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 3. Zu VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit Die Gebiete VR 05 und VB 07 sind nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Es ist damit keine reguläre Erschließung gegeben! Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt (siehe Beschluss-Nr. 1085/21 vom 30.03.2021 Status für die befestigten Flächen zwischen Flugplatz Saarmund und BAB A 115: " .... Die Gemeindevertretung beabsichtigt auch nicht in der Zukunft die oben genannten Flächen als öffentliche Straße zu widmen." Der Weg der als Zuwegung für den laufenden Kiestagebau genutzt wird, ist mit 5,00-5,60 m zu schmal ist, um einem LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen. Die Verfestigungen und Schädigung des gewachsenen Bodens außerhalb der Asphaltdecke hat bereits ein erhebliches Ausmaß angenommen. Gleichzeitig gehört der Weg zum Wander- und Radwegenetz des Naturparks „Nuthe-Nieplitz-Niederung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2576	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Zusammenfassend stellen wir fest, dass teilweise falsche Angaben zu Größe und Rechtsstatus dazu führten, in der Fresdorfer Heide ein Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für Kiessande zu vermuten. Jedoch handelt es sich um einen im Jahr 2022 auslaufenden Tagebau mit einer Restabbaugenehmigung unter 10 ha. Diese Rohstoffreserve liegt unterhalb der für den Regionalplan relevanten Mindestgröße. Die Fläche ist aus der aus Gründen der naturschutzfachlichen Auflagen von Ersatzmaßnahmen zwingend zu renaturieren. Der Nutzungsanspruch von Natur- und Landschaftsschutz hat hier eindeutig Vorrang. Ein rechtmäßiger Anspruch auf Erweiterung des Kiestagebaus besteht nicht und würde auch in der Einzelfallprüfung kaum Chancen haben zugunsten des Rohstoffabbaus auszugehen. Zudem gibt es keine sichere Anbindung an das öffentliche Straßennetz. Die Zuwegung basiert auf einer momentanen Duldung durch die Grundstückseigentümer, welche für eine Neugenehmigung nicht gesichert ist.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 2553	Wir beantragen folgende Änderung zum vorgelegten Entwurf: Im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Entwurf vom 05. Oktober 2021) wird unter Punkt III 2.3. Oberflächennahe Rohstoffe G 2.3.2. Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung die Nr. VB07 Fresdorfer Heide gestrichen. Begründung: Im vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 wird die Fresdorfer Heide als Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für den Rohstoffabbau ausgewiesen. Da sich das Gebiet vollständig im Bereich des LSG Nuthetal-Beelitzer Sander befindet, ist eine Streichung für die Zukunft notwendig. Eine Ausgliederung ist bislang nicht erfolgt, so dass zwei unterschiedliche Nutzungen Anspruch auf ein und dieselbe Fläche erheben (Schutz von Natur und Landschaft sowie Rohstoffabbau). Der Abbau von Kiessand ist in der Fresdorfer Heide zudem nur befristet bis 31.12.2022 zulässig (siehe auch Punkt 316/Tabelle 19 des Regionalplanes).	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutzgebiet wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2565	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 4. Zu VB-K01 geringere Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR) In Rn. 298 in der Tabelle 16 des LBGR-Vorschlages zu Vorranggebiete, Vorbehaltsgebiete und Potentialgebiete zur Rohstoffgewinnung, auf Seite 74, "Nr. 8 Fresdorfer Heide" ist die die Flächenangabe von 49,06 ha falsch! Denn die Flächenangabe umfasst im Wesentlichen den bereits ausgekiesten Tagebau . Die Restfläche des laufenden RBP ist weniger als 10 ha groß. Die Erweiterungspotentiale des Bergwerkfeldes liegen bei 15-16 ha. Jedoch stehen einer Fortsetzung des Kiestagebaus erhebliche Raumnutzungskonflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz entgegen, siehe unsere Anmerkungen zu VB-K02.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 2566	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Auch können wir der hohen Bewertung des LBGR unter „Rechtsverhältnisse" mit „5 - HBP, RBP vorhanden" nicht folgen. Der vorhandene RBP läuft am 31.12.2022 aus.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Rahmenbetriebsplan wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2567	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Die Erweiterungsflächen sind aus unserer Sicht insbesondere aus Gründen des Habitatschutzes, des Landschaftsschutzes und des Artenschutzes nicht genehmigungsfähig.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung des VR 05 werden zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2568	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Die Erschließung an das öffentliche Verkehrsnetz ist nicht sichergestellt, siehe unsere Ausführungen zu 3.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2569	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 5. VB-K02 geringe Raumnutzungskonflikte In der „Tabelle 19 Kriterienanwendung VR-K03, VB-K02 auf LBGR-Vorschläge Vorranggebiete", Seite 80, wird einzig im Fall Fresdorfer Heide das Vorranggebiet und das Vorbehaltsgebiet zusammen betrachtet. ("Nr. 8 Fresdorfer Heide VR/VB"), die Anmerkungen im Weiteren der Zeile beziehen sich jedoch nur auf das Vorranggebiet VR 05. Eine Einzelbetrachtung des vom LBGR vorgeschlagenen VB07 „Fresdorfer Heide" gibt es in der Planbegründung nicht. Eine separate Prüfung der Raumkonfliktsituation wurde für das Vorbehaltsgebiet „Fresdorfer Heide", (Erweiterung des Tagebaus nach Süden, teilweise nach Osten) unterlassen. Dabei sind für das Feld VB 07 „Fresdorfer Heide die Raumkonflikte noch gravierender als bei VR 05 „Fresdorfer Heide", insbesondere die Konflikte mit dem Habitatschutz, dem Artenschutz, dem Landschaftsschutz und der Erholungsnutzung.	Der Sachverhalt trifft nicht zu, da in benannter Tabelle zur vom LBGR vorgeschlagenen Pos. 8 "Fresdorfer Heide" in Spalte 4 erklärt wird, welche Teile als Vorranggebiet und welche Teile als Vorbehaltsgebiet festgelegt werden. Eine vergleichbare Betrachtung zur Teilung in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete gibt es auch zu den vom LBGR vorgeschlagenen Pos. 1, 14, 15, 17, 24, 25 und 30. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird jedoch die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		(Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2570	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus aus Gründen der konkurrierenden Nutzung nicht genehmigungsfähig, da: A) Die Erweiterung des Kiestagebaus würde erhebliche Auswirkungen für das FFH-Gebiet DE 3744-301 „Nuthe-Nieplitz-Niederung" haben, insbesondere für die benachbarten Moore. Das einzige gut erhaltene Biotop des LRT 7140 (Schwingrasenmoor) im FFH-Gebiet wäre in seiner Existenz gefährdet. Die Erweiterung würde zum Teil im Wassereinzugsgebiet des Moores stattfinden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie den Wasserhaushalt des Moores beeinflusst. Die Erweiterung würde bis 20 Meter an das FFH-Gebiet heranreichen, so dass eine erhebliche Staublast in das FFH-Gebiet getragen würde. Die Veränderung von Lebensräumen durch stoffliche Immissionen kann in einem Moor schleichend durch stetige Anreicherung und pH -Wert-Änderungen von statten gehen. Eine vollständige und belastbare FFH-Verträglichkeitsprüfung liegt nicht vor.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur FFH-Verträglichkeit wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura 2000 Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen. Auch für Vorbehaltsgebiete werden Steckbriefe im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming nachgeholt.
BE-ID: 2571	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus aus Gründen der konkurrierenden Nutzung nicht genehmigungsfähig, da: B) Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (im Planungsgebiet Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region); die störungsfreien Abstände zu dem Kranich-Brutstandort entsprechend § 19 BbgNatSchAG (Horstschutz) können nicht eingehalten werden, geschützte Art nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. Er wird durch ergänzende Nennung unter "d) Anwendung der Festlegungen" sowie im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU (mit ergänzenden Abstimmungsschreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024), wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2572	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus aus Gründen der konkurrierenden Nutzung nicht genehmigungsfähig, da: C) Das Vorbehaltsgebiet würde zu einem erheblichen Eingriff in den Schutzzweck des LSG „Nuthetal - Beelitzer Sander" führen. Es würde gegen §3, 1c (Schutz der Moore), gegen 1j (Schutz von FFH-Gebieten) und gegen 1k (Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet liegenden Naturschutzgebiete) der LSG-Verordnung verstoßen. Auch würde die Erweiterung des Kiestagebaus gegen § 3, 2a (Schutz der in der Weichseleiszeit geformten Geomorphologie der Landschaft) derselben Verordnung verstoßen und der Schutzzweck § 3, Pkt.3 (Erhaltung des Gebietes wegen seiner besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung) durch die Schall-und Staubimmissionsbelastung des Betriebsablaufs für die Umgebung belastet und die LKW-Fahrten die für die Erholung vorgesehenen Wander- und Radwegen stören. Dem Landschaftsschutz ist aus den benannten Gründen des allgemeinen Interesses an dieser Stelle der Vorrang einzuräumen.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutzgebiet wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2573	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus aus Gründen der konkurrierenden Nutzung nicht genehmigungsfähig, da: D) Auch für das Vorbehaltsgebiet trifft zu, dass es das Trinkwasservorratsgebiet des WAZV „Mittelgraben" beanspruchen würde, siehe IV.2.3 Tabellarische Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffe Planungskonzept Stand 01.06.21, Seite 40/41 „Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund „Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung" zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2574	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 6. Zu VB-K03: gute Erschließbarkeit (siehe 3. Zu VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit)	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2575	Wir beantragen 2. die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (Seite 14 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Zusammenfassend stellen wir fest, dass teilweise falsche Angaben zu Größe und Rechtsstatus dazu führten, in der Fresdorfer Heide ein Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für Kiessande zu vermuten. Jedoch handelt es sich um einen im Jahr 2022 auslaufenden Tagebau mit einer Restabbaugenehmigung unter 10 ha. Diese Rohstoffreserve liegt unterhalb der für den Regionalplan relevanten Mindestgröße. Die Fläche ist aus der aus Gründen der naturschutzfachlichen Auflagen von Ersatzmaßnahmen zwingend zu renaturieren. Der Nutzungsanspruch von Natur- und Landschaftsschutz hat hier eindeutig Vorrang. Ein rechtmäßiger Anspruch auf Erweiterung des Kiestagebaus besteht nicht und würde auch in der Einzelfallprüfung kaum Chancen haben zugunsten des Rohstoffabbaus auszugehen. Zudem gibt es keine sichere Anbindung an das öffentliche Straßennetz. Die Zuwegung basiert auf einer momentanen Duldung durch die Grundstückseigentümer, welche für eine Neugenehmigung nicht gesichert ist.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
Umweltbericht / 4.5 Rohstoffabbau		
BE-ID: 2563	Wir beantragen 1. die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Seite 13 des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 5. Oktober 2021)) Begründung: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte Anders als in Nr. 314 auf Seite 80 dargestellt, liegt bei dem VR 05 und beim VB 07 Fresdorfer Heide sowohl eine Betroffenheit nach den Prüfkriterien des Arbeitsschrittes 1) als auch ein erhebliches Konfliktpotential nach den Prüfkriterien des Arbeitsschrittes 2) vor, so dass der auslaufende Kiestagebau Fresdorfer Heide nicht als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung geeignet ist. Anzumerken wäre, dass die Angaben in der „Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Anhang c3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Ab Seite 30, Fehler aufweisen: I.) Punkt 1.06: „westlich angrenzend Industrie und Gewerbe": Das ist nicht der Fall! Laut FNP der Gemeinde Michendorf, https:// michendorf.de/images/stories/fn p/ FNP.pdf, handelt es sich um einen Altlasten-Standort und nicht um eine Industrie- und Gewerbefläche. Dieser Standort wurde begrünt und weitgehend in das LSG „Nuthetal-Beelitzer Sander" integriert. Zudem ist die Fläche nicht an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen, siehe unten; II.) Punkt 2.05 „FFH-Gebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung ...eine erhebliche Beeinträchtigung könne ausgeschlossen werden." Das ist nicht der Fall, siehe dazu unsere Anmerkungen unter „2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte ". Die Beeinträchtigung des angrenzenden LRT 7140 ist nicht auszuschließen! III.) 2.16 Wald ohne besondere Funktionen: „Das VR ... befindet sich teilweise innerhalb von Wald ohne besonders ausgewiesene Funktionen". Das ist nicht der Fall! Ein Teil des umgebenden Waldes ist als Erholungswald ausgewiesen. Infolge der Fehler im Umweltbericht kommt es auch darin zu der Schlussfolgerungen, dass „die Umweltauswirkungen Umweltschutzgutübergreifend als nicht erheblich" einzuschätzen wären, vgl. Anhang C3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Seite 36 unter 4.Zusammenfassende Einschätzung der Erblichkeit der Umweltauswirkungen. Bei entsprechender Korrektur der Fehler würde der hohe Raumkonflikt des Tagesbaus mit konkurrierenden Nutzungen sichtbar.	Die Gebietskulisse des VR 05 wird vom Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH übernommen und entsprechend angepasst. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt (siehe auch BE ID 2538).
TÖB-Nr.: 68 / Gemeinde Nuthe-Urstromtal		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1974	Mit Posteingang vom 07.03.2022 wurde die Gemeinde Nuthe-Urstromtal gebeten, eine Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 abzugeben. Der Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 beinhaltet die Themen Siedlung, Hochwasserschutz, Windenergienutzung, Oberflächennahe Rohstoffe und Landwirtschaft. Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal ist eine große Flächengemeinde und daher von allen Themen betroffen.	Die Hinweise zur Betroffenheit der Gemeinde werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1998	Ein weiterer Hinweis den wir Ihnen geben möchten: Die Erarbeitung des Regionalplan Havelland-Fläming mit Einbeziehung aller Themen in ein Planwerk halten wir für überaus schwierig, wir empfehlen eine Erarbeitung von themenbezogenen Teilplänen. Rückblickend kann festgestellt werden, dass der Teilplan für Windenergie in den letzten Jahren, auch in unterschiedlichen Ausführungen, immer wieder beklagt wurde und nicht der Rechtsprechung standhielt. Aufgrund dieser Vergangenheit sollte das Thema Erneuerbare Energien gesondert behandelt werden um nicht das gesamte Planwerk zu gefährden.	Der Anregung wurde bereits dahingehend gefolgt, dass die Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 in einem eigenständigen Verfahren erfolgt ist und dieser am 23.10.2024 in Kraft getreten ist. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1975	Siedlung und GIV Im Entwurf des Regionalplans sind Vorbehaltsgebiete Siedlung dargestellt, diesen Ortsteilen wird entsprechend der textlichen Festsetzung ein besonderes Gewicht bei der raumbedeutsamen Nutzung und der Entwicklung von Wohnbauflächen zugesprochen. Im Gemeindegebiet Nuthe-Urstromtal sind nur einige der 23 Ortsteile dargestellt, was zu der Annahme führen kann, dass die anderen Ortsteile bei der Entwicklung hinten angestellt werden sollen.	Die Vermutung ist unzutreffend. Eine aktualisierte Anwendung des von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzepts zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung führt aber für Nuthe-Urstromtal zu zwei Flächenänderungen. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 min Fußweg oder 15 min mit dem Fahrrad oder 10 min in Nutzung des ÖPNV besitzen. Die Absicht besteht nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen, sondern darin, den Kommunen nachhaltige Entwicklungsoptionen aufzuzeigen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Die Abgrenzung der Vorbehaltsgebiete Siedlung in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal wurde noch einmal geprüft und im Falle des Ortsteile Ahrensdorf sowie Jänickendorf wegen gegebener Erreichbarkeiten der Versorgungseinrichtungen der Städte Trebbin und Luckenwalde angepasst.
BE-ID: 1976	Die Auswahl der farbig dargestellten Ortsteile lässt sich nicht nachvollziehen, da im Umweltbericht das Planungskonzept mehrere Prüfkriterien (Stufen) festgelegt hat.	Der Anmerkung kann nicht gefolgt werden. Das von den Gremien der Regionalversammlung diskutierte und beschlossene Planungskonzept ist in seiner Stufenanwendung ausführlich in der Begründung zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 dargestellt. Der Umweltbericht gibt lediglich weitere sachdienliche Informationen. Bereits seit Herbst 2020 wurden den Städten und Gemeinden flächenbestimmte Informationen zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung zur Verfügung gestellt, mit zusätzlichem Erläuterungs- und Abstimmungsangebot.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entsprechend des Kommunikationskonzepts der Regionalen Planungsgemeinschaft steht die Planungsstelle für weitergehende Informationen jederzeit zur Verfügung. Die Gemeinde hat von diesen Angeboten bisher keinen Gebrauch gemacht.
BE-ID: 1977	Die Ortsteile Hennickendorf, Jänickendorf und Zülichendorf liegen an Landesstraßen, sind daher mit einer entsprechenden Infrastruktur ausgestattet, haben alle eine Kita und kleine Einzelhandelsgeschäfte zur Versorgung. Weiterhin gibt es im Ortsteil Zülichendorf eine Grundschule. Alle Ortsteile werden durch das Busnetz der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mehrmals täglich angefahren. Eine Prüfung der 3 Ortsteile und deren Aufnahme als Vorbehaltsgebiete Siedlung sehen wir als erforderlich an.	Der erneuten Prüfung der 3 Ortsteile wird gefolgt. Die aktualisierte Anwendung des von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzepts zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung führt für die Gemeinde Nuthe-Urstromtal zu zwei Flächenänderungen: im Falle des Ortsteils Ahrensdorf wegen gegebener Erreichbarkeiten der Versorgungseinrichtungen der Stadt Trebbin und im Falle des Ortsteils Jänickendorf wegen gegebener Erreichbarkeiten der Versorgungseinrichtungen der Stadt Luckenwalde. Hinweise: Die Lage an Landesstraßen ist kein Kriterium gemäß des beschlossenen Planungskonzepts. Die Ortsteile Hennickendorf, Jänickendorf und Zülichendorf erfüllen nicht die geforderten Versorgungs- und Erreichbarkeitsmerkmale zur Herausstellung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. Versorgungsmerkmale für Orte mit Versorgungsansätzen sind Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt), von denen mindestens drei gegeben sein müssen, wobei ein Nahversorgungssortiment mehr als nur die Angebote eines Imbisses, einer Landfleischerei oder eines Bäckers zu verstehen ist. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 1978	Des Weiteren sollten auch die anderen Ortsteile der Gemeinde Nuthe-Urstromtal keinen weiteren Einschränkung in ihrer Entwicklung durch den Regionalplan unterliegen. Durch die Festlegung der Eigenentwicklungsoption durch die Landesplanung ist die Gemeinde Nuthe-Urstromtal bereits erheblich in ihrer Siedlungsentwicklung eingeschränkt.	Dem Einwand kann nicht gefolgt werden, da er unzutreffend ist. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung werden unabhängig von Wachstumsfestsetzungen übergeordneter Landespläne Flächen herausgestellt, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten besonders geeignet sind und so den Kommunen nachhaltige Entwicklungsoptionen aufgezeigt. Mit ihr wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Für die in dem Einwand vorgebrachte Kritik gegenüber den Festlegungen des LEP HR (Ziel 5.5 und 5.7 LEP HR) ist die Regionale Planungsgemeinschaft nicht zuständig; Plangeber hier sind die Länder Berlin und Brandenburg.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1980	Freiraumverbund und Vorbeugender Hochwasserschutz Alle im Entwurf des Regionalplans dargestellten Flächen im Gemeindegebiet Nuthe-Urstromtal befinden sich im Freiraumverbund und werden als Flächen des vorbeugenden Hochwasserschutzes HQ 100, Gebiete mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren, dargestellt. Die Flächen im Bereich der Nuthe und des Hammerfließ sollen demnach vorgehalten und von Bebauung und anderer störender Nutzung freigehalten werden. Aufgrund der Klimaveränderung und der immer öfter vorkommenden Hochwasserkatastrophen ist diese Vorgehensweise richtig. Es fehlt hier jedoch an einer vernünftigen Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung.	Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Hochwasserschutzmaßnahmen sind nicht Regelungsinhalt des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. Die Realisierung und Umsetzung von z.B. Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes (bspw. Deichbau/-verstärkung, der Bau von Rückhaltebecken und Poldern, die Steuerung von Rückhalteräumen in Talsperren/Speichern sowie der Bau von Schutzbauwerken etc.) obliegt der oberen bzw. unteren Wasserbehörde. Die Festlegungen des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zum Vorbeugenden Hochwasserschutz sollen dazu führen, dass potenzielle Hochwassergefahren und vorsorgende Maßnahmen bei allen Planungen und Maßnahmen stärker berücksichtigt werden, um eine Vermeidung bzw. Verringerung von Hochwasser bedingten Schäden zu gewährleisten. Dabei übernehmen die Festlegungen im Regionalplan eine Hinweis,- Vorsorge- und Schutzfunktion.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1988	Windenergienutzung: Im Entwurf des Regionalplanes sind 3 Windeignungsgebiete (WEG) im Gemeindegebiet Nuthe-Urstromtal dargestellt, WEG 8, WEG 35 und WEG 45. Die Festsetzung von Windeignungsgebieten lässt eine andere/weitere Nutzung dieser Flächen zu und schließt den Bau von Windenergieanlagen an anderen Stellen aus. Dieses Vorgehen wird seitens der Gemeinde Nuthe-Urstromtal begrüßt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1989	Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal hat mit dem Aufstellungsbeschluss zur 7. Änderung des FNP (Wind) die Grundlagen zur Ausweisung von Flächen für die Windenergie im Gemeindegebiet gelegt. Im 1 . Entwurf der FNP-Änderung wurden 3 Flächen, die weitestgehend mit den WEG des Regionalplanentwurfes übereinstimmen, dargestellt. Durch die Klimaziele der Landes- und Bundesregierung ist die Gemeinde Nuthe-Urstromtal gezwungen, Flächen für Windenergie auf dem Gemeindegebiet auszuweisen. Bisher gibt es keine Windenergieanlagen in der Gemeinde. Das Vorhaben der FNP-Änderung mit Ausweisung von Flächen für Windenergie findet bei der Bevölkerung kaum Akzeptanz, daher ist eine Festsetzung von Flächen eine überaus schwierige Aufgabe für die Verwaltung.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1990	Ein Abstand von 1. 000 Metern zur Wohnbebauung sollte durch die Landesregierung generell festgelegt werden um dem Schutzgut Mensch ausreichend Raum zu bieten. Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal hat in ihrem Entwurf zur 7. FNP-Änderung (Wind) sogar einen Abstand von 1.100 Meter zur Wohnbebauung festgelegt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1991	Die Bebauung in Schutzgebieten, z.B. LSG, sollten zulässig sein. Die Überprüfung hinsichtlich des Schutzzweckes des LSG und möglicherweise einer bereits bestehenden Vorbelastung des Landschaftsbildes durch andere Bauwerke oder die Inanspruchnahme in Randlagen sollte erfolgen. Durch die Zulassung von Ausnahmen könnten die Landesziele deutlich schneller erreicht werden und es könnten auch Flächen genutzt werden, die keine hohen Erträge für die Landwirtschaft erbringen und somit keine konkurrierende Nutzung darstellen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1992	Dies gilt auch für die Nutzung von landwirtschaftlichen Vorrangflächen, hier sollte, wie bereits beschrieben wurde, eine „Doppelnutzung" zugelassen werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1993	Eine Änderung der Tierökologischen Abstandsflächen (TAK) bzw. die Einzelfallbetrachtung sollte ebenfalls an die übergeordneten Ziele angepasst werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1997	Zusammenfassung Die Prüfung und Ergänzung oder Änderung der einzelnen Themen sowie der ausgewiesenen Gebiete sollte erfolgen. Der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit Stand vom 05.10. 2021 entspricht nicht mehr den geplanten Gesetzesänderungen die von der Bundesregierung noch in diesem Jahr beschlossen werden sollen. Hier sollte zwingend nachgebessert werden. Auch wegen der aktuellen Weltpolitischen Lage mit der Unvorhersehbarkeit und der Sicherstellung der Energieversorgung muss das Gesamtpaket der Landesentwicklung überdacht und überarbeitet werden. Viele Flächen könnten besser, regionaler und wirtschaftlicher genutzt werden, wenn nicht Schutzgebiete oder Ausschlusskriterien dies verhindern würden. Auch wir als Gemeinde Nuthe-Urstromtal werden unsere 7. Änderung FNP (Wind), aus den vorgenannten Gründen, im 2. Entwurf überarbeiten und anpassen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 08 Kummersdorf-Gut		
BE-ID: 1994	WEG 08 - Kummersdorf-Gut: Die Ausweisung als Windeignungsgebiet findet sowohl bei der Gemeinde Nuthe-Urstromtal als auch bei der Gemeinde Am Mellensee Zustimmung. Aus Sicht der Gemeinde Nuthe-Urstromtal sollte die Fläche unter der Berücksichtigung des Natur- und Denkmalschutzes in Verbindung mit dem Klimaschutz noch einmal geprüft werden. Die Vereinbarung von Naturschutz, Denkmalschutz und Erneuerbaren Energien scheint auf dieser Fläche langfristig möglich. Jedoch gibt es hier seitens der Fachbehörden erhebliche Einwände gegen die Aufnahme der gesamten ehemaligen Militärfläche als Fläche für Erneuerbare Energien. Doch gerade auf dieser Fläche wäre eine Störwirkung nahezu ausgeschlossen und es könnte hier eine multifunktionale Fläche für den Klimaschutz entstehen. Eine Erweiterung der Fläche halten wir für sinnvoll, da der Standort in großer Entfernung zu Siedlungen liegt und seit Jahrzehnten ungenutzt ist. Für den Waldbereich bis zur westlich gelegenen B101 gab es bereits Planungen der Landesforst Brandenburg zum Ausbau von Windenergieanlagen (Projekt Birkhorst). Diese scheiterten bisher an dem bestehenden Restriktionsbereich des Seeadlers. Im Eckpunktepapier der Bundesregierung vom April 2022 wurde bereits eine Anpassung der Restriktionsbereiche in Betracht gezogen. Eine Klärung des tatsächlichen Schutzbereiches sollte im nachgelagerten Genehmigungsverfahren erzielt werden. Der Regionalplan sollte hier eine naturverträgliche, aber auch dem Klimaziel entsprechende Anpassung, vornehmen. Auch der wirtschaftliche Aspekt sollte auf dieser Fläche nicht vernachlässig't werden. Der Eigentümer, das Land Brandenburg, könnte aufgrund der Wirtschaftlichkeit die Fläche zukünftig begehbar machen und somit auch dem Denkmalschutz eine Möglichkeit der Erlebbarkeit der Fläche bieten. Derzeit geht von der Fläche ein großes Gefahrenpotenzial durch die hohe Munitionsbelastung aus. Eine Überprüfung und Erweiterung der Fläche wird gefordert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 35 Jüterbog-Markendorf (Heidehof)		
BE-ID: 1995	WEG 35 - Jüterbog-Markendorf (Heidehof) Bei diesem Windeignungsgebiet handelt es sich um eine Fläche, die bereits seit 1998 im FNP der Gemeinde Nuthe-Urstromtal dargestellt ist. Eine Bebauung der Fläche auf dem Gemeindegebiet Nuthe-Urstromtal erfolgte bisher nicht, 2 bestehende BlmSchG Genehmigungen wurden nicht umgesetzt. Diese Fläche ist bereits durch viele Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Stadt Jüterbog vorgeprägt wodurch eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes bereits besteht. Die noch zu bebauende Fläche in Nuthe-Urstromtal soll als Ergänzungsfläche beibehalten werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 45 Zülichendorf		
BE-ID: 1996	WEG 45 - Zülichendorf Die Größe des WEG im Regionalplan weicht von der ausgewiesenen Fläche im Entwurf der 7. FNP-Änderung (Wind) der Gemeinde Nuthe-Urstromtal ab. Die Gemeinde hat den Siedlungsabstand auf 1.100 Meter, auch für Einzelgehöfte, festgesetzt und mit der Abwägung der harten und weichen Tabukriterien eine kleine Fläche für Windenergie dargestellt. Hier sollten die Landesstraßen L80 (Zülichendorf-Kemnitz) und L812 (Kemnitz-Bardenitz) als Abgrenzung des Gebietes dienen. Durch die sehr offene und bisher unbelastete Landschaft soll es zu keiner Überprägung des Landschaftsbildes kommen. Eine Verkleinerung des Gebietes wird gefordert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 1982	Oberflächennahe Rohstoffe: Zwischen den Ortsteilen Kemnitz und Dobbrikow befindet sich das vom LGBR genehmigte Gebiet Dobbrikow-Süd. Eine Übernahme in den Regionalplan ist aufgrund der Flächengröße nicht erforderlich. Als weitere Begründung im Umweltbericht wird aufgeführt, dass dies zu keiner Abbaueinschränkung führt. Sollte es hier doch zu Einschränkungen kommen, muss eine erneute Prüfung die Aufnahme als Vorranggebiet in den Regionalplan ergeben.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Änderungen in der Beurteilung gemäß Planungskonzept liegen jedoch nicht vor.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 1983	Landwirtschaft Der Landwirtschaft stehen keine fachgesetzlichen Planungsinstrumente zur Verfügung, daher sollen Vorranggebiete für Landwirtschaft im Regionalplan festgelegt werden. Grundlegend spricht sich die Gemeinde Nuthe-Urstromtal als Flächengemeinde mit vielen Landwirtschaftsunternehmen für die Siche·rung der Landwirtschaftsflächen aus. Aufgrund der geopolitischen Situation muss eine Vorsorgepflicht für die Bürger auch durch die Sicherstellung der Versorgung einen hohen Stellenwert erlangen. Eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung durch die strengen Vorlagen zum Naturschutz muss Einhalt geboten werden. Viele landwirtschaftliche Flächen im Gemeindegebiet liegen bereits im Landschafts- und/oder Naturschutzgebiet, dort sind bereits viele Einschränkungen durch die Landwirtschaftsbetriebe hinzunehmen. Weitere Beschränkungen durch Schutzzwecke sollten ausgeschlossen werden. Eine Stärkung der Landwirtschaft ist auf politischer Ebene unerlässlich und zwingend erforderlich.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen. Auf Beschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung in Schutzgebieten hat der Regionalplan jedoch keinen Einfluss.
BE-ID: 1986	Die Ausweisung von landwirtschaftlichen Vorrangflächen sollte jedoch kein Ausschlusskriterium für andere Nutzungen, z.B. Windenergie, sein. Im Bereich der Erneuerbaren Energien lassen sich auch Synergien schaffen wenn eine „Doppelnutzung" ermöglicht wird und die landwirtschaftliche Nutzung weiterhin erfolgen kann. Für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zur Energiegewinnung sollen Ausnahmen in landwirtschaftlichen Vorranggebieten zugelassen werden. Dies sollte für Windenergie ebenfalls festgelegt werden. Sollten nur Ausnahmen für Solarenergie zugelassen werden, möchten wir darauf hinweisen, dass eine landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen nicht so erfolgen kann und wird, wie in der Theorie dargestellt wird. Bisher wurden die Flächen in den Freiflächen-Photovoltaikparks nur für die Beweidung durch Schafe oder andere Tiere und die Schaffung von Blühwiesen, Trockenrasenflächen oder Ähnlichem genutzt. Mit diesen Maßnahmen kann keine Versorgung der Bevölkerung erfolgen. Eine ausreichende landwirtschaftliche Nutzung der Flächen ist im Falle des Baus von Windenergieanlagen jedoch möglich, da diese Bauwerke keine großflächigen Ackerflächen in Anspruch nehmen. Eine Überarbeitung der textlichen Festsetzungen wird gefordert.	Eine Doppelnutzung der Fläche wird durch die Ausnahme für Agri-PV-Anlagen in Vorranggebieten Landwirtschaft geregelt. Die Steuerung des Ausbaus von Windenergieanlagen in der Region erfolgt durch den seit dem 23.10.2024 rechtskräftigen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027. Um Zielkonflikte zu vermeiden, werden Vorranggebiete für die Landwirtschaft und Vorranggebiete für die Windenergienutzung nicht überlagert. In Vorranggebieten für die Windenergienutzung sowie außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft ist die landwirtschaftliche Nutzung weiterhin möglich.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1979	Bereits in der Stellungnahme vom 01.02.2021 zur Beteiligung der großflächigen gewerblich industriellen Vorsorgestandorte wies die Gemeinde Nuthe-Urstromtal auf eine Fläche südwestlich des Ortsteils Ruhlsdorf, welche an die Stadt Luckenwalde grenzt, hin. Diese Fläche befindet sich direkt an der B101 und hat sowohl einen räumlichen Bezug zum Mittelzentrum Luckenwalde als auch zur Metropole Berlin. Teile dieser Fläche werden nun als Vorranggebiete für Landwirtschaft ausgewiesen. Eine Erweiterung des ausgewiesenen Gewerbegebietes lässt diese Festlegung dann zukünftig ebenfalls nicht zu. Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal ist mit dieser Entscheidung nicht zufrieden, da eine Sicherung oder mittelfristige Erweiterung des Gewerbestandortes Ruhlsdorf somit entgegensteht.	Die Einwendung in Bezug auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Gewerbestandorts Ruhlsdorf Süd wird zur Kenntnis genommen. Das Planungskonzept für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wurde im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens geändert. Die von der Gemeinden benannten Flächen sind nicht mehr für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Landwirtschaft vorgesehen. Belange der Regionalplanung stehen daher einer flächenhaften Erweiterung des Gewerbestandorts Ruhlsdorf Süd nicht entgegen.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)	
BE-ID: 1981 Die Ortsteile Berkenbrück, Gottsdorf, Nettgendorf und Scharfenbrück werden teilweise oder komplett vom Freiraumverbund überlagert. Hier sollte eine Überprüfung der Grenzen des Freiraumverbundes stattfinden, um eine Einschränkung der bestehenden Bauten und Nutzungen nicht zu verhindern. Im LEP HR wird darauf verwiesen, dass eine Entwicklung nach § 34 und § 35 Abs. 6 BauGB weiterhin möglich ist. Ob dies im Genehmigungsverfahren dann tatsächlich so stattfindet oder durch die Festlegung doch in das bestehende Baurecht eingegriffen wird, ist aus Sicht der Gemeinde unklar.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
TÖB-Nr.: 74 / Stadt Premnitz		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1161	Wie in meinem Schreiben vom 07.10.2020 zu der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung vorgetragen, ist der von Ihnen angewandte Mindestabstand bei der Bewertung des Siedlungszusammenhanges zu eng gefasst. Es sollte die jeweilige örtliche Eigenart mit bewertet werden.	Den im Schreiben der Stadt Premnitz vom 07.10.2020 benannten Sachverhalten wurde weitgehend gefolgt. Die darin verorteten Hinweise zum Kerngebiet Premnitz und der Siedlung Döberitz konnten nachvollzogen und bereits in die Festlegungskarte des ersten Entwurfs integriert werden. Ebenso fand im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eine Abstimmung zu weiteren Flächen der Ortsteilen Döberitz und Mögelin statt. Der regelhafte Maximalabstand von 100 m zu vorhandenen Siedlungsgebieten allerdings wird beibehalten. Er orientiert sich an landesplanerischen Vorgaben und soll eine Zersiedlung und eine Neubildung von Splittersiedlungen sowie neuartige bandförmige Siedlungsstrukturen vermeiden und somit möglichst wenig Freiraum beanspruchen. Da mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung die Bebaubarkeit von Flächen außerhalb dieser nicht ausgeschlossen wird, können sich aus der jeweiligen örtlichen Eigenart ergebende Besonderheiten in der Bauleitplanung noch spezifisch berücksichtigt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1163	Nach Ihrer Ermittlung und Bewertung von Standorten für die Festlegung Großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte wird der Industriepark Premnitz (IPP) nicht mehr als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort (GIV) eingestuft. Hierzu verweise ich auf das als Anlage beigefügte Schreiben vom 18.01.2021: Sie informierten mich mit Schreiben vom 07.12.2020 über das o. g. Planungskonzept. Nach den dortigen Ausführungen wird der Industriepark Premnitz (IPP) nicht mehr als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort (GIV) eingestuft. Der IPP sollte aus unserer Sicht weiterhin als GIV festgelegt werden. Hierbei kann es sich eventuell um eine nur bedingte Eignung handeln, da die Erweiterungsfläche (siehe Anlage) im Landschaftsschutzgebiet liegt. Gerade in Erwartung der Ortsumgehung der B 102 im Jahr 2023 scheint eine Ausnahmegenehmigung zum LSG als erfolgversprechend. Im Übrigen führte die Lage im LSG beim Standort „Brieselang - Westlich GVZ Berlin West /Teilfläche Brieselang und A 10" auch zu keinem Ausschluss der Eignung. Nicht nachvollziehen konnte ich, ob Sie bei der Bewertung den herausragenden Standortvorteil des vorhandenen Gleisnetzes im IPP mit Anschluss an das öffentliche Bahnnetz beachtet haben. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darüber informieren, dass die Stadt Premnitz ihr Interesse beim Land bekundet hat, Teil eines neuen Technologieund Innovationszentrums Wasserstofftechnologie zu werden. (Anmerkung Exzerpierer: Dritte Seite der Stellungnahme als Kartendarstellung der geplanten Anbindung des IPP an die Ortsumgehung B102)	Der Anregung, den Standort Industriepark Premnitz (IPP) weiterhin als großflächigen gewerblichen-industriellen Vorsorgestandort (GIV) festzulegen, wird nicht gefolgt. Der Standort erfüllt die Anforderungen für eine Festlegung als GIV gemäß des Z 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP-HR) nicht in erforderlichem Maße. An den Bewertungen der complan-Studie "Erhebung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming" (Seite 32 - 33) wird weiter festgehalten. Die dort dargestellte Sachlage ist unverändert. Insbesondere wird an der Bewertung festgehalten, dass der Standort nicht über eine herausragende Standortgunst und besonders günstige Erreichbarkeit in Bezug auf das großräumige funktionale Verkehrsnetz, insbesondere im räumlichen Bezug zur Metropole Berlin verfügt. Das Flächenpotenzial für eine Erweiterung des Industrieparks

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Premnitz außerhalb des Landschaftsschutzgebiets ist auch unter Berücksichtigung der von der Stadt dargestellten Erweiterungsfläche deutlich geringer als 100 Hektar. Die Frage ob und mit welchem Ergebnis die Abgrenzung des Landschaftsschutzgebiets bei einer späteren Fertigstellung der Ortsumfahrung Premnitz im Zuge der B102 geändert werden könnte, kann durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht beantwortet werden. Diesbezügliche Annahmen rechtfertigen eine Festlegung des Industrieparks Premnitz als GIV zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Der Standort „Brieselang West“ wurde gleichfalls nicht als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort festgelegt.
TÖB-Nr.: 77 / Stadt Rathenow		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1336	Ich bedanke mich für die Beteiligung an dem förmlichen Planverfahren zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 und nehme wie folgt Stellung.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1337	Die von der Stadt Rathenow gegebenen Anregungen in den zurückliegenden Stellungnahmen wurden zum Teil berücksichtigt. Nach der Überprüfung der uns vorliegenden Unterlagen möchte ich Ihnen noch einige Hinweise und Anregungen übermitteln.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1348	Sollten von Ihrer Seite Anmerkungen, Ergänzungen oder weiterer Erläuterungsbedarf bestehen, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1338	1. Themenbereich - Vorbehaltsgebiete Siedlung -: Der Regionalplan Havelland - Fläming 3.0 weist den Ortsteil Semlin nicht als Vorbehaltsgebiet Siedlung aus. Dabei erfüllt der Ortsteil Semlin alle aufgeführten Kriterien der Anwendungsrichtlinie für Regionalpläne. Der Ort Semlin verfügt über soziale Infrastrukturen, wie KITA und Feuerwehr, der Ort ist gut an das ÖPNV - Netz mit seinen Bushaltestellen angeschlossen. Die Anbindung an die Stadt Rathenow mit ihren übergeordneten Infrastruktureinrichtungen ist ebenfalls durch die zeitlichen Angaben im Regionalplan zu erreichen. Weiterhin verfügt der Ortsteil Semlin über mehrere nutzbare Flächenpotenziale im Siedlungsbestand bzw. im Anschluss an den Siedlungskörper. Die Lage im Raum ist zwar nicht konfliktarm, aber es stellt auch keine Besonderheit zu den anderen Ortsteilen bzw. der Stadt Rathenow dar. In den letzten Jahren war gerade in dem Ortsteil Semlin eine besondere städtebauliche Entwicklung zu verzeichnen. Es wurden bereits in den letzten Jahrzehnten vier neue Wohnbaugebiete (Reihenweg, Erdlaake, Wohngebiet Ferchesarer Straße Nord und Ferchesarer Straße) entwickelt und zum größten Teil sind diese bereits realisiert worden. Durch die besondere geografische Lage im Raum mit dem Hohennauener See ist der Druck für eine weitere touristische Entwicklung in Semlin exorbitant gestiegen. Die Grundvoraussetzungen für die Ausweisung eines Vorbehaltsgebietes Siedlung sind sachlich vorhanden.	Der Anregung wird gefolgt. Gemäß dem von der Regionalversammlung Havelland-Fläming beschlossenen Planungskonzept des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung befindet sich der Ortsteil Semlin (nicht jedoch der Bereich Siedlung-Ausbau) am Rande der definierten Erreichbarkeiten vom nächstgelegenen Versorgungsschwerpunkt. Daher wird in Bereichen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung für Semlin ein entsprechendes Gebiet festgelegt. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Die Absicht besteht also nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1339	2. Themenbereich: Großflächige gewerbliche-industrielle Vorsorgestandorte: Wie bereits in der Stellungnahme vom 17.06.2021 möchte ich nochmals die Entscheidung, die Stadt Premnitz aus den „großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorte" herauszustreichen, als eine Schwächung der Region darstellen. In den Erläuterungen zum Regionalplan wurden zwar ausführliche Betrachtungen der Kriterien dargestellt, die für den gesamten Regionalbereich Havelland-Fläming vielleicht in sich schlüssig sind, aber einer wirtschaftlichen Entwicklung des westlichen Regionalbereiches Havelland konträr entgegenstehen würde. Es ist weiterhin ein Neuausbau der B 102 vorgesehen, um die Orte wie Premnitz und Rathenow an das überörtliche Straßenverkehrsnetz anzubringen. Um die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region weiterhin zu stärken und auch der Bevölkerung Arbeitsplätze in der Nähe der Wohnstandorte zu sichern, was auch dem Klimaschutz dient, ist es wichtig den Standort Premnitz weiterhin als „großflächigen gewerblichen-industriellen Vorsorgestandort" zu belassen. Es sollten die Kriterien für die Ausweisung eines solchen Standortes in der Regionalplanung überdacht werden. Eine gerechte Ausweisung an Arbeitsstätten im gesamten Regionalbereich birgt eine gesunde Entwicklung im gesamten Raum.	Der Anregung, den Standort Industriepark Premnitz als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort (GIV) festzulegen, wird nicht gefolgt. An den dazu vorgenommenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen wird festgehalten. Die Sachlage ist unverändert. Diese Entscheidung führt nicht zu einer wirtschaftlichen Benachteiligung der Teilregion Westhavelland. Es muss grundsätzlich bedacht werden, dass die Festlegung eines großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts eine Vorsorgefunktion für (nur selten zu erwartende) Großansiedlungen erfüllt. Für eine kurz- und mittelfristige gewerbliche Entwicklung stehen die als GIV festgelegten Flächen nicht zur Verfügung. Der fast vollständig ausgelastete Standort Industriepark Premnitz (IPP) verfügt über Erweiterungspotenziale, die unabhängig von einer Festlegung als GIV entwickelt werden können. Nach Kenntnis der Regionalen Planungsgemeinschaft sind entsprechende Machbarkeitsuntersuchungen beabsichtigt. Eine raumordnerische Sperrung potenziell in Frage kommender Flächen durch eine Festlegung als Vorsorgestandort, ist nicht im Interesse einer solchen Entwicklung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1340	3. Themenbereich: Freiraum - vorbeugender Hochwasserschutz -: In der Festlegungskarte des Regionalplans Havelland - Fläming wurde die Fläche am nördlichen Stadtkanal als Fläche für den vorbeugenden Hochwasserschutz ausgewiesen. Diese Fläche befindet sich unweit vom Rathenower Stadtzentrum und soll in Zukunft als Siedlungsfläche mit einem hohen Grünanteil entwickelt werden. Das Areal kann als Anker für touristische Zwecke, aber auch für den Sektor des Wohnens dienen. Der Regionalplan schließt eine generelle Entwicklung der Standorte nicht aus, weist aber immer wieder auf eine Suche nach alternativen Standorten hin. Rathenow hat bereits im Flächennutzungsplan (rechtskräftig 02.2017) und auch im INSEK diese Fläche als Entwicklungsfläche ausgewiesen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich muss kein Widerspruch zwischen der Festlegung Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz und den Planungsabsichten bestehen, da durch die regionalplanerische Festlegung lediglich ausgesagt wird, dass dem Hochwasserschutz bei der Abwägung ein besonderes Gewicht beizumessen ist (§7 ROG Abs. 3). Die Festlegung soll insbesondere Kommunen dabei unterstützen, den Hochwasserschutz stärker in ihre Entwicklungsüberlegungen einzubeziehen und somit die mit einem Hochwasserereignis einhergehenden Gefahren und Risiken einzuschränken. Dies bedeutet vor allem, dass Standorte für private und öffentliche Gebäude sowie für Infrastruktureinrichtungen so ausgewählt werden, dass sie im Hochwasserfall keinen Schaden nehmen bzw. bestehende und neue Gebäude so angepasst werden, dass sie ein Hochwasser unbeschadet tolerieren.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1341	4. Themenbereich: Freiraumverbund nach Ziel 6.2 LEP HR vorbeugender Hochwasserschutz: Im Regionalplan Havelland - Fläming wurde die gesamte Fläche des ehemaligen Areals Albertsheim als Freiraumverbund und vorbeugender Hochwasserschutz ausgewiesen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass zurzeit ein verbindlicher Bauleitplan für das Gebiet aufgestellt wurde. Ziel ist ein Sondergebiet, das der Erholung dient. Eine positive Mitteilung der Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg vom 29.10.2020 liegt der Stadt Rathenow bereits vor.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird zutreffend festgestellt, dass sich die Fläche des Areals Albertsheim nach Ziel 6.2 Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) innerhalb des landesplanerischen Freiraumverbunds befindet. Der landesplanerische Freiraumverbund stellt keine eigene Festlegung der Regionalplanung dar, sondern wird in der Festlegungskarte des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 lediglich maßstabsgerecht räumlich konkretisiert. Auch die Überlagerung mit einem Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz gemäß G. 2.1.1 des Regionalplans ist zutreffend. Grundsätzlich muss jedoch kein Widerspruch zwischen der Festlegung Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz und den Planungsabsichten bestehen, da durch die regionalplanerische Festlegung lediglich ausgesagt wird, dass dem Hochwasserschutz bei der Abwägung ein besonderes Gewicht beizumessen ist (§7 ROG Abs. 3). Die Festlegung soll insbesondere Kommunen dabei unterstützen, den Hochwasserschutz stärker in ihre Entwicklungsüberlegungen einzubeziehen und somit die mit einem Hochwasserereignis einhergehenden Gefahren und Risiken einzuschränken. Dies bedeutet vor allem, dass Standorte für private und öffentliche Gebäude sowie für Infrastruktureinrichtungen so ausgewählt werden, dass sie im Hochwasserfall keinen Schaden nehmen bzw. bestehende und neue Gebäude so angepasst werden, dass sie ein Hochwasser unbeschadet tolerieren.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 1343	5. Themenbereich: Windenergienutzung: Im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wurden für den Amtsbereich der Stadt Rathenow keine Eignungsgebiete für Windenergienutzung ausgewiesen. Die Begründung der Nichtausweisung sind die harten und weichen Tabuzonen, die durch die regionale Planungsgemeinschaft und dem LEP HR festgelegt wurde.Inzwischen zeigt sich aber, dass jede Fläche mit Potenzial auf Realisierung dringend benötigt wird. Die Versorgung nicht nur mit Strom, sondern auch mit Treib- und Brennstoffen sowie mit Wärme wird in naher Zukunft komplett aus erneuerbaren Energien erfolgen müssen. Für eine hohe Energieausnutzung ist die Nähe zu Wohn- und Gewerbegebieten dringend geboten. Bei Prozessen wie der Elektrolyse und der Methanisierung wird mehr als die Hälfte der Energie in Form von Wärme frei. Bleibt diese Energie ungenutzt, werden entsprechend mehr Wind- und Solarparks benötigt. Während bisher Windparks in unserer Region Strom für andere Regionen in Deutschland erzeugten ist es auch für die Akzeptanz eines Windparks wichtig, die Energieprodukte direkt in der Region der Erzeugung nutzbar zu machen. Die Rathenower Wärmeversorgung GmbH sucht dringend nach einer Lösung für die Dekarbonisierung ihrer Energieprodukte. Ohne regionale Solar- und Windparks und die direkte Produktion von Wärme und Methan vor Ort ist derzeit keine Lösung abzusehen. Das von der Stadt Rathenow 2012 entworfene Windpotenzialgebiet hält 1000 m Siedlungsabstand ein und andere Windeignungsgebiete aus dem Regionalplanentwurf liegen über 15 km entfernt. Die Fläche liegt im Landschaftsschutzgebiet. Wir	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	gehen davon aus, dass die Bundesregierung Erleichterungen für die Genehmigungen von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten beschließt und dass sich dies im nächsten Entwurf des Regionalplanes niederschlägt. Unabhängig davon ist ein Ausschluss von Windeignungsgebieten gerade in einem Stadtgebiet, zudem in einem städtischen Forst nicht nachvollziehbar, da hier ja schon ein massiver Eingriff in die Landschaft erfolgt ist. Durch die enge Bebauung in Städten, den Straßenlärm und auch den Standort im Wald sind die Anlagen von weniger Punkten aus wahrnehmbar als in der freien Landschaft. Die Versorgung von Städten aus den umgebenden ländlichen Regionen ist wichtig und nicht wegzudenken. Sie führt zu neuer Wertschöpfung auf dem Land und zu neuen Chancen. Ohne die Einbeziehung von Städten in die Energiegewinnung leidet bei diesem Konzept aber die Akzeptanz. Da die von der Stadt Rathenow vorgeschlagene Fläche ansonsten den Vorgaben der Planungskriterien der Regionalplanung im Entwurfstext entspricht, bitten wir Sie diese Fläche als Windeignungsgebiet auszuweisen. Als Anlage erhalten Sie einen Übersichtsplan über die Eignungsfläche der Windenergienutzung im Stadtwald von Rathenow.	
TÖB-Nr.: 82 / Gemeinde Schönwalde-Glien		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 3471	PV-Anlagen: 1. Auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ab einer Bodenpunktzahl von 24 sollen keine PV Anlagen errichtet werden. 2. An den Bundesautobahnen können ausschließlich an Stellen, wo keine Aufforstungsflächen vorgesehen sind, PV-Anlagen errichtet werden.	Die genannten Forderungen entsprechen grundsätzlich den Festlegungen zu Vorranggebieten Landwirtschaft des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021. Die Regionalplanung hat jedoch keinen Einfluss darauf, ob Aufforstungsflächen für die Errichtung von PV-Anlagen in Erwägung gezogen werden. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern.
TÖB-Nr.: 83 / Gemeinde Schwielowsee		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 746	Die Festlegung der "Vorbehaltsgebiete Siedlung" umfasst nur die Ortsteile Caputh und Geltow sowie den GT Wildpark-West, nicht jedoch den Ortsteil Ferch. Die Bauflächen in Ferch umfassen 172 Hektar, damit sind rund 27 % der Bauflächen der Gemeinde Schwielowsee nicht von der Festlegung "Vorbehaltsgebiete Siedlung" erfasst. In dem Ortsteil Ferch befinden sich die Gemeindeverwaltung der Gemeinde Schwielowsee, eine Kindertagesstätte, ein Jugendclub, eine Allgemeinmedizinische Praxis, ein Seniorenheim und eine Bus-und Bahnverbindung. Es sind nutzbare Flächenpotenziale im Siedlungsbestand oder mit Siedlungsanschluss vorhanden. Hervorzuheben ist, dass die Lage der Bauflächen in Ferch konfliktarm ist: Die im Flächennutzungsplan dargestellten Bauflächen liegen außerhalb von Schutzgebieten und außerhalb von Hochwasserschutzbereichen. Die Festlegung von Vorbehaltsgebiet Siedlung für die Bauflächen in Ferch ist erforderlich, da es in Schwielowsee an alternativen Flächen ohne Raumnutzungskonflikt mangelt. Insbesondere die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes "Potsdamer Wald- und Havelseengebiet" beschränken die Siedlungsentwicklung. Somit sind die Kriterien der in Kapitel IV.1 Siedlung - b) Planungskonzept ab Seite 19 genannten Arbeitsstufen 1 teilweise bzw. 3, 4 und 5 vollständig erfüllt.	Der Anregung wird gefolgt. Die benannten Ausstattungsmerkmale des Ortsteils Ferch entsprechen der Bestimmung von Ortsteilen mit lokalen Versorgungsansätzen der Stufe 1 des Planungskonzepts für die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung. Entsprechend der nachfolgenden Stufen dieses Planungskonzepts erfolgt eine Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Siedlung für den Ortsteil Ferch in der Festlegungskarte.
BE-ID: 747	Die Gemeinde Schwielowsee empfiehlt, dass alle im geltenden Flächennutzungsplan vom 20.03.2014 dargestellten Wohnbauflächen und gemischten Bauflächen als Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt werden. Angesichts der prognostizierten Einwohnerentwicklung der Gemeinde Schwielowsee erscheint die vollständige Übernahme der im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbauflächen und gemischten Bauflächen in den Regionalplan erforderlich. Die im Flächennutzungsplan dargestellten Bauflächen haben eine gleiche Priorität, d. h. die Gemeinde Schwielowsee betrachtet im Ergebnis der bisherigen kommunalen Abwägung alle dargestellten Wohnbauflächen und gemischten Bauflächen als "Vorbehaltsgebiet Siedlung". Die im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbauflächen in Caputh und Geltow sind ebenfalls nicht vollständig im Vorbehaltsgebiet Siedlung eingefasst (u. a. Caputh Süd-Ost, Panoramaweg und Geltow-Nord). Wir weisen darauf hin, dass in Ferch soziale Infrastruktur existiert, die nicht von Ihren Kriterien erfasst wird: In Ferch liegen u. a. das Rathaus mit der Gemeindeverwaltung sowie Museen und Erholungsfunktionen. Darüber hinaus wurde die Radinfrastruktur u. a. nach Caputh ertüchtigt. Die Bedeutung von Ferch als Siedlungsstandort für die Gesamtgemeinde ist von höherer Bedeutung.	Der Anregung wird weitgehend gefolgt. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen in regionaler Maßstäblichkeit, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Die Absicht besteht also nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Die Abgrenzung des Vorbehaltsgebiets Siedlung in den genannten Bereichen wurde noch einmal geprüft und in Fällen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung, insbesondere am Siedlungsstandort Ferch angepasst.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 05 Ferch		
BE-ID: 748	Das Eignungsgebiet für die Windenergienutzung Nr. 5 "Ferch" liegt vollständig innerhalb der im geltenden Flächennutzungsplan dargestellten Fläche für Versorgungsanlagen mit dem Nutzungszweck "Erneuerbare Energien 'Windkraft'" und stellt eine weitaus größere Fläche als im Regionalplan dar. Eine im laufenden Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren geplante Reduzierung dieser Fläche im Nordosten berührt das im Regionalplan-Entwurf vorgesehene Eignungsgebiet für die Windenergienutzung nicht (siehe Überlagerung in der Abbildung).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 749	Für das Gebiet der Gemeinde Schwielowsee wird in Ferch ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft festgelegt. Die landwirtschaftlichen Vorrangflächen am Bachtenberg überlagern die im Flächennutzungsplan dargestellten gewerblichen Bauflächen an der Straße „Am Gewerbepark". Der Bestand sowie die Erweiterung dieser Flächen müssen gewährleistet bleiben. Die Gemeinde Schwielowsee besitzt nur noch wenige gewerbliche Bauflächen, die oft unter hohem Umwandlungsdruck zu Wohnbauland stehen. Ein Bebauungsplan befindet sich in der Aufstellung, der Geltungsbereich entspricht den Flächen, die im Flächennutzungsplan dargestellt sind (Anlage).	Südlich der Straße "Am Gewerbepark" im Ortsteil Ferch sind nach dem überarbeiteten Planungskonzept keine Vorranggebiete Landwirtschaft mehr vorgesehen. Die Ausweisungen von Nutzungen in rechtskräftigen Flächennutzungsplänen, die mit Vorranggebieten Landwirtschaft nicht vereinbar sind, werden berücksichtigt.
TÖB-Nr.: 86 / Gemeinde Stahnsdorf		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 381	Für die Beteiligung zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 bedanken wir uns. Der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 trifft im Gebiet der Gemeinde Stahnsdorf zeichnerische und textliche Festsetzungen zu den Themen: - Siedlung -hier: Vorbehaltsgebiete Siedlung - Windenergienutzung - hier: Eignungsgebiete für die Windenergienutzung - Oberflächennahe Rohstoffe - hier: Vorranggebiete Rohstoffgewinnung - Landwirtschaft - hier: Vorranggebiete für die Landwirtschaft und - zum Freiraumverbund.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III. Textliche Festlegungen		
BE-ID: 383	Gegen die getroffenen Festsetzungen zu den Themen Siedlung, Windenergienutzung und Oberflächennahe Rohstoffgewinnung und Freiraumverbund bestehen von Seiten der Gemeinde Stahnsdorf keine Einwände. Das im Gemeindegebiet festgesetzte Eignungsgebiet für die Windenergienutzung entspricht dem im Sachlichen Teil-Flächennutzungsplan „Windenergienutzung" der Gemeinde Stahnsdorf dargestelltem Sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Windenergieanlagen und landwirtschaftliche Nutzfläche".	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 385	Dagegen erscheint die Festsetzung zu den Vorranggebieten für die Landwirtschaft in den Ortsteilen Schenkenhorst und Sputendorf zu kleinteilig. Die festgesetzten Flächen entsprechen weder der realen landwirtschaftlichen Nutzung noch der Darstellung von Flächen für die Landwirtschaft Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Stahnsdorf. Außerdem sieht das Integrierte Gemeindeentwicklungskonzept der Gemeinde Stahnsdorf nördlich der Landesstraße L 40 und östlich der Landesstraße L 77 eine Potenzialfläche für Gewerbenutzung vor. Somit widerspricht das an dieser Stelle ausgewiesene Vorranggebiet für die Landwirtschaft den gemeindlichen Entwicklungsabsichten. Wir bitten Sie, die Abgrenzung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft östlich der L 77 zu ändern und in den Ortsteilen Schenkenhorst und Sputendorf mit dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Stahnsdorf in Übereinstimmung zu bringen.	Der Kleinteiligkeit der Vorrangflächen des Ersten Regionalplanentwurfs wird im Zweiten Entwurf durch eine Aggregierung (Rasterung) der Flächen entgegengewirkt. Die genaue Vorgehensweise wird in der zweckdienlichen Unterlage „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, 2. Entwurf. Kapitel 2.3 Landwirtschaftliche Bodennutzung. Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit (Basisflächen)“ erläutert. Die Größe eines Vorranggebiets Landwirtschaft entspricht nach dem neuen Planungskonzept mindestens zehn Hektar. Ziel der Aggregierung der Vorrangflächen ist es, die Fragmentierung zu reduzieren und eine angemessene Darstellung im Maßstab der Regionalplanung zu ermöglichen. Die der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft zugrunde gelegten

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Ackerzahlen sind den Bodenschätzungsdaten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) entnommen. Die kommunalen Planungsabsichten für Gewerbestandorte sind aufgrund der Änderungen des Planungskonzepts nicht mehr betroffen.
TÖB-Nr.: 88 / Stadt Teltow		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 304	Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Unter Ziel Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung wird die Potenzialfläche 44 „Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf' aufgeführt. Diese betrifft den Ortsteil Ruhlsdorf der Stadt Teltow. In den Planungen wurde der Sachliche Teil-Flächennutzungsplan „Windenergienutzung" der Stadt Teltow berücksichtigt und aufgenommen. Die Eignungsgebiete für die Windenergie dienen der Verwirklichung von raumbedeutsamen Vorhaben für die Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie. Außerhalb der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung ist die Verwirklichung dieser Vorhaben ausgeschlossen. Die Stadt unterstützt diese Entscheidung.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 305	Vorranggebiete für die Landwirtschaft Gemäß Ziel Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft hat die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis(§ 17 Bundes-Bodenschutzgesetz) Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Planungen. Im Süden der Stadt Teltow sind drei Vorranggebiete für die Landwirtschaft ausgewiesen. Die Stadtverwaltung begrüßt die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Seitens der Stellungnehmerin erfolgt eine Zustimmung bezüglich der im Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 festgesetzten Vorranggebiete für die Landwirtschaft. Nach der Änderung des Planungskonzepts für Vorranggebiete Landwirtschaft sind im Stadtgebiet Teltow zwei Vorranggebiete festgelegt, die sich mit den bisherigen Flächen überlagern.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 303	Allgemein Die Stadt Teltow grenzt im Südwesten an die Bundeshauptstadt Berlin und bildet zusammen mit den Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf die Region „Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf' (TKS). Zwischen den Gemeinden Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf besteht eine enge Zusammenarbeit und Beratung gemeinsamer Anliegen. Der Regionalausschuss tagt mehrmals im Jahr. Zudem gehört Teltow zum Berliner Umland.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 306	Gestaltungsraum Siedlung Die Stadt Teltow wird gemäß des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) im Regionalplan 3.0 als Gestaltungsraum Siedlung ausgewiesen. Nach LEP HR Z 5.6 (1) ist der Gestaltungsraum Siedlung der Schwerpunkt für die Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen. Damit sind die Rahmenbedingungen gegeben, um eine ortsgerechte Entwicklung zu planen und in seiner Stadt-Umland-Verflechtung für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung sorgen zu können, da die Bevölkerungszahl in der Region weiterwachsen wird. Die Stadt Teltow begrüßt und unterstützt dieses Ziel.	Der Gestaltungsraum Siedlung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist ein letztabgewogenes Ziel (Z 5.6) der Landesplanung. Im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wird der Gestaltungsraum Siedlung als zusätzliche Information in der Festlegungskarte dargestellt. Es handelt sich dabei nicht um eine Konkretisierung der Regionalplanung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 307	Punkt (L) Mittelzentren nach Z 3 .6 LEP HR Teltow übernimmt als Mittelzentrum im Berliner Umland die räumliche Konzentration gehobener Funktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung sowie die Sicherung und Qualifizierung der Waren- und Dienstleistungsangebote des gehobenen Bedarfes. Die Stadtverwaltung begrüßt und unterstützt dieses Ziel. Mit den Festlegungen Gestaltungsraum Siedlung und Mittelzentrum kommt der Regionalplan 3.0 dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg von 2019 (LEP HR) nach.	Sowohl die Funktionszuweisung als Mittelzentrum als auch der Gestaltungsraum Siedlung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) sind letztabgewogene Ziele der Landesplanung (Z.3.6 und Z 5.6). Im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 werden der Gestaltungsraum Siedlung und die zentralörtlichen Funktionen als nachrichtliche Übernahme in der Festlegungskarte dargestellt. Die nachrichtliche Übernahme erfolgt aufgrund der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21 November 2019. Es handelt sich dabei nicht um eine Konkretisierung der Regionalplanung.
TÖB-Nr.: 89 / Stadt Trebbin		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 769	Widerspruch Regionalplan zur Landesplanung: Im April 2022 wurden die Ausbauziele der Bundesregierung zu Erneuerbaren Energien bekannt gegeben und der Solaratlas für das Land Brandenburg veröffentlicht. Der Solaratlas zeigt in allen Brandenburger Kommunen die für Freiflächenanlagen geeigneten EEG-Basisflächen an, d.h. die Flächen, die nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz für PV-Freiflächenanlagen genutzt werden sollen und bei denen keine übergeordneten naturschutzrechtlichen oder landesplanerischen Belange entgegenstehen. Ebenso werden die Potenziale für PV-Freiflächenanlagen außerhalb der EEG-förderfähigen Flächenkulisse dargestellt. Der Entwurf des Regionalplanes widerspricht den künftigen Zielen der Bundes- und Landesplanung entgegen. Die Bundesregierung hat mit dem sog. ,,Osterpaket" die Beschleunigung für die erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht. Bis 2030 sollen mindestens 80 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs aus erneuerbaren Energien bezogen werden. Pro Bundesland sollen künftig 2 % der Flächen für Photovoltaik bereitgestellt werden. Der Entwurf des Regionalplanes ist an die landesplanerischen Ziele anzupassen.	Die Hinweise zum Solaratlas für das Land Brandenburg werden zur Kenntnis genommen. Die Annahme, der Entwurf des Regionalplans 3.0 widerspräche den Zielen der Bundes- und Landesplanung, kann nicht gefolgt werden. Die Festlegung von Flächen für die Nutzung der Solarenergie ist kein landesplanerisches Ziel und für die Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien auch nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 761	Ziel 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sieht für das Gemeindegebiet der Stadt Trebbin die Ausweisung von einem Windeignungsgebiet PF 29 in der Gemarkung Christinendorf und einem Windeignungsgebiet PF 36 in der Gemarkung Thyrow vor. Bereits in meiner Stellungnahme vom 23.04.2021 zum Planungskonzept zur Festlegung von Windeignungsgebieten habe ich es begrüßt, dass mit der Ausweisung von Windeignungsgebieten eine unkontrollierte Entwicklung vermieden und die Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergienutzung aktiv im Sinne der Stadt Trebbin und unter Abwägung aller Belange gesteuert wird.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 29 Christinendorf		
BE-ID: 762	Der vorgesehenen Festsetzung des Windeignungsgebietes PF 29 Christinendorf wird meinerseits zugestimmt, da bereits zwischen Christinendorf und Lüdersdorf ein zusammenhängender Windpark Christinendorf/Lüdersdorf besteht und in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen vorhanden sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 36 Thyrow-Kerzendorf		
BE-ID: 763	In Bezug auf das Windeignungsgebiet PF 36 Thyrow-Kerzendorf in der Gemarkung Thyrow verwies ich auf die vorgesehene Erweiterung der Siedlungsfläche nördlich des vorhandenen Wohnparks Thyrow. Hierbei handelt es sich jedoch nur um erste Erweiterungen der Siedlungsfläche. Mittelfristig sollen weitere Siedlungsflächen die Ortslage Thyrow in nördlicher Richtung erweitern und komplettieren, wodurch der Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung voraussichtlich nicht mehr eingehalten werden kann. In der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Trebbin ist die Beschlussfassung über die Einleitung des Bauleitverfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Neuer Dorfanger Thyrow" und der Änderung des Flächennutzungsnutzungsplanes vorgesehen. Als Anlage 3 übersende ich Ihnen den Geltungsbereich des aufzustellenden Bebauungsplanes. Weiterhin ist die Ausweisung einer Gemeinbedarfsfläche als neuer Schulstandort nördlich von Thyrow vorgesehen. Dazu als Anlage 4 einen Auszug aus dem Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Trebbin. Im Ergebnis der vorgetragenen Hinweise unter Anbetracht der beabsichtigten weiteren Entwicklung in nördlicher Richtung im Ortsteil Thyrow stelle ich erneut den Antrag, das Windeignungsgebiet PF 36 Thyrow-Kerzendorf in Bezug auf seine Flächenausmaße zu reduzieren. Die Stadt Trebbin beabsichtigt, die Entwicklung auf dem Eignungsgebiet durch einen Bebauungsplan zu ordnen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 768	Das der Regionalplan der Landwirtschaft eine große Bedeutung einräumt, ist unumstritten und wird auch meinerseits begrüßt. Allerdings sind auch die Belange der Gemeinden und der örtlichen Landwirtschaftsunternehmen in Bezug auf die Durchführung von Planungen, was insbesondere die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen betrifft, gerecht abzuwägen. Dazu sollte geprüft werden, ob die Ausweisungen im Regionalplan nicht nur als „Vorranggebiete für die Landwirtschaft" erfolgen, sondern auch „Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft" ausgewiesen werden. Mit der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft wird der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit entgegenstehenden Belangen ein erhöhtes Gewicht beigemessen. Für die Landwirtschaft werden so geeignete und von der Landwirtschaft genutzte Böden erhalten. Daher sollte das Ziel sein, dass - Landwirtschaftsflächen mit einer Ackerzahl von 30 als Vorrangflächen und - Landwirtschaftsflächen mit Ackerzahl zwischen 23 - 30 als Vorbehaltsfläche definiert werden. Beregnungsflächen sollten nicht einbezogen werden. Damit besteht Planungssicherheit, dass die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen auf schlechten Böden unter Beregnung möglich ist.	An der Festlegung von ausschließlich Vorranggebieten wird weiterhin festgehalten. Die Festlegung von Vorranggebieten sichert den Schutz der landwirtschaftlichen Flächen als letztabgewogenes Planungsinstrument gegenüber anderen Nutzungsinteressen. Bei einer Festlegung von Vorbehaltsgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die landwirtschaftliche Nutzung regelmäßig in Abwägungsprozessen anderen Nutzungsinteressen unterliegt. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Ursprünglich wurde bei Ortsgesprächen von einigen Gemeinden angeregt, Beregnungsflächen für die Planungssicherheit der Landwirte zu begünstigen. Hintergrund sind bereits getätigte Investitionen in Beregnungssysteme. Landwirtschaftsbetrieben mit bereits durch

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Beregnungsanlagen erschlossenen Ackerflächen sollten auch auf ertragsschwachen oder klimasensiblen Böden keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Die Einschätzung, dass die Feldberegnung stabile Erträge und eine höhere Qualität sichert, wurde in anderen Stellungnahmen jedoch aufgrund der geringen Wirksamkeit der Beregnung auf Böden mit geringen Ackerzahlen in Zweifel gezogen. Darüber hinaus liegen bislang nur unvollständige Daten zu den konkreten Beregnungsflächen vor. Zum einen stehen nur Informationen über die Brunnenstandorte und entnommenen Wassermengen, jedoch kein Kataster über die konkreten Beregnungsflächen zur Verfügung. Zum anderen kann nicht flächendeckend mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Feldberegnung keine direkte Auswirkung auf sinkende Grundwasserstände hat. Aus den genannten Gründen werden Feldberegnungsflächen nicht mehr im Planungskonzept berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 765	Die Stadt Trebbin regt eine Differenzierung bei den Beschränkungen an. Agrisolarprojekte sollten auch oberhalb der Bodenwertgrenze in Vorranggebieten möglich sein, sofern landwirtschaftliche Belange dem nicht entgegenstehen.	Eine Ausnahme für Agro-Photovoltaik in Vorranggebieten Landwirtschaft war bereits Bestandteil der Festlegungen des Ersten Regionalplanentwurfs. Diese Ausnahme bleibt auch im Zweiten Entwurf bestehen.
BE-ID: 767	Fläche Vorranggebiet Landwirtschaft in der Gemarkung Wiesenhagen Die Stadtverordnetenversammlung Trebbin hat am 1 9. 1 0. 2021 den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Wiesenhagen" gefasst. Zurzeit liegt der Vorentwurf des Bebauungsplanes den zuständigen Gremien zur Beratung vor. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Nachbargemeinden nach § 2 ,Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB ist für das III. Quartal 2022 vorgesehen. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Wiesenhagen" verfolgt zum einen die Zielstellung der Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage westlich der Ortslage Wiesenhagen innerhalb eines 250 m Flächenkorridors entlang der Bahnstrecke Berlin Südkreuz - Halle Hbf. Zum anderen ist für den angrenzenden Teilbereich die Errichtung und der Betrieb von bodennah aufgeständerten Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorgesehen, bei denen eine extensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung zwischen und unterhalb der Modulreihen stattfindet. In Kooperation mit den örtlichen Landwirten werden dazu ausschließlich Flächen bereitgestellt, die durch ein geringes bis mittleres landwirtschaftliches Ertragsvermögen gekennzeichnet sind. Angesichts der zurück liegenden Ernteausfälle in den letzten Jahren kann die Errichtung von großflächige Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf ertragsärmeren Böden einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Betriebsführung und der damit in Verbindung stehenden Sicherung von Arbeitskräften leisten. Der Planungsraum umfasst ein ca. 54,3 ha großes Areal, welches sich östlich der Bahnstrecke Berlin Südkreuz - Halle Hbf erstreckt und in zwei Planteile gegliedert ist. Der Planteil I wird im Norden intensiv landwirtschaftlich als Ackerland und im Süden als Grünland bewirtschaftet. Der Planteil 2 umfasst ebenfalls intensiv genutztes Ackerland. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen innerhalb des Geltungsbereiches sind gekennzeichnet durch ein niedriges bis mittleres landwirtschaftliches Ertragsvermögen von durchschnittlich 25	Der Bebauungsplan "Solarpark Wiesenhagen" ist mittlerweile bereits rechtskräftig und wird im Zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Belang der kommunalen Planung berücksichtigt. Die ehemalige Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Damit besteht nur noch eine Ausnahmeregelung für Agri-PV-Anlagen (neue Festlegung Z 2.3 Absatz 2). Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.

Bodenpunkten. Der Planungsraum erstreckt sich westlich der Ortslage Wiesenhagen und östlich der Ortslage Ebelshof. Die nächstgelegenen Wohnnutzungen befinden sich westlich der Bahnstrecke in jeweils ca. 60 m Entfernung zum Geltungsbereich. Der LEP HR enthält für einen kleinen Bereich des Standortes die Darstellung Freiraumverbund (Z 6.2). Mit Stellungnahme der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung vom 07.12.2021 wurde mitgeteilt, dass unter Berücksichtigung der raumordnerischen Planunschärfe eine Beeinträchtigung des Freiraumverbundes durch die beabsichtigte Planung nicht zu erwarten ist. Damit steht Z 6.2 LEP HR dem Vorhaben nicht entgegen. Der überwiegende Teil des Geltungsbereiches liegt innerhalb eines im Regionalplan ausgewiesenen Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Aufgrund dessen sind die vorliegenden Planungsziele mit den Belangen der Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Gemäß § 1 a Abs. 2 Bau GB ist mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen. Dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelung auf das notwendige Maß zu begrenzen. Gleichzeitig sollen landwirtschaftlich genutzte Flächen nur in einem notwendigen Umfang umgenutzt werden (§ la Abs. 2 S. 2 BauGB). Diese Grundsätze sollen in die abwägende Entscheidung einbezogen werden. Vorliegend werden ausschließlich landwirtschaftlich genutzte Flächen mit einem geringen bis mittleren Ertragspotential mit Bodenwerten von durchschnittlich 25 Bodenpunkten überplant. Zu beachten ist, dass sich der überwiegende Teil des Planungsraumes innerhalb des Flächenkorridors von 250 m entlang von Schienenwegen, in diesem Fall der Bahnstrecke Berlin Südkreuz - Halle Hbf, befindet. Planungsziel für das sich anschließende Areal außerhalb des 250 m Korridors, ist die Errichtung und der Betrieb von bodennah aufgeständerten Freiflächen-Photovoltaikanlagen, bei denen eine extensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung zwischen und unterhalb der Modulreihen stattfindet. Mit Verweis auf die besondere wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft soll die hier geplante Energieerzeugung aus solarer Strahlungsenergie als Zwischennutzung auf einen Zeitraum von maximal 30 Jahren Betriebsdauer begrenzt werden. Durch die geplante Aufständerung der Module mittels Rammpfosten ist keine dauerhafte Versiegelung des Bodens erforderlich. Gleichzeitig ermöglicht diese Bauweise eine landwirtschaftliche Doppelnutzung der einbezogenen Ackerflächen. Dabei wird deutlich, dass die abwägende Entscheidung für eine zukünftige Ausformung einer bedarfsgerechten und Ressourcen schonenden Landwirtschaft mit anderen öffentlichen Belangen (hier: solarer Strahlungsenergie) in Einklang gebracht werden kann. Nach der geplanten Betriebsdauer des Solarparks von 30 Jahren soll eine vollständige Rückführung der Flächen in die landwirtschaftliche Nutzung ermöglicht werden. Dieser Befristungsansatz wird verfolgt, weil man davon ausgehen muss, dass in dieser Zeit neue Technologien zur Energieerzeugung entwickelt werden, die einen deutlich geringeren Flächenverbrauch erfordern. Die Agri-PV-Anlagen umfassen bodennah aufgeständerte Freiflächen-Photovoltaikanlagen, bei denen die landwirtschaftliche Bewirtschaftung weitestgehend zwischen den Anlagenreihen stattfindet. Ein landwirtschaftlich nutzbarer Flächenanteil von 45 % der festgesetzten Sondergebietsfläche soll dabei nicht unterschritten werden. Anbei übersende ich Ihnen den Vorentwurf des Bebauungsplanes (Anlage 5) und verweise auf die getroffenen Festsetzungen: 1. Die sonstigen Sondergebiete „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie" (SO EBS) dienen im Rahmen einer Zwischennutzung gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO in Verbindung mit§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB der Errichtung und dem Betrieb von großflächigen Photovoltaikanlagen. Zulässig innerhalb der sonstigen Sondergebiete sind Modultische mit Solarmodulen sowie die für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen, Anlagen für die Energiespeicherung und -verarbeitung, Trafostationen, Umspannstationen, Wechselrichterstationen und Zaunanlagen. Die Betriebsdauer der großflächigen Photovoltaikanlagen ist auf 30 Jahre bis zum 01.12.2060 befristet (Befristung gemäß§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB). 2. Das sonstige Sondergebiet „AGRI-PV" dient im

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Rahmen einer Zwischennutzung gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO in Verbindung mit § 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB der Errichtung und dem Betrieb von bodennah aufgeständerten Freiflächen-Photovoltaikanlagen, bei denen eine extensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung zwischen und unterhalb der Modulreihen stattfindet. Der Anteil der landwirtschaftlich nicht nutzbaren Fläche innerhalb des festgesetzten sonstigen Sondergebietes darf 55 % nicht unterschreiten. Zulässig sind Modultische mit Solarrmodulen sowie die für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen, Trafostationen, Anlagen für die Energiespeicherung und -verarbeitung, Umspannstationen, Wechselrichterstationen und Zaunanlagen. Die Betriebsdauer der großflächigen Photovoltaikanlagen ist auf 30 Jahre bis zum 01.12.2060 befristet (Befristung gemäß§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB). 3. Bis zum 02. 12.2060 sind die innerhalb der sonstigen Sondergebiete „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie" und des sonstigen Sondergebietes „AGRI-PV" vorhandenen Modultische mit Solarrnodulen sowie die für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen, Trafostationen, Anlagen für die Energiespeicherung und -verarbeitung, Umspannstationen, Wechselrichterstationen und Zaunanlagen vollständig zu entfernen. 4. Als Folgenutzung wird für die festgesetzten sonstigen Sondergebiete „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie" und „AGRI-PV" wird Fläche für die Landwirtschaft im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB festgesetzt. (Folgenutzung gemäß § 9 Abs. 2 Nr. I BauGB). Aus v. g. Gründen sollte die Ausweisung der Vorrangfläche für die Landwirtschaft im Bereich der Gemarkung Wiesenhagen entfallen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1.2 b) bb) Systematische Untersuchung 2020		
BE-ID: 760	Zum vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 (Stand vom 05.10.2021) ergeht nach Prüfung der mir übergebenen Unterlagen folgende Stellungnahme: Ziel 1.2 großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte Positiv bewerte ich, dass bei der Untersuchung und Festlegung von GIV der Standort des Gewerbegebietes Trebbin-Klein Schulzendorf ermittelt wurde. Aufgrund dessen, dass die Stadt Trebbin ein attraktiver Gewerbestandort ist, bedingt durch die infrastrukturelle Ausstattung, die gute verkehrliche Erreichbarkeit, der vorhandenen Branchenstruktur, ist Zielstellung der Stadt Trebbin, durch eine Angebotsplanung Vorsorge zu treffen, dass entsprechende Gewerbeflächen für Erweiterungen bzw. Neuansiedlungen zur Verfügung stehen. Um den steigenden Bedarf an Gewerbeflächen gerecht zu werden, sind im Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) Teil 2 „Maßnahmen", unmittelbar anliegend am vorhandenen Gewerbegebiet Erweiterungsflächen für Gewerbe vorgesehen (Anlage 1, Auszug aus dem SEK). Der Stadt Trebbin liegt zurzeit ein Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes „Gewerbegebiet II" vor (Anlage 2, Lageplan) Der Bebauungsplan soll als klassischer Angebotsbebauungsplan aufgestellt werden, der ein breites Nutzungsspektrum ermöglicht. Zulässig dort sollen zukünftig Gewerbebetriebe aller Art, soweit sie nicht erheblich belästigend sind, außerdem Lagerhäuser und Lagerplätze, Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude sein.	Die Hinweise zum Gewerbegebiet Klein Schulzendorf werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten nur indirekt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ee) Feldberegnung		
BE-ID: 764	2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft: In der Festlegungskarte zum Regionalplan sind sehr umfänglich Vorranggebiete für die Landwirtschaft dargestellt. Im Ergebnis der umfangreichen Festlegung der Vorranggebiete (Ackerzahl 23 und Beregnungsflächen) werden insbesondere die Möglichkeiten der Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen auf schlechten Böden unter Beregnung ausgeschlossen. Problematisch stellt sich insbesondere der Ausschluss von Flächen unter Beregnung dar, da diese explizit auf schwachen Standorten errichtet wurden und in ihrem Bestand zeitlich befristet sind.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Ursprünglich wurde bei Ortsgesprächen von einigen Gemeinden angeregt, Beregnungsflächen für die Planungssicherheit der Landwirte zu begünstigen. Hintergrund sind bereits getätigte Investitionen in Beregnungssysteme. Landwirtschaftsbetrieben mit bereits durch Beregnungsanlagen erschlossenen Ackerflächen sollten auch auf ertragsschwachen oder klimasensiblen Böden keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Die Einschätzung, dass die Feldberegnung stabile Erträge und eine höhere Qualität sichert, wurde in anderen Stellungnahmen jedoch aufgrund der geringen Wirksamkeit der Beregnung auf Böden mit geringen Ackerzahlen in Zweifel gezogen. Darüber hinaus liegen bislang nur unvollständige Daten zu den konkreten Beregnungsflächen vor. Zum einen stehen nur Informationen über die Brunnenstandorte und entnommenen Wassermengen, jedoch kein Kataster über die konkreten Beregnungsflächen zur Verfügung. Zum anderen kann nicht flächendeckend mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Feldberegnung keine direkte Auswirkung auf sinkende Grundwasserstände hat. Aus den genannten Gründen werden Feldberegnungsflächen nicht mehr im Planungskonzept berücksichtigt.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 766	Machbarkeitsstudie über die Ausweisung von Vorbehaltsflächen für Photovoltaikanlagen Durch die Stadtverordnetenversammlung Trebbin wurde aufgrund des basierenden Klimanotstandes festgestellt, dass dringend umfassende Maßnahmen zur Verringerung der C02-Emissionen erforderlich sind und hat beschlossen, dass das Klimaschutz- und Energiekonzept der Stadt Trebbin unter Berücksichtigung der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel und dessen Ursachen zu überarbeiten ist. Dabei sollen die Maßnahmen in allen Zuständigkeitsbereichen der Stadt Trebbin aufgezeigt werden, die als städtebauliche Leitmaßnahmen in den kommenden Jahren zur Reduzierung des C02-Ausstoßes erforderlich sind. Als eine Maßnahme wird zurzeit durch die Stadt Trebbin eine Machbarkeitsstudie über die Ausweisung von Vorbehaltsflächen für Photovoltaikanlagen erstellt. Bei der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie werden in enger Kooperation mit den örtlichen Landwirten ausschließlich Flächen bereitgestellt, die durch ein geringes bis mittleres landwirtschaftlichen Ertragsvermögen gekennzeichnet sind. Insbesondere die betreffenden Landwirtschaftsbetriebe haben ein starkes Interesse an der Umsetzung dieser Vorhaben. Dabei sind die durch die Landwirtschaftsbetriebe bereitgestellten Flächen durch geringe bis mittlere Bodenwertzahlen und ein unterdurchschnittliches Wasser- und Nährstoffspeichervermögen gekennzeichnet. Mit der Erstellung dieser Machbarkeitsstudie und der Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen leistet die Stadt Trebbin einen Beitrag zur Senkung der C02-Emissionen und realisiert die energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung. Die Stadt Trebbin ist bestrebt, den gesamten Energieverbrauch im Stadtgebiet aus erneuerbaren Energien zu decken. Ziel ist es, in den nächsten Jahren C02-neutral zu werden. Klimaschutz und der Ausstieg aus der Verwendung fossiler Energieträger lassen sich nur mit Nutzung erneuerbarer Energiequellen, wie Sonnenkraft, Wind und Wasserkraft erreichen. Der mit der Energiewende verbundene	Die Informationen über die Erstellung der Machbarkeitsstudie über die Ausweisung von Vorbehaltsflächen für Photovoltaikanlagen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Ausstieg aus der Verwendung fossiler Energieträger und der Wechsel zur Gewinnung der benötigten Energie aus erneuerbaren Energiequellen, kann neben der Windenergie nur durch einen Ausbau der Sonnenenergienutzung erreicht werden.	
TÖB-Nr.: 92 / Stadt Werder (Havel)		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1734	In den im Entwurf des Regionalplans festgelegten Vorbehaltsgebieten Siedlung kommt der Entwicklung von Wohnbauflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht zu (G 1.1). Im Gemeindegebiet der Stadt Werder (Havel) sind folgende Gebiete als solche Vorbehaltsgebiete ausgewiesen: • Nördliche Ortslage Derwitz, • Südliche Ortrslage Derwitz entlang der B 1, • Ortslage Plessow, • Ortslage Plötzin, • Glindow entlang der B 1 bis Morgenstücken/Havelobstallee und Grenzstraße, • Glindow Albertstraße / Ziemensstraße, • Glindow Elisabethstraße / Hermannstraße. In Petzow und Kemnitz ist die Darstellung unklar, Töplitz, Neu-Plötzin und Phöben sind nicht ausgewiesen. Anhand der Erläuterungen zum Planungskonzept v. 01.06.2021 ist anzunehmen, dass die ausgewiesenen Vorbehaltsgebiete mittels der Stufe 3 ermittelt wurden, als Nachbarortsteile von Werder und Glindow (Vorbehaltsgebiete der Stufe 1).	Die Sachverhalte sind korrekt wiedergegeben. Bezüglich Derwitz und Plessow wirken Erreichbarkeiten zu benachbarten Versorgungsschwerpunkten. Die Ortslagen Petzow und Kemnitz können jedoch wegen ihrer Lage im Freiraumverbund des LEP HR nicht als Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt werden. Hinweis: Plangeber des LEP HR sind die Länder Berlin und Brandenburg.
BE-ID: 1735	Zwar wird mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung nicht ausgeschlossen (Begründung S. 25, Rn 75), dennoch ist die Nichtausweisung der Ortsteile Töplitz, Neu-Plötzin und Phöben (ggf. Kemnitz u. Petzow) nicht nachvollziehbar. Zumal im Ortsteil Töplitz eine Grundschule, Kita und Nahversorgungsmarkt vorhanden sind und der Ortsteil somit bereits nach Stufe 1 als Vorbehaltsgebieten Siedlung ausgewiesen werden müsste.	Der Anregung wird in Teilen (für Töplitz und Phöben) gefolgt. Die benannten Ausstattungsmerkmale des Ortsteils Töplitz entsprechen der Bestimmung von Ortsteilen mit lokalen Versorgungsansätzen der Stufe 1 des Planungskonzepts für die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung. Außerdem entspricht die Erreichbarkeit des Ortsteils Phöbens den Kriterien nach Stufe 2. Entsprechend der nachfolgenden Stufen dieses Planungskonzepts erfolgt eine Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Siedlung für die Ortsteile Töplitz und Phöben in der Festlegungskarte. Neu-Plötzin erfüllt dagegen die Kriterien nach Stufe 2 nicht. Die Ortslagen Petzow und Kemnitz können jedoch wegen ihrer Lage im Freiraumverbund des LEP HR nicht als Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt werden (Hinweis: Plangeber des LEP HR sind die Länder berlin und Brandenburg). Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Die Absicht besteht nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften (z.B. des LEP HR für Ober- und Mittelzentren) gegeben sind, nicht ausgeschlossen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1736	Die Siedlungsbereiche Neu-Plötzin, Phöben, Kemnitz und Petzow sollten analog der Ortsteile Derwitz, Plessow und Plötzin im Sinne der Gleichbehandlung der Ortsteile als Vorbehaltsgebiet Siedlung auszuweisen. Dies entspricht auch den Darstellungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Werder (Havel). Ebenso ist der Ortsteil Töplitz aus den oben genannten Gründen als Vorbehaltsgebieten Siedlung festzulegen.	Der Anregung wird in Teilen (für Töplitz und Phöben) gefolgt. Die Ausstattungsmerkmale des Ortsteils Töplitz entsprechen der Bestimmung von Ortsteilen mit lokalen Versorgungsansätzen der Stufe 1 des Planungskonzepts für die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung. Außerdem entspricht die Erreichbarkeit des Ortsteils Phöbens den Kriterien nach Stufe 2. Entsprechend der nachfolgenden Stufen dieses Planungskonzepts erfolgt eine Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Siedlung für die Ortsteile Töplitz und Phöben in der Festlegungskarte. Neu-Plötzin erfüllt dagegen die Kriterien nach Stufe 2 nicht. Petzow und Kemnitz sind als Ortslagen im Freiraumverbund herausgehoben, können jedoch wegen ihrer Lage im Freiraumverbund des LEP HR nicht als Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt werden (Hinweis: Plangeber des LEP HR sind die Länder Berlin und Brandenburg). Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Die Absicht besteht nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften (z.B. des LEP HR für Ober- und Mittelzentren) gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 1737	Dagegen widerspricht die Darstellung der Vorbehaltsgebiete Siedlung in Glindow entlang der B1 bis Morgenstücken/Havelobstallee und Grenzstraße (siehe Anlage 1 [1]) sowie in Glindow Elisabethstraße/Hermannstraße (siehe Anlage 1 [3]) den gegenwärtigen kommunalen Entwicklungszielen. Auf diese Festlegungen soll verzichtet werden. Eine Zersiedlung des Außenbereiches und teilweise in Landschaftsschutzgebiete hinein wird in diesen Bereichen als städtebaulich nicht sinnvoll erachtet. Im Bereich Elisabethstraße/Hermannstraße wird mit der Festlegung eine Verfestigung und Erweiterung einer Splittersiedlung forciert. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Anlage 1 auf S. 4 der Stellungnahme]	Den Anregungen wird gefolgt und die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in den benannten Bereichen zurückgenommen. Aus den benannten Gründen wird das Vorbehaltsgebiet auch nördlich und südlich der Ziemensstraße verkleinert.
BE-ID: 1738	Im Bereich Albertstraße/Ziemensstraße (siehe Anlage 1 [2]) wird nur einer Festlegung straßenbegleitender Flächen zugestimmt, um auch hier eine unerwünschte Zersiedlung des Außenbereiches zu vermeiden. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Anlage 1 auf S. 4 der Stellungnahme]	Der Anregung wird gefolgt und die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in dem benannten Bereich zurückgenommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 1739	Die Stadt Werder (Havel) hat im Rahmen der Beteiligung zu den potenziellen Windeignungsgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 mit Schreiben vom 03.03.2021 Stellung genommen. Diese ist nach Abwägung in den vorliegenden Entwurf des Regionalplans eingeflossen. Teilweise wurde Belangen der Stadt nicht durch die Regionale Planungsstelle gefolgt, um Entscheidungen aktueller Genehmigungsverfahren für	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Windenergieanlagen im WEG 5 sowie dem Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Schwielowsee nicht vorwegzunehmen. Von einer erneuten Stellungnahme zu den Windeignungsgebieten wird abgesehen.	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 26 Plötzin-Ost		
BE-ID: 1740	Im Gemeindegebiet der Stadt Werder (Havel) ist das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung VB 26 Plötzin-Ost ausgewiesen. In diesem Bereich sind andere Nutzungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen, jedoch stellen Vorbehaltsgebiete eine Nutzungspräferenz für die Rohstoffgewinnung mit erhöhten Anforderungen hinsichtlich der Abwägung an konkurrierende Raumansprüche dar (s. Begründung S. 94, Rn 333). Die ausgewiesene Fläche liegt auf der Glindower Platte, welche für das Orts- und Landschaftsbild von besonderer Bedeutung ist (siehe Anlage 2). Als ein Alleinstellungsmerkmal der Region ist der Obstanbau in Werder von einer langen Tradition geprägt, die es zu schützen gilt. Die Obstplantagen auf der Glindower Platte zeugen von dieser Obstbautradition und sind von herausragender Bedeutung. Von dem szenischen „Panoramaweg Werderobst" sind die Flächen des Vorbehaltsgebiets einsehbar und damit in besonderem Maße erhaltenswert. Laut dem Landschaftsplan sind große Teile des Vorbehaltsgebiets als Obstflächen ausgewiesen und damit ein wesentlicher Faktor für die touristische Vermarktung sowie das wirtschaftliche Standbein der wenigen verbliebenden Obstbetriebe. Eine weitere Reduzierung und Rohstoffgewinnung würde insbesondere dem Natur- und Kulturlandschaftsbild enormen Schaden zufügen. [Anmerkung Exzerpierer: Anlage 2 auf S. 5 der Stellungnahme]	Den Bedenken wird teilweise gefolgt und der Gebietsvorschlag des LBGR nur noch in erheblich reduzierter Form übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild, Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). Anmerkung: Im verbleibenden VB bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass Sachverhalte (z.B. bzgl. Landschaftsbild) in vorgeschalteten bergbaulichen Betriebsplanverfahren abgestimmt werden können.
BE-ID: 1741	Im Gemeindegebiet der Stadt Werder (Havel) ist das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung VB 26 Plötzin-Ost ausgewiesen. Innerhalb des Vorbehaltsgebiets befindet sich darüber hinaus eine Biogasanlage, welche für die regionale Energiegewinnung relevant ist. Demzufolge ist das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung VB 26 Plötzin-Ost aus der weiteren Betrachtung auszuschließen. [Anmerkung Exzerpierer: Anlage 2 auf S. 5 der Stellungnahme]	Den Bedenken bzgl. der im Vorbehaltsgebiet gelegenen Biogasanlage wird gefolgt. Der Gebietsvorschlag des LBGR wird nur noch in reduzierter Form als Vorbehaltsgebiet übernommen. Die benannte Biogasanlage befindet sich nicht in dem verbleibenden Vorbehaltsgebiet.
TÖB-Nr.: 94 / Gemeinde Wiesenburg/Mark		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1742	Die Gemeinde Wiesenburg/Mark stellt zur Wiedernutzbarmachung einer Industriebrache einen Bebauungsplan zur Realisierung des KoDorfs im Bereich des Bahnhofs Wiesenburg auf. Auf dem Gelände des KoDorfs soll eine Wohnnutzung durch in Clustern angeordnete Einfamilienhäuser sowie untergeordnete gewerbliche Nutzung, vor allem im alten Sägewerksgebäude, stattfinden. Im aktuellen Entwurf des Bebauungsplans Nr. 16 „KoDorf - Altes Sägewerksgelände, Wiesenburg Bahnhof' ist das Gelände als dörfliches Wohngebiet (MDW) dargestellt. Im nördlichen Bereich des KoDorfs ist ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Ferienhäuser angedacht. Die damalig intensive gewerbliche Nutzung des Geländes hat für das Projekt zur Folge, dass die auf dem Grundstück verbliebenden Abfälle zu entsorgen sind. Aus diesem Grund wurde eine Förderung durch die Gemeinde Wiesenburg/Mark vom Land Brandenburg eingeworben. In den Gesprächen zur Verwendung der Fördermittel und zur Umsetzung des Projekts hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg geäußert, dass die nördlich angrenzenden und ebenfalls brachliegenden Grundstücke entwickelt werden sollten. Auf diesen angrenzenden Grundstücken befindet sich eine ehemalige Tischlerei und eine ehemalige Tankstelle. Beide Gebäude sind noch vorhanden. Es wird daher beabsichtigt, die Entwicklung der Fläche für das KoDorf in den Norden auszudehnen. Ich bitte Sie	Der Anregung wird gefolgt und die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Siedlung in dem benannten Bereich nach Norden bis zur Grenze des vom LEP HR als Ziel 6.2 festgesetzten Freiraumverbundes erweitert.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	daher den Entwurf des Regionalplans zu ändern und die Fläche für das Vorbehaltsgebiet Siedlung entsprechend zu erweitern. Die Änderung am Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 ergibt sich aus der beigefügten Skizze (siehe S.2 der Stellungnahme).	
BE-ID: 3472	Vorbehaltsgebiete Siedlung - In der Festlegungskarte sollten folgende Teilbereiche ergänzt werden, die im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens vorgesehen sind: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Karte Medewitz und Medewitzerhütten (Seite 1 unten) 2 Flächen: Eine kleine Fläche in Medewitzerhütten und eine Fläche am Bahnhof Medewitz (altes Sägewerk)]	Der angeregten Erweiterung des Vorbehaltsgebietes Siedlung wird lediglich in Medewitz gefolgt. Die Fläche steht im Einklang mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung. Das Planungskonzept hat sich gemäß Bedenken der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg (siehe BE 3485) wie folgt geändert: Die in Randnummer 42 (Stand 5.10.2021) vorgenommene Einschätzung, dass alle Ortslagen, die bis zu einem Kilometer von Zugangsstellen zum Schienenpersonenverkehr gelegen sind, allgemein für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Betracht gezogen werden können, wird aufgegeben. Daher erfüllt Medewitzerhütten nicht mehr die nötigen Erreichbarkeiten und entfällt als Ortslage für eine Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung vollständig.
BE-ID: 3473	Vorbehaltsgebiete Siedlung - In der Festlegungskarte sollten folgende Teilbereiche ergänzt werden, die im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens vorgesehen sind: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Karte Wiesenburg mit Bahnhof (Seite 2 oben): 3 Flächen am Bahnhof (alte Tankstelle, Bestand Wohnen)]	Den angeregten Erweiterungen der Vorbehaltsgebiete Siedlung wird gefolgt, sofern keine Flächenkonflikte mit dem Freiraumverbund nach LEP HR sowie dem Landschaftsschutzgebiet "Hoher Fläming - Belziger Landschaftswiesen" auftreten.
BE-ID: 3474	Vorbehaltsgebiete Siedlung - In der Festlegungskarte sollten folgende Teilbereiche ergänzt werden, die im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens vorgesehen sind: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Karte Jeserig/Grubo (Seite 2 unten): Ergänzungsfläche Ortsteil Jeserig]	Der angeregten Erweiterung des Vorbehaltsgebietes Siedlung im Ortsteil Jeserig wird gefolgt. Die Fläche steht im Einklang mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung.
BE-ID: 3475	Vorbehaltsgebiete Siedlung - In der Festlegungskarte sollten folgende Teilbereiche ergänzt werden, die im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens vorgesehen sind: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Karte Jeserig/Grubo (Seite 2 unten): Abrundungsfläche (Baugrundentwicklung auf der anderen Seite der Dorfstraße) in Grubo (hier müsste der Ort ggf. als Vorbehaltsgebiet mit aufgenommen werden); im Ort befindet sich auch unsere zweitgrößte Kita und die größte Landbaugenossenschaft der Gemeinde sowie drittgrößte Feuerwehreinheit]	Der angeregten Aufnahme eines Vorbehaltsgebietes Siedlung für den Ortsteil Grubo wird nicht gefolgt. Begründung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sowie konfliktarm sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg / 15 Min. mit dem Fahrrad / 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Diesem Planungskonzept entspricht die Ortslage Grubo jedoch nicht. Darüber hinaus besteht nicht die Absicht einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3476	Vorbehaltsgebiete Siedlung - In der Festlegungskarte sollten folgende Teilbereiche ergänzt werden, die im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens vorgesehen sind: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Karte Reetz/Reetzerhütten (Seite 3 oben): Ergänzungsfläche in der Ortslage Reetz (Erweiterung FFW und Kita plus Sportplatz), hier soll im FNP Sonderbaufläche für Gemeinbedarf ausgewiesen werden. Reetz ist der zweitgrößte Ortsteil der Gemeinde mit über 500 EinwohnerInnen, dieser sollte als Vorbehaltsgebiet mit aufgenommen werden. Hier ist unsere drittgrößte Kita, zweitgrößte FFW, unser einziges Freibad, unsere einzige Kegelbahn, es gibt ein Café und Gästezimmer und es sind noch diverse Gewerbetreibende vor Ort.]	Der angeregten Aufnahme eines Vorbehaltsgebietes Siedlung für den Ortsteil Reetz wird nicht gefolgt. Begründung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sowie konfliktarm sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg / 15 Min. mit dem Fahrrad / 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Diesem Planungskonzept entspricht die Ortslage Reetz jedoch nicht. Darüber hinaus besteht nicht die Absicht einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 3477	Vorbehaltsgebiete Siedlung: In der Festlegungskarte sollten folgende Teilbereiche ergänzt werden, die im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens vorgesehen sind: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Karte Reetz/Reetzerhütten (Seite 3 oben): Abrundungsfläche in der Ortslage Reetzerhütten (Baugrundentwicklung auf der anderen Seite der Dorfstraße)]	Der angeregten Erweiterung des Vorbehaltsgebietes Siedlung im Ortsteil Reetzerhütten wird gefolgt. Die Fläche steht im Einklang mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 3478	Landwirtschaft - In der Festlegungskarte sollten folgende Teilbereiche ergänzt werden, die im Zuge des Flächennutzungsplansverfahren vorgesehen sind: * Karte Wiesenburg mit Bahnhof (Seite 2 oben): 2 Flächen rot markierter Rahmen im Osten Wiesenburgs (Erweiterung Gewerbegebiet), hier sollte das Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft eingekürzt werden (soweit wie der Außenbereich ohne Landschaftsschutzgebiet reicht).	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde geändert. Die geplanten Festlegungen des sich in Aufstellung befindenden Flächennutzungsplans der Gemeinde Wiesenburg/Mark sind von den Vorranggebieten Landwirtschaft nicht betroffen. Der in der Stellungnahme dargestellte Bereich zur Erweiterung des Gewerbegebiets östlich der Ortslage Wiesenburg/Mark wird im Rahmen der Abwägung kommunaler Belange berücksichtigt.
TÖB-Nr.: 96 / Gemeinde Wustermark		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1999	Nach einem umfangreichen Meinungsbildungs- und Erörterungsprozess hat sich die Gemeindevertretung der Gemeinde Wustermark in ihrer Sitzung vom 12. Juli 2022 mehrheitlich auf folgenden Wortlaut für die Stellungnahme der Gemeinde geeinigt: Die Gemeinde Wustermark begrüßt die Fertigstellung des Regionalplans Havelland-Fläming als wesentlichen Meilenstein zu einer rechtssicheren langfristigen Gemeindeentwicklung.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2001	Ich möchte Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich für die eingeräumte Fristverlängerung danken, die wir nochmals sehr intensiv genutzt haben, um die Mitglieder der Gemeindegremien von der Notwendigkeit einer ambitionierten Ausweisung von Windeignungsgebieten zu überzeugen. Letztlich haben dann aber doch Bedenken wie die Sorge vor zusätzlichem Schattenschlag oder die gefühlte überdurchschnittliche Belastung des Gemeindeteils Wernitz die Gemeindevertretung dazu bewogen, auf die 5.000 m Mindestabstand hinzuwirken.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 38 Ketzin/Havel-Wustermark		
BE-ID: 2000	Hinsichtlich des ausgewiesenen Windeignungsgebiets„ WEG 38 Ketzin/Havel-Wustermark" nimmt die Gemeinde wie folgt Stellung: 1. Der geplante Mindestabstand zu Dorf-, Misch-, Kern-, urbanen, allgemeinen Wohn- und Kleinsiedlungsgebieten von 1.100 m soll unbedingt eingehalten werden. 2. Die Überschreitung eines Umfassungswinkels von 120 Grad in einem Umfeld von 3.500 m um die unter 1. genannten Gebiete soll unbedingt vermieden werden. 3. Zwischen den Grenzen des „ WEG 38 Ketzin/Havel-Wustermark" und des benachbarten Windeignungsgebiets „WEG 37 Nauen" soll ein Mindestabstand von 5.000 m eingehalten werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 99 / Stadt Zossen		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2002	Die Stadt Zossen gibt folgende Stellungnahme zu den einzelnen Punkten ab: 1. Siedlung: 1.1. Vorbehaltsgebiete Siedlung: Die in der Festlegungskarte als „Vorbehaltsgebiete Siedlung" bezeichneten Darstellungen sind zwar zum großen Teil mit dem aktuellen Flächennutzugsplan (FNP) der Stadt Zossen aus dem Jahr 2018 deckungsgleich, jedoch sind Bereiche in Wünsdorf-Waldstadt und in der Siedlung Neuhof, die im FNP als Siedlungsflächen bzw. gemischte Bauflächen ausgewiesen sind, nicht berücksichtigt worden. Durch den starken Zuzug und der aktuell gleichbleibenden hohen Nachfrage nach Wohnraum im Stadtgebiet, möchte ich Sie darum bitten, die Flächen diesbezüglich anzugleichen.	Der Anregung wird weitgehend gefolgt. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Die Absicht besteht also nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften (z.B. des LEP HR für das Mittelzentrum Zossen) gegeben sind, nicht ausgeschlossen. Die Abgrenzung des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Vorbehaltsgebiets Siedlung in den genannten Bereichen wurde noch einmal geprüft und in Bereichen von Übereinstimmung mit dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung umfangreich angepasst.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2005	2. Freiraum 2.1. Vorbeugender Hochwasserschutz Keine Betroffenheit der Stadt Zossen erkennbar.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 25 Wünsdorf		
BE-ID: 2006	2.2. Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Für die Stadt Zossen ist das Thema Windenergienutzung von besonderer Bedeutung. Nach Durchsicht der Unterlagen ist festzustellen, dass unsere Stellungnahme vom 07.04.2021 keine wesentliche Berücksichtigung gefunden hat. Die 2017 nachgewiesenen Brutstätten des Ziegenmelkers fanden ebenso nicht die gewünschte Berücksichtigung bei der Abgrenzung des WEG 25 Wünsdorf, wie auch die Populationen von Fledermäusen. In der Festlegungskarte greift das nördliche Teilgebiet weit in einen Bereich ein, der im FNP als „Fläche für Wald" dargestellt ist. Aufgrund der veralteten Datenlage aus dem Jahr 2013, die das Landesamt für Umwelt nicht mehr anerkennt, hat sich die Stadt Zossen dazu entschlossen, die Fledermausdaten für das Stadtgebiet zu aktualisieren. Hierzu ist ein Gutachterbüro beauftragt worden, um die Daten zur Fledermauspopulationen zu erheben. Die Untersuchungen werden aktuell durchgeführt und sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Daher fordere ich Sie auf, das Untersuchungsergebnis und die damit möglichen Verschiebungen der Flächengröße im weiteren Entwurfs- und Planungsprozess zu berücksichtigen. Abzuwarten bleibt, wie sich das Vorhaben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zur "Beschleunigung des naturverträglichen Ausbaus der Windenergie an Land" und die damit einhergehende Übertragung von Kompetenzen auf den Bund, auf die Regionalplanung und somit direkt auf die Flächennutzungsplanung der Städte und Gemeinden auswirken wird.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 16 Kallinchen-Süd		
BE-ID: 2007	2.3. Oberflächennahe Rohstoffe Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass die Darstellungen in der Festlegungskarte zum Vorbehaltsgebiet 16 (VB 16) außerhalb des im FNP der Stadt Zossen dafür vorgesehenen Flächen für ,,Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen" liegen.	Kenntnisnahme. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß. Jedoch kommen dem Belang der regional bedeutsamen Rohstoffsicherung bei der Abwägung mit konkurrierenden Raumansprüchen, welche eine mögliche Rohstoffgewinnung dauerhaft erschweren oder behindern, ein besonderes Gewicht zu. Eine Anpassungspflicht im Rahmen einer FNP-Fortschreibung sowie weitere Abbau spezifische Sachverhalte werden erst im Rahmen bergbaulicher Genehmigungsverfahren konkret.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2004	1.2. Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte Das „Gewerbegebiet Zossen Nord", welches sich derzeit in einem frühen Planungsstadium befindet, liegt unmittelbar an einem Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Das Gewerbegebiet erfüllt zwar nicht die Kriterien, um es zeichnerisch in den Plan mit aufzunehmen, jedoch sollte das landwirtschaftliche Vorranggebiet so angepasst werden, dass es zu keinen Überschneidungen mit der Planung der Stadt Zossen kommt. Das Plangebiet ist ein wichtiges Vorhaben zur	Der Anregung wird gefolgt. Die Abgrenzung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft wird an die Darstellung der gewerblichen Bauflächen im Bereich Zossen-Dabendorf Nord gemäß der zeichnerischen Darstellung in der Stellungnahme der Stadt Zossen angepasst.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Stärkung des Wirtschaftsstandortes Zossen. Hierzu ist in der Anlage ein Ausschnitt des aktuell gültigen Geltungsbereiches.	
TÖB-Nr.: 100 / Landkreis Dahme-Spreewald		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1440	Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPlG) [15] Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region. Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 soll auch Festlegungen zur räumlichen Steuerung der Planung und Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen beinhalten. Diese Fassung bildet die Grundlage für die Festlegungen zur Windenergienutzung im vorliegenden Entwurf des Regionalplans. Der Entwurf des „Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0", Stand 05.10.2021 wurde zur Kenntnis genommen. Es ergeht nachfolgende Stellungnahme.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1444	Weitere Fachämter Seitens der unteren Wasserbehörde, unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde, dem Fachbereich Landwirtschaft, der unteren Denkmalschutzbehörde, dem Straßenbaulastträger der Kreisstraßen sowie dem Fachbereich Wirtschaft und Tourismus des Landkreises Dahme-Spreewald gibt es keine weiteren Hinweise zu dem „Regionalplan Havelland-Flämimng 3.0".	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 1442	Bauleit- und strategische Planung Der Regionalplan Havelland-Fläming grenzt östlich an die Grenze des Landkreises Dahme Spreewald an. Eine direkte Betroffenheit ist bei der Darstellung der Windeignungsgebiete WEG 3 (Groß Ziescht), WEG 17 (Dahme/Mark-Ost) und WEG 25 (Wünsdorf) erkennbar. Die Windeignungsgebiete WEG 3, WEG 17 und WEG 25 bilden bereits landkreisübergreifende Windparkgebiete. Diese decken sich mit der bisherigen Darstellung aus dem „Regionalplan Havelland-Fläming 2020". Die harten und weichen Tabukriterien wurden eingehalten, daher gibt es keine weiteren Hinweise oder Einwände.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 1441	Untere Naturschutzbehörde Die untere Naturschutzbehörde (uNB) wurde im Rahmen der Trägerbeteiligung am Verfahren beteiligt. In der Stellungnahme des Landkreises Dahme-Spreewald vom 26.02.2022 zur Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung wurden keine Bedenken zur Planung geäußert. Aus Sicht der uNB wurden die Auswirkungen auf die Schutzgüter, sowie deren Wechselwirkungen umfangreich und nachvollziehbar dargestellt. Es gibt keine weiteren Hinweise oder Anmerkungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 101 / Landkreis Elbe-Elster		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2596	Durch die untere Bauaufsichtsbehörde ([Name anonymisiert]) werden zur Planung grundsätzlich keine Einwände vorgetragen.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2597	Die Beteiligung der Stadt Schönewalde sowie des Amtes Schlieben (bestehend aus den Gemeinden Fichtwald, Hohenbucko, Kremitzaue, Lebusa und der Stadt Schlieben) im Landkreis Elbe-Elster, als direkt an den Planungsraum angrenzende Gebietskörperschaften, wird vorausgesetzt.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die genannten Gebietskörperschaften hatten die Möglichkeit zur Beteiligung am Beteiligungsverfahren nach §9 ROG
BE-ID: 2599	Der unteren Bauaufsichtsbehörde sind aktuell keine weiteren Planungen und Maßnahmen bekannt, die für die Planaufstellung bedeutsam sein könnten. Die Planinhalte der Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sind im erforderlichen Umfang auf die bestehenden Planwerke im Hoheitsgebiet des Landkreises Elbe-Elster abzustimmen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2600	Die untere Naturschutzbehörde nimmt zum Vorhaben wie folgt Stellung: Nach Prüfung der Unterlagen gibt es keine Berührungspunkte bzw. keine Einwände gegen den Entwurf der Regionalplanung „Havelland-Fläming 3.0".	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2601	Die untere Wasserbehörde hat keine Einwände gegen den Entwurf der Regionalplanung „Havelland-Fläming 3.0".	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2602	Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde stimmt dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 ohne weitere Hinweise und Ergänzungen zu.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2603	Die untere Denkmalschutzbehörde kann auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen für die genannte Planung keine Berührung von denkmalpflegerischen Belange auf dem Territorium des Landkreises Elbe-Elster erkennen.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2604	Das Sachgebiet Straßen- und Tiefbau hat keine Einwände.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2607	Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Sie ersetzt weder erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen noch privatrechtliche Zustimmungen und Vereinbarungen. Die Stellungnahme verliert bei wesentlicher Änderung der Planungsgrundlagen ihre Gültigkeit.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 15 Welsickendorf		
BE-ID: 2598	In Bezug auf die Festlegung des „Eignungsgebietes für die Windenergienutzung 15" (Welsickendorf) wird darauf hingewiesen, dass sich auf der ehem. militärischen Liegenschaft von Hohenkuhnsdorf (hier Nahbereich der Grundstücke mit den Flst.-Nr. 36, 83, 83, 85 in Flur 2, Gemarkung Hohenkuhnsdorf) nach Kenntnis der uBaB des Landkreises Elbe-Elster verschiedene gewerblich-orientierte Ansiedlungen befinden (nach BImSchG genehmigter Recyclinghof sowie ein Forstbetriebsgebäude eines privilegierten Forstwirtschaftsbetriebes im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB), die bei der Festlegung des WEG 15 in ausreichendem Maße zu berücksichtigen sind (u.a . § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2606	Darüber hinaus stellt das Sachgebiet Kreisentwicklung fest, dass das Windeignungsgebiet 15 Welsickendorf an der Landkreisgrenze zum Landkreis Elbe-Elster direkt an eine Kampfmittelverdachtsfläche grenzt (siehe Anlage). Als Träger öffentlicher Belange sollte der Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg (Kampfmittelbeseitigungsdienst Am Baruther Tor 20 15806 Zossen OT Wünsdorf) konsultiert werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2605	Das Sachgebiet Kreisentwicklung teilt mit, dass aus es bergbauplanerischer Sicht keine Einwände gegen den o.g. Regionalplan gibt. Die im Landkreis Elbe -Elster befindlichen Rohstoffsicherungsflächen des Sachlichen Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" (Regionalplan Lausitz-Spreewald) werden nicht tangiert. Zudem besitzen die Rohstoffsicherungsflächen des Regionalplans Havelland-Fläming einen ausreichenden Abstand zu den im Landkreis Elbe-Elster befindlichen Rohstoffsicherungsflächen (mind. 8 km).	Die Stellungnahme zur fehlenden Betroffenheit wird zur Kenntnis genommen. Hieraus ergibt sich kein Änderungsbedarf.
TÖB-Nr.: 102 / Landkreis Oberhavel		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2608	Der Landkreis Oberhavel wurde durch Sie mit Schreiben vom 08.02.2022 aufgefordert, zum Planentwurf, seiner Begründung einschließlich der ergänzenden Unterlagen und zum Umweltbericht des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 für die Planungsregion der Mitgliedslandkreise Potsdam-Mittelmark, Havelland und Teltow-Fläming sowie der kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel als Träger öffentlicher Belange Stellung zu nehmen.Die koordinierende Aufgabe der Bündelung der Stellungnahmen der Kreisverwaltung als Träger öffentlicher Belange obliegt dem Fachbereich Bauordnung und Kataster, Fachdienst Rechtliche Bauaufsicht. Von Seiten des Landkreises Oberhavel werden keine weiterführenden Hinweise abgegeben. Die formellen und materiellen Regelungsinhalte sowie Erfordernisse, die aus weiteren Rechtsvorschriften entstehen, bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 103 / Landkreis Ostprignitz-Ruppin		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1447	Für Ihre Beteiligung als berührte Behörde zu o. g. Planverfahren, gern. § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit§ 2 Absatz 3 RegBkPIG, bedanken wir uns. Im Folgenden erhalten Sie Hinweise und Anregungen des Landkreises Ostprignitz-Ruppin (LK OPR) als Gesamtstellungnahme. Die Zuarbeiten der Fachämter und Behörden der Kreisverwaltung wurden hinsichtlich ihres fachspezifischen Inhaltes eingearbeitet.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1448	Team Kreisentwicklung: Das Team Kreisentwicklung hat keine Anregungen und Hinweise.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1449	Untere Bodenschutzbehörde: Aus Sicht der unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Ostprignitz-Ruppin (OPR) sind keine Belange des Bodenschutzes betroffen. Hinweis: Es gibt keine landkreisübergreifenden Altlasten, die im Altlastenkataster des Landkreises OPR registriert sind.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1450	Untere Denkmalschutzbehörde: Durch die Planung, insbesondere durch die Ausweisung von Hochwasserschutzgebieten und Gebieten zur Windenergienutzung, werden Belange des Denkmalschutzes nicht berührt. Maßgeblich sind die konkrete Umsetzung der Planung und die entsprechenden Maßnahmen, die sich aus der Planung ergeben. Eine konkrete Bewertung kann erst erfolgen, wenn diese bekannt sind. Eine detaillierte denkmalpflegerische Stellungnahme erfolgt durch das als TöB zuständige Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum.	Die Unbetroffenheit der unteren Denkmalschutzbehörde wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 104 / Stadt Hennigsdorf		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 368	Die Stadt Hennigsdorf bedankt sich für die Beteiligung zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Die Gemarkung von Hennigsdorf grenzt im südwestlichen Teil ihrer Gemarkung an die Gemeinde Schönwalde-Glien. Aus diesem Grund wird Hennigsdorf als Nachbargemeinde an den Planungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming beteiligt.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 369	Der Flächennutzungsplan der Stadt Hennigsdorf weist im Grenzbereich zu Schönwalde Flächen für die Landwirtschaft und Wald aus. Zudem liegen diese Flächen im Landschaftsschutzgebiet Nauen-Brieselang-Krämer, welches sich in Richtung Westen in die Region Havelland-Fläming erstreckt und über die Gemeindegrenzen hinaus einen gemeinsamen erhaltenswerten Landschaftsraum bildet. Des Weiteren erstreckt sich das FFH-Gebiet Muhrgraben -Teufelsbruch bis in die Gemarkung Schönwalde.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 370	In der Stadt Hennigsdorf gibt es derzeit keine beabsichtigten Planungen oder Maßnahmen, die für den Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 bedeutsam sein können. Wir bedanken uns für die Beteiligung und wünschen Ihnen für den weiteren Planungsprozess viel Erfolg.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 107 / Gemeinde Fehrbellin		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2593	Zum betreffenden Planentwurf (Stand Oktober 2021) gibt es keine Anregungen und Bedenken; unmittelbare Auswirkungen der Planung auf die Gemeinde Fehrbellin sind nicht erkennbar.	Der Sachverhalt, dass keine Anregungen und Bedenken mitgeteilt werden, wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 114 / Gemeinde Schönefeld		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 346	Von Seiten der Gemeinde Schönefeld bestehen keine Einwände zum Entwurf des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. Es wird lediglich, wie bereits im Entwurf erfolgt, um Berücksichtigung des Flughafenstandortes BER und damit einhergehende Beschränkungen gebeten. Um weitere Beteiligung am Verfahren wird gebeten.	Die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Seitens der Stellungnehmerin bestehen keine Einwände zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Wie zutreffend mitgeteilt, wird die Planungszone Siedlungsbeschränkung nachrichtlich aus dem Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) in der Festlegungskarte dargestellt. Eine weitere Beteiligung am Verfahren als Träger öffentlicher Belange wird gewährleistet.
TÖB-Nr.: 125 / Stadt Luckau		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2532	Wir danken für die Beteiligung an der Erarbeitung des Entwurfs des Regionalplanes Havelland-Fläming. Nach Durchsicht der mit Schreiben vom 08.02.2022 übergebenen Unterlagen zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 teilen wir Ihnen fristgerecht mit, dass gegen die geplanten Festlegungen keine Bedenken bestehen und städtebauliche Entwicklungsabsichten der Stadt Luckau nicht beeinträchtigt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 126 / Gemeinde Heideblick		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 619	Mit Schreiben vom 08.02.2022 wurde die Gemeinde Heideblick im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Die Ortsbeiräte der angrenzenden Ortsteile wurden durch mich aufgefordert, die Entwurfsunterlagen einzusehen und mir gegebenenfalls Punkte für eine Stellungnahme mitzuteilen. Hier gab es keine Rückmeldungen.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 620	Die Gemeinde Heideblick weist vorsorglich darauf hin, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald derzeit den Teilregionalplan „Windkraft" überarbeitet. Hieraus könnten sich Überschneidungen mit vorhandenen und geplanten Windeignungsgebieten ergeben, welche zu beachten und einzuarbeiten sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 135 / Bundeseisenbahnvermögen Dienststelle Nord		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 350	Im Weiteren werden durch das Bundeseisenbahnvermögen im Rahmen der TOB Beteiligung keine Einwendungen erhoben.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 347	Nach Durchsicht des mit Schreiben vom 08.02.2022 vorgelegten Entwurfs des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 geben wir nachfolgende Stellungnahme insbesondere zum Abschnitt IV.1 „Siedlung" ab. Das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) begrüßt ausdrücklich die Fortschreibung des Grundsatzes, neue Siedlungsentwicklungen überwiegend in Ober- und Mittelzentren zuzulassen, die in weniger als 60 Fahrminuten über die Schiene erreichbar sind und sich dabei vorrangig im Umfeld von Schienenhaltepunkten befinden. Beigepflichtet wird dem Grundsatz der Nachnutzung von Konversionsflächen, sofern eine raumverträgliche Verkehrsanbindung gegeben ist. Hier möchte das BEV auf nicht mehr für den Bahnbetrieb benötigte Flächen verweisen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die in "ff) Berücksichtigung von Merkmalen der Zentralen Orte der Region" des Planungskonzepts für die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung zu Grunde gelegten Sachverhalte resultieren aus der Anwendung des LEP HR, Grundsatz 5.8 "Wohnsiedlungsflächenentwicklung in den Städten der zweiten Reihe". Ein konkretisierender Flächen- bzw. Eigentümerbezug erfolgt in der kommunalen Bauleitplanung.
BE-ID: 348	In den im Punkt IV.1. ff) Textmarke 66 explizit ausgewiesenen Schwerpunktbereichen/Achsengemeinden verfügt das BEV durchaus über betrachtungswürdige Flächen, die im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes sowie in der Untersetzung mit anderen Plänen in Verbindung mit Punkt IV.1. c) Textmarken 72, 74 einer tiefergründigen Betrachtung zur Eignung und zum Aufschluss als Siedlungsfläche unterzogen werden sollten.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Konkretisierung der Planung erfolgt auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung. Die Vorbehaltsgebiete Siedlung dienen hierbei als raumordnerische Empfehlung der Regionalplanung zur Konkretisierung des Vorrangs der Innenentwicklung sowie zum Anschluss neuer Siedlungsflächen. Eine Planänderung erfolgt daher nicht.
BE-ID: 349	Sofern wir im Rahmen der Landes- und Siedlungsentwicklung Interesse an Grundstücken und Flächen des Bundeseisenbahnvermögens bewirken können, stehen wir Ihnen für weitergehende Nachfragen gern zur Verfügung. Auf Grund der Planungstiefe ist jedoch nicht eindeutig erkennbar, in wie weit vereinzelt sich unserem Eigentum befindliche Objekte von der Regionalplanung betroffen sind. Sollte das der Fall sein,	Das Angebot wird zur Kenntnis genommen, eine Planänderung jedoch nicht bewirkt. Der konkretisierende Flächen- bzw. Eigentümerbezug erfolgt in der kommunalen Bauleitplanung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	unterstellen wir, dass zum Schutz der dortigen Bewohner alle gesetzlichen Bestimmungen/ Mindestanforderungen in den sich anschließenden Planungstiefen beachtet werden.	
TÖB-Nr.: 137 / Bundesministerium für Digitales und Verkehr		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 45	Folgende Bedarfsplanmaßnahmen sind baurechtlich noch nicht gesichert und bei Festlegung der Erfordernisse der Raumordnung (insbesondere der Festsetzung von Vorrangflächen für die Landwirtschaft) zu berücksichtigen: 1.) A 10, AD Werder-AD Havelland (Erweiterung- Weiterer Bedarf mit Planungsrecht), 2.) B 101, OUs Welsickendorf, Kloster Zilma (Neubau-Weiterer Bedarf), 3.) B 102, OU Premnitz (Neubau - Vordringlicher Bedarf, im Planfeststellungsverfahren).	Für linienhafte Infrastrukturen ist eine Ausnahme von der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft vorgesehen (Z 2.3 Absatz 3). Die genannten Ortsumfahrungen entsprechen dem Ausnahmetatbestand.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 44	Folgende Bedarfsplanmaßnahmen sind baurechtlich noch nicht gesichert und bei Festlegung der Erfordernisse der Raumordnung (insbesondere der Konkretisierung des Freiraumverbundes) zu berücksichtigen: 1.) A 10, AD Werder-AD Havelland (Erweiterung- Weiterer Bedarf mit Planungsrecht), 2.) B 101, OUs Welsickendorf, Kloster Zilma (Neubau-Weiterer Bedarf), 3.) B 102, OU Premnitz (Neubau - Vordringlicher Bedarf, im Planfeststellungsverfahren).	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
nicht zuordenbar		
BE-ID: 46	Da auch Berührungspunkte mit bestehenden Straßen bestehen, bitte ich sicherzustellen, dass auch die Auftragsverwaltung des Landes Brandenburg - das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung - und die Autobahn GmbH des Bundes beteiligt waren bzw. werden. Nur dort liegen ausreichend detaillierte Kenntnisse über eventuell vorgesehene Maßnahmen und insbesondere über eventuelle Anforderungen im Geltungsbereich des o. g. Regionalplans vor.	Die Zuständigkeiten werden zur Kenntnis genommen. Die Auftragsverwaltung des Landes Brandenburg (Landesbetrieb Straßenwesen TÖB ID 2080), das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (TÖB ID 166) sowie die Autobahn GmbH des Bundes (TÖB ID 2061) sind separat beteiligt worden.
TÖB-Nr.: 140 / Deutsche Bahn AG		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 475	Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB Netz AG, DB Station und Service AG und der DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zum oben genannten Verfahren. Da durch Verfahren planfestgestellten und gewidmeten Bahnflächen sowie Betriebsanlagen der Eisenbahn berührt werden, bitten wir Sie, folgende Stellungnahme in Ihrem weiteren Verfahren zu beachten bzw. mit einzubeziehen. Bei den Flächen der DB AG handelt es sich um gewidmete Eisenbahnbetriebsanlagen, die dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) unterliegen. Änderungen an Eisenbahnbetriebsanlagen unterliegen demnach dem Genehmigungsvorbehalt des EBA (§ 23 Absatz 1 AEG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 2 BEVVG i.V.m. § 18 AEG). Die Überplanung von Bahngrund durch eine andere Fachplanung ist bis zu einer Freistellung der Fläche von Bahnflächen durch das EBA unzulässig (BVerwG, Urteil vom 12.03.2008, Az. 9 A 3.06).	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 476	Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass auch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) im Rahmen der Fachanhörung direkt am Verfahren zu beteiligen ist. Haben die Planungen Auswirkungen auf die Gesamtsicherheit der Eisenbahnbetriebsanlagen, so ist in jedem Fall die Genehmigung des EBA (§ 4 AEG) einzuholen (siehe auch EBA-Verfügung vom 17.09.2008, VMS-Nr. 256035).	Das Eisenbahn-Bundesamt ist von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming am Verfahren beteiligt worden (TÖB Nr. 419).

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 479	Bei Planungs- und Bauvorhaben in räumlicher Nähe zu Bahnbetriebsanlagen ist zum Schutz der Maßnahme und zur Sicherung des Eisenbahnbetriebs das Einhalten von Sicherheitsabständen zwingend vorgeschrieben.	Die vorgebrachten Hinweise können im regionalplanerischen Maßstab nicht berücksichtigt werden und sind ggf. Gegenstand nachgelagerter Genehmigungsverfahren.
BE-ID: 481	Im Rahmen von weiteren Planungen und vor der Durchführung einzelner Maßnahmen ist jeweils die Stellungnahme der Deutschen Bahn über die DB Immobilien einzuholen. Wir behalten uns vor, zu weiterführenden Planungen, die sich aus diesem Regionalplan entwickeln werden, unabhängig von unserer vorstehenden Stellungnahme Bedenken und Anregungen vorzubringen. Diese können auch grundsätzlicher Art sein, sofern Unternehmensziele oder Interessen der Deutschen Bahn AG dies erfordern. Wir bitten Sie, uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen und uns zu gegebener Zeit den Beschluss zu übersenden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 478	Da Bahnstrecken der DB Netz AG von der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten zum vorbeugenden Hochwasserschutz betroffen sind bzw. sein können, bitten wir Sie folgende Punkte zu beachten. • Die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen (insbesondere Bahndamm, Signale, Oberleitungsmasten, Gleise etc.) sind stets zu gewährleisten. • Sollten durch die Festsetzung bauliche Veränderungen an den planfestgestellten Betriebsanlagen erforderlich werden, so hat der Vorhabensträger die hieraus resultierenden Kosten zu tragen. • Bei allen Planungen und Maßnahmen ist zu beachten, dass die vorgegebenen Vorflutverhältnisse der Bahnkörper-Entwässerungsanlagen nicht beeinträchtigt werden dürfen. Die Entwässerung des Bahnkörpers muss weiterhin jederzeit gewährleistet sein.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Beeinträchtigungen der Bahnstrecken der DB Netz AG sind durch die Festlegungen zum Vorbeugenden Hochwasserschutz nicht verbunden. Als Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz werden Gebiete festlegelegt, die bei einem extremen Hochwasserereignis überflutet werden. Vorbehaltsgebieten ist gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 ROG bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen. Demgemäß soll in den Vorbehaltsgebieten Vorbeugender Hochwasserschutz bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die spezifische Hochwassergefährdung berücksichtigt werden, indem eine an die spezifische Hochwassergefahr angepasste Nutzung und Bauweise gewährleistet wird. Ziel der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Vorbeugender Hochwasserschutz ist es, die mit einem Hochwasserereignis einhergehenden Gefahren und Risiken einzuschränken, indem vorbeugende Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen getroffen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 477	Da durch bzw. angrenzend zu geplanten Eignungsgebieten für die Windenergienutzung aktive Bahnstrecken der DB Netz AG verlaufen sind folgende Punkte zu beachten: • Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG). • Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor den Gefahren des Eisabwurfs und für den Ausschluss von Störpotentialen, dem sog. Stroboskopeffekt, dringend geschützt werden. • Um dies zu gewährleisten, müssen WEA gemäß „Eisenbahnspezifische Technische Baubestimmungen" (EiTB) Kapitel 2.7 Anlage A 1.2.8./6 einen Abstand von größer 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) Abstand zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen. • Für Freileitungen aller Spannungsebenen, z. B. 110 kV-Bahnstromleitungen der DB Energie GmbH und 15 kV-Speiseleitungen an den elektrifizierten Bahnstrecken der DB Netz AG etc., gelten	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	die Abstandsregelungen in DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210-03):2011-01. • Die folgende Grafik verdeutlicht die textliche Beschreibung der Norm: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Beschreibung der Grafik: grafische Darstellung von Freileitung und Windenergieanlage mit eingefügten textlichen Erläuterungen zu Abstandsregelungen: Freileitungen ohne Schwingungaschutzmaßnahme ~ 3 x Rotordurchmesser D; Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahme ~ 1 x Rotordurchmesser D]	
TÖB-Nr.: 142 / Landeseisenbahnaufsicht Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 73	Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) des Landes Brandenburg ist gemäß § 5 Abs. 1a Nr. 2 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) zuständig für die Aufsicht über die nichtbundeseigenen Eisenbahnen im Land Brandenburg. Nichtbundeseigene Eisenbahnen sind durch die Planung nicht betroffen, ich gehe davon aus, dass durch ihr Planungen keine Konflikte entstehen. Dadurch sind keine von der Landeseisenbahnaufsicht wahrzunehmenden Belange berührt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass durch diese Stellungnahme Belange bundeseigener Bahnen nicht erfasst sind.	Die Zuständigkeit des MIL wird zur Kenntnis genommen. Die Deutsche Bahn AG (TÖB ID 140), das Eisenbahn-Bundesamt (TÖB ID 419) sowie die DB Netz AG (TÖB ID 421) sind separat beteiligt worden.
TÖB-Nr.: 145 / Deutscher Wetterdienst, Niederlassung Potsdam		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 133	Das geplante Vorhaben beeinträchtigt nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes. Deshalb werden dagegen keine Einwände erhoben. Sofern Sie für Vorhaben in Ihrem Einzugsgebiet amtliche klimatologische Gutachten für die Landes-, Raum- und Städteplanung, für die Umweltverträglichkeit (UVP) o. ä. benötigen, können Sie diese bei uns in Auftrag geben bzw. Auftraggeber in diesem Sinne informieren.	Kenntnisnahme.
TÖB-Nr.: 153 / Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2378	Mit Schreiben vom 8. Februar baten sie um Stellungnahme der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Die geplanten Änderungen beziehen sich auf Festsetzungen zu den Themen Siedlung, Hochwasserschutz, Windenergienutzung, Oberflächennahe Rohstoffe und Landwirtschaft.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2379	Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen nehme ich bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage wie folgt Stellung: 1. Gegen die geplanten textlichen Festsetzungen zu den Themenbereichen Siedlung, Oberflächennahe Rohstoffe und Landwirtschaft bestehen aus Sicht der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2385	Hinweis: Liegenschaften der Bundeswehr im Planungsgebiet des genannten Regionalplans dürfen nicht überplant werden und sind entsprechend im Regionalplan auszuweisen (§ 2 (2) Nr. 7 Raumordnungsgesetz (ROG)). Die Planungshoheit der genutzten Flächen obliegt ausschließlich der Bundeswehr. Eine Ausweisung dieser Fläche auch in der Festlegungskarte (nicht nur in der Karte „harte Tabukriterien") sollte aus hiesiger Sicht zwingend erfolgen.	Der Anregung, die Liegenschaften der Bundeswehr im Regionalplan auszuweisen, wird nicht gefolgt. Eine Darstellung der von der Bundeswehr genutzten Flächen ist nicht notwendig, da dort, wie von der Stellungnehmerin zutreffend festgestellt, keine Festlegungen getroffen werden. Auch aus § 2 Nr. 7 ROG kann eine Notwendigkeit dafür nicht abgeleitet werden. Die Annahme, den räumlichen Erfordernissen der Verteidigung und des Zivilschutzes sei durch den Verzicht auf die Ausweisung der Liegenschaften der Bundeswehr

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		nicht Rechnung getragen, ist nicht ausreichend begründet. Eine Planänderung ist nicht notwendig. Hinweis: Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2386	Ich bitte Sie, mir das Abwägungsergebnis und die rechtskräftige Änderung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zukommen zu lassen.	Die Stellungnehmerin wird weiterhin am Planungsverfahren beteiligt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2381	2. In Bezug auf das Thema Hochwasser teile ich Ihnen mit, dass die Bundeswehr Maßnahmen zum Hochwasserschutz unterstützt, soweit der Ausbildungs-, Übungs- und Liegenschaftsbetrieb der Bundeswehr dadurch nicht eingeschränkt wird. Einschränkungen der Nutzung der Übungsplätze und Liegenschaften der Bundeswehr sind nicht hinnehmbar. Die benannten Interessen der Bundeswehr sind bei nachfolgenden Planungsverfahren entsprechend zu berücksichtigen. Ob und inwiefern eine Beeinträchtigung der militärischen Interessen durch einzelne Hochwasserschutzmaßnahmen vorliegt, kann erst in diesen konkreten Verfahren unter Vorlage konkreterer Planungen bzw. Maßnahmen abschließend beurteilt werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zum Vorbeugenden Hochwasserschutz sollen dazu führen, dass potenzielle Hochwassergefahren und vorsorgende Maßnahmen bei allen Planungen und Maßnahmen stärker berücksichtigt werden, um eine Vermeidung bzw. Verringerung von Hochwasser bedingten Schäden zu gewährleisten. Konkrete Hochwasserschutzmaßnahmen sind mit den Festlegungen nicht verbunden. Vielmehr übernehmen die Festlegungen im Regionalplan eine Hinweis-, Vorsorge- und Schutzfunktion. Beeinträchtigungen der militärischen Interessen sind durch die Festlegungen nicht zu erwarten.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 03 Groß Ziescht		
BE-ID: 2382	3. Zu den textlichen Festsetzungen samt Festlegungskarte in Bezug auf die Eignungsgebiete für Windenergie bestehen teilweise Einwände. Das Windeignungsgebiet (WEG) 03 Groß Ziescht wurde im Vergleich zur Vorprüfung (Bezug 2.) vergrößert und der östliche Teil des WEG befindet sich ca. 400 m (ab Grenze des Geltungsbereiches in westliche Richtung) innerhalb einer dort verlaufenden Hubschraubertiefflugstrecke samt Sicherheitskorridor. In diesem Bereich sind Windenergieanlagen als Luftfahrthindernisse unzulässig, da sie den Flugbetrieb und die Sicherheit im Luftverkehr gefährden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 23 Dretzen		
BE-ID: 2383	Das WEG 23 Dretzen befindet sich direkt angrenzend an den TrÜbPl Altengrabow innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 73. Aufgrund des dortigen Übungsbetriebes samt des dazu erforderlichen Luftverkehrs ist hier mit deutlichen Restriktionen zu rechnen, da Luftfahrthindernisse in diesem Bereich ebenfalls	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	ein hohes Gefährdungspotenzial bieten. Hinzu kommt, dass durch hinzutretende Windenergieanlagen (WEA) die vom TrÜbPl ausgehenden Emissionen deutlich verstärkt werden können.	und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 30 Rädel		
BE-ID: 2384	Gleiches gilt für das WEG 30 Rädel. Dieses WEG befindet sich direkt am TrÜbPl Lehnin, innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 54. Auch hier ist mit deutlichen Restriktionen zu rechnen, da vor allem Anflugbereiche aus nördlicher Richtung auf den TrÜbPl betroffen sein können. Im Übrigen verweise ich für die darüber hinaus genannten ausgewiesenen WEG auf die bereits bekannt gegebenen Betroffenheiten mit meinem Schreiben vom 21.01.2021 (Bezug 2.) und erforderlichen Einzelfallprüfungen in den entsprechenden Genehmigungsverfahren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2380	Nördlich des Truppenübungsplatzes (TrÜbPl) Lehnin überschneidet sich eine ausgewiesene Fläche für Landwirtschaft mit der Grenze des TrÜbPl der Bundeswehr. Eine Ausweisung als Vorranggebiet Landwirtschaft auf der Liegenschaft der Bundeswehr (Fläche nordöstlich des VB 20/VR19 für oberflächennahe Rohstoffe) ist nicht zulässig.	Das Planungskonzept zu Vorranggebieten Landwirtschaft wurde im Zweiten Regionalplanentwurf geändert. Das Vorranggebiet nordöstlich des Vorranggebiets für die Rohstoffgewinnung VR 19 ist nicht mehr vorgesehen. Eine Überschneidung von Vorranggebieten Landwirtschaft mit Liegenschaften der Bundeswehr liegt nicht mehr vor.
TÖB-Nr.: 162 / Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2652	Zur Planungskategorie „Vorbehaltsgebiet regional bedeutsames Gewerbegebiet": Wie Sie wissen, betreut die WFBB im Auftrag des MWAE derzeit ein Gewerbeflächenkonzept für das gesamte Land Brandenburg, das vsl. Ende 2023 fertig sein wird. Die bisherigen Zwischenergebnisse weisen darauf hin, dass alle Landkreise und kreisfreien Städte der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming schon heute zu wenige GE- und GI-Flächen haben und sich dieser Mangel in den kommenden Jahren noch erheblich verschärfen wird. Die Ansiedlungserfahrungen der WFBB in Havelland-Fläming in den vergangenen Jahren bestätigen diese Zwischenergebnisse: Das westliche Berliner Umland gehört zu den am stärksten von ansiedlungsinteressierten Investoren nachgefragten Wirtschaftsräumen. Die WFBB hat bereits seit einigen Jahren erhebliche Probleme bei Flächenanfragen ab 10 ha. Hier gibt es zwar noch einzelne verfügbare Flächen, die aber i.d.R. weitere Standortanforderungen interessierter Investoren nicht erfüllen. Bei Flächen ab 25 ha oder gar 50-100 ha ist die Situation noch problematischer: Qualitativ hochwertige Flächen sind praktisch nicht mehr vorhanden, mit der Folge, dass die Planungsregion Havelland-Fläming in diesen Flächenkategorien schon heute nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Die langfristigen wirtschaftsstrukturellen Konsequenzen sind offensichtlich, denn von Neuansiedlungen in der o.g. Größenordnung gehen oft erhebliche Modernisierungsprozesse in der regionalen Wirtschaft aus, die sich i.d.R. sehr positiv auf die	Die dargelegten Sachverhalte zur Verfügbarkeit von Gewerbeflächen werden zur Kenntnis genommen. Die Situation ist der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt und die Festlegung des Großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes Brandenburg a.d. Havel - Paterdamm/Krahne berücksichtigt diese. Die Gründe für die Festlegung des GIV-Standortes sind in der Planbegründung ab Rn. 77, sowie in der ergänzenden Unterlage Nr. 2 (siehe Rn. 111) dargelegt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen auswirken. Angesichts dieser Lage können wir den Verzicht auf die Planungskategorie „Vorbehaltsgebiet regional bedeutsames Gewerbegebiet" nicht nachvollziehen und schlagen vor, die Aufnahme der Planungskategorie „Vorbehaltsgebiet regional bedeutsames Gewerbegebiet" in den Regionalplan zu prüfen. Wo dies im Einzelnen der Fall sein könnte, müssten ggf. natürlich die kommunalen Vertreter entscheiden. Im Ergebnis der beim Gewerbeflächengutachten geführten Kommunalgespräche halte wir beispielsweise eine großzügige Erweiterung des Gewerbegebietes Brück-Linthe für sinnvoll. Hier gibt es auch bereits entsprechende Überlegungen. Die Erweiterungsflächen wären sowohl straßenseitig über die AS Brück (A9) als auch gleisseitig (Gleis im Gewerbegebiet Brück ist im Betrieb) zu erschließen. Nach ersten Überprüfungen wären hier auch keine unüberbrückbaren Restriktionen zu erwarten (Erweiterung auf geringwertigen landwirtschaftlichen Flächen, kein LSG). Im Landkreis Teltow-Fläming möchten wir vor allem auf die Potenziale an der Achse B 101 (z.B. Trebbin, Luckenwalde, Jüterbog), aber auch an der B 96 (z.B. Zossen, Baruth) verweisen. Es existieren hier tlw. schon fortgeschrittene Entwicklungsbestrebungen.	
BE-ID: 2653	Mögliche Gewerbeflächenentwicklung in Seddin: Die WFBB prüft derzeit gutachterlich im Auftrag des MWAE die Eignung einer ca. 300 ha großen Fläche im Raum Seddin-Michendorf-Beelitz als Gewerbefläche. Bisher vorliegende Teilergebnisse sind vielversprechend, v.a., weil der Standort bereits heute über eine sehr leistungsfähige Infrastrukturanbindung verfügt (größter Cargo-Bahnhof der DB AG in Ostdeutschland, Anschlussmöglichkeit an die Autobahnen A10 und A9, Regionalbahnhaltestellen) und die Entwicklung zudem eine erhebliche Entlastung für den Bereich des Flughafenumfelds bedeuten würde. Gleichwohl ist es heute noch zu früh, diese Fläche regionalplanerisch als Vorbehaltsgebiet regional bedeutsames Gewerbegebiet oder Gewerblich-industriellen Vorsorgestandort auszuweisen. Wir möchten allerdings bereits heute darauf hinweisen, dass wir eine entsprechende Ausweisung grundsätzlich für geboten halten und diesbezüglich zu einem späteren Zeitpunkt - sei es noch in dem hier laufenden Verfahren oder nach dessen Abschluss, dann ggf. als Änderungsverfahren - für geboten halten und entsprechend initiativ werden wollen, sofern es die dann geltenden formellen Vorgaben möglich machen.	Die Hinweise zur möglichen Gewerbeflächenentwicklung in Seddin werden zur Kenntnis genommen. Die Gründe für die Festlegung des GIV-Standortes sind in der Planbegründung ab Rn. 77, sowie in der ergänzenden Unterlage Nr. 2 (siehe Rn. 111) dargelegt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 2651	Zu den „Gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten" Auf Seite 26 (Punkt 81) des Regionalplanentwurfs wird definiert, dass sich GIV Standorte durch herausgehobene Standortqualitäten auszeichnen sollen. Sie sollen sich zudem im großräumigen funktionalen Verkehrsnetz günstig erreichen lassen und - zumindest potenziell - über enge funktionale und räumliche Bezüge zur Metropole Berlin, zu den Ober- und Mittelzentren und den RWK der Region verfügen. Dies ist aus unserer Sicht am vorgesehenen GiV-Standort „Brandenburg an der Havel-Paterdamm /Kloster Lehnin-Krahne" nur sehr bedingt der Fall. Zudem lautet ein weiteres wesentliches Kriterium zur Auswahl der GIV-Standorte (Seite 29, Punkte 91 und 92), dass neben der Straßenanbindung auch die räumliche Nähe zu einem weiteren Verkehrsträger - vorzugsweise dem Schienenverkehr gegeben sein muss. Dies ist nach unserer Kenntnis nicht der Fall, da die ehemalige Bahnanbindung inzwischen nicht mehr existiert und bahnseitig nicht mehr gewidmet ist.	Die Einwendung in Bezug auf die Standortqualität des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes (GIV) „Brandenburg an der Havel-Paterdamm /Kloster Lehnin-Krahne" führt nicht zu der Entscheidung, Änderungen an dieser Festlegung vorzunehmen. Die Entwidmung des betreffenden Abschnitts der ehemaligen Brandenburgischen Städtebahn ist bekannt. Auch unter Berücksichtigung dieses Sachverhalts wird durch den Standort Paterdamm-Krahne den Anforderung nach Z 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) ausreichend entsprochen. Die Anforderung nach Z 2.3 LEP HR, dass GIV in räumlicher Nähe zu mindestens einem weiteren Verkehrsträger neben der Straßenanbindung festgelegt werden sollen, lässt einen Interpretationsraum. Die Anforderung, dass ein geeigneter Standort direkt an einen Schienenweg angeschlossen sein muss, lässt sich daraus nicht ableiten. Der nächstgelegene Schienenanschluss des Standortes Paterdamm-Krahne ist der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Hauptbahnhof Brandenburg an der Havel in ca. 7 Kilometer Entfernung. Diese Wegstrecke lässt sich mit Kraftfahrzeugen in etwa 15 Minuten bewältigen und führt ausschließlich über die in diesem Abschnitt gut ausgebaute B 102. Wie in der ergänzenden Unterlage zur Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten auf Seite 31 zutreffend dargestellt ist, kann sowohl das Stadtzentrum von Berlin als auch das Stadtzentrum der Landeshauptstadt Potsdam mit der Bahn bzw. über die Autobahn in angemessenen Fahrzeiten erreicht werden. Die Stadt Brandenburg an der Havel selbst ist Oberzentrum und regionaler Wachstumskern.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 e) substanzielles Raumangebot		
BE-ID: 2654	Windenergienutzung: Ich möchte Sie eingangs darauf hinweisen, dass die Landesregierung weiterhin an dem 10,5 GW Ausbauziel für die Windenergie bis 2030 festhält. Dafür ist landesweit eine auszuweisende Fläche von ca. 2% notwendig. Derzeit wird die Energiestrategie des Landes Brandenburg weiterentwickelt. Diese wird für den Zeitraum nach 2030 gesteigerte Ausbauzahlen für Erneuerbare Energien vorsehen. Dies bedeutet, dass es auch zu einer notwendigen Steigerung des Flächenziels bei der Windenergie kommen kann. Sie weisen in dem Planentwurf insgesamt 27 Windeignungsgebiete (WEG) mit einer Gesamtfläche von 11.227 ha aus. Dies entspricht nach Ihren Angaben einer Regionsfläche von 1,64% (bzw. 1,68% ohne Berücksichtigung der Wasserflächen). In dem Regionalplan „Havelland-Fläming 2020", der im Juli 2018 gerichtlich für unwirksam erklärt wurde, waren noch 2,1 % der Regionsfläche für die Windenergie ausgewiesen. Die jetzige Verfehlung des 2%-Flächenziels relativieren Sie mit einer Berechnung/Prognose des anteiligen Leistungsziels. Nach Einschätzung des MWAE könnten in den von Ihnen vorgesehenen WEG theoretisch 450 Windenergieanlagen (WEA) mit einer Leistung von rund 2,3 GW installiert werden. Bei einem Leistungsanteil Ihrer Region von 2,4 GW (23 % Flächenanteil von Brandenburg) am Ziel der Energiestrategie würde Ihre Region dieses nur knapp verfehlen. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass die ausschließliche Leistungsbetrachtung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen bei der Energiepolitik in den Hintergrund rückt. Wie Sie sicherlich wissen, arbeitet die Bundesregierung aktuell an einem bundesweiten 2%-Flächenziel für die Windenergienutzung. Die Ausgestaltung befindet sich seit kurzem in der Abstimmung mit den Ländern. In einem „Bedarfsgesetz Windenergie an Land" werden verbindliche Flächenziele für die Bundesländer geregelt. Die konkrete Verteilung auf die Länder soll den unterschiedlichen Voraussetzungen und Potentialen in den Bundesländern Rechnung tragen. In zeitlicher Hinsicht ist ein bundesweites Zwischenziel bis 2026 und ein Gesamtziel bis 2032 vorgesehen. Für das Land Brandenburg stehen aktuell Ausweisungen von 1,8% (bis 2026) und 2,2% (bis 2032) im Raum. Flankiert werden sollen die Flächenziele des Bundes mit einer Rechtsfolgenregelung für den Fall der Zielverfehlung. Hier soll eine Verknüpfung mit der Privilegierung von WEA im Außenbereich nach § 35 BauGB erfolgen. Eine entsprechende Planung mit Ausschlusswirkung würde solange keine Wirkung entfalten, bis das Flächenziel erreicht ist. In der Folge wären WEA nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB im gesamten Außenbereich zulässig. Vor diesem Hintergrund geht es nicht mehr nur darum, das Ziel der Energiestrategie des Landes umzusetzen, sondern auch um das 2%-Flächenziel des Bundes. Daher sind aus Sicht des MWAE „freiwillige" Kriterien, die zu einer Zielverfehlung führen, zu überprüfen und entsprechend anzupassen. Es ist weder im Sinne der Landesregierung noch kann es im Sinne Ihrer Region sein, dass die Steuerung der Windenergie aufgrund der Zielverfehlung des Bundeszieles im Außenbereich keine Anwendung mehr findet. Mir ist natürlich	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	bewusst, dass die Flächenpotentiale für die Windenergie aufgrund der bekannten Einschränkungen begrenzt sind. Es stellt sich aber die Frage, inwiefern sich die Flächenkulisse erweitern lässt, wenn die Kriterien bei den Landschaftsschutzgebieten (LSG), der Mindestabstände der WEG zueinander oder die jeweiligen Mindest- und Maximalgrößen der WEG geändert werden. Auch gehen Sie bei den Abständen der WEG zur Wohnbebauung über den aktuell empfohlenen Abstand von 1.000 m teilweise hinaus. Der Mindestabstand zwischen den WEG sollte angepasst werden, um das Flächenziel zu erreichen. Auch trägt die Reduzierung des Abstandes zur Wohnbebauung vermutlich zur Flächenfindung bei. In Ihrem Planentwurf bleiben die 23 LSG Ihrer Region mit einer Fläche von 355.000 ha vollständig unberücksichtigt, während der Bund in seiner Potentialanalyse von einer 80%igen Nutzbarkeit der LSG ausgeht. Gemäß dem neuen Eckpunktepapier „Beschleunigung des naturverträglichen Ausbaus der Windenergie an Land" vom Bundesumwelt- und dem Bundeswirtschaftsministerium sollen LSG bei der Planung vollumfänglich betrachtet und Gebiete für Windenergie dort verstärkt ausgewiesen werden. Mit dem Sommerpaket soll es von Seiten der Bundesregierung u. a. eine Reihe an Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung und -erleichterung geben. Insgesamt werden von Seiten des MWAE Spielräume gesehen, um die Zielvorgaben auch in Ihrer Region erreichen zu können. Der vorliegende Planentwurf berücksichtigt nicht den aktuellen Sachstand beim Ausbau der Windenergie und wird deshalb vom MWAE in der vorliegenden Fassung nicht mitgetragen. Es sollte auch im Interesse Ihrer Region sein, das künftige Flächenziel des Bundes zu erreichen, um vor Ort weiter die Windenergie steuern zu können und nicht durch die Anwendung des § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB die entsprechenden Nachteile tragen zu müssen. Ich bitte Sie, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Flächenziel im Sinne Brandenburgs zu erfüllen.	
TÖB-Nr.: 164 / Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2986	Vorausgehender allgemeiner Hinweis zur Methodik der Rohstoffsicherung im Regionalplan: Die Raumordnung hat die Aufgabe, unterschiedliche Anforderungen an den Raum aufeinander abzustimmen und die auf der jeweiligen Planungsebene auftretenden Konflikte auszugleichen sowie Vorsorge für einzelne Nutzungen und Funktionen des Raums zu treffen (§ 1 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22.12.2008, zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 03.12.2020 (BGBl. I S. 2694)). In Bezug auf die Rohstoffsicherung gelten die Grundsätze der Raumordnung, wonach die räumlichen Voraussetzungen für die vorsorgende Sicherung sowie für die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen zu schaffen sind (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG). Die Raumordnungspläne sollen Festlegungen zur Raumstruktur enthalten, insbesondere zu Nutzungen des Raumes, wie z. B. Standorte für die vorsorgende Sicherung sowie die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen (§ 7 Abs. 1 ROG). Auch werden durch das ROG Festlegungen in Raumordnungsplänen ermöglicht, die Nutzungen und Funktionen des Raums nur für einen bestimmten Zeitraum oder ab oder bis zum Eintritt bestimmter Umstände vorzusehen; eine Folge- oder Zwischennutzung kann festgelegt werden (§ 7 Abs. 1 Satz 2 ROG). Aufgabe des vorliegenden Regionalplans ist es somit, die Grundsätze und Ziele der Raumordnung, wie sie sich aus dem ROG und den übergeordneten Raumordnungsplänen im Land ergeben, durch zeichnerische und textliche Festlegungen zu vertiefen und zu konkretisieren.	Der Hinweis auf die Aufgaben entsprechend des ROG wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2987	Vorausgehender allgemeiner Hinweis zur Methodik der Rohstoffsicherung im Regionalplan: Die Rohstoffgewinnung von Steine- und Erdenrohstoffen hat für die Wirtschaft, insbesondere die Bauwirtschaft, eine hohe existentielle Bedeutung. Wesentliches Kennzeichen der Rohstoffvorkommen ist ihre Standortgebundenheit. Zudem ist der Lagerstättenvorrat an technisch und wirtschaftlich gewinnbaren	Der Anregung, eine zusätzliche raumordnerische Kategorie "Vorranggebiet für die langfristige Rohstoffsicherung" aufzunehmen, wird nicht gefolgt. Begründung: Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1)

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Vorräten endlich. Der kontinuierliche Abbau von bekannten Vorkommen und die gerade in den letzten Jahren zunehmende Ausweisung von Restriktionsflächen, welche einen Rohstoffabbau in Gänze ausschließen oder nur in wenigen Ausnahmefällen zulassen, haben zumindest lokal bereits zu einer Verknappung der Versorgungslage z.B. an hochwertigen Tonen oder Betonzuschlagstoffen geführt. Um nicht zukünftig vermehrt eine Abhängigkeit vom Ausland zu haben (mit der damit verbundenen Zunahme an Verkehrsbelastungen, Preissteigerungen, etc.) ist ein langfristig angelegter Schutz bereits bekannter Lagerstätten von oberflächennahen Rohstoffen dringend erforderlich. Dies macht es notwendig, neben einer geordneten Aufsuchung und Gewinnung von Rohstoffen vorrangig auch einer vorsorgenden Sicherung bekannter hochwertiger Lagerstätten im Hinblick auf eine langfristige Rohstoffvorsorge raumordnerisch ein höheres Gewicht als bisher einzuräumen. Diesem Ansinnen wird der vorliegende Entwurf des Regionalplans unter strikter Anwendung der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21.11.2019 (AB-lo./19, [Nr. 49], S. 1351) mit den Festlegungen „Vorranggebiet Rohstoffgewinnung“ und „Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung“ nicht gerecht. Dies zeigen bereits die Erläuterungen in der Anlage zu der Richtlinie zu vorgenannten Festlegungen, die als Bedingung für eine Vorrangausweisung Flächen voraussetzen, die „ganz oder in Teilen rechtlich gesichert bzw. aufgeschlossen sind und/oder vorrangig für Erweiterungen gesichert werden sollen“. Auch wenn in diesen Fällen das Vorliegen einer Abbauberechtigung als nicht zwingend als erforderlich angesehen wird, werden mit diesem Anwendungshinweis insbesondere die geologisch nachgewiesenen Lagerstätten nicht erfasst, für die derzeit und mittelfristig (d. h. über den Planungszeitraum des Regionalplans hinaus) kein unternehmerisches Abbauinteresse vorliegt und damit auch keine bergrechtlichen Genehmigungen beantragt sind bzw. schon vorliegen. Hierbei handelt es sich aber um Lagerstätten, die langfristig als Ersatz derzeit bauender Lagerstätten benötigt werden. Irreführend ist im o. g. Zusammenhang dabei auch schon in der Richtlinie die Bezeichnung „Vorranggebiet Rohstoffgewinnung“, die begrifflich allein auf die „Gewinnung“ abstellt, so dass es nicht plausibel erscheint, darunter eine auf die langfristige Rohstoffversorgung ausgerichtete „Sicherung“ an Rohstoffvorkommen einzuordnen. In den genannten Fällen ist auch eine, wie im vorliegenden Entwurf des Regionalplans zumindest teilweise erfolgt, Ausweisung derartiger Lagerstätten als Vorbehaltsgebiet Rohstoffsicherung nicht ausreichend, da es im Falle einer beabsichtigten rohstofflichen Inanspruchnahme vorab erst einer Abwägung mit konkurrierenden Raumnutzungen bedarf. Im Falle einer jetzigen Nichtausweisung o. g. Lagerstätten als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffgewinnung besteht zudem die Gefahr, dass diese mit Vorrangausweisungen für andere Belange (z.B. Landwirtschaft) überdeckt werden, was eine späteren raumordnerischen Umwidmung dieser Flächen hohe Hürden setzt bzw. diese mindestens zum Teil faktisch unmöglich macht. Ein solches Vorgehen entspricht damit nicht der gesetzlichen Vorgabe des ROG, nämlich eine vorsorgende Sicherung standortgebundener Rohstoffvorkommen raumordnerisch sicherzustellen. Das LBGR hält es deshalb für zwingend erforderlich, auf der Grundlage von Kapitel 2.1.2 der o. g. GL-Richtlinie im Regionalplan ein weiteres Planzeichen „Vorranggebiet für die langfristige Rohstoffsicherung“ aufzunehmen.	Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Nach ROG § 7 (8) sind Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet. Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung folgt den Vorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne. Hinweis: Die Festlegungen besitzen zudem keinen Ausschlusscharakter - so bleiben z.B. Abbaumöglichkeiten auf lokaler Ebene von den regionalplanerischen Festlegungen unberührt.
BE-ID: 2988	Vorausgehender allgemeiner Hinweis zur Methodik der Rohstoffsicherung im Regionalplan: Das LBGR hält es für zwingend erforderlich, auf der Grundlage von Kapitel 2.1.2 der o. g. GL-Richtlinie im Regionalplan ein weiteres Planzeichen „Vorranggebiet für die langfristige Rohstoffsicherung“ aufzunehmen. Nach vorgenanntem Plankapitel besteht grundsätzlich die Möglichkeit, für zeichnerische Festlegungen mit Zustimmung der Landesplanungsbehörde weitere Planzeichen zu entwickeln und zu verwenden, soweit sie erforderlich sind und eine Regelungskompetenz der Regionalplanung besteht. In einer solchen Kategorie wären die Lagerstätten einzuordnen, für die derzeit und im Regionalplanzeitraum kein Abbauinteresse	Der Anregung, eine zusätzliche raumordnerische Kategorie "Vorranggebiet für die langfristige Rohstoffsicherung" aufzunehmen, wird nicht gefolgt. Jedoch kann die Regionale Planungsgemeinschaft die vom LBGR angemeldeten Flächen in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentieren. Begründung: Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vorliegt bzw. zu erwarten ist, welchen jedoch aufgrund der Seltenheit des Rohstoffes, der hohen Qualität des Bodenschatzes oder der räumlichen Lage im Versorgungsgebiet als Ersatz für derzeit bauende Lagerstätten langfristig eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zukommt. Sinnvoll erscheint es aus Sicht des LBGR darüber hinaus, von den rechtlich gebotenen Möglichkeiten des § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG Gebrauch zu machen und damit Nutzungen und Funktionen des Raums nur für einen bestimmten Zeitraum oder ab oder bis zum Eintritt bestimmter Umstände vorzusehen. Auf den ersten Blick mit der Rohstoffgewinnung nicht vereinbare konkurrierende Nutzungen wie z.B. der Energiewirtschaft (Windkraft und Photovoltaik) sowie der Land- und Forstwirtschaft erscheinen damit zumindest bei einem temporären großflächigen Bodenschatzabbau im Trockenschnitt mit einer nachfolgenden zielgerichteten Wiedernutzbarmachung in der gleichen Fläche regionalplanerisch regelbar und vereinbar.	abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Auch diese können temporärer Art sein. Nach ROG § 7 (8) sind Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet. Hinweis: Die Festlegungen besitzen zudem keinen Ausschlusscharakter - so bleiben z.B. Abbaumöglichkeiten auf lokaler Ebene von den regionalplanerischen Festlegungen unberührt.
BE-ID: 2990	Die im Rahmen der Abwägung von Ihnen vorgesehenen Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffgewinnung sind auf den Seiten 13 bis 15 des Regionalplanentwurfes abschließend aufgezählt. Sie beinhalten große Teile der Vorschläge des LBGR aus dem Jahr 2020, einige Flächen sind jedoch räumlich verkleinert worden bzw. vollständig unberücksichtigt geblieben. Dazu erhalten Sie als Bestandteil dieser Stellungnahme in der Anlage erneut eine tabellarische Aufstellung des LBGR, in der die Vorrats-, Erkundungs- und Genehmigungssituationen der vorgeschlagenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung vom LBGR auf Basis einer erneuten Prüfung mit Stand Juni 2022 noch einmal fachlich weiter untersetzt dargelegt wurden. Die vorgenommene Streichung einiger Flächen aufgrund höherrangiger Schutzzwecke wird dabei durch das LBGR teilweise akzeptiert, bei anderen Flächen besteht das LBGR weiterhin auf einer Vorrang- bzw. Vorbehaltsausweisung für die Rohstoffgewinnung (siehe Begründungen in der Tabelle). Anlagen: - tabellarische Stellungnahme zur regionalplanerischen Ausweisung von insgesamt 101 VR- bzw. VB-Gebieten, - Übersichtskarte zu den Gebietsvorschlägen (M 1 : 130.000) , - kartografische Vorschläge für die räumliche Ausweisung von 101 VB- und VR-Gebieten (Detailkarten).	Die Änderungswünsche in den Anlagen werden der Erarbeitung des zweiten Entwurfes zu Grunde gelegt und entsprechend des Planungskonzeptes für die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung berücksichtigt. Die tabellarisch vorgebrachten Bedenken und Anregungen sind in der Abwägungsdokumentation den Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten direkt zugeordnet und werden dort behandelt. Sofern diese eine Festlegung weiterer Vorrang- und Vorbehaltsgebiete betreffen, sind diese übergeordnet den Abschnitten Vorranggebiet oder Vorbehaltsgebiet zugeordnet.
BE-ID: 3003	Zu den konkreten räumlichen Vorschlägen für eine Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten der Rohstoffsicherung: Das LBGR hat der Regionalen Planungsgemeinschaft mit Schreiben vom 15.05.2020 gebietskonkrete Vorschläge für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung sowie für Rohstoffpotentialgebiete übersandt. Auf Basis dieser Zuarbeit wurden im Zuge der Erarbeitung des Regionalplans insgesamt 101 Gebiete im Regionalplanentwurf als Vorrang- und Vorbehaltsflächen für die Rohstoffgewinnung betrachtet und hinsichtlich der Vereinbarkeit mit anderen Belangen in den Tabellen 19 und 20 (Seite 80ff) beurteilt. Das LBGR hat nunmehr in den Fällen, in denen durch die Regionalen Planungsgemeinschaft die vom LBGR vorgeschlagene Gebietsausweisung ganz oder anteilig nicht berücksichtigt wurde, die Sachlage hinsichtlich des Erfordernisses einer Ausweisung auf der Basis einer vertieften Prüfung der Sach- und Genehmigungslage erneut bewertet. Beiliegend erhalten Sie in der Anlage dazu unsere fachliche Stellungnahme (als Tabelle) sowie unsere daraus abgeleiteten Vorschläge für eine räumliche Änderung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete im Regionalplanentwurf (in Kartenform). Anlagen: - tabellarische Stellungnahme zur regionalplanerischen Ausweisung von insgesamt 101 VR- bzw. VB-Gebieten, - Übersichtskarte zu den Gebietsvorschlägen (M 1 : 130.000) , - kartografische Vorschläge für die räumliche Ausweisung von 101 VB- und VR-Gebieten (Detailkarten).	Die Änderungswünsche in den Anlagen werden der Erarbeitung des zweiten Entwurfes zu Grunde gelegt und entsprechend des Planungskonzeptes für die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung berücksichtigt. Die tabellarisch und kartographisch vorgebrachten Bedenken und Anregungen sind in der Abwägungsdokumentation den Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten direkt zugeordnet und werden dort behandelt. Sofern diese eine Festlegung weiterer Vorrang- und Vorbehaltsgebiete betreffen, sind diese übergeordnet den Abschnitten Vorranggebiet oder Vorbehaltsgebiet zugeordnet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 Z 2.3.1 VR Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 3007	3. Dobbrikow-Süd (Karte LBGR 82): Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - RBP im Zulassungsverfahren - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes auf die Fläche des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP beschränkt Bergbauberechtigung: Bewilligung Dobbrikow-Süd Bodenschatz: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - eine Erweiterung der Fläche über die Grenzen der aktuellen zugelassenen HBP-Fläche ist mittelfristig notwendig, - eine langfristige Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet nicht gewährleistet, - die Begründung im Regionalplan widerspricht somit dem Raumordnungsgesetz, - RBP befindet sich im Zulassungsverfahren, - gesamte vorgeschlagene VR-Fläche ist größer 40 ha, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Für die verbleibende Fläche des genehmigten HBP besteht keine regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).
BE-ID: 3015	10. Glindow (Karte LBGR 36) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb ruht - Betriebsplan (HBP) ausgelaufen - Baubeschränkungsgebiet - Wiederaufnahme der Rohstoffgewinnung möglich - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes über die Fläche des früheren HBP nach Norden, Osten und Süden hinaus erweitert Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Flächenausweisung des VR-Gebiet wurde auf Basis des in der Karte der oberflächennahen Rohstoffe (KOR 50) ausgewiesenen Rohstoff-vorkommens angepasst, - das angepasste VR-Gebiet besitzt damit eine Fläche größer 15 ha, - VR-Gebiet ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem vom LBGR zuletzt über 10ha hinaus vergrößerten Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Dem LBGR-Flächenvorschlag liegen keine bergbaulichen Berechtigungen zu Grunde. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
BE-ID: 3030	.22. Luckenwalde Weinberge-Ost (Karte LBGR 94) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorranggebiet für den nordwestlichen Teil des Gewinnungsbetriebs mit zugelassenem HBP - Keine Ausweisung eines Rohstoffsicherungs-gebietes im östlichen Betriebsteil. In diesem Bereich hat die Gewinnung geendet; die Rohstoffe sind vollständig abgebaut - Keine Ausweisung eines Rohstoffsicherungs-gebietes im südlichen Betriebsteil. Hier erfolgt derzeit noch die Gewinnung von Restvorräten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3031	.23. Markendorf (Karte LBGR 96) Bisherige Situation: - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle - Betrieb insolvent - derzeit kein gültiger Betriebsplan (HBP und ABP ausgelaufen) - Deponie im nordwestlichen Teil des Tagebaus - Vorranggebiet im Süden und Südwesten reduziert (verfüllte Flächen, illegale Ablagerungen) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3038	29. Niemegk mit Niemegk-Süd als ein Gebiet (Karte LBGR 51) Bisherige Situation: - Wiederaufnahme der Gewinnung geplant - Zugelassener Betriebsplan (ABP) - Illegale Abfallablagerungen (betroffene Flächen in Sanierung) - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Norden und im Nordwesten über die Grenzen des Bergwerkseigentums hinaus und bis zur Grenze der Lagerstätte ausgedehnt - die Flächen des zugelassenen ABP bleiben unberücksichtigt (Rohstoffe ausgebeutet) Bergbauberechtigung: Niemegk und grundeigen Bodenschätze: Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - VR-Gebiet in gesamter Größe ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung, - die Flächenausweisung im Norden und Osten wurde auf Basis der in der Karte der oberflächennahen Rohstoffe (KOR 50) ausgewiesenen Rohstoffvorkommens angepasst, somit ist die Fläche größer 10 ha, - VR-Gebiet Niemegk und VB-Gebiet Niemegk-Süd sind als ein gemeinsames VR-Gebiet auszuweisen, - baurechtliche Belange (Abstand zur Siedlung, Arbeitszeiten) sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Mindestmächtigkeit einer Resttonschicht ist beim Abbau sicher zu stellen, damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwassers kommt, - der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem Vorschlag zur Festlegung des Gebietes als Vorranggebiet wird wegen der kumulierenden Raumansprüche nicht gefolgt. Begründungen: Das Gebiet wird mittig weitläufig von einem festgesetzten Wasserschutzgebiet im Niederungsbereich durchbrochen. In diesem Bereich befinden sich Moorflächen sowie ein Gewässerbiotop. Die verbleibenden separaten zwei Teilstücke des LBGR-Vorschlages sind jeweils kleiner 10ha und reichen an mehreren Stellen direkt bis an den Siedlungskörper der Stadt Niemegk heran. In dem vom LBGR erweiterten Flächenvorschlag nach Süden beabsichtigt die Stadt Niemegk Wohnbebauungen an der Friedhofstraße sowie der Wiesenstraße. Großen Teilen des LBGR-Flächenvorschlags liegen keine bergbaulichen Berechtigungen zu Grunde. In summarischer Betrachtung kann dem Belang des Rohstoffabbaus abschließend kein Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
BE-ID: 3041	31. Potsdam-Süd 1 (Karte LBGR 24) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung eines Vorranggebietes östlich des laufenden Gewinnungsbetriebs Bergbauberechtigung: Bewilligung Potsdam-Süd Bodenschätze: bergfreie Quarzsande und Spezialsande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - Rohstoffvorsorge ist über einen längeren Zeitraum zu gewährleisten, - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung im Raum Potsdam erforderlich, - beim Abbau ist der Grundwasserschutz sicher zu stellen, damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwasserleiters kommt, d. h. keine Freilegung des Grundwassers, Abbau nur im Trockenschnitt, - der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen Bemerkung / Hinweis: Obwohl die Flächengröße des vorgeschlagenen VR-Gebietes kleiner 10 ha ist, ist eine Rohstoffgewinnung über die Grenze der Bergbauberechtigung bis zur angrenzenden Straße sicherzustellen, Die nicht kartographische Darstellung wird akzeptiert, jedoch ist sie im Regionalplan als VR-Gebiet zu listen. Vorschlag: Freiraumverbund könnte in diesem Bereich nach Südosten erweitert werden	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden, zweckdienlichen Unterlage bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Vorranggebiet in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründungen: 1. Das Gebiet befindet sich im LSG sowie im Freiraumverbund nach LEP HR. Gemäß Zielfestlegung 6.2 des LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Ausnahmen hiervon sind an hohe Maßstäbe des Plangebers des LEP HR gebunden und liegen nicht im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft. Darüber hinaus befindet es sich im LSG sowie WSG. 2. Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3043	.33. Rädel (Karte LBGR 56) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb in den Wendejahren eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Bergaufsicht beendet - Rohstoffe nicht ausgebeutet - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet angepasst an die Grenzen der nachgewiesenen Lagerstätte Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Die Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3046	36. Schmetzdorf-Ost (Karte LBGR 17) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet auf den westlichen Teil des Tagebaus beschränkt Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - eine mittelfristige Erweiterung über die Grenzen des aktuell zugelassenem HBP hinaus ist erforderlich, - der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Bemerkung / Hinweis: Obwohl die Flächengröße des vorgeschlagenen VR-Gebietes kleiner 10 ha ist, ist zur mittelfristigen Aufrechterhaltung der Rohstoffgewinnung am Standort die Gewinnung sicherzustellen, Diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VR-Gebiet zu listen.	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden, zweckdienlichen Unterlage bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.
BE-ID: 3047	37. Stechow-Bauernberge (Karte LBGR 18) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet über die HBP-Fläche hinaus ausgedehnt Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen - die ursprünglich vorgeschlagene Fläche als VR-Gebiet wurde größer 10 ha ausweisen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
BE-ID: 3050	40. Wahlsdorf (Karte LBGR 100) Bisherige Situation: - Gewinnung unterbrochen - Betriebsplan (HBP) ausgelaufen - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes auf die Fläche des früheren HBP angepasst (Gewinnung von Kleinstmengen) Bergbauberechtigung: Bewilligung Wahlsdorf Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - Restvorräte vorhanden, - obwohl die Flächengröße des vorgeschlagenen VR-Gebietes kleiner 10 ha ist, ist eine Rohstoffgewinnung sicherzustellen, Diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VR-Gebiet zu listen.	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden, zweckdienlichen Unterlage bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage die LBGR-Zuarbeit

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.
BE-ID: 3051	41. Wollin, Großes Stück (Karte LBGR 66) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet über die Flächen der zugelassenen Betriebspläne nach Norden und Süden bis an Grenzen der bekannten Lagerstätte hinaus ausgedehnt Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - derzeit erfolgt ein Abbau im Trockenschnitt, - beim Abbau ist der Grundwasserschutz sicher zu stellen damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwasserleiters kommt, d. h. keine Freilegung des Grundwassers, Abbau auch weiterhin nur im Trockenschnitt, - Reserveflächen außerhalb HBP-Flächen sind für die Rohstoffsicherung erforderlich, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die ursprünglich vorgeschlagene Fläche als VR-Gebiet wurde größer 10 ha ausweisen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Die über den genehmigten Hauptbetriebsplan hinaus umgebenden Flächen betreffen LSG, WSG Zone III sowie vom LFB festgesetzte nicht kompensierbare Waldfunktionen. Somit kann dem Belang des Rohstoffabbaus abschließend kein Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Die Fläche des Hauptbetriebsplans selbst umfasst weniger als 10 ha des Gebietes, wodurch die regionalplanerische Relevanz für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht mehr gegeben ist. Eine weitere Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
BE-ID: 3072	62. Niemegk mit Niemegk Süd (Karte LBGR 51) Anmerkung Excerpierer: identisch lfd. LBGR-Nr. 29. Niemegk mit Niemegk-Süd als ein Gebiet (Karte LBGR 51) Bisherige Situation: - Wiederaufnahme der Gewinnung geplant - Zugelassener Betriebsplan (ABP) - Illegale Abfallablagerungen (betroffene Flächen in Sanierung) - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Norden und im Nordwesten über die Grenzen des Bergwerkseigentums hinaus und bis zur Grenze der Lagerstätte ausgedehnt - die Flächen des zugelassenen ABP bleiben unberücksichtigt (Rohstoffe ausgebeutet) Bergbauberechtigung: Niemegk und grundeigen Bodenschätze: Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - VR-Gebiet in gesamter Größe ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung, - die Flächenausweisung im Norden und Osten wurde auf Basis der in der Karte der oberflächennahen Rohstoffe (KOR 50) ausgewiesenen Rohstoffvorkommens angepasst, somit ist die Fläche größer 10 ha, - VR-Gebiet Niemegk und VB-Gebiet Niemegk-Süd sind als ein gemeinsames VR-Gebiet auszuweisen, - baurechtliche Belange (Abstand zur Siedlung, Arbeitszeiten) sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Mindestmächtigkeit einer Resttonschicht ist beim Abbau sicher zu stellen, damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwassers kommt, - der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem Vorschlag zur Festlegung des Gebietes als Vorranggebiet wird wegen der kumulierenden Raumansprüche nicht gefolgt. Begründungen: Das Gebiet wird mittig weitläufig von einem festgesetzten Wasserschutzgebiet im Niederungsbereich durchbrochen. In diesem Bereich befinden sich Moorflächen sowie ein Gewässerbiotop. Die verbleibenden separaten zwei Teilstücke des LBGR-Vorschlages sind jeweils kleiner 10ha und reichen an mehreren Stellen direkt bis an den Siedlungskörper der Stadt Niemegk heran. In dem vom LBGR erweiterten Flächenvorschlag nach Süden beabsichtigt die Stadt Niemegk Wohnbebauungen an der Friedhofstraße sowie der Wiesenstraße. Großen Teilen des LBGR-Flächenvorschlags liegen keine bergbaulichen Berechtigungen zu Grunde. In summarischer Betrachtung kann dem Belang des Rohstoffabbaus abschließend kein Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 01 Berkenbrück-Ruhlsdorf		
BE-ID: 3004	1. Berkenbrück-Ruhlsdorf (Karte LBGR 80) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb, - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes auf die Flächen des zugelassenen RBP beschränkt Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Berkenbrück-Ruhlsdorf Bodenschatz: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - HBP-Fläche ist weitestgehend abgebaut, - für mittelfristige Erweiterung ist die Zulassung eines RBP erforderlich, - zur Rohstoffsicherung ist die Ausweisung der Erweiterungsfläche außerhalb des Bergwerksfeldes und der überwiegende Teil der RBP-Fläche als VR-Gebiet erforderlich, - der RBP befindet sich im Zulassungsverfahren, - Reduzierung um den nordwestlichen Teil wird vom LBGR aufgrund der	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nur in Bezug auf die genehmigten Bereiche des HBP/RBP als VR gefolgt. Begründung LFU 02: Alle anderen Bereiche Kiese/Sande im LSG werden gemäß Stellungnahme MLUK/LfU nicht übernommen, sofern hierfür keine rechtskräftigen HBP/RBP mit Befreiung von der LSG_VO vorliegen. Hier geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	entgegenstehenden Belange akzeptiert, - aufgrund der Abbautechnologie ist jedoch eine stark konturierte Begrenzung im NW nicht möglich, - Hinzunahme von Flächen im Nordosten bis Osten über die Grenze der Bergbauberechtigung (BWE Berkenbrück-Ruhlsdorf) in den Bereich, der durch die KOR 50 ausgewiesenen Rohstofffläche hinaus, als Ausgleich für die Reduktion des nordwestlichen Teils, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 02 Damsdorf Am Vogelstangenberg		
BE-ID: 3006	.2. Damsdorf Am Vogelstangenberg (Karte LBGR 30) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Recyclingstätte - Vorranggebiet im Südosten um die Fläche des aus der Bergaufsicht entlassenen Betriebsteils reduziert (Flächen ausgekiest und verfüllt) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite, soweit sie sich zur Herstellung von feuerfesten Erzeugnissen oder Ferrosilizium eignen Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß der beantragten Beendigung der Kiesgewinnung lt. Antrag auf Zulassung der 1.Änderung des Abschlussbetriebsplans für den Tagebau Damsdorf / Am Vogelstangenberg (Verfahrensnummer: 9990), einschließlich perspektivischer Nachnutzung der Tagebaufläche für eine PV-Anlage, entfällt eine Fläche von 4,97 ha für eine Festlegung im Vorranggebiet Rohstoffgewinnung. In diesem Antrag sowie im Telefonat mit Herrn Anders vom LBGR am 04.04.24 wird dargestellt, dass auf dieser Fläche die Auskiesung abschließend erfolgt sei. In Anwendung des Planungskonzepts (Kriterium VR-K05: Mindestgröße 10ha) zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Damsdorf Am Vogelstangenberg in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 03 Emstal		
BE-ID: 3008	.4. Emstal (Karte LBGR 32) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb, - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - RBP im Zulassungsverfahren - Vorranggebiet im Westen um die Betriebsfläche des Kalksandsteinwerkes reduziert - VR im Süden an die Grenze des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP angepasst Bergbauberechtigung: Bewilligung Emstal Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 04 Fohrder Berg Nord und Süd		
BE-ID: 3010	.6. Fohrder Berg-Nord (Karte LBGR 34) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet (beschränkt auf die Betriebsteile mit zugelassenem RBP) Bergbauberechtigungen: Bewilligungen Fohrder Berg 1, 2 und 3 Bodenschätze: bergfreie Quarzsande und Spezialsande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3011	.7. Fohrder Berg-Süd (Karte LBGR 34) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet (beschränkt auf die Betriebsteile mit zugelassenem RBP) Bergbauberechtigungen: Bewilligungen Fohrder Berg 2 und Fohrder Berg 3 Bodenschätze: bergfreie Quarzsande und Spezialsande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3012	8. Fresdorfer Heide (Karte LBGR 35) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - weiterer RBP im Zulassungsverfahren - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Norden und Süden auf die Flächen des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP angepasst - Vorranggebiet im zentralen Bereich um die aus der Bergaufsicht entlassene Betriebsfläche (BIm-SchG) reduziert Bergbauberechtigungen: Bergwerksfeld Fresdorfer Heide und Bewilligungsfeld Fresdorfer Heide-Süd und grundeigen Bodenschätze: Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Rohstoffvorsorge muss über längeren Zeitraum gewährleistet werden, d. h. gesamtes Gebiet ist als VR-Gebiet zu belassen, - die Fläche auch außerhalb der RBP-Fläche ist zur Rohstoffvorsorge als VR-Gebiet zu belassen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als VB festgelegt. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU (Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftige HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 06 Glienick		
BE-ID: 3014	9. Glienick (Karte LBGR 86) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Vorranggebiet über das Bergwerkseigentum nach Südosten hinaus bis zur Lagerstättengrenze ausgedehnt (Rohstoffreserven, potenzielles Erweiterungsgebiet) Bergbauberechtigungen: Bergwerksfeld Glienick und Bewilligungsfeld Glienick II B und grundeigen Bodenschatz: Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - VR-Gebiet in gesamter Größe ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - Fläche, auch außerhalb der Bergbauberechtigungen ist als VR-Gebiet belassen, - Gewährleistung der regionalen Rohstoffversorgung mit Tonrohstoffen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Der Gebietsvorschlag wird in Orientierung auf die rechtskräftigen Betriebspläne und entsprechenden Bergbauberechtigungen angepasst übernommen. Für darüber hinaus gehende Randbereiche werden von Fachbehörden Konflikte in Bezug auf Wasserschutz (WSG Groß Schulzendorf in Planung) sowie auf nicht kompensierbare Waldfunktionen geltend gemacht. Insbesondere die Reduzierung der vorgeschlagenen Fläche im Osten resultiert aus dort gebündelt vorhandenen, nach Stellungnahme des LFB nicht kompensierbaren Waldfunktionen: 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort, 3100 Lokaler Klimaschutzwald, 3200 Lokaler Immissionsschutzwald. Damit kann dort der Festlegung eines Vorrangs für die Rohstoffnutzung vor allen anderen raumbedeutsamen Nutzungen in regionalem Maßstab nicht eingeräumt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 07 Görzke		
BE-ID: 3016	.11. Görzke (Karte LBGR 38) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes überwiegend auf die Fläche des zugelassenen HBP beschränkt und nach Nordwesten geringfügig über die Fläche des HBP hinaus ausgedehnt Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	LBGR.	Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Die verbleibende Fläche des genehmigten HBP ist kleiner als 10 ha und besitzt damit gemäß Planungskonzept keine regionalplanerische Relevanz.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 08 Großwudicke		
BE-ID: 3017	.12. Großwudicke (Karte LBGR 6) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - Nassabbau - Vorranggebiet um die verfüllte Fläche des zugelassenen ABP reduziert - Vorranggebiet nach Norden bis an die Grenze des zugelassenen RBP ausgedehnt Bergbauberechtigung: Bewilligung Großwudicke Bodenschätze: bergfreie Quarzsande und Spezialsande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 09 Güterfelde		
BE-ID: 3018	.13. Güterfelde (Karte LBGR 40) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Nassabbau - Recyclingstätte - Vorranggebiet nach Nordwesten und Südosten über die Flächen des zugelassenen HBP bzw. des festgelegten Vorranggebietes hinaus ausgedehnt - Vorranggebiet im Osten um die Betriebsfläche der Kläranlage reduziert Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Die ursprüngliche Festlegung des vom LBGR vorgeschlagenen Vorranggebiets wird reduziert. Begründung: Aufgrund vorgebrachter Bedenken der Stadtgüter Berlin zu Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen des Natur- und Artenschutzes sowie der Wasserbehörde der Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher· und Klimaschutz) zur Lage im Einzugsgebiets für das Wasserwerk Beelitzhof, kann dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe nur noch im Bereich des zugelassenen Hauptbetriebsplans Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 10 Horstfelde-Nord		
BE-ID: 3019	14. Horstfelde-Nord (Karte LBGR 91) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP, RBP) - Nassabbau - Baubeschränkungsgebiet - Vorranggebiet im Norden an die Grenzen des zugelassenen RBP und an die Infrastruktur (L 246) angepasst - Vorranggebiet im Nordosten um die Fläche des aus der Bergaufsicht entlassenen Betriebsteils reduziert (Rohstoffe abgebaut) Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Horstfelde Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen und überregionalen Rohstoffversorgung erforderlich (und hat herausragende Bedeutung für die Rohstoffversorgung), - eine langfristige Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet nicht gewährleistet, - die Begründung im Regionalplan widerspricht somit dem Raumordnungsgesetz, - eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist mittelfristig notwendig, - RBP ist zugelassen, d. h. Planfeststellung ist erfolgt, - die Ausweisung der gesamten RBP-Fläche als VR-Gebiet ist erforderlich, - große jährliche Abbaumengen der Lagerstättenvorräte und große Aufbereitungskapazität erfordern eine hohe jährliche Flächeninanspruchnahme mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf, - die Siedlungsfläche im Norden, die Waldfunktionen und die Denkmalschutzbelage wurden bei der Planfeststellung schon betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Der Argumentation bezüglich des Rahmenbetriensplans wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 11 Horstfelde-Süd		
BE-ID: 3021	15. Horstfelde-Süd (Karte LBGR 91) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP, RBP) - Nassabbau - Baubeschränkungsgebiet - Vorranggebiet im Süden an die Grenzen des zugelassenen RBP und an die Infrastruktur (L 246) angepasst Bergbauberechtigungen: Bergwerksfeld Horstfelde und Bewilligung Horstfelde Ost Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen und überregionalen Rohstoffversorgung erforderlich (und hat herausragende Bedeutung für die Rohstoffversorgung), - eine langfristige Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet nicht gewährleistet, - die Begründung im Regionalplan widerspricht somit dem Raumordnungsgesetz, - eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist mittelfristig notwendig, - RBP ist zugelassen, d. h. Planfeststellung ist erfolgt, - die Ausweisung der gesamten RBP-Fläche als VR-Gebiet ist erforderlich, - große jährliche Abbaumengen der Lagerstättenvorräte und große Aufbereitungskapazität erfordern eine hohe jährliche Flächeninanspruchnahme mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf, - Waldfunktionen und Denkmalschutzbelage wurden bei der Planfeststellung schon betrachtet oder sind im Einzelfall in bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird diesbezüglich einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen. Der vom LBGR über den Bereich des Rahmenbetriebsplans hinaus vorgeschlagene südöstliche Ansatz, kann bis auf einen Waldstreifen mit Waldfunktion im Regionalplan als Vorranggebiet festgelegt werden. Die Reduzierung resultiert aus dort gebündelt vorhandenen, nach Stellungnahme des LFB nicht kompensierbaren Waldfunktionen: 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort und 3100 Lokaler Klimaschutzwald. Damit kann in diesem Bereich der Festlegung eines Vorrangs für die Rohstoffnutzung vor allen anderen raumbedeutsamen Nutzungen in regionalem Maßstab nicht eingeräumt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 12 Knoblauch-Kapellberg		
BE-ID: 3023	16. Knoblauch-Kapellberg (Karte LBGR 10) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) mit Einbau tagebaufremder Materialien - Recyclingstätte - Deponie - Vorranggebiet reduziert (im Südwesten ausgekieste und verfüllte Fläche ausgespart) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Zeitplan des beantragten ABP (LBGR – Gesch-Z k 22-1.4-1-3, Stn 10126) endet der für die vollständige Rohstoffgewinnung beantragte Hauptbetriebsplan im Jahr 2028. Die Stilllegung und Entlassung der Fläche aus der Bergaufsicht werden für das Jahr 2030 angestrebt. Damit verbleiben in absehbarer Zeit von der ursprünglich vom LBGR gemäß seines Fachbeitrags angemeldeten Fläche lediglich 7 ha. In Anwendung des Planungskonzepts zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Knoblauch-Kapellberg als regional bedeutsames Rohstoffgebiet Abstand zu nehmen. Auch die mit Mail von edisnatur vom 04.06.2024 zum Standort einer geplanten WEA übermittelte LBGR Sachstandseinschätzung führt nach Anwendung des Planungskonzepts zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 zu einer verbleibenden Fläche von weniger als 10 ha und damit dazu, von einer Festlegung des Gebietes Knoblauch-Kapellberg als regional bedeutsames Rohstoffgebiet in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen. Zusätzlich hält der LFB an der Reduzierung bzgl. nicht kompensierbarer Waldfunktionen fest: hier 5400 kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 13 Krahne		
BE-ID: 3024	.17. Krahne (LBGR Karte 42) Bisherige Situation: Krahne: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Recyclingstätte - Vorranggebiet nach Nordwesten über die Flächen des zugelassenen HBP hinaus erweitert Prützke: - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle - Kein gültiger Betriebsplan - Vorranggebiet im Nordosten um die ausgekiesten bzw. verfüllten Betriebsflächen reduziert Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 14 Lietzow		
BE-ID: 3026	.18. Lietzow (Karte LBGR 11) Bisherige Situation: - Ruhender Gewinnungsbetrieb - Kein gültiger Betriebsplan (HBP ausgelaufen) - Wiederaufnahme der Gewinnung vorgesehen - Neuer HBP im Zulassungsverfahren - Vorranggebiet erhalten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 15 Lindower Heide		
BE-ID: 3027	.19. Lindower Heide (Karte LBGR 93) Bisherige Situation: - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle - derzeit kein gültiger Betriebsplan - Vorranggebiet im Süden um die Flächen der illegalen Verfüllungen bzw. der Deponie reduziert Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 16 Linthe		
BE-ID: 3028	.20. Linthe (Karte LBGR 44) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP, RBP) - Nassabbau - Vorranggebiet im Nordosten geringfügig erweitert und dabei an die Grenzen des zugelassenen RBP angepasst Bergbauberechtigung: Bewilligung Linthe 15, Bewilligung Linthe 5, Bewilligung Linthe 6, Bewilligung Linthe 13 B und grundeigen Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande und grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme. Eine Anpassung in Auswertung des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf ist in den Randbereichen erfolgt: 1. an vorhandene Infrastrukturen: Autobahn und Brückenbauwerk, Feuerlöschteich sowie an laufende.Bauleiplanung Solarpark (9456) im Süden 2. an festgesetzte Kompensationsflächen nach BNatSchG im Süden
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 17 Linthe 2		
BE-ID: 3029	21. Linthe 2 (Karte LBGR 45) Bisherige Situation: - derzeit ruhender Betrieb - Wiederinbetriebnahme des Tagebaus in Prüfung - Nassabbau - Vorranggebiet im Nordwesten um die Fläche des zugelassenen ABP eingekürzt - Vorranggebiet im Nordosten, Osten und Süden an die Flächen des zugelassenen RBP bzw. an die Grenzen des Bergwerkseigentums angepasst Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - RBP ist zugelassen, d. h. Planfeststellung für die Rohstoffgewinnung ist erfolgt, - zur langfristigen Rohstoffsicherung ist fast die gesamte RBP-Fläche als VR-Gebiet notwendig, - die Siedlungsfläche im Norden, wurden bei der Planfeststellung schon betrachtet oder ist im Einzelfall bei der Inanspruchnahme im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - das Wintereinstandsgebietes der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Der Argumentation des LBGR wird gefolgt und die Fläche gemäß des zugelassenen Rahmenbetriebsplans als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung angepasst.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 18 Marzahne		
BE-ID: 3032	.24. Marzahne (Karte LBGR 46) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Norden an die Fläche des zugelassenen HBP angepasst und nach Westen und Süden über die Fläche des HBP hinaus erweitert Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Damit ist die verbleibende Fläche des genehmigten HBP ohne regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 19 Michelsdorf		
BE-ID: 3033	25. Michelsdorf (Karte LBGR 48) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - RBP im Zulassungsverfahren - Vorranggebiet im Norden und Osten auf die Flächen des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP erweitert (im Osten über die RPB-Grenzen hinaus) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - bei ausschließlicher Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet ist eine langfristige Rohstoffvorsorge nicht gewährleistet, - eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist bei Bedarf notwendig, - in der Lagerstätte ist die Gewinnung von qualitativ hochwertigem Deponieabdeckmaterial möglich, - die Festsetzung der geplanten Wasserschutzzone ist geplant, steht aber noch aus, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Der vorgebrachten Festlegung der gesamten Fläche als Vorranggebiet wird nicht gefolgt. Begründung: Für die Fläche des VR19 besteht ein zugelassener Hauptbetriebsplan, so dass für diese eine Übernahme als Vorranggebiet in den Regionalplan erfolgt. Für die gesamte Fläche des vom LBGR als Vorranggebiet angemeldete Fläche beabsichtigt der Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland die Festsetzung einer Schutzzone für das Wasserwerk Michelsdorf. Das Verfahren mit rechtssicheren Gebietsausweisungen hierzu ist nicht abgeschlossen. Somit kann über die Fläche des Hauptbetriebsplans hinaus weder dem Belang des Wasserschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Es verbleibt damit die Darstellung gemäß dem ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 20 Möthlow		
BE-ID: 3035	.26. Möthlow (Karte LBGR 12) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP und RBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet an die Kontur des zugelassenen RBP angepasst Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 21 Niederwerbig B		
BE-ID: 3037	28. Niederwerbig B (Karte LBGR 43) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - RBP im Zulassungsverfahren - Vorranggebiet erhalten Bergbauberechtigungen: Bewilligung Niederwerbig B und Krähenberg 1 B Bodenschätze: bergfreie Quarzsande und Spezialsande und bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - VR-Gebiet in gesamter Größe ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung, - der RBP befindet sich im Zulassungsverfahren, - FFH-Gebiete werden bei der Planfeststellung betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - Bodendenkmale werden bei der Planfeststellung betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - LSG werden bei der Planfeststellung	Dem Vorschlag zur Festlegung des Gebietes als Vorranggebiet wird gefolgt. Auf der Basis einer vorliegenden FFH-Verträglichkeitsuntersuchung war dieses Gebiet bereits als Vorranggebiet im Regionalplan Havelland-Fläming 2020 abgestimmt. Der Forderung des LfU in einer zusätzlichen Abstimmung im Jahr 2023 nach einer aktuellen FFH-Vorprüfung wurde entsprochen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - Nutzung für Windenergie wird bei der Planfeststellung betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 22 Niemegk/An der Autobahn		
BE-ID: 3039	.30. Niemegk / An der Autobahn (Karte LBGR 50) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Vorranggebiet für den Teil der Fläche des zugelassenen HBP erhalten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Die Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme. Eine Anpassung in Auswertung des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf ist nach Forderungen in den Stellungnahmen LFU, MLUK gemäß erfolgter Kompensationsmaßnahmen in den Randbereichen zur Autobahn A9 hin erfolgt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 23 Reetz-Nord		
BE-ID: 3044	.34. Reetz-Nord (Karte LBGR 58) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP, RBP) - Baubeschränkungsgebiet - Vorbehaltsgebiet zum Vorranggebiet hochgestuft und um die Flächen der ausgebeuteten Rohstoffe reduziert Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Reetz und grundeigen Bodenschätze: bergfreier und grundeigener Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 24 Rietz-Nordwest		
BE-ID: 3045	35. Rietz-Nordwest (Karte LBGR 59) Bisherige Situation: • Laufender Gewinnungsbetrieb • Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) • Recyclingstätte • Vorranggebiet im Osten um die Fläche des zugelassenen ABP reduziert (verfüllte Fläche) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 gefolgt: 1. entsprechend Zustimmung des LBGR zum Antrag Ingenieurbüro Scholz (Mail 23.03.2022) Reduzierung um 4,6 ha (Flurstücke 334, z.T.333) nördlich des HBP und damit Wegfall der weiter nördlich verbleibenden, losgelösten Restfläche von 4 ha. 2. Der Bereich des bis zum 30.09.2023 gültigen HBP ist weitgehend ausgesandet und der Abschluss des Abbauvorhabens wird vorbereitet. Die Stadt Treuenbrietzen beabsichtigt im Rahmen einer Bauleitplanung die Festlegung eines Sondergebietes für PV-Anlagen (Bebauungsplan BPNR 2021_05 "Sondergebiet PV Freianlage Kiesgrube Rietz"). 3. Die Bereiche mit beendeter Bergaufsicht nach LBGR werden ausgespart.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 25 Viesen		
BE-ID: 3048	.38. Viesen (Karte LBGR 64) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Vorranggebiet im Süden erweitert und in diesem Bereich an die Grenzen des zugelassenen HBP angepasst Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 gefolgt: Das LfU macht in einer zusätzlichen Abstimmung im Jahr 2023 mögliche Konflikte zum, im SW angrenzenden Vogelschutzgebiet Fiener Bruch geltend. Zur Konfliktvermeidung wird das VR um die 30m Offenland zwischen Vogelschutzgebiet und zugelassenem Betriebsplan (hier Planfestlegung aufgrund bestehender Abgrabungsgenehmigung) reduziert. Die nördlich über den zugelassenen Betriebsplan hinaus gehenden Flächen befinden sich in einer Entfernung von 340 m und mehr zum Vogelschutzgebiet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Infolge der Bewaldung und des zwischenliegenden zugelassenen Betriebsplans mit Abgrabungsgenehmigung ist keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele anzunehmen, da keine essentiellen Lebensräume der wertgebenden Arten in Anspruch genommen und Flugbeziehungen nicht beeinträchtigt werden. Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können entsprechende Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 26 Vietznitz		
BE-ID: 3049	.39. Vietznitz (Karte LBGR 19) Situation Mai 2022: - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle) - Rahmenbetriebsplan übertragen - ABP ausgelaufen; HBP im Zulassungsverfahren - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet überwiegend an die Kontur der Fläche des zugelassenen Rahmenbetriebsplanes angepasst - Ausgekieste und verfüllte Tagebauflächen im Südosten aus dem Vorranggebiet ausgespart Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 27 Wünsdorf		
BE-ID: 3052	.42. Wünsdorf (Karte LBGR 101) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - RBP im Zulassungsverfahren - Vorranggebiet im Norden und Nordwesten an die Kontur des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP angepasst - Vorranggebiet im Süden an die Grenze der Bewilligung angepasst - Vorranggebiet im Nordwesten um die Fläche des abgebauten und aus der Bergaufsicht entlassenen Betriebsteils (inzwischen Deponie) reduziert Bergbauberechtigung: Bewilligung Wünsdorf B und grundeigen Bodenschätze: Quarzsande und Spezialsande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Eine Übernahme in den Regionalplan erfolgt nur noch reduziert auf die Flächen der zugelassenen Betriebspläne Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LfU betreffen die darüber hinaus gehenden Bereiche ein Mosaik umfangreicher geschützter Biotope. Beide TÖB beziehen sich auf eine festgestellte Unzulässigkeit gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG (angrenzendes LSG) bzw. § 30 Abs. 2 BNatSchG (umfangreiche gesetzlich geschützte Biotope im Gebiet) sowie auf § 34 Abs. 7 BNatSchG. Biotopfläche, Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotope innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stünden einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen. In dem verbleibenden Bereich ist der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung bereits im Rahmen der bestehenden Abgrabungsgenehmigung entsprochen. Hinweise: 1. Alternative Gewinnungsbereiche mit weniger Nutzungskonflikten sind nördlich der Betriebsplanflächen als VB avisiert. 2. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 28 Zachow		
BE-ID: 3053	.43. Zachow (Karte LBGR 22) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Recyclingstätte - Vorranggebiet im Osten erweitert und dabei geringfügig an die Grenzen des zugelassenen HBP angepasst Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen	Dem Gebietsvorschlag wird in Aufsplittung in VR (für die Flächen der zugelassenen Betriebspläne) sowie VB (für die übrigen Flächen) gefolgt: Begründung: 1. Das LfU macht in einer zusätzlichen Abstimmung im Jahr 2023 mögliche Konflikte zum

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Vogelschutzgebiet Mittlere Havelniederung (im Südwesten in 50m Entfernung gelegen) sowie zum im Osten angrenzenden FFH-Gebiet Steppenhügel geltend. Der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung wird in summarischer Beurteilung der möglichen Betroffenheiten entsprochen. Für das VR resultiert die Planfestlegung aufgrund der bestehenden Abgrabungsgenehmigung. In den VB zur planerischen Sicherung von Lagerstätten wird dagegen noch keine verbindliche Nutzungsänderung festgelegt. Es wird davon ausgegangen, dass keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele zu erwarten ist, da keine direkte Flächeninanspruchnahme erfolgt und Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes sowie durch Stoffeinträge von außen unter Einbeziehung möglicher Vermeidungsmaßnahmen voraussichtlich nicht zu erwarten sind. 2. Die Untere Wasserbehörde des Landkreises Havelland macht eine beabsichtigte, jedoch noch nicht ins Verfahren gebrachte Neufestsetzung des Trinkwasserschutzgebietes Zachow-Tremmen geltend. Es wird eingeschätzt, dass die Anzeige zur Errichtung von vier Grundwassermessstellen-Gruppen kein ausreichendes Indiz für die Unmöglichkeit wasserschutzverträglicher Rohstoffgewinnung darstellt, zumal sich der mögliche Erweiterungsbereich als VB in Bezug auf die gegenwärtige Wasserfassung hinter der bereits genehmigten Rohstoffgewinnung befindet. Mit der Festlegung der über die zugelassenen Betriebspläne hinausgehenden Flächen als VB zur planerischen Sicherung von Lagerstätten wird noch keine verbindliche Abwägung zwischen diesen Raumansprüchen vorgenommen. Festlegungen zur Verhinderung von Grundwasserbeeinträchtigung können im Zulassungsverfahren für die Betriebspläne getroffen werden, z.B. durch Begrenzung auf Abbau im Trockenschnitt, welcher am Standort möglich ist. Die Gewinnung von Kiesen und Sanden wird damit nicht ausgeschlossen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 G 2.3.2 VB Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 3042	32. Potsdam - Süd 2 (Karte LBGR 24) Bisherige Situation: - bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung eines Vorranggebietes südlich der Bahnlinie bzw. südlich des Tagebaus Potsdam-Süd - Rohstoffreserven für den Tagebau Potsdam-Süd Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen - Rohstoffvorsorge ist über einen längeren Zeitraum zu gewährleisten, - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung im Raum Potsdam erforderlich, - ursprünglich als VR, ist die Fläche nun zur Rohstoffvorsorge als VB-Gebiet zu	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründungen: Das Gebiet befindet sich im LSG sowie im Freiraumverbund nach LEP HR. Gemäß Zielfestlegung 6.2 des LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Ausnahmen hiervon sind an hohe Maßstäbe des Plangebers des LEP HR gebunden und liegen nicht im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	belassen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Darüber hinaus werden Belange des LSG sowie angrenzender wasserwirtschaftlicher Nutzung vom LfU geltend gemacht.
BE-ID: 3054	44. Baruth (Karte LBGR 79) Bisherige Situation: - Gewinnung ruht derzeit - Erneute Erkundung der Lagerstätte zugelassen (HBP) - Neuer HBP zur Gewinnung im Verfahren - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Vorbehaltsgebiet nach Westen und Osten bis zu den Grenzen der bekannten Lagerstätte hinaus ausgedehnt - Vorbehaltsgebiet im Norden bis zur Markscheide der erteilten Bewilligung begrenzt Bergbauberechtigung: Bewilligungsfeld Baruth Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Ausdehnung des VB-Gebiet auf gesamte Fläche der Bewilligung, Grund neuer Erkundungsstand, - gesamte vorgeschlagene Fläche ist somit größer 10 ha, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Die vom LBGR nunmehr erweitert vorgebrachte Fläche zur Festlegung als Vorbehaltsgebiet erreicht eine Größe von mehr als 10ha und wird größtenteils übernommen. In geringfügiger Anpassung an die Grenzen des umgebenden LSG, Herausnahme des Biotops sowie geringfügiger Reduzierung im Nordosten um gemäß LFB nicht kompensierbare Waldfunktionen werden die kumulierenden Raumansprüche auf ein Vorbehaltsgebiet reduziert, bei dessen Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten sind, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das LfU stellt in einer Abstimmung im Jahr 2023 Konflikte aus der Lage im LSG „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“ und den damit geltenden Bestimmungen der Schutzgebietsverordnung heraus. Nach den der Regionalen Planungsstelle vorliegenden GIS-Daten ist das Gebiet jedoch nicht Bestandteil des LSG, sondern offenbar wegen existierender Bergbaubewilligung von einer LSG-Festlegung ausgespart. Bezüglich des ursächlich aus Rohstoffgewinnung heraus resultierenden FFH-Gebietes Kiesgrube Spitzenberge in nördlicher Nachbarlage erfolgte in summarischer Beurteilung eine FFH-Vorprüfung, in dessen Ergebnis keine Beeinträchtigungen zu erwarten sind.
BE-ID: 3058	48. Fernneuendorf (Karte LBGR 83) Bisherige Situation: - Gewinnung bisher nicht aufgenommen - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - erkundete Lagerstätte mit entsprechendem Kiesanteil, - Lagerstätte hat Bedeutung für die regionale Rohstoffversorgung, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Beeinflussung der benachbarten NSG und FFH-Gebiete sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
BE-ID: 3060	.50. Glau (Karte LGBR 84) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3061	.51. Gortz (Karte LBGR 37) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3063	53. Götz (Karte LBGR 39) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb in den Wendejahren eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Sande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - Lagerstätte hat Bedeutung für die regionale Rohstoffversorgung, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Gebiets des Seeadlers ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
BE-ID: 3067	57. Hoppenrade (Karte LBGR 8) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Vorbehaltsgebiet überwiegend auf die frühere HBP-Fläche angepasst Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Belange des Denkmalschutzes im Gebiet sind im Einzelfall im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Keine Übernahme in den Regionalplan. Begründung: Im gesamten Gebiet bestehen kumulierende Raumansprüche (nicht kompensierbare Waldfunktionen gemäß LfB, Flächenbodendenkmal, Biotope). Damit sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.
BE-ID: 3068	58. Knoblauch (Karte LBGR 9) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Vorbehaltsgebiet nach Süden und Osten über das Bergwerkseigentum hinaus ausgedehnt und an die Infrastruktur (Straße) angepasst Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Knoblauch Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Belange der Landwirtschaft sind im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Belange des Naturschutzes sind im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen.	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden, zweckdienlichen Unterlage bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.
BE-ID: 3069	59. Medewitz-Ost (Karte LBGR 47) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Sande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Verlagerung / Verschiebung der VB-Fläche nach Südosten, - der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Betroffenheiten von NSG, FFH sind nicht mehr gegeben (durch Verlagerung der Fläche), - die Betroffenheit der Siedlungsbereiche von Medewitz im Südwesten ist nicht mehr gegeben (durch Verlagerung der Fläche), Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3074	.64. Oehna (Karte LBGR 97) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3076	66. Pritzerbe (Karte LBGR 54) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigener Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung (mit Ton) erforderlich, - nach Verkleinerung der Fläche des VB-Gebietes keine Betroffenheiten mehr bezügliche des Freiraumverbund LEP HR, des NSG, des LSG und der Hochwasserschutzbereiche, - die Belange des Denkmalschutzes im Gebiet sind im Einzelfall im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem vom LBGR geänderten Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Mittlere Havel und Niederung der Unteren Havel) sowie zu Vogelschutzgebieten (hier Niederung der Unteren Havel) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope im Gebiet und Natur- und Landschaftsschutzgebiete in direkter Nachbarlage. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem überwiegenden Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.
BE-ID: 3079	69. Schlunkendorf (Karte LBGR 60) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb eingestellt - Betrieb insolvent - Betriebspläne (ABP, HBP) ausgelaufen - Plan für die Sanierung von Altlasten im Tagebau angeordnet - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Vorbehaltsgebiet über die Flächen des ehemaligen HBP nach Osten und Süden hinaus ausgedehnt (Rohstoffreserven) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
BE-ID: 3081	71. Schmetzdorf Ost 1 (Karte LBGR 17) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - noch kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Erweiterungsfläche des im Westen laufenden Gewinnungsbetriebs Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - eine Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche nicht gewährleistet, - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, -	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden, zweckdienlichen Unterlage bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	obwohl die Flächengröße kleiner 10 ha ist, ist zur mittelfristigen Aufrechterhaltung der Rohstoffgewinnung am Standort die Gewinnung sicherzustellen, Diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen.	eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.
BE-ID: 3085	75. Tremsdorf (Karte LBGR 62) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigener Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung (mit Ton) erforderlich, - nach Verkleinerung der Fläche des VB-Gebietes keine Betroffenheiten mehr bezügliche des Freiraumverbund LEP HR, des NSG, des LSG, des FFH-Gebietes, der SPA und der Hochwasserschutzbereiche im Süden, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
BE-ID: 3086	76. Treuenbrietzen-Krähenberg (Karte LBGR 63) Bisherige Situation: - Derzeit kein Gewinnungsbetrieb - Kein gültiger Betriebsplan - Tagebau teilweise als Motocross- Anlage genutzt - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (auf die Fläche des früheren HBP beschränkt) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen.	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden, zweckdienlichen Unterlage bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.
BE-ID: 3090	80. Wildenbruch-Nord (Karte LBGR 35) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte gut erkundet, aber noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorranggebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Sand Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - Erkundungsergebnisse liegen vor, wurden geprüft, - Fläche wurde nach rohstoffgeologischen Gesichtspunkten geprüft und erweitert, - somit Flächengröße über 10 ha, - Rohstoffqualität ist gegeben Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Die vom LBGR nunmehr erweitert vorgebrachte Fläche zur Festlegung als Vorbehaltsgebiet erreicht eine Größe von mehr als 10ha. Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3092	.82. Wollin-Gräben (Karte LBGR 68) Bisherige Situation: - Keine Gewinnung - Zugelassener Betriebsplan (ABP) - Derzeitiger Betreiber beabsichtigt Stilllegung des Tagebaus - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Kontur des Vorbehaltsgebietes im Südwestteil auf die Flächen des zugelassenen ABP (Restvorräte) angepasst und nach Osten ausgedehnt Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3093	.83. Zachow (Karte LBGR 22) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung eines Vorbehaltsgebietes östlich des Tagebaus Zachow - Rohstoffreserven für den Tagebau Zachow Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3094	84. Zossen (Karte LBGR 102) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Bergaufsicht beendet - Herabstufung des Vorranggebietes zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Keine Übernahme in den Regionalplan. Begründung: Im fast gesamten Gebiet besteht Konflikt mit den vom LfB angemeldeten nicht kompensierbaren Waldfunktionen, die mit Raumansprüche aus unmittelbarer Nachbarschaft (Freiraumverbund, NSG) kumulieren. Damit sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung in regionalem Maßstab Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt, wobei auch hier im Genehmigungsverfahren obig erwähnten Raumnutzungssituationen durch die Fachbehörden erhebliche Bedeutung zugemessen werden wird.
BE-ID: 3095	.85. Bergholz-Rehbrücke (Karte LBGR 69) Bisherige Situation: - keine Gewinnung - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3099	.89. Groß-Glienicke - Nord (Karte LBGR 5) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3102	92. Lindenbrück (Karte LBGR 105) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - beim Abbau ist der Grundwasserschutz sicher zu stellen damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwasserleiters kommt, d. h. keine Freilegung des Grundwassers, Abbau nur im Trockenschnitt, - die Möglichkeit der Beeinflussung des NSG und des FFH-Gebietes ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Darüber hinaus werden Belange wasserwirtschaftlicher Nutzung (WSG Zone III) vom LfU geltend gemacht.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3103	.93. Medewitz (Karte LBGR 73) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 3105	95. Rädel-Nord (Karte LBGR 74) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Torf Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - nur noch wenige Torf-Lagerstätten in Brandenburg, - Abbau nur kleinräumig und saisonal, - Abbau für balneologische Zwecke, - obwohl die Flächengröße kleiner 10 ha ist, ist die Rohstoffgewinnung am Standort sicherzustellen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - durch Verkleinerung der Fläche, ist der Siedlungsbereich nicht mehr betroffen, - der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG, des NSG und des FFH-Gebietes ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR - diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden, zweckdienlichen Unterlage bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweise: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden. Das Gebiet befindet sich fast vollständig im LSG, Freiraumverbund LEP HR, in NSG und FFH.
BE-ID: 3110	100. Vieritz-Kattenberge-Nord (Karte LBGR 21) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Verlagerung / Verschiebung der VB-Fläche nach Südwesten, - im SW sind dieselben rohstoffgeologischen Verhältnisse anzutreffen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Betroffenheit vom Freiraumverbund LEP HR ist nicht mehr gegeben, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem verlagert vorgebrachten LBGR-Gebietsvorschlag wird in Reduzierung um nicht kompensierbare Waldfunktionen entsprechend der Stellungnahme des Landesbetriebes Forst gefolgt. Wegen der Nachbarlage zum VB 38 (LBGR-Vorschlag-Nr. 78) wird es diesem Vorbehaltsgebiet zugeschlagen.
BE-ID: 3111	101. Warsow-West (Karte LBGR 23) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Sand Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG und der SPA ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Betroffenheit vom Wintereinstandsgebiet Großtrappe ist nach Verkleinerung des Gebietes nicht mehr gegeben, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 01 Bensdorf/Vehlener Berge		
BE-ID: 3055	.45. Bensdorf / Vehlener Berge (Karte LBGR 29) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Baubeschränkungsgebiet - Vorbehaltsgebiet im Südosten auf die Fläche des Baubeschränkungsgebietes erweitert	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Bensdorf/Vehlener Berge Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 02 Bensdorf-Ost		
BE-ID: 3056	.46. Bensdorf-Ost (Karte LBGR 28) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Bensdorf Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 03 Bensdorf-West		
BE-ID: 3057	.47. Bensdorf-West (Karte LBGR 28) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Bensdorf Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Dem Gebietsvorschlag wird in geänderter, reduzierter Form gefolgt. Begründungen: In Auswertung des Beteiligungsverfahrens ergeben sich folgende Feststellungen: 1. Das Vorbehaltsgebiet wird im nordwestlichen Bereich um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren Solarpark Altbensdorf (9762) reduziert. 2. Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Pelze) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope im Gebiet. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem entfallenen Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 04 Berkenbrück-Ruhlsdorf		
BE-ID: 3005	1. Berkenbrück-Ruhlsdorf (Karte LBGR 80) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb, - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes auf die Flächen des zugelassenen RBP beschränkt Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Berkenbrück-Ruhlsdorf Bodenschatz: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - HBP-Fläche ist weitestgehend abgebaut, - für mittelfristige Erweiterung ist die Zulassung eines RBP erforderlich, - zur Rohstoffsicherung ist die Ausweisung der Erweiterungsfläche außerhalb des Bergwerksfeldes und der überwiegende Teil der RBP-Fläche als VR-Gebiet erforderlich, - der RBP befindet sich im Zulassungsverfahren, - Reduzierung um den nordwestlichen Teil wird vom LBGR aufgrund der	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nur in Bezug auf die genehmigten Bereiche des HBP/RBP als VR gefolgt. Begründung LFU 02: Alle anderen Bereiche Kiese/Sande im LSG werden gemäß Stellungnahme MLUK/LfU nicht übernommen, sofern hierfür keine rechtskräftigen HBP/RBP mit Befreiung von der LSG_VO vorliegen. Hier geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	entgegenstehenden Belange akzeptiert, - aufgrund der Abbautechnologie ist jedoch eine stark konturierte Begrenzung im NW nicht möglich, - Hinzunahme von Flächen im Nordosten bis Osten über die Grenze der Bergbauberechtigung (BWE Berkenbrück-Ruhlsdorf) in den Bereich, der durch die KOR 50 ausgewiesenen Rohstofffläche hinaus, als Ausgleich für die Reduktion des nordwestlichen Teils, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 05 Fichtenwalde		
BE-ID: 3009	5. Fichtenwalde-Nord mit Fichtenwalde-Süd als ein Gebiet Fichtenwalde (Karte LBGR 33) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Aufnahme einer Gewinnung in Planung - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet über die Fläche des Bergwerkseigentums nach Westen und Norden hinaus bis in die Nähe der BAB A 9 bzw. BAB A 10 ausgedehnt Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Fichtenwalde-Nord, Bergwerksfeld Fichtenwalde-Süd und grundeigen Bodenschätze: Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - VR-Gebiet Fichtenwalde-Nord und VB-Gebiet Fichtenwalde-Süd sind als ein gemeinsames VR-Gebiet auszuweisen, - Rohstoffvorsorge ist über einen längeren Zeitraum zu gewährleisten, - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung im Raum Potsdam erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt, auch nicht mehr in Teilbereichen. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Darüber hinaus werden Belange nicht kompensierbarer Waldfunktionen vom LFB und angrenzender wasserwirtschaftlicher Nutzung vom LfU geltend gemacht.
BE-ID: 3059	49. Fichtenwalde als ein Gebiet (Karte LBGR 33) Anmerkung Excerpierer: identisch lfd. LBGR-Nr. 5. Fichtenwalde-Nord mit Fichtenwalde-Süd als ein Gebiet Fichtenwalde (Karte LBGR 33) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Aufnahme einer Gewinnung in Planung - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet über die Fläche des Bergwerkseigentums nach Westen und Norden hinaus bis in die Nähe der BAB A 9 bzw. BAB A 10 ausgedehnt Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Fichtenwalde-Nord, Bergwerksfeld Fichtenwalde-Süd und grundeigen Bodenschätze: Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - VR-Gebiet Fichtenwalde-Nord und VB-Gebiet Fichtenwalde-Süd sind als ein gemeinsames VR-Gebiet auszuweisen, - Rohstoffvorsorge ist über einen längeren Zeitraum zu gewährleisten, - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung im Raum Potsdam erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt, auch nicht mehr in Teilbereichen. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Darüber hinaus werden Belange nicht kompensierbarer Waldfunktionen vom LFB und angrenzender wasserwirtschaftlicher Nutzung vom LfU geltend gemacht.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 06 Frankenfelde		
BE-ID: 3096	.86. Frankenfelde (Karte LBGR 103) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3013	8. Fresdorfer Heide (Karte LBGR 35) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - weiterer RBP im Zulassungsverfahren - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Norden und Süden auf die Flächen des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP angepasst - Vorranggebiet im zentralen Bereich um die aus der Bergaufsicht entlassene Betriebsfläche (BIm-SchG) reduziert Bergbauberechtigungen: Bergwerksfeld Fresdorfer Heide und Bewilligungsfeld Fresdorfer Heide-Süd und grundeigen Bodenschätze: Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Rohstoffvorsorge muss über längeren Zeitraum gewährleistet werden, d. h. gesamtes Gebiet ist als VR-Gebiet zu belassen, - die Fläche auch außerhalb der RBP-Fläche ist zur Rohstoffvorsorge als VR-Gebiet zu belassen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als VB festgelegt. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU (Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftige HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 08 Görzke		
BE-ID: 3097	.87. Görzke (Karte LBGR 70) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird gemäß der Stellungnahme MLUK/LfU nicht mehr gefolgt Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 09 Gottsdorf		
BE-ID: 3062	52. Gottsdorf (Karte LBGR 87) Bisherige Situation: - Bisher kein Gewinnungsbetrieb - Kein gültiger Betriebsplan - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Kontur des Vorbehaltsgebietes überwiegend auf die Grenzen des Baubeschränkungsgebietes angepasst Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Gottsdorf Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der langfristigen Rohstoffsicherung erforderlich, - Lagerstätte hat Bedeutung für die regionale Rohstoffversorgung, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	Dem Gebietsvorschlag zur Festlegung eines Vorbehaltsgebietes wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 10 Gräben		
BE-ID: 3064	.54. Gräben (Karte LBGR 41) Bisherige Situation: - Derzeit keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan (ABP, HBP ausgelaufen) - Betrieb insolvent - Bisher in Anspruch genommene Flächen sind aus der Bergaufsicht entlassen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (Vorräte im Norden, Westen und Süden, außerhalb der früheren Betriebsplanflächen, vorhanden) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze:	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 11 Gräfendorfer Heide		
BE-ID: 3065	.55. Gräfendorfer heide (Karte LBGR 88) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Sand Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Auf Anregung des LFB im Beteiligungsverfahren zum ersten Planentwurf wird das Vorbehaltsgebiet im Osten an die Wegestruktur angepasst und um den schmalen randlichen Waldsaum reduziert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 12 Gräningen-West		
BE-ID: 3066	.56. Gräningen-West (Karte LBGR 4) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 13 Grebs		
BE-ID: 3098	.88. Grebs. (Karte LBGR 71) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme. Eine Anpassung in Auswertung des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf ist nach Forderungen in den Stellungnahmen LFU, MLUK gemäß erfolgter Kompensationsmaßnahmen in den Randbereichen des VB13 zur Autobahn A2 hin sowie Waldumbau im Südwesten erfolgt. Außerdem ist das Vorbehaltsgebiet Rohstoffe um einen nördlichen Streifen entlang der A2 geringfügig um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren Photovoltaikanlage an der BAB2 reduziert worden. Anmerkung: Im östlichen Bereich des Gebiets werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf zusätzlich Raumansprüche zum Trinkwasserschutz vermerkt. Das hier geltend gemachte hydrodynamische Einzugsgebiet steht aber mit keiner angrenzenden Trinkwasserschutzzone in Verbindung. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. bzgl. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 14 Horstfelde-Nord		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3020	14. Horstfelde-Nord (Karte LBGR 91) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP, RBP) - Nassabbau - Baubeschränkungsgebiet - Vorranggebiet im Norden an die Grenzen des zugelassenen RBP und an die Infrastruktur (L 246) angepasst - Vorranggebiet im Nordosten um die Fläche des aus der Bergaufsicht entlassenen Betriebsteils reduziert (Rohstoffe abgebaut) Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Horstfelde Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen und überregionalen Rohstoffversorgung erforderlich (und hat herausragende Bedeutung für die Rohstoffversorgung), - eine langfristige Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet nicht gewährleistet, - die Begründung im Regionalplan widerspricht somit dem Raumordnungsgesetz, - eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist mittelfristig notwendig, - RBP ist zugelassen, d. h. Planfeststellung ist erfolgt, - die Ausweisung der gesamten RBP-Fläche als VR-Gebiet ist erforderlich, - große jährliche Abbaumengen der Lagerstättenvorräte und große Aufbereitungskapazität erfordern eine hohe jährliche Flächeninanspruchnahme mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf, - die Siedlungsfläche im Norden, die Waldfunktionen und die Denkmalschutzbelage wurden bei der Planfeststellung schon betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 15 Horstfelde-Süd		
BE-ID: 3022	15. Horstfelde-Süd (Karte LBGR 91) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP, RBP) - Nassabbau - Baubeschränkungsgebiet - Vorranggebiet im Süden an die Grenzen des zugelassenen RBP und an die Infrastruktur (L 246) angepasst Bergbauberechtigungen: Bergwerksfeld Horstfelde und Bewilligung Horstfelde Ost Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen und überregionalen Rohstoffversorgung erforderlich (und hat herausragende Bedeutung für die Rohstoffversorgung), - eine langfristige Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet nicht gewährleistet, - die Begründung im Regionalplan widerspricht somit dem Raumordnungsgesetz, - eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist mittelfristig notwendig, - RBP ist zugelassen, d. h. Planfeststellung ist erfolgt, - die Ausweisung der gesamten RBP-Fläche als VR-Gebiet ist erforderlich, - große jährliche Abbaumengen der Lagerstättenvorräte und große Aufbereitungskapazität erfordern eine hohe jährliche Flächeninanspruchnahme mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf, - Waldfunktionen und Denkmalschutzbelage wurden bei der Planfeststellung schon betrachtet oder sind im Einzelfall in bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird diesbezüglich einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen. Der vom LBGR über den Bereich des Rahmenbetriebsplans hinaus vorgeschlagene südöstliche Ansatz, kann bis auf einen Waldstreifen mit Waldfunktion im Regionalplan als Vorranggebiet festgelegt werden. Die Reduzierung resultiert aus dort gebündelt vorhandenen, nach Stellungnahme des LFB nicht kompensierbaren Waldfunktionen: 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort und 3100 Lokaler Klimaschutzwald. Damit kann in diesem Bereich der Festlegung eines Vorrangs für die Rohstoffnutzung vor allen anderen raumbedeutsamen Nutzungen in regionalem Maßstab nicht eingeräumt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 16 Kallinchen-Süd		
BE-ID: 3100	.90. Kallichen-Süd (Karte LBGR 104) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme. Dem Gebietsvorschlag wird unter geringfügiger Erhöhung des Abstandes zum FFH und NSG im Südwesten des VB gefolgt. Begründung: Das LfU stellt mögliche Konflikte zum FFH sowie NSG Jägersberg-Schirknitzberg südlich des VB heraus. Zur Konfliktvermeidung wird das VB geringfügig um 70m zu diesen Gebieten zurückgenommen. Eine räumliche Verbindung zum zugelassenen Betriebsplan des VR27 Wünsdorf

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		soll bestehen bleiben, um betriebstechnische Synergien offen zu halten. Der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung wird in summarischer Beurteilung der möglichen Betroffenheiten entsprochen. Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können entsprechende Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 17 Krahne-Ost		
BE-ID: 3101	.91. Krahne Ost (Karte LBGR 72) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das LfU macht auf das Vorhandensein eines Schwarzstorchhorstes aufmerksam und setzt als Orientierungswert für die planerisch zu berücksichtigende Fluchtdistanz einen Wert von 500 m Radius um den Horst an. Die 500 m seien freizuhalten von Rohstoffgewinnung und Zufahrten. Das VB17 ist daher am südlichsten Ende um 0,1 ha reduziert worden. Außerdem erfolgte im Norden eine Anpassung der GIS-Daten des LBGR an die vorhandene Straßeninfrastruktur der K6948.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 18 Krahne-Prützke		
BE-ID: 3025	.17. Krahne (LBGR Karte 42) Bisherige Situation: Krahne: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Recyclingstätte - Vorranggebiet nach Nordwesten über die Flächen des zugelassenen HBP hinaus erweitert Prützke: - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle - Kein gültiger Betriebsplan - Vorranggebiet im Nordosten um die ausgekiesten bzw. verfüllten Betriebsflächen reduziert Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme. Der Entwurf eines B-Planes Photovoltaik der Gemeinde Kloster Lehnin beinhaltet im Bereich des Vorbehaltsgebietes eine Festlegung zur Rohstoffgewinnung nach zeitlich befristeter Photovoltaiknutzung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 19 Marzahne		
BE-ID: 3479	.24. Marzahne (Karte LBGR 46) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Norden an die Fläche des zugelassenen HBP angepasst und nach Westen und Süden über die Fläche des HBP hinaus erweitert Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Damit ist die verbleibende Fläche des genehmigten HBP ohne regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 20 Michelsdorf		
BE-ID: 3034	25. Michelsdorf (Karte LBGR 48) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - RBP im Zulassungsverfahren - Vorranggebiet im Norden und Osten auf die Flächen des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP erweitert (im Osten über die RPB-Grenzen hinaus)	Der vorgebrachten Festlegung der gesamten Fläche als Vorranggebiet wird nicht gefolgt. Begründung: Für die Fläche des VR19 besteht ein zugelassener Hauptbetriebsplan, so dass für

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - bei ausschließlicher Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet ist eine langfristige Rohstoffvorsorge nicht gewährleistet, - eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist bei Bedarf notwendig, - in der Lagerstätte ist die Gewinnung von qualitativ hochwertigem Deponieabdeckmaterial möglich, - die Festsetzung der geplanten Wasserschutzzone ist geplant, steht aber noch aus, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VR.	diese eine Übernahme als Vorranggebiet in den Regionalplan erfolgt. Für die gesamte Fläche des vom LBGR als Vorranggebiet angemeldete Fläche beabsichtigt der Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland die Festsetzung einer Schutzzone für das Wasserwerk Michelsdorf. Das Verfahren mit rechtssicheren Gebietsausweisungen hierzu ist nicht abgeschlossen. Somit kann über die Fläche des Hauptbetriebsplans hinaus weder dem Belang des Wasserschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Es verbleibt damit die Darstellung gemäß dem ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 21 Möthlitz-Süd		
BE-ID: 3070	.60. Möthlitz-Süd (Karte LBGR 13) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigener Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Gemäß Forderung des LfU werden zusätzliche Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans erarbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 22 Nennhausen		
BE-ID: 3071	.61. Nennhausen (Karte LBGR 14) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Baubeschränkungsgebiet - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Nennhausen Bodenschätze: bergfreie tonige Gesteine Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt, sollte aber vor dem vom LfU dargelegten LSG-Sachverhalt mit diesem rechtzeitig erörtert werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 23 Nichel		
BE-ID: 3036	.27. Nichel (Karte LBGR 49) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb unterbrochen - Einreichung eines neuen Hauptbetriebsplanes angekündigt - Hochstufung des Vorbehaltsgebietes zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Süden und Norden über die Flächen des früheren HBP hinaus erweitert Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Dem vom LBGR unterbreiteten Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Obere Nieplitz) heraus. Darüber hinaus befinden sich nach LFB benannte Gebiete mit Waldfunktionen im Gebiet sowie Biotope und ein Landschaftsschutzgebiet in direkter Nachbarlage. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem überwiegenden Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 24 Niemegk/An der Autobahn		
BE-ID: 3040	.30. Niemegk / An der Autobahn (Karte LBGR 50) Bisherige Situation: - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Vorranggebiet für den Teil der Fläche des zugelassenen HBP erhalten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Die Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme. Eine Anpassung in Auswertung des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf ist nach Forderungen in den Stellungnahmen LFU, MLUK nach Biotopschutz und Kompensationsmaßnahmen in den Randbereichen zur Autobahn A9 hin erfolgt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 25 Nitzahn		
BE-ID: 3073	.63. Nitzahn (Karte LBGR 15) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Nitzahn Bodenschätze: bergfreie Kiese und Kiessande Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme. Die Gebietsabgrenzung aus dem ersten Beteiligungsverfahren wird in geringfügig geänderter Form gefolgt. Begründung zur Änderung: Das Vorbehaltsgebiet wird im südöstlichen Bereich um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren „Öko-Solarpark Nitzahn West“ der Gemeinde Milower Land (Verfahrensnummer: 10306) reduziert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 26 Plötzin-Ost		
BE-ID: 3075	.65. Plötzin-Ost (Karte LBGR 53) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Der Gebietsvorschlag wird in reduzierter Form mit Teilen des räumlich angrenzenden LBGR-Vorschlages Nr. 94 übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild, Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). In diesem Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Anmerkung: Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr, jedoch befindet sich hier noch ein über die Fläche der im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzzone III hinaus gehendes hydrodynamisches Einzugsgebiet. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.
BE-ID: 3104	.94. Plötzin-Ost (Karte LBGR 53) zusammen mit lfd. Nr. LBGR 65 Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Der Gebietsvorschlag wird in reduzierter Form mit Teilen des räumlich angrenzenden LBGR-Vorschlages Nr. 65 übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild, Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). In diesem Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Anmerkung: Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr, jedoch befindet sich hier noch ein über die Fläche der im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzzone III hinaus gehendes hydrodynamisches Einzugsgebiet. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 27 Reetz 4		
BE-ID: 3077	.67. Reetz 4 (Karte LBGR 57) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Bergaufsicht beendet - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (Rohstoffe im ehemaligen Tagebau nicht ausgebeutet) - Vorbehaltsgebiet nach Süden über die Flächen des ehemaligen Betriebsplanes hinaus ausgedehnt (weitere Rohstoffreserven) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 28 Reetz-Süd		
BE-ID: 3078	.68. Reetz-Süd (Karte LBGR 58) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neue Ausweisung eines Vorbehaltsgebietes - Rohstoffreserveflächen des laufenden Gewinnungsbetriebs Bergbauberechtigung: Bergwerksfeld Reetz und grundeigen Bodenschätze: bergfreie tonige Gesteine und grundeigener Ton Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Nach Abzug der nicht

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		festlegbaren Flächen des LSG verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes, wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung hier aber unberührt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 29 Rietz-Ost		
BE-ID: 3106	.96. Rietz-Ost (Karte LBGR 75) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Dem Gebietsvorschlag wird in abgeänderter, reduzierter Form gefolgt. Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Flämingrummeln und Trockenkuppen) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope in direkter Nachbarlage. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem entfallenen Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 30 Rietz-Süd		
BE-ID: 3107	.97. Rietz-Süd (Karte LBGR 76) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Kenntnisnahme. Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans gefolgt: Gemäß Stellungnahme MLUK/LfU betrifft die Festlegung ein Mosaik umfangreicher geschützter Biotope. Biotopfläche, Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotope innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stünden einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen. Daher wird die Flächendarstellung des VB im nördlichen und östlichen Teil entsprechend der dort ausgeprägten Biotope reduziert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 31 Schlunkendorf-Südost		
BE-ID: 3108	98. Schlunkendorf-Südost (Karte LBGR 77) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit einer	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB.	das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 32 Schmerzke		
BE-ID: 3080	.70. Schmerzke (Karte LBGR 2) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Bergaufsicht beendet - Vorbehaltsgebiet nach Nordosten erweitert - Vorbehaltsgebiet im Nordwesten bezieht die aus der Bergaufsicht entlassene Fläche mit ein (Restvorräte vorhanden) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Der Gebietsvorschlag des LBGR wird in reduzierter Form übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, Biotope, beabsichtigte Trinkwasserschutzausweisung Rietz, nicht kompensierbare Waldfunktion, Landschaftsbild u.a.). Im nördlichen Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. bzgl. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können. Das VB32 war in dem nun verbleibenden Ausmaß auch im Regionalplan 2020 mit dem LfU abgestimmt. Gemäß Forderung des LfU werden Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans nachgeholt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 33 Schöna-Kolpien		
BE-ID: 3082	.72. Schöna-Kolpien (Karte LBGR 98) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 34 Sernow-Süd		
BE-ID: 3083	.73. Sernow-Süd (Karte LBGR 99) Bisherige Situation: - Bisher kein Gewinnungsbetrieb - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme. Das Vorbehaltsgebiet wird im Norden geringfügig um Flächen erfolgten Waldumbaus reduziert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 35 Steinberg-Ost		
BE-ID: 3084	.74. Steinberg-Ost (Karte LBGR 61) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb ruht - Zugelassener Betriebsplan (ABP) - Beendigung der Bergaufsicht vorgesehen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (Restvorräte vorhanden) - Vorbehaltsgebiet über die Flächen des früheren ABP nach Norden, Westen und Osten ausgedehnt (Rohstoffreserven) Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Nach Abzug der nicht festlegbaren Flächen verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes im zugelassenen Betriebsplan (ABP), wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 36 Trechwitz		
BE-ID: 3109	.99. Trechwitz (Karte LBGR 78) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 37 Vieritz		
BE-ID: 3087	.77. Vieritz (Karte LBGR 20) Bisherige Situation: - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Sand Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme. Das Vorbehaltsgebiet ist am östlichen Zipfel geringfügig um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren Freilandsolaranlage Vieritz reduziert worden. Hinweis: Gemäß Forderung des LfU werden Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans nachgeholt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 38 Vieritz-Kattenberge		
BE-ID: 3088	78. Vieritz-Kattenberge (Karte LBGR 21) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb in den Wendejahren eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Vorbehaltsgebiet erhalten Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: Sand Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, Somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR als VB	Dem Gebietsvorschlag wird in Reduzierung im südlichen Bereich der vom LBGR vorgeschlagenen Fläche um nicht kompensierbare Waldfunktionen entsprechend der Stellungnahme des Landesbetriebes Forst gefolgt. Damit entspricht die Abgrenzung des VB wieder der Fläche aus dem ersten Planentwurf und wird um Teile des neu vorgebrachten LBGR-Gebietsvorschlags Nr. 100 erweitert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 39 Warsow		
BE-ID: 3089	.79. Warsow (Karte LBGR 19) Bisherige Situation: - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle - Kein gültiger Betriebsplan (ABP und HBP ausgelaufen) - Betrieb stillgelegt - Firma insolvent - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet; - Abgebaute bzw. verfüllte Flächen im Nordwesten aus dem Vorbehaltsgebiet ausgespart - Kontur des Vorbehaltsgebietes im Süden an die aufgeschobene Umwallung angepasst Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab. Nach Abzug der nicht festlegbaren Flächen verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes (aus einem Abschlussbetriebsplan), wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 40 Wollin-Friesdorf		
BE-ID: 3091	.81. Wollin-Friesdorf (Karte LBGR 67) Bisherige Situation: - Gewinnungsbetrieb in den Wendejahren eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Bergaufsicht beendet - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet Bergbauberechtigung: keine Bodenschätze: grundeigene Quarze und Quarzite Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes: Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2991	Keine Akzeptanz gefunden hat unsererseits dabei das Vorgehen der Regionalen Planungsgemeinschaft, genehmigte Haupt- und Rahmenbetriebsplanflächen teilweise nur als Vorbehaltsflächen für die Rohstoffgewinnung auszuweisen. Hierbei handelt es sich um Flächen, in den über den Rohstoffabbau und dessen konkreten Umfang im Rahmen einer umfassenden Prüfung und Abwägung aller konkurrierenden Belange bereits abschließend entschieden wurde. Der dabei angewendete Prüfungsrahmen und die Tiefe der Prüfung geht dabei über den im Zusammenhang mit der Aufstellung des Regionalplans verbundenen Prüfungsumfang deutlich hinaus. Auch leitet sich aus den Betriebsplangenehmigungen für die betroffenen Unternehmen ein Vertrauensschutz für erforderliche Investitionen und Betriebsplanungen ab, der im Nachhinein allein schon aus rechtlichen Gründen nicht in Frage gestellt werden darf.	Die Bedenken sind nachvollziehbar und werden in den zutreffenden Einzelfällen (Horstfelde) angepasst. Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten jedoch keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
BE-ID: 2992	Zu begrüßen ist es aus Sicht der Rohstoffsicherung, wenn aufgrund der Knappheit und Ortsgebundenheit der Lagerstätten wie auf Seite 59 unter cc) dargestellt in den nach Ziel 2.3 festgelegten Vorranggebieten für die Rohstoffgewinnung dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe vor anderen Nutzungen (hier der Windkraftnutzung) ein grundsätzlicher Vorrang eingeräumt wird. Hierbei gilt es aber zu berücksichtigen, dass die Bodenschatzgewinnung zeitlich (im Regelfall bis zur Ausbeutung der Lagerstätte) begrenzt erfolgt, so dass unmittelbar danach in derselben Fläche andere Nachnutzungen zum Zuge kommen können. Da dies je nach Einzelfall auch noch in der Laufzeit eines Regionalplans (12 bis 15 Jahre) erfolgen kann, sind hier auch zeitlich gestaffelte Regelungen zur Nutzung vorstellbar, wie dies auch das ROG im § 7 Abs. 1 Satz 2 rechtlich ermöglicht.	Die Zustimmung sowie der Hinweis auf die mögliche zeitliche Staffelung werden zur Kenntnis genommen. Den Möglichkeiten einer Nachnutzung dieser Flächen stehen die Regionalplanfestlegungen zu den Rohstoffgebieten infolge nachstehenden Festlegungszusatzes nicht entgegen: "Andere bedeutsame Nutzungen in diesen Vorranggebieten sind ausgeschlossen, soweit diese mit dem Abbau der oberflächennahen Rohstoffe nicht vereinbar sind." Sofern keine oberflächennahen Rohstoffe mehr gewonnen werden können, kann auch die Unvereinbarkeit nicht mehr festgestellt werden. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
BE-ID: 2993	Das LBGR begrüßt in der Methodik der Planungsgemeinschaft den Ansatz, keine Mengenbedarfsbestimmungen vorzunehmen (S. 71, Satz 289). Wie die Vergangenheit zeigte, sind derartige Bedarfsbestimmungen nicht zielführend, weil sie weder auf wechselnde lokale oder temporäre Bedarfe noch auf die tatsächliche Genehmigungssituation bei Lagerstättenaufschlüssen oder Lagerstättenerweiterungen anwendbar sind (z.B. Zulassung Trockenschnitt oder Trocken- und Nassschnitt). Berücksichtigung finden muss aber in den zutreffenden Abwägungen zur Aufstellung des Regionalplans die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Gewinnungsstätte. Der durchschnittliche Umfang der Gewinnung der letzten Jahre und der damit verbundene Flächenverbrauch sind dabei wesentliche Grundlage dafür abzuschätzen, in welchem Maße ein Gewinnungsbetrieb zur Aufrechterhaltung des Betriebes im Regionalplanzeitraum und darüber hinaus regionalplanerisch gesicherter Ersatzflächen benötigt. Entsprechende Datenerhebungen sind im Regionalplanentwurf und den dazugehörigen Unterlagen nicht	Die Zustimmung zur Mengenmethodik sowie der Hinweis auf die betriebswirtschaftliche Situation eines Gewinnungsbetriebes werden zur Kenntnis genommen. Eine Vorsorge für Ersatzflächen für bestehende Gewinnungsbetriebe kann regionalplanerisch jedoch nur im Rahmen des beschriebenen Planungskonzeptes für die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung geleistet werden. Die in den LBGR-Flächenvorschlägen vorgenommene Bewertung zur wirtschaftlichen Bedeutung ist hierbei berücksichtigt. Eine Planänderung ist nicht notwendig.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vorhanden.	
BE-ID: 2994	Im Begründungsteil des Regionalplanentwurfs ist auf Seite 73 unter dem Satz 298 eine Tabelle zur Wertigkeit der „Rechtsverhältnisse“ abgelegt. Hierbei wird Bezug genommen auf vom LBGR bereitgestellte Unterlagen. Die Angaben in der Tabelle decken sich jedoch nicht mit den Kriterien, die vom LBGR für die einzelnen angegebenen Punkte-Kategorien vertreten werden. Als Grundlage für eine Angleichung liegt die vom LBGR vertretene Bewertungsmatrix vom 05.06.2018 als Anlage bei. Fachlich nicht nachvollziehbar sind zudem die Erklärungen/Beispiele in der linken Spalte, die einer grundlegenden Überarbeitung bedürfen. Anlage: - Bewertungsmatrix (Methodik – vom 05.06.2018)	Dem Hinweis wird entsprochen und die Tabellen 14 und 15 entsprechend der Anlage Bewertungsmatrix (Methodik – vom 05.06.2018) zusammengefasst eingearbeitet.
BE-ID: 2995	Beginnend auf Seite 73 ist eine detailliertere Auflistung der vom LBGR vorgeschlagenen Vorrang- und Vorbehaltsflächen unter Anzeige der Bewertung der entsprechenden Flächen auf Basis der Bewertungsmatrix des LBGR erfolgt. Die weitgehende Akzeptanz und Übernahme der Bewertungsergebnisse des LBGR zur Einordnung der Flächen in die Kategorien Vorrang und Vorbehalt wird vom LBGR begrüßt.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2996	Auf Seite 77 erfolgt in der Tabelle 18 eine Aufzählung der vom LBGR vorgeschlagenen Rohstoffpotenzialflächen für die langfristige Rohstoffsicherung. Eine Erläuterung dazu erfolgt in Satz 300 auf Seite 74. Da die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL) entgegen der mehrfachen Intervention des LBGR darauf verzichtete, „Rohstoffpotenzialflächen“ als dritte Kategorie von Rohstoffflächen in die Darstellungsrichtlinie für Regionalpläne aufzunehmen, existiert in Brandenburg und damit auch im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming -anders wie in anderen Bundesländern- derzeit keine den Vorgaben des ROG entsprechende und der Bedeutung der Rohstoffvorsorge angemessene Planungskategorie zur langfristigen Sicherung wertvoller Rohstofflagerstätten über den Geltungsraum des Regionalplans hinaus. Es wird daher die Initiative der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming begrüßt, die vom LBGR vorgeschlagenen Rohstoffpotenzialflächen zumindest verbal aufzuzählen und -wenn auch nur zum Teil umgesetzt- behelfsweise in Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffsicherung umzuwidmen (siehe Tabelle auf S. 87ff). Wie bereits vorab dargelegt, sieht das LBGR die aktuelle Ausweisung dieser Flächen aber als nicht ausreichend an. Das erfordert aus Sicht des LBGR in einem ersten Schritt mindestens, die vom LBGR vorgeschlagenen und in der Ausweisung als Vorrang- und Vorbehaltsfläche unberücksichtigt gebliebenen Rohstoffpotenzialflächen in ihrer geologischen Erstreckung als Grundlage für künftige Planungsentscheidungen zusätzlich in einer Beikarte des Regionalplans darzustellen.	Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen.
BE-ID: 2997	Auf Seite 79 Sätze 308 - 310 werden Sachverhalte gelistet, bei deren flächenhaften Überschneidung erhebliche Raumnutzungskonflikte mit der Rohstoffgewinnung zu erwarten sind. Als Folge dessen sind die vom LBGR vorgeschlagenen Flächen für eine Festlegung als Vorrang- und Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung vollständig oder teilweise mittels Flächenabzug entfallen (Seite 79 Satz 312). Für die Sachverhalte „festgesetzte oder im Verfahren befindliche Naturschutzgebiete“ und „Waldgebiete gemäß Waldfunktionskartierung“ findet dieses planerische Vorgehen von Seiten des LBGR keine Akzeptanz, da auf Basis der zugrundeliegenden Schutzgebietsverordnungen Befreiungsmöglichkeiten bestehen, die i. d. R. auch den Rohstoffabbau einschließen. Eine Entscheidung über die bergbauliche Inanspruchnahme kann in diesen Fällen nur auf Basis einer konkreten Abbauplanung im Einzelfall im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens getroffen werden. Zumindest die Ausweisung eines Vorbehaltsgebietes Rohstoffgewinnung wird durch die räumliche Überschneidung mit diesen Sachverhalten nicht generell ausgeschlossen. Gleiches gilt für Flächen des Freiraumverbundes. Auch hier muss es insbesondere für bestehende Abbaubetriebe möglich sein, auf Basis konkreter Planungsdaten zumindest Teile einer Freiraumverbundfläche in Anspruch zu nehmen. Der Hinweis im Regionalplanentwurf, dass außerhalb des	Der vorgebrachten Anregung nach planerischer Rohstoffvorsorge in Gebieten des Natur- und Artenschutzes kann nicht gefolgt werden. Begründungen: 1. Für Natura 2000-Gebiete gilt: Laut § 34 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 7 Abs. 6 ROG besteht ein Erfordernis für die Durchführung einer über eine Vorprüfung hinausgehende FFH-Verträglichkeitsprüfung auf regionalplanerischer Ebene, sofern auf regionalplanerischer Ebene im Ergebnis der FFH-Vorprüfung erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden. Eine entsprechende Auffassung vertritt auch das OVG Nds. (Az.: 12 KN 277/11) demzufolge es nicht ausreiche, "bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms mit Blick auf die Beeinträchtigung von NATURA 2000 Gebieten problematische Gebiete zu benennen und die weitere Prüfung nachfolgender Planung oder dem

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Freiraumverbundes Flächen für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen festgelegt werden können, rechtfertigt nicht den kategorischen Ausschluss dieser Flächen. Ebenso wird einem pauschalen Ausschluss in hochwertigen Waldgebieten gemäß Waldfunktionskartierung widersprochen, da Waldumwandlungen in diesen Bereichen zumindest in begründeten Einzelfällen auch kompensierbar sein müssen. Grundsätzlich kann die Kompensierbarkeit eines Eingriffs immer nur auf Basis konkreter Sachlagen in den jeweiligen Genehmigungsverfahren geprüft und beurteilt werden.	Genehmigungsverfahren vorzubehalten. Das LfU vermerkt hierzu: "Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach § 13 [...] Raumordnungsgesetz die Vorschriften des (§36 i.V.m. §34) Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen [...] anzuwenden (§ 7 Abs.6 ROG). Im Verfahren ist somit auf Ebene des Planungsmaßstabs sowohl für VR als auch für VB einzuschätzen, ob die Planung geeignet ist, ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich zu beeinträchtigen. Derartige Prüfungen hat der Regionalplan vorgenommen. 2. Bei der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten in Landschaftsschutzgebieten sind die Verbote und Genehmigungsvorbehalte der Schutzgebietsverordnungen zu beachten. Gemäß Stellungnahme LfU "bedarf es danach einer Genehmigung, wer beabsichtigt, Bodenschätze bzw. Bodenbestandteile abzubauen oder die Bodengestalt zu verändern, [...] und dabei den Charakter des Gebietes nicht verändert und dem besonderen Schutzzweck nicht oder nur unerheblich zuwiderläuft. Aufgrund der angedachten Flächengrößen ist jedoch von der Veränderung des Gebietscharakters auszugehen. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot über den Abbau von Bodenbestandteilen scheidet für den Aufschluss von Tagebauen bereits deshalb aus, da es sich bei diesen Vorhaben nicht um einen atypischen Einzelfall handelt. Eine Befreiungslage setzt - neben den normierten Tatbestandsvoraussetzungen - einen vom Normgeber so nicht vorhergesehenen und deshalb singulären Einzelfall voraus, der sich vom geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt. Denn die Befreiungsmöglichkeit dient nach der Gesetzessystematik lediglich dazu, einer rechtlichen Unausgewogenheit zu begegnen, die sich ergeben kann, wenn aufgrund der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalles der Anwendungsbereich einer Vorschrift und deren materielle Zielrichtung nicht miteinander übereinstimmen; in derartigen (Sonder-)Fällen soll der generelle und damit zwangsläufig auch schematische Geltungsanspruch der Vorschrift zu Gunsten der Einzelfallgerechtigkeit durchbrochen werden." 3. Im Freiraumverbund gemäß Z 6.2 (1) LEP HR gilt: Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Ausnahmen nach Absatz (2) lassen sich nicht herleiten. Hinweis: Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
BE-ID: 2998	Auf den Seiten 79/80 Satz 313 werden zudem weitere Sachverhalte gelistet, bei deren Auftreten nur im Falle einer auflösbaren Betroffenheit eine Vorrangausweisung bzw. bei zu erwartenden Umwelt- und anderen Auswirkungen, die aber voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können, eine Vorbehaltsausweisung für die Rohstoffgewinnung erfolgen kann. Unter den gelisteten Sachverhalten befindet sich das „Vorkommen betroffener bedrohter Vogelarten“. Offensichtlich unter Zugrundelegung dieses Sachverhaltes wurden mehrere vom LBGR vorgeschlagene Rohstoffsicherungsgebiete mit dem Hinweis auf „Flugkorridor Großtrappe“ nur teilweise oder gar nicht übernommen. Dieser pauschalen Begründung wird vom LBGR nicht gefolgt, da sich in den bekannten Brutgebieten der Großtrappe aktuell weder aktive Betriebsstätten des Steine- und Erdenbergbaus noch Rohstoffsicherungsgebiete befinden. In den vom LfU veröffentlichen Flugkorridoren befinden sich zwar mehrere aktive Tagebaue, geschützt durch die Lage der Tagebaue z. B. im Wald, hinter Bergkuppen oder am Rand von Siedlungsflächen sind jedoch bisher dem LBGR keine Beeinträchtigungen der Flugbahnen der Großtrappen bekannt und zukünftig auch nicht zu befürchten. Zudem können durch geeignete Maßnahmen (z. B. durch das Aufschütten von Wällen) Maßnahmen zum Vogelschutz in bergrechtlichen Genehmigungsverfahren getroffen werden. Ein grundsätzlicher Ausschluss von Gebieten unter Hinweis auf o. g. Belang ist aus Sicht des LBGR damit nicht zu rechtfertigen.	Der Hinweis ist nachvollziehbar, führt jedoch zu keiner Planänderung. Gemäß der Kriterien VR-K03 und VB-K02 wird die Flächensituation hinsichtlich der Raumnutzungskonflikte zu mehreren Belangen kumulativ bewertet. Alleine die Erwähnung einer Betroffenheit von Gebieten der Großtrappe führt nicht zum Ausschluss der Festlegung dieser Flächen im Regionalplan.
BE-ID: 2999	Auf Seite 90 unter Satz 324 und 325 sind in der Tabelle 21 die Rohstoffabbaugebiete gelistet, die das Mindestgrößenkriterium von 10 ha nicht erreichen und dementsprechend in ihrer räumlichen Erstreckung in der Karte zum Regionalplan nicht dargestellt sind. Aufgrund der Maßstäblichkeit der regionalplanerischen Planung und damit auch der kartographischen Darstellung und deren Lesbarkeit ist dies zu akzeptieren. Nach Auffassung des LBGR sollte für solche Flächen aber zumindest eine Punkt- bzw. Kreuzsignatur in der Karte verwendet werden, um das Vorhandensein entsprechender Belange für zukünftige Planungsentscheidungen zu dokumentieren. In jedem Fall geht das LBGR bei Rohstoffflächen kleiner 10 ha davon aus, dass eine explizite Zuordnung als Vorrang- oder Vorbehaltsfläche Rohstoffgewinnung allein aufgrund der Flächengröße nicht vorgenommen wurde, insofern die Umsetzung bergbaulicher Tätigkeiten auf der Grundlage zugelassener Betriebspläne unstrittig ist und diesen Betrieben auch die Möglichkeit zugestanden wird, sich im Rahmen neuerlicher Betriebsplangenehmigungen auch über die derzeit genehmigten Grenzen fortzuentwickeln, erforderlichenfalls auch über 10 ha hinaus.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Bergbauvorhaben kleiner 10 ha erlangen keine regionale Bedeutung und werden deshalb regionalplanerisch nicht festgelegt. Da die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming der LBGR-Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, nachkommt, wird die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage beigefügt und somit auch auf diese kleinen Vorhaben entsprechend LBGR Zuarbeit verwiesen. Die Feststellung, dass die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten keine Ausschlusswirkung für außerhalb dieser liegende Flächen zur Folge hat sowie zum Bestandsschutz für genehmigte Bergbauvorhaben unter "Anwendung der Festlegungen" ist zutreffend. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
BE-ID: 3000	Die Flächenangaben zu den in den Tabellen 22 und 23 gelisteten Vorrang- und Vorbehaltsflächen zusammen mit den Gebieten unter 10 ha erlauben keinen Rückschluss auf das Volumen oder die Tonnage der in diesen Flächen lagernden technisch und wirtschaftlich gewinnbaren Rohstoffvorräte. Damit ist, gemessen am durchschnittlichen Jahresverbrauch, auch keine verlässliche Aussage zu einer vorhandenen Versorgungssicherheit über mehrere Jahrzehnte daraus ableitbar. Hier leidet der Regionalplanentwurf an einem gravierenden methodischen Mangel. An dieser Stelle wäre es aus Sicht des LBGR wichtig, neben den	Die geänderte Bewertungsmatrix wird der Erarbeitung des zweiten Entwurfes zu Grunde gelegt und entsprechend des Planungskonzeptes für die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung berücksichtigt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	konkret verfügbaren geologischen Vorräten in den Lagerstätten auch die Intensität der Inanspruchnahme einzelner Lagerstätten mehr in den Blick zu nehmen. Hervorstechendes Merkmal in dieser Planungsregion ist es, dass rd. 70% der Jahresförderung allein aus den zwei Betriebsstätten „Linthe“ und „Horstfelde-Nord und Süd“ stammen. Zur Sicherung der Rohstoffversorgung kommt diesen Betriebstätten aufgrund der Lagerstättenqualität, der vorhandenen Gewinnungs- und Aufbereitungstechnik und ihrer verkehrstechnisch guten räumlichen Lage somit eine besondere Bedeutung zu. An dieser Stelle ist die vorgeschlagene Matrix des LBGR deshalb von der Bewertung noch einmal überarbeitet worden (s. Anlage). Anlage: - Bewertungsmatrix zu den Rohstoffsicherungsgebieten und Rohstoffpotentialflächen (Stand: Juni 2022)	
BE-ID: 3001	Das LBGR begrüßt die Erläuterung auf Seite 93 unter Satz 330 explizit, dass die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten keine Ausschlusswirkung für außerhalb dieser liegende Flächen zur Folge hat. In Abgrenzung zu anderen Anforderungen an den Planungsraum erscheint diese Klarstellung sehr wichtig. Die bisherige beispielhafte Aufzählung von Ausnahmen im Regionalplanentwurf sollte aber auch deutlicher zum Ausdruck bringen, welche Möglichkeiten der Erweiterung einer Abbaufläche außerhalb von ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung gegeben sind. So sollten insbesondere bei Betrieben unter 10 ha die Voraussetzungen für eine Erweiterung näher dargelegt werden, da diese Betriebe i. d. R. nur über eine Abbaugenehmigung auf Basis eines Hauptbetriebsplans verfügen, welcher i. d. R. nur eine Laufzeit von 2 bis 4 Jahren besitzt.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Bergbauvorhaben kleiner 10 ha erlangen keine regionale Bedeutung, weshalb es hier keine regionalplanerische Spezifizierung gibt. Die Feststellung, dass die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten keine Ausschlusswirkung für außerhalb dieser liegende Flächen zur Folge hat ist hier hinreichend. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 e) Ergänzende Unterlagen		
BE-ID: 3002	Bei der Auflistung der Dokumente auf Seite 94 unter e) „Ergänzende Unterlagen“ fehlt ein Verweis auf die Zuarbeiten des LBGR (Vorschläge zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung) mit Schreiben vom 15.05.2020).	Da im laufenden Text zum Planungskonzept und seiner Anwendung bereits auf die LBGR-Zuarbeit vom 15.05.2020 verwiesen und die Inhalte dieser hier auch weitgehend wiedergegeben wurden, ist auf eine weitere zusätzliche ergänzende Unterlage als Anhang zum Regionalplanentwurf bisher verzichtet worden. Da die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming der LBGR-Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, nachkommt, wird die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 dem zweiten Planentwurf als zweckdienliche Unterlage beigefügt und damit auch unter e) auf diese verwiesen.
TÖB-Nr.: 167 / Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2655	m Rahmen der Behördenbeteiligung erteilt die obere Flurbereinigungsbehörde, das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Referat 82 - Ländliche Neuordnung, folgende Anmerkungen und Hinweise: Der Regionalplan umfasst die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel sowie die Landeshauptstadt Potsdam. In folgenden Gebieten berührt die Regionalplanung die Planungen der Flurbereinigung. Im Landkreis Havelland folgendes Bodenordnungsverfahren mit aktuellem Bearbeitungsstand: - Große Grabenniederung, Verf.-Nr. 4/003/S vorl. Besitzeinweisung Im Landkreis Potsdam-Mittelmark folgende Bodenordnungs- und Flurbereinigungsverfahren mit aktuellem Bearbeitungsstand: - B 102 Ortsumgehung Dahnsdorf, Verf.-Nr. 1/002/08 - vorl. Besitzeinweisung - Belziger Landschaftswiesen, Verf.-Nr. 1/001/14 - Aufstellung Wege- und	Die Hinweise zum Bearbeitungsstand der Flurbereinigungsverfahren werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Gewässerplan - Bochow, Verf.-Nr. 1/001/1 - Ausführungsanordnung - Damsdorf, Verf.-Nr. 100299 - vorl. Besitzeinweisung - Feldlage Glindower Platte, Verf.-Nr. 106393 - vorl. Besitzeinweisung - Krahne 1, Verf.-Nr. 100296 -Bodenordnungsplan - Ortslage Bliesendorf, Verf.-Nr. 1-023-C - Ausführungsanordnung - Pfefferfließ, Verf.-Nr. 10113 - Wege- und Gewässerplan - Plessower Obstflur, Verf.-Nr. 108393 - Wege- und Gewässerplan - Radewege, Verf.-Nr. 100111 - vorl. Besitzeinweisung - Riebener See - Nieplitz Niederung, Verf.-Nr. 1-001-J - Ausführungsanordnung - Saarmund, Verf.-Nr. 1-002-D - Bodenordnungsplan - Schmergow, Verf.-Nr. 1-003-1 - Ausführungsanordnung - Wusterwitz, Verf.-Nr. 100307 - vorl. Besitzeinweisung - Ziesar/Buckautal, Verf.-Nr. 100120 - Anordnungsbeschluss Folgende Bodenordnungsverfahren sind im Landkreis Potsdam-Mittelmark in Vorbereitung: - Krielow/Schmergow - Schlalach - Wittbrietzen	
BE-ID: 2656	Im Landkreis Teltow-Fläming sind folgende Bodenordnungsverfahren in Bearbeitung: - Kloster Zinna, Verf.-Nr. 100107 - vorl. Besitzeinweisung - Mückendorf, Verf.-Nr. 1-001-R - Bodenordnungsplan - Niederer Fläming 1, Verf.-Nr. 600115 - Aufstellung Wege- und Gewässerplan - Niederer Fläming 11, Verf.-Nr. 100119 - Anordnungsbeschluss - Oehna, Verf.-Nr. 1-002-N - Ausführungsanordnung - Saarmund, 1-002-D - Bodenordnungsplan - Dahme, Verf.-Nr. 1-002-Q - Bodenordnungsplan - Christinendorf, Verf.-Nr. 3-002-V - Wege- und Gewässerplan Folgendes Bodenordnungsverfahren ist im Landkreis Teltow-Fläming in Vorbereitung: - Welsickendorf	Die Hinweise zum Bearbeitungsstand der Bodenordnungsverfahren werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2657	Die beiden kreisfreien Städte tangieren die Planungen der Flurbereinigungsbehörde nicht.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2658	Erläuterung der Begrifflichkeiten Zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung kann ländlicher Grundbesitz durch Maßnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz neugeordnet werden. Den Wege- und Gewässerplan stellt die Flurbereinigungsbehörde im Benehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft auf über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen. Die vorläufige Besitzeinweisung wird genutzt um die Beteiligten vorläufig in den Besitz der neuen Grundstücke einzuweisen. Der Bodenordnungs- bzw. Flurbereinigungsplan fasst die Ergebnisse des Verfahrens im Flurbereinigungsgebiet zusammen, nach Planbekanntgabe und mit Ausführungsanordnung tritt der neue Rechtszustand an die Stelle des bisherigen. Entsprechend § 34 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG), zeitweilige Einschränkung des Eigentums, gilt eine Veränderungssperre von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes. Veränderungen am Grund und Boden und deren Planungen, sind in diesem Zeitraum nach § 34 FlurbG von der Flurbereinigungsbehörde zustimmungspflichtig. Ich bitte um die Beachtung bei den oben aufgeführten Verfahren in Ihrem Planentwurf. Zur Verdeutlichung der Lage der Bodenordnungs- bzw. Flurbereinigungsverfahren im Land Brandenburg ist eine Übersichtskarte mit Stand Mai 2021 diesem Schreiben beigefügt. Weiterhin verweise ich auf die Darstellung der Flurbereinigungsverfahren im Internet auf den Seiten des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg (www.vlf-brandenburg.de).	Die Hinweise zum Flurbereinigungsplan werden zur Kenntnis genommen. Die Flurbereinigungsverfahren können im regionalplanerischen Maßstab nicht berücksichtigt werden und sind ggf. Gegenstand nachgelagerter Genehmigungsverfahren. Eine Planänderung ist nicht notwendig
TÖB-Nr.: 169 / Landesamt für Bauen und Verkehr		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 600	Binnenschifffahrt - Im Planungsraum befinden sich folgende schiffbare Landesgewässer in der Zuständigkeit des LBV: a) Gülper Havel, b) Emster Gewässer mit Klostersee, Strenggraben, Netzener See , Ernster Kanal und Rietzer See, c) Ziegeleikanal, d) Nottekanal und Mellensee sowie e) Nuthe bei Potsdam. Die v. g. Gewässer werden von den ausgewiesenen Festlegungen nicht berührt.	Kenntnisnahme.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 603	übriger ÖPNV: Belange des übrigen ÖPNV auf öffentlichen Straßen, die die festgelegten Gebiete zum Freiraum queren oder tangieren werden nicht berührt, wenn auf den Straßentrassen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Verkehrs jederzeit uneingeschränkt gewährleistet sind.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und führt nicht zu einer Planänderung. Der Sachverhalt "Sicherheit" und Leichtigkeit" ist nicht von regionalplanerischer Relevanz.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 602	Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr: Die in den Planungsunterlagen dargestellten Eisenbahnbetriebsflächen im Streckenabschnitt Reckahn - Brandenburg Hbf sowie die Eisenbahnbetriebsflächen der Anschlussbahn in der Gemeinde Kloster Lehnin, OT Reckahn wurden zwischenzeitlich von Bahnbetriebszwecken freigestellt, stellen demnach keine Eisenbahninfrastruktur mehr dar (Freistellungsbeschluss vom 13.07.2021).	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Sachverhalt ist bekannt und führt nicht zu der Entscheidung, Änderungen an der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm-Krahne vorzunehmen. (Siehe dazu u. a. BE 2651).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 601	Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr: Die ausgewiesenen Eignungsgebiete WEG 4, WEG 16 und WEG 26 für die Errichtung von Windenergieanlagen werden laut der vorliegenden Unterlagen von Eisenbahnstrecken gequert oder tangiert. In den o. g. Eignungsgebieten müssen die Abstände geplanter Windenergieanlagen zu bestehenden Eisenbahntrassen zunächst entsprechend § 6 der Brandenburgischen Bauordnung zwingend eingehalten werden. Um einen sicheren, uneingeschränkten Betrieb auf den Eisenbahnstrecken jederzeit gewährleisten zu können, sind im Rahmen der Genehmigungsverfahren zu jeder einzelnen Windenergieanlage die erforderlichen Mindestabstände zwischen Bahnanlage und Windenergieanlage in Abstimmung mit dem EisenbahnBundesamt bzw. der DB Netz AG festzusetzen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 599	Den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß "Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren" (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15.Juli 2015, S. 575) geprüft. Danach nehme ich zum Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 (Textteil und Festlegungskarte), der die Schwerpunktbereiche Siedlung, Hochwasserschutz, Windenergienutzung, Oberflächennahe Rohstoffe und Landwirtschaft umfasst, aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes und bezogen auf die zur Zuständigkeit des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV Stellung.	Kenntnisnahme. Die Sachverhalte aus der Stellungnahme sind der Regionalplangliederung bezogen ausgewertet.
BE-ID: 604	Sonstige Hinweise: Belange des zivilen Luftverkehrs betreffend teile ich Ihnen mit, dass die eingereichten Planungsunterlagen durch die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) gesondert geprüft werden und die v. g. Luftfahrtbehörde eine eigenständige Stellungnahme abgibt.	Kenntnisnahme. Die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (TÖB ID 171) ist von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming beteiligt.
BE-ID: 605	Inwieweit der vorliegende Regionalplan-Entwurf straßenbauliche und straßenplanerische Belange berührt, ist durch den jeweils zuständigen Straßenbaulastträger zu beurteilen. Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Kenntnisnahme. Wie zutreffend festgestellt wird, bezieht sich der gegebene Hinweis auf andere Vorschriften.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 170 / Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1758	Für die Möglichkeit, zum Regionalplan „Havelland -Fläming 3.0" Ihrer Planungsregion Stellung zu nehmen, bedanken wir uns. Als oberste Landesplanungsbehörde bündeln wir die Stellungnahmen aller Abteilungen des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL).	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1759	Sie haben Festlegungen zu großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (GIV), Flächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz, der räumlichen Steuerung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen sowie der Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe getroffen und damit alle direkten Planungsaufträge des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) umgesetzt, da die Grundfunktionalen Schwerpunkte bereits in einem Teilregionalplan festgelegt worden sind.	Die Hinweise zur Umsetzung aller direkten Planungsaufträge werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1760	Unter Berücksichtigung der Richtlinie für Regionalpläne haben Sie über diese Aufträge hinaus Festlegungen zu Vorbehaltsgebieten Siedlung, zu weiteren Hochwasserschutzthemen und zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen getroffen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1762	Alle diese Festlegungen zeichnen sich durch eine intensive inhaltliche Befassung aus, die durch methodisch und detailliert beschriebene Planungskonzepte untersetzt werden. Diese Bearbeitung ist über alle Themen hinweg in sehr hoher Qualität erfolgt.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1766	Mehrere Festlegungsformulierungen sollten sich enger am Wortlaut des Raumordnungsgesetzes orientieren.	Die Anregung wird in den textkonkreten Abwägungstexten der Anlage zur Stellungnahme behandelt.
BE-ID: 1767	Der seit dem 1. September 2021 rechtswirksame Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz konnte noch nicht in diesem Entwurf des Regionalplans berücksichtigt werden, was für den nächsten Entwurf nachzuholen ist.	Der Anregung, den seit dem 1. September 2021 rechtwirksamen Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz im 2. Entwurf des Regionalplans 3.0 zu berücksichtigen, wird gefolgt.
BE-ID: 1768	Diese Bedenken werden in der Anlage textkonkret erläutert und weitere Anregungen und Hinweise zu Detailfragen übermittelt. Für Rückfragen zu dieser Stellungnahme steht Ihnen das Referat GL 3 [Name anonymisiert] gerne zur Verfügung.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1833	IV. Redaktionelle Hinweise: Abkürzungsverzeichnis: KOR 50 fehlt; Z und G: ...der Raumordnung	Dem redaktionellen Hinweis wird gefolgt und das Abkürzungsverzeichnis entsprechend ergänzt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / I. Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 1769	Anlage zum Schreiben der GL vom 1. Juni 2022: Hinweise im Einzelnen: 1. Text: Seite 7: Hier sollte ergänzt werden, dass ein Beschluss zur nachrichtlichen Übernahme (NÜ) des Freiraumverbunds (FRV) des LEP HR und damit keine eigene Befassung zu einem regionalen FRV gefasst wurde; s.a. Anmerkungen zu Seite 108, Ziff. 404 - 409 sowie zur Festlegungskarte.	Der Anregung wird nicht gefolgt. In dem gemeinten Beschluss mit der Nummer 02/04/03 vom 25. Juni 2020 wird die Entscheidung getroffen, die maßstabsgerechte Konkretisierung in einer vollflächigen Darstellung nach einer bestimmten Methode vorzunehmen. An dieser Entscheidung wird nicht mehr festgehalten. (siehe BE 1765)
BE-ID: 1770	Seite 7: Ziff. 5: Es wird für folgende Planverfahren angeregt, die Festlegung von regionalen Gewerbestandorten - ggf. auch mit der Funktionszuweisung "Logistik" - zu prüfen.	Die Anregung, für „folgende Planverfahren“ die Festlegung von regionalen Gewerbestandorten - ggf. auch mit der Funktionszuweisung "Logistik" zu prüfen, wird zur Kenntnis genommen und kann ggf. zu einem späteren Zeitpunkt verfolgt

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		werden. Für eine Festlegung solcher Gebiete im Regionalplan 3.0 verfügt die Regionale Planungsgemeinschaft gegenwärtig nicht über die erforderlichen Planungsgrundlagen. Die notwendigen Vorarbeiten würden den Fortgang des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan 3.0 erheblich aufhalten.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1771	Seite 11: G 1.1 sollte zur Anpassung an den Wortlaut des § 7 Abs. 3 Nr. 3 ROG umformuliert werden: ,,(1) In den Vorbehaltsgebieten ist ... ein besonderes Gewicht beizumessen."	Der Anregung mit Bezug auf das ROG wird gefolgt und G.1.1 redaktionell umformuliert: "In den Vorbehaltsgebieten Siedlung ist der Entwicklung von Wohnbauflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen."
BE-ID: 3482	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Nachträgliche Hinweise der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg vom 07.02.2025 für die weitere Ausarbeitung des Planungskonzepts für die Vorbehaltsgebiete Siedlung] Mit den folgenden Hinweisen setzt die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL) die Vereinbarung auf der Beratung am 10. Dezember 2024 um, konkrete Hinweise für die Weiterentwicklung von Kriterien in den weiteren Prozess der Erstellung des Regionalplans 3.0 einzubringen. Dieses Vorgehen beruht auf der übereinstimmenden Einschätzung aller Teilnehmer des Abstimmungstreffens, dass die bestehende Kulisse der Vorbehaltsgebiete Siedlung Potenziale für die Verbesserung des Plans bietet.	Die Einschätzung, "dass die bestehende Kulisse der Vorbehaltsgebiete Siedlung Potenziale für die Verbesserung des Plans bietet", wird nur teilweise geteilt. Die von der Einwenderin vorgetragenen Anregungen und Hinweise führen jedoch zu der Entscheidung, Veränderungen an den zeichnerischen Festlegungen der Vorbehaltsgebiete Siedlung vorzunehmen. (siehe BE 3485 und 3487)
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1772	Seite 11: Z 1.2 sollte umformuliert werden in: Als Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der folgende Text wird in der originalen Stellungnahme durchgestrichen dargestellt) sind (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: An dieser Stelle endet der durchgestrichene Text) werden in der Region Havelland-Fläming die Standorte festgelegt: (...)	Der Anregung wird gefolgt. Absatz 1 des Ziels 1.2 wird wie folgt formuliert: „Als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort wird in der Region Havelland-Fläming der folgende Standort festgelegt:“
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.1 VB vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1773	Seite 11: G 2.1.1 sollte zur Anpassung an den Wortlaut des § 7 Abs. 3 Nr. 3 ROG umformuliert werden: ,,(1) In den Vorbehaltsgebieten ist ... ein besonderes Gewicht beizumessen."	Der Anregung wird gefolgt und G.2.1.1 redaktionell umformuliert: "In den Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz ist raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zur Vermeidung und Abwehr spezifischer Hochwassergefährdungen bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen."
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.2 VB Gewässerretention		
BE-ID: 1774	Seite 11: G 2.1.2 (1): Dieser Absatz sollte deutlicher als Festlegung formuliert werden: ,,Als VB Potentialflächen werden alle Flächen (...) festgelegt"	Der Anregung wird nicht gefolgt. Aufgrund der Anregung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung im Rahmen eines Arbeitsgespräches am 22.05.2025 wird von einer Festlegung der „Potenzialflächen für die Gewässerretention“ als Vorbehaltsgebiet abgesehen. Der Wortlaut der Festlegung G 2.1.2 wird wie folgt geändert: In Freiraumflächen, die bei einem Hochwasserereignis mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		natürlicherweise überschwemmt werden und nicht bereits als Überschwemmungsgebiet gemäß § 76 WHG festgesetzt sind, soll der Erhalt und die Verbesserung des natürlichen Wasserrückhaltevermögens gefördert werden. Dazu soll die Errichtung von zu- und abflusshemmenden Strukturen vermieden bzw. bei der Gestaltung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden."
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 Z 2.3.1 VR Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 1775	Seite 14: Z 2.3.1 (2) sollte zur Anpassung an den Wortlaut des § 7 Abs . 3 Nr. 1 ROG umformuliert werden: "(2) In den Vorranggebieten (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der folgende Text ist in der originalen Stellungnahme durchgestrichen dargestellt) für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe sind oberflächennahe Rohstoffvorkommen von regionaler Bedeutung zu nutzen und zu sichern. Andere raumbedeutsame Nutzungen in diesen Vorranggebieten sind ausgeschlossen, soweit diese mit dem Abbau der oberflächennahen Rohstoffe nicht vereinbar sind (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Ab dieser Stelle endet der durchgestrichene Text) nach Abs. (1) sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit diese mit dem Abbau der oberflächennahen Rohstoffe nicht vereinbar sind."	Dem Umformulierungvorschlag mit Bezug zu § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG wird gefolgt und geändert auf: "In den Vorranggebieten nach Abs.(1) sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit diese mit dem Abbau der oberflächennahen Rohstoffe nicht vereinbar sind."
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 G 2.3.2 VB Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 1776	Seite 15: G 2.3.2 sollte zur Anpassung an den Wortlaut des§ 7 Abs . 3 Nr. 2 ROG umformuliert werden: ,,(2) In den Vorbehaltsgebieten ist ... ein besonderes Gewicht beizumessen."	Dem Umformulierungvorschlag mit Bezug zu § 7 Abs. 3 Nr. 2 ROG wird gefolgt und geändert auf: "In den Vorbehaltsgebieten nach Absatz 1 ist der Rohstoffgewinnung in der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen."
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1777	Seite 15, Z 2.4 (2): Dieser Satz sollte umformuliert werden: " ... wenn das Vorhaben nach § 30 BauGB zulässig (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der folgende Text ist in der originalen Stellungnahme durchgestrichen dargestellt) sein soll (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Ab dieser Stelle endet der durchgestrichene Text) ist."	Der Absatz 2 des Ziels mit der neuen Ziffer Z 2.3 zur Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wurde folgendermaßen umformuliert: "Für bauleitplanerische Festlegungen für die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von solarer Strahlungsenergie sind Ausnahmen von Absatz 1 möglich, wenn bei der Flächennutzung die landwirtschaftliche Bodennutzung als Hauptnutzung und die Energiegewinnung mittels einer Solaranlage als Sekundärnutzung auf derselben Landfläche kombiniert werden (sogenannte Agri-Photovoltaik)." Die ehemalige Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 Zu G 1.1 VBS		
BE-ID: 1764	Um Missverständnisse zu vermeiden, sollten die Erläuterungen zum Verhältnis der VB Siedlung zu den geltenden Festlegungen des LEP HR zur Siedlungsentwicklung für die Adressaten überarbeitet werden. In der Begründung sollte deutlich klargestellt werden, dass die geltenden Festlegungen des LEP HR auch innerhalb der VB Siedlung zu beachten bzw. berücksichtigen sind.	Die Anregung ist nachvollziehbar, ihr ist jedoch bereits entsprochen. Es erfolgt keine Planänderung. Begründung: Sowohl in "a) Planungsanlass und -absicht" als auch in "d) Anwendung der Festlegungen" sind ausführliche Bezüge zu den Rahmenbedingungen aus dem LEP HR dargelegt. Damit werden mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung den Kommunen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Empfehlungen für die Realisierung von Wohnsiedlungsflächen gegeben, innerhalb derer sie sich gemäß der Bestimmungen des LEP HR entwickeln können.
BE-ID: 1781	Seite 19, Ziff. 37, Satz 3: Die gewählte Formulierung suggeriert, dass innerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung die Festlegungen G 5.1 und Z 5.2 des LEP HR bereits durch die Regionalplanung geprüft wurden und demzufolge die Vereinbarkeit mit G 5.1 und Z 5.2 LEP HR vorab gegeben wäre. Hier ist eine Klarstellung erforderlich, dass sich VB Siedlung nicht nur aus Flächen der Innenentwicklung zusammensetzen, auch innerhalb der VB Siedlung Z 5.2 und Z 5.3 LEP HR zu beachten sind und dementsprechend einzelfallbezogene Prüfungen hinsichtlich der Einordnung als Innenentwicklung bzw. Siedlungsfläche mit Siedlungsanschluss vorgenommen werden müssen. Änderungsvorschlag: ,,Die besondere Eignung resultiert aus der Lagegunst in Bezug auf Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekte. Die Festlegungen des LEP HR zu Innenentwicklung und Funktionsmischung (G 5.1) sowie zum Siedlungsanschluss (Z 5.2 und Z 5.3) bleiben unberührt". Die Umwandlung von Wochenendhausgebieten in Wohnsiedlungsflächen ist gern. Z 5.3 LEP HR nur bei Siedlungsanschluss zulässig. Um Widersprüche zu vermeiden, sollten Wochenendhausgebiete ohne Siedlungsanschluss daher nicht Bestandteil der Kulisse der VB Siedlung werden (Bsp. Borkwalde Bereich zwischen „Hinter der Birkenallee" und „Else-Willmann-Weg" im NO abseits der Ortslage Borkwalde). Es wird daher empfohlen, die VB-Kulisse auf die Einhaltung von Z 5.2 und Z 5.3 LEP HR zu überprüfen.	Der Anregung wird gefolgt. Die Änderung "Die Festlegungen des LEP HR zu Innenentwicklung und Funktionsmischung (G 5.1) sowie zum Siedlungsanschluss (Z 5.2 und Z 5.3) bleiben unberührt." wird in Rdnr. 37 eingearbeitet. Außerdem wurden die Vorbehaltsgebiete in Bezug auf Wochenendhausgebiete nochmals geprüft und in unbegründbaren Fällen Flächenfestlegungen zurück genommen.
BE-ID: 1782	Ein Hinweis auf die Einhaltung der quantitativen Begrenzung der Wohnsiedlungsflächenentwicklung (Z 5.5 LEP HR) im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sollte zur Klarstellung ergänzt werden.	Die Anregung ist nachvollziehbar, ihr ist jedoch in "a) Planungsanlass und -absicht" als auch in "d) Anwendung der Festlegungen" bereits entsprochen. Es erfolgt keine Planänderung.
BE-ID: 1783	Seite 19, 1 Ziff. 37, letzter Satz: ,,Auf eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung innerhalb des Gestaltungsraums Siedlung wird dabei verzichtet, da der LEP HR hier bereits lagegünstige Gebiete für die Wohnsiedlungsentwicklung festlegt, in denen eine quantitativ uneingeschränkte Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen mit Befreiung von den Festlegungen nach Z 5.2, Z 5.3 und Z 5.4 LEP HR zulässt zugelassen wird." Ohne die kursiven Ergänzungen erschließt sich nicht, warum im Gestaltungsraum Siedlung keine Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt wurden.	Der nachvollziehbaren Anregung wird gefolgt. In Rdnr. 37 wird letzter Satz umformuliert: "Auf eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung innerhalb des Gestaltungsraums Siedlung wird verzichtet, da der LEP HR hier bereits lagegünstige Gebiete für die Wohnsiedlungsentwicklung festlegt, in denen eine quantitativ uneingeschränkte Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen mit Befreiung von den Festlegungen nach Z 5.2, Z 5.3 und Z 5.4 LEP HR zugelassen wird."
BE-ID: 1784	Seite 19, Ziff. 39: Bitte ergänzen, dass sich RPG die Kriterien der Richtlinie zu eigen macht.	Der Anregung wird gefolgt und in Rdnr. 37 "die sich die Regionale Planungsgemeinschaft für die Vorbehaltsgebiete Siedlung zu eigen macht" ergänzt.
BE-ID: 1785	Seite 20, Ziff. 42: Die Ergänzung des Kriteriums 1 km -Entfernung zu einem Bahnanschluss im Planungskonzept der Region sollte begründet werden und in seiner Auswirkung auf die festgelegten VB Siedlung erläutert werden. Es kann aus der Sicht der GL nicht dazu führen, dass VB Siedlungen festgelegt werden, die ausschließlich aufgrund dieses Kriterium ausgewählt wurden, da dies dem Zweck der Kriterien in der Richtlinie nicht entsprechen würde. Insbesondere zum Erreichen von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und von Angeboten der Nahversorgung wird im Regelfall nicht die Bahn genutzt.	Der Einwand ist berechtigt. Es ist zutreffend, dass die in Randnummer 42 (Stand 5.10.2021) vorgenommene Einschätzung, dass alle Ortslagen, die bis zu einem Kilometer von Zugangsstellen zum Schienenpersonenverkehr gelegen sind, allgemein – d. h. unabhängig vom Vorhandensein der Ausstattungsmerkmale am Bahnhofsstandort - für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Betracht gezogen werden können, zu dem Ergebnis führt, das einzelne Ortslagen, die für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung vorgesehen waren, die Erreichbarkeitskriterien nach Randnummer 48 (Stand 5.10.2021)

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		nicht erfüllen. Die in Randnummer 42 (Stand 5.10.2021) vorgenommene Einschätzung, dass alle Ortslagen, die bis zu einem Kilometer von Zugangsstellen zum Schienenpersonenverkehr gelegen sind, allgemein für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Betracht gezogen werden können, wird daher aufgegeben. Diese geänderte Bewertung führt zu dem Ergebnis, dass Änderungen an den zeichnerischen Festlegungen vorgenommen werden. Es wird ergänzend auf BE 3485 verwiesen.
BE-ID: 1786	Seite 22, Ziff. 52: Ein Abstand von 100 m ist zu groß, um Siedlungsanschluss sicherzustellen. Im Text bitte den Satzanfang streichen und dann fortfahren mit ,,... Damit sollen eine Zersiedlung und eine Neubildung von Splittersiedlungen sowie neuartige bandförmige Siedlungsstrukturen vermieden und somit möglichst wenig Freiraum beansprucht werden." In der Begründung sollte klargestellt werden, dass unabhängig von der Lage innerhalb VB Siedlung Z 5.2 und Z 5.3. LEP HR zu beachten sind. Eine hierzu erforderliche Prüfung kann nur einzelfallbezogen erfolgen. Der automatisiert generierte 100 m Abstand kann dies nicht sicherstellen (s. auch Hinweise zu Ziff. 37).	Der Anregung wird nicht gefolgt. Begründung, die auch textliche Ergänzung in Rdnr. 52 findet: "Diese regionalplanerische Orientierung zielt auch auf kompakte Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung in den dafür besonders geeigneten Gebieten, selbst wenn ihre Kompaktheit in Beachtung der Festlegungen zu Innenentwicklung und Funktionsmischung (G 5.1) sowie zum Siedlungsanschluss (Z 5.2 und Z 5.3) nach LEP HR nur in Stufen durch das Land befürwortet werden sollte." Die Regionale Planungsgemeinschaft hält an ihrer Einschätzung fest, dass für die zeichnerische Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedung allgemein Flächen in einem Abstand von 100 Meter zur bestehenden Bebauung in Betracht gezogen werden. Diese Bearbeitungsgenauigkeit ist aufgrund der Maßstäblichkeit der Festlegungskarte gerechtfertigt. Für die benannte Entscheidung spricht weiter, dass Vorbehaltsgebiete Siedlung keine verbindliche Vorgabe für eine Bebauung treffen.
BE-ID: 1787	Seite 22, Ziff. 53: Hier sollte klarer herausgestellt werden, dass es sich um eine Definition von Siedlungsflächen im Rahmen der Methodik zur Abgrenzung von Vorbehaltsgebieten Siedlung handelt und nicht mit der Definition von Siedlungsflächen im LEP HR in Z 5.2 zu verwechseln ist. Aus der Begründung lässt sich nicht erkennen, dass Z 5.2 festlegt, dass sich neue Siedlungsflächen an bestehende Siedlungsgebiete anschließen müssen und nicht nur an bestehende Siedlungsflächen. Zum Verständnis ist ein entsprechender Hinweis an dieser Stelle sinnvoll.	Der Anregung zur Klarstellung wird gefolgt. Der Satz wird beginnend mit "Im Rahmen der Methodik zur Abgrenzung von Vorbehaltsgebieten Siedlung sind Siedlungsflächen hochbaulich geprägte Flächen ..." umformuliert.
BE-ID: 1788	Seite 25, Ziff. 73: Die Definition von Wohnsiedlungsflächen im Reg PI H-F 3.0 unterscheidet sich von der Definition gern. Begründung zu Z 5.5 LEP HR und damit zur bisherigen Praxis der Anrechnung auf die Eigenentwicklungsoption. Flächen für Gemeinbedarfseinrichtungen, für Verkehr oder Grünflächen werden nicht angerechnet. Daher ist entweder ein Hinweis einzufügen, dass hier Wohnsiedlungsflächen i. S. des RegPl 3.0 benannt werden und die Anrechnung gemäß LEP HR sich nur auf die Flächen bezieht, die der Wohnnutzung dienen können (Wohn- und Mischbauflächen) oder der Begriff für ,,Wohnsiedlungsflächen" wird an die Formulierung im LEP HR angepasst.	Dem nachvollziehbaren Hinweis auf einen Verweis bzgl. "Wohnsiedlungsflächen im Sinne des Regionalplans" wird gefolgt, jedoch ohne zusätzlichen Bezug auf die Regelungen des LEP HR, da dieser schon einleitend in diesem Abschnitt in vorstehender Rdnr. 71 erfolgt ist.
BE-ID: 1789	Seite 25, Ziff. 74: Bei der gewählten Formulierung entsteht der Eindruck, dass es sich bei VB Siedlung ausschließlich um Flächen handelt, die einer Innenentwicklung zuzuordnen sind bzw. dass bei der Planung von neuen Siedlungsflächen (Z 5.2) oder Umwandlung von Wochenendhausgebieten (Z 5.3) stets ein Siedlungsanschluss gegeben ist. Um Missverständnissen vorzubeugen, muss dieser Eindruck unbedingt vermieden werden. Änderungsvorschlag: "Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sind bei der kommunalen	Die Anregung ist nachvollziehbar. In Rdnr. 74 wird der Passus "zur Konkretisierung des Vorrangs der Innenentwicklung sowie zum Anschluss neuer Siedlungsflächen" gestrichen. Bezüglich der Vorgaben nach LEP HR ist jedoch in "a) Planungsanlass und -absicht" als auch in "d) Anwendung der Festlegungen" bereits

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bauleitplanung im Rahmen der Abwägung als raumordnerische Empfehlung der Regionalplanung (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der folgende Text wird in der originalen Stellungnahme durchgestrichen dargestellt) zur Konkretisierung des Vorrangs der Innenentwicklung sowie zum Anschluss neuer Siedlungsflächen (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der durchgestrichene Text endet an dieser Stelle) zu berücksichtigen." Weiterhin sollte zur Klarstellung ergänzt werden, dass nach der Eigenentwicklungsoption bzw. Wachstumsreserve das zulässige Maß sowie die weiteren Vorgaben des LEP HR einzuhalten sind.	entsprochen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 a) Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 1834	Text, Seite 17, Ziff. 27: "Die Daten zur Wohnungsanzahl, basierend auf der Gebäude- und Wohnungszählung zum Jahr 2010 zeigen folgende Entwicklungstrends: ..." Ist gemeint, ...verglichen mit der Gebäude- und Wohnungszählung 2010?" Dann sollte das zum besseren Verständnis umformuliert werden.	Der Hinweis ist zutreffend. Daher wird der Text umformuliert zu "Die Daten zur Wohnungsanzahl, im Vergleich zur Gebäude- und Wohnungszählung im Jahr 2010 zeigen folgende Entwicklungstrends: ..."
BE-ID: 1835	Seite 17, Ziff. 25 -32: Der Planungsanlass wird in Absatz 31 nur kurz angerissen. Die Trends der Bevölkerungs- und Wohnungsbestandsentwicklung werden davor sehr umfangreich dargestellt (Absätze 25-29) und stellen nicht den eigentlichen Planungsanlass, sondern die Rahmenbedingungen für die räumliche Entwicklung dar. Der Planungsanlass (Absatz 31) sowie der Bezug zum ROG (Absatz 32) sollten noch klarer dargestellt werden (insbesondere Konzentration auf lagegünstige Standorte, Innenentwicklung...).	Die Anregung ist nachvollziehbar, ihr wird jedoch im Sinne der Kompaktheit der Begründung zu den Vorbehaltsgebieten nicht gefolgt. In diesem Absatz konzentriert sich der Plangeber auf die dargestellten Rahmenbedingungen zur Veranlassung, einschließlich der gesetzlichen Vorgaben aus ROG sowie LEP HR, die sich in ihrer fachlichen Darstellung mit der Intention des Plangebers decken (z.B. Konzentration auf lagegünstige Standorte, Innenentwicklung, Siedlungsprinzip der "kurzen Wege"...). Um keine Doppelung, auch mit den Ausführungen zum Planungskonzept, zu bewirken, wird der Informationsumfang für ausreichend befunden und auf eine Informationsausweitung verzichtet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 b) Planungskonzept		
BE-ID: 1836	Seite 19, Ziff. 38: Vorschlag: Letzten Satz wie folgt anpassen : ... ,,Mit ihnen sollen in der Region Havelland-Fläming Flächen (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der folgende Text wird in der originalen Stellungnahme durchgestrichen dargestellt) herausgestellt (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: An dieser Stelle endet der durchgestrichene Text) festlegt werden, die - unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten - für Wohnnutzung (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der folgende Text wird in der originalen Stellungnahme durchgestrichen dargestellt) qualitativ hochwertig (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: An dieser Stelle endet der durchgestrichene Text) aufgrund ihrer Lagegunst besonders geeignet sind."	Der redaktionelle Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ihm wird jedoch nicht gefolgt. Begründung: Auch wenn der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 die Vorbehaltsgebiete Siedlung festlegt, was an den signifikanten Stellen hinreichend als Festlegung dargestellt wird, so sollen mit den Formulierungen "herausgestellt" und "qualitativ hochwertig" darüber hinaus die Prägungsmerkmale hervorgehoben werden.
BE-ID: 3483	Hinweise der GL für die weitere Ausarbeitung des Planungskonzepts für die Vorbehaltsgebiete Siedlung - Nachtrag GL3 vom 07.02.2025: Aus Perspektive der GL wird das Planungskonzept Anforderungen an ein Planungskonzept für Vorbehaltsgebiete Siedlung nicht ausreichend gerecht. Dies betrifft die angewendete Methode und die verwendeten Kriterien sowohl für die Auswahl der Ortslagen für die Vorbehaltsgebiete Siedlung als auch für die konkrete Abgrenzung der Flächen. Aus Sicht der GL ist daher insbesondere die Anpassung von Methode und Kriterien zur Auswahl geeigneter Ortslagen erforderlich.	Die allgemeinen Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Grundlage des Planungskonzepts ist die Berücksichtigung bestehender Siedlungsgebiete, für die eine angemessene Erreichbarkeit von täglich bzw. häufig in Anspruch genommenen Dienstleistungsangeboten gegeben ist. Das Planungskonzept ist nachvollziehbar begründet. Im Übrigen wird auf die BE 3485 und 3487 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3484	Hinweise der GL für die weitere Ausarbeitung des Planungskonzepts für die Vorbehaltsgebiete Siedlung - Nachtrag GL3 vom 07.02.2025: Im vorliegenden Entwurf des Regionalplans der RPG H-F werden in sehr hoher Zahl Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt. Dies widerspricht dem Prinzip der Raumordnungsplanung, die Siedlungstätigkeit vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte räumlich zu konzentrieren (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 S. 3 ROG). Diese Intention des Bundesgesetzgebers verfolgt auch der Landesentwicklungsplan LEP HR. Der LEP HR legt in Z 5.6 mit dem Gestaltungsraum Siedlung für Berlin und das Berliner Umland sowie den Ober- und Mittelzentren im Weiteren Metropolenraum Schwerpunkte der Wohnsiedlungsentwicklung und in Z 5.7 mit den Grundfunktionalen Schwerpunkten (GSP) weitere Schwerpunkte der Wohnsiedlungsentwicklung fest. Aus Sicht der GL hat sich die RPG mit diesen raumordnerischen Vorgaben nicht ausreichend auseinandergesetzt. Dies betrifft: - die Erfüllung der Ausstattungsmerkmale aus der RL in einzelnen Ortslagen sowie - die Erreichbarkeit der Ausstattungsmerkmale.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Ein Widerspruch zu den benannten Grundsätzen und Zielen der Raumordnung lässt sich nicht aus der Anzahl der Vorbehaltsgebiete ableiten. Grundlage des Planungskonzepts ist die Berücksichtigung bestehender Siedlungsgebiete, für die eine angemessene Erreichbarkeit von täglich bzw. häufig in Anspruch genommenen Dienstleistungsangeboten gegeben ist. Das Planungskonzept wird damit dem benannten Konzentrationsgebot in ausreichender Weise gerecht. Soweit für einzelne Ortslagen, die für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung vorgesehen waren, nach Überprüfung festgestellt wurde, dass die Erreichbarkeitskriterien nach Randnummer 48 (Stand 5.10.2021) nicht erfüllt sind, wird eine Veränderung der zeichnerischen Festlegungen vorgenommen. Die in Randnummer 42 (Stand 5.10.2021) vorgenommene Einschätzung, dass alle Ortslagen, die bis zu einem Kilometer von Zugangsstellen zum Schienenpersonenverkehr gelegen sind, allgemein für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Betracht gezogen werden können, wird aufgegeben. Im Übrigen wird auf die BE 3485 und 3487 verwiesen.
BE-ID: 3485	Hinweise der GL für die weitere Ausarbeitung des Planungskonzepts für die Vorbehaltsgebiete Siedlung - Nachtrag GL3 vom 07.02.2025: Die RPG H-F hat zwei Ausstattungsmerkmale aus der Richtlinie der GL für Regionalpläne (RL) (vorhandene soziale Infrastruktureinrichtungen, Angebote der Nahversorgung) mit Ortsteilen mit lokalen Versorgungsansätzen operationalisiert. Ein solcher Ortsteil liegt laut Planungskonzept der RPG H-F vor, wenn drei der vier Ausstattungsmerkmale Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment und medizinische Versorgung mit Allgemeinarzt oder Zahnarzt erfüllt werden. 19 Ortslagen, welche die RPG als Vorbehaltsgebiete Siedlung festlegen möchte, erfüllen den von der RPG definierten Schwellenwert „Erfüllung von mindestens drei (von vier) Ausstattungsmerkmalen“ nicht. Das Defizit ersetzt die RPG H-F in diesen 19 Ortslagen durch das Merkmal eines vorhandenen Bahnanschlusses. Dieses Kriterium bildet jedoch gemäß RL ein zusätzliches zu berücksichtigendes Kriterium für die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung. Damit ist in diesen Ortslagen keine räumliche Zuordnung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung und Erholung gegeben. Dies stimmt nicht mit G 5.1 Abs. 2 LEP HR und der darin verfolgten Funktionsmischung überein. Eine hinreichende Auseinandersetzung mit diesem Abwägungsbelang ist im Planungskonzept nicht erkennbar. Darüber hinaus führen auch die Erreichbarkeitsschwellen, insbesondere eine Fahrtdauer von 10 min mit dem ÖPNV, zu einer dispersen Verteilung der Vorbehaltsgebiete Siedlung. In der Folge werden Ortslagen, die fast als Streu- und Splittersiedlungen bewertet werden können und nicht bzw. kaum über soziale Infrastruktureinrichtungen oder Nahversorgungsangebote verfügen und daher für eine weitere Siedlungsentwicklung ungeeignet sind, als Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt.	Die Bedenken sind nur teilweise begründet. Der Sachverhalt, dass aufgrund des Erreichbarkeitskriteriums „10 Minuten Fahrzeit im ÖPNV“ auch Ortslagen für eine Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung in Betracht kommen, die von der Einwenderin als Streu- und Splittersiedlungen angesehen werden, stellt keinen methodischen Fehler des Planungskonzepts dar, solange alle Flächen nach einheitlichen Kriterien bewertet werden. Zutreffend ist jedoch, dass die in Randnummer 42 (Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Textteil, Stand 5.10.2021) vorgenommene Einschätzung, dass alle Ortslagen, die bis zu einem Kilometer von Zugangsstellen zum Schienenpersonenverkehr gelegen sind, allgemein – d. h. unabhängig vom Vorhandensein der Ausstattungsmerkmale am Bahnhofsstandort - für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Betracht gezogen werden können, zu dem Ergebnis führt, dass einzelne Ortslagen, die für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung vorgesehen waren, die Erreichbarkeitskriterien nach Randnummer 48 (Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Textteil, Stand 5.10.2021) nicht erfüllen. Die in Randnummer 42 (Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Textteil, Stand 5.10.2021) vorgenommene Einschätzung, dass alle Ortslagen, die bis zu einem Kilometer von Zugangsstellen zum Schienenpersonenverkehr gelegen sind, allgemein für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Betracht gezogen werden können, wird daher aufgegeben. Im Ergebnis einer auf

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		dieser Grundlage vorgenommenen Überprüfung der Erreichbarkeiten wird in den folgenden Ortslagen ein Vorbehaltsgebiet Siedlung nicht mehr festgelegt: Baruth/Mark - Ortslage Klasdorf, Beelitz - Ortslage Buchholz, Beelitz - Ortslage Wittbrietzen, Havelsee - Ortslage Tieckow, Märkisch Luch - Ortslage Buschow, Märkisch Luch - Ortslage Buschow I, Märkisch Luch - Ortslage Möthlow, Niederer Fläming - Ortslage Borgisdorf, Niederer Fläming - Ortslage Körbitz, Niedergörsdorf - Ortslage Kaltenborn, Niedergörsdorf - Ortslage Langenlipsdorf, Niedergörsdorf - Ortslage Zellendorf, Nuthe-Urstromtal - Ortslage Scharfenbrück, Nuthe-Urstromtal - Ortslage Schöneweide, Potsdam - Ortslage Kartzow, Premnitz - Ortslage Ausbau Döberitz, Premnitz - Ortslage Siedlung Döberitz, Trebbin - Ortslage Märkisch Wilmersdorf, Wiesenburg/Mark - Ortslage Medewitzerhütten, Zossen - Ortslage Funkenmühle.
BE-ID: 3486	Hinweise der GL für die weitere Ausarbeitung des Planungskonzepts für die Vorbehaltsgebiete Siedlung - Nachtrag GL3 vom 07.02.2025: Um den aufgeführten Belangen hinreichend Rechnung zu tragen und eine Schwerpunktsetzung in der Auswahl der VB Siedlung zu erreichen, erachtet es die GL als erforderlich, dass die RPG H-F die Kriterien für die Vorbehaltsgebiete Siedlung im Plankonzept überarbeitet und schlägt hierzu nachfolgende Modifikationen vor. Zunächst sollte differenziert werden zwischen (1) Ortslagen, die als Ortsteile mit lokalen Versorgungsansätzen die Kriterien der RPG H-F im Hinblick auf die Infrastrukturausstattung erfüllen, und (2) Ortslagen, die aufgrund nicht vorhandener Einrichtungen keine Ortsteile mit lokalen Versorgungsansätzen sind und in denen die Nichterfüllung einzelner Kriterien durch einen Bahnanschluss ersetzt wird: - Bei ersteren sollte die Operationalisierung des Kriteriums Erreichbarkeit überdacht werden. Eine Erreichbarkeit der mit Infrastrukturen ausgestatteten Ortslagen innerhalb von pauschal 10 min mit dem ÖPNV führt zu der geschilderten fehlenden Schwerpunktsetzung auf geeignete Siedlungsflächen. Aus Sicht der GL wäre es ein geeigneterer Ansatz, bei den Erreichbarkeitskriterien allein auf eine fußläufige Erreichbarkeit abzustellen, um der laut G 5.1 Abs. 2 LEP HR zu berücksichtigenden Funktionsmischung nachzukommen. Zumindest sollte aber bei der Verkehrsanbindung auch die Frequenz der Verbindungen des ÖPNV berücksichtigt werden, um eine praktikable Nutzung des ÖPNV für die Erreichung der Infrastruktureinrichtungen für die Nutzer sicherzustellen, insofern diese nicht fußläufig erreichbar sind. - Ein SPNV-Anschluss kann nach Auffassung der GL eines der vier definierten Ausstattungsmerkmale der RPG H-F ersetzen. Die Erschließung über schienengebundenen Verkehr stellt sicher, dass im Sinne einer verkehrseinsparenden Siedlungsentwicklung fehlende Einrichtungen erreicht werden. D. h. im Umkehrschluss, dass aus Sicht der GL Ortslagen, die nur über bis zu zwei Ausstattungsmerkmale gemäß Plankonzept der RPG H-F verfügen, nicht als Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt werden können. Darüber hinaus ist eine Anpassung des methodischen Vorgehens bei der Bestimmung der Erreichbarkeit erforderlich. Hierbei sollte die RPG H-F berücksichtigen, dass die von ihr definierten Erreichbarkeitsschwellenwerte auf Infrastruktureinrichtungen bezogen sind (siehe Rdnr. 37 des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung). Da diese Infrastruktureinrichtungen in den betroffenen Ortslagen nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind und durch den SPNV-Anschluss ersetzt werden, ist die Soll-Fahrtzeit mit dem SPNV zur nächsten Ortslage, die über die fehlende Einrichtung verfügt, bei der empirischen Messung der Erreichbarkeiten zu berücksichtigen. D. h. die angesetzten	Den Anregungen wird nicht gefolgt. Die Entscheidung, allein auf eine fußläufige Erreichbarkeit von Dienstleistungsangeboten abzustellen, ist nicht ausreichend gerechtfertigt. Die Anwendung dieses Kriteriums würde insbesondere der Bedeutung und Wirkung des Angebots des öffentlichen Personenverkehrs nicht gerecht werden. Ein Kriterium, nach dem ein SPNV-Anschluss eines der vier definierten Ausstattungsmerkmale ersetzen könne, wäre nicht sachlogisch. Zutreffend ist, dass für einzelne Ortslagen, die für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung vorgesehen waren, die Erreichbarkeitskriterien nach Randnummer 48 (Stand 5.10.2021) nicht erfüllt sind. Die in Randnummer 42 (Stand 5.10.2021) vorgenommene Einschätzung, dass alle Ortslagen, die bis zu einem Kilometer von Zugangsstellen zum Schienenpersonenverkehr gelegen sind, allgemein für eine Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung in Betracht gezogen werden können, wird daher aufgegeben. Weiter wird auf BE 3485 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Erreichbarkeiten reduzieren sich um die Soll-Fahrtzeiten mit dem SPNV zur nächsten Ortslage, die über eine fehlende Einrichtung verfügt. Ausgangspunkt für die Messung der verbleibenden Erreichbarkeit sollte in diesen Ortslagen, die keine Ortsteile mit lokalen Versorgungsansätzen sind, der jeweilige SPNV-Haltepunkt sein.	
BE-ID: 3487	Hinweise der GL für die weitere Ausarbeitung des Planungskonzepts für die Vorbehaltsgebiete Siedlung - Nachtrag GL3 vom 07.02.2025: Im Hinblick auf die konkrete Abgrenzung der Vorbehaltsgebiete Siedlung ist aus Sicht der GL eine Einzelfallbetrachtung der einbezogenen Flächen erforderlich, d. h. das gewählte Vorgehen aus einer pauschalen Pufferung bestehender Ortslagen mit 100 m und dem Abzug weniger Konfliktkategorien wird einem sachgerechten Planungskonzept für den Bereich Siedlungsentwicklung mit seinen spezifischen Anforderungen nicht gerecht.	Der Anregung wird teilweise gefolgt. Die Regionale Planungsgemeinschaft hält an ihrer Einschätzung fest, dass für die zeichnerische Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedung allgemein Flächen in einem Abstand von 100 Meter zur bestehenden Bebauung in Betracht gezogen werden. Diese Bearbeitungsgenauigkeit ist aufgrund der Maßstäblichkeit der Festlegungskarte gerechtfertigt. Für die benannte Entscheidung spricht weiter, dass Vorbehaltsgebiete Siedlung keine verbindliche Vorgabe für eine Bebauung treffen. Vorbehaltsgebiete Siedlung kennzeichnen Flächen, die auf der Maßstabsebene der Regionalplanung insbesondere unter dem Aspekt einer angemessenen Erreichbarkeit von täglich bzw. häufig in Anspruch genommenen Dienstleistungsangeboten für eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung besonders in Betracht kommen. Festzustellen ist, dass aufgrund des benannten methodischen Vorgehens bei der flächenkonkreten Abgrenzung der Vorbehaltsgebiete Siedlung auch Flächen erfasst wurden, die bei nicht maßstabsgerechter Betrachtung, als eine „Überdehnung“ des Siedlungszusammenhangs wahrgenommen werden können. Dieser Effekt tritt insbesondre bei kleineren Ortslagen auf. Um Missdeutungen vorzubeugen, wurden kleinere Ortslagen, in denen Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt werden, in dieser Hinsicht überprüft. Im Ergebnis wurde in den nachfolgend benannten Ortslagen die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung stärker an den vorhandenen Bebauungszusammenhang angepasst: Baruth/Mark - Ortslage Klein Ziescht, Baruth/Mark - Ortslage Schöbendorf, Dahme/Mark - Ortslage Gebersdorf, Dahme/Mark - Ortslage Rosenthal, Dahme/Mark - Ortslage Zagelsdorf, Golzow - Ortslage Golzow, Golzow - Ortslage Pernitz, Groß Kreutz (Havel) - Ortslage Götz, Havelsee - Ortslage Fohrde, Ihlow - Ortslage Niendorf, Ihlow - Ortslage Rietdorf, Kloster Lehnin - Ortslage Trechwitz, Linthe - Ortslage Alt Bork, Luckenwalde - Ortslage Kolzenburg, Milower Land - Ortslage Buckow, Milower Land - Ortslage Großwudicke, Niedergörsdorf - Ortslage Blönsdorf, Niedergörsdorf - Ortslage Bochow, Niedergörsdorf - Ortslage Göhlsdorf, Niedergörsdorf - Ortslage Kurzlipsdorf, Niedergörsdorf - Ortslage Niedergörsdorf, Niedergörsdorf - Ortslage Oehna, Niedergörsdorf - Ortslage Rohrbeck, Niedergörsdorf - Ortslage Wölmsdorf, Potsdam - Ortslage

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Satzkorn, Rabenstein/Fläming - Ortslage Neuendorf, Wustermark - Ortslage Wernitz.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 b) dd) Stufe 4		
BE-ID: 1837	Seite 23, Ziff. 60: Vorschlag: Ersten Satz wie folgt anpassen : ... ,,Bei erheblichen Raumnutzungskonflikten der Flächen, z. B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung oder durch Lage im Hochwasserschutzbereich, erfolgt eine vollständige Reduktion der nach den vorangegangenen Stufen erfassten Flächen um diese Bereiche..."	Dem Hinweis um Ergänzung von "nutzungs" im Wort Raumnutzungskonflikten wird gefolgt.
BE-ID: 1839	Seite 23, Ziff. 61: Vorschlag : Ersten Satz wie folgt anpassen: ... ,.In Fällen abzuwägender Raumnutzungskonflikte von Flächen, bei deren Inanspruchnahme für eine Wohnsiedlungsnutzung Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die aber voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können, soll eine Festlegung dieser Flächen als Vorbehaltsgebiet Siedlung nur in Ermangelung alternativer Flächen ohne jeglichen Raumnutzungskonflikt (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der folgende Text wird in der originalen Stellungnahme durchgestrichen dargestellt) in Anspruch genommen werden (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: An dieser Stelle endet der durchgestrichene Text) erfolgen und eine Auseinandersetzung mit dem Schutzgut im Rahmen des Umweltberichts zum Regionalplan Havelland-Fläming besondere Aufmerksamkeit erfahren, soweit dies auf der Ebene der Regionalplanung möglich ist."	Dem Hinweis auf verständlichere Umformulierung wird gefolgt.
BE-ID: 1840	Seite 23, Ziff. 61, vorletzter Satz: unverständlich, bitte Formulierung überprüfen.	Der Anregung wird gefolgt und der in einer Aufzählung endende Satz am Anfang wie folgt umgestellt: "Von den nach den bisherigen Stufen des Planungskonzepts zur Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung in Frage kommenden Flächen, werden hiernach folgende abzuwägende Raumnutzungsansprüche im Einzelfall behandelt: Wald, Biotopverbund, Wasserschutzgebiet Zone III, genehmigte und im Bestand befindliche Windenergieanlagen (WEA) außerhalb von Vorranggebieten für die Windenergienutzung mit den entsprechenden immissionsschutzrechtlichen Siedlungsabständen, Landschaftsschutzgebiet, Planungszone Siedlungsbeschränkung BER, Bau- und Bodendenkmal, 300 m-Umfeld Natura-2000-Gebiet."
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1 e) Ergänzende Unterlagen		
BE-ID: 1841	Seite 25, Ziff. 76: Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung hat gemäß der Unterlage den Arbeitsstand 1. Juni 2021, so dass das Jahr von „2020" auf „2021" angepasst werden sollte.	Der Hinweis ist korrekt. Da die ergänzende Unterlage lediglich einer Wiedergabe des Planungskonzeptes im Vorfeld des ersten Entwurfes diente und dieses in der Begründung ohnehin enthalten ist, wird im zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming auf eine ergänzende bzw. zweckdienliche Unterlage zu den Vorbehaltsgebieten Siedlung verzichtet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1.2 b) bb) Systematische Untersuchung 2020		
BE-ID: 1790	Seite 30, Ziff. 97: Für die Erschließung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (GIV) ist es nicht erforderlich, einen bereits vorhandenen Personenbahnhof oder eine vorhandene Ladestation zu nutzen. Hier können sich auch Investitionen in die Verlegung bzw. Errichtung dieser Infrastruktur lohnen. Deshalb ist auch eine Betrachtung von Flächen entlang der gesamten Gleistrasse geboten. Als Ersatz für einen eigenen unmittelbaren Gleisanschluss kann auch ein leistungsfähiges Terminal für den kombinierten	Der Anregung wurde gefolgt. Eine entsprechende Prüfung wurde vorgenommen. Die Regionale Planungsgemeinschaft hält an der Entscheidung fest, dass großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in einem Umkreis von 2.000 m von Kreuzungspunkten zwischen Bundesautobahnen (oder vergleichbar

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Verkehr (KV-Terminal) in erreichbarer Nähe in den Abwägungsprozess einbezogen werden.	ausgebauten Straßenverkehrswegen) und Bundesstraßen gelegen sein sollen, um Ortsdurchfahrten zu vermeiden. Unter Berücksichtigung dieses Kriteriums können entlang von Schienenverkehrswegen keine Flächen ermittelt werden, die unter Berücksichtigung weiterer Kriterien (Abstand zu Siedlungen, Freiraumverbund nach Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, Schutzgebiete) für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort in Betracht gezogen werden können.
BE-ID: 1791	Seite 30, Ziff. 99: "Mindestwert" durch "Orientierungswert" ersetzen.	Der Anregung wird gefolgt. In der Rn. 99 der Planbegründung (Stand 05.10.2021) wird das Wort "Mindestwert" durch das Wort "Orientierungswert" ersetzt.
BE-ID: 1842	Seite 31, Tabelle 2: Empfehlung zum besseren Verständnis: Freie Felder unter "Eignung" lassen auf fehlende Eignung schließen. Es sollte noch einmal in der Legende erläutert werden, dass diese Standorte gar nicht von Complan untersucht wurden.	Der Anregung wird gefolgt. Eine entsprechende Ergänzung wird in der Fußnote 2 vorgenommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.1.2 b) cc) Standortauswahl		
BE-ID: 1792	Seite 32, Ziff. 105: Der Standort Brandenburg an der Havel-Paterdamm - Kloster Lehnin - Krahne verfügt nicht über Siedlungsanschluss gemäß Z 5.2 LEP HR. Daraus folgt, dass nur solche Vorhaben zielkonform sein können, die Z 5.2 Absatz 2 LEP HR erfüllen. Daher ist der Hinweis erforderlich, dass an diesem Standort ausschließlich Entwicklungen von Gewerbe- oder Industrieflächen zulässig sind, deren besondere Erfordernisse des Immissionsschutzes oder der Verkehrserschließung ein unmittelbares Angrenzen an vorhandene Siedlungsflächen im Sinne des Zieles 5.2 Abs. 2 LEP HR ausschließen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte sollen, wie sich bereits aus der Benennung ergibt, auch industriellen Nutzungen zur Verfügung stehen. Daraus ergibt sich, dass aus immissionsschutzrechtlichen Gründen ein vorsorgender Mindestabstand zu bewohnten Gebieten eingehalten werden muss. Aus den Belangen des Immissionsschutzes ergibt sich auch, dass Flächen, die unmittelbar an bereits gewerblich-industriell genutzte Gebiete anschließen, erwartbaren Nutzungseinschränkungen unterliegen, die sich nachteilig auf die Eignung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort auswirken. Es ist daher festzustellen, dass die Anforderung des Siedlungsanschlusses nach Ziel 5.2 grundsätzlich nicht mit den Eignungsanforderungen an einen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort vereinbar ist. Der angeregte Hinweis würde jedoch bewirken, dass im konkreten Ansiedlungsfall, Nutzungen ausgeschlossen wären, von denen keine erhöhten Emissionen ausgehen. Dieses Ergebnis wäre im Sinn der beabsichtigten Funktion der Vorsorgestandorte jedoch nicht sachgerecht.
BE-ID: 1793	Seite 32, Ziff. 106: Der Umweltbericht und die ergänzenden Unterlagen weisen darauf hin, dass potentielle erhebliche Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden bzw. sogar zu erwarten sind. Diese Hinweise sollte auch im Haupttext des Regionalplans erfolgen und vor dem Hintergrund der Endabgewogenheit der Zielfestlegungen in die Abwägung erkennbar eingestellt werden. Die bisherigen Bewertungen aus dem Umweltbericht stellen die Festlegung der beiden ausgewählten GIV-Standorte in Frage.	Die Anregung wird berücksichtigt. Die angeregte Dokumentation der Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung und Abwägung wird in der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Brandenburg an der Havel-Paterdamm /

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Kloster Lehnin-Krahne“ vorgenommen. In der Planbegründung wird entsprechend darauf verwiesen. Die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird aufgegeben.
BE-ID: 1794	Seite 32, Ziff. 106 / Ergänzende Unterlage: In der hier angesprochenen Ausarbeitung zu der Fläche Jüterbog-Forst Zinna wird ausgeführt, dass ein Anschluss an die stark frequentierte Anhalter Bahn realistischerweise zunächst nicht in Betracht gezogen werden" kann. Aus Sicht des MIL spricht dies für und nicht gegen eine Ausweisung dieser Fläche als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort. Es beweist vielmehr, dass der Standort durch die Bahnstrecke eine gute Verbindung in das Eisenbahnnetz haben könnte.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er kann jedoch nicht weiter berücksichtigt werden, da die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ aufgegeben wird.
BE-ID: 1797	Seite 32, Ziff. 110: "Als Orientierungswert für das Kriterium "Großflächigkeit" gilt ein Netto-Flächenanspruch von 100 Hektar im Einzelfall." Das ist nicht die Formulierung des LEP HR, daher sollte erklärt werden, woraus sich das ableitet bzw. warum sich die Region dafür entschieden hat.	Die Anregung wird berücksichtigt. In Übernahme der Formulierungen des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (Seite 37 in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2019) werden folgende Änderungen an der Planbegründung vorgenommen: Rn. 109 (Stand 05.10.2021) zweiter Anstrich wird wie folgt gefasst: „- Die Verwirklichung von Vorhaben ist nur für gewerblich-industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf zulässig“. Rn. 110 (Stand 05.10.2021) wird wie folgt gefasst: „Für das Kriterium „großer Flächenbedarf“ gilt ein Orientierungswert von 100 Hektar, sofern keine Ansiedlung in Ausbaustufen eines Vorhabens begründet wird.“
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1798	Seite 33, Kap. IV, 2.1: Am 1. September 2021 ist die Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen übergreifenden Hochwasserschutz vom 19. August 2021 in Kraft getreten und muss daher in diesem Kapitel in die Abwägung eingestellt werden.	Der Anregung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung wird gefolgt. Der Länderübergreifende Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH) wird im 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming berücksichtigt. Der Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) führt im Sinne einer stärkeren Beachtung des Hochwasserrisikos in der Raumordnung einen weitergehenden Ansatz ein, indem neben der Eintrittswahrscheinlichkeit auch das Risiko bzw. die Verwundbarkeit stärker in den Fokus gerückt wird. Nach diesen Anforderungen ist die Hochwasservorsorge nicht allein am räumlichen Umgriff der gefährdeten Gebiete festzumachen. Ziel I.1.1 BRPH bestimmt, dass bei regionalplanerischen Festlegungen zur Hochwasservorsorge die Risiken von Hochwassern zu prüfen sind. Aufgrund dieser Anforderungen ist eine Risiko- und Gefahrenprüfung erarbeitet worden. Im Ergebnis der vorzunehmenden Prüfungen war zu entscheiden, ob auch unter Berücksichtigung der feststellbaren Risiko- und Gefahrensituation an den bisher vorgenommenen Festlegungen festgehalten werden kann. Die Ergebnisse der Risikoprüfung werden dem Regionalplan Havelland-Fläming als

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		ergän-zende Unterlage (Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (2025) Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Kapitel 2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz – Risikoanalyse. Stand: 03.04.2025) beigefügt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.1.1 Zu G 2.1.1 VB vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1799	Seite 35, Ziff. 123: ,,Bei den Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz handelt es sich um Gebiete, die durch das Fachgesetz berücksichtigt werden müssen (§ 78 b WHG), aber anders als die festgesetzten Überschwemmungsgebiete keine strikte Beachtenspflicht hervorrufen." Diese Flächen werden nicht "durch das Fachgesetz" berücksichtigt, sondern das WHG fordert, dass sie u.a. in der „Bauleitplanung " zu berücksichtigen sind. Das Verhältnis der Festlegung zum Fachrecht und zu den Adressaten sollte umformuliert werden.	Der Hinweis wird berücksichtigt. Der Text wird wie folgt geändert: Bei den Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz handelt es sich um Gebiete, die gemäß § 78 b WHG in der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind, aber anders als die festgesetzten Überschwemmungsgebiete keine strikte Beachtenspflicht hervorrufen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.1.1 c) Anwendung der Festlegung		
BE-ID: 1843	Seite 35, Ziff. 125: bitte die nachfolgenden zwei Literaturhinweise aufnehmen: - die Arbeitshilfe Bebauungsplanung (Kapitel B 16.3 - Festsetzungen, die dem Hochwasserschutz dienen) - Link: https://mil.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/210112_Arbeitshilfe_GESAMT_2020.pdf - die Arbeitshilfe 11 Hochwasserschutz und Bauplanungsrecht " - Link: https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Arbeitshilfe-Hochwasserschutz-Bauplanungsrecht.pdf	Der Anregung wird gefolgt. Der entsprechende Abschnitt (Plantext Abs.125, S. 35) wird um die Literaturhinweise ergänzt.
BE-ID: 1845	Seite 36, Ziff. 128: In der Begründung muss es Vorbehaltsgebiete statt Vorranggebiete heißen.	Der Absatz wird im Rahmen der Überarbeitung des Regionalplantextes gestrichen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.1.1 d) Kriterienübersicht		
BE-ID: 1844	Seite 36, Kap. d): Begriff 11 "Kriterienübersicht" überprüfen (eher Kriterien?), s. a. Seite 38 und 39.	Der Anregung wird gefolgt. Der Begriff "Kriterienübersicht" wird durch die Formulierung "Kriterien" ersetzt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.1.2 c) Anwendung der Festlegung		
BE-ID: 1800	Seite 37, Ziff. 137: Es sollte eine Begründung ergänzt werden, warum wasserrechtliche Überschwemmungsgebiete nicht Bestandteil der Festlegung sind.	Der Hinweis wird berücksichtigt. Eine Änderung des Plantextes in Rn. 133 wird vorgenommen: Für bereits festgesetzte Überschwemmungsgebiete besteht nach § 77 WHG ein grundsätzliches Erhaltungs- und Wiederherstellungsgebot gegenüber der Funktion als Rückhalteflächen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.1.2 d) Kriterienübersicht		
BE-ID: 1801	Seite 38, Ziff. 138: Vergleiche Ziff.133 - die VB Potenzialflächen sind HQ-100-Flächen, die noch nicht als Überschwemmungsgebiet festgesetzt worden sind. Bitte hier ergänzen. ,,Die unbesiedelten Flächen sind im Einzelfall anhand der Realnutzung zu ermitteln." Zur Erläuterung sollte ergänzt und begründet werden, dass und warum keine zeichnerische Festlegung erfolgt.	Die Anregung wird durch die Entscheidung berücksichtigt, "Potenzialflächen für die Gewässerretention" nicht mehr als Vorbehaltsgebiet im Sinne des § 7 Absatz 3 Nummer 2 ROG festzulegen. Der Grundsatz 2.1.2 wird entsprechend geändert und wie folgt neu gefasst: „G 2.1.2 Potenzialflächen für die Gewässerretention: In Freiraumflächen, die bei einem Hochwasserereignis mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren natürlicherweise überschwemmt werden und nicht bereits als Überschwemmungsgebiet gemäß § 76 WHG festgesetzt sind,

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		soll der Erhalt und die Verbesserung des natürlichen Wasserrückhaltevermögens gefördert werden. Dazu soll die Errichtung von zu- und abflusshemmenden Strukturen vermieden bzw. bei der Gestaltung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden.“ Weiter wird die Begründung in der Rn. 138 wie folgt neu gefasst: „Potenzialflächen für die Gewässerretention befinden sich innerhalb der HQ100-Flächenkulisse gemäß der Hochwassergefahrenkarte der Hochwasserrisikomanagementplanung des Landesamtes für Umwelt Brandenburg, die in der Festlegungskarte nachrichtlich dargestellt ist. Die geeigneten Freiraumflächen sind im Einzelfall anhand der Realnutzung zu ermitteln. Eine zeichnerische Festlegung der "Potenzialflächen für die Gewässerretention" erfolgt nicht. Bei einer zeichnerischen Darstellung würden sich die Potenzialflächen für die Gewässerretention vollständig mit den Überschwemmungsflächen des HQ100 überlagern. Aufgrund der vorgegebenen Planzeichen gemäß der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne wäre bei Verwendung einer weiteren Schraffur für "Potenzialflächen für die Gewässerretention" eine Unterscheidung der Potenzialflächen für die Gewässerretention von den nachrichtlich dargestellten Überschwemmungsflächen des HQ100 in der Festlegungskarte nicht ausreichend gewährleistet. Zudem wird auf die Potenzialflächen für die Gewässerretention durch die Darstellung der HQ100-Flächenkulisse ausreichend hingewiesen.“
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.1 Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 1802	Seite 43, Ziff. 161, letzter Satz: ,,... die Errichtung von WEA in der Regel ausgeschlossen ist." Bitte umformulieren: ... die Errichtung von raumbedeutsamen WEA (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der folgende Text wird in der originalen Stellungnahme durchgestrichen dargestellt) in der Regel (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: An dieser Stelle endet der durchgestrichene Text) ausgeschlossen ist."	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 c) weiche Tabuzonen		
BE-ID: 1846	Seite 52, Tabelle 6: Die Tabellenbezeichnung „Gebiete, die ..." passt nicht zur Mindestgröße. Vorschlag: ,,Kriterien, aufgrund derer die Errichtung..."	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 c) aa) W 01		
BE-ID: 1803	Seite 57, Ziff. 227: Das Thema Repowering sollte hier im Hauptdokument des Regionalplans aufgrund seiner großen Bedeutung weiter ausgeführt werden, auch wenn das Thema im „Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten ", S. 66 ff., das Bestandteil der Begründung ist, abgehandelt wird.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 d) Ortsbezogene Abwägung		
BE-ID: 1804	Seite 62, Tab. 9, B 16: VR Landwirtschaft sind durch die RPG endabgewogen und sollten daher wie z.B. die VR Rohstoffgewinnung als ein weiches Tabu angewendet werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1805	Seite 63, Ziff. 263: Im Ergebnis der vertiefenden Prüfung im Umweltbericht können erhebliche Umweltauswirkungen für 6 Windeignungsgebiete (WEG) nicht ausgeschlossen werden. Eine Darlegung der Gründe für die Abwägungsentscheidung, diese WEG dennoch festzulegen, sollte auch im Hauptdokument erfolgen. Es ist aufgrund der in 3 Unterlagen verteilten Informationen und Abwägungserwägungen (Umweltbericht, Anhang C2, Ergänzende Unterlagen - Datenblätter zu den WEG) andernfalls nur sehr schwer nachvollziehbar. Zum WEG 23 Dreetzen gibt es eine FFH-Vorprüfung, die Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets nicht ausschließen kann. Gleichwohl wird auf eine FFH-Verträglichkeitsprüfung mit Verweis auf eine ggf. erforderliche Prüfung im Anlagengenehmigungsverfahren verzichtet. Wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass das WEG durch einen Konflikt mit dem FFH-Gebiet für die Windenergienutzung in relevanten Flächenanteilen nicht geeignet ist, kann das WEG nicht festgelegt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 e) aa) substanzielles Raumangebot		
BE-ID: 1806	Seite 64, Ziff. 264: Das OVG hat sich in seinem Urteil vom 23. Mai 2019 nicht eindeutig dazu geäußert, ob mit einem Anteil der Eignungsgebiete an der maßgeblichen Fläche nach Abzug der harten Tabuzonen von 3,35 % der Windenergienutzung substanziell Raum verschafft sei, sondern auf den dieser Rechnung aus Sicht des OVG zugrundeliegenden Fehlers in der Flächenkulisse hingewiesen. Daher sollte die Argumentation bzw.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	den Erwägungen, warum die RPG selber der Einschätzung ist, der Windenergienutzung substanziell Raum zur Verfügung zu stellen, mehr Gewicht eingeräumt werden als der Interpretation des o.g. Urteils.	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 e) bb) Änderungserwägungen		
BE-ID: 1807	Seite 65, Ziff. 267, letzter Satz: "Insgesamt werden aufgrund der Einhaltung des 5-km-Mindestabstands etwa 14.500 ha Fläche, die grundsätzlich für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet ist, nicht als Eignungsgebiet festgelegt." Diese Formulierung ist missverständlich, da für diese Fläche keine abschließende Prüfung stattgefunden hat, ob sie als WEG hätten festgelegt werden können.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 e) cc) Ergänzende Betrachtung		
BE-ID: 1808	Seite 66, Ziff. 272: Analog zum Rest des Textes sollte der Begriff „Windenergieanlagen" statt "Windkraftwerke" verwendet werden oder die Passagen aus dem Entwurf der ES 2040 als wörtliches Zitat gekennzeichnet werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 g) Anwendung der Festlegung		
BE-ID: 1809	Seite 68, Ziff. 279, Satz 3: "Dabei ist eine maßstabsgerechte Planunschärfe ... "sollte hier gestrichen werden und als allgemeiner Hinweis bei der Festlegungskarte erfolgen, da sich der - inhaltlich zutreffende - Hinweis auf alle räumliche Festlegungen bezieht.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 h) Ergänzende Unterlagen		
BE-ID: 1848	Seite 69, Ziff. 282: Das Planungskonzept WEN trägt noch die Bezeichnung „Entwurf 2020".	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 a) Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 1810	Seite 72, Ziff. 294: Die Richtlinie für Regionalpläne enthält Anwendungshinweise und benennt Kriterien. Vorgaben werden nur für die zeichnerische Darstellung gemacht (siehe Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019, Pkt. A, letzter Satz).	Der Anregung zur Klarstellung wird gefolgt und Ziff 294 wie folgt umformuliert: "Die Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019 (Amtsblatt Nr. 49 vom 11. Dezember 2019) [23] enthält Anwendungshinweise und benennt Kriterien für die Festlegung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung."
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 d) aa) Z 2.3.1 VR Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 1811	Seite 93, Ziff. 331: Das Ziel schützt nur die als VR gekennzeichnete Gebiete vor entgegenstehenden Nutzungen. Heranrückende Bebauung, die ggf. durch immissionsschutzrechtliche Schutzansprüche den Rohstoffabbau künftig be-/verhindern könnte, wird nicht durch das VR ausgeschlossen.	Dem Hinweis wird gefolgt und die Textpassage ", z.B. durch eine an den Rohstoffabbau heranrückende Wohnbebauung" gestrichen
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) bb) Abwägungen kommunale Planungen		
BE-ID: 1812	Seite 100, Ziff. 365: "Festlegungen für die Landwirtschaft müssen auch dort unterbleiben, wo sie mit Ausweisungen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen nicht vereinbar sind." Diese Aussage geht über die Rechtswirkung der Bauleitpläne bei der Aufstellung von Regionalplänen nach§ 13 Abs. 2 ROG hinaus, der Satz sollte daher gestrichen werden.	Der Satz wurde gestrichen. Der neue Absatz in der Begründung lautet wie folgt: "Kommunale Planungsabsichten – auch noch nicht abschließend konkretisierte Planungsvorhaben sowie Konzepte – werden berücksichtigt, wenn die geplanten Nutzungen nicht mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft vereinbar sind. Vorhaben der Bauleitplanung wurden anhand der Planungs- und Informationssysteme (PLIS) der Regionalen Planungsstelle und des Landes Brandenburg überprüft und bis zum 31.12.2024 (Stichtag) bei der Festlegung der Vorranggebiete berücksichtigt."
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ff) Solaranlagen		
BE-ID: 1813	Seite 104/105, Ziff. 386/387 und Seite 106/107, Ziff. 399: Der Vollzug der Ausnahmeregelungen entlang von Bundeautobahnen und Bundesfernstraßen in einem Flächenkorridor bis zu 200 m Breite sowie einer zusätzlichen Überschreitung des Geltungsbereiches der B-Pläne um zusätzlich 25 % des Flächenkorridors wird als außerordentlich kompliziert angesehen. Zudem ist zweifelhaft, ob diese Ausnahmeregelung von 25 % Raumrelevanz hat. Vorschlag: Streichung der zusätzlichen Ausnahme zur Überschreitung des Flächenkorridors um bis zu 25 %.	Der Vollzug der Festlegung wäre anhand von Flächenberechnungen möglich. Jedoch wird Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB ersatzlos gestrichen. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1814	Seite 105, Ziff. 386: Das VR Rohstoffe entfaltet keine "Ausschlusswirkung", bitte Formulierung ändern.	Der vorgebrachte Einwand kann nicht nachvollzogen werden. Zu der benannten Randnummer 386 auf Seite 105 des Ersten Regionalplanentwurfs werden Vorranggebiete Rohstoffgewinnung nicht thematisiert. Siehe zu S. 105 des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021, Rn. 386 auch BE ID 1813.
BE-ID: 1847	Seite 105, Ziff. 387: Bitte die nachfolgenden zwei Literaturhinweise aufnehmen: die Arbeitshilfe Bebauungsplanung (Kapitel B 1. 1·1.2 - Sondergebiete für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien), Handlungsempfehlung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Unterstützung kommunaler Entscheidungen für großflächige Photovoltaik Freiflächensolaranlagen - Link: https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/MLUK-Handlungsempfehlung-PV-FFA.pdf	Die Literaturhinweise werden im Planungskonzept (Unterkapitel „Berücksichtigung von Freiflächenanlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie“) in einer Fußnote platziert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 d) Anwendung der Festlegungen		
BE-ID: 1815	Seite 106, Ziff. 393: "... sind als Ziel der Raumordnung textlich beschrieben und in der Festlegungskarte zeichnerisch dargestellt." Diese festlegungskonkrete Verknüpfung zwischen Text und Karte erfolgt nur in dieser Festlegung. Es wird empfohlen, den Hinweis auf die zeichnerischen Festlegungen aller entsprechenden Festlegungen generell im Kapitel „Festlegungskarte" zu geben.	Der Anregung wird gefolgt. Eine entsprechende Aufzählung wird im Abschnitt "Festlegungskarte" vorgenommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 1761	Auf eigene Festlegungen zu einem Freiraumschutz durch eine regionale Konkretisierung des Freiraumverbundes des LEP HR verzichten Sie, was wir bedauern.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
BE-ID: 1816	Seite 108, Ziff. 404 - 409: Das Kapitel V kann entfallen, weil die RPG beschlossen hat, keine eigene Festlegung zum FRV bzw. kein VR FRV festzusetzen. In der Festlegungskarte der Regionalplans soll der FRV des LEP HR, der für sämtliche Festlegungen mitbetrachtet und beachtet wurde, als Hinweisfunktion dargestellt werden (s .a. unsere Hinweise zur Festlegungskarte). Zur Übertragung der Gebietskulisse des FRV des LEP HR auf den Maßstab des Regionalplanes wurde eine rein technische Methode ohne Abwägungsentscheidung der RPG erzeugt. Damit handelt es sich um eine Nachrichtliche Übernahme (NÜ) aus der Landesplanung. Diese kann dann im Kapitel VII mit aufgenommen werden.	Der Anregung wird gefolgt, der Freiraumverbund nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wird nachrichtlich übernommen. Die Darstellung in der Festlegungskarte des Regionalplans erfolgt in der gleichen Weise wie in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Der Abschnitt V des Regionalplans entfällt ersatzlos.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / VIII. Festlegungskarte		
BE-ID: 1765	Die gewählte Darstellung des Freiraumverbunds des LEP HR ist nach unserer Einschätzung für die beabsichtigte nachrichtliche Übernahme nicht geeignet und sollte überdacht werden.	Der Anregung wird gefolgt. Im Ergebnis der Prüfung, wird die Entscheidung getroffen, den Freiraumverbund nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise dazustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg erfolgt ist.
BE-ID: 1817	Seite 110, Ziff. 410: 11 Entsprechend § 2 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) [15] bestehen Regionalpläne aus textlichen und zeichnerischen Festlegungen." Hier ist zur Verknüpfung von textlichen und zeichnerischen Festlegungen zu ergänzen, zu welchen textlichen Festlegungen als Z und G auch zeichnerische Festlegungen erfolgen.	Der Anregung wird gefolgt. Eine entsprechende Ergänzung wird vorgenommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Festlegungskarte / Festlegungskarte (Kartenteil)		
BE-ID: 1819	II. Festlegungskarte: (L) Z 6.2 Freiraumverbund ist zur eindeutigen Identifikation des Rechtscharakters unter die Überschrift "Nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung" zu verschieben. Der Legendenblock "Sonstige Darstellungen" entfällt damit.	Der Anregung wird gefolgt. Siehe dazu BE ID 1816.
BE-ID: 1820	Die gewählte Darstellung des Freiraumverbundes (FRV) nach Z 6.2 des LEP HR erfüllt aus unserer Sicht nicht den im Text beschriebenen Zweck der NÜ. Die Darstellung entspricht der vorgegebenen Signatur der Richtlinie für Regionalpläne für ein VR FRV und kann damit fälschlicherweise den Eindruck vermitteln, es handele sich um eine eigene regionalplanerische Festlegung. Zur eindeutigen Lesbarkeit wird eine visuell klar von einem VR FRV nach Richtlinie unterscheidbare Signatur empfohlen.	Der Anregung wird gefolgt. Siehe auch BE ID 1816.
BE-ID: 1821	Anstatt die beabsichtigte Hinweisfunktion der Darstellung zu bewirken, wird durch die Flächenkulisse die Rechtslage für die Adressaten unklarer und kann in der Wahrnehmung der betroffenen Gemeinden sowie im Vollzug zu unnötigen Missverständnissen führen. Die Flächenkulisse weicht aufgrund der gewählten Methode fallweise von der mit dem LEP HR wirksam gewordenen Kulisse des FRV ab, was einer NÜ nicht entspricht. Zudem vermittelt die geschlossene Flächensignatur den Eindruck, es liege eine Kulisse ohne Randunschärfe vor. Auch hier wird der Informationszweck der FRV-Darstellung im IRP nicht erreicht, sondern scheinbare Widersprüche bei der konkreten Einzelfallprüfung verursacht. Im Ergebnis ist die in der Begründung ausgeführte Intention der Darstellungsweise, die flächenhafte Kulisse unterstütze die Anwendung der landesplanerischen Festlegung auf anderen Planungsebenen, aus o.g. Gründen stark in Zweifel zu ziehen.	Der Anregung wird gefolgt. Siehe auch BE ID 1816.
BE-ID: 1822	Analog zur Darstellung des Gestaltungsraums Siedlung mit maßstabsgerechter Anpassung der Signatur aus dem LEP HR wird empfohlen, dass auch die NÜ des FRV des LEP HR durch eine maßstabsgerechte Anpassung in Form einer offenen Schraffur in Anlehnung an die Signatur des LEP HR dargestellt wird, um scheinbare Widersprüche zwischen dem FRV im LEP HR und seiner Darstellung in Form einer NÜ sowie daraus resultierender Probleme im Vollzug zu vermeiden. Alternativ kann eine Flächenabgrenzung gewählt werden, die im Randbereich eine zeichnerische Unschärfe beinhaltet. In beiden Fällen ist zu prüfen, ob sich daraus Auswirkungen auf andere angrenzende flächenhafte Festlegungen ergeben.	Der Anregung wird gefolgt. Siehe auch BE ID 1816.
BE-ID: 1823	In dem Zusammenhang ist die grafische Hervorhebung der Ortslagen, die sich innerhalb des FRV LEP HR befinden, zu überdenken. Da nur die Siedlungsflächen im FRV, nicht aber alle Siedlungsflächen in der Region dadurch kenntlich gemacht werden, werden diese Gemeinden betont, ohne dass dafür ein Grund erkennbar ist. Eine Aufnahme in der Legende suggeriert zusätzlich einen Festlegungscharakter, der weder gewollt noch rechtlich zulässig wäre. Eine Verdeutlichung der Sachlage, wie sie laut Begründung angestrebt ist, kann hierdurch nicht erreicht werden, sondern bedarf einer Einzelfallprüfung.	Der Anregung wird gefolgt. Siehe auch BE ID 1816.
BE-ID: 1824	GL regt insbesondere zur Frage der Darstellung des FRV eine Abstimmung im Rahmen eines Erörterungsgesprächs an.	Das Angebot eines Erörterungsgesprächs wurde angenommen.
BE-ID: 1825	Es sollte folgende Ergänzung erfolgen: "In der Festlegungskarte sind zeichnerische Festlegungen zu folgenden Zielen und Grundsätzen enthalten: (...)".	Der Anregung wird sinngemäß gefolgt. Der Satz lautet: "Für die folgenden Grundsätze und Ziele werden in der Festlegungskarte zeichnerische Festlegungen getroffen: (...)"

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan		
BE-ID: 1763	Dennoch äußern wir zu folgenden Punkten Bedenken: Die Nachvollziehbarkeit der Abwägungsentscheidungen wird durch die „Auslagerung" entsprechender Informationen in umfangreiche gesonderte Dokumente, die nicht im Begründungstext enthalten sind, aber zum Bestandteil der Begründung gemacht werden, erschwert. Dies betrifft u.a. den Umgang mit kritischen Ergebnissen des Umweltberichts zu den Festlegungen einiger Windeignungsgebiete und den beiden GIV-Standorten.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen hängt nicht davon ab, in welchem Dokument die Entscheidungen dargestellt sind. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Aufteilung auf verschiedene Dokumente vereinfacht - anders als von der Stellungnehmerin angenommen - das Auffinden von Informationen. Insbesondere ermöglicht die nach Belangen gegliederte Darstellung in der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlungen und Abwägungsentscheidungen“ zu den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten einen einfachen, übersichtlichen und umfassenden Zugang zu Informationen über die Berücksichtigung der Belange des Arten- und Naturschutzes.
BE-ID: 1818	Planungskonzepte: Da alle Planungskonzepte zum Teil deutlich vor dem Regionalplan erarbeitet wurden und Bestandteil der Begründung sein sollen, ist nach Erarbeitung des neuen Entwurfs auf die Konsistenz zwischen den Planungskonzepten und dem Regionalplanentwurf zu achten. Auch vor diesem Hintergrund wird angeregt zu prüfen, ob von der gewählten Vorgehensweise, alle ergänzenden Unterlagen zu Bestandteilen der Begründung zu machen, nicht abgerückt werden sollte.	Der Hinweis wird bei der Erarbeitung des 2. Entwurfs des Regionalplans berücksichtigt. Die Planungskonzepte und in diesem Zusammenhang getroffene Entscheidungen werden in der Begründung ausführlich beschrieben. Zum vertiefenden Verständnis und zur Erläuterung der Festlegung werden zweckdienliche Unterlagen zur Verfügung gestellt, die nicht Bestandteil der Begründung sind.
Umweltbericht / 1.3 Geltungsbereich RegPl 3.0		
BE-ID: 1826	III. Umweltbericht: Kapitel 1.3 Geltungsbereich des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Seite 8: Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden textlich und zeichnerisch im Maßstab 1:100.000 „festgelegt" und nicht nur „abgebildet". Seite 8 und 9 enthalten Aussagen, die eher dem Kapitel 1.4 als 1.3 inhaltlich zuzuordnen sind.	Die vorgebrachten Hinweise werden berücksichtigt. Der Wortlaut wird wie folgt geändert:" Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden textlich und zeichnerisch im Maßstab 1:100.000 festgelegt.". Eine Überarbeitung der Abschnitte 1.3 und 1.4 wird entsprechend der Hinweise vorgenommen.
Umweltbericht / 4.2 Gewerbe und Industrie		
BE-ID: 1827	Kapitel 4 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen bei Durchführung des Plans. 4.2 GIV. Seite 62: Im Ergebnis können erhebliche Umwelteinwirkungen nicht ausgeschlossen werden. Da die GIV ein (Z) und damit endabgewogene Festlegungen sein müssen, besteht weiterer Aufklärungsbedarf für die Folgen der Festlegungen. Andernfalls kann die Festlegung dieser GIV nicht erfolgen.	Die vorgebrachten Bedenken werden berücksichtigt. Die Festlegungen zu den Gewerblich- Industriellen Vorsorgestandorten sind im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens geändert worden. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird im weiteren Verfahren abgesehen. Zur Begründung wird auf BE 2770 verwiesen. An der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird – in veränderter, verkleinerter Abgrenzung - festgehalten. Die Entscheidung, das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne zu verkleinern, erfolgt unter Berücksichtigung von Belangen des Artenschutzes sowie der Struktur und der Funktionen des Waldes. Zur Erklärung wird auf Abschnitt III der geänderten zweckdienlichen Unterlage Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen. Der Steckbrief zum GIV Paterdamm/Krahne des Anhang C1 des Umweltberichts sowie das von der Einwenderin benannte Kapitel im Umweltbericht wird überarbeitet.
Umweltbericht / 4.4 Windenergienutzung		
BE-ID: 1828	4.4 Windenergienutzung: Im Ergebnis der vertiefenden Prüfung im Umweltbericht können erhebliche Umweltauswirkungen für 6 WEG nicht ausgeschlossen werden, bei insgesamt 9 WEG sind Schutzbereiche der TAK berührt. Der Umgang mit diesen Ergebnissen ist anhand der Unterlagen nur schwer nachvollziehbar, siehe Hinweis zu Ziff. 263 des Plantextes.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / 5 Auswirkungen Natura 2000 / Artenschutz		
BE-ID: 1829	Kapitel 5: Natura-2000-Gebiete. Seite 87: Es wird auf erforderliche Flächenanpassungen aufgrund der Ergebnisse einer FFH-Vorprüfung für den FNP der Stadt Jüterbog verwiesen, um Beeinträchtigungen für die Natura-2000-Gebiete FFH „Forst Zinna/Keilberg" und SPA „Truppenübungsplätze Jüterbog-Ost und West" zu vermindern. Es ist nicht erkennbar, ob diese Flächenanpassung bei der Festlegung des GIV bereits erfolgt ist und ausreicht, um eine Vollprüfung zu vermeiden.	Die Anregungen beziehen sich auf den gewerblich-Industriellen Vorsorgestandort (GIV) "Jüterbog-Forst Zinna". Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens wird dieser Standort im 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht mehr als gewerblich-industrieller Vorsorgestandort festgelegt.
Anhänge zum Umweltbericht / B2) WEG 23 VSG Altengrabower Heide (BB)		
BE-ID: 1830	Anhang B 2 (88) Natura-2000: Prüfung WEG 23 Dretzen: Aufgrund der durchgeführten FFH-Vorprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele nicht ausgeschlossen werden. Dennoch erfolgt die Einschätzung, dass eine Vollprüfung jetzt nicht erfolgen soll. Dies widerspricht den Hinweisen in der Vorprüfung auf Seite 1: "Sofern die NATURA-2000 -Vorprüfung zu dem Ergebnis kommt, dass erhebliche Beeinträchtigungen des NATURA-2000-Gebietes nicht ausgeschlossen werden können, ist eine NATURA-2000-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen. In diesem Fall müsste vertieft geprüft werden, ob die Umsetzung der Darstellung des „WEG 23 Dretzen" das betroffene NATURA-2000- Gebiet im Zusammenwirken mit anderen Plänen und Projekten (erheblich) beeinträchtigen könnte." Hier besteht Abstimmungsbedarf der RPG mit dem MLUK. Kann nicht ausgeschlossen werden, dass das WEG durch einen Konflikt mit dem NATURA-2000-Gebiet für die WEN nicht geeignet ist, kann das WEG nicht festgelegt werden.	Die Einwendung betrifft Ausführungen im Umweltbericht bezogen auf Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Anhänge zum Umweltbericht / C1) GIV		
BE-ID: 1831	Anhang C 1 - Prüfsteckbriefe GIV: Seite 18: Die zusammenfassende Einschätzung verweist auf eine kleinräumige Betroffenheit des FRV des LEP HR, der unter Pkt. 2.07 derselben Tabelle als räumlich nicht betroffen bezeichnet wird. Dieser Widerspruch muss aufgeklärt werden.	Die Anregung betrifft die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ von der im weiteren Verfahren abgesehen wird.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Anhänge zum Umweltbericht / C2) WEG		
BE-ID: 1832	Anhang C 2 Prüfsteckbriefe WEG: Pkt. 2.06: Auch für NSG muss ausgeschlossen werden, ob negative Umweltauswirkungen auf die Arten des Schutzgebietes erfolgen können.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 171 / Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 562	Weiterhin weise ich darauf hin, dass alle mit Schreiben (Unterrichtung über den Aufstellungsbeschluss) vom 11.02.2020 (4122-5.01 .80/1551 HVL-F-RPL/19) mitgeteilten Hinweise und Informationen zu beachten sind. Insoweit bestehen aus ziviler luftrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 05. Oktober 2021).	Die Zustimmung zum Regionalplan 3.0 wird zur Kenntnis genommen. Die mitgeteilten Hinweise und Informationen wurden beachtet.
BE-ID: 566	2. Sollten die im Kartenmaterial dargestellten Gebietszuweisungen des Regionalplanes Havelland- Fläming 3.0 geändert werden, sind die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Im Zuge des 2. Entwurfs des Regionalplans 3.0 werden die Träger öffentlicher Belange erneut beteiligt.
BE-ID: 1733	4. Die Beteiligung im o. g. Planverfahren gilt nicht als ggf. erforderliche luftrechtliche Zustimmung / Genehmigung im (Bau-)Genehmigungsverfahren.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Siedlung		
BE-ID: 561	Im Weiteren möchte ich Ihnen mitteilen, dass in Bezug auf die Festlegungen für Vorbehaltsgebiete Siedlung und großflächige gewerbliche- industrielle Vorsorgestandorte ggf. gesonderte Überprüfungen in der Aufstellung von Flächennutzungsplänen, Bebauungsplänen und zum Erlass von Baugenehmigungen erforderlich sein können.	Der Hinweis bezieht sich auf nachgelagerte Verfahren und wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 552	Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen zu dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 05. Oktober 2021), wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen: 1. Die Planungsregion befindet sich im Zuständigkeitsbereich der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. 2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftrechtlicher Sicht durch den Entwurf des Regionalplans Havelland- Fläming 3.0 berührt, da der Regionalplan mehrere Eignungsgebiete für die Windenergienutzung ausweist und Windkraftanlagen im Sinne des§§ 14 ff LuftVG Luftfahrthindernisse darstellen. 3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) könnte gegebenenfalls entgegen stehen, wenn auf Grundlage des Bestandes der hier vorliegenden Planung einzelne Anlagen der Windenergienutzung errichtet werden sollen. 4. Es bestehen aus ziviler luftrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (Stand: 05. Oktober 2021).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 563	1. Die im Rahmen dieses Regionalplanverfahrens dargestellten Eignungsgebiete erfüllen die aktuell gültigen Maßgaben der „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb" (Nfl 1 - 92/13) zur Einhaltung der Mindestabstände von Luftfahrthindernissen zur Platzrunde. In Anbetracht sich stetig weiterentwickelnder Ausmaße von Windkraftanlagen sieht die Luftfahrtbehörde wachsendes Konfliktpotential hinsichtlich des Mindestabstandes künftiger Standorte von Windkraftanlagen zur Platzrundenführung, jedenfalls wenn Gesamthöhen von 200 m über Grund oder mehr erreicht werden. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir im Sinne der Erhöhung der Flugsicherheit, bei der Ausweisung künftiger Windeignungsgebiete größere Mindestabstände in Ihrer Planung zu berücksichtigen. Nach Auffassung der Luftfahrtbehörde würde eine Erhöhung der lt. NfL 1-92/13 definierten Mindestabstände um weitere 400 m zu allen Bereichen der Platzrunde einer Verbesserung der Sicherheit des Flugbetriebes zu Gute kommen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 555	Das Eignungsgebiet 15 (Welsickendorf) liegt ca. 3,45 km südwestlich des FBP des SLP Reinsdorf. Weiterhin liegt das Eignungsgebiet 34 (Werbig Niederer Fläming) ca. 3,77 km nordwestlich des FBP des SLP Reinsdorf und das Eignungsgebiet 32 (Hohenseefeld) liegt ca. 8,24 km südöstlich des FBP des SLP Reinsdorf. Für den SLP Reinsdorf wurde kein Bauschutzbereich im Sinne der§§ 12, 17 LuftVG festgesetzt. Zur Beurteilung von Hindernisfreiflächen sind die „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb" (Nfl 1 -92/13) maßgebend. Danach sollten keine Bauwerke oder sonstigen Erhebungen in die äußere Hindernisbegrenzungsfläche hineinragen, die nach den örtlichen Verhältnissen die sichere Durchführung des Flugbetriebs gefährden können. Die äußere Hindernisbegrenzungsfläche besteht aus der Horizontalfläche und der oberen Übergangsfläche. Die Horizontalfläche umgibt die innere Hindernisbegrenzungsfläche in 45 m Höhe über dem (Flugplatzbezugspunkt) FBP mit einem Radius von 2,5 km. Die obere Übergangsfläche schließt mit der Neigung 1:25 an die Horizontalfläche an und steigt bis auf eine Höhe von 100 m, bezogen auf den FBP. Der SLP Reinsdorf verfügt über den Bezugscode 28 (Radienhorizontalfläche 2500 m). Diese sind durch das Vorhaben nicht betroffen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 559	Die Anderen, im Kartenmaterial ausgewiesenen, Windeignungsgebiete befinden sich außerhalb von Bauschutzbereichen ziviler Flugplätze (Verkehrslandeplätze, Sonderlandeplätze, Hubschraubersonderlandeplätze). Durch die Festsetzung der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung kann es dazu kommen, dass Modellfluggelände in ihrem genehmigten Umfang beeinträchtigt werden. Hiervon betroffen wären die Modellfluggelände Christinendorf, Schünow, Borkheide und Sputendorf. Ob und inwieweit die Nutzung der Modellfluggelände beeinträchtigt bzw. ausgeschlossen wird, kann erst in den konkreten Genehmigungsverfahren für die Windkraftanlagen beurteilt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 560	In der Planregion befinden sich zivile Flugnavigationsanlagen Berlin Brandenburg Int. VORDME und Klasdorf (KLF) DVORDME. Im Schutzbereich dieser Anlagen befinden sich einige Eignungsgebiete (44 Teltow-Großbeeren-Stahnsdorf, 03 Groß Ziescht, 29 Christinendorf, 31 Petkus-Wahlsdorf und 36 Thyrow-Kerzendorf). Gemäß § 18a LuftVG entscheidet das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) auf der Grundlage einer gutachterlichen Stellungnahme der Flugsicherungsorganisation, ob durch die Errichtung der Bauwerke (WKA) Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Entscheidet das BAF im	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	offiziellen Verfahren, dass die Errichtung des Bauwerks Flugsicherungseinrichtungen stören kann, so bewirkt diese Entscheidung unmittelbar ein gesetzliches Errichtungsverbot.	eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 04 Jüterbog-Altes Lager		
BE-ID: 553	Das Eignungsgebiet 4 (Altes Lager) liegt ca. 5, 13 km westlich des Flugplatzbezugspunktes (FBP) des Sonderlandeplatzes (SLP) Altes Lager. Das Eignungsgebiet 28 (Feldheim Malterhausen) liegt ca. 5,21 km westlich des SLP Altes Lager. Für den SLP Altes Lager wurde kein Bauschutzbereich im Sinne der §§ 12, 17 LuftVG festgesetzt. Unbeschadet dessen sind die „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb" (Nfl 1 -92/13) maßgebend. Danach sollten keine Bauwerke oder sonstigen Erhebungen in die äußere Hindernisbegrenzungsfläche hineinragen, die nach den örtlichen Verhältnissen die sichere Durchführung des Flugbetriebs gefährden können. Die äußere Hindernisbegrenzungsfläche besteht aus der Horizontalfläche und der oberen Übergangsfläche. Die Horizontalfläche umgibt die innere Hindernisbegrenzungsfläche in 45 m Höhe über dem (Flugplatzbezugspunkt) FBP mit einem Radius von 2,0 km. Die obere Übergangsfläche schließt mit der Neigung 1:20 an die Horizontalfläche an und steigt bis auf eine Höhe von 100 m, bezogen auf den FBP. Der SLP Altes Lager verfügt über den Bezugscode 1A (Radienhorizontalfläche 2000 m). Diese sind durch das Vorhaben nicht betroffen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 14 Forst Zinna		
BE-ID: 554	Das Eignungsgebiet 14 (Forst Zinna) liegt ca. 6,86 km südwestlich des Aufsetzpunktes des Hubschraubersonderlandeplatzes (HSLP) Luckenwalde. Für den HSLP wurde kein Bauschutzbereich im Sinne der §§ 12, 17 LuftVG festgesetzt. Zur Beurteilung von Luftfahrthindernissen an Hubschrauberlandeplätzen gelten die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Genehmigung der Anlage und des Betriebes von Hubschrauberflugplätzen vom 19. Dezember 2005(Nfl 1 36/06). Der Geltungsbereich des Planvorhabens liegt außerhalb von Hindernisfreiflächen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 29 Christinendorf		
BE-ID: 556	Das Eignungsgebiet 29 (Christinendorf) liegt ca. 7,69 km östlich des FBP des Verkehrslandeplatzes (VLP) Schönhagen. Für den VLP Schönhagen wurde ein Bauschutzbereich im Sinne des § 17 LuftVG (neue Fassung) in der Form und den Abmessungen (4,00 km Radius) des 14. Gesetzes zur Änderung des LuftVG vom 08. Mai 2012 festgesetzt. Das Vorhaben liegt somit außerhalb des Bauschutzbereiches. Weiterhin gelten zur Beurteilung von Luftfahrthindernissen die Richtlinien über die Hindernisfreiheit für Start- und Landebahnen mit Instrumentenflugbetrieb (Stand 02. November 2001). Diese werden durch das Vorhaben nicht berührt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 33 Deutsch Bork-Schlalach		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 557	Das Eignungsgebiet 33 (Deutsch Bork- Schlalach) liegt ca. 8,22 km südöstlich des FBP des SLP Locktow. Der SLP Locktow verfügt über keinen Bauschutzbereich im Sinne der §§12, 17 LuftVG. Es gelten für Hindenisfreiheiten am SLP Locktow die „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb " (Nfl 1-92/13). Danach sollten keine Bauwerke oder sonstigen Erhebungen in die äußere Hindernisbegrenzungsfläche hineinragen, die nach den örtlichen Verhältnissen die sichere Durchführung des Flugbetriebs gefährden können. Die äußere Hindernisbegrenzungsfläche besteht aus der Horizontalfläche und der oberen Übergangsfläche. Die Horizontalfläche umgibt die innere Hindernisbegrenzungsfläche in 45 m Höhe über dem (Flugplatzbezugspunkt) FBP mit einem Radius von 2,0 km. Die obere Übergangsfläche schließt mit der Neigung 1:20 an die Horizontalfläche an und steigt bis auf eine Höhe von 100 m, bezogen auf den FBP. Der SLP Locktow verfügt über den Bezugscode 1A (Radienhorizontalfläche 2000 m). Diese sind durch das Vorhaben nicht betroffen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 37 Nauen		
BE-ID: 558	Das Eignungsgebiet 37 (Nauen) liegt ca. 7,72 km südöstlich des FBP des SLP Bienenfarm und 4,28 km südwestlich des Aufsetzpunktes des HSLP Nauen. Für den HSLP Nauen und den SLP Bienenfarm wurden keine Bauschutzbereiche im Sinne der §§ 12, 17 Luft VG festgesetzt. Es gelten für Hindernisfreiheiten am SLP Bienenfarm gelten die „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb" (Nfl 1-92/13). Danach sollten keine Bauwerke oder sonstigen Erhebungen in die äußere Hindernisbegrenzungsfläche hineinragen, die nach den örtlichen Verhältnissen die sichere Durchführung des Flugbetriebs gefährden können. Die äußere Hindernisbegrenzungsfläche besteht aus der Horizontalfläche und der oberen Übergangsfläche. Die Horizontalfläche umgibt die innere Hindernisbegrenzungsfläche in 45 m Höhe über dem (Flugplatzbezugspunkt) FBP mit einem Radius von 2,0 km. Die obere Übergangsfläche schließt mit der Neigung 1:20 an die Horizontalfläche an und steigt bis auf eine Höhe von 100 m, bezogen auf den FBP. Der SLP Bienenfarm verfügt über den Bezugscode 1B (Radienhorizontalfläche 2000 m). Die Hindernisfreiheiten am HSLP Nauen richten sich nach den die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Genehmigung der Anlage und des Betriebes von Hubschrauberftugplätzen vom 19. Dezember 2005 (Nfl 136/06). Der Geltungsbereich des Planvorhabens liegt außerhalb von Hindernisfreiflächen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1732	3. Für die Errichtung von Windkraftanlagen, die eine Höhe von 100 m und mehr über Grund überschreiten, ist die luftrechtliche Zustimmung gemäß§ 14 Abs. 1 LuftVG in jedem Falle zwingend erforderlich. Der zuständigen Luftfahrtbehörde sind die Planunterlagen im Rahmen der Genehmigungsverfahren für alle Windkraftanlagen vorzulegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 172 / Landesbetrieb Forst Brandenburg		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1209	Seitens der unteren Forstbehörde des Landes Brandenburg als Träger öffentlicher Belange ist festzustellen, dass der Entwurf des Regionalplanes überarbeitungsnotwendig ist. Er widerspricht durch die Planung sehr großflächiger Rodungs- und Umwandlungsmöglichkeiten bestehender Wälder (2943,1 Hektar, ohne Windkraft), bei gleichzeitiger Verhinderung notwendiger Aufforstungen klimaresilienter Mischwälder, gesetzlich normierten Zielen sowie landespolitischen Zielsetzungen. Der Entwurf in dieser Form ermöglicht sehr große Waldverluste statt Walderhalt und Waldmehrung: In Summe umfassen die Planungen die mögliche Inanspruchnahme von (2943,1 Hektar Waldfläche). Hinzu kommen Waldumwandlungen für Windenergieanlagen, die hier nicht mitgerechnet sind. Zur Verdeutlichung der Flächengröße, auf der Wald gemäß der Planung umgewandelt werden könnte, bemühe ich Fußball-Felder, weil viele Menschen damit eine konkrete Flächenvorstellung verknüpfen können: 4120 Fußball-Felder.	Die Darlegungen sind nachvollziehbar, führen jedoch zu keinen grundsätzlichen Änderungen im Regionalplanentwurf. Im Rahmen der einzelfallbezogenen Beurteilung trifft die Regionale Planungsgemeinschaft je nach Betroffenheit Entscheidungen, die in der Abwägung von Raumansprüchen gemäß der jeweiligen Planungskonzepte auf Flächen orientieren, die bei ihrer Inanspruchnahme Umweltauswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Umgekehrt lassen sich aber andere Nutzungen nicht ausschließlich auf nicht bewaldeten Flächen, dann mit Konflikten zu oftmals intensiver landwirtschaftlicher Nutzung, realisieren. Die Planungskonzepte des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zielen zum Schutze bedeutsamer Waldflächen bereits darauf, regional abbildbare Waldgebiete gemäß Waldfunktionenkartierung (nach LFB sog. „nicht kompensierbare Waldfunktionen“) nicht zu beanspruchen. Über den Umgang mit schutzwürdigen Waldfunktionsflächen kleinräumiger Ausprägung und Waldfunktionsflächen, die ursächlich mit den regionalplanerischen Nutzungsfestlegungen in Zusammenhang stehen, kann dagegen in nachgeordneten Verfahren entschieden werden. Bei allen anderen Kiefernnutzwaldgebieten kann davon ausgegangen werden, dass sie nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums vollumfänglich, sondern einem, in den nachgeordneten Verfahren festgelegten Nutzung in zeitlichen Stufen unterliegen. Mit Verlagerung der Nutzung, z.B. bei der Rohstoffgewinnung, kann zudem auf abgeschlossenen Gewinnungsflächen bereits mit einer Wiederaufforstung des bisherigen Kiefernnutzwaldes (z. B. als höherwertiger Wald) begonnen werden. Darüber hinaus erhebt die Rechtsqualität von Vorbehaltsgebietsfestlegungen keinen Anspruch auf die regionalplanerisch präferierete Nutzung in einem definierten Maß, sondern nur auf ein besonderes Gewicht in der Abwägung mit – durch das, auf geringe Nutzungskonflikte orientierte Planungskonzept bereits eingeschränkt vorhandenen – konkurrierenden Raumansprüchen. In den vom LFB vorgebrachten konkreten Flächenbezügen erfolgt die Behandlung und Abwägung plankapitelbezogen separat.
BE-ID: 1211	Insgesamt widerspricht die geplante Größenordnung der potentiellen Waldinanspruchnahme dem Bundeswaldgesetz (BWaldG} sowie dem Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) in diesen Regelungsinhalten: - Walderhalt, erforderliche Waldmehrung (§ 1 BWaldG, § 1 LWaldG), - Sicherung der Belange des Waldes bei Vorhaben (§ 6 LWaldG): Die Planungsgemeinschaft hat bei Planungen, die eine Inanspruchnahme von Waldflächen vorsehen oder in ihren Auswirkungen Waldflächen betreffen können, die Bedeutung des Waldes angemessen zu berücksichtigen; sie sollen Wald nur in Anspruch nehmen, soweit	Die Darlegungen sind nachvollziehbar, führen jedoch zu keinen grundsätzlichen Änderungen im Regionalplanentwurf. Im Rahmen der einzelfallbezogenen Beurteilung trifft die Regionale Planungsgemeinschaft je nach Betroffenheit Entscheidungen, die in der Abwägung von Raumansprüchen gemäß der jeweiligen Planungskonzepte auf Flächen orientieren, die bei ihrer

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	dies mit den in § 1 normierten Zwecken vereinbar ist. Diese Vereinbarkeit der Planung mit den Zielen des § 1 der Waldgesetze des Bundes und des Landes ist nicht gegeben, da sie die Bedeutung des Waldes nicht ausreichend berücksichtigt. Allein die Größenordnung der geplanten möglichen Waldinanspruchnahmen verdeutlicht, dass die gesetzliche Forderung für Planungsträger, "... sie sollen Wald nur in Anspruch nehmen, soweit dies mit den in § 1 normierten Zwecken vereinbar ist" nicht erfüllt wird. - Waldinanspruchnahmen sind Eingriffe nach Naturschutzrecht, die zu vermeiden sind. Eingriffe in den Wald sind durch Ersatzaufforstungen zu kompensieren, um dem Leitziel der Waldgesetze, den Wald zu erhalten und erforderlichenfalls zu mehren, gerecht zu werden. Wenn Eingriffe in den Wald vorgenommen werden, dann müssen regelmäßig Ackerflächen an anderer Stelle aufgeforstet werden, da wenig Unland zur Verfügung steht und Erstaufforstungsgenehmigungen auf Grünland forstbehördlich schwer umsetzbar sind. Es kommt in der Praxis dadurch zur Inanspruchnahme von Wald- und anschließend von Landwirtschaftsfläche. Es finden also an zwei Orten Veränderungen statt, die es bei der Nutzung von Flächen außerhalb des Waldes nicht gäbe. Dies kann raumplanerisch verhindert werden.	Inanspruchnahme Umweltauswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Umgekehrt lassen sich aber andere Nutzungen nicht ausschließlich auf nicht bewaldeten Flächen, dann mit Konflikten zu oftmals intensiver landwirtschaftlicher Nutzung, realisieren. Die Planungskonzepte des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zielen zum Schutze bedeutsamer Waldflächen bereits darauf, regional abbildbare Waldgebiete gemäß Waldfunktionenkartierung (nach LFB sog. „nicht kompensierbare Waldfunktionen“) nicht zu beanspruchen. Über den Umgang mit schutzwürdigen Waldfunktionsflächen kleinräumiger Ausprägung und Waldfunktionsflächen, die ursächlich mit den regionalplanerischen Nutzungsfestlegungen in Zusammenhang stehen, kann dagegen in nachgeordneten Verfahren entschieden werden. Bei allen anderen Kiefernnutzwaldgebieten kann davon ausgegangen werden, dass sie nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums vollumfänglich, sondern einem, in den nachgeordneten Verfahren festgelegten Nutzung in zeitlichen Stufen unterliegen. Mit Verlagerung der Nutzung, z.B. bei der Rohstoffgewinnung, kann zudem auf abgeschlossenen Gewinnungsflächen bereits mit einer Wiederaufforstung des bisherigen Kiefernnutzwaldes (z.B. als höherwertiger Wald) begonnen werden. Darüber hinaus erhebt die Rechtsqualität von Vorbehaltsgebietsfestlegungen keinen Anspruch auf die regionalplanerisch präferierete Nutzung in einem definierten Maß, sondern nur auf ein besonderes Gewicht in der Abwägung mit – durch das, auf geringe Nutzungskonflikte orientierte Planungskonzept bereits eingeschränkt vorhandenen – konkurrierenden Raumansprüchen. In den vom LFB vorgebrachten konkreten Flächenbezügen erfolgt die Behandlung und Abwägung plankapitelbezogen separat.
BE-ID: 1344	Notwendige Waldmehrung aufgrund der wirtschaftlichen und klimatischen Bedeutung des Waldes: Es ist bedauerlich, dass die Bedeutsamkeit der Forstwirtschaft in Brandenburg und in der Region nicht dargestellt wird. Das Cluster Forst/Holz gehört mit der verbundenen Industrie zu den erfolgreichsten Wirtschaftsbereichen in Brandenburg. Es wird im Regionalplan lediglich der Umweltwert dargestellt und dieser wird bei nicht behördlich kartierten Waldfunktionen gering bewertet.	Der Sachverhalt ist nachvollziehbar, führt jedoch zu keiner Änderungen im Regionalplan. Für eine Festlegung zur Bedeutsamkeit der Forstwirtschaft gibt es gemäß Richtlinie über die Regionalpläne im Land Brandenburg keinen höherstufigen Arbeitsauftrag des Landes (z.B. gemäß LEP HR). Sie gehört somit nicht zur Pflichtaufgabe der Regionalplanung.
BE-ID: 1347	Waldwirtschaft/Forstwirtschaft ist, wie der Name sagt, ungeachtet der Umweltbedeutung, wirtschaftlich ausgerichtet. „In Berlin-Brandenburg steht das Cluster mit etwa 23.000 Beschäftigten an achter Stelle der Branchen. Von den rund 6.000 Unternehmen sind die meisten mittelständisch geprägt. Insbesondere für die Verarbeitung von Rohholz sind in den 90er Jahren mehrere große Verarbeitungsbetriebe entstanden, die vorwiegend das heimische Kiefern- oder Buchenholz verarbeiten ... " (Landesbeirat Holz; Berlin/Brandenburg). Jedes 5. Haus in Deutschland wird mittlerweile als Holzhaus errichtet, Holz als nachhaltiger Baustoff bindet C02 und substituiert die energieaufwendige Herstellung von Stahl und Zement. Kommunen in Brandenburg setzten	Der Sachverhalt ist nachvollziehbar, führt jedoch zu keiner Änderungen im Regionalplan. Festlegungen zur Bedeutsamkeit der Forstwirtschaft gehören gemäß Richtlinie über die Regionalpläne im Land Brandenburg nicht zur Pflichtaufgabe der Regionalplanung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vermehrt Biomasse für Heizkraftwerke ein. Daneben benötigen andere Industrien immer mehr Holz für Verpackungen aus Papier und Pappe, um Plastik zu ersetzen. Holzfasern sind Textilrohstoff und in der chemischen Industrie werden aus Rohholz unterschiedlichste innovative Produkte hergestellt. Der Bedarf nach Rohholz ist sehr stark und kann schon derzeit nicht aus den brandenburgischen Wäldern gedeckt werden. Das heißt Rohholz ist und wird zunehmend nachgefragt und ist jetzt und zukünftig verstärkt „Mangelware“. Neben dem Walderhalt ist auch die begründete, notwendige Waldmehrung in der Planungsregion zur Sicherung der nachhaltigen Rohholzproduktion und der Klimaziele, auch aufgrund der dargestellten wirtschaftlichen Bedeutung im Regionalplan als Ziel zu formulieren und mit geeigneten Maßnahmen zur Zielerreichung zu untersetzen.	
BE-ID: 1406	Die Waldbetroffenheit im Bereich der Oberförsterei Lehnin stellt sich wie folgt dar: Tabelle mit betroffenen Waldfunktionen und -flächen thematisch zu den einzelnen Festlegungen ohne Wertung.	Die dargelegte Betroffenheit ohne Wertung wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1417	Bereich Oberförsterei Wünsdorf: Beim vorliegenden Entwurf zum Regionalplan Havelland-Fläming sind mit der Ausweisung von Windeignungsgebieten, sowie Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung, forstrechtliche Belange im Zuständigkeitsbereich der Oberförsterei Wünsdorf direkt betroffen. Waldflächen i.S. des § 2 LWaldG werden überplant. Aus forstfachlicher Sicht stehen der vorliegenden Planung keine grundsätzlichen Bedenken entgegen.	Die dargelegte Betroffenheit ohne grundsätzliche Bedenken wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1278	Seitens der unteren Forstbehörde werden in vielen Fällen Möglichkeiten gesehen, die neuen Flächeninanspruchnahmen im Wald und auch außerhalb auf ein geringeres Maß zu begrenzen und stärker bereits versiegelte, derzeit ungenutzte und/oder sanierungsbedürftige Standorte (Flächenrecycling) und bestehende, ungenutzte Baulücken als Standorte zu nutzen. Diese möglichen Alternativen sind für die Planungsträger zweifellos schwieriger zu planen als die neue Beanspruchung bislang freier grüner Wald- oder Landwirtschaftsflächen; jedoch kann nur so die Zielsetzung eines geringeren Flächenverbrauchs erreicht werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er ist nachvollziehbar. Ihm ist bereits im Grundsatz 5.1 des LEP HR (Innenentwicklung und Funktionsmischung) entsprochen: "Die Siedlungsentwicklung soll unter Nutzung von Nachverdichtungspotenzialen innerhalb vorhandener Siedlungsgebiete sowie unter Inanspruchnahme vorhandener Infrastruktur auf die Innenentwicklung konzentriert werden." Die detaillierten Anregungen und Bedenken des LFB zu konkreten Flächen werden, wie in den entsprechenden BE beschrieben, geprüft.
BE-ID: 1376	Im Amtsbereich der Stadt Beelitz sind Waldflächen in großem Umfang mit unterschiedlichen Nutzungsartenänderungen überplant worden. Hier erfolgte vermutlich gemäß den Ausführungen auf Seite 22 Absatz 55 des Regionalplanentwurfs eine Übernahme der im Entwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt Beelitz (Stand Februar 2019) überplanten Waldbereiche. Die untere Forstbehörde hatte in ihrer Stellungnahme vom 20.06.2019 den Entwurf zum Flächennutzungsplan der Stadt Beelitz abgelehnt und dieses umfangreich begründet. In dem Entwurf des Flächennutzungsplans der Stadt Beelitz wurden im Gegensatz zu übrigen Nutzungsarten in erheblichem Umfang Waldflächen überplant, mit dem Ziel diese in andere Nutzungsarten, hier insbesondere Wohnbauflächen, zu entwickeln. So wird auf S. 117 der Begründung zum FNP ausgeführt, dass die vorläufig geschätzte potentielle Neuversieglungsfläche ca. 102,37 ha beträgt. Der anteilige Flächenverlust von Waldgebieten wird hierbei auf 86,74 ha beziffert. Bereits daraus ist erkennbar, dass der Entwurf des FNP unausgewogen und insbesondere auf die Inanspruchnahme größerer gewachsener Waldflächen abzielt, ohne bereits vorhandenes bisher ungenutztes Wohnbauland (z.B. Ortsteil Fichtenwalde) zu berücksichtigen. Eine Alternativprüfung unter Berücksichtigung von Landwirtschaftsflächen und die Einbeziehung von flächig gegebenen Industriebrachen und Lückenbebauungsarealen der Stadt Beelitz und ihrer Ortsteile zur Herstellung der Planausgewogenheit findet	Den Anregungen und Bedenken wird gefolgt. Die Stadt Beelitz beabsichtigt mit dem Fördermittelbescheid des Landes Brandenburg vom 21.12.2022, einen neuen FNP aufzustellen. Inwieweit dieser in Bereichen geschützter Waldfunktionen Siedlungsflächen in Einzelfällen mit dem LFB abstimmt, soll durch die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nicht vorbestimmt werden. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Darstellung der Vorbehaltsgebiete Siedlung wird im Stadtgebiet Beelitz um bisher unbebaute Flächen nicht kompensierbarer Waldfunktionen reduziert.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	sich gleichfalls nicht. Eine Übernahme, insbesondere der Siedlungsentwicklungsziele aus dem Entwurfsstadium eines Flächennutzungsplanes der Stadt Beelitz mit den darin großflächig und einseitig überplanten Waldflächen, ohne abgeschlossenen Behördendiskurs nun in die vorliegende Regionalplanung Havelland-Fläming 3.0 ist sinnergebend bereits aus den genannten Abwägungs- und Planmängeln des FNP waldrechtlich nach wie vor nicht zustimmungsfähig und wäre im Hinblick auf die Belastbarkeit dieses Planverfahrens bedenklich.	
BE-ID: 1377	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Heilstätten (Mehrere Kartenabbildungen in der Stellungnahme S. 11 Beelitz-Heilstätten Quadrant C) - Ausgangslage: Das Areal der Beelitzer Heilstätten teilt sich kleeblattartig in 4 Quadranten entlang der Bahnlinie Dessau-Berlin sowie der L88 von Beelitz nach Fichtenwalde. Der seit 27.01.2021 rechtskräftigen Bebauungsplan (B-Plan) "Wohnquartier Beelitz-Heilstätten Teilbereich 1" (BP1) der Stadt Beelitz überplant weite Teile des südöstlichen Quadranten und wird nordöstlich durch das Anschlussgleis der Bundeswehr vom geplanten B-Plan-Teil2 (BP2) getrennt. Der BP2 war ursprünglich Teil der Ausgangsplanung 2017 und wurde 2019 als gesonderter B-Plan ausgewiesen, führte hierdurch also zur Umfangsreduzierung auf die aktuelle Vorhabenfläche des BP1, ohne derzeit selbst bereits ein weiteres Beteiligungsverfahren zu durchlaufen (Übersicht (skizzierter Eintrag, rot gestrichelt) zur Lage des gesamten Planraumes (BP1 +BP2) mit Bahnlinienverlauf (dunkelgraue Linie) im Plangebiet). Die Waldflächeninanspruchnahme beträgt für den in Kraft getretenen BP1 18 ha und für den zusätzlich weiter beabsichtigten BP2 27 ha.	Die dargelegte Ausgangslage wird zur Kenntnis genommen und findet Berücksichtigung in der Abwägung zu den BE 1380-1382.
BE-ID: 1378	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Heilstätten (Mehrere Kartenabbildungen in der Stellungnahme S. 11 Beelitz-Heilstätten Quadrant C) - Ausgangslage: Die überplanten Waldungen im BP1 (Wohnquartier Beelitz-Heilstätten Teilbereich 1) sind überwiegend aus der teils über 180-jährigen Altbaumstruktur des Heilstättenparks entstanden, also mit der Möglichkeit autochthonen Ursprungs und durch Laubholz-Sukzession der letzten 70 Jahre in weiten Teilen durchmischt. Hierdurch bilden sie hinsichtlich Alter, Bauartenzusammensetzung, Schichtung und Größe bereits für sich genommen, aber insbesondere im Zusammenhang mit derartigen Flächen der übrigen drei Quadranten einen hier und überregional seltenen, hochwertigen Wald mit zusätzlichen Waldfunktionen: • Lärmschutzwald (WF3300),• Wald mit hoher ökologischer Bedeutung (WF7710),• Erholungswald der Stufe 1 (WF8101),• Wald im Bau- und Gartendenkmal (WF7820),• Wald im Wasserschutzgebiet (WF1203) um das Wasserwerkes Beelitz-Heilstätten festgesetztes Wasserschutzgebiet).	Die dargelegte Ausgangslage wird zur Kenntnis genommen und findet Berücksichtigung in der Abwägung zu den BE 1380-1382.
BE-ID: 1379	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Heilstätten (Mehrere Kartenabbildungen in der Stellungnahme S. 11 Beelitz-Heilstätten Quadrant C) - Ausgangslage: Der Erweiterungsteil 2 (BP2 - Wohnquartier Beelitz-Heilstätten Teilbereich 2") beansprucht, neben Parkwaldfläche gleicher Wertigkeit, großteils Waldfläche des östlich angrenzenden Stadtwaldes Beelitz in einem beabsichtigten Umwandlungsumfang von ca. 27 ha. Durch jahrzehntelangen Sukzessionseintrag aus den angrenzenden Parkwaldflächen fand in unterschiedlicher Ausprägung eine ökologische Aufwertung auch der Kiefernforste in diesem Vorhabenraum statt. Im BP2 sind folgende Waldfunktionen kartiert: • Lärmschutzwald (WF3300),• Wald mit hoher ökologischer Bedeutung (WF7710),• Erholungswald der Stufe 1 (WF8101),• Erholungswald der Stufe 2 (WF81 02),• Wald im Bau- und Gartendenkmal (WF7820),• 0,30 ha Geschütztes Biotop (WF 6610) Die o.g. Waldfunktionen gelten grundsätzlich als nicht kompensierbar. Kann eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart auf Grund der zu erfüllenden Waldfunktionen nicht kompensiert werden, so ist die Genehmigung einer Waldumwandlung aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen. Es handelt sich somit um besonders schützenswerte und erhaltungswürdige Waldflächen.	Die dargelegte Ausgangslage wird zur Kenntnis genommen und findet Berücksichtigung in der Abwägung zu den BE 1380-1382.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1380	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Heilstätten (Mehrere Kartenabbildungen in der Stellungnahme S. 11 Beelitz-Heilstätten Quadrant C) - Wertung: Der Planinhalt für den BP2 ist nicht vereinbar mit den für Wald geltenden und anzuwendenden Rechtsvorschriften. Eine Erforderlichkeit zur Inanspruchnahme von Waldfläche in einem zusätzlichen Umfang von 27 ha Waldfläche für Vorhaben im zukünftigen Planraum des BP2 ist im Sinne der anzuwendenden Waldrechtsvorgaben weder nachgewiesen noch in der Zukunft erkennbar. Anzuführen ist, dass, neben der hohen Wertigkeit der planbetroffenen Waldungen, im Bereich der Stadt Beelitz und angeschlossener Ortsteile großflächig Nichtwald-Potenzialflächen mit möglicher Eignung bspw. für Wohnbebauung im Siedlungszusammenhang oder -Anschluss bestehen, die bisher vergleichsweise unbewertet blieben. Deren vorrangige Planberücksichtigung und Erschließung folge dann den rechtsnormierten Grundsätzen des Außenbereichsschutzes und des Walderhalts. Im Gegensatz dazu steht der BP2-geplante, weiträumige Eingriff in ein großflächig geschlossenes hochwertiges Waldgebiet.	Den Bedenken wird nicht gefolgt. Begründung: Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung bereits auf weitgehend konfliktarme Lagen ab. Im Fall des BP2 ist die laufende Bauleitplanung der Stadt Beelitz derart fortgeschritten, dass in ihrem Rahmen mit dem vorgebrachten Belang umgegangen wird. Auch eine landesplanerisch positive Bewertung zum BP2 liegt vor.
BE-ID: 1381	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Heilstätten (Mehrere Kartenabbildungen in der Stellungnahme S. 11 Beelitz-Heilstätten Quadrant C) - Begründung: Insgesamt blieben in den aktuellen, als auch in den vorangegangenen Planungen Entwicklungs- und Nachverdichtungspotenziale, bspw. auf Brach-, Grünland- und Landwirtschaftsflächen im und um das Stadtgebiet Beelitz, im Gegensatz zu den überplanten, überwiegend hochwertigen Waldflächen, weitgehend unberücksichtigt, so dass im direkten Flächenvergleich die beabsichtigte Inanspruchnahme von Waldfläche zur gemeindlichen Entwicklung jede andere Nutzungsart um ein Vielfaches übersteigt, also bereits den Grundsatz der Ausgewogenheit unbedient lässt. Derartige Alternativflächen zu Wald finden sich beispielsweise im Anschluss an den Stadtbahnhof Beelitz bis zur Ortsquerung der Bundesstraße B2 sowie den nördlich an den Stadtbereich anschließenden Landwirtschaftsflächen mit westlicher Begrenzung durch die B2-Ortsumgehung in großem und gleichwertigem Umfang mit großteils gleichfalls bereits vorhandener Infrastruktur/Verkehrsanbindung. Hinzu tritt, dass Ausnahmegründe für die Inanspruchnahme von Wald im Außenbereich oder/und bei Vorliegen (wie hier) von Ausschluss-Waldfunktionen, im Rahmen bspw. der schlichten Wohnbedarfsdeckung waldrechtskonform ausgeschlossen bleiben.	Den Anregungen und Bedenken wird teilweise gefolgt. Die Stadt Beelitz beabsichtigt mit dem Fördermittelbescheid des Landes Brandenburg vom 21.12.2022, einen neuen FNP aufzustellen. Inwieweit dieser in Bereichen geschützter Waldfunktionen Siedlungsflächen in Einzelfällen mit dem LfB abstimmt, soll durch die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nicht vorbestimmt werden. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Darstellung der Vorbehaltsgebiete Siedlung wird im Stadtgebiet Beelitz um bisher unbebaute Flächen nicht kompensierbarer Waldfunktionen reduziert. Im Ausnahmefall des zweiten Teilbereiches des BP Beelitz-Heilstätten ist die laufende Bauleitplanung der Stadt Beelitz jedoch derart fortgeschritten, dass in ihrem Rahmen mit dem Wald-Belang umgegangen wird. Auch eine landesplanerisch positive Bewertung zu diesem Bereich liegt vor. Dieser Bereich bleibt daher als Vorbehaltsgebiet Siedlung erhalten. Im Übrigen besitzen die Vorbehaltsgebiete Siedlung den Charakter eines Grundsatzes, nicht jedoch eines Ziels der Raumordnung.
BE-ID: 1382	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Heilstätten [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Mehrere Kartenabbildungen in der Stellungnahme S. 11 Beelitz-Heilstätten Quadrant C)] - Begründung: Weiter zu berücksichtigen ist, dass die Planfläche des BP1 als Nachnutzung von Konversionsflächen gemäß LEP Punkt G 5.10 von Seiten der Gemeinsamen Landesplanung angesehen wurde (etwa zu einem Drittel ungenutzt bebaut, sowie Bahn- und teilweiser Straßenanbindung), aber derartige Vorprägungen für den BP2 (27 ha Waldfläche) nicht vorhanden sind. Gemäß LEP Punkt 5.10 Abs. (2) ist festgesetzt, dass Konversionsflächen außerhalb innerörtlicher Siedlungsgebiete mit hochwertigen Freiraumpotenzialen oder ohne wesentliche bauliche Vorprägung einer Freiraumnutzung zugeführt werden sollen. Die Umwandlungsfläche Wald aus eben vorangegangenen, bzw. aktuellen und den vorgesehenen Vorhaben wird sich allein im Vorhabenraum der Beelitzer-Heilstätten auf insgesamt über 80 ha zumeist hochwertiger Waldbestände aufsummieren. Dabei ist anzumerken, dass alle Planungen und bereits umgesetzte Vorhaben gleicher oder ähnlicher Ausrichtung (Parkplatzbau, Wohnbebauung, Erschließungsstraßen, Klinikbau) bisher nicht zu einer Aufweitung / Zusammenführung des Betrachtungsraumes zu den möglichen	Den Anregungen und Bedenken zum BP2 wird nicht gefolgt. Die Stadt Beelitz beabsichtigt mit dem Fördermittelbescheid des Landes Brandenburg vom 21.12.2022, einen neuen FNP aufzustellen. Inwieweit dieser in Bereichen geschützter Waldfunktionen Siedlungsflächen in Einzelfällen mit dem LFB abstimmt, soll durch die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nicht vorbestimmt werden. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Darstellung der Vorbehaltsgebiete Siedlung wird zwar im Stadtgebiet Beelitz um bisher unbebaute Flächen nicht kompensierbarer Waldfunktionen reduziert. Jedoch ist im Ausnahmefall des zweiten Teilbereiches des BP Beelitz-Heilstätten die laufende Bauleitplanung der Stadt Beelitz derart fortgeschritten,

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Umweltauswirkungen kumulierender Vorhaben gemäß UVPG führten. Erklärte landesplanerische Grundsätze zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Naturraumes, gerade im Hinblick auf bereits gegenwärtig bestehende und zukünftig weiter steigende Risiken und Ansprüche, bedürfen dann auch ihrer substanziell sichtbaren Umsetzung. Die Inanspruchnahme von in Struktur und Zusammensetzung seltenen bis regional einzigartigen Waldungen in der hier beabsichtigten Größenordnung ist mit diesem Grundsatz nach dem derzeitigen Planstand nicht vereinbar.	dass in ihrem Rahmen mit dem Wald-Belang umgegangen wird. Auch eine landesplanerisch positive Bewertung zu diesem Bereich liegt vor. Dieser Bereich bleibt daher als Vorbehaltsgebiet Siedlung erhalten. Im Übrigen besitzen die Vorbehaltsgebiete Siedlung den Charakter eines Grundsatzes, nicht jedoch eines Ziels der Raumordnung.
BE-ID: 1383	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Stadt/Ortslage- südlich L88/Kiefernweg [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenabbildung in der Stellungnahme S. 13 Beelitz in Richtung Fichtenwalde - vergrößerter Ausschnitt aus der Festlegungskarte] - Wertung: Durch die Ausweisung der Fläche als Vorbehaltsgebiet Siedlung ist auf ca. 10 ha Wald im Sinne des § 2 LWaldG betroffen. Die Umsetzung der Planung würde zur Umwandlung von Wald in Siedlungsfläche / Wohnbebauung führen. Die hier laut Planung potenziell mögliche Nutzungsartenänderung von Wald wird aus forstrechtlicher Sicht abgelehnt. Der Wald ist gem. § 1 LWaldG zu erhalten.	Den Bedenken wird gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Flächendarstellung im benannten Bereich wird angepasst.
BE-ID: 1384	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Stadt/Ortslage- südlich L88/Kiefernweg [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenabbildung in der Stellungnahme S. 13 Beelitz in Richtung Fichtenwalde - vergrößerter Ausschnitt aus der Festlegungskarte] - Begründung: Die beplanten, vollständig bewaldeten Flächen sind Teilbereiche größerer, zusammenhängender Waldkomplexe im Außenbereich. Die Vorhaben in ihren Ausdehnungen widersprechen den Festlegungen im Landesentwicklungsplan Berlin - Brandenburg (LEP B-B) unter Punkt 4.11 „Steuerung der Siedlungsentwicklung“ (S. 19) einschließlich der Begründung (S. 34 ff.) des LEP B-B. Gemäß § 8 Abs. 2 LWaldG ist die Waldumwandlungsgenehmigung zu versagen, wenn die Umwandlung mit den Zielen der Raumordnung und der Landesplanung nicht vereinbar ist. Neben der besonderen Bedeutung des Waldes für die Umwelt und die Allgemeinheit hinaus, erfüllen die überplanten Flächen ganz oder teilweise zusätzlich folgende Waldfunktionen: • Klimaschutzwald (WF3100),• Lärmschutzwald (WF3300),• Erholungswald der Stufe 2 (WF8102). Diese Waldfunktionen gelten grundsätzlich als nicht kompensierbar. Kann eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart auf Grund der zu erfüllenden Waldfunktionen nicht kompensiert werden, so ist die Genehmigung einer Waldumwandlung aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen. Es handelt sich somit um besonders schützenswerte und erhaltungswürdige Waldflächen.	Den Bedenken wird gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Flächendarstellung im benannten Bereich wird angepasst.
BE-ID: 1385	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz-Stadt/Ortslage- südlich L88/Kiefernweg [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenabbildung in der Stellungnahme S. 13 Beelitz in Richtung Fichtenwalde - vergrößerter Ausschnitt aus der Festlegungskarte] - Begründung: Insgesamt blieben in den aktuellen, als auch in den vorangegangenen Planungen Entwicklungs- und Nachverdichtungspotenziale, bspw. auf Brach-, Grünland- und Landwirtschaftsflächen im und um das Stadtgebiet Beelitz, im Gegensatz zu den überplanten, überwiegend hochwertigen Waldflächen, weitgehend unberücksichtigt, so dass im direkten Flächenvergleich die beabsichtigte Inanspruchnahme von Waldfläche zur gemeindlichen Entwicklung jede andere Nutzungsart um ein Vielfaches übersteigt, also bereits den Grundsatz der Ausgewogenheit unbedient lässt. Derartige Alternativflächen zu Wald finden sich beispielsweise im Anschluss an den Stadtbahnhof Beelitz bis zur Ortsquerung der Bundesstraße 82 sowie den nördlich an den Stadtbereich anschließenden Landwirtschaftsflächen mit westlicher Begrenzung durch die 82-Ortsumgehung in großem und gleichwertigem Umfang mit großteils gleichfalls bereits vorhandener Infrastruktur/Verkehrsanbindung. Hinzu tritt, dass Ausnahmegründe für die Inanspruchnahme von Wald im Außenbereich oder/und bei Vorliegen (wie hier) von Ausschluss-Waldfunktionen, im Rahmen bspw. der schlichten Wohnbedarfsdeckung	Den Bedenken wird gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Flächendarstellung im benannten Bereich wird angepasst.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	waldrechtskonform ausgeschlossen bleiben.	
BE-ID: 1386	Vorbehaltsgebiete Siedlung – Beelitz Ortsteil Reesdorf - östlich Kaniner Weg [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenabbildung in der Stellungnahme S. 15 Ortsteil Reesdorf- vergrößerter Ausschnitt aus der Festlegungskarte] - Wertung: Durch die Ausweisung dieser Flächen als Vorbehaltsgebiete Siedlung ist auf über 2 ha Wald im Sinne des § 2 LWaldG betroffen. Die Umsetzung der Planung würde zur Umwandlung von Wald in Siedlungsfläche / Wohnbebauung führen. Die hier laut Planung potenziell mögliche Nutzungsartenänderung von Wald wird aus forstrechtlicher Sicht abgelehnt. Der Wald ist gern. § 1 LWaldG zu erhalten. Begründung: Die beplanten, vollständig bewaldeten Flächen sind Teilbereiche größerer, zusammenhängender Waldkomplexe im Außenbereich. Die Gemeinde ist dörflich geprägt. Eine Inanspruchnahme-Notwendigkeit von Wald zur innerörtlichen Eigenbedarfsdeckung oder zur Bedarfsdeckung Umland ist auch unter dem Eindruck vorhandener Flächen anderer Nutzungsarten nicht sichtbar, wäre zudem dann übertragbar auf die Vielzahl gleichgestellter kommunaler Kleinststrukturen und stünde so neben raumordnerischen Grundsätzen, auch dem Außenbereichsschutz und dem gesetzgeberisch normierten Erhaltungsinteresse am Wald entgegen. Neben der besonderen Bedeutung des Waldes für die Umwelt und die Allgemeinheit hinaus erfüllen die überplanten Flächen ganz oder teilweise die Waldfunktionen: • Wald auf erosionsgefährdeten Standorten (WF2100),• Klimaschutzwald (WF3100),• Erholungswald der Stufe 2 (WF8102). Diese Waldfunktionen gelten grundsätzlich als nicht kompensierbar. Kann eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart auf Grund der zu erfüllenden Waldfunktionen nicht kompensiert werden, so ist die Genehmigung einer Waldumwandlung aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen. Es handelt sich somit um besonders schützenswerte und erhaltungswürdige Waldflächen.	Den Bedenken wird weitgehend gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Flächendarstellung in den zwei benannten Bereichen wird angepasst. Im Übrigen besitzen die Vorbehaltsgebiete Siedlung den Charakter eines Grundsatzes, nicht jedoch eines Ziels der Raumordnung.
BE-ID: 1387	Vorbehaltsgebiet Siedlung, Gemeinde Fichtenwalde [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenabbildung in der Stellungnahme S. 16 Ortsteil Fichtenwalde - vergrößerter Ausschnitt aus der Festlegungskarte] - Wertung: Den Darstellungen der Festlegungskarte wird für Entwicklungsoptionen im Rahmen der rechtlich zulässigen Nachverdichtung und Abrundung vorhandener Siedlungsbereiche gefolgt. Waldumwandlung zur flächigen Siedlungserweiterung in den baurechtlichen Außenbereich werden nicht mitgetragen. Begründung: Als Ortsteil der Stadt Beelitz gelten für Fichtenwalde Entwicklungsoptionen gemäß Vorgaben für Mittelzentren im weiteren Metropolenraum. Fichtenwalde hat in erheblichen Umfang Nachverdichtungspotenziale auch unter Umnutzung von Kleinstrukturen aus Waldgrundstücken und Grundstücken mit Waldanteilen in den bestehenden Kern-Siedlungsbereichen, welche über die Eigenentwicklung hinausgehend, auch zur überregionalen Bedarfsdeckung, insbesondere nach Herstellung entsprechender Bauleitplangen herangezogen werden können. Eine Siedlungserweiterung über Abrundungen hinaus in den Außenbereich, hier in die ortsumgebenden, großen, geschlossenen Kiefern-Waldungen mit Ausschlusswaldfunktion Erholungswald steht auch der Normvorgabe einer konfliktarmen Lage von Potenzialflächen entgegen und führt in der Zusammenschau mit bestehenden Alternativflächen zu Wald, hier Landwirtschaftsflächen im Siedlungsgebiet oder mit Siedlungsanschluss in Beelitz und den anderen Ortsteilen zu der genannten Einschränkung von weiteren, umfangserheblichen Waldumwandlungen.	Den Bedenken wird gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Flächendarstellung im Bereich der Gemeinde Fichtenwalde zielt nunmehr auf den Siedlungsbestand mit Nachverdichtungspotenzial in bestehenden Kern-Siedlungsbereichen.
BE-ID: 1388	Vorbehaltsgebiet Siedlung, Gemeinde Borkwalde [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenabbildungen in der Stellungnahme S. 17 Ortsteil Borkwalde, Auszug aus der Festlegungskarte] - Wertung: Den Darstellungen der Festlegungskarte wird hinsichtlich einer Entwicklungsoption zur Deckung des Eigenbedarfs im Rahmen der rechtlich zulässigen Nachverdichtung und Abrundung innerhalb des lt. FNP-Plankarte mittig gelegenen Siedlungskernes gefolgt. Waldumwandlung in den östlich, nördlich und	Den Bedenken wird gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Die Flächendarstellung im Bereich der Gemeinde Borkwalde zielt nunmehr auf den mittig gelegenen Siedlungskern und wird in den östlich, nördlich und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	westlich gelegenen Siedlungsteilen und dem baurechtlichen Außenbereich werden nicht mitgetragen. Begründung: Für Borkwalde beschränken sich die Entwicklungsoptionen gemäß Vorgaben LEP auf eine reine Bedarfsdeckung zur Eigenentwicklung. Demgegenüber verfügt Borkwalde noch über baurechtlich bereits zugelassene Potenzialflächen im deutlich zweitstelligen Hektar-Bereich. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Waldfläche. Eine zusätzliche Ausweisung von Siedlungsfläche, wie in der Festlegungskarte im Vergleich zur hier vorliegenden FNP-PlanstandKarte widerspricht den LEP-Vorgaben und ließe zudem die bereits vorhandenen, genehmigten und für Jahrzehnte der Eigenentwicklung ausreichenden Potenzialflächen in unzulässiger Weise unberücksichtigt. Insgesamt gelten zudem die für Siedlungen in Waldgebieten allgemein bereits vorgebrachten Konfliktpunkte hinsichtlich der Risikovorsorge, sowie die Vorgaben für Waldinanspruchnahmen mit ausgewiesener Erholungswaldfunktion.	westlich gelegenen Siedlungsteilen zurückgenommen.
BE-ID: 1389	Vorbehaltsgebiet Siedlung, Gemeinde Borkheide [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenabbildungen in der Stellungnahme S. 18 Ortsteil Borkheide, Auszug aus der Festlegungskarte] - Wertung: Den Darstellungen der Festlegungskarte wird hinsichtlich einer Entwicklungsoptionen zur Deckung des Eigenbedarfs und der für zudem zulässig befundenen Bedarfsdeckung durch Nachverdichtung und Abrundung innerhalb des lt. FNP-Plankarte mittig gelegenen, dabei Waldflächen beibehaltend, lückig strukturierten Siedlungskemes gefolgt. Waldumwandlung in den übrigen FNP-dargestellten Siedlungsteilen, sowie auch in den baurechtlichen Außenbereich werden nicht mitgetragen. Begründung: Borkheide ist kein ausgewiesenes Mittelzentrum und liegt nicht im metropolennahen Umland. Hiernach beschränken sich die Entwicklungsoptionen gem. Vorgaben LEP auf die Eigenentwicklung zur Deckung des örtlichen Bedarfs. Demgegenüber verfügt Borkheide noch über baurechtlich bereits genehmigte oder dem gleichgestellt zu betrachtende Potenzialflächen im mehrstelligen Hektar-Bereich. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Waldfläche. Eine zusätzliche Ausweisung von Siedlungsfläche, wie in der Festlegungskarte im Vergleich zur hier vorliegenden FNP-Planstand-Karte widerspricht den LEP-Vorgaben und ließe zudem die bereits vorhandenen, genehmigten und für Jahrzehnte der Eigenentwicklung ausreichenden Potenzialflächen in unzulässiger Weise unberücksichtigt. Insgesamt gelten zudem die für Siedlungen in Waldgebieten allgemein bereits vorgebrachten Konfliktpunkte hinsichtlich der Risikovorsorge, sowie die Vorgaben für Waldinanspruchnahmen mit ausgewiesener Erholungswaldfunktion.	Den Bedenken wird teilweise gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf konfliktarme Lagen. In diesem Zusammenhang werden ursprünglich dargestellte Randbereiche dieser Vorbehaltsgebiete in Borkheide, für die eine Waldumwandlung erforderlich wäre, zurück genommen. Im Übrigen bildet das Vorbehaltsgebiet Siedlung in Borkheide die Flächendarstellung gemäß dem seit 08. November 2018 wirksamen FNP einschließlich Wohnbauflächen mit hohem Baumanteil bzw. zeitweiligen Wohngebieten ab.
BE-ID: 1429	Bereich Oberförsterei Jüterbog - Vorbehaltsgebiete Siedlung: Gemarkung Jüterbog, Flur 34, 39, 40, 41: 1) Hier sind Waldflächen innerhalb des Stadtgebietes von Jüterbog betroffen. Alle Waldflächen sind Munitionsverdachtsflächen. 2) An den Flurgrenzen der Flure 40 - 41 und 40 - 34 ist Klimaschutzwald betroffen (siehe Anlage 11). Diese Waldfunktion ist nicht kompensierbar. Gemarkung Jüterbog, Flur 9: 3) Hier ist zum Teil die Waldfunktion 3200 Immissionsschutzwald betroffen (siehe Anlage 12). Diese Waldfunktion ist nicht kompensierbar. 4) Die Fläche ist eine Munitionsverdachtsfläche.	Den Hinweisen und Bedenken in Bezug auf die Waldfunktion wurde gefolgt. Darüber hinaus gehende Änderungen ergeben sich nicht. Begründungen: Vorbehaltsgebiete Siedlung sind in nicht kompensierbaren Waldfunktionen regionaler Dimension bereits nach dem Planungskonzept zurückgenommen und im Falle von Jüterbog im Rahmen der Flächennutzungsplananpassung erfolgt. Eine Munitionsberäumung auf Verdachtsflächen kann dagegen in nachgeordneten Verfahren geregelt werden. Anmerkung: Eine weitergehende Bearbeitung mit Bezug auf die benannten Anlagen war nicht möglich, da diese trotz Nachforderung nicht übermittelt worden sind.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1390	Erhebung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, hier: Beelitz - Südlich des Ortsteils Fichtenwalde (siehe Datei: 9_1ergU_1_2_Erhebung_GIV_complan_2017_Teil_1). Die Fläche liegt südlich des Ortsteils Fichtenwalde,	Die Hinweise werden so verstanden, dass der Entscheidung, den Standort „Beelitz-südlich des Ortsteils Fichtenwalde“ nicht als großflächigen gewerblich-industriellen Standort festzulegen,

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	auf dem Gebiet der Stadt Beelitz, in einem ausgedehnten Kiefernwaldgebiet. Im Osten grenzt die Bundesautobahn A 10 sowie das Landschaftsschutzgebiet Potsdamer Wald- und Havelseengebiet an. Die Entfernung zur Bebauung im Ortsteil Fichtenwalde beträgt ungefähr einen Kilometer. Ergebnis der Prüfung durch die Regionale Planungsstelle: Keine Eignung als Vorsorgestandort für großflächige gewerblich-industrielle Ansiedlungen. Eine weitere Prüfung wird nicht empfohlen. Wertung: Dem Fazit wird aus forstfachlicher Sicht zugestimmt. Es handelt sich hier um ein ca. 110 ha umfassendes, geschlossenes Waldgebiet im Außenbereich, die überplanten Flächen erfüllen ganz oder teilweise die Waldfunktionen: • Klimaschutzwald (WF3100),• Lärmschutzwald (WF3300),• Erholungswald der Stufe 2 (WF8102),• Geschützter Biotop (WF6610). Diese Waldfunktionen gelten grundsätzlich als nicht kompensierbar. Kann eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart auf Grund der zu erfüllenden Waldfunktionen nicht kompensiert werden, so ist die Genehmigung einer Waldumwandlung aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen. Es handelt sich somit um besonders schützenswerte und erhaltungswürdige Waldflächen.	zugestimmt wird.
BE-ID: 1391	Erhebung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten, Standort Borkheide/AltBork/Schäpe: In der Planbetrachtung wurde diesem Vorhabenteil vom Planverfasser keine Eignung zugesprochen. Die in dem Plantext dargestellte Sichtweise wird vollumfänglich geteilt.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 1412	Im Bereich der Oberförsterei Lehnin wurde ein großflächig gewerblich – industrieller Vorsorgestandort mit einer Größe von 398 ha ausgewiesen. Der Waldanteil beträgt 382 ha. Das entspricht 96 %. Betroffen sind die Waldfunktionen 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort, 3300 Lärmschutzwald, 4100 Sichtschutzwald, 7400 Mooreinzugsgebiet, 7710 Wald mit hoher ökologischer Bedeutung, 9100 Nutzwald. (In nachfolgender Abbildung ist das Gebiet mit den Waldfunktionen dargestellt - S. 25 der Stellungnahme).	Die benannten Sachverhalte wurden bei der Abwägung zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts (GIV) Paterdamm/Krahne berücksichtigt. An den diesbezüglichen Einschätzungen, die in der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ im Abschnitt II.3.1 dargestellt sind, wird festgehalten. Mit dem 2. Entwurf des Regionalplans 3.0 wird das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne geändert und verkleinert. Dadurch wird die Inanspruchnahme der Waldfunktionen 4100 und 2100 vollständig vermieden. Die Betroffenheit der Waldfunktion 7710 beschränkt sich auf einen Streifen von etwa 10 Metern Breite und 380 Metern Länge entlang eines Waldweges und ist somit als geringfügig zu bewerten. Die Inanspruchnahme von Lärmschutzwald verringert sich im 2. Entwurf von 39,23 auf 11,15 Hektar. Im Falle einer Inanspruchnahme des verkleinerten Vorsorgestandorts verbleiben zwischen der Ortslage Göttin und BAB 2 ausreichende Waldflächen, um die Funktion des Immissionsschutzes zu erfüllen. Für den Wohnplatz Paterdamm muss die Immissionsbelastung in nachfolgenden Verfahren neu bewertet werden. Durch die Regionale Planungsgemeinschaft wird zwischen dem Wohnplatz Paterdamm und dem GIV-Vorranggebiet ein vorsorgender Abstand von 750 Metern eingehalten. In Bezug auf die Betroffenheit des Mooreinzugsgebietes Dunkelsee wird an den, im Abschnitt II.6.19 der o. g. zweckdienlichen Unterlage getroffenen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Sachverhaltseinschätzungen festgehalten.
BE-ID: 1413	Die landesplanerische Vorgabe beträgt 100 ha Nettogewerbefläche. Die Planungsgemeinschaft hat einen Abwägungsprozess zur Findung des Standortes durchgeführt. Dennoch ist die Suche alternativer Standorte nicht umfassend vollzogen worden. In der Bewertung der Standortalternativen auf Grundlage der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Belegenheitskommunen erlangt die Stellungnahme der Gemeinde Kloster Lehnin eine besondere Bedeutung. Die Gemeinde beschreibt, dass östlich der neuen Trasse der B 102 sowie nördlich und südlich der beiden bestehenden Gewerbegebiete ausreichend große zusammenhängende Flächen zur Verfügung stehen, um einen ca. 100 ha großen Vorsorgestandort darstellen zu können, ohne großflächig Wald in Anspruch zu nehmen. Die Einschätzung der Planungsstelle bleibt an dieser Stelle oberflächlich und einseitig auf die Belange der Stadt Brandenburg fokussiert. Das sich in diesem Fall die größeren Flächenpotenziale auf dem Gemeindegebiet Lehnin befinden wird als Problem dargestellt. Allgemein wird festgestellt, dass die Planungsstelle hier nicht entscheiden kann, da Informationen fehlen. Bei der Beurteilung eines Standortes mit so weitreichender Auswirkung auf den Naturhaushalt dürfen kommunale Interessen zu den Flächenanteilen keine Bedeutung haben.	Der Einwand, die kommunalen Entwicklungsabsichten in Bezug auf den Standort Schmerzke/Rietze seien bei der Entscheidung über die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm-Krahne nicht sachgerecht berücksichtigt worden, sind unbegründet. In den Bewertungen, die im Abschnitt IV.1 der ergänzenden Unterlage „Bewertung von Standortalternativen für die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten aufgrund der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Belegenheitskommunen“ mit Stand Oktober 2021 dargelegt sind, wird zutreffend festgestellt, dass die kommunalen Entwicklungsabsichten der Gemeinde Kloster Lehnin in Bezug auf den Standdort des Gewerbegebiete „Rietzer Berg“ noch nicht ausreichend konkretisiert wurden. Es wurde weiter zutreffend eingeschätzt, dass bei der Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten grundsätzlich berücksichtigt werden muss, dass die betreffenden Flächen für die Deckung des kurz- und mittelfristigen Gewerbeflächenbedarfs nicht zur Verfügung stehen. Es ist festzustellen, dass die Stellungnahme der Gemeinde Kloster Lehnin vom 07.06.2022 zur der Entwicklung des Bereichs „Rietzer Berg“ und hinsichtlich der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm-Krahne keine Mitteilungen enthält. Weiter ist festzustellen, dass die Gemeinde Kloster Lehnin im September 2024 die Absicht mitgeteilt hat, einen Bebauungsplan „Erweiterung des Gewerbegebietes Rietzer Berg“ aufzustellen, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Erweiterung des Gewerbegebiets „Rietzer Berg“ geschaffen werden sollen. Nach Einschätzung der Gemeinde sei die Erweiterung des Gewerbegebiets erforderlich, um ansiedlungswilligen Unternehmen im Bedarfsfall baureife Flächen zur Verfügung stellen zu können. Für die beabsichtigte Erweiterungen werden zwei Varianten vorgestellt, die sich als nördliche bzw. südliche Erweiterung des bestehenden Gewerbegebiets darstellen. Die Flächen haben jeweils einen Umfang von etwa 20 Hektar. Für den östlich an das Gewerbegebiet „Rietzer Berg“ angrenzenden Bereich hat die Gemeinde Kloster Lehnin im Oktober 2022 die Absicht mitgeteilt, einen etwa 70 ha umfassenden Bebauungsplan „Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949“ aufzustellen. Im August 2023 wurde für den Vorentwurf dieses Bebauungsplans das öffentliche Beteiligungs- und Auslegungsverfahren durchgeführt. Durch diese Sachverhalte ist

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft bestätigt, dass der Standort Schmerzke/Rietz aufgrund entgegenstehender kommunaler Entwicklungsabsichten für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort nicht geeignet ist.
BE-ID: 1414	Eigene Untersuchungen belegen, dass es sogar möglich ist, eine größere Fläche zu finden. In nachfolgender Karte auf Seite 27 der Stellungnahme sind die Beispielflächen (Anmerkung Exzerpierer: im Bereich Industriegebiet Schmerzke und Gewerbegebiet Rietzer Berg) mit folgender Erläuterung dargestellt: Hier sind kleinere Waldflächen betroffen. Der Verlust erreicht jedoch nicht die Auswirkung des vorliegenden Planentwurfs. Die beiden Gewerbegebiete im Westen und Norden sowie die Schweinemastanlage im Osten werden in die Entwicklung des gewerblich - industriellen Vorsorgestandorts einbezogen. Die Verdichtung vorhandener Industriestandorte sollte stets Vorrang vor der Inanspruchnahme von Wald haben. Der geplante großflächige gewerblich- industrielle Vorsorgestandort wird aufgrund der mangelnden Abwägung von Alternativen dem Waldgesetz nicht gerecht. Es ist in diesem Fall auch nicht von Vorteil, wenn man dem weiteren Planungsinhalt den nachgeordneten öffentlichen Trägern mit der Begründung überlässt, damit ausreichend Entscheidungsspielraum für den Ausgleich der einzelnen Interessen zu schaffen. Der hier dargestellte Standort ist eine mögliche Alternative, die den Waldflächenverlust erheblich reduziert. Es werden wertvolle Waldfunktionen erhalten, die mit dem geplanten Industriestandort verloren gehen würden. Sollte der Industriestandort entstehen, wird der verbleibende Wald in vielen Bereichen geschädigt und verliert seine Funktion. Der GIV-Standort wird aus den benannten Gründen abgelehnt.	Der Anregung, statt des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne, Flächen im Bereich der Gewerbegebiete Schmerzke und Rietzer Berg mit dieser Funktion festzulegen, wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 1413 verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 b) Jüterbog-Forst Zinna		
BE-ID: 1428	Bereich Oberförsterei Jüterbog: Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: In der Gemarkung Kloster Zinna Flur 5 ist großflächig Wald betroffen. Bei einem möglichen Ausbau ist zu berücksichtigen, dass die beiden Löschwasserstellen zu erhalten sind (siehe Anlage 10). Diese sind Bestandteil des Waldbrandschutzkonzeptes zum ehemaligen TÜP Jüterbog West und wurden 2021 als Löschwasserentnahme stellen für den Hubschraubereinsatz ertüchtigt.	Die Hinweise zum Erhalt der Löschwasserstellen in der Gemarkung Kloster Zinna Flur 5 werden zur Kenntnis genommen. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird aus anderen Gründen abgesehen. (siehe BE 2304)
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1433	Bereiche Obf. Rathenow und Brieselang - Vorbeugender Hochwasserschutz: Bei der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für Polderflächen für die Gewässerretention (G 2.1 .2) werden Flächen identifiziert, in denen u. a. erhebliche Potenziale für die Realisierung von Erstaufforstungen bzw. Ersatzaufforstungen bestehen. Diesbezüglich gehe ich davon aus, dass die Umsetzung solcher Vorhaben in den in Frage kommenden Niederungsbereichen der Fließgewässer grundsätzlich keinen Einschränkungen unterliegt, sondern vielmehr zusätzlich begünstigende Effekte im Falle von eintretenden Hochwasserereignissen zur Folge hat, die einer „Überplanung" nicht hinderlich sind.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es ist zutreffend dargestellt, dass Wald durch seine hochwasserdämpfende Wirkung eine wichtige Rolle beim Hochwasserschutz spielen kann (Interzeption, Bodenwasserspeicherung) und somit die genannten Maßnahmen, d.h. Erstaufforstungen bzw. Ersatzaufforstungen, der Absicht das Wasserrückhaltevermögen zu erhalten und zu verbessern nicht entgegenstehen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 G 2.1.4 VB gesteuerte Retention		
BE-ID: 1427	Bereich Oberförsterei Jüterbog - Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für gesteuerte Retention: 1) In der Gemarkung Rohrbeck, Flur 1, Flurstück 109/2, Flur 1 Flurstück 407 und 408 ist Wald betroffen. Auf den genannten Flurstücken liegt die Waldfunktion Immissionsschutzwald (siehe Anlage 08). Diese Waldfunktion ist nicht kompensierbar. 2) In der Gemarkung Bochow, Flur 5, Flurstück 142, Flurstück 1/2, 2/2 und 128 liegt die Waldfunktion 5400 waldarmes Gebiet (siehe Anlage 09). Diese Waldfunktion ist nicht kompensierbar.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch zu keiner Planänderung. Die Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zu den Vorbehaltsgebieten Potenzialflächen für die gesteuerte Retention dient dazu, die von der Fachplanung abgegrenzten Standorte von

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Nutzungsansprüchen freizuhalten, die dem Bau eines Rückhaltebeckens entgegenstehen könnten. Es wird damit jedoch noch keine Entscheidung über die Zulässigkeit der wassertechnischen Bauwerke (Rückhaltebecken) vorweggenommen, da eine konkrete Entwurfs- und Genehmigungsplanung durch die Fachplanung noch aussteht. Zu prüfende Belange, wie Waldinanspruchnahme, würden im nachgeordneten Verfahren erfolgen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 03 Groß Ziescht		
BE-ID: 1418	Bereich Oberförsterei Baruth Betroffenheit besteht hauptsächlich in der Planung zur Errichtung von Windenergieanlagen in den Windeignungsgebieten „Nr. 03 Groß Ziescht" und „Nr. 31 Petkus-Wahlsdorf' (sh. „Textliche Festlegungen" III.2.2. Seite 12 und IV.2.2. Seite 41 ff.). Festgestellt wird, dass Waldgebiete mit besonderen Waldfunktionen zu sog. weichen Tabuzonen erklärt werden (sh. Tab.6 auf Seite 52 sowie Seite 59 ff.), in denen nach dem Willen der Regionalen Planungsgesellschaft die Errichtung von WEA ausgeschlossen wird. Bei der Erarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen der TÖB-Beteiligung wird die uFB diese Ausschlusskriterien ausnahmslos berücksichtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 14 Forst Zinna		
BE-ID: 1421	Bereich Oberförsterei Jüterbog - WEG 14: 1) Es sind Waldflächen in der Gemarkung Grüna, Flur 2, sowie Kloster Zinna Flur 3 und 5 betroffen. 2) Es befinden sich zahlreiche geschützte Biotope im WEG 14. Der FFH-Managementplan wurde aufgrund der grenzüberschreitenden Biotope über die Grenzen des FFH-Gebietes geplant. 3) Es besteht für die Flächen ein Verdacht auf Munitionsbelastung. Hinweis: Im Entwurf zur Aufstellung des Teil-Flächennutzungsplans "Windenergie" der Stadt Jüterbog mit Stand vom 27.10.2021 wird diese Fläche aufgrund der zusätzlich auf ihr liegenden, vielfachen Restriktionen als ungeeignet für die Windenergienutzung eingestuft (Kategorie C). Dem haben wir in unserer Stellungnahme vom 08.02.2022 aus forstrechtlicher Sicht zugestimmt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 15 Welsickendorf		
BE-ID: 1422	Bereich Oberförsterei Jüterbog - WEG 15: In der Gemarkung Welsickendorf, Flur 4, Flurstücke 23 und 24 wurden im Jahr 2017 zwei Kiefernwaldflächen mit standortsgerechten Laubhölzern umgebaut. Die Waldumbaumaßnahme wurde durch das Land Brandenburg gefördert (siehe Anlage 01). Auf diesen Flächen sollten keine WEA's aufgestellt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 16 Reesdorf		
BE-ID: 1392	Zu Planteil: Kapitel 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung, hier: Eignungsgebiet WEG 16 Reesdorf (siehe Datei: 12_ergU_2_2_Datenblätter, ab S. 105). Das WEG 16 ist in der Feststellungskarte ausgewiesen, in der Abwägungskarte dagegen als nicht geeignet farblich dargestellt. Die darin als genehmigte Windkraftanlagen eingetragenen Standorte sind nach hiesiger Aktenlage noch ohne rechtskräftige Genehmigung. Daher wird für diese einzelnen Punkte um Korrektur/Klarstellung je nach gesichertem Erkenntnisstand gebeten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1393	Zu Planteil: Kapitel 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung, hier: Eignungsgebiet WEG 16 Reesdorf (siehe Datei: 12_ergU_2_2_Datenblätter, ab S. 105) - Die Potenzialfläche ist Bestandteil eines großen, weitgehend unzerschnittenen Waldgebiets, das durch die Landesstraßen L 86, L 85, L 88 sowie die Bundesstraße B 246 und die Bundesautobahn A 9 begrenzt wird und nach Kapitel 3.7 des Landschaftsprogramms Brandenburg (Vorentwurf März 2016) zu den Flächen des landesweiten Biotopverbunds zählt. Im Nahbereich der Potenzialfläche liegen die Ortslagen Borkheide, Borkwalde, Schäpe, Reesdorf sowie der Klinik- und Wohnstandort Beelitz-Heilstätten. Das Eignungsgebiet wird durch die Bahnlinie Berlin-Dessau und den Europaradweg R1 in einen nördlichen und einen südlichen Bereich geteilt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1394	Durch die Ausweisung der WEG-Potenzialfläche ist auf ca. 318 ha Wald im Sinne des § 2 LWaldG betroffen. Die Umsetzung der Planung würde zur Umwandlung von Wald in Stand- und Betriebsflächen einschließlich Zuwegungsflächen für Windenergieanlagen (WEA) führen und steht im Konflikt zur festgestellten, besonderen Waldfunktion der betroffenen Waldungen. Die Potenzialfläche WEG 16 sollte über bereits bestehende, rechtskräftige Genehmigungen hinausgehend, keine weitere Potenzialausweisung festsetzen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1395	Die Potenzialfläche WEG 16 sollte über bereits bestehende, rechtskräftige Genehmigungen hinausgehend, keine weitere Potenzialausweisung festsetzen. Begründung: Bei der Entscheidung über die Nutzungsartenänderung von Wald sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Basis der forstrechtlichen Beurteilung der Eignung von Waldflächen zur Errichtung von Windkraftanlagen im Wald bilden die festgestellten Waldfunktionen vorhabenbetroffener Waldflächen. Hiernach wurden durch die oberste Forstbehörde diejenigen Waldfunktionen vorgegeben, die der Ausweisung von Windeignungsgebieten im Wald nicht entgegenstehen. Bei einer Überplanung von Flächen mit nachfolgenden Waldfunktionen im Rahmen der Regionalplanung ist im anschließenden Genehmigungsverfahren nach BImSchG sicherzustellen, dass auf diesen speziellen Waldflächen keine Genehmigung für WEA erteilt wird. Das gilt auch für kleinere Gebiete, die für eine Bebauung mit WEA nicht in Frage kommen, aber durch die Regionalplanung aufgrund der großmaßstäblichen Planung nicht dargestellt werden können. Eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart ist auf Grund der dort zu erfüllenden Waldfunktion nicht kompensierbar. Die Errichtung von Windkraftanlagen auf konkret diesen Flächen ist aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1396	Die Potenzialfläche WEG 16 sollte über bereits bestehende, rechtskräftige Genehmigungen hinausgehend, keine weitere Potenzialausweisung festsetzen. Begründung: Auf Basis der aktuellen Waldfunktionsfeststellung der unteren Forstbehörde des Landes Brandenburg bestehen für die Waldbereiche nördlich und südlich der Bahnlinie Berlin-Dessau Versagungsgründe bezüglich einer künftigen Waldumwandlung für WEA. Die planbetroffenen Waldflächen sind als Erholungswald der Intensitätsstufe 2 (WF 8102) eingestuft und in der Waldfunktionskartierung ausgewiesen. Diese Waldfunktion schließt eine Genehmigung zur Waldumwandlung nach § 8 LWaldG aus folgenden allgemeinen Gründen aus: Wald dient neben seiner Nutz- und Schutzfunktion der Bevölkerung zur Erholung, zur Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens. Vor allem in und um die Ballungsgebiete und insbesondere in dem engen Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg werden Waldflächen stark durch Erholungssuchende frequentiert und unterscheiden sich hierdurch von Waldflächen in ballungsraumfernen, dörflich geprägten Landschaftsbereichen. Maßgeblicher für die Erholungswaldfunktion dieser Waldflächen ist jedoch die Entwicklung der umgebenden Orte. Die Gemeinden Borkheide, Borkwalde und Fichtenwalde, welche sich in unmittelbarer Nähe zu dem geplanten WEG 16 befinden, gelten als ausgesprochene Waldgemeinden, welche ihren Ursprung als Erholungssiedlungen, zumeist mit Beginn des 20. Jahrhunderts, hatten und bis zur Wendezeit 1990, trotz Anlage des Truppenübungsplatzes Lehnin (TÜP-Lehnin), behielten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1397	Die Potenzialfläche WEG 16 sollte über bereits bestehende, rechtskräftige Genehmigungen hinausgehend, keine weitere Potenzialausweisung festsetzen. Begründung: Auf Basis der aktuellen Waldfunktionsfeststellung der unteren Forstbehörde des Landes Brandenburg bestehen für die Waldbereiche nördlich und südlich der Bahnlinie Berlin-Dessau Versagungsgründe bezüglich einer künftigen Waldumwandlung für WEA. Die planbetroffenen Waldflächen sind als Erholungswald der Intensitätsstufe 2 (WF 8102) eingestuft und in der Waldfunktionskartierung ausgewiesen. Diese Waldfunktion schließt eine Genehmigung zur Waldumwandlung nach § 8 LWaldG aus folgenden allgemeinen Gründen aus: Im Zuge von Siedlungsverdichtung und Ausweisung von mehreren B-Plan-Gebieten fand eine Ausweitung von Wohnflächen für Zuzug vordergründig aus dem Ballungsraum Potsdam/Berlin statt. Während 1990 die Gesamteinwohnerzahl bei etwa 2.500 lag, hat sich diese vor allem innerhalb der letzten 10 Jahre auf derzeit etwa 7 .625 Einwohner (Quelle: Einwohnerstatistiken aus aktuellen Amtsblättern) verdreifacht. Die Einwohnerzahlen dieser drei Waldgemeinden nehmen durch Bautätigkeit und damit verbundenen Zuzug von Jahr zu Jahr weiter deutlich zu. Vorhandene Potenzialflächen lassen den Zuzug von weiteren 3.000 möglich werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1398	Die Potenzialfläche WEG 16 sollte über bereits bestehende, rechtskräftige Genehmigungen hinausgehend, keine weitere Potenzialausweisung festsetzen. Begründung: Auf Basis der aktuellen Waldfunktionsfeststellung der unteren Forstbehörde des Landes Brandenburg bestehen für die Waldbereiche nördlich und südlich der Bahnlinie Berlin-Dessau Versagungsgründe bezüglich einer künftigen Waldumwandlung für WEA. Die planbetroffenen Waldflächen sind als Erholungswald der Intensitätsstufe 2 (WF 8102) eingestuft und in der Waldfunktionskartierung ausgewiesen. Diese Waldfunktion schließt eine Genehmigung zur Waldumwandlung nach § 8 LWaldG aus folgenden allgemeinen Gründen aus: Weiterhin werden die drei Waldgemeinden als Erholungssiedlungen mit entsprechend hohem Grundstücksanteil genutzt, wodurch sich die Zahl der Einwohner in den Sommermonaten erheblich erhöht. Zunehmend nutzen viele Touristen und Urlauber die Waldgemeinden und die waldreiche Umgebung, die sich, nicht zuletzt über den europäischen Radwanderweg R1 kommend, in der Region aufhalten und erholen. Für die Attraktivität dieser Gemeinden, als auch für die Naherholungsaktivitäten dieser urban geprägten Bevölkerung, meist mit Arbeitsstätten	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	im nahen Ballungsraum, ist das durch Siedlungen, TÜP-Lehnin, Landwirtschaftsflächen und Autobahnen eingeschlossene Waldgebiet von maßgeblicher Bedeutung. Dieser Erholungswert war und ist Grundstock der bisherigen gemeindlichen Entwicklung, die in dem vollzogenen Umfang durch Landesplanungsbehörden mit befördert und genehmigt wurde. Hieraus entstand zwangsläufig die Inanspruchnahme dieses zentral gelegenen, großen Waldgebietes von Anwohnern und Erholungssuchenden in stetig steigendem Maße, dem letztlich auch mit zukünftigen Planzielen Rechnung zu tragen ist.	
BE-ID: 1399	Die Potenzialfläche WEG 16 sollte über bereits bestehende, rechtskräftige Genehmigungen hinausgehend, keine weitere Potenzialausweisung festsetzen. Begründung: Auf Basis der aktuellen Waldfunktionsfeststellung der unteren Forstbehörde des Landes Brandenburg bestehen für die Waldbereiche nördlich und südlich der Bahnlinie Berlin-Dessau Versagungsgründe bezüglich einer künftigen Waldumwandlung für WEA. Die planbetroffenen Waldflächen sind als Erholungswald der Intensitätsstufe 2 (WF 8102) eingestuft und in der Waldfunktionskartierung ausgewiesen. Diese Waldfunktion schließt eine Genehmigung zur Waldumwandlung nach § 8 LWaldG aus folgenden allgemeinen Gründen aus: Die Ausweisung von WKA würde dem entgegenstehen und bliebe hinsichtlich der Vorhabenwirkungen am Ort nicht nur ohne Kompensationsmöglichkeit, sondern würde weitere Konflikträume entstehen lassen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1400	Die Potenzialfläche WEG 16 sollte über bereits bestehende, rechtskräftige Genehmigungen hinausgehend, keine weitere Potenzialausweisung festsetzen. Begründung: In diesem Zusammenhang wird auf die Entwicklung der Beelitzer Heilstätten verwiesen werden. Durch dessen fußläufige Nähe zum WEG 16 und überregional bekannten Ausflugszielen erfüllt dieser Ortsteil der Stadt Beelitz Alleinstellungsmerkmale, die dementsprechend mit zu bewerten sind: a) die Geschichte der ehemaligen Lungenheilstätte mit den architektonischen Besonderheiten und den über das Jahr zahlreich angebotenen Führungen b) der Baumkronenpfad mit verschiedenen zusätzlichen Attraktionen und Veranstaltungen, der bereits fünf Jahre nach Eröffnung im August 2020 seine millionste Besucherin begrüßen konnte (Quelle: Märkische Allgemeine vom 03.08.2020) c) die schon langjährig hier ansässigen Kliniken, wie z.B. die Parkinsonklinik und die Neurologische Rehabilitationsklinik.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1401	Die Potenzialfläche WEG 16 sollte über bereits bestehende, rechtskräftige Genehmigungen hinausgehend, keine weitere Potenzialausweisung festsetzen. Begründung: Auf Basis der aktuellen Waldfunktionsfeststellung der unteren Forstbehörde des Landes Brandenburg bestehen für die Waldbereiche nördlich und südlich der Bahnlinie Berlin-Dessau Versagungsgründe bezüglich einer künftigen Waldumwandlung für WEA. Die planbetroffenen Waldflächen sind als Erholungswald der Intensitätsstufe 2 (WF 8102) eingestuft und in der Waldfunktionskartierung ausgewiesen. Diese Waldfunktion schließt eine Genehmigung zur Waldumwandlung nach § 8 LWaldG aus folgenden allgemeinen Gründen aus: Die hier zu beurteilenden Waldflächen sind zudem insbesondere per Rad (R1) über die sich in direkter Nachbarschaft befindlichen Bahnhöfe der Ortschaften Borkheide und Beelitz-Heilstätten sowie über die die Orte anfahrenden Buslinien gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Auch die Erreichbarkeit mit Kraftfahrzeugen ist gegeben, da mehrere öffentliche Wege in das Waldgebiet führen und das Gebiet somit gut erschließen. Neben der Frequentierung von Erholungssuchenden aus den umliegenden stark wachsenden Waldgemeinden Borkheide, Borkwalde und Fichtenwalde sowie Beelitz-Heilstätten verläuft entlang der Bahnlinie der Europaradweg R1. Der Europaradweg R1 ist von überregionaler Bedeutung. Von London bis Helsinki verbindet er auf 4.500 Kilometern die Menschen, die Natur und die Kultur elf europäischer Länder. Neben der überregionalen Bedeutung gewinnt der R1 zunehmend an regionaler Bedeutung.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1402	Sonstige Anmerkungen und Hinweise zu WEG 16: Neben der direkten Wirkung bei Umsetzung der Planung auf den Erholungswert der Waldungen durch allgemein bekannte, weithin spürbare, optische und akustische Beeinträchtigungen, müssen auch Risiken aus dem Anlagenbetrieb in Hinblick auf die hiesigen örtlichen Besonderheiten betrachtet und beachtet werden. Hierzu zählen vermehrte Risiken aus Eisbruch und Eiswurf für Nutzer stark erholungsfrequentierter Waldungen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1403	Insbesondere aber sollte, das WEG 16 betreffend, der mögliche Brandfall durch die Planungs- bzw. Genehmigungsbehörde eingehend betrachtet werden. Das Gebiet befindet sich inmitten ausgedehnter Kiefernforsten in unmittelbarer Nachbarschaft zu selbst großräumig baumbestandenen und stetig wachsenden Waldgemeinden. Die Übergänge von Wald zu Siedlungsbereichen sind fließend, wodurch im Brandfall von WKA schwer bis nicht beherrschbare Brandsituationen erwartbar und daher auch ein überdurchschnittlich großes Schadenszenario wahrscheinlich ist. Beispielgebend sei hierzu der auch medial präsente Waldbrand 2018 bei Fichtenwalde. Daher sollte insbesondere für diesen Bereich der WEG 16 eine Bewertung dieses Planziels auch von einschlägiger Sachverständigen-Seite vorgenommen werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 17 Dahme/Mark-Ost		
BE-ID: 1423	Bereich Oberförsterei Jüterbog - WEG 17: 1) Es sind Waldflächen in der Gemarkung Görsdorf, Flur 5, Flurstück 249/1, 251/1 und 252 betroffen. Diese Waldflächen unterliegen der nicht kompensierbaren Waldfunktion 7710 ökologischer Bedeutung (siehe Anlage 02). 2) In der Gemarkung Wildau Flur 3, Flurstück 94 und 95 sind die Waldfunktionen 2100 Erosionsgefahr und 7720 geologische Bedeutung vorzufinden (siehe Anlage 03). Beide Waldfunktionen sind als nicht kompensierbare Waldfunktionen ausgewiesen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 19 Prützke		
BE-ID: 1407	Hinweise zur Windenergienutzung: Die Regionale Planungsgemeinschaft hat sich intensiv mit dem Thema WEG und Wald auseinandergesetzt. Das war bei den zurückliegenden Regionalplänen anders. Im Bereich der Oberförsterei Lehnin wird durch das geplante WEG 19 Wald ohne besondere Waldfunktion in Anspruch genommen. Das Gebiet ist bereits durch vorhandene Anlagenstandorte belastet. Die Verdichtung von bestehenden Windeignungsgebieten wird auch bei einer Waldbetroffenheit ausdrücklich unterstützt. Die WEG 19 (und 23) haben zusammen eine Fläche von ca. 317 ha. Der Anteil Wald beträgt 26%. Als ausgewiesene Waldfunktion ist Nutzwald 9100 betroffen. Die Standorte der einzelnen WKA sind in der nachgelagerten Planungsebene zu prüfen. Zu diesem Planungsinhalt ergeben sich keine weiteren Hinweise.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 23 Dretzen		
BE-ID: 1408	Hinweise zur Windenergienutzung: Die Regionale Planungsgemeinschaft hat sich intensiv mit dem Thema WEG und Wald auseinandergesetzt. Das war bei den zurückliegenden Regionalplänen anders. Im Bereich der Oberförsterei Lehnin wird durch das geplante WEG 23 Wald ohne besondere Waldfunktion in Anspruch genommen. Das Gebiet ist bereits durch vorhandene Anlagenstandorte belastet. Die Verdichtung von bestehenden Windeignungsgebieten wird auch bei einer Waldbetroffenheit ausdrücklich unterstützt. Die WEG 23 (und 19) haben zusammen eine Fläche von ca. 317 ha. Der Anteil Wald beträgt 26%. Als ausgewiesene Waldfunktion ist Nutzwald 9100 betroffen. Die Standorte der einzelnen WKA sind in der nachgelagerten Planungsebene zu prüfen. Zu diesem Planungsinhalt ergeben sich keine weiteren Hinweise.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 26 Rietz bei Treuenbrietzen		
BE-ID: 1415	Bereich Oberförsterei Dippmannsdorf Im WEG 26 - Rietz bei Treuenbrietzen liegen diverse geförderte Waldumbauflächen. Daraus ergeben sich Konflikte nicht nur hinsichtlich der Fristbindung soweit diese für eine Nutzungsartenänderung vorgesehen sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 28 Feldheim-Malterhausen		
BE-ID: 1416	Bereich Oberförsterei Dippmannsdorf Im WEG 28 - Feldheim-Malterhausen liegen diverse geförderte Waldumbauflächen. Daraus ergeben sich Konflikte nicht nur hinsichtlich der Fristbindung soweit diese für eine Nutzungsartenänderung vorgesehen sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 31 Petkus-Wahlsdorf		
BE-ID: 1419	Bereich Oberförsterei Baruth Betroffenheit besteht hauptsächlich in der Planung zur Errichtung von Windenergieanlagen in den Windeignungsgebieten „Nr. 03 Groß Ziescht" und „Nr. 31 Petkus-Wahlsdorf' (sh. „Textliche Festlegungen" 111.2.2. Seite 12 und IV.2.2. Seite 41 ff.). Festgestellt wird, dass Waldgebiete mit besonderen Waldfunktionen zu sog. weichen Tabuzonen erklärt werden (sh. Tab.6 auf Seite 52 sowie Seite 59 ff.), in denen nach dem Willen der Regionalen Planungsgesellschaft die Errichtung von WEA ausgeschlossen wird. Bei der Erarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen der TÖB-Beteiligung wird die uFB diese Ausschlusskriterien ausnahmslos berücksichtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1424	Bereich Oberförsterei Jüterbog - WEG 31: In der Gemarkung Schlenzer, Flur 3, Flurstücke 6 und 7 wurden im Jahr 2017 und Flurstück 69 im Jahre 2008 drei Kiefernwaldflächen mit standortsgerechten Laubhölzern umgebaut. Das Gleiche trifft für das Flurstück 188, Flur 6, Gemarkung Schlenzer zu. Diese Fläche wurde 2015 umgebaut. Die Waldumbaumaßnahmen wurden durch das Land Brandenburg gefördert (siehe Anlage 04). Auf diesen Flächen sollten keine WEA's aufgestellt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 34 Werbig (Niederer Fläming)		
BE-ID: 1425	Bereich Oberförsterei Jüterbog - WEG 34: 1) Es sind Waldflächen in der Gemarkung Hohengörsdorf Flur 3 betroffen. Diese Waldflächen unterliegen der Waldfunktion 5400 waldarmes Gebiet (siehe Anlage 05) und sind nicht kompensierbar. 2) In der Gemarkung Markendorf, Flur 10, Flurstück 48 wurden im Jahr 2008 eine Kiefernwaldfläche mit standortsgerechten Laubhölzern umgebaut. Die Waldumbaumaßnahme wurde durch das Land Brandenburg gefördert (siehe Anlage 06). Auf diesen Flächen sollten keine WEA's aufgestellt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 38 Ketzin/Havel-Wustermark		
BE-ID: 1436	Bereiche Obf. Rathenow und Brieselang - Windenergieanlagen im Wald: Gemäß Abschnitt 253 (s. 60 Textteil) hat die Regionale Planungsgemeinschaft Waldgebiete mit in der Tab. 6 (S.52) aufgeführten Waldfunktionen nach dem eigenen Willen als Auschlussgebiete für die Windenergienutzung festgelegt. Obwohl demnach als „weiche Tabuzone" deklariert, finden solche Gebiete keinen Eingang mehr in die nachgelagerte ortsbezogene Abwägung. Das in der Gemarkung Ketzin (Revier Klein Behnitz) ausgewiesene WEG 38 unterliegt aufgrund der ausgewiesenen WF 5400 „Kleine Waldflächen in waldarmen Gebieten" diesem Ausschlussprinzip. Die textlichen Aussagen der Regionalplanung laufen insofern Gefahr, vom Leser als missverständlich eingestuft zu werden (Verständnisproblem!?).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 1409	Im Bereich der Oberförsterei Lehnin sind ca. 158 ha Vorbehaltsgebiete und ca. 74 ha Vorranggebiete im Wald für die Rohstoffsicherung vorgesehen. Betroffen sind die Waldfunktionengruppen Bodenschutzwald, Klima und Immissionsschutzwald, sonstiger Schutzwald, Wald in Schutzgebieten, Schutzwald für Forschung und Lehre sowie Nutzwald. Der Abbau von bodennahen Rohstoffen ist mit einem Verlust der Waldfunktion verbunden. Es ist nicht möglich, das Vorhaben an einer anderen Stelle umzusetzen, da die Lagerstätten in der Landschaft nicht verändert werden können. Aufgrund dieses Konflikts sollte sich die Ausweisung von Flächen für die Rohstoffgewinnung am unteren Rand des prognostizierten Bedarfs orientieren.	Kenntnisnahme. Das Planungskonzept für die Bestimmung von Flächen als VR und VB zielt zum Schutze bedeutsamer Waldflächen bereits darauf, regional hochwertige Waldgebiete gemäß Waldfunktionenkartierung (nach LFB sog. „nicht kompensierbare Waldfunktionen“) nicht zu beanspruchen. Über den Umgang mit schutzwürdigen Waldfunktionsflächen kleinräumiger Ausprägung und Waldfunktionsflächen, die ursächlich mit Rohstoffabbau bzw. gewerblicher Nutzung in der Nachbarschaft zusammenhängen (z.B. Wald auf erosionsgefährdetem Standort, Immissionsschutzwald), kann

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		dagegen in Rahmen- bzw. Abschlussbetriebsplänen im Zulassungsverfahren mittels Abbaubestimmungen entschieden werden. Bei allen anderen Kiefernnutzwaldgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die jeweils als VR bzw. VB festgelegten Flächen nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums der Rohstoffgewinnung vollumfänglich, sondern einem, in den Betriebsplänen festgelegten, sukzessiven Abbaufortschritts in zeitlichen Stufen unterliegen. Mit Verlagerung der Rohstoffgewinnung innerhalb des VR bzw. VB kann auf abgeschlossenen Gewinnungsflächen bereits mit einer Wiederaufforstung des meist bisherigen Kiefernnutzwaldes (z.B. als hochwertigerer Wald) begonnen werden.
BE-ID: 1410	Der Bericht Kapitel 3, Abschnitt 3.3. Regionalbericht Sicherung oberflächennaher Rohstoffe Stand September 2017 enthält eine Übersicht zur Flächeninanspruchnahme in Bezug auf die Gesamtfläche der im Regionalplan jeweils festgesetzten Gebiete. Die Auswertung der Daten ergibt, das ca. 14 % der Fläche für Vorrang und Vorbehaltsgebiete z.Z. genutzt werden. Das bedeutet, dass die Regionale Planungsgemeinschaft den möglichen Bedarf an oberflächennahen Rohstoffen für den Zeitraum des Regionalplanes mit einem Faktor 7 gegenüber den derzeit bestehenden Bedarf absichert. Im selben Kapitel weist das „Monitoring Mengenansatz" eine Verringerung der Fördermenge im Berichtszeitraum um 13% aus. Der Flächenumfang für die Sicherung des Abbaus bodennaher Rohstoffe geht über das notwendige Maß einer bedarfsgerechten und angemessenen Vorsorge hinaus und wird der Bedeutung des Waldes nicht gerecht. Es wird nicht nachgewiesen, dass dieser Bedarf tatsächlich erforderlich ist. Die Planungsgemeinschaft stellt selber fest, dass bereits der Planansatz für die Vorranggebiete hinreichend Vorsorge für eine mittel- bis langfristige Rohstoffversorgung bietet. Warum nochmals in einem Umfang von 880 ha Vorbehaltsgebiete ausgewiesen werden ist unklar. Aus meiner Sicht ist zu prüfen, ob als Vorbehaltsgebiete die Gruben aufgenommen werden, die bereits aufgeschlossen sind. Das entspricht einer Fläche von ca. 92 ha. Für den Bereich der Oberförsterei Lehnin wird beantragt, die VB 06 - VB 09 mit einer betroffenen Waldfläche von 150 ha aus der Planung herauszunehmen.	Der Anregung nach einer Mengenbedarfsabschätzung durch die Regionalplanung über die Zuarbeit des LBGR hinaus wird nicht gefolgt. Begründung: Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Diese sind im Rahmen des dargelegten Planungskonzeptes hinreichend berücksichtigt. Eine Einschätzung hinsichtlich der Bedarfe und verfügbaren Rohstoffmengen nimmt hier das LBGR über den "Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Flächen" hinreichend und fachlich qualifiziert vor.
BE-ID: 1411	Der Bericht Kapitel 3, Abschnitt 3.3. Regionalbericht Sicherung oberflächennaher Rohstoffe Stand September 2017 enthält eine Übersicht zur Flächeninanspruchnahme in Bezug auf die Gesamtfläche der im Regionalplan jeweils festgesetzten Gebiete. Bei der Sicht der Unterlagen für das VB 10 ist eine Diskrepanz in der Darstellung aufgefallen, die zu klären ist. Im Steckbrief befindet sich das VB 10 zusammen mit dem VR 11 im Bereich Reetz. Die Festlegungskarte bildet das VB 10 im Raum Gräben ab. (S.24 zwei Abbildungen als Gegenüberstellung von Auszügen der Festlegungskarte und des Monitoringberichts).	Der Hinweis beruht auf einer Verwechslung beim Anreger, denn der Regionalbericht bezieht sich auf den außer Kraft getretenen Regionalplan Havelland-Fläming 2020. Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 und die in der Festlegungskarte vorgenommenen Nummerierungen der Gebiete dagegen sind neu vorgenommen worden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 05 Fichtenwalde		
BE-ID: 1404	Das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung 05 ist aus dem Vorranggebiet Rohstoffgewinnung - Fichtenwalde-Nord und Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung - Fichtenwalde-Süd mit reduzierter Fläche entwickelt worden. Das Gebiet liegt zwischen den Orten/Ortsteilen Beelitz-Heilstätten und Neuseddin entlang der Bahnlinie Berlin-Dessau. - Wertung: Durch die Ausweisung dieser Flächen als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung ist auf ca.100 ha Wald im Sinne des § 2 LWaldG betroffen. Die Umsetzung der Planung würde zur Umwandlung von Wald für die oberflächennahe Rohstoffgewinnung (Sand) führen. Die hier laut Planung potenziell mögliche Nutzungsartenänderung von Wald in diesem Flächenumfang (ca.100ha)	Das vom LBGR vorgeschlagene Vorranggebiet Rohstoffgewinnung wird wegen vollständiger Lage im LSG und nicht vorhandenen HBP/RBP nicht mehr im Regionalplan festgelegt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	wird aus forstrechtlicher Sicht abgelehnt. Begründung: Die beplanten, vollständig bewaldeten Flächen sind Teilbereiche größerer, zusammenhängender Waldkomplexe im Außenbereich. Über die oben dargestellte besondere Bedeutung des Waldes für die Umwelt und die Allgemeinheit hinaus erfüllen die überplanten Flächen teilweise die Waldfunktion: • Lärmschutzwald (WF3300) Diese Waldfunktion ist grundsätzlich nicht kompensierbar. Kann eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart auf Grund der zu erfüllenden Waldfunktionen nicht kompensiert werden, so ist die Genehmigung einer Waldumwandlung aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen und kann somit nicht in Aussicht gestellt werden. Es handelt sich somit um besonders schützenswerte und erhaltungswürdige Waldflächen.	Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Die Fragen der Waldbetroffenheit sowie des Immissionsschutzes brauchen daher nicht weiter erörtert werden.
BE-ID: 1405	Das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung 05 ist aus dem Vorranggebiet Rohstoffgewinnung - Fichtenwalde-Nord und Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung - Fichtenwalde-Süd mit reduzierter Fläche entwickelt worden. Das Gebiet liegt zwischen den Orten/Ortsteilen Beelitz-Heilstätten und Neuseddin entlang der Bahnlinie Berlin-Dessau. - Wertung: Als konfliktreich und problematisch ist das VB 05 in dieser Ausdehnung auch deswegen zu sehen, da es in nur etwa 800 - 900 m Entfernung zum stetig wachsenden Klinik- Wohn- und Freizeitstandort Beelitz-Heilstätten liegt. Die bisherigen Bestrebungen dieses Vorbehaltsgebiet für die Rohstoffgewinnung zu nutzen scheiterten in der Vergangenheit an einer möglichen verkehrstechnischen Erschließung.	Das vom LBGR vorgeschlagene Vorranggebiet Rohstoffgewinnung wird wegen vollständiger Lage im LSG und nicht vorhandenen HBP/RBP nicht mehr im Regionalplan festgelegt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Die Fragen der verkehrstechnischen Erschließung sowie des Immissionsschutzes brauchen daher nicht weiter erörtert werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 11 Gräfendorfer Heide		
BE-ID: 1431	Bereich Oberförsterei Jüterbog - Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung VB 11: Die an den Acker angrenzenden Waldflächen in der Gemarkung Welsickendorf, Flur 3 sollten nicht in das Vorbehaltsgebiet mit einbezogen werden, weil dadurch der intakte Waldrand aufgerissen werden würde und dies negative Auswirkungen für die angrenzenden Bestände hätte (siehe Anlage 15).	Der Sachverhalt ist nachvollziehbar, das Vorbehaltsgebiet wird in Anpassung an die Wegestruktur um den schmalen randlichen Waldsaum reduziert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 22 Nennhausen		
BE-ID: 1434	Bereiche Obf. Rathenow und Brieselang - Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung: Innerhalb des als Vorbehaltsgebiet VB 22 (Nennhausen) bezeichneten Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung (19,4 ha) sind rund 2,2 ha Wald überplant, dessen ökologische Wertigkeit durch weitgehende Laubholzbeimischung und hinreichende Strukturelemente als hoch einzuschätzen ist. Im Hinblick auf eine vorsorglich planerische Umgehung dieses Konfliktes sollten die Außengrenzen des Vorbehaltsgebietes in südlicher Richtung an der aktuellen Wald-Feld-Grenze unter Schonung des erhaltungswürdigen Bestandes entsprechend angepasst werden. (Randnotiz: Auf diesen Konflikt wurde seitens der uFB bereits in den Stellungnahmen zum Regionalplan in den Jahren 2012 und 2013 hingewiesen.)	Dem Gebietsvorschlag des LBGR zur Festlegung des Gebietes als Vorbehaltsgebiet wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Daher ist die Waldbetroffenheit nicht mehr zu erörtern.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 33 Schöna-Kolpien		
BE-ID: 1426	Bereich Oberförsterei Jüterbog - Vorbehaltsgebiet Rohstoffe (VR 33 - Anmerkung Exzerpierer: Gemeint wohl VB 33): Hierbei handelt es sich um eine fast 100 ha mit Wald besteckter Fläche (siehe Anlage 07). Es gibt hier zwar keine Flächen mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen, eine Umwandlung eines solch großen Waldkomplexes widerspricht aber dem § 1 LWaldG. Eine Kompensation wäre aufgrund der	Die Darlegungen sind nachvollziehbar, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Eine ausgewogene Waldinanspruchnahme über die ganze Region verteilt wird durch das Planungskonzept bereits berücksichtigt. Im Rahmen der einzelfallbezogenen Beurteilung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Flächengröße in der Region auch nicht möglich.	trifft die Regionale Planungsgemeinschaft je nach Betroffenheit Entscheidungen, die in der Abwägung von Raumansprüchen gemäß Planungskonzept auf Flächen orientiert, die bei ihrer Inanspruchnahme für eine Rohstoffgewinnung nur noch Umweltauswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Umgekehrt lässt sich aber Rohstoffgewinnung auch nicht ausschließlich auf nicht bewaldeten Flächen, dann mit Konflikten zu oftmals intensiver landwirtschaftlicher Nutzung, realisieren. Das Planungskonzept für die Bestimmung von Flächen als VR und VB zielt zum Schutze bedeutsamer Waldflächen bereits darauf ab, regional hochwertige Waldgebiete gemäß Waldfunktionenkartierung (nach LFB sog. „nicht kompensierbare Waldfunktionen“) nicht zu beanspruchen. Bei allen anderen Kiefernnutzwaldgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die jeweils als VR bzw. VB festgelegten Flächen nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums der Rohstoffgewinnung vollumfänglich, sondern einem, in den Betriebsplänen festgelegten, sukzessiven Abbaufortschritts in zeitlichen Stufen unterliegen. Mit Verlagerung der Rohstoffgewinnung innerhalb des VR bzw. VB kann auf abgeschlossenen Gewinnungsflächen bereits mit einer Wiederaufforstung des meist bisherigen Kiefernnutzwaldes (z.B. als hochwertigerer Wald) begonnen werden. Außerdem erhebt die Rechtsqualität von VB keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem definierten Maß, sondern nur auf ein besonderes Gewicht in der Abwägung mit – durch das, auf geringe Nutzungskonflikte orientierte Planungskonzept bereits eingeschränkt vorhandenen – konkurrierenden Raumansprüchen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 34 Sernow-Süd		
BE-ID: 1432	Bereich Oberförsterei Jüterbog - Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung VB 34: In der Gemarkung Semow, Flur 4, Flurstück 14 wurde im Jahr 2020 ein Kiefernbestand mit standortsgerechten Laubhölzern umgebaut. Die Waldumbaumaßnahme wurde durch das Land Brandenburg gefördert (siehe Anlage 16). Diese Fläche sollte aus dem Vorbehaltsgebiet 34 herausgenommen werden.	Dem Hinweis auf den erfolgten Waldumbau wird in Anbetracht der alternativ verbleibenden Gesamtfläche gefolgt und das Vorbehaltsgebiet entsprechend reduziert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 38 Vieritz-Kattenberge		
BE-ID: 1435	Bereiche Obf. Rathenow und Brieselang - Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung: VB 38 Vieritz - Kattenberge - Milower Land Betroffen zu 100 % Wald auf 25,30 ha; Waldfunktionen: 2100, 7710, 9100. Alle direkt angrenzenden Waldflächen im Osten und Norden des VB 38 liegen im LSG. Das ganze Waldgebiet liegt im Naturpark Westhavelland. Es handelt sich hier um ein kuppiges, bewaldetes zur Königsgrabenniederung (als NSG vorgesehen - siehe Karte Naturpark Westhavelland) nach Süden abfallendes, landschaftsprägendes Gebiet. Die Waldkante am Südhang ist besonders schützenswert. Der Entstehung nach sind die Kattenberge eine Stauchendmoräne 72 m NN - eine markante Erscheinung in der Natur. (siehe Geologische Streifzüge vom Havelland bis Arendsee v. H. Krüger S.44-47). Zu DDR Zeiten wurde dort im geringen	Den Bedenken wird nicht gefolgt. Begründungen: Die vom LBGR in wesentlich größerem Umfang vorgeschlagenen Flächen wurden bereits um nicht kompensierbare Waldfunktionen entsprechend der Stellungnahme des Landesbetriebes Forst reduziert, die damit auf der verbleibenden Fläche nicht mehr vorkommen. Weitere Raumnutzungskonkurrenzen liegen innerhalb des Gebietes nicht vor. Darüber hinaus erhebt die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Umfang Sand abgebaut.1995 wurden alle nicht bestockten Flächen zum Teil mit Laubholz- TEi u. REI wieder aufgeforstet. Auch das Grubenloch ca. 0,50 ha ist mit GKI und GBI-NV wieder bestockt. Es handelt sich hier in diesem VB um einen archäologischen Fundplatz Nr.18 von Vieritz. Bei Aufforstungsarbeiten wurde 1995 eine Steinaxt aus der mittleren Jungsteinzeit gefunden -etwa 4500 Jahre alt. (Fundmeldung untere Denkmalsbehörde Herr Bünnig). In der Stellungnahme vom 10.08.2012 (Frau Lacker) wurden bereits diese Hinweise aufgenommen. Das VB 38 (alt VB02) Vieritz-Kattenberge wurde in der Stellungnahme 2012 von der unteren und oberen Forstbehörde abgelehnt.	Maß.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 1430	Bereich Oberförsterei Jüterbog - Planung Vorrangebiete Landwirtschaft: 1) Das Flurstück 54/3, Flur 3 und Flurstück 21/1, Flur 4, Gemarkung Schönefeld (Niedergörsdorf), ist inzwischen teilweise Wald im Sinne des § 2 LWaldG. Diese Fläche wurde über eine Erstaufforstungsgenehmigung im Jahr 2018 aufgeforstet (siehe Anlage 13). 2) In der Gemarkung Jüterbog, Flur 47, Flurstück 56 ragt das Vorranggebiet für die Landwirtschaft in die Erstaufforstung aus dem Jahr 2016 hinein (siehe Anlage 14).	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und bewertet die Vorrangwürdigkeit von Ackerflächen nun differenziert nach Teilräumen mit jeweils unterschiedlichen maßgeblichen Ackerzahlen. Dadurch steht Aufforstungsvorhaben grundsätzlich eine größere Fläche zur Verfügung. Darüber hinaus werden Waldflächen nach § 2 LWaldG (entsprechend den Daten der Forstgrundkarte) mit einer Mindestgröße von fünf Hektar nicht als Vorranggebiete Landwirtschaft festlegt. Waldflächen unterhalb dieser Darstellungsgrenze, die von Vorranggebieten Landwirtschaft überlagert werden, sind nicht von der Festlegung betroffen. Die aufgeforsteten Waldflächen der genannten Flurstücke sind aufgrund der Änderungen nicht mehr von Vorranggebieten Landwirtschaft betroffen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1308	Zur Festlegung landwirtschaftlicher Vorrangflächen: Auch der Umweltbericht verweist darauf, dass Waldumwandlungen flächenmäßig auszugleichen sind. Zudem ist bekannt, dass angesichts der Klimaveränderungen der Waldanteil in Brandenburg gesteigert werden soll. Derzeit laufen noch wissenschaftliche Berechnungen für den Klimaplan, jedoch kann man für Brandenburg davon ausgehen, dass mindestens 70.000 Hektar neu aufgeforstet werden müssen. Mit der Festlegung von großflächigen landwirtschaftlichen Vorrangflächen auf Acker wird de facto ein Erstaufforstungsverbot für diese Äcker erteilt, weil dieses Ziel der Raumordnung keine Erstaufforstungsgenehmigungen zulässt. Alle Anträge hierzu sind dann ohne Ermessen von der Forstbehörde negativ zu bescheiden. Angesichts der Kompensationspflicht für die angestrebten großen Waldrodungen dieses Regionalplanes und der gesellschaftspolitisch erwünschten Waldmehrung in Brandenburg ist die Grenze für die Ausweisung landwirtschaftlicher Vorrangflächen mit einer Ackerzahl von 24 viel zu niedrig. Eine Ackerzahl von 24 entspricht bei der forstlichen Standortkartierung einem ziemlich armen Waldstandort (Z-Standort). Diese selbst für die Forstwirtschaft ziemlich arm-nährstoffversorgten Standorte als besonders ertragreiche landwirtschaftliche Flächen zu deklarieren und mit Aufforstungsverbot zu belegen, ist unverständlich. Die durchschnittliche Ackerzahl in Brandenburg beträgt 32. Besonders ertragreiche landwirtschaftliche Standorte liegen damit deutlich über einer Ackerzahl von 32. Wenn in der Planungsregion im Vergleich zum Durchschnitt in Brandenburg schwächere Böden vorliegen, dann sollte dies nicht dazu führen, angesichts des Klimawandels auf diesen ziemlich armen Standorten Aufforstungen zu verhindern.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen auf der Grundlage von Landbaugebieten vor. Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Durch die Änderungen des Planungskonzepts wird auch der Belang der Waldmehrung bzw. Erstaufforstung berücksichtigt. Die teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) ermöglicht insbesondere in den Teilräumen I (mind. AZ 41) und II (mind. AZ 30) Aufforstungen mit besseren Standortbedingungen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1316	Seitens der unteren Forstbehörde weise ich deutlich auch auf die eigentumsrechtliche Problematik dieser geplanten Festlegung hin. Auf über 119.000 Hektar, mehr als der Hälfte aller Ackerflächen der Region, dürfte der Grundeigentümer keinen Wald mehr anlegen. Ein großer Teil der anderen Ackerflächen liegt in Schutzgebieten, wo eine Aufforstung erschwert oder untersagt ist. In der Folge können viele Eigentümer ihr Recht auf Aufforstung nicht mehr ausüben. Die Genehmigung einer Erstaufforstung darf nur versagt werden, wenn Ziele und Erfordernisse der Raumordnung der Aufforstung entgegenstehen oder wenn die bestimmungsgemäße Nutzung der benachbarten Grundstücke nicht mehr gewährleistet ist. Es gibt rechtlich wegen des Anspruchs zur Nutzung eines Grundstücks als Waldfläche nur zwei Versagungsgründe. Landwirtschaftliche Vorrangflächen sind Ziele der Raumordnung und damit einer der beiden Gründe, die zur Versagung einer Erstaufforstung führen. Diese Regelung greift sehr stark in das Eigentumsrecht ein. Landwirtschaftliche Eigentümer könnten selbst ziemlich arme Standorte nicht mehr bewalden. Derzeit sind Erstaufforstungsanträge für intensiv genutzte Ackerflächen bei der unteren Forstbehörde gestellt, die bei Bestandskräftigkeit des Regionalplanes versagt werden müssten.	Siehe dazu BE ID 1308.
BE-ID: 1323	Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass Grundeigentümer die Festlegung zu den landwirtschaftlichen Vorrangflächen gerichtlich überprüfen lassen, sofern nicht eine Anhebung der Ackerzahlgrenze auf deutlich über 32 erfolgt, weil damit erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen für die Flächeneigentümer verbunden sind.	Kenntnisnahme. Siehe dazu BE ID 1308.
BE-ID: 1326	Auch ist bei einer Ackerzahl von 24 aufgrund der schwachen natürlichen Nährstoffversorgung die Baumartenauswahl zur Anlage von Mischwäldern schon stärker eingeschränkt. Will man artenreichere Laubwälder begründen, dann sind bessere Böden, als die hier vorgeschlagenen „ertragreichen landwirtschaftlichen Standorte mit Ackerzahl 24" notwendig. Artenreiche Laubwälder, die anspruchsvollere Baumarten auf etwas besseren Böden benötigen, schließt die Regionalplanung damit praktisch aus. Dies kann nicht das Ziel der Raumplanung sein. Fakt ist, dass ziemlich arme forstliche Standorte keine vorrangig ertragreichen landwirtschaftlichen Böden sind. Die untere Forstbehörde fordert hier eine Änderung der Planung.	Siehe dazu BE ID 1308.
BE-ID: 1328	Die Größenordnung der jährlichen Waldumwandlungen im ganzen Land Brandenburg zeigt zudem, dass die Bereitstellung notwendiger, meist landwirtschaftlicher Ersatzflächen für die Waldumwandlungen eine sehr untergeordnete Rolle bei den Flächenverlusten in der Landwirtschaft spielt. Die Neuanlage von Wald stellt flächenmäßig keine „Bedrohung“ der landwirtschaftlichen Nutzfläche dar. Neue Wälder haben eine positive Wirkung auf den Naturhaushalt und werden weiterhin wirtschaftlich in Form der naturnahesten Nutzungsform genutzt. Mit einer intensiveren Alternativenplanung durch Um- und Nachnutzungen bestehender, teilweise sanierungsbedürftiger Standorte, Verdichtungen, Lückenbebauung wird das Planungsziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren besser erreicht. Statt einer Erhöhung der Ackerzahl als Grenze der Ausweisung wäre es sinnvoller, Neuanlage von Wald, wie die Solarnutzung, als gleichrangige Nutzung auf den landwirtschaftlichen Vorrangflächen zu erlauben. Dies würde auch ermöglichen, dass in Einzelfällen anspruchsvollere Laubmischwälder entstehen könnten. In den meisten Fällen werden die Grundstückseigentümer allein aufgrund der Erträge schwächere Standorte zur Schaffung von Wald benutzen. Die Größenordnungen der Neuanlage von Wald stellen keine bedeutsame Flächenverringerung der Landwirtschaft dar. Viele Betriebe betreiben gleichzeitig Land- und Forstwirtschaft. Diese Regelung dient dem Flächenschutz insgesamt ohne Forst- und Landwirtschaft als konkurrierende Nutzungen festzulegen.	Eine gleichrangige Nutzung von Vorranggebieten Landwirtschaft, Neuanlage von Wald und Solarnutzung ist nicht Ziel des geänderten Planungskonzepts und nicht mit Vorranggebieten Landwirtschaft vereinbar. Eine Ausnahme stellt die Agri-Photovoltaik dar, bei der die gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung möglich ist. Siehe dazu auch BE ID 1308.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 1420	Fraglich ist die Festlegung, dass Standorte, an denen trotz ausgewiesener Waldfunktion aufgrund von Sonderregelungen bereits WEA errichtet wurden, von dem Ausschluss ausgenommen werden. Gerade dort ist es notwendig, die bereits eingeschränkte Waldfunktion nicht noch weiter durch Überbauungen zu beeinträchtigen. Zudem wird an anderer Stelle im Text darauf verwiesen, dass der LFB bereits mit einem Schreiben aus dem Jahr 2020 eine Genehmigung zur Waldumwandlung auf Flächen, die einer schützenswerten Waldfunktion unterliegen, aus forstfachlicher Sicht ausschließt (sh. lfd.-Nr. 310 auf Seite 79).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1437	Bereiche Obf. Rathenow und Brieselang - Windenergieanlagen im Wald: Bedenken werden auch hinsichtlich des grundsätzlichen Ausschlusses von Wald zur Nutzung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten geäußert. Grundsätzlich sollten hinsichtlich der im Planungskonzept festgemachten weichen Tabuzonen den örtlichen Planungsträgern auf Gemeindeebene mehr Möglichkeiten der Abwägung und damit mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung bei der Genehmigung von Windenergieanlagen eingeräumt werden. Die am Ende der Determinierungskaskade stehenden „Potenzialflächen" sollten dahingehend dem Subsidiaritätsprinzip folgend „nach unten" erweitert werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / 4 Umweltauswirkungen bei Plandurchführung		
BE-ID: 1210	Die Waldflächen sollen für folgende Nutzungen gerodet und umgewandelt werden können: Vorranggebiete Rohstoffe: 7,67 Mio m² = 767,3 ha / Vorbehaltsgebiete Siedlung: 7,81 Mio m² = 781,7 ha / Vorbehaltsgebiete Rohstoffe: 9,61 Mio m² = 961,9 ha / Großflächige Gewerbliche Industriefläche: 4,32 Mio m² = 432,2 ha. Diese Flächenwerte beruhen auf dem Verschnitt der digitalen Forstgrundkarte und den von der Planungsgemeinschaft zur Verfügung gestellten digitalen Planungsdaten als WMS/WFS-Dienste. Im Umweltbericht fehlt eine summarische Bilanz der Überplanungen von bestehendem Wald, sonst wäre die Größenordnung der möglichen Eingriffe den Beteiligten schon deutlich geworden. Diese summarische Darstellung der Waldbetroffenheit wird eingefordert.	Durch die Festlegungen des Regionalplans wird festgelegt, dass bestimmten Nutzungen auf ausgewählten, dafür besonders geeigneten Flächen ein höheres Gewicht gegenüber anderen Belangen zugemessen wird. Dabei wird in der Bindungswirkung abgestuft nach Vorbehalt und Vorrang unterschieden. Die Belange des Walderhalts wurden im Einzelfall in der Abwägung berücksichtigt. Die umfassend dokumentierte Ausarbeitung der Planungskonzepte berücksichtigt verschiedene Belange und gewährleistet im Ergebnis, dass die entsprechenden Nutzungszuweisungen dort vorgenommen werden, wo vergleichsweise die geringsten Konflikte mit anderen Nutzungen und Funktionen bewirkt werden. Die Festlegungen des Regionalplans tragen daher dazu bei, nachteilige Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu verringern. Die Entscheidung über die Festlegungen wird in einer wertenden Betrachtung von Alternativen getroffen, wobei bestehende, genehmigte oder rechtlich zugesicherte Nutzungen vorrangig in Betracht gezogen werden. Mit den Festlegungen des Regionalplans wird nicht über die Umwandlung von Waldflächen für andere Nutzungen entschieden. Dafür maßgeblich sind die Bestimmungen des Landeswaldgesetzes insbesondere die § 8 und 9 LWaldG. Der Umfang der Waldinanspruchnahme kann erst auf den

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		nachfolgenden Ebenen der vorhabenkonkreten Planungs- und Genehmigungsverfahren bestimmt werden. Dennoch wird eine summarische Darstellung der Waldbetroffenheit im Umweltbericht ergänzt.
BE-ID: 1216	Der Umweltbericht zum Regionalplan erfüllt unzureichend die Anforderungen einer Strategischen Umweltprüfung, die bei Regionalplänen durchzuführen ist. Bei Planfestlegungen mit a) nachteiligen Umweltauswirkungen und hoher Verbindlichkeit und/oder hohem Konkretisierungsgrad in räumlicher und sachlicher Hinsicht (z.B. abschließende Festlegung der genauen Lage eines Vorhabens) oder b) bei den Planfestlegungen mit nachteiligen Umweltauswirkungen, die für bestimmte – UVP-pflichtige oder nicht UVP-pflichtige - Vorhaben einen Rahmen setzen, sind vertiefende Prüfungen notwendig. Bezogen auf die Waldfläche gibt es Planfestlegungen, die a) und b) entsprechen und für die vertiefende Prüfungen notwendig sind, besonders Alternativenprüfungen. Die Alternativenprüfung gemäß § 14g Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Nr. 8 UVPG für die Waldinanspruchnahme ist unabhängig von zusätzlich von der Forstbehörde ausgewiesenen Waldfunktionen vorzunehmen. Die Alternativenprüfung bietet die Möglichkeit, negative Umweltauswirkungen auf den Wald von vornherein zu vermeiden oder zu minimieren.	Im Umweltbericht werden die hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen in Form von Zielen und Grundsätzen zu bewertenden einzelnen Planfestlegungen einer maximal dreistufigen Prüfung unterzogen, demnach zunächst die Beurteilung der Umweltrelevanz der einzelnen Festlegungen erfolgt. Anschließend erfolgt eine Abschätzung der Auswirkungen auf die Schutzgüter sowie im ggf. letzten Schritt eine detaillierte Analyse der möglichen nachteiligen Umweltauswirkungen unter Berücksichtigung des Raumbezugs. Zudem berücksichtigt die umfassend dokumentierte Ausarbeitung der Planungskonzepte verschiedene Belange und gewährleistet im Ergebnis, dass die entsprechenden Nutzungszuweisungen dort vorgenommen werden, wo vergleichsweise die geringsten Konflikte mit anderen Nutzungen und Funktionen bewirkt werden. Die Festlegungen des Regionalplans tragen daher dazu bei, nachteilige Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu verringern. Die Entscheidung über die Festlegungen wird in einer wertenden Betrachtung von Alternativen getroffen, wobei bestehende, genehmigte oder rechtlich zugesicherte Nutzungen vorrangig in Betracht gezogen werden.
BE-ID: 1273	Die Planung wird nicht dem Vermeidungsgrundsatz gerecht. Die Auswirkungen von Waldumwandlungen in diesem Größenausmaß auf die Schutzgüter gemäß UVPG sind unzureichend dargestellt (z.B. Einfluss auf die Wasserqualität, klimatische Veränderung im Umfeld, Landschaft, Flora und Fauna, Bodenschutz: Zerstörung alter Waldstandorte (die Lage alter Waldstandorte siehe „Schmettausche Karte“ unter „Historische Forstkartierungen“ im Forst-Geoportal: brandenburg-forst.de) etc.) Im Umweltbericht steht zu den Waldrodungen bei zahlreichen Vorhaben, dass „abhängig vom Ausmaß der Flächeninanspruchnahme von erheblichen Beeinträchtigungen auszugehen ist", jedoch werden die Beeinträchtigungen unzureichend dargestellt.	Die Bedenken des Stellungnehmenden, die Planung werde nicht dem Vermeidungsgrundsatz gerecht, ist unzutreffend. Durch die Festlegungen des Regionalplans wird festgelegt, dass bestimmten Nutzungen auf ausgewählten, dafür besonders geeigneten Flächen ein höheres Gewicht gegenüber anderen Belangen zugemessen wird. Die Belange der Waldimamspruchnahme wurden im Einzelfall in der Abwägung berücksichtigt. Die umfassend dokumentierte Ausarbeitung der Planungskonzepte berücksichtigt verschiedene Belange und gewährleistet im Ergebnis, dass die entsprechenden Nutzungszuweisungen dort vorgenommen werden, wo vergleichsweise die geringsten Konflikte mit anderen Nutzungen und Funktionen bewirkt werden. Die Aufgabe der Umweltprüfung ist, das Ausmaß der zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen der Festlegungen des RegPl 3.0 und Möglichkeiten für Alternativen entsprechend der Konkretisierungsebene zu prognostizieren und anhand fachgesetzlicher Maßstäbe zu bewerten. Die Prognose und Bewertung der Umweltauswirkungen der einzelnen Planfestlegungen kann also nicht detaillierter sein als die Planfestlegungen selbst. Eine vertiefende raumbezogene Umweltfolgenabschätzung und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		-bewertung (Umweltprüfung Stufe 3) erfolgt immer dann, wenn ein Bezug der Planfestlegung auf einen bestimmten räumlichen Geltungsbereich und eine daraus resultierende Eingrenzung des Wirkraums möglich sind und die 2. Stufe der Umweltprüfung (Abschätzung der Auswirkungen auf die Schutzgüter und damit verbunden die Feststellung, welche Schutzgüter betroffen sind) zu dem Ergebnis kommt, dass mit der Planfestlegung negative Umweltauswirkungen einhergehen können, die eine hohe Verbindlichkeit aufweisen. Grundsätzöich ist auch zu berückichtigen, dass die Entscheidung über die Zulässigkeit von Waldinanspruchnahmen und die Regelung der Ausgleichs nach § 8 Absatz 3 LWaldG sowie über die Erstaufforstung (§ 9 LWaldG) einer Einzelfallbewertung bedarf, welche durch die zuständige Forstbehörde vorzunehmen ist.
BE-ID: 1277	Bei Vorhandensein geeigneter, landwirtschaftlicher Alternativflächen zu Wald, ist keine Zustimmungsgrundlage zur Inanspruchnahme von Waldfläche gegeben. In den letzten Jahren wurden in ganz Brandenburg in Summe im Durchschnitt weniger als 200 ha Wald umgewandelt (Trassen, Straßen, Gewerbe, Siedlung etc.). Das verdeutlicht die Größenordnung von ca. 3000 ha mit der die Waldfläche in der Region in diesem Regionalplanentwurf überplant wurde. Die fehlende summarische Darstellung der Waldinanspruchnahmen kaschiert die Intensität der Eingriffe und erschwert sachgerechte Stellungnahmen von Behörden und Umweltverbänden.	Die Annahme, durch die Festlegungen des Regionalplans würde eine Waldinanspruchnahme von ca. 3.000 ha ermöglicht, ist unzutreffend. Durch die Festlegungen des Regionalplans wird festgelegt, dass bestimmten Nutzungen auf ausgewählten, dafür besonders geeigneten Flächen ein höheres Gewicht gegenüber anderen Belangen zugemessen wird. Dabei wird in der Bindungswirkung abgestuft nach Vorbehalt und Vorrang unterschieden. Die Belange des Walderhalts wurden im Einzelfall in der Abwägung berücksichtigt. Die umfassend dokumentierte Ausarbeitung der Planungskonzepte berücksichtigt verschiedene Belange und gewährleistet im Ergebnis, dass die entsprechenden Nutzungszuweisungen dort vorgenommen werden, wo vergleichsweise die geringsten Konflikte mit anderen Nutzungen und Funktionen bewirkt werden. Die Festlegungen des Regionalplans tragen daher dazu bei, nachteilige Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu verringern. Überdies wird im Umweltbericht nunmehr eine summarische Darstellung der Waldinanspruchnahme erfolgen.
Umweltbericht / 4.1 Siedlung		
BE-ID: 1274	Raumgreifende Risikobetrachtung sind erforderlich für Plangebiete, in denen Vorbehaltsgebiete Siedlung inmitten großflächiger Kiefernforsten und in der Zusammenschau mit weiteren planbestimmten Entwicklungszielen, bspw. WEG, vorgesehen werden, um Überlastungsszenarien des hiervon betroffenen Naturraumes frühzeitig auszuschließen.	Die Aufgabe der Umweltprüfung ist, das Ausmaß der zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen der Festlegungen des RegPl 3.0 und Möglichkeiten für Alternativen entsprechend der Konkretisierungsebene zu prognostizieren und anhand fachgesetzlicher Maßstäbe zu bewerten. Die Prognose und Bewertung der Umweltauswirkungen der einzelnen Planfestlegungen kann also nicht detaillierter sein als die Planfestlegungen selbst. Eine vertiefende raumbezogene Umweltfolgenabschätzung und -bewertung (Umweltprüfung Stufe 3) erfolgt immer dann, wenn ein Bezug der Planfestlegung auf einen bestimmten räumlichen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Geltungsbereich und eine daraus resultierende Eingrenzung des Wirkraums möglich sind und die 2. Stufe der Umweltprüfung (Abschätzung der Auswirkungen auf die Schutzgüter und damit verbunden die Feststellung, welche Schutzgüter betroffen sind) zu dem Ergebnis kommt, dass mit der Planfestlegung negative Umweltauswirkungen einhergehen können, die eine hohe Verbindlichkeit aufweisen. Keiner vertiefenden Umweltprüfung Stufe 3 wurden die Vorbehaltsgebiete Siedlung unterzogen. Im Zuge der Festlegung von VB Siedlung wurde die konfliktarme Lage mit Kriterien untersetzt, die ebenfalls in der Umweltprüfung Anwendung fanden. So können erhebliche negative Auswirkungen durch die Festlegung von VB Siedlung vermieden werden. Grundsätzlich binden die Flächen der Festlegung Vorbehaltsgebiete Siedlung den Siedlungsbestand ein, sodass nur für wenige Teilflächen der Ausweisungen Flächeninanspruchnahmen unbebauter Flächen erwartet werden.
BE-ID: 1276	Jede Waldfläche erfüllt Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen. Die forstbehördlich zusätzlich kartierten besonderen Waldfunktionen können nicht dazu führen, dass nicht funktionskartierte Wälder als funktionslos und damit in hohem Ausmaß in andere Nutzungsarten, wie z.B. Siedlungen (782 ha Siedlungsvorbehalt im Wald!) umgewandelt werden können. Die bspw. im Umweltbericht auf S. 58 zum Inhaltspunkt 4.2. 'Vorbehaltsgebiete Siedlung' angegebene Größenordnung von insgesamt 179,74 km² sollte daher im Hinblick auf gewichtige Vorsorgegründe unter Brandenburger Verhältnissen (Klima, Boden, Wasser und Brandrisiken) eine vertiefende Umweltfolgenabschätzung zum Ergebnis haben, da nachgeordnete Planungen derartige Gesamtraum-Wirkungen nicht oder nur unvollständig abbilden können.	Grundsätzlich zutreffend ist, dass der Wald eine Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion übernimmt. Weiterhin ist auch zutreffend, dass mit den Festlegungen des Regionalplans eine Inanspruchnahme von Waldflächen nicht auszuschließen ist. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft ihre Entscheidungen aufgrund der Abwägung von Belangen, die auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Dabei werden neben der Waldgebiete mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen nach Waldfunktionskartierung, anders als vom Einwender vorgebracht, auch nicht funktionskartierte Wälder berücksichtigt. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Inanspruchnahme von Wald im Ergebnis der Abwägung gerechtfertigt sein kann. Aufgabe der Umweltprüfung ist, das Ausmaß der zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen der Festlegungen des RegPl 3.0 und Möglichkeiten für Alternativen entsprechend der Konkretisierungsebene zu prognostizieren und anhand fachgesetzlicher Maßstäbe zu bewerten. Die Prognose und Bewertung der Umweltauswirkungen der einzelnen Planfestlegungen kann also nicht detaillierter sein als die Planfestlegungen selbst. Eine vertiefende raumbezogene Umweltfolgenabschätzung und -bewertung (Umweltprüfung Stufe 3) erfolgt immer dann, wenn ein Bezug der Planfestlegung auf einen bestimmten räumlichen Geltungsbereich und eine daraus resultierende Eingrenzung des Wirkraums möglich sind und die 2. Stufe der Umweltprüfung (Abschätzung der Auswirkungen auf die Schutzgüter und damit verbunden die Feststellung, welche Schutzgüter betroffen sind) zu dem Ergebnis kommt, dass mit der Planfestlegung negative

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Umweltauswirkungen einhergehen können, die eine hohe Verbindlichkeit aufweisen.
TÖB-Nr.: 179 / Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 184	Großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort (GIV) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne: Die Ausweisung eines GIV an diesem Standort wird seitens der BBG begrüßt. Innerhalb dieses Vorsorgestandortes befindet sich eine Vielzahl ehemaliger Bodenreformflurstücke in Landeseigentum, welche im Rahmen der Entwicklung einer höherwertigen Nutzung zugeführt werden könnten.	Die Zustimmung zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Ergebnisse des ersten Beteiligungsverfahrens hat die Regionale Planungsgemeinschaft entschieden, das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne zu verkleinern. Ob dadurch die Interessen der Einwenderin betroffen sind, konnte nicht festgestellt werden, da die Einwenderin die in ihrem Eigentum stehenden Flurstücke nicht konkret mitgeteilt hat.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 b) Jüterbog-Forst Zinna		
BE-ID: 185	Großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort (GIV) Jüterbog - Forst Zinna: Für den bebauten östlichen Bereich der ehemaligen WGT-Liegenschaft „Kaserne Forst Zinna“ wurde ein GIV ausgewiesen. Diese Nutzung folgt dem alten LEP 8-8 und auch dem unwirksamen Regionalplan, in dem die Fläche als gewerblich-industrieller Vorsorgestandort ausgewiesen war. Eine diesbezügliche Nutzung entsprach grundsätzlich auch den Abstimmungen mit dem Bürgermeister der Stadt Jüterbog, der Wirtschaftsförderung des Landkreises Teltow-Fläming und der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg. Zwischenzeitlich hat sich für diese Liegenschaft ein landeseigener Bedarf im Hinblick auf die Errichtung eines polizeilichen Einsatztrainingszentrums ergeben. Aufgrund von Presseveröffentlichungen und ausweislich des Telefonats zwischen Frau Podwitz und Herrn Klauber am 02.05.2022 sind der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming die Entwicklungsabsichten bekannt. Anlässlich des Telefonats hat Frau Podwitz darüber informiert, dass im Rahmen der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes der Stadt Jüterbog seitens der BBG angeregt wurde, für die hier in Rede stehende Fläche anstelle einer „gewerblichen Nutzung“ ein „sonstiges Sondergebiet“ nach § 11 BauNVO im Hinblick auf die mögliche spätere Nutzung auszuweisen. Im Rahmen der Einschätzungen und Bewertungen der Regionalen Planungsstelle wird der gewerblich-industrielle Vorsorgestandort Forst Zinna als „bedingt geeignet“ bewertet, welcher die hohen Anforderungen an eine „herausragende Standortgunst“ nur eingeschränkt erfüllt (Inanspruchnahme von Waldfläche, sich daraus ergebender Kompensationsbedarf, Konflikte hinsichtlich des Artenschutzes, Flächengröße < 100 ha, Herstellung der Zufahrt über die neue B101, kein direkter Anschluss an Schienenverkehr). Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung und ggf. alternativer Nutzung durch das Land Brandenburg wird seitens der BBG darum gebeten, dass zukünftig sowohl die gewerbliche als auch andere Nutzungen (z. B. Sondergebiet wie o.a.) möglich sein sollten. Diesbezüglich bitten wir die Planungsstelle um entsprechende Prüfung.	Der Anregung, die Eignung des Standortes "Jüterbog-Forst Zinna" als GIV erneut zu prüfen, wurde gefolgt. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird im Ergebnis abgesehen. Diese Entscheidung beruht auf den folgenden Sachverhalten und Bewertungen: Im Ergebnis des durchgeführten Beteiligungsverfahrens und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der für den Standort Forst Zinna im Auftrag der Stadt Jüterbog von der EBP Deutschland GmbH ausgeführten Machbarkeitsstudie (Dezember 2023) wird festgestellt, dass die Eignungsvoraussetzungen für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort nicht ausreichend gegeben sind. Diese Bewertung beruht insbesondere auf den Folgenden Feststellungen: 1. Hoher Erschließungsaufwand und hohes Risiko durch Altlasten sowie Kampfmittel: Die äußere Erschließung des Gebiets durch die Bundesstraße 101 ist weiter ungeklärt. Gegebenenfalls mögliche Erschließungsvarianten sind mit einem hohen Aufwand und einer hohen Unsicherheit in Bezug auf die Realisierung verbunden. Eine südliche Erschließung über die ehemalige Kasernenzufahrt und die K7216 ist nicht möglich. Eine Anbindung durch öffentlichen Personenverkehr ist gegenwärtig nicht gegeben und aufgrund der Erschließungssituation auch für die Zukunft ungeklärt. Der Standort verfügt über keine bestehende Energieversorgung und keine zentrale Wasserver- und -entsorgung. Ein Anschluss an die zentrale Wasserver- und -entsorgung würde den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur erfordern. Die auf dem Gelände vorhandene, ehemalige Infrastruktur ist nicht mehr nutzbar. Ob eine Eigenver- und

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	-entsorgung am Standort erfolgen kann ist ungeklärt. Eine voraussichtlich mögliche Wassergewinnung vor Ort hätte die Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen zur Folge, woraus sich Nutzungseinschränkungen am Standort ergeben würden. Auf dem Gelände befinden sich zahlreiche Altlastenverdachtsflächen in einem flächenhaften Umfang von insgesamt 18,6 Hektar. Zum erforderlichen Sanierungsaufwand liegen keine Informationen vor. Die Altlastensituation stellt daher ein hohes Entwicklungsrisiko dar. Obwohl Teile des Areals in den Jahren 1997 bis 2004 auf Kampfmittel untersucht wurden, ist die Belastung des Geländes durch Kampfmittel im Wesentlichen unaufgeklärt. Auch dieser Sachverhalt wird als hohes Entwicklungsrisiko bewertet. 2. Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz: Aufgrund der Grenzlage zum SPA-Gebiet DE 3945-421 „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" ist mit Einschränkungen für eine gewerblich-industrielle Nutzung zumindest in Randbereichen zu rechnen. Weiter wird die gewerbliche Nutzung der Fläche durch geschützte Biotope eingeschränkt. Die Sachlage in Bezug auf den Artenschutz ist noch nicht ausreichend aufgeklärt. Mit weiteren Einschränkungen durch Belange des Artenschutzes ist beispielsweise in Bezug auf Fledermäuse und Amphibien zu rechnen, wie auch die Stellungnehmerin mitteilt. Die Gesamtfläche des im Entwurf des Regionalplans dargestellten Vorranggebiets unterschreitet die Mindestflächenanforderung von 100 Hektar bereits geringfügig. Unter Berücksichtigung des Sachverhalts, dass bereits zum Zeitpunkt der Entwurfserarbeitung erkennbar war, dass die für eine gewerbliche Ansiedlung zur Verfügung stehende Fläche nicht mehr als 80 Hektar betragen wird, kann aufgrund der zu erwartenden weiteren Einschränkungen nicht mehr festgestellt werden, dass das erforderliche Flächenpotenzial für einen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort ausreichend ist. 3. Keine Entwicklung der Gesamtfläche: Im Ergebnis der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (November 2023) wird eine schrittweise Entwicklung des Standortes in drei Etappen empfohlen. Mit dem Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 048 „Gewerbe- und Industriepark-Forst Zinna“ verfolgt die Stadt Jüterbog das Ziel, eine etwa 50 Hektar große Teilfläche einer bedarfsgerechten Entwicklung zuzuführen. Eine solche Entwicklungsabsicht ist mit der Anforderung, dass an großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten ein Flächenangebot von etwa 100 Hektar langfristig vorgehalten werden soll und für eine kurz- und mittelfristige, kleinteilige Entwicklung nicht zur Verfügung steht, unvereinbar. Unabhängig vom noch ungewissen Ausgang des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		begonnenen Bauleitplanverfahrens, ist unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der EBP Deutschland GmbH (Dezember 2023) festzustellen, dass eine Entwicklung der Gesamtfläche mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken verbunden ist. Der Standort Forst Zinna kann daher die Funktion eines großflächigen Vorsorgestandorts nicht ausreichend erfüllen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 186	Nach Abgleich mit unserem Geoportal wurden auf den WGT-Liegenschaften „Altes Lager“ (PF 04 Jüterbog - Alles Lager), „Sperenberg/Kummersdorf-Gut“ (PF 08 Kummersdorf-Gut) und „Kaserne Forst Zinna“ (PF 14 Forst Zinna) Potentialflächen (PF) untersucht, welche im Ergebnis als Windeignungsgebiete festgelegt werden sollen. Dies wird seitens der BBG ausdrücklich begrüßt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 190	Seitens der BBG wurde im Weiteren die Potentialfläche „PF 07 Paplitz“ auf der WGT-Liegenschaft Truppenübungsplatz Heidehof als WEG vorgeschlagen. Im Ergebnis der Untersuchungen der Regionalen Planungsstelle sprechen mehrere Belange und eine „teilweise bestehende Prognoseunsicherheit“ gegen die Errichtung von Windenergieanlagen. Zudem hat die Stadt Baruth (Mark) diese Fläche in dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) „Energie“ nicht als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Windkraftnutzung mit Konzentrationswirkung“ sondern als „Fläche für Wald“ ausgewiesen. Seitens der Stadt wird deshalb die Festlegung von Eignungsgebieten außerhalb der im FNP dargestellten Konzentrationsflächen abgelehnt. Seitens der Regionalen Planungsstelle wird ausgeführt, dass „voraussichtlich keiner der betroffenen Belange für sich allein einen Ausschluss der Festlegung als Eignungsgebiet ausreichend rechtfertigt“. Deshalb regen wir an, unter Verweis auf die strategische Energiepolitik des Landes Brandenburg, welche eine „signifikant gesteigerte Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Ziel der Erreichung der Klimaneutralität in 2045 in Brandenburg“ zum Ziel hat, die Ausweisung dieser ehemals militärisch genutzten Liegenschaft als Windeignungsgebiet durch die Regionale Planungsstelle nochmals prüfen zu lassen. Neben der Erfüllung der vorstehend genannten Ziele könnte die Liegenschaft damit einer zivilen Nutzung zugeführt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 191	In den weiteren im Regionalplan ausgewiesenen Potentialflächen für Windeignung WEG befinden sich teilweise einzelne Flurstücke des Bodenreformvermögens, für die sich damit eine höherwertige Nutzung ergeben könnte. Da es sich jeweils um Einzelflächen handelt, bleibt die Einbeziehung dieser Flächen den weiteren konkreten Planungen der zukünftigen Betreiber vorbehalten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 04 Jüterbog-Altes Lager		
BE-ID: 187	Das WEG „PF 04 Jüterbog - Altes Lager“ umfasst das bereits ausgewiesene WEG, auf dem seitens der BBG im Jahr 2004 auf der Grundlage eines Pachtvertrages Windkraftanlagen errichtet wurden. In den Folgejahren wurden weitere Anlagen aufgrund zusätzlicher vertraglicher Vereinbarungen errichtet. Inwieweit es darüber hinaus die Möglichkeit gibt, weitere Einzelanlagen zu errichten, bedarf im Weiteren der Prüfung und Planung der Betreiber. Die BBG würde zusätzliche Möglichkeiten der Errichtung von Windkraftanlagen begrüßen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 08 Kummersdorf-Gut		
BE-ID: 188	Das WEG „PF 08 Kummersdorf-Gut“ umfasst nur landeseigene Flächen in der Gemarkung Kummersdorf Gut (Gemeinde Am Mellensee) - die darüber hinausgehenden Flächen in der Gemarkung Schöneweide (Gemeinde Nuthe-Urstromtal) liegen außerhalb der WGT-Nutzung. Das potentielle Windeignungsgebiet befindet sich im südlichen Bereich der Liegenschaft unterhalb der ehemaligen Start- und Landebahnen und umfasst neben den gemeindlichen Ausweisungen in den entsprechenden Teil-Flächennutzungsplänen im südwestlichen Bereich rd. 50 ha mehr der ehemals militärisch genutzten Liegenschaft. Die Ausweisung dieses WEG wird seitens der BBG ausdrücklich begrüßt. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, diese ehemalige militärisch genutzte Liegenschaft einer zivilen Nachnutzung im Rahmen der Errichtung von Anlagen erneuerbarer Energien zuzuführen und den Anteil erneuerbarer Energien entsprechend der Klimaziele des Landes Brandenburg (Energiestrategie 2030 und im Weiteren Energiestrategie 2040) weiterhin zu erhöhen. Inwieweit für die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der Potentialfläche voraussichtlich eine Erlaubnis nach § 9 Absatz 1 Ziffer 4 Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz (BbgDSchG) erforderlich ist, bleibt in den konkreten Planungen abzuwarten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 14 Forst Zinna		
BE-ID: 189	Das potentielle WEG „PF 14 Forst Zinna“ befindet sich westlich der Bundesstraße B101 und folgt damit dem Vorschlag der BBG. Aufgrund der einzuhaltenden Abstände z. B. zur Bahnstrecke der sogenannten Anhalter Bahn hat die Potentialfläche eine Größe von rd. 69 ha (Vorschlag der BBG: rd. 83 ha). Das östlich der B101 unter Denkmalschutz stehende Proviantlager wurde entsprechend dem Hinweis der BBG aus der Potentialfläche herausgelöst. Die Potentialfläche erstreckt sich nunmehr östlich nur bis zur Bundesstraße B101. Auch die Ausweisung dieses WEG auf einer ehemals militärisch genutzten Fläche und damit die zivile Nachnutzung wird seitens der BBG ausdrücklich begrüßt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 182	Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming übersende ich Ihnen die Ausführungen der Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH vom 4. Mai 2022, die sich unser Haus inhaltlich zu eigen macht.	Kenntnisnahme. Die Sachverhalte aus der Stellungnahme sind der Regionalplangliederung bezogen ausgewertet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 183	Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Von der Regionalen Planungsstelle wurde die BBG auch direkt im Verfahren beteiligt. Diesbezüglich haben wir die Planungsstelle mit Schreiben vom 04.05.2022 (Anlage) dahingehend informiert, dass unsere Stellungnahme im Rahmen der Gesamtstellungnahme Ihres Hauses eingereicht wird. Unsere Stellungnahme berücksichtigt die Festlegungen des Regionalplans zu „Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte“ sowie „Windenergienutzung“, zu welchen konkrete Flächen ausgewiesen wurden, die mit unseren vorhergehenden Stellungnahmen zu den in unserer Verwaltung befindlichen Liegenschaften abgeglichen wurden. Zu den weiteren Festlegungen („vorbeugender Hochwasserschutz“, „oberflächennahe Rohstoffe“ und „Landwirtschaftliche Bodennutzung“) ist aus unserer Sicht keine Stellungnahme erforderlich. Sofern Liegenschaften in unserer Verwaltung (vorrangig Flurstücke des Bodenreformvermögens) betroffen sind, können im Rahmen der weiterführenden Planungen (Planfeststellungsverfahren, Bebauungsplanverfahren) entsprechende Stellungnahmen abgegeben werden.	Kenntnisnahme. Die Sachverhalte aus der Stellungnahme sind der Regionalplangliederung bezogen ausgewertet.
TÖB-Nr.: 182 / Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 944	Vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Die thematisch in den Geschäftsbereich des MLUK fallenden fachlichen Belange wurden zuständigkeitshalber durch die hiesigen Fachabteilungen geprüft. Ich bitte, folgende Hinweise in Bezug auf die Belange des Klimaschutzes, des Waldschutzes, des Wasser-/Hochwasserschutzes und des Naturschutzes zu berücksichtigen. Klimaschutz: a. Gemäß § 13 des Klimaschutzgesetzes (KSG) des Bundes haben die Träger öffentlicher Aufgaben bei ihren Planungen und Entscheidungen den Zweck dieses Gesetzes (§ 1 KSG: (...) zum Schutz vor den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben zu gewährleisten) und die zu seiner Erfüllung festgelegten Klimaschutzziele zu berücksichtigen. Der Beschluss des Landtages Brandenburg - Klimaplan Brandenburg - eine verbindliche Klimastrategie für unser Land - vom 17. Juni 2020 bekräftigt das Bekenntnis zu den Zielen und zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. Die Landesregierung Brandenburg hat sich mit Kabinettbeschluss vom Februar 2020 ebenfalls zu den Zielen und zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens bekannt und dem Land das Klimaziel gesetzt, bis spätestens zum Jahr 2050 klimaneutral zu wirtschaften und zu leben. Gleichermaßen hat die Landesregierung hierin beschlossen, in allen relevanten Bereichen einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und einen Klimaplan aufzustellen, der die Weiterentwicklung der bestehenden Strategien des Landes mit ihren klimarelevanten Aspekten zu einer KSG sektorenübergreifenden verbindlichen Klimaschutzstrategie zusammenfasst. Die Landesregierung wird danach ferner ein entsprechendes Maßnahmenpaket auflegen. Mit einem weiteren Kabinettbeschluss vom November 2021 ist das Klimaziel des Landes auf das Zieljahr 2045 vorgezogen sowie die Festlegung von Zwischen- und Sektorzielen für die Jahre 2030 und 2040 beschlossen worden; außerdem sind acht Handlungsfelder beschlossen worden, in denen Handlungsschwerpunkte benannt sind, die durch die im weiteren Prozess zu entwickelnden Maßnahmen noch spezifiziert werden. b. Die Erarbeitung des Klimaplans hat begonnen, der Prozess läuft und wird voraussichtlich im 4. Quartal durch Veröffentlichung des endabgestimmten und beschlossenen Klimaplanes mit dem sektorenbezogenen Maßnahmenkatalog auf der Grundlage eines beschlossenen Handlungsszenarios beendet werden. Der Zwischenbericht zum Gutachten für den Klimaplan Brandenburg" des Gutachter-Konsortiums vom 18.02.2022 (https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/ZwBericht-Gutachten-KlimaplanBB_finale%20Fassung.pdf)	Die Ausführungen zu klimapolitischen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele in Brandenburg werden zur Kenntnis genommen. Der Anregung, klimaschutzbezogene Flächenansprüche zu berücksichtigen, wurde mit Inkrafttreten des Sachlichen Teilregionalplans für die Windenergienutzung 2027 und der Feststellung, dass der Sachliche Teilregionalplan mit dem regionalen Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für den Stichtag 31. Dezember 2027 nach Artikel 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes vom 8. März 2023 (GVBl. Nr. 3) in Einklang steht, bereits gefolgt. Der Anregung (e), darüber hinaus Festlegungen zu treffen wird nicht gefolgt. Die Pflichtaufgaben der Regionalplanung ergeben sich aus dem übergeordneten Landesentwicklungsprogramm der Hauptstadtregion (LEP HR) und der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne. Eine Planänderung ist nicht notwendig.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	gibt bereits jetzt einen ersten Überblick über übergreifende Entwicklungen und Rahmenbedingungen sowie sektorbezogen über Trends und Handlungsbedarfe, die grundsätzlich auch für die Regionalplanung relevant sind. c. Die Ergebnisse des Klimaplans werden dann ebenso wie die für den Klimaschutz relevanten Aussagen und Festlegungen aus anderen ressortspezifischen Fachstrategien und Konzepten des Landes wie zum Beispiel der gegenwärtig in Erarbeitung befindlichen Energiestrategie 2040 und der Fortschreibung der Mobilitätsstrategie 2030, die ebenfalls voraussichtlich im laufe des Jahres 2022 beschlossen werden, im Rahmen der Regionalplanung zu berücksichtigen sein. d. Bei Vorliegen der unter c. genannten Dokumente während des vorliegenden Planungsverfahrens wären insbesondere in den Text-Dokumenten „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0" und „Umweltprüfung" zum Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming entsprechende Hinweise, Bezüge und Verknüpfungen an den dafür geeigneten Stellen einzuarbeiten, unter Berücksichtigung der (voraussichtlichen) Klima-Zwischenziele des Landes für die Jahre 2030, 2040 und 2045. Dafür bieten sich in den Dokumenten die allgemeineren Ausführungen an, im Dokument „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0" besonders auch der Abschnitt IV. Begründung, IV.2.2. "Windenergienutzung", IV. 2.2.2. "Planungskonzept" und dort unter Buchstabe e) cc) der Abschnitt „Ergänzende Betrachtung zu den energie- und klimapolitischen Zielen des Landes Brandenburg", (Seite 66) sowie unter IV.2.4. "Vorranggebiete für die Landwirtschaft" Buchstabe b) ff) der Abschnitt "Freiflächenanlagen zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie" (Seite 103). Daneben sind auch die anzuwendenden/zu beachtenden Rechtsgrundlagen zu ergänzen oder zu aktualisieren. Dabei ist an das novellierte Klimaschutzgesetz des Bundes in der Fassung der Änderung vom 18.08.2021 zu denken. Dies sollte ins besondere im Dokument "Regionalplan Havelland-Fläming 3.0" unter IV.2.4. "Vorranggebiete für die Landwirtschaft" Buchstabe b) ff) im Abschnitt "Freiflächenanlagen zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie" (Seite 103), unter IX. im Verzeichnis der Rechtsvorschriften unter Nr. [9] und [50] sowie im Dokument "Umweltprüfung" ggf. unter Klima, Luft in der Tabelle in Nr. 11 - Allgemein verständliche Zusammenfassung - berücksichtigt werden. e. Für die Umsetzung der Klimaneutralität des Landes Brandenburg sind auch flächenwirksame Maßnahmen erforderlich. Neben den Flächen für Windenergieanlagen gehören dazu insbesondere Flächen für Neubewaldung zur Vergrößerung der Waldfläche sowie Flächen für Photovoltaik (Freiflächen-Photovoltaik, Agri-Photovoltaik und Moor-Photovoltaik). Im Regionalplan Havelland-Fläming müssen diese neuen klimaschutzbezogenen Flächenansprüche Berücksichtigung finden - zumindest dürfen die Festsetzungen des Regionalplanes der Realisierung dieser Maßnahmen nicht entgegenstehen. Die Festsetzungen im Entwurfs für den Regionalplan Havelland-Fläming sind daraufhin einer gesonderten Überprüfung zu unterziehen. Auch auf das Windenergieanlagenabstandsgesetz des Landes Brandenburg vom 20.05.2022 sollte an geeigneter Stelle hingewiesen werden. Weiterer Ergänzungs- und Aktualisierungsbedarf bei den Rechtsvorschriften bzw. durch neue Rechtsvorschriften ist von diesen Hinweisen unbenommen. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Benennung eines fachlichen Ansprechpartners]	
BE-ID: 945	Waldschutz Grundsätze Wald ist gern. § 1 BWaldG und § 1 LWaldG zu erhalten. Zweck der Gesetze ist es, im Bewusstsein des besonderen Wertes des Waldes für die Allgemeinheit, diesen wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und der Tier- und Pflanzenwelt, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die natürlichen Bodenfunktionen, als Lebens- und Bildungsraum, das Landschaftsbild und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) sowie wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern. Neben diesen landesrechtlichen Vorgaben hat der Bund Zielstellungen formuliert, welche die gesamtgesellschaftliche	Die Hinweise zum Waldschutz und die Bedeutung des Waldes im Zusammenhang mit dem Klimawandel werden zur Kenntnis genommen. Der Belang des Walderhalts wird bei den Entscheidungen über die Festlegungen des Regionalplans im Einzelfall in der Abwägung mit anderen Belangen berücksichtigt. Weiter wird auf BE 946 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bedeutung des Waldes verstärkt in den Fokus auch im Hinblick auf raumordnerische Ziele rückt. So ist in der Waldstrategie 2050 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft die Erhaltung der Waldfläche und der Schutz der Wälder vor Umwandlung in eine andere Nutzungsart im dicht besiedelten Deutschland als essenzieller Beitrag zum Wald- und Bodenschutz festgestellt und ausgewiesen worden. Die Klimaschutzleistungen der Wälder mit ihren Senken-, Produktspeicher- und Substitutionswirkungen sind durch eine multifunktionale Waldbewirtschaftung zu stärken. Dazu gehört auch die Aktivierung der Beiträge des Waldes durch Flächen für die natürliche Waldentwicklung, multifunktionale Erstaufforstungen und klimaresiliente Gehölzanpflanzungen. Mit Rodungen bzw. Umwandlung fällt der Wald mit allen seinen Ökosystemleistungen sofort flächig aus. Mit „Verschiebung" von Wald (Ausgleich) durch Neuanlagean anderer Stelle sind vielschichtige, langfristige Beeinträchtigungen der Gemeinwohlleistungen des Waldes verbunden. Eine Neuanlage (Erstaufforstung) von Wald kann, bei kurz- und mittelfristiger Betrachtung, ökologisch gewachsene Waldstrukturen und deren vielfältige Gemeinwohlleistungen (Erholungs- und Schutzwirkungen) nicht vollumfänglich kompensieren. Keine andere Landnutzungsart kann dessen komplexen Leistungen, z. B. in den Bereichen Sauerstoff- und Biomasseproduktion, Speicher und Senke für Kohlenstoff, Filter und Speicher für Wasser, adäquat ersetzen. Die Bevölkerung verliert mit jeder Rodung einen Teil seiner Lebensgrundlage, des frei zugänglichen Erholungs- und Naturerlebnisraumes „Wald" und wildlebende Tier-, Pflanzen- und Pilzarten verlieren ihre lokalen Lebensräume. Die Walderhaltung ist daher das oberste Ziel, eine Daueraufgabe der Waldpolitik und dient unmittelbar auch dem Klimaschutz. Wenn keine weiteren Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels getroffen werden, liegt die prognostizierte Temperatur im Jahr 2100 bei 2,9 Grad über dem Niveau vorindustrieller Zeit. In einem optimistischen Szenario mit weitreichenden Emissionsreduktionsmaßnahmen beträgt die Erwärmung 2,0 Grad. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens aus dem Jahr 2015 zu erfüllen, müsste der Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts maximal 1,5 Grad betragen. Seit Beginn der systematischen, flächendeckenden Wetteraufzeichnungen 1881 hat sich die mittlere Temperatur der bodennahen Luft in Deutschland bereits deutlich erhöht. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes war das zurückliegende Jahrzehnt (2011 - 2020) rund 2 °C wärmer als die ersten Jahrzehnte (1881 - 1910) der Aufzeichnungen. Die Temperaturen in Deutschland sind damit deutlich stärker gestiegen als im weltweiten Durchschnitt. Der gegenwärtige Klimawandel ist Tatsache, menschliches Handeln der Hauptgrund dafür. Neben dem Ansatz Emissionen zu mindern, muss der Atmosphäre zusätzlich bereits ausgestoßenes Treibhausgas wieder entzogen werden ("negativen Emissionen"). Neben der Anwendung neue Technologien ist dies nur durch großflächige Aufforstungen leistbar. Die neuen Klimaziele der EU und des Bundes sowie die im Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zum Klimaschutzgesetz entwickelten Maßstäbe für die Klimaschutzpolitik müssen bei der Erarbeitung und Umsetzung des Klimaplans für Brandenburg beachtet werden (klimaschonende Flächennutzung/Siedlungs- und Regionalentwicklung). Ebenso muss auch die Regionalplanung diesem Anspruch gerecht werden. Das ist in dem vorliegenden Planentwurf insbesondere im Hinblick auf forstliche Belange noch nicht hinreichend erfolgt.	
BE-ID: 946	Waldinanspruchnahmen: Die Regelungen des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) sichern den Walderhalt in seiner Flächenbilanz. Der Plan führt keine Bilanz der Waldinanspruchnahmen auf. Grob überschlägig summieren sich die durch den Plan möglich werdenden Waldinanspruchnahmen auf ca. 3.000 ha. Dem damit verbundenen Erfordernis des flächigen Ausgleichs mittels Erstaufforstungen wird nicht Rechnung getragen. Mit jeder Waldumwandlung gehen regelmäßig Landwirtschaftsflächen durch Aufforstung als Eingriffsausgleich in gleichem Umfang andernorts verloren. Es fehlt dem Plan an einer Gesamtfolgebetrachtung im Hinblick auf das Vorhandensein von ausreichenden Ausgleichsflächen. Dadurch	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Die Annahme, durch die Festlegungen des Regionalplans würde eine Waldinanspruchnahme von ca. 3.000 ha ermöglicht, ist unzutreffend. Durch die Festlegungen des Regionalplans wird festgelegt, dass bestimmten Nutzungen auf ausgewählten, dafür besonders geeigneten Flächen ein höheres Gewicht gegenüber anderen Belangen zugemessen wird. Dabei wird in der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	ist nicht erkennbar, ob dem Rechtserfordernis des Walderhalts in Summe über den Eingriffsausgleich entsprochen wird. Allein der Verweis auf die Möglichkeit des Ausgleichs auf das gesamte Bundesland Brandenburg, außerhalb der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, reicht hier nicht aus, verlagert nur räumlich und löst die landesweit bestehende Problematik nicht auf. Die konkurrierenden Lebensgrundlagen landwirtschaftliche Erzeugung und Natur/Walderhalt können nachhaltig nur über die konsequente Vermeidung von Waldumwandlungen begegnet werden. Die Nutzung von Verdichtungspotenzialen wird in dem Plan nicht ausreichend betrachtet. Mit Vermeidung von Waldumwandlungen müssen keine Landwirtschaftsflächen für Ausgleichsmaßnahmen in Anspruch genommen werden. "Der Handlungsbedarf liegt daher in der klimaschonenden Flächennutzung durch eine Beschränkung und Vermeidung der Neuinanspruchnahme vor allem auf organischen Böden sowie in Waldgebieten für die Siedlungs- und Regionalentwicklung. Das Potenzial sollte dabei in einer verstärkten Nach- und Umnutzung bereits für Siedlungszwecke genutzter Flächen und Siedlungs-, Industrie und Gewerbebrachflächen erschlossen werden" Zwischenbericht zum Gutachten für den Klimaplan Brandenburg des Gutachter-Konsortiums vom 18.02.2022, Seite 148).	Bindungswirkung abgestuft nach Vorbehalt und Vorrang unterschieden. Die Belange des Walderhalts wurden im Einzelfall in der Abwägung berücksichtigt. Die umfassend dokumentierte Ausarbeitung der Planungskonzepte berücksichtigt verschiedene Belange und gewährleistet im Ergebnis, dass die entsprechenden Nutzungszuweisungen dort vorgenommen werden, wo vergleichsweise die geringsten Konflikte mit anderen Nutzungen und Funktionen bewirkt werden. Die Festlegungen des Regionalplans tragen daher dazu bei, nachteilige Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu verringern. Die Annahme, „die Nutzung von Verdichtungspotenzialen“ sei „nicht ausreichend betrachtet“ ist unzutreffend. In den Planungskonzepten wird grundsätzlich von der Bestandssituation ausgegangen. Die Entscheidung über die Festlegungen wird in einer wertenden Betrachtung von Alternativen getroffen, wobei bestehende, genehmigte oder rechtlich zugesicherte Nutzungen vorrangig in Betracht gezogen werden. Mit den Festlegungen des Regionalplans wird nicht über die Umwandlung von Waldflächen für andere Nutzungen entschieden. Dafür maßgeblich sind die Bestimmungen des Landeswaldgesetzes insbesondere die §§ 8 und 9 LWaldG. Der Umfang der Waldinanspruchnahme kann erst auf den nachfolgenden Ebenen der vorhabenskonkreten Planungs- und Genehmigungsverfahren bestimmt und geregelt werden. Die vom Einwender geforderte „Gesamtfolgebetrachtung im Hinblick auf das Vorhandensein von ausreichenden Ausgleichsflächen“ ist daher weder möglich noch sinnvoll. Grundsätzlich ist festzustellen, dass mit den Festlegungen des Regionalplans kein Einfluss darauf genommen werden kann, dass bestimmte Flächen aufgeforstet werden. Die vom Einwender angesprochene „klimaschonende Flächennutzung“ ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfüllung mit dem Regionalplan im Rahmen der zugeordneten Kompetenzen ein angemessener Beitrag geleistet wird.
BE-ID: 947	Waldmehrung Die neue EU-Forststrategie für 2030 ist eine der Leitinitiativen des European Green Deal und baut auf der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 auf. Die EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 enthält die Zusage, bis 2030 mindestens 3 Milliarden zusätzliche Bäume unter uneingeschränkter Achtung ökologischer Grundsätze zu pflanzen. Die in der Strategie vorgeschlagenen Verpflichtungen und Maßnahmen werden dazu beitragen, das im Europäischen Klimagesetz festgelegte Ziel der EU für die Verringerung der Treibhausgasemissionen von mindestens 55 % bis 2030 zu erreichen. Die Waldmehrung ist eine Voraussetzung dafür. Um diesen Übergang zu vollziehen, müssen Wälder größer, gesünder und vielfältiger werden. Dies wird der Speicherung und Bindung von Kohlenstoff, der Verringerung der Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit und der Eindämmung des Verlusts von Lebensräumen und Arten dienen. Der Klimaschutzplan 2050 des Bundes sieht ebenfalls eine Waldmehrung	Der Anregung, die „Neuanlage von Wald“ in den Regionalplan aufzunehmen wird nicht gefolgt. Mit den Festlegungen des Regionalplans kann kein Einfluss darauf genommen werden, dass bestimmte Flächen aufgeforstet werden. Der Einschätzung, dass die Wälder „gesünder und vielfältiger werden“ müssen, kann grundsätzlich zugestimmt werden. Für die Kohlenstoffbindung im Wald ist die Waldbewirtschaftung von entscheidender Bedeutung. Darauf kann mit Mitteln der Regionalplanung kein Einfluss genommen werden. Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass vor allem in Folge der vorherrschenden

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vor, um den Klimazielen gerecht zu werden. Auch die (Erst-)Aufforstung und die damit verbundene erhöhte Kohlenstoffspeicherung im Boden ist für die Umsetzung der deutschen und europäischen Klimaschutzziele wichtig (Hartje et al., 2015). Das Erfordernis der Waldmehrung als Aufgabe der Daseinsvorsorge fließt in die Planung nicht ein. Die Neuanlage von Wald ist aus einer Vielzahl von ökologischen und klimapolitischen Gesichtspunkten heraus prinzipiell auf allen geeigneten Standorten von Nutzen. Dieser Belang ist dringend in die Planung aufzunehmen.	nutzungsorientierten Waldwirtschaft die Wälder zunehmend weniger in der Lage sind, die vom Stellungnehmer benannten Funktionen wahrzunehmen. Bemühungen, diesen Zustand zu ändern, sind bislang nur in Ansätzen zu erkennen und werden nur sehr langfristige Veränderungen bewirken. Ob und inwieweit vor diesem Hintergrund durch die „Neuanlage“ von Wald zum Erreichen der Minderungsziele in Bezug auf Treibhausgasemissionen in einem Zeitraum bis 2030 oder 2050 Einfluss genommen werden kann, wird durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht bewertet.
BE-ID: 951	Vorbeugender Waldbrandschutz Wärmere Sommer und längere Trockenphasen verstärken das Risiko von Waldbränden. In den vergangenen Jahrzehnten ist die Zahl der Tage mit hoher Waldbrandwarnstufe bereits gestiegen: Deutschlandweit gemittelt gab es im Zeitraum 1961 bis 1990 rund 27 Tage pro Jahr mit hohem oder sehr hohem Waldbrandrisiko. Im Zeitraum 1981 bis 2010 waren es rund 33 Tage pro Jahr, im Zeitraum 1991 bis 2019 schon rund 38 Tage. An den Tagen mit der höchsten Waldbrandgefahrenstufe werden die meisten Waldbrände mit der größten Brandfläche registriert. Bei der Ausweisung von Windeignungsgebieten finden Auswirkungen von Windenergieanlagen auf das bestehende Waldbrandfrüherkennungssystem keine Berücksichtigung. Der Belang des vorbeugenden Brandschutzes (§ 20 LWaldG) ist daher noch in den Regionalplan aufzunehmen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 954	Stellungnahme untere Forstbehörde Zu weiteren Planungsdetails wird auf die Stellungnahme der unteren Forstbehörde (Landesbetrieb Forst Brandenburg - LFB) verwiesen. [Anmerkung Erfasserin: Stellungnahme Landesbetrieb Forst vom 12. März 2021 im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen an der Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung einschließlich des erforderlichen Umfangs- und Detaillierungsgrads des Umweltberichts für den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 als Anlage dem Schreiben beigefügt]	Der Verweis wird zur Kenntnis genommen und ebenda abgewogen.
BE-ID: 955	Wasserschutzgebiete (WSG) Gemäß dem Aufstellungsbeschluss soll der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 u.a. textliche und zeichnerische Festlegungen - zur räumlichen Steuerung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen und - zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, treffen. Dazu sollen Eignungsgebiete für die Windenergienutzung (Z 2.2), Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Z 2.3.1) und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (G 2.3.2) festgelegt werden. Sowohl hinsichtlich der Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung als auch bei der Festlegung von Vorranggebieten und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung ist der Belang Trinkwasserschutz - Wasserschutzgebiete nicht ausreichend berücksichtigt worden. Bereits auf der Ebene der Regionalplanung ist die Vereinbarkeit mit den Vorschriften zum Trinkwasserschutz (festgesetzte und geplante Wasserschutzgebiete) zu prüfen. Die fachlich begründete Feststellung der zuständigen unteren Wasserbehörde, dass eine Schutzzweckgefährdung durch die geplante Nutzung voraussichtlich ausgeschlossen ist, muss bereits auf Regionalplanebene getroffen werden (Gebot der Planrechtfertigung) und darf nicht auf die Ebene des späteren Einzelvorhabens verlagert werden. Aus den Unterlagen ist nicht erkennbar, dass eine entsprechende Prüfung in Zusammenarbeit mit der unteren Wasserbehörde erfolgt ist.	Die Annahme, Belange des Trinkwasserschutzes und der Wasserschutzgebiete würden nicht ausreichend berücksichtigt, ist unbegründet. Die von den Wasserbehörden sowie den Wasserversorgern mitgeteilten Sachverhalte und Bewertungen wurden bei den Entscheidungen über die Festlegungen des Regionalplans dokumentiert berücksichtigt. Vorrang- und Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe befinden sich außerhalb von Trinkwasserschutzzonen. Eine Ausnahme bildet nur das Vorranggebiet VR 04. In diesem Gebiet ist der Abbau aufgrund eines Betriebsplans zulässig. Festlegungen zur Windenergienutzung sind nicht mehr Gegenstand des Regionalplans 3.0. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 960	Europäische Vogelschutzgebiete Die Abkürzung „SPA" steht für „Special Protected Areas". Diese gibt es nicht mehr. Bitte verwenden Sie diese Abkürzung nicht mehr. In Brandenburg existieren ausschließlich Europäische Vogelschutzgebiete. Dafür gibt es keine offizielle Abkürzung. Die Abkürzung „VSG" könnte ersatzweise verwendet werden, so wie Sie es z.T. bereits getan haben. Die Abkürzung muss jedoch vorweg erklärt werden. Für die schlaggefährdeten Vogelarten in VSG muss in der FFH-Verträglichkeitsprüfung auf der Grundlage der Schutzbereiche der Tierökologischen Abstandskriterien deutlich dargestellt werden, dass für sie eine Schlaggefahr auch außerhalb des VSG ausgeschlossen werden kann.	Der redaktionelle Hinweis zur Verwendung der Bezeichnung „Special Protected Areas" bzw. der Abkürzung „SPA“ wird berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Siedlung		
BE-ID: 952	Siedlungsentwicklung Die Verhinderung der Zersplitterung der Landschaft ist eine der wichtigsten Ziele der Raumordnung und Aufgabe der Regionalplanung. Siedlungsentwicklung geht regelmäßig von vorhandenen Siedlungsstrukturen aus. Eine Vielzahl von offerierten Möglichkeiten der Siedlungsentwicklungsgebiete betrifft Wald. Alternativenprüfungen zu Wald lässt der Plan jedoch leider regelmäßig nicht erkennen. Hier treffen die bedeutsamen Belange Walderhalt und Siedlungsentwicklung aufeinander. Der Anregung vom Scoping (siehe Anlage 2, Stellungnahme Landesbetrieb Forst Brandenburg vom 12. März 2021, Nr. 7, Seite 6), Waldgebiete die nicht für die Siedlungsentwicklung überplant werden, als Vorranggebiet dauerhaft zu schützen, wurde nicht aufgegriffen. Dementsprechend wäre hier noch nachzuarbeiten, damit die Planung hinreichend abbildet, dass Waldinanspruchnahmen nur begrenzt möglich sind.	Der Anregungen zur Festlegung von Vorranggebieten Wald wird nicht gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auch auf konfliktarme Lagen ab. Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z. B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung erfolgt keine Flächenfestlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. In Fällen abzuwägender Raumkonflikte von Flächen, bei deren Inanspruchnahme für eine Wohnsiedlungsnutzung Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die aber voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können, erfolgt eine Festlegung dieser Flächen als Vorbehaltsgebiet Siedlung nur in Ermangelung alternativer Flächen ohne jeglichen Raumnutzungskonflikt. In diesem Prozess werden Wald und Waldfunktionen bereits entsprechend berücksichtigt. Für eine Festlegung von Vorranggebieten Wald gibt es gemäß Richtlinie über die Regionalpläne im Land Brandenburg keinen höherstufigen Arbeitsauftrag des Landes (z.B. gemäß LEP HR). Die Regionalversammlung hat sich nicht für eine solche Festlegung ausgesprochen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 959	Ausweisung der Siedlungsgebiete in Landschaftsschutzgebieten (LSG) Aus Sicht der Obersten Naturschutzbehörde ist auf eine grundsätzliche Problematik in dem vorliegenden Planentwurf hinzuweisen. Der Regionalplan enthält Darstellungen von Bebauung, insbesondere Vorbehaltsgebiete Siedlung, die sich in Landschaftsschutzgebieten befinden. Es entsteht dadurch ein Normkonflikt zwischen der vorgesehenen Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung und den Verordnungen zu den Landschaftsschutzgebieten. Die Entwicklung von Siedlungsgebieten in einem LSG ist unzulässig. Der Normenkonflikt kann nicht auf andere Planungs-/Genehmigungsebenen verlagert werden, da auch die Naturschutzbehörden an die Umsetzung der regionalplanerischen Ziele gebunden sind. Dieser wäre auf der verursachenden Ebene der Regionalplanung zu lösen. Da die Schutzgebietsverordnungen ebenso wie andere Verordnungen nicht der Abwägung durch die Regionalplanung unterliegen, sind sie von der Planung zu beachten. Daher sind die Darstellungen oder Festlegungen der Vorbehaltsgebiete Siedlung in Landschaftsschutzgebieten aus dem Plan zu entfernen.	Der Sachverhalt ist teilweise zutreffend und bewirkt in Fällen unbebauter Bereiche von Vorbehaltsgebieten Siedlung im ersten Planentwurf, die sich in Landschaftsschutzgebieten befinden, eine Reduzierung dieser im Maßstab des Regionalplans. Im Ausnahmefall des zweiten Teilbereiches des BP Beelitz-Heilstätten ist die laufende Bauleitplanung der Stadt Beelitz derart fortgeschritten, dass in ihrem Rahmen mit dem LSG-Belang umgegangen wird. Auch eine landesplanerisch positive Bewertung zu diesem Bereich liegt vor. Dadurch wird das Kriterium Landschaftsschutzgebiet von abzuwägenden Raumkonflikten (Rn. 61 - Stand 05.10.2021) zu erheblichen Raumkonflikten (Rn. 60 -

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Stand 05.10.2021) mit folgender Einschränkung verschoben: „Landschaftsschutzgebiet (außer bei fortgeschrittener Bauleitplanung mit vorliegender landesplanerisch positiver Bewertung)“. Im Übrigen besitzen die Vorbehaltsgebiete Siedlung den Charakter eines Grundsatzes, nicht jedoch eines Zieles der Raumordnung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 950	Windkraftanlagen: Beim Teilplan Wind werden Waldflächen überplant. Diese Waldflächen erfüllen unterschiedliche Waldfunktionen, die zu unterschiedlicher Bedeutung der Wälder führen. In einem zukünftigen Windeignungsgebiet werden tatsächlich später nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen (Standorte der WEA). Es ist daher im sich anschließenden BlmSchG-Verfahren möglich, durch die Waldfunktionskartierung identifizierte, besonders sensible Waldstandorte von der Bebauung mit Windenergieanlagen auszunehmen, ohne das Windeignungsgebiet an sich in Frage zu stellen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 949	Rohstoffe Der Planansatz für Vorranggebiete bietet lt. Entwurf hinreichend Vorsorge für eine mittel- bis langfristige Rohstoffversorgung. Der Nachweis für die Notwendigkeit der Planung von 880 ha Vorbehaltsgebieten fehlt (Anlage 13.2 „Monitoring Rohstoffe", Seite 10), zumal das „Monitoring Mengenansatz" eine Verringerung der Fördermenge im Berichtszeitraum um 13 % abbildet. Die geplanten lnanspruchnahmen von Wald sind daher zu reduzieren.	Eine ausgewogene Waldinanspruchnahme wird durch das Planungskonzept bereits berücksichtigt. Im Rahmen der einzelfallbezogenen Beurteilung trifft die Regionale Planungsgemeinschaft je nach Betroffenheit Entscheidungen, die in der Abwägung von Raumansprüchen gemäß Planungskonzept auf Flächen orientiert, die bei ihrer Inanspruchnahme für eine Rohstoffgewinnung nur noch Umweltauswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Umgekehrt lässt sich aber Rohstoffgewinnung auch nicht ausschließlich auf nicht bewaldeten Flächen, dann mit Konflikten zu oftmals intensiver landwirtschaftlicher Nutzung, realisieren. Das Planungskonzept für die Bestimmung von Flächen als VR und VB zielt zum Schutze bedeutsamer Waldflächen bereits darauf, regional hochwertige Waldgebiete gemäß Waldfunktionenkartierung (nach LFB sog. „nicht kompensierbare Waldfunktionen“) nicht zu beanspruchen. Über den Umgang mit schutzwürdigen Waldfunktionsflächen kleinräumiger Ausprägung und Waldfunktionsflächen, die ursächlich mit Rohstoffabbau bzw. gewerblicher Nutzung in der Nachbarschaft zusammenhängen (z.B. Wald auf erosionsgefährdetem Standort, Immissionsschutzwald), kann dagegen in Rahmen- bzw. Abschlussbetriebsplänen im Zulassungsverfahren mittels Abbaubestimmungen entschieden werden. Bei allen anderen Kiefernnutzwaldgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die jeweils als VR bzw. VB festgelegten Flächen nicht innerhalb eines

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		kurzen Zeitraums der Rohstoffgewinnung vollumfänglich, sondern einem, in den Betriebsplänen festgelegten, sukzessiven Abbaufortschritts in zeitlichen Stufen unterliegen. Mit Verlagerung der Rohstoffgewinnung innerhalb des VR bzw. VB kann auf abgeschlossenen Gewinnungsflächen bereits mit einer Wiederaufforstung des meist bisherigen Kiefernnutzwaldes (z.B. als hochwertigerer Wald) begonnen werden. Außerdem erhebt die Rechtsqualität von VB keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem definierten Maß, sondern nur auf ein besonderes Gewicht in der Abwägung mit – durch das, auf geringe Nutzungskonflikte orientierte Planungskonzept bereits eingeschränkt vorhandenen – konkurrierenden Raumansprüchen. Hinweis: Der Anregung nach einer Mengenbedarfsabschätzung durch die Regionalplanung über die Zuarbeit des LBGR hinaus wird nicht gefolgt. Begründung: Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Diese sind im Rahmen des dargelegten Planungskonzeptes hinreichend berücksichtigt. Eine Einschätzung hinsichtlich der Bedarfe und verfügbaren Rohstoffmengen nimmt hier das LBGR über den "Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Flächen" bereits hinreichend und fachlich qualifiziert vor.
BE-ID: 961	1 . Natura 2000 Eine Ausweisung von Vorranggebieten (VR) und Vorbehaltsgebieten (VB) innerhalb des Netzes Natura 2000 ist laut Entwurf ausgeschlossen. Angrenzend oder in unmittelbarer Nähe zu Natura 2000 - Gebieten befinden sich jedoch folgende Vorrang-Vorbehaltsgebiete: VR27 FFH-Gebiet Jägersberg-Schirknitzberg, VR28 FFH-Gebiet Steppenhügel im Havelland, VB03 FFH-Gebiet Pelze, VB07 FFH-Gebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung, VB08 FFH-Gebiet Riembach, VB16 FFH-Gebiet Jägersberg-Schirknitzberg, VB19 Vogelschutzgebiet (VSG) Mittlere Havelniederung, VB23 FFH-Gebiet Obere Nieplitz, VB29 FFH-Gebiet Flämingrummeln und Trockenkuppen, VB40 VSG Rhin-Havelluch. Für die Gebiete VR28, VB03, VB16 und VB23 gilt zunächst in einer FFH-Vorprüfung zu klären, ob es in Folge betriebsbedingter Wirkfaktoren (erforderliche Grundwasserabsenkungen, Schadstoffemissionen, Lärm und visuelle Wirkungen - s. Umweltbericht Seite 79) prinzipiell zu erheblichen Beeinträchtigungen eines Natura 2000- Gebietes kommen kann. Zu betrachten sind hierbei alle Erhaltungsziele des jeweiligen Gebietes. Die Relevanz von Wirkfaktoren ist auf Grundlage der Angaben des Fachinformationssystems des Bundesamtes für Naturschutz zur FFH-Verträglichkeitsprüfung zu beurteilen (https://ffh-vp-info.de/FFHVP/Page.jsp?name=menue_lrarten). Die Prüfergebnisse der Vorprüfungen sind nachvollziehbar zu dokumentieren. Die für die VR in den Prüfsteckbriefen enthaltenen Darstellungen bedürfen einer entsprechenden Überarbeitung/Ergänzung. Die für die VB bisher vollständig fehlenden	Der Anregung wird gefolgt und für die benannten Gebiete eine FFH-Prüfung vorgenommen. Außerdem werden auch für die Vorbehaltsgebiete Steckbriefe im Rahmen der SUP erstellt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Prüfungen sind nachzuholen. Einer Vorprüfung für die Gebiete VR27, VB07, VB08, VB19, VB39 und VB40 bedarf es aufgrund der festgestellten Unzulässigkeit gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG (Landschaftsschutzgebiete) bzw. § 30 Abs. 2 BNatSchG nicht (§ 34 Abs. 7 BNatSchG).	
BE-ID: 962	2. Landschaftsschutzgebiete (LSG) Vorranggebiete (VR) Im Rahmen der Umweltprüfung wurde die direkte Flächeninanspruchnahme durch VR in LSG geprüft. Im Ergebnis gab es Ausweisungen in folgenden Landschaftsschutzgebieten: LSG Nuthetal - Beelitzer Sander, LSG Westhavelland, LSG Hoher Fläming - Belziger Landschaftswiesen. Aus Sicht des Naturschutzes bedarf eine entsprechende Festlegung dem Vorliegen folgender Voraussetzungen: 1. Abgrenzung des Vorranggebietes anhand des Geltungsbereichs eines rechtskräftigen Rahmenbetriebsplans (RBP) / Hauptbetriebsplans (HBP). Keine Hinzunahme darüber hinausreichender Flächen. 2. Für den rechtskräftigen Rahmenbetriebsplan (RBP) / Hauptbetriebsplan (HBP) liegt eine Befreiung von den einschlägigen Verboten der LSG-VO (s. § 4 Abs. 1 und 2) vor. Sind diese Anforderungen erfüllt, stehen Belange des Landschaftsschutzes einer Ausweisung von VR01 bis VR28 als Vorranggebiet Rohstoffsicherung nicht entgegen.	Dem Hinweis ist bereits gefolgt. Wie im Planungskonzept zum Entwurf des Regionalplans 3.0 dargestellt, erfolgt eine Festlegung von VR in LSG nur unter der Voraussetzung, dass sich dieses im Geltungsbereich eines rechtskräftigen Rahmenbetriebsplans (RBP) / Hauptbetriebsplans (HBP) befindet.
BE-ID: 964	Vorbehaltsgebiete (VB) Bei der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten in den Landschaftsschutzgebieten: LSG Nuthetal - Beelitzer Sander, LSG Westhavelland, LSG Hoher Fläming - Belziger Landschaftswiesen, LSG Potsdamer Wald- und Havelseengebiet, sind die absoluten bzw. präventiven Verbote der Schutzgebietsverordnungen zu beachten. LSG Nuthetal - Beelitzer Sander: VB04, VB06, VB07, VB09, VB31 Gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 der VO ist es verboten Bodenbestandteile abzubauen. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot über den Abbau von Bodenbestandteilen scheidet für den Aufschluss von Tagebauen bereits deshalb aus, da es sich bei diesen Vorhaben nicht um einen atypischen Einzelfall handelt. Eine Befreiungslage setzt - neben den normierten Tatbestandsvoraussetzungen - einen vom Normgeber so nicht vorhergesehenen und deshalb singulären Einzelfall voraus, der sich vom geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt (vgl. nur BVerwG, Beschluss vom 20.02.2002 - 4 B 12/02; OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 28.09.2012 - 11 S 61.12). Denn die Befreiungsmöglichkeit dient nach der Gesetzessystematik lediglich dazu, einer rechtlichen Unausgewogenheit zu begegnen, die sich ergeben kann, wenn aufgrund der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalles der Anwendungsbereich einer Vorschrift und deren materielle Zielrichtung nicht miteinander übereinstimmen; in derartigen (Sonder-)Fällen soll der generelle und damit zwangsläufig auch schematische Geltungsanspruch der Vorschrift zu Gunsten der Einzelfallgerechtigkeit durchbrochen werden (vgl. BVerwG, Beschluss vom 14.09.1992 - 7 B 130.92). Das Interesse an der Gewinnung von Rohstoffen hat nicht dazu geführt, dass der Verordnungsgeber eine Privilegierung der Rohstoffgewinnung in die - zuletzt 2014 geänderte - LSG-VO aufgenommen hätte. Fazit: Die Rohstoffgewinnung in VB04, VB06, VB07, VB09, VB31 ist unzulässig. Dies steht einer Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entgegen. LSG Westhavelland: VB12, VB19, VB22, VB39 Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 6 der VO bedarf einer Genehmigung, wer beabsichtigt, Bodenbestandteile abzubauen. Aufgrund der angedachten Flächengrößen ist in Folge der Nutzung von der Veränderung des Gebietscharakters auszugehen. § 4 Abs. 3 der VO (Genehmigung) findet somit keine Anwendung. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot über den Abbau von Bodenbestandteilen scheidet für den Aufschluss von Tagebauen bereits deshalb aus, da es sich bei diesen Vorhaben nicht um einen atypischen Einzelfall handelt. Eine Privilegierung der Rohstoffgewinnung wurde vom Verordnungsgeber in die zuletzt 2014 geänderte LSG-VO nicht aufgenommen. Fazit: Die Rohstoffgewinnung in VB1 2, VB1 9, VB22, VB39 ist unzulässig. Dies steht einer Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entgegen. LSG Hoher Flämingq - Belziqer Landschaftswiesen: VB08, VB27, VB28 (tlw.), VB35, VB40 Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 der VO bedarf einer Genehmigung, wer beabsichtigt, Bodenschätze abzubauen, die Bodengestalt zu verändern, [. . .] Aufgrund der angedachten	Der Sachverhalt des Nachweises eines „atypischen Einzelfalls“ für Rohstoffabbau in LSG ist nachvollziehbar. Es wird die entsprechende Reduzierung von Vorbehaltsgebieten vorgenommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Flächengrößen ist in Folge der Nutzung von der Veränderung des Gebietscharakters auszugehen. § 4 Abs. 3 der VO (Genehmigung) findet somit keine Anwendung. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot über den Abbau von Bodenschätzen scheidet für den Aufschluss von Tagebauen bereits deshalb aus, da es sich bei diesen Vorhaben nicht um einen atypischen Einzelfall handelt. Eine Privilegierung der Rohstoffgewinnung wurde vom Verordnungsgeber in die zuletzt 2014 geänderte LSG-VO nicht aufgenommen. Fazit: Die Rohstoffgewinnung in VB08, VB27, VB28 (tlw.), VB35, VB40 ist unzulässig. Dies steht einer Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entgegen. LSG Potsdamer Wald- und Havelseengebiet: VB05 Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 der VO bedarf einer Genehmigung, wer beabsichtigt, die Bodengestalt zu verändern, [. . .] Aufgrund der angedachten Flächengröße ist in Folge der Nutzung von der Veränderung des Gebietscharakters auszugehen. § 4 Abs. 3 der VO (Genehmigung) findet somit keine Anwendung. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot, die Bodengestalt zu verändern, scheidet aufgrund der Größe von 99,94 ha und des Fehlens des atypischen Einzelfalls aus. Eine Privilegierung der Rohstoffgewinnung wurde vom Verordnungsgeber in die zuletzt 2021 geänderte LSG-VO nicht aufgenommen. Fazit: Die Rohstoffgewinnung in VB05 ist unzulässig. Dies steht einer Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entgegen.	
BE-ID: 965	3. festgesetzte Kompensationsflächen Gemäß § 15 Abs. 4 Satz 1 BNatSchG sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in dem jeweils erforderlichen Zeitraum [...] zu sichern. Eine Nutzungsänderung auf der Kompensationsfläche während des Sicherungszeitraums verstößt gegen die Bestimmungen der Vorhabengenehmigung und ist daher unzulässig. Festgesetzte Kompensationsmaßnahmen sind zu erhalten und nicht in VR/VB einzubeziehen. Es bedarf daher einer Anpassung folgender Gebiete: VR15 eine Kompensationsfläche; Verfahren zur Errichtung von 2 WEA Windpark Danna; LfU 50.091 .00/1 2/1 .6.2V/RS VR16 fünf Kompensationsflächen; Verfahren zur BAB A 9 VKE 1 41 VR22 drei Kompensationsflächen; Verfahren zur BAB A 9 VKE 1 41 VB13 drei Kompensationsflächen; Verfahren Ausbau der BAB A 2, 4. BA VB24 zwei Kompensationsflächen; Verfahren zur BAB A 9 VKE 141 VB26 eine Kompensationsfläche; BlmSchG-Vorhaben 60.029.00/1 3/8.1 2.2V/RW	Dem aufgeführten Sachverhalt der Berücksichtigung festgesetzter Kompensationsflächen wird im Rahmen des Planungskonzepts, „mögliche Raumkonflikte auf ein voraussichtlich unerhebliches Maß an Umweltauswirkungen zu reduzieren“, gefolgt. Hinweis: Sofern es sich um kleinststrukturelle Kompensationsflächen handelt, die im regionalplanerischen Maßstab von 1:100.000 nicht abbildbar sind (z.B. Saumbuschreihen, Alleeanlage), kann erst mittels Festlegungen in Rahmen- bzw. Abschlussbetriebsplänen über Abbauaussparung (auch im Hinblick auf den Sicherungszeitraum der Kompensationsmaßnahme) oder möglicherweise potenzierte Kompensation entschieden werden. Der hierzu übermittelten Bitte des LfU, regionalplanerisch nicht abbildbare Kompensationsflächen zumindest textlich in den Regionalplan aufzunehmen, wird mit ihrer Nennung in den Steckbriefen der VR und VB im Umweltbericht zum zweiten Entwurf des Regionalplans entsprochen.
BE-ID: 966	4. Schutzgut Landschaft (Landschaftsbild, Erholung) Unter § 1 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist als Ziel des Naturschutzes und der Landschaftspflege der Schutz der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft definiert. Im Landschaftsprogramm Brandenburg wird dieses Ziel wie folgt untersetzt: - Die aufgrund ihrer naturräumlichen wie kulturellen Entstehung für die jeweiligen Landschaftsräume typischen Landschaftsbilder sind nachhaltig zu sichern. - Erlebnisreiche Landschaften sind als Voraussetzung für die naturnahe Erholung zu erhalten bzw. zu entwickeln und vor Lärm-, Schadstoff- und visuellen Beeinträchtigungen zu schützen. - Die Erhaltung [...] von Räumen mit hervorragender Eigenart des Landschaftsbildes [...] bilden auch die wesentliche Voraussetzung für die Stärkung regionaler Identität. - Landschaften, mit einer vorhandenen hohen Erlebniswirksamkeit in ihrer naturraum- und regionaltypischen Ausprägung sind für das Natur- und Landschaftserleben dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Gemäß Umweltbericht, Anhang A1 , Pkt. 3.7.2 führen alle Planfestlegungen mit Flächeninanspruchnahme von Gebieten mit einer besonderen Erlebniswirksamkeit - abhängig vom Ausmaß	Die vorgebrachten Belange werden mit Schreiben des LfU vom 17.05.2023 nicht mehr geltend gemacht.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	der Flächeninanspruchnahme und der vorhandenen Vorbelastung - voraussichtlich zu erheblichen Umweltauswirkungen der betroffenen Gebiete. Aufgrund der vorhabenbedingten Beeinträchtigungen des Rohstoffabbaus, der sowohl anlagebedingt (Beseitigung der regionaltypischen Besonderheiten / Erlebniswirksamkeit im Wirkbereich des Vorhabens) als auch betriebsbedingt (Lärm, visuelle Beeinträchtigungen) konträr zu den vorab genannten Zielen des Naturschutzes wirkt, sind bei Zuordnung der Flächen zu den Gebieten mit vorhandenem hochwertigen Eigencharakter und zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft einer Ausweisung als VR oder VB entgegenstehende Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege entgegenzuhalten. Dies betrifft nachgenannte VR/VB: VR02, VB01, VB02, VB03, VB32, VB36, VB37 und VB21 (tlw.)	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 04 Fohrder Berg Nord und Süd		
BE-ID: 957	2. Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe [Anmerkung Planungsstelle: Bezug auf Wasserschutzgebiete] Betroffen ist laut den Steckbriefen des Umweltberichts Anhang C3 VR das Vorranggebiet VR 04 Fohrder Berg Nord und Süd (2 Teilflächen). Der oberflächennahe Abbau von Rohstoffen kann mit dem Schutz der Trinkwasserressourcen konfligieren. Daher wurde in Zusammenarbeit zwischen dem damaligen MUGV, der GL und dem MWE eine Entscheidungsmatrix (siehe Anlage 3 und Anlage 4) zur Konfliktbewältigung zwischen Rohstoffabbau und Trinkwasserschutz erarbeitet. Außerdem wurden die Gemeinsamen Handlungsempfehlungen von MLUL, MWE und GL für die Regionalen Planungsstellen, die unteren Wasserbehörden, das LUGV und das LBGR zur Prüfung der Vereinbarkeit des oberflächennahen Rohstoffabbaus mit dem Trinkwasserschutz in Regionalplänen erstellt (siehe Anlage 5). Damit wurden den Regionalen Planungsgemeinschaften sowie den Fachbehörden Empfehlungen gegeben, wie der Konflikt zwischen Trinkwasserschutz und oberflächennahem Rohstoffabbau in der Regionalplanung behandelt werden sollte. Vor der Ausweisung eines Vorrang- oder Vorbehaltsgebietes für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe muss von den Regionalen Planungsgemeinschaften in Zusammenarbeit mit den unteren Wasserbehörden geprüft werden, ob es zu einem Konflikt mit den Verboten einer bestehenden WSG-Verordnung kommen kann. Darüber hinaus ist grundsätzlich auch zu klären, ob die geplante Nutzung als Rohstoffabbaugebiet möglicherweise zu einer Schutzzweckgefährdung des WSG führen könnte. Dies kann unabhängig von der aktuell geltenden WSG-Verordnung auch im Einzugsgebiet der Fassung und in deren Nahbereich außerhalb des Einzugsgebiets der Fall sein. Als Ergebnis dieser Prüfprozesse muss ausgeschlossen werden, dass ein Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe zu einer Gefährdung der Wasserversorgung führen kann. Der Verweis auf nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebenen ist nicht ausreichend (vgl. oben).	Der Anregung wird nicht gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche zugelassener Betriebspläne ab, welches Bestandsschutz genießt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 948	Vorrang Landwirtschaft Brandenburg hat eine durchschnittliche Ackerzahl von 33. Mit der Ausweisung von Vorrangflächen Landwirtschaft soll der landwirtschaftlichen Bodennutzung ein besonderes Gewicht gegenüber konkurrierenden Nutzungsansprüchen gegeben werden. Bei der Erarbeitung des Plankonzeptes wurde mit MLUK einvernehmlich die Reduzierung der Ackerzahl auf 28 für Vorranggebiete Landwirtschaft abgestimmt (siehe beigefügte Anlage 1 - Protokoll zur Fachdiskussion zum Zwischenbericht „Regionalplanerische Flächensicherung in der Landwirtschaft" vom 16. Januar 2017). Nunmehr sieht der Plan einen Vorrang ab Ackerzahl 24 vor. Weitergehend begründet wird diese Absenkung nicht. Eine diesbezügliche Abstimmung mit dem MLUK erfolgte nicht. Die Vorranggebiete für die Landwirtschaft lassen mit wenigen Ausnahmen keine konkurrierenden Nutzungen zu. Erstaufforstungen auf Flächen mit Ackerzahl größer 24 sind ausgeschlossen. Erstaufforstungen auf Flächen mit Ackerzahl weniger 24 sind realisierbar,	Eine sachliche und nachvollziehbare Begründung für die Bewertung der Ertragsfähigkeit mit einer maßgeblichen Ackerzahl von 24 wurde im Ersten Regionalplanentwurf nicht dargelegt. Der vorgebrachten Einwendung wird daher gefolgt. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	allerdings wird der Flächenpool nunmehr deutlich verringert, so dass die Akquise von Ausgleichsflächen sowie das Ziel der Waldmehrung in Brandenburg deutlich erschwert wird. Gleichzeitig wird das Ziel der Landesregierung, überwiegend standortgerechte resiliente klimastabile Laubmischwälder anzulegen, gehemmt. Der Plan setzt sich mit dieser Thematik nicht auseinander. Der Vorrang für Landwirtschaft ist vor diesem Hintergrund zumindest auf die mit dem MLUK abgestimmte Ackerzahl 28 zu erhöhen. Bei Nichtverfügbarkeit von Flächen für die Grundkompensation bei lnanspruchnahmen von Wald (1: 1 als Erstaufforstung zur Erhaltung der Waldfläche) werden Waldumwandlungsvorhaben, denen mit dieser Planung Raum gegebenen wird, in der Konsequenz voraussichtlich abgelehnt werden müssen.	Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Durch die Änderungen erhalten Aufforstungsvorhaben eine größere Berücksichtigung. In den Teilgebieten I und II können Aufforstungen nun auch auf Ackerflächen mit höheren Bodenpunkten grundsätzlich umgesetzt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 958	Überschwemmungsgebiete Nach Absatz 118 des Entwurfs betreffen die Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz die überschwemmungsgefährdeten Flächen nur außerhalb der Flächenkulisse eines Hochwassers mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren (HQ100) und berücksichtigen den potenziellen Überschwemmungsbereich eines extremen Hochwasserereignisses (HQextrem). Die bei HQ100 überschwemmten Gebiete werden ausweislich der Festlegungskarte nur als „nachrichtliche Übernahme aus der Fachplanung" dargestellt. Damit steht der Entwurf des Regionalplans nicht im Einklang mit Grundsatz 8.4 der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR), wonach in den bei HQ100 überschwemmten Gebieten ebenfalls eine raumordnerische Vorsorge getroffen werden soll. Nach dem LEP HR ist die Berücksichtigung der bei HQ100 überschwemmten Gebiete insbesondere bei der wirtschaftlichen Entwicklung, der Siedlungs- und Freiraumentwicklung sowie der Verkehrs- und lnfrastrukturentwicklung zur Vermeidung neuer Bebauung und zur Minimierung von Schadenspotenzialen von elementarer Bedeutung. Vor allem in den Handlungsfeldern Flächen- und Bauvorsorge sollen schädliche Auswirkungen durch Hochwasser vermieden oder verringert sowie auf Gefahren hingewiesen werden. Die Festlegung richtet sich insbesondere an die kommunale Bauleitplanung und die Fachplanung. Der vorbeugende Hochwasserschutz trägt dazu bei, eine nachhaltige raumordnerische Entwicklung zu ermöglichen. Somit sind in den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming für die bei HQ100 überschwemmten Gebiete raumordnerische Festlegungen gemäß LEP HR aufzunehmen und die Gebiete in der Festlegungskarte entsprechend darzustellen (nicht nur nachrichtlich).	Die Hinweise und Anregungen des Stellungnehmers werden zur Kenntnis genommen. Mit der nachrichtlichen Übernahme des HQ 100 aus der Fachplanung wird der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne entsprochen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 956	Im Einzelnen [Anmerkung Erfasserin: Bezug auf Wasserschutzgebiete]: 1 . Windenergieanlagen Betroffen sind laut den Steckbriefen des Umweltberichts Anhang C2 WEG die Windeignungsgebiete WEG 08; WEG 36 und WEG 44. Die Bereiche der Trinkwasserschutzzonen I und II (Fassungszone und engere Schutzzone) sind als "Hartes Tabu"-Kriterium aufzunehmen. In diesen Bereichen ist die Errichtung von Windenergieanlagen verboten. Die Trinkwasserschutzzonen III, III A und III B gemäß § 51 WHG sind mindestens als Restriktionskriterium aufzunehmen. Darüber hinaus sollten zur Sicherung der Trinkwasserschutzbelange auch hydrologische Einzugsgebiete gemäß § 52 Abs. 3 WHG bei einer Überlagerung mit zusammenhängenden Waldflächen als ein abwägungsrelevanter Belang ebenso Berücksichtigung finden. Festgesetzte Wasserschutzzonen III und bereits ermittelte Einzugsgebiete stellen gegenüber der Windenergienutzung konkurrierende Belange dar. Die einzelnen WSG-Verordnungen enthalten zwar kein direktes Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen, dennoch können Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betreiben der Windkraftanlagen stehen, eine Grundwassergefährdung und damit auch eine Schutzzweckgefährdung darstellen (z. B. Waldumwandlungen, Abholzungen, Tiefgründungen für Fundamente, wenn dabei die Deckschichten angeschnitten werden, Transformatoren etc.). Im Falle, dass	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	für die Zonen III, III A und III B ein dem Bau von Windenergieanlagen entgegenstehendes Verbot besteht, ist im Hinblick auf die Möglichkeit einer späteren Befreiung von dem Verbot der Schutzgebietsverordnung eine Überplanung mit einem Eignungsgebiet Windenergienutzung nur dann rechtlich möglich, wenn schon auf Ebene der Regionalplanung unter Beteiligung der unteren Wasserbehörden abschließend festgestellt werden kann, dass der Belang 11Windkraftnutzung" mit dem Schutzzweck des WSG vereinbar ist. Das gleiche gilt, wenn es zwar (noch) kein ausdrückliches entgegenstehendes Verbot gibt - weil es sich noch um ein DDR-WSG oder um ein WSG im Entwurfsstadium handelt - aber sich die beplante Fläche im Einzugsgebiet oder Nahbereich eines Trinkwasserbrunnens befindet. Sollte also durch die Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb eines WSG diesbezüglich ein potentieller Konflikt gegeben sein, so muss bereits der Plan eine fachlich begründete Prognose für die Lösbarkeit des Konflikts enthalten. Nicht ausreichend wäre, dass der Regionalplan den Konflikt lediglich erwähnt und für dessen Lösung auf die konkrete Genehmigungsplanung verweist. Dies verlangt der Planungsgrundsatz der Planrechtfertigung, der u. a. beinhaltet, dass der Umsetzung des Planes keine dauerhaften tatsächlichen oder rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. Daher ist die Vereinbarkeit der Nutzung mit dem Trinkwasserschutz durch die zuständige untere Wasserbehörde zu prüfen, um sicherzustellen, dass einem späteren Vorhaben der Schutzzweck des WSG nicht entgegensteht. Das Ergebnis der Prüfung ist im Regionalplan zu dokumentieren.	
Festlegungskarte / Festlegungskarte		
BE-ID: 953	Festlegungskarte Die Festlegungskarte bildet die Planungen und die damit einhergehende Inanspruchnahme von Naturraum nicht hinreichend ab. Der Aufstellungsbeschluss sieht die textliche und zeichnerische Festlegung von Waldflächen nicht vor. Im Kontext der konkurrierenden Nutzungsarten sind die Waldflächen jedoch in geeigneter Weise zu visualisieren.	Waldflächen werden in der Festlegungskarte als hellgraue Flächen in der Digitalen Topografischen Karte (Kartengrundlage DTK-100) dargestellt. Durch diese Darstellungsform werden Festlegungen und sonstige Darstellungen des Regionalplans nicht überdeckt.
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Erläuterungskarten		
BE-ID: 967	redaktioneller Hinweis: Die Darstellung der Photovoltaik-Freiflächenanlage in Horstfelde (Zossen) fehlt in der Erläuterungskarte 1 - Harte Tabuzonen (Regionalplan Haveland-Fläming 3.0).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 183 / Landesamt für Umwelt		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2079	Sehr geehrte Damen und Herren, die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen übergeben.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2098	2. Belang vorsorgender Bodenschutz: Den Boden betreffend wurden die im Landschaftsprogramm Brandenburg in den Karten 3.2 „Besondere Böden" sowie 3.2.1 „Archivböden" festgeschriebenen Böden als Datengrundlagen berücksichtigt. Bei Inanspruchnahme dieser Böden wird von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Ausnahmen bilden dabei die Flächen für die Windenergienutzung. Hier wurde bis auf wenige Ausnahmen zugunsten der Windenergienutzung entschieden. Es ist deshalb darauf zu achten, dass besonders wertvolle Böden im Einzelfall im Rahmen der konkreten Planung in den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsverfahren ausgespart werden, um einer irreversiblen Beschädigung oder Zerstörung vorzubeugen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2099	Zusätzlich zu den aufgeführten Daten aus dem Landschaftsprogramm wurden zwischenzeitlich Daten zu Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung aus Bodenschutzsicht im Land Brandenburg veröffentlicht. Hinzukommen wird in nächster Zeit auch ein Datensatz zum Thema Auenböden. Beide Datensätze enthalten Flächen, die im Einzugsgebiet des Regionalplans liegen. Um eine tatsächliche Betroffenheit in bestimmten Ausweisungsgebieten möglichst zeitnah überprüfen zu können, wird um Bereitstellung der Flächenshapes für die jeweiligen Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete gebeten. Es wird darauf hingewiesen, dass auch diese Daten der Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung bzw. der Auenböden später im Rahmen der konkreten Planungs- und Zulassungsverfahren zu berücksichtigen sein werden (siehe auch folgender Punkt 3 zum Belang Moorschutz).	Die benannten Daten wurden bei den Entscheidung über die Festlegungen des zweiten Entwurfs des Regionalplans 3.0 berücksichtigt. Die digitalen Daten der Festlegungen des Regionalplans sind auf der Webseite der Regionalen Planungsgemeinschaft abrufbar.
BE-ID: 2234	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Es wurden nur die relevanten Textstellen aus dem übersandten Formblatt exzerpiert] Landesamt für Umwelt - Abteilung Naturschutz; Belang: Naturschutz; [Name anonymisiert]. Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Es wurde kein Kreuz platziert]. Vorhaben: Regionalplan Havelland-Fläming 3.0; 1. Entwurf v. 18.11.2021; Anlage 1: Naturschutzrechtliche Bewertung Eignungsgebiete Windenergienutzung (WEG); Anlage 2: Naturschutzrechtliche Bewertung Potenzialflächen Windenergienutzung (PF); Anlage 3: Naturschutzrechtliche Bewertung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung.	Die Betroffenheit der Abteilung Naturschutz sowie die beigefügten Anlagen werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2267	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Es wurden nur die relevanten Textstellen aus dem übersandten Formblatt exzerpiert] Landesamt für Umwelt- Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2; Belang: Immissionsschutz; [Name anonymisiert]. Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Es wurde kein Kreuz platziert].	Die Betroffenheit der Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2268	Fachliche Stellungnahme: 1. Benennen und Kurzbeschreibung des Vorhabens; Die regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat den Regionalplan 3.0 gefertigt und in die Trägerbeteiligung gegeben. Die Planungsgemeinschaft umfasst die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel. Unterteilt wird der Regionalplan in die Bereiche Siedlung und Freiraum, wobei der Bereich Freiraum in die Unterpunkte vorbeugender Hochwasserschutz, Windenergienutzung, oberflächennahe Rohstoffe und Vorranggebiete für die Landwirtschaft unterteilt wird.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2269	2. Fachstellungnahme mit Benennung der gesetzlichen Grundlage (Begründung); Rechtsgrundlage: Gemäß § 2 ROG1 sind in der Raumordnung ausgeglichene ökologische, kulturelle .... Verhältnisse anzustreben. Weiterhin sind nach § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden.	Die Hinweise zu gesetzlichen Grundlagen des Immissionsschutzes werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht, Erschütterungen etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 1 8005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm 3. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm 4 zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft 5. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie 6. Erschütterungen anhand der Erschütterungs-Leitlinie7 ermittelt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).	
BE-ID: 2285	Im Übrigen gibt es keine Einwendungen gegen die ausgewiesenen Vorbehaltsgebiete Siedlung, ebenso wenig gegen die ausgewiesenen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorte.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2286	Fazit: Den vorgelegten Planungsunterlagen zur Erstellung des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 kann unter Berücksichtigung der v. g. Ausführungen dem Grunde nach zugestimmt werden.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2287	Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes gebeten.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das LfU wird weiterhin am Verfahren beteiligt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2282	Vorbehaltsgebiete Siedlung: Ein grundsätzliches Problem bei der Siedlungsentwicklung ist, dass einzelne Pläne keine großräumigen klimatischen Auswirkungen, sondern in aller Regel nur geringfügige kleinklimatische Auswirkungen (in aller Regel Verschlechterungen) haben, die Summe der einzelnen Planungen hingegen schon auch großräumig wirksam werden (können). Der im Regionalplan gewählte Ansatz, den Schutz von Freiflächen mit guten Durchlüftungsverhältnissen direkt im Einzugsgebiet schlecht durchlüfteter Siedlungen dabei unter anderem in den Fokus zu stellen, ist nachvollziehbar und richtig, greift aber im großräumigen Zusammenhang für die Schutzgüter Klima und Luft m. E. zu kurz.	Dem Hinweis ist weitgehend gefolgt. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung bereits auf konfliktarme Lagen ab. Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung erfolgt keine Flächenfestlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. In Fällen abzuwägender Raumkonflikte von Flächen, bei deren Inanspruchnahme für eine Wohnsiedlungsnutzung Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die aber voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können, erfolgt eine Festlegung dieser Flächen als Vorbehaltsgebiet Siedlung nur in Ermangelung alternativer Flächen ohne jeglichen Raumnutzungskonflikt. In diesem Prozeß werden die verschiedenen Ansprüche an den Raum bereits entsprechend berücksichtigt (siehe Begründung zum Grundsatz Vorbehaltsgebiete Siedlung sowie Umweltbericht, u.a. Abschnitt 3.9 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie 4.1 Siedlung). Es wird eingeschätzt, dass auch die großräumigen Zusammenhänge für die Schutzgüter Klima und Luft durch eine Summe der durch das Planungskonzept verfolgten kleinräumigen Gestaltung der Vorbehaltsgebiete Siedlung geprägt wird und damit positiv ausfällt. Entscheidend wird in diesem Kontext vor allem die Gestaltung großflächiger Siedlungskörper im Gestaltungsraum nach LEP HR sein.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2283	Durch die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Siedlung soll eine ungeregelte Siedlungsentwicklung zumindest eingeschränkt werden. Dies ist zu begrüßen.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2284	Hinsichtlich der nachfolgend benannten Vorbehaltsgebiete Siedlung bestehen auf Grund der Nähe zu Truppenübungsplätzen, auf denen auch mit großkalibrigen Waffen in der Nachtzeit geschossen wird, Bedenken. Diese Bedenken fußen auf der Tatsache, dass durch die großkalibrigen Waffen insbesondere tieffrequente Geräusche verursacht werden, welche durch passive Maßnahmen an Gebäuden nicht oder nur unzureichend bedämpft werden können und sich aber gleichzeitig weiträumig ausbreiten. Die bundeswehrinternen, auf § 60 BlmSchG gestützten Lärmgrenzwerte für ihre Truppenübungsplätze korrelieren dabei nicht mit den Orientierungswerten des Beiblatts 1 zur DIN 18005, Teil 1, so dass diesbezüglich zum Teil erhebliche Differenzen zwischen den laut Bundeswehr zulässigen Werten und den Ansprüchen aus den Gebietskategorien der Baugebiete nach BauNVO (Fußnote 9: "Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 202 1 (BGBI. I S. 1 802)") bestehen. Betroffen davon sind nachfolgende Vorbehaltsgebiete: Borkheide, Brück und Lehnin in unmittelbarer Nähe zum Truppenübungsplatz Lehnin, Rathenow West, Hohennauen, Ortsteil Seeblick und Großwudicke in der Nähe des Truppenübungsplatzes Klietz.	Der geschilderte Sachverhalt ist nachvollziehbar, kann jedoch erst im Rahmen nachgelagerter Verfahren konkret erörtert werden. Erst mit Kenntnis der räumlichen Anordnung von Gebäuden sowie beabsichtigter Baumaterialien und Lärmschutzvorkehrungen können die genauen Lärmwerte berechnet werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 2254	3. Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (GIV): Im Regionalplan 3.0 sollen „Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte" (GIV) als Vorranggebiete ausgewiesen werden (RPS HF 2020). Sie werden somit als Ziel der Regionalplanung festgelegt und dienen der „langfristigen Flächenvorsorge für gewerblich-industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf und herausragender Bedeutung" (RegPl RL) für die Region. Gemäß Z 2.3 im LEP HR sind in der Regionalplanung geeignete Standorte festzulegen. So sollen die überörtlich bedeutsamen gewerblichen Siedlungsbereiche unterstützt und langfristig gesichert werden. Gleichzeitig sollen sich die Festlegungen in der Region auf wenige besonders geeignete Standorte konzentrieren. Insgesamt sind im Zuge der Aufstellung des RegPl 3.0 zwei Plangebiete vertiefend geprüft worden. Brandenburg-an-der-Havel-Paterdamm: Das GIV ist aus naturschutzrechtlicher und -fachlicher Sicht ungeeignet. Die Fläche ist fast vollständig bewaldet. Mitten im GIV befindet sich ein tradierter und in den vergangenen Jahren durchgehend genutzter Seeadlerbrutplatz. Die Daten dazu liegen der RPG vor. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung in diesem Bereich entgegen. Zudem können Beeinträchtigungen des angrenzenden FFH-Gebietes „Bruchwald Rosdunk" nicht von vornherein offensichtlich ausgeschlossen werden, sodass es einer Verträglichkeitsprüfung bedarf.	Die allgemeinen Hinweise zur Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten werden zur Kenntnis genommen. Die Bewertung, der großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne sei aus naturschutzrechtlicher und -fachlicher Sicht ungeeignet, wird gleichfalls zur Kenntnis genommen. Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft ist diese pauschale Bewertung nicht ausreichend begründet. Dazu werden die folgenden Feststellungen, Bewertungen und Entscheidungen getroffen: Der benannte Horststandort wird durch eine Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets berücksichtigt. Im Ergebnis der Bewertung der im Beteiligungsverfahren mitgeteilten Sachverhalte und nach Anhörung der zuständigen Naturschutzbehörden am 10. Juli 2024 ist festzustellen, dass eine Betroffenheit artenschutzrechtlicher Belange für den im nordwestlichen Bereich des Vorranggebiets Paterdamm/Krahne nachgewiesenen Horststandort einer streng geschützten Großvogelart mit ausreichender Konkretheit dargelegt wurde. Dieser Sachverhalt führt zu der Entscheidung, die nordwestliche Grenze des Vorranggebiets um etwa 1000 Meter nach Osten zu verlegen. Zwischen der westlichen Grenze des Vorranggebiets und dem benannten Horststandort wird auf diese Weise ein Abstand von etwa 500 Metern hergestellt. Dieser Abstand ist nach Maßstab des § 19 Absatz 1 des Brandenburgischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz -

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	BbgNatSchAG) ausreichend, um einen vorsorgenden Horstschutz zu gewährleisten. Weitere Sachverhaltsermittlungen, Bewertungen und Maßnahmen können den später nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren überlassen bleiben. Der Sachverhalt, dass es sich bei dem Standort Paterdamm/Krahne um Waldflächen handelt, stellt nach Maßgabe des Bundesnaturschutzgesetzes und des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes keinen naturschutzrechtlichen Belang dar. Maßgeblich sind die Regelungen des Landeswaldgesetzes. An den diesbezüglichen Einschätzungen, die im Abschnitt II.3.1 der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ Im Abschnitt II.3.1 dargestellt sind, wird festgehalten. Ergänzend wird auf die BE 1412 verwiesen. Die mitgeteilte Bewertung, Beeinträchtigungen des angrenzenden FFH-Gebietes Bruchwald Roßdunk könnten nicht von vornherein offensichtlich ausgeschlossen werden, wird vom Einwender nicht begründet und kann daher nicht nachvollzogen werden. Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft sind für eine mögliche Beeinträchtigung keine Anhaltspunkte gegeben. Zur Begründung wird auf Abschnitt II.6.18 der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen. Weiter werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft dazu die folgenden Feststellungen und Bewertungen getroffen: Zu der möglichen Annahme, eine Beeinträchtigung des FFH-Gebiets Bruchwald Roßdunk könne dadurch gegeben sein, dass die benannten geschützten Lebensräume von einer nachteiligen Veränderung des Wasserhaushalts betroffen sein könnten, wird Folgendes festgestellt: Das FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk ist Bestandteil eines hoch grundwasserbeeinflussten Niederungsbereichs. Hingegen handelt es sich bei dem etwa 700 m vom FFH-Gebiet entfernt befindlichen Vorranggebiet, um eine etwa 40 Meter über dem Niederungsgebiet gelegene Waldfläche, die nicht von Grund- oder Stauwasser beeinflusst ist. Zwischen dem FFH-Gebiet und dem Vorranggebiet befindet sich die Erhebung des 60 m hohen Fichtenbergs. Für eine hydrologische Verbindung zwischen dem FFH-Gebiet und dem Vorranggebiet Paterdamm/Krahne gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Gegen die Annahme eines überirdischen oder oberflächennahen Abflusses vom höhergelegenen Nadelwaldgebiet in den nördlich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		gelegenen Niederungsbereich spricht bereits die hohe Wasseraufnahmekapazität des Waldes. Für eine mögliche Beeinflussung der Wasserhaltung im Niederungsbereich über eine Veränderung der Zuführung zum Grundwasser von den höhergelegenen Nadelwaldgebieten gibt es gleichfalls keine konkreten Anhaltspunkte. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Nadelwälder aufgrund der hohen Verdunstung potenziell einen geringen Beitrag zur Zuführung zum Grundwasser leisten. Die allgemeine Annahme, eine Inanspruchnahme des Waldes im Vorranggebiet Paterdamm/Krahne hätte einen Einfluss auf die Zuführung zum Grundwasser, welche sich auf die Wasserhaltung im FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk auswirken könnte, ist nicht ausreichend begründet. Dem Managementplan für das FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk aus dem Jahr 2019 kann entnommen werden, dass für die Wasserhaltung des FFH-Gebietes insbesondere die Entwässerung über den Bruchgraben maßgeblich ist. Auf eine Beeinflussung des Wasserstands durch Zufluss aus den angrenzenden höhergelegenen Waldgebieten finden sich keine Hinweise. Es wird daher festgestellt, dass für eine mögliche Beeinträchtigung des FFH-Gebiets Bruchwald Roßdunk keine Anhaltspunkte gefunden werden können. Solche werden auch durch den Einwender nicht mitgeteilt. Eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2082	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2 2. Fachstellungnahme mit Benennung der gesetzlichen Grundlage (Begründung): Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU Brandenburg gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben: 1. Belang Hochwasserschutz/ Hochwasserrisikomanagement (Rechtsgrundlage: siehe insbes. BbgWG §126 (3), Satz 3, Punkt 8); 1.1 Allgemeine Hinweise Überschwemmungsgebiet entsprechend §76 Abs. 2 Satz 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG): Die im Plangebiet dargestellte Überschwemmungsfläche des HQ100 kann hinsichtlich eines zukünftig festgesetzten Überschwemmungsgebiets (nach §76 WHG) als Orientierung dienen. Nach der Festsetzung als Überschwemmungsgebiet, auf der Grundlage eines HQ100, gelten die Regelungen entsprechend §78, §78a und §78c WHG. Gemäß §76 Abs. 1 WHG gelten Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern (Vorländer) und Gebiete, die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden, als Überschwemmungsgebiete. Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 BbgWG wurde das Gebiet des Großen Havelländischen Hauptkanals als Überschwemmungsgebiet festgesetzt. Zusätzlich wurde der Bereich der Havel in Brandenburg an der Havel vorläufig gesichert (§ 76 Abs. 3 WHG).	Die Hinweise und Rechtsgrundlagen sind der Regionalen Planungsstelle bekannt. Sie führen zu keiner Änderung des Abschnitt 2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.
BE-ID: 2083	Hochwasserrisikogebiet entsprechend §73 Abs. 1 Satz 1 WHG: Das Gebiet des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 umfasst teilweise Hochwasserrisikogebiete gemäß §73 Abs. 1 Satz 1 WHG. Gemäß §§ 5 Abs. 4a und 9 Abs. 6a BauGB sind Hochwasserrisikogebiete nachrichtlich zu übernehmen	Im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wird die HQ 100 Fläche gemäß Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	und im Flächennutzungsplan/ Bebauungsplan zu vermerken. Das Risikogebiet umfasst dabei das Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit (HQ200/Extrem). In den Karten sind die HQExtrem - Flächen nachrichtlich zu übernehmen, die HQ100 Flächen sind hier nicht ausreichend.	nachrichtlich übernommen. Darüber hinaus werden mit den Vorbehaltsgebieten Vorbeugender Hochwasserschutz (Grundsatz 2.1.1) die überschwemmungsgefährdeten Flächen außerhalb der Flächenkulisse eines Hochwassers mit Wiederkehrintervall von 100 Jahren dargestellt, die den potenziellen Überschwemmungsbereich eines extremen Hochwassers (HQ extrem) berücksichtigt.
BE-ID: 2084	Bei Bauvorhaben in Risikogebieten greifen §78b und §78c WHG (Notwendigkeit zum hochwasserangepassten Planen und Bauen; Heizölverbraucheranlagen in Risikogebieten). Es gilt, den schadlosen Hochwasserabfluss zu gewährleisten. In den Planungsunterlagen ist auf die Hochwassergefahren und -risiken entsprechend umfassend einzugehen, entsprechende Festlegungen nach WHG und BauGB sind zu treffen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, richten sich jedoch an die nachgeordnete Planungsebene in Bezug auf standortkonkrete Bauvorhaben. Die Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zum Vorbeugenden Hochwasserschutz übernehmen eine Hinweis-, Schutz- und Vorsorgefunktion. Die raumordnerischen Festsetzungen weisen demzufolge auf die potenziell durch Hochwasser stark gefährdeten Gebiete sowie das Maß der Gefährdung hin. Zudem tragen die raumordnerischen Festsetzungen dazu bei, die gegenüber Hochwasser empfindlicheren Nutzungen in gefährdeten Gebieten zu vermeiden bzw. an das Hochwasser angepasste Schutzmaßnahmen für diese vorzusehen. Eine vorsorgende Funktion wird durch die Flächensicherung in Gebieten mit gegenüber Hochwasser ungefährdeteren Nutzungen, um Hochwasserereignissen in Gebieten mit stärker gefährdeten Nutzungen vorzubeugen, übernommen.
BE-ID: 2085	In Risikogebieten sind bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich sowie bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen für Gebiete im Sinne von § 30 Abs. 1 und 2 oder § 34 BauGB nach § 78b WHG insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.	Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Die genannten Aspekte betreffen die nachgelagerte Planungsebene. Die vorgebrachten Hinweise bewirken keine Planänderung.
BE-ID: 2086	Entsprechend §5 Abs. 2 WHG ist jede Person, die durch Hochwasser betroffen sein kann, im Rahmen des ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, geeignete Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen.	Kenntnisnahme. Der Hinweis des Stellungnehmenden bezieht sich auf die Eigenvorsorge und fällt daher nicht in den Regelungsbereich der regionalen Ebene. Eine Berücksichtigung auf dieser Ebene ist daher nicht erforderlich.
BE-ID: 2087	Hinweise zum Planen und Bauen in hochwassergefährdeten Bereichen: Zur Vermeidung von Schäden in jeglichen von Überflutungen potenziell gefährdeten Bereichen soll nach Möglichkeit sichergestellt werden, dass die Nutzung der Grundstücke im Plangebiet an die möglichen nachteiligen Folgen von Hochwasser für Menschen, Umwelt und Sachwerte angepasst ist. Dafür sollte die Bauleitplanung in diesen Gebieten hochwasserangepasst erfolgen. In Betracht kommen dazu neben Informationen über hochwasserbedingte Risiken im Bebauungsplan, Vorgaben für eine hochwasserangepasste Bauausführung durch Festsetzungen zum Beispiel der Bauweise und der Stellung baulicher Anlagen, der nicht überbaubaren Grundstücksflächen, der von Bebauung freizuhaltenden Flächen und der Höhenlage der zulässigen Nutzung (mit Blick auf Gebäude wie auch auf einzelne Geschosse oder Teile baulicher Anlagen) sowie Vorgaben zum sicheren Betrieb von Ölheizungen. Hinweise zum hochwasserangepassten Bauen können der Hochwasserschutzfibel - Objektschutz und bauliche Vorsorge des Bundesministeriums des Innern, für Bau	Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Die genannten Aspekte betreffen nicht die regionale Maßstabsebene und sind ggf. in nachgelagerten Planungsebenen zu berücksichtigen. Die vorgebrachten Hinweise bewirken keine Planänderung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	und Heimat entnommen werden (Download unter: http://www.fib-bund.de- Stichwort "Hochwasserschutzfibel").	
BE-ID: 2088	Hochwasserrisikomanagementplanung: Der bestehende länderübergreifende Hochwasserrisikomanagementplan Elbe, welcher seit Ende des Jahres 2021 in aktualisierter Form vorliegt, umfasst Ziele und Maßnahmen des Hochwasserrisikomanagements entlang der Elbe und ist zu beachten. https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/hochwasserschutz/hochwasserrisikomanagementrichtlinie/risikomanagementplaene/	Der Hochwasserrisikomanagementplan (HWRM-Plan) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe für den Zeitraum von 2021 bis 2027 gemäß § 75 WHG (Stand Dezember 2021) zielt auf einen verbesserten Hochwasserschutz sowie einer verbesserten Hochwasservorsorge und soll zur Vermeidung von Hochwasserrisiken an der Elbe beitragen. Aus den Zielen (Vermeidung neuer und Reduktion bestehender Risiken im Vorfeld eines Hochwassers im Risikogebiet, Reduktion nachteiliger Folgen während und nach einem Hochwasserereignis) und Maßnahmen (Vermeidung von Risiken, Schutz vor Hochwasser, Vorsorge vor Hochwasserschäden, Wiederherstellung und Regeneration nach Hochwasserereignissen) werden Handlungsbereiche und Handlungsfelder abgeleitet und in einem Maßnahmenkatalog zusammengefasst. Die Ziele und Maßnahmen wurden vor dem Hintergrund der örtlichen Situation, der festgestellten Risikoausprägung, dem Potenzial zur Retention von Hochwasser, den bereits vorhandenen Schutzeinrichtungen und unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten festgelegt. Für die Ebene der Regionalplanung wird als Maßnahme die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten in den Raumordnungs- und Regionalplänen genannt. Dazu gehört die Sicherung von Retentionsräumen, Anpassung der Flächennutzungen, Bereitstellung von Flächen für Hochwasserschutz und Gewässerentwicklung. Die Festlegungen des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zum Vorbeugenden Hochwasserschutz sollen dazu führen, dass potenzielle Hochwassergefahren und vorsorgende Maßnahmen bei allen Planungen und Maßnahmen stärker berücksichtigt werden, um eine Vermeidung bzw. Verringerung von Hochwasser bedingten Schäden zu gewährleisten. Dabei übernehmen die Festlegungen im Regionalplan eine Hinweis,- Vorsorge- und Schutzfunktion. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Vorbeugender Hochwasserschutz (G 2.1.1) wird auf die potenziell durch Hochwasser stark gefährdeten Gebiete sowie das Maß der Gefährdung hingewiesen. Zusätzlich trägt die Festlegung dazu bei, die gegenüber Hochwasser empfindlicheren Nutzungen in gefährdeten Gebieten zu vermeiden bzw. an das Hochwasser angepasste Schutzmaßnahmen für diese vorzusehen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Potentialflächen für die Gewässerretention ist das Ziel verbunden, dass bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen Möglichkeiten zur Erhaltung und Verbesserung des natürlichen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Wasserrückhaltevermögens besonders berücksichtigt werden. Somit sollen die natürlicherweise überschwemmten Bereiche, in denen derzeit gegenüber den Auswirkungen eines Hochwassers weniger gefährdeten Nutzungen vorherrschen, als Retentionsraum erhalten bleiben. Zusätzlich zielt die Festlegung „Vorbehaltsgebiet für die gesteuerte Retention“ (G 2.1.4) auf die Sicherung und Optimierung der Funktionsfähigkeit von neuen bzw. bestehenden Standorten als zusätzlicher Retentionsraum. Überdies adressiert die Festlegung Vorbehaltsgebiet Havelpolder (G 2.13.) zuständige Stellen eine Optimierung der Funktionsfähigkeit der Polder im Sinne einer Verbesserung von Einwirkungsmöglichkeiten auf das Hochwassergeschehen zu gewährleisten. Demgemäß werden die Anforderungen an die regionale Raumordnungsebene des Hochwasserrisikomanagementplan (HWRM-Plan) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe bereits erfüllt.
BE-ID: 2089	Nationales Hochwasserschutzprogramm: Folgende Projekte / Maßnahmen werden im Rahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms im Planungsgebiet durchgeführt: • Optimierung der Nutzung der Havelpolder • Optimierung des Stauregimes Havel und Spree. Detaillierte Informationen zu den Projekten / Maßnahmen sind auf den Seiten des MLUK zu finden: https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/hochwasserschutz/nationales-hochwasserschutzprogramm/	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. In der Region Havelland-Fläming befinden sich im Norden die Havelpolder Schafhorst, Twerl und Große Grabenniederung. Geringe Flächenanteile der Havelpolder Flöthgraben und Warnau befinden sich ebenfalls in der Region. Mit der Festlegung "Vorbehaltsgebiet Havelpolder" (G 2.1.3) im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 werden diese Polderflächen berücksichtigt. Dabei steht der Aspekt der gezielten Einflussnahme auf das Hochwasserereignis zur Abwendung größerer Gefahren und Schäden, insbesondere für die Unterlieger, im Vordergrund. Mit der raumordnerischen Festlegung zu den bereits als ÜSG festgesetzten o.g. Polderflächen werden die zuständigen Stellen gemäß § 4 ROG in der Weise adressiert, die Optimierung der Funktionsfähigkeit der Polder im Sinne der Verbesserung von Einwirkungsmöglichkeiten auf das Hochwasserereignis zu gewährleisten.
BE-ID: 2090	Regionale Maßnahmenplanung: Die Regionale Maßnahmenplanung ist eine Untersetzung der Hochwasserrisikomanagementplanung nach §75 WHG. Ziel des Hochwasserrisikomanagements ist es, bestehende Gefahren und Risiken zu verringern und neue Risiken zu vermeiden. Hierzu wurden in Brandenburg im Rahmen der Regionalen Maßnahmenplanung (RMP) entsprechende Maßnahmenvorschläge erarbeitet.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Maßnahmen der Regionalen Maßnahmenplanung wurden bei den Festlegungen Vorbehaltsgebiete für die gesteuerte Retention" (G 2.1.4) berücksichtigt.
BE-ID: 2091	Karten/Geodaten: Die konkrete Gefährdung kann mithilfe der Auskunftsplattform Wasser (https://apw.brandenburg.de/), die durch das LfU Brandenburg zur Verfügung gestellt wird, überprüft werden. Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie im Internet-Angebot des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) unter folgendem Link: (https://metaver.de/search/dls/#?serviceId=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3O5E67E24).	Kenntnisnahme. Die Informationen, die die Auskunftsplattform Wasser zur Verfügung stellt, werden im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 berücksichtigt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2092	1.2 Anmerkungen zu den Unterlagen: 01 - textl. Festsetzungen - Entwurf v. 05.10.2021 ? S. 38: Die Flächenkulisse des Polders Flöthgraben liegt vollständig im Land Brandenburg, aber nur zu einem kleinen Teil in der Gebietskulisse des vorliegenden Regionalplans. Die angestrichene Aussage auf S. 38 ist demnach nicht korrekt. Planungskonzept: Die Polderflächen dienen dem gesteuerten Wasserrückhalt und sind nach Wasserrecht als Überschwemmungsgebiet (ÜSG) festgesetzt. In der Region Havelland-Fläming befinden sich im Norden die Havelpolder Schafhorst, Twerl und Große Grabenniederung. Geringe Flächenanteile der Havelpolder Flöthgraben und Warnau befinden sich ebenfalls in der Region. Die Polder Flöthgraben und Warnau haben ihre Flächenkulisse zum Großteil in Sachsen-Anhalt. Die Durchführung der durch den Bund geförderten Untersuchung zur Optimierung der Havelpolder im Rahmen des NHWSP unterstreicht ihre grundsätzliche Eignung und spezifische Bedeutung, die diesen Flächen für den Hochwasserschutz zukommt.	Die Hinweise werden berücksichtigt. Der Wortlaut wird wie folgt geändert: "Der Polder Flöthgraben befindet sich größtenteils im angrenzenden Landkreis Ostprignitz- Ruppin, während die Flächenkulisse des Polders Warnau zum Großteil in Sachsen-Anhalt gelegen ist."
BE-ID: 2095	13 - Maßnahmensteckbriefe gesamt.pdf: Für die Berücksichtigung der Vorbehaltsgebiete Potenzialflächen für die gesteuerte Retention werden die Maßnahmen der Regionalen Maßnahmenplanung im Entwurf des Regionalplans bereits berücksichtigt (13 - Maßnahmensteckbriefe gesamt.pdf). In den ergänzenden Unterlagen zu den Steckbriefen (13 - Maßnahmensteckbriefe gesamt.pdf) sind zwei Fehler enthalten, die korrigiert werden müssen:• Die Maßnahme H1_00003_00111_Lindenberg hat die falsche MN-ID. Es muss H5_00003_00111_Lindenberg heißen.• Weiterhin ist der Steckbrief zu Maßnahme H5_00003_00009 zweimal enthalten.	Die Hinweise werden berücksichtigt. Der Maßnahmen-Code zum Maßnahmesteckbrief "Ausweisung der Flächen für das potentielle zusätzliche Hochwasserrückhaltebecken bei Lindenberg wird berichtigt. Die Dopplung des Maßnahmesteckbriefes zur Maßnahme H5_00003_00009 wird durch Löschung ebenfalls korrigiert.
BE-ID: 2096	Weiterhin ist zu prüfen, ob ggf. noch folgende Steckbriefe ergänzt werden müssen. Diese sind dieser Stellungnahme beigelegt: • H5_00002_00096_KlosterZinna i.V. mit H5_00002_00002_KlosterZinna • H5_00008_00006_Scharrenbrück • H5_00010_00104_Treuenbrietzen • H4_00018_00156 bis H4_00018_00161_Haveldeiche • H4_00020_00157 und H4_00020_00161_Haveldeiche. [Anmerkung regionale Planungsstelle: Anlage: 11 pdF-Dateien mit o.g. Maßnahmensteckbriefen der Regionalen Maßnahmenplanung]	Die Maßnahmensteckbriefe H4_00018_00156 bis H4_00018_00161 beziehen sich Bereiche der Deiche Götz-Gollwitz (H4_00018_00156), Netzen (H4_00018_00157), Prützke (H4_00018_00158), Schmergow (H4_00018_00159), Tremmen (H4_00018_00160) und Zachow-Weserarm (H4_00018_00161). Gemäß den Steckbriefen wird empfohlen diese Retentionsflächen als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete im Regionalplan festzulegen. Die o.g. Flächen werden im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Vorbehaltsgebiet Potenzialflächen für die Gewässerretention berücksichtigt (G 2.1.2). In den Vorbehaltsgebieten sollen Möglichkeiten zur Erhaltung und Verbesserung des natürlichen Wasserrückhaltevermögens bei Planungen und Maßnahmen besonders berücksichtigt werden. Bei den Maßnahmesteckbriefen H5_00002_00002 und H5_00008_00006 wird eine Untersuchung bzw. Studie empfohlen. Im Fall des erstgenannten Steckbriefes soll untersucht werden, inwieweit eine gezielte Ausleitung bei Hochwasser in einen Seitengraben und damit verbunden die Erschließung des dort vorhandenen Retentionsraumes für die Ortslage Kloster Zinna und eventuell die Unterlieger eine Entlastung im Falle eines hundertjährigen Hochwasserereignisses darstellt. Bei dem zweitgenannten Steckbrief (H5_00008_00006) soll mittels einer Studie geprüft werden, ob oberhalb der Scharfenbrücker Straße (westlich von

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Scharfenbrück, Gemeinde Nuthe-Urstromtal) sich durch eine entsprechende bauliche Anpassung ein Rückhaltebecken einrichten lässt, welches bei einem hundertjährigen Hochwasserereignis HQ 100 für den Unterlauf der Nuthe einen positiven Effekt erfüllt. Da es sich bei den beiden Maßnahmen um Empfehlungen für mögliche Untersuchungen handelt, die nicht räumlich konkret bestimmt sind, d.h. keine flächenhaften Darstellungen vorliegen, werden diese zunächst nicht im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 berücksichtigt. Sofern sich aus den Untersuchungen heraus eine Maßnahmenplanung mit konkreter Flächendarstellung ergibt, kann eine Prüfung hinsichtlich einer Berücksichtigung im Regionalplan durch die regionale Planungsstelle erfolgen. Zudem sind die Maßnahmen an die Fachbehörde, in den o.g. Fällen das Landesamt für Umwelt, gerichtet. Bei den Maßnahmen H5_00010_00104 (Ausweisung von Flächen für ein potenzielles Hochwasserrückhaltebecken oberhalb von Treuenbrietzen) sowie H5_00002_00096 (Ausweisung von Flächen für ein potenzielles Hochwasserrückhaltebecken westlich Kloster Zinna als Vorranggebiet) ist noch kein konkreter Flächenbezug aus den Steckbriefen entnehmbar. Eine Aufnahme in die Flächenkulisse ist möglich, wenn die Regionale Maßnahmenplanung abschließend räumlich konkretisiert wurde und durch das LfU zur Verfügung gestellt wird. Die Maßnahme H4_00020_00161 "Festlegungen zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten im Regionalplan für den Bereich Deich Plauerhof" wird bei der Festlegung Vorbehaltsgebiete für die ungesteuerte Retention (G 2.1.2) berücksichtigt. Bei der Maßnahme H4_00020_00157 handelt es sich um eine Informationsvorsorge für den Campingplatz "Am Plauer See", dessen Ziel es ist, die Camper über die bestehende Hochwassergefahr zu informieren. Diese Maßnahme betrifft die kommunale Ebene. Der Bereich des Campingplatzes überschneidet sich zudem mit einem Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz (G 2.1.1).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2193	Anlage 2: Naturschutzrechtliche Bewertung der PF RP HVL-FL, Entwurf v. 18.11.2021 : Tab. 1: Naturschutzrechtliche Bewertung der Potenzialflächen Windenergienutzung (PF), Entwurf v. 18.11.2021 (Stand: 07.06.2022): PF: Nr. 01 Zellendorf, 129 ha, TF; Schutzbereiche TAK: Gänse/Singschwan: ca. 5 km südlich Schlafplatz an den Kiesseen Lindwerder (S-A); Restriktionsbereiche TAK: Gänse/Singschwan: Flugkorridore außerhalb des Schutzbereiches zu Nahrungsflächen im Niederen Fläming sind möglich; Artenschutzrechtliche Bewertung: LfU liegen keine aktuellen Angaben zu Rastzahlen nordischer Gänse und Schwäne vor. Daten zu Rastzahlen sind in Sachsen-Anhalt abzufragen. Von einer artenschutzrechtlichen Unzulässigkeit in Genehmigungsverfahren kann nicht pauschal ausgegangen werden. Der Schutzbereich	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	würde am nördlichen Rand die Forstflächen der PF erfassen, die als Nahrungsflächen der Gänse und Schwäne nicht in Betracht kommen. Ob Flugkorridore außerhalb des Schutzbereiches betroffen sind, kann in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren geprüft werden. Lägen solche vor, würde dies nicht zwangsläufig zur Versagung des Vorhabens führen. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Aufnahme als WEG nicht grundsätzlich entgegen. Weitere naturschutzrechtliche Belange: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung].	Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2194	PF Nr. 02: Seehausen, 246 ha, TF; Schutzbereiche TAK: Seeadler: Weniger als 1 000 m südlich befindet sich ein Brutplatz in Sachsen-Anhalt; Schutzbereich überlagert PF vollständig. Artenschutzrechtliche Bewertung: Die PF befindet sich im Schutzbereich eines Seeadler BP. Damit stehen der Ausweisung artenschutzrechtliche Belange entgegen. Die im Datenblatt genannten Punkte Wiesenweihe und Großtrappe stünden der Ausweisung allerdings nicht entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2195	PF Nr. 07, Paplitz, 111 ha, PM; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: Anteilig, 4,3 km südöstlich, Weißstorch: Vollständig durch 3 BP; Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Aufnahme des WEG nicht grundsätzlich entgegen. Allerdings konfliktträchtiger Bereich in der Randlage zu VSG und FFH-Gebiet.; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Im Nahbereich (0-100m) zum FFH-Gebiet "Heidehof-Golmberg" und VSG "Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" gelegen. Beeinträchtigungen von Fledermausarten nach Anhang II können nicht offensichtlich ausgeschlossen werden. Hier ist mindestens eine FFH-Vorprüfung erforderlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2196	PF Nr. 09, Reinsdorf, 706 ha, TF; Schutzbereiche TAK: Rotmilan: Brutpaar nördlich der PF; Schutzbereich ragt in PF hinein; Restriktionsbereiche TAK: -; Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Aufnahme als WEG nur auf Teilfläche (Schutzbereich Rotmilan) entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2197	PF Nr. 10, Niendorf, 63 ha, TF; Restriktionsbereiche TAK: Weißstorch: Von 1BP NO teilweise; Artenschutzrechtliche Bewertung: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2198	PF Nr. 13, Schöna-Kolpien West, 43 ha, TF; Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: Vollständig von einem BP im SW Weissstorch: Von 1 BP NO vollständig, Von 1 BP SW anteilig; Artenschutzrechtliche Bewertung: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen. Auf Grund der Lage (Waldfläche mit strukturierten Randbereichen) können allerdings Konflikte im Genehmigungsverfahren nicht ausgeschlossen werden; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Minimal 270 m NO des FFH-Gebiets Schweinitzer Fließ (Körbaer Teich).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2199	PF Nr. 18, Jüterbog-Damm, 99 ha, TF; Restriktionsbereiche TAK: Großtrappe: Die Fläche tangiert den Restriktionsbereich des Flug-/Verbindungskorridors der Großtrappe südwestlich von Jüterbog. Angaben zur aktuellen Nutzung des Bereiches durch Großtrappen liegen nicht vor; Artenschutzrechtliche Bewertung: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen. Auf Grund der Lage (stark strukturierte Landwirtschaftsfläche mit Baumreihen, Feldgehölzen und Waldrand) können allerdings Konflikte im Genehmigungsverfahren nicht ausgeschlossen werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2200	PF Nr. 21 Oehna, 90 ha, TF; Schutzbereich TAK: Seeadler: Anteilig durch Schutzbereich Brutpaar nordwestlich überlagert; Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: vollständig; Artenschutzrechtliche Bewertung: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand nur anteilig artenschutzrechtliche Belange (Seeadler) entgegen. Forstfläche, Bunkerkomplex mit Bedeutung als Winterquartier Fledermäuse am Ostrand der PF (Angaben UNB).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2201	PF Nr. 24 Nuthe-Urstromtal Ruhlsdorf, 50 ha, TF; Restriktionsbereiche TAK: Weißstorch: Anteilig von 2 BP; Artenschutzrechtliche Belange: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2202	PF 40, Rinow, 31 ha, TF; Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: Vollständig von einem BP im SO, Weißstorch: Vollständig von 2 BP NW und S; Artenschutzrechtliche Belange: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen. Auf Grund der Lage auf Grünland mit Baureihen und Gehölzen im Nahbereich (bis 500m) können allerdings Konflikte im Genehmigungsverfahren nicht ausgeschlossen werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2203	PF Nr. 41, Schöna-Kolpien Ost, 136 ha, TF; Schutzbereiche TAK: Auerhuhn: Gebiet liegt überwiegend im Entwicklungsgebiet und aktuellem Einstandsgebiet; Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: Vollständig von einem BP W, Weißstorch: Von 1 BP N teilweise, Von 1 BP W anteilig; Artenschutzrechtliche Bewertung: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand artenschutzrechtliche Belange entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2204	PF Nr. 46 Ramboldtheide, 40 ha, PM; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: Großtrappe; Artenschutzrechtliche Bewertung: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2205	PF Nr. 47, Horstwalde-BAM, 55 ha, TF; Restriktionsbereiche TAK: Schwarzstorch: vollständig überlagert (zuletzt jedoch 2018 RP, neuer BP nicht bekannt), Fischadler: Vollständig überlagert von mehreren BP (2,7 bis 3,7 km); Artenschutzrechtliche Bewertung: Der Ausweisung als WEG stehen nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen; Weitere naturschutzfachliche Belange: Im Norden und Osten grenzt unmittelbar LSG Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide an.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2235	2. Fachstellungnahme mit Benennung der gesetzlichen Grundlage (Begründung): Die Abteilung Naturschutz bedankt sich für die Beteiligung zum Regionalplanentwurf und nimmt auf der Grundlage des § 3 (5) BNatSchG wie folgt Stellung. 1. Eignungsgebiete für Windenergienutzung: 1.1 Planungskonzept. Schutz- und Restriktionsbereiche gemäß Windkrafterlass: Auch wenn gemäß der aktuellen Rechtsprechung die Schutzbereiche nach TAK (s. Windkrafterlass, Anlage 1) nicht den harten Tabuzonen zugeordnet werden müssen; ist bei einer Betroffenheit von Schutzbereichen gern. TAK dennoch regelmäßig davon auszugehen, dass tatsächliche rechtliche Gründe (§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG) der Errichtung und dem Betrieb von WEA entgegenstehen und nur im Ausnahmefall - nach Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde (LfU, N 1) - eine Unterschreitung der Schutzabstände oder Verlagerung auf die nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebene zulässig ist. Die Grenzen zulässiger Konfliktverlagerung auf nachgelagerte Ebenen sind überschritten, wenn bereits im Planungsstadium absehbar ist, dass sich der	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	offen gelassene Interessenkonflikt in einem nachfolgenden Verfahren nicht sachgerecht wird lösen lassen. Diese Grenze ist dann überschritten, wenn sich bereits im Planungsverfahren abzeichnet, dass der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen in den geplanten WEG artenschutzrechtliche Hindernisse entgegenstehen, die nicht ausgeräumt werden können. Insofern sind die Schutzbereiche nach TAK einer Abwägung durch die RPG nicht zugänglich und die Einstufung in die Kategorie „Restriktionskriterium/Einzelabwägung" nicht sachgerecht. Bestehende artenschutzrechtliche Konflikte lassen sich in der Regel nicht durch Ausnahmeprüfungen in nachfolgenden Verfahren heilen, da die Ausnahmevoraussetzungen gern. § 45 Abs. 7 BNatSchG entsprechend der wörtlichen Bedeutung des Begriffs "Ausnahme" nur in begründeten Ausnahmefällen vorliegen.	
BE-ID: 2237	Natura-2000-Gebiete: WEG sind mit den Erhaltungszielen (EHZ) von Natura-2000-Gebieten in der Regel nicht vereinbar. FFH-Gebiete sind häufig bereits als Naturschutzgebiete (NSG) in nationales Recht implementiert - d.h. sie sind in der Gewichtung NSG gleichgestellt. Schutzweck der in der Planungsregion liegenden Vogelschutzgebiete (VSG) ist u.a. die Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes windenergiesensibler Brut-, Zug- und Rastvögel sowie derer Lebensräume. Auch der theoretisch mögliche Ausnahmefall der Vereinbarkeit von WEA und Natura-2000-Gebieten tritt aus tatsächlichen Gründen nicht ein. Naturschutzrechtliche Gründe stehen einer Ausweisung von WEG innerhalb der Gebietskulisse daher grundsätzlich entgegen. Demzufolge sollten sowohl FFH Gebiete als auch Vogelschutzgebiete den harten Tabuzonen zugeordnet werden und nicht den Restriktionskriterien.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2238	Landschaftsschutzgebiete (LSG): LSG sind unabhängig von der Einordnung in die Kriterien aus rechtlichen Gründen weiterhin unbedingt von WEG freizuhalten; für die Errichtung von WEA kann grundsätzlich weder eine landschaftsschutzrechtliche Genehmigung noch eine Befreiung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG erteilt werden. Der im aktuellen Windkrafterlass genannte theoretische Ausnahmefall (Randlage, Vorbelastung, weniger hochwertiges Landschaftsbild) ist in der Planungsregion Havelland-Fläming nicht erkennbar. Die LSG sollten daher als harte Tabuzonen festgelegt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2239	Mindestabstand Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiete, LSG, NSG): Aufgrund der Größe von WEA ist die Errichtung von Anlagen direkt an Schutzgebietsgrenzen ebenfalls grundsätzlich als Beeinträchtigung des Gebietes zu werten. Daher ist ein Mindestabstand zwischen Schutzgebieten und WEG als Kriterium aufzunehmen. Dabei ist ein Mindestabstand von 250m - 300m (Maßstab = Anlagenhöhe) anzusetzen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2240	1 .2 Artenschutzrechtliche Belange: Die artenschutzrechtliche Bewertung der einzelnen WEG kann Anlage 1 entnommen werden. Neben der Auswertung der auch der RPG zur Verfügung gestellten Daten erfolgte dabei zusätzlich eine Berücksichtigung aktueller Erkenntnisse aus abgeschlossenen und laufenden Genehmigungsverfahren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2241	Auch die in den Datenblättern zu den WEG enthaltenen 13 Potenzialflächen für Windenergienutzung wurden geprüft (s. Anlage 2). Im Ergebnis ist festzustellen, dass diesen Potenzialflächen entgegen der Ausführungen in den Datenblättern teilweise keine bzw. nur auf Teilflächen naturschutzrechtliche Belange entgegenstehen (betrifft 11 von 13 PF). Die Ausweisung zusätzlicher WEG ist zumindest aus naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten möglich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2242	Im Zuge der Bearbeitung wurde auch der der Bewertung zugrundeliegende TAK-Datenbestand aktualisiert (Entfernung nicht zu berücksichtigender aber in der Lieferung an die RPG enthaltender Datenpunkte; hinzufügen aktueller Erkenntnisse/Daten). Diese Aktualisierung ist noch nicht für alle TAK-relevanten Artengruppen abgeschlossen. Wenn der Aktualisierungsprozess für die Planungsregion Havelland-Fläming abgeschlossen ist, wird der RPG ein aktueller Datensatz zur Verfügung gestellt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2243	Artenschutzrechtliche Konflikte mit der Art Kranich sind grundsätzlich in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren lösbar, insbesondere im Rahmen vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen im Sinne § 44 Abs. 5 BNatSchG und können daher auf die nachfolgende Ebene verlagert werden. Dies ist im Umweltbericht jedoch eindeutig zu benennen. Gleiches gilt grundsätzlich für Artengruppe Fledermäuse. TAK-relevante Quartiere sind dem LfU in den von WEG-Planungen betroffenen Räumen nicht bekannt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2244	1 .3 Flächenschutzrechtliche Belange: Natura-2000-Gebiete - FFH-Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP): Soweit Natura-2000-Gebiete in ihren für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden können, sind nach § 7 Absatz 6 und 7 ROG bei der Aufstellung bzw. der Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Raumordnungsplänen die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 36 i.V.m § 34 BNatSchG) über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen anzuwenden. Im Verfahren ist somit auf Ebene des Planungsmaßstabs für die geplanten Festsetzungen einzuschätzen, ob die Planung geeignet ist, ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich zu beeinträchtigen. Können Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden, sind die Auswirkungen der Planung auf die Erhaltungsziele der Gebiete zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. In der Regel ist auf dieser Planungsebene eine Verträglichkeits-Vorprüfung (Screening) durchzuführen. Im Rahmen des Screenings ist zu ermitteln, ob der Plan geeignet ist, ein Natura 2000-Gebiet in seinen Erhaltungszielen	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	erheblich zu beeinträchtigen. Grundsätzlich ist jede Beeinträchtigung von Erhaltungszielen erheblich und muss als „Beeinträchtigung des Gebiets als solchen" gewertet werden (BVerwG 9 A 20.25 vom 17.01.2007). Mit dem Ergebnis des Screenings müssen sich alle Zweifel an der Unbedenklichkeit des Vorhabens nachvollziehbar ausräumen lassen. Die Erhaltungsziele und Schutzzwecke sind für die Vogelschutzgebiete in den Anlagen 1 und 5 des Brandenburgischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 benannt.	
BE-ID: 2249	Die WEG Nr. 17 „Dahme/Mark-Ost" und Nr. 33 „Deutsch Bork" überlagern direkt FFH-Gebietsflächen. Das FFH-Gebiet „Schlagsdorfer Hügel" liegt vollständig im WEG Nr. 1 7 und das FFH-Gebiet „Obere Nieplitz" wird im Umfang von ca. 5 ha vom WEG Nr. 33 überlagert. Innerhalb dieser Flächen ist die Errichtung von WEA aus tatsächlichen rechtlichen Gründen ausgeschlossen. Die WEG sind mindestens um diese Flächenanteile zu reduzieren. Vielmehr sollte darüber hinaus ein Mindestabstand von 250 m zur Gebietsgrenze eingehalten werden (s. auch Pkt. 1.1).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2271	Die unter RN 170, Tabelle 3 Punkt H 03 angenommenen Mindestabstände sind aus fachlicher Sicht zu gering. Moderne Windenergieanlagen (WEA) haben derzeit einen Schallleistungspegel von 1 03 - 106 dB(A), was bedeutet, dass bereits die Errichtung einer einzelnen Anlage in dem angenommenen Mindestabstand aus Gründen des Schutzes vor Lärm nicht genehmigungsfähig wäre.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2272	Grundsätzlich fehlerhaft ist die getroffene typisierende Annahme, bei den Mindestabständen auf eine Referenzanlage abzustellen. Eignungsgebiete für die Windenergienutzung sind ja geradezu geprägt von einer Gruppenaufstellung von WEA, so dass die Mindestabstände auch aus diesem Grund bereits deutlich zu gering sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2273	Auch die unter RN 213 aufgeführten grundlegenden Erwägungen (Spiegelstrich 2, „Maßstab der Bewertung ist die Immissionsprognose für eine Gruppe von 5 WEA") führen zu einem deutlich größeren Mindestabstand als in Tabelle 3 aufgeführt. Weiterhin fehlt in der Aufzählung der Tabelle 3 die Gebietskategorie „reines Wohngebiet" nach § 3 BauNV08. Der unter Punkt 186 getroffenen Annahme, dass „reine Wohngebiete nur in seltenen Fällen" vorkommen, ist entschieden zu widersprechen. Insbesondere in den letzten Jahren wurden im Planungsraum eine Reihe an reinen Wohngebieten auch in dörflich geprägten Gebieten entwickelt, so dass keineswegs von einer seltenen Ausnahme ausgegangen werden kann.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2274	Hingegen kann den unter RN 207, Tabelle 6, Punkt W 01 Unterpunkte W 1 .1 bis W 1 .4 aufgeführten Mindestabständen als „weiche Tabuzone" aufgeführten Mindestabständen fachlich gefolgt werden. Einzige Einschränkung ist auch hier das Fehlen der Gebietskategorie „reines Wohngebiet". Dagegen wird in RN 182, Tabelle 5, letzte Spalte die Gebietskategorie „reines Wohngebiet" aufgeführt und fachlich nachvollziehbar zusammen mit Kurgebieten, Krankenhäusern und Pflegeanstalten einer Abstandsklasse zugeordnet.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2275	Aus fachlicher Sicht mitzutragen ist auch die Zusammenführung der Gebietskategorien Mischgebiet (eischließlich Dorfgebiet) und allgemeines Wohngebiet unter Ansatz des Richtwertes für allgemeines Wohngebiet von40 dB(A).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2276	Unter Punkt B 29 „Vermeidung der Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" werden Kriterien für die Unzulässigkeit entsprechender Ausdehnungen von Windeignungsgebieten benannt. Nach hiesigem Dafürhalten verstoßen mehrere der aufgeführten Windeignungsgebiete gegen dieses Kriterium (WEG 26, 29, ggf. WEG 23, WEG 31, WEG 33). Im Fall der Ortslage Markee, als Ortsteil von Nauen wird das Kriterium bereits durch die bestehenden WEA sehr deutlich überschritten, hier wird die Ortslage bereits zu weit überwiegenden Teilen von WEA „umkreist". Richtigerweise wurden deshalb in diesem Bereich die Windeignungsgebiete deutlich reduziert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 2250	Geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG i.V.m. § 18 BbgNatSchAG): Geschützte Biotope stehen für die Errichtung von WEA grundsätzlich nicht zur Verfügung. Bei der Ausweisung von WEG sind diese daher so auszunehmen, dass auch ein Hineinreichen von Anlagenteilen nicht erfolgt. Unter Umständen ist weiterhin ein größerer Schutzabstand zu diesen Gebieten naturschutzrechtlich erforderlich (bei Vorkommen eines entsprechenden Artenspektrums). Ein ggf. notwendiger Schutzabstand kann im Rahmen der nachfolgenden Genehmigungsverfahren auf der Grundlage aktueller Bestandserfassungen ermittelt werden. Geschützte Biotope > 5 ha sowie im Einzelfall auch geschützte Biotope in Grenzlage sind bereits auf dieser Planungsebene zu beachten. Betroffen sind die WEG Nr. 04 „Jüterbog - Altes Lager", Nr. 06 „Zollchow", Nr. 29 „Christinenhof' und Nr. 35 Jüterbog-Markendorf'. Die WEG sind entsprechend zu reduzieren (s. Anlage 1).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2251	1.4 Zusammenfassende Bewertung: Tabelle 1: Naturschutzrechtliche Bewertung der WEG: Der Ausweisung stehen Belange von Naturschutz und Landschaftspflege nach weiterer Modifizierung der Fläche nicht entgegen: Nr. 04 Jüterbog -Altes Lager, Nr. 06 Zollchow, Nr. 12 Nitzahn, Nr. 17 Dahme/Mark-Ost, Nr. 25	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Wünsdorf, Nr. 29 Christinenhof, Nr. 32 Hohenseefeld, Nr. 33 Deutsch Bork-Schlalach, Nr. 34 Werbig, Nr. 35 Jüterbog-Markendorf.	die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2252	Der Ausweisung stehen Belange von Naturschutz und Landschaftspflege nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen: Nr. 03 Groß Ziescht, Nr. 05 Ferch, Nr. 08 Kummersdorf-Gut, Nr. 14 Forst Zinna, Nr. 15 Welsickendorf, Nr. 16 Reesdorf, Nr. 19 Prützke, Nr. 23 Dretzen, Nr. 26 Rietz/Treuenbrietzen, Nr. 28 Feldheim-Malterhausen, Nr. 30 Rädel, Nr. 31 Petkus-Wahlsdorf, Nr. 36 Thyrow-Kerzendorf, Nr. 37 Nauen, Nr. 38 Ketzin-Wustermark, Nr. 44 Großbeeren-Teltow, Nr. 45 Zülichendorf.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2270	Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Meines Erachtens nicht schlüssig sind die unter Randnummer (RN) 160 getroffenen Planungsziele: Die Ziele 2) (Konzentration an Standortbereichen) und 4) (möglichst ausgewogene räumliche Verteilung) schließen sich ohne nähere Erläuterung aus.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 03 Groß Ziescht		
BE-ID: 2206	Anlage 1: Naturschutzrechtliche Bewertung der EG RP HVL-FL, Entwurf v. 18.11.2021 Tab. 1: Naturschutzrechtliche Bewertung der Eignungsgebiete Windenergienutzung (EG), Entwurf v. 18.11.2021 (Stand: 07.06.2022): EG Nr. 03 Groß Ziescht, 377 ha, TF; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: Seeadler überlagert WEG vollständig; Artenschutzrechtliche Bewertung: - bisher keine Anhaltspunkte für Flugkorridor oder gehäuftes Auftreten Seeadler im Bereich WEG. In nachgelagerten Verfahren zu beachten: - Gebiet mit Quartier-Nachweisen waldbewohnender Fledermausarten (u.a. Bechstein- und Mopsfledermaus, Großer Abendsegler), - Weitere Brutvogelarten: u.a. Habicht, Sperber, Raufußkauz, Ziegenmelker. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen.; Weitere naturschutzrechtliche Belange: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 04 Jüterbog-Altes Lager		
BE-ID: 2207	EG Nr. 04 Jüterbog - Altes Lager, 372 ha, PM + TF; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: - Weißstorch (Klausdorf), - Seeadler (überlagert WEG fast vollständig); Artenschutzrechtliche Belange: Geplante Erweiterung über WEA-Bestand hinaus auch aus artenschutzrechtlichen Gründen kritisch zu sehen (Vorkommen Ziegenmelker als Art mit Meideverhalten gegenüber WEA auch innerhalb des WEG).; Weitere naturschutzrechtliche Belange: In der FFH-Vorprüfung für das Vogelschutzgebiet (VSG) wurde	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	nicht auf den Ziegenmelker eingegangen. Art zwar nicht in TAK, aber Meidedistanz umfasst ca. 250 m. Durch das direkte Angrenzen des WEG und Lage in Ziegenmelker-Lebensräumen sind Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele nicht auszuschließen. Eine Verträglichkeitsprüfung ist erforderlich. Durch Einhaltung eines Puffers von 250m zum VSG können Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. Es befinden sich zudem großflächige (> 5ha) an das VSG angrenzende geschützte Biotope auf den nicht mit WEA bestandenen Flächen im geplanten WEG (Vorwald, Heide, Trockenrasen). Diese Flächen sind bereits auf dieser Planungsebene auszusparen, da der gesetzliche Biotopschutz hier einer Errichtung von WEA voraussichtlich grundsätzlich entgegensteht.	sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 05 Ferch		
BE-ID: 2208	EG Nr. 05 Ferch, 121 ha, PM; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: -; Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 06 Zollchow		
BE-ID: 2210	EG Nr. 06 Zollchow, 371 ha, HVL; Schutzbereiche TAK: Restriktionsbereiche TAK: Schwarzstorch (Schmetzdorf), Weißstorch (Zollchow); Artenschutzrechtliche Bewertung: Keine Kenntnisse aus aktuellen Verfahren / keine aktuellen Daten. Grenzlage zu Sachsen-Anhalt, Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde in Sachsen-Anhalt insbesondere Datenabfrage erforderlich. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Im WEG befinden sich mehrere geschützte Biotope, deren Umfang jeweils weniger als 5 ha umfassen und die wie im Umweltbericht dargestellt auf der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebene zu beachten sind und als konkrete Standorte für WEA ausgespart werden können. Das an der südlichen Grenze des WEG am Galmschen Grenzgaben gelegene geschützte Biotop „Erlen Bruchwälder" ist jedoch bereits auf Regionalplanebene zu berücksichtigen und das WEG in dem Bereich geringfügig zu reduzieren (ca. 2 ha).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 08 Kummersdorf-Gut		
BE-ID: 2211	EG Nr. 08 Kummersdorf-Gut, 391 ha, TF; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: Schwarzstorch: überwiegend überlagert (zuletzt jedoch 2018 RP, neuer BP nicht bekannt) Seeadler: anteilig überlagert, Weißstorch: 1 BP ca. 1,9 km westlich; Artenschutzrechtliche Bewertung: Keine Kenntnisse aus aktuellen Verfahren / keine aktuellen Daten. In nachgelagerten Verfahren zu beachten: - Mehrere potenzielle Kranichhabitate, im Nordteil Altdaten aus 2010. Der Raum hat für Fledermäuse große Bedeutung. Hervorzuheben ist die Betroffenheit des einzigen Verbreitungsgebiets der Nordfledermaus in Brandenburg Aufgrund der Seltenheit der Nordfledermaus in Brandenburg ist dem Verbreitungsgebiet sowie dem konkreten Vorkommen in besonderem Maße Rechnung zu tragen. Hinzu kommt mit der Bechsteinfledermaus eine Waldart, die als besonders empfindlich gegenüber Habitatveränderungen gilt. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange:	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Grenzt direkt an FFH-Gebiet "Kummersdorfer Heide/Breiter Steinbusch". FFH-Verträglichkeitsprüfung ist erforderlich (Beeinträchtigungen können nicht offensichtlich ausgeschlossen werden), siehe auch SN 11.03.2021 an die RP.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 12 Nitzahn		
BE-ID: 2212	EG Nr. 12 Nitzahn, 43 ha, HVL; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: - Seeadler (Neuplaue), - 5x Fischadler auf Leitung südlich und nordöstlich des WEG; Artenschutzrechtliche Bewertung: Keine Kenntnisse aus den aktuellen Verfahren / keine aktuellen Daten. Grenzlage zu Sachsen-Anhalt, Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde in Sachsen-Anhalt insbesondere Datenabfrage erforderlich. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzfachliche Belange: - Liegt vollständig im Naturpark Westhavelland; - Innerhalb des WEG befinden sich laut Moorinformationssystem tlw. sehr mächtige Erd- und Mulmniedermoore (größer 12 dm) - Verifizierung der Daten sowie entsprechende Reduzierung um Mooranteile erforderlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 14 Forst Zinna		
BE-ID: 2213	EG Nr. 14 Forst Zinna, Schutzbereiche TAK: Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen. In nachgelagerten Verfahren zu beachten: Fledermäuse: Im noch vorhandenen Gebäudebestand auf dem ehemaligen Kasernengelände sind bedeutende Sommer- und Winterquartiere von Fledermäusen bekannt. Zum Teil fanden im Rahmen von Rückbaumaßnahmen gezielte Aufwertungen für diese Artengruppe statt. Nähere Informationen, auch zum Bestand in den Winterquartieren, liegen der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming vor; Weitere naturschutzrechtliche Belange: 220 m von Grenze VSG "Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" und FFH-Gebiet "Forst Zinna/Keilberg" entfernt. FFH-Verträglichkeitsprüfung ist erforderlich (Beeinträchtigungen können nicht offensichtlich ausgeschlossen werden), siehe auch SN 11.03.2021.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 15 Welsickendorf		
BE-ID: 2214	EG Nr. 15 Welsickendorf, 359 ha, TF; Restriktionsbereiche TAK: Weißstorch: 1 BP 2 km südlich; Artenschutzrechtliche Bewertung: Keine Kenntnisse aus aktuellen Verfahren / keine aktuellen Daten. Grenzlage zu Sachsen-Anhalt, Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde in Sachsen-Anhalt insbesondere Datenabfrage erforderlich. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 16 Reesdorf		
BE-ID: 2215	EG Nr. 16 Reesdorf, 318 ha, PM; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: - Weißstorch (Reesdorf), teilweise; Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 17 Dahme/Mark-Ost		
BE-ID: 2216	EG Nr. 17 Dahme/Mark-Ost, 1359 ha, TF; Schutzbereiche TAK: 2020 2 BP im Westteil, davon 1 BP auf Grenze des WEG, Schutzbereich erfasst das WEG anteilig; Restriktionsbereiche TAK: 3 BP im Umfeld; Artenschutzrechtliche Bewertung: Rechtliches Konfliktpotenzial vor allem für die Art Rotmilan. In diesem Bereich sind mehrere Brutplätze der Art bekannt. Für Repoweringvorhaben im Schutzbereich ist im vorliegenden Fall eine Verlagerung auf die nachfolgenden Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren denkbar. Allerdings ist zu beachten, dass auch in diesem Fall einem Repowering von bestehenden Anlagen im Schutzbereich artenschutzrechtliche Belange entgegenstehen können. Die Voraussetzungen für die Errichtung von WEA im Schutzbereich im Rahmen eines Repowerings sind auf die in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ein Repowering ist artenschutzrechtlich insbesondere möglich, wenn sich neugeplante Anlagen am Rand des Schutzbereiches befinden und Anlagen, die dichter am Brutplatz stehen, zurückgebaut werden. Dies ist im Umweltbericht entsprechend aufzunehmen. Der im Datenblatt zum WEG benannte Schutzbereich Zug- und Rastvögel (Goldregenpfeifer, Kiebitz) ist im Bestandswindpark nicht (mehr) relevant. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: WEG und ist auszugrenzen. Ostteil liegt im Naturpark Niederlausitzer Landrücken.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 19 Prützke		
BE-ID: 2217	EG Nr. 19 Prützke, 136 ha, PM; Schutzbereiche TAK: - Vollständig überlagert vom Schutzbereich Gänseschlafplatz Rietzer See; Restriktionsbereiche TAK: - Schwarzstorch (Krahne), - Seeadler (Göttin), - Großtrappe (Flugkorridor Havelländisches Luch / Belziger Landschaftswiesen); Artenschutzrechtliche Bewertung: Ausweisung aufgrund der Vorbelastung (Bestands-WEA), Größe und Lage des WEG nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: "Rietzer See" (insbesondere in Bezug auf den Gänseschlafplatz) sowie für das VSG "Unteres Rhinluch/Dreetzer See, Havelländisches Luch und Belziger Landschaftswiesen" Teile „8 - Havelländisches Luch" sowie „C - Belziger Landschaftswiesen" (in Bezug auf den betroffenen Flugkorridor Großtrappe zwischen den beiden Brutgebieten).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 23 Dretzen		
BE-ID: 2218	EG Nr. 23 Dretzen, 181 ha, PM; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung); Artenschutzrechtliche Bewertung: Grenzlage zu Sachsen-Anhalt, Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde in Sachsen-Anhalt insbesondere Datenabfrage erforderlich. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen. In nachgelagerten Verfahren zu beachten: - Rotmilanreviere 2017-2019 ca. 600 m nordöstlich des WEG; Brutwald anschließend durchforstet, keine aktuellen Erkenntnisse); Weitere naturschutzrechtliche Belange: WEG ist überwiegend mit WEA bestanden, aber Erweiterung Richtung EU-VSG „Alten grabower Heide" geplant. Erhebliche Beeinträchtigungen des Gebietes können nicht ausgeschlossen werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 25 Wünsdorf		
BE-ID: 2219	EG Nr. 25 Wünsdorf, 328 ha, TF; Schutzbereiche TAK: Rotmilan: Nordteil teilweise überlagert vom Schutzbereich (2020); Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: WEG wird vollständig von Restriktionsbereichen um 3 BP überlagert Fischadler: Wird im Südteil anteilig vom Restriktionsbereich zweier BP erfasst; Artenschutzrechtliche Bewertung: Schutzbereich Rotmilan ist zu beachten und Weg im nördlichen Teil entsprechend zu reduzieren. Ausweisung des Teiles nördlich der Landesstraße wird wegen Vielzahl vorkommender Arten (Ziegenmelker, Wespenbussard u.a.) insgesamt kritisch gesehen. In bisherigen Verfahren wurden keine Flugkorridore von See- und Fischadler identifiziert; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Östlich angrenzend FFH-Gebiet Jägersberg Schirknitzberg, Abstand 0-400 m. FFH-Verträglichkeitsprüfung ist erforderlich (Beeinträchtigungen können nicht offensichtlich ausgeschlossen werden), siehe auch SN 11.03.2021.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 26 Rietz bei Treuenbrietzen		
BE-ID: 2220	EG Nr. 26 Rietz bei Treuenbrietzen, 751 ha, PM; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: -; Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 28 Feldheim-Malterhausen		
BE-ID: 2221	EG Nr. 28 Feldheim-Malterhausen, 1157 ha, PM /TF; Schutzbereiche TAK: - Im östlichen Bereich geringfügig überlagert vom Schutzbereich Rotmilan (2021); Restriktionsbereiche TAK: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung); Artenschutzrechtliche Bewertung: Im östlichen Bereich besteht ein hohes artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial vor allem für die Art Rotmilan. Für Repoweringvorhaben im Schutzbereich ist im vorliegenden Fall eine Verlagerung auf die nachfolgenden Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren denkbar. Allerdings ist zu beachten, dass auch in diesem Fall einem Repowering von bestehenden Anlagen im Schutzbereich artenschutzrechtliche Belange entgegenstehen können. Die Voraussetzungen für die Errichtung von WEA im Schutzbereich im Rahmen eines Repowerings sind in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ein Repowering ist artenschutzrechtlich insbesondere möglich, wenn sich neu geplante Anlagen am Rand des Schutzbereiches befinden und Anlagen, die dichter am Brutplatz stehen, zurückgebaut werden. Dies ist im Umweltbericht entsprechend aufzunehmen. Zudem ist auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene die Art Wiesenweihe genauer zu betrachten. Brutpaare der Art sind unter 200 m von der SW-Spitze des WEG bekannt (2017, 2018). Großtrappe Wintereinstand und Flugkorridor in dem Bereich nicht zu berücksichtigen. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; weitere naturschutzrechtliche Belange: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 29 Christinendorf		
BE-ID: 2222	EG Nr. 29 Christinenhof, 141 ha, TF; Schutzbereiche TAK: Rotmilan: Gebiet mit wechselnden Neststandorten, nach Datenstand 2018 keine Überlagerung durch Schutzbereiche, jedoch keine aktuelleren Daten vorliegend, erneute Umsiedlungen jederzeit möglich; Restriktionsbereiche TAK: Weißstorch: 3 BP (Gadsdorf, Nunsdorf, Trebbin); Artenschutzrechtliche Bewertung: Im nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren können entgegenstehende artenschutzrechtliche Belange (insbesondere Rotmilan) nicht ausgeschlossen werden. Waldrandsituation im N-Teil mit geschützten Biotopen stellt auch sehr gute Nahrungsfläche und Fluglinien schlaggefährdeter Fledermaus- und Vogelarten (z.B. Rotmilan) dar. Der besonders konfliktträchtige, bisher nicht mit WEA bebaute N-Teil, sollte aus der Kulisse herausgenommen werden; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Im nordöstlichen Teil des WEG befinden sich geschützte Biotop (Erlenbuchwald, Groß-Seggenwiese). Das WEG ist um diese WEA-Planungen nicht zur Verfügung stehenden Flächen zu reduzieren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 30 Rädel		
BE-ID: 2223	EG Nr. 30 Rädel, 47 ha, PM; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: - Seeadler (TÜP Lehnin-Brück); Artenschutzrechtliche Bewertung: Keine Kenntnisse aus aktuellen Verfahren / keine aktuellen Daten. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; weitere naturschutzrechtliche Belange: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 31 Petkus-Wahlsdorf		
BE-ID: 2224	EG Nr. 31 Petkus-Wahlsdorf, 694 ha; TF; Schutzbereiche TAK: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung); Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: BP 3.800 m nördlich (2022), BP 5.300 m westlich; Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Verträglichkeitsprüfung VSG „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West" erforderlich, da Restriktionsbereich von Seeadler als Erhaltungsziel betroffen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 32 Hohenseefeld		
BE-ID: 2225	EG Nr. 32 Hohenseefeld, 462 ha, TF; Schutzbereiche TAK: Rotmilan: Brutplatz aus 2018 NW-Spitze des WEG; Restriktionsbereiche TAK: Weißstorch: 1 BP Ihlow überlagert Südteil des WEG; Artenschutzrechtliche Bewertung: Das WEG ist im nordwestlichen Bereich bis zum WEA-Bestand zu reduzieren (Schutzbereich Rotmilan). Für Repoweringvorhaben im Schutzbereich ist im vorliegenden Fall eine Verlagerung auf die nachfolgenden Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren denkbar. Allerdings ist zu beachten, dass auch in diesem Fall einem Repowering von bestehenden Anlagen im Schutzbereich artenschutzrechtliche Belange entgegenstehen können. Die Voraussetzungen für die Errichtung von WEA im Schutzbereich im Rahmen	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	eines Repowerings sind in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ein Repowering ist artenschutzrechtlich insbesondere möglich, wenn sich neu geplante Anlagen am Rand des Schutzbereiches befinden und Anlagen, die dichter am Brutplatz stehen, zurückgebaut werden. Dies ist im Umweltbericht entsprechend aufzunehmen.	daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 33 Deutsch Bork-Schlalach		
BE-ID: 2226	EG Nr. 33 Deutsch Bork-Schlalach, 364 ha, PM; Schutzbereiche TAK: - Großtrappe Wintereinstandsgebiet Schlalach; Restriktionsbereiche TAK: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung); Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung aufgrund der Vorbelastung (Bestands-WEA), Größe und Lage des WEG nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Das WEG überlagert im Umfang von ca. 5 ha das östlich gelegene FFH-Gebiet "Obere Nieplitz" anteilig. Das WEG ist um diese Flächen zu reduzieren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 34 Werbig (Niederer Fläming)		
BE-ID: 2227	EG Nr. 34 Werbig, 331 ha, TF; Schutzbereiche TAK: - Teilweise überlagert vom Schutzbereich Seeadler; Restriktionsbereiche TAK: -; Artenschutzrechtliche Bewertung: Der Schutzbereich Seeadler steht der Erweiterung des WEG östlich des Verbindungsweges Werbig-Fröhden grundsätzlich entgegen. Das WEG ist entsprechend zu reduzieren. Für Repoweringvorhaben im Schutzbereich ist im vorliegenden Fall eine Verlagerung auf die nachfolgenden Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren denkbar. Allerdings ist zu beachten, dass auch in diesem Fall einem Repowering von bestehenden Anlagen im Schutzbereich artenschutzrechtliche Belange entgegenstehen können. Die Voraussetzungen für die Errichtung von WEA im Schutzbereich im Rahmen eines Repowerings sind in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ein Repowering ist artenschutzrechtlich insbesondere möglich, wenn sich neu geplante Anlagen am Rand des Schutzbereiches befinden und Anlagen, die dichter am Brutplatz stehen, zurückgebaut werden. Dies ist im Umweltbericht entsprechend aufzunehmen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 35 Jüterbog-Markendorf (Heidehof)		
BE-ID: 2228	EG Nr. 35 Jüterbog-Markendorf, 712 ha; Schutzbereiche TAK: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung); Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: Anteilig, BP 4 km südlich; Artenschutzrechtliche Bewertung: Ein Verbindungskorridor zu Hauptnahrungsgewässern des Seeadlers deutet sich auf Grund der Topographie nicht an. Allerdings liegen für das WEG bisher keine systematischen Untersuchungen vor. Das WEG liegt in Ziegenmelker Lebensräumen. In Bezug auf den Ziegenmelker ist eine Meidedistanz von 250 m zu WEA bekannt. Der daraus resultierende Habitatverlust kann grundsätzlich durch Aufwertung von Habitaten im räumlichen Zusammenhang außerhalb des Wirkbereiches aufgefangen werden. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: In der FFH-Vorprüfung für das VSG "Truppenübungsplätze Jüterbog-Ost und West" wurde nicht auf den Ziegenmelker eingegangen. Art ist nicht in den TAK, aber es sind Meidedistanzen von ca. 250 m nachgewiesen. Durch das direkte Angrenzen des WEG und Lage in Ziegenmelker Lebensräumen sind Beeinträchtigungen nicht auszuschließen. Eine	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Verträglichkeitsprüfung ist erforderlich. Durch Einhaltung eines Puffers von 250 m könnten Beeinträchtigungen vermieden werden. Eine Verträglichkeitsvorprüfung für das FFH-Gebiet „Heidehof-Golmberg" fehlt. Das WEG ist vollständig von geschützten Biotopen geprägt (Trockenrasen, Heide- und Vorwaldflächen). Eine Vermeidung von zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen ist bei der Errichtung zusätzlicher WEA nicht möglich. Einer Erweiterung des WEG über den WEA-Bestand hinaus stehen biotopschutzrechtliche Belange entgegen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 36 Thyrow-Kerzendorf		
BE-ID: 2229	EG Nr. 36 Thyrow-Kerzendorf, 172 ha, TF; Schutzbereiche TAK: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgten keine Eintragungen); Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: vollständig von 3 km westlich gelegenen BP überlagert. Weißstorch: vollständig von BP Kerzendorf überlagert; Artenschutzrechtliche Bewertung: Keine Kenntnisse aus aktuellen Verfahren / keine aktuellen Daten. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgten keine Eintragungen).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 37 Nauen		
BE-ID: 2230	EG Nr. 37 Nauen, 733 ha, HVL; Schutzbereiche TAK: Vollständig innerhalb 10km Schutzbereich um Schlafplatz Kranich Nauener Klärteiche (> 10.000 Individuen in 2020 und 2021) - Teilweise überlagert vom Schutzbereich Rotmilan (Brutplatz westlich des WEG, 2019); Restriktionsbereiche TAK: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Innerhalb dieses Feldes erfolgte keine Eintragung); Artenschutzrechtliche Bewertung: Im westlichen Bereich besteht ein hohes artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial vor allem für die Art Rotmilan. Für Repoweringvorhaben im Schutzbereich ist im vorliegenden Fall eine Verlagerung auf die nachfolgenden Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren denkbar. Allerdings ist zu beachten, dass auch in diesem Fall einem Repowering von bestehenden Anlagen im Schutzbereich artenschutzrechtliche Belange entgegenstehen können. Die Voraussetzungen für die Errichtung von WEA im Schutzbereich im Rahmen eines Repowerings sind in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ein Repowering ist artenschutzrechtlich insbesondere möglich, wenn sich neu geplante Anlagen am Rand des Schutzbereiches befinden und Anlagen, die dichter am Brutplatz stehen, zurückgebaut werden. Dies ist im Umweltbericht entsprechend aufzunehmen. Das im Bereich der nördlichen Erweiterungsfläche liegende Kleingewässer war in Vergangenheit Brutplatz der Rohrweihe (2011 und 2014). Aktuelle Daten liegen für den Bereich nicht vor, eine Betroffenheit ist nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ggf. ist auch in diesem Bereich keine vollständige Ausnutzung des WEG möglich. Da die Rohrweihe eine große Bindung an Kleingewässer als Brutplatz aufweist, sollte geprüft werden, ob vorsorglich die Bereiche aus dem WEG herausgenommen werden können. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung aufgrund der Vorbelastung (Bestands-WEA) nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Die im Gebiet vorkommenden Kleingewässer stellen geschützte Biotope dar. Aufgrund deren geringer Größe muss keine Reduzierung vorgenommen werden, diese sind jedoch auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu beachten - eine Inanspruchnahme ist bei entsprechender Anlagenkonfiguration nicht erforderlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 38 Ketzin/Havel-Wustermark		
BE-ID: 2231	EG Nr. 38 Ketzin / Havel-Wustermark, 868 ha, HVL; Schutzbereiche TAK: - Nördlich geringfügig überlagert vom 10km Schutzbereich um Schlafplatz Kranich Nauener Klärteiche (> 10.000 Individuen in 2020 und 2021); Restriktionsbereiche TAK: - Südliche Bereiche teilweise überlagert vom RB Seeadler, - Weißstorch (teilweise); Artenschutzrechtliche Bewertung: Innerhalb des WEG befinden sich mehrere Kleingewässer u.a. mit Altdaten zur Rohrweihe. Dies betrifft insbesondere die südliche Erweiterung in noch nicht mit WEA bestandene Bereiche. Hier ist zuletzt eine Brut der Rohrweihe 2012 bekannt, es fehlen aber aktuelle Erfassungen. Eine Betroffenheit ist in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ggf. ist in diesem Bereich keine vollständige Ausnutzung des WEG möglich. Da die Rohrweihe eine große Bindung an Kleingewässer als Brutplatz aufweist, sollten vorsorglich die Bereiche aus dem WEG herausgenommen werden. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung aufgrund der Vorbelastung (Bestands-WEA) nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: Die im Gebiet vorkommenden Kleingewässer stellen geschützte Biotope dar. Aufgrund deren geringer Größe muss keine Reduzierung vorgenommen werden, diese sind jedoch auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu beachten - eine Inanspruchnahme ist bei entsprechender Anlagenkonfiguration nicht erforderlich.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf		
BE-ID: 2232	EG Nr. 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf, 160 ha, PM / TF; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: -; Artenschutzrechtliche Bewertung: Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 45 Zülichendorf		
BE-ID: 2233	EG Nr. 45 Zülichendorf, 210 ha, TF; Schutzbereiche TAK: -; Restriktionsbereiche TAK: Seeadler: 1 BP ca. 3,5 km südlich, zuletzt 2019 besetzt (kein neuer BP bekannt), 1 BP ca. 5 km nordöstlich (2020), Weißstorch: 2 BP minimal 1,3 und 2,7 km entfernt; Artenschutzrechtliche Bewertung: Auf Grund der Überschneidung mit mehreren Restriktionsbereichen (Seeadler, Gänse, Schwände) kann es in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu Einschränkungen der Nutzbarkeit des WEG kommen. Der Niederungsbereich zwischen den Ortschaften Niebel, Kemnitz Zülichendorf und Bardenitz stellt einen bedeutsamen Raum für Nahrung suchende Kraniche, Gänse und Singschwäne dar. Während der Rastperioden wechseln diese täglich zwischen den Nahrungsflächen und den nordöstlich gelegenen Schlaf- und Ruhegewässern. Die WEG-Fläche selbst ist eine bedeutsame, regelmäßig genutzte Nahrungsfläche. Es wurden 2020 wiederholt 500-900 Kraniche und über 400 nordische Gänse festgestellt. Angrenzend an das WEG (südlich Kemnitzer Wiesen) wurden dabei über 8.000 Nordische Gänse auf Nahrungsflächen beobachtet, welche dem nächstgelegenen Schlafplatz Riebener See innerhalb des Vogelschutzgebietes (VSG) Nuthe-Nieplitz-Niederung zugeordnet werden können (7,2 km entfernt). In Verfahren zum WP Kemnitz wurden Nahrungsflüge östlich registriert, welche in die Niederung südöstlich Kemnitz führten. In nachfolgenden	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Planungs- und Genehmigungsverfahren kann es daher ggf. zu Einschränkungen der Nutzbarkeit des WEG kommen. Artenschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen; Weitere naturschutzrechtliche Belange: (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: In diesem Feld erfolgte keine Eintragung).	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2153	Anlage 3: Naturschutzrechtliche Bewertung der Vorranggebiete (VR) und Vorbehaltsgebiete (VB) Rohstoffgewinnung, Entwurf vom 18.11.2021, Stand 13.06.2022: 1. Natura 2000-Gebiete: Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach § 13 [...] Raumordnungsgesetz die Vorschriften des (§36 i.V.m. §34) Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen [...] anzuwenden (§ 7 Abs.6 ROG). Im Verfahren ist somit auf Ebene des Planungsmaßstabs sowohl für VR als auch für VB einzuschätzen, ob die Planung geeignet ist, ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich zu beeinträchtigen. Beachte: Grundsätzlich ist jede Beeinträchtigung von Erhaltungszielen erheblich und muss als "Beeinträchtigung des Gebiets als solchen" gewertet werden (BVerwG 9 A 20.25 vom 17.01.2007). Können Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden, sind die Auswirkungen der Planung auf die Erhaltungsziele der Gebiete zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 ist laut Entwurf ausgeschlossen. Angrenzend oder in unmittelbarer Nähe zu Natura 2000 - Gebieten befinden sich jedoch folgende Vorrang-/Vorbehaltsgebiete: VR27 FFH-Gebiet Jägersberg-Schirknitzberg; VR28 FFH-Gebiet Steppenhügel im Havelland; VB03 FFH-Gebiet Pelze; VB07 FFH-Gebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung; VB08 FFH-Gebiet Riembach; VB16 FFH-Gebiet Jägersberg-Schirknitzberg; VB19 Vogelschutzgebiet (VSG) Mittlere Havelniederung; VB23 FFH-Gebiet Obere Nieplitz; VB39 FFH-Gebiet Flämingrummeln und Trockenkuppen; VB40 VSG Rhin-Havelluch. Für die Gebiete VR28, VB03, VB16 und VB23 gilt es zunächst in einer FFH-Vorprüfung zu klären, ob es in Folge betriebsbedingter Wirkfaktoren (erforderliche Grundwasserabsenkungen, Schadstoffemissionen, Lärm und visuelle Wirkungen - s. Umweltprüfung S.79) prinzipiell zu erheblichen Beeinträchtigungen eines Natura 2000-Gebietes kommen kann. Zu betrachten sind hierbei alle Erhaltungsziele des jeweiligen Gebietes.	Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung wird entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu benachbarten Natura 2000-Gebieten sind bei den VR im Rahmen der SUP erfolgt. Für die VB werden Steckbriefe im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming nachgeholt. Anmerkung: Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 hat das LBGR neue und geänderte Flächenvorschläge zur Festlegung als VR/VB vorgebracht. Nach Prüfung dieser LBGR-Vorschläge im Rahmen des Planungskonzepts wird in Parallelität zu diesem Sachverhalt I.1 auch für folgende neue VB eine FFH-Vorprüfung vorgenommen: VB neu Baruth, VB neu Pritzerbe.
BE-ID: 2166	Einer Vorprüfung für die Gebiete VR27, VB07, VB08, VB19, VB39 und VB40 bedarf es aufgrund der Unzulässigkeit gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG (Landschaftsschutzgebiete) bzw. § 30 Abs. 2 BNatSchG (Gesetzlich geschützte Biotope) nicht (siehe § 34 Abs. 7 BNatSchG).	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Anmerkung: In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) sind Abstimmungen auch zu den LSG und den gesetzlich geschützten Biotopen erfolgt. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten ausgeführt.
BE-ID: 2167	2. Landschaftsschutzgebiete (LSG): Vorranggebiete (VR). Im Rahmen der Umweltprüfung wurde die direkte Flächeninanspruchnahme durch VR in LSG geprüft. Im Ergebnis gab es Ausweisungen in folgenden Landschaftsschutzgebieten: - LSG Nuthetal - Beelitzer Sander, - LSG Westhavelland,- LSG Hoher Fläming - Belziger Landschaftswiesen. Aus Sicht des Naturschutzes bedarf eine entsprechende Festlegung als VR dem Vorliegen folgender Voraussetzungen: 1. Abgrenzung des Vorranggebietes anhand des Geltungsbereichs eines rechtskräftigen Rahmenbetriebsplans (RBP) / Hauptbetriebsplans (HBP). Keine Hinzunahme darüber hinausreichender Flächen. 2. Für den rechtskräftigen Rahmenbetriebsplan (RBP) / Hauptbetriebsplan	Der Forderung nach reduzierter Festlegung von Rohstoffgebieten in LSG wird entsprochen. Die Zustimmung des LfU zur Festlegung von VR in LSG unter obig benannten Voraussetzungen wird zur Kenntnis genommen; sie sind im ersten Entwurf bereits beachtet. Der Sachverhalt des Nachweises eines „atypischen Einzelfalls“ für Rohstoffabbau in LSG ist nachvollziehbar. Es erfolgt eine entsprechende Reduzierung von Vorbehaltsgebieten.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	(HBP) liegt eine Befreiung von den einschlägigen Regelungen der LSG-VO (s. § 4 Abs. 1 und 2 der jeweiligen LSG Verordnungen) vor. Sind diese Anforderungen erfüllt, stehen Belange des Landschaftsschutzes einer Ausweisung von VR01 bis VR28 als Vorranggebiet Rohstoffsicherung nicht entgegen.	
BE-ID: 2168	Vorbehaltsgebiete (VB); Bei der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten in den Landschaftsschutzgebieten. - LSG Nuthetal - Beelitzer Sander, - LSG Westhavelland, - LSG Hoher Fläming - Belziger Landschaftswiesen, - LSG Potsdamer Wald- und Havelseengebiet sind die Verbote und Genehmigungsvorbehalte der Schutzgebietsverordnungen zu beachten.	Der Forderung nach Beachtung der Verbote und Genehmigungsvorbehalte der Schutzgebietsverordnungen wird vor dem benannten Aspekt "Nachweis atypischer Einzelfall" entsprochen. Es erfolgt eine entsprechende Reduzierung von Rohstoffgebieten in LSG.
BE-ID: 2179	3. gesetzlich geschützte Biotope: Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der unter § 30 Abs. 2 BNatSchG bzw. § 18 Abs. 1 BbgNatSchAG aufgeführten Biotope führen können, sind verboten. Beeinträchtigungen gesetzlich geschützter Biotope sind zu vermeiden und deren Erhalt bei der Abgrenzung von VR und VB zu beachten. Deshalb sind geschützte Biotopflächen im Grenzbereich von VR und VB von vornherein auszunehmen. Außerdem ist für kleinräumige Vorkommen innerhalb der VR- und VB-Flächen auf den nachfolgenden Ebenen eine Integration dieser wertvollen Biotopstrukturen anzustreben.	Eine Ausweisung von VR und VB bei Betroffenheit komplex geschützter Biotope ist im Rahmen des Planungskonzeptes mit der Ausrichtung auf geringe Raumnutzungskonzepte und damit einhergehender Reduzierung der vom LBGR angemeldeten Gebiete (von 2.417 ha auf 1.616 ha bei den VR und von 5.543 ha auf 2.496 ha bei den VB) bereits weitgehend vermieden. Anmerkung: In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) sind Abstimmungen zu den gesetzlich geschützten Biotopen erfolgt. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zu den Rohstoffgebieten ausgeführt.
BE-ID: 2184	4. besonderer Artenschutz: Aufgrund des Maßstabes der vorgelegten Planung, möglicher Modifizierungen der Flächeninanspruchnahme und vor allem des Zeithorizontes bis zur Umsetzung der Abbauvorhaben (Beachtung von Änderungen im Bestand von Flora und Fauna) ist die Vereinbarkeit der Planung mit den Belangen des besonderen Artenschutzes auf der Ebene der Zulassungsverfahren zu klären. Eine Beurteilung ausschließlich auf Basis vorhandener Daten ist nicht möglich. Es werden aktuelle Bestandsaufnahmen erforderlich. Bereits auf Ebene des Regionalplans ist jedoch auf die Bedeutung der Abbaugebiete für einige streng geschützte Vogelarten hinzuweisen, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist. Dabei sind vor allem folgende VR und VB zu nennen: VR04 Rotmilan; VR08 Kranich, Rotmilan, Rohrweihe; VR13 Rotmilan; VR16 Rotmilan; VR18 Kranich, Rotmilan; VR20 Kranich, Rohrweihe; VR23 Kranich, Rotmilan, Rohrweihe; VR28 Rotmilan; VB08 Kranich; VB07 Baumfalke; VB12 Kranich; VB18 Rotmilan; VB19 Fischadler; VB21 Fischadler; VB25 Fischadler; VB26 Rotmilan; VB31 Rotmilan; VB37 Fischadler; VB39 Rotmilan; Aufgezählt wurden alle Brutnachweise innerhalb der VR / VB beziehungsweise solche, bei denen sich die künftige Abbaufläche innerhalb der artspezifischen Fluchtdistanz befindet.	Dem Wunsch nach textlichem Hinweis auf einige streng geschützte Vogelarten, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist, wird gefolgt. Unter „d) Anwendung der Festlegungen“ wird der Sachverhalt „besonderer Artenschutz“ zu bereits beispielhaft aufgeführten Sachverhalten ergänzt. Er ist im ersten Entwurf bei der Flächenspezifizierung bereits berücksichtigt (siehe Tabellen 19 und 20 in der Spalte „Begründungen“ zu Flächenreduzierungen der vom LBGR angemeldeten Flächen). Er ist nachvollziehbar, erst recht da die beim LfU vorhandenen Horstdaten zu gegenwärtigen und auch zukünftigen Ständen begründet fehlerbehaftet sein können (Horstverlagerungen, Mangel an ehrenamtlichen Horstbetreuern, Datenfehleinträge etc.). Daher kann dieser Sachverhalt erst zum Zeitpunkt des Zulassungsverfahrens konkret berücksichtigt werden.
BE-ID: 2187	5. festgesetzte Kompensationsflächen (Fußnote 2: gemäß Kompensationsverzeichnis [§ 17 Abs. 6 BNatSchG]): Gemäß § 15 Abs. 4 Satz 1 BNatSchG sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in dem jeweils erforderlichen Zeitraum [...] zu sichern. Eine Nutzungsänderung auf der Kompensationsfläche während des Sicherungszeitraums verstößt gegen die Bestimmungen der Vorhabengenehmigung und ist daher unzulässig. Festgesetzte Kompensationsmaßnahmen sind zu erhalten und nicht in VR / VB einzubeziehen. Es bedarf daher einer Anpassung folgender Gebiete: VR15 eine Kompensationsfläche; Verfahren zur Errichtung von 2 WEA Windpark Danna; LfU 50.091.00/12/1.6.2V/RS; VR16 fünf	Dem aufgeführten Sachverhalt zu Kompensationsflächen wird im Rahmen des Planungskonzepts, „mögliche Raumkonflikte auf ein voraussichtlich unerhebliches Maß an Umweltauswirkungen zu reduzieren“, gefolgt. Hinweis: Sofern es sich um kleinststrukturelle Kompensationsflächen handelt, die im regionalplanerischen Maßstab von 1:100.000 nicht abbildbar sind (z.B. Saumbuschreihen, Alleeanlage), kann erst mittels Festlegungen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Kompensationsflächen; Verfahren zur BAB A 9 VKE 141; VR22 drei Kompensationsflächen; Verfahren zur BAB A 9 VKE 141; VB13 drei Kompensationsflächen; Verfahren Ausbau der BAB A 2, 4. BA; VB24 zwei Kompensationsflächen; Verfahren zur BAB A 9 VKE 141; VB26 eine Kompensationsfläche; BlmSchG-Vorhaben60.029.00/13/8. 12.2V/RW.	in Rahmen- bzw. Abschlussbetriebsplänen über Abbauaussparung (auch im Hinblick auf den Sicherungszeitraum der Kompensationsmaßnahme) oder möglicherweise potenzierte Kompensation entschieden werden. Im Rahmen der Abstimmungen mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) wurde hierzu Einvernehmen erzielt.
BE-ID: 2188	6. Schutzgut Landschaft (Landschaftsbild, Erholung): Unter § 1 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist als Ziel des Naturschutzes und der Landschaftspflege der Schutz der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft definiert. Im Landschaftsprogramm Brandenburg wird dieses Ziel wie folgt untersetzt: - Die aufgrund ihrer naturräumlichen wie kulturellen Entstehung für die jeweiligen Landschaftsräume typischen Landschaftsbilder sind nachhaltig zu sichern. - Erlebnisreiche Landschaften sind als Voraussetzung für die naturnahe Erholung zu erhalten bzw. zu entwickeln und vor Lärm-, Schadstoff- und visuellen Beeinträchtigungen zu schützen. - Die Erhaltung [. . .] von Räumen mit hervorragender Eigenart des Landschaftsbildes [. . .] bilden auch die wesentliche Voraussetzung für die Stärkung regionaler Identität. - Landschaften, mit einer vorhandenen hohen Erlebniswirksamkeit in ihrer naturraum- und regionaltypischen Ausprägung sind für das Natur- und Landschaftserleben dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Gemäß Umweltbericht, Anhang A1, Pkt. 3.7.2 führen alle Planfestlegungen mit Flächeninanspruchnahme von Gebieten mit einer besonderen Erlebniswirksamkeit - abhängig vom Ausmaß der Flächeninanspruchnahme und der vorhandenen Vorbelastung - voraussichtlich zu erheblichen Umweltauswirkungen der betroffenen Gebiete. Aufgrund der vorhabenbedingten Beeinträchtigungen des Rohstoffabbaus, der sowohl anlagebedingt (Beseitigung der regionaltypischen Besonderheiten / Erlebniswirksamkeit im Wirkbereich des Vorhabens) als auch betriebsbedingt (Lärm, visuelle Beeinträchtigungen) konträr zu den vorab genannten Zielen des Naturschutzes wirkt, sind bei Zuordnung der Flächen zu den Gebieten mit vorhandenem hochwertigen Eigencharakter und zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft einer Ausweisung als VR oder VB entgegenstehende Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege entgegenzuhalten. Dies betrifft nachgenannte VR / VB: VR02, VB01, VB02, VB03, VB32, VB36, VB37 und VB21 (tlw.).	Der Anregung wird nicht gefolgt. Begründung: In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) sind auch Abstimmungen zum Schutzgut Landschaft erfolgt - hierzu schreibt das LfU: "Mit Stand 11.10.2022 wurde das Landschaftsprogramm Brandenburg, sachlicher Teilplan „Landschaftsbild“ fortgeschrieben. Es bedurfte daher der Überprüfung der Bewertung aus der Stellungnahme vom 17.6.2022. Setzt man als Kriterien für entgegenstehende Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege die Zuordnung von Flächen zu Gebieten sehr hoher Bedeutung für das Landschaftsbild und zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft an, ist festzustellen, dass keines der ehemals angeführten Gebiete - VR02, VB01, VB02, VB03, VB32, VB36, VB37 und VB21 (tlw.) – diese Anforderungen erfüllt. Entgegenstehende Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege (hier: Landschaftsbild, Erholung) werden in Bezug auf die genannten Gebiete nicht mehr geltend gemacht."
BE-ID: 2190	Die Prüfergebnisse aus Nr. 1 bis 6 dieser Stellungnahme ergeben zusammengefasst folgendes Ergebnis (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: die folgenden Ergebnisse sind in der originalen Stellungnahme in Form einer Tabelle dargestellt): Der Ausweisung stehen Belange von Naturschutz und Landschaftspflege entgegen: VR02 Damsdorf Am Vogelstangenberg, VR27 Wünsdorf, VB01 Behnsdorf / Vehlener Berg, VB02 Behnsdorf-Ost, VB03 Behnsdorf-West, VB04 Berkenbrück-Ruhlsdorf, VB05 Fichtenwalde, VB06 Frankenfelde, VB07 Fresdorfer Heide, VB08 Görzke, VB09 Gottsdorf, VB10 Gräben, VB12 Gräningen-West, VB 19 Marzahne, VB22 Nennhausen, VB25 Nitzahn, VB26 Plötzin-Ost, VB27 Reetz 4, VB31 Schlunkendorf-Südost, VB32 Schmerzke, VB35 Steinberg-Ost, VB36 Trechwitz, VB37 Vieritz, VB39 Warsow, VB40 Wollin.	Den vorgebrachten Bedenken und Anregungen ist weitgehend gefolgt. Anmerkung: In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) haben Abstimmungen zu den einzelnen Sachverhalten und Rohstoffgebieten stattgefunden. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zur Stellungnahme des LfU ausgeführt.
BE-ID: 2191	Der Ausweisung stehen Belange von Naturschutz und Landschaftspflege nach weiterer Modifizierung der Fläche nicht entgegen: VR15 Lindower Heide, VR16 Linthe, VR22 Niemegk / An der Autobahn, VB13 Grebs, VB17 Krahne-Ost, VB21 Möthlitz-Süd, VB24 Niemegk / An der Autobahn, VB28 Reetz-Süd, VB30 Rietz-Süd.	Den vorgebrachten Bedenken und Anregungen zu Flächenmodifizierungen ist weitgehend gefolgt. Anmerkung: In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) haben Abstimmungen zu den einzelnen Sachverhalten

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		und Rohstoffgebieten stattgefunden. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zur Stellungnahme des LfU ausgeführt.
BE-ID: 2192	Der Ausweisung stehen Belange von Naturschutz und Landschaftspflege nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen: VR01 Berkenbrück-Ruhlsdorf, VR03 Emstal, VR04 Fohrder Berg Nord, Fohrder Berg Süd, VR05 Fresdorfer Heide, VR06 Glienick, VR07 Görzke, VR08 Großwudicke, VR09 Güterfelde, VR10 Horstfelde-Nord, VR11 Horstfelde-Süd, VR12 Knoblauch-Kapellberg, VR13 Krahne, VR14 Lietzow, VR17 Linthe 2, VR18 Marzahne, VR19 Michelsdorf, VR20 Möthlow, VR21 Niederwerbig B, VR23 Reetz-Nord, VR24 Rietz-Nordwest, VR25 Viesen, VR26 Vietznitz, VR28 Zachow, VB11 Gräfendorfer Heide, VB14 Horstfelde-Nord, VB15 Horstfelde-Süd, VB16 Kallinchen-Süd, VB18 Krahne-Prützke, VB20 Michelsdorf, VB23 Nennhausen, VB29 Rietz-Ost, VB33 Schöna-Kolp,VB34 Sernow-Süd, VB38 Vieritz-Kattenberge.	Kenntnisnahme. Anmerkung: In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) haben weitergehende Abstimmungen zu den Rohstoffgebieten stattgefunden. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zu den Gebieten ausgeführt.
BE-ID: 2279	Immissionsschutz Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung: Durch die Lage der Vorbehaltsgebiete VB 02 (Bensdorf Ost) und VB 03 (Bensdorf West) kann es zu Konflikten mit bestehenden schutzwürdigen Nutzungen kommen, ebenso könnten die Entwicklungsmöglichkeiten der Ortslage Bensdorf deutlich eingeschränkt werden.	Der Hinweis zum Immissionsschutz wird zur Kenntnis genommen. Er bewirkt keine Planänderung. Begründung: In Vorbehaltsgebieten wird weder dem Belang des Immissionsschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt. Festlegungen zur Vermeidung von möglichen Beeinträchtigungen können im Zulassungsverfahren für die Betriebspläne getroffen werden, z.B. durch zeitliche Begrenzung im Abbau.
BE-ID: 2281	Immissionsschutz: Zukünftig ebenfalls eingeschränkt in seiner Siedlungsentwicklung wird die Ortslage Reetz durch die Lage der VB 27 westlich, VB 28 südöstlich und VR 23 nordöstlich der Ortslage, ebenso wie die Ortslage Rietz bei Treuenbrietzen, bei der im Osten das VB 29, im Süden das VB 30, im Norden das VR 24 und das WEG 26 liegen. Dort sind bei einer zukünftigen Siedlungsentwicklung Konflikte hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes möglich.	Den Hinweisen zum Immissionsschutz ist teilweise gefolgt. Die Vorbehaltsgebiete bei Reetz VB 27 und VB 28 entfallen. Für das VR 23 existiert ein rechtskräftiger Betriebsplan. Im Bereich Rietz ist die Ausdehnung des VB 30 zur Ortslage entsprechend reduziert worden. Darüber hinaus gilt: In Vorbehaltsgebieten wird weder dem Belang des Immissionsschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt. Festlegungen zur Vermeidung von möglichen Beeinträchtigungen können im Zulassungsverfahren für die Betriebspläne getroffen werden, z.B. durch zeitliche Begrenzung im Abbau.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 27 Wünsdorf		
BE-ID: 2181	3. gesetzlich geschützte Biotope: Belange des gesetzlichen Biotopschutzes stehen der Ausweisung des Gebietes VR27 entgegen. Die VR-Fläche ist geprägt von einem Mosaik folgender geschützter Biotope: 082819 Kiefern-Vorwald trockener Standorte, LRT 4030; 05121102 silbergrasreiche Pionierfluren, mit spontanem Gehölzbewuchs (Gehölzdeckung 10-30%); 0610202 trockene Sandheide, mit Gehölzbewuchs (Gehölzdeckung 10-30%), LRT 4030; Es handelt sich hierbei nicht um kleinräumige Vorkommen. Die geschützte Biotopfläche umfasst ca. 50% der Gesamtfläche. Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotope innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stehen einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass - der Biotoptyp 0610202 zu den gefährdeten Biotoptypen in Brandenburg zählt, deren Flächen bzw. Bestandsentwicklung in weiten Bereichen des Betrachtungsraum stark rückläufig ist. - die Biotoptypen 0610202 und in bestimmten Ausprägungen 082819 dem Lebensraumtyp nach Anhang I der FFH-RL 4030	Den Bedenken wird teilweise gefolgt. Eine Übernahme in den Regionalplan erfolgt nur noch reduziert auf die Flächen der zugelassenen Betriebspläne. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LfU betreffen die darüber hinaus gehenden Bereiche ein Mosaik umfangreicher geschützter Biotope. Biotopfläche, Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotope innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stünden einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen. In dem verbleibenden Bereich ist der vom LFU in einer Stellungnahme im Jahr 2023 geforderten FFH-Vorprüfung bereits im Rahmen der bestehenden

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	zuzuordnen sind, dessen Erhaltungszustand im Land Brandenburg 2019 "ungünstig-schlecht" und gemäß nationalem FFH-Bericht 2019 in der biogeographischen Region "ungünstig-unzureichend" mit dem Gesamttrend "sich verschlechternd" einzuordnen ist.	Abgrabungsgenehmigung entsprochen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 28 Zachow		
BE-ID: 2159	VR28 FFH-Gebiet Steppenhügel im Havelland. Die Erhaltungsziele ergeben sich aus der "Erste Erhaltungszielverordnung" (1. ErhZV). https://bravors.brandenburg.de/sixcms/media.php/68/ErhZV-Anlage-2-Gebiete-1-15.pdf	Das bisherige VR wird in Aufsplittung in VR (für die Flächen der zugelassenen Betriebspläne) sowie VB (für die übrigen Flächen) festgelegt: Begründung: 1. Das LfU macht in einer zusätzlichen Abstimmung im Jahr 2023 mögliche Konflikte zum Vogelschutzgebiet Mittlere Havelniederung (im Südwesten in 50m Entfernung gelegen) sowie zum im Osten angrenzenden FFH-Gebiet Steppenhügel geltend. Der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung wird in summarischer Beurteilung der möglichen Betroffenheiten entsprochen. Für das VR resultiert die Planfestlegung aufgrund der bestehenden Abgrabungsgenehmigung. In den VB zur planerischen Sicherung von Lagerstätten wird dagegen noch keine verbindliche Nutzungsänderung festgelegt. Es wird davon ausgegangen, dass keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele zu erwarten ist, da keine direkte Flächeninanspruchnahme erfolgt und Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes sowie durch Stoffeinträge von außen unter Einbeziehung möglicher Vermeidungsmaßnahmen voraussichtlich nicht zu erwarten sind. 2. Die Untere Wasserbehörde des Landkreises Havelland macht eine beabsichtigte, jedoch noch nicht ins Verfahren gebrachte Neufestsetzung des Trinkwasserschutzgebietes Zachow-Tremmen geltend. Es wird eingeschätzt, dass die Anzeige zur Errichtung von vier Grundwassermessstellen-Gruppen kein ausreichendes Indiz für die Unmöglichkeit wasserschutzverträglicher Rohstoffgewinnung darstellt, zumal sich der Bereich in Bezug auf die gegenwärtige Wasserfassung im entfernt gelegenen Wasserschutzgebiet auch abseitig der bereits genehmigten Rohstoffgewinnungsgrube befindet. Mit der Festlegung der über die zugelassenen Betriebspläne hinausgehenden Flächen als VB zur planerischen Sicherung von Lagerstätten wird noch keine verbindliche Nutzungsänderung bestimmt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 G 2.3.2 VB Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 2172	LSG Nuthetal - Beelitzer Sander: VB04, VB06, VB07, VB09, VB31 Gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 der VO ist es verboten Bodenbestandteile abzubauen. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot über den Abbau von Bodenbestandteilen scheidet für den Aufschluss von Tagebauen bereits deshalb aus, da es sich bei diesen Vorhaben nicht um einen atypischen Einzelfall handelt. Eine Befreiungslage setzt - neben den normierten Tatbestandsvoraussetzungen - einen vom Normgeber so nicht vorhergesehenen und deshalb singulären Einzelfall voraus, der sich vom geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt (vgl.	Der Forderung nach reduzierter Festlegung von Rohstoffgebieten in LSG wird entsprochen. Der Sachverhalt des Nachweises eines „atypischen Einzelfalls“ für Rohstoffabbau in LSG ist nachvollziehbar. Es erfolgt eine entsprechende Reduzierung von Vorbehaltsgebieten, entsprechend der in Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	nur BVerwG, Beschluss vom 20.02.2002 - 4 B 12/02; OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 28.09.2012 - 11 S 61. 12). Denn die Befreiungsmöglichkeit dient nach der Gesetzessystematik lediglich dazu, einer rechtlichen Unausgewogenheit zu begegnen, die sich ergeben kann, wenn aufgrund der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalles der Anwendungsbereich einer Vorschrift und deren materielle Zielrichtung nicht miteinander übereinstimmen; in derartigen (Sonder-)Fällen soll der generelle und damit zwangsläufig auch schematische Geltungsanspruch der Vorschrift zu Gunsten der Einzelfallgerechtigkeit durchbrochen werden (vgl. BVerwG, Beschluss vom 14.09.1992 - 7 B 130.92). Eine Privilegierung der Rohstoffgewinnung wurde vom Verordnungsgeber in die zuletzt 2014 geänderte LSG-VO nicht aufgenommen (vgl. weiter unten). Fazit: Die Rohstoffgewinnung in VB04, VB06, VB07, VB09, VB31 ist unzulässig. Dies steht einer Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entgegen.	Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) erzielten Abstimmungen. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zu den Rohstoffgebieten ausgeführt.
BE-ID: 2173	LSG Westhavelland; VB12, VB19, VB22, V839; Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 6 der VO bedarf einer Genehmigung, wer beabsichtigt, Bodenbestandteile abzubauen. Aufgrund der angedachten Flächengrößen ist in Folge der Nutzung von der Veränderung des Gebietscharakters auszugehen. § 4 Abs. 3 der VO (Genehmigung) findet somit keine Anwendung. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot über den Abbau von Bodenbestandteilen scheidet für den Aufschluss von Tagebauen bereits deshalb aus, da es sich bei diesen Vorhaben nicht um einen atypischen Einzelfall handelt. Eine Privilegierung der Rohstoffgewinnung wurde vom Verordnungsgeber in die zuletzt 2014 geänderte LSG-VO nicht aufgenommen. Fazit: Die Rohstoffgewinnung in VB12, VB19, VB22, VB39 ist unzulässig. Dies steht einer Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entgegen.	Der Forderung nach reduzierter Festlegung von Rohstoffgebieten in LSG wird entsprochen. Der Sachverhalt des Nachweises eines „atypischen Einzelfalls“ für Rohstoffabbau in LSG ist nachvollziehbar. Es erfolgt eine entsprechende Reduzierung von Vorbehaltsgebieten, entsprechend der in Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) erzielten Abstimmungen. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zu den Rohstoffgebieten ausgeführt.
BE-ID: 2174	LSG Hoher Fläming - Belziger Landschaftswiesen: VB08, VB27, VB28 (tlw.), VB35, VB40: Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 der VO bedarf einer Genehmigung, wer beabsichtigt, Bodenschätze abzubauen, die Bodengestalt zu verändern, [...] Aufgrund der angedachten Flächengrößen ist in Folge der Nutzung von der Veränderung des Gebietscharakters auszugehen. § 4 Abs. 3 der VO (Genehmigung) findet somit keine Anwendung. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot über den Abbau von Bodenschätzen scheidet für den Aufschluss von Tagebauen bereits deshalb aus, da es sich bei diesen Vorhaben nicht um einen atypischen Einzelfall handelt. Eine Privilegierung der Rohstoffgewinnung wurde vom Verordnungsgeber in die zuletzt 2014 geänderte LSG-VO nicht aufgenommen.Fazit: Die Rohstoffgewinnung in VB08, VB27, VB28 (tlw.), VB35, VB40 ist unzulässig. Dies steht einer Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entgegen.	Der Forderung nach reduzierter Festlegung von Rohstoffgebieten in LSG wird entsprochen. Der Sachverhalt des Nachweises eines „atypischen Einzelfalls“ für Rohstoffabbau in LSG ist nachvollziehbar. Es erfolgt eine entsprechende Reduzierung von Vorbehaltsgebieten, entsprechend der in Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) erzielten Abstimmungen. Im Detail wird in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zu den Rohstoffgebieten ausgeführt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 03 Bensdorf-West		
BE-ID: 2160	VB03 FFH-Gebiet Pelze: Die Erhaltungsziele ergeben sich aus der „Erste Erhaltungszielverordnung" (1. ErhZV).	Der Anregung wird gefolgt. Das VB 03 Bensdorf-West wird in geänderter, reduzierter Form festgelegt. Begründungen: In Auswertung des Beteiligungsverfahrens ergeben sich folgende Feststellungen: 1. Das Vorbehaltsgebiet wird im nordwestlichen Bereich um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren Solarpark Altbensdorf (9762) reduziert. 2. Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Pelze) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope im Gebiet. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem entfallenen Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 05 Fichtenwalde		
BE-ID: 2175	LSG Potsdamer Wald- und Havelseengebiet: VB05: Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 der VO bedarf einer Genehmigung, wer beabsichtigt, die Bodengestalt zu verändern, [...] Aufgrund der angedachten Flächengröße ist in Folge der Nutzung von der Veränderung des Gebietscharakters auszugehen. §4 Abs. 3 der VO (Genehmigung) findet somit keine Anwendung. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot, die Bodengestalt zu verändern, scheidet aufgrund der Größe von 99,94 ha und des Fehlens des atypischen Einzelfalls aus. Eine Privilegierung der Rohstoffgewinnung wurde vom Verordnungsgeber in die zuletzt 2021 geänderte LSG-VO nicht aufgenommen. Fazit: Die Rohstoffgewinnung in VB05 ist unzulässig. Dies steht einer Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entgegen.	Den Bedenken wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung wird wegen vollständiger Lage im LSG und nicht vorhandenen HBP/RBP nicht mehr im Regionalplan festgelegt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 08 Görzke		
BE-ID: 2280	Immissionsschutz: Aus der Lage des VB 08 Görzke und den in westlicher Richtung gelegenen Truppenübungsplatz Altengrabow ergibt sich eine zukünftige Siedlungsentwicklung in Görzke vorrangig in Richtung Süden und Osten.	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird gemäß der Stellungnahmen MLUK/LfU nicht mehr gefolgt, da sich dieses vollständig im LSG befindet. Begründung: Gemäß Stellungnahmen MLUK/LFU erfolgt eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Darüber hinaus gilt: In Vorbehaltsgebieten wird weder dem Belang des Immissionsschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt. Festlegungen zur Vermeidung von möglichen Beeinträchtigungen können im Zulassungsverfahren für die Betriebspläne getroffen werden, z.B. durch zeitliche Begrenzung im Abbau.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 16 Kallinchen-Süd		
BE-ID: 2161	VB16 FFH-Gebiet Jägersberg-Schirknitzberg: Die Erhaltungsziele ergeben sich aus § 3 der Verordnung über das Naturschutzgebiet "Jägersberg-Schirknitzberg". https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/nsgjaegersberg2015	Den Bedenken wird unter Erhöhung des Abstandes zum FFH und NSG im Südwesten des VB gefolgt. Begründung: Das LfU stellt mögliche Konflikte zum FFH sowie NSG Jägersberg-Schirknitzberg südlich des VB heraus. Zur Konfliktvermeidung wird das VB geringfügig um 70m zu diesen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Gebieten zurückgenommen. Eine räumliche Verbindung zum zugelassenen Betriebsplan des VR27 Wünsdorf soll bestehen bleiben, um betriebstechnische Synergien offen zu halten. Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können entsprechende Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 17 Krahne-Ost		
BE-ID: 2186	Abweichend von der vorab beschriebenen Verfahrensweise bedarf es zum Schutz eines im Umfeld von VB 17 nachgewiesenen Schwarzstorchs vor betriebsbedingte Beeinträchtigungen bereits einer Anpassung der Grenzziehung auf Regionalplanebene.	Der Anregung wird nach räumlicher Untersetzung durch das LfU gefolgt. Das VB 17 ist um Süden um den Bereich, des vom LfU als Orientierungswert für die planerisch zu berücksichtigende Fluchtdistanz angesetzten Wertes von 500 m Radius um den Horst reduziert worden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 23 Nichel		
BE-ID: 2162	VB23 FFH-Gebiet Obere Nieplitz: Die Erhaltungsziele ergeben sich aus der „Dritte Erhaltungszielverordnung" (3. ErhZV). https://bravors.brandenburg.de/sixcms/media.php/68/ErhZV3-Anlage-2.pdf	Der Anregung wird gefolgt. Das VB 23 Nichel entfällt. Begründung: Das LfU stellt mögliche Konflikte zum FFH-Gebiet Obere Nieplitz nördlich des VB heraus. Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem überwiegenden Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 30 Rietz-Süd		
BE-ID: 2180	3. gesetzlich geschützte Biotope: Einer Modifizierung der Gebietsabgrenzung auf Regionalplanebene bedarf es für das Gebiet VB30, da Belange des gesetzlichen Biotopschutzes einer Ausweisung des Gebietes, wie im Entwurf dargestellt, entgegenstehen. Es handelt sich hierbei nicht um kleinräumige Vorkommen, sondern eine zusammen hängende Fläche geschützter Biotope: 0610202 trockene Sandheide, mit Gehölzbewuchs (Gehölzdeckung 1 0-30%), LRT 4030; mehrere Flächen; 082819 Kiefern-Vorwald trockener Standorte. Der Biotopkomplex umfasst ca. ein Drittel der Gesamtfläche und teilt das Gebiet in zwei Teilbereiche. Umfang und Lage der geschützten Biotope innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandsentwicklung (s.u.) stehen einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass - der Biotoptyp 0610202 zu den gefährdeten Biotoptypen in Brandenburg zählt, deren Flächen bzw. Bestandsentwicklung in weiten Bereichen des Betrachtungsraum stark rückläufig ist. - die Biotoptypen 0610202 und in bestimmten Ausprägungen 082819 dem Lebensraumtyp nach Anhang I der FFH-RL 4030 zuzuordnen sind, dessen Erhaltungszustand im Land Brandenburg 2019 "ungünstig-schlecht" und gemäß nationalem FFH-Bericht 2019 in der biogeographischen Region "ungünstig-unzureichend" mit dem Gesamttrend "sich verschlechternd" einzuordnen ist.	Den vorgebrachten Bedenken wird gefolgt und die Flächendarstellung des VB im nördlichen und östlichen Teil entsprechend der dort ausgeprägten Biotope reduziert. Hinweis: Unabhängig der naturschutzfachlich gegebenen Einschätzung haben sich nach Vor-Ort-Besichtigung große Teile der Biotope („Kiefern-Vorwald trockener Standorte“) seit ihrer Bestimmung im Jahre 2008 erheblich weiterentwickelt und unterscheiden sich in Struktur und Baumdichte nicht vom umliegenden und nicht als Biotop bestimmten Kiefernwald. Es wird angeregt, die Biotopkartierung zu überarbeiten.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2100	Im Bereich des Regionalplans liegen zudem fünf Bodendauerbeobachtungsflächen des vom LfU Brandenburg betriebenen Bodenmonitoringmessnetzes. Dies betrifft die Flächen 17 (Paulinenaue), 20 (Lünow), 21 (Schenkenberg), 22 (Kuhlowitz) sowie 27 (Kossin). Sie sind Bestandteil des in § 21 Abs. 4	Die derzeitigen Nutzungen der genannten Bodendauerbeobachtungsflächen werden durch Festlegungen des Regionalplans nicht verändert oder beeinträchtigt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bundes-Bodenschutzgesetz festgelegten Langzeitmonitorings zur Erfassung des Bodenzustandes im Land Brandenburg. Es ist zu gewährleisten, dass die Funktionstüchtigkeit dieser Bodendauerbeobachtungsflächen vollständig erhalten bleibt und nicht durch andere Nutzungen beeinträchtigt wird.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 2256	5. Festlegungskarte Freiraumverbund: Bei der maßstabsgerechten räumlichen Konkretisierung der Gebietsabgrenzung des landesplanerischen Freiraumverbundes nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) wurden Mängel festgestellt. Gebietsabgrenzungsmängel wurden in folgenden FFH-Gebieten im Naturpark Hoher-Fläming festgestellt und sollten korrigiert werden: Das FFH-Gebiet "Flämingrummeln und Trockenkuppe" mit seinen verschiedenen Teilräumen sollte als Freiraumverbund abgebildet werden.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
BE-ID: 2257	Im FFH Gebiet „Buckauoberlauf und Nebenfließe" sollte sowohl der Oberlauf vom Riembach südlich der Landestraße bis zur Quelle als auch der Talraum der Kalten Bache westlich Rottstock als Freiraumverbund abgebildet werden.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2256 verwiesen.
BE-ID: 2258	Im FFH-Gebiet „Belziger Bach" sollte der Fredersdorfer Bach als Freiraum abgebildet werden.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2256 verwiesen.
BE-ID: 2259	Im FFH-Gebiet "Verlorenwasserbach Unterlauf und Briesener Bach" sollte der Groß Briesener Bach als Freiraumverbund abgebildet werden.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2256 verwiesen.
BE-ID: 2260	Im FFH-Gebiet „Plane Oberlauf" sollte das Addatal bei Niemek und der gesamte Buffbach als Freiraumverbund abgebildet werden.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2256 verwiesen.
BE-ID: 2261	Es wird empfohlen, die EU-Vogelschutzgebiete als Freiraumverbund darzustellen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 2256 verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / VIII. Festlegungskarte		
BE-ID: 2097	Karte 1 acHF 3 0 Festlegungskarte.png: Das Risikogebiet umfasst das Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit (HQ200/Extrem). In den Karten sind die HQextrem Flächen nachrichtlich zu übernehmen, die HQ100 Flächen sind hier nicht ausreichend.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Die Flächen des HQextrem werden durch die Festlegung als Vorbehaltsgebiet nach G 2.1.1 abgebildet. Die nicht nach G 2.1.1 als Vorbehaltsgebiet festgelegten Überschwemmungsflächen des HQextrem überlagern sich vollständig mit den Überschwemmungsflächen des HQ100. Eine doppelte Darstellung ist nicht erforderlich und nicht sinnvoll.
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Planungskonzept WEG		
BE-ID: 2277	Den Ausführungen im "Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf" kann gefolgt werden. Ausgenommen davon sind die bereits unter „Eignungsgebiete für die Windenergienutzung" aufgeführten Kritikpunkte, welche auch im benannten Planungskonzept wiederholt wurden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Referenzanlage		
BE-ID: 2278	Den in der „Herleitung und Begründung von Parametern einer Windenergieanlage, die bei der Ausarbeitung des Planungskonzepts für die Festlegung von Windeignungsgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 zu treffenden Abwägungsentscheidungen typisierend zu Grunde gelegt werden (Referenzanlage)" angenommenen Eckwerte kann gefolgt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 2102	3. Belang Moorschutz / grundwasserabhängige Landökosysteme: Der Entwurf zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sieht in der Fresdorfer Heide die Ausweisung eines Vorranggebietes (VR 05) für den Kiestagebau und darüber hinaus die Ausweisung eines Vorbehaltsgebietes (VB 07) für die geplante Erweiterung des Kiestagesbaues in der Fresdorfer Heide vor (Festlegungskarte zum Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0). In direkter Nachbarschaft zur Deponie liegt ein ökologisch besonders wertvolles Moorökosystem - das Lange Fenn. Es ist das einzige Kesselmoor in der Nuthe-Nieplitz-Niederung und zählt zu den besonders sensiblen Mooren im gesamten Land Brandenburg. Das Vorranggebiet überlagert zu ungefähr der Hälfte das Einzugsgebiet dieses Moores. Der Umweltbericht stellt hier nur eine mittlere Betroffenheit fest. Hier sollte von einer hohen Betroffenheit ausgegangen werden.	Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Gemäß Bewertungsrahmen (Anhang A, Umweltbericht) wird in der zusammenfassenden Einschätzung in den Prüfsteckbriefen eine schutzgutübergreifende Erheblichkeitsabschätzung der Umweltauswirkungen für die einzelnen Flächenfestlegungen vorgenommen. Dabei werden die Ergebnisse der Bewertung der einzelnen Kriterien zusammenfassend betrachtet. Aufgrund der Vielzahl der zu betrachtenden Kriterien sowie deren unterschiedlicher rechtlicher und fachlicher Relevanz wird zur schutzgutübergreifenden Erheblichkeitsabschätzung eine Gewichtung der Einzelkriterien vorgenommen (vgl. Bewertungsrahmen). Sensible Moore nehmen ein geringeres Gewicht im Zuge der zusammenfassenden schutzgutübergreifenden Einschätzung ein.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2236	Auch die betroffenen Restriktionsbereiche nach TAK sind im Umweltbericht zu behandeln (auch durch diese kann es im Einzelfall zu Einschränkungen in der Nutzbarkeit potenzieller WEG kommen). Bei diesen wird zwar grundsätzlich eine Verlagerung potenzieller Konflikte auf die nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebene möglich sein; dies ist jedoch im Umweltbericht jeweils eindeutig zu benennen und auf das Erfordernis entsprechender Untersuchungen in den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren hinzuweisen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2245	Bei der Prüfung ist zu berücksichtigen, dass die Verträglichkeit der Planung mit den EHZ einzelner Natura 2000-Gebiete aufgrund des Detaillierungsgrades des Regionalplanes ggf. im Einzelfall nicht mit hinreichender Sicherheit bzw. nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand beurteilt werden kann. Wenn Auswirkungen auf dieser Planungsebene hinsichtlich ihrer Erheblichkeit nicht hinreichend beurteilt werden können, kann die Verträglichkeitsprüfung ggf. auf die nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebene verlagert werden. Die Möglichkeiten der Verlagerung sind jedoch für jedes Gebiet einzeln zu prüfen - die betroffenen Gebiete sind im Regionalplan eindeutig entsprechend zu kennzeichnen. Sofern eine Verlagerung vorgesehen ist, sind im Umweltbericht auch Angaben zu ergänzen, warum die Prüfung auf dieser Planungsebene nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand durchführbar ist.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2246	Es wurden gemäß Anhang B zum Umweltbericht in Bezug auf die geplanten WEG-festsetzungen lediglich sechs Vorprüfungen durchgeführt. Dies ist nicht ausreichend. Als Wirkraum ist im Falle von FFH-Gebieten ein Puffer von 1000 m zur Gebietsgrenze zu betrachten. Bei Vogelschutzgebieten geht dieser noch darüber hinaus. Als Wirkraum ist im Fall des Vorkommens TAK-relevanter Brut- und Zugvögel, die als Erhaltungsziel / Schutzzweck des betroffenen Gebietes festgesetzt sind, hier zumindest der jeweiligen Schutz- bzw. Restriktionsbereich der Art zu betrachten. Der Untersuchungsradius muss daher für europäische Vogelschutzgebiete mindestens 6000 m betragen und im Fall der Großtrappe darüber hinaus die Verbindungsgebiete zwischen den Brutgebieten umfassen. Eine Beschränkung der Prüfungen auf Arten/Artengruppen der TAK ist nur ausreichend, wenn die Grenze des jeweiligen VSG jenseits der artspezifischen Fluchtdistanz / des artspezifischen Meidungsbereichs maßgeblicher Vogelarten liegt. Bei geplanten WEG-Ausweisungen unmittelbar an der Grenze eines VSGs sind daher weitere Arten zu betrachten (z.B. Ziegenmelker). Die Prüfung der Verträglichkeit der Planung mit dem Natura-2000-Schutzgebietssystem ist unvollständig und zu wiederholen. An den Stellen, an denen bei der naturschutzrechtlichen Prüfung der einzelnen WEG hierbei bereits offensichtliche Defizite aufgefallen sind, wurde dies in der letzten Spalte der Anlage 1 entsprechend vermerkt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2247	Fünf der sechs Vorprüfungen kommen bereits auf vorliegender Planungsebene zu dem Ergebnis, dass Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele der betroffenen (meist direkt an die WEG angrenzenden) Natura-2000-Gebiete ausgeschlossen werden können. Dies ist nicht nachvollziehbar, da meist gar keine aktuelle Beurteilungsgrundlage (aktuelle Daten) vorlag. Beim WEG Nr. 4 Jüterbog - Altes Lager ist ein Schutzabstand von 250 m zum Vogelschutzgebiet einzuhalten, andernfalls bedarf es einer Verträglichkeitsprüfung. In bestimmten Fällen kann die Prüfung der Verträglichkeit auf Basis der konkreten Anlagenkonfigurationen und aktueller Bestandserfassungen auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene erfolgen. Diese Verlagerung ist im Umweltbericht jedoch entsprechend explizit aufzunehmen. Hinweise zu den betroffenen Gebieten finden sich in Anlage 1 (letzte Spalte).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2248	Lediglich für die Planfestlegung WEG Nr. 23 „Dretzen" kommt der Umweltbericht im Zuge der FFH-Vorprüfung zum Ergebnis, dass erhebliche Beeinträchtigungen auf die Erhaltungsziele des Vogelschutzgebiets „Altengrabower Heide" nicht ausgeschlossen werden können (hier potenzielles Rotmilanvorkommen). Die abschließende Beurteilung der Erheblichkeit soll dabei in einer FFH-Verträglichkeitsprüfung „Stufe II" im nachgelagerten Verfahren vorgenommen werden. Wegen der Lage des Gebietes unmittelbar an der Grenze des VSGs ist das zu prüfenden Artenspektrum zu erweitern und die Vorprüfung unzureichend. Ob der geplanten Verlagerung der Verträglichkeitsprüfung zugestimmt werden kann, kann erst nach Vorlage einer erweiterten Vorprüfung unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Vogelarten beurteilt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2262	6. Weitere Hinweise zum Umweltbericht: Kap. 2.3, Tab. 2 Schutzgutbezogene Liste der Prüfkriterien für die SUP: "Im Verfahren befindliche Naturschutzgebiete (Eignungsgebiete für die Windenergienutzung, Rohstoffabbau)". Was ist mit der Klammer gemeint? Im Verfahren befindliche Schutzgebiete unterliegen gern. § 22 (3) BNatSchG i.V.m. § 9 (2) BbgNatSchAG einer Veränderungssperre. Sie sind damit für die Zeit der Veränderungssperre von der Ausweisung als Windeignungsgebiet oder als Vorrang bzw. Vorbehaltsgebiet für den Rohstoffabbau ausgeschlossen.	Wie vom Stellungnehmer korrekt dargestellt, gilt bei im Verfahren befindlichen Naturschutzgebieten gemäß § 9 Absatz 2 Satz 3 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes (BbgNatSchAG) i. V. m. § 22 Absatz 3 Satz 3 BNatSchG, dass ab dem Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der Rechtsverordnung in dem betreffenden Gebiet nach Maßgabe der Sicherstellungserklärung alle Handlungen und Maßnahmen, die geeignet sind, den Schutzgegenstand nachteilig zu verändern, für die Dauer von drei Jahren verboten sind. Demzufolge werden in Verfahren befindliche Naturschutzgebiete bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung und den Rohstoffabbau berücksichtigt und nicht für eine Festlegung vorgesehen.
BE-ID: 2263	Kap 2.4, Tab.4. Struktur Prüfbogen Stufe 3, Punkt 3.04 Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung: Bei dem Hinweis für eine weitergehende Umweltprüfung auf nachfolgenden Planebenen sollte neben der UVP und der Eingriffsregelung die Verträglichkeitsprüfung gern. § 36 i.V.m. § 34 BNatSchG ergänzt werden.	Die Ergänzung wird im Umweltbericht und entsprechenden Anhängen vorgenommen.
BE-ID: 2264	Kap. 3.3, Tiere Pflanzen, biologisch Vielfalt, 3.3.5 Geschützte Landschaftsbestandteile. Die Rechtsgrundlage "§ 24 Absatz 4 BbgNatSchG" wurde nicht richtig wiedergegeben. Auch in den anderen Absätzen des Kapitels sollten die Rechtgrundlagen korrigiert werden.	Den Hinweisen wird gefolgt. Die Rechtsgrundlagen im Kapitel 3.3 des Umweltberichtes werden überprüft und ggf. korrigiert.
BE-ID: 2265	Kap. 3.3.9 Gesetzlich geschützte Biotope: Gesetzlich geschützte Biotope werden nicht per Schutzgebietsverfahren ausgewiesen, sondern gemäß § 30 BNatSchG i.V.m. § 18 BbgNatSchAG registriert bzw. in einem Verzeichnis geführt, welches veröffentlicht wird. Der Satz sollte korrigiert werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Wortlaut in Kapitel 3.3.9 wird folgendermaßen geändert: Insgesamt sind 444 km² und damit 6,5 % der Region als geschütztes Biotop gemäß 18 BbgNatSchAG i. V. m. § 30 BNatSchG registiert.
BE-ID: 2266	Schutzgebiete: Das Unterschutzstellungsverfahren des MLUK für das NSG Leitsackgraben ist abgeschlossen. Die Verordnung wurde am 11.09.2020 unterzeichnet und wurde am 22.09.2020 im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht. Am folgenden Tag trat sie in Kraft. Weitere Schutzgebietsausweisungen des MLUK stehen im Bereich des Regionalplans gegenwärtig nicht an.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Naturschutzgebiet "Leitsakgraben" wird im weiteren Verfahren berücksichtigt. Im Übrigen wird das Naturschutzgebiet fast vollständig vom Landesplanerischen Freiraumverbund (Z 6.2 LEP HR) überlagert. Ziele der Landesplanung sind bei der Aufstellung von Regionalplänen zu beachten und sind einer Abwägung durch die Regionalen Planungsgemeinschaft nicht zugänglich (§ 4 Absatz 1 ROG). Folglich werden innerhalb des Freiraumverbundes

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		keine Festlegungen getroffen.
Umweltbericht / 5 Auswirkungen Natura 2000 / Artenschutz		
BE-ID: 2255	4. Vorranggebiete Landwirtschaft: Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb in Vogelschutzgebieten Vorranggebiete Landwirtschaft ausgewiesen werden sollen. Hier fehlt eine Abwägung mit den europarechtlich verbindlichen Zielen des Natura-2000-Schutzgebietssystems. "Vorranggebiete Landwirtschaft werden gemäß Plankonzept nicht innerhalb von FFH-Gebieten (...) ausgewiesen, EU Vogelschutzgebiete (...) und Vorranggebiete Landwirtschaft können sich hingegen überlagern. In der Regel ist jedoch davon auszugehen, dass durch landwirtschaftliche Nutzungen innerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft keine erheblichen Beeinträchtigungen von Vogelschutzgebieten zu erwarten sind. Weitergehende Natura-2000-Vorprüfungen wurden somit nicht im Zusammenhang mit der Ausweisung von VR Landwirtschaft durchgeführt" (Umweltbericht Kap. 5, S. 89). Grundsätzlich sollten auch Vogelschutzgebiete, wie FFH-Gebiete und Naturschutzgebiete nicht als Vorranggebiete für Landwirtschaft ausgewiesen werden. Da die Ziele der Raumordnung keiner Abwägung mehr unterliegen, würde in Vogelschutzgebieten der landwirtschaftlichen Nutzung regelmäßig der Vorrang vor den Naturschutzbelangen eingeräumt, was den europarechtlichen Vorgaben zum Natura-2000-Schutzgebietssystem widersprechen würde. Es kann nicht pauschal davon ausgegangen werden, dass in den Vorranggebieten Landwirtschaft keine erheblichen Beeinträchtigungen von Vogelschutzgebieten zu erwarten sind. Negative Beeinträchtigungen können sich in Vogelschutzgebieten u. a. durch Spargelanbau unter Folie ergeben. Besonders in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Oberhavel und Havelland wird Spargel unter Folie angebaut. Davon sind v.a. auch das SPA Mittlere Havelniederung, das SPA Obere Havelniederung, das SPA Westhavelland und das SPA Rhin-Havelluch betroffen. Der Anbau unter Folie entwertet über den wichtigen Zeitraum der Brut- und Jungaufzucht den natürlichen Lebensraum vieler Agrar-Vogelarten als Brut, Nist- und Nahrungshabitat. Auf Regionalplanebene sollte in Vogelschutzgebieten aus den genannten Gründen zumindest eine Verträglichkeits-Vorprüfung gem. § 34 BNatSchG hinsichtlich der Vereinbarkeit der Vorranggebiete für Landwirtschaft mit den Erhaltungszielen der Vogelschutzgebiete durchgeführt werden. Ebenso ist nachgewiesen, dass großflächiger Maisanbau negative Auswirkungen auf die Habitate der Feldvögel haben kann, insbesondere, wenn er in enger Folge (bspw. jährlich), d. h. nicht in weitgliedriger Fruchtfolge oder als Folgekultur von Wintergetreide, dass Ende April/Anfang Mai gemäht wird, angebaut wird. Der zunehmende Anbau von bspw. Grünroggen und vergleichbarer Kulturen mit Mahd zwischen Ende April und Anfang Juni zur Verwertung in Biogasanlagen kann durch den unmittelbaren Verlust der Bruten und eines Teils der brütenden Altvögel zu einer negativen Beeinflussung des Erhaltungszustandes der betroffenen Arten führen. Die genannten Aspekte sollten in die SUP als potenzielle Wirkpfade aufgenommen werden, entsprechend der Darstellung für Solaranlagen. Es sollten auch Hinweise für mögliche Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich gegeben werden. Darauf wurde bereits in der Stellungnahme vom 05.03.2021 zum Untersuchungsrahmen hingewiesen.	In der Begründung wird dargestellt, weshalb eine Überlagerung von Vogelschutzgebieten und Vorranggebieten Landwirtschaft vertretbar ist. Auch innerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft müssen Vorgaben zur landwirtschaftlichen Nutzung in Vogelschutzgebieten eingehalten werden. Ein entsprechender Hinweis wurde im Zweiten Regionalplanentwurf in der Begründung ergänzt. Die Überprüfung der Einhaltung von Vorschriften in den Schutzgebieten und Ahndung bei Verstößen obliegt den zuständigen Fachbehörden.
Anhänge zum Umweltbericht / C3) Rohstoffe		
BE-ID: 2163	Die Relevanz von Wirkfaktoren ist auf Grundlage der Angaben des Fachinformationssystems des Bundesamtes für Naturschutz zur FFH-Verträglichkeitsprüfung zu beurteilen. https://ffh-vp-info.de/FFHVP/Page.jsp?name= menuelrarten	Der Anregung wird gefolgt. Das Fachinformationssystem zur FFH-Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP-Info) vom Bundesamt für Naturschutz findet nunmehr bei den FFH-Vorprüfungen Anwendung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2165	Die Prüfergebnisse der Vorprüfungen sind nachvollziehbar zu dokumentieren (Fußnote 1: "S. hierzu: Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brandenburg vom 17. September 2019 (ABl./19, [Nr. 43), S.1 149), Pkt, 2.1"). Die für die VR in den Prüfsteckbriefen enthaltenen Darstellungen bedürfen einer entsprechenden Überarbeitung / Ergänzung. Die für die VB bisher vollständig fehlenden Prüfungen sind nachzuholen.	Die FFH-Vorprüfungen wurden in Anlehnung an die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brandenburg vom 17. September 2019 überarbeitet. Die von der Stellungnehmerin geltend gemachten Vorprüfungen wurden vorgenommen. Es liegen nunmehr Vorprüfungen für folgende Gebiete vor: Vorranggebiete: VR28 Zachow, VR25 Viesen, VR27 Wünsdorf, VR 21 Niederwerbig; Vorbehaltsgebiete: VB03 Bensdorf-West, VB16 Kallinchen-Süd, VB23 Nichel, VB 41 Baruth, VB29 Rietz-Ost, VB42 Pritzerbe und VB 43 Zachow. Auch die Steckbriefe für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung sind nunmehr erarbeitet worden.
TÖB-Nr.: 188 / Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1453	Mit Anschreiben vom 8. Februar 2022 gaben Sie dem MSGIV Gelegenheit, zum Planentwurf, zu seiner Begründung einschließlich der ergänzenden Unterlagen und zum Umweltbericht Stellung zu nehmen. Folgende Stellungnahmen sind zu treffen: 1. Belange des Schutzes vor elektromagnetischen Feldern (Einhaltung der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes - 26. BImSch V) Der hier vorgelegte Regionalplanentwurf 3.0 steuert die Ziele und Grundsätze der Raumordnung, setzt die Vorgaben aus dem LEP HR um und trifft gemäß dem Aufstellungsbeschluss insbesondere textliche und zeichnerische Festlegungen. Die eingebundene Umweltprüfung hat zum Ziel, im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ein hohes Umweltschutzniveau sicherzustellen und dazu beizutragen, dass Umwelterwägungen bei der Ausarbeitung und dem Inkrafttreten von weiteren Regionalplänen einbezogen werden. Aufgrund des oben sehr großräumig Dargestellten kann in dieser Stellungnahme nicht im Detail auf konkrete Anforderungen bez. elektromagnetischer Felder und deren Auswirkung auf die menschliche Gesundheit eingegangen werden. Es wird jedoch darauf verwiesen, dass insbesondere bei der Einspeisung der Energie aus Windkraftanlagen die Belange der 26. BImSchV zur berücksichtigen sind.	Die Hinweise zur Berücksichtigung der 26. BImSchV werden zur Kenntnis genommen. Diese können im regionalplanerischen Maßstab nicht berücksichtigt werden und sind ggf. Gegenstand nachgelagerter Genehmigungsverfahren.
BE-ID: 1458	4. Umweltbezogener Gesundheitsschutz Bezüglich des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes wird auf die beiliegende Stellungnahme des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) der Abteilung Gesundheit vom 31.Mai 2022 verwiesen. Diese wird hiermit Bestandteil der Stellungnahme des MSGIV.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf die BE 1500-1508 verwiesen.
BE-ID: 1500	Im Folgenden wird durch das Sachgebiet Umweltbezogener Gesundheitsschutz der Abteilung Gesundheit des LAVG zu dem Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 und den darin beschriebenen Inhalten Stellung genommen. Der Stellungnahme liegen folgende Unterlagen, welche unter https://havellandflaeming.de/regionalplan/regionalplan-3-0/beteiligungsverfahren/ (Abrufdatum 11.04.2022) veröffentlicht sind, zu Grunde: - Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Festlegungskarte zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Umweltbericht: Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021, Herausgeber: Bosch & Partner GmbH - Anhänge: o Anhang A 1 - Bewertungsrahmen o Anhang B 1 bis B 6 - NATURA 2000 Vorprüfungen o Anhang C1 - Gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte o Anhang C2 - Windeignungsgebiete o Anhang C3 -	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Rohstoffgewinnung Bei der Aufstellung des Regionalplans wurde von der Regionalen Planungsgemeinschaft eine Umweltprüfung beauftragt, in der u.a. die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Regionalplans auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet wurden (§ 8 Absatz 1 Satz 1 ROG). Die Umweltprüfung hat zum Ziel, im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ein hohes Umweltschutzniveau sicherzustellen. § 8 Absatz 1 ROG in Verbindung mit der Anlage 1 des ROG führen die Inhalte des Umweltberichts auf	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1457	3. Trinkwasser Im vorliegenden Planentwurf vom 5. Oktober 2021 einschließlich der ergänzenden Unterlagen und dem Umweltbericht wurden beim Schutzgut Wasser die Trinkwasseraspekte umfänglich berücksichtigt. Die Sichtweise des MLUK, alle Wasserschutzzonen aus den Vorranggebieten Landwirtschaft auszuschließen um eine mögliche Schutzzweckgefährdung von Wasserschutzgebieten sowie Nutzungskonflikte zu vermeiden, wird unterstützt.	Die Zustimmung zur Herausnahme von Wasserschutzgebieten aus den Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 1507	Fehlende Information im Bericht zur Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 zur vollständigen und umfassenden Einschätzung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Regionalplans auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit: Die Ottawa Charta (WHO EU 1986) hat den Grundstein für das Fach umweltbezogene Gesundheit gelegt "Ein guter Gesundheitszustand ist eine wesentliche Bedingung für soziale, ökonomische und persönliche Entwicklung und entscheidender Bestandteil der Lebensqualität. Politische, ökonomische, soziale, kulturelle, biologische sowie Umwelt und Verhaltensfaktoren können alle entweder der Gesundheit zuträglich sein oder auch sie schädigen. Gesundheitsförderndes Handeln zielt darauf ab, durch aktives anwaltschaftliches Eintreten diese Faktoren positiv zu beeinflussen und der Gesundheit zuträglich zu machen." Zu den Umweltfaktoren gehören neben den im Bericht zur Umweltprüfung thematisierten Faktoren wie Schall, Lufthygiene und Klima auch die folgenden Faktoren: • Strahlung o Ionisierende Strahlung o Nicht-Ionisierende Strahlung • Sinnesvermittelte Umweltfaktoren o Licht o Geruch • Wetter: im Bericht zur Umweltprüfung wird ausschließlich Hochwasser bedacht, Information und Einschätzung zu Hitze, Trockenheit und Regen fehlen • Klima: im Bericht zur Umweltprüfung wird ausschließlich Luftqualität und der Schutz von Freiflächen bedacht, es fehlen Informationen zur Zunahme von Infektionskrankheiten, zunehmender Hitzebelastung, zunehmender Unwetterbelastung, zunehmender Wasser- & Nahrungsmittelunsicherheit und zunehmender psychischer Belastung • Stoffgruppen o Ökotoxologisch wirksame Stoffe: Kohlenwasserstoffe, Metalle, sonstige (Asbest, Radioaktive Nuklide, Biozide, ...) o Biologische Stoffe aus Flora (z.B. Pollen) und Fauna (z.B. Eichenprozessionsspinner, Zecken, Asiatische Tigermücke) Die Abteilung Gesundheit des LAVG empfiehlt, dass der Bericht zur Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zur vollständigen und umfassenden Einschätzung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Regionalplans auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit um die fehlenden Faktoren in allen drei Umweltmedien (Luft, Wasser, Boden) ergänzt wird. Begründung: Laut ROG ist das Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit zu betrachten. Um, wie in § 4 BbgGDG (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz) gefordert, die Bevölkerung vor gesundheitsschädigenden Einflüssen aus der Umwelt zu schützen, müssen die Auswirkungen von sämtlichen Umwelteinflüssen auf die Bevölkerung, unter gesundheitlichen Gesichtspunkten bewertet werden. Dies gelingt ausschließlich umfassend, wenn alle umweltbedingten gesundheitsschädigenden Faktoren erfasst und betrachtet werden.	Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Die genannten Aspekte betreffen nicht die regionale Maßstabsebene und sind ggf. in nachgelagerten Planungsebenen zu berücksichtigen. Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt die Belange, die auf der Ebene des Regionalplans erkennbar und von Bedeutung sind.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1508	Zusammengefasst empfiehlt die Abteilung Gesundheit des LAVG, den in der Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 aufgelisteten negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit mit regionalplanerische Maßnahmen so konkret wie möglich, entgegenzuwirken. Zu den negativen Auswirkungen welche der Umweltbericht thematisiert gehören u.a. Lärm, Lufthygiene und Klima. Zusätzlich empfiehlt die Abteilung Gesundheit des LAVG den Bericht zur Umweltprüfung um sämtliche Faktoren des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes zu erweitern (siehe Auflistung in dieser Stellungnahme) um eine umfassende Einschätzung des Regionalplans auf die Bevölkerung zu ermöglichen. Der Regionalplan ist ein langfristig wirksamer Plan, daher empfiehlt die Abteilung Gesundheit des LAVG die klimawandelbedingten Änderungen, der gesundheitsrelevanten Faktoren, bei der Regionalplanung zu berücksichtigen.	Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Die genannten Aspekte betreffen nicht die regionale Maßstabsebene und sind ggf. in nachgelagerten Planungsebenen zu berücksichtigen.
Umweltbericht / 3.2 Menschen und menschliche Gesundheit		
BE-ID: 1501	Im Bericht zur Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 - Kapitel 3.2 Mensch und menschliche Gesundheit, I. wird beschrieben, dass der Umgebungslärm, der in der Region Havelland-Fläming vor allem durch Straßen- und Schienenverkehrslärm verursacht wird, die betreffenden Gebiete teils erheblich beeinflusst. II. wird beschrieben, dass Bereiche im Landkreis Teltow-Fläming verstärkt durch Fluglärm des Flughafens Berlin Brandenburg betroffen sind. III. wird beschrieben, dass im Straßenverkehr trotz Schallschutzmaßnahmen an den Hauptstraßen mit weiter anwachsenden Lärm-Beeinträchtigungen der Wohnbevölkerung zu rechnen ist, da weiterhin mit einer Zunahme des Kfz-Verkehrs und somit mit erhöhten Schall-Emissionen zu rechnen ist. IV. wird beschrieben, dass Lufthygienische Belastungen insbesondere im Berliner Umland verstärkt mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung vorkommen und betreffen auch die für die Umweltprüfung relevanten Kur- und Erholungsorte bzw. Erholungsräume. V. wird beschrieben, dass trotz des Einsatzes schadstoffärmerer Brennstoffe und moderner Emissionsminderungstechnik kein Rückgang von Stickoxiden aufgrund des zunehmenden Straßenverkehrs zu verzeichnen ist. Und eine zukünftige Reduzierung von Schadstoffbelastungen im Bereich von Wohnlagen in der Nähe von Hauptverkehrsachsen lässt sich nicht ermitteln. Zu I. - III. Die Abteilung Gesundheit des LAVG empfiehlt, dass regionalplanerische Maßnahmen in den Regionalplan aufgenommen werden, welche die durch die Umweltprüfung gefundene verstärkte Belastung durch Straßen- und Schienenverkehrslärm sowie Fluglärm III auf die Gesundheit der Bevölkerung abmildern. Begründung: Die Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region der WHO 2018 beschreiben Lärm als ein führendes umweltbedingtes Gesundheitsrisiko und empfehlen: ,,dass die Politik geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung durch Straßenverkehr für die Bevölkerung ergreift". Die Leitlinienentwicklungsgruppe (LEG) der WHO empfiehlt Lärm vor allem an der Quelle zu reduzieren sowie die Lärmquelle von der Bevölkerung fernzuhalten. Die in der Praxis bewährten Ideen reichen vom „Wohnort der kurzen Wege" welcher Verkehrslärm vermeidet, über Ruheinseln, bis hin zu effektiverer Verkehrsgestaltung ohne motorisierten Individualverkehr. Zudem fordert die Länderarbeitsgruppe Umweltbezogener Gesundheitsschutz (LAUG) die aktuellen Lärmschwellen, welche dem Gesundheitsschutz dienen sollen, zu senken, da die aktuelle Gefahrenschwelle „deutlich das relative Risiko übersteigen, straßenverkehrslärmbedingt an einer ischämischen Herzkrankheit zu erkranken." In Bezug auf die Reduktion des Fluglärms fordert die Länderarbeitsgruppe Umweltbezogener Gesundheitsschutz (LAUG), die Bevölkerung zu schützen indem akute Wirkungen auf den nächtlichen Schlaf (z.B. Aufwachreaktionen) durch Einzelschallereignisse berücksichtigt werden. Zu IV. und V. Die Abteilung Gesundheit des LAVG empfiehlt, dass regionalplanerische Maßnahmen in den Regionalplan	Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Maßnahmen, die Belastungen des Verkehrs abmildern, sind nicht auf der regionalen Ebene zu definieren. Diese sind im Rahmen nachgelagerter Verfahren zu berücksichtigen. Die vorgebrachten Hinweise bewirken keine Planänderung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	aufgenommen werden, welche die durch die Umweltprüfung gefundene verstärkten Lufthygienischen Belastungen verringern und somit auch die möglichen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung abmildern. Begründung: Den WHO-Luftqualitätsleitlinien folgend, schreibt das Umwelt Bundesamt (UBA): „Luftverschmutzung stellt weltweit eine große Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar und verursacht selbst bei sehr niedrigen Konzentrationen eine Reihe von schwerwiegenden Gesundheitsschäden." zudem "ist die wichtigste Aussage der aktualisierten WHO Luftqualitätsleitlinien, dass jede Reduktion gesundheitsrelevanter Luftschadstoffe gesundheitliche Vorteile bringt, selbst an Orten mit bereits relativ niedrigen Schadstoffkonzentrationen." Als Schlussfolgerung fordert das UBA das die Lufthygienische Belastung der Bevölkerung gesenkt wird." Lösungsvorschläge reichen von einer veränderten Priorisierung der Verkehrsmittel (weg vom Auto hin zu Fußgängern, Fahrrädern und ÖPNV) bis hin zu emissionsfreiem und leiserem Individualverkehr.	
Umweltbericht / 4.1 Siedlung		
BE-ID: 1502	Im Bericht zur Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Kapitel 4.1 Umweltauswirkungen bei Durchführung des Plans, Vorbehaltsgebiete Siedlung, wird beschrieben, dass mit dem Regionalplan die Vorbehaltsgebiete Siedlung einen negativen Einfluss auf das Schutzgut Mensch durch Immissionsbelastung durch Licht, Lärm und Luftschadstoffe (u.a. durch Verkehr und Gebäudeheizungen) in Abhängigkeit von der vorgesehenen Bebauung und Nutzung haben werden. Die Abteilung Gesundheit des LAVG empfiehlt, dass regionalplanerische Maßnahmen in den Regionalplan aufgenommen werden, welche dem beschriebenen negativen Einfluss auf das Schutzgut Mensch entgegenwirken. Begründung: Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz schreibt: "vom Menschen verursachte Umweltbelastungen, wie Schadstoffe in der Luft, im Boden, im Wasser oder in Nahrungsmitteln, gefährliche Chemikalien oder Lärm, können unsere Gesundheit gefährden." Auch die Handlungsempfehlungen des UBA Luftqualität in der Stadt basieren auf dem Wissen, dass Luftschadstoffe eine erhebliche Gesundheitsgefahr darstellen. Da Luftverschmutzung selbst bei sehr niedrigen Konzentrationen eine Reihe von schwerwiegenden Gesundheitsschäden verursacht, müssen diese mit Blick auf die Gesundheit reduziert werden.	Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Maßnahmen, die zur Minderung von Immissionsbelastungen durch Licht, Lärm und Luftschadstoffe und sich somit negativ auf das Schutzgut Mensch auswirken, sind nicht auf der regionalen Maßstabsebene zu definieren, sondern im Rahmen nachgelagerter Verfahren zu berücksichtigen. Die vorgebrachten Hinweise bewirken keine Planänderung.
Umweltbericht / 4.2 Gewerbe und Industrie		
BE-ID: 1503	Im Bericht zur Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Kapitel 4.2 Umweltauswirkungen bei Durchführung des Plans, Vorranggebiete „Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte" (GIV), wird beschrieben, dass mit dem Regionalplan die Vorranggebiete GIV einen negativen Einfluss auf das Schutzgut Mensch aufgrund von Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen, durch verstärktes Verkehrsaufkommen (ggf. Schwerlastverkehr), Licht-, Staub- und Schadstoffemissionen (u.a. durch Havarien, sowie Verunreinigung von Oberflächengewässern), Zerschneidungen und Barrierewirkungen sowie visuelle Beeinträchtigungen und Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase durch Anlagenbetrieb zu rechnen ist. Die Abteilung Gesundheit des LAVG empfiehlt, dass regionalplanerische Maßnahmen in den Regionalplan aufgenommen werden, welche den negativen Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen, aufgrund von verstärktem Verkehrsaufkommen (ggf. Schwerlastverkehr), Licht-, Staub- und Schadstoffemissionen, Zerschneidungen und Barrierewirkungen, Gefahr der Verbreitung gesundheitsschädlicher Giftstoffe durch Havarien, Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase durch Anlagenbetrieb sowie visuelle Beeinträchtigungen entgegenwirken. Begründung: Der europäische Grüne Deal ist die Wachstumsstrategie der EU für eine klimaneutrale, saubere Kreislaufwirtschaft bis 2050. Die EU Kommission hat sich zu einer Überarbeitung der EU-Vorschriften verpflichtet, um die	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Maßnahmen, welche den negativen Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen, aufgrund von verstärktem Verkehrsaufkommen (ggf. Schwerlastverkehr), Licht-, Staub- und Schadstoffemissionen, Zerschneidungen und Barrierewirkungen, Gefahr der Verbreitung gesundheitsschädlicher Giftstoffe durch Havarien, Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase durch Anlagenbetrieb sowie visuelle Beeinträchtigungen entgegenwirken, betreffen nicht die regionale Maßstabsebene, sondern sind ggf. in nachgelagerten Planungsebenen zu berücksichtigen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Umweltverschmutzung durch große Industrieanlagen einzudämmen, wobei berücksichtigt wird, dass dies sowohl der öffentlichen Gesundheit als auch dem Schutz der Biodiversität zugutekommen. Die Überarbeitung baut auf der Industrieemissionsrichtlinie auf. 2050 sollen Wirtschaftstätigkeiten in der Europäischen Union Luft und Wasser und auch die Umwelt im weiteren Sinne nicht länger verschmutzen. Daher ist es im Hinblick auf das Schutzgut Mensch empfohlen, auch im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 welcher die nächsten Jahrzehnte der Region prägt, den Kurs der Immissionsreduktion weiter zu gehen.	
Umweltbericht / 4.3 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1504	Im Bericht zur Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Kapitel 4.3 Umweltauswirkungen bei Durchführung des Plans, Vorbeugender Hochwasserschutz, wird beschrieben, dass mit dem Regionalplan der Hochwasserschutz negative Auswirkungen auf die Erholungsfunktion für das Schutzgut Mensch durch Geräuschimmissionen (z.B. Pumpen), Ausstoß von Luftschadstoffen und Abwärme (z.B. Hochwasserpumpwerken), lokales Klima (z.B. Versiegelung von Kühlflächen) hat. Die Abteilung Gesundheit des LAVG empfiehlt, dass regionalplanerische Maßnahmen in den Regionalplan aufgenommen werden, welche Hochwasserschutz bedingte negative Auswirkungen auf die Erholungsfunktion entgegenwirken (z.B. indem Hochwasserschutz durch Überflutungsflächen und nicht durch Pumpwerke gewährleistet wird). Begründung: §2 II ROG Ländliche Räume sind als Lebensräume zu erhalten und zu entwickeln; dazu gehört auch die Erholungsfunktion ländlicher Räume (§2 II ROG, § 1 BNatSchG, § 1 BWaldG und LWaldG, §1 BbgNatSchAG). Diese sind relevant, da ausreichende Erholung dazu beitragen kann, dass Erkrankungsrisiko zu minimieren.	Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Die genannten Aspekte betreffen nicht die regionale Maßstabsebene und sind ggf. in nachgelagerten Planungsebenen zu berücksichtigen.
Umweltbericht / 4.5 Rohstoffabbau		
BE-ID: 1505	Im Bericht zur Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Kapitel 4.5 Umweltauswirkungen bei Durchführung des Plans, Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe, werden negative Auswirkungen durch Lärm aufgrund der Abbautätigkeit und vermehrtem Verkehrsaufkommen durch Lastfahrzeuge, Erschütterungen, Licht-, Staub- und Schadstoffemissionen, Zerschneidungen und Barrierewirkungen, lokale Luftverschmutzung aufgrund von Staubbildung und Abgase, Beeinflussung des Klimas durch lokale Temperaturschwankungen, lokale Verzögerungen des Temperaturausgleichs durch Flächeninanspruchnahme sowie visuelle Beeinträchtigungen beschrieben. Die Abteilung Gesundheit des LAVG empfiehlt, dass regionalplanerische Maßnahmen in den Regionalplan aufgenommen werden, welche die negativen Auswirkungen verringern. Begründung: Der Abbau oberflächennaher Rohstoffe hat einen Einfluss auf die menschliche Gesundheit. Ihr negativer Einfluss auf die Gesundheit besteht u.a. in umweltbelastenden Stoffeinträgen und Emissionen (u.a. Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase).	Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Die genannten Aspekte betreffen nicht die regionale Maßstabsebene und sind ggf. in nachgelagerten Planungsebenen zu berücksichtigen.
Umweltbericht / 4.6 Landwirtschaft		
BE-ID: 1506	Im Bericht zur Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Kapitel 4.6 Umweltauswirkungen bei Durchführung des Plans Vorranggebieten für die Landwirtschaft, kommt die Umweltprüfung zu dem Schluss: "Mit der räumlichen Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft lassen sich keine direkten negativen Auswirkungen auf die Schutzgüter nach § 8 I ROG ableiten. Die Vorgaben sind nicht hinreichend konkret und gehen u.a. mit einer Verdrängungswirkung von raumbedeutsamen Planungen, Vorhaben oder Nutzungen in Bereiche außerhalb der Festlegung einher." Die Abteilung Gesundheit des LAVG empfiehlt, dass für die Auswirkung des Plans auf das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit eine Einschätzung auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Informationen	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. In Vorranggebieten für die Landwirtschaft soll die landwirtschaftliche Bodennutzung nach dem Prinzip der guten fachlichen Praxis erfolgen. Die Grundsätze für die Durchführung der guten fachlichen Praxis sind u.a. in § 5 Bundesnaturschutzgesetz, § 17 Bundes-Bodenschutzgesetz und §3 Pflanzenschutzgesetz. Zusätzlich hat gemäß § 11a Düngegesetz bei der landwirtschaftlichen Erzeugung der Umgang mit Nährstoffen im

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vorgenommen wird. Begründung: Die Landwirtschaft hat einen Einfluss auf die menschliche Gesundheit. Ihr negativer Einfluss auf die Gesundheit besteht u.a. in umweltbelastenden Stoffeinträgen und Emissionen (u.a. Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase).	Betrieb nach guter fachlicher Praxis zu erfolgen. Zur guten fachlichen Praxis gehört insbesondere, dass bei der landwirtschaftlichen Erzeugung ein nachhaltiger und ressourceneffizienter Umgang mit Nährstoffen im Betrieb sichergestellt und hierbei Nährstoffverluste in die Umwelt so weit wie möglich vermieden werden.
Anhänge zum Umweltbericht / C3) Rohstoffe		
BE-ID: 1454	2. Umweltradioaktivität / Endlagerung radioaktiver Abfälle Für die im Umweltbericht Anhang C3 (Rohstoffgewinnung) ausgewiesenen Rohstoffgebiete sind die Sicherungsvorschriften des§ 21 des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle (StandAG) zu berücksichtigen. Es wird darauf hingewiesen, dass zu bestimmten Angaben des Regionalplans, die als Planungswissenschaftliche Abwägungskriterien gemäß § 25 i. V. m. Anlage 12 StandAG gelten, Anfragen der Bundesgesellschaft für Endlagerung an das MIL (Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung) erfolgen.	Die Sicherungsvorschriften des § 21 StandAG bleiben von der Festlegung von Vorbehalt- und Vorranggebieten Rohstoffgewinnung unberührt. Paragraph 21 Abs. 2 StandAG regelt die Zulassung für Anträge Dritter eines Vorhabens in Teufen von mehr als 100 Metern. Die Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zu den Rohstoffgebieten betreffen nur oberflächennahe Rohstoffe wie Kiese, Sande, Tone, Lehm und Torf und demnach die Abbautiefen des § 21 StandAG nicht erreicht werden.
TÖB-Nr.: 189 / Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 618	Aus Sicht des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Dezernat V4 - Strahlenschutz ist zu prüfen, ob durch die Aufstellung des Regionalplanes die Bestimmungen der 26.BlmSchV - Verordnung über elektromagnetische Felder - bei der Errichtung bzw. Änderung niederfrequenter Anlagen eingehalten werden. In dem Regionalplan werden u. a. Flächen für Windenergieanlagen ausgewiesen. Mit der Errichtung dieser Anlagen werden in der Regel die Errichtung niederfrequenter Anlagen, wie Stromtrassen, Umspannanlagen und Trafostationen zur Einspeisung der erzeugten Energie in das öffentliche Stromnetz notwendig. Diese sind Anlagen, die nach der 26.BlmSchV zu betrachten sind. Gemäß dem § 3 der 26. BlmSchV wird bei Niederfrequenzanlagen für Orte, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die Einhaltung der Grenzwerte gefordert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 621	Des Weiteren ist im § 4 Abs. 2 der 26. BlmSchV ein Minimierungsgebot für die von Niederfrequenzanlagen ausgehenden elektrischen und magnetischen Feldern formuliert. Das Nähere hierzu ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26.BlmSchVVwV) vom 26.02.2016 geregelt. Das Minimierungsgebot findet keine Anwendung, wenn die geplanten niederfrequenten Anlagen Trafostationen, Erdkabel < 50 kV in einem Abstand von > 10 m, bei Ortsnetzumspannstationen (Umspannung und Schaltanlage 2= 110 kV) von >50 m, bei Erdkabel 2= 50 kV < 110 kV von 25 m und bei Erdkabel 2=110 kV < 220 kV von 35 m zu schutzbedürftigen Nutzungen (Orte, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind) errichtet werden. Das Minimierungsgebot ist jedoch anzuwenden, wenn sich maßgebliche Immissionsorte im o. g. Einwirkungsbereich befinden. Die Minimierungsprüfung hat dann anlassbezogen in den jeweiligen nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu erfolgen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 622	Aus Sicht des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Dezernat V4 - Strahlenschutz ist zu prüfen, ob durch die Aufstellung des Regionalplanes die Bestimmungen der 26.BlmSchV - Verordnung über elektromagnetische Felder - bei der Errichtung bzw. Änderung niederfrequenter Anlagen	Kenntnisnahme. Der Sachverhalt wird im Rahmen der Anlagengenehmigungsverfahren sichergestellt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	eingehalten werden. In dem Regionalplan werden u. a. die Errichtung von Agri-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen benannt. Mit der Errichtung dieser Anlagen werden in der Regel die Errichtung niederfrequenter Anlagen, wie Stromtrassen, Umspannanlagen und Trafostationen zur Einspeisung der erzeugten Energie in das öffentliche Stromnetz notwendig. Diese sind Anlagen, die nach der 26.BlmSchV zu betrachten sind. Gemäß dem § 3 der 26. BlmSchV wird bei Niederfrequenzanlagen für Orte, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die Einhaltung der Grenzwerte gefordert.	
BE-ID: 623	Des Weiteren ist im § 4 Abs. 2 der 26. BlmSchV ein Minimierungsgebot für die von Niederfrequenzanlagen ausgehenden elektrischen und magnetischen Feldern formuliert. Das Nähere hierzu ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26.BlmSchVVwV) vom 26.02.2016 geregelt. Das Minimierungsgebot findet keine Anwendung, wenn die geplanten niederfrequenten Anlagen Trafostationen, Erdkabel < 50 kV in einem Abstand von > 10 m, bei Ortsnetzumspannstationen (Umspannung und Schaltanlage 2= 110 kV) von >50 m, bei Erdkabel 2= 50 kV < 110 kV von 25 m und bei Erdkabel 2=110 kV < 220 kV von 35 m zu schutzbedürftigen Nutzungen (Orte, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind) errichtet werden. Das Minimierungsgebot ist jedoch anzuwenden, wenn sich maßgebliche Immissionsorte im o. g. Einwirkungsbereich befinden. Die Minimierungsprüfung hat dann anlassbezogen in den jeweiligen nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu erfolgen.	Kenntnisnahme. Wie zutreffend festgestellt ist, wird der Sachverhalt anlassbezogen in den nachfolgenden Anlagengenehmigungsverfahren geprüft.
TÖB-Nr.: 190 / Landesamt für Soziales und Versorgung		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2594	Hierzu möchte ich Ihnen mitteilen, dass das LASV von der beabsichtigten Maßnahme nicht betroffen ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 199 / Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 319	Nach Prüfung der zur Verfügung gestellten Unterlagen erhalten Sie hier unsere Stellungnahme: Für unseren Standort der Universität Potsdam am Neuen Palais ist für uns derzeit keine Abschätzung möglich, in wie weit die Thematik „Hochwasserschutz" die zukünftige Planung beeinflussen könnte. Der Standort am Neuen Palais ist entsprechend Regionalplan, der aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) abgeleitet ist, als Teil des „Freiraumverbundes" sowie als Vorbehaltsgebiet „Vorbeugender Hochwasserschutz" vorgesehen. Dieses Gebiet beinhaltet auch die Flächen auf denen die zukünftigen Ersatzbauten der Universität Potsdam entstehen sollen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird zutreffend festgestellt, dass sich der Universitätsstandort am Neuen Palais nach Ziel 6.2 Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) innerhalb des landesplanerischen Freiraumverbunds befindet. Der landesplanerische Freiraumverbund stellt keine eigene Festlegung der Regionalplanung dar, sondern wird in der Festlegungskarte des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 lediglich maßstabsgerecht räumlich konkretisiert. Inwieweit sich der Standort der Universität Potsdam mit einem Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz gemäß G. 2.1.1 des Regionalplans überschneidet, kann seitens der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming nicht abschließend geprüft werden, da eine räumliche Konkretisierung der Planungsvorhaben nicht vorliegt. Grundsätzlich muss jedoch kein Widerspruch zwischen der Festlegung Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz und den Planungsabsichten bestehen, da durch die regionalplanerische Festlegung lediglich ausgesagt wird, dass dem Hochwasserschutz bei der Abwägung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		ein besonderes Gewicht beizumessen ist (§7 ROG Abs. 3). Die Festlegung soll insbesondere Kommunen dabei unterstützen, den Hochwasserschutz stärker in ihre Entwicklungsüberlegungen einzubeziehen und somit die mit einem Hochwasserereignis einhergehenden Gefahren und Risiken einzuschränken.
BE-ID: 321	Bei den Vorbehaltsgebieten zur Rohstoffgewinnung und für Windkraftanlagen sehe ich zurzeit keine Berührungspunkte.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 320	Laut textlicher Erläuterungen gem. Kapitel III.2. Freiraum Abschnitt G 2.1.1 Abs. 2 soll hier von einer „raumbedeutsamen Planung abgesehen werden" bzw. sollen Alternativstandorte geprüft werden. Bei allen zukünftigen planungsrechtlichen Verfahren müssten diese Vorgaben aus dem Regionalplan berücksichtigt werden. Alternative Standorte kommen für die Universität Potsdam nicht in Frage, da die Universitätsgebäude sich in räumlicher Nähe zueinander befinden und städtebaulich einem Konzept folgen müssen, welches vor allem mit den umliegenden Bauten (z.B. auch Weltkulturerbe) im Einklang steht. Die UNESCO-Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin" von 1990 wurde 1999 um die Flächen in westlicher Nachbarschaft zum Neuen Palais erweitert. Sie sind gekennzeichnet durch die Lindenallee, die die Hauptachse des Parks Sanssouci außerhalb der Parkgrenze fortsetzt. Die 1866 erneuerte, nun 2 Kilometer lange Lindenallee dokumentiert den für die Potsdamer Gartenanlagen so charakteristischen Übergang von gestalteter Parklandschaft zum landschaftlichen Freiraum. Durch die nach 1950 errichteten entstandenen Verwaltungs- und Lehrgebäude und Sportanlagen stören in erheblichem Umfang das Erscheinungsbild und Wirkungsfeld der UNESCO-Welterbestätte "Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin". Deshalb ist eine Bereinigung der Fehlentwicklungen und eine landschaftspflegerische Reparatur bei Sicherung der räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Universität Potsdam unter sensibler Einbindung des Ensembles erforderlich. Ergebnis dieser Bemühungen ist eine Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der Universität Potsdam und der Stiftung "Preußische Schlösser und Gärten", die eine landschaftspflegerische Reparatur und eine bauliche Neuordnung des Universitätsstandortes am Neuen Palais zum Ziel hat. Die denkmal- und welterbeverträgliche Einordnung von Ersatzbauten sichert die Funktionsfähigkeit der Philosophischen Fakultät am Standort Neues Palais langfristig. Die Universität Potsdam ist für die Funktionsfähigkeit der Philosophischen Fakultät am Standort auf ein Mindestmaß an räumlichen Ressourcen in engem räumlichen Zusammenhang ebenso angewiesen, wie auf ein abschließend definiertes Erweiterungspotenzial. Aus diesen Gründen war es sehr wichtig, den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 dahingehend zu prüfen, dass dieses Erweiterungspotenzial gesichert ist. Nach telefonischer Rücksprache am 12.05.2022 mit Ihnen besteht hier kein Widerspruch zwischen den zukünftigen Planungsvorhaben der Universität Potsdam am Standort Am Neuen Palais und den Festlegungen des Regionalplans zu Vorranggebieten für den Hochwasserschutz. Damit sind aus unserer Sicht keine Änderungen am Regionalplan erforderlic	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es besteht aufgrund dessen keine Notwendigkeit einer Planänderung. In Vorbehaltsgebieten haben bestimmte raumbedeutsame Funktionen und Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht. Demnach muss kein Widerspruch zwischen der Festlegung Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz und den Planungsabsichten bestehen. Ziel der Festlegung Vorbehaltsgebiete Vorbeugender Hochwasserschutz ist es, auf mögliche Gefahren und Risiken durch Hochwasserereignisse hinzuweisen und diese entsprechendbei zukünftigen Maßnahmen und Planungen zu berücksichtigen. Gemäß G. 2.1.1 Satz 2 soll bei raumbedeutsamen Maßnahmen und Planungen, für die durch das bestehende Hochwasserrisiko eine potentielle Gefährdung besteht, Standortalternativen außerhalb der Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz gefunden werden. Ist dies nicht ohne weiteres möglich, sind die spezifische Hochwassersensibilität der geplanten Nutzung sowie mögliche Schutzmaßnahmen in die Erwägungen einzubeziehen (G 2.1.1 Satz 3).
TÖB-Nr.: 200 / Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 37	Auf Ebene der Entwurfsplanung ist zu allen Themenbereichen aus bodendenkmalpflegerischer Sicht erneut darauf hinzuweisen, dass Bodendenkmale, die an der heutigen Oberfläche erkennbar sind, einen besonderen Schutzstatus genießen (BbgDSchG § 2 <3>). Hierzu zählen z. B. mittelalterliche Landwehren,	Über das Geoportal des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) verfügbare Geodaten wurden abgerufen und entsprechend

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Befestigungsanlagen der Vor- und Frühgeschichte und des Mittelalters, urgeschichtliche Grabhügel, Schälchenstein, Steinkreuze. Derartige Strukturen sind im bestehenden Zustand zu erhalten und dürfen nicht verändert werden. Um ihre Wirkung und Erlebbarkeit als Bestandteile der Kulturlandschaft zu bewahren, steht neben den Denkmalbereichen selbst auch deren Umgebung (mindestens 250 m) unter Schutz und darf nicht verändert werden (s. Az.: GV2019:276c, S. 2).	berücksichtigt. Sofern Hinweise auf weitere Bodendenkmale im Beteiligungsverfahren mitgeteilt werden, wurden auch diese entsprechend berücksichtigt.
BE-ID: 38	Das BLDAM ist erneut zu beteiligen, sobald konkrete Untersuchungsräume abgegrenzt und mit Erdeingriffen verbundene Maßnahmen geplant werden. In diesen Fällen ist im Vorfeld der Durchführung die Einholung einer detaillierten Stellungnahme bezüglich der tatsächlichen Betroffenheiten erforderlich und zu prüfen, ob und inwiefern mit einer Beeinträchtigung von Bodendenkmalen zu rechnen ist.	Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Mit Erdeingriffen verbundene Maßnahmen betreffen nicht die regionale Planungsebene, sondern die nachgelagerten Genehmigungsverfahren.
BE-ID: 39	Hinweis: Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4). Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.	Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1115	Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege, nimmt als Träger öffentlicher Belange gemäß § 74 Abs. 6 Nr. 2 VwVfG und § 4 Abs. 1 BauGB als zuständige Denkmalfachbehörde zur Festlegung des Untersuchungsrahmens für den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gemäß § 9 Absatz 2 Satz 1 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 Satz 2 und 3 RegBkPlG wie folgt Stellung: Zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 liegen Ihnen bereits Stellungnahmen des BLDAM vom 20.03.2020 (zur Unterrichtung über den Aufstellungsbeschluss vom 11.12.2019), vom 14.09.2020 (zum sachlichen Schwerpunkt des Teilregionalplans Havelland-Fläming "Grundfunktionale Schwerpunkte") sowie vom 31.03.2021 (zur Umweltprüfung zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Festlegung des Untersuchungsrahmens) vor und sind weiterhin zu berücksichtigen. Die Einwendungen zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion LEP HR 2018 behalten ihre Gültigkeit.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die eingegangenen Hinweise des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalschutz und Archäologie vom 20.03.2020 sowie 31.03.2021 werden weiterhin berücksichtigt.
BE-ID: 1116	Im angegebenen Untersuchungsgebiet befinden sich zahlreiche Denkmale und Denkmalbereiche im Sinne des BbgDSchG der Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und der kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel. Wir verweisen hiermit auf die Denkmallisten des Landes Brandenburg, die hier eingesehen werden können: https://bldam-brandenburg.de/denkmalinformationen/denkmalliste/	Die Hinweise werden berücksichtigt. Bei der Festlegung von Rohstoffgebieten, Windeignungsgebieten und Vorbehaltsgebieten Siedlung werden Denkmäler berücksichtigt. Zur Ermittlung der Denkmäler wird die mit der vorliegenden Stellungnahme mitgeteilte Denkmalliste berücksichtigt.
BE-ID: 1117	Denkmale werden im Textteil des Regionalplans vom August 2020 unter "IV.2.2.2. Planungskonzept d) Ortsbezogene Abwägung von Belangen, die auf den nach Abzug der Tabuzonen verbleibenden Flächen für bzw. gegen die Errichtung von Windenergieanlagen sprechen" (siehe Seite 61 bis 63) innerhalb von Tabelle 9 der "Rechtsvorschriften, Planungen und Kriterien, durch die abzuwägende Belange dargestellt werden" grundsätzlich benannt. Weiterhin werden Denkmale im Bericht der Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 im Zusammenhang mit den "Kriterien für die Prüfung der Umweltauswirkungen" (siehe Seiten 18 bis 21) benannt. Weiterhin werden unter Punkt "3.8 Kultur- und sonstige Sachgüter" (siehe Seite 51) Denkmale benannt, wobei jedoch Denkmale mit Gebietscharakter zu ergänzen sind.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Denkmale mit Gebietscharakter werden in den entsprechenden Plankonzepten sowie im Umweltbericht ergänzt. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1118	Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass Denkmale im Sinne des BbgDSchG in ihrer baulichen Substanz und ihrem Erscheinungsbild zu erhalten, zu schützen und zu pflegen sind (§ 7 Abs. 1 BbgDSchG). Veränderungen der baulichen Substanz oder des Erscheinungsbildes eines Denkmals sowie seiner Umgebung unterliegen der denkmalrechtlichen Erlaubnispflicht gemäß § 9 Abs. 1 BbgDSchG. Es ist davon auszugehen, dass denkmalrechtliche Belange im Rahmen der weiteren Planung betroffen sein werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1124	2. Zu den übrigen Themen (Siedlung, Hochwasserschutz, Oberflächennahe Rohstoffe und Landwirtschaft) verweisen wir auf die von Ihnen im Textteil genannte Notwendigkeit der Einzelfallprüfung. Im Falle zukünftiger Planvorhaben gehen wir von einer frühzeitigen Beteiligung als TÖB aus und bitten um Einbeziehung der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörden.	Die Hinweise zur Notwendigkeit der Einzelfallprüfung werden zur Kenntnis genommen. Das BLDAM und die unteren Denkmalschutzbehörden werden weiterhin am Verfahren beteiligt.
BE-ID: 1125	3. Hinweis: Wir weisen darauf hin, dass die Denkmalliste des Landes Brandenburg fortgeschrieben wird.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1126	Aufgabenstellung für die Ermittlung der Auswirkung geplanter Windenergieanlagen auf Denkmale (Baudenkmale, technische Denkmale, Gartendenkmale und Denkmalbereiche) Nachfolgende Aufgabenstellung dient dem Zweck, klare Kriterien und Vorgaben für entsprechende beurteilungsfähige Fachgutachten zu benennen. Im Hinblick auf eine effektive und schnelle Analyse möglicher Auswirkungen der Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) auf den Denkmalbestand empfiehlt sich ein dreistufiges Vorgehen, bei dem in Abstimmung mit dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum (BLDAM) gemeinsam die zu berücksichtigenden Denkmale ausgewählt und anschließend vertiefend analysiert werden. Die Ergebnisse dieser Analysen sind als denkmalpflegerisches Fachgutachten den Anträgen beizufügen. Auf diesem Wege kann eine zeitnahe und fachgerechte Beurteilung erreicht werden. Stufe 1: In Abhängigkeit von der Gesamthöhe der geplanten WEA sind in deren Umgebung alle Denkmale mit einer besonderen Raumwirkung zu ermitteln. Dazu gehören Gartendenkmale, städtebauliche Ensemble (z.B. Stadtsilhouetten), Baudenkmale und technische Denkmale (z. B. Kirchen, Gutsanlagen, Kraftwerke, Schornsteine, Mühlen), bei denen die Umgebung erheblich deren Erscheinungsbild mitbestimmt und die somit durch die WEA beeinträchtigt werden können. WEA von bis zu 260 Metern Gesamthöhe können in Einzelfällen eine wesentliche, beeinträchtigende Wirkung auf Denkmale in Entfernungen von bis zu 10 km haben. Für die Ermittlung der Auswirkung geplanter WEA ist daher ein entsprechender Untersuchungsradius zu betrachten. So weisen regelmäßig zahlreiche Gartendenkmale als Gartenkunstwerke eine enge Wechselbeziehung zu ihrer Umgebung auf, wobei häufig die freie Aussicht bis zum Horizont ein wesentlicher Bestandteil der jeweiligen gartenkünstlerischen Kompositionen sein kann. Auch viele Baudenkmale, wie beispielsweise historische Stadtsilhouetten, Kirchen und Kirchtürme oder auch Windmühlen wirken stark im Zusammenhang mit der umgebenden Landschaft und prägen somit das regionale Landschafts- und Ortsbild in entscheidender Weise mit. Eine aktuelle Auflistung aller Denkmale des Landes Brandenburg ist unter folgendem Link abrufbar: https://ns.gis-bldam-brandenburg.de/hida4web/search?smode=advanced Wesentliche Hinweise zur Raumwirkung von Denkmalen und der Prüfung von Auswirkungen auf den Denkmalbestand enthält folgendes Arbeitsblatt der Arbeitsgruppe Städtebauliche Denkmalpflege der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger (VdL) in der Bundesrepublik Deutschland: "Raumwirkung von Denkmälern und Denkmalensembles", Nr. 51 , Wiesbaden 2020, als Download erhältlich auf der Website der VdL: https://www.vd1-denkmalpflege.de/veroeffentlichungen. Stufe 2: Die ermittelten, von der Planung möglicherweise in ihrer Raumwirkung beeinträchtigten Denkmale und die geplante WEA werden auf Grundlage der realen topografischen Bedingungen hinsichtlich einer möglichen Sichtbarkeit/Auswirkung überprüft. In Fällen von nachweisbar optischen Verdeckungen der WEA in Richtung des jeweiligen Denkmals durch Hügel, Gehölze, andere Baukörper u.a. können diese von der Liste der vertiefend zu	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

untersuchenden Denkmale gestrichen werden. Achtung: Im Gartendenkmal ist der gartendenkmalpflegerische Zielzustand in der Prüfung zu berücksichtigen. Dies bedeutet, dass gegebenenfalls aus denkmalfachlicher Sicht beeinträchtigende Gehölzgürtel oder Einzelbäume vorhanden sein können, welche zum Zeitpunkt der Antragstellung eine WEA noch verdecken. Dass diese Gehölze auch zukünftig nicht mehr vorhanden sein werden, muss in der Prüfung berücksichtigt werden. Wir empfehlen in Abstimmung mit dem BLDAM die konkreten Denkmale auszuwählen, welche zur Feststellung der möglichen Auswirkungen durch die geplante WEA eine vertiefende Untersuchung (Stufe 3) erfordern. Die jeweils zuständigen Fachreferent:innen finden sie unter dem Link: https://bldam-brandenburg.de/bldam/ihre-ansprechpartner/karte/. Stufe 3: Die auf dieser Grundlage zur Untersuchung vorgesehenen Denkmale werden einer konkreten Sichtfeldanalyse unterzogen. Denkmale, bei denen aufgrund ihrer Lage, Topographie, Ausdehnung oder Raumwirksamkeit eine Beeinträchtigung anzunehmen ist, müssen durch die Vorlage von Visualisierungen einer vertiefenden Prüfung unterzogen werden. Dabei sind Simulationen auf Grundlage von Fotoaufnahmen der räumlichen Wechselbeziehung zwischen den Denkmalen, der umgebenden Landschaft und der geplanten WEA anzufertigen. Die Darstellung der WEA muss hinsichtlich ihrer Sichtbarkeit auf Grundlage optimaler Lichtverhältnisse erfolgen. Zudem ist bei allen simulierten WEA der äußere Flügelradius durch einen Kreis zu kennzeichnen. Die für die Visualisierungen festgelegten Standorte sind auf einer Übersichtskarte darzustellen und können zuvor mit den Denkmalbehörden abgestimmt werden. Bei Gartendenkmalen ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass nicht der aktuelle Zustand des Gartendenkmals ausschlaggebend für die Sichtfeldanalyse und Beurteilung der Auswirkungen der geplanten WEA ist, sondern der jeweilige gartendenkmalpflegerische Zielzustand mit unbelaubten Gehölzen. Sofern vorhanden, ist als Grundlage für die Analyse die gartendenkmalpflegerische Zielplanung zu verwenden. Sofern keine gartendenkmalpflegerische Zielplanung für das gesamte Gartendenkmal vorliegt, ist als Grundlage für die erforderliche Sichtfeldanalyse eine Bestandsanalyse und -bewertung und daraus abzuleitende Zielstellung für die relevanten Standorte im Gartendenkmal unter Berücksichtigung einer ggf. vorhandenen gartenkünstlerischen Komposition in Richtung der geplanten WEA anzufertigen. Dabei handelt es sich um die Orte, von denen gestalterisch wichtige Sichten innerhalb des Gartendenkmals sowie aus dem Gartendenkmal heraus in die Umgebung wahrgenommen werden können. Für diese Orte sind innerhalb der Sichten die WEA in nachprüfbaren Simulationen und unbelaubtem Zielzustand abzubilden. Bei einem Vorhandensein von Wasserflächen innerhalb der Sichten ist eine mögliche Spiegelwirkung zu berücksichtigen und darzustellen. Fachliche Hinweise zur Ermittlung des Zielzustandes des Gartendenkmals enthält der Leistungskatalog für gartendenkmalpflegerische Zielplanungen, beziehbar beispielsweise über folgenden Link: https://shop.fll.de/de/fachbericht-leistungskatalog-fuer-die-erarbeitung-gartendenkmalpflegerischer-zielplanungen.html. Dem Fachgutachten sind alle für eine Überprüfung erforderlichen Daten beizufügen: • Lageplan, Koordinaten, Geländehöhe und technische Angaben (Nabenhöhe, Gesamthöhe) der geplanten WEA • Auflistung und Darstellung (Lageplan) der zu untersuchenden Denkmale • Visualisierungen • Auflistung aller technischen Angaben der Simulationen und Visualisierungen (Angaben zu Kamerastandpunkten und Referenzpunkten, Brennweite der Aufnahme u.a.). Zusätzlich für Gartendenkmale: • Verwendete gartendenkmalpflegerische Zielplanungen mit allen Grundlagen (Bestandsplan, Darstellung der Geschichte, Bestands- und Geschichtsanalyse, denkmalfachliche Bewertung, denkmalfachliche Zielstellung) oder Gutachten zur Ermittlung der Untersuchungsstandorte und des Zielzustandes als Grundlage für die Simulation • Darstellung der erforderlichen Untersuchungsstandorte innerhalb der Gartendenkmale im Lageplan einschließlich der Auflistung der Koordinaten. Hinweise: Bei Fragen, auch während der Erstellung des Fachgutachtens, geben die zuständigen Fachreferentinnen und Fachreferenten gerne Auskunft. Es wird darauf hingewiesen, dass weiterhin die Einzelfallprüfung im Rahmen des denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahrens

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Voraussetzung für die Errichtung von WEA darstellt.	
BE-ID: 1127	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Der Planungsstelle liegt eine Stellungnahme des BLDAM vom 29.01.2020 zur Unterrichtung über den Aufstellungsbeschluss vom 11.12.2019 vor.] Eine Gesamtkartierung aller archäologischen Vorbehaltsflächen (Bodendenkmal- und Bodendenkmalverdachtsflächen) liegt in Brandenburg derzeit noch nicht vor. Im Zusammenhang mit o. g. Planung möchten wir jedoch darauf hinweisen, dass wir im Sinne einer präventiven Bodendenkmalpflege über unser Geoportal die aktuell in die Denkmalliste eingetragenen Bodendenkmale im Land Brandenburg zur Verfügung stellen: http://bldamwp.bldam-brandenburg.de/denkmalinformationen/geoportal-denkmaldatenbank/geoportal/ Der Dienst beinhaltet: · Die Kartierung von Bodendenkmalen im Land Brandenburg, die vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum in die Denkmalliste eingetragen sind. Die Bodendenkmallistenführung durch das BLDAM ist ein dynamischer Prozess, der nicht abgeschlossen ist (§ 3 BbgDSchG). Daher ist grundsätzlich sowohl mit noch nicht bearbeiteten bekannten Bodendenkmalen als auch überall mit der Entdeckung bislang noch nicht aktenkundig gewordener Bodendenkmale zu rechnen. · Eine Auswahl archäologischer Bodendenkmale, die eine oberirdische Erhaltung aufweisen und somit im Gelände erkennbar und mit einem hohen Anschauungswert verknüpft sind (s.o.). Der Dienst stellt einen archäologischen Guide für das Land Brandenburg dar. · Keine rechtsverbindliche Grundlage (insb. zum aktuellen Bodendenkmalstatus von Liegenschaften). Bei allen Vorhaben ist eine frühzeitige Einbeziehung der Unteren Denkmalschutzbehörden und des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums erforderlich. · Bitte beachten Sie die Urheberrechte und Nutzungsbedingungen und geben die in Anspruch genommene Quelle mit dem Aktualitätsdatum an.	Die Hinweise zur präventiven Bodendenkmalpflege werden zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
BE-ID: 1129	Wir bitten diese Flächen [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Bodendenkmale gemäß Geoportal BLDAM] in allen Phasen der Planung zu o. g. Vorhaben zu berücksichtigt und weisen darauf hin, dass das BLDAM zu beteiligen ist, sobald konkretere mit Erdeingriffen verbundene Maßnahmen geplant werden. In diesen Fällen ist im Vorfeld der Durchführung die Einholung einer detaillierten Stellungnahme bezüglich der tatsächlichen Betroffenheiten erforderlich und zu prüfen, ob und inwiefern mit einer Beeinträchtigung von Bodendenkmalen zu rechnen ist.	Die angeregte Berücksichtigung aller Bodendenkmale gemäß Geoportal BLDAM kann im regionalplanerischen Maßstab nicht erfolgen und ist ggf. Gegenstand nachgelagerter Genehmigungsverfahren.
BE-ID: 1130	Hinweis: Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4). Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1123	In der Anlage erhalten Sie daher die von unserem Haus erarbeitete "Aufgabenstellung für die Ermittlung der Auswirkung geplanter Windenergieanlagen auf Denkmale". Diese Untersuchungen sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durch den Antragsteller zu erbringen. In diesem Zusammenhang wird auf das hilfreiche Arbeitsblatt Nr. 51 „Raumwirkung von Denkmälern und Denkmalensembles" (online verfügbar unter https://www.vdl-denkmalpflege.de) der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger hingewiesen, welche zu prüfende Kriterien bei der Untersuchung der Genehmigungsfähigkeit von städtebaulich wirksamen Bauvorhaben genauer definiert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 1119	Windenergie Im Kontext der Energiewende verändert sich die Landschaft. Bei dem Ausbau von Solarenergie, Windenergie etc. ist sicherzustellen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung von Substanz und Erscheinungsbild von Denkmalen ausgeschlossen ist. Die Errichtung von Windanlagen in der Umgebung eines Denkmals kann aufgrund von deren Bewegung, Höhe und der daraus resultierenden, großen Wahrnehmbarkeit eine erhebliche Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes dieses Denkmals darstellen. Übergeordnete Planungen sollten daher als eine planerische Annäherung an Denkmale als einem einzigartigen und komplexen Kultur- und Kunstgut verstanden werden Nach der planerisch übergeordneten Ausweisung eines Windeignungsgebietes muss die geplante Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in der Folge separat geprüft und genehmigt werden. Die fachliche Praxis zeigt, dass einzelne Parameter, wie beispielsweise der letztendlich gewählte Standort oder die stark variierende Bauhöhe, in manchen Fällen für eine denkmalrechtliche Genehmigungsfähigkeit ausschlaggebend sein können. Auf die weiterhin notwendige Einzelfallprüfung wird auf Seite 59 unter B 15 im Planungskonzept Windenergienutzung 3.0 vom August 2020 bereits hingewiesen. Darüber hinaus ist jedoch die denkmalrechtliche Erlaubnispflicht gemäß § 9 Absatz 1 BbgDSchG zu beachten. Während bestimmte Bauverbote in Form von harten und weichen Tabuzonen aus bestimmten Gegebenheiten, wie Belange des Naturschutzes, Militär- und Verkehrsflächen u. ä., abgeleitet werden (siehe IV.2.2.2. Planungskonzept, ab Seite 43ff.), wurden denkmalpflegerische Belange an dieser Stelle bisher noch nicht näher untersucht und in die Auswahl von WEG einbezogen. Eine frühzeitige Untersuchung und Einbeziehung sollte dabei zukünftig angestrebt werden (z. B. im Rahmenplan Prignitz-Oberhavel in Form von Vorbehaltsgebieten „historisch bedeutsame Kulturlandschaft"). Diese Forderung wurde bereits in der Stellungnahme des BLDAM vom 20.03.2020 formuliert und fand keine Berücksichtigung. Beispielhaft können an dieser Stelle Denkmale benannt werden, die sich innerhalb oder in der Nähe von geplanten WEG befinden und bei denen eine (erhebliche) Beeinträchtigung nicht ausgeschlossen werden kann: [Anmerkung Planungsstelle: nachfolgend Übertragung der Tabelle mit Hinweisen vom BLDAM zu einzelnen Windeignungsgebieten nach WEG; Landkreis/kreisfreie Stadt; Gemeinde/Ort; Denkmale/Denkmalbereiche] WEG 03; TF, LDS; Groß Ziescht; Im Umfeld ist die Dorfkirche dieses Ortes betroffen. Weiterhin (Altgolßen/Golßen): Herrenhaus Altgolßen (Neues Gutshaus) mit Park; Schlossanlage Golßen, bestehend aus Schloss, Park mit Erdkeller, klassizistischem Nebengebäude, Fontanedenkmal und Kriegerdenkmal; Wirtschaftshof mit Inspektoren- und Kutscherhaus, Pferdestall sowie Remise einschließlich der Begrenzungszäune bzw. -mauern mit den Torpfeilern der Schlosszufahrt WEG 03 ; TF ; Baruth ; Schlosspark WEG 05 ; PM ; Werder/ OT Petzow ; Gutspark WEG 06 ; HVL ; Zollchow ; Dorfkirchen in Zollchow, Schmetzdorf, Vieritz WEG 12 ; HVL ; Nitzahn ; Dorfkirchen in Nitzahn, Vehlen, Altbensdorf (PM), Möthlitz, Herrenhaus in Jerchel WEG 14 ; TF ; Kloster Zinna ; Klosterkirche WEG 15 ; EE ; Ahlsdorf ; Schlosspark und Parkbauten WEG 15 ; TF ; Wiepersdorf ; Schlosspark WEG 16 ; PM ; Beelitz Heilstätten ; Gärtnerische Gestaltungen der Heilstätten WEG 17 ; TF ; Kummersdorf-Gut ; Teile des Denkmals Heeresversuchsanstalt Kummersdorf befinden sich innerhalb des WEG. Die Aussage, dass hier keine Denkmale vorhanden sind, ist nichtzutreffend. WEG 17 ; TF ; Dahme/Mark-Ost ; Betroffen sind die Dorfkirchen Görsdorf, Prensdorf, Rosenthal und Wildau-Wentdorf; Schlossruine Dahme mit Schlosspark, Kavaliershaus und Burgmauer WEG 25 ; TF ; Zehrensdorf ; Friedhof WEG 26 ; PM ; Rietz bei Treuenbrietzen ; Betroffen die Dorfkirchen Grabow, Haseloff, Nichel, Niederwerbig und Rietz WEG 28 ; PM ; Feldheim-Maltershausen ; Betroffen die Dorfkirchen Dietersdorf, Feldheim, Lüdendorf und Schwabeck WEG 29 ; TF ; Christinendorf ; Dorfkirchen in Christinendorf und Nunsdorf; Weiterhin (Märkisch Willmersdorf): Herrenhaus, Gutspark und Wirtschaftshof mit Landarbeiterhäusern, Sortimentsgarten, einstiger Baumschule	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	sowie Alleen und Flurgehölze, die in einem gärtnerischen und historischen Zusammenhang mit dem Gut stehen WEG 30 ; PM ; Kloster Lehnin ; Klosterkirche Lehnin WEG 30 ; PM ; Rädel ; Dorfkirche Rädel WEG 31 ; TF ; Petkus-Wahlsdorf ; Dorfkirchen Liepe, Petkus und Wahsdorf, in den beiden letzteren auch Gutsanlagen und Gutspark. WEG 31 ; TF ; Heinsdorf ; Gutspark WEG 32 ; TF ; Heinsdorf ; Gutspark WEG 32 ; TF ; Hohenseefeld ; Dorfkirchen Hohen- und Niederseefeld, lllmersdorf, Niebendorf und Heinersdorf, Waltersdorf WEG 32 ; TF ; Wiepersdorf ; Schlosspark WEG 32 ; PM ; Deutsch Bork-Schlalach ; Dorfkirchen in beiden Orten sowie Alt Bork und Neuendorf WEG 34 ; TF ; Werbig ; Dorfkirchen Fröhden, Hohengörsdorf, Werbig WEG 35 ; TF ; Markendorf (Heidehof) ; Innerhalb des WEG befinden sich als Denkmal eingetragene Bestandteile des Truppenübungsplatzes (Gr. Und KI. Fort, Brückenwiderlager, Beobachtungstribüne und Beobachtungstürme). Die Aussage, dass keine Denkmale vorhanden sind, ist nicht zutreffend. Dies wurde schon in entsprechenden TÖB-Vorgängen angemerkt. Weiterhin (Kloster Zinna): Gutshaus Kaltenhausen mit straßenseitiger Einfriedung, Grabstätte Paul von Bohnstedt, Gutspark und Wirtschaftshof, bestehend aus drei Stallgebäuden, Scheune, Resten der Brennerei und Wohnhaus WEG 36 ; TF ; Siethen, Märkisch Wilmersdorf ; Gutsanlage Siethen, bestehend aus Herrenhaus, Gutspark sowie Wirtschaftshof mit Verwalterhaus, Schuppen, Rinderstall, Taubenhaus und Hofmauer; Märkisch Willmersdorf Herrenhaus, Gutspark und Wirtschaftshof mit Landarbeiterhäusern, Sortimentsgarten, einstiger Baumschule sowie Alleen und Flurgehölze, die in einem gärtnerischen und historischen Zusammenhang mit dem Gut stehen WEG 38 ; Paaren, Kartzow, Uetz, Satzkorn ; Mehrere Denkmale, besonders die Dorfkirchen WEG 44 ; Potsdam ; UNESCO-Welterbestätte "Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin", besonders Sichten aus dem Park Babelsberg WEG 44 ; TF ; Genshagen ; Gutshaus ("Schloss") und Gutspark ("Schlosspark") Es ist von weiteren Denkmalen auszugehen. Eine konkrete Prüfung der dargestellten WEG kann auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen nicht erfolgen. Insbesondere fehlt eine Darstellung der Veränderungen der WEG im Vergleich zum vorhergehenden Regionalplan Havelland-Fläming. Es ist künftig empfehlenswert, die Nummerierung der Windeignungsgebiete bei der Fortschreibung des Regionalplans beizubehalten.	
BE-ID: 1120	Weiterhin weisen wir darauf hin, dass Denkmale in dem angrenzenden Bundesland Sachsen-Anhalt in dieser Prüfung nicht berücksichtigt werden können, die zuständige Denkmalfachbehörde jedoch einbezogen werden sollte.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 34	Unsere fachliche Stellungnahme GV 2019:276c vom 22.02.2021 zu o. g. Verfahren behält weiterhin vollinhaltlich ihre Gültigkeit (s. Anhang). Unsere erneute fachliche Stellungnahme (GV2019:276d) zum Vorhaben ist per Post an Sie unterwegs. Im Anhang habe ich Ihnen auch hiervon eine Kopie abgelegt.	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen (siehe BE-ID 40).
BE-ID: 35	Unsere fachliche Stellungnahme GV 2019:276c vom 22.02.2021 behält weiterhin vollinhaltlich ihre Gültigkeit.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen (siehe BE-ID 40).

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 40	Stellungnahme mit dem Zeichen GV 2019:276c vom 22.02.2021 (Anm. der Planungsstelle): Mit dem Entwurf des Untersuchungsrahmens vom 21.01.2021 erklären wir uns einverstanden. Die von o. g. Vorhaben betroffenen Landkreise waren in ur- und frühgeschichtlicher Zeit aufgrund ihrer günstigen naturräumlichen Voraussetzungen stets bevorzugte Siedlungsräume und sind daher extrem reich an Bodendenkmalen, die als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft im öffentlichen Interesse geschützt sind. Derzeit sind in den 5 Landkreisen über 11500 archäologische Fundstellen im BLDAM registriert. Ein Teil dieser bekannten Bodendenkmale wurde bereits in der Denkmalliste erfasst und flächenmäßig abgegrenzt (s. Geoportal). Gemäß BbgDSchG (§3 <1 >) stehen alle Bodendenkmale unter Schutz, unabhängig davon, ob sie bereits in amtlichen Verzeichnissen erfasst sind oder nicht. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige denkmalschutzbehördliche Erlaubnis bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und - im Falle erteilter Erlaubnis - ohne vorherige fachgerechte Bergung und Dokumentation nicht verändert bzw. zerstört werden (BbgDSchG §§ 7 <3>, 9 und 11 <3>). Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren (BbgDSchG § 9 <3>). Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG §§ 7 (3) und 11 (3) der Veranlasser kostenpflichtig. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden (BbgDSchG § 26 <4>). Einen besonderen Schutzstatus genießen oberirdische Bodendenkmale, die an der heutigen Oberfläche erkennbar sind (BbgDSchG § 2 <3>). Hierzu zählen z. B. mittelalterliche Landwehren, Befestigungsanlagen der Vor- und Frühgeschichte und des Mittelalters, urgeschichtliche Grabhügel, Schälchensteine, Steinkreuze. Derartige Strukturen sind im bestehenden Zustand zu erhalten und dürfen nicht verändert werden. Um ihre Wirkung und Erlebbarkeit als Bestandteile der Kulturlandschaft zu bewahren, steht neben den Denkmalbereichen selbst auch deren Umgebung unter Schutz und darf nicht verändert werden. Neben den bekannten Bodendenkmalen, ist die übergroße Mehrheit (geschätzt 80% bis 90%) der tatsächlich existierenden Bodendenkmale noch unentdeckt im Erdboden verborgen, ohne morphologisch bzw. durch Strukturen an der Oberfläche erkennbar zu sein. In einem Großteil des Gebietes besteht daher die begründete Vermutung, dass bislang noch nicht aktenkundig gewordenen Bodendenkmale im Boden verborgen sind. Die Ausweisung von Bodendenkmal-Vermutungsbereichen ist eine weitere fachliche Einschätzung des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, um Flächen zu erfassen, die mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit (= begründet vermutet) noch unbekannte Bodendenkmale bergen. Eine flächendeckende Kartierung aller archäologischen Vorbehaltsflächen liegt aufgrund der großen Anzahl in Brandenburg bislang nicht vor. Sie erfolgt in der Regel, wenn im Zusammenhang mit Bauvorhaben konkrete Maßnahmen geplant und Untersuchungsräume abgegrenzt wurden. Über unser Geoportal stellen wir Ihnen im Sinne der präventiven Bodendenkmalpflege einen Überblick über die aktuell in die Denkmalliste eingetragenen Bodendenkmale im Land Brandenburg zur Verfügung: http://bldamwp.bldam-brandenburg.de/denkmalinformationen/geoportal-denkmaldatenbank/geoportal/ Der Dienst beinhaltet: - Die Kartierung von Bodendenkmalen im Land Brandenburg, die vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum in die Denkmalliste eingetragen sind. Die Bodendenkmallistenführung durch das BLDAM ist ein dynamischer Prozess, der nicht abgeschlossen ist (§ 3 BbgDSchG). Daher ist grundsätzlich sowohl mit noch nicht bearbeiteten bekannten Bodendenkmalen als auch überall mit der Entdeckung bislang noch nicht aktenkundig gewordener Bodendenkmale zu rechnen. - Eine Auswahl archäologischer Bodendenkmale, die eine oberirdische Erhaltung aufweisen und somit im Gelände erkennbar und mit einem hohen Anschauungswert verknüpft sind (s.o.). Der Dienst stellt einen archäologischen Guide für das Land Brandenburg dar. - Keine rechtsverbindliche Grundlage (insb. zum	Die Anregungen bzgl. des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung zum Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 wurden im Scoping-Verfahren berücksichtigt. Über das Geoportal des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum (BLDAM) wurden die Geodaten abgerufen und werden im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 entsprechend berücksichtigt. Sofern Hinweise auf weitere Bodendenkmale im Beteiligungsverfahren mitgeteilt werden, werden auch diese entsprechend berücksichtigt. Die genannten Hinweise zu Vorkommen von bisher unbekannten Bodendenkmalen und deren Anzeige bei der Unteren Denkmalschutzbehörde betreffen nicht die regionale Maßstabsebene, sondern die nachgelagerten Ebenen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	aktuellen Bodendenkmalstatus von Liegenschaften). Bei allen Vorhaben ist eine frühzeitige Einbeziehung der Unteren Denkmalschutzbehörden und des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums erforderlich. - Bitte beachten Sie die Urheberrechte und Nutzungsbedingungen und geben die in Anspruch genommene Quelle mit dem Aktualitätsdatum an. Wir bitten diese Flächen in allen Phasen der Planung zu o. g. Vorhaben zu berücksichtigen und weisen darauf hin, dass das BLDAM zu beteiligen ist, sobald konkrete Untersuchungsräume abgegrenzt und mit Erdeingriffen verbundene Maßnahmen geplant werden. In diesen Fällen ist im Vorfeld der Durchführung die Einholung einer detaillierten Stellungnahme bezüglich der tatsächlichen Betroffenheiten erforderlich und zu prüfen, ob und inwiefern mit einer Beeinträchtigung von Bodendenkmalen zu rechnen ist. Hinweis: Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4). Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.	
BE-ID: 1133	Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege, nimmt als Träger öffentlicher Belange gemäß § 74 Abs. 6 Nr. 2 VwVfG und § 4, Abs. 1 BauGB als zuständige Denkmalfachbehörde zur Festlegung des Untersuchungsrahmens für den Umweltbericht gem. § 8 (1) ROG wie folgt Stellung: Im Entwurf zur Festlegung des Untersuchungsrahmens sind aus denkmalfachlicher Sicht folgende Ergänzungen bzw. Korrekturen vorzunehmen. • Präzisierung der Angaben zum Schutzgut Landschaft in Tabelle 1 „zusammenfassende Darstellung der Geltenden Ziele des Umweltschutzes und Landschaft, zweiter Aufzählungspunkt: Bewahrung von Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen • Korrektur der Aufzählung auf Seite 14 (Tabelle „zusammenfassende Darstellung der geltenden Ziele des Umweltschutzes") unter „Kultur und sonstige Sachgüter" wie folgt: Schutz der Baudenkmale, technischen Denkmale, Gartendenkmale, Denkmale mit Gebietscharakter bzw. Denkmalbereiche, Bodendenkmale gem. § 2 BbgDschG, Grabungsschutzgebiete sowie sonstige Kulturdenkmale, Schutz von Welterbestätten sowie Berücksichtigung des Umgebungsschutzes von Denkmalen gern. § 2 (3) • Ergänzung der Aufzählung der Kultur- und Sachgüter in der Tabelle ,,Schutzgutbezogene Liste der Prüfkriterien für die SUP" auf Seite 18: Es fehlen Gartendenkmale, Technische Denkmale und Denkmale mit Gebietscharakter bzw. Denkmalbereiche. Bei Gartendenkmalen ist auch das Prüfkriterium Landschaft anzukreuzen. • Korrektur bzw. Ergänzung der Tabelle 4 Steckbrief „Eignungsgebiete Windenergienutzung (Z)" unter Landschaft, Seite 25, unter anlagebedingte Wirkung: Veränderungen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft durch technische Überprägung. Unter betriebsbedingte Wirkung: Visuelle Störungen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft durch die Drehbewegung der Rotoren (...). Korrektur derselben Tabelle unter kulturelles Erbe, Seite 26: (...) Beeinträchtigungen durch Technisierung von Umgebungsschutzbereichen zu Baudenkmalen, technischen Denkmalen und Gartendenkmalen, technischen und Gartendenkmalen, erhebliche Beeinträchtigungen von gartenkünstlerischen Kompositionen in Gartendenkmalen. • Beim Abbau oberflächennaher Rohstoffe wird aus denkmalfachlicher Sicht davon ausgegangen, dass dieser in Bereichen mit Bestand an Baudenkmalen, Gartendenkmalen und technischen Denkmalen sowie deren Umgebung ausgeschlossen ist. (6.2 Rohstoffabbau), Seite 26 ff. • Ergänzung der Tabelle 8 „Steckbrief Vorbehaltsgebiet vorbeugender Hochwasserschutz (G)" unter Kulturgüter/kulturelles Erbe, Seite 37: Anlagenbedingte Wirkungen: Beeinträchtigungen von Bodendenkmalen, Baudenkmalen, Gartendenkmalen und technischen Denkmalen	Die Hinweise wurden im Rahmen des Scopings am 31.03.2021 mitgeteilt. Eine Berücksichtigung im Umweltbericht zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 ist erfolgt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	bzw. deren Umgebung • Hinweis zur Gewässerretention: Die mit der Retention verbundene Vermeidung von durch- oder abflusshemmenden Strukturen kann im Einzelfall zu Beeinträchtigung von technischen Denkmalen führen (z.B. Mühlen, Wehre oder andere Querbauwerke), Seite 41. • Ergänzung unter Mögliche Auswirkung in der Tabelle 13 Steckbrief „Vorbehaltsgebiete Siedlung", Seite 51: Technische Denkmale • Ergänzung unter Auswirkung in der Tabelle 14 Steckbrief „Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte", Seite 54: Beeinträchtigung von Bau-, Boden-, Garten- oder technischen Denkmalen, Denkmalen mit Gebietscharakter bzw. Denkmalbereichen durch unmittelbaren Eingriff oder visuelle Beeinträchtigung der Denkmalumgebung • Ergänzung der Prüfkriterien in der Tabelle 11 Daten- und Informationsgrundlagen auf Seite 64: Denkmale mit Gebietscharakter bzw. Denkmalbereiche, Gartendenkmale (ebenfalls über die Kartierung von Baudenkmalen des BLDAM) Generell ist zu berücksichtigen, dass die Auswirkungen von Eingriffen in den Wasserhaushalt, also u.a. Veränderungen des Grundwasserspiegels, der Wasserhaltung oder der Gewässerretention auf Baudenkmale, Gartendenkmale, technische Denkmale und Bodendenkmale zu untersuchen sind. Die Ursachen hierbei können vielfältig sein und viele der genannten Festlegungen unter 6. betreffen. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass die Denkmalliste des Landes Brandenburg fortgeschrieben wird. Da bei dem Vorhaben auch Belange der Bodendenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.	
nicht zuordenbar		
BE-ID: 1132	Stellungnahme vom 14.09.2020 zum sachlichen Schwerpunkt des Teilregionalplans Havelland-Fläming "Grundfunktionale Schwerpunkte" [Anmerkung Planungsstelle] Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Denkmalpflege, nimmt als Träger öffentlicher Be-lange gern. § 1 Abs. 5 Ziff. 5 BauGB unter Hinweis auf das BbgDSchG vom 24.05.2004 als zuständige Denkmalfachbehörde wie folgt Stellung: 1.Folgende Belange sind in der Planung zu berücksichtigen: Im angegebenen Untersuchungsgebiet befinden sich die zahlreichen einge-tragenen Denkmale und Denkmalbereiche der Landkreise Havelland, Pots-dam-Mittelmark, Teltow-Fläming und der kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel. Wir verweisen auf die Denkmaldatenbank, die Sie unter https://bldam-brandenburg.de/denkmalinformationen/geoportal--denkmaldatenbank/denkmaldatenbank/ einsehen können. Es ist sicherzustellen, dass die Denkmale und ihre Umgebung durch das Vor-haben in ihrer Wirkung und Substanz nicht beeinträchtigt werden. 2. Hinweis: Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass die Denkmalliste des Lan-des Brandenburg fortgeschrieben wird. 3. Hinweis: Da bei dem Vorhaben Belange der Bodendenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Haus ggf. eine weitere Stellungnahme.	Die Hinweise betreffen den Sachlichen Teilregionalplan Havelland-Fläming "Grundfunktionale Schwerpunkte". Die Festlegung von Grundfunktionalen Schwerpunkten ist nicht Gegenstand des Regionalplans 3.0 vom 5. Oktober 2021.
TÖB-Nr.: 211 / Wasser- u. Abwasserzweckverband Emster		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 19 Prützke		
BE-ID: 240	Zum Entwurf des Regionalplanes nehmen wir wie folgt Stellung: Windenergienutzung: lfd.-Nr. 19 - Prützke, Seite 12 - In diesem Bereich sind keine zentralen Schmutzwasserleitungen. Das Kanalnetz befindet sich direkt im OT Prützke.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 02 Damsdorf Am Vogelstangenberg		
BE-ID: 241	Zum Entwurf des Regionalplanes nehmen wir wie folgt Stellung - Rohstoffgewinnung: VR 02 - Damsdorf, Am Vogelstangenberg, Seite 13 - Eine zentrale Schmutzwasserleitung befindet vor der Zuwegung zum Abbaugebiet. Ein Auszug aus dem GIS wird beigefügt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Inwieweit für eine Rohstoffgewinnung im VR02 - über den gegenwärtig in Umsetzung befindlichen Hauptbetriebsplan hinaus - Zuwegungsabstimmungen zum Betrieb der erwähnten Schmutzwasserleitung notwendig werden, kann erst im Rahmen bergbaulicher Genehmigungsverfahren eingeschätzt werden. Der vorgebrachte Belang würde daher erst in einer konkretisierenden Abbaubetriebsplanung Berücksichtigung finden. Hinweis: Die vom Betreiber beim LBGR beantragte Beendigung der Kiesgewinnung lt. Antrag auf Zulassung der 1.Änderung des Abschlussbetriebsplans für den Tagebau Damsdorf / Am Vogelstangenberg führt dazu, von einer Festlegung des Gebietes in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 18 Krahne-Prützke		
BE-ID: 242	Zum Entwurf des Regionalplanes nehmen wir wie folgt Stellung - Rohstoffgewinnung: VB 18- Krahne/Prützke, Seite 14- In diesem Bereich sind keine zentralen Schmutzwasserleitungen. Das Kanalnetz befindet sich direkt im OT Prützke.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 36 Trechwitz		
BE-ID: 243	Zum Entwurf des Regionalplanes nehmen wir wie folgt Stellung - Rohstoffgewinnung: VB 36 - Trechwitz, Seite 15 - Eine zentrale Schmutzwasserleitung befindet vor der Zuwegung zum Abbaugebiet. Ein Auszug aus dem GIS wird beigefügt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Inwieweit für eine Rohstoffgewinnung im VB36 Zuwegungsabstimmungen zur Schmutzwasserleitung notwendig werden, kann erst im Rahmen bergbaulicher Genehmigungsverfahren eingeschätzt werden. Der vorgebrachte Belang wird daher erst in einer konkretisierenden Abbaubetriebsplanung Berücksichtigung finden.
TÖB-Nr.: 214 / Berliner Wasserbetriebe		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1516	Im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung haben die Berliner Wasserbetriebe (BWB) zum Aufstellungsbeschluss des o.g. Regionalplans mit Schreiben PB-N/M/Auf vom 12.02.2020 (siehe Anlage) eine Stellungnahme abgegeben. Diese hat Bestand und ist bei weiteren Planungen zu beachten.	Die im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung von den BWB abgegebene Stellungnahme wird gleichrangig mit dieser Stellungnahme zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming behandelt.
BE-ID: 1520	Wir bitten Sie, folgende weiteren Hinweise noch zu berücksichtigen: Im Rahmen des Neubaus des Klärwerks Stahnsdorf befinden sich derzeit zwei Sanierungsmaßnahmen der zubringenden Abwasserdruckleitungen in der Planungsphase. Während die Maßnahme 19/Brbg-0226 die Erneuerung der Leitungsbestände aus nördlicher Richtung (Teltow) zum Klärwerk behandelt (Baubeginn September 2023), umfasst die Maßnahme 19/Brbg-0469 die Erneuerung und Erweiterung der Druckleitungen von Großbeeren zum Klärwerk. Der Baubeginn ist hier nach derzeitigen Planungsstand für März 2024 vorgesehen, wobei im	Die Information zu den Sanierungsmaßnahmen an den Abwasserdruckleitungen wird zur Kenntnis genommen. Dabei erfüllt der Regionalplan jedoch nicht die Detailschärfe, um diesen Sachverhalt im überörtlichen Maßstab von 1:100.000 zu berücksichtigen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	März 2023 die Sperrung der L794 Höhe Ruhlsdorf genutzt wird, um in einem vorgezogenen Bauabschnitt kleinere Leitungsabschnitte vorzulegen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1517	Wir bitten Sie, folgende weiteren Hinweise noch zu berücksichtigen: In der Region Havelland-Fläming liegen vor allem im Raum Stahnsdorf / Sputendorf / Großbeeren/ Ruhlsdorf, im Raum Schönwalde bis Klärwerk Wansdorf und Seeburg Druckleitungsbestände der BWB vor. Dies umfasst sowohl in Betrieb befindliche, als auch stellenweise stillgelegte Leitungsabschnitte. Laut der Planzeichnung werden dabei vordergründig Vorbehaltungsgebiete für Siedlungen (bspw. im Raum Güterfelde} gekreuzt. Bei der geplanten Ausprägung der Gebiete sind die Anlagen der BWB zu berücksichtigen und in die Planung mit einzubeziehen. Hierbei ist u.a. zu beachten, dass einem Überbau der Anlagen nicht durch uns zugestimmt werden kann und darüber hinaus ebenfalls Vorgaben bezüglich der Bepflanzungen betreffender Leitungsschutzstreifen zu beachten sind.	Der Hinweis zu den Leitungsbeständen wird zur Kenntnis genommen. Dabei erfüllt der Regionalplan jedoch nicht die Detailschärfe, um diesen Sachverhalt im überörtlichen Maßstab von 1:100.000 zu berücksichtigen. Die Belange der Berliner Wasserbetriebe können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Bauleitplanverfahrens) ortsbezogen konkretisiert und berücksichtigt werden.
BE-ID: 1521	Wir bitten Sie, folgende weiteren Hinweise noch zu berücksichtigen: Bei einem Ausbau unserer Klärwerke Wansdorf und Stahnsdorf wird sich auch deren Lage bzw. Ausdehnung verändern. Bezüglich Stahnsdorf ist ein kompletter Neubau des Klärwerks mit einer Verdopplung der Reinigungsleistung vorgesehen. Baubeginn ist in 2029 geplant. Die Vorhabenfläche erstreckt sich vollständig innerhalb der im Flächennutzungsplan der Gemeinde Stahnsdorf (Stand: 2012) als „Fläche für die Abwasserbeseitigung" mit dem Planzeichen „Klärwerk" ausgewiesenen Fläche gegenüber dem Standort vom Altklärwerk am Schenkendorfer Weg. Das Vorhaben ist nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB im Außenbereich privilegiert. Immissionen im rechtlich zulässigen Maß sind möglich.	Die Ausbaupläne zu den Klärwerken Wansdorf und Stahnsdorf werden zur Kenntnis genommen und sind bei den regionalplanerischen Festlegungen bereits berücksichtigt.
BE-ID: 1522	Wir bitten Sie, folgende weiteren Hinweise noch zu berücksichtigen: Bei einem Ausbau unserer Klärwerke Wansdorf und Stahnsdorf wird sich auch deren Lage bzw. Ausdehnung verändern. Bezüglich Stahnsdorf ist ein kompletter Neubau des Klärwerks mit einer Verdopplung der Reinigungsleistung vorgesehen. Es wird vorausgesetzt, dass die Festlegungen von Vorbehaltsgebieten Siedlungen nicht im Widerspruch zum Vorhaben der BWB stehen. Die Flächen sind entsprechend zu berücksichtigten und in die Plankarten einzutragen. Dies hat Einfluss, von wo aus ein Mindestabstand anzusetzen ist. Wir möchten explizit darauf hingewiesen, dass das Klärwerk Stahnsdorf ein "Betriebsbereich" gern. § 3Abs. Sa BlmSchG ist, der dem Störfallrecht unterliegt, weshalb dem "angemessenen Sicherheitsabstand" gern. Abs. Sc zu "benachbarten Schutzobjekten" gern. Abs. Sd besondere Bedeutung beizumessen ist. Ein Mindestabstand zwischen benachbarten Schutzobjekten und unseren Klärwerken ist einzuhalten. Gemäß § 50 BlmSchG handelt es sich dabei um keine "kann-Regelung", vielmehr heißt es da: Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen (. ..) in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere (.. .}, so weit wie möglich vermieden werden. (...)	Die Ausbaupläne zu den Klärwerken Wansdorf und Stahnsdorf werden zur Kenntnis genommen und sind bei den regionalplanerischen Festlegungen bereits berücksichtigt. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung des Entwurfes des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 befinden sich in den ausreichenden Entfernungen von 1.800 m vom Klärwerk Wansdorf sowie über 2.000 m vom Standort/Ausbaustandort des Klärwerks Stahnsdorf.
BE-ID: 1523	Wir bitten Sie, folgende weiteren Hinweise noch zu berücksichtigen: Bei einem Ausbau unserer Klärwerke Wansdorf und Stahnsdorf wird sich auch deren Lage bzw. Ausdehnung verändern. Bezüglich Stahnsdorf ist ein kompletter Neubau des Klärwerks mit einer Verdopplung der Reinigungsleistung vorgesehen. Wir möchte an dieser Stelle auf unsere Stellungnahme zum Bebauungsplan Teltow 72 mit Schreiben PB-C/Pa, AE-T/S/B/St vom 15.11.2017 (siehe Anlage) an den Bürgermeister der Stadt Teltow hinweisen. Hier wurde der Sachverhalt zum Klärwerk Stahnsdorf sehr deutlich dargestellt.	Die aus der Stellungnahme der BWB an die Stadt Teltow relevanten Sachverhalte werden unter den BE 1525 bis 1528 gleichrangig mit den vorgebrachten Belangen der Stellungnahme zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1524	Wir bitten Sie, folgende weiteren Hinweise noch zu berücksichtigen: Bei einem Ausbau unserer Klärwerke Wansdorf und Stahnsdorf wird sich auch deren Lage bzw. Ausdehnung verändern. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass unsere Einwendungen zu Bebauungsplänen seitens der Gemeinden regelmäßig nicht die Beachtung finden, wie es erforderlich wäre. Eine eindeutige Berücksichtigung unserer Belange im Regionalplan würde uns sehr entgegen kommen.	Dieser Hinweis wird berücksichtigt: Sofern es der Maßstäblichkeit des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 entspricht, misst dieser der Behandlung der von den BWB vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken entsprechende Aufmerksamkeit zu.
BE-ID: 1525	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: als Anlage - Stellungnahme zum Bebauungsplan Teltow 72 mit Schreiben PB-C/Pa, AE-T/S/B/St vom 15.11.2017 an den Bürgermeister der Stadt Teltow] Sehr geehrter Herr Schmidt, vielen Dank, dass wir im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung zum o. g. Bebauungsplanvorentwurf Stellung nehmen dürfen. Mit Schreiben PB-C/Pa vom 11.07.2017 haben wir zunächst nur Auskunft über den im Geltungsbereich vorhandenen Leitungsbestand und die von unserem Unternehmen dort geplanten Baumaßnahmen gegeben. Nun werden wir zum Bebauungsplan an sich Stellung nehmen. Laut Begründung zum Bebauungsplan Nr. 72 „Nördlich der Güterfelder Straße" im Ortsteil Ruhlsdorf der Stadt Teltow ist das Planungsziel die Entwicklung eines allgemeinen Wohngebietes, leider wird hier versäumt, auf die unmittelbare Nähe der Kläranlage Stahnsdorf einzugehen. Wir möchten auf den Flächennutzungsplan der Gemeinde Stahnsdorf aus 2013 hinweisen. Dort ist auf Seite 67 /68 unter „Abwasserentsorgung" die gesamte Fläche des Grundstücks der BWB (beidseits des Schenkendorfer Wegs) für die Abwasserentsorgung ausgewiesen. Die BWB werden dieses Grundstück auch weiter für die Abwasserentsorgung nutzen und im Rahmen des Bevölkerungswachstums und gestiegener Anforderungen im Zuge der Umsetzung der EU-WRRL beidseits des Schenkendorfer Wegs ausbauen. Bereits im Jahr 2007 wurde an uns mit einem Bauvorhaben auf dieser Fläche herangetreten und wir haben mit Schreiben AE-T/U/Stein vom 10.12.2007 deutlich gemacht, dass dieser Bebauungsplan keine Zustimmung unsererseits finden kann.	Der Bereich im Umfeld des Klärwerks Stahnsdorf - auch des benachbarten Ausbaustandorts - und somit auch der Bebauungsplan Nr. 72 „Nördlich der Güterfelder Straße" im Ortsteil Ruhlsdorf der Stadt Teltow ist im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht als Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt.
BE-ID: 1526	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: als Anlage - Stellungnahme zum Bebauungsplan Teltow 72 mit Schreiben PB-C/Pa, AE-T/S/B/St vom 15.11.2017 an den Bürgermeister der Stadt Teltow] Sehr geehrter Herr Schmidt, vielen Dank, dass wir im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung zum o. g. Bebauungsplanvorentwurf Stellung nehmen dürfen. [...] [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kürzung der Stellungnahme um für den Regionalplan nicht relevante Aspekte] Weiterhin möchten wir Sie auch auf unsere Schreiben GI-G/Pa vom 02.10.201 2 und PBC/Pa vom 31.01.2014 an die Regionale Plangemeinschaft Havelland-Fläming zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming hinweisen. In diesen Schreiben haben wir Aussagen zum vorhandenen Klärwerk Stahnsdorf (14532 Stahnsdorf, Schenkendorfer Weg 1 -9) gemacht, welche hier dringend zu beachten sind. Das Klärwerk Stahnsdorf ist eine genehmigte Anlage und genießt Bestandsschutz. Für die nächsten Jahre sind auf der Kläranlage einige Investitionsprojekte in Planung , wie z. B. Neubau Prozesswasseraufbereitung, Faulbehälter, Gasbehälter. Das Klärwerk Stahnsdorf befindet sich nördlich des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes. Für die heranrückende Wohnbebauung können Geruchs- und Lärmbelästigungen nicht ausgeschlossen werden. Das aktuell vorliegende Geruchsgutachten vom 28.04.2017, welches im Rahmen der Planung zur Errichtung der Prozesswasseraufbereitung erstellt wurde, weist aus, dass es im geplanten Bebauungsgebiet zu deutlichen Geruchswahrnehmungen kommt. Das geplante Gebiet liegt in der Hauptwindrichtung und daher ist für uns nicht akzeptabel, an der Stelle eine Wohnbebauung anzusiedeln.	Der Bereich im Umfeld des Klärwerks Stahnsdorf - auch des benachbarten Ausbaustandorts - und somit auch der Bebauungsplan Nr. 72 „Nördlich der Güterfelder Straße" im Ortsteil Ruhlsdorf der Stadt Teltow ist im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht als Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt. Das Raster "Gestaltungsraum Siedlung" in der Festlegungskarte resultiert aus der nachrichtlichen Übernahme des Planelements "Gestaltungsraum Siedlung" aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) - Plangeber hier ist nicht die Regionale Planungsgemeinschaft, sondern sind die Länder Berlin und Brandenburg.
BE-ID: 1527	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: als Anlage - Stellungnahme zum Bebauungsplan Teltow 72 mit Schreiben PB-C/Pa, AE-T/S/B/St vom 15.11.2017 an den Bürgermeister der Stadt Teltow] Sehr geehrter Herr Schmidt, vielen Dank, dass wir im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung zum o. g.	Der Bereich im Umfeld des Klärwerks Stahnsdorf - auch des benachbarten Ausbaustandorts - und somit auch der Bebauungsplan Nr. 72 „Nördlich der Güterfelder Straße" im Ortsteil Ruhlsdorf

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bebauungsplanvorentwurf Stellung nehmen dürfen. [...] [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kürzung der Stellungnahme um für den Regionalplan nicht relevante Aspekte] Im Außenbereich ist ein Vorhaben nur zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen (§ 35 Abs. 1 BauGB). Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange liegt insbesondere vor, wenn das Vorhaben schädliche Umwelteinwirkungen hervorrufen kann oder ihnen ausgesetzt wird (§ 35 Abs. 3 Nr. 3 BauGB). Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen hat den Abstandserlass 2007 heraus gegeben, welcher zwischenzeitlich eine bundesweite Akzeptanz erlangt hat. Hier sind die Abstände zwischen Industrie- bzw. Gewerbegebieten und Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung und sonstige für den Immissionsschutz bedeutsame Abstände festgelegt. Gemäß diesem Abstandserlass 2007 lfd. Nr. 78 sind Abwasserbehandlungsanlagen für mehr als 100.000 Einwohnerwerte in die Abstandsklasse IV eingestuft. Dies bedeutet, dass zwischen Klärwerken und Wohngebieten mindestens ein Abstand von 500 m einzuhalten ist.	der Stadt Teltow ist im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht als Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung des Entwurfes des Regionalplans befinden sich in Entfernungen von über 2.000 m vom Standort/Ausbaustandort des Klärwerks Stahnsdorf.
BE-ID: 1528	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: als Anlage - Stellungnahme zum Bebauungsplan Teltow 72 mit Schreiben PB-C/Pa, AE-T/S/B/St vom 15.11.2017 an den Bürgermeister der Stadt Teltow] Sehr geehrter Herr Schmidt, vielen Dank, dass wir im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung zum o. g. Bebauungsplanvorentwurf Stellung nehmen dürfen. [...] [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kürzung der Stellungnahme um für den Regionalplan nicht relevante Aspekte] Gemäß diesem Abstandserlass NRW 2007 lfd. Nr. 78 sind Abwasserbehandlungsanlagen für mehr als 100.000 Einwohnerwerte in die Abstandsklasse IV eingestuft. Dies bedeutet, dass zwischen Klärwerken und Wohngebieten mindestens ein Abstand von 500 m einzuhalten ist. Auf dem Gelände des Klärwerkes befindet sich ein Betriebsbereich gemäß § 7 Abs. 1 der 12. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung - 12.BlmSchV) fällt. Für diese Störfallanlage gelten gemäß Leitfaden „Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftiger Gebiete im Rahmen der Bauleitplanung - Umsetzung § 50 BlmSchG" (KAS -18) angemessene Abstände, die eingehalten werden müssen. Wir bitten Sie, unsere Anmerkungen und Bedenken unbedingt bei der Bauleitplanung zu beachten. An anderen Klärwerksstandorten haben wir bereits einschlägige Erfahrungen. Wissentlich trotz möglicher Probleme an diesem Standort Wohnbebauung anzusiedeln, kann nicht im Sinne der zukünftigen Anwohner sein.	Der Bereich im Umfeld des Klärwerks Stahnsdorf - auch des benachbarten Ausbaustandorts - und somit auch der Bebauungsplan Nr. 72 „Nördlich der Güterfelder Straße" im Ortsteil Ruhlsdorf der Stadt Teltow ist im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht als Vorbehaltsgebiet Siedlung festgelegt. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung des Entwurfes des Regionalplans befinden sich in Entfernungen von über 2.000 m vom Standort/Ausbaustandort des Klärwerks Stahnsdorf.
BE-ID: 1530	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: als Anlage - Schreiben vom 12.02.2020] Die Berliner Wasserbetriebe bedanken sich für die Möglichkeit, frühzeitig über beabsichtigte und laufende Planungen im Geltungsbereich des Regionalplans Havelland-Fläming Auskunft geben zu können. Das im Landkreis Potsdam-Mittelmark gelegene Klärwerk Stahnsdorf wird zur Erweiterung der Kapazitäten ausgebaut. Im Zuge dessen wird die Menge des gereinigten Abwassers, welches in den Teltowkanal und den Machnower See eigeleitet wird, steigen. Weiter wird in Folge des Ausbaus ebenfalls eine Erweiterung und Erneuerung des Abwasserdruckrohrnetzes aus Berlin zum Klärwerk erforderlich. Nach derzeitigem Planungsstand wird die Erweiterung zu Beginn der 2030er Jahre erfolgen. Wir möchten darauf hinweisen, dass im Umfeld der Klärwerke Geruchs- und Lärmbelästigungen nicht auszuschließen sind. Entsprechend sollten Schutzbedürftige Nutzungen einen Abstand von mindestens 500 m zu unseren Klärwerken einhalten. Weiter fällt das Klärwerk Stahnsdorf unter die Störfall-Verordnung und Bedarf besonderer Abstände zu anderen Siedlungsgebieten. Wir bitten um Wahrung unserer Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere hinsichtlich der Abstände zu „Vorzugsräumen Siedlung".	Die Ausbauabsicht des Klärwerks Stahnsdorf wird zur Kenntnis genommen. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung des Entwurfes des Regionalplans befinden sich in Entfernungen von über 2.000 m vom Standort/Ausbaustandort des Klärwerks Stahnsdorf.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1532	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: als Anlage - Schreiben vom 12.02.2020] Die Berliner Wasserbetriebe bedanken sich für die Möglichkeit, frühzeitig über beabsichtigte und laufende Planungen im Geltungsbereich des Regionalplans Havelland-Fläming Auskunft geben zu können. Für das im Landkreis Havelland gelegene Klärwerk Wansdorf wird derzeit geprüft, ob das Klärwerk hinsichtlich der Abwasserreinigungskapazität und der Klärschlammbehandlung erweitert werden kann. Die Prüfung wird voraussichtlich bis 2025 abgeschlossen. Sofern eine Erweiterung möglich ist, wird diese voraussichtlich ab dem Jahr 2030 erfolgen. Die Menge an gereinigtem Abwasser, welches in den Havellandkanal eingeleitet würde, würde ebenfalls ansteigen. Gegebenenfalls würde ein zweiter Klärwerksableiter in Richtung Havel erforderlich. Auch für das Klärwerk Wansdorf wird eine Erneuerung und ggf. Erweiterung der Abwasserdruckrohrleitungen aus Berlin zum Klärwerk erforderlich. Wir möchten darauf hinweisen, dass im Umfeld der Klärwerke Geruchs- und Lärmbelästigungen nicht auszuschließen sind. Entsprechend sollten Schutzbedürftige Nutzungen einen Abstand von mindestens 500 m zu unseren Klärwerken einhalten. Wir bitten um Wahrung unserer Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere hinsichtlich der Abstände zu „Vorzugsräumen Siedlung".	Die Planungsabsichten zum Klärwerk Wansdorf sowie zu den Leitungen werden zur Kenntnis genommen. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung des Entwurfes des Regionalplans befinden sich in Entfernungen von über 1.800 m vom Standort des Klärwerks Wansdorf. Bzgl. des Sachverhalts der Leitungen erfüllt der Regionalplan jedoch nicht die Detailschärfe, um diesen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000 zu berücksichtigen. Belange der Berliner Wasserbetriebe können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Bauleitplanverfahren) ortsbezogen konkretisiert und berücksichtigt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf		
BE-ID: 1519	Wir bitten Sie, folgende weiteren Hinweise noch zu berücksichtigen: In der Region Havelland-Fläming liegen vor allem im Raum Stahnsdorf / Sputendorf / Großbeeren/ Ruhlsdorf, im Raum Schönwalde bis Klärwerk Wansdorf und Seeburg Druckleitungsbestände der BWB vor. Dies umfasst sowohl in Betrieb befindliche, als auch stellenweise stillgelegte Leitungsabschnitte. Das Einzugsgebiet für Windenergie WEG44 wird von stillgelegten Leitungsbeständen tangiert. Bei der geplanten Ausprägung der Gebiete sind die Anlagen der BWB zu berücksichtigen und in die Planung mit einzubeziehen. Hierbei ist u.a. zu beachten, dass einem Überbau der Anlagen nicht durch uns zugestimmt werden kann und darüber hinaus ebenfalls Vorgaben bezüglich der Bepflanzungen betreffender Leitungsschutzstreifen zu beachten sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1518	Wir bitten Sie, folgende weiteren Hinweise noch zu berücksichtigen: In der Region Havelland-Fläming liegen vor allem im Raum Stahnsdorf / Sputendorf / Großbeeren/ Ruhlsdorf, im Raum Schönwalde bis Klärwerk Wansdorf und Seeburg Druckleitungsbestände der BWB vor. Dies umfasst sowohl in Betrieb befindliche, als auch stellenweise stillgelegte Leitungsabschnitte. Laut der Planzeichnung werden dabei vordergründig Vorranggebiete für Landwirtschaft gekreuzt. Bei der geplanten Ausprägung der Gebiete sind die Anlagen der BWB zu berücksichtigen und in die Planung mit einzubeziehen. Hierbei ist u.a. zu beachten, dass einem Überbau der Anlagen nicht durch uns zugestimmt werden kann und darüber hinaus ebenfalls Vorgaben bezüglich der Bepflanzungen betreffender Leitungsschutzstreifen zu beachten sind.	Die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft stellt eine Sicherung und keine Neuausweisung landwirtschaftlich genutzter Flächen dar. Eine Nutzungsänderung bzw. Bebauung der Flächen wird durch die Festlegung nicht verfolgt.
TÖB-Nr.: 217 / E.ON e.dis AG		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 588	Dieses Schreiben berücksichtigt nur die Belange im Bereich Nieder- und Mittelspannung. Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 08.02.2022 und teilen Ihnen mit, dass vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung unseres vorhandenen Anlagenbestandes gegen den aufgestellten Regionalplan keine Bedenken bestehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 589	Im gesamten Plangebiet befinden sich Anlagen und Leitungen unseres Unternehmens. Die Zugänglichkeit zu diesen Anlagen muss für Bedien- und Reparaturarbeiten jederzeit gegeben sein, bei Bebauungen jeglicher Art müssen die jeweiligen Sicherheitsabstände zu unseren Anlagen eingehalten werden. Aktuelle Leitungsauskünfte können jederzeit kostenfrei in unseren Planauskunftsportal angefordert werden. Der Ausbau unseres Versorgungsnetzes erfolgt grundsätzlich anlassbezogen. Art und Umfang des Netzausbaues kann dabei erst nach Vorliegen konkreter Bedarfsanmeldungen ermittelt werden. Um die beschriebene Entwicklung der Siedlungstätigkeit vorzugsweise über Innenentwicklung zu realisieren, ergibt sich ein hoher Mehrbedarf an elektrischer Energie, insbesondere für E-Mobilität und verstärktem Einsatz von Wärmepumpen, welches einen Ausbau des elektrischen Verteilnetzes erforderlich macht. Beim Ausbau unserer Nieder- und Mittelspannungsnetze werden grundsätzlich Kabel verlegt. Vorzugsweise werden dafür vorhandene bzw. im öffentlichen Bauraum befindliche Leitungstrassen genutzt und Möglichkeiten der koordinierten Leitungsverlegung mit anderen Versorgungsleitungen geprüft. Weiterhin werden Standorte für neue Transformatorenstationen in bereits erschlossenen Gebieten benötigt. Der Flächenbedarf einer Trafostation beträgt etwa 6x8 Meter. Zur Erschließung und Versorgung gewerblich-industrieller Standorte mit elektrischer Energie müssen rechtzeitig entsprechende Verträge mit uns abgeschlossen werden, da ein Netzausbau, je nach Leistungsbedarf, mitunter mehrere Jahre in Anspruch nehmen kann.	Die vorgebrachten Hinweise können im regionalplanerischen Maßstab nicht berücksichtigt werden und sind ggf. Gegenstand nachgelagerter Genehmigungsverfahren.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 590	Diese Stellungnahme beinhaltet noch keine Zusage zum Anschluss geplanter Erzeugungsanlagen an unser Versorgungsnetz, da hierzu eine vertragliche Vereinbarung mit dem jeweiligen Investor in Ergebnis einer netztechnischen Prüfung erforderlich ist. Diese wird nach Antragstellung in einem gesonderten Verfahren durch unsere zuständigen Fachabteilungen durchgeführt. Aus diesem Grund möchten wir darauf hinweisen, dass wir benannte Eignungsgebiete für Windenergienutzung allein aufgrund der Aufstellung des Regionalplans keiner netztechnischen Bewertung und Beurteilung unterziehen. Wir möchten außerdem darauf hinweisen, dass wir zum heutigen Zeitpunkt den Regionalplan als Information betrachten, ohne dass von uns konkrete Maßnahmen geplant werden. Bezüglich der Belange unserer Fachabteilung Hochspannung erhalten Sie von dort eine separate Stellungnahme.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 220 / Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 757	Der vorhandene aktuelle Anlagenbestand wurde für den Versorgungsnetzbereich der envia Mitteldeutsche Energie AG als Bestandsunterlage dem Vorgang beigefügt. Die auf den Plänen dargestellten schraffierten Flächen kennzeichnen Bereiche, in denen derzeit Änderungen am Energieversorgungsnetz geplant bzw. durchgeführt werden. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Pläne mit Darstellungen von Leitungsnetzen - hauptsächlich an Straßen sowie in Ortschaften].	Die Darstellungen zum Leitungsnetz, i.d.R. an den Straßen sowie in den Ortschaften, sowie zu den gekennzeichneten Bereichen, in denen Änderungen am Energieversorgungsnetz durchgeführt werden, werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. Diese Planfestlegungen kann anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Planfeststellungsverfahren / Anlagengenehmigungsverfahren / Bauleitplanverfahren / Abbaubetriebsplanverfahren) kleinteilig konkretisiert und berücksichtigt werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 758	Zu diesem Vorgang gelten auch weiterhin unsere Stellungnahmen V37136/13 VS-R-B-H vom 02.12.2013 und V76043/20 VS-O-B-G vom 14.02.2020 [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: daraus wiedergegeben: "Sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Unterrichtung über den Aufstellungsbeschluss Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. Der Geltungsbereich des Regionalplanes berührt nur im Bereich Dahme das Netzgebiet der envia Mitteldeutschen Energie AG (enviaM). Die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, ein Tochterunternehmen der envia Mitteldeutschen Energie AG, ist der Verteilnetzbetreiber der enviaM-eigenen Stromnetze. Bestandteil dieser Aufgabe ist auch die Bearbeitung aller Anfragen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange wie Leitungsauskünfte und Stellungnahmen. Diese Aufgabe nehmen wir auch für die envia TEL GmbH und die envia THERM GmbH (ebenfalls Tochterunternehmen der enviaM) wahr. Eine Stellungnahme seitens der enviaM, envia TEL und envia THERM, erfolgt nicht. Daher ist eine separate Beteiligung dieser Unternehmen nicht erforderlich. Die enviaM und die envia TEL betreibt in der genannten Region Mittel- und Niederspannungsübertragungsanlagen, Transformatorenstationen und Telekommunikationsanlagen. Die genannten Anlagen haben entsprechend den gesetzlichen Regelungen Bestandsschutz. Anlagen der envia THERM sind nicht vorhanden. Der vorhandene Mittelspannungsleitungsbestand ist als Übersicht dem Schreiben beigelegt. Für die Planaufstellung bedeutsame Planungen oder Maßnahmen bestehen unsererseits derzeit nicht. Zum Aufstellungsbeschluss haben wir momentan keine weiteren Hinweise und Anregungen. Wir bitten Sie jedoch, uns in weiteren Verfahren einzubeziehen."]	Da sich die Stellungnahmen V37136/13 VS-R-B-H vom 02.12.2013 auf den Regionalplan 2020 bezog und dieser nicht Bestandteil des Beteiligungsverfahrens zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 ist, kann diese Stellungnahme nicht weiter berücksichtigt werden. In Bezug auf die Stellungnahme V76043/20 VS-O-B-G vom 14.02.2020 sind die Inhalte hier voll wiedergegeben. Die Zuständigkeit der envia Mitteldeutschen Energie AG und ihrer benannten Tochterunternehmen sowie die benannten Anlagen werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. Diese Planfestlegungen können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Planfeststellungsverfahren / Anlagengenehmigungsverfahren / Bauleitplanverfahren / Abbaubetriebsplanverfahren) kleinteilig konkretisiert und berücksichtigt werden.
BE-ID: 759	Zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 haben wir momentan keine darüber hinaus gehenden Hinweise und Anregungen. Wir bitten Sie jedoch, uns in das weitere Verfahren einzubeziehen. Hierfür nutzen Sie bitte das Postfach TOEB-Brandenburg@mitnetz-strom.de.	Kenntnisnahme. Das Mailpostfach ist entsprechend vermerkt.
TÖB-Nr.: 225 / Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2666	B) Der Trink-/Brauchwasserverbrauch aus den Grundwasserreservouren, sollte mit aktuellen und künftigen Verbrauchswerten aus den Zuwächsen durch Bevölkerungs- und Industrieentwicklung, z.B. für die Jahre 2030, 2040, 2050, ermittelt, dargestellt und mit der Grundwasserneubildungsrate bilanziert werden. Notwendige Maßnahmen zur Erreichung einer ausgeglichenen Bilanz (Verbrauch./ Neubildung) sind herzuleiten, darzustellen und festzulegen.	Der Anregung, den Trink- und Brauchwasserverbrauch bis 2050 zu bilanzieren, kann im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans 3.0 nicht gefolgt werden. Auch notwendige Maßnahmen zur Erreichung einer ausgeglichenen Bilanz können im Rahmen der Regionalplanung nicht vorgenommen werden, sondern sind durch die zuständigen Fachbehörden zu leisten.
BE-ID: 2676	Zusammenfassung Als wesentliche Bestandteile fehlen in den Betrachtungen die Funktionsfähigkeit der Oberflächengewässer als Teil der kritischen Infrastruktur für den schadlosen Abfluss in der Vorleistung beim Hochwasserschutz, sowie die wasserwirtschaftlichen Anlagen zum notwendigen Rückhalt des Wassers in den Oberflächengewässern als Daseinsvorsorge und Stützung der Grundwasservorräte/-neubildung.	Der Entwurf des Regionalplans 3.0 berücksichtigt die räumlich konkretisierten Ziele und Grundsätze aus dem Landesentwicklungsprogramm der Hauptstadtregion (LEP HR). Betrachtungen der Funktionsfähigkeit der Oberflächengewässer sind darin nicht vorgesehen und können im regionalplanerischen Maßstab nicht berücksichtigt werden. Diese sind ggf. Gegenstand nachgelagerter Planungsebenen.
BE-ID: 2679	Die Betrachtung der Daseinsvorsorge Wasser wird quantitativ, ohne Spezifizierung, nur für die Landwirtschaft diskutiert, obwohl bekannt ist, dass die größten Grundwasserentnahmen(> 80%) auf Trink- und Brauchwasser, sowie Industrie und Gewerbe entfallen. Dem Regionalplan fehlt völlig die mengenmäßige Betrachtung aller Grundwasserentnahmen /-rechte und damit jegliche nachhaltige Planung für das natürlich gegebene Wasserdargebot als Grundlage für das Schutzgut Mensch.	Bei der Aufstellung des Regionalplans sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Eine vollständige mengenmäßige Betrachtung aller Grundwasserentnahmen /-rechte ist für die von

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		der Regionalen Planungsgemeinschaft zu treffenden Entscheidungen nicht erforderlich.
BE-ID: 2680	Niederschlagsarme Perioden und Defizite in der Grundwasserbildung versus Nutzung versus Rückhalt in Oberflächengewässer als wichtige Daseinsvorsorge, insbesondere unter dem Aspekt der Klima(Niederschlags)veränderungen, werden überhaupt nicht betrachtet. Der RP ist diesbezüglich völlig defizitär und bewältigt diese wichtige Zukunftsproblematik überhaupt nicht. Die Wichtigkeit ist nicht einmal erkannt. Das ist abzuändern.	Der Entwurf des Regionalplans 3.0 konkretisiert die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Bei der Aufstellung des Regionalplans sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Diese Abwägung ist im Einzelfall vorgenommen worden. Mögliche Defizite in der Grundwasserbildung sind im Rahmen der Regionalplanung nicht bilanzierbar und können durch Festlegungen der Raumordnung nicht aufgelöst werden.
BE-ID: 2681	Dem vorgelegten RP-Entwurfs fehlt gänzlich die Betrachtung, Planung und Festlegung einer nachhaltigen Versorgung der Planungsregion mit Wasser bzw. die mengenmäßige Nutzung, deren Verteilung und der Umgang aus dem natürlichen Dargebot der Oberflächengewässer und des Grundwassers. Dies muss unabdingbarer Bestandteil des RP sein, weil dies kritische Infrastruktur betrifft.	Die Betrachtung, Planung und Festlegung einer nachhaltigen Versorgung der Planungsregion mit Wasser gehört nicht zu den Aufgaben der Regionalen Planungsgemeinschaft, sondern der zuständigen Fachbehörden. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2662	A) zu G 2.1.1 Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz G 2.1.2 Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für die Gewässerretention 2.1.1 Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz Vorbemerkung: Wasser ist als kritischer Sektor und bedeutsame Infrastruktur eingestuft. Dazu zählen alle natürlichen und künstlichen Gewässer sowie die technischen Einrichtungen zur Ver- und Entsorgung. Der Regionalplan enthält ein Planungskonzept, Ziele und Festlegungen allerdings nur für den Teilbereich Hochwasserschutz. Dieser Teilbereich ist entsprechend den Grundsätzen und in der erforderlichen Tiefe abgehandelt. Unbeachtet geblieben ist, dass die Gewässerinfrastruktur entscheidend ist, ab wann ein „Hochwasser" eintritt. Hochwasser sind Ausuferungen, wenn vorhandene (Gewässer)systeme versagen bzw. überbelastet sind, unabhängig von den Gründen für deren Überlastung. Das „ausufern" von Gewässern führt zu unkontrollierbaren Abflussverhalten (Hochwasser) auf den angrenzenden Grundstücken. In Siedlungsstrukturen betrifft das vornehmlich Bausubstanzen die Schaden nehmen können und aufgrund hoher materieller und infrastruktureller Werte große finanzielle und strukturelle Auswirkungen nach sich ziehen kann (Schadpotential). Eine entsprechend eingerichtete und ausreichend dimensionierte Siedlungsentwässerung incl. der Infrastruktur der dazugehörigen Oberflächengewässer kann aber ohne Weiteres Ausuferungen (,,Hochwasser") bei extremen Niederschlägen mit hohen Abflussmengen innerorts verhindern. Dazu sind Gewässersysteme notwendig, die den tatsächlichen Verhältnissen der bestehenden Siedlungsstruktur -sowohl in ihrer Dimension (Aufnahmekapazität) als auch in ihre Lage (Zu- und Ableitung)- entsprechen. Niederschläge bis zu 120l in 48 h sollten schadlos aufgenommen und abgeführt werden können. Das ist mit vertretbarem Aufwand für eine entsprechend eingerichtete Infrastruktur möglich. Festzustellen ist, dass die Gewässerinfrastruktur den Veränderungen in den Siedlungsbereichen nicht angepasst bzw. strukturell nachgeführt wurde. Somit trifft ein stark veränderter Siedlungsbereich auf alte Gewässersysteme, die den neuen Erfordernissen nicht genügen. Es fehlt oft die Resilienz gegenüber Starkniederschlägen, weil der Ausbauzustand nur auf die vorigen Zufluss-, Einleit- und Abflussmengen abgestellt ist. Dem Regionalplan fehlen in diesem Punkt für eine nachhaltig ausgerichtete Entwicklung die nötigen Festlegungen. Dieses	Der Entwurf des Regionalplans 3.0 konkretisiert die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Die Betrachtung, Planung und Festlegung hinsichtlich der Gewässerinfrastruktur und deren Unterhaltung gehört nicht zu den Aufgaben der Regionalen Planungsgemeinschaft, sondern der zuständigen Fachbehörden. Eine Planänderung ist nicht notwendig.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Thema sollte allgemein im Regionalplan abgehandelt werden und als Leitlinie ein zukunftsweisender Rahmen gesetzt werden, um mit dem Folgen des Klimawandels perspektivisch umzugehen (Thema Extremereignisse). Der vorhandene Zustand der Gewässerinfrastruktur in Siedlungsgebieten spiegelt sich in der zunehmenden Häufung von Störmeldungen aufgrund von systemischen Überlastungen bei geringsten Ereignissen und der zunehmenden Nervosität der Anwohner in Bezug auf die sichtbare Leistungs(un)fähigkeit der vorhandenen Systeme. Der Regionalplan ist ein übergeordnetes Planungselement und bestimmt mit seinen Festlegungen den Rahmen künftiger raumordnerischer Entwicklungen. Deshalb ist es erforderlich, Festlegungen bzw. Zielvorgaben für die Entwicklung des vorbeugender Hochwasserschutz auf der Ebene der Gewässerinfrastruktur und deren Unterhaltung zu treffen, um zunehmenden Extremereignissen erfolgreich begegnen zu können!	
BE-ID: 2663	Rechtliche Grundlage und Zielvorgaben für die Bearbeitung Regelungen im Wasserhaushaltsgesetz (WHG), insbesondere § 5 Abs.1, § 27 Abs.1, § 54 Abs. 1, § 55 Abs.2 und § 57 Abs.1 Weitere Planungsgrundsätze: DWA Merkblatt 102-4/BWK-M 3-4 DWA-A 102-2 /BWK-A3-1 und DWA-A 102-2/BWK-A 3-2	Die Hinweise auf die rechtlichen Grundlagen und Zielvorgaben werden zur Kenntnis genommen und soweit sie die Festlegungen des Regionalplans betreffen berücksichtigt.
BE-ID: 2664	Formulierungsvorschlag für Festlegung im Regionalplan: Die Kommunen haben kurzfristig Generalentwässerungspläne aufzustellen. Darin sind folgende Punkte zu berücksichtigen: • Es ist für den Siedlungsbereich zu prüfen und hydraulisch nachzuweisen, dass die vorhandenen Gewässersysteme mit ihren Gewässerprofilen sowie die dazugehörigen Durchlässe und Verrohrungen den schadlosen Wasserabfluss der zu ermittelnden Zufluss-/Einleitmengen (120 l Niederschlag in 48h) bis zur Ableitung in den Hauptvorfluter gewährleisten. • Ist der schadlose Wasserabfluss rechnerisch nicht gewährleistet, sind geeignete Maßnahmen für den Rückhalt vor Einleitung und ggf. der Ausbauzustand der Anlagen bzw. Gewässer anzupassen. • Dabei ist auf Grundlage der Hochwasserrisikokarten im Generalentwässerungsplan die im HWRM ausgewiesenen Rückstaubedingungen in die Gewässer aufgrund der dann evtl. fehlenden Vorflutverhältnisse zu beachten. Die potentiellen Auswirkungen auf Infrastruktur und Naturhaushalt und das Schadpotential sind zu ermittelt und anschließend diese Konflikte planerisch zu bewältigen und erforderliche Maßnahmen festzulegen.	Auf die Aufstellung von Generalentwässerungsplänen kann durch die Festlegungen von Regionalplänen kein Einfluss genommen werden.
BE-ID: 2665	Begründung: Dem Regionalplan fehlt die Betrachtung für den Handlungsbedarf zum nachhaltigen Niederschlagsmanagement. Grundsätzlich bedingen befestigte Oberflächen einen schnellen, oberflächlichen Wasserabfluss, was in der Folge zum sog. Schwallwasser bei großen Niederschlagsereignissen führt. Dieses Schwallwasser kommt zustande, weil befestigte Oberflächen das Regenwasser nicht aufnehmen können und dieses zu etwa 90% zum sofortigen Abfluss gelangt und in den Sammlern bzw. Gewässern kurzzeitig -entsprechend der Niederschlagsmenge- anfällt. Zu gering bemessene Abfluss- oder Gewässerprofile können diese Mengen evtl. nicht komplett aufnehmen und schadfrei abführen. Die Versiegelung von weiteren Oberflächen vermehrt diesen Effekt. Bei der prognostizierten Zunahme der Starkregenereignisse durch den Klimawandel, sind die vorhandenen innerörtlichen und ortsnahen Systeme evtl. nicht ausreichend, anfallende Wassermengen schadlos abzuführen. Die aktuell mögliche Belastung des vorhandenen Systems mit Niederschlagswasser sollte für die Siedlungsgebiete rechnerisch überprüft werden. Der baurechtlich vorgeschriebenen örtlichen Versickerung auf den Grundstücken sind naturgegeben Grenzen gesetzt. Abhängig vom jeweiligen Grundwasserstand, der Bodenart und der tatsächlichen Versickerungsfläche zur Aufnahme entsprechender Niederschlagsmengen kann örtliche Versickerung Teil des Niederschlagsmanagements sein, aber nicht die alleinige Lösung. Daher empfehlen wir das gesamte örtliche Abflussgeschehen mit 100-120 l/m 2 in 48h als Annahme nachzurechnen,	Kenntnisnahme der Anregung des Stellungnehmenden. Eine detaillierte Berechnung des örtlichen Abflussgeschehens übersteigt jedoch die Möglichkeiten und Zuständigkeiten der Regionalplanung. Ebenso werden auf der regionalen Ebene keine konkreten Maßnahmen zum Niederschlagsmanagement festgelegt. In Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels und eine anzunehmenede Zunahme von Starkregenniederschlägen verweist die Regionale Planungsgemeinschaft auf die Begründung zum Abschnitt Vorbeugender Hochwasserschutz (Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (2025) Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Kapitel 2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz – Risikoprüfung. Stand: 17.04.2025). Gemäß dem Ziel I.2.1 des Länderübergreifenden Raumordnungsplans für den Hochwasserschutz sind die Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse durch oberirdische Gewässer, durch

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	daraus erforderliche Maßnahmen abzuleiten und diese als Festlegung in den Regionalplan zu übernehmen.	Starkregen oder durch in Küstengebiete eindringendes Meerwasser bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich der Siedlungsentwicklung nach Maßgabe der bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten vorausschauend zu prüfen. Im Ergebnis einer Risikoprüfung gelangt die Regionale Planungsgemeinschaft zu der Einschätzung, dass Starkregenrisikobereiche im regionalen Planungsmaßstab zeichnerisch nicht angemessen darstellbar sind.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2667	C) zu 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft zum Ziel 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft S 94 Allgemein Die Abhandlungen sind tiefgründig und praxisnah. Die daraus abgeleiteten Ziele und Festlegungen im Regionalplan für die künftige Entwicklung sind gut und richtig. Allerdings fehlen Kriterien für den Vollzug. Das ist zu ergänzen.	Aussagen zum Vollzug werden im Kapitel "IV.2.4 d) Anwendung der Festlegungen" (Rn. 393 ff. des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021) getroffen. Es ist keine Planänderung erforderlich.
BE-ID: 2668	Formulierungsvorschlag 1. Die Versiegelung , Überbauung bzw. Nutzungsänderung von Flächen mit mehr als 25 Bodenpunkten ist unzulässig. Gleiches gilt auch für die Nutzung als Ausgleichsfläche oder zur Energiegewinnung. Begründung Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmittel benötigt Flächen, die entsprechende Ertragspotentiale für den Anbau von Nahrungsmitteln besitzen. Umnutzungen entziehen diese Flächen dauerhaft der Nahrungsmittelproduktion. Das ist nicht zukunftsfähig und entspricht nicht der gesetzlich verankerten Nachhaltigkeit, z.B. im Bodenschutzgesetz, bzw. steht der Nachhaltigkeit sogar entgegen, weil dem Vorsorgegedanken im Hinblick auf erforderliche Flächen für die Nahrungsmittelproduktion, insbesondere unter dem Aspekt der regionalen Versorgung der Bevölkerung, nur unzureichend Rechnung getragen wird. Notwendige Infrastruktur- oder ähnlich geartete Projekte mit Flächenneubedarf sind auf ertragsarmen Standorten zu realisieren, um ertragsreichere Standorte zu schonen. Deshalb sollte grundsätzlich Überbauung nur auf ertragsarmen Böden mit weniger als 20 Bodenpunkte zugelassen werden. Der Textteil des Regionalplanes weist in 346, 353 und 402 als Planungskonzept in die richtige Richtung . Allerdings münden die Erkenntnisse nicht in Festsetzungen für den Regionalplan und es fehlen die harten Kriterien zu Untersetzung, wie z.B. Bodenpunkte.	Die Zielformulierung für Vorranggebiete Landwirtschaft (Absatz 1) ist eindeutig und bedarf inhaltlich keiner Änderung. Hinsichtlich der maßgeblichen Ackerzahl wurde eine Änderung des Planungskonzepts vorgenommen und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Ziel der Festlegung ist es, Landwirtschaftsflächen zu schützen und der landwirtschaftlichen Bodennutzung entgegenstehende Nutzungen auf andere Flächen zu lenken. Dem Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft liegt insbesondere das Kriterium Ertragsfähigkeit (Ackerzahl/Bodenpunkte) zugrunde. Die Kritik "Allerdings münden die Erkenntnisse nicht in Festsetzungen für den Regionalplan und es fehlen die harten Kriterien zu Untersetzung, wie z.B. Bodenpunkte." kann daher nicht nachvollzogen werden.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 2669	D) Zum Umweltbericht Die Tabelle 1: zusammenfassende Darstellung der geltenden Ziele des Umweltschutzes ((S17/18) führt für Wasser aus: - Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensgrundlage für den Menschen, Erhalt und Wiederherstellung ihrer Funktionen bei Beeinträchtigungen (§ 1 und 6 WHG, §§ 27-31 und 47 WHG , §§ 82 und 83 WHG , Bewirtschaftungsplan FGG Elbe, § 1 BNatSchG, § 2 ROG, §1 BbgNatSchAG; § 6 LEPro, § 1 BWaldG und LWaldG, Kap. 3.3. LAPRO Brandenburg), - Vorbeugung der Entstehung von Hochwasserschäden und Schutz von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Überschwemmungsgebieten (§§ 72-78 WHG, § 95 BbgWG, Art. 1 Hochwasserrisikomanagementrichtlinie 2007/60/EG, § 1 BNatSchG, § 2 ROG, § 6 LEPro), - Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung(§§ 50, 51, 52 WHG) Die Tabelle 2: Schutzgutbezogene Liste der Prüfkriterien für die SUP, führt aus: - Mensch, menschliche Gesundheit - Siedlung - Wohnen (inkl. Schutzabstände) - Kur- und Erholungsorte, - Erholungsräume (inkl. Schutzabstände) - Siedlung - Gewerbe (inkl.)	
BE-ID: 2670	Zu behebende Defizite im Umweltbericht und nachfolgend in den Festsetzungen für den Regionalplan: 1. In der Tabelle 2 fehlt entsprechend Tabelle 1 das Prüfkriterium „Wasser" (vgl. A) und B) oben).	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung des Umweltberichtes ist notwendig. Begründung: In der Tabelle 2 des Umweltberichtes werden die Prüfkriterien schutzgutbezogen aufgelistet, anhand derer vertiefende Prüfungen der Umweltauswirkungen von Planfestlegungen vorgenommen werden sollen. Da einzelne Prüfkriterien sich nicht eindeutig einem Schutzgut zuordnen lassen, wird jedes Kriterium nur unter einem Schutzgut geprüft (vgl. Umweltbericht, Abschnitt 2.3).
BE-ID: 2671	2. Gemäß der in Tabelle 1 noch dargestellten gesetzlichen Ziele sind nachfolgend umweltrelevante Wirkungen auf das Schutzgut Mensch nicht erkannt bzw. nicht extrahiert und nachfolgend nicht abgearbeitet worden. Das ist nachzuholen, weil z. B. Auswirkungen bei Starkniederschlagsereignissen auf das Schutzgut Mensch sehr wohl zu erwarten sind (vgl. Ahrtal). Das betrifft u.a. die Leistungsfähigkeit der Gewässersysteme (siehe oben).	Aufgabe der SUP ist es, das Ausmaß der zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen der Festlegungen des Regionalplans und Möglichkeiten für Alternativen entsprechend der Konkretisierungsebene zu prognostizieren und anhand fachgesetzlicher Maßstäbe zu bewerten. Die Prognose und Bewertung der Umweltauswirkungen der einzelnen Planfestlegungen kann also nicht detaillierter sein als die Planfestlegungen selbst. Die fachliche Detailbetrachtung einzelner Ereignisszenarien, beispielsweise den Auswirkungen von Starkniederschlagsereignissen (vgl. Ahrtal) und damit verbundenen Herausforderungen der Gewässersysteme kann nicht auf regionaler Ebene betrachtet werden. Die Kriterien Wasserschutzgebiete, Oberflächenwasserkörper gem. WRRL, Grundwasserkörper gem. WRRL, Hochwasserrisikogebiete (HQ100, HQ extrem) / Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz gemäß RP 3.0 und Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG werden in Bezug auf das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit berücksichtigt.
BE-ID: 2672	3. Bei den Festlegungen fehlt das Prüfkriterium "Wasser" für das Schutzgut Boden. Damit sind wesentliche Funktionen des Bodens als Wasserspeicher und Grundwasserleiter, Grundwasserneubildner nicht beachtet. Deshalb fehlt wohl auch ein Prüfbogen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung des Umweltberichtes ist notwendig. Begründung: In der Tabelle 2 des Umweltberichtes werden die Prüfkriterien schutzgutbezogen aufgelistet, anhand derer vertiefende Prüfungen der Umweltauswirkungen von Planfestlegungen vorgenommen werden sollen. Da einzelne Prüfkriterien sich nicht eindeutig einem Schutzgut zuordnen lassen, wird jedes Kriterium nur unter einem Schutzgut geprüft (vgl. Umweltbericht, Abschnitt 2.3). Inwieweit ein fehlender Prüfbogen vom Einwender vorgebracht wird, kann nicht nachvollzogen werden. Prüfbögen sind im Umweltbericht für die jeweiligen regionalplanerischen Festlegungen enthalten, jedoch für

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		die einzelnen Schutzgüter nicht vorgesehen.
BE-ID: 2673	4. Als Folge dieser unzureichenden Betrachtung, wird dies weder als Regelungsbereich noch als Handlungsbereich erkannt. Nachfolgend sind Rechtsfehler bei der Beurteilung und der Abwägung für das Schutzgut vorhanden, weil diese Abarbeitungen fehlen.	Aufgabe der SUP ist es, das Ausmaß der zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen der Festlegungen des Regionalplans und Möglichkeiten für Alternativen entsprechend der Konkretisierungsebene zu prognostizieren und anhand fachgesetzlicher Maßstäbe zu bewerten. In der Tabelle 2 des Umweltberichtes werden die Prüfkriterien schutzgutbezogen aufgelistet, anhand derer vertiefende Prüfungen der Umweltauswirkungen von Planfestlegungen vorgenommen werden sollen. Da einzelne Prüfkriterien sich nicht eindeutig einem Schutzgut zuordnen lassen, wird jedes Kriterium nur unter einem Schutzgut geprüft (vgl. Umweltbericht, Abschnitt 2.3) (siehe auch BE ID 2672). Zwar stimmen wir Ihrer Einschätzung zu, dass die Funktionen des Bodens als Wasserspeicher, Grundwasserleiter und Grundwasserneubildner wichtige Aspekte darstellen. Allerdings sind diese Funktionen bereits an anderer Stelle im Umweltbericht berücksichtigt. So werden die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, einschließlich der Grundwasserverhältnisse, im Rahmen der Prüfung des Schutzguts Wasser betrachtet. Dabei werden auch die Wechselwirkungen zwischen Boden und Wasser entsprechend gewürdigt.
BE-ID: 2674	5. Siedlungsgebiete sind ein weitreichender Eingriff in den Wasserhaushalt und verändern das hydrologische Regime im Einzugsgebiet. Sie verändern den Wasserhaushalt ganz wesentlich. Der Wasserhaushalt in Siedlungsbereichen ist geprägt von sehr hohen Direktabflüssen, eine geringe Grundwasserneubildung und geringe Verdunstung. Diese Betrachtungen fehlen und sind planerisch auf der Ebene Regionalplan nicht bewältigt.	Im Umweltbericht wird für jede Planfestlegung ein Steckbrief erstellt, um die potenziell davon ausgehenden umweltrelevanten Wirkungen und die Betroffenheit der einzelner Schutzgüter darzustellen. Dabei erfolgt die Umweltprüfung für die Vorbehaltsgebiete Siedlung nach Stufe 1 und 2. In der 1. Stufe wird die Umweltrelevanz der Festlegung beurteilt. Hierfür werden die umwelt-relevanten Implikationen der Festlegung untersucht und eine weitergehende Erläuterung bzw. Interpretation der mit der Festlegung verbundenen materiellen Gehalte gegeben, die mit spezifischen Umweltwirkungen verbunden sein könnten. Dabei werden die Festlegungen in ihre einzelnen umweltrelevanten Vorgaben zu Maßnahmen oder Nutzungen zerlegt. Des Weiteren erfolgt in der 1. Stufe die Ableitung umweltrelevanter Wirkungen der mit der jeweiligen Festlegung verbundenen Vorhaben, Maßnahmen oder Nutzungen. Bei der 2. Stufe der Umweltprüfung erfolgt die Abschätzung der Auswirkungen auf die Schutzgüter und damit verbunden die Feststellung, welche Schutzgüter betroffen sind. In diesem Zusammenhang werden die baubedingten, anlagebedingten und betriebsbedingten Auswirkungen der Festlegung auf das Schutzgut Wasser abgeschätzt (siehe Umweltbericht, Tabelle 12). Aufgrund des Sachverhalts, dass sich die Durchsetzung dieser Raumnutzung erst in nachgelagerten Planungs- und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Genehmigungsverfahren entscheidet, lässt sich jedoch keine hinreichende Eintrittswahrscheinlichkeit von negativen Umweltwirkungen ermitteln.
BE-ID: 2675	6. In der Tabelle 8 „Kriterien und Datenquellen Schutzgut Boden, Fläche" fehlt die Betrachtung des Bodens als Fläche für die Landwirtschaft und damit als Produktionsfläche für Nahrungsmittel für das Schutzgut Mensch völlig und wird daher nachfolgend nicht ansatzweise beachtet bzw. bearbeitet. Damit ist ein wesentliches rechtliches Kriterium in Bezug zum Schutzgut Mensch unbeachtet geblieben, was wiederum in fehlende Festlegungen mündet. Nur die Fokussierung auf Moorböden entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben für das Schutzgut. Dieser Mangel ist gleichfalls abzustellen.	Die Hinweise zum Umweltbericht des Regionalplans sind nachvollziehbar. Es ist zutreffend, dass die Betrachtung des Bodens als Produktionsfläche für Nahrungsmittel für den Schutz des Schutzgutes Mensch ein wesentliches Kriterium darstellt. Obwohl der Umweltbericht in der Tabelle 8 die Rolle des Bodens als Produktionsfläche für die Landwirtschaft nicht isoliert darstellt, werden die Belange der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion bereits bei den Festlegungen zu den Vorranggebieten Landwirtschaft im Regionalplan berücksichtigt. Dort werden die für die Landwirtschaft besonders wertvollen Böden und Flächen gesichert und als Vorranggebiete ausgewiesen. Somit wurde der Schutz der landwirtschaftlichen Produktionsflächen bereits an anderer Stelle im Planwerk adressiert. Es wird eingeschätzt, dass der Einwender auf die vorhandenen Flächenkonkurrenzen hinweisen möchte, die durch verschiedene Raumnutzungen (u.a. für die Landwirtschaft und im Folgeschluss für SG Mensch) entstehen. Demzufolge wird hierbei eher das Schutzgut Fläche angesprochen und nicht explizit das Schutzgut Boden. Das Schutzgut Fläche wird im Umweltbericht (unabhängig von der vorhandenen Nutzung oder auch einer potenziellen Nutzung) betrachtet, so dass dies die in unterschiedlichster Weise direkt oder indirekt auch dem Schutzgut Mensch zugutekommen kann.
BE-ID: 2677	Es sind vertiefende Umweltfolgenabschätzung zu den Oberflächenwasserkörpern und Grundwasser für das Schutzgut Mensch und Landschaft erforderlich.	Der Entwurf des Regionalplans 3.0 konkretisiert die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Bei der Aufstellung des Regionalplans sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Diese Abwägung ist im Einzelfall vorgenommen worden. Sofern ein Bezug der Planfestlegung auf einen bestimmten räumlichen Geltungsbereich und eine daraus resultierende Eingrenzung des Wirkraums möglich sind – die jeweilige Planfestlegung also einen konkreten Raumbezug aufweist – und die 2. Stufe der Umweltprüfung (Abschätzung der Auswirkungen auf die Schutzgüter und damit verbunden die Feststellung, welche Schutzgüter betroffen sind) zu dem Ergebnis kommt, dass mit der Planfestlegung negative Umweltauswirkungen einhergehen können, die eine hohe Verbindlichkeit aufweisen, erfolgt eine vertiefende raumbezogene Umweltfolgenabschätzung und -bewertung (Umweltprüfung Stufe

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		3). Demnach werden in Stufe 3 auch Oberflächen- und Grundwasserkörper berücksichtigt. Vertiefende Umweltfolgenabschätzungen zu den Oberflächenwasserkörpern und Grundwasser sind im Rahmen der Regionalplanung nicht zu erbringen.
BE-ID: 2678	Der Wasserkreislauf (natürlich und nutzungsbedingt) mit seinen Wechselwirkungen von Niederschlag, Gewässer-Grundwasser-Wassernutzung sind nicht beachtet. Daraus resultieren erhebliche Lücken im Regionalplan für raumbedeutsame Nutzungen die dieser zum Reglungsgegenstand hat.	Der Entwurf des Regionalplans 3.0 konkretisiert die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Bei der Aufstellung des Regionalplans sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Diese Abwägung ist im Einzelfall vorgenommen worden. Eine Betrachtung des natürlichen und nutzungsbedingten Wasserkreislaufes ist nicht durch die regionale Ebene im Rahmen des Umweltberichtes zu erbringen.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 2659	Der Wasser- und Bodenverband Nuthe - Nieplitz hat die Unterlagen zum Beteiligungsverfahren dankend erhalten. Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) sowie ein Gewässerunterhaltungsverband im Sinne des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) und des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG), jeweils in der geltenden Fassung. Zur Erfüllung ist der Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet worden. Der Verband dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder; er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst. Die gesetzlichen Aufgaben des Verbandes umfassen: • die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung (§ 79 Abs. 1 BbgWG) und die Unterhaltung und Betrieb von Schöpfwerken und von Stauanlagen (§ 79 Abs.3 BbgWG), sowie die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen hierfür(§ 78 Abs. 2 BbgWG), • Ausgleichsmaßnahmen an Gewässern II. Ordnung, bei nachteiliger Veränderung der Wasserführung(§ 77 BbgWG), • die Durchführung der Unterhaltung der im Verbandsgebiet gelegenen Gewässer I. Ordnung (§ 79 Abs. 1 Satz 3 BbgWG) und die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen hierfür gemäß (§ B Abs.2 BbgWG), • die Durchführung der Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen (§ 97 Abs.3 BbgWG), • die dem Verband auf der Grundlage des§ 126 Abs.3 Satz 4 BbgWG durch Rechtsverordnung übertragenen Aufgaben. Das Verbandsgebiet (§ 6 WVG) umfasst das Einzugsgebiet der Nuthe, des Teltowkanals und des Zahna in Brandenburg. Flächen der Gewässer I. Ordnung sind vom Verbandsgebiet ausgenommen. Die Kommunen Potsdam, Nuthetal, Michendorf, Stahnsdorf, Ludwigsfelde, Trebbin, Nuthe-Urstromtal, Luckenwalde, Treuenbrietzen, Baruth, Beelitz, Brück, Jüterbog, Niedergörsdorf, Niederer Fläming u.a. sind Mitglied im Wasser- und Bodenverband.	Die Beschreibung der Aufgaben sowie des Gebietsumfangs des Wasser- und Bodenverbandes Nuthe-Nieplitztal wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 232 / Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 606	In Bearbeitung Ihrer Anfrage vom 08.02.2022 teile ich Ihnen mit, dass gegen den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 seitens des SBAZV keine Bedenken bestehen, sofern die u.a. Hinweise beachtet werden. Hinweise: Grundsätzlich sind Behälterstandplätze und Zuwegungen entsprechend der Regelungen	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung ist nicht notwendig.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	und Festsetzungen des § 18 der Abfallentsorgungssatzung des SBAZV (abrufbar unter www.sbazv.de) zu erstellen. Sofern im Zuge der späteren Baumaßnahmen verkehrstechnische Einschränkungen oder die Ausweisung von Stellplätzen erforderlich werden, sind diese im Rahmen eines Ortstermins mit dem SBAZV abzustimmen. Zuständig hierfür ist das Fuhrparkmanagement des SBAZV ([Inhalt anonymisiert]).	
TÖB-Nr.: 234 / Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 50	Eignungsgebiete für Windenergienutzung sind in unseren Bereichen nicht ausgewiesen. Zum vorliegenden Entwurf geben wir Ihnen als Betriebsführer für den Trink- und Abwasserzweckverband Glien zur Kenntnis, dass keine Anlagen des Zweckverbandes von den Planungen betroffen sind. Es bestehen keine Einwände zum Regionalplanentwurf.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 26 Vietznitz		
BE-ID: 48	In unserem Zuständigkeitsbereich ist das Vorranggebiet Rohstoffe VR 26 - Vietznitz benannt. Zum vorliegenden Entwurf geben wir Ihnen als Betriebsführer für den Trink- und Abwasserzweckverband Glien zur Kenntnis, dass keine Anlagen des Zweckverbandes von den Planungen betroffen sind. Es bestehen keine Einwände zum Regionalplanentwurf.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 39 Warsow		
BE-ID: 49	In unserem Zuständigkeitsbereich ist das Vorbehaltsgebiet Rohstoffe VG 39 - Warsow benannt. Zum vorliegenden Entwurf geben wir Ihnen als Betriebsführer für den Trink- und Abwasserzweckverband Glien zur Kenntnis, dass keine Anlagen des Zweckverbandes von den Planungen betroffen sind. Es bestehen keine Einwände zum Regionalplanentwurf.	Kenntnisnahme.
TÖB-Nr.: 239 / Wasser- und Abwasserzweckverband Nieplitz		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2393	Wir haben das o.g. Schreiben mit dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 erhalten. Der WAZ „Nieplitz" ist Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung in seinem Verbandsgebiet (Stadt Beelitz+ Ortsteile und Gemeinde Seddiner See). Von den im Regionalplan ausgewiesenen Vorbehaltsgebieten, Vorsorgestandorten sowie Vorrang- und Eignungsgebieten ist der WAZ „Nieplitz" mit seinen baulichen Anlagen zur Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung nicht direkt betroffen. Dem vorliegenden Entwurf wird nach Prüfung zugestimmt.	Die Zustimmung zum Entwurf des Regionalplans 3.0 wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 245 / Wasser- und Abwasserverband Havelland		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 236	Im Verbandsgebiet des WAH werden gegenwärtig ca. 53.000 Einwohner mit Trinkwasser versorgt. Ferner nimmmt der Verband als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Schmutzwasserbeseitigung vor. Für die öffentliche Trinkwasserversorgung werden vom WAH 7 Wasserwerksstandarte im Landkreis Havelland betrieben. Im Einzelfall betrifft dies die Standorte Nauen, Börnicke, Brieselang, Elstal, Radelandberg, Gohlitz und Zachow. Im Landkreis Potsdam-Mittelmark betreibt der WAH das Wasserwerk Deetz. Für die Schmutzwasserbehandlung stehen dem Verband die Kläranlage Roskow im Landkreis Potsdam-Mittelmark und die Kläranlagen Nauen und Ribbeck im Landkreis Havelland zur Verfügung.	Die Hinweise zur Zuständigkeit des Wasser- und Abwasserverbands „Havelland“ werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 239	Im Landkreis Havelland werden im Jahr 2022 Fachgutachten und sonstige Verfahrensunterlagen für die Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Gohlitz öffentlich ausgelegt. Es wird darum gebeten, vorgenannte Planabsichten des Verbandes bei der Umweltprüfung zum Regionalplan „Havelland-Fläming" zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Entsprechende Materialien zu bestehenden, neu und vorläufig festgesetzten Trinkwasserschutzgebieten wurden am 11.05.2022 per E-Mail bei dem Wasser- und Abwasserverband Havelland angefragt. Um potenzielle Konflikte durch die Planfestlegungen mit dem Trinkwasserschutz zu ermitteln, werden Wasserschutzgebiete in der Umweltprüfung als Prüfkriterium berücksichtigt. Zudem werden bei der Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung mit dem im Regionalplan Havelland-Fläming festgelegten Kriterium B 12 in Aufstellung befindliche bzw. neu festzusetzende Wasserschutzgebiete im Rahmen der Abwägung berücksichtigt.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 235	Aus Sicht des Verbandes ist der Untersuchungsrahmen für die Aufstellung eines Regionalplanes „Havelland-Fläming " umfänglich an Hand Ihrer Unterlage (Stand: 05.10.2021) beschrieben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 237	Im Rahmen der weiteren Umweltprüfung zur Aufstellung des Regionalplanes erwartet der Verband eine Berücksichtigung von bestehenden, neu und vorläufig festgesetzten Trinkwasserschutzzonen für die o. g. Wasserwerke. Entsprechendes Material kann über die zuständigen Behörden bzw. über den Verband zugearbeitet werden .	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Entsprechende Materialien zu bestehenden, neu und vorläufig festgesetzten Trinkwasserschutzgebieten wurden am 11.05.2022 per E-Mail bei dem Wasser- und Abwasserverband Havelland angefragt. Im Rahmen der Umweltprüfung werden ausgewiesene Wasserschutzgebiete berücksichtigt, um auf mögliche Konflikte durch die Planfestlegungen mit dem Trinkwasserschutz hinzuweisen. Bei Kenntnis von in Aufstellung befindlichen Wasserschutzgebieten im Bereich der Planfestlegungen werden diese ebenfalls berücksichtigt.
BE-ID: 238	Der WAH möchte darauf verweisen, dass das Wasserrecht für das Wasserwerk Börnicke im Dezember 2021 um ca. 500.00m 3 /a angepasst wurde. Für den Standort des Wasserwerkes in Nauen möchte der Verband darauf verweisen, dass ein Antrag im April 2021 für die Erhöhung der Wasserrechte um ca. 300.000 m3 /a gestellt wurde. Die Erhöhung der Wasserrechte beruht auf dem Bedarf infolge der Infrastrukturentwicklung in und um die jeweiligen Gemeinden bzw. Städte im östlichen Teil des Verbandsgebietes. Hierzu haben bereits mit den zuständigen Wasserbehörden entsprechende Klausurtagungen stattgefunden. Ferner beabsichtigt der Verband eine Erweiterung der Rohwasserfassung am Standort Wasserwerk Nauen mit dem Bau von zusätzlichen 2 bis 3 Brunnen in westlicher Richtung ausgehend vom jetzigen Wasserwerksstandort. Die Wasserschutzgebiete der Zone II IA und der Zone IIIB des	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zweckdienliche Materialien zu bestehenden, neu und vorläufig festgesetzten Trinkwasserschutzgebieten wurden am 11.05.2022 per E-Mail bei dem Wasser- und Abwasserverband Havelland angefragt und werden im Umweltbericht berücksichtigt. Hinweise zu den Windenergiegebieten werden im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der geänderten Rechtslage, welche insbesondere durch das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Wasserschutzgebietes Nauen liegen unmittelbar an der Grenze zum ausgewiesenen Windeignungsgebiet WEG 37 Nauen. Sich daraus ergebene mögliche Auswirkungen auf den Grundwasserkörper bitten wir bei den Planungen, insbesondere im Rahmen der UVP zu berücksichtigen.	Windenergieanlagen an Land vom 20. Juli 2022 eingetreten ist, hat die Regionalversammlung am 17. November 2022 den Aufstellungsbeschluss für einen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 gefasst. Die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung wird vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt, der ohne diese Festlegungen fortgeführt wird.
TÖB-Nr.: 246 / Wasser- und Abwasserverband Rathenow		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 754	Zum vorliegenden Entwurf des Regionalplans 3.0 bestehen unsererseits keine Einwände.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 753	Der Wasser- und Abwasserverband Rathenow ist Träger der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Region des westlichen Havellandes und hat neben dem Satzungsrecht auch die Planungs- und Erschließungshoheit. Die aufgezeigten Entwicklungen zu den Vorbehaltsgebieten Siedlung liegt auch im Interesse des Wasser- und Abwasserverbandes Rathenow, um vorrangig die bereits vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen zu nutzen und auszulasten, ohne neue Anlagen in Außenbereichen errichten zu müssen.	Die Zuständigkeit des Wasser- und Abwasserzweckverbandes sowie die Übereinstimmung bezüglich der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung werden zur Kenntnis genommen.
Umweltbericht / 2 Methodik, Umweltschutzziele und Kriterien UP		
BE-ID: 756	Auf die mit Schreiben vom 09.03.2021 im Rahmen der Beteiligung zum Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 gemachten Hinweise, das als Anlage dieser Stellungnahme beiliegt, bitten wir zu achten: "Neben den leitungsgebundenen Erschließungsanlagen sind auch die Anlagen zur Trinkwassergewinnung und die vorhandenen Kläranlagen, die sich in der Nähe einer natürlichen Vorflut befinden, zu betrachten. Bei der Bestimmung von Vorranggebieten für Rohstoffgewinnung, Landwirtschaft, Hochwasserschutz, Siedlungen und gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten sind unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse besonders die Wasserwerke mit ihren Einzugsgebieten zur Rohwasserfassung und die damit verbundenen Trinkwasserschutzzonen bei der Umweltprüfung zu betrachten. Gerade die intensive landwirtschaftliche Nutzung in diesen Zonen stellt besondere Ansprüche an die Aufrechterhaltung und Aufbereitung der zur Verfügung stehenden Trinkwasserressourcen dar. Trinkwassergüte und Quantität sind die wichtigsten Faktoren für ein ausreichendes Angebot an Wasser, das der Trinkwasserqualität entspricht. Künftige landwirtschaftliche Nutzungen sind auch unter dem Gesichtspunkt einer Feldberegnung und den Standorten der kommunalen Wasserwerke zu betrachten. In Verbindung mit der Umweltprüfung sind im Interesse des Verbandes auch die Schutzgüter Wasser und Boden in Verbindung mit den Trinkwasserschutzzonen und den Standorten der zentralen Kläranlagen im öffentlichen Interesse von besonderer Bedeutung."	Im Umweltbericht sowie bei der Festlegung von Vorrang-/ und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung, Vorranggebieten für die Landwirtschaft und Vorbehaltsgebiet Siedlungen sowie Großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten werden die Wasserschutzgebiete berücksichtigt.
Umweltbericht / 4.1 Siedlung		
BE-ID: 755	Auf die mit Schreiben vom 09.03.2021 im Rahmen der Beteiligung zum Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 gemachten Hinweise, das als Anlage dieser Stellungnahme beiliegt, bitten wir zu achten: "Der Wasser- und Abwasserverband Rathenow hat die Unterlagen zur Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung bei der Aufstellung des Regionalplans	Die in dem Schreiben zum Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung gegebene Anregung zur zentralen Siedlungsentwicklung wird mit der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung entsprochen. Hierauf nimmt der Wasser- und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Havelland-Fläming 3.0 mit Schreiben vom 09.02.2021 erhalten und nimmt als Träger der öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Region des westlichen Havellandes wie folgt Stellung: Zum vorliegenden Untersuchungsrahmen bei der Umweltprüfung zum Regionalplan Havelland-Fläming bestehen unsererseits keine Einwände. Für die weitere Betrachtung und Gestaltung der Planung möchten wir jedoch noch folgende Hinweise geben, die im Interesse des Verbandes liegen. Die Daseinsvorsorge und Siedlungsentwicklung ist eng verknüpft mit dem Angebot einer zentralen Siedlungsentwicklung und entspricht den Interessen des Wasser- und Abwasserverbandes, der seine Anlagen in den zentralen Bereichen nutzen und auslasten kann, ohne in Außenbereichen zusätzliche kostenaufwändige Investitionen zu tätigen."	Abwasserzweckverband im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens zustimmend Stellung.
TÖB-Nr.: 247 / Wasser- und Abwasserzweckverband Beetzseegemeinden		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 985	Der Wasser- und Abwasserzweckverband der Beetzseegemeinden wurde mit Ihrem Schreiben vom 07.03.2022 zur Stellungnahme zum oben näher beschriebenen Verfahren aufgefordert. Aus Sicht des Wasser- und Abwasserzweckverbandes bestehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Bedenken gegen den vorgelegten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 250 / Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2694	1. Trinkwasserversorgung: Der WAZV weist darauf hin, dass sich im Regionalplan einige Wasserwerke mit ihren Trinkwasserschutzzonen befinden. In den Schutzzonen sind die Nutzungsbeschränkungen und Verbote zu beachten, die in den Schutzzonenverordnungen geregelt sind. Der WAZV fordert die Planungsstelle aus vorgenannten Gründen jedoch auch dazu auf, die Raumansprüche in den unterirdischen Grundwassereinzugsgebieten der Wasserwerke zu überprüfen und gegeneinander abzuwägen.	Die festgelegten Trinkwasserschutzzonen und die in den Schutzzonen geltenden Nutzungsbeschränkungen und Verbote wurden auf der Grundlage der geltenden Schutzzonenverordnungen berücksichtigt. Zu den unterirdischen Einzugsgebieten der Wasserwerke liegen der Regionalen Planungsgemeinschaft flächendeckend keine Daten vor. Diese können daher nur auf der Grundlage von Hinweisen, die von den zuständigen Stellen im Beteiligungsverfahren mitgeteilt werden, berücksichtig werden. Soweit die Stellungnehmerin solche Hinweise mitgeteilt hat, wird auf die entsprechenden Bearbeitungseinheiten verwiesen.
BE-ID: 2699	2. Abwasserentsorgung Prinzipiell ist die Schmutzwasserentsorgung über abflusslose Sammelgruben oder Kleinkläranlagen oder die Anschlussmöglichkeit an den öffentlichen Kanal sowie bei Notwendigkeit durch Abschluss eines Erschließungsvertrages mit dem WAZV gesichert. Bei Anschlussmöglichkeit an die öffentliche Kanalisation besteht ein Anschluss- und Benutzungszwang. Mit Anschluss der Grundstücke an die öffentliche Schmutzwasserkanalisation wird nach der Satzung zur Abwasserbeseitigung des WAZV ein Anschlussbeitrag fällig. Im Verbandsgebiet des WAZV wird das Abwasser im Trennsystem entsorgt, d. h. ein Eintreten von Niederschlagswasser in die Schmutzwasserkanalisation ist durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Die Abwasserentsorgung im Verbandsgebiet des WAZV ist von den vorgesehenen Maßnahmen nicht betroffen. Es bestehen keine speziellen Forderungen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen jedoch nicht den Regelungsinhalt des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 30 Rädel		
BE-ID: 2976	Mit der Entnahme von Rohstoffen wird die schützende Überdeckung des Grundwasserleiters degradiert, so dass eingelagerte Stoffe i.d.R. schneller den Grundwasserleiter erreichen können. Deshalb sollte innerhalb des Einzugsgebietes von Wasserwerken auch jenseits der Schutzzone III keine Gewinnung von Rohstoffen und	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	insbesondere keine Einlagerung von Stoffen erfolgen, da das langfristig zur Beeinträchtigung der Grundwasserressource führen könnte. Wir halten es für erforderlich, das WEG 30 Rädel nicht im Regionalplan auszuweisen. • WEG 30 Rädel (Windeignungsgebiet) befindet sich zum großen Teil im Einzugsgebiet des WW Rädel. (- siehe Kartendarstellung auf Seite 4 der Stellungnahme -)	und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 02 Damsdorf Am Vogelstangenberg		
BE-ID: 2696	Was die WAZV-Wasserwerke angeht, ist das Vorranggebiet für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffe VR 02 Damsdorf Am Vogelsberg kritisch zu überdenken. Dieses liegt teilweise im hydrodynamischen Einzugsgebiet des WW Damsdorf. Im Bereich der Schutzzone II und III dieses WW sind der Abbau von Rohstoffen und die Einlagerung von Stoffen verboten. Die Grenze der Schutzzone III des WW Damsdorf ist auf Höhe einer Fließzeitentfernung von 30 Jahren zum WW festgelegt worden . In einer Fließzeitentfernung von ca. 40 Jahren beginnt das Vorranggebiet VR 02. Insofern könnten im Vorranggebiet VR 02 eingelagerte Stoffe oder deren Metaboliten und Reaktionsprodukte, die über die Sickerpassage das Grundwasser erreichen und sich im Grundwasser mobil verhalten, nach ca. 40 bis 50 Jahren Fließzeit die Brunnen erreichen und je nach Eigenschaft das Rohwasser und Trinkwasser des Wasserwerkes beeinträchtigen. Mit der Entnahme von Rohstoffen wird zudem die schützende Überdeckung des Grundwasserleiters degradiert, so dass eingelagerte Stoffe i.d.R. schneller den Grundwasserleiter erreichen können. Deshalb sollte innerhalb des Einzugsgebietes des Wasserwerkes Damsdorf auch jenseits der Schutzzone III keine Gewinnung von Rohstoffen und insbesondere keine Einlagerung von Stoffen erfolgen, da das langfristig zur Beeinträchtigung der Grundwasserressource führen könnte. Der WAZV fordert deshalb, das VR 02 Damsdorf Am Vogelsberg nicht auszuweisen.	Der Anregung wird gefolgt. Das Gebiet VR02 Damsdorf Am Vogelstangenberg wird nicht mehr im Regionalplan festgelegt. Begründung: Gemäß der beantragten Beendigung der Kiesgewinnung lt. Antrag auf Zulassung der 1. Änderung des Abschlussbetriebsplans für den Tagebau Damsdorf / Am Vogelstangenberg (Verfahrensnummer: 9990), einschließlich perspektivischer Nachnutzung der Tagebaufläche für eine PV-Anlage, entfällt eine Fläche von 4,97 ha für eine Festlegung im Vorranggebiet Rohstoffgewinnung. In Anwendung des Planungskonzepts (Kriterium VR-K05: Mindestgröße 10ha) zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Damsdorf Am Vogelstangenberg in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 03 Emstal		
BE-ID: 2971	Mit der Entnahme von Rohstoffen wird die schützende Überdeckung des Grundwasserleiters degradiert, so dass eingelagerte Stoffe i.d.R. schneller den Grundwasserleiter erreichen können. Deshalb sollte innerhalb des Einzugsgebietes von Wasserwerken auch jenseits der Schutzzone III keine Gewinnung von Rohstoffen und insbesondere keine Einlagerung von Stoffen erfolgen, da das langfristig zur Beeinträchtigung der Grundwasserressource führen könnte. Wir halten es für erforderlich, das VR 03 Emstal nicht im Regionalplan auszuweisen. • Das VR 03 liegt gegenwärtig nicht im Einzugsgebiet des WW (s . Übersichtskarte). Das WW Hasenkamp / Lehnin hat derzeit noch ein geringe GW-Entnahme (Oa = 50.000 m 3 /a), die perspektivisch auf 200.000 m 3/a erhöht werden soll. Für einen Ausbau des WW könnte das VR 03 jedoch nachteilig sein, da es in das potenzielle Einzugsgebiet des Wasserwerkes rücken könnte. Auch hier bittet der WAZV, das Vorranggebiet für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen zu überdenken und stattdessen z.B. ein Vorhaltegebiet für die Trinkwasserversorgung einzurichten. (- siehe Kartendarstellung auf Seite 4 der Stellungnahme -)	Den vorgebrachten Sachverhalten wird nicht gefolgt. Begründung: Im direkten und umgebenden Bereich des Vorranggebietes befinden sich keine festgesetzten oder in Aufstellung befindlichen Wasserschutzgebiete. Auch das aufgezeigte hydrodynamische Einzugsgebiet befindet sich in einer Entfernung von mehreren einhundert Metern zum Vorranggebiet, an dessen nächstem Punkt Rohstoffgewinnung bereits auf der Basis genehmigter Haupt- und Abschlussbetriebspläne erfolgt. Die verschiedenen Nutzungsansprüche können also über die Betriebsplangenehmigungen abgeglichen werden. Das Vorranggbiet war in dieser Ausprägung auch im Regionalplan 2020 bereits mit dem LfU sowie dem MLUK abgestimmt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 19 Michelsdorf		
BE-ID: 2973	Mit der Entnahme von Rohstoffen wird die schützende Überdeckung des Grundwasserleiters degradiert, so dass eingelagerte Stoffe i.d.R. schneller den Grundwasserleiter erreichen können. Deshalb sollte innerhalb des Einzugsgebietes von Wasserwerken auch jenseits der Schutzzone III keine Gewinnung von Rohstoffen und insbesondere keine Einlagerung von Stoffen erfolgen, da das langfristig zur Beeinträchtigung der Grundwasserressource führen könnte. Wir halten es für erforderlich, VR 19 und VB 20 Michelsdorf nicht	Den vorgebrachten Bedenken wird nicht gefolgt. Begründung: Für die Fläche des VR19 besteht ein zugelassener Hauptbetriebsplan, so dass für diese eine Übernahme als Vorranggebiet in den Regionalplan erfolgt. Für die gesamte Fläche des vom LBGR als Vorranggebiet angemeldete Fläche

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	im Regionalplan auszuweisen. • VR 19 Michelsdorf und VB 20 Michelsdorf befinden sich im Einzugsgebiet und der zukünftigen Schutzzone des WW Michelsdorf. (- siehe Kartendarstellung auf Seite 4 der Stellungnahme -)	beabsichtigt der Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland die Festsetzung einer Schutzzone für das Wasserwerk Michelsdorf. Das Verfahren mit rechtssicheren Gebietsausweisungen hierzu ist nicht abgeschlossen. Somit kann über die Fläche des Hauptbetriebsplans hinaus weder dem Belang des Wasserschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Es verbleibt damit die Darstellung gemäß dem ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 13 Grebs		
BE-ID: 2975	Mit der Entnahme von Rohstoffen wird die schützende Überdeckung des Grundwasserleiters degradiert, so dass eingelagerte Stoffe i.d.R. schneller den Grundwasserleiter erreichen können. Deshalb sollte innerhalb des Einzugsgebietes von Wasserwerken auch jenseits der Schutzzone III keine Gewinnung von Rohstoffen und insbesondere keine Einlagerung von Stoffen erfolgen, da das langfristig zur Beeinträchtigung der Grundwasserressource führen könnte. Wir halten es für erforderlich, das VB 13 Grebs nicht im Regionalplan auszuweisen. • VB 13 Grebs befindet sich teilweise im Einzugsgebiet des WW Grebs. (- siehe Kartendarstellung auf Seite 4 der Stellungnahme -)	Den Bedenken wird nicht gefolgt. Begründungen: Das im östlichen Bereich des VB geltend gemachte hydrodynamische Einzugsgebiet steht mit keiner angrenzenden Trinkwasserschutzzone in Verbindung. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung erhebt noch keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert und mit Belangen der Grundwasserressourcen abgestimmt werden können.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 20 Michelsdorf		
BE-ID: 2974	Mit der Entnahme von Rohstoffen wird die schützende Überdeckung des Grundwasserleiters degradiert, so dass eingelagerte Stoffe i.d.R. schneller den Grundwasserleiter erreichen können. Deshalb sollte innerhalb des Einzugsgebietes von Wasserwerken auch jenseits der Schutzzone III keine Gewinnung von Rohstoffen und insbesondere keine Einlagerung von Stoffen erfolgen, da das langfristig zur Beeinträchtigung der Grundwasserressource führen könnte. Wir halten es für erforderlich, VR 19 und VB 20 Michelsdorf nicht im Regionalplan auszuweisen. • VR 19 Michelsdorf und VB 20 Michelsdorf befinden sich im Einzugsgebiet und der zukünftigen Schutzzone des WW Michelsdorf. (- siehe Kartendarstellung auf Seite 4 der Stellungnahme -)	Den vorgebrachten Bedenken wird nicht gefolgt. Begründung: Für die Fläche des VR19 besteht ein zugelassener Hauptbetriebsplan, so dass für diese eine Übernahme als Vorranggebiet in den Regionalplan erfolgt. Für die gesamte Fläche des vom LBGR als Vorranggebiet angemeldete Fläche beabsichtigt der Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland die Festsetzung einer Schutzzone für das Wasserwerk Michelsdorf. Das Verfahren mit rechtssicheren Gebietsausweisungen hierzu ist nicht abgeschlossen. Somit kann über die Fläche des Hauptbetriebsplans hinaus weder dem Belang des Wasserschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Es verbleibt damit die Darstellung gemäß dem ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 26 Plötzin-Ost		
BE-ID: 2972	Mit der Entnahme von Rohstoffen wird die schützende Überdeckung des Grundwasserleiters degradiert, so dass eingelagerte Stoffe i.d.R. schneller den Grundwasserleiter erreichen können. Deshalb sollte innerhalb des Einzugsgebietes von Wasserwerken auch jenseits der Schutzzone III keine Gewinnung von Rohstoffen und insbesondere keine Einlagerung von Stoffen erfolgen, da das langfristig zur Beeinträchtigung der Grundwasserressource führen könnte. Wir halten es für erforderlich, das VB 26 Plötzin Ost nicht im Regionalplan auszuweisen. • VB 26 Plötzin Ost befindet sich nahezu vollständig im Bereich der	Den Bedenken wird teilweise gefolgt und der Gebietsvorschlag des LBGR nur noch in reduzierter Form übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild,

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	zukünftigen Schutzzone III B des WW Werder und im unterirdischen Einzugsgebiet des Großen Plessower See des WWWerder (- siehe Kartendarstellung auf Seite 4 der Stellungnahme -)	Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). In diesem Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Anmerkung: Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr, jedoch befindet sich hier noch ein über die Fläche der im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzzone III hinaus gehendes hydrodynamisches Einzugsgebiet. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. bzgl. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Betriebsplanverfahren abgestimmt werden können.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 32 Schmerzke		
BE-ID: 2698	Abschließend erwähnt der WAZV noch das ehemalige DDR-Grundwasservorbehaltsgebiet nordwestlich von Rietz. Für diesen Standort verfügt der WAZV derzeit nicht über ein Wasserrecht oder eine Schutzzone. Allerdings muss der WAVZ in die Lage dazu versetzt werden, die Bevölkerung im Umkreis weiterhin mit Trinkwasser zu versorgen, wenn mittelfristig der Trinkwasserliefervertrag mit der BRAWAG ggf. nicht verlängert wird. Der WAZV wird mittelfristig, die Wiederinbetriebnahme des WW Rietz prüfen . Das VB 32 könnte in den Bereich des potenziellen unterirdischen Grundwassereinzugsgebietes der neuen Wasserfassung fallen (- siehe Kartendarstellung auf Seite 4 der Stellungnahme -). Auch die Regionalplanung zum VB 32 bitten wir vor diesem Hintergrund nochmals zu überdenken. Wir werden uns bis zum 2025 unsere Vorstellungen zum WW-Standort Rietz konkretisieren. Gemäß der nationalen Wasserstrategie muss zur künftigen Sicherung der wasserwirtschaftlichen Daseinsvorsorge der Vorrang der Trinkwasserversorgung für den Menschen die absolute Priorität vor anderen Nutzungen eingeräumt werden.	Den Bedenken wird teilweise gefolgt. Der Gebietsvorschlag des LBGR wird nur in reduzierter Form übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, Biotope, beabsichtigte Trinkwasserschutzausweisung Rietz, nicht kompensierbare Waldfunktion, Landschaftsbild). Im nördlichen Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. bzgl. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren abgestimmt werden können.
TÖB-Nr.: 252 / Wasser- und Bodenverband Großer Havelhauptkanal-Havelkanal-Havelseen		
nicht zuordenbar		
BE-ID: 69	Nach Durchsicht der von Ihnen erhaltenen Unterlagen zum Regionalplan Havelland- Fläming 3.0, teilen wir Ihnen mit, dass es seitens des Wasser- und Bodenverbandes dagegen keine Einwände gibt.	Kenntnisnahme.
TÖB-Nr.: 253 / Wasser- und Bodenverband Untere Havel - Brandenburger Havel		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 93	Die am 07.03.2022 zugestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Dem Wasser- und Bodenverband obliegt als öffentlich-rechtliche Verpflichtung die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung sowie die Durchführung der Unterhaltung an den Gewässern 1. Ordnung nach den Vorgaben des Wasserwirtschaftsamtes. Gesetzlich regelt der § 79 und der § 87 die Pflicht zur Unterhaltung sowie die Errichtung von Anlagen an und im Gewässer. § 87 Genehmigung (zu § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes): "1. ... Anlagen an Gewässern sind Anlagen, die sich bei Gewässern I. Ordnung in einem Abstand bis zu zehn Metern und bei Gewässern II. Ordnung in einem Abstand bis zu fünf Metern von der Böschungsoberkante oder, sofern eine solche nicht vorhanden ist, von der Uferlinie landeinwärts befinden." Der beidseitige 5,00 m bzw. 10,00 m breite Streifen bemessen ab Böschungsoberkante dient der Vermeidung sowohl von Gewässerveränderungen als auch von Erschwerungen der Gewässerunterhaltung. Dies ist in jedem Fall zu berücksichtigen. Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass alle Umstände zu vermeiden sind, die die Gewässerunterhaltung erschweren. Sollte es zu unvermeidbaren Erschwernissen kommen, werden die Mehrkosten auf den Verursacher/Eigentümer umgelegt.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es wird festgestellt, dass die Festlegungen des Regionalplans keine Gewässerveränderungen oder Erschwerungen der Gewässerunterhaltung bewirken. Die Hinweise führen daher nicht zu einer Änderung des Planentwurfs.
TÖB-Nr.: 260 / 50Hertz Transmission GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3373	Folgende Unterlagen lagen uns zur Einsichtnahme vor: • Planunterlagen zum Beteiligungsverfahren per Downloadlink mit Schreiben vom 08.02.2022. 50Hertz betreibt im Planungsgebiet des Regionalen Entwicklungsplanes 220-kV- bzw. 380-kV-Freileitungen, 220-kV- bzw. 380-kV-Umspannwerke sowie Richtfunkstrecken. Für die nachrichtliche Übernahme der Leitungsverläufe, Umspannwerke sowie Richtfunkstrecken in den Kartenteil des Regionalplanes können digitale Daten unter geo-datenbereitstellung@50hertz.com abgefordert werden. Bitte geben Sie dazu unsere Registriernummer (2020-001047-03-TG) das gewünschte Dateiformat und Koordinatenreferenzsystem an.	Die Hinweise zur Verfügbarkeit der Planunterlagen werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3374	In Ergänzung unserer bisherigen Stellungnahmen geben wir zu den eingereichten Unterlagen folgende Stellungnahme ab: Zu unseren Bestandsanlagen: Es ist ein Freileitungsbereich von 50 m (Anhaltswert) beidseitig der Trassenachse zu beachten, für den Bau-, Nutzungs- und Höhenbeschränkungen bestehen. Innerhalb des Freileitungsbereiches befindet sich der Freileitungsschutzstreifen von ca. 30 m bzw. 35 m (beidseitig der Trassenachse) bei 220 bzw. 380-kV-Freileitungen, für den in den entsprechenden Grundbüchern beschränkte persönliche Dienstbarkeiten eingetragen sind. Daraus begründet sich das grundsätzliche Bauverbot im Freileitungsschutzstreifen. Dies gilt auch für Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern.	Die Hinweise zu Bauverboten in Freileitungsschutzstreifen werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.
BE-ID: 3375	Im Bereich von Richtfunkstrecken bestehen Höhenbeschränkungen (sowohl für temporäre Arbeiten als auch für dauerhafte Nutzungen) in einem Schutzbereich von 30 m radial um die Trassenachse.	Die vorgebrachten Hinweise können im regionalplanerischen Maßstab nicht berücksichtigt werden und sind ggf. Gegenstand nachgelagerter Genehmigungsverfahren.
BE-ID: 3376	Im Bereich unserer Anlagen befinden sich unter anderem Vorranggebiete mit der Wirkung eines Eignungsgebietes für Windenergie, Vorranggebiete für Rohstoffgewinnung, Vorranggebiete für Natur und Landschaft sowie Vorbehaltsgebiete zum Aufbau eines ökologischen Verbundsystems.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3383	Zu Vorranggebieten für Natur und Landschaft: Im Hinblick auf Vorranggebiete für Natur, Landschaft und Vorbehaltsgebiete zum Aufbau eines ökologischen Verbundsystems weisen wir auf Folgendes hin: 50Hertz Transmission ist gemäß § 11 - 14 EnWG n. F. i. V. m. der DIN EN 50341 (DIN VDE 0210) verpflichtet, zur Wahrung der technischen Sicherheit der Freileitungen technische Instandhaltungsarbeiten und	Die Hinweise zu Trassenpflegemaßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Trassenpflegemaßnahmen durchzuführen. Es handelt sich hierbei insbesondere um Durchführung des fachgerechten Rückschnittes von Gehölzen sowie Leitungsbegehungen/Befahrungen.	
BE-ID: 3384	Aktuelle Projekte der 50Hertz Transmission GmbH im Geltungsbereich: • Die Umstellung der vorhandenen 220-kV-Leitung Neuenhagen - Hennigsdorf - Wustermark auf 380-kV (genannt: 380-kV-Nordring Berlin) durch Errichtung einer 380-kV-Freileitung, überwiegend unter Nutzung des vorhandenen Trassenkorridors inkl. Umbaumaßnahmen in den Umspannwerken (UW) Neuenhagen, Hennigsdorf und Wustermark. Die Maßnahmen befinden sich derzeit in der Realisierung. Das Projekt ist als Startnetzmaßnahme 50HzT-007 im bestätigten Netzentwicklungsplan (NEP) 2035 (Version 2021) enthalten.	Die Hinweise zu aktuellen Projekten der 50Hertz Transmission GmbH werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3385	Aktuelle Projekte der 50Hertz Transmission GmbH im Geltungsbereich: • Die EE-bedingte Errichtung eines neuen 380/110-kV-UW im Raum Radewege (genannt UW Beetzsee/Nord) inkl. deren Einschleifung in die 380-kV-Freileitung Wolmirstedt- Teufelsbruch - Wustermark zur vollständigen Aufnahme und Übertragung der erwarteten EE-Einspeiseleistungen in der Region westlich von Wustermark. Die Vorplanungen für den geplanten 380/110-kV-Neubaustandort sind abgeschlossen. Derzeit befindet sich das Projekt in der Genehmigung.	Die Hinweise zu aktuellen Projekten der 50Hertz Transmission GmbH werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3386	Aktuelle Projekte der 50Hertz Transmission GmbH im Geltungsbereich: • Die Errichtung eines neuen 380/110-kV-UW (mit temporärem 220-kV-Betrieb im Raum Großziethen/Waßmannsdorf (genannt UW Berlin/Südost) inkl. deren Einschleifung in die 220-kV-Freileitung Thyrow - Wuhlheide - Marzahn. Die Vorplanungen für den geplanten 380/110-kV-Neubaustandort sind abgeschlossen. Derzeit befindet sich das Projekt in der Genehmigung. Das Projekt ist als Startnetzmaßnahme 50HzT-P252 im bestätigten NEP 2035 (Version 2021) enthalten.	Die Hinweise zu aktuellen Projekten der 50Hertz Transmission GmbH werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3387	Im Geltungsbereich des regionalen Raumentwicklungsprogrammes zukünftig geplante Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH: Im Geltungsbereich des Regionalplans wird die 50Hertz, insbesondere in Folge der zunehmenden Einspeiseleistung durch Erneuerbare Energien, in ihrer Regelzone die horizontale Übertragungskapazität weiter erhöhen müssen, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Diese bedarfsgerechte Erhöhung der Übertragungskapazität erfolgt sowohl durch Optimierung und Verstärkung bestehender Anlagen als auch durch den Neubau von Anlagen (NOVA-Prinzip: Netz-Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau). 50Hertz plant folgenden Netzausbau: • Perspektivisch soll die 380/220-kV-Netzkuppelstelle, der Anschluss der Stahlwerke Brandenburg/West, vom UW Wustermark zum UW Beetzsee/Nord verlagert werden. Damit besteht die Möglichkeit einer Leitungsoptimierung der 220-kV-Freileitung Wustermark - Brandenburg/West zwischen dem UW Wustermark und Beetzsee/Nord. Das Projekt ist im bestätigten NEP 2035 (Version 2021) unter der Projektnummer P526 beschrieben. • 50Hertz plant gemeinsam mit der E.DIS Netz GmbH die Errichtung eines neuen 380-/110-kV-Umspannwerkes in der Gemeinde Beetzseeheide mit kleinräumiger Anbindung an die vorhandene 380-kV-Freileitung und Verkabelung der 110-kV-Leitungseinbindungen. Beabsichtigt sind die - Errichtung eines gemeinsamen UW (110-kV-/380-kV-Anlagenteile, benötigte Fläche ca. 9 ha für 380-kV Schaltanlage und ca. 2 ha für 110-kV-Schaltanlage). - Anbindung des Standortes aus dem 110-kV-Netz (Verteilnetz) mittels Erdkabel und durch den punktuellen Austausch vorhandener Freileitungsmasten gegen Kabelübergangsmasten (E.DIS Netz GmbH) sowie -kleinräumige Einbindung durch die 380-kV-Freileitung unmittelbar am UW-Standort (50Hertz Transmission GmbH). Geplant ist die Einreichung der Genehmigungsanträge im Jahr 2023. Die Bauzeit wird sich nach Beendigung der Verfahren über zwei Jahre erstrecken. • Mit der Netzverstärkung Thyrow - Suchraum Großbeeren/Blankenfelde-Mahlow-Berlin/SüdosUSuchraum Stadtbezirk Steglitz-Zehlendorf - Suchraum Stadtbezirke Mitte/ Friedrichshain-Kreuzberg soll die derzeitige	Die Hinweise zu aktuellen Projekten der 50Hertz Transmission GmbH werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	380-kV-Diagonale mit einer südlichen Anbindung erweitert werden. Durch Neubau in bestehender Trasse wird die 220-kV-Freileitung von Thyrow nach Berlin/Südost durch eine 380-kV-Freileitung ersetzt. Auch wird eine neue 380-kV-Leitung vom Suchraum Großbeeren/Blankenfelde-Mahlow zum Suchraum Stadtbezirke Mitte/Friedrichshain-Kreuzberg errichtet. Mit dem oben beschriebenen Projekt wird eine vollständige Umstrukturierung des Umspannwerks Thyrow von 220-kV auf 380-kV, inklusive der Doppeleinschleifung in die 380-kV-Freileitung Wustermark - Ragow notwendig. Das UW Berlin/Südost wird dann mit der 380-kV-Netzverstärkung auf 380-kV umgestellt. Weiterhin wird die Errichtung eines neuen 380/110-kV-UW im Suchraum Großbeeren/Blankenfelde-Mahlow erforderlich, um die neue 380-kV-Freileitung/Kabel zu den bestehenden Standorten auf der 380-kV-Diagonale Berlin zu verbinden. Das Projekt ist im bestätigten NEP 2035 (Version 2021) unter der Projektnummer P531 unter der Maßnahme M531a beschrieben. Durch die oben genannte weitere Umstrukturierung des Leitungsnetzes im Berliner Raum auf 380-kV und der sukzessiven Auflösung des 220-kV-Betriebes, kann die Übertragungskapazität des Berliner Ringes weiter gesteigert und die 380-kV-Diagonale entlastet werden . Darüber ergibt sich das Erfordernis weiterer 380/110-kV-Netzschnittstelllen aus den Berliner Randlagen, zur Stützung der Lastzentren über das 110-kV-Verteilungsnetz (vorrangig nordwestlich sowie südöstlich Berlins). Zu nachfolgend genannten Regionalplänen hat sich 50Hertz bereits mit einer Stellungnahme und Angabe der o. g. Ausbauplanungen beteiligt: - Regionalplan Havelland-Fläming 2020 - 2. Entwurf (Stellungnahme von 2014) - Regionalplan für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien (Stellungnahme in 2015).	
BE-ID: 3388	Fazit: Wir bitten um Beachtung unserer o. g. Abstandsforderungen bei der Ausweisung neuer Windeignungsgebiete. Bei bereits vorhandenen Betroffenheiten bitten wir um entsprechende Regelungen im Textteil zum Regionalplan. Konflikte in den nachfolgenden Genehmigungsverfahren zur Errichtung von EE-Anlagen führen sonst zur Verzögerung/Verhinderung des notwendigen 380-kV-Netzausbau durch 50Hertz, welcher zur Aufnahme der Einspeisungen aus EE-Anlagen (Wind und PV) und damit dem Erreichen der klimapolitischen Ziele zwingend erforderlich ist.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3389	Langfristig plant 50Hertz eine Umstellung des 220-kV-Übertragungsnetzes (Leitungen und Umspannwerke) auf 380-kV. Für die Umstellung sollen grundsätzlich die Räume der vorhandenen 220-kV-Leitungstrassen genutzt werden. In Bereichen, wo der Freiraumverbund auf den Trassenkorridoren der bestehenden Freileitungen und damit den möglichen Ausbauoptionen liegt, wird ein Konflikt zwischen den Zielen des Freiraumverbundes und der Errichtung einer neuen Freileitung oder einer erforderlichen Schaltanlage gesehen. Um perspektivisch den Ersatz bestehender 220-kV-Leitungen durch einen 380-kV-Freileitungsneubau im bestehenden Trassenraum realisieren zu können, ist ein Trassenkorridor rechts und links der bestehenden Trassenachse freizuhalten. Nach unseren bisherigen Erfahrungen sollte der Freihaltebereich grundsätzlich 1 km rechts und 1 km links, mindestens jedoch jeweils 250 m von der bestehenden Trassenachse betragen. Nur so können auch Freiheitsgrade gegenüber Anforderungen Dritter, z. B. Abstände zu Wohnbebauungen etc. gewährleistet werden.	Die konkretisierende Darstellung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans im Entwurf des Regionalplans erfolgt nachrichtlich. Aus dieser Darstellung ergibt sich keine Bindungswirkung in Bezug auf die Bauleitplanung (siehe Rn.408 der Planbegründung). Diese entsteht allein durch den Landesentwicklungsplan, der gemäß seiner Festlegungskarte anzuwenden ist. Ein Freihaltekorridor kann aufgrund der Zielbindung des LEP HR von der Regionalen Planungsgemeinschaft im Freiraumverbund nicht festgelegt werden. Im Übrigen kann davon ausgegangen werden, dass der benannte Ausbau des Übertragungsnetztes nach Z 6.2 Absatz 2 LEP HR im Freiraumverbund zulässig ist. Ein Freihaltekorridor ist aus diesem Grund auch nicht erforderlich.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 b) Jüterbog-Forst Zinna		
BE-ID: 3377	In folgenden Vorrang-Vorbehaltsgebieten befinden sich Anlagen der 50 Hertz Transmission GmbH: Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: Jüterbog-Forst Zinna ? Betroffenheit mit unserer Richtfunkstrecke Thyrow - Gölsdorf.	Die Hinweise zur Betroffenheit einer Richtfunkstrecke in Bezug auf den großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort "Jüterbog-Forst Zinna" werden zur Kenntnis genommen. Von einer Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Jüterbog-Forst Zinna“ wird aus anderen Gründen abgesehen. (siehe BE 2304)
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 3381	Zu den Windeignungsgebieten: Für die Einordnung von Windkraftanlagen im Bereich von Freileitungen, verweisen wir auf die Einhaltung der Abstandsregelungen nach der DIN EN 50341-2-4. Es ist durch Ergänzungen im Textteil des Regionalplanes sicherzustellen, dass der erforderliche Mindestabstand gemäß DIN EN 50341-2-4, zu unseren Freileitungen eingehalten wird. Entsprechend der VDEW Empfehlung M35/98 (Seite 11) soll ein Mindestabstand von 3 x D zwischen Rotorblattspitze einer WEA bis zur Eingrenzung (Zaun) einer Freiluftschaltanlage (Umspannwerk) eingehalten werden. Die sich daraus ergebenden Mindestabstände führen zu einer Verringerung der tatsächlich nutzbaren Fläche für Windenergieanlagen. Für die Umspannwerke sind Ausbauperspektiven vorzuhalten (Erweiterung des UW insbesondere für die EE-bedingte Aufnahme der Rückspeisung aus dem VNB-Netz), eine direkte Annäherung der Windeignungsgebiete ist auch vor dem Hintergrund des Erreichens der klimapolitischen Ziele nicht zu empfehlen. Durch 50Hertz erfolgt im Rahmen der Erstellung des Netzentwicklungsplans Strom (NEP) unter anderem eine regionale Prognose des Zubaus von Windenergieanlagen Onshore. Hierzu ist eine Bereitstellung der im regionalen Raumentwicklungsplan festgelegten und neu vorgeschlagenen Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in einem Format, das es uns erlaubt, die Daten mit einem Geoinformationssystem weiterzuverarbeiten, notwendig . Wir bitten um Übergabe dieser Daten sobald die Windeignungsgebiete final festgelegt worden sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 3380	Eignungsgebiet für die Windenergienutzung: WEG 06 Zollchow: Betroffenheit mit unserer Richtfunkstrecke Gollwitzer Berg nach Schwarzholz. WEG 38 Ketzin/Havel-Wustermark: Betroffenheit mit unserer Richtfunkstrecke Gollwitzer Berg nach Wustermark; Betroffenheit mit unserer 380-kV-Leitung Thyrow-Wustermark 525/526. WEG 37 Nauen: Betroffenheit mit unserer 380-kV-Leitung Wolmirstedt-Teufelsbruch-Wustermark 493/494/498; Betroffenheit mit unserer 220-kV-Leitung Wustermark-Brandenburg West 319/324. WEG 17 Dahme/Mark-Ost: Betroffenheit mit unserer 380-kV-Leitung Ragow-Förderstedt-Jessen Nord 531/533/532; Betroffenheit mit unserer 380-kV-Leitung Ragow-Jessen Nord-Schönewalde 501/503/502.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 Z 2.3.1 VR Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 3382	Zu Vorranggebieten für Rohstoffgewinnung: Alle baulichen Veränderungen (z.B. Rohstoffabbau etc.) im Freileitungsbereich sind mit der 50Hertz Transmission GmbH abzustimmen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er bewirkt keine Planänderung. Begründung: Die baulichen Veränderungen werden im Rahmen des Betriebsplangenehmigungsverfahrens abgestimmt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 11 Horstfelde-Süd		
BE-ID: 3379	In folgenden Vorrang-Vorbehaltsgebieten befinden sich Anlagen der 50 Hertz Transmission GmbH: Vorranggebiete Rohstoffgewinnung: VR 11 Horstfelde-Süd ? Betroffenheit mit unserer Trafotransportstrecke UW Thyrow.	Die benannte Betroffenheit wird zur Kenntnis genommen und bewirkt keine Plänänderung. Begründung: Der Umgang mit oder eine Verlagerung der Trafotransportstrecke kann im Rahmen des Betriebsplanzulassungsverfahrens berücksichtigt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 05 Fichtenwalde		
BE-ID: 3378	In folgenden Vorrang-Vorbehaltsgebieten befinden sich Anlagen der 50 Hertz Transmission GmbH: Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung: VB 05 Fichtenwalde ? Betroffenheit mit unserer 380-kV-Leitung Thyrow-Wustermark 525/526.	Das vom LBGR vorgeschlagene Vorranggebiet Rohstoffgewinnung wird wegen vollständiger Lage im LSG und nicht vorhandenen HBP/RBP nicht mehr im Regionalplan festgelegt. Die Frage der Betroffenheit der 380-kV-Leitung braucht daher nicht weiter erörtert werden.
TÖB-Nr.: 267 / IHK Potsdam		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2682	Siedlung: III.2.1 Planungskonzept: Die Vorbehaltsgebiete Siedlung befinden sich außerhalb des nach LEP HR landesplanerisch festgesetzten Gestaltungsraums Siedlung. Mit ihnen sollen in der Region Havelland-Fläming Flächen herausgestellt werden, die - unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten - für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Dabei ist es keine Absicht der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung, alle Flächen darzustellen, auf denen gewohnt wird bzw. auf denen Wohnen möglich ist. Da der LEP HR keinen Planungsauftrag an die Regionalplanung zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung aufträgt, ergeben sich hieraus unmittelbar keine Kriterien zur Bestimmung. Gemäß der Anwendungshinweise der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne [3] werden dagegen folgende Kriterien empfohlen: Es wird begrüßt, dass über den Regionalplan zusätzliche Potenzialflächen für den Bereich Wohnungsbau, auch außerhalb der durch den LP HR festgelegten Gestaltungsbereich Siedlung, erhobenen Flächen festgelegt werden. Die Auswahlkriterien sind nachvollziehbar. Aufgrund der großen wirtschaftlichen Dynamik innerhalb der Hauptstadtregion sowie der zu erwartenden guten langfristigen Entwicklungsperspektiven wird der Flächenbedarf auch zukünftig als überdurchschnittlich eingeschätzt. Insbesondere im berlinnahen Raum wird die Flächennachfrage aufgrund der großen Nachfrage aus der Bundeshauptstadt und der berlinfernen Regionen langfristig als hoch eingeschätzt. Weitere Nachholeffekte der Suburbanisierung sind eine zentrale Ursache der zu erwartenden Entwicklung. Mit der Festlegung von 17.974 ha Vorbehaltsgebieten Siedlung kann in der Region Havelland-Fläming, über den Gestaltungsraum Siedlung nach LEP HR hinaus, auf Gebiete orientiert werden, die sich wegen ihrer Lagegunst in Bezug auf Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnsiedlungsflächenentwicklung im Bestand bzw. im Siedlungsanschluss besonders eignen. Da es sich bei den o.g. Flächen auch um Bestandsgebiete mit z. T. bebauten Flächen handelt, ist nicht nachzuvollziehen welche Flächenpotenziale zusätzlich zum LEP HR für die weitere Siedlungsentwicklung zur Verfügung stehen.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Bei der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wurde statistisch nicht herausgestellt, welche sich im Bestand oder auf unbebauten Flächen befinden. Mit diesen Gebieten werden unabhängig von Wachstumsfestsetzungen übergeordneter Landespläne Flächen herausgestellt, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten besonders geeignet sind, und so den Kommunen nachhaltige Entwicklungs- bzw. Verdichtungsoptionen aufgezeigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2683	Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte 1. Planungsanlass und Rechtsgrundlagen Die Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte (GIV) im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 erfolgt auf der Grundlage des Ziels 2. 3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg: In der Begründung zum Ziel 2.3 LRP HR wird dazu erläutert: Durch die Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte sollen geeignete Flächen für gewerblich-industrielle Nutzungen, mit herausgehobener Bedeutung für die jeweilige Region, vorgehalten werden. Gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte dienen, in Ergänzung zu den durch die Bauleitplanung für die kurz- und mittelfristige Nachfrage zu entwickelnden, kleinen und mittleren Gewerbegebieten, der langfristigen Flächensicherung für gewerblich industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf. Die Vorsorgefunktion wird insbesondere dadurch erfüllt, dass diese Standorte auch von kleinteiligen gewerblichen Nutzungen weitgehend freizuhalten sind. Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte sollen ansiedlungswilligen Unternehmen nachfragenah zur Verfügung stehen. In jeder Region sind für diese Funktion nur wenige, besonders geeignete Standorte auszuwählen. Die IHK Potsdam hat sich bereits in Ihrer Stellungnahme zum LP HR für die Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte ausgesprochen. Die Begrenzung auf wenige Standorte je Region wird jedoch nicht generell als zielführend eingeschätzt, sondern sollte sich an der zu erwartenden Flächennachfrage und Qualität sowie Verfügbarkeit orientieren. Die Regionen der Planungsgemeinschaft umfassen die attraktivsten Teile der Hauptstadtregion. Insbesondere die südlichen berlinnahen Bereiche in unmittelbarer Nähe zum BER sowie die Teile des westlichen Berliner Umlandes weisen überdurchschnittliche Standortqualitäten auf. Hier sollte ein entsprechendes Flächenangebot gemacht werden.	Die kritischen Hinweise zur Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte, beinhalten bekannte Sachverhalte und werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Ausarbeitung des Planungskonzepts wurde auch die Festlegung von Standorten im südlichen und westlichen Berliner Umland in Betracht gezogen. Trotz der festgestellten guten bis sehr guten Eignung kommen diese Standorte vor allem aufgrund der Nachfrage nach kurz- und mittelfristig zur Verfügung stehenden Flächen als Vorsorgestandort nicht in Betracht. Die Festlegung gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte verfolgt grundsätzlich einen längerfristigen, strategischen Ansatz im Interesse einer räumlich ausgewogenen Wirtschaftsstruktur. Unter diesem Aspekt ist durch die Regionale Planungsgemeinschaft auch der Sachverhalt zu berücksichtigen, dass das Berliner Umland in den vergangenen Jahrzehnten bereits in erheblichen Umfang für gewerbliche Ansiedlungen in Anspruch genommen wurde. Es wird insbesondere auf die ergänzende Unterlage „Bewertung von Standortalternativen für die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten aufgrund der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Belegenheitskommunen“, Stand Oktober 2021, verwiesen.
BE-ID: 2684	Eine intensive Abstimmung der Regionalplanung und Bauleitplanung mit der Bundeshauptstadt ist wünschenswert. Obwohl jede der fünf Brandenburger Regionalen Planungsgemeinschaften an das Land Berlin grenzt, ist Berlin formell in diese Verbünde nicht integriert. Gleiches gilt für die spiegelbildliche Blickrichtung - in der Berliner Planung werden benachbarte Brandenburger Regionen und Kommunen zu wenig gehört. Es wäre wünschenswert, wenn bei der Festlegung der o.g. Vorsorgestandorte eine gemeinsame industriepolitische Strategie der beider Länder ein Auswahlkriterium bei der Festlegung sein könnte. Die Planungen beider Länder, insbesondere für Neuansiedlungen und Erweiterungen, sollten besser abgestimmt werden. Denn die Wirtschaft agiert nach wie vor global mit dem Ausgangspunkt (Heimathafen) in der Metropolregion Hauptstadtregion. Ländergrenzen und unterschiedliche administrative Anforderungen werden hier als Hindernis wahrgenommen. Für den gemeinsamen Wirtschaftsstandort Metropolregion bedeutet dies nicht nur, dass Gewerbeflächen miteinander in Beziehung stehen, sondern auch, dass Angebote an Wohnraum für Fachkräfte miteinander korrespondieren. Die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg bei der Industrie- und Gewerbeflächenentwicklung sollte intensiviert werden. Aus der internationalen Perspektive betrachtet, ist bei diesem Thema nur die Metropolregion Berlin-Brandenburg als Suchraum relevant. Perspektivisch gesehen ist eine gemeinsame Planung, Entwicklung und Vermarktung von Industrie- und Gewerbeflächen anzustreben.	Die Hinweise zur Gewerbeflächenentwicklung in der Hauptstadtregion werden zur Kenntnis genommen. Eine gemeinsame industriepolitische Strategie der Länder Berlin und Brandenburg ist der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht bekannt. Die Belange der gesamträumlichen Entwicklung im Planungsraum der Hauptstadtregion werden durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg vertreten. Der Stellungnahme der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung vom 01.07.2022 können keine Anregungen oder Bedenken im Sinne der Einwendung entnommen werden. Auch die Stellungnahme der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz des Landes Berlin vom 30.05.2022 beinhaltet diesbezüglich keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken.
BE-ID: 2685	Bei der Fortentwicklung von neuen Industrie- und Gewerbestandorten müssen die sich wandelnden Anforderungen, die sich infolge des anhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandels ergeben, stärker berücksichtigt werden. Insbesondere die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung sowie die rasanten Entwicklungen und Veränderungen in der Mobilitäts-, Energie- und Klimapolitik der vergangenen zwei Jahre müssen bei der Standortwahl zentrale Schwerpunkte sein und ggf. neu gewichtet werden. Die beiden im weiteren Metropolenraum befindlichen, ausgewählten gewerblich industriellen Vorsorgestandorte Brandenburg	Die Zustimmung zur Festlegung der großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorte wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Anregung, weitere großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte im Berliner Umland festzulegen, wird auf BE 2683 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	a.d.H.-Paterdamm/Kloster Lehnin-Krahne und Jüterbog-Forst Zinna werden von der IHK Potsdam ausdrücklich positiv bewertet. Zusätzliche großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte im berlinnahen Raum an den untersuchten Standorten Teltow, Blankenfelde-Mahlow, Potsdam-West-Werder sowie Nauen-Brieselang-Wustermark sind für die Attraktivität der Hauptstadtregion bei nationalen sowie internationalen Investoren im Kontext der Standortsuche und Neuansiedlung zwingend erforderlich.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2686	Vorbeugender Hochwasserschutz (1) Die Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für die Gewässerretention umfassen alle Flächen außerhalb von Ortslagen, die bei einem Hochwasserereignis mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren natürlicherweise überschwemmt werden und nicht bereits als Überschwemmungsgebiet gemäß § 76 WHG festgesetzt sind. Die bestehende Bebauung in den Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz hat Bestandsschutz und wird durch die überlagernde raumordnerische Festlegung nicht zu einer rechtswidrigen Nutzung. Bewertung: (+) Bestandsschutz	Die Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die Stellungnehmerin stellt folgerichtig fest, dass die bestehende Bebauung in den Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz Bestandsschutz hat und durch die überlagernde raumordnerische Festlegung nicht zu einer rechtswidrigen Nutzung wird. Die Darstellung von Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz in Bereichen von vorhandener Bebauung dient dazu, auf das bestehende Risiko hinzuweisen und zu entsprechenden Maßnahmen der Eigenvorsorge anzuregen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2688	Windenergienutzung: Ein weiteres Ziel des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 ist es, den Ausbau der Windenergie als wichtigen Teil der Energiewende zu ermöglichen und die in der Energiestrategie 2040 des Landes Brandenburg formulierten Ausbaukorridore für die Region zu sichern. Der aktuelle Entwurf der „Energiestrategie 2040" untermauert, dass zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele auf Bundes- und Landesebene der weitere und verstärkte Ausbau der Windenergie zwingend notwendig ist. Die IHK Potsdam begrüßt dieses Ziel. Mit dem Ausbau der Windenergie geht auch eine zunehmende Flächen-Inanspruchnahme einher (Energiestrategie 2040, S. 23 f.). Damit der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 zukunftsfest aufgestellt wird, ist bereits jetzt das Flächenziel von 2% der Landesfläche für die Windenergienutzung deutlich zu erhöhen. Die Erhöhung des Flächenzieles bedarf daher einer ambitionierten Regionalplanung, die Möglichkeiten aufzeigt, wie die klimaneutrale Energieversorgung, die Erzeugung von grünem regionalem Wasserstoff und auch die Sektorenkopplung erreicht werden können.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2689	Die Planungsgemeinschaft weist mit dem Regionalplan Eignungsgebiete für die Nutzung von Windenergie aus. Damit sind nach §7 ROG andere mit der Windenergie verträgliche Nutzungen in den Gebieten zulässig, wobei umgedreht raumrelevante Windenergieanlagen an anderer Stelle im Planungsraum der Regionalplanung ausgeschlossen werden. Entsprechend der uns vorliegenden Unterlagen ist hierdurch das Repowering von Anlagen außerhalb der Eignungsgebiete nicht mehr zulässig. Wir weisen darauf hin, dass u. a. die Wartung und umfassende Instandhaltung, bis hin zum Austausch von Bauteilen betroffener Anlagen, auch in Zukunft ermöglicht werden muss. Die effektive Nutzung der Windenergie durch leistungsstarke Windenergieanlagen (Repowering) wird in diesem Zusammenhang begrüßt. Ziel des Regionalplans sollte es sein, dass die bereits genutzten Flächen, die Anlagen und die vorliegenden Infrastrukturen für die Windenergieerzeugung effizient und nachhaltig genutzt werden. Die Akzeptanz der Bevölkerung und die Erfordernisse eines effizienten Ressourceneinsatz sind an diesen Standorten bereits vorhanden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2690	Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 benennt Kriterien zum Ausschluss von Gebieten für die Windenergienutzung. Diese sind aus Sicht der Wirtschaft sinnvoll und nachvollziehbar. Dabei sind nach Ansicht der IHK Potsdam besonders Areale, die in der Nähe von Gewerbe und Industrie liegen, für den Ausbau der erneuerbaren Energien gut geeignet. Die Verfügbarkeit an Erneuerbaren Energien stellt neben der Verfügbarkeit an Flächen und Fachkräften den wesentlichen Standortfaktor für Unternehmensansiedelungen dar. Es sollte jedoch keine Flächenkonkurrenz herbeigeführt, sondern Synergien entwickelt und genutzt werden. Die Energieversorgung von Industrie- und Gewerbegebieten sollte so weit wie möglich erneuerbar und lokal erfolgen. Die Windenergie bietet hierfür beste Voraussetzungen um u.a. die Sektorenkopplung (Strom, Wärme, Mobilität) voranzubringen. Die effiziente Erzeugung und Verwendung von Energie bei gleichzeitig größtmöglicher Ressourcenschonung sollte das Gebot der Stunde sein, um die Klimaerwärmung einzudämmen und CO2-Emissionen zu vermeiden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2691	Der vorliegende Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gibt auf Seite 61 an, dass zum einen die Mindestgröße von Windeignungsgebieten aufgrund einer Darstellungsgenauigkeit größer als 10 ha sein müssen und zum anderen, dass die Regionale Planungsgemeinschaft pauschal potenzielle Eignungsgebiete ausschließt, die kleiner als 25 ha sind bzw. auf denen nicht mindestens drei Windenergieanlagen realisiert werden können. Die Energiewende mit dem Ziel der Klimaneutralität gelingt nur mit einem schnellen und ambitionierten Ausbau, dies schließt diese Potenzialflächen ein. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen muss der Transformationsprozess des Energiesystems dringender denn je gelingen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2692	Der vorliegende Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gibt auf Seite 66 an, dass die Planungsgrundlagen noch auf der Energiestrategie 2030 (Stand 2012) beruhen und selbst die damalige Zielstellung, 2 % der Landesfläche für Windenergie mit einem Leistungsziel von 2.400 MW bis 2030 zu installieren, nicht erreicht werden wird. Anstatt eines weiteren Ausbaus geht der Entwurf des Regionalplans 3.0 derzeit von einem Rückbau um 10 bis 20 Prozent aus. Die IHK Potsdam weist an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sich nicht nur die Zielstellungen der Energiestrategie 2040 zu eigen macht sollte, sondern auch die aktuellen politischen Gegebenheiten entsprechend berücksichtigt. Ziel des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sollte es sein neben der Windenergie, allen Erneuerbaren Energien weiteren substanziellen Raum zu verschaffen und den starken Zubau zu forcieren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2687	Vorranggebiete für die Landwirtschaft (siehe Regionalplan, S. 15) (1) In den Vorranggebieten für die Landwirtschaft hat die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis(§ 17 Bundes-Bodenschutzgesetz) Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. (2) Für bauleitplanerische Festlegungen für die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von solarer Strahlungsenergie.sind Ausnahmen von Absatz 1 möglich, wenn das Vorhaben nach § 30 BauGB zulässig sein soll und eine der beiden nachfolgenden Bestimmungen erfüllt ist. a. Bei der Flächennutzung werden die landwirtschaftliche Bodennutzung und die Energiegewinnung, mittels einer Solaranlage, auf derselben Landfläche kombiniert (sogenannte Agri Photovoltaik}, so dass entsprechend DIN SPEC 91434:2021-05 die landwirtschaftliche Bewirtschaftung unter einer Aufständerung der Solarmodule, in Höhe von mindestens 2, 10 Meter oder zwischen bodennahen Modulreihen durchführbar ist und der landwirtschaftliche Flächenverlust durch die	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Solaranlage nicht mehr als 10 Prozent für hoch aufgeständerte bzw. 15 Prozent für bodennahe Solarmodule beträgt. b. Der Geltungsbereich eines Bebauungsplans für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie befindet sich innerhalb eines Flächenkorridors von 200 Metern entlang zu Bundesautobahnen gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und Schienenwegen im Sinne des Al/gemeinen Eisenbahngesetzes (AEG). Der Geltungsbereich darf den Flächenkorridor nach Satz 1 um maximal 25 Prozent überschreiten, sofern diese Flächen ausschließlich für Anlagen für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie vorgesehen sind. (3) Weitere Ausnahmen von Absatz 1 sind unter der Voraussetzung möglich, dass das raumbedeutsame Vorhaben, insbesondere für eine linienhafte Infrastruktur, nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb der Vorrangbiete für die Landwirtschaft durchgeführt werden kann, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung minimiert wird. Bewertung:(+) Agri-PV und Einzelfall-Ausnahmen	
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 2693	1. Oberflächennahe Rohstoffe Hier ist weitergehend zu prüfen bzw. in der Bewertungssystematik anzupassen: • 2.14 Biotopverbundfläche: VR Rohstoffgewinnung befindet sich teilweise innerhalb der Kernflächen des Biotopverbunds. • 2.19 Sensible Moore; VR Rohstoffgewinnung überlagert geringfügig sensible Moore. • Biotopverbund und sensible Moore werden geringer gewichtet als der Eingriff in Landschaftsschutzgebiete. Hier wäre die Bedeutung von Moorflächen für den Klimaplan Brandenburg abzugleichen. Zudem gewinnt das Thema „Biotopverbund" im Zuge der Umsetzung des Green Deals für Brandenburg an Bedeutung. Hier sind Konflikte zu erwarten.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es kann allerdings nicht nachvollzogen werden, auf welches Vorranggebiet Rohstoffgewinnung die Hinweise zutreffen. Für die Vorrang-/ und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung werden im Rahmen der Umweltprüfung Steckbriefe erarbeitet, in denen die Umweltauswirkungen bewertet werden. Die Steckbriefe für die Vorranggebiete Rohstoffgewinnung werden im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens aktualisert.
TÖB-Nr.: 281 / Landkreistag Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 4	Für die Einbeziehung zum Entwurf des Regionalplans "Havelland--Fläming 3.0" dürfen wir uns recht herzlich bedanken. Hinweise und Anmerkungen haben wir hierzu nicht. Anbei finden Sie als Anlage das ausgefüllte Empfangsbekenntnis.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 283 / Unternehmerverband Mineralische Baustoffe e.V. (UVMB)		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2581	Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Fortschreibung des Regionalplans HavellandFläming möchte der Unternehmerverband Mineralische Baustoffe (UVMB) e.V. Stellung nehmen. Der UVMB vertritt die rohstoffgewinnende und weiterverarbeitende Steine- und Erdenindustrie sowie die Hersteller von Recycling-Baustoffen in den fünf neuen Bundesländern. Von den inhaltlichen Aussagen und Festlegungen zur Rohstoffsicherung ist die von uns vertretene Industrie unmittelbar betroffen. Das Thema „Rohstoffsicherung" ist für die Rohstoffgewinnenden Unternehmen (Sand, Kies, Tonrohstoffe) von grundlegender Bedeutung, insbesondere für die Planungssicherheit in den nächsten Jahrzehnten. Weiterhin hat der Umfang, in dem Rohstoffsicherung betrieben wird, unmittelbare Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen für die verarbeitende Steine- und Erdenindustrie (Transportbeton-, Betonwaren- und Betonfertigteil- sowie Asphalt-Industrie), die wir ebenfalls in unserem Verband vertreten. Mit diesem Schreiben übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme mit Hinweisen und Anregungen und stehen selbstverständlich auch für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.	Das Engagement des UVMB wird zur Kenntnis genommen. Die hier gegebenen Hinweise führen zu keiner Planänderung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2582	Der Planungsverband Havelland-Fläming hat für die Bearbeitung des Themas Rohstoffsicherung folgende Unterlagen vorgelegt: • Regionalbericht: Sicherung oberflächennaher Rohstoffe (Stand: September 2017) • Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung Obwohl sich der Planungsverband sichtbar bemüht hat, das Thema Rohstoffsicherung abzuarbeiten und umfangreiche Daten erhoben hat, müssen wir wiederum auf fachliche und methodische Mängel hinweisen, wie wir es bereits beim Vorgängerplan getan haben. Rohstoffsicherung und die damit verbundene Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten auf der Basis von trivialmathematischen Ansätzen führt zu Fehleinschätzungen. Der vorliegende Plan berücksichtigt unzureichend die lagerstättengeologischen und lagerstättenwirtschaftlichen Verhältnisse in der Planungsregion und zeigt insbesondere die Grenzen von schematischen Bewertungsmatrizen auf. Derartige Bewertungsverfahren müssen grundsätzlich mit Einfallbewertungen, die die ganz konkreten Standortbedingungen berücksichtigen, untersetzt werden (siehe Schröder, N. u. Vulpius, B. (2021):Aufsuchung und Gewinnung einheimischer Rohstoffe - Aspekte zur planerischen Umsetzung der Rohstoffsicherung.- RaumPlanung 213 / 5-2021, S. 57-61, Dortmund.) An dieser Stelle möchten wir unsere Kompetenz anbieten und in einen fachlichen Austausch treten. Der UVMB ist in seinem Verbandsgebiet beratendes Mitglied in einigen Planungsversammlungen. Weiterhin möchten wir auf drei Veröffentlichungen in der Zeitschrift Raum Planung (208/5-2020, 211/2-2021, 213/5-2021) verweisen, die sich gerade mit methodischen Fragen zur Rohstoffsicherung auseinandersetzen und unmittelbar unsere Kritikpunkte am vorgelegten Regionalplanentwurf aufgreifen.	Die Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch zu keiner Planänderung. Begründung: Die vorgebrachten Argumente sind vor dem Hintergrund der bestätigten "umfangreichen Datenerhebung" sowie der im Planungskonzept zu Grunde gelegten fachlichen Einschätzung des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe des Landes Brandenburg nicht nachvollziehbar. Eine weitergehende raumordnerische Konflikteinschätzung ist nach ROG begründet.
BE-ID: 2583	Regionalbericht: Sicherung oberflächennaher Rohstoffe (Stand: September 2017) Der Monitoringbericht stellt eine wertvolle Datengrundlage für die Bewertung der Rohstoffnutzung in der Planungsregion dar. Zwar kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass „die Intensität der Nutzung der Rohstoffgebiete ... äußerst unterschiedlich" ist, analysiert und hinterfragt diese aber nicht. Eine derartige Analyse, die bei den Lagerstättengeologischen und lagerstättenwirtschaftlichen Verhältnissen ansetzen müsste, ist aber eine grundlegende Voraussetzung, um das Thema Rohstoffsicherung fachgerecht bearbeiten zu können. An dieser Stelle wollen wir einige fachliche Hinweise geben. Eine vollumfängliche Bearbeitung des Themas ist im Rahmen dieser Stellungnahme nicht möglich.	Der Hinweis auf ein Hinterfragen der äußerst unterschiedlichen Nutzungsintensität der Rohstoffgebiete des Monitoringberichtes ist nachvollziehbar. Hierfür liegen meist marktwirtschaftliche Gründe (bis hin zu etlich in Insolvenz gegangene Abbaubetriebe) vor, die sich der raumplanerischen Steuerungsfähigkeit entziehen.
BE-ID: 2586	Regionalbericht: Sicherung oberflächennaher Rohstoffe (Stand: September 2017) Es werden zwei methodische Defizite deutlich: 1.) Der Monitoringbericht von 2017 erfasst nicht den aktuellen Stand der Beanspruchung der Vorranggebiete und damit die Dynamik in der Flächeninanspruchnahme. Insbesondere bei Standorten mit einer hohen jährlichen Fördermenge werden aus dem Monitoringbericht nicht die notwendigen Schlussfolgerungen für die Ausweisung von Vorranggebieten mit einem entsprechenden zeitlichen Vorlauf abgeleitet. 2.) Der berechnete Sicherungszeitraum von 35 Jahren ist im Fall der Planungsregion lediglich ein rechnerischer Wert ohne Aussagekraft. Wenn die Rohstoffsicherung an den beiden Einzelstandorten mit überregionaler Versorgungsfunktion, die 70 % der Gesamtmenge bereitstellen, durch Vorranggebiete nicht abgesichert ist, macht eine Betrachtung des Sicherungszeitraums keinen Sinn. An dieser Stelle muss noch einmal betont werden, dass ein Standort der gegenwärtig 10.000 bis 50.000 Tonnen pro Jahr fördert, nicht in der Lage ist, einen Standort mit einer Jahresförderung von 800.000 Tonnen zu ersetzen. Für eine geringe Fördermenge an anderen Standorten gibt es in der Regel lagerstättengeologische und lagerstättenwirtschaftliche Gründe, denen der Monitoringbericht nicht auf den Grund geht. An dieser Stelle wäre eine einfache Standortanalyse mit einer Einstufung der wirtschaftlichen Bedeutung und möglicher Perspektiven auch durch Befragung der Unternehmer vor Ort im Sinne einer transparenten Planung zwingend notwendig gewesen. Auch eine Nutzung von informellen Instrumenten wie Rohstoffdialogen vermeidet solche	Die Hinweise zum Regionalbericht werden zur Kenntnis genommen. Eine, über die Bauwürdigkeitseinschätzung des LBGR hinaus gehende marktwirtschaftliche Einschätzung steht der Planungsgemeinschaft jedoch nicht zu und wird in der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne auch nicht eingefordert.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Fehleinschätzungen. Das Kriterium „a) wirtschaftliche Bedeutung" in den entsprechenden Bewertungstabellen mit einer dreistufigen Skala ist hierfür völlig unzureichend. Hier wird Lagerstätten die gleiche wirtschaftliche Bedeutung zugestanden, obwohl an den Standorten die gewonnene Rohstoffmenge um mehr als den Faktor 20 differiert.	
BE-ID: 2587	Regionalplanentwurf: Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung Der Regionalplan behandelt das Thema Rohstoffsicherung ausschließlich unter Eingriffsgesichtspunkten. Die angewandte Methodik hatten wir bereits in der Vergangenheit kritisiert. Diese Form der Ausschlussplanung entspricht nicht den aktuellen Anforderungen an eine moderne Regional- und Raumplanung. Nach unserer Auffassung wird in die Abwägung die wirtschaftliche Bedeutung des einzelnen Lagerstättenstandorts nicht angemessen eingestellt. Der Planungsansatz nach einem weitgehenden Ausschluss von Raumnutzungskonflikten halten wir grundsätzlich für falsch. Die Aufgabe der Regionalplanung sollte es sein, Lösungsmöglichkeiten für Raumnutzungskonflikte aufzuzeigen, statt eine harten Ausschlussplanung durchzuführen. Gerade die Erfahrungen bei der Nutzung heimischer Rohstoffe zeigen, dass ein Großteil von Nutzungskonflikten gelöst werden kann. In diesem Zusammenhang müssen wir auch einige Prüfkriterien, die im Arbeitsschritt 2 aufgeführt sind, in Frage stellen. Der Regionalplan sollte sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Die im Regionalplanentwurf vorgelegte Planungstiefe übersteigt deutlich die Anforderungen sowie die planerischen Möglichkeiten und Kompetenzen der Regionalplanung. Gerade in den Abwägungstabellen ist immer wieder festzustellen, dass die Regionalplanung versucht, Fragestellungen zu klären, die eigentlich in das Zulassungsverfahren gehören. Dabei ist leider festzustellen, dass der gewählte regionalplanerische Ansatz immer zu Lasten der Rohstoffsicherung ausfällt. Sehr kritisch bewerten wir die Beurteilungen der Regionalplaner im Zusammenhang mit Waldumwandlungen.	Die Anregungen und Bedenken können nicht nachvollzogen werden. Begründung: Eine, über die Bauwürdigkeitseinschätzung des LBGR hinaus gehende marktwirtschaftliche Einschätzung steht der Planungsgemeinschaft nicht zu. Darüber hinaus folgt die Methodik des Planungskonzepts der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne des Landes Brandenburg.
BE-ID: 2588	Zwar finden sich unter „1. Planungsanlass und -absicht" eine ganze Reihe von wichtigen Gesichtspunkten, die die Bedeutung der Gewinnung heimischer Baurohstoffe unterstreichen, leider finden diese inhaltlich keinen Eingang in die raumplanerische Abwägung und entfalten somit auch keine Wirkung bei der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten. Für sehr problematisch halten wir den Umgang der Regionalplaner mit dem Fachbeitrag des LBGR. Hier wird von den Regionalplanern bei Raumkonflikten eine Ausschlussplanung grundsätzlich zu Lasten von Flächen zur Rohstoffsicherung praktiziert, die fachlich fragwürdig erscheint. Forderung: • Die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten sollte auf der Basis der vorgeschlagenen Flächenausweisungen des LBGR erfolgen. Flächenbeschneidungen gegenüber den Vorschlägen des LBGR sollten vermieden werden. Für die meisten der bisher vorgenommenen Flächenreduzierungen besteht regionalplanerisch kein Erfordernis. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens wird über die genaue Flächeninanspruchnahme innerhalb von Vorranggebieten entschieden.	Die Forderung ist nicht nachvollziehbar. Begründung: Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung folgt dern Vorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne. Hinweis: Die Festlegungen besitzen zudem keinen Ausschlusscharakter - so bleiben z.B. Abbaumöglichkeiten auf lokaler Ebene von den regionalplanerischen Festlegungen unberührt.
BE-ID: 2589	Forderung: • Grundsätzlich sollten alle Vorbehaltsgebiete, in denen aktuell Rohstoffe gewonnen werden bzw. dies kurzfristig zu erwarten ist, als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung ausgewiesen werden.	Die Forderung ist nicht nachvollziehbar. Begründung: Die Unterscheidung zwischen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten begründet sich nach dem ROG § 7 in Verbindung mit § 3 (1) Punkte 2. und 3.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2590	Forderung: • Da leider die Brandenburger Regionalpläne nicht modernen Konzepten zur Rohstoffsicherung wie beispielsweise die Länder Sachsen und Thüringen folgen und die Ausweisung einer dritten Kategorie ("Vorranggebiet langfristige Rohstoffsicherung" - Das Vorranggebiet langfristige Rohstoffsicherung hat inzwischen auch Eingang in die aktuelle Kommentierung zum ROG gefunden (Vgl. Spannowsky; W.; Runkel, P.; Goppel, K. (2018): Raumordnungsgesetz (ROG) Kommentar. 2. Auflage. München: Verlag C. H. Beck.)) vornehmen, sollten die vom LBGR vorgeschlagenen Rohstoffpotentialflächen in einer gesonderten Karte ohne Grundsatz- und Zielfunktion zur Darstellung gebracht werden. Diese Flächen können zum Beispiel langfristig eine gewisse Orientierung für die Aufsuchung neuer Lagerstätten bieten und langfristig auf zu lösende Nutzungskonflikte hinweisen. Dies könnte auch ein Weg sein, das Thema „vorsorgende Rohstoffsicherung" in den Plan einzubinden. Gegenwärtig ist die vorsorgende Rohstoffsicherung im Regionalplan nicht erkennbar bearbeitet worden.	Der Anregung, eine zusätzliche raumordnerische Kategorie "Vorranggebiet für die langfristige Rohstoffsicherung" aufzunehmen, wird nicht gefolgt. Begründung: Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Nach ROG § 7 (8) sind Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet. Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung folgt den Vorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne. Hinweis: Die Festlegungen besitzen zudem keinen Ausschlusscharakter - so bleiben z.B. Abbaumöglichkeiten auf lokaler Ebene von den regionalplanerischen Festlegungen unberührt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 10 Horstfelde-Nord		
BE-ID: 2584	Regionalbericht: Sicherung oberflächennaher Rohstoffe (Stand: September 2017) Die Sicherung der Rohstoffversorgung in der Planungsregion bei der Rohstoffgruppe Sand/Kies ist im Wesentlichen von zwei Lagerstätten abhängig. Auf die Standorte Linthe West (VR 15) und Horstfelde (VR 21 im Regionalbericht zum Regionalplan 2020) konzentrieren sich ca. 70 % der gesamten Fördermenge. Allein am Standort Horstfelde werden ca. 50 % der gesamten Rohstoffmenge gewonnen. Er besitzt eine herausragende Bedeutung für die Rohstoffversorgung der gesamten Region. Diese resultiert insbesondere aus folgenden Gesichtspunkten, die nur in sehr beschränkten Umfang eine Bewertung erfahren haben: • Rohstoffmenge, Rohstoffqualität,• weitere für die Lagerstättennutzung wichtige Parameter wie Rechtsverhältnisse, geologischer Erkundungsgrad,• Leistungsfähigkeit der Aufbereitung und Aufbereitungskapazität,• Breite des Produktportfolio,• Lage des Standorts innerhalb des Marktes, bedarfsgesteuerte gewachsene Versorgungsstrukturen, • Alleinstellungsmerkmale,• Infrastrukturelle Anbindung. Hier erwarten wir, dass sich der Planungsverband im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplanes ein umfassendes Bild zu den wichtigsten Lagerstättenstandorten vor Ort verschafft. Wir sind auch gern bereit hier den Kontakt zu den Unternehmen herzustellen. In anderen Planungsregionen in Deutschland ist dies inzwischen Standard. In die raumordnerische Abwägung werden diese oben aufgeführten Punkte nicht eingestellt. Das Punktesystem kann die wirtschaftliche Bedeutung der Lagerstätte für die Rohstoffversorgung nicht adäquat abbilden. Auch wenn weitere Vorrangflächen in der Planungsregion ausgewiesen sind, sind die anderen Standorte aus verschiedenen Gründen nicht ansatzweise in der Lage, eine ähnliche Versorgungsfunktion einzunehmen. In diesem Zusammenhang muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die im Regionalplan vorgesehene Ausweisung von Vorranggebieten für den Standort Horstfelde völlig unzureichend sind. Die	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Grenzen der gegenwärtig ausgewiesenen Vorranggebiete werden bereits Ende 2022 erreicht sein. Damit stellt der vorgelegte Entwurf für den Standort Horstfelde bestenfalls den aktuellen Planungsstand dar. Planerische Ansätze, die Rohstoffe über einen längeren Zeitraum sichern, sind nicht erkennbar. Forderung: • In Anbetracht der herausragenden wirtschaftlichen Bedeutung und Sonderstellung innerhalb der Planungsregion und für die überregionale Rohstoffversorgung sind die Flächen Horstfeld-Nord (133 ha) und Horstfeld-Süd (97 ha) den Empfehlungen des LBGR folgend vollständig als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung auszuweisen. In Anlage 1 sind die vorgeschlagenen notwendigen Änderungen für die Vorranggebiete VR-10 HorstfeldeNord und VR-11 Horstfelde-Süd dargestellt (Anmerkung Excerpierer: Karte aud S. 6 der Stellungnahme und beide Vorranggebiete unter Einschluss der unmittelbar angrenzenden Vorbehaltsgebiete).	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 11 Horstfelde-Süd		
BE-ID: 2585	Regionalbericht: Sicherung oberflächennaher Rohstoffe (Stand: September 2017) Die Sicherung der Rohstoffversorgung in der Planungsregion bei der Rohstoffgruppe Sand/Kies ist im Wesentlichen von zwei Lagerstätten abhängig. Auf die Standorte Linthe West (VR 15) und Horstfelde (VR 21 im Regionalbericht zum Regionalplan 2020) konzentrieren sich ca. 70 % der gesamten Fördermenge. Allein am Standort Horstfelde werden ca. 50 % der gesamten Rohstoffmenge gewonnen. Er besitzt eine herausragende Bedeutung für die Rohstoffversorgung der gesamten Region. Diese resultiert insbesondere aus folgenden Gesichtspunkten, die nur in sehr beschränkten Umfang eine Bewertung erfahren haben: • Rohstoffmenge, Rohstoffqualität,• weitere für die Lagerstättennutzung wichtige Parameter wie Rechtsverhältnisse, geologischer Erkundungsgrad,• Leistungsfähigkeit der Aufbereitung und Aufbereitungskapazität,• Breite des Produktportfolio,• Lage des Standorts innerhalb des Marktes, bedarfsgesteuerte gewachsene Versorgungsstrukturen, • Alleinstellungsmerkmale,• Infrastrukturelle Anbindung. Hier erwarten wir, dass sich der Planungsverband im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplanes ein umfassendes Bild zu den wichtigsten Lagerstättenstandorten vor Ort verschafft. Wir sind auch gern bereit hier den Kontakt zu den Unternehmen herzustellen. In anderen Planungsregionen in Deutschland ist dies inzwischen Standard. In die raumordnerische Abwägung werden diese oben aufgeführten Punkte nicht eingestellt. Das Punktesystem kann die wirtschaftliche Bedeutung der Lagerstätte für die Rohstoffversorgung nicht adäquat abbilden. Auch wenn weitere Vorrangflächen in der Planungsregion ausgewiesen sind, sind die anderen Standorte aus verschiedenen Gründen nicht ansatzweise in der Lage, eine ähnliche Versorgungsfunktion einzunehmen. In diesem Zusammenhang muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die im Regionalplan vorgesehene Ausweisung von Vorranggebieten für den Standort Horstfelde völlig unzureichend sind. Die Grenzen der gegenwärtig ausgewiesenen Vorranggebiete werden bereits Ende 2022 erreicht sein. Damit stellt der vorgelegte Entwurf für den Standort Horstfelde bestenfalls den aktuellen Planungsstand dar. Planerische Ansätze, die Rohstoffe über einen längeren Zeitraum sichern, sind nicht erkennbar. Forderung: • In Anbetracht der herausragenden wirtschaftlichen Bedeutung und Sonderstellung innerhalb der Planungsregion und für die überregionale Rohstoffversorgung sind die Flächen Horstfeld-Nord (133 ha) und Horstfeld-Süd (97 ha) den Empfehlungen des LBGR folgend vollständig als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung auszuweisen. In Anlage 1 sind die vorgeschlagenen notwendigen Änderungen für die Vorranggebiete VR-10 HorstfeldeNord und VR-11 Horstfelde-Süd dargestellt (Anmerkung Excerpierer: Karte aud S. 6 der Stellungnahme und beide Vorranggebiete unter Einschluss der unmittelbar angrenzenden Vorbehaltsgebiete).	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird diesbezüglich einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen. Der vom LBGR über den Bereich des Rahmenbetriebsplans hinaus vorgeschlagene südöstliche Ansatz, kann bis auf einen Waldstreifen mit Waldfunktion im Regionalplan als Vorranggebiet festgelegt werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 285 / Waldbesitzerverband Brandenburg e.V.		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 770	Zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nimmt der Waldbesitzerverband Brandenburg e.V. fristgemäß wie folgt Stellung. Die Bundestagswahl 2021 sowie die aktuelle politische Lage in Europa haben zu einer Kehrtwende in vielen Bereichen geführt, die sich auch mit der Regionalplanung überschneidet. Der Entwurf des Regionalplans hat ausweislich der im Internet verfügbaren Unterlagen einen Stand vom 05.10.2021. Er hinkt damit dem Koalitionsvertrag ebenso hinterher, wie den Ereignissen in und um die Ukraine und dem damit verbundenen politischen Willen einer schnelleren Unabhängigkeit von fossilen Roh- und Brennstoffen, insbesondere solchen, die wir aus Russland beziehen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die seit 2022 geänderte Gesetzeslage wurde mit der Aufstellung der Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 berücksichtigt. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming wurde mit Bescheid vom 26. September 2024 genehmigt. Zugleich wurde von der Landesplanungsbehörde festgestellt, dass der Sachliche Teilregionalplan mit dem regionalen Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für den Stichtag 31. Dezember 2027 nach Artikel 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes vom 8. März 2023 (GVBl. Nr. 3) in Einklang steht. Somit wurde den Energie- und klimapolitischen Ausbauzielen auf regionalplanerischer Ebene entsprochen. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
BE-ID: 773	Daher ist der Planungsentwurf insgesamt zu überdenken und neu anzusetzen oder neu zu fassen. Die vorliegenden Planung ist auch im Hinblick auf das „Oster- und Sommerpaket" des Wirtschaftsministeriums nicht mehr zeitgemäß.	Es wird auf BE 772 verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 772	Darüber hinaus sehen wir einen eminenten Fehler angesichts einer Beschränkung der Aufforstung ab einer Ackerzahl von 24. Dies ist, gerade für den Planungsbereich, ein Wert, der nicht den standörtlichen Gegebenheiten angemessen ist. Der folgenden Abbildung können Sie entnehmen, dass der Median der Ackerzahlen im Planungsgebiet bereits bei um 30 liegt (Schmitz, 2020). [Abbildung: Diagramm über Ackerzahlen (Median) je Brandenburger Landkreis] Dies bedeutet, dass über 50% der Flächen, einer notwendigen und politisch geforderten (Klimaplan Brandenburg, 2022) Waldmehrung nicht zur Verfügung stehen. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade im Planungsgebiet durch die klimatischen Veränderungen der letzten Jahre eine weitreichende Klimaanpassung der Wälder notwendig geworden ist. Anhand der modellierten Klimaveränderungen ist eine Waldmehrung gerade im Rande der Ballungs- und Agglomerationsgebiete das Gebot der Stunde, um regionale Ökosystemleistungen bereitzustellen.	Siehe dazu BE ID 1308.
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Planungskonzept WEG		
BE-ID: 771	Noch weiter bleibt das Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten zur Windenergienutzung hinter der aktuellen Lage zurück, es stammt aus dem August 2020. Darin stellt die Planungsgemeinschaft selbst folgendes fest: „VII. Prüfung des substanziellen Raumangebots für die Errichtung von Windenergieanlagen Die Regionale Planungsgemeinschaft ist nicht verpflichtet, mit dem Ergebnis der Planung der Windenergie „bestmöglich" Rechnung zu tragen. Es ist ihr jedoch auch verwehrt, die Festlegung von Eignungsgebieten dafür einzusetzen, die Windenergienutzung unter dem Vorwand der Steuerung in Wirklichkeit zu verhindern. Das durch die Festlegung der Eignungsgebiete dargestellte Planergebnis muss der Privilegierungsentscheidung des Gesetzgebers in der Weise Rechnung tragen, dass für die Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum verschafft wird. Ob das mit der Ausarbeitung des Planungskonzepts gelungen ist, ist in einem vierten Arbeitsschritt zu überprüfen und erfordert eine	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse im jeweiligen Planungsraum ([28] Rn. 11)." Unseres Erachtens nach, ist dies nicht gelungen. Flächen für die Nutzung der Windenergie sind auffallend gering bemessen und orientieren sich hauptsächlich an bereits vorhandenen Windparks oder aber befinden sich am äußeren Rand des Zuständigkeitsbereichs. Im ersteren Fall ist bereits eine örtliche Gewöhnung an Windräder eingetreten, im zweiten Fall ist die Betroffenheit im eigenen Zuständigkeitsbereich begrenzt, weil man die Nachbarn mitbeglückt. Im Lichte der aktuellen Lage ist es unverständlich, warum man sich über die großzügige Wahl weicher Kriterien für Restriktionen selbst so beschränkt, dass schlussendlich nicht mehr viel übrigbleiben kann. Insbesondere das weiche Kriterium „Landschaftsschutz" führt dazu, dass riesige Flächen von vorneherein ausscheiden und dort eine Tiefenprüfung gar nicht mehr stattfindet. Landschaftsschutz selbst ist ein starres Reglement. Er ist aber in Zukunft genauso neu zu denken, wie die Bewertung der sich aus den aktuellen Realitäten ergebenden Lage. Die Planung im Hinblick auf die Nutzung der Windenergie erwirkt daher eher den Eindruck einer Verhinderungsplanung, denn einer angezeigten raumgebenden Planung. Der Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum zu verschaffen, sieht heute sicherlich anders aus.	
nicht zuordenbar		
BE-ID: 774	In Zukunft würden wir es begrüßen, bereits frühzeitig am Planungsverfahren zu partizipieren. Als Flächeneigentümer sind unsere Mitglieder erheblich an einer ziel- und zukunftsorientierten Planung interessiert. Gerne stehen wir Ihnen hierzu unter den folgenden Kontaktdaten zur Verfügung.	
TÖB-Nr.: 287 / Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR Haus der Natur		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1107	Die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1190	Insgesamt ist aus Sicht der anerkannten Naturschutzverbände festzustellen, dass der Regionalplan allein schon wegen fehlerhafter Sachverhaltsermittlung grundlegend überarbeitet und erneut ausgelegt werden muss.	Der Anregung, den Entwurf des Regionalplans 3.0 zu überarbeiten und erneut auszulegen wird im Sinne des Beteiligungsverfahrens nach §9 Raumordnungsgesetz bereits gefolgt. Die Bewertung, dass die getroffenen Sachverhaltsermittlungen fehlerhaft seien, kann nicht nachvollzogen werden und wird durch die Stellungnehmerin auch nicht vollständig aufgeklärt.
BE-ID: 1191	Eine weitergehende juristische Prüfung behalten sich die Verbände diesbezüglich vor.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Rechtsweg steht der Stellungnehmerin offen.
BE-ID: 1192	Sollten die Verbände darüber hinaus zu weiteren Erkenntnissen gelangen, die den Sachverhalt ergänzen und den Beteiligungsprozess betreffen, behalten wir uns vor, die vorliegende Stellungnahme jederzeit zu ergänzen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1193	Wir bitten um weitere Beteiligung am weiteren Verfahren. Für den Fall, dass in dieser Sache Planungsdokumente geändert oder weitere Fachgutachten erstellt werden, beantragen wir auf der Grundlage von § 3 Abs. 1 UIG deren Übersendung, vorzugsweise per E-Mail an info@landesbuero.de.	Als Träger öffentlicher Belange werden sie auch weiterhin am Verfahren beteiligt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 1111	Siedlung, III.1 Siedlung, G 1.1 Vorbehaltsgebiete Siedlung: Der Ausweisung des derzeit brach liegende Stadtteil Krampnitz als Vorbehaltsgebiet Siedlung der Landeshauptstadt Potsdam wird widersprochen. Die Ausweisung widerspricht der Festlegung des LEP-HR. Die unter IV.2 genannten Kriterien zur Bestimmung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nach Stufe 1 sind nicht zutreffend, da es weder Schule, Kita noch medizinische oder Nahversorgung gibt und keine Bahnanbindung besteht.	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Planänderung. Begründung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Im Rahmen dieses Planungskonzepts ist der Stadtteil Krampnitz, z.B. von Groß Glienicke und Fahrland sowie von Bornim und der Nauener Vorstadt entsprechend erreichbar. Unabhängig davon sehen die Planungen der Stadt Potsdam die Errichtung umfangreicher Versorgungseinrichtungen vor Ort vor. Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung widerspricht auch nicht den Festlegungen des LEP HR, welcher den Bereich Krampnitz in der Legende seiner Festlegungskarte bereits als Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt. Bebauung und Erschließung sind über das Ergebnis des Zielabweichungsverfahrens mit Bescheid des Landes Brandenburg vom 29. April 2013 der Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL) planerisch geregelt. Damit verbundene Auflagen führen erkennbar nicht zur dauerhaften Untersagung der Bebaubarkeit (siehe auch Bestätigung der GL gegenüber der Landeshauptstadt Potsdam über die Erfüllung der Auflagen zur Zielabweichung für ein Entwicklungsgebiet Krampnitz mit zunächst bis zu 5.000 Einwohnern vom 23.06.2021).
BE-ID: 1112	Die Ausweisung als zentraler Ort gilt für Potsdam, nicht aber für Krampnitz, welches im ländlichen Raum des Potsdamer Nordens liegt; hier ist definitiv kein OZ. Die im Anhang dar gestellte "Tabelle 1: Ausstattungs- und LEP HR-Raummerkmale der nach Stufe 1 ermittelten Ortsteile mit lokalen Versorgungsansätzen" auf S.20 ist dahingehend nicht richtig ausgefüllt. Die Kriterien nach Stufe 2 sind ebenfalls nicht zutreffend, da es sich im weiteren Umfeld um eigenständige Ortsteile handelt, die definitiv nicht zentrale Verknüpfungspunkte darstellen. Die Kriterien nach Stufe 3 sind ebenfalls nicht zutreffend, da es keine Siedlungsstrukturen im Umfeld von 100m gibt; auch Stufe 4 ist nicht anwendbar. Inwieweit die Stufe 5 anwendbar ist, kann derzeit nicht abschließend geklärt werden, da unklar ist, ob die aktuellen Planungen umgesetzt werden können.	Die vorgebrachten Argumente sind teilweise zutreffend, führen jedoch zu keiner Planänderung. Begründung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Im Rahmen dieses Planungskonzepts ist der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Stadtteil Krampnitz, z.B. von Groß Glienicke und Fahrland sowie von Bornim und der Nauener Vorstadt entsprechend erreichbar. Unabhängig davon sehen die Planungen der Stadt Potsdam die Errichtung umfangreicher Versorgungseinrichtungen vor Ort vor. Da die Einrichtungen in Krampnitz aber noch nicht errichtet sind, wird der Ortsteil nicht mehr in Tabelle 1 der Begründung gelistet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 1113	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne. Generelle Darstellung: Die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel wird nach dem LEP HR als Oberzentrum definiert. Einwohnerzuwachs sowie die vermehrte Ansiedelung von Betrieben sind zu verzeichnen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung soll durch Entwicklungsmaßnahmen im ländlichen umgebenden Raum weiter unterstützt werden. Ein zwischen Göttin, Paterdamm, Reckhahn und Rotscherlinde gelegenes 398,42 ha großes Waldstück wurde zum Vorranggebiet erklärt. Es scheint den Regionalplanern geeignet, die industrielle Entwicklung voranzutreiben, da das Waldstück die A2 umschließt und am östlichen Rand in beiden Richtungen eine Ausfahrt zur Bundesstraße 102 aufweisen kann. Anfallende Lärmbelästigung für die umliegenden Ortsteile sollen durch den Erhalt eines Baumstreifens von 200 m Breite vermindert werden. Die Erschließung des betreffenden Gebietes würde allerdings einen starker, Eingriff in den Naturhaushalt sowie eine starke Veränderung des Landschaftsraumes bedeuten.	Die allgemeinen Hinweise insbesondere zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne geben bekannte Sachverhalte wieder und werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1114	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte, a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne. Naturschutz und Klimaschutz: Nördlich des betreffenden Gebietes schließen sich das Naturschutzgebiet des Breiten Bruchs und das 96,56 ha umfassende FFH-Gebiet Buchwald Roßdunk an, ein Erlenbruch-Feuchtgebiet, eine besonders seltene und daher schützenswerte moorige Oase inmitten intensiv genutzter Felder. Neben der Schwarzerle gedeihen eine Vielzahl bedrohter Pflanzen wie verschiedene Orchideenarten auf den Feuchtwiesen, bedrohte Tierarten, wie Libellen und Amphibien leben hier. Mooren kommt aber auch bezüglich des Klimaschutzes eine herausragende Bedeutung zu, da sie große Mengen von C02 speichern und damit die weitere Aufheizung der Erdatmosphäre bremsen. Während daher für das Breite Bruch wie an weiteren Standorten die Wiedervernässung von ehemaligen Mooren mit großem finanziellen Aufwand europaweit betrieben wird, würde im Falle der erfolgreichen Regionalplanänderung - diesen gesunden Wald durch einen industriellen Vorsorgestandort zu ersetzen - dem Moor das Wasser durch die Entwicklungsmaßnahme regelrecht abgegraben, da das geschützte Gebiet weitgehend durch Filtration von Wasser des südlich gelegenen abschüssigen Geländes gespeist wird. Die brandenburgische Eingriffsregelung verbietet Grundwasserabsenkungen und Wasserstandsverände rungen bei Oberflächengewässern, wenn davon abhängige Biotope betroffen sind. Den zwei höchsten Erhebungen der Umgebung, den Fichtenberg mit 59 m und den Galgenberg mit 79 m Höhe verleiht der Wald und damit das wertvolle Moor seine Existenz, da sich das erhabene Gelände weniger für die Bewirtschaftung als Ackerfläche geeignet hat und daher der Wald erhalten blieb, welcher sich heute in Privatbesitz befindet. Dennoch übernimmt der Wald weitere, dem Allgemeinwohl der Bevölkerung dienliche Aufgaben und zwar kostenlos: Die 400 Millionen Bäume des Bestandes sind in den Zeiten des Klimawandels ein erheblicher Helfer, um den Wasserhaushalt für die Stadt Brandenburg zu gewährleisten. Er erfüllt die	Die Bedenken, durch die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne werde dem nördlich gelegenen „Moor“ regelrecht das Wasser abgegraben, sind nicht ausreichend begründet. Die Angaben zum möglicherweise gefährdeten Arteninventar im Gebiet des Bruchwalds Roßdunk können anhand der Befunde des Managementplans für das FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk aus dem Jahr 2019 nur teilweise nachvollzogen werden. Auf Abschnitt II.6.18 der „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ wird hingewiesen. Beim Bruchwald Roßdunk handelt es sich nicht um ein Moorgebiet. An der Einschätzung, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen im Bereich des Bruchwaldes Roßdunk zu erwarten sind, wird festgehalten. Die Einschätzung beruht insbesondere auf dem Sachverhalt, dass der Wasserhaushalt des Gebiets Roßdunk maßgeblich von Meliorationsmaßnahmen beeinflusst ist. Der ungünstige bis schlechte Erhaltungszustand des geschützten Lebensraumtyps 6410 ist vor allem auf die Entwässerung des Gebiets zurückzuführen. (Managementplan Seite 34) Für die Annahme der Stellungnehmerin, die Wasserhaltung im Gebiet

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	bioklimatische Ausgleichsfunktion indem er nicht nur die immer dringlicher werdende Aufgabe der Luftreinigung, Befeuchtung und Kühlung übernimmt, ein Quadratmeters Waldfläche kann bei Starkregenereignissen 200 Liter Wasser in den Hohl- und Zwischenräumen der Wurzelgeflechte aufnehmen und im Waldboden speichern; der Waldboden erweist sich bei der Fläche von 4.000.000 qm als riesiges Wasserreservoir von 800.000.000 Litern, auf welches in zunehmenden durch den Klimawandel verursachten Trockenphasen nicht verzichtet werden kann. Die Aufnahmefähigkeit gewährleistet auch die unverzichtbare Grundwasseranreicherung. Die brandenburgische Eingriffsregelung verbietet die deutliche Reduzierung von Grundwasserneubildung durch den Verlust versickerungsfähiger Grundflächen. Aber ebenfalls wegen der sich ankündigenden häufiger auftretenden Starkregenereignisse fällt die Eignung des Waldbodens zum Wasserrückhalt stark ins Gewicht, denn er hilft Sturzbäche und Überflutungen künftiger Unwetter zu vermeiden. In diesem Zusammenhang muss auch auf die Stabilisierung abschüssigen Geländes durch das verzweigte Wurzelgeflecht hingewiesen werden. Nur mit großem technischen Aufwand und weitreichenden Versiegelungsmaßnahmen wäre die Geländesicherung zu bewerkstelligen.	Roßdunk werde vom südlich gelegenen Waldgebiet gespeist, gibt es keine Anhaltspunkte. Gegen eine solche Annahme spricht das von der Einwenderin selbst benannte hohe Wasserrückhaltevermögen des Waldes. Die Annahme einer besonderen Wirksamkeit für die Grundwasserneubildung ist aufgrund der hohen Verdunstung in Nadelwaldgebieten ebenfalls nicht ausreichend begründet. Weiter wird auf BE 1412, 2254, 3391 und 3406 hingewiesen. Mögliche weitere Auswirkungen einer Flächenversiegelung können in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren berücksichtigt und kompensiert werden.
BE-ID: 1135	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte, a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne. Im Interesse des Allgemeinwohls: Neben diesen klimaerhaltenden Eigenschaften dient der Wald aber auch dem Allgemeinwohl als Erholungswald und als naher Ort des Naturerfahrens, was für die immer urbaner werdende Bevölkerung im sogenannten Speckgürtel notwendiger Ausgleich ist. Zunehmender Flächenverbrauch durch Freiräume erfordern umso mehr allen Menschen zugängliche Orte der naturnahen Erholung in naher Umgebung.	Die Bedenken in Bezug auf die Erholungsfunktion des Waldes im Vorranggebiet Paterdamm/Krahne sind nicht ausreichend begründet. Die Annahme, die Möglichkeit zur Erholung im Wald werde durch die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne eingeschränkt, ist unbegründet. Der Wald ist nicht als Erholungswald kartiert. Für die Annahme, das betreffende Waldgebiet habe besondere Bedeutung für die Naherholung, sind keine Anhaltspunkte erkennbar. Diese werden auch durch den Einwender nicht mitgeteilt. Auch bei einer zu erwartenden Waldinanspruchnahme von etwa 170 Hektar bleiben im direktem Umland der Stadt Brandenburg an der Havel große zusammenhängende und siedlungsnah gelegene Waldgebiete für die örtliche Naherholung bestehen. Im Umfeld des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts ist eine „Urbanisierung“ nicht erkennbar. Siehe weiter auch BE 1412.
BE-ID: 1136	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte, a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne. Biotopschutz: Der reiche Bestand an Hochwild, Niederwild, Dachsen, Füchsen, Reptilien wie Zauneidechsen und Vögeln müssen näher erfasst und die Habitate kartiert werden. Es gibt streng geschützte Arten. Der Horst eines Seeadlerpaares ist zu verzeichnen. Reiher brüten hier. Die Wanderbewegungen der Fauna zwischen FFH-Gebieten und Wald müssen untersucht werden. Die Feststellung, es handele sich um einen unbedeutenden Wald ist unzutreffend. Es handelt sich um die Biotoptypenkartierung CIR 2009; es herrscht vorwiegend Kiefernwald mit Laubbaumbestand vor. Das Biotop der 400 ha fordert laut brandenburgischer Eingriffsregelung Ausgleich in engem räumlichem Bezug, um die Beeinträchtigungen für das zerstörte Biotop zu minimieren. Ausgleich genießt lt. § 12 Abs.2 BbgNatSchAG Vorrang vor Ersatz. Wenn die zusammenhängende Fläche im hiesigen Naturraum nicht vorhanden und als Ausgleichmaßnahme hergestellt worden ist, bevor die Fällung des Waldes und die damit einhergehende Vernichtung des Biotops vollzogen wird, kommt es zum Rechtsbruch. Forstwirtschaftliche Ersatzpflanzungen an anderer Stelle als in der räumlichen Umgebung sind keineswegs ausreichend. Da eine	Die Bedenken gegen die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne sind nicht ausreichend begründet. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens wird das Vorranggebiet jedoch auf eine Fläche von etwa 170 Hektar verkleinert. Mit dieser Entscheidung wird das vom Einwender benannte Vorkommen eines streng geschützten Großvogels angemessen berücksichtigt. Die Hinweise auf das Vorkommen anderer Tierarten beruhen auf Annahmen. Eine genaue Erfassung muss in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren erfolgen. Die überplante Waldfläche wird um etwa 200 Hektar verringert. Weiter wird dazu auf die Einschätzungen in den Abschnitten II.3.1 und III der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	passende Ausgleichsfläche bisher nicht zur Verfügung steht, ist die Regionalplanänderung schon aus diesem Grund abzulehnen. Ersatzmaßnahmen in entferntem Naturraum sind in diesem Fall keine Option, forstrechtlich könnten zwar Ersatzmaßnahmen greifen. Damit wäre der Biotopschutz aber noch nicht gesichert. Er muss standortnah erfolgen.	gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen, an denen festgehalten wird. Die vom Einwender benannte Vorschrift des § 12 Absatz 2 BbgNatSchAG betrifft die „Unbeachtlichkeit von Mängeln, Behebung von Fehlern (zu § 22 Absatz 2 BNatSchG)“. Der vom Einwender angenommene Sachbezug ist nicht gegeben. Im Fall der Waldumwandlung nach § 8 Absatz 1 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) ist der Ausgleich für die durch die Waldumwandlung verursachten Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes in § 8 Absatz 3 Satz 3 LWaldG geregelt. Der Sachverhalt, dass erforderliche Erstaufforstungsflächen noch nicht ermittelt sind, bedeutet nicht, dass die erforderliche Erstaufforstung nicht durchführbar ist. Auf die Ausarbeitung der Regionalen Planungsstelle „Ermittlung von Potenzialflächen für Erstaufforstungsmaßnahmen zur Kompensation von Waldumwandlung als Folge der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne" vom Oktober 2024 wird hingewiesen.
BE-ID: 1137	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte, a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne. Flächenverbrauch - Ziele zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme: Um die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung zu erreichen, wurde die Nachhaltigkeitsstrategie 2030 beschlossen. Diese verlangt eine deutliche Reduzierung von Flächeninanspruchnahme auf nur 30 Hektar pro Tag, da die Zerstörung von Böden auch und besonders für künftige Generationen nicht vertretbar ist und als unverantwortlich gegenüber der Weltbevölkerung bewertet wird. Dass hier ausgerechnet ein wie beschrieben wertvoller Wald weiterer Industrialisierung zum Opfer fallen soll, ist nicht nachvollziehbar. Diese Maßnahme würde beitragen, das gesteckte Ziel deutlich zu verfehlen.	Die pauschalen Bedenken gegen die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts (GIV) Paterdamm/Krahne aufgrund von Nachhaltigkeitsaspekten führen nicht zu der Entscheidung, auf diese Festlegung zu verzichten. Die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten erfolgt aufgrund des Ziels 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Bedarf für die raumordnerische Sicherung geeigneter Standorte ist durch die landesplanerische Zielvorgabe festgestellt. Die Festlegung gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte verfolgt grundsätzlich einen längerfristigen, strategischen Ansatz, mit dem auch das Interesse an einer räumlich ausgewogenen Wirtschaftsstruktur berücksichtigt wird. Von der Regionalen Planungsgemeinschaft wurden für eine Festlegung als GIV auch baulich vorgeprägte Standorte in Erwägung gezogen (Kirchmöser, Forst Zinna). Das Beispiel Forst Zinna zeigt, dass auch auf ehemals genutzten Flächen hohe Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz festzustellen sind. (siehe dazu 3391) Der Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne wird um etwa 230 Hektar verkleinert.
BE-ID: 1138	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte, a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne. Wert- und Funktionselemente von erheblicher Bedeutung: Die	Die Bedenken, durch die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne könnten prägende Elemente des Landschaftsbilds bzw.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	beiden Berge Fichtenberg und Galgenberg bilden mit 59 und 79 m Höhe markante und weithin sichtbare Erhebungen der flachen Umgebung von Brandenburg an der Havel. Sie sind das Landschaftsbild prägende geomorphologische Punkte, welche laut brandenburgischer Eingriffsregelung zu erhalten sind. Ein industrieller Standort würde die Abflachung und Plateaubildung erfordern. Die Zerstörung der markanten Sichtpunkte, die weithin bis in die Stadt Brandenburg selbst, zu erkennen sind, kann nicht hingenommen werden.	„markante Sichtpunkte“ zerstört werden, sind nicht ausreichend begründet. Vom Einwender wird nicht mitgeteilt, worauf seine Bewertung beruht, bei den benannten Erhebungen handele es sich um landschaftsbildprägende Elemente. Weder dem Landschaftsplan noch dem Landschaftsrahmenplan oder dem Landschaftsprogramm lassen sich solche Bewertungen entnehmen. Das Vorranggebiet befindet sich außerhalb von Landschaftsschutzgebieten. Die umgebende Landschaft ist durch Infrastruktureinrichtungen beeinflusst (Autobahn, Solaranlagen, Windenergieanlagen, gewerbliche Bauflächen). Ob und inwieweit ein später im Vorranggebiet anzusiedelnder Gewerbebetrieb zu erheblichen landschaftlichen Veränderung führen würde, kann konkret erst in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren geprüft werden.
BE-ID: 1139	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte, a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne. Fazit: Die Errichtung eines Industriestandorts auf der Fläche eines 400 Hektar großen Waldes würde gravierende negative ökologische und klimatologische Auswirkungen hervorrufen. Gefährdet wären angrenzende FFH-Gebiete und der Wasserhaushalt der Region. Angesichts der Herausforderungen der zu bewältigenden Klimakrise wäre die Abholzung eines großen zusammenhängenden Waldes ein katastrophales Signal für die junge Generation. International würde sich Deutschland als unbelehrbar darstellen. EU Mittel zur Renaturierung von Mooren könnten zurückgefordert werden, Strafzahlungen, die Deutschland wegen nicht erreichter Ziele zur Erschaffung von Wildnissen leisten muss, würden sich vermehren. Für die Menschen der Region ginge wichtiger Lebensraum verloren. Nicht nur versorgt der Wald die Bevölkerung mit einem beliebten Naturerholungsgebiet, er versorgt auch die Bevölkerung mit Wildfleisch und Pilzen. Holz ist ein nachwachsender Rohstoff, der dringend benötigt wird, um die Ziele der Klimaneutralität zu erreichen, misslingt der Versuch jetzt, steht unsere Lebensgrundlage zur Disposition. Das Gebiet umfasst auch prägende geomorphologische Sichtmarken, die weithin erkennbar ein Ortsgefühl vermitteln. Die Berge abschleifen und versiegeln zu wollen scheint vollkommen abwegig. Es ist völlig unverständlich, wie im Jahre 2022 bei allen bestehenden klimatologischen und ökologischen Bedrohungen die Beseitigung des intakten Waldes vorgeschlagen werden kann.	Das Fazit, die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts (GIV) Paterdamm/Krahne würde gravierende ökologische und klimatologische Auswirkungen hervorrufen, beruht auf Annahmen, die vom Einwender nicht hinreichend begründet werden. (Siehe dazu BE 1114 sowie 1135 bis 1138) Die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten erfolgt aufgrund des Ziels 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Bedarf für die raumordnerische Sicherung geeigneter Standorte ist durch die landesplanerische Zielvorgabe festgestellt. Die Entscheidung, den Standort Paterdamm/Krahne als GIV festzulegen, beruht auf der ausführlich dokumentierten Ausarbeitung eines Planungskonzepts, bei der auch Planungsalternativen geprüft worden sind. Gewerblich-industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf sind unvermeidbar mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden, die nach den gesetzlichen Vorschriften gemindert und ausgeglichen werden müssen. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens stellt die Regionale Planungsgemeinschaft fest, dass die Entscheidung, den Standort Paterdamm/Krahne als GIV festzulegen, in Abwägung mit anderen Belangen ausreichend gerechtfertigt ist. Die vom Einwender vorgebrachte Annahme, die Festlegung des GIV Paterdamm/Krahne könne Strafmaßnahmen der Europäischen Union auslösen, ist nicht nachvollziehbar und wird vom Einwender auch nicht konkret begründet. Das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne ist kein wichtiger Lebensraum von Menschen der Region und kein beliebtes Naherholungsgebiet. Die Versorgung der Bevölkerung mit Wildfleisch und Pilzen ist durch die Festlegung des GIV nicht gefährdet. Gleiches gilt für die Versorgung mit nachwachsenden

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Rohstoffen. Die Annahme, beim Vorranggebiet handele es sich um „intakten Wald“ wird vom Einwender nicht begründet. Nach den Daten von http://forestwatch.lup-umwelt.de/ ist das Waldgebiet von mittleren bis starken Vitalitätsverlusten betroffen. In Berücksichtigung der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens wird das Vorranggebiet Paterdamm-Krahne um 230 Hektar verkleinert. Ergänzend wird auf BE 3391 verwiesen.
BE-ID: 1140	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte, a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne: In Ergänzung der genannten Hinweise wird auf Stellungnahme der Grünen Liga Brandenburg e.V. in Anlage 1 verwiesen, die die Bedenken bezüglich des großflächigen gewerblich-industrielle Vorsorgestandortes (GIV) Brandenburg an der Havel/-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne weiter vertieft.	Der Hinweis auf die Stellungnahme der Grünen Liga Brandenburg e.V. wird zur Kenntnis genommen. Die gleichlautende Stellungnahme wird auch von der Göttiner Bürgerinitiative Naturnahe Orts und Stadtteile e. V in das Verfahren eingebracht. Die Stellungnahme wurde unter der TÖB-ID 2106 der Göttiner Bürgerinitiative Naturnahe Orts und Stadtteile e. V. bearbeitet. (siehe TÖB 2106)
BE-ID: 1141	Z 1.2 Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte, (1) Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in der Region Havelland-Fläming sind die Standorte, a) Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne: Die Planungsgemeinschaft wird auffordert, entsprechend der aufgezeigten Kriterien ihre Bewertung anzupassen und den GIV Paterdamm-Krahne u.a. aufgrund der nicht vorhandenen alternativen Anbindung im Schienenverkehr oder der Schifffahrt auszuschließen. Der Standort ist nachweislich nicht geeignet, da er dem Ziel 2.3 des LEP HR nicht entspricht. Darüber hinaus bestehen die umfangreich ausgeführten Bedenken, die zum Teil auch nicht korrekt abgewogen und bewertet wurden.	Die Annahme der großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne sei nachweislich nicht geeignet, da er den Anforderungen des Ziels 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg nicht entspricht, ist unzutreffend. Es wird auf die BE 126, 2651 und 3408 verwiesen. Zur übrigen Kritik des Einwenders wird auf die BE 1114 sowie 1135 bis 1138 verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 14 Forst Zinna		
BE-ID: 1142	Windenergienutzung, III.2.2 Windenergienutzung, Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Die WEG 14 (Forst Zinna) und WEG 45 (Zülichendorf) liegen im Flugkorridor der Großtrappen zwischen den Belziger Landschaftswiesen und dem Wintereinstandsgebiet bei Jüterbog. Darüber hinaus liegt bereits der bestehende Windpark Schlalach im Flugkorridor. Wenn dann noch zwei weitere Windparks dazukommen, ergibt sich eine kumulative Wirkung. Aus genau solchen Gründen ist die Potenzialfläche Ramboldtheide als WEG ausgeschieden (siehe PF 46 Ramboldtheide in Anlage 12).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1144	Windenergienutzung, III.2.2 Windenergienutzung, Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Außerdem ist nicht nachvollziehbar, warum sich das GIV Jüterbog-Forst Zinna und das benachbarte WEG 14 (Forst Zinna) ganz unterschiedlich auf die Vogelarten auswirken sollen. Das GIV hat laut Umweltbericht, Anhang CI, hohe Auswirkungen auf die Natura2000-Gebiete und eine besonders störungssensible Vogelart. Das benachbarte WEG 14 ist dagegen laut Umweltbericht, Anhang B5, mit dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen des Natura2000-Gebietes verträglich. Es fehlt eine schlüssige Begründung, warum sich das WEG 14 auf die Schutzgebiete nicht auswirkt, während das GIV zu erheblichen Beeinträchtigungen führt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 45 Zülichendorf		
BE-ID: 1143	Windenergienutzung, III.2.2 Windenergienutzung, Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Die WEG 14 (Forst Zinna) und WEG 45 (Zülichendorf) liegen im Flugkorridor der Großtrappen zwischen den Belziger Landschaftswiesen und dem Wintereinstandsgebiet bei Jüterbog. Darüber hinaus liegt bereits der bestehende Windpark Schlalach im Flugkorridor. Wenn dann noch zwei weitere Windparks dazukommen, ergibt sich eine kumulative Wirkung. Aus genau solchen Gründen ist die Potenzialfläche Ramboldtheide als WEG ausgeschieden (siehe PF 46 Ramboldtheide in Anlage 12).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2908	Ergänzende Stellungnahme des BUND Landesverband Brandenburg e.V. zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Teilplanung Oberflächennahe Rohstoffe: Sehr geehrte Damen und Herren, ergänzend zur der Stellungnahme der im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs vom 07.06.2022 übermitteln wir Ihnen die beiliegende Stellungnahme des BUND Brandenburg e.V. zum o.g. Verfahren. Wir bitten die genannten Hinweise entsprechend zu berücksichtigen. Sollten die Verbände darüber hinaus zu weiteren Erkenntnissen gelangen, die den Sachverhalt ergänzen und den Beteiligungsprozess betreffen, behalten wir uns vor, die vorliegende Stellungnahme jederzeit zu ergänzen. Wir bitten um weitere Beteiligung am weiteren Verfahren. Für den Fall, dass in dieser Sache Planungsdokumente geändert oder weitere Fachgutachten erstellt werden, beantragen wir auf der Grundlage von§ 3 Abs. 1 UIG deren Übersendung.	Der Hinweis wird zur Kenntis genommen. Im Falle geänderter Plandokumente erfolgt ein zweites Beteiligungsverfahren.
BE-ID: 2909	1.Vorbemerkungen, 1.1 Ausgangssituation Der Regionalplan „Havelland-Fläming 2020" vom 16. Dezember 2014, bekannt gemacht in der Fassung der Genehmigung vom 18. Juni 2015 im Amtsblatt für Brandenburg vom 30. Oktober 2015, S. 969 ff. (auch als Version 2.0 bezeichnet), wurde am 05.07.2018 durch das OVG Berlin-Brandenburg für rechtlich unwirksam erklärt. Die Regionale Planungsgemeinschaft Berlin-Brandenburg hat darum am 27.06.2019 beschlossen, einen neuen Regionalplan als Version 3.0 aufzustellen. Neben anderen Planungsobjekten sollen auch Festlegungen zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe (Sande, Kiese, Ton), wie Bedarf, Abbaugebiete und Verkehrserschließung getroffen werden. Die Festlegungen sollen zudem einer strategischen Umweltprüfung unterzogen werden. Der neue Regionalplan soll auch die neuen rechtlichen und Inhaltlichen Anforderungen wie z.B. den neuen LEP HR vom 01.07.2019 berücksichtigen. Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in ihrer Sitzung am 18.11.2021 den erarbeiteten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 einschließlich Umweltbericht und ergänzenden Unterlagen sowie die Eröffnung des entsprechenden Beteiligungsverfahrens beschlossen. Der Entwurf des Regionalplans wurde vom 10.03. bis 10.05.2022 öffentlich ausgelegt. Abgabefrist von mündlichen, schriftlichen Stellungnahmen als Niederschrift, per Post, Fax oder E-Mail bei der Planungsbehörde ist der 09.06.2022.	Die Wiedergabe der Verfahrensstände und -schritte wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2910	1.Vorbemerkungen, 1.2 BUND-Aktivitäten zu oberflächennahen Rohstoffen Der BUND Landesverband Brandenburg hat sich bisher in einzelnen Planfeststellungsverfahren zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe gegenüber dem LBGR ablehnend positioniert, weil jeweils lokale Belange des Umwelt- und Naturschutzes aus unserer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Darüber hinaus wurden im letzten Jahr mit dem Minister für LUK unter dem Aspekt der äußerst mangelhaft im Land Brandenburg umgesetzten	Der Hinweis auf eine Einvernehmenserzielung zu Planungen für Deponiestandorte auf der Ebene der Regionalplanung wird zur Kenntnis genommen. Eine Aufgabenzuweisung ist bisher nicht erfolgt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Anforderungen an die Kreislaufwirtschaft sowie die u.a. dafür einvernehmlich ursächlich ausgemachten Wechselwirkungen zwischen dem Angebot bzw. Überangebot an oberflächennahen Primärrohstoffen für Bauzuschlagsstoffe sowie den auf DK 1-Deponien verbrachten recyclatfähigen Sekundärrohstoffen erörtert. Im Ergebnis wurde verabredet, dass der Minister LUK mit dem Minister IL Einvernehmen darüber erzielt, die Planungen für Deponiestandorte zukünftig in die ebenfalls in die Regionalplanungen mit aufzunehmen sind, um einen Interessenausgleich im Sinne des KrWG bereits auf der mittleren Planungsebene zu erzielen.	
BE-ID: 2911	1.Vorbemerkungen, 1.3 Struktur unserer Stellungnahme In den Tz. 2, 3 und 4 betrachten und bewerten wir die generellen Planungen für den Abbau der oberflächennahen Rohstoffe Sand, Kies und Ton im Entwurf der Regionalplanung Havelland-Fläming 3.0. In Tz. 5 greifen wir neben den generellen Aspekten der vorgenannten Tz. auch die speziellen Belange der VR08 und VB05 Fresdorfer Heide auf, die aufgrund des großen Engagements der betroffenen Bevölkerung in den tangierten Gemeinden eine besondere Aufmerksamkeit in der regionalen und überregionalen Berichterstattung erfahren haben. NABU und BUND Brandenburg stufen die beiden Abbauflächen seit Jahren im Rahmen der verschiedenen Planungen und Planfeststellungsverfahren als exemplarische Präzedenzfälle für ihre Naturund Umweltschutz-Forderungen ein und fordern gem. der 1996 erteilten bergrechtlichen Abbaugenehmigung eine unverzügliche Renaturierung der Flächen nach Beendigung der Abbautätigkeiten. Zudem soll die Stellungnahme die Vertreter der Gemeinden Michendorf und Nuthetal bei der Planungsbehörde und in der Regionalversammlung unterstützen, die für ihre jeweiligen Gemeinden bisher vergeblich die Herausnahme der beiden Abbauflächen aus der Regionalplanung 3.0 gefordert haben.	Die Strukturbeschreibung der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2912	1.Vorbemerkungen, 1.4 Stellungnahmen anderer Naturschutzverbände und Rechtsträger Soweit andere anerkannte Naturschutzverbände und -vereine des Landes Brandenburg eine Stellungnahme zum vorliegenden Regionalplanentwurf abgeben, machen wir uns deren Inhalt zu Sachverhalten dieser Stellungnahme ebenfalls zu eigen, soweit sie den Inhalten dieser Stellungnahme nicht widersprechen.	Die Sachverhaltsaneignung wird zur Kenntnis genommen. Die Behandlung vorgebrachter Sachverhalte findet in der Abhandlung der Stellungnehmer statt.
BE-ID: 2913	1.Vorbemerkungen, 1.5 Zusammenfassende Bewertung des BUND Der BUND Landesverband Brandenburg e.V. hält den vorliegenden Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 für den Teilbereich der oberflächennahen Rohstoffe insgesamt für nicht genehmigungsfähig. Wie in den nachfolgend Textziffern ausgeführt, wurden die empfindlichen Teilräume der regionalen Landschaftseinheiten und hier insbesondere die Natur und Umwelt der Landschaftsschutzgebiete nicht hinreichend vor Eingriffen durch den Rohstoffabbau mit entsprechenden teils irreversiblen Folgen bei den betreffenden Schutzgütern geschützt und Ausnahmeregelungen der LSG-VO zum Genehmigungsstandard erhoben. Die bewusste Ausklammerung der Beurteilung der bergbaulichen und verkehrlichen Erschließung für die einzelnen VR- und VB-Gebiete hat ein eklatantes Beurteilungsdefizit des Planentwurfs zur Folge. Der Regionalplan sowie die entsprechende SUP sind damit aus unserer Sicht unvollständig. Zudem wurde der zukünftige Rohstoffbedarf bei Sand, Kies und Ton maßlos überschätzt und der Planungshorizont für die Bedarfsdeckung von vormals 35 Jahren (Regionalplan 2.0) auf nunmehr rd. 90 Jahre angehoben, obwohl für die Erreichung der Planungsziele ein 10-Jahres-Horizont vollkommen ausgereicht hätte. Folglich gerät durch die planungsrechtlichen Festlegungen im Regionalplan 3.0 der Verbrauch von Natur- und Kulturflächen für Abbaugebiete in Dimensionen, die unter dem Aspekt der sehr begrenzten Flächenressourcen in Deutschland nicht mehr hingenommen werden können. Die Beurteilung der Planungen für das Vorranggebiet VR08 und die Vorbehaltsfläche VB 05 zum Kiesund Sandabbau in der Fresdorfer Heide führen in der Einzelbetrachtung der rechtlichen und fachlichen Parameter zu einer Vertiefung der für die Regionalplanung tatsächlich erforderliche Sichtweise der Raumplanung. Wie bereits von den Vertreterinnen der Gemeinden Michendorf und	Die Forderung ist nicht nachvollziehbar. Begründung: Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen, die im Rahmen des LBGR-Fachbeitrages zur Sicherungswürdigkeit angemeldet worden sind. Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung folgt den Vorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne. Hinweise: 1. Empfindliche Teilräume regionaler Landschaftseinheiten legt der Regionalplan 3.0 nicht fest. 2. Für den obligatorischen Rahmenbetriebsplan „Änderung und Erweiterung Kiessandtagebau Fresdorfer Heide“ hat das LBGR mit Planfeststellungsbeschluss vom 10. November 2023 die Zulassung erteilt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Nuthetal in den Sitzungen der Regionalversammlung am 17.06. und 18.11.2021 vorgetragen, lehnen auch wir nach Würdigung aller Teilaspekt wie in Tz. 5 dieser Stellungnahme im Detail ausgeführt, die Festlegung der beiden Flächen als VR- bzw. VB-Abbaugebiete im Regionalplan 3.0 ab. Davon unberührt bleiben die Flächen, für die bereits bergrechtliche Abbaugenehmigungen vorliegen (Besitzstand).	
BE-ID: 2914	2 Regionalplan Havelland-Fläming 2.0: Festlegungen zur Rohstoffgewinnung Der durch das OVG für unwirksam erklärte Regionalplan 2.0 ist aus unserer Sicht als fachliche Ausgangsplanung für die oberflächennahen Rohstoffe dennoch geeignet, da das Gericht in seinem Urteil vom 05.07.2018 außer der beanstandeten Herausnahme des Vorranggebiets VR08 (Michelsdorf) ohne Beschluss der Regionalversammlung keine weiteren Beanstandungen dokumentiert hat. Deshalb halten wir die Verwendung der materiellen Ergebnisse der Regionalplanung 2.0 mit den verbliebenen Teilbereichen für die Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe als grundsätzlich für weiterführende Betrachtungen geeignet. - 2.1 Empfindliche Teilräume der regionalen Landschaftseinheiten: Mit der Darstellung von „empfindlichen Teilräumen der regionalen Landschaftseinheiten" wurde neben der Festlegung der Vorranggebiete Freiraum im Regionalplan 2.0 dem Schutz der empfindlichen Landschaftsteile in der Region Rechnung getragen. Bisher kaum belastete oder gar überformte, wenig zerschnittene und zersiedelte Landschaftsteile sollten vor Überformung bewahrt bleiben. Die in die Planung einbezogenen bestehenden Landschaftsschutzgebiete und weitere ergänzende Gebiete deckten somit insgesamt ca. 2.710 km2 fast 40 % des regionalen Planungsgebiets ab. Es wurde seinerzeit durch die Planungsbehörde auch aus Sicht des BUND Brandenburg richtig argumentiert, dass durch die Entwicklung der Energiewende und der gewerblichen Entwicklung Risiken der technogenen Entstellung erkennbar geworden sind, die eine regionalplanerischen Steuerung von raumbedeutsamen Maßnahmen bedürfen, um die Kernbereiche von besonders gefährdeten empfindlichen Landschaftseinheiten zu schützen. Im Regionalplan 2.0 wurden unter Ziff. 3.3 harte und weiche Kriterien für die Festlegung von VR- und VB-Gebieten festgelegt. Danach war die Ausweisung von Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe u.a. in Landschaftsschutzgebieten und Trinkwasserschutzzonen III ausgeschlossen. Lediglich die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten war in diesen Schutzzonen zugelassen. Gemäß dem seinerzeitigen Plankonzept des Regionalplans Havelland-Fläming konnte Rohstoffabbau in Landschaftsschutzgebieten nur im Rahmen von Vorbehaltsgebieten festgesetzt werden, da für eine Festlegung als Vorranggebiet in der Regel Bestimmungen der Landschaftsschutzgebietsverordnung entgegenstehen. - 2.2 Planung von Flächen für den Rohstoffabbau: Als Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe wurden die Flächen ausgewiesen, auf denen bereits aufgrund entsprechender LBGR-Genehmigungen bereits Rohstoffe abgebaut wurden bzw. die sich im Abbau-Genehmigungsverfahren befanden. Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet sollte deutlich machen, dass ein Abbau nur stattfinden konnte, sofern Nutzungskonflikte im Einzelfall durch Ausnahmeregelungen (z. B. über eine zeitweilige Befreiung von den Bestimmungen der LSG-Verordnung) gelöst werden können. Nach dieser Regelung wurden 37 geplante Abbauflächen aus der LBGR-Fachplanung herausgenommen und bei weiteren Flächenabzüge bzw. der Ausweis als VB-Gebiet vorgenommen. Der Regionalplan 2.0 wies nach Anwendung der Ausschlusskriterien folgende Flächenergebnisse für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe aus: 21 VR (davon 19 Sand und 2 Ton) und 13 VB (davon 10 Sand und 2 Ton). - 2.3 Bedarfsabdeckung: Nach den Berechnungen der Regionalplanung wurden in der Planungsregion im langjährigen Mittel rd. 4 Mio. t jährlich Rohmaterial an oberflächennahen Rohstoffen gewonnen (= 16 % der Landesförderung in Brandenburg). Auf einen für die Regionalplanung angehaltenen Planungszeitzeitraum von 10 Jahren gerechnet und eine gleichbleibende Fördermenge vorausgesetzt, bestand ein Gewinnungsbedarf von etwa 40 Mio. t Rohmaterial. Dieser Bedarf wurde noch um eine 50%ige Reservevorhaltung erhöht, so dass sich ein 10-Jahresbedarf von 60 Mio. t	Die gegebenen Anregungen und Hinweise führen zu keiner Planänderung. Begründung: Die Hinweise zum nicht mehr gültigen Regionalplan 2.0 sind obsolet. Empfindliche Teilräume regionaler Landschaftseinheiten legt der Regionalplan 3.0 nicht fest. Ansonsten folgt das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung den Vorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Rohmaterial ergab. Unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Lagerstättenmächtigkeit wurden zur Bereitstellung dieser Fördermengen im Planungszeitraum neue Abbauflächen in einem Umfang von ca. 1.100 ha benötigt. Dieser Bedarf wurde von den im Regionalplan 2.0 ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten mit insgesamt rd. 2.500 ha sicher abgedeckt.	
BE-ID: 2915	3 Rohstoff-Abbau-Monitoring 2017 Auf der Basis von LBGR-Daten über die Förderung oberflächennaher Rohstoffe in der Planungsregion im Zeitraum von 2011 -2016 hat die Planungsbehörde mit dem Stand September 2027 einen Monitoring-Bericht veröffentlicht. Ausgangslage dafür waren die in Tz. 2.2 ausgewiesenen Abbauflächen sowie die in Tz. 2.3 dargestellten erforderlichen Fördermengen zur Bedarfsdeckung. Von den im Regionalplan 2.0 ausgewiesenen Abbauflächen von insgesamt rd. 2.500 ha standen 2017 nach Abzug bereits abgebauter sowie baulich belegter Verarbeitungsflächen noch rd. 2.200 ha zur Rohstoffgewinnung zur Verfügung. Der bisherige Abbau fand vorwiegend auf den ausgewiesen weniger kritischen Vorrangflächen statt, so dass die Vorbehaltsflächen noch vollständig als Reserve vorgehalten werden konnten. Insgesamt waren 19,3% der ausgewiesenen Flächen der Vorranggebiete aufgeschlossen, jedoch noch nicht vollends ausgeschöpft. Damit waren die diesbezgl. Planungsziele des Regionalplans 2.0 eingehalten. In der Bedarfsplanung des Regionalplans waren jährlich 4 Mio. t Rohstoffe belegt. Nach den im Monitoring durch das LBGR erhobenen Abbaudaten für die Jahre 2011 bis 2016 betrug die durchschnittliche Abbaumenge (Tonabbau wurde zum Vergleich umgerechnet) lediglich knapp 2 Mio. t. pro Jahr. Die verbleibenden angenommenen Vorräte alleine der ausgewiesenen Vorranggebiete würden demnach bei voller Ausbeute den Rohstoffbedarf für weitere 35 Jahre sichern. Nicht erfasst sind hierbei weitere Rohstoffreserven in den Vorbehaltsgebieten mit verbleibenden zusätzlichen 846 ha für Neu- bzw. Erweiterungsaufschlüsse sowie von Betrieben bzw. Vorkommen mit lokaler Bedeutung in einem Flächenausmaß von weniger als 10 ha. Zusammenfassend stellte das Monitoring von 2017 fest, dass keine Engpässe bzw. räumliche Disparitäten in der Rohstoffsicherung in der Region Havelland-Fläming erkennbar waren und damit eine weiterhin hinreichende Vorsorge für eine mittel- bis langfristige Rohstoffversorgung gegeben ist.	Die gegebenen Anregungen und Hinweise führen zu keiner Planänderung. Begründung: Das Abbau-Monitoring bezog sich in seinen Flächen und Mengenansätzen auf den nicht mehr gültigen Regionalplan 2.0. Ansonsten folgt das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung den Vorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne.
BE-ID: 2938	5. VR 08 und VB 05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05 und VB07) Wie von der Regionalversammlung am 17.06.2021 beschlossen, wurden bezüglich der Festlegung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe „Fresdorfer Heide" und „Fresdorfer Heide / Wildenbruch-Nord" unter Beteiligung der Bürgermeisterinnen der Gemeinden Michendorf und Nuthetal weitere Prüfungen vorgenommen, die Änderungen an den zeichnerischen Festlegungen und in der Planbegründung zur Folge hatten. Auf die nunmehr vorgenommenen Änderungen, die Folgen und deren Bewertung wird in den folgenden Abschnitten eingegangen.	Die Sachverhalte sind in den einzelnen Bearbeitungseinheiten zu VR05 und VB07 behandelt. Hinweise: 1. Für den obligatorischen Rahmenbetriebsplan „Änderung und Erweiterung Kiessandtagebau Fresdorfer Heide“ hat das LBGR mit Planfeststellungsbeschluss vom 10. November 2023 die Zulassung erteilt. 2. Eine Gebietsausweisungen in LSG erfolgt nur noch, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 1157	Antrag I.: Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Seite 13 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021. Begründungen: 1. Zu VR-K01 hohe Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR) und zu VR-KO5 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang). Die Bewertung des VR05 Fresdorfer Heide im LBGR-Vorschlag als Vorranggebiete Rohstoffgewinnung in Tabelle 16, Seite 73, ist irreführend. Denn bei der Kiesgrube in der Fresdorfer Heide handelt sich hier um einen auslaufenden Kiestagebau, dessen Rahmenbetriebsplan bereits am 31.12.2020 zu	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Rahmenbetriebsplan wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	beenden war und der auf Antrag des Unternehmens noch um 2 Jahre bis zum 31.12.2022 zeitlich verlängert wurde. Auf Seite 6/27 des Antrags auf Verlängerung vom 21.08.2020, wurde vom Unternehmen ausdrücklich betont, dass „Mit der zeitlichen Verlängerung des Jak. RBP (...) keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme verbunden (ist)". Ziel der Verlängerung war das Auskiesen von Restvorkommen, welche laut Verlängerungsantrag insgesamt maximal 9 ha betrifft, wovon bereits 7,4 ha verritzt waren. Zum Zeitpunkt des Antrages 2020 war die Flächengröße weniger als 10 ha und entspricht nicht den Kriterium, dass nur Flächengrößen von über 10 ha in den Regionalplan aufgenommen werden, siehe Seite 72 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom O5. Oktober 2021", Tabelle 13, VR-K0S Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang). Die Angabe der Größe von 33,33 ha VR -Gebiet (vgl. Seite 91) ist falsch! Der genehmigte Tagebau ist weitgehend ausgekiest. Es ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt des lnkrafttretens des Regionalplan Havelland Fläming 3.0 sich bereits der Abschlussbetriebsplan in der Umsetzung befindet und damit das Bergrechtsverhältnis ausläuft. Eine Weiterführung des Tagebaus (Option für VR-K05: "räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang", siehe Tabelle 13) ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen lnteresses dem entgegenstehen, vorrangig der Schutz des angrenzenden Natura-2000-Gebiets sowie der Artenschutz, aber auch seine Lage inmitten des Landschaftsschutzgebietes 11 Nuthetal-Beelitzer Sander", siehe dazu unsere Ausführungen zu 4. bis 6.). Die vorrübergehende Befreiung aus den Schutzvorschriften des LSGs für den laufenden Rahmenbetriebsplan endet ebenfalls am 31.12.2022. Eine Ausgliederung der gegenwärtigen Flächen und Potentialflächen ist nicht erfolgt! Diese vorrübergehende Befreiung beruhte auf der Bedingung, dass die Fläche das ausgekiesten Tagebaus als naturschutzfachliche Ersatzmaßnahme vollständig renaturiert und in das LSG integriert wird, um die Funktionsfähigkeit des LSG vollständig wieder herzustellen, vgl. Bescheid zur Befreiung vom 16.11.1998, insbesondere die Nebenbestimmungen unter II. und die Begründung zu den Nebenbestimmungen a) - f), (Bescheid als Anhang 2).	übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Hinweis: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 1162	Antrag I.: Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Seite 13 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021. Begründungen: 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte: Anders als in den Erläuterungen zu „VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte", Punkt 308, Seite 79, liegt hier jedoch ein hohes Konfliktpotential vor, insbesondere in Bezug auf die „Fauna-Flora-Habitat Gebiete gemäß Richtlinie 11 92/43/EWG ("FFH-Gebiet"). Für das VR 05 und VB 07 liegt an der Grenze zum FFH-Gebiet 11 Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301). Zwar liegt der Tagebau nicht auf den Flächen des FFH-Gebietes, jedoch erstreckt er sich auf das Wassereinzugsgebiet des im FFH-Gebiet liegende Übergangs- und Schwingrasenmoor „langes Fenn" (LRT 7140) und beeinflusst seinem Wasserhaushalt und die notwendige Stoffarmut durch Stoffeintrag, siehe unten Kartenausschnitt aus dem FFH-Managementplan, dort Seite 33. Eine schnelle Beendigung des Kiestagebaus und eine Renaturierung entsprechend des 1996 genehmigten Rahmenbetriebsplans ist deshalb eine wichtige Maßnahme zur Entwicklung des sensiblen Moores, vgl. Managementplan Natura 2000 für das FFH-Gebiet „ Nuthe-Nieplitz-Niederung", Band II Maßnahmen, Seite 3 3 : ,,Als grundlegendes Ziel sollte das Moorwachstum der Übergangs- und Schwingrasenmoore (LRT 7140) wieder angeregt werden. Die Verbesserung des Wasserhaushaltes des Moores bei gleichzeitiger Nährstoffarmut hat dabei höchste Priorität."	Der Forderung nach Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide wird nicht gefolgt. Begründung: In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird jedoch entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura-2000-Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen.
BE-ID: 1164	Antrag I.: Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Seite 13 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021. Begründungen: weiter zu 2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte: Auch im Rahmen des 11 Arbeitsschrittes 2)", in dem abzuwägende Raumkonflikte von Flächen betrachtet werden, bestehen naturschutzfachliche Konflikte. Das sind: a) Der Kiestagebau befindet in dem Landschaftsschutzgebiet 11 Nuthetal - Beelitzer Sander". An dieser Stelle trifft insbesondere der Schutzzweck in § 3, Punkt 1 k zu, 11 die Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet liegenden Naturschutzgebiete;". In dem Fall bildet das LSG den Puffer für das Naturschutzgebiet 11 Nuthe-Nieplitz-Niederung", welches das FFH Gebiet 11 Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301) ist. Wegen der Bedeutung des LSG für den FFH-Schutz ist die zügige Renaturierung des Kiestagebaus und die Wiedereingliederung der Fläche in das LSG hier von besonderer Bedeutung; b) Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (südlich unter 100 m Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region), (östlich unter 300 m, Kranich Brutplatz, geschützt nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1); c) Trinkwasservorratsgebiet des WAZV 11 Mittelgraben", siehe IV.2.3 Tabellarische Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge in Vorrang- u nd Vorbehaltsgebiete Rohstoffe Planungskonzept Stand 01.06. 21, Seite 40/41 „Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund „Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung" zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung". Anders als in Nr. 314 auf Seite 80 dargestellt, liegt bei dem VR O5 und beim VB 07 Fresdorfer Heide sowohl eine Betroffenheit nach den Prüfkriterien des Arbeitsschrittes 1) als auch ein erhebliches Konfliktpotential nach den Prüfkriterien des Arbeitsschrittes 2) vor, so dass der auslaufende Kiestagebau Fresdorfer Heide nicht als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung geeignet ist.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutzgebiet wird zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.
BE-ID: 1171	Antrag I.: Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste Z 2.3.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Seite 13 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021. Begründungen: 3 . Zu VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit: Die Gebiete VR 05 und VB 07 sind nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Es ist damit keine reguläre Erschließung gegeben! Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt, siehe Beschluss-Nr. 1085/21 vom 30.03.2021 Status für die befestigten Flächen zwischen Flugplatz Saarmund und BAB A115: ,, ... Die Gemeindevertretung beabsichtigt auch nicht in der Zukunftdie oben genannten Flächen als öffentliche Straße zu widmen." Das ist nachzuvollziehen, denn der Weg der als Zuwegung für den laufenden Kiestagebau genutzt wird, ist mit 5,00-5,60 m zu schmal ist, um einem LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen. Die Verfestigungen und Schädigung des gewachsenen Bodens außerhalb der Asphaltdecke hat bereits ein erhebliches Ausmaß angenommen. Gleichzeitig gehört der Weg zum Wander- und Radwegenetz des Naturparks "Nuthe-Nieplitz Niederung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 1185	Zusammenfassend stellen wir fest, dass teilweise falsche Angaben zu Größe und Rechtsstatus dazu führten, in der Fresdorfer Heide ein Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für Kiessande zu vermuten. Jedoch handelt es sich um einen im Jahr 2022 auslaufenden Tagebau mit einer Restabbaugenehmigung unter 10 ha. Diese Rohstoffreserve liegt unterhalb der für den Regionalplan relevanten Mindestgröße. Die Fläche ist	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	aus der aus Gründen der naturschutzfachlichen Auflagen von Ersatzmaßnahmen zwingend zu renaturieren. Der Nutzungsanspruch von Natur- und Landschaftsschutz hat hier eindeutig Vorrang. Ein rechtmäßiger Anspruch auf Erweiterung des Kiestagebaus besteht nicht und würde auch in der Einzelfallprüfung kaum Chancen haben zugunsten des Rohstoffabbaus auszugehen. Zudem gibt es keine sichere Anbindung an das öffentliche Straßennetz. Die Zuwegung basiert auf einer momentanen Duldung durch die Grundstückseigentümer, welche für eine Neugenehmigung nicht gesichert ist.	Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2939	5. VR 08 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05), 5.1 Stellungnahme zu den Festlegungen Laut Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung Anlage 1 zum Beschluss 05/03/04 auf S. 1 5, Rdn. 8 der tabellarischen Übersicht; bzw. Entwurf zum Regionalplan vom 05. 10.2021 S. 72, Rdn. 8) werden für die Ausweisung von Vorranggebieten zur Rohstoffgewinnung folgende Kriterien zugrunde gelegt: hohe Sicherungswürdigkeit, geringe Nutzungskonflikte, gute Erschließung. Für die Fresdorfer Heide (VR08 und VB05) wird eine fehlerhafte Bewertung wegen des historisch bedingten Besitzstandes an Bergbaurechten zugrunde gelegt. Tatsächlich bestehen gravierende Nutzungskonflikte, mangelhafte Erschließungsmöglichkeiten, keine hohe Sicherungswürdigkeit.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2941	5. VR 08 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05): 3.) Der Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide ist historisch bedingt lediglich im Besitzstand möglich und auf den zurzeit genehmigten Abbaubetrieb beschränkt. Das Ziel der Raumordnung ist nämlich, die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes nach § 3 ROG. Dabei sind die Auswirkungen u. a. auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Landschaft usw. zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten (§ 8 Abs. 1 ROG). Dem erforderlichen Umdenken in der aktuell geführten Klimadebatte kann sich auch und gerade ein neu zu erstellender Regionalplan nicht verschließen. Laut Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung (Anlage 1 zum Beschluss 05/03/04 auf Seite 15 Rdn. 8 der tabellarischen Übersicht; bzw. Entwurf zum Regionalplan vom 05.10.2021 Seite 72 Rdn. 8) werden für die Ausweisung von Vorranggebieten zur Rohstoffgewinnung folgende Kriterien zugrunde gelegt: hohe Sicherungswürdigkeit/geringe Nutzungskonflikte/gute Erschließung. Dies gilt jedoch nicht für den Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide. Für die Fresdorfer Heide darf, wenn überhaupt, ausschließlich und ausdrücklich wegen des historisch bedingten Besitzstandes, eine Bewertung als Vorranggebiet ausschließlich für den besitzständigen Abbau zugrunde gelegt werden, also, soweit der Abbau zurzeit durch den bergrechtlichen Rahmenbetriebsplan genehmigt ist. Ansonsten greift der Ausschluss der Festlegung als Vorranggebiet durch die landesrechtliche Festlegung des Gebietes als Landschaftsschutzgebiet. Im Hinblick auf die geringe wirtschaftl iche Bedeutung des geplanten Vorbehaltsgebietes (0,39 Prozent des gesamten in dem Regionalplan ausgewiesenen Kiessandabbaus) überwiegen die tatsächlich bestehenden gravierenden Nutzungskonflikte und die fehlende hohe Sicherungswürdigkeit. Einer Festlegung als Vorhabengebiet steht daher die im Hinblick auf die Gesamtfördermenge an Kiessand in der Region Havelland - Fläming geringe wirtschaftliche Bedeutung (0,39	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Besitzstandswahrung wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründung: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Prozent) objektiv entgegen. Ausschließlich wegen des besitzständigen Kiessandabbaus § 5 Abs. 1 Ziffer 9 LSGVO Nuthetal Beelitzer Sander darf hier überhaupt weiter Kies abgebaut werden. Die satzungsmäßigen Festlegungen im Regionalplan haben rechtlich lediglich eine Innenwirkung für die Mitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft, müssen sich aber innerhalb des geltenden Rechts bewegen und dürfen nicht der höherrangigen Landschaftsschutzverordnung widersprechen.	
BE-ID: 2948	5. VR08 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05): 3.) Der Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide ist historisch bedingt lediglich im Besitzstand möglich und auf den zurzeit genehmigten Abbaubetrieb beschränkt. Das LBGR stellt im Übrigen noch im Zulassungsbescheid für die RBP-Verlängerung vom 21.12.2020 unter Ziffer 6.1 Absatz 3 fest, "Aufgrund des wechselnden Bedarfs erfolgte der Rohstoffabbau im Trockenschnitt nicht in dem Umfang, wie er 1996 angenommen wurde". - und das, obwohl Aufbau Ost im weiteren Sinne „in der Hauptstadtregion". - Im Zulassungsbescheid a.a.O. wird weiter ausgeführt: "Innerhalb des fakultativen RBP befinden sich noch gewinnbare Rohstoffvorräte, die bis Ende 2020 nicht komplett abgebaut sein werden." Unter Ziffer 6.1 erfolgt im Absatz 5 die Feststellung „Die gegenwärtige jährliche Fördermenge beträgt zwischen 70. 000 t und 140. 000 t Kiessand." In Absatz 6 des Zulassungsbescheides vom 21 .12.2020 wird dann im Hinblick darauf, dass vorhabenbedingte Verkehrsaufkommen möglichst gering darzustellen, festgehalten: "eine Erhöhung der jährlichen Fördermenge ist nicht vorgesehen". Wie das Unternehmen vor diesem Hintergrund mit dem Planfeststellungsantrag vom 13.01.2022 einen erhöhten regionalen Bedarf an Kies für Bau- und Infrastrukturprojekte im Großraum Berlin begründen will, wird genauso wenig erläutert, wie der Umstand, dass ausgerechnet mit einem Anteil am regionalen Abbauvolumen von 0,39 Prozent der vermeintlich erhöhte Bedarf der Region gedeckt werden soll. Der erhöhte Bedarf ist jedenfalls nicht belegbar und entspricht reinem unternehmerischen Wunschdenken (wie schon 1996), denn das Unternehmen ist bereits in der Vergangenheit ihren Kies/Sand nicht in dem erwarteten Umfang losgeworden.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründung: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2956	5. VR08 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05): 3.) Der Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide ist historisch bedingt lediglich im Besitzstand möglich und auf den zurzeit genehmigten Abbaubetrieb beschränkt. Auf Seite 17 des RPB-Zulassungsbescheides vom 21.12.2020 über die Verlängerung des fakultativen RBP für den Kiessandtagebau in der Fresdorfer Heide stellt das LBGR fest, dass ausschließlich durch die Wiedernutzbarmachung der Flächen und deren sukzessiver Entwicklung sowie durch die Anlage einer wechselfeuchten Fläche Biotope und Strukturen geschaffen werden, mit denen die umweltrelevanten Auswirkungen (seit 1994 bis 2020, jetzt 2022) kompensierbar sind. Im Umkehrschluss bedeutet es, dass die Befreiungstatbestände nicht vorliegen, weil unter anderem die wechselfeuchte Fläche bei einer weiteren Nutzung (durch Kiessandabbau genauso wie durch Müllablagerung) nicht geschaffen wird und damit die bereits vorgenommenen Eingriffe des Kiessandabbaus bis 2020 Uetzt 2022) dann nicht kompensiert sind. Das im Planfeststellungsverfahren beschriebene neue Wiedernutzbarmachungskonzept, das die bisher geforderten Renaturierungsmaßnahmen ignoriert und mit denen die bisherigen umweltrelevanten Eingriffe kompensiert werden sollten, ist daher, insbesondere vor dem Hintergrund der beabsichtigten Nachnutzung als Deponie, nicht realisierbar und kann daher auch keine - wie vom LBGR vorgeschlagene - Berücksichtigung im zukünftigen Regionalplan Havelland - Fläming finden. Der erweiterte Kiessandabbau sowie die Errichtung einer Mülldeponie anstelle der in beiden Zulassungsbescheiden des LBGR von 1996 und 2020 beschriebenen Auflagen ist nicht möglich, weil damit die bereits bestehenden Eingriffe nicht kompensiert werden. Die Erfüllung der Renaturierungsauflagen des RBP-Zulassungsbescheides von 1996 und vom 21.12.2020 stellen somit ein weiteres öffentliches Interesse dar, das in die Abwägung der überwiegenden	Der vorgebrachte Sachverhalt zu den Rechtsverhältnissen wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründung: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	öffentlichen Interessen einfließen muss.	Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 2960	5. VR08 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05): 3.) Der Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide ist historisch bedingt lediglich im Besitzstand möglich und auf den zurzeit genehmigten Abbaubetrieb beschränkt. An dieser Stelle genügt die Anwendung des § 52 Abs. 2 BbergG nicht mehr aufgrund der gravierenden negativen Umweltauswirkungen, die dann insbesondere zu Tage treten werden, wenn (z.B. durch die Änderung des Wiedernutzbarmachungskonzepts und der geplanten Nachnutzung als Deponie der DK 1 mit ggf. einer darauffolgenden Nachnutzung einer Photovoltaikanlage) das Vorhaben faktisch nicht mehr umkehrbar ist, und z. B. der Landschaftsschutz dauerhaft verlorengeht; Sinn und Zweck der LSG werden zu keinem Zeitpunkt mehr erfüllt. Zumindest aus Umweltschutzperspektive im Sinne der Gemeinwohlbelange ist das Vorhaben deshalb zwingend zu verhindern. In diesem Fall ist das Vorhaben nämlich nicht nur geeignet, ein Natura 2000-Gebiet zu beeinträchtigen, sondern auch alle anderen Schutzgüter, einschließlich der menschlichen Gesundheit. Das Natura-2000-Schutzgebiet wird allein schon dadurch beeinträchtigt, dass das Verbundsystem mit anderen Landschaftsschutz- bzw. Naturschutz- oder FFH-Gebieten „ausgehöhlt", verkleinert und zerschnitten wird.	Der vorgebrachte Sachverhalt zu den Rechtsverhältnissen wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründung: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2961	Die vom LBGR vertreten Auslegung der Rohstoffsicherungsklausel steht im Widerspruch zu der übergreifenden verfassungsrechtlichen Bedeutung des Umweltschutzes als Staatsziel gemäß Art. 20a GG. Die Rechtsprechung hat inzwischen die Annahme relativiert, § 48 Abs. 1 S. 2 BBergG formuliere einen generellen Vorrang für die Rohstoffsicherung gegenüber den entgegenstehenden Schutz- oder Widmungszwecken. Der Norm wird lediglich noch entnommen, dass dem Belang der Sicherung der Rohstoffversorgung ein gewisses Gewicht zuzuschreiben ist (siehe auch von Hammerstein, in: Boldt/Weller/Kühne/von Mäßenhausen, BBergG, 2. Aufl. 2016, § 54 Rn. 12; nach Ludwig, Umweltaspekte in Verfahren nach dem BBergG, ZUR 2012, 1 50 (1 55) sind jedoch Umweltbelange, die nach Art. 20a GG Verfassungsrang haben, gegenüber der einfachgesetzlich garantierten Rohstoffsicherung vorrangig zu berücksichtigen, BVerwGE 81, siehe auch Umweltbundesamt, Umweltverträgliche Nutzung des Untergrundes und Ressourcenschonung, November 2014). Die in § 48 Abs. 1 S. 2 BBergG benannten Schutz- oder Widmungszwecke zugunsten von Lagerstättenschutz und Rohstoffplanung sind daher nach allgemeinen Grundsätzen insbesondere im Rahmen der regionalen Landesplanung und der regionalen Raumordnung auszurichten. Nicht zuletzt die Aufnahme der Raumordnungsklausel in § 48 Abs. 2 Satz 2 (neu) BBergG durch die Raumordnungsnovelle 2017 bestätigt, dass der Schutz der Lagerstätten zuvörderst durch das Planungsrecht und nicht (mehr) durch § 48 Abs. 1 S. 2 BBergG erfolgen soll. Die Rohstoffsicherungsklausel hat deshalb keine Bedeutung mehr. Nach all dem sind die vom LBGR zumindest für die Fresdorfer Heide gelieferten Daten keine rechtlich abgewogenen Daten, die von der Regionalen Planungsgemeinschaft übernommen werden durften. Die Fresdorfer Heide wird zu Unrecht mit 49,06 ha als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung ausgewiesen (Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung Anlage 1 zum Beschluss 05/03/04 S. 15, Ziff. 8 der tabellarischen Übersicht; bzw. Entwurf zum Regionalplan vom	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor. Hinweis: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	05.10.2021 S. 72, Ziff. 8). Diese Grundaussage ist fehlerhaft, da lediglich 33,4 ha zurzeit als Abbaugebiet durch RBP genehmigt sind. Der nicht zu genehmigende Erweiterungsantrag zum Rohstoffabbau wurde vom LBGR in die Tabelle der Vorranggebietsfestlegung rechtswidrig mit einbezogen. Es ist zu vermuten, dass daraus eine Bewilligung des anhängigen Planfeststellungsverfahrens zugunsten der Antragstellerin erreicht werden soll.	eines Gebietscharakters aus.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 1173	Antrag II.: Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste G 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung Seite 14 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021". Begründungen: 4. Zu VB-K01 geringere Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR). In Punkt 298 in der Tabelle 16 des LBGR-Vorschlages zu Vorranggebiete, Vorbehaltsgebiete und Potentialgebiete zur Rohstoffgewinnung, auf Seite 74, ,,Nr..8 Fresdorfer Heide" ist die die Flächenangabe von 49,06 ha falsch! Denn die Flächenangabe umfasst im Wesentlichen den bereits ausgekiesten Tagebau. Die Restfläche des laufenden RBP ist weniger als 10 ha groß. Die Erweiterungspotentiale des Bergwerkfeldes liegen bei 15-16 ha. Jedoch stehen einer Fortsetzung des Kiestagebaus erhebliche Raumnutzungskonflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz entgegen, siehe unsere Anmerkungen zu VB-K02. Auch können wir der hohen Bewertung des LBGR unter „Rechtsverhältnisse" mit „5 - HBP, RBP vorhanden" nicht folgen. Der vorhandene RBP läuft am 31.12.2022 aus. Die Erweiterungsflächen sind aus unserer Sicht insbesondere aus Gründen des Habitatschutzes, des Landschaftsschutzes und des Artenschutzes nicht genehmigungsfähig. Zudem ist die Erschließung an das öffentliche Verkehrsnetz nicht sichergestellt; siehe unser Ausführungen zu 3.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung von VB 07 werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 1178	Antrag II.: Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste G 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung Seite 14 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021". Begründungen: 5. VB-K02 geringe Raumnutzungskonflikte In der „Tabelle 19 Kriterienanwendung VR-K03, VB-K02 auf LBGR-Vorschläge Vorranggebiete", Seite 80, wird einzig im Fall Fresdorfer Heide das Vorranggebiet und das Vorbehaltsgebiet zusammen betrachtet. ("Nr. 8 Fresdorfer Heide VR/VB"), die Anmerkungen im Weiteren der Zeile beziehen sich jedoch nur auf das Vorranggebiet VR 05. Eine Einzelbetrachtung des vom LBGR vorgeschlagenen VB 07 „Fresdorfer Heide" gibt es im Plan nicht. Das wäre aus unserer Sicht jedoch notwendig, da das Vorbehaltsgebiet „Fresdorfer Heide", (Erweiterung des Tagebaus nach Süden, teilweise nach Osten) im erheblichen Maße und noch weitaus stärker als das VR 05 „Fresdorfer Heide" zu Konflikten mit dem Habitatschutz, Artenschutz und Landschaftsschutz führt. Wie oben bereits erwähnt, ist eine Erweiterung des Tagebaus deshalb nicht genehmigungsfähig. Wir erläutern das wie folgt: A) Die Erweiterung des Kiestagebaus würde erhebliche Auswirkungen für das FFH-Gebiet DE 3744-301 „Nuthe-Nieplitz-Niederung" haben, insbesondere für die benachbarten Moore. Das einzige gut erhaltene Biotop des LRT 7140 (Schwingrasenmoor) im FFH-Gebiet wäre in seiner Existenz gefährdet. Die Erweiterung würde zum Teil im Wassereinzugsgebiet des Moores stattfinden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie den Wasserhaushalt des Moores beeinflusst. Die Erweiterung würde bis 20 Meter an das FFH-Gebiet heranreichen, so dass eine erhebliche Staublast in das FFH-Gebiet getragen würde. Die Veränderung von Lebensräumen durch stoffliche Immissionen kann in einem Moor schleichend durch stetige	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung von VB 07 werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Anreicherung und pHWert-Änderungen von statten gehen. Eine vollständige und belastbare · FFHVerträglichkeitsprüfung liegt nicht vor. B) Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (im Planungsgebiet Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region); die störungsfreien Abstände zu dem Kranich- Brutstandort entsprechend § 19 BbgNatSchAG (Horstschutz) können nicht eingehalten werden, geschützte Art nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1. C) Das Vorbehaltsgebiet würde zu einem erheblichen Eingriff in den Schutzzweck des LSG „Nuthetal - Beelitzer Sander" führen. Es würde gegen § 3 lc (Schutz der Moore), gegen 1j (Schutz von FFH-Gebieten) und gegen lk (Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet liegenden Natursch utzgebiete) der LSG-Verordnung verstoßen. Auch würde die Erweiterung des Kiestagebaus gegen § 3, 2a (Schutz der in der Weichseleiszeit geformten Geomorphologie der Landschaft) derselben Verordnung verstoßen und der Schutzzweck § 3, Pkt.3 (Erhaltung des Gebietes wegen seiner besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung) durch die Schall-und Staubimmissionsbelastung des Betriebsablaufs für die Umgebung belastet und die LKW-Fahrten die für die Erholung vorgesehenen Wander- und Radwegen stören. Dem Landschaftsschutz ist aus den benannten Gründen des allgemeinen Interesses an dieser Stelle der Vorrang einzuräumen. D) Auch für das Vorbehaltsgebiet tritt zu, dass es das Trinkwasservorratsgebiet des WAZV „Mittelgraben" beanspruchen würde, siehe IV.2.3 Tabellarische Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffe Planungskonzept Stand 01.06.21, Seite 40/41 „Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund „Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung" zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung".	Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 1183	Antrag II.: Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste G 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung Seite 14 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021". Begründungen: 6. Zu VB-K03: gute Erschließbarkeit (siehe 3. Zu VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit) Die Gebiete VR 05 und VB 07 sind nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Es ist damit keine reguläre Erschließung gegeben! Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt, siehe Beschluss-Nr. 1085/21 vom 30.03.2021 Status für die befestigten Flächen zwischen Flugplatz Saarmund und BAB A115: " ... . Die Gemeindevertretung beabsichtigt auch nicht in der Zukunft die oben genannten Flächen als öffentliche Straße zu widmen." Das ist nachzuvollziehen, denn der Weg der als Zuwegung für den laufenden Kiestagebau genutzt wird, ist mit 5,00-5,60 m zu schmal ist, um einem LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen. Die Verfestigungen und Schädigung des gewachsenen Bodens außerhalb der Asphaltdecke hat bereits ein erhebliches Ausmaß angenommen. Gleichzeitig gehört der Weg zum Wander- und Radwegenetz des Naturparks „ Nuthe-Nieplitz-Niederung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 1184	Zusammenfassend stellen wir fest, dass teilweise falsche Angaben zu Größe und Rechtsstatus dazu führten, in der Fresdorfer Heide ein Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für Kiessande zu vermuten. Jedoch handelt es sich um einen im Jahr 2022 auslaufenden Tagebau mit einer Restabbaugenehmigung unter 10 ha.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Diese Rohstoffreserve liegt unterhalb der für den Regionalplan relevanten Mindestgröße. Die Fläche ist aus der aus Gründen der naturschutzfachlichen Auflagen von Ersatzmaßnahmen zwingend zu renaturieren. Der Nutzungsanspruch von Natur- und Landschaftsschutz hat hier eindeutig Vorrang. Ein rechtmäßiger Anspruch auf Erweiterung des Kiestagebaus besteht nicht und würde auch in der Einzelfallprüfung kaum Chancen haben zugunsten des Rohstoffabbaus auszugehen. Zudem gibt es keine sichere Anbindung an das öffentliche Straßennetz. Die Zuwegung basiert auf einer momentanen Duldung durch die Grundstückseigentümer, welche für eine Neugenehmigung nicht gesichert ist.	angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2940	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 1.) Der Festlegung als Vorhabengebiet in der Fresdorfer Heide steht die im Hinblick auf die Gesamtfördermenge an Kiessand in der Region Havelland - Fläming geringe wirtschaftliche Bedeutung (15,73 ha = 0,39 Prozent der im Regionalplan Havelland - Fläming ausgewiesenen Kiessandabbaufläche) objektiv entgegen. Im Rahmen der regionalplanerischen Steuerung der verschiedenen Raumansprüche ist es Aufgabe aus dem LEP HR, ausgewählte Lagerstätten oberflächennaher Rohstoffe (in der Region HavellandFläming: Kiese, Sande, Tone) wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung vor entgegenstehenden Nutzungen zu sichern. Als solche gelten Nutzungen, welche die Rohstoffgewinnung dauerhaft ausschließen oder erheblich behindern (Zitat: Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung Anlage 1 zum Beschluss 05/03/04 Seite 8 Rdn. 1 6). Die (hier) zitierte wirtschaftliche Bedeutung spielte für den Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide bereits bei den Festlegungen des für ungültig erklärten Regionalplan Havelland-Fläming 2.0 keine Rolle, weil die verbleibenden angenommenen Vorräte der ausgewiesenen Vorranggebiete (150% des ermittelten durchschnittlichen Bedarfs der letzten 14 Jahre) bei voller Ausbeute den Rohstoffbedarf für weitere 35 Jahre sichern (s. Tz. 3). Nach der aktuellen Klimadiskussion passt die Nutzungspräferenz zugunsten der Rohstoffgewinnung, insbesondere in der Fresdorfer Heide (LSG), nicht mehr in den Regionalplan; entgegenstehende Nutzungen überwiegen hier die wirtschaftliche Bedeutung der Rohstoffgewinnung. Die geringe wirtschaftliche Bedeutung eines Vorbehaltsgebietes mit nur 15,73 ha (Fresdorfer Heide) kann bei der Lage im LSG, unmittelbar angrenzend an ein NSG und SPA-Gebiet sowie sich im Verbund der Natura 2000 - Gebiete in keinem Fall die dort geschützten Güter überwiegen.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Gewinnungsmenge wird zur Kenntnis genommen. Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor. Jedoch wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2942	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Satzungen sind lediglich Normen, die von Selbstverwaltungskörperschaften ausschließlich zur Regelung ihrer eigenen Angelegenheit erlassen werden. Dem entgegen werden Rechtsverordnungen (wie z. B. die Landschaftsschutzverordnung) von der	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutz wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Exekutive/Regierung auf der Grundlage einer durch ein förmliches Gesetz erteilten Ermächtigung erlassen (Artikel 80 GG „Verordnungsermächtigung"). Aufgrund dieses Unterschiedes der Normentypen gilt im Falle von Widersprüchen die höherrangige Landschaftsschutzverordnung gegenüber der niederrangigen Satzung. Im Regionalplanentwurf wird als Satzung versucht, ein Recht zu schaffen, das der landesrechtlichen Landschaftsschutzverordnung mindestens gleichgestellt sein soll. Dies ist rechtlich unzulässig. Der Verweis auf die Befreiungstatbestände der Landschaftsschutzverordnung ist fehlerhaft, weil die Landschaftsschutzverordnung seinerzeit in Ansehung des bereits laufenden Geschäftsbetriebes des Kiessandabbaus erlassen worden ist. Der Verordnungsgeber hätte bei Erlass der Rechtsverordnung durchaus die gesamte Lagerstätte der Fresdorfer Heide aus dem Gebiet der Landschaftsschutzverordnung ausnehmen können. Das hat er aber bewusst nicht getan, sondern lediglich dem laufenden genehmigten Geschäftsbetrieb einen Vorrang vor dem Landschaftsschutz eingeräumt. Im Übrigen sollte der Landschaftsschutz zwingend gelten. Befreiungstatbestände müssen in diesem Zusammenhang auch nicht mehr geprüft werden, da sich an der zugrunde liegende Kiessandlagerstätte nichts verändert hat, also kein neuer bisher unbekannter Sachverhalt hinzugekommen ist, der eine solche Prüfung erforderlich machen würde. Die Befreiungstatbestände können sich nur auf bei Erlass der Rechtsverordnung nicht bekannte öffentliche Interessen beziehen. Eine Ausweisung als Vorhabengebiet ist daher für die Rohstoffgewinnung per Satzung nicht möglich und widerspricht höherrangigem Recht. Eine entsprechende Festlegung im Regionalplan ist rechtswidrig.	Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2943	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Rein hilfsweise und vorsorglich (der Planfeststellungsantrag zur Erweiterung des Kiessandabbaus ist bereits nach der Öffentlichkeitsbeteiligung in Form eines Onlineverfahrens beim LBGR im Entscheidungsstadium) machen wir das fehlende überwiegende öffentliche Interesse am Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide geltend, dass für eine Ausweisung als Vorbehaltsgebiet im Regionalplan 3.0 erforderlich wäre. Ein Anteil von 0,39 Prozent des gesamten in dem Regionalplan ausgewiesenen Kiessandabbaus kann ein öffentliches Interesse gegenüber den übrigen durch die Landschaftsschutzverordnung geschützten öffentlichen Interessen nicht überwiegen. Die Regionale Planungsgemeinschaft kann dies auch als satzungsgebende öffentlich-rechtliche Institution anhand des höherrangigen Rechts erkennen und muss dazu eine eigene rechtskonforme Bewertung des Sachverhaltes vornehmen.	Die vorgebrachten Sachverhalte zum Landschaftsschutzgebiet sowie zur Bedarfseinschätzung werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2944	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Bereits bei dem beim LBGR anhängigen Antragsverfahren zur Erweiterung des Kiessandabbaus in der Fresdorfer Heide wurden die überwiegenden öffentlichen Interessen geprüft. Dabei sind nachstehende Aspekte bzw. Interessen relevant: Nach der Rechtsprechung des	Der vorgebrachten Einschätzungen werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bundesverwaltungsgerichtes gehören zu den öffentlichen Belangen auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (vgl. BVerwG, Urt. v. 09.07.2009 -4 C 1 2.07, NuR 2009. 789 (792); ebenso VGH München, Beschl. v. 19.08.2014, 8 CS 14.1300, juris Rn. 1 5; Gellermann, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Stand: 01/201 5, § 67 BNatSchG Rn. 11). Das Vorliegen dieser Voraussetzungen wurde von dem in der Fresdorfer Heide tätigen Kiessandabbauunternehmen nur vermeintlich zutreffend gegenüber dem LBGR dargestellt und angeblich mit den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes abgewogen. Jedenfalls liegt diese Einschätzung auch den Daten des LBGR zugrunde, die von der Gemeinsamen Planungsabteilung in diesem Zusammenhang ungeprüft in den Regionalplan übernommen worden sind. Die Voraussetzungen nach § 67 Absatz 1 Ziffer 1 BNatSchG, nämlich Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, liegen tatsächlich nicht vor. Eine sach- und fachgerechte Abwägung wurde lediglich offiziell noch nicht vorgenommen, aber durch das Nachholen der Aufnahme des Vorbehaltsgebietes Fresdorfer Heide in den Regionalplanentwurf soll das vom LBGR gewünschte Ergebnis zielorientiert und fehlerhaft gefördert werden. Nach dem zitierten Beschluss des VGH München ist das „öffentliche Interesse" als ein qualifiziertes öffentliches Interesse zu verstehen (BVerwG Beschl. V. 20.02.2002 - 4 B 1 2/02). Auch infrastrukturelle Ziele wie die Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft und der Erhalt von Arbeitsplätzen können ein solches öffentliches Interesse begründen (vgl. BVerwG, Urt. v. 9.7.2009 - 4 C 1 2/07). Dafür ist es jedoch erforderlich, wie dem Beschluss des VGH München auch zu entnehmen ist, dass es eine regionale strukturelle wirtschaftliche Abhängigkeit geben muss, die es zu fördern und zu stärken gilt und in deren Struktur Arbeitsplätze erhalten werden.	Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2945	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Ziel des BBergG und des vom LBGR zu entscheidenden Planfeststellungsantrag vom 13.01.2022 ist es jedenfalls nicht, die Wirtschaftsstruktur der Region zu fördern und dort Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Ziel ist ausschließlich der Abbau bodennaher Bodenschätze, was sicherlich grundsätzlich einen öffentlichen Belang darstellt. Eine zwingende Voraussetzung für die Wirtschaftsförderung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region ist dies jedoch nicht. Die Berücksichtigung der Interessen des in der Fresdorfer Heide tätigen Unternehmens und dessen Arbeitsplätze ist unzulässig, da keine Individualinteressen in diese Abwägung einbezogen werden dürfen, sondern ausschließlich Allgemeininteressen. Die angeblich zu sichernden Arbeitsplätze enden nicht mit dem Ende des genehmigten Kiesabbaus, sondern bleiben in dem überregional (Berlin/Potsdam) tätigen Unternehmen in der gleichen oder in einer anderen Betriebssparte an einem anderen Betriebsart erhalten. Jedenfalls besteht keine Notwendigkeit die Arbeitsplätze am Arbeitsort in der Fresdorfer Heide durch die Aufnahme als Vorbehaltsgebiet in den Regionalplan zu sichern. Unerwähnt bleiben in der Abwägung auch die Arbeitsplätze, die durch die Renaturierung sowie die Aufzucht von Bäumen und Hecken in regionalen Gartenbaubetrieben geschaffen oder erhalten werden oder aber entfallen bzw. nicht geschaffen werden. Schon hiernach kann ein überwiegender öffentlicher Belang im Sinne des beantragten Vorhabens nicht festgestellt werden.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutz wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2946	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Darüber hinaus ist ein überwiegender öffentlicher Belang auch	Der für die Abwägung im Regionalplanverfahren unrelevante Sachverhalt zum Unternehmenssitz wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird jedoch die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulissed angepasst an den

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	deshalb nicht gegeben, weil das in der Fresdorfer Heide tätige Unternehmen seinen Firmensitz in Berlin hat und die anfallenden Steuerabgaben in und nach Berlin abgeführt werden. Es wird also, wenn überhaupt, die Finanzkraft von Berlin und nicht die der Planungsregion Havelland-Fläming gestärkt.	Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden.
BE-ID: 2947	5. VB 05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Das in der Fresdorfer Heide tätige Unternehmen stellt in seinem Befreiungsantrag Ziffer 5 Seite 7 f. der Anlage 1 2.1.a des PFA vom 13.01.2022 fest, "... dass insbesondere der Regionalplanung für die objektive Bedarfslage an bestimmten Rohstoffen eine besondere Bedeutung zukommt (VGH Mannheim, Beschl. v. 24.03.2014 - 10 S 216/13 -juris, Rn. 15). Vorliegend gibt die Raumordnung im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg 2009 vor, dass die „Gewinnung und Nutzung einheimischer Bodenschätze und Energieträger [. . .] als wichtiges wirtschaftliches Entwicklungspotenzial räumlich gesichert werden [soll]. Nutzungskonflikte sollen hierbei minimiert werden." In der Begründung zu diesem Grundsatz heißt es im Regionalplan außerdem: "Eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung hat auch die Gewinnung und Nutzung der vom Bergrecht erfassten einheimischen Bodenschätze. Neben der Braunkohle betrifft dies im gemeinsamen Planungsraum insbesondere die oberflächennahen Rohstoffe, deren Aufsuchung und Gewinnung sichergestellt werden soll. Als wirtschaftlich nutzbare oberflächennahe Rohstoffe gelten im Wesentlichen Sand, Kies, Ton, Kalkstein, Grauwacke und Badetorfe. [. . .] Entsprechende Zielkonflikte mit anderen Raumnutzungen sind im Rahmen der Regionalplanung durch die Festlegung eines ausreichenden Potenzials an Raumordnungsgebieten für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe zu lösen. Dabei sollen die Standortgebundenheit der Lagerstätten, die Begrenztheit der Vorkommen sowie konkrete Betriebs- und Lagerstättenverhältnisse im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden." Das in der Fresdorfer Heide tätige Unternehmen macht geltend, dass mit dieser Zielsetzung die Raumordnung dem erhöhten, regionalen Bedarf an Kies für Bau- und Infrastrukturprojekte im Großraum Berlin Rechnung trägt.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutzbefreiungsantrag des in der Fresdorfer Heide tätigen Unternehmens wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2949	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): Die regionale Bedeutung der Sand- und Kiessandlagerstätten werde laut Unternehmerin angeblich auch in dem Regionalplan Havelland-Fläming 2020 (ungültig, aber auch im Regionalplanentwurf 3.0) deutlich, indem dargelegt wird, dass die Region Havelland-Fläming über zahlreiche großflächige Sand- und Kiessandlagerstätten verfügt, aus denen ein Anteil von ca. 90% aller geförderten oberflächennahen Rohstoffe gewonnen wird. Der Rohstoff der Lagerstätte Fresdorfer Heide wird ortsnah in Berlin, Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming von ansässigen Betonherstellern und Baufirmen als Bauzuschlagsstoff für die Betonherstellung oder als Verfüllmaterial verwendet. Weiterhin werden sie in der Mörtel- und Asphaltherstellung, sowie für Pflasterarbeiten und Oberflächenbehandlungen gebraucht. Die räumliche Nähe zwischen Rohstoffquelle (Kiessandtagebau Fresdorfer Heide) und Verwerter sorge auch für verhältnismäßig kurze Transportwege. Die Formulierungen im Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 sind vom LBGR u.a. auch in Vorbereitung auf die Entscheidung über die anstehende Planfeststellung über den erweiterten Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide eingebracht worden. Das Unternehmen kann sich nicht auf den Regionalplan als rechtsverbindliche objektive Quelle berufen, da die öffentliche Auslegung zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt war und die Träger öffentlicher Belange einschließlich der	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Fachbeitrag des LBGR zur Sicherungswürdigkeit von Flächen wird zur Kenntnis genommen. Dieser ist fachlich als Kriterium VB-K01 im Rahmen des Planungskonzeptes eingeflossen und bestimmt nicht die Handhabung der nachfolgenden Kriterien, z.B. zur Einschätzung von Raumkonflikten. Die aufgeführten Bedenken sind nicht nachvollziehbar. Dennoch wird im Rahmen der geänderten Rechtslage die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Naturschutzverbände noch Einwendungen erheben werden. Es wird - soweit es noch erforderlich ist - verwaltungsgerichtlich zu überprüfen sein, ob es zulässig ist, einen Kiessandabbaustandort, der im für ungültig erklärten Regionalplan Havelland-Fläming 2.0 noch keine Erwähnung gefunden hat, auf der neuen Daten- und Bewertungsgrundlage des LBGR in den neuen Regionalplan aufzunehmen, nachdem beim LBGR ein entsprechender Planfeststellungsantrag vorliegt und bei dem der BUND Landesverband Brandenburg e.V. als sonstiger Träger öffentlicher Belange im Hinblick auf den diesbezgl. Planfeststellungsantrag vom 16.02.2017 am 25.08.2017 eingewandt hat, dass eine diesbezügliche regionalplanerische Vorgabe nicht vorhanden ist. Um diesen Mangel zu beheben, hat das LBGR zwischenzeitlich Daten und Bewertungen formuliert, die nahezu wortgleich sowohl in den Regionalplanentwurf 3.0 als auch in die neuen Antragsunterlagen der Vorhabenträgerin eingeflossen sind. Bei den regionalplanerischen Festlegungen finden sich somit die für das beim LBGR anhängige Antragsverfahren vermeintlich erforderlichen, aber bisher fehlenden Argumentationen wieder, die von der Genehmigungsbehörde selbst geliefert wurden. Von einer objektiven Quelle im Sinne eines öffentlichen Interesses kann hier nicht die Rede sein. Dass diese Argumentationen im Ergebnis nicht ausreichen werden, spielt dabei keine Rolle.	sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2950	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Bedenklich ist darüber hinaus, dass von der Regionalen Planungsgemeinschaft das bisherige Ausschlusskriterium „Lage im Landschaftsschutzgebiet" im neuen Regionalplanentwurf ohne einen dafür ersichtlichen Grund aufgegeben worden ist und die Schutzgutabwägungen in diesem Fall auf das LBGR delegiert wurden. In Form eines Zirkelschlusses soll das LBGR in diesem Vorhaben seine eigenen in den Regionalplanentwurf eingebrachten „objektivierten" Argumente wieder im Einzelfall abwägen. Nach dem für ungültig erklärten Regionalplan Havelland-Fläming 2020 hätte es dieser Schutzgutabwägung im Einzelfall erst gar nicht bedurft. Wir halten diese Vorgehensweise der Regionalen Planungsgemeinschaft und des LBGR in diesem konkreten Fall für rechtsfehlerhaft, da im vorliegenden Fall die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal-Beelitzer Sander" in Ansehung des seinerzeit schon laufenden Kiessandabbaubetriebes der Vorhabenträgerin am 10.02.1999 erlassen worden ist und damit den Landschaftsschutz als einen besonderen öffentlichen Belang ausgewiesen hat. Im Hinblick auf die Erweiterung der Abbaufläche (Erweiterungsantrag) wurde sogar ein überwiegendes öffentliches Interesse rechtlich gesichert. Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 entfaltet über die Argumentationen des LBGR, die in die Beschlussfassung einfließen, im Ergebnis aber bereits eine unzulässige präjudizierende Wirkung in einem Verfahren, das bereits aus anderen rechtlichen Gründen nicht zugunsten des Kiessandabbaus entschieden werden darf. Am Ende kommt das Unternehmen zielorientiert zu dem rechtswidrigen fehlerhaften Ergebnis, dass damit die weitere Gewinnung des Kiessandes am Standort Fresdorfer Heide als zwingend notwendig für die regionale Bauwirtschaft anzusehen ist. Wir haben mit den Quellen des LBGR gezeigt, dass die Gewinnung von Kiessand in der Fresdorfer Heide gerade nicht zwingend notwendig ist. Die behauptete Ortsnähe für den Bereich Berlin, Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming gilt gleichermaßen für alle 38 im Regionalplan aufgeführten Kies-, Sand- und Kiessandgruben und kann nicht isoliert und ausschließlich als Argument für die Abbaufläche in der Fresdorfer Heide in Anspruch genommen werden.	Die vorgebrachten Sachverhalte zum Landschaftsschutzgebiet sowie zur Bedarfseinschätzung werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2951	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 1.) Der Festlegung als Vorhabengebiet in der Fresdorfer Heide steht die im Hinblick auf die Gesamtfördermenge an Kiessand in der Region Havelland - Fläming geringe wirtschaftliche Bedeutung (15,73 ha = 0,39 Prozent der im Regionalplan	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Bedarfseinschätzung wird zur Kenntnis genommen. Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Havelland - Fläming ausgewiesenen Kiessandabbaufläche) objektiv entgegen. Außerdem kommt die im Entwurf befindliche Regionalplanung bei der Auflistung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete auf eine Gesamtfläche von rd. 4.111 ha oberflächennaher Rohstoffe. Zieht man die Tonlagerstätten ab, verleiben rd. 3.975 ha Kies-, Sand- und Kies/Sandflächen. Die von der Vorhabenträgerin beantragte Erweiterungs-/Abbaufläche beträgt 15,6 ha. Das entspricht rd. 0,39 Prozent der gesamten Abbauflächen nach dem Regionalplanentwurf, verteilt auf 38 Standorte. Diese auf den Angaben des LBGR beruhenden Zahlen belegen die regionale wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit des Kiessandabbaus in der Fresdorfer Heide. Bei diesen Betrachtungen ist der nach KrWG geforderte und vom LfU priorisierte Einsatz von Sekundärbaustoffen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft noch gar nicht eingeflossen, obwohl diese Ersatzbaustoffe jetzt schon in ausreichender Menge zur Verfügung stehen und bei einer Wiederverwendung nicht auf DK 1 -Deponien verbracht werden müssen. Damit ist eindrucksvoll belegt, dass gerade die Begrenztheit des Vorkommens in der Fresdorfer Heide nicht als Abwägungsargument für den erhöhten regionalen Bedarf an Kiessand herangezogen werden kann. Schon gar nicht kann damit die weitere Gewinnung des Kiessandes am Standort Fresdorfer Heide als zwingend notwendig angesehen werden, wie es da Unternehmen unter Ziffer 5 auf Seite 8 der Anlage 1 2.1.a des Planfeststellungsantrags vom 13.01.2022 behauptet. Ein weiteres Argument liefert das Kiessandabbauunternehmen in der Fresdorfer Heide selbst bei der Darstellung ihres schonenden Umgangs mit der Natur im Vorhabengebiet. Sie verzichte auf den Abbau des nördlichen Teils des Tagebaus, weil die Fläche innerhalb der nächsten 10 Jahre rekultiviert und aus der Bergaufsicht entlassen werden soll. Die dort lagernden Vorräte müssten bis dahin abgebaut sein. Für die dort gewinnbaren Vorräte fehle jedoch die erforderliche Absatzmöglichkeit in diesem Zeitraum. Der erhöhte regionale Bedarf ist also nur ein Scheinargument und kann bei der Abwägung der überwiegenden öffentlichen Interessen nicht berücksichtigt werden.	LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor. Jedoch wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2952	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Gleiches gilt für Arbeitsplätze von Dritten wie z. B. Subunternehmen. Es ist falsch zu behaupten, dass mit dem Weiterbetrieb des Kiessandtagebaus der Fresdorfer Heide die Arbeitsplätze von Subunternehmen und den dort tätigen Arbeitnehmer:innen gesichert werden. In Anbetracht der verschwindend kleinen Abbaufläche (0,39%) und den vielen regionalen anderweitigen einschlägigen Abbauflächen (37 Stück) werden sich diese Subunternehmen leicht den Marktverhältnissen anpassen und den vielen anderen regionalen Anbietern zuwenden. Der Nachweis, dass auch nur ein Subunternehmen oder ein Arbeitsplatz eines Subunternehmens verlorengeht, kann realistischerweise nicht erbracht werden. Damit kann das Argument der Erhaltung von Arbeitsplätzen nicht in die Abwägung bei der Befreiung von der Veränderungssperre des Landschaftsschutzgebietes einbezogen werden.	Die vorgebrachten Sachverhalte zum Landschaftsschutzgebiet sowie zur Arbeitsplatzsicherung werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Arbeitsplatzprognose trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2953	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 1.) Der Festlegung als Vorhabengebiet in der Fresdorfer Heide steht die im Hinblick auf die Gesamtfördermenge an Kiessand in der Region Havelland - Fläming geringe wirtschaftliche Bedeutung (15,73 ha = 0,39 Prozent der im Regionalplan Havelland - Fläming ausgewiesenen Kiessandabbaufläche) objektiv entgegen. Der Betrieb des Kiessandtageabbaus wurde ursprünglich bis zum Kalenderjahr 2020 befristet bewilligt und eine anschließende Renaturierung mit Blick auf die acht Schutzgüter (u. a. Mensch, Fauna) festgelegt. Entgegen dem Protest von zwei betroffenen Gemeinden und vielen Bürgern erfolgte gleichwohl eine Verlängerung des fakultativen RPB um zwei Jahre, obwohl nach dem aktuellem Regionalplanentwurf Kiessand bei angenommener Ausbeute um 150 Prozent für die nächsten rd. 90 Jahre zur Verfügung steht (ohne die Einbeziehung von Sekundärbaustoffen nach dem KrWG). Eine Abkehr von den damaligen Auflagen (Renaturierung) aus den Rahmenbetriebsplan(RBP)-Zulassungsbescheiden 1996 und 2020 ist unter Berücksichtigung der negativen Auswirkungen der geplanten Maßnahme in keinem Fall möglich. Ebenso ist eine veränderte Festlegung im Regionalplan 3.0 gegenüber dem Regionalplan 2020 bezogen auf die Fresdorfer Heide weder möglich noch nötig. Damit entfällt auch der Rechtfertigungsgrund für den weiteren Kiesabbau in der Fresdorfer Heide, denn es ist absurd, weiterhin, wie noch im RBP-Zulassungsbescheid v. 21.1 2.2020 des LBGR über die Verlängerung des fakultativen RBP für den Kiessandtagebau zu behaupten, dass ein Bedarf an Sand und Kies für das Baugewerbe besteht, der über die vorhandenen und beantragten Tagebaue allein nicht gedeckt werden kann. Bereits seit 1996 wird laut vorgenanntem Zulassungsbescheid des LBGR die erwartete Kiesabbaumenge nicht erfüllt. Seit 24 Jahren wird das erwartete Abbauvolumen nicht erreicht und jetzt muss der Antrag auf Erweiterung des Kiessandabbaus in der Fresdorfer Heide (0,39 Prozent) dafür herhalten, die bisher nicht erreichten Abbauerwartungen noch zu erhöhen, damit im Endeffekt die Erwartungshaltung noch weniger nicht erreicht wird. Das ist planerisch absurd und unlogisch sowie als Argument für die Begründung eines überwiegenden öffentlichen Interesses unbrauchbar.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Bedarfseinschätzung wird zur Kenntnis genommen. Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor. Jedoch wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2954	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Bereits im Planfeststellungsverfahren zum erweiterten Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide ergab eine Detailprüfung der Naturschutzverbände, dass die Fresdorfer Heide als Abbaugebiet wegen fehlender Voraussetzungen nicht weiter in Betracht gezogen werden kann und sich daher auch eine regionalplanerische Einbeziehung erübrigt. Bereits der Befreiungsantrag in Anlage 1 2.1 a des Planfeststellungsantrages vom 1 3.01.2022 gemäß § 67 BNatSchG und von den Verboten des § 39 BNatSchG ist fehlerhaft und unvollständig und lässt im Ergebnis keine Abwägung und schon gar nicht die in der Antragunterlage vorgenommene Abwägung zu. Für eine Bearbeitung des Antrags müssen folgende Informationen angezeigt werden: Neben den Angaben zum Unternehmen, zum Zahlungspflichtigen, zum betroffenen Grundstück und zur Beschreibung des Vorhabens gehört zwingend die Begründung, das Aufzeigen einer unzumutbaren Härte bei Ablehnung des Antrags, welche Alternativen zum Vorhaben bestehen und weshalb diese Alternativen nicht zumutbar sind. Laut Unternehmen sollen durch die Fortführung des Kiessandtagebaus 16,4 ha der erholungswirksamen Schutzgebiete des LSG „Nuthetal-Beelitzer Sander" sowie des NP „Nuthe-Nieplitz" in Anspruch genommen werden. Der gestellte Befreiungsantrag in Anlage 12.1a des PFA vom 13.01.2022 ist auch deshalb nicht zulässig, weil der Landschaftsschutz nach der LSG-VO ein dauerhafter Schutzzweck ist, der durch die Rechtsverordnung gesichert wird. Mögliche Befreiungen von der Veränderungssperre können deshalb allenfalls befristet und mit Auflagen genehmigt werden. Auch die Rechtsprechung fordert, dass Befreiungen nur insoweit erteilt werden dürfen, dass der Landschaftsschutz	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutz wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	für eine Generation erlebbar sein muss (ansonsten wäre der Schutz sinnlos).	
BE-ID: 2955	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Seit 1983 baut das Unternehmen in der Fresdorfer Heide Sand ab. 1996 wurde durch Planfeststellungsbeschluss des LBGR der Kiessandabbau befristet und ausschließlich unter Renaturierungsauflagen genehmigt. Auch an dieser Stelle wird der hohe Stellenwert des Landschaftsschutzes zu Ungunsten weiterer Veränderungen und Zerstörungen deutlich. Gerade aus diesem Grund und unter Berücksichtigung der weiteren Planungen des Unternehmens, nämlich der Errichtung einer Mülldeponie in einem Landschaftsschutzgebiet, ist es bedeutsam, dass die Planungsgemeinschaft im Regionalplan Havelland - Fläming 3.0 dem großen (überwiegenden) öffentlichen Interesse an Natur, Naturschutz und Landschaftsschutz Rechnung trägt, denn mit der Errichtung einer Mülldeponie wird die landschaftlich eng mit verschiedenen Schutzgebieten vernetzte Fläche (Natura 2000, SPA, LSG Nuthetal Beelitzer Sander) mit Müll verplant und der Renaturierung dauerhaft entzogen. Das Unternehmen verfolgt eigenwirtschaftliche Interessen, die vom LBGR durch die Erweiterung des Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide unterstützt werden, indem in der Abwägung überwiegender öffentlicher Interessen lediglich vorgeschoben werden. Der beantragte Kiesabbau, der nur 0,39 Prozent des nach dem Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 vorhandenen abbaubaren Kiessandes/Sandes in der Planregion ausmacht, vermag ein überwiegendes öffentliches Interesse gegenüber den anderen verletzten Schutzgütern nicht zu begründen.	Die vorgebrachten Sachverhalte zum Landschaftsschutzgebiet sowie zur Bedarfseinschätzung werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 2957	5. VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 2.) Der Festlegung steht im Übrigen entgegen, dass eine Sicherung der Fläche als Rohstoffabbaufläche nicht mehr möglich ist. Die Landesregierung hat durch die Rechtsverordnung zum Landschaftsschutz bereits eine Sicherung der vorhandenen Landschaft vorgenommen. Die Rechtsverordnung zum Schutz des LSG „Nuthetal-Beelitzer Sander" wurde 1999 in Ansehung des bestehenden Kiessandabbaus erlassen und hat damit den Landschaftsschutz ausdrücklich als vorrangiges Ziel vor dem Abbau von Kiessand festgelegt. Hätte der Verordnungsgeber etwas anderes gewollt, hätte er das Kiessandabbaugebiet nicht in das LSG mit einbezogen. So hat er gemäß § 5 Absatz 1 Nr. 9 LSG-VO geregelt, dass entgegen § 4 dieser VO die sonstigen bei Inkrafttreten dieser VO aufgrund behördlicher Einzelfallentscheidung rechtmäßig ausgeübten Nutzungen und Befugnisse in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang zulässig bleiben. Nicht zuletzt ist auch das LBGR noch bevor die LSG-VO erlassen worden ist, offensichtlich davon ausgegangen, dass mit dem Ende des genehmigten RBP und mit der Renaturierung auf der genehmigten Kiesabbaufläche dem Schutz der Natur und der Landschaft wieder Geltung verschafft werden muss, sonst hätte es den Zulassungsbescheid nicht mit den entsprechenden Renaturierungsauflagen versehen. Das LGBR bestätigt diese Auffassung im RBP-Zulassungsbescheid vom 21.1 2.2020 auf Seite 29 unter Ziffer 6.6.4 Außerdem ist zu beachten, dass der Erhaltungszustand des Landschaftsschutzgebietes entsprechend dem Willen des Verordnungsgebers nicht auf die vorhandene Lagerstätte, sondern - wie aus dem Verordnungstext hervorgeht - auf den besitzständigen Kiessandabbau ausgerichtet ist. Den Interessen des Landschaftsschutzes ist durch die Renaturierungsauflagen Rechnung zu tragen. Schon deshalb verbietet sich auch die Aufnahme in den Regionalplan als Vorbehaltsgebiet. Da eine Planfeststellung im Gebiet der Fresdorfer Heide im Hinblick auf die Umweltauswirkungen weder eine Nachnutzung noch eine unbefristete	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutz wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	generationenübergreifend Befreiung von den Veränderungssperren der Landschaftsschutzverordnung „Nuthetal-Beelitzer Sander" zulassen würde, ist eine Ausweisung als Vorbehaltsgebiet im Regionalplan Havelland - Fläming unzulässig.	
BE-ID: 2962	5. VB 05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VB07): 3.) Der Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide ist historisch bedingt lediglich im Besitzstand möglich und auf den zurzeit genehmigten Abbaubetrieb beschränkt. Das Ziel der Raumordnung ist nämlich, die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes nach § 3 ROG. Dabei sind die Auswirkungen u. a. auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Landschaft usw. zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten (§ 8 Abs. 1 ROG). Dem erforderlichen Umdenken in der aktuell geführten Klimadebatte kann sich auch und gerade ein neu zu erstellender Regionalplan nicht verschließen. Laut Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung (Anlage 1 zum Beschluss 05/03/04 auf Seite 15 Rdn. 8 der tabellarischen Übersicht; bzw. Entwurf zum Regionalplan vom 05.10.2021 Seite 72 Rdn. 8) werden für die Ausweisung von Vorranggebieten zur Rohstoffgewinnung folgende Kriterien zugrunde gelegt: hohe Sicherungswürdigkeit/geringe Nutzungskonflikte/gute Erschließung. Dies gilt jedoch nicht für den Kiessandabbau in der Fresdorfer Heide. Für die Fresdorfer Heide darf, wenn überhaupt, ausschließlich und ausdrücklich wegen des historisch bedingten Besitzstandes, eine Bewertung als Vorranggebiet ausschließlich für den besitzständigen Abbau zugrunde gelegt werden, also, soweit der Abbau zurzeit durch den bergrechtlichen Rahmenbetriebsplan genehmigt ist. Ansonsten greift der Ausschluss der Festlegung als Vorranggebiet durch die landesrechtliche Festlegung des Gebietes als Landschaftsschutzgebiet. Im Hinblick auf die geringe wirtschaftl iche Bedeutung des geplanten Vorbehaltsgebietes (0,39 Prozent des gesamten in dem Regionalplan ausgewiesenen Kiessandabbaus) überwiegen die tatsächlich bestehenden gravierenden Nutzungskonflikte und die fehlende hohe Sicherungswürdigkeit. Einer Festlegung als Vorhabengebiet steht daher die im Hinblick auf die Gesamtfördermenge an Kiessand in der Region Havelland - Fläming geringe wirtschaftliche Bedeutung (0,39 Prozent) objektiv entgegen. Ausschließlich wegen des besitzständigen Kiessandabbaus § 5 Abs. 1 Ziffer 9 LSGVO Nuthetal Beelitzer Sander darf hier überhaupt weiter Kies abgebaut werden. Die satzungsmäßigen Festlegungen im Regionalplan haben rechtlich lediglich eine Innenwirkung für die Mitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft, müssen sich aber innerhalb des geltenden Rechts bewegen und dürfen nicht der höherrangigen Landschaftsschutzverordnung widersprechen.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2967	zusammenfassende Bewertung: Vor dem Hintergrund unserer Ausführungen in Tz. 5.1 und 5.2 müssen wir unsere grundsätzliche ablehnende Stellungnahme vom 25.08.2017 zum beantragten Vorhaben auf den im Regionalplanentwurf 3.0 festgelegten Flächen VR08 und VB05 (Anmerkung Exzerpierer: gemeint wohl VR05 und VB07) nach wie vor aufrechterhalten. Der entsprechende Planfeststellungsantrag (Anmerkung Exzerpierer: zur Erweiterung des RBP) ist nicht genehmigungsfähig ist. Damit fehlen auch die Grundlagen, die eine Aufnahme der geplanten Abbauflächen in den Regionalplanentwurf rechtfertigen würden.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur ablehnenden Stellungnahme zum Rohstoffgewinnungsvorhaben vom 25.08.2017 wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 a) Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 2916	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.1 Ausgangssituation: Das Planungskonzept des Regionalplans 3.0 für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe setzt bei der Bedarfsermittlung auf den in Tz. 3 dargestellten Ergebnissen des Abbaumonitorings von 2017 auf und bestätigt auch für die Folgejahre eine Verfestigung des jährlichen Bedarfs von 2 Mio. t. Als Vorbehalt wird erwähnt, dass der Bauboom der letzten 5 Jahre sich noch nicht in den jährlichen Fördermengen niedergeschlagen hat. Auch wir stellen aus den Planbegründen in verschiedenen Planfeststellungsverfahren fest, dass die Abbaubetriebe eine eher verhaltene bis rückläufige Abnahmeentwicklung einräumen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2917	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit: Die im Plankonzept des Regionalplans 3.0 dargestellte Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit läuft inzwischen nachhaltig diametral zur berichteten Abbaumenge und kann darum nicht mehr als Maßstab für die Einschätzung der künftigen Abbauentwicklung stehen. Wir glauben nicht, dass der gewählte Parameter für die Wohnungsbautätigkeit in Berlin und seinem Umland für die Zukunft ein belastbarer Indikator zur Einschätzung der erforderlichen Abbaumengen sein kann. Einige mögliche Gründe dafür sind sogar im Plankonzept informatorisch angesprochen. Aus folgenden Gründen sehen wir keine grundlegenden Abbauveränderungen durch die Bautätigkeit, die über das bisher festgestellte Rohstoff-Abbauvolumen von 2 Mio. t pro Jahr hinausgehen:	Die Feststellung zur schwierigen Abschätzung von Mengenbedarfen ist nachvollziehbar und wird im Begründungsteil des Regionalplans sinngemäß in Randnr. 289 geschlussfolgert. Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung folgt den Vorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne. Außer den von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten sind nach o.g. Richtlinie keine zusätzlichen Mengenbetrachtungen in des Planungskonzept einzustellen.
BE-ID: 2918	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.1 Wirtschaftsaufschwung: Anders als die im Plankonzept zitierte BGR-Studie von 2020 einschätzt, gehen wir aufgrund der inzwischen feststellbaren globalen wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklung nicht von einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung aus. Die von der Bundesregierung im Februar 2022 proklamierte sog. "Zeitenwende" sowie die weltwirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie führen in der Folge nicht nur in Deutschland, sondern weltweit zu einer Neuausrichtung aller Wirtschaftsprozesse. Die Neuausrichtung wird in vorsichtigen überschaubaren Schritten erfolgen, so dass in den nächsten 5 Jahren nicht mit boomartigen unerwarteten Entwicklungen zu rechnen ist.	Die getroffene Feststellung zum Wirtschaftsaufschwung wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Außer den von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten sind nach der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne keine zusätzlichen Mengenbetrachtungen in Bezug auf eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in des Planungskonzept einzustellen.
BE-ID: 2919	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.2 Anpassungen an die Folgen des Klimawandels: Wir sind der Überzeugung, dass der Einsatz von Sanden und Kiesen als Bauzuschlagsstoffe zukünftig nicht mehr in allen Bereichen des Hochbaus das probate Mittel der Wahl ist. Unbestritten wird Beton und Stahl nach wie vor in allen konstruktiven und statisch relevanten Bauteilen mangels geeigneter Alternativen zum Einsatz kommen. Doch der für die Herstellung diesbezüglicher Bauprodukte erforderliche exorbitante	Die getroffene Feststellung zur Anpassung an den Klimawandel wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Energieeinsatz wird die Baukosten so in die Höhe treiben, dass zukünftig nur noch unverzichtbare Bauteile mit Kies- und Sandzuschlägen errichtet werden. Man wird versuchen, alle übrigen Bauteile mit energetisch und nachhaltig besser geeigneten Baustoffen und -teilen zu realisieren. Das trifft insbesondere für den Wohnungsbau zu, der ja - wie sich zeigt - gerne für die Bedarfsbelegung des Kies- und Sandabbaus herangezogen wird. Sande und Kiese sind darum keine Rohstoffe, die mit der Schonung von Ressourcen sowie mit Natur-, Umwelt - und Klimaschutz in Zusammenhang zu bringen sind und aus unserer Sicht die Hochzeit ihrer Verwendung überschritten haben.	wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor..
BE-ID: 2920	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.3 Baufertigprodukte: Die Bauwirtschaft ist aus vielen Gründen gezwungen, Kosten zu sparen. Darüber hinaus fordern Bauherren und Bauunternehmen nach immer länger werdenden Planungs- und Genehmigungsphasen für die Bauprojekte immer kürzere Bauzeiten, um ihre ursprünglichen Kostenkalkulationen im Griff zu halten. Das führt dazu, dass auf den Baustellen immer mehr an anderen Orten industriell vorgefertigte und abrufbare Bauelemente zum Einsatz kommen. Die Herstellung solcher Bauelemente unter dem Einsatz von Sanden und Kiesen wird nicht mehr abseits der Abbaugebiete erfolgen, sondern die Elementefertigung wird bevorzugt unmittelbar neben bzw. im dem jeweiligen Abbaugebiet erfolgen, um Kosten und Klimabelastungen zu begrenzen. Regionalplanungen, die also nur die Rohstofflagerstätten im Fokus haben, ohne gleichzeitig die erforderlichen Flächen für deren Weiterverarbeitung zu berücksichtigen, bewegen sich noch in den klassischen Denkmustern des 20. Jahrhunderts und sind nicht für die Zukunft geeignet. Erfolgreiche Abbau- und Fertigungsbetriebe zeigen die Richtung. Natürlich wird es auch in Zukunft noch Bauteile geben, die individuell auf der Baustelle unter Zuführung von Zement, Stahl und Zuschlagsstoffen erstellt werden, aber der Umfang wird und muss deutlich reduziert werden, weil er zukünftig kaum noch bezahlbar ist.	Die getroffene Feststellung zur Veränderung bei den Baufertigprodukten wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.
BE-ID: 2921	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.4 Baukostenentwicklung: Die in der breiten Öffentlichkeit geführte Diskussion um die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum hat gezeigt, dass trotz einer sehr hohen Nachfrage die Bereitstellung von neuem Wohnraum immer schwieriger wird. Die im Planungskonzept vom 01.06.2021 dargestellte Entwicklung der diesbezgl. Bautätigkeit ist unrealistisch geworden und wird sich nicht fortsetzen. Die dramatisch steigenden Baukosten werden für Bauherren und Wohnungssuchende immer untragbarer, so dass die Wohnungsbautätigkeit stagniert. Damit stagniert auch die Nachfrage nach Sanden und Kiesen. Diese Entwicklung wird sich auch in den nächsten Jahren durch die deutlich steigenden Anforderungen und Kosten der Klimafolgenbewältigung nicht ändern.	Die getroffene Feststellung zur perspektivischen Wohnbautätigkeit wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.
BE-ID: 2922	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.5 Personalsituation im Bau- und Ausbaugewerbe: Auch wenn die aktuelle Kapazitätsauslastung des Bauhaupt- als auch des Ausbaugewerbes bundesweit bei rd. 75 % liegt, werden aus vielen Regionen der Republik von den Unternehmen Auslastungsprobleme gemeldet, weil das erforderliche Fachpersonal nicht bzw. nicht mehr in ausreichender Zahl zur Verfügung steht. Die qualitativen Anforderungen an das Personal steigen und damit auch die Kosten für die Entlohnung des Fachpersonals. Der Personalmangel führt in vielen Regionen zu einem Hemmnis für die Bautätigkeit und damit auch zu einem Hemmnis beim Bedarf für die Bauzuschlagsstoffe Sand und Kies.	Die getroffene Feststellung zur Personalsituation im Bau- und Ausbaugewerbe wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2923	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.6 Lieferkettenprobleme: Wie viele andere Wirtschaftszweige leiden auch die Bauwirtschaft und das Ausbaugewerbe unter den Schwierigkeiten bei der Lieferung von Rohstoffen und Fertigprodukten. Die globalen Prozess- und Lieferketten wurden durch die Coronakrise und die geopolitischen Veränderungen empfindlich gestört. Es wird weltweit an einer Umstrukturierung und Neuordnung der Lieferketten gearbeitet. Verlässliche und belastbare Strukturen wird man wohl erst wieder in einigen Jahren erwarten können. Derzeit stellen die Probleme jedoch noch ein großes Hemmnis für die Entwicklung der Bauwirtschaft und die Realisierung von Bauprojekten dar und haben im Ergebnis auch zumindest mittelfristig keine günstigen Prognosen für den Abbau von Kiesen und Sanden zur Folge.	Die getroffene Feststellung zu Lieferkettenproblemen wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.
BE-ID: 2924	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.7 lnfrastrukturprojekte der Öffentlichen Hand: Die Politik übt sich regelmäßig in der Ankündigung großer lnfrastrukturprojekte im Neubau oder bei der Sanierung. Nach den jeweils dramatischen Ankündigungen folgen zumeist langjährige und langwierige Planungs-, Genehmigungs- und Entscheidungsprozesse auf der Ebene der Exekutive, immer häufiger auch unter Beteiligung von Gerichten. Letztendlich fehlen dann noch die erforderlichen Haushaltsmittel bzw. reichen für die Projekte nicht mehr aus. Bei realistischer Einschätzung der Situation ist nicht davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren wesentliche Realisierungsimpulse die Entwicklung der Bautätigkeit für öffentliche lnfrastrukturprojekte in besonderer Weise anheizen werden, so dass auch hier keine besondere Nachfrageentwicklung nach Bauzuschlagsstoffen zu erwarten sein wird.	Die getroffene Feststellung zu Infrastrukturprojekten der Öffentlichen Hand wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.
BE-ID: 2925	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.8 Einsatz von Sekundärrohstoffen: Wir haben zwar in Deutschland ein für alle Akteure geltendes Kreislaufwirtschaftsgesetz mit schon sinnvollen Rahmenbedingen zum Schutz von Natur und Umwelt. Betrachtet man jedoch die für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und hier insbesondere von Sanden und Kiesen relevanten Fachplanungen der Landesbehörden in Brandenburg, ist festzustellen, dass eine Umsetzung der Anforderungen der Kreislaufwirtschaft hier vernachlässigt bzw. überhaupt nicht vorgenommen wird.	Die getroffene Feststellung zum Einsatz von Sekundärrohstoffen wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.
BE-ID: 2926	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.8 Einsatz von Sekundärrohstoffen: Das LBGR plant und genehmigt wie schon im letzten Jahrhundert Bergbauvorhaben zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe wie Kiese und Sande für die Bauwirtschaft als Fortschreibung der bisherigen Förderquoten und extrapoliert den zukünftigen Bedarf an diesen Rohstoffen lediglich an der durch die Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung auszulösenden Bautätigkeit. Dass der Bedarf an Rohstoffen auch durch den Einsatz von Recyclaten gedeckt werden kann, kommt in den Bedarfsberechnungen nicht vor. Die Verbandsvertreter für Sekundärrohstoffe in der Bauwirtschaft klagen massiv darüber, dass sich dadurch ihre Produkte nicht oder nur schwer absetzen lassen, auch weil entsprechend eindeutige politische Weichenstellungen fehlen. So wird Kreislaufwirtschaft nicht funktionieren und der unnötige Flächenverbrauch wird weiter voranschreiten. Auch die Regionalplanung 3.0 geht an keiner Stelle auf die einschlägigen Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes beim Rohstoffeinsatz ein. Vollkommen unberücksichtigt bleiben die auch für die Regionalplanung geltenden Bestimmungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, insbesondere nach dessen § 1 Abs. 1 und § 7 Abs.4, die auch einen konsequenten Einsatz von Sekundärrohstoffen vorsehen. Bau- und Abbruchabfälle bilden mit Abstand den	Die getroffene Feststellung zum Einsatz von Sekundärrohstoffen wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	größten Abfallstrom in Deutschland. Mineralische Bauabfälle werden jedoch gegenwärtig noch nicht im erforderlichen Umfang einem effektiven Recycling zugeführt und hergestellte Recycling-Baustoffe kommen noch nicht in genügendem Umfang mit dem Ziel der Schonung natürlicher Ressourcen zum Einsatz. Dabei könnten neue Einsatzpotenziale, z. B. für RC-Beton, für den Gebäudeneubau erschlossen und damit die natürlichen Rohstoffe Sand und Kies substituiert werden.	
BE-ID: 2927	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.8 Einsatz von Sekundärrohstoffen: Das MLUK hat bereits seit Jahren mit den Leitfäden 1.) Steigerung der Ressourceneffizienz des Recyclings von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen, 2.) Rückbau von Gebäuden und 3.) Ausschreibungen die Initiative ergriffen, den bevorzugten Einsatz von RC-Baustoffen zu unterstützen. Diese Initiative kann jedoch nur dann erfolgversprechend sein, wenn die gesamte Executive des Landes Brandenburg in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen diese auch unterstützt. Konkret heißt das für die Regionalplanung, den Abbau der oberflächennahen Rohstoffe wie Sand und Kies spürbar einzuschränken, damit dem dann entstehenden Mangel an Primärrohstoffen mit dem verstärkten Einsatz von Sekundärrohstoff-Recyclaten begegnet werden kann und muss. Nur, wie in der vorliegenden Regionalplanung 3.0 erfolgt, den Abbau der Primärrohstoffe für die Zukunft in ausreichendem Umfang fortzuschreiben und flächenmäßig einzuplanen, wird den ordnungspolitischen Anforderungen an eine moderne Regionalplanung nicht gerecht. 2020 fielen in Deutschland fast 230 Mio. t Bauschutt und Bodenaushub an und damit mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Abfallaufkommens. 2016 wurden von den 215 Mio. t mineralischer Abfälle lediglich 1/3 nämlich 72 Mio. t wiederverwertet. Möglich wären 80 bis 90 % gewesen.	Die getroffene Feststellung zum Einsatz von Sekundärrohstoffen wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.
BE-ID: 2928	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.8 Einsatz von Sekundärrohstoffen: Selbst vollkommen unbelasteter Baugrubenaushub mit einem Volumen von etwa 40 bis 50 Mio. t wurde kaum wieder verwendet, sondern fast komplett deponiert. Da der Deponieraum deutschlandweit sehr knapp ist, werden rd. 2 Mio. LKW-Ladungen p.a. oft auf über hunderte Kilometer entfernte Deponien verbracht. Der überwiegende Teil der mineralischen Abfälle aus dem gesamten südbayerischen Raum wird beispielsweise auf ostdeutschen Deponien entsorgt. Die Rohstofflobby stellte bisher erfolgreich sicher, dass ein Umschwenken von einer linearen in eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft kaum möglich ist. Die Nachfrage nach Rezyklat-Produkten (z.B. nach Recyclat-Beton) und deren Verwendung wird trotz sehr großem Angebot durch bestimmte Interessengruppen der Bergbau- und Rohstoffindustrie massiv unterdrückt, sei es durch die Ausgestaltung von Produktnormen die Primärrohstoffe fordern, das gezielte Streuen von Zweifeln hinsichtlich der Qualität und Belastbarkeit von Rezyklat-Produkten oder die Einflussnahme auf die Planungen und Entscheidungen der Bergbau- und Planungsbehörden. Selbst die öffentliche Hand greift bei ihren Bauprojekten fast ausschließlich auf Primärrohstoffe zurück, wenn man von einer Handvoll Leuchtturmprojekten wie z.B. das UBA-Gebäude in Dessau in Deutschland absieht. Während unsere Nachbarn z.B. in der Schweiz oder den BENELUX-Ländern hier im praktischen Einsatz von RC-Baustoffen wie auch in der Gesetzgebung erheblich weiter sind, fahren wir in Deutschland diese Sekundärrohstoffe lieber auf die nächste DK 1 -Deponie und legen uns mit der Bevölkerung in deren Einzugsgebiet an. Damit werden dann auch "nahezu perfekt organisiert" zum einen für die Abbauflächen zur Gewinnung der Primärrohstoffe sowie für die Deponierung von Sekundärrohstoffen große Natur- und Kulturflächen verbraucht. Alleine die Verknappung von Flächen für den Sand- und Kiesabbau, die Verknappung von Deponieraum und Ablagerungsverbote von rezyclatgeeigneten Abfallarten auf Deponien sowie das konsequente öffentliche Bauen mit RC-Baustoffen wäre schon einmal ein guter Anfang für die Kreislaufwirtschaft. Vor diesem	Die getroffene Feststellung zum Einsatz von Sekundärrohstoffen wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor. Hinweis: Die Planungsgemeinschaften im Land Brandenburg sind nicht beauftragt, Deponieplanungen vorzunehmen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Hintergrund und dem zugrunde gelegten Monitoring (siehe auch Tz. 3) kann nicht von einem regionalen Rohstoffengpass bei Sanden und Kiesen ausgegangen werden. Auch der Entwurf der Regionalplanung 3.0 geht an keiner Stelle auf die Anforderungen der Kreislaufwirtschaft ein und ist damit mit einem schwerwiegenden Mangel behaftet.	
BE-ID: 2929	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.1 Bedarfsplanung für den Regionalplan 3.0, 4.1.1.2 Entwicklung der Bautätigkeit, 4.1.1.2.9 Zusammenfassende Bewertung der Bedarfsplanung: Das Planungskonzept für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe führt in seinem Kapitel I in breitem Umfang die Wachstumspfade der Bauwirtschaft aus, um den Bedarf an Sanden und Kiesen darzustellen. Im gleichen Kapital wird dann aber weiter ausgeführt, dass die Gewinnung von Sand und Kies durch die Baustoffnachfrage bestimmt wird und dass nach den landesplanerischen Vorgaben für die Festlegung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffgewinnung in einem Planungskonzept keine Mengenbedarfsbestimmungen zu Grunde liegen. Offen bleibt für uns die Frage, warum dann im Konzept überhaupt Ausführungen zu den Monitoring Ergebnissen sowie die Entwicklung der Bautätigkeit behandelt wurden. Diesen Widerspruch vermögen wir nicht aufzulösen. Nichtdestotrotz halten wir eine Bedarfsabschätzung für erforderlich, um überhaupt beurteilen zu können, ob bereits ein „Rohstoff-Notfall" eingetreten oder zu erwarten ist, oder ob die entsprechenden Reserven mittel- und langfristig ausreichen. Offen bleibt ebenfalls, wie lange die Abbauvorräte überhaupt reichen sollen. Wir gehen von einem Planungshorizont von etwa 10 Jahren aus, die Regionalplanung legt sich bei den Rohstoffen zeitlich nicht fest. Sollte das Planungsziel sein, alle Abbauflächen für oberflächennahe Rohstoffe zu sichern, so wurde auch dieses Ziel nicht erreicht, weil durch Vertiefung der Aufschlüsse auf den vorhandenen, bereits genutzten Abbauflächen im Liegenden neue geeignete Vorräte in erheblichem Umfang erschlossen werden könnten. Für uns bleiben in diesem Teilbereich die Planungsziele so diffus und widersprüchlich, dass sie für die Aufstellung des entsprechenden Teilbereichs der Regionalplanung als Planungskonzept aus unserer Sicht nicht geeignet sind.	Die getroffenen Feststellungen zur Entwicklung der Bautätigkeit werden zur Kenntnis genommen und führen zu keiner Planänderung. Begründung: Zur Entwicklung der Bautätigkeit wird bereits im Begründungsteil des Regionalplans sinngemäß in Randnr. 289 geschlussfolgert. Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffgewinnung folgt den Vorgaben der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne. Außer den von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten sind nach o.g. Richtlinie keine zusätzlichen Mengenbetrachtungen in des Planungskonzept einzustellen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 b) Planungskonzept		
BE-ID: 2930	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.2 Planungskriterien zur Festlegung von Flächen zur Rohstoffgewinnung: Das Planungskonzept des Regionalplans 3.0 sieht für den Ausweis von Flächen zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe folgende Kriterien vor: Vorranggebiete • VR01 hohe Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse • VR02 Seltenheit der Rohstoffe • VR03 geringe Raumnutzungskonflikte • VR04 gute Erschließbarkeit • VR0S Mindestgröße 10 ha Vorbehaltsgebiete • VB01 geringere Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und Bergrechtsverhältnisse • VB02 geringe Raumnutzungskonflikte • VB03 gute Erschließbarkeit • VB04 Mindestgröße 10 ha	Die konforme Darstellung des Planungskonzeptes für die Festlegung von Gebieten für die Rohstoffgewinnung wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2931	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.2 Planungskriterien zur Festlegung von Flächen zur Rohstoffgewinnung, 4.1.2.1 Raumnutzungskonflikte: Während im Regionalplan 2.0 zum Schutz empfindlicher Teilräumen in den regionalen Landschaftseinheiten Vorrang- und Vorbehaltsflächen für den Abbau von Kiesen und Sanden u.a. nicht in Landschaftsschutzgebieten ausgewiesen werden sollten um Raumnutzungskonflikte auszuschließen, hat man diese Restriktion im Regionalplan 3.0 deutlich aufgeweicht. Hier wurden jetzt auch grundsätzlich Vorrang- und Vorbehaltsflächen für den Abbau von Kiesen und Sanden in Landschaftsschutzgebieten zugelassen, wenn zum einen die entsprechende LSG-VO eine Befreiungsmöglichkeit von den Nutzungsbeschränkungen zulässt und zum anderen die Raumnutzungskonflikte voraussichtlich so auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können,	Den Bedenken wird gefolgt. Eine Gebietsausweisungen in LSG erfolgt nur, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	dass eine Befreiung aus dem LSG möglich ist. Damit stellt der Regionalplan 3.0 für seine Zielsetzungen die in den LSG-VO als Ausnahmefall definierte Befreiungsmöglichkeit nunmehr als „Standard"-Öffnung in den Raum. Das können wir nicht akzeptieren. Die durch den Gesetzgeber erfolgte Ermächtigung der Executive zum Erlass von Verordnungen bricht das dem untergeordnete Satzungsrecht der Regionalplanung. Die Regionalplanung mit ihrem Satzungsstatus kann nicht darauf aufbauen und dazu aufrufen, fast regelmäßig zur Erfüllung ihrer Planungsziele eine für den Ausnahmefall geschaffene Befreiungsmöglichkeit in den LSG-Verordnungen für ihre Zwecke zu nutzen.	
BE-ID: 2932	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.2 Planungskriterien zur Festlegung von Flächen zur Rohstoffgewinnung, 4.1.2.1 Raumnutzungskonflikte: Der Festlegung von Landschaftsschutzgebieten sind in der Regel im Vorfeld gründliche Untersuchungen zur Schutzwürdigkeit aller betreffenden Flächen vorausgegangen, auch unter Einbeziehung der Flächen, bei denen bekannt ist, dass dort möglicherweise oberflächennahe Rohstoffe abbaubar sind. Die LSG-Flächenfestlegung in der jeweiligen Verordnung erfolgte letztabgewogen, so dass Befreiungssachverhalte in der Regel nur noch dann greifen, wenn befreiungswürdige Umstände eingetreten sind, die bei der Festlegung des LSG noch nicht erkennbar gewesen sein konnten. Das trifft aber gerade bei den schon mindestens 10.000 Jahre alten Lagerstätten von Kiesen und Sanden nicht zu. Die Regionalplanung würde mit ihrer jetzigen Vorgehensweise die für die Erlasse der LSG-VO geleistete Arbeit der Naturschutzbehörden regelmäßig kontrakarieren. Bisher kaum belastete oder gar überformte, wenig zerschnittene und zersiedelte Teile der Luch- und Tallandschaften, der Heiden, Ländchen und Platten werden nicht mehr vor Überformungen gesichert. Durch die Entwicklung der Energiewende und der gewerblichen Entwicklung werden Risiken der technogenen Entstellung dieser empfindlichen Teilräume nicht mehr hinreichend abgewehrt. Nach dem Planungskonzept des Regionalplans 3.0 können an den ausgewiesenen VR- und VB-Flächen weitere unmittelbar benachbarte Flächen mit weniger als 10 ha Größe ebenfalls für den Rohstoffabbau genutzt werden, ohne dass sie im Regionalplan wegen ihrer „Unbedeutsamkeit" für den Raum ausgewiesen werden. Die Zulassung der schleichenden Nutzung kleiner Abbauflächen (< 10 ha) unter dem Planungshorizont des Regionalplans ist für uns nicht nachvollziehbar. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Planung von VR- und VB-Abbauflächen für oberflächennahe Rohstoffe in Landschaftsschutzgebieten ab und fordern, die betreffenden Flächen aus dem Plankonzept des Regionalplans 3.0 zu entnehmen.	Den Bedenken wird gefolgt. Eine Gebietsausweisungen in LSG erfolgt nur, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt.
BE-ID: 2933	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.2 Planungskriterien zur Festlegung von Flächen zur Rohstoffgewinnung, 4.1.2.2 Erschließbarkeit der Flächen: Im Katalog der Kriterien zur Bestimmung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten sind mit VR 04 und VB03 eine „gute bergbauliche und verkehrliche Erschließbarkeif' der ausgewiesenen Flächen festgelegt worden. Das Prüfkriterium wurde zwar für alle VR- und VB-Gebiete aufgestellt, im Planungsprozess jedoch nicht aufgegriffen, geprüft und abgewogen. In der textlichen Festlegung des Regionalplans 3.0 wird dies wie folgt begründet: „Die konkreten Transportlösungen werden erst Bestandteil der Antragsunterlagen im bergbaulichen Genehmigungsverfahren und sind vorab dieser schwer einzuschätzen. Deshalb verzichtet die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming auf die Einschätzung guter Erschließbarkeit. Sie bevorzugt dagegen durch Festlegung des Grundsatzes G 2.3.3 verkehrliche Belastungen anhand der jeweilig geplanten Abbauvorhaben einzuschätzen und verträglich zu minimieren." Durch den Verzicht der Flächenprüfung auf Erschließbarkeit ist aus unserer Sicht der Planungs- und Abwägungsprozess für die Festlegung aller Vorrang- und Vorbehaltsflächen zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe unvollständig. Dann hätte man sich auch bei allen übrigen Festlegungskriterien auf das „bergbauliche Genehmigungsverfahren" zurückziehen können. Während sich die Regionalplanung an vielen anderen	Die Darlegungen sind nachvollziehbar, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Begründung: Der Regelungswunsch nach Benennung konkreter Erschließungswege und damit verbundener Möglichkeit zur genauen Einschätzung möglicher Belastungen ist nachvollziehbar. Dies kann konkret jedoch erst erfolgen, wenn detaillierte Abbauabsichten mit Benennung von Gewinnungsmengen, Abbauart und -zeiten sowie Transportnotwendigkeiten bekannt sind. Gemäß der Begründung in Randnr. 320-322 erläutert die Planungsstelle die Einschätzungsmöglichkeit und sichert sich mit dem Grundsatz 2.3.3 Einflussnahme im Rahmen des Betriebsplanzulassungsverfahrens mit einer Bandbreite an weitreichenden Vermeidungsmaßnahmen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Stellen auf die „Richtlinie für Regionalpläne" der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung beruft, stellt sie sich zudem mit ihrer gewählten Vorgehensweise bei der Beurteilung der Erschließung gegen diese Richtlinie. Offensichtlich wird mit der Richtlinie beliebig umgegangen, so wie es gerade opportun ist. Da Lagerstätten für oberflächennahe Rohstoffe zumeist abseits von größeren Ballungszentren zu finden sind, hat das zur Folge, dass hier i.d.R. hoch frequentierte Schwerlastverkehrsströme in Regionen generiert werden, die ansonsten eher als ausgesprochen verkehrsberuhigt gelten. Es ist dann nicht verwunderlich, wenn die Anwohner von kleinen Siedlungsbereichen an solchen Verkehrstrassen durch die emittierten Abgase, Stäube, Erschütterungen, den Lärm und das erhöhte Unfallgefahrenpotential dieses als erheblichen Eingriff in ihr persönliches Wohlbefinden registrieren, unabhängig davon, ob die allgemein geltenden technischen Grenzwerte solcher Belastungen schon überschritten werden oder nicht. Eine kurzzeitige deutliche Erhöhung des Schalldruckpegels hat in wenig besiedelten Bereichen eine andere störende Wirkung als in einer Großstadt.	
BE-ID: 2934	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.2 Planungskriterien zur Festlegung von Flächen zur Rohstoffgewinnung, 4.1.2.2 Erschließbarkeit der Flächen: Die Prüfung auf Erschließbarkeit im Rahmen der Regionalplanung halten wir für ein zwingendes Erfordernis. Nach unseren Beobachtungen führt fast jedes bergbauliche Genehmigungsverfahren gerade wegen der zu beanstandenden verkehrlichen Erschließung zu heftigen Konflikten zwischen Anwohnern der betreffenden Ortslagen und dem jeweiligen Vorhabenträger. Offensichtlich scheut sich die Regionalplanung, bereits im Vorfeld durch eine umsichtige und ausgewogene Flächenbestimmung solche Konflikte zu entschärfen. Diese Vorgehensweise der Regionalplanung können wir vor diesem Hintergrund nicht akzeptieren und halten den Plan somit nicht für genehmigungsfähig. So wie die Nichtberücksichtigung der Erschließung bei der Flächenfestlegung erfolgte, wurden die Erschließungsfolgen auch nicht in den Prüfsteckbriefen des Umweltberichts für die festgelegten VR- und VB-Gebiete berücksichtigt. Diesbezügliche Umweltauswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter wurden weder ermittelt, noch bewertet. Vielmehr wurde hier dann auf die einzeln durchzuführenden Planfeststellungsverfahren mit ihren vorhabenspezifischen Umweltprüfungen verwiesen. Damit ist aus unserer Sicht die Umweltprüfung des Regionalplans 3.0 unvollständig und der Plan somit nicht genehmigungsfähig.	Die Bedenken zu beanstandbaren Verkehrserschließungen sind nicht nachvollziehbar. Begründung: Zu den Gebieten für die Rohstoffgewinnung wurden - soweit Abbauspezifika bekannt - sorgfältige Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt. Außerdem trägt der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 mit dem Grundsatz 2.3.3 zur Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung bereits Vorkehrung für die Minimierung von Verkehrsbelastungen, z.B. in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren.
BE-ID: 2935	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.2 Planungskriterien zur Festlegung von Flächen zur Rohstoffgewinnung, 4.1.2.3 Flächenverbrauch: In den letzten 60 Jahren hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland mehr als verdoppelt. Im Jahr 2017 wurden täglich Flächen von rund 58 ha für Wohnungs- und Gewerbebau, Verkehrstrassen und Infrastruktur neu ausgewiesen - meist zu Lasten von ökologisch und landwirtschaftlich wertvollen Natur- und Kulturflächen. Die Bundesregierung hat sich am 10. März 2021 deshalb im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungen und Verkehr auf unter 30 ha pro Tag zu verringern. Im Durchschnitt der Jahre 1993 bis 2003 lag der Flächenverbrauch noch bei 120 ha pro Tag. Der BUND Landesverband Brandenburg e.V. hat alleine für Brandenburg zwischen den Jahren 2011 und 2019 eine tägliche durchschnittlich Zunahme der Flächen für Siedlungen und Verkehr um rund 3 ha festgestellt. Zwischen 2019 und 2020 lag er mit 7,7 ha mehr als doppelt so hoch. Damit liegt das Land Brandenburg im relativen Vergleich deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Auch die Landesregierung Brandenburg muss den Trend eines steigenden Flächenverbrauchs stoppen und umkehren. Ein entsprechendes Ziel - wie z.B. die Festschreibung einer Netto-Null-Versiegelung als Klimaanpassungsstrategie - fehlt leider in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg von 2019 gänzlich. Die Planung von neuen Abbauflächen für oberflächennahe Rohstoffe durch öffentlich-rechtliche oder private	Die getroffene Feststellung zum Flächenverbrauch wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Mit der Orientierung der Festlegung von Rohstoffflächen auf Flächen mit geringen Raumkonflikten werden die vom LBGR angemeldeten Rohstoffflächen bereits in Abwägung mit konkurrierenden Raumansprüchen erheblich reduziert. Außer den von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen wirtschaftlichen Wertigkeiten sind nach der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne keine zusätzlichen Mengenbetrachtungen in Bezug auf eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in des Planungskonzept einzustellen. Zudem erhebt die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets noch keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß. Hier wird mit dieser planerischen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Vorhabenträger darf nicht ausschließlich wirtschaftlichen Opportunitätszielen folgen. Nachhaltigkeitsziele wie ein geringerer Flächenverbrauch für Abbauflächen muss sich auch im Katalog der Planungskriterien für eine moderne Regionalplanung wiederfinden. Das ist im vorliegenden Regionalplanentwurf aber leider nicht der Fall. Die festgelegten VR- und VB-Flächen sind darum zwingend noch einmal unter dem Aspekt des verzichtbaren Flächenverbrauch zu prüfen und nur der Flächenumfang festzulegen, der auch für den tatsächlichen Rohstoffbedarf erforderlich ist. Wenn der jetzt vorgelegte Regionalplan 3.0 VR- und VB-Abbauflächen für einen Planungshorizont von insgesamt mindestens 90 Jahren beinhaltet, ist aus unserer Sicht das Planungsziel für eine solche Regionalplanung im Jahr 2022 völlig verfehlt. Der Regionalplan 3.0 ist aus unserer Sicht darum in der vorliegenden Fassung nicht genehmigungsfähig.	Sicherung der Lagerstätte noch keine Nutzungsänderung festgelegt. Hinweis: Wie bisher, ist beabsichtigt, den Flächenverbrauch im Rahmen von Monitoring weiter zu beobachten.
BE-ID: 2936	4.1 Planungskonzept für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, 4.1.3 VR- und VB-Festlegungen im Regionalplanentwurf 3.0: Im Entwurf des Regionalplans 3.0 wurden für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe 28 Vorranggebiete mit einer Gesamtfläche von rd. 1.615 ha festgelegt. Zusätzlich wurden 40 Vorbehaltsgebiete mit einer Fläche von rd. 2.492 ha festgelegt. Nach den für das Rohstoff-Abbaumonitoring 2017 (s. Tz. 3) verwendeten Abbauparametern wären damit Rohstoffvorräte für Sande, Kiese und Ton für einen Zeitraum von rd. 90 Jahren gesichert. Damit sind auf absehbare Zeit Rohstoff-Mangelsituationen in der Planungsregion ausgeschlossen. Von den festgelegten VR- und VB-Abbauflächen liegen ganz oder teilweise in Landschaftsschutzgebieten: 1 VR mit 78,11 ha / 8 VR mit Abbaugenehmigung Kies/Sand mit 246,55 ha / 16 VB mit 692,17 ha 0 VB mit Abbaugenehmigung Kies/Sand. Außerhalb von LSG liegen 19 VR mit 1290,99 ha und 24 VB mit 1800,59 ha. Die Auswertung der Planfestlegungen zeigt, dass 25% der geplanten bzw. schon bergrechtlich genehmigten VR- und VB-Flächen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe sich in Landschaftsschutzgebieten befinden. Der BUND Landesverband Brandenburg e.V. fordert darum, alle 17 noch ohne entsprechende Abbaugenehmigungen verbliebenen ganz oder teilweise in LSG gelegenen VR- und VB-Abbauflächen ganz aus der Regionalplanung 3.0 zu entnehmen, um die in Tz. 4.1.2.1 ausgeführten Raumnutzungskonflikte auszuschließen. Dadurch würde sich der Planungshorizont für die Sand-, Kies- und Ton-Rohstoffvorräte lediglich von jetzt rd. 90 auf rd. 68 Jahre reduzieren. Das wäre immer noch fast doppelt so viel wie im Regionalplan 2.0 eingeplant und das 6- bis 7fach des eigentlich für 10 Jahre zu beplanenden Zeitrahmens für die Regionalplanung.	Den Bedenken wird gefolgt. Eine Gebietsausweisungen in LSG erfolgt nur, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt.
BE-ID: 2937	4.2 Zusammenfassung: Die Bedarfsplanung für die Rohstoffe Sand, Kies und Ton halten wir aus den unter Tz. 4.1.1.2.1 bis 4.1.1.2.9 dargestellten Gründen für so diffus und widersprüchlich, dass sie für die Aufstellung des entsprechenden Teilbereichs der Regionalplanung als Grundlage für das Planungskonzept nicht geeignet sind. Besonders die bedarfsrelevanten Themenfelder wie Wirtschaftsentwicklung, Klimafolgenbewältigung, Kreislaufwirtschaft und globale geopolitische Auswirkungen haben im Planungskonzept nicht ihren Niederschlag gefunden. Neue Raumnutzungskonflikte hat man mit dem Regionalplanentwurf 3.0 bei der Festlegung von VR und VB-Abbauflächen zugelassen, die jetzt ganz oder teilweise in ausgewiesenen Landschaftsschutzgebieten liegen (s. Tz. 4.1.2.1). Die Aufgabe des Schutzes empfindlicher Landschaftsteilräume in Form von rd. 770 ha neuen LSG-Flächen halten wir wegen den damit möglichen irreversiblen Beeinträchtigungen der betroffenen Schutzgüter für höchst problematisch. Mit den Verweisen auf die Befreiungsmöglichkeit aus einem LSG werden bei 17 VR-NB-Flächen für den Rohstoffabbau die potentiellen Vorhabenträger ermuntert, die in den betreffenden LSG-VO geschaffenen Ausnahmeregelungen aufgrund der diesbezgl. Dokumentation im Regionalplan zu nutzen und damit die zuständigen UNB's in Entscheidungskonflikte und Zugzwänge zu bringen. Mit der Ausweisung von VR- und VB-Gebieten für den Rohstoffabbau ist zudem die Erweiterung des Abbaus auf damit räumlich verbundenen Flächen von weniger als 10 ha leicht möglich und damit eine deutliche Verschlechterung gegenüber den	Die Zusammenfassung der Stellungnahme wird zur Kenntis genommen. Die Sachverhalte sind in den einzelnen Bearbeitungseinheiten behandelt. Eine Gebietsausweisungen in LSG erfolgt nur noch, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Schutzwirkungen des Regionalplans 2.0. Des Weiteren sind im Regionalplanentwurf 3.0 keinerlei Anstrengungen festzustellen, den in den letzten Jahrzehnten dramatisch angestiegenen Flächenverbrauch im Land einzudämmen (s. Tz. 4.1.2.3). Im Gegenteil, während im Regionalplan 2.0 noch rd. 2.500 ha für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausreichten, müssen es im Regionalplan 3.0 bereits rd. 4.100 ha sein. Dazu kommen dann noch die Abbauflächen unter 10 ha. Damit werden die diesbezgl. auch von den Naturschutz- und Umweltverbänden mitgetragenen Anstrengungen der Bundesregierung zur Flächenverbrauchsreduzierung konterkariert.	
BE-ID: 2966	5.2.4 Weitere Kiessandabbaugebiete in der Fresdorfer Heide: Im jetzt vorliegenden überarbeiteten Entwurf des Regionalplans 3.0 (Stand 05.10.2021) ist nach Intervention der Bürgermeisterinnen von Michendorf und Nuthetal in der Regionalplanung das VB 05 nur noch verkleinert ohne die Teilfläche Wildenbruch-Nord enthalten. Auf dieser wollte die STEP Potsdam 2015 noch eine Bioabfallvergärungsanlage errichten. Die Pläne wurden wohl zwischenzeitlich aufgegeben und die Grundstücke für den Kiessandabbau an den Bergbaubetrieb veräußert. Neu eingeführt wurden im Regionalplan die Kriterien VR-K05 und VB-K04 (siehe S. 72, Rdn. 296 in der Textfassung), weil sich jetzt „der Regionalplan Havelland-Fläming auf die Festlegung von Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung auf Gebiete in regional bzw. überregional bedeutsamer Dimension konzentrieren soll" (siehe S. 89, Rdn. 323 in der Textfassung des Regionalplans). Rohstoff-Abbauflächen unter 10 ha werden jetzt nicht mehr explizit im Regionalplan ausgewiesen. Dennoch ist ein Abbau auf Flächen unter 10 ha möglich: "In Konstellationen von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung gilt dieses Mindestgrößenkriterium von 10 ha für das zusammenhängende Gebiet." (siehe S. 90, Rdn. 324 in der Textfassung des Regionalplans). Da sich die Fläche Wildenbruch-Nord unmittelbar räumlich an das VR-Gebiet 05 anschließt, wird sie folglich einbezogen. Nach Erteilung einer bergrechtlichen Genehmigung könnte auch ohne explizite Ausweisung im Regionalplan der Rohstoffabbau dort starten. Die Interventionen und Bemühungen der Bürgermeisterinnen von Michendorf und Nuthetal wären damit ins Leere gelaufen.	Der gegebene Hinweis ist zutreffend, führt aber nicht zu einer Planänderung. Begründung: Im Regionalplan Havelland-Fläming soll sich die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung auf Gebiete in regional bzw. überregional bedeutsamer Dimension konzentrieren. Wildenbruch-Nord befindet sich im LSG und seine Größe unterschreitet 10 ha. Eine Festlegung dieser Fläche im Regionalplan ist daher aus mehreren Gründen nicht vorgesehen.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 2963	5.2 Strategische Umweltprüfung zu VR08 und VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05 und VB07): 5.2.1 Avifauna-Schutz: Bei der Umweltprüfung blieb unberücksichtigt, dass die Fresdorfer Heide am Rande des Flugkorridors der Großtrappe liegt. Für die Großtrappe hat das Land Brandenburg eine ganz besondere Verantwortung, weil sie deutschlandweit nur noch hier anzutreffen ist. Der bestehende Nutzungskonflikt muss ausschließlich bereits im Regionalplan zu einem Ausschluss des Gebietes für Rohstoffabbau führen und nicht erst in nachgelagerten Planungsebenen. Insoweit hätte es bei der Fortschreibung der bisherigen Festlegung im Regionalplan Havelland-Fläming 2020 verbleiben können.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Mit dem Erlass zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW- Erlass) werden im Kartenanhang für störungsgefährdete Brut- beziehungsweise Zugvogelarten die Kerngebiete der Großtrappe dargestellt. Demnach befinden sich sowohl das VRW 05 Fresdorfer Heide und VB 07 Fresdorfer Heide mindestens 20 km vom essenziellen Wanderkorridor der Großtrappe entfernt. Eine Nutzungskonflikt kann daher ausgeschlossen werden.
BE-ID: 2964	5.2 Strategische Umweltprüfung zu VR08 und VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05 und VB07): 5.2.2 Unzulässige Nutzungspräferenz von Rohstoffgewinnung gegenüber anderen Schutzgütern: Nach der aktuellen Klimadiskussion passt die Nutzungspräferenz zugunsten der Rohstoffgewinnung, insbesondere in der Fresdorfer Heide, nicht mehr in den neuen Regionalplan; entgegenstehende Nutzungen überwiegen hier die wirtschaftliche Bedeutung der Rohstoffgewinnung. Die geringe wirtschaftliche Bedeutung eines Vorbehaltsgebietes mit nur 15,73 ha (Fresdorfer Heide) kann bei der Lage im LSG, angrenzend an ein NSG und SPA-Gebiet sowie sich im Verbund der Natura 2000 - Gebiete nicht die dort geschützten Güter überwiegen. Das Ziel der Raumordnung ist es nämlich, die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums (§ 3 ROG). Dabei sind die Auswirkungen u. a. auf Menschen, Tiere,	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Landschaft usw. zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten (§ 8 Abs. 1 ROG). Gerade dem erforderlichen Umdenken in der aktuell geführten Klimadebatte kann sich auch und gerade ein neu zu erstellender Regionalplan nicht verschließen. Bei der Fresdorfer Heide betrachtet die strategische Umweltprüfung ausschließlich den Status Quo, d.h. das im Besitzstand durch Rahmenbetriebsplan genehmigte Abbaugebiet und bewertet dies umweltrechtlich. Mit dieser Vorgehensweise bei der strategischen Prüfung der Umweltauswirkungen gibt die Planungsgemeinschaft zutreffend und richtungsweisend vor, dass eine weitere Prüfung weder hier noch im weiteren Planfeststellungsverfahren im Ergebnis dazu führen kann, dass in Landschaftsschutzgebieten oberflächennahe Rohstoffe abgebaut werden können. Denn, dass der laufende Geschäftsbetrieb des Kiesabbaus nicht als Vorranggebiet für die Zukunft geplant worden ist, sondern gegenüber dem vorangegangenen Regionalplan erstmalig in den aktuellen Regionalplan aufgenommen wird, ist keine neue regionalplanerische Entscheidung, deren Umweltauswirkungen untersucht werden müssen. Es handelt sich vielmehr um die Darstellung eines bestehenden Faktes, dessen Umweltauswirkungen längst eingetreten sind, die allerdings in der strategischen Umweltprüfung verharmlosend und fern der Realität dargestellt werden (z.B. wird beim Schutzgut „Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit" das ca. 400 m vom Abbaugebiet entfernte Wohngebäude von XXX außer Acht gelassen). Im Ergebnis ist das Vorgehen der Regionalen Planungsgemeinschaft an dieser Stelle insoweit richtig, als sie erkannt hat, dass der Abbau oberflächennaher Rohstoffe in Landschaftsschutzgebieten gar nicht erst umweltstrategisch zu prüfen ist, weil sich dies umweltrechtlich verbietet. Ausnahmeanträge/Befreiungsanträge sind tatsächlich auf besondere Ausnahmen und Einzelfälle zu beschränken. Diese Ausnahmen liegen nicht vor, weil bereits ohne Einbeziehung von Landschaftsschutzgebieten die Versorgung mit Kiessanden für den Zeitraum einer Generation gesichert ist (jedenfalls jahrzehnteweit über den von der Planungsgemeinschaft zu betrachtenden Zeitraum hinaus).	LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2965	5.2 Strategische Umweltprüfung zu VR08 und VB05 Fresdorfer Heide (Anmerkung Exzerpierer: nachfolgend gemeint wohl VR05 und VB07): 5.2.3 Nicht kompensierbare Waldfunktionen Die Kriterienanwendung für Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ist unvollständig (Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung Anlage 1 zum Beschluss 05/03/04, S. 40 bzw. 36 - 38 und Entwurf zum Regionalplan S. 79, Tabelle 1 8, Ziff. 8 „Fresdorfer Heide"). Laut Kartierung/Website des LfU Brandenburg befindet sich das Rohstoffabbaugebiet der Fresdorfer Heide teilweise in einem Wald mit Mooreinzugsgebiet, teilweise in einem Wald mit hoher ökologischer und geologischer Bedeutung und ist umgeben von einem Klimaschutz- und Immissionsschutzwald. Dabei handelt es sich um nicht kompensierbare Waldfunktionen. Weiterhin befindet sich die Fresdorfer Heide vollständig im LSG und an der Grenze zum europäischen Vogelschutzgebiet gemäß RL 2009/1 47/EG, zum FFH-Gebiet und im Schutzgebietsverbund Natura - 2000. Deshalb besteht keine Möglichkeit, das Gebiet als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet in den Regionalplan zu übernehmen. Die Festlegungen im Regionalplan Havelland-Fläming 2.0 hatten diese Gesichtspunkte bereits berücksichtigt. Für eine geänderte Sichtweise besteht regionalplanerisch keine Veranlassung.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die naturschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Waldgebiete mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen nach Waldfunktionskartierung werden bei der Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten ausgeschlossen, es sei denn, die betroffene Waldfunktion hängt ursächlich mit dem Rohstoffabbau zusammen (z. B. Wald auf erosionsgefährdetem Standort) oder die beabsichtigte Schutzfunktion des Waldes kann durch räumliche Verlagerung (z. B. im Rahmen bergbaulicher Betriebsplanfestsetzungen) erzielt

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		werden (z. B. Immissions- und Sichtschutz). Hier erfolgt die Einschätzung einzelfallbezogen nur im Fall betroffener Kleinstflächen.
Umweltbericht / 2 Methodik, Umweltschutzziele und Kriterien UP		
BE-ID: 1147	Windenergienutzung, III.2.2 Windenergienutzung, Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Die Methodik für die Auswirkung der Umweltauswirkungen ist äußerst fragwürdig, da nur öffentlich zugängliche Daten verwendet wurden (Seite 15 in Anlage 2, Umweltbericht_0). Alles andere wäre ein "unverhältnismäßig großer und daher nicht praktikabler" Aufwand. Um einen derartigen Plan gerichtsfest zu machen, müssen jedoch alle Belange sorgfältig geprüft werden, d.h. es müssen aktuelle und vergleichbare Daten benutzt werden. Wenn diese fehlen, so müssen neue Gutachten erstellt werden, auch wenn dies aufwändig ist.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2958	Ferner gilt: Der Gesetzgeber hatte bei Etablierung des BBergG die Belange des Umwelt- und Naturschutzes noch nicht im Blick. Die Worte „Natur" oder „Naturschutz" sucht man in dessen ursprünglich verabschiedeter Fassung vergebens. Dies hat sich seither nur sehr geringfügig geändert, zumal das Bergrecht in seiner aktuellen Fassung über 40 Jahre alt. Auch das Wort „Umwelt" hat erst mit der europarechtlich vorgegebenen Einführung der Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung Einzug in das BBergG gefunden. In der aktuell gültigen Fassung findet sich ein ausdrücklicher Hinweis auf Belange des Umweltschutzes bisher nur in den die Durchführung der UVP betreffenden Vorschriften der §§ 57a und 57b BBergG. Die Ölkrise in den 70ern, der Reaktorunfall in Tschernobyl sowie Smogalarm und Fahrverbote in den 80ern hätten vermieden werden können, wenn Umweltaspekte schon bei der Genehmigung einer Anlage oder eines Eingriffs berücksichtigt worden wären. Das war die Erkenntnis, die schließlich zum Erlass einer EU-Richtlinie führte (Richtlinie 85/337/EWG des Rates über die Umweltverträglichkeitsprüfung).	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung ist nicht erforderlich.
BE-ID: 2959	Allerdings reicht die Berücksichtigung der Umweltbelange, wie sie nach den derzeitigen Durchführungshinweisen zu § 57b Abs. 1 BbergG vorzunehmen ist, bei Weitem nicht aus, um Natur und Umwelt angemessen und zeitgemäß zu schützen, denn es geht inzwischen nicht nur darum, keine nicht wiedergutzumachende Beeinträchtigung von Natur und Landschaft zu verhindern. Vielmehr geht es um eine zeitgerechte, umfassende Abwägung der bergrechtlichen Belange mit den übrigen Schutzgütern, insbesondere unter Berücksichtigung der Klimaziele, der Verpflichtung zur Ressourcenschonung, der angemessenen Berücksichtigung des richtungsweisenden Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Bauindustrie, den Geboten der Nachhaltigkeit usw. Insbesondere, wenn sich Bergbauvorhaben über einen Zeitraum von vielen Jahren oder sogar Jahrzehnten fortentwickeln, ergibt sich insbesondere durch das kumulative Ausmaß des Vorhabens ein enormer Klärungsbedarf zum Schutz betroffener Umweltgüter. § 48 BBergG regelt dazu, dass die zuständige Behörde eine Aufsuchung oder eine Gewinnung beschränken oder untersagen kann, soweit überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen. Bei der Prüfung, ob eine Beschränkung oder Untersagung zu erfolgen hat, sind bei raumbedeutsamen Vorhaben Ziele der Raumordnung zu beachten. An dieser Stelle ist auch zu beachten, dass auch die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts als Umweltbelang durch Gesetz geschützt ist (§ 9 Abs. 1 S. 3 BWaldG) und als öffentliches Interesse in diese Abwägung nach § 48 BbergG einzustellen ist. Diese Aspekte hat das LBGR nicht auch nur ansatzweise berücksichtigt. Durch eine Erweiterung des Kiessandtagebaus in der Fresdorfer Heide wären	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	die Eingriffe in Flora und Fauna so gravierend negativ, dass unter Berücksichtigung von § 48 Abs. 2 BbergG die Verwirklichung eines solchen Vorhabens an der fehlenden Rechtfertigung der Eigentumsinanspruchnahme durch Belange des Allgemeinwohls scheitert, denn es widerspricht auf Ebene der Grundabtretung dem öffentlichen Interesse. Die „Öffnungsklausel" des § 48 Abs. 2 S. 1 BBergG dient dazu, die Anpassungsfähigkeit des BBergG im Hinblick auf sich ändernde Gemeinwohlbelange zu erhalten. Da sich diese ändernden Gemeinwohlbelange ganz deutlich (insbesondere unter der aktuellen Regierung und auch im Hinblick auf die „Friday-for-Future-Bewegungen" mit dem Urteil zur Generationengerechtigkeit) hin zu einer stärkeren Berücksichtigung von Umweltbelangen orientiert haben, ist unter Berücksichtigung einer stärkeren Einbeziehung in die Betriebsplanzulassung ausschließlich die Versagung im jetzigen Verfahren denkbar. Hierbei kommt es nach dem BVerfG eben nicht nur auf eine Abwägung der Interessen von Unternehmen an. Vielmehr besteht die Verpflichtung, dass das Vorhaben auch mit allen denkbaren Gemeinwohlbelangen (und hier nennt das BVerfG ausdrücklich z.B. den Landschafts-, Natur- und Wasserschutz) vereinbar ist.	
Anhänge zum Umweltbericht / C3) Rohstoffe		
BE-ID: 1167	Anzumerken wäre zudem, dass die Angaben in der „Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Anhang c3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Ab Seite 30, Fehler aufweisen: - Punkt 1.06: "westlich angrenzend Industrie und Gewerbe": Das ist nicht der Fall! Laut FNP der Gemeinde Michendorf, https://michendorf.de/im ages/stories/fnp/FNP.pdf, handelt es sich um einen Altlasten-Standort und nicht um eine Industrie- und Gewerbefläche. Dieser Standort wurde begrünt und weitgehend in das LSG „ Nuthetal-Beelitzer Sander" integriert. Zudem ist die Fläche nicht an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen, siehe unten; - Punkt 2.05 „FFH-Gebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung ... eine erhebliche Beeinträchtigung könne ausgeschlossen werden. " Das ist nicht der Fall!, siehe dazu unser Anmerkungen unter „2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte". Die Beeinträchtigung des angrenzenden LRT 7140 ist nicht auszuschließen! - Punkt 2.16 Wald ohne besondere Funktionen, ,,Das VR ... befindet sich teilweise innerhalb von Wald ohne besonders ausgewiesene Funktionen". Das ist nicht der Fall! Ein Teil des umgebenden Waldes ist als Erholungswald ausgewiesen. Infolge der Fehler im Umweltbericht kommt es auch darin zu der Schlussfolgerungen, dass „die Umweltauswirkungen Umweltschutzgutübergreifend als nicht erheblich" einzuschätzen wären, vgl. Anhang C3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Seite 36 unter 4. zusammenfassende Einschätzung der Erblichkeit der Umweltauswirkungen. Aus unserer Sicht ist die Fläche jedoch maßgeblich für den Schutz des benachbarten besonders schützenwerten LRT 7140 von zentraler Bedeutung und ist deshalb zeitnah zu renaturieren.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Der Steckbrief zum Vorranggebiet VR 05 Fresdorfer Heide im Umweltbericht wird dahingehend überarbeitet. Zu Punkt 1.06: Die im Steckbrief zum VR 05 (Umweltbericht, Anhang C) unter Punkt 1.06. erwähnte westlich angrenzende Industrie- und Gewerbeflächen ist den Daten des Amtlich Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS, Objektcode 41002) mit Stand Mai 2024 entnommen. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Michendorf aus dem Jahr 2008 wird die Fläche als Fläche für Versorgungsanlagen dargestellt, innerhalb derer im nördlichen Bereich eine Altlasten- bzw. Altlastenverdachtsfläche verortet ist. Punkt 2.05: Vertiefende Betrachtungen werden zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten über Natura 2000 Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen. Die Notwendigkeit einer FFH-Vorprüfungen erfolgt in Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt. Punkt 2.16: Wald mit besonderen Waldfunktionen wird durch die Festlegung des VR 05 nicht in Anspruch genommen. Der im Süden angrenzende Erholungswald (nach Waldfunktionskartierung) wird bei der Festlegung des VR 05 berücksichtigt. Bei den Waldflächen innerhalb des Vorrangegbietes handelt es sich vorrangig um Kiefernbestände jüngeren Alters. Besondere Strukturmerkmale sind nicht gegeben.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 313 / Brandenburgische Boden GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2595	Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 08.02.2022, mit dem Sie uns die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 eröffnen. Diesbezüglich möchten wir Sie darüber informieren, dass unsere Stellungnahme im Rahmen der Gesamtstellungnahme des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg als unserem Auftraggeber berücksichtigt und Ihnen eingereicht wird.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 324 / Regionale Planungsgemeinschaft Altmark		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 284	Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark hat auf ihrer 80. Sitzung am 12.06.2019 den 1. Entwurf der Änderung und Ergänzung des Regionalen Entwicklungsplans Altmark 2005 (REP 2005 Altmark) zur Anpassung an die Ziele des Landesentwicklungsplans des Landes Sachsen-Anhalt (LEP 2010 LSA) beschlossen. Mit der Änderung und Ergänzung des Regionalen Entwicklungsplans Altmark (REP Altmark) sollen insbesondere der Konkretisierungsauftrag des LEP 2010 LSA und die regionalen Erfordernisse thematisiert werden. Die Ziele der Raumordnung nach § 3 Nr. 2 des ROG sind nach Maßgabe der §§ 4 und 5 ROG bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten. Die im LEP 2010 LSA vorgegebenen Ziele der Raumordnung zur Landesentwicklung müssen - soweit sie für die Planungsregion zutreffen - übernommen werden. In Aufstellung befindliche Ziele stehen den o.g. Planungen nicht entgegen. Die Feststellung der Vereinbarkeit der o.g. Planung/Maßnahme mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung erfolgt gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 10 LEntwG LSA durch die oberste Landesentwicklungsbehörde.	Die Feststellung der Vereinbarkeit mit des Zielen der Raumordnung der Region Altmark wird zur Kenntnis genommen.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 283	Gemäß § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 21 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23. April 2015 nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark für ihre Mitglieder, zu denen der Landkreis Stendal und der Altmarkkreis Salzwedel gehört, die Aufgabe der Regionalplanung wahr.	Die Zuständigkeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 326 / Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3452	Die Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg (RPM) nimmt gemäß § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 21 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23. April 2015 für ihre Mitglieder, zu denen der Landkreis Börde, der Landkreis Jerichower Land, die Landeshauptstadt Magdeburg sowie der Salzlandkreis gehören, die Aufgabe der Regionalplanung wahr.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 3453	Im Rahmen der Beteiligung der RPM wurde der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 geprüft. Aufgrund einer auch in den Planungsraum der RPM hineinreichenden Raumbedeutsamkeit, ist eine Betroffenheit der RPM ausschließlich durch die unmittelbar an der Landesgrenze zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt festgelegten Eignungsgebiete für Windenergienutzung Nr. 6 Zollchow, Nr. 12 Nitzahn und Nr. 23 Dretzen [Entwurf Kapitel III.2.2., Ziel Z 2.2 (1)] festzustellen. Im Ergebnis der Prüfung ergeben sich dazu	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	keine Hinweise oder Bedenken.	sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 327 / Landkreis Jerichower Land		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1862	Zur o.g. Planung wurde der Landkreis Jerichower Land gebeten bis 9. Juni 2022 eine Stellungnahme abzugeben. Durch die beteiligten Fachbehörden wird dazu wie folgt Stellung genommen. Fachbereich 7 Umwelt. Landkreis als untere Naturschutzbehörde. Seitens der unteren Naturschutzbehörde bestehen hinsichtlich der geplanten Festlegungen zu den Themen Siedlung, Hochwasserwasserschutz, oberflächennahe Rohstoffe und Landwirtschaft nach Prüfung der eingereichten Unterlagen, ausgehend vom derzeitigen Erkenntnisstand, keine naturschutzfachlichen und -rechtlichen Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1878	Begründung zur Stellungnahme: Gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BNatSchG i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA) obliegt dem Landkreis Jerichower Land als untere Naturschutzbehörde (UNB) die Ausführung des BNatSchG, NatSchG LSA und der aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsvorschriften, soweit durch gesetzliche Regelungen nichts anderes bestimmt ist. Nach § 1 Abs. 3 NatSchG LSA haben die Naturschutzbehörden dafür Sorge zu tragen, dass die Vorschriften des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege eingehalten werden. Sie sind befugt, die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen zur Durchführung dieser Vorschriften und zur Abwehr von Gefahren für Natur und Landschaft zu treffen.	Die Hinweise zu Befugnissen der unteren Naturschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1879	Landkreis als untere Immissionsschutzbehörde: Anhand der vorliegenden Unterlagen ist derzeit nicht abschließend erkennbar in welchem Maße immissionsschutzrechtliche Belange im Landkreis Jerichower Land betroffen sind. Jedoch behält sich die untere Immissionsschutzbehörde des Landkreises Jerichower Land vor, zu den beschriebenen Vorhaben bei Bedarf Stellung zu nehmen. Einwände bestehen derzeit nicht.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1880	Nachfolgender Hinweis ist jedoch zu beachten: Gemäß §§ 1 und 50 des Bundes-Immissionsschutzgesetztes (BImSchG) sind Flächen so zu planen, dass schädliche Umwelteinwirkungen (u.a. Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und Lichtimmissionen) auf schutzbedürftige Nutzungen vermieden werden.	Die Hinweise zum Bundes-Immissionsschutzgesetz werden zur Kenntnis genommen und im Entwurf des Regionalplans 3.0 berücksichtigt.
BE-ID: 1882	Bodendenkmalschutz: Seitens des Bodendenkmalschutzes bestehen grundsätzlich zum o. g. Vorhaben keine Bedenken. Die eingereichten Unterlagen lassen, ausgehend vom derzeitigen Erkenntnisstand, eine Berührung mit archäologischen Kulturdenkmalen nicht erkennen.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1883	Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt mit Sitz in 06114 Halle, Richard-Wagner-Straße 9 ist ebenfalls als Träger öffentlicher Belange am Verfahren zu beteiligen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Gemäß § 2 Absatz 3 des Landesentwicklungsgesetzes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23. April 2015 sind die Landkreise und kreisfreien Städte untere Landesentwicklungsbehörden. Ihnen obliegt nach § 2 Absatz 3 Nummer 1 LEntwG LSA die Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verfahren für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1886	Anlage 1: Stellungnahme Förderverein Großtrappenschutz e.V. vom 06.05.2022. Stellungnahme zu an den LK Jerichower Land angrenzenden WEG des REP Havelland-Fläming aus Sicht des Großtrappenschutzes. Das Vogelschutzgebiet EU-SPA „Fiener Bruch" im Landkreis Jerichower Land ist eines der drei letzten verbliebenen Einstandsgebiete und Reproduktionszentren der Großtrappe in Deutschland und das einzige in Sachsen-Anhalt. Die Großtrappe ist eine Verantwortungsart Sachsen-Anhalts und wird in der aktuellen Roten Liste der Vögel Deutschlands (2021) als vom Aussterben bedroht geführt. Sie ist im Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG) gelistet und gemäß Bundesnaturschutzgesetz §7(2) Nr. 14a eine streng geschützte Art. Daraus folgt ein Verschlechterungsverbot des Erhaltungszustandes dieser Vogelart. Die diesjährige Frühjahrssynchronzählung des Fördervereins Großtrappenschutz e. V. ergab einen Bestand von 110 Großtrappen im Fiener Bruch, das entspricht etwa 1/3 der deutschen Gesamtpopulation. Seit dem Jahr 2019 führt der Förderverein Großtrappenschutz e.V. Untersuchungen zur Raumnutzung von ausgewilderten Großtrappen mittels GPS-Logger durch. Dadurch konnten einerseits die bereits früher belegten Wechsel von Großtrappen zwischen dem Einstandsgebiet „Fiener Bruch" und den Einstandsgebieten "Havelländisches Luch" und „Belziger Landschaftswiesen" (Eisenberg et al. (2018) bestätigt werden, andererseits konnten ausgedehnte, ungerichtete Dismigrationsflüge der jungen Großtrappen nachgewiesen werden, die sich natürlicherweise besonders um die Einstandsgebiete herum konzentrieren.	Die Hinweise zu Windeignungsgebieten und zu Untersuchungen des Flugverhaltens der Großtrappe werden zur Kenntnis genommen. Festlegungen zur Windenergienutzung sind nicht mehr Bestandteil des Regionalplans 3.0. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1881	Fachbereich 6 Bau, Landkreis als Denkmalschutzbehörde, Bau- und Kunstdenkmalpflege: Die eingereichten Unterlagen lassen eine Berührung mit Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege erkennen. Grundsätzlich geht von den geplanten Windkraftanlagen keine substantielle Schädigung der Bau und Kunstdenkmale aus. In der teils flachen Kulturlandschaft des Jerichower Landes ist insbesondere zu beachten, dass u. a. die Dorfkirchen in Jerichow OT Schlagenthin und in Genthin OT Schopsdorf sowie in Jerichow OT Altenklitsche Orientierungspunkte für den preußischen Straßenbau waren und in der relativ flachen Landschaft durch ihre Kirchtürme weithin landschaftsprägend sind, da diese meistens auf natürlichen Erhebungen errichtet wurden. Durch die in Gruppen auftretenden WKA kann das landschaftsbezogene Erscheinungsbild der Dorfkirchen erheblichen Schaden erleiden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 06 Zollchow		
BE-ID: 1863	Aus naturschutzrechtlicher und -fachlicher Sicht werden für die geplanten Eignungsgebiete für Windenergienutzung folgende Hinweise sowie Bedenken gegeben: Windeignungsgebiet ‚Zollchow" (WEG 6) Rund 2.000 m südöstlich des geplanten WEG 6 befindet sich gemäß Regionalem Entwicklungsplan (REP) Magdeburg (2. Entwurf, Stand 2020) das Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie (mit der Wirkung von Eignungsgebieten) ,,Klitsche" (XVI). Laut REP Magdeburg wird ein Mindestabstand zwischen den Vorranggebieten und Eignungsgebieten von 5.000 m festgelegt (weiche Tabuzone). Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hält es ebenfalls für gerechtfertigt, den zwischen Windeignungsgebieten einzuhaltenden Mindestabstand auf 5.000 m festzulegen (Ergänzende Unterlage: Herleitung und Begründung der Ausschlusskriterien Mindestabstand von Eignungsgebieten, maximale Größe von Eignungsgebieten und Mindestgröße von Eignungsgebieten, S. 6). Rund 5.500 m südwestlich des WEG 6 befindet sich der Bestandswindpark Redekin / Wulkow.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1864	An das geplante WEG 6 grenzt südlich gemäß REP Magdeburg das Vorranggebiet für Natur und Landschaft „Waldgebiete und ehemalige Flutrinnen Altenplatow" (XXXIV) an. Die standortgerechten naturnahen Laubwaldgesellschaften im Verbund mit standortgerechten Kiefernwäldern, die naturnahen Biotope auf Talsandflächen und die Biotope der alten Flutrinnen (Fließgewässerabschnitte und artenreiches Feuchtgrünland) sind zu schützen und zu entwickeln. Vorranggebiete für Natur und Landschaft dienen der Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1865	Ebenfalls im Süden angrenzend befindet sich die überregional bedeutsame Biotopverbundfläche „Waldgebiete und ehemalige Flutrinnen Altenplatow / Havemark" (2.1.2). Die standortgerechten naturnahen Laubwaldgesellschaften im Verbund mit standortgerechten Kiefernwäldern, die naturnahen Biotope auf Talsandflächen und die Biotope der alten Flutrinnen (Fließgewässerabschnitte und artenreiches Feuchtgrünland) sind zu schützen und zu entwickeln. Nach einer Beteiligung des Fördervereins (FV) Großtrappenschutz e.V. kann aufgrund der vorliegenden Daten eingeschätzt werden, dass das WEG 6 aus Sicht des Großtrappenschutzes als unproblematisch angesehen werden kann (vgl. Anlage 1 - Stellungnahme FV Großtrappenschutz e.V. vom 06.05.2022).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1866	Weitere artenschutzrechtliche Betroffenheit für das geplante WEG 6 können nach aktuellem Erkenntnisstand nicht ausgeschlossen werden. Der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Jerichower Land liegen Altdaten (Erfassungsjahr 2012) für einen Rotmilanhorst nordöstlich Altenklitsche (Entfernung zum WEG 6 rd. 1.800 m) und einen Rotmilanhorst südwestlich Altenklitsche (Entfernung zum WEG 6 rd. 2.800 m) vor, die sich gemäß Leitfaden „Artenschutz an Windenergieanlagen in Sachsen-Anhalt" (MULE 2018) im Prüfbereich 2 befinden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 12 Nitzahn		
BE-ID: 1867	Windeignungsgebiet "Nitzahn" (WEG 12): An das geplante WEG 12 grenzt nordwestlich gemäß REP Magdeburg das Vorbehaltsgebiet für den Aufbau eines ökologischen Verbundsystems „Landschaftsteile zwischen Elbe und Havel" (5) an. In den Vorbehaltsgebieten für den Aufbau eines ökologischen Verbundsystems soll die Zugänglichkeit der Landschaft für Erholungssuchende sichergestellt und durch geeignete Erschließungsmaßnahmen gelenkt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1868	Ebenfalls im Nordwesten angrenzend befindet sich die überregional bedeutsame Biotopverbundfläche „Wald- und Grünlandgebiete Demsin / Kuxwinkel" (2.2.5). Die Wald- und Grünlandbiotope zeichnen sich durch eine hohe Konzentration von besonders geschützten Biotopen aus. Die Wald und Offenlandbiotope stellen für seltene und gefährdete Arten wichtige Lebensräume dar.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1869	Westlich des WEG 12 grenzt großflächig der Schlagenthiner Forst an. Waldränder sind als Übergangsbereiche zwischen den Ökosystemen Wald und Offenlandschaft durch eine besonders hohe Artenvielfalt und -dichte gekennzeichnet (Grenzlinieneffekt, Artenschutz). Gemäß REP Magdeburg ist die Biotopfunktion des Waldes und des Waldrandes durch einen Abstand von 200 m als Restriktionszone vorsorglich zu schützen. Nach einer Beteiligung des Fördervereins Großtrappenschutz e.V. kann aufgrund der vorliegenden Daten eingeschätzt werden, dass das WEG 12 aus Sicht des Großtrappenschutzes als unproblematisch angesehen werden kann (vgl. Anlage 1 - Stellungnahme FV Großtrappenschutz e.V. vom 06.05.2022).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1870	Weitere artenschutzrechtliche Betroffenheiten für das geplante WEG 12 können nach aktuellem Erkenntnisstand nicht ausgeschlossen werden. Der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Jerichower Land liegen Altdaten (Erfassungsjahr 2012) für einen Rotmilanhorst südöstlich Schlagenthin (Entfernung zum WEG 12 rd. 1.100 m) vor, der sich gemäß Leitfaden „Artenschutz an Windenergieanlagen in Sachsen-Anhalt" (MULE 2018) im Prüfbereich 1 befinden. Entlang einer Hochspannungsleitung südlich von Schlagenthin wurden in den Jahren 2010 bis 2017 (Altdaten) insgesamt sechs Horste der Art Fischadler in einer Entfernung von 1.700 bis 5.800 m zum WEG 12 kartiert. Für den Fischadler wurde gemäß Leitfaden (MULE 2018) der Prüfbereich 1 unter 3.000 m und der Prüfbereich 2 unter 6.000 m festgesetzt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 23 Dretzen		
BE-ID: 1871	Windeignungsgebiet "Dretzen" (WEG 23): Südlich an das geplante WEG 23 grenzt direkt punktuell das Natura 2000-Gebiet „Vogelschutzgebiet Altengrabower Heide" (SPA0014LSA) an. Gemäß REP Magdeburg sind Europäische Vogelschutzgebiete (SPA-Gebiete) Ausschlussflächen (harte Tabuzone). In einem Abstand von 1.200 m zu Windkraftflächen werden diese als weiche Tabuzonen gewertet.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1872	In nordwestlicher Richtung befindet sich in über 1 km Entfernung das FFH-Gebiet „Ringelsdorfer-, Gloine- und Dreibachsystem" (FFH0055LSA) sowie das Naturschutzgebiet „Magdeburgerforth" (NSG0018). Direkt angrenzend ist geplant, das LSG „Vorfläming - Fiener Bruch" auszuweisen. Das LSG „Möckern-Magdeburgerforth" (LSG0017JL) und das FFH-Gebiet „Altengrabower Heide" (FFH027 4LSA) sind vom WEG 23 jeweils über 2.500 m entfernt. In rd. 500 m Entfernung liegt die überregional bedeutsame Biotopverbundfläche „Bachsystem des Flämings" (JL 2.1.4).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1873	Für das WEG 23 werden aufgrund der vorliegenden Daten erhebliche artenschutzrechtliche Betroffenheit u.a. der Arten Schwarzstorch und Großtrappe, hervorgerufen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1874	Die zur Landesgrenze nach Nordwesten geplante Erweiterung des Bestandswindparks befindet sich innerhalb des Prüfbereiches 1 (3.000 m) eines Schwarzstorchbrutplatzes bei Schopsdorf (Entfernung von 2.200 m). Bei Vorkommen im Prüfbereich 1 ist grundsätzlich davon auszugehen, dass sich das Tötungsrisiko signifikant erhöht (MULE 2018).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1875	Das Vogelschutzgebiet EU-SPA „Fiener Bruch" (FFH0158) im Landkreis Jerichower Land, dass sich in rd. 8.000 m zum WEG 23 befindet, ist eines der drei letzten verbliebenen Einstandsgebiete und Reproduktionszentren der Großtrappe in Deutschland und das einzige in Sachsen-Anhalt. Wechsel von Großtrappen zwischen dem Einstandsgebiet „Fiener Bruch" und den Einstandsgebieten „Havelländisches Luch" und „Belziger Landschaftswiesen" (EISENBERG et al. 2018) sind hinlänglich bekannt und durch den FV Großtrappenschutz e.V. konnten seit dem Jahr 2019 ausgedehnte, ungerichtete Dismigrationsflüge der jungen Großtrappen nachgewiesen werden, die sich natürlicherweise besonders um die Einstandsgebiete herum konzentrieren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1876	Das WEG 23 schneidet den vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg auf Basis der vorliegenden Daten und in Abstimmung mit der Staatlichen Vogelschutzwarte Sachsen-Anhalt abgegrenzten Flugkorridor der Großtrappen in Richtung des Zerbster Landes (vgl. Anlage 1 - Stellungnahme FV Großtrappenschutz e.V. vom 06.05.2022). Die Flugkorridore sind gemäß der TAK (MLUL 2018) und des Leitfadens „Artenschutz an Windenergieanlagen in Sachsen-Anhalt" (MULE 2018) von WEA freizuhalten. Hier besteht erhebliches Konfliktpotenzial, welches sich zusätzlich durch das in diesem Jahr begonnene Großtrappen Wiederansiedlungsprojekt im Zerbster Land erhöht.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1877	Es wird darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen auf Vorkommen relevanter Arten oder Artengruppen in Ermangelung entsprechender aktueller, flächendeckender und verfügbarer Daten auf der Ebene des Regionalplans für die Prüfung der Belange des Artenschutzes nicht einheitlich abgeschätzt werden können. Eine vollumfängliche artenschutzfachliche Prüfung hat auf den nachgeordneten Planungs- und	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Zulassungsebenen zu erfolgen.	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 328 / Landkreis Stendal		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 25	Der Landkreis Stendal befindet sich in der Planungsregion Altmark. Für die Altmark wurde am 13.02.2013 die „Ergänzung des Regionalen Entwicklungsplans Altmark (REP ALTMARK) 2005 um den sachlichen Teilplan „WIND" genehmigt. Im Regionalen Entwicklungsplan Altmark (REP Altmark) sind die Grundsätze der Raumordnung gemäß§ 2 ROG sowie die Grundsätze und Ziele der Raumordnung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan 2010 des Landes Sachsen-Anhalt (LEP LSA) vom 16. Februar 2011 (GVBI. LSA Nr. 6 2011, S. 160) als Grundsätze und Ziele regionsspezifisch räumlich und sachlich ausgeformt. Im REP ALTMARK wurden 27 Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie mit der Wirkung von Eignungsgebieten festgelegt, davon befinden sich 13 im Landkreis Stendal. Am 29.11.2017 wurde die 2. Änderung der Ergänzung des Regionalen Entwicklungsplan Altmark um den sachlichen Teilplan "Wind" beschlossen, der ein weiteres Eignungsgebiet in der Nähe von Storbeck vorsieht.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 27	Als weitere Planung für den Landkreis Stendal hat die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark auf ihrer 80. Sitzung am 12.06.2019 den 1. Entwurf der Änderung und Ergänzung des REP Altmark 2005 zur Anpassung an die Ziele des LEP 2010 LSA beschlossen, der z.Z. noch bearbeitet wird.	Die Hinweise zum Arbeitsstand des REP Altmark 2005 werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 28	Der Landkreis Stendal grenzt mit der Hansestadt Havelberg mit den Ortschaften Garz, Jederitz, Kuhlhausen, Nitzow, Warnow und Vehlgast-Kümmernitz und der Verbandsgemeinde Elb-Havelland mit den Mitgliedsgemeinden Karnern, Klietz, Sandau, Schollene, Schönhausen und Wust - Fischbeck an den Landkreis Havelland. Im nördlichen Teil bis nahe der Ortschaft Schollene bildet die Havel die Grenze.	Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 29	In den Gemeinden des Landkreises Stendal nahe der Landkreisgrenze sind verschiedene gewerbliche, landwirtschaftliche und sonstige Anlagen vorhanden, die immissionsschutzrechtlich für Projekte in der näheren Umgebung relevant sein können. In der Regel handelt es sich hierbei um Tierhaltungsanlagen und Biogasanlagen. Die genauen Angaben sind gegebenenfalls im Rahmen weiteren Planungen zu ermitteln und als Vorbelastung zu berücksichtigen.	Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 30	Gegen den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gibt es keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 968	Nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahmen der einbezogenen Fachämter, deren Hinweise und Auflagen zu beachten und einzuhalten sind: Bauordnungsamt- Untere Landesentwicklungsbehörde Die Stellungnahme vom 10.03.2021 von [Name anonymisiert] behält weiterhin ihre Gültigkeit.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die genannte Stellungnahme kann dem Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG, welches am 05.10.2021 eröffnet wurde, nicht zugeordnet werden.
BE-ID: 969	Gesundheitsamt Auf der Grundlage des § 6 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die Berufsausübung im Gesundheitswesen im Land Sachsen-Anhalt (ÖGD) vom 23. Oktober 1997 erfolgte die Durchsicht der Unterlagen zu o.g. Vorhaben. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht sicher ausgeschlossen werden, dass im weiteren Verlauf der Umweltprüfung des o.g. Vorhabens die fachplanungsrechtlichen Belange des GA berührt werden. Aus umweltmedizinischer Sicht könnten sich zukünftig Bedenken	Der Hinweis, dass keine umweltmedizinische Beurteilung abgegeben werden kann, wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	bezüglich gesundheitlicher Auswirkungen z.B.durch tieffrequenten Schall, Schattenwurf, Lichtreflexe und Lärmbelästigung ergeben. Es ist nicht auszuschließen, dass neue medizinische Erkenntnisse (z.B. Langzeitstudien) oder ggf. geänderte Gesetzesgrundlagen mit in die Entscheidungsfindung einbezogen werden müssen. Daher kann zu diesem Vorhaben seitens des Gesundheitsamtes aktuell keine abschließende Beurteilung abgegeben werden.	
BE-ID: 970	Umweltamt- Untere Forstbehörde Bei dem Vorhaben werden keine forstfachlichen Belange des Landkreises Stendal berührt, da das Planungsgebiet außerhalb des Landkreises liegt.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 973	Umweltamt- Untere Immissionsschutzbehörde Die Stellungnahme der unteren Immissionsschutzbehörde wurde unter dem AZ 70i.07/2022-00031-70iSt bereits am 22.03.2022 verschickt.	Es wird auf die BE 25-30 verwiesen.
BE-ID: 974	Umweltamt- Untere Naturschutzbehörde Die im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 festgelegten Ziele und Grundsätze können in die benachbarten Regionen hineinwirken. Der Landkreis Stendal grenzt im Osten unmittelbar an die Planungsregion an. Die Untere Naturschutzbehörde hat die Entwurfsunterlagen zum Regionalplan geprüft und nimmt im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung: Die Darstellungen im gemeinsamen Grenzverlauf bildet überwiegend der landesplanerische Freiraumverbund nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) mit konkretisierter Gebietsabgrenzung. Weiterhin sind große Flächen im Grenzbereich zum Landkreis Stendal als Hochwassergebiete mittlerer Wahrscheinlichkeit dargestellt. Hier handelt es sich um eine nachrichtliche Übernahme. Diese Darstellungen harmonisieren mit den angrenzenden Darstellungen aus dem Regionalen Entwicklungsplan Altmark (2005) als Vorranggebiet für Natur und Landschaft Nr. V „Teile der Unteren Havelniederung und Schollener See" sowie Vorranggebiet für Hochwasserschutz Nr. II „Havel". Im Grenzbereich auf Höhe der Ortschaft Sydow/L97 wird die angrenzende Darstellung durch ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft gebildet. Ein Vorbehaltsgebiet vorbeugender Hochwasserschutz überlagert das Vorranggebiet. Im REP Altmark grenzt in diesem Bereich das Vorbehaltsgebiet Nr. 16 „der Trüben/Trübengraben" zum Aufbau eines ökologischen Verbundsystems an. Der Grenzgraben bildet augenscheinlich die natürliche Grenze.	Die Hinweise zu Hochwassergebieten mittlerer Wahrscheinlichkeit werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 977	Umweltamt- Untere Wasserbehörde Zu den vorgelegten Unterlagen zur „Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0" werden aus Sicht der unteren Wasserbehörde folgende Stellungnahme und Hinweise abgegeben: Es ergeben sich keine Hinweise und Anregungen in Bezug auf die Aufstellung des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 26	In der Nähe zum Landkreis Havelland befindet sich der Windpark Fischbeck, der aber über 7 km von der Grenze zur Planungsregion „Havelland-Fläming" entfernt ist, so dass kaum Auswirkungen durch Emissionen von Windkraftanlagen in die Planungsregion hinein zu erwarten sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 06 Zollchow		
BE-ID: 972	Sollten Zuwegungen zu den geplanten Windenergieanlagen des WEG 6 auf mit Wald bestockten Flächen erforderlich werden, wird es dafür keine Genehmigung für Waldflächen des Landkreises Stendal geben. Nach § 8 LWaldG sind Waldumwandlungen für die Errichtung von Windenergieanlagen nicht zulässig. Der Neubau von Waldwegen dient gemäß § 11 LWaldG der Erschließung des Waldes zum Zwecke seiner Bewirtschaftung und seines Schutzes sowie der Erholung. Zuwegungen zu Windenergieanlagen fallen daher nicht unter § 11 LWaldG, sondern sind als Teil der Waldumwandlung für die Windenergieanlage zu betrachten und nach § 8 LWaldG nicht zulässig.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 975	Das Eignungsgebiet für die Windenergienutzung Nr. 06 „Zollchow" grenzt unmittelbar an den Landkreis Stendal an. Die festgelegten Eignungsgebiete für die Windenergienutzung bilden die raumordnerische Grundlage für künftige UVP-pflichtige Vorhaben. Bei der UVP-Pflicht spielt nicht nur die Größe der Anlage selbst, sondern auch das Vorhandensein und die Größe benachbarter Windenergieanlagen eine Rolle. Hieraus erwächst eine mögliche UVP-Pflicht bei kumulierenden und hinzutretenden kumulierenden Vorhaben gemäß§§ 10, 11 und 12 UVPG. Bei der Betrachtung ist es dabei unerheblich, ob die benachbarten Anlagen im selben Landkreis liegen. Im REP Altmark grenzen auf Höhe des WEG 06 generell keine Vorrang- und Vorbehaltsgebiete direkt an. Bei der Erarbeitung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im REP Altmark bzw. seines Teilplans wurde der angrenzende Bereich unter Zuhilfenahme von Daten des Deutschen Wetterdienstes als Bereich mit schlechtem Fünfjahresertrag ausgewiesen (dargestellt in Karte 2 zur Ergänzung 1 des REP Altmark). Das nächstgelegene Eignungsgebiet für die Windenergienutzung Nr. XVII „Fischbeck" umfasst 207 ha und liegt Luftlinie über 5 km entfernt. In diesem Gebiet wurden bereits Windenergieanlagen errichtet. In der Folgeplanung zum WEG 06 ist ggfs. ein Zusammenwirken zu untersuchen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 976	Das Eignungsgebiet WEG 06 beansprucht Waldflächen, die Teil eines großen und bundeslandübergreifenden Waldkomplexes sind. Eine Waldumwandlung im Umfang des WEG 06 würde den Verlust von etwa ¼ des bestehenden Forstkomplexes bedeuten. Damit erstreckt sich der Einflussbereich des Eignungsgebietes und der auf tieferer Planungsebene zu konkretisierenden Vorhaben zur Windenergienutzung in diesem Gebiet über die Planungsregion hinaus auch auf den Landkreis Stendal. Eine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange an der weiteren Planung wird daher als notwendig erachtet. Alle weiteren Umweltuntersuchungen hierzu sollten grenzübergreifend erfolgen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Anhänge zum Umweltbericht / C2) WEG		
BE-ID: 971	Das Windeignungsgebiet 6 (WEG 6) liegt direkt an der Grenze zum Landkreis Stendal. Die Umweltverträglichkeitsprüfung sollte in diesem Fall nicht an der Planungsgrenze aufhören, sondern der Einflussbereich der geplanten Windenergieanlagen unabhängig von Landesgrenzen hinsichtlich Folgen für Mensch und Natur untersucht werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 330 / Landkreis Wittenberg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1438	Zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wurden die Fachdienste in unserem Hause beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Folgender Hinweis wurde durch den Fachdienst Bauordnung, untere Denkmalschutzbehörde gegeben: Das o. g. Verfahren wurde zur Kenntnis genommen. Zu diesem Verfahren ist der für Denkmalschutz und Denkmalpflege zuständige Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Träger öffentlicher Belange für Denkmalschutz und Denkmalpflege sind das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Landesmuseum für Vorgeschichte, Richard-Wagner-Straße 9 in 06114 Halle/Saale und die obere Denkmalschutzbehörde beim Landesverwaltungsamt, Referat Denkmalschutz/UNESCO-Weltkulturerbe, Postfach 1963 in 39009 Magdeburg. Weitere Hinweise, Anregungen oder Bedenken wurden durch die beteiligten Fachdienste nicht geäußert.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Eine Beteiligung des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie des Landes Sachsen-Anhalt ist aufgrund der räumlichen Unbetroffenheit nicht notwendig.
TÖB-Nr.: 331 / Stadt Coswig (Anhalt)		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2592	Bezugnehmend auf o.g. öffentliche Beteiligung zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 möchte ich Ihnen die Stellungnahme der Stadt Coswig (Anhalt) mitteilen. Die Stadt Coswig (Anhalt) erhebt keine Einwände zu o.g. Vorhaben.	Der Sachverhalt, dass keine Einwände erhoben werden, wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 332 / Stadt Genthin		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 152	Nach Durchsicht der uns vorgelegten Unterlagen zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming möchten wir folgende Hinweise zur Beachtung geben. Eine Beschränkung der gewerblichen Entwicklung und Standortfestigung im Bereich des Industrie- und Gewerbeparks von Schopsdorf ist auszuschließen. Der OT Schopsdorf ist im Regionalen Entwicklungsplan Magdeburg als regional bedeutsamer Standort für Industrie und Gewerbe ausgewiesen.	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung ist nicht notwendig. Für das genannte Gewerbegebiet sind keine unzumutbaren Beeinträchtigungen durch die Festlegungen im Entwurf des Regionalplans 3.0 zu erwarten. Der Abstand beträgt mehr als 2 km.
BE-ID: 154	In der Nähe des Planbereichs sind weiterhin aufgeführte Schutzgebiete zu beachten. Landschaftsschutzgebiet „Möckern-Magdeburgerforth". Landschaftsschutzgebiet „Loburg Vorfläming". Naturschutzgebiet „Magdeburgerforth". Naturschutzgebiet „Ringelsdorf". FFH-Gebiet Nr. 55 „Ringelsdorf, Gloine und Dreibachensystem im Vorfläming. Sowie Vogelschutzgebiet „Fiener Bruch". Die weiteren Planungsinhalte werden zu Kenntnis genommen.	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Naturschutzfachliche Anforderungen wurden im Rahmen der Rechtsordnung bei der Aufstellung des Entwurfs des Regionalplans 3.0 Havelland-Fläming 3.0 berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 153	Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass im Ergebnis des vorliegenden Regionalplans geplante Eignungsgebiete für Windenergieanlagen die gesetzlichen Vorgaben des Raumabstandes zu beachten sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 336 / Lutherstadt Wittenberg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2758	Gegen den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 hat die Lutherstadt Wittenberg keine Einwände.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 402 / Wasser- und Bodenverband Rhin-/Havelluch		
nicht zuordenbar		
BE-ID: 741	Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 08.02.2022, Posteingang 07. März 2022, teilen wir Ihnen zu betreffendem Planentwurf mit, dass unsere Belange betreffend keine Einwände bestehen und erhoben werden.	Kenntnisnahme.
TÖB-Nr.: 417 / Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Abteilung I		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2721	Für die Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans 3.0 einschließlich Begründung und Umweltbericht bedanken wir uns. Als für die nachbarkommunale Abstimmung federführende und koordinierende Verwaltung im Land Berlin nehmen wir unter Einbeziehung der Bezirke Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln wie folgt Stellung: Die Belange des Flächennutzungsplans von Berlin, der ebenfalls Regionalplan des Landes Berlin ist, sind nicht berührt. Ebenso ergibt sich keine Betroffenheit für die Stadtentwicklungsplanung sowie die übrigen Abteilungen der SenSBW. Aus dem Zuständigkeitsbereich der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verkehr und Klimaschutz sind folgende Stellungnahmen eingegangen {siehe Anlagen): - Abteilung II {Referat II B Wasserwirtschaft, Wasserrecht und Geologie und das Referat II D als Wasserbehörde des Landes Berlin, Gewässerschutz), - Abteilung III {Referat III B 2 Naturschutz und Landschaftspflege), - Abteilung IV {Referat IV A Grundsatzangelegenheiten der Mobilitätspolitik, Verkehrsentwicklungsplanung).	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2722	Seitens der Senatsverwaltung für Finanzen wird darauf hingewiesen, dass sich mehrere Liegenschaften in der Region befinden, die durch die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) verwaltet werden. Sobald sich auf den nachfolgenden Planungebenen konkrete Bauvorhaben aus dem Regionalplan ableiten und umgesetzt werden sollen geht die BIM von einer weiteren Einbeziehung und Berücksichtigung ihrer Belange aus.	Die Hinweise zur weiteren Beteiligung auf nachfolgenden Planungsebenen werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2723	Die weiteren von uns beteiligten Senatverwaltungen (Wirtschaft, Energie, Betriebe / Justiz, Vielfalt, Antidiskriminierung) sowie die Senatskanzlei sehen ihre Belange nicht betroffen bzw. sehen keine Bedenken. Die Stadtentwicklungsämter der Bezirke haben bzgl. der vorgesehenen Festlegungen ebenfalls keine Bedenken geäußert.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2717	hier: naturschutzfachliche Stellungnahme - Natura 2000. Sachstand: Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 mit dem Stand vom 05.10.2021 umfasst die regionale Planung der folgenden Landkreise und kreisfreien Städte: Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Potsdam und Brandenburg an der Havel. Dementsprechend sind Berliner Stadtgebietsteile zwar nicht beplant, aber durch die Umsetzung des	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Regionalplans ist u.a. in der Planregion mit einem Anstieg der Einwohnerzahl auszugehen und ein gewisser Anteil wird zur Arbeit nach Berlin pendeln. Die steigende Anwohneranzahl und ein damit erhöhter Pendelverkehr von Brandenburg nach Berlin ist geeignet über das sogenannte Hineinwirken in den Berliner Naturschutzgebieten und Natura 2000-Gebieten Beeinträchtigungen hervorzurufen und sie sind somit in den Prüfungen zu berücksichtigen. Konkret betrifft dies zumindest die im Regionalplan ausgewiesenen Teilflächen der „Vorbehaltsgebiete Siedlung" südwestlich von Hennigsdorf, wobei auch für weitere Vorbehaltsgebiete Siedlung" ein Hineinwirken nicht grundsätzlich auszuschließen ist.	Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Somit setzt das Planungskonzept auf entsprechende Verkehrsvermeidung. Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung bereits auf konfliktarme Lagen ab. Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung erfolgt keine Flächenfestlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. In diesem Prozeß werden Naturschutz- und Natura-2000-Gebiete entsprechend berücksichtigt.
BE-ID: 2718	Naturschutzfachliche Begründung: Bei einer Umsetzung der vier „Vorbehaltsgebiete Siedlung" ist, wie bei dem aktuell zu prüfenden B-Plan „Schönwalde-Glien", von einem zunehmenden Pendelverkehr von Brandenburg in Richtung Berlin auszugehen. Als einer der Hauptstrecken für diesen Verkehr wird auch hier die Schönwalder Allee dienen, die von den benannten „Vorbehaltsgebiete Siedlung"- Teilflächen in Brandenburg quer durch das gesamte Natura 2000-Gebiet „Spandauer Forst" nach Berlin-Spandau führt. Unter anderem aus Gründen des Artenschutzes und des Gebietsschutzes wurde bisher auf einen Ausbau der Schönwalder Allee verzichtet, sodass diese aktuelle bei den Engstellen nur in reduzierter Geschwindigkeit befahren werden kann und es zu den Hauptpendelzeiten bereits öfter zu Stauereignissen kommt. Dieser zusätzliche Verkehr könnte potentiell für das Natura 2000-Gebiet „Spandauer Forst" folgende, lediglich exemplarisch benannten, Beeinträchtigungen bedeuten: - Ein erhöhtes Kollisionsrisiko für die mobilen maßgeblichen Bestandteil.e des Gebiets, d.h. die Arten des Anhang II und IV der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und die Europäischen Vogelarten gemäß Anhang I der Vogelschutzrichtlinie sowie die charakteristischen Arten der Lebensraumtypen. - Durch die erhöhte Anzahl von Fahrzeugen ist mit einer erhöhten Lärmentwicklung entlang der Straße auszugehen, die insbesondere bei störungsempfindlichen Arten zu einem vermehrten Rückzug den Wald führen könnte und ihre Habitatfläche erheblich verringern würde. - Die steigenden Autozahlen werden zu einem erhöhten Stickstoffaustausch im Natura 2000-Gebiet führen, wodurch eine zunehmende Eutrophierung und Ruderalisierung der angrenzenden (Wald-) Lebensraumtypen anzunehmen ist. Hierbei sei bereits anzumerken, dass für die Erheblichkeitseinschätzung der Stickstoffdepositionen für die angrenzenden LRT der Schwellenwert von 0,3 kg N/ (ha*a) nach neustem Kenntnisstand nicht mehr geeinigt ist, um eine Erheblichkeit längerfristig sicher auszuschließen. Dies wird im folgenden Aufsatz aus dem Jahr 2021 dezidiert dargelegt: F. Hacker, F. Jansen, T. Krämerkämper, P. Kremer und D. Tessmer (2021): Der Abschneidewert für Stickstoffeinträge im Habitatschutz., Natur und Recht, Nr. 43, S. 729-738, DOI: https://doi.org/10.1007/s10357-021-3914-3. Hauptgrund für ein Abrücken von diesem Wert ist die Vielzahl von wissenschaftlichen Fehlern in der Ermittlung des Wertes.	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind und setzt somit bereits auf entsprechende Verkehrsvermeidung. Pendelverkehre von und nach Berlin lassen sich zudem auch über umweltschonende Verkehrsmittel (z.B. öffentliche E-Busse) realisieren. Diesbezügliche Abstimmung und praktische Umsetzung obliegt den fachlichen Trägern.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2719	Fazit: Die vier „Vorbehaltsgebiete Siedlung"-Teilflächen südwestlich von Hennigsdorf sollten aus dem Regionalplan entfernt werden. Ist dies nicht möglich, ist bei nachfolgenden B- Plan-Verfahren die Oberste Naturschutzbehörde des Landes Berlin frühzeitig bezüglich einer verbindlichen Entscheidung gemäß § 34 BNatSchG i.V.m. § 35 NatSchG zu beteiligen.	Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Planänderung. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind und setzt somit bereits auf entsprechende Verkehrsvermeidung. Eine weitergehende Abstimmung erfolgt im Rahmen der detaillierteren kommunalen Bauleitplanung und beinhaltet gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (u.a. gemäß BauGB, BNatSchG) entsprechende Beteiligung.
BE-ID: 2720	Beteiligung Berliner Forsten: Sobald sich ein Mehraufkommen in Richtung Berlin abzeichnet, der die Schönwalder Allee, ggfs. auch nur im geringen Maß, erreicht, sind die Berliner Forsten ebenfalls zu beteiligen. Sie bewirtschaften den Wald entlang der Schönwalder Allee und kommen somit für diese auch der Verkehrssicherungspflicht nach. Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen wäre dementsprechend auch für den umliegenden Wald aus forstwirtschaftlicher Sicht zu bewerten.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, bewirkt aber keine Planänderung. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind und setzt somit bereits auf entsprechende Verkehrsvermeidung. Eine weitergehende Abstimmung erfolgt im Rahmen der detaillierteren kommunalen Bauleitplanung und beinhaltet gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (u.a. gemäß BauGB, BNatSchG) entsprechende Beteiligung.
BE-ID: 2726	Zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 liegt bei SenUMVK Abt. IV eine Stellungnahme aus dem Referat IV A (Grundsatzangelegenheiten der Mobilitätspolitik, Verkehrsentwicklungsplanung) vor. Stellungnahme IV A: Das „ Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehalfsgebieten Siedlung" wird aus Sicht SenUMVK IV A im Hinblick auf erwartbare Pendlerverflechtungen mit dem Metropolraum Berlin teilweise als kritisch beurteilt. • Wohnsiedlungsentwicklungen im erweiterten Einzugsbereich Berlins und außerhalb des Gestaltungsraums Siedlung werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren Zunahme des Pendleraufkommens zwischen den Gemeinden und dem Land Berlin beitragen. • Diese zusätzlichen Pendlerverkehre sollten angesichts der bereits bestehenden Aus- und Überlastungen der straßenseitigen Kapazitäten bevorzugt über den ÖPNV bzw. SPNV abgewickelt werden. • Im Sinne eines niederschwelligen Zugangs sollten Wohnsiedlungsentwicklungen, die im für Pendler relevanten Distanzbereich von Berlin liegen, einen direkten Zugang zum bzw. eine direkte Anbindung an den SPNV aufweisen. • Eine hinreichende Würdigung bzw. Berücksichtigung dieser Aspekte ist im Planungskonzept und konkret in der in 1 1 1.2 aufgeführten Begründung zu den Festlegungen nicht erkennbar.	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind und setzt somit bereits auf entsprechende Verkehrsvermeidung. Pendelverkehre von und nach Berlin lassen sich zudem auch über umweltschonende Verkehrsmittel (z.B. öffentliche E-Busse) realisieren. Diesbezügliche Abstimmung und praktische Umsetzung obliegt den fachlichen Trägern.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2725	Fachliche Informationen für Festsetzungen zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe Sofern die Gewinnung innerhalb betroffener Einzugsgebiete von Wasserwerken des Landes Berlin festgesetzt werden soll ist ein Bedarfsnachweis inkl. Nachweis, dass vergleichbare Flächen außerhalb des Wassergewinnungsgebietes für die Rohstoffgewinnung nicht in Frage kommen zu führen. Weiterhin müssen folgende Bedingungen erfüllt sein: • Rohstoffabbau nur im Trockenschnitt, • Abstand > 2 Kilometer zu den Brunnen oder außerhalb der 30-Jahres-Isochrone, • günstige Eigenschaften der	Die gegebenen fachlichen Informationen werden mit dem Planungskonzept insoweit berücksichtigt, dass im direkten Bereich der Vorranggebiete keine festgesetzten oder in Aufstellung befindlichen Wasserschutzgebiete sind, es sei denn es liegen zugelassene Betriebspläne vor. Darüber hinaus gehende Informationen zu Abbauart, Nachnutzung und Sicherung von

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	GW-Überdeckung (größer 8 m bzw. Trennschichten; größer 5 m, gering durchlässig Kf-Wert < 10-6 m/s), • keine Verminderung von hydraulisch wirksamen Stockwerkstrennungen, • keine Verfüllung mit Baurestmassen oder anderem belastetem Material. Zeichnerische und textlichen Festsetzungen zur Rohstoffgewinnung außerhalb von Einzugsgebieten von Wasserwerken des Landes Berlin dürfen zudem nur erfolgen, wenn diese dauerhaft ohne Auswirkung auf das betroffene Einzugsgebiet der Wasserfassung bleiben. Dazu dürfen keine Auswirkungen auf den Grundwasserstand, die Grundwasserfließrichtung oder die Grundwassergüte im Einzugsgebiet der Wasserfassung auftreten.	Grundwassereigenschaften sind zwar nachvollziehbar, können jedoch erst im Rahmen des Zulassungsverfahrens mit Vermeidungsmaßnahmen etc. berücksichtigt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 09 Güterfelde		
BE-ID: 2724	Zu dem o. g. Planentwurf nehme ich für das Referat II B (Wasserwirtschaft, Wasserrecht und Geologie) und die Wasserbehörde des Landes Berlin (Referat II D - Gewässerschutz) wie folgt Stellung: Mit dem Regionalplan ist die Festlegung von Vorranggebieten für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe beabsichtigt. Für das geplante Vorranggebiet VR 09 mit der Bezeichnung Güterfelde ist eine Betroffenheit für das Land Berlin gegeben. Das Vorranggebiet VR 09 befindet sich im Randbereich innerhalb des Einzugsgebiets für das Wasserwerk Beelitzhof (s. Zwischenbericht Masterplan Wasser Berlin, Abbildung 4.3-2: Lage Brunnengalerien und Einzugsgebiete der Berliner Wasserwerke, Stand 24.06.2021 [1]). Bereits mit der Stellungnahme zur Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts (Scoping) vom 05.03.2021 wurde auf eine Berücksichtigung der Einzugsgebiete und Wasserschutzgebiete von Wasserwerken bei der Planaufstellung abgestellt. Eine entsprechende Berücksichtigung von Einzugsgebieten, etwa für das Schutzgut Wasser, ist aus den Planunterlagen nicht ersichtlich. [1]https://www.berlin.de/sen/uvk/assets/umwelt/wasser-und-geologie/europaeischewasserrahmenrichtlinie/zwischenbericht_masterplan-wasser.pdf	Den Bedenken wird mit Reduzierung des vom LBGR ursprünglich vorgeschlagenen Vorranggebiets gefolgt: Aufgrund vorgebrachter Bedenken der Stadtgüter Berlin zu Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen des Natur- und Artenschutzes sowie der Wasserbehörde der Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher· und Klimaschutz) zur Lage im Einzugsgebiets für das Wasserwerk Beelitzhof, kann dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe nur noch im Bereich des zugelassenen Hauptbetriebsplans Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden.
TÖB-Nr.: 434 / NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 42	Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH. Das Erdgashochdrucknetz kann durch Näherung Ihrer Baumaßnahme beeinflusst werden. Hierfür setzen Sie sich bitte per E-Mail mit unserer zuständigen Fachabteilung „N-SO Bau/ Betrieb Leitungen" (NetztechnikNBB@ewe-n etz.de) in Verbindung. Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: https://www.ewenetz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen. Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach info@ewe-netz.de. Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner [Inhalt anonymisiert] . Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Sollten Anpassungen unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder andere Betriebsarbeiten erforderlich werden, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der	Die allgemeinen Hinweise zu Versorgungsleitungen können im regionalplanerischen Maßstab nicht berücksichtigt werden und sind ggf. Gegenstand nachgelagerter Genehmigungsverfahren.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Technik gelten. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt. Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.	
TÖB-Nr.: 481 / Ericsson Services GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 43	Die Firma Ericsson hat in Bezug auf ihr Richtfunknetz keine Einwände gegen die von Ihnen geplante(n) Baumaßnahme(n). Bitte berücksichtigen sie, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Ericsson - Netzes gilt. Von weiteren Anfragen bitten wir abzusehen. Bitte richten Sie Ihre Anfragen ausschließlich per Email an die: bauleitplanung@ericsson .com Bitte beziehen Sie, falls nicht schon geschehen, die Deutsche Telekom, in Ihre Anfrage ein. Richten Sie diese Anfrage bitte an: Deutsche Telekom Technik GmbH, Ziegelleite 2-4, 95448 Bayreuth, richtfunktrassenauskunft-dttgmbh@telekom.de	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Empfehlung des TÖB-Runderlasses des Landes Brandenburg (veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 46 am 18. November 2020), die Deutsche Telekom (TÖB ID 480) zu beteiligen, wurde bereits gefolgt. Darüber hinaus sind auch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (TÖB ID 138) sowie die DFMG Deutsche Funkturm GmbH (TÖB ID 2041) separat beteiligt worden.
TÖB-Nr.: 483 / MEAB Märkische Entsorgungsanlagen Betriebsgesellschaft mbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3424	Im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 2 Absatz 3 Satz 2 und 3 Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPlG) erhielt die MEAB mbH mit o. g. Schreiben Gelegenheit, zum Planentwurf, zu seiner Begründung einschließlich der ergänzenden Unterlagen und zum Umweltbericht Stellung zu nehmen. Folgende Unterlagen wurden über die Internetseite der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming digital bereitgestellt: • Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Entwurf vom 5. Oktober 2021 -textliche Festlegungen mit Begründung und Festlegungskarte im Maßstab 1:100.000; Geodaten der beabsichtigten Festlegungen als WMS/WFS Dienst • Umweltbericht einschließlich Anhängen A, B1-B6, C1-C3 • ergänzende Unterlagen gemäß Auflistung als Anlage zum Beteiligungsschreiben vom 08.02.2022 mit weiteren Informationen, Einschätzungen und Bewertungen als weiterem Bestandteil der Planbegründung.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3425	Nachfolgend nehmen wir zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 im Entwurf vom 05.10.2021 Stellung: In unserer Verantwortung zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit liegt unser Hauptaugenmerk darin, Nutzungskonflikte für unsere Entsorgungsstandorte mit den Zielen des regionalen Plans Havelland-Fläming zu vermeiden. Insofern haben wir den Regionalplan dahingehend geprüft, inwieweit die Darstellung der Regionalplanung sich mit der Ausdehnung unserer Entsorgungsstandorte in Ihren genehmigten Betriebsgrenzen überschneiden. Grundlage dafür ist die Festlegungskarte (211118-Zeichnerische Festlegungen acHF_3_0_Festlegungskarte.png) des Regionalplans.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3426	Sonderabfalldeponie (SAO) Röthehof (ehem. DKIII): Die Sonderabfalldeponie Röthehof (Abbildung 1) ist in der o. g. Festlegungskarte nicht dargestellt, so dass wir Ihnen mit dieser Stellungnahme die Koordinaten der äußeren Umgrenzung unseres Betriebsgeländes zur Verfügung stellen und darum bitten, diese in die Festlegungskarte mit der Bezeichnung SAD Röthehof zu übernehmen. Überschneidende Nutzungen mit dem Deponiestandort sind jedoch nicht erkennbar. Der Standort der Deponie Röthehof wird in der Festlegungskarte von Landwirtschaft umgeben, insofern ist die flächenscharfe Abgrenzung der Betriebsfläche auch hier erforderlich.(Anmerkung der Reghionalen Planungsstelle: Im Folgenden ist eine	Die Darstellung der Sonderabfalldeponie Röthehof in der Festlegungskarte zum Entwurf des Regionalplans 3.0 ist nicht notwendig. Der Anregung wird nicht gefolgt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Abbildung mit dem Titel "Auszug Festlegungskarte im Bereich der Sonderabfalldeponie Röthendorf" dargestellt).	
BE-ID: 3430	Wir erlauben uns in Rücksprache mit Ihrer [Name anonymisiert] Ihnen unsere standortbezogenen Daten/Koordinaten bzw. Anlagengrenzen mit Hilfe der 4 Stück* .shp Dateien, gepackt in einer* .zip Datei in der Anlage zur Verfügung zu stellen. Weitere Forderungen oder Hinweise werden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nicht geltend gemacht.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 3427	Deponie Vorketzin (DKII): In der Darstellung der Festlegungskarte (Abbildung 2) überlappen sich die Darstellungen für die Schraffur des Freiraumverbundes und der Überflutungsflächen bei einem HGW 100 (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Die Einwenderin bezieht sich an dieser Stelle vermutlich auf ein 100-jährliches Hochwasser [HQ 100]) mit der Darstellung der Deponie Vorketzin. Diese Darstellung ist aus unserer Sicht zu korrigieren, so dass wir auch für diesen Standort die äußeren Koordinaten unseres Betriebsgeländes zur Verfügung stellen und darum bitten, diese in die Darstellung der Festlegungskarte zu übernehmen. (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Im Folgenden ist eine Abbildung mit dem Titel "Auszug Festlegungskarte im Bereich der Deponie Vorketzin" dargestellt).	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816). Die Darstellung des Überschwemmungsbereichs HQ100 erfolgt nachrichtlich. Auf die Abgrenzung des Überschwemmungsbereichs hat die Regionale Planungsgemeinschaft keinen Einfluss.
BE-ID: 3428	Bauschuttdeponie (BSD) Deetz (DKI): Analog zur Deponie Vorketzin überlagern sich auch für diesen Standort die Schraffur der Überflutungsgebiete und des Freiraumverbundes mit dem Standort der Deponie Deetz (Abbildung 3). Für die Deponie Deetz werden unsererseits Koordinaten des Betriebsgeländes übergeben und darum gebeten, diese in die Darstellung der Festlegungskarte zu übernehmen, um eine realitätsnahe Darstellung des Betriebsgeländes zu erzeugen. (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Im Folgenden ist eine Abbildung mit dem Titel "Auszug Festlegungskarte im Bereich der Bauschuttdeponie Deetz" dargestellt).	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung siehe BE 3427.
BE-ID: 3429	Deponie Schöneiche (DKI und DKII): In der Darstellung der Festlegungskarte (Abbildung 4) überlappt sich die Darstellung für die Schraffur des Freiraumverbundes mit der Darstellung der Deponie Schöneiche. Diese Darstellung ist aus unserer Sicht zu korrigieren, so dass wir auch für diesen weiteren Standort die äußeren Koordinaten unseres Betriebsgeländes zur Verfügung stellen und darum bitten, diese in die Darstellung der Festlegungskarte zu übernehmen. (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Im Folgenden wird eine Abbildung mit dem Titel "Auszug Festlegungskarte im Bereich der Deponie Schöneiche" dargestellt).	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zur Begründung siehe BE 3427.
TÖB-Nr.: 490 / Gascade Gastransport GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 55	Wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben. Wir, die GASCADE Gastransport GmbH, antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG. Die vorgenannten Anlagenbetreiber, deren Anlagen von Ihrer Maßnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt betroffen sind, werden in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: siehe BE-ID 57].	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 56	Zur Vereinfachung benennen wir unsere nachfolgend genannten Anlagen [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Siehe BE-ID 57] so weit möglich im weiteren Schreiben nicht einzeln, sondern allgemein als Anlagen. Als unsere Anlagen bezeichnen wir die Gesamtheit der zu schützenden Erdgashochdruckleitungen, LWL-Kabel und Begleitkabel.	Die Hinweise zur Anlagenbezeichnung werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 166	Erforderlichenfalls ist in Absprache mit unserem Pipeline Service die Lage unserer Anlagen durch Suchschachtungen zu prüfen. Die Kosten gehen zu Lasten des Verursachers.	Maßstabsbedingt werden im Rahmen der Regionalplanaufstellung keine Anlagen durch Suchschachtungen geprüft. Dies kann ggf. im Rahmen der Genehmigungsplanung erfolgen.
BE-ID: 251	Unsere Anlagen befinden sich in der Mitte eines dinglich gesicherten Schutzstreifens. Die Verlegung erfolgte i. d. R. mit einer Erdüberdeckung von mind. 1,0 m. Unmittelbar neben der Erdgashochdruckleitung, welche kathodisch gegen Korrosion geschützt ist, befinden sich Fernmeldekabel in Rohrscheitelhöhe.	Dier Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der genannte Schutzstreifen und die Fernmeldekabel in Rohrscheitelhöhe werden maßstabsbedingt auf der Ebene der Regionalplanung nicht betrachtet. Gegebenenfalls sind diese im Rahmen nachgelagerter Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.
BE-ID: 252	Die v. g. Betreiber sind überregionale Anlagenbetreiber, welche ihre Anlagennetze ständig anpassen und auch ausbauen. Wir weisen Sie ausdrücklich darauf hin, dass diese Übersichtspläne nur den heutigen Bestand darstellen und Ihnen nur einen ersten Eindruck vermitteln können. Maßnahmen, welche sich im Abstand bis 1000 m zur Leitungsachse befinden, können noch zu einer potenziellen Beeinträchtigung unserer Anlagen führen. Zur Vermeidung dieser potenziellen Beeinträchtigungen, auch zur Berücksichtigung bei der Planung künftiger Anlagen, sind Ihre Maßnahmen mit uns abzustimmen. Daher ist es für den Schutz unserer Anlagen unbedingt erforderlich, dass wir grundsätzlich zu Planungen und Baumaßnahmen aus Ihrem Hause bzw. Dritter beteiligt werden.	Der Anregung wird bereits gefolgt. Die genannten Abstände werden maßstabsbedingt auf der Ebene der Regionalpanung nicht betrachtet und können ggf. auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. Genehmigungsplanung berücksichtigt werden.
BE-ID: 253	In den Übersichtsplänen sind unsere Kompensationsflächen nicht dargestellt. Diese Flächen können sich mehrere Kilometer entfernt von den Trassen unserer Anlagen befinden und dürfen ebenfalls nicht ohne unsere Zustimmung durch Dritte überbaut werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Planungsstelle wurden von der Einwenderin Geodaten übermittelt, die die Standorte von Kompensationsflächen beinhalten. Die dargstellten Kompensationsflächen sind von den Festlegungen des Regionalplans 3.0 nicht berührt. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
BE-ID: 255	Zu Ihrer Information fügen wir unsere „Auflagen und Hinweise zum Schutz unserer Erdgashochdruckleitungen" bei. Dieses Merkheft findet auch bei unseren v. g. Anlagen Anwendung.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 256	Jede Bebauung im Abstand < 20 m zur Leitungsachse ist zur Vermeidung einer potenziellen Beeinträchtigung unserer Anlagen mit uns abzustimmen. Eine Überbauung des Schutzstreifens ist nicht zulässig. Gebäudefundamente, Dachüberstände oder sonstige herausragende Gebäudeteile müssen ebenfalls außerhalb unseres Schutzstreifens errichtet werden. Ein größeres Abstandsmaß über die Grenzen des Schutzstreifens hinaus kann sich aus Art und Maß der geplanten Bebauung sowie aus dem Nachbarrecht ergeben. Eine Änderung der ursprünglichen Überdeckung durch Aufschüttungen und Abgrabungen darf nur nach gesonderter Antragstellung vorgenommen werden. Größere Niveauänderungen bedürfen der Prüfung durch einen Sachverständigen.	Der Hinweis zu Schutzstreifen ihrer Anlagen wird zur Kenntnis genommen. Die genannten Abstände und Änderungen der Überdeckung werden maßstabsbedingt auf der Ebene der Regionalplanung nicht betrachtet und können ggf. auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. Genehmigungsplanung berücksichtigt werden.
BE-ID: 265	Die erforderliche Zuwegung zu Windenergieanlagen kann sich erfahrungsgemäß auch außerhalb der Bauflächen befinden. Dadurch kann eine zusätzliche Betroffenheit unserer Anlagen entstehen. Eine Abstimmung ist unbedingt erforderlich. Entsprechendes gilt bei den Planungen und Bauausführungen zur Erdkabelverlegung. Der Schutzstreifen ist grundsätzlich von Pflanzenwuchs, der die Sicherheit der Anlagen beeinträchtigen kann, freizuhalten. Dazu zählen Bäume, Hecken sowie Sträucher. Kompensationsmaßnahmen sind in unserem Schutzstreifen nicht zulässig. Zum Zwecke von behördlich vorgeschriebenen Kontrollen sowie für lnstandhaltungsmaßnahmen, lntensivmessungen etc. muss die Zugänglichkeit unserer Anlagen für GASCADE auch für die Zukunft jederzeit gewährleistet bleiben. Dies	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	gilt entsprechend für die notwendige Beseitigung des Bewuchses mit Maschineneinsatz innerhalb unseres Schutzstreifens. Zum Schutz unserer Anlagen führen wir im mehrjährigen Abstand turnusmäßig eine entsprechende Pflege des Schutzstreifens durch, da Baum- und Gehölzbewuchs die Anlagen beschädigen kann. Im Bereich zu Ihrer Maßnahme befinden sich Markierungspfähle (tlw. mit Messeinrichtung) der GASCADE. Diese sind vor Beginn der Baumaßnahme unter Aufsicht unseres PipelineService zu sichern. Das Befahren und Überqueren unseres Schutzstreifens mit schweren Baufahrzeugen außerhalb der Verkehrsflächen ist nur an besonders geschützten Stellen (z. B. mit Baggermatten) und in Abstimmung mit einem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort erlaubt. Eine zwischenzeitliche Ablagerung von Erdmassen bzw. die Einrichtung von Lagerflächen dürfen nur nach Rücksprache mit einem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort im Bereich unserer Anlagen erfolgen. Hierbei sollten Sie berücksichtigen, dass GASCADE im Bedarfsfall die umgehende Räumung des Schutzstreifens verlangen kann. Wir weisen Sie darauf hin, dass entlang unserer Anlagen teilweise Drainagen verlegt wurden. Diese Drainagen und deren Funktion müssen erhalten bleiben. Dies ist keine Zustimmung zu Baumaßnahmen oder anderen Veränderungen im Bereich unserer Anlagen. Solche Maßnahmen sind der GASCADE Gastransport GmbH, Abt. GNL, durch eine gesonderte Anfrage zur Stellungnahme vorzustellen.	Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 266	Wir bitten um Beteiligung am weiteren Verfahren. Es befinden sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet. Diese sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen. Die GASCADE kann nur für ihre eigenen Anlagen Auskunft geben und für die Anlagen der Anlagenbetreiber, welche GASCADE mit der Beauskunftung beauftragt haben.	Sofern ein weiterer Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 ausgelegt wird, erfolgt eine Beteiligung im weiteren Verfahren. Eine Beteiligung weiterer Kabel- und Leitungsbetreiber ist im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) erfolgt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 257	Für die mögliche Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) können wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur eine allgemeine Aussage treffen. Zwischen WEA und unseren Anlagen muss ein lichter Mindestabstand eingehalten werden. Dieser ergibt sich aus der Nabenhöhe zuzüglich 10 %. Genauere Angaben zu Mindestabständen können erst genannt werden, wenn uns weitere Parameter (Nabenhöhe, Nennleistung etc.) der WEA bekannt sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 262	Im Bereich unserer Erdgasstationen sind zwischen WEA und der Außenkante unserer Stationsflächen mind. 675 m Abstand einzuhalten. Zu Verdichterstationen beträgt der Abstand mind. 850 m.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 263	Es ist unbedingt erforderlich, dass wir für die Errichtung von WEA auch nach dem BundesImmissionsschutzgesetz (BImSchG) beteiligt werden.	Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Errichtung neuer Windenergieanlagen nach dem Verfahren gem. des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) erfolgen die durchzuführenden Beteiligungen durch das zuständige Landesamt für Umwelt (LfU) Brandenburg.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 57	Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass von der o. g. Maßnahme unsere nachfolgend aufgeführten Anlagen betroffen sind: 1. Erdgasleitung: Fernleitung EUGAL Strang 2, 1400 DN, 100,00 MOP (bar), 12,00 m Schutzstreifen (Anlage mittig), Netzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH 2. Erdgasleitung: Fernleitung EUGAL Strang 1, 1400 DN, 100,00 MOP (bar), 12,00 m Schutzstreifen (Anlage mittig), Netzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH 3. Erdgasleitung: Fernleitung JAGAL, 1200 DN, 100,00 MOP (bar), 10,00 m Schutzstreifen (Anlage mittig), Netzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH 4. Erdgasleitung: Fernleitung OPAL, 1400 DN, 100,00 MOP (bar), 10,00 m Schutzstreifen (Anlage mittig), OPAL Gastransport GmbH & Co. KG 5. Erdgasleitung: Anschlußleitung Nonnendorf, 150 DN, 100,00 MOP (bar), 4,00 m Schutzstreifen (Anlage mittig), Netzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH 6. LWL Trasse: LWL Kabel, 1,00 m Schutzstreifen (Anlage mittig), Netzbetreiber WINGAS GmbH 7. Standort: Petkus 6835, Netzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH 8. Standort: Baruth 6833, Netzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH 9. Standort: Werbig 6837, Netzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH 10. Standort: Nonnendorf 6BUA, Netzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH 11. Standort: Radeland-OPAL 92800, Netzbetreiber OPAL Gastransport GmbH & Co. KG Die Lage unserer Anlagen ist den beigefügten Übersichtsplänen im Maßstab 1 :25000, Blatt TK25.13/H bis TK25.20/F (JAGAL), Blatt TK25.01 /A (Anschlußleitung Nonnendorf), Blatt TK25.223/E und TK25.224/E (OPAL) sowie Blatt TK25.223/B bis TK25.225/B (EUGAL 1 und 2), zu entnehmen.	Im Westen durchquert von Nord nach Süd die Gasdruckleitung JAGAL des Unternehmens GASCADE das potenzielle Eignungsgebiet für die Windenergienutzung mit der Bezeichnung "PF 31 Petkus-Wahlsdorf". In Havariefällen und dem Abwurf von Maschinenteilen von Windenergieanlagen besteht die Gefahr der Beschädigung der Gasleitung durch aufprallende Teile. Von der Einwenderin wird darauf hingewiesen, dass ein Abstand von einer Windenergieanlage (WEA) zur Gasdruckleitung in Höhe der Nabenhöhe der Windenergieanlage zuzüglich 10% einzuhalten sei. Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet. Darüber hinaus überschneiden sich genannte Erdgashochdruckleitungen mitunter mit regionalplanerisch festgelegten Vorranggebieten für die Landwirtschaft. In den Vorranggebieten für die Landwirtschaft hat die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis (§ 17 Bundes-Bodenschutzgesetz) Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Ausnahmen davon sind unter der Voraussetzung möglich, dass raumbedeutsame Vorhaben, insbesondere für eine linienhafte Infrastruktur, nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb der Vorranggebiete für die Landwirtschaft durchgeführt werden kann, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die landwirtschaftliche Bodennutzung minimiert wird. Eine Ausnahme kann für die genannten Gasleitungen gewährt werden. Im Rahmen der landwirtschaftlichen Bodennutzung sind entsprechende Schutzmaßnahmen einzuhalten.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 760 / Horstfelder Sand und Kies GmbH & Co. KG		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3112	Ich bedanke mich für Ihr Informationsschreiben vom 08.02.2022 und möchte die folgende Stellungnahme zum öffentlich ausgelegten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abgeben. Wir sind vom o.g. Entwurf bezüglich der Ausweisung unseres Abbauvorhabens Kiessandtagebau Horstfelde als Vorrang- bzw. Vorbehaltsfläche für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe betroffen. Nachfolgend beziehe ich mich auf einzelne Dokumente des Regionalplans und gebe dazu als Bezug die jeweils verwendeten nummerierten Absätze an. Da sich die Darstellungen und Aussagen in den einzelnen Dokumenten teilweise wiederholen, wird nicht zu jedem Dokument umfassend Stellung genommen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 10 Horstfelde-Nord		
BE-ID: 3117	Zu Planungskonzept und Auswirkungen Horstfelde: „III.2.3 Anwendung der Festlegungen (331) Vorranggebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe verschaffen dem Rohstoffabbau Vorrang vor anderen Nutzungen. Hier ist dieser Anspruch auf Vorrang zu berücksichtigen, wenn zu befürchten ist, dass Nutzungskonflikte entstehen können, z.B. durch eine an den Rohstoffabbau heranrückende Wohnbebauung. Adressat der Festlegung sind neben der kommunalen Bauleitplanung auch Fachplanungen. Den Bergbau behindernde Planungen und Maßnahmen sind in Vorranggebieten unzulässig. Beeinträchtigungen gegenwärtiger und zukünftiger Rohstoffgewinnung (u.a. durch räumliche Einschränkung wegen Errichtung von Windenergieanlagen) sind auszuschließen. (332) Das bedeutet im Umkehrschluss nicht Rohstoffabbau ohne jegliche Berücksichtigung anderer Fachbelange. Bergbauvorhaben müssen im Rahmen konkretisierender Betriebspläne Einschränkungen (z.B. durch Begrenzung auf Trockenschnitt, Auflagen zum Grundwassermonitoring, zeitlich gestaffelten Abbau, Dokumentationspflicht) hinnehmen, wenn sich dies aus den öffentlichen Ansprüchen von Schutzgütern heraus begründet. Besondere Augenmerke kommen z.B. dem Grundwasserschutz, dem Ausgleich in der Waldflächenbilanz sowie den Belangen der Bodendenkmole zu.“ Wenn man diese Festlegungen konsequent anwendet, ist die Einstufung des Gesamtvorhabens Horstfelde als VR-Fläche zwingend erforderlich. Eine Aufteilung bzw. Aufsplittung in VR und VB-Fläche ist abzulehnen!	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan an anderen Stellen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
BE-ID: 3124	Zusammenfassung Grundsätzlich ist für beide VR-Gebiete 10 und 11 festzustellen, dass derzeit nur der aktuelle Ist-Zustand in Form der aktuellen Hauptbetriebsplanzulassung (Gültigkeit bis September 2022) dargestellt wird und damit für eine Regionalplanung völlig unzureichend ist. Praktisch ist damit die Darstellung des Ist-Zustandes und der daraus resultierenden Umweltauswirkungen nicht mehr aktuell und kann nicht Grundlage der Regionalplanung sein. Das Gesamtvorhaben Horstfelde, das durch die Bundesstraße B 246 in die beiden Abbaufelder Nord und Süd geteilt wird, ist mit seiner gesamten Fläche als Vorranggebiet auszuweisen. Nur so kann der beabsichtigte Planungshorizont des Regionalplans erreicht werden. Insbesondere wird die regionale Bedeutung der Horstfelder Sand und Kies GmbH & Co. KG (HSK) nicht angemessen berücksichtigt. Die Ausweisung von Teilen des Abbauvorhabens als VB-Fläche bedeutet eine geringere Sicherungswürdigkeit der Rohstoffe. Die HSK deckt als größter Gewinnungsbetrieb ca. 50 % der Gesamtförderung der gesamten Planungsregion ab. Allein diese Tatsache ist ein Alleinstellungsmerkmal dieses Standorts, welches sich nur darin widerspiegeln kann, das gesamte Vorhaben als Vorrangfläche für die Rohstoffgewinnung auszuweisen und damit die höchstmögliche Sicherungswürdigkeit zu gewährleisten. Alles andere kann nicht akzeptiert werden.	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 11 Horstfelde-Süd		
BE-ID: 3118	Zu Planungskonzept und Auswirkungen Horstfelde: „III.2.3 Anwendung der Festlegungen (331) Vorranggebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe verschaffen dem Rohstoffabbau Vorrang vor anderen Nutzungen. Hier ist dieser Anspruch auf Vorrang zu berücksichtigen, wenn zu befürchten ist, dass Nutzungskonflikte entstehen können, z.B. durch eine an den Rohstoffabbau heranrückende Wohnbebauung. Adressat der Festlegung sind neben der kommunalen Bauleitplanung auch Fachplanungen. Den Bergbau behindernde Planungen und Maßnahmen sind in Vorranggebieten unzulässig. Beeinträchtigungen gegenwärtiger und zukünftiger Rohstoffgewinnung (u.a. durch räumliche Einschränkung wegen Errichtung von Windenergieanlagen) sind auszuschließen. (332) Das bedeutet im Umkehrschluss nicht Rohstoffabbau ohne jegliche Berücksichtigung anderer Fachbelange. Bergbauvorhaben müssen im Rahmen konkretisierender Betriebspläne Einschränkungen (z.B. durch Begrenzung auf Trockenschnitt, Auflagen zum Grundwassermonitoring, zeitlich gestaffelten Abbau, Dokumentationspflicht) hinnehmen, wenn sich dies aus den öffentlichen Ansprüchen von Schutzgütern heraus begründet. Besondere Augenmerke kommen z.B. dem Grundwasserschutz, dem Ausgleich in der Waldflächenbilanz sowie den Belangen der Bodendenkmole zu.“ Wenn man diese Festlegungen konsequent anwendet, ist die Einstufung des Gesamtvorhabens Horstfelde als VR-Fläche zwingend erforderlich. Eine Aufteilung bzw. Aufsplittung in VR und VB-Fläche ist abzulehnen!	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan an anderen Stellen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird diesbezüglich einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR vollständig als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
BE-ID: 3125	Zusammenfassung Grundsätzlich ist für beide VR-Gebiete 10 und 11 festzustellen, dass derzeit nur der aktuelle Ist-Zustand in Form der aktuellen Hauptbetriebsplanzulassung (Gültigkeit bis September 2022) dargestellt wird und damit für eine Regionalplanung völlig unzureichend ist. Praktisch ist damit die Darstellung des Ist-Zustandes und der daraus resultierenden Umweltauswirkungen nicht mehr aktuell und kann nicht Grundlage der Regionalplanung sein. Das Gesamtvorhaben Horstfelde, das durch die Bundesstraße B 246 in die beiden Abbaufelder Nord und Süd geteilt wird, ist mit seiner gesamten Fläche als Vorranggebiet auszuweisen. Nur so kann der beabsichtigte Planungshorizont des Regionalplans erreicht werden. Insbesondere wird die regionale Bedeutung der Horstfelder Sand und Kies GmbH & Co. KG (HSK) nicht angemessen berücksichtigt. Die Ausweisung von Teilen des Abbauvorhabens als VB-Fläche bedeutet eine geringere Sicherungswürdigkeit der Rohstoffe. Die HSK deckt als größter Gewinnungsbetrieb ca. 50 % der Gesamtförderung der gesamten Planungsregion ab. Allein diese Tatsache ist ein Alleinstellungsmerkmal dieses Standorts, welches sich nur darin widerspiegeln kann, das gesamte Vorhaben als Vorrangfläche für die Rohstoffgewinnung auszuweisen und damit die höchstmögliche Sicherungswürdigkeit zu gewährleisten. Alles andere kann nicht akzeptiert werden.	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird diesbezüglich einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 14 Horstfelde-Nord		
BE-ID: 3119	Zu Planungskonzept und Auswirkungen Horstfelde: „III.2.3 Anwendung der Festlegungen (331) Vorranggebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe verschaffen dem Rohstoffabbau Vorrang vor anderen Nutzungen. Hier ist dieser Anspruch auf Vorrang zu berücksichtigen, wenn zu befürchten ist, dass Nutzungskonflikte entstehen können, z.B. durch eine an den Rohstoffabbau heranrückende Wohnbebauung. Adressat der Festlegung sind neben der kommunalen Bauleitplanung auch Fachplanungen. Den Bergbau behindernde Planungen und Maßnahmen sind in Vorranggebieten unzulässig. Beeinträchtigungen gegenwärtiger und zukünftiger Rohstoffgewinnung (u.a. durch räumliche Einschränkung wegen Errichtung von Windenergieanlagen) sind auszuschließen. (332) Das bedeutet im Umkehrschluss nicht Rohstoffabbau ohne jegliche Berücksichtigung anderer Fachbelange. Bergbauvorhaben müssen im	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan an anderen Stellen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Rahmen konkretisierender Betriebspläne Einschränkungen (z.B. durch Begrenzung auf Trockenschnitt, Auflagen zum Grundwassermonitoring, zeitlich gestaffelten Abbau, Dokumentationspflicht) hinnehmen, wenn sich dies aus den öffentlichen Ansprüchen von Schutzgütern heraus begründet. Besondere Augenmerke kommen z.B. dem Grundwasserschutz, dem Ausgleich in der Waldflächenbilanz sowie den Belangen der Bodendenkmole zu.“ Wenn man diese Festlegungen konsequent anwendet, ist die Einstufung des Gesamtvorhabens Horstfelde als VR-Fläche zwingend erforderlich. Eine Aufteilung bzw. Aufsplittung in VR und VB-Fläche ist abzulehnen!	
BE-ID: 3126	Zusammenfassung Grundsätzlich ist für beide VR-Gebiete 10 und 11 festzustellen, dass derzeit nur der aktuelle Ist-Zustand in Form der aktuellen Hauptbetriebsplanzulassung (Gültigkeit bis September 2022) dargestellt wird und damit für eine Regionalplanung völlig unzureichend ist. Praktisch ist damit die Darstellung des Ist-Zustandes und der daraus resultierenden Umweltauswirkungen nicht mehr aktuell und kann nicht Grundlage der Regionalplanung sein. Das Gesamtvorhaben Horstfelde, das durch die Bundesstraße B 246 in die beiden Abbaufelder Nord und Süd geteilt wird, ist mit seiner gesamten Fläche als Vorranggebiet auszuweisen. Nur so kann der beabsichtigte Planungshorizont des Regionalplans erreicht werden. Insbesondere wird die regionale Bedeutung der Horstfelder Sand und Kies GmbH & Co. KG (HSK) nicht angemessen berücksichtigt. Die Ausweisung von Teilen des Abbauvorhabens als VB-Fläche bedeutet eine geringere Sicherungswürdigkeit der Rohstoffe. Die HSK deckt als größter Gewinnungsbetrieb ca. 50 % der Gesamtförderung der gesamten Planungsregion ab. Allein diese Tatsache ist ein Alleinstellungsmerkmal dieses Standorts, welches sich nur darin widerspiegeln kann, das gesamte Vorhaben als Vorrangfläche für die Rohstoffgewinnung auszuweisen und damit die höchstmögliche Sicherungswürdigkeit zu gewährleisten. Alles andere kann nicht akzeptiert werden.	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 15 Horstfelde-Süd		
BE-ID: 3120	Zu Planungskonzept und Auswirkungen Horstfelde: „III.2.3 Anwendung der Festlegungen (331) Vorranggebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe verschaffen dem Rohstoffabbau Vorrang vor anderen Nutzungen. Hier ist dieser Anspruch auf Vorrang zu berücksichtigen, wenn zu befürchten ist, dass Nutzungskonflikte entstehen können, z.B. durch eine an den Rohstoffabbau heranrückende Wohnbebauung. Adressat der Festlegung sind neben der kommunalen Bauleitplanung auch Fachplanungen. Den Bergbau behindernde Planungen und Maßnahmen sind in Vorranggebieten unzulässig. Beeinträchtigungen gegenwärtiger und zukünftiger Rohstoffgewinnung (u.a. durch räumliche Einschränkung wegen Errichtung von Windenergieanlagen) sind auszuschließen. (332) Das bedeutet im Umkehrschluss nicht Rohstoffabbau ohne jegliche Berücksichtigung anderer Fachbelange. Bergbauvorhaben müssen im Rahmen konkretisierender Betriebspläne Einschränkungen (z.B. durch Begrenzung auf Trockenschnitt, Auflagen zum Grundwassermonitoring, zeitlich gestaffelten Abbau, Dokumentationspflicht) hinnehmen, wenn sich dies aus den öffentlichen Ansprüchen von Schutzgütern heraus begründet. Besondere Augenmerke kommen z.B. dem Grundwasserschutz, dem Ausgleich in der Waldflächenbilanz sowie den Belangen der Bodendenkmole zu.“ Wenn man diese Festlegungen konsequent anwendet, ist die Einstufung des Gesamtvorhabens Horstfelde als VR-Fläche zwingend erforderlich. Eine Aufteilung bzw. Aufsplittung in VR und VB-Fläche ist abzulehnen!	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan an anderen Stellen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird diesbezüglich einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
BE-ID: 3127	Zusammenfassung Grundsätzlich ist für beide VR-Gebiete 10 und 11 festzustellen, dass derzeit nur der aktuelle Ist-Zustand in Form der aktuellen Hauptbetriebsplanzulassung (Gültigkeit bis September 2022) dargestellt wird und damit für eine Regionalplanung völlig unzureichend ist. Praktisch ist damit die Darstellung des Ist-Zustandes und der daraus resultierenden Umweltauswirkungen nicht mehr aktuell und kann	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	nicht Grundlage der Regionalplanung sein. Das Gesamtvorhaben Horstfelde, das durch die Bundesstraße B 246 in die beiden Abbaufelder Nord und Süd geteilt wird, ist mit seiner gesamten Fläche als Vorranggebiet auszuweisen. Nur so kann der beabsichtigte Planungshorizont des Regionalplans erreicht werden. Insbesondere wird die regionale Bedeutung der Horstfelder Sand und Kies GmbH & Co. KG (HSK) nicht angemessen berücksichtigt. Die Ausweisung von Teilen des Abbauvorhabens als VB-Fläche bedeutet eine geringere Sicherungswürdigkeit der Rohstoffe. Die HSK deckt als größter Gewinnungsbetrieb ca. 50 % der Gesamtförderung der gesamten Planungsregion ab. Allein diese Tatsache ist ein Alleinstellungsmerkmal dieses Standorts, welches sich nur darin widerspiegeln kann, das gesamte Vorhaben als Vorrangfläche für die Rohstoffgewinnung auszuweisen und damit die höchstmögliche Sicherungswürdigkeit zu gewährleisten. Alles andere kann nicht akzeptiert werden.	Rahmenbetriebsplans ab und wird diesbezüglich einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3460	Zu Dokument: Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Entwurf vom 5. Oktober 2021: (284) Hier wird dargestellt, dass in der Planungsregion aktuell ca. 1,9 Mio t oberflächennahe Rohstoffe pro Jahr gewonnen werden. Praktisch bedeutet diese Feststellung, dass die HSK als größter Gewinnungsbetrieb ca. 50 % der Gesamtförderung der gesamten Planungsregion leistet. (290) bis (295) Gemäß ROG und LEP ist es Aufgabe der Regionalplanung, ausgewählte Lagerstätten oberflächennaher Rohstoffe wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und der Versorgungssicherheit der Region vor entgegenstehenden Nutzungen zu sichern. (296) Grundlage zur Ausweisung von VR und VB-Flächen ist die fachliche Einschätzung als Fachbeitrag des LBGR sowie regionalplanerische Kriterien (VR-K0I bis VR-K04 sowie VB-K0I bis VB-K03) gemäß der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne. Für VB-K01 wird eine "geringere Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR)" ausgewiesen. Damit wird praktisch den kompletten Erweiterungsflächen des Kiessandtagebaus Horstfelde ab 2023 eine geringere Sicherungswürdigkeit zugeordnet. Das steht im krassen Widerspruch zur Feststellung in (284} und wird der Bedeutung unseres Gewinnungsbetriebes für die Planungsregion nicht gerecht!	Die vorgebrachten Sachverhalte sind nachvollziehbar. In Auswertung der Anregungen und Bedenken der Horstfelde Sand und Kies GmbH & Co KG in den Bearbeitungsnummern BE-IDs 3117 bis 3120 sowie 3124 bis 3127 wird der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird in der Abgrenzung des Rahmenbetriebsplans (in Aussparung der Flächen beendeter Bergaufsicht) einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
BE-ID: 3461	Zu Dokument: Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Entwurf vom 5. Oktober 2021: (298} Tabelle 16 LBGR-Vorschlag Vorranggebiete Rohstoffgewinnung: Hier wird das Abbauvorhaben mit seiner Gesamtfläche als VR-Fläche ausgewiesen: lfd. Nr. 14 Horstfelde-Nord mit 132,66 ha; lfd. Nr. 15 Horstfelde-Süd mit 96, 73 ha; Gesamt: 229,39 ha (316} infolge der Anwendung der Kriterien VR-K03 und VB-K02: geringe Raumnutzungskonflikte kommt es gem. Tabelle 19 und 22 zu einer erheblichen Reduzierung der vom LBGR vorgeschlagenen VR-Flächen. Als VR-Fläche werden lediglich die aktuell zugelassenen Hauptbetriebsplanflächen ausgewiesen. Damit verbleiben folgende VR-Flächen: VR 10 Horstfelde-Nord 56,28 ha (Kiessand) und VR 11 Horstfelde-Süd 55,36 ha (Kiessand). Der Rest wird als VB-Fläche eingestuft: VB 14 Horstfelde-Nord (2 Teilfl. 76,18 ha) Kiessand und VB 15 Horstfelde-Süd (2 Teilfl. 41,36 ha) Kiessand. Gesamtfläche: 229,18 ha. Warum die Summen rein rechnerisch nicht der LBGR-Ausweisung mit einer Gesamtfläche von 229,39 ha gern. (298} entsprechen, ist nicht nachvollziehbar. Diese Darstellung wird nicht ansatzweise den Zielen der Regionalplanung bzgl. Rohstoffsicherung und Daseinsvorsorge gerecht. Die Grenzen der ausgewiesenen VR-Flächen werden bereits Ende 2022 erreicht sein, der nächste Hauptbetriebsplan ist in Bearbeitung, die Zulassung wird ebenfalls bis Ende 2022 für die weitere Rohstoffgewinnung zwingend notwendig sein. Es ist normal, dass es i.d.R. Raumnutzungskonflikte geben wird. Diesen werden aber umfassend im jeweiligen Betriebsplanverfahren erörtert, beigelegt oder über Nebenbestimmungen geregelt. Aufgabe der Regionalplanung ist es nicht, diese Konflikte bereits im Vorfeld zu	Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkt 2. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Im Rahmen der Sicherung der Rohstoffgewinnung ist jedoch genehmigten Rahmenbetriebsplänen ein höherer Stellenwert einzuräumen. In Auswertung der Anregungen und Bedenken der Horstfelde Sand und Kies GmbH & Co KG in den Bearbeitungsnummern BE-IDs 3117 bis 3120 sowie 3124 bis 3127 wird deshalb der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird in der Abgrenzung des Rahmenbetriebsplans (in Aussparung der Flächen beendeter Bergaufsicht) einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	lösen.	als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
BE-ID: 3462	Zu Dokument: Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Entwurf vom 5. Oktober 2021: (310) Thema Waldfunktionenkartierung „Eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart kann auf Grund der im Einzelfall zu erfüllenden Waldfunktion nicht kompensierbar sein. Die Genehmigung einer Waldumwandlung auf konkret diesen Flächen ist aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen." Diesem Ausschluss wird für die vom Landesbetrieb Forst Brandenburg aufgelisteten Waldfunktionen gefolgt, es sei denn, die betroffene Waldfunktion hängt ursächlich mit dem Rohstoffabbau zusammen (z.B. Wald auf erosionsgefährdetem Standort) oder die beabsichtigte Schutzfunktion des Waldes kann durch räumliche Verlagerung (z. B. im Rahmen bergbaulicher Betriebsplanfestsetzungen) erzielt werden (z. B. Immissions- und Sichtschutz). Hier erfolgt die Einschätzung einzelfallbezogen nur im Fall betroffener Kleinstflächen. Einem pauschalen Ausschluss von Waldumwandlungen darf generell nicht gefolgt werden. Eine Waldumwandlung muss auch kompensierbar sein, wenn eine Waldfunktion nicht ursächlich mit dem Rohstoffabbau zusammenhängt. Grundsätzlich wird die Kompensierbarkeit eines Eingriffs immer im jeweiligen Genehmigungsverfahren geprüft und daraus werden die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen abgeleitet.	Der Anregung auf Nichtberücksichtigung von Wald und Waldfunktionen wird nicht gefolgt. Begründung: Der Ausschluss von Waldumwandlungen bezieht sich lediglich auf Flächen, die gemäß Kartierung des Landesbetriebs Forst Brandenburg als Flächen besonderer Waldfunktionen gelistet sind. Andere Waldflächen (z.B. Wirtschaftswald mit Kiefernstangenholz) betrifft dies nicht generell. Darüberhinaus bleibt eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten begründet keine Ausschlussfunktion außerhalb.
BE-ID: 3463	Zu Planungskonzept: Es ist ersichtlich, dass die praktizierte Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge dazu führt, dass alle Flächen außerhalb der aktuell zugelassenen Hauptbetriebsplanfläche als VR-Fläche ausscheiden, weil Teilbereiche davon mit konkurrierenden Nutzungen überlagert sind. Wie o.g. ist es nicht Aufgabe der Regionalplanung solche Konflikte zu lösen.	Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkt 2. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Im Rahmen der Sicherung der Rohstoffgewinnung ist jedoch genehmigten Rahmenbetriebsplänen ein höherer Stellenwert einzuräumen. In Auswertung der Anregungen und Bedenken der Horstfelde Sand und Kies GmbH & Co KG in den Bearbeitungsnummern BE-IDs 3117 bis 3120 sowie 3124 bis 3127 wird deshalb der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird in der Abgrenzung des Rahmenbetriebsplans (in Aussparung der Flächen beendeter Bergaufsicht) einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.
BE-ID: 3464	Zu Dokument: Monitoring Kapitel 3, Abschnitt 3.3, Regionalbericht: Sicherung oberflächennaher Rohstoffe, Stand September 2017: Hier war noch die Gesamtfläche des Abbauvorhabens Horstfelde als VR-Gebiet dargestellt. Einschränkungen gab es nur bzgl. Abstandsflächen zur Wohnbebauung und Bodendenkmalen. Diese Flächenabzüge hatten wir bereits damals kritisiert und grundsätzlich abgelehnt sowie auf die bergrechtlichen Planungen verwiesen, in denen diese konkreten Fragen zu klären sind. Es ist in Bezug auf die aktuelle Planung nicht nachvollziehbar, dass nunmehr eine Aufteilung in VR und VB-Gebiete erfolgen soll.	In Auswertung der Anregungen und Bedenken der Horstfelde Sand und Kies GmbH & Co KG in den Bearbeitungsnummern BE-IDs 3117 bis 3120 sowie 3124 bis 3127 wird der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird in der Abgrenzung des Rahmenbetriebsplans (in Aussparung der Flächen beendeter Bergaufsicht) einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Anhänge zum Umweltbericht / C3) Rohstoffe		
BE-ID: 3122	Zu Dokument: Anhang C3 Prüfsteckbriefe der im Regionalplan Havelland Fläming (RegPL 3.0) festgelegten Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (VR) VR 10 Horstfelde-Nord 1.05 Bestandsbeschreibung Realnutzung Sport Freizeit und Erholungsfläche, Straße sowie Wohnbaufläche sind im Plangebiet mit einer Fläche von 56,5 ha nicht vorhanden und müssen hier rausgenommen werden, sie befinden sich, wie später richtig ausgeführt, nur im Umfeld 2.01, 2.02, 2.03 Darstellung der potentiellen Umweltauswirkungen Hier wird jeweils ausgeführt: Eine vorhabens- und standortbezogene Prüfung in Bezug auf die Einhaltung der Vorgaben des Immissionsschutzes ist auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene erforderlich. Da wir hier flächenmäßig nur den Ist-Zustand des zugelassenen Hauptbetriebsplans erfassen, wären keine weiteren Prüfungen erforderlich. Das wurde alles bereits im Zulassungsverfahren geprüft. 2.15 Waldfunktionen Das VR Rohstoffgewinnung befindet sich teilweise innerhalb von Wald mit besonders ausgewiesenen Funktionen. Betroffen sind Wald auf erosionsgefährdetem Standort und Sichtschutzwald. Diese benannten Waldfunktionen allerdings sind ursächlich auf Rohstoffabbau zurückzuführen. Zusätzlich betroffen sind Wald auf exponierter Lage, lokaler Klimaschutzwald sowie Lärmschutzwald. Die Waldfunktionen erosionsgefährdeter Standort und exponierte Lage sind zwar in der aktuellen Forstkartierung so ausgewiesen, haben aber keine praktische Bedeutung, da sie nur in Verbindung bzw. in Folge der stattfindenden Rohstoffgewinnung entstehen/ entstanden sind. Im Zusammenhang mit einem Widerspruchsverfahren zu unserer letzten Waldumwandlung für weitere Gewinnungsflächen wurde von Seite der Forstbehörde dieser Status praktisch ausgeklammert/ nicht angewendet. Folglich ist hier eine Korrektur notwendig. Meine Empfehlung zur Formulierung, wie im VR 11 Horstfelde-Süd 2.16 verwendet: Direkte Flächeninanspruchnahmen sind genehmigungspflichtig. Dies ist auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. 2.16 Wald ohne besondere Funktionen Bei der Darstellung der Auswirkungen ist fehlerhaft ausgewiesen, dass sich das VR vollständig außerhalb von Wald befindet. Hier müsste stehen: ... Wald ohne besondere Funktionen ... 2.19 sensible Moore „Das VR Rohstoffgewinnung überlagert teilweise sensible Moore.“ Es ist nicht bekannt, dass das VR teilweise sensible Moore überlagert, bitte Korrektur. Folglich müssen die unter 4. zusammenfassende Einschätzung genannten hohen Auswirkungen auf sensible Moore entfallen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und der entsprechende Steckbrief zum VR 10 Horstfelde-Nord im Anhang C des Umweltberichts teilweise überarbeitet. Begründung: Kriterium 2.16 Wald ohne besondere Funktionen wird korrigiert. Es ist vom Einwender zutreffend dargestellt, dass sich im Vorranggebiet insbesondere im Norden, Waldflächen ohne besondere Funktionen befinden. Kriterium 2.19 sensible Moore wird korrigiert. Eine teilweise Überlagerung des VR 10 Horstfelde mit sensiblen Moore kann nicht festgestellt werden. Folglich müssen die unter 4. zusammenfassende Einschätzung genannten hohen Auswirkungen auf sensible Moore entfallen. Änderung in Bezug auf das Kriterium 1.05 sind nicht notwendig. Die im Steckbrief zum VR 10 (Umweltbericht, Anhang C) unter Punkt 1.05. erwähnten Überlagerungen sind den Daten des Amtlich Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS) mit Stand Mai 2024 entnommen. Änderung in Bezug auf das Kriterium 2.15 Waldfunktionen werden nicht vorgenommen. Dass die betroffenen Waldfunktionen Wald auf erosionsgefährdetem Standort und Sichtschutzwald auf den auf Rohstoffabbau zurückzuführen sind, wird im Steckbrief dargestellt. Die Darstellung der weiteren betroffenen Waldfunktionen ist im Umweltbericht zu berücksichtigen.
BE-ID: 3123	Zu Dokument: Anhang C3 Prüfsteckbriefe der im Regionalplan Havelland Fläming (RegPL 3.0) festgelegten Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (VR) VR 11 Horstfelde-Süd 1.05 Bestandsbeschreibung Realnutzung Straße sowie Landwirtschaft sind im Plangebiet nicht vorhanden und müssen hier rausgenommen werden. 2.01, 2.02, 2.03 Darstellung der potentiellen Umweltauswirkungen Hier wird jeweils ausgeführt: Eine vorhabens- und standortbezogene Prüfung in Bezug auf die Einhaltung der Vorgaben des Immissionsschutzes ist auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene erforderlich. Da wir hier flächenmäßig nur den Ist-Zustand des zugelassenen Hauptbetriebsplans erfassen, wären keine weiteren Prüfungen erforderlich. Das wurde alles bereits im Zulassungsverfahren geprüft. 2.15 und 2.16 Wald Die ehemaligen Waldflächen innerhalb der zugelassenen Betriebsplanfläche wurden bereits in Abbauland umgewandelt, folglich kann es diesbezüglich keine Umweltauswirkungen mehr geben. 2.19 sensible Moore „Das VR Rohstoffgewinnung überlagert teilweise sensible Moore.“ Es ist nicht bekannt, dass das VR teilweise sensible Moore überlagert, bitte Korrektur. Damit müssen die hohen Auswirkungen bzgl. sensibler Moore entfallen, da wie o.g. keine Überlagerung durch das VR vorliegt. 4. Das hier genannte Kriterium (Biotopverbund) muss entfallen. In 2.14 sind keine potentiellen Umweltauswirkungen ausgewiesen. Das Gewässer entsteht, wie zuvor bereits beschrieben, infolge des Rohstoffabbaus und kann folglich nicht von	Den Hinweisen wird gefolgt. Der Steckbrief für das Vorranggebiet VR 10 Horstfelde-Süd des Anhang C3 wird geprüft und für den zweiten Entwurf des Regionalplans überarbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	mittleren Auswirkungen betroffen sein.	
TÖB-Nr.: 1678 / Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V.		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 16 Reesdorf		
BE-ID: 2741	1. Zu Teil III.2.2. Windenergienutzung| Z 2.2. Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Vorweg sei angemerkt, dass der Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e. V. (LFV NNN) sich grundsätzlich für die Erzeugung regenerative Energien ausspricht, wenn diese an die Standortgegebenheiten angepasst sind. Unsere Stellungnahme bezieht sich auf folgende Windeignungsgebiete (WEG): - Windeignungsgebiet 16 Reesdorf: Das WEG befindet sich vollständig außerhalb europäischer und nationaler Schutzgebiete. Eine flächenmäßige Betroffenheit besteht nicht. Das Windeignungsgebiet Reesdorf befindet sich in umittelbarer Nähe zum Naturpark Naturpark Nuthe-Nieplitz, ca. 1,5 km westlich davon. Eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ist daher nicht auszuschließen. Laut Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark wird das Gebiet westlich des WEG als strukturarmes, schwach reliefiertes mit kleinflächigen stark reliefierten Landschaftsbereichen bewertet. Windenergieanlagen überragen vorhandene Landschaftselemente weit und sind damit auffällig. Sie beeinträchtigen mit ihrer Größe, Gestalt und Rotorbewegung die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft. Das Landschaftsbild aus den höher gelegenen östlichen Gebieten innerhalb des Naturparks in Richtung WEG Reesdorf wird durch die technischen Hochbauwerke der Windenergieanlagen beeinträchtigt. Entsprechend reduziert sich die Erlebniswirksamkeit zukünftig. Daraus ergibt sich ein hohes Konfliktpotenzial.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 36 Thyrow-Kerzendorf		
BE-ID: 2968	1. Zu Teil III.2.2. Windenergienutzung Z 2.2. Eignungsgebiete für die Windenergienutzung: Vorweg sei angemerkt, dass der Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e. V. (LFV NNN) sich grundsätzlich für die Erzeugung regenerative Energien ausspricht, wenn diese an die Standortgegebenheiten angepasst sind. Unsere Stellungnahme bezieht sich auf folgende Windeignungsgebiete (WEG): - Windeignungsgebiet 36 Thyrow-Kerzendorf: Das WEG befindet sich vollständig außerhalb europäischer und nationaler Schutzgebiete. Eine flächenmäßige Betroffenheit besteht nicht. Windenergieanlagen überragen vorhandene Landschaftselemente weit und sind damit auffällig. Sie beeinträchtigen mit ihrer Größe, Gestalt und Rotorbewegung die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft. Entsprechend reduziert sich die Erlebniswirksamkeit zukünftig. Daraus ergibt sich ein hohes Konfliktpotenzial. Es wird eingeschätzt, dass sich das ca. 2 km östlich des Naturparks gelegene WEG Thyrow-Kerzendorf durch die Fernwirkung der baulichen Anlagen negativ auf das Landschaftsbild auswirkt und die Erlebniswirksamkeit auswirkt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2740	Der LFV NNN bezieht sich in seinen Einwendungen auf das Gebiet des Naturparks Nuthe-Nieplitz. Für diesen Bereich wird zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 fristgerecht der nachfolgende Einwand erhoben. Sie finden in Anlage 1 den ausführlichen Text unserer Stellungnahme. In Anlage 2 fügen wir Ihnen als Beleg den Bescheid über die zeitweilige Befreiung aus der Veränderungssperre des LSG „Nuthetal - Beelitzer Sander" für das Bergwerkfeld „Fresdorfer Heide" sowie eine Teilfläche des Bewilligungsfeldes „Fresdorfer Heide Süd" vom 16.11.1998 bei.	Die Verweise des Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V. (LFV NNN) auf die in den Anlagen 1 und 2 beschriebenen Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Diese werden mit entsprechendem Bezug zu den Kapiteln des Regionalplans 3.0 behandelt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 2743	Aufgrund der negativen Wirkung des Vorranggebietes VR 05 Fresdorfer Heide auf das Kerngebiet des Großschutzgebietes von nationaler repräsentativer Bedeutung stellen wir folgenden Antrag: Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide , Kiessand aus der Liste Z 2.3. 1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Seite 13 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021". Wir begründen das wie folgt: 1. Zu VR-K01 hohe Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit und vorhandene Bergrechtsverhältnisse (als Fachbeitrag des LBGR) Und zu VR-K05 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang) Die Bewertung des VR 05 Fresdorfer Heide im LBGR-Vorschlag als Vorranggebiete Rohstoffgewinnung in Tabelle 16, Seite 73, ist irreführend. Denn bei der Kiesgrube in der Fresdorfer Heide handelt sich hier um einen auslaufenden Kiestagebau, dessen Rahmenbetriebsplan bereits am 31.12.2020 zu beenden war und der auf Antrag des Unternehmens noch um 2 Jahre bis zum 31.12.2022 zeitlich verlängert wurde. Auf Seite 6/27 des Antrags auf Verlängerung vom 21.08.2020, wurde vom Unternehmen ausdrücklich betont, dass „Mit der zeitlichen Verlängerung des fak. RBP (...) keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme verbunden (ist)". Ziel der Verlängerung war das Auskiesen von Restvorkommen, welche laut Verlängerungsantrag insgesamt maximal 9 ha betrifft, wovon bereits 7,4 ha verritzt waren. Zum Zeitpunkt des Antrages 2020 war die Flächengröße weniger als 10 ha und entspricht nicht den Kriterium, dass nur Flächengrößen von über 10 ha in den Regionalplan aufgenommen werden, siehe Seite 72 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 202 1", Tabelle 13, VR-K05 Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang). Die Angabe der Größe von 33,33 ha VR Gebiet (vgl. Seite 91) ist falsch! Der genehmigte Tagebau ist weitgehend ausgekiest. Es ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt des lnkrafttretens des Regionalplan Havelland- Fläming 3.0 sich bereits der Abschlussbetriebsplan in der Umsetzung befindet und damit das Bergrechtsverhältnis ausläuft. Der auslaufende Kiestagebau Fresdorfer Heide entspricht nicht den Kriterien eines Vorranggebietes für die Rohstoffgewinnung.	Die vorgebrachten Sachverhalte zu den Rechtsverhältnissen sowie zur Flächengröße werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: 1) Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. 2) Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 2744	Eine Weiterführung des Tagebaus (Option für VR-K0S: "räumlichem Anschluss von Vorrang bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang", siehe Tabelle 13) ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses dem entgegenstehen, vorrangig der Schutz des angrenzenden Natura-2000-Gebiets sowie der Artenschutz, aber auch seine Lage inmitten des Landschaftsschutzgebietes „Nuthetal-Beelitzer Sander", siehe dazu unsere Ausführungen zu 4. bis 6.). Die vorrübergehende Befreiung aus den Schutzvorschriften des LSGs für den laufenden Rahmenbetriebsplan endet ebenfalls am 31.12.2022. Eine Ausgliederung der gegenwärtigen Flächen und Potentialflächen ist nicht erfolgt! Diese vorrübergehende Befreiung beruhte auf der Bedingung, dass die Fläche das ausgekiesten Tagebaus als naturschutzfachliche Ersatzmaßnahme vollständig renaturiert und in das LSG integriert wird, um die Funktionsfähigkeit des LSG vollständig wieder herzustellen, vgl. Bescheid zur Befreiung vom 16.11.1998, insbesondere die Nebenbestimmungen unter II. und die Begründung zu den Nebenbestimmungen a)-f), (Bescheid als Anlage 2). Daher kann hier eine „hohe Sicherungswürdigkeit (VR-K01)" nicht zutreffen. Auch im Rahmen des „Arbeitsschrittes 2)" in dem abzuwägenden Raumkonflikten bestehen naturschutzfachliche Konflikte: • Der Kiestagebau befindet in dem Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal - Beelitzer Sander". An dieser Stelle trifft insbesondere der Schutzzweck in § 3 , Punkt 1 k zu , "die Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet liegenden	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung des VR 05 werden zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Naturschutzgebiete;". In dem Fall bildet das LSG den Puffer für das Naturschutzgebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung", welches das FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301) ist.	
BE-ID: 2745	Zudem liegt hier anders als in den Erläuterungen zu „VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte", Punkt 308, Seite 79, ein hohes Konfliktpotential vor, insbesondere in Bezug auf die „Fauna-Flora-Habitat-Gebiete gemäß Richtlinie" 92/43/EWG (FFH-Gebiet". Zwar liegt der Kiestagebau (VR 05 und VB 07) nicht auf den Flächen des FFH-Gebietes „Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301),jedoch erstreckt er sich auf das Wassereinzugsgebiet des im FFH-Gebiet liegende Übergangs- und Schwingrasenmoor „langes Fenn" (LRT 7140) und beeinflusst seinem Wasserhaushalt und die notwendige Stoffarmut durch Stoffeintrag, siehe unten Kartenausschnitt aus dem FFH-Managementplan, dort Seite 33. Das „Lange Fenn" wurde durch Spendenmittel vom LFV NNN erworben und Übergangs- und Schwingrasenmoor mit Pflegmaßnahmen entwickelt. Eine schnelle Beendigung des Kiestagebaus und eine Renaturierung entsprechend des 1996 genehmigten Rahmenbetriebsplans ist deshalb eine wichtige Maßnahme zur Entwicklung des sensiblen Moores, vgl. Managementplan Natura 2000 für das FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz Niederung", Band II Maßnahmen, Seite 33: ,,Als grundlegendes Ziel sollte das Moorwachstum der Übergangs- und Schwingrasenmoore (LRT 7140) wieder angeregt werden. Die Verbesserung des Wasserhaushaltes des Moores bei gleichzeitiger Nährstoffarmut hat dabei höchste Priorität." [Anmerkung regionale Planungsstelle: Kartendarstellung (Abb. 1): überirdisches Einzugsgebiet des Langen Fenn bei Tremsdorf (grüne Linie). Die blau umrandeten Flächen stellen die Biotope des LRT 7140 dar, die rote Linie ist die FFH-Gebietsgrenze (Quelle LUA 2008b)]	Der Forderung nach Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide wird nicht gefolgt. Begründung: In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird jedoch entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura 2000-Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen.
BE-ID: 2746	Auch im Rahmen des „Arbeitsschrittes 2)" in dem abzuwägenden Raumkonflikten bestehen naturschutzfachliche Konflikte: • Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (südlich unter 100 m Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region), (östlich unter 300m, Kranich Brutplatz, geschützt nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1)	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. Er findet teilweise Berücksichtigung. Zu einer Streichung des VR05 Fresdorfer Heide kommt es jedoch nicht. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) sind auch Abstimmungen zu streng geschützten Arten erfolgt. Dabei wird auch dem Wunsch nach textlichem Hinweis auf einige streng geschützte Vogelarten, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist, gefolgt. Unter „d) Anwendung der Festlegungen“ wird der Sachverhalt „besonderer Artenschutz“ zu bereits beispielhaft aufgeführten Sachverhalten ergänzt. Er ist im ersten Entwurf bei der Flächenspezifizierung bereits berücksichtigt (siehe Tabellen 19 und 20 in der Spalte „Begründungen“ zu Flächenreduzierungen der vom LBGR angemeldeten Flächen). Zudem wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.
BE-ID: 2751	Zudem sind die Gebiete VR 05 und VB 07 nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen, (vergleiche Kriterien: VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit). Es ist keine sichere Anbindung an das öffentliche Straßennetz und damit keine reguläre Erschließung gegeben! Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal, (Vollmitglied im LFV NNN), um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt, siehe Beschluss-Nr. 1085/21 vom 30.03.2021 Status für die befestigten Flächen zwischen Flugplatz Saarmund und BAB A 115: " ... Die Gemeindevertretung beabsichtigt auch nicht in der Zukunft die oben genannten Flächen als öffentliche Straße zu widmen." Das ist nachzuvollziehen, denn der Weg der als Zuwegung für den laufenden Kiestagebau genutzt wird, ist mit 5,00-5,60 m zu schmal ist, um einem LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen. Die Verfestigungen und Schädigung des gewachsenen Bodens außerhalb der Asphaltdecke hat bereits ein erhebliches Ausmaß angenommen. Gleichzeitig gehört er Weg zum Wander- und Radwegenetz des Naturparks „Nuthe-Nieplitz Niederung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 2742	Zudem sind die Gebiete VR 05 und VB 07 nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen, (vergleiche Kriterien: VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit). Es ist keine sichere Anbindung an das öffentliche Straßennetz und damit keine reguläre Erschließung gegeben! Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal, (Vollmitglied im LFV NNN), um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt, siehe Beschluss-Nr. 1085/21 vom 30.03.2021 Status für die befestigten Flächen zwischen Flugplatz Saarmund und BAB A 115: " ... Die Gemeindevertretung beabsichtigt auch nicht in der Zukunft die oben genannten Flächen als öffentliche Straße zu widmen." Das ist nachzuvollziehen, denn der Weg der als Zuwegung für den laufenden Kiestagebau genutzt wird, ist mit 5,00-5,60 m zu schmal ist, um einem LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen. Die Verfestigungen und Schädigung des gewachsenen Bodens außerhalb der Asphaltdecke hat bereits ein erhebliches Ausmaß angenommen. Gleichzeitig gehört er Weg zum Wander- und Radwegenetz des Naturparks „Nuthe-Nieplitz Niederung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2752	Aufgrund der negativen Wirkung des Vorbehaltsgebietes VB 07 Fresdorfer Heide auf das Kerngebiet des Großschutzgebietes von nationaler repräsentativer Bedeutung stellen wir folgenden Antrag: Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide, Kiessand aus der Liste G 2.3.2 Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung Seite 14 des „Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021". Wir begründen das wie folgt: In Punkt 298 in der Tabelle 16 des LBGR-Vorschlags zu Vorranggebiete, Vorbehaltsgebiete und Potentialgebiete zur Rohstoffgewinnung, auf Seite 74, "Nr.. 8 Fresdorfer Heide" ist die die Flächenangabe von 49,06 ha falsch! Denn die Flächenangabe umfasst im Wesentlichen den bereits ausgekiesten Tagebau. Die Restfläche des laufenden RBP ist weniger als 10 ha groß. Eine positive Bewertung des Kriteriums VB-K01 ist hier nicht zutreffend. Die Erweiterungspotentiale des Bergwerkfeldes liegen bei 15-16 ha. Jedoch stehen einer Fortsetzung des Kiestagebaus erhebliche Raumnutzungskonflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz entgegen, siehe unsere Anmerkungen zum Kriterium VB-K02.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 2753	Auch können wir der hohen Bewertung des LBGR unter „Rechtsverhältnisse" mit „5 - HBP, RBP vorhanden" nicht folgen. Der vorhandene RBP läuft am 31.12.2022 aus! Die Erweiterungsflächen sind aus unserer Sicht insbesondere aus Gründen des Habitatschutzes, des Landschaftsschutzes und des Artenschutzes nicht genehmigungsfähig. In der „Tabelle 19 Kriterienanwendung VR-K03, VB-K02 auf LBGR-Vorschläge Vorranggebiete", Seite 80, wird einzig im Fall Fresdorfer Heide das Vorranggebiet und das Vorbehaltsgebiet zusammen betrachtet. ("Nr. 8 Fresdorfer Heide VRNB"), die Anmerkungen im Weiteren der Zeile dieser Tabelle beziehen sich jedoch nur auf das Vorranggebiet VR 05. Eine Einzelbetrachtung des vom LBGR vorgeschlagenen VB 07 „Fresdorfer Heide" gibt es im Plan nicht. Das wäre aus unserer Sicht jedoch für eine positive Bewertung notwendig, da das Vorbehaltsgebiet „Fresdorfer Heide", (Erweiterung des Tagebaus nach Süden, teilweise nach Osten) im erheblichen Maße und noch weitaus stärker als das VR 05 „Fresdorfer Heide" zu Konflikten mit dem Habitatschutz, Artenschutz und Landschaftsschutz führt.	Der vorgebrachte Sachverhalt zu den Rechtsverhältnissen wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Vergleichbare Betrachtung zur Teilung in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete gibt es im ersten Planentwurf auch zu den vom LBGR vorgeschlagenen Pos. 1, 14, 15, 17, 24, 25 und 30.
BE-ID: 2754	Eine Erweiterung des Tagebaus ist aus folgenden Gründen nicht genehmigungsfähig: 1. Die Erweiterung des Kiestagebaus würde erhebliche Auswirkungen für das FFH-Gebiet DE 3744-301 „Nuthe-Nieplitz-Niederung" haben, insbesondere für die benachbarten Moore. Das größte und besterhaltene LRT 7140 (Übergangs- und Schwingrasenmoor) im FFH-Gebiet, Eigentum und Entwicklungsgebiet des LFV NNN wäre in seiner Existenz gefährdet. Die Erweiterung würde zum Teil im Wassereinzugsgebiet des Moores stattfinden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie den Wasserhaushalt des Moores beeinflusst. Die Erweiterung würde bis 20 Meter an das FFH-Gebiet heranreichen, so dass eine erhebliche Staublast in das FFH-Gebiet getragen würde. Die Veränderung von Lebensräumen durch stoffliche Immissionen kann in einem Moor schleichend durch stetige Anreicherung und pH-Wert-Änderungen von statten gehen. Eine vollständige und belastbare FFH-Verträglichkeitsprüfung liegt nicht vor.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur FFH-Verträglichkeit wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura 2000 Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen. Auch für Vorbehaltsgebiete werden Steckbriefe im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming nachgeholt.
BE-ID: 2756	Wie das Vorranggebiet VR 05 ist auch das Vorbehaltsgebiet VB 07 nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen, (vergleiche Kriterien: VR-K04 und VB-K03: gute Erschließbarkeit).	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2757	Die teilweise nicht zutreffenden Angaben zu Größe und Rechtsstatus dazu führten, in der Fresdorfer Heide ein Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für Kiessande zu vermuten. Jedoch handelt es sich um einen im Jahr 2022 auslaufenden Tagebau mit einer Restabbaugenehmigung unter 10 ha. Diese Rohstoffreserve liegt unterhalb der für den Regionalplan relevanten Mindestgröße. Die Fläche ist aus der aus Gründen der naturschutzfachlichen Auflagen von Ersatzmaßnahmen zwingend zu renaturieren. Der Nutzungsanspruch von Natur- und Landschaftsschutz hat hier eindeutig Vorrang.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung von VB 07 werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2969	Eine Erweiterung des Tagebaus ist aus folgenden Gründen nicht genehmigungsfähig: 2. Horststandorte gemäß § 1 9 Bbg NatSchAG (im Planungsgebiet Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region); die störungsfreien Abstände zu dem Kranich - Brutstandort entsprechend § 19 BbgNatSchAG (Horstschutz) können nicht eingehalten werden. Der Kranich ist eine geschützte Art nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. Er wird durch ergänzende Nennung unter "d) Anwendung der Festlegungen" sowie im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU (mit ergänzenden Abstimmungsschreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024), wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 2970	Eine Erweiterung des Tagebaus ist aus folgenden Gründen nicht genehmigungsfähig: 3 . Das Vorbehaltsgebiet würde zu einem erheblichen Eingriff in den Schutzzweck des LSG „Nuthetal - Beelitzer Sander" führen. Es würde gegen § 31c (Schutz der Moore), gegen 1j (Schutz von FFH-Gebieten) und gegen 1k (Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet l iegenden Naturschutzgebiete) der LSG-Verordnung verstoßen. Auch würde die Erweiteru ng des Kiestagebaus gegen § 3, 2a (Schutz der in der Weichseleiszeit geformten Geomorphologie der Landschaft) derselben Verordnung verstoßen und der Schutzzweck §3, Pkt.3 (Erhaltung des Gebietes wegen seiner besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung) durch die Schall-und Staubimmissionsbelastung des Betriebsablaufs für die Umgebung belastet und die LKW-Fahrten die für die Erholung vorgesehenen Wander- und Radwegen stören. Dem Landschaftsschutz ist aus den benannten Gründen des allgemeinen Interesses an dieser Stelle der Vorrang einzuräumen.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutz wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
Anhänge zum Umweltbericht / C3) Rohstoffe		
BE-ID: 2747	Anzumerken wäre zudem, dass die Angaben in der „Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Anhang C3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Ab Seite 30, Fehler aufweisen: Punkt 1.06: "westlich angrenzend Industrie und Gewerbe": Das ist nicht der Fall! Laut FNP der Gemeinde Michendorf, https://michendorf.de/images/stories/fnp/FNP.pdf, handelt es sich um einen Altlasten-Standort und nicht um eine Industrie- und Gewerbefläche. Dieser Standort wurde begrünt und weitgehend in das LSG „Nuthetal Beelitzer Sander" integriert. Zudem ist die Fläche nicht an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen, siehe unten;	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Der Steckbrief zum Vorranggebiet VR 05 Fresdorfer Heide im Umweltbericht wird dahingehend überarbeitet. Zu Punkt 1.06: Die im Steckbrief zum VR 05 (Umweltbericht, Anhang C) unter Punkt 1.06. erwähnte

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		westlich angrenzende Industrie- und Gewerbeflächen ist den Daten des Amtlich Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS, Objektcode 41002) mit Stand Mai 2024 entnommen. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Michendorf aus dem Jahr 2008 wird die Fläche als Fläche für Versorgungsanlagen dargestellt, innerhalb derer im nördlichen Bereich eine Altlasten- bzw. Altlastenverdachtsfläche verortet ist.
BE-ID: 2748	Anzumerken wäre zudem, dass die Angaben in der „Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Anhang C3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Ab Seite 30, Fehler aufweisen: Punkt 2.05 „FFH-Gebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung ...eine erhebliche Beeinträchtigung könne ausgeschlossen werden." Das ist nicht der Fall!, siehe dazu unser Anmerkungen unter „2. Zu VR-K03 geringe Raumnutzungskonflikte". Die Beeinträchtigung des angrenzenden LRT 7140 ist nicht auszuschließen!	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Der Steckbrief zum Vorranggebiet VR 05 Fresdorfer Heide im Umweltbericht wird dahingehend überarbeitet. Vertiefende Betrachtungen werden zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten über Natura 2000 Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen. Die Notwendigkeit einer FFH-Vorprüfungen erfolgt in Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt.
BE-ID: 2749	Anzumerken wäre zudem, dass die Angaben in der „Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Anhang C3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Ab Seite 30, Fehler aufweisen: 2.16 Wald ohne besondere Funktionen, ,,Das VR ... befindet sich teilweise innerhalb von Wald ohne besonders ausgewiesene Funktionen". Das ist nicht der Fall! Ein Teil des umgebenden Waldes ist als Erholungswald ausgewiesen.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Der Steckbrief zum Vorranggebiet VR 05 Fresdorfer Heide im Umweltbericht wird dahingehend überarbeitet. Wald mit besonderen Waldfunktionen wird durch die Festlegung des VR 05 nicht in Anspruch genommen. Der im Süden angrenzende Erholungswald (nach Waldfunktionskartierung) wird bei der Festlegung des VR 05 berücksichtigt. Bei den Waldflächen innerhalb des Vorranggebietes handelt es sich vorrangig um Kiefernbestände jüngeren Alters. Besondere Strukturmerkmale sind nicht gegeben.
BE-ID: 2750	Infolge der Fehler kommt es auch darin zu der Schlussfolgerung, dass „die Umweltauswirkungen Umweltschutzgutübergreifend als nicht erheblich" einzuschätzen wären, vgl. Anhang C3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Seite 36 unter 4. Aus unserer Sicht ist die Fläche jedoch maßgeblich für den Schutz des benachbarten besonders schützenwerten LRT 7140 von zentraler Bedeutung und ist deshalb zeitnah zu renaturieren.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Der Steckbrief zum

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Vorrangegbiet VR 05 Fresdorfer Heide im Umweltbericht wird dahingehend überarbeitet. Es ist davon auszugehen, dass die Umweltprüfung zum VR 05 Fresdorfer Heide erneut zu dem Ergebnis gelangt, dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 2739	Mit großem Interesse haben wir die Planungsunterlagen gelesen und möchten hierzu Stellung nehmen. Seit 31 Jahren leistet der Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V. (LFV NNN) wertvolle Naturschutzarbeit in der Nuthe-Nieplitz-Region. Satzungsgemäß verfolgt der Verein ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke mit dem Ziel, Natur und Landschaft insbesondere in der Nuthe-Nieplitz-Niederung zu erhalten. Der Verein übernimmt die Aufgabe, naturnahe Flächen zur Erhaltung des Erholungswertes vor Veränderungen zu schützen und durch geeignete Maßnahmen in ihrer Leistungsfähigkeit für den Naturhaushalt zu verbessern. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch Ankauf oder Anpachtung und nachfolgende Pflege von Flächen nach eigens dafür ausgearbeiteten Plänen sowie den eigenverantwortlichen Einsatz der dafür erforderlichen eigenen oder öffentlichen Geldmittel in dem Bestreben, die natürlichen Lebensgrundlagen der Bevölkerung und von Pflanzen und Tieren zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Nuthe-Nieplitz-Niederung stellt einen aus naturschutzfachlicher Sicht hochwertigen Landschaftsraum dar, den es in seiner Vielfalt, Eigenart, Schönheit und seinem reichen Naturpotential zu erhalten, zu entwickeln und vor negativen Einflüssen zu schützen gilt. Mit dem Erlass der Rechtsverordnung vom 9. Juni 1995 (Gesetz und Verordnungsblatt des Landes Bbg. Teil II / Nr.43) wurde die Nuthe-Nieplitz-Niederung als Naturschutzgebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" festgesetzt. Dieses Naturschutzgebiet ist auch ein FFH-Gebiet (FFH-Gebietes „Nuthe Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301). Die Nuthe-Nieplitz-Niederung ist ein Naturschutzgroßprojekt mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung und ist als solches im gültigen Landschaftsrahmenprogramm Brandenburg Dezember 2000, Kapitel 4.9., ,,Die Mittlere Mark" besonders hervorgehoben. Beim umfangreiche Flächenerwerb und der Durchführung von biotopersteinrichtenden Maßnahmen wurden der LFV NNN mit Bundesmitteln gefördert (Zuwendungsbescheid vom 24. Juni 1992). Dafür war die Erarbeitung eines Pflege- und Entwicklungsplanes (PEPL) Voraussetzung. Diesen setzt der LFV NNN inzwischen um, unterstützt durch öffentliche Fördergelder und private Spenden. Die Maßnahmenvorgaben des PEPL waren auch wichtige Planungsgrundlagen für die Natura 2000-Managementplanung des FFH-Gebietes „Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301).	Die Aufgabenbeschreibung des Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V. (LFV NNN) wird zur Kenntnis genommen.
TÖB-Nr.: 1680 / Dahme-Nuthe Wasser-,Abwasserbetriebsgesellschaft mbH (DNWAB		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2732	Den zeichnerischen und textlichen Festlegungen ist die Erarbeitung diverser Gutachten vorausgegangen, hier u. a. die Durchführung einer Umweltprüfung sowie die Erarbeitung eines Umweltberichtes. Hinsichtlich des Umfangs und des Detaillierungsgrades hat sich der MAWV mit Stellungnahme vom 26.02.2021 grundsätzlich geäußert. Bezogen auf die Sicherung und den Schutz der Grundwasserressourcen wurden in vorgenannter Stellungnahme ergänzende Hinweise und Anmerkungen gegeben. Zur Information übergeben wir Ihnen die Stellungnahme als Anlage 1 zu diesem Schreiben. Die in vorgenannter Stellungnahme angebrachten Hinweise und Anmerkungen wurden augenscheinlich in der Planfortschreibung, hier im Rahmen der Bewertung und Ausweisung der Vorbehalts- bzw. Vorranggebiete „Siedlung", "Hochwasserschutz", "Windenergienutzung",	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	"Oberflächennahe Rohstoffe/ Rohstoffgewinnung" und "Landwirtschaft", berücksichtigt sowie hinreichend und nachvollziehbar dargestellt - soweit es der Detailierungsgrad der einzelnen Planfestlegungen des Regionalplans zulässt. Über den Grad der raumbedeutsamen Ordnung hinaus zu berücksichtigende wasserwirtschaftliche Belange sind in nachfolgenden Genehmigungsverfahren weitergehender bzw. tiefgreifender Planungsebenen zu bewerten. In Auswertung der Planunterlagen zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (RegPl 3.0) ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht festzuhalten, dass die Ausweisung der Vorbehalts- bzw. Vorranggebiete "Siedlung" (Wohnen und GIV), "Hochwasserschutz", "Windenergienutzung", "Oberflächennahe Rohstoffe/Rohstoffgewinnung" und "Landwirtschaft" grundsätzlich unter Wahrung der Belange zum Schutz der Ressourcen (hier Grundwasser) sowie der technischen Infrastruktur (hier der trink- und schmutzwassertechnischen Anlagen) erfolgte.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2733	Für die Festlegungskriterien ‚Siedlung' (Wohnen und GIV) und ‚Landwirtschaft' sind darüber hinaus nachfolgend aufgeführte detaillierende Ausschnitte als Fazit der Planunterlagen zu beschreiben: Siedlung - Wohnen "In der gemeinsam vom Landesamt für Bauen und Verkehr sowie vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg im Juni 2021 herausgegebenen Bevölkerungsvorausschätzung des Landes Brandenburg bis zum Jahr 2030 ... wird in der mittleren Variante von einem Bevölkerungszuwachs in der Region Havelland-Fläming von 802.100 Einwohnern (Prognoseausgangsjahr 2019) auf 842.200 Einwohner ausgegangen. Dies entspricht einem Zuwachs um 5,0 Prozent". ... Mit dem Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (RegPl 3.0) gilt es „Gebiete, die für den Wohnungsbau besonders geeignet sind, in regionalem Maßstab zu ermitteln und planerisch hervorzuheben. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung unterstützt das Siedlungsprinzip der ‚kurzen Wege', stärkt die Auslastung und Sicherung bestehender Infrastruktureinrichtungen und trägt dadurch zur Ressourcenschonung, Verkehrsvermeidung und Luftreinhaltung bei". Die Auswirkungen auf die wasserwirtschaftlichen Belange durch Siedlungsverdichtung und der damit verbundenen Flächeninanspruchnahme durch Versiegelung wurden bereits in der erwähnten Stellungnahme des MAWV dargelegt, die hier beschriebenen Sachverhalte gelten für die übrigen Zweckverbände gleichfalls. Aus Sicht der Wasserwirtschaft ist das Kriterium ‚Siedlung' von großer Bedeutung und zwingend in den nachgeordneten Verfahren zur Plangenehmigung zielführend und frühzeitig zu betrachten, um entsprechende Vorlaufzeiten von erforderlichen Bauvorhaben zur Erschließung bzw. zur Kapazitätserweiterung wasserwirtschaftlicher Anlagen zu generieren. Beispielhaft möchten wir an dieser Stelle auf die bereits eingeleiteten Verfahren zum Schutz des Grundwassers, hier u. a. zum Einzugsgebiet des Wasserwerkes Groß Schulzendorf des WARL sowie zur Errichtung einer neuen Kläranlage ‚KA Pramsdori', Gemeinde Rangsdorf im Verbandsgebiet des KMS hinweisen.	Der geschilderte Sachverhalt ist nachvollziehbar, eine weitere Konkretisierung von Einwohnerrichtwerten jedoch noch nicht möglich. Wie vom Anreger dargestellt, zielt das Instrument der Vorbehaltsgebiete Siedlung auf raumverträgliche Infrastruktur- und Versorgungsbündelung. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung werden unabhängig von Wachstumsfestsetzungen übergeordneter Landespläne Flächen herausgestellt, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten besonders geeignet sind und so den Kommunen nachhaltige Entwicklungs- bzw. Verdichtungsoptionen aufzeigen. Eine über die Bevölkerungsvorausschätzung des Landes Brandenburg (auch für Kommunen verfügbar) hinausgehende Abschätzung konkreter Kapazitätsnotwendigkeiten kann danach erst in Kenntnis der Wahrnehmung dieser aufgezeigten Optionen durch die Kommunen erfolgen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 2734	Siedlung - Gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (GIV) Unter Berücksichtigung vorgegebener Kriterien gern. des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) erfolgte im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (RegPl 3. 0) die Auswahl großflächiger gewerblich industrieller Vorsorgestandorte, die im weiteren Planverfahren hinreichend auf Eignung untersucht wurden. Bedeutsames Kriterium zur Festlegung gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte ist dabei die Verkehrsinfrastruktur - dabei können „nur Standorte in Betracht gezogen werden, die durch eine Verkehrsinfrastruktur in einem leistungsfähigen Ausbauzustand erschlossen sind". Für die vom Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (RegPl 3. 0) betroffenen Verbandsgebiete des MAWV, des TAZV, des WARL, des WAZ und des KMS sind die geeigneten Standorte ‚Ludwigsfelde - südlich Berliner Ring und östlich	Die Mitteilung, dass die Dahme-Nuthe Wasser-, Abwasserbetriebsgesellschaft mbH in ihren trink- und schmutzwassertechnischen Belangen von den Festlegungen des Regionalplans 3.0 zu großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (GIV) nicht berührt ist, wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bundesstraße B 101' (WARL); ‚Teltow -westliche Erweiterung des GVZ Berlin Süd Großbeeren' (an das Verbandsgebiet des WARL direkt angrenzend) sowie ‚Trebbin-Klein-Schulzendorf' (WARL / KMS) zu nennen. Im Ergebnis der Auswertung der kommunalen Stellungnahmen wurde festgestellt, dass "für keinen der o. g. Standorte eine „Bewertung vorgenommen werden kann, . .. [die] die Eignungsvoraussetzungen im ausreichenden Maße ... und eine Übereinstimmung mit den kommunalen Entwicklungsabsichten" erfüllt. Für die übrigen, durch den Regionalplan Havelland-Fläming 3. 0 (RegPl 3.0) betroffenen Verbandsgebiete im Betriebsführungsgebiet der DNWAB wurden keine als , geeignet' oder ‚bedingt geeignete' Standorte herausgearbeitet. Im Fazit ist festzuhalten, dass die Festlegungen zu den Vorbehalts- bzw. Vorranggebiete „GIV" nach derzeitigem Planstand die trink- und schmutzwassertechnischen Belange nicht berühren.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2736	Landwirtschaft Mit Bezug auf die wasserwirtschaftlichen Belange und den beabsichtigten Festlegungen zu landwirtschaftlichen Flächen ist insbesondere der untersuchte Parameter ‚Feldberegnung' zu nennen - gilt für alle im Geltungsbereich des Regionalplans Havelland-Fläming 3. 0 (RegPl 3.0) liegenden Mitgliedskommunen der Zweckverbände MAWV, TAZV, WARL, WAZ und KMS gleichermaßen. Es ist festzuhalten, dass „der weitaus größte Anteil des Beregnungswassers ... in Brandenburg aus Grundwasser gewonnen [wird]. Angesichts der Gefahr der Grundwasserabsenkung durch sich zukünftig verstärkende Klimaveränderungen ist ein schonender Umgang mit diesen Wasserressourcen zu beachten. .. . Vorsorglich werden durch die untere Wasserbehörde bei der Vergabe von Grundwasserentnahmeerlaubnissen große Anteile des zur Verfügung stehenden Grundwassers zugunsten der natürlichen Ökosysteme und in Anbetracht der projizierten Verringerung der Grundwassemeubildung im Zuge des Klimawandels zurückgehalten". Die Äußerungen haben wir zur Kenntnis genommen und begrüßen die zu beachtende und berücksichtigende Festlegung für nachstehende raumbedeutsame Plangenehmigungen.	Die Zustimmung für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen. Allerdings werden Feldberegnungsflächen nicht mehr im Planungskonzept berücksichtigt. Ursprünglich wurde bei Ortsgesprächen von einigen Gemeinden angeregt, Beregnungsflächen für die Planungssicherheit der Landwirte zu begünstigen. Hintergrund sind bereits getätigte Investitionen in Beregnungssysteme. Landwirtschaftsbetrieben mit bereits durch Beregnungsanlagen erschlossenen Ackerflächen sollten auch auf ertragsschwachen oder klimasensiblen Böden keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Die Einschätzung, dass die Feldberegnung stabile Erträge und eine höhere Qualität sichert, wurde in anderen Stellungnahmen jedoch aufgrund der geringen Wirksamkeit der Beregnung auf Böden mit geringen Ackerzahlen in Zweifel gezogen. Darüber hinaus liegen bislang nur unvollständige Daten zu den konkreten Beregnungsflächen vor. Zum einen stehen nur Informationen über die Brunnenstandorte und entnommenen Wassermengen, jedoch kein Kataster über die konkreten Beregnungsflächen zur Verfügung. Zum anderen kann nicht flächendeckend mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Feldberegnung keine direkte Auswirkung auf sinkende Grundwasserstände hat.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 2731	Zu dem mit Schreiben vom 08.02.2022 eingereichten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (Stand 05. Oktober 2021) möchten wir, als Betriebsführungsgesellschaft des Märkischen Abwasser- und Wasserzweckverbandes (MAWV) Königs Wusterhausen, des Trink- und Abwasserzweckverbandes (TAZV) Luckau, des Wasserver- und Abwasserentsorgungs- Zweckverbandes Region Ludwigsfelde (WARL), des Wasser- und Abwasserzweckverband Blankenfelde-Mahlow (WAZ.) sowie des Zweckverbandes Komplexsanierung mittlerer Süden (KMS) folgende ganzheitliche Stellungnahme abgeben: "Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist Trägerin der Regionalplanung im Gebiet Havelland-Fläming. Ihr Obliegt die Pflichtaufgabe, für das Gebiet der Region einen Regionalplan aufzustellen, fortzuschreiben, zu ändern und zu ergänzen".... Der Entwurf des Regionalplan Havelland-Flämig 3.0 bezieht sich auf die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es sind keine Planänderungen erforderlich.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
gesamte Region Havelland-Fläming und beinhaltet zeichnerische und textliche Festsetzungen zu folgenden Themen: -Siedlung: Vorbehaltsgebiete Siedlung, Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte -Hochwasserschutz: Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz, Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für die Gewässerretention, Vorbehaltsgebiete Havelpolder, -Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für die gesteuerte Retention - Windenergienutzung: Eignungsgebiete für Windenergienutzung - Oberflächennahe Rohstoffe: Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung, Grundsatz Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung - Landwirtschaft: Vorranggebiete für die Landwirtschaft". Demnach ist festzuhalten, dass mit Beschluss durch die Regionalversammlung Havelland-Fläming zur Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 die Auflage getroffen wurde "Ziele und Grundsätze zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes gemäß § 3 Absatz 1 Nummern 2 und 3 ROG" (Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03. Dezember 2020) festzusetzen. Als Raumbezug sind hier die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel und Potsdam zu verstehen. Der Regionalplan unterscheidet dabei nach Zielen (Z) und Grundsätzen (G), die bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen, Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen anderer öffentlicher Stellen sowie Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen zu beachten bzw. zu berücksichtigen" sind. Mit Blick auf die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Region Havelland-Fläming und den damit verbundenen trink- und schmutzwassertechnischen Belangen der o. g. Zweckverbände ergehen nachfolgende Hinweise und Anmerkungen: Aus Sicht der Zweckverbände umfasst der beschriebene Geltungsbereich des aufzustellenden Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (RegPl 3.0) die Verbandsgebiete in unterschiedlichem Maß. So sind für den MAWV sowie für den TAZV Luckau nur Teilgebiete, die zudem eine periphere Lage einnehmen, betroffen - hier für das Verbandsgebiet des MAWV seine westlichen Mitgliedskommunen Groß Kienitz (Ortsteil der Gemeinde Blankenfelde Mahlow) und Schönelche (Ortsteil der Stadt Zossen) sowie für den TAZV Luckau die Gemeinden Dahmetal und lhlow des Amtes Dahme / Mark, ebenfalls westlichste Mitgliedskommunen des TAZV Luckau. Die Stadt Dahme/ Mark, als eine weitere und etwas zentraler gelegene Mitgliedskommune des TAZV Luckau, ist ebenfalls in den Geltungsbereich einbezogen. Die Zweckverbände WARL, KMS und WAZ sind dagegen vollflächig mit ihrem Verbandsgebiet innerhalb des Geltungsbereiches zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 gelegen. Die o. g. Zweckverbände nehmen, als Aufgabenträger der öffentlichen Daseinsvorsorge, u. a. folgende wesentliche Aufgaben wahr: Sicherung einer stabilen Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung sowie Sicherung und Schutz der Grundwasserressourcen/Wasserschutzgebiete. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die im Geltungsbereich des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gelegenen Siedlungsflächen (Wohnen und Gewerbe/Industrie) als trink-und schmutzwassertechnisch erschlossen gelten. Ausnahmen stellen hier die sogenannten Brunnendörfer Prensdorf und Görsdorf, einschl. der GT Liedekahle und Liebsdorf dar (im Verbandsgebiet des TAZV Luckau sowie im räumlichen Bezug auf den Geltungsbereich des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 an der südöstlichen Grenze gelegen), die bis dato über „private" Trinkwasserversorgungsanlagen/-brunnen verfügen. Bei Bedarf kann der Bestand an zentralen öffentlichen Anlagen der Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung der jeweiligen Zweckverbände entsprechend übergeben werden.	

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 2001 / Tourismusverband Fläming e.V.		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 19	1. Vorhaltegebiete Siedlung: Diese sollen nicht auf Gebieten von touristisch relevanten Infrastrukturen, wie Rad- und Wanderwegen, Freizeit- und Erholungsflächen, sowie registrierten POis (Point of Interest) erfolgen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Planänderung ist nicht notwendig. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund bereits vorhandener Infrastruktur, die für eine angemessene Ausstattung von Siedlungen notwendig ist. Darüber hinaus erfolgt die Auswahl der jeweiligen Flächen durch eine Betrachtung von Siedlungszusammenhängen, um eine Zersiedlung weitgehend zu vermeiden. Im Rahmen der Festlegung der Vorbehaltsgebiete werden neben möglichen touristischen Aspekten auch weitere Belange geprüft, um möglichst konfliktarme Flächen auszuwählen. Dies erfolgt in den jeweiligen Prüfungen der Einzelfälle. Der von dem Einwender generell geforderte Ausschluss von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf "touristisch relevanten Infrastrukturen" sollte aus der Sicht der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht erfolgen, da die raumordnerische Kategorie "Vorbehaltsgebiet" lediglich ausdrückt, dass in Abwägungsprozessen der bestimmten Funktion (hier: Siedlung) mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen ein besonderes Gewicht beizumessen ist. Hierbei sind auch konfliktarme Koexistenzen beider Funktionen (z.B. bei linienförmigen Infrastrukturen wie Radwegen) eine Frage der Abwägung in Bauleitplanverfahren.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 20	2. Vorbeugender Hochwasserschutz: hier nicht relevant	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 21	3. Eignungsgebiete Windenergienutzung: Zu der Ausweisung von Bebauungsflächen für nachhaltige Energiemodelle möchten wir uns den Auffassungen unseres Dachverbandes, des Deutschen Tourismusverbandes, in Sachen „Tourismus, Umwelt und nachhaltige Entwicklung in Deutschland" anschließen: „Wir fordern einen aktiven Einsatz für die Erhaltung unserer vielfältigen Natur- und Kulturlandschaftsbilder und für die Vermeidung von Störpotentialen. Beim Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energien ist darauf zu achten, dass diese im Rahmen eines zukunftsfähigen Verhältnisses von Energie-Input zu Energieertrag geschieht."	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 2009 / Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 2515	1.) Windenenergienutzung Es ist Aufgabe der BImA, die Ziele der Bundesregierung zur Energiewende, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, dem Klimaschutz und zur Sicherung der nationalen Energieversorgung so weit wie möglich zu unterstützen und umzusetzen. Dazu verpachtet die BImA geeignete Grundstücke in ihrem Eigentum über öffentliche Ausschreibungen an Windenergie- oder Solarfirmen. Daher beantragt die BImA eine Ausweisung von Windeignungsgebieten insbesondere auch auf Flächen in ihrem Eigentum:	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 08 Kummersdorf-Gut		
BE-ID: 2516	PF 08 Kummersdorf-Gut: Das vorgeschlagene Windeignungsgebiet 08 (WEG) liegt teilweise auf einer der Schießbahnen der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Kummersdorf-Gut. Diese steht in Eigentum der BImA und des Landes Brandenburg. Die BImA bemüht sich schon seit Jahren, in Kooperation mit dem Brandenburger Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE), um eine Nachnutzung der ehemaligen Heeresversuchsanstalt. Die geplanten Nachnutzungskonzepte beinhalten, neben musealen Nutzungen und einem Landschaftsschutzgebiet auch die Nutzung Erneuerbarer Energien (Windenergie, Photovoltaik, Wasserstoff-Speicherkraftwerk). Neben den o. g. allgemeinen Zielen der Energiewende soll in Kummersdorf-Gut damit insbesondere auch die Kampfmittelsondierung und -beräumung finanziert werden. Bisher scheiterten die Nachnutzungsplanungen von BImA und MWAE am Denkmalschutz. Die BImA spricht sich ausdrücklich für die Ausweisung eines WEG an dieser Stelle aus (s. angehängte Karte).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 16 Reesdorf		
BE-ID: 2517	PF 16 Reesdorf Im Osten der vorgeschlagenen WEG 16 an der BAB A9 besitzt die BImA ein Grundstück in unmittelbarer Straßenrandlage und bittet um eine Ausweitung des WEG auf ihr Grundstück (s. angehängte Karte).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 19 Prützke		
BE-ID: 2518	PF 19 Prützke Im Norden des vorgeschlagenen WEG 19 besitzt die BImA Straßenrandflächen und beantragt eine Ausweitung des WEG darauf (s. angehängte Karte).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 26 Rietz bei Treuenbrietzen		
BE-ID: 2519	PF 26 Rietz bei Treuenbrietzen Die BI mA setzt sich für eine Ausweitung des WEG 26 nach Norden, über die Linie Grabow-Niederwerbig hinaus auf ihre Flächen ein (s. angehängte Karte).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 33 Deutsch Bork-Schlalach		
BE-ID: 2520	PF 33 Deutsch Bork-Schlalach Die BlmA beantragt eine westliche und östliche Ausdehnung des potenziellen WEG 33 und eine Einbeziehung ihrer Flächen in der Nähe der BAB A9 (s. angehängte Karte).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 37 Nauen		
BE-ID: 2521	PF 37 Nauen Die BlmA bittet um eine Ausdehnung des WEG 37 auf die unmittelbar westliche gelegene Forstfläche in ihrem Eigentum (s. angehängte Karte).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2522	2.) Landwirtschaft "Grundsätze zur Planung von Solar-Freiflächenanlagen und Solarthermie" Die Festsetzung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft soll der dauerhaften Sicherung ackerbaulich genutzter Flächen dienen, die für die agrarische Produktion in der Region von besonderer Bedeutung sind. Nach den Abgrenzungskriterien des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 umfassen diese Vorrangflächen für die Landwirtschaft etwa 54 Prozent der ackerbaulich genutzten Fläche in der Region Havelland-Fläming. Da allerdings die Landes- und Bundesregierung auch die Ziele verfolgen, die erneuerbaren Energien für die nationale Energieerzeugung wesentlich auszubauen und die angestrebten Klimaziele zu erreichen, sollten die Ausnahmeregelungen im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wesentlich erweitert und benannt werden. Die	Einer Erweiterung der Ausnahmetatbestände für den Ausbau erneuerbarer Energien oder der Ergänzung einer Festlegung für die Solarenergienutzung im Regionalplan wird nicht gefolgt. Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaikanlagen und Solarthermie) sind bauplanrechtlich nicht privilegiert. Sie bedürfen der Ausweisung der geplanten Flächen im Flächennutzungsplan sowie der Aufstellung eines Bebauungsplans. Dies müssen allerdings die Landes- und Bundesregelungen ermöglichen. Somit haben auch die Ausnahmeregelungen des Regionalplans für die planenden Gemeinden eine grundlegende Bedeutung und sollten deutlich erweitert werden. Eine wesentliche Zielsetzung des Regionalplans sollte es sein den weiteren Ausbau von Solar-Freiflächen Anlagen auf geeignete Flächen zu lenken und dass die Planung der weiteren Standorte geordnet und unter Abwägung aller schutzwürdigen Belange erfolgt. Nach den derzeitigen Kenntnissen sind besonders geeignete Flächen in der Region Havelland-Fläming u.a.: - bereits versiegelte Flächen - Konversionsflächen des Militärs und des Gewerbes bzw. der Industrie - ehemalige Deponieflächen und ehemalige Abbaugebiete - landwirtschaftlich genutzte Flächen entlang vom Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Schienenwegen mit wesentlicher bzw. überregionaler Bedeutung - landwirtschaftlich genutzte Flächen bzw. längerfristig stillgelegte Flächen gemäß den EU-Regelungen in vorbelasteten Gebieten, die aufgrund vorhandener Infrastruktur ein eingeschränktes Freizeit- und Rückzugspotenzial aufweisen - landwirtschaftlich genutzte Flächen mit einer unterdurchschnittlichen Ertragsfähigkeit außerhalb von Naturschutzgebieten - Solarthermie- Anlagen sollten vorrangig nah an den mit einem Wärmenetz zu versorgenden Siedlungsstrukturen errichtet werden, um die Wärmeverluste gering zu halten.	keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Für die Erreichung der Klimaziele bzw. den Ausbau der erneuerbaren Energien können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft in Anspruch genommen werden. Dafür steht ausreichend Fläche zur Verfügung. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt zudem nicht nur über Photovoltaikanlagen, sondern wird insbesondere in Brandenburg maßgeblich durch die Windenergienutzung getragen. Die Steuerung der Windenergienutzung erfolgt ebenfalls durch regionalplanerische Festlegungen. Die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021 wurden vom Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt. Im nunmehr rechtskräftigen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 sind Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt.
BE-ID: 2523	,,Ersatz- und Ausgleichsflächen nach Bundesnaturschutzgesetz oder Baugesetzbuch" Die Bereitstellung der WMS-Server zu den verschiedenen Flächenkulissen des Regionalplans ermöglichte eine detaillierte Prüfung der Betroffenheit von BImA-Flächen. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Festlegung der „landwirtschaftlichen Vorranggebiete" teilweise Flächen betrifft, die bereits als Kompensationsmaßnahmen gebunden sind bzw. Teil eines zertifizierten Flächenpools sind. Andere Flächen sind durch die BImA für die Energiewende bereitzustellen. Als Liegenschaftsverwaltung von Bundesvermögen ist durch die BImA zu gewährleisten, dass die Nutzung dieser Flächen im öffentlichen Interesse erfolgt. In vielen Fällen ist dies die Bereitstellung von Flächen für Kompensationsmaßnahmen für Bundesbauvorhaben oder Erneuerbare Energienprojekte. In diesem Sinne stellt die Festlegung als „landwirtschaftliche Vorranggebiete", die ganz klar die Nutzung dieser Flächen für Aufforstungen, Ersatz und Ausgleich sowie Energiegewinnungsanlagen ausschließt, eine unzulässige Einschränkung der Nutzbarkeit dar und verstößt in Teilen gegen geltende Planfeststellungsbeschlüsse bzw. Zertifizierungen und kann die Genehmigung künftiger Bundesbauprojekte mit hohem öffentlichen Interesse sowie die Ziele des Bundes zur Energiewende behindern. Daher sind die in der Anlage 2 aufgeführten Flurstücke aus der Kulisse der „landwirtschaftlichen Vorranggebiete" zu nehmen. Darüber hinaus sollte zukünftig für eine geordnete Durchführung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in den Vorranggebieten für die Landwirtschaft eine Ausnahmeregelung für die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 aufgenommen werden. Diese Ausnahmeregelung ist besonders für die derzeitigen und künftigen bundeseigenen Ackerlandflächen in der Region Havelland-Fläming zwingend erforderlich. Bitte berücksichtigen Sie unsere aufgeführten Anmerkungen und informieren uns weiterhin über das Verfahren.	Die benannten Flächen für Kompensationsmaßnahmen der BImA werden bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft berücksichtigt. Der Anregung, eine generelle Ausnahme für Kompensationsflächen vorzusehen, wird jedoch nicht gefolgt, da viele Kompensationsmaßnahmen grundsätzlich auch mit der landwirtschaftlichen Bodennutzung vereinbar sind (ausgenommen Waldflächen). Die Begründung wurde entsprechend ergänzt.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 2514	Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gern. nach §9 Absatz 2 Satz 1 ROG in Verbindung mit §2 Absatz 3 Satz 2 und 3 RegBkPIG haben Sie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BI mA) Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gegeben. Im	Kenntnisnahme. Die Sachverhalte aus der Stellungnahme sind der Regionalplangliederung bezogen ausgewertet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Rahmen ihrer Zuständigkeit nimmt die BI mA nach Einzelthemen wie folgt Stellung:	
TÖB-Nr.: 2041 / DFMG Deutsche Funkturm GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1293	Vielen Dank, dass Sie uns an der Regionalplanung beteiligen und um eine Stellungnahme bis zum heutigen Tage bitten. Dieser kommen wir gerne nach. • An den Grundzügen der Regionalplanung Havelland-Fläming 3.0 haben wir keine Einwände. • Wir bitten aber um die Aufnahme des Gedankens „die flächendeckende Mobilfunkversorgung zur sicheren", ähnlich wie das Thema Windenergie etc. Wir sind bereit, Sie darin zu unterstützen, wenn es um die infrastrukturelle Erschließung der Flächen gehen wird. Dies war zwar nicht das Ziel dieser Planungsunterlagen, wenngleich sie in Grundzügen bereits erwähnt wird: z. B die „Telekommunikation in den Hochwassergebieten". Die Sicherstellung per Funk in allen Entwicklungsgebieten muss deutlicher formuliert werden, ähnlich wie der ÖPNV. Darüber hinaus wissen wir schon heute, dass in der Landwirtschaft die Mobilfunktechnik von der Kuhmelkanlage mit zum autonomen Steuern des Traktors auf dem Feld Einzug hält. Das Steuern der Krankenwagen und die Ersthilfe auf dem Weg ins Krankenhaus (Datenübertragung von Diagnosedaten an die Notaufnahme) erfordern ebenfalls eine lückenlose Funkversorgung. Der ÖPNV und Regionalverkehr setzen immer mehr auf eine Mobilfunkversorgung. Der Mobilfunkausbau erfolgt aufgrund vieler bürokratische Hürden nur sehr langsam. Eine frühzeitige Festlegung, den Aufbau eins lückenlosen Funknetzes ausnahmslos zu unterstützen, macht die Entwicklung des Havellandes und des Flämings für alle zu einem Erfolg. Wir wünschen Ihnen bei Ihren weiteren Arbeiten viel Erfolg. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Die Hinweise zur flächendeckenden Mobilfunkversorgung werden zur Kenntnis genommen. Auf die Geschwindigkeit des Mobilfunkausbaus kann im Rahmen der Regionalplanung kein Einfluss genommen werden.
TÖB-Nr.: 2061 / Die Autobahn GmbH des Bundes, NL Nordost		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 665	Mit der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung ging die Zuständigkeit für die Bundesautobahnen (Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung, Finanzierung und vermögenswirksame Verwaltung) zum 01.01.2021 zur Autobahn GmbH des Bundes und an das Fernstraßen-Bundesamt über. Vor diesem Hintergrund ist die Niederlassung (NL) Nordost der Autobahn GmbH des Bundes gemäß der Verordnung über die Beleihung der Gesellschaft privaten Rechts im Sinne des lnfrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetzes (lnfrGG-Beleihungsverordnung - lnfrGGBV) mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Trägers öffentlicher Belange beliehen und hat in dieser Funktion die vorgelegten Planunterlagen zum o. g. Regionalplanentwurf geprüft.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 666	Im Plangebiet verlaufen die Autobahnen {A) 2, 9, 10, 24 und 115. Im Einzelnen sind dies im Regionalplangebiet die Streckenabschnitte A 2, km 0,0 - 44,0 / A 9, km 0,0 - 44,9 / A 10, km 58,5 - 152,6 / A 24, km 232,4 - 233,4 / A 115, km 0,0 - 15,6. Auf eine Berücksichtigung des aus diesen Autobahnen im Plangebiet bestehenden Verkehrsnetzes überregionaler Straßenverbindungen bei der Planungsmethodik zur Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten, Gebieten mit oberflächennahen Rohstoffen, grundfunktionalen Schwerpunkten, Vorranggebieten der Windenergienutzung sowie vorbeugendem Hochwasserschutz wird hingewiesen. Eine Netzerweiterung der raumbedeutsamen Autobahnverkehrstrassen im Regionalplanungsgebiet ist aus heutiger Sicht nicht vorgesehen. Die A 2, A 9, A 115 und die A 10 von km 58,5 - 107,8 sind sechsstreifig mit Standstreifen ausgebaut. Diese Autobahnen sind mit der zugehörigen Ausstattung (Wildschutzzaun, Entwässerungsanlagen, Fernmeldekabelanlagen) im Regionalplan zu berücksichtigen und nicht zu überplanen.	Die Information zum Ausbaustand wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund des Planmaßstabs des Regionalplans können die benannten Ausstattungen an den Autobahnen (Wildschutzzaun, Entwässerungsanlagen, Fernmeldekabelanlagen) nicht berücksichtigt werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 667	Auf den Autobahnen im Regionsgebiet werden in den nächsten Jahren zur Sicherung der Befahrbarkeit Erhaltungsmaßnahmen im vorhandenen Querschnitt entsprechend den Erfordernissen stattfinden. Für mehrere der eingangs genannten Autobahnabschnitte existieren konkrete Ausbauabsichten: An der A 2 ist zur Erweiterung der Lkw-Stellplatzkapazitäten der Ausbau der beidseitigen Tank- und Rastanlage „Buckautal" beabsichtigt. Die Planungen dafür wurden abgeschlossen. Das erforderliche Planfeststellungsverfahren ist eingeleitet worden und dauert an. Ebenso ist an der A 9 zur Erweiterung der Lkw-Stellplatzkapazitäten beidseitig der Ausbau der Tank- und Rastanlage „Fläming" nach 2030 gemäß dem Rastanlagenkonzept des Bundesverkehrsministeriums vorgesehen. Es liegen dafür derzeit noch keine Entwurfsplanung oder das Planrecht vor.	Die Ausbauabsichten werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. Die genannten Belange des Autobahnverkehrs können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Planfeststellungsverfahren) kleinteilig konkretisiert und berücksichtigt werden.
BE-ID: 668	Für die A 10 ist die Erweiterung der Autobahn zwischen dem Autobahndreieck (AD) Werder und dem AD Havelland von 4 auf 6 Fahrstreifen mit Standstreifen entsprechend dem Fernstraßenausbaugesetz (FStrAbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 2005 (BGBI. 1 S. 201), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBI. 1 S. 3354), rechtsverbindlich festgelegt und im Bundesverkehrswegeplan 2030 (FStrAbG) im weiteren Bedarf nach 2030 eingeordnet. Konkrete Planungen dazu gibt es gegenwärtig noch nicht. Ebenfalls ist in diesem Autobahnbereich der A 10 entsprechend dem Rastanlagenkonzept des Bundesverkehrsministeriums der Neubau der Tank- und Rastanlage „Havelseen" vorgesehen. Die Planungen dazu wurden abgeschlossen und das für das Vorhaben erforderliche Planfeststellungsverfahren ist eingeleitet. An dem genannten Planfeststellungsverfahren, das sich seit 05.11.2020 im Anhörungsverfahren befindet und vom 15.02.2021 bis 15.03.2021 in den betroffenen Gemeinden zur Einholung von Stellungnahmen öffentlich ausgelegt wurde, ist die Regionale Planungsgemeinschaft (RPG) Havelland-Fläming beteiligt worden. Von Seiten der RPG liegt die Stellungnahme vom 08.02.2021 (Az.: 9146_xj) vor und wird in die Abwägung eingestellt. Die Planung zum Neubau der Tank- und Rastanlage „Havelseen" schließt den Rückbau der an der A 10 vorhandenen bewirtschafteten Rastanlagen „Wolfslake-Ost" und „Wolfslake-West" auf Flächen der Bundesstraßenverwaltung ein.	Die Ausbauabsichten werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. Die genannten Belange des Autobahnverkehrs können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Planfeststellungsverfahren / Anlagengenehmigungsverfahren / Bauleitplanverfahren) kleinteilig konkretisiert und berücksichtigt werden.
BE-ID: 672	Außerdem ist an der A 10 die Erweiterung der beidseitigen Tank- und Rastanlage „Am Fichtenplan" zur Schaffung von zusätzlichen Lkw-Stellplätzen vorgesehen. Die Planun- gen dafür befinden sich gegenwärtig in der Genehmigungsphase. Weiterhin ist die Anschlussstelle (AS) Rangsdorf an der A 10, km 61,3 mit der 1. Ausbaustufe fertiggestellt. Es muss jedoch noch die 2. Ausbaustufe (Kleeblattlösung) erfolgen. Dafür liegt seit 01/2017 die Genehmigung des Vorentwurfes durch das Bundesverkehrsministerium vor, jedoch können derzeit keine Angaben zum Beginn des Planfeststellungsverfahrens für die 2. Ausbaustufe gemacht werden. An der A 115 befinden sich die beiden PWC-Anlagen „Am Stern" und „Parforceheide", für die ebenfalls zur Bereitstellung zusätzlicher der Lkw-Stellplätze eine Kapazitätserweiterung vorgesehen ist. Bei allen o. g. Vorhaben, die sich im Planfeststellungsverfahren befinden, sind die Ausbauabsichten verbindlich im Regionalplan zu berücksichtigen. Es ist zu beachten, dass gemäß § 9a FStrG (Bundesfernstraßengesetz in der jeweils aktuellen Fassung) vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Übernahme durch den Träger der Straßenbaulast wesentlich den Wert steigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden dürfen. Der Regionalplanentwurf beinhaltet Festlegungen zu diversen Flächennutzungen, Siedlungsgebieten und Freiräumen. Berührungspunkte ergeben sich dabei zu den anbaurechtlichen Regelungen des FStrG. Grundsätzlich gelten für die Bebauung und Nutzung von Flächen in Autobahnnähe gemäß§ 9 Abs. 1 und 2 FStrG, dass die Errichtung von	Die Ausbauabsichten werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. Die genannten Belange des Autobahnverkehrs können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Planfeststellungsverfahren / Anlagengenehmigungsverfahren / Bauleitplanverfahren / Abbaubetriebsplanverfahren) kleinteilig konkretisiert und berücksichtigt werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Hochbauten jeder Art bis 40,0 m neben Bundesautobahnen, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, untersagt (Anbauverbotszone) sowie die Errichtung, Änderung oder veränderte Nutzung von baulichen Anlagen bis jeweils 100,0 m neben Bundesautobahnen zustimmungspflichtig (Anbaubeschränkungszone) ist.	
BE-ID: 673	Die A 24 vom AD Havelland bis zur Anschlussstelle (AS) Neuruppin wird gegenwärtig im Rahmen einer öffentlich privaten Partnerschaft (ÖPP) durch die Havellandautobahn GmbH & Co. KG, Eschborner Landstraße 130 - 132, 60489 Frankfurt am Main, als Betreiber neu gebaut, betrieben und unterhalten. In diesem Zusammenhang wurden bereits die unbewirtschafteten Rastanlagen (Parkplatz mit WC - PWC) ,,Krämer Forst" und „Ziethener Luch" neu gebaut. Die Bauarbeiten zur Erweiterung der Autobahn auf vier Fahrstreifen mit temporärer Seitenstreifenfreigabe unter Beachtung des Planungsrechts werden aus heutiger Sicht bis Ende 2022 andauern.	Die A 24 tangiert die Region Havelland-Fläming in ihrem Grenzbereich auf einer Länge von 1.050 m, in welcher die Autobahntrasse nicht von Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming beeinträchtigt wird.
BE-ID: 678	Die verkehrliche Erschließung aller ausgewiesenen Eignungs- und Vorranggebiete hat aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ausschließlich über das der Autobahn nachgeordnete Straßennetz zu erfolgen . Dies gilt insbesondere für Transporte jeglicher Art in der Bauphase, da direkte Zu- und Abfahrten von Autobahnverkehrsflächen nicht genehmigungsfähig sind. Bereits im Rahmen der Regionalplanung muss dieser Sachverhalt Berücksichtigung finden. Grundsätzlich sind bei allen Planungen die Erfordernisse an die Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs und deren Leichtigkeit zu berücksichtigen. Daher sind bei der Siedlungsentwicklung, unabhängig ob es sich hierbei um Gebiete der Rohstoffgewinnung, der Errichtung von Windparks, von gewerblich-industriellen Standorten oder auch der Siedlungen für Wohnraum handelt, immer auch die Kapazitäten der Autobahnen insbesondere die Leistungsfähigkeit der Anschlussstellen zu betrachten. Ein sicherer und flüssiger Abfluss des Verkehrs sowie das Vorhandensein ausreichender dimensionierter Verkehrsflächen sind maßgeblich, um einen Stau auf der Autobahn zu vermeiden. Ebenfalls kann eine abgestimmte Zielwegweisung an den Autobahnen Verkehrsströme effektiv und weiträumig lenken. So können Überlastungen an Anschlussstellen und ggf. im Nebennetz verhindert werden. Die Verkehrsbehörde der Autobahn GmbH des Bundes hat eine leistungsfähige und bedarfsgerechte Abwicklung des Autobahnverkehrs sicherzustellen. Eine Berücksichtigung dieser Hinweise bei der Fortschreibung der Regionalplanung sind daher unerlässlich.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und führt nicht zu einer Planänderung. Der Sachverhalt "Sicherheit" und Leichtigkeit" ist nicht von Relevanz im Regionalplanmaßstab und wird erst in nachgeordneten Verfahren präzisiert.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 671	Die Festlegung zu Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz aus dem Regionalplanentwurf wird bei der Rastanlagenneubauplanung beachtet.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 674	Insbesondere sind bei der Freiraumplanung die großflächigen Windeignungsgebiete problematisch, da Verkehrsflächen der Autobahnen tangiert oder diese Gebiete von den Autobahntrassen durchschnitten werden. Infolge dessen sind straßenrechtliche und betriebsdienstliche Berührungspunkte von diesen Gebietsausweisungen zu Autobahnen zu erwarten. Folgende Windeignungsgebiete (WEG) tangieren oder durchschneiden Autobahnverkehrsflächen: 1.) - WEG 5 „Ferch" (AlO) / 2.) - WEG 16 „Reesdorf" (A 9) / 3.) - WEG 33 „Deutsch Bork - Schlalach" (A 9). Während beim WEG 5 durch Aussparen der Autobahn aus dem ausgewiesenen Eignungsgebiet straßenrechtliche Festlegungen des FStrG offenbar Beachtung finden, ist dies beim WEG 33 nicht erfolgt. Dies ist zu modifizieren. Straßenrechtliche Schutzabstände von WEG zu Verkehrsflächen der Autobahn sind im Regionalplanentwurf nicht explizit aufgeführt. Dies wäre dringend zu empfehlen, da in der Vergangenheit oft die Berücksichtigung öffentlicher Belange der Autobahn im	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Genehmigungsverfahren nicht oder nicht ausreichend stattfand. Der öffentliche Belang der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs wird bei der Errichtung von Windkraftanlagen (WKA) in Autobahnnähe regelmäßig beeinträchtigt, sofern die Autobahntrassen durch den Wirkungsbereich der WKA verlaufen. Neue WKA werden bei zunehmender Höhe in immer geringerem Abstand zu Autobahnen geplant. Dadurch wird die Verkehrssicherheit durch die von den WKA ausgehenden Gefahren (Ablenkung der Verkehrsteilnehmer, Eisabwurf, Schattenschlag, Ölverspritzungen, Blendgefahr usw.) in nicht hinzunehmender Weise beeinträchtigt.	
BE-ID: 675	Besonders Drehbewegungen der Rotorblätter in unmittelbarer Nähe zur Autobahn können eine ablenkende und somit verkehrsgefährdende Wirkung erzielen, da sie den Blick des Betrachters generell auf sich ziehen (Entscheidung des OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 16.06.2005 - 2 L 533/02). Ablenkungen der Verkehrsteilnehmer bergen stets die Gefahr der Verursachung von Verkehrsunfällen mit hohem Personen- und/oder Sachschaden in sich. Daher ist dem Schutzgut Leben und Gesundheit der Verkehrsteilnehmer und ihrer Sachwerte höchste Priorität einzuräumen. Vor diesem Hintergrund müssen die Belange der Verkehrssicherheit beim Neubau und dem Repowering von Windenergieanlagen bereits bei der Ausweisung von Vorranggebieten in den Regionalplänen ausreichend berücksichtigt werden, um straßenverkehrsgefährdende Situationen für den fließenden Verkehr insbesondere auf Autobahnen, die der höchsten Straßenkategorie angehören und das Rückgrat des Straßennetzes bilden, auszuschließen. In diesem Zusammenhang ist aus Sicht der Autobahnverwaltung bereits auf der Regionalplanebene eine zweckmäßige Festlegung zu einem konkreten Schutzabstand zwischen WKA und Autobahnverkehrsflächen (z. B. Gefahrenradius=1,5 x [Nabenhöhe + Rotordurchmesser] gemäß OVG Koblenz, NVwZ-RR 2006, 768 bzw. OVG Magdeburg, Beschl. v. 09.02.2006 - 2 M 71/05, BeckRS 2008, 33 042) als Mindestabstand festzulegen und explizit in der Begründung zum Regionalplan zu benennen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 679	Insbesondere sind bei der Freiraumplanung die Rohstoffgewinnungsgebiete problematisch, da Verkehrsflächen der Autobahnen tangiert oder diese Gebiete von den Autobahntrassen durchschnitten werden. Infolge dessen sind straßenrechtliche und betriebsdienstliche Berührungspunkte von diesen Gebietsausweisungen zu Autobahnen zu erwarten. Folgende Rohstoffgewinnungsgebiete (VR/VB) tangieren oder durchschneiden Autobahnverkehrsflächen: 1.) - VB 13 11 Grebs (Sand)" (A 2) / 2.) - VR 16 „Linthe (Sand/Kiessand)" (A 9) / 3.) - VR 22 „Niemegk/ An der Autobahn (Sand)" (A 9) / 4. - VB 24 „Niemegk/ An der Autobahn (Sand)" (A 9).	Die benannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete tangieren in ihrem Grenzbereich Autobahntrassen, die aber nicht von diesen Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming beeinträchtigt werden. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. In den Randbereichen regionalplanerischer Festlegungen werden anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Bauleitplanverfahrens / Abbaubetriebsplanverfahren) maßstabsbedingte Planunschärfen kleinteilig konkretisiert, wonach die Berücksichtigung der Belange des Autobahnverkehrs erfolgt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 669	Entsprechend dem vorgelegten Regionalplanentwurf sind im Bereich der neuen Tank-und Rastanlage „Havelseen" außerhalb der Planfeststellungsgrenzen Vorranggebiete für die Landwirtschaft (Z 2.4 (3)) ausgewiesen. Diese Festsetzungen sind an die Planfeststellungsgrenzen der Autobahnausbaupläne für die Tank- und Rastanlage „Havelseen" anzupassen.	Die Planung befindet sich bereits in Aufstellung und wird im Zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als abzuwägender Belang berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 670	Entsprechend dem vorgelegten Regionalplanentwurf sind im Bereich der neuen Tank- und Rastanlage „Havelseen" außerhalb der Planfeststellungsgrenzen Flächen des Freiraumverbundes (Z 6.2) ausgewiesen. Diese Festsetzungen sind an die Planfeststellungsgrenzen der Autobahnausbaupläne für die Tank- und Rastanlage „Havelseen" anzupassen.	Die Darstellungen zum Freiraumverbund resultieren aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Plangeber des LEP HR ist die Gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg. Daher kann der Anregung nicht gefolgt werden. Die Darstellungen zum Freiraumverbund resultieren aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Plangeber des LEP HR ist die Gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg. Daher kann der Anregung nicht gefolgt werden. Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
TÖB-Nr.: 2062 / Fernstraßen-Bundesamt (FBA)		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 725	Unsere Gesamtstellungnahme erhalten Sie daher wie folgt: Im Plangebiet verlaufen Bundesautobahnen die (BAB) A 2, A 9, A 10, A 24 und A 115. Auf eine Berücksichtigung des aus diesen Autobahnen im Plangebiet bestehenden Verkehrsnetzes überregionaler Straßenverbindungen bei Belangen der Planerstellung wird hingewiesen. Eine Netzerweiterung der raumbedeutsamen Autobahnverkehrstrassen im Regionalplanungsgebiet ist aus heutiger Sicht nicht vorgesehen. Die A 2, A 9, A 115 und die A 10 von km 58,5 - 107,8 sind sechsstreifig mit Standstreifen ausgebaut. Diese Autobahnen sind mit der zugehörigen Ausstattung (Wildschutzzaun, Entwässerungsanlagen, Fernmeldekabelanlagen) im Regionalplan zu berücksichtigen und nicht zu überplanen.	Die Information zum Ausbaustand wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund des Planmaßstabs des Regionalplans können die benannten Ausstattungen an den Autobahnen (Wildschutzzaun, Entwässerungsanlagen, Fernmeldekabelanlagen) nicht berücksichtigt werden.
BE-ID: 726	Aus der Prüfung des Textteils ("Regionalplan Havelland-Fläming 3.0") ergaben sich keine Hinweise, wie die Belange des geltenden Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen berücksichtigt wurden. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 Fernstraßenausbaugesetz) konkret und projektbezogen bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen ist. Anhand der bereitgestellten Karte ("acHF _3_0_Festlegungskarte") erfolgte eine raumbezogene Prüfung gegen die Belange des geltenden Bedarfsplans für die Bundesstraßen 2016. Für Ihre weiteren Planungen bitten Sie wir daher um die Berücksichtigung der folgenden Bedarfsplanprojekte: vier Projekte zu Autobahn als "Weiterer Bedarf mit Planungsrecht": A 10 AD Werder - AS Spandau / A 115 AK Zehlendorf (Lgr BB/BE) - AS Hüttenweg / A24 AS Kremmen - AS Neuruppin / A 10 AS Spandau - AD Havelland und vier Projekte Bundesstraße, davon zwei als "Vordringlicher Bedarf" (B102 OU Premnitz / B 96 OU Groß Machnow) und zwei als "Weiterer Bedarf" (B101 OU Welsickendorf / B101 OU Kloster Zinna). Auf den Autobahnen werden in den nächsten Jahren zur Sicherung der Befahrbarkeit Erhaltungsmaßnahmen im vorhandenen Querschnitt entsprechend den Erfordernissen stattfinden. Für mehrere der eingangs genannten Autobahnabschnitte existieren konkrete Ausbauabsichten wie folgt. An der A 2 ist zur Erweiterung der Lkw-Stellplatzkapazitäten der Ausbau der beidseitigen Tank- und Rastanlage „Buckautal" beabsichtigt. Die Planungen dafür wurden abgeschlossen. Das erforderliche Planfeststellungsverfahren ist eingeleitet worden und dauert an. Ebenso ist an der A 9 zur Erweiterung der Lkw-Stellplatzkapazitäten beidseitig der Ausbau der Tank- und Rastanlage „Fläming" nach 2030 gemäß dem Rastanlagenkonzept des Bundesverkehrsministeriums vorgesehen. Es liegt dafür derzeit noch keine Entwurfsplanung oder das Planrecht vor.	Die Ausbauabsichten werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. Die genannten Belange des Autobahnverkehrs können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Planfeststellungsverfahren) kleinteilig konkretisiert und berücksichtigt werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 727	Für die A 10 ist die Erweiterung der Autobahn zwischen dem Autobahndreieck (AD) Werder und dem AD Havelland von 4 auf 6 Fahrstreifen mit Standstreifen entsprechend dem Fernstraßenausbaugesetz (FStrAbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 2005 (BGBI. I S. 201), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBI. I S. 3354), rechtsverbindlich festgelegt und im Bundesverkehrswegeplan 2030 (FStrAbG) im weiteren Bedarf nach 2030 eingeordnet. Konkrete Planungen dazu gibt es gegenwärtig noch nicht. Ebenfalls ist in diesem Autobahnbereich der A 10 entsprechend dem Rastanlagenkonzept des Bundesverkehrsministeriums der Neubau der Tank- und Rastanlage „Havelseen" vorgesehen. Die Planungen dazu wurden abgeschlossen und das für das Vorhaben erforderliche Planfeststellungsverfahren ist eingeleitet. An dem genannten Planfeststellungsverfahren, das sich seit 05.11.2020 im Anhörungsverfahren befindet und vom 15.02.2021 bis 15.03.2021 in den betroffenen Gemeinden zur Einholung von Stellungnahmen öffentlich ausgelegt wurde, ist die Regionale Planungsgemeinschaft (RPG) Havelland-Fläming beteiligt worden. Von Seiten der RPG liegt die Stellungnahme vom 08.02.2021 (Az.: 9146_xj) vor und wird in die Abwägung eingestellt. Die Planung zum Neubau der Tank- und Rastanlage „Havelseen" schließt den Rückbau der an der A 10 vorhandenen bewirtschafteten Rastanlagen „Wolfslake-Ost" und „Wolfslake-West" auf Flächen der Bundesstraßenverwaltung ein.	Die Ausbauabsichten werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. Die genannten Belange des Autobahnverkehrs können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Planfeststellungsverfahren / Anlagengenehmigungsverfahren / Bauleitplanverfahren) kleinteilig konkretisiert und berücksichtigt werden.
BE-ID: 731	Außerdem ist an der A 10 die Erweiterung der beidseitigen Tank- und Rastanlage „Am Fichtenplan" zur Schaffung von zusätzlichen Lkw-Stellplätzen vorgesehen. Die Planun- gen dafür befinden sich gegenwärtig in der Genehmigungsphase. Weiterhin ist die Anschlussstelle (AS) Rangsdorf an der A 10, km 61,3 mit der 1. Ausbaustufe fertiggestellt. Es muss jedoch noch die 2. Ausbaustufe (Kleeblattlösung) erfolgen. Dafür liegt seit 01/2017 die Genehmigung des Vorentwurfes durch das Bundesverkehrsministerium vor, jedoch können derzeit keine Angaben zum Beginn des Planfeststellungsverfahrens für die 2. Ausbaustufe gemacht werden. An der A 115 befinden sich die beiden PWC-Anlagen „Am Stern" und „Parforceheide", für die ebenfalls zur Bereitstellung zusätzlicher der Lkw-Stellplätze eine Kapazitätserweiterung vorgesehen ist. Bei allen o. g. Vorhaben, die sich im Planfeststellungsverfahren befinden, sind die Ausbauabsichten verbindlich im Regionalplan zu berücksichtigen. Es ist zu beachten, dass gemäß § 9a FStrG (Bundesfernstraßengesetz in der jeweils aktuellen Fassung) vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Übernahme durch den Träger der Straßenbaulast wesentlich den Wert steigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden dürfen. Der Regionalplanentwurf beinhaltet Festlegungen zu diversen Flächennutzungen, Siedlungsgebieten und Freiräumen. Berührungspunkte ergeben sich dabei zu den anbaurechtlichen Regelungen des FStrG. Längs der Bundesautobahnen (BAB) dürfen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn nicht errichtet werden nach § 9 Abs. 1 FStrG. Dies gilt gemäß § 9 Abs. 1 S. 2 FStrG auch für Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfanges. Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn bauliche Anlagen längs der BAB in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen.	Die Ausbauabsichten werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. Die genannten Belange des Autobahnverkehrs können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Planfeststellungsverfahren / Anlagengenehmigungsverfahren / Bauleitplanverfahren / Abbaubetriebsplanverfahren) kleinteilig konkretisiert und berücksichtigt werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 732	Die A 24 vom AD Havelland bis zur Anschlussstelle (AS) Neuruppin wird gegenwärtig im Rahmen einer öffentlich privaten Partnerschaft (ÖPP) durch die Havellandautobahn GmbH & Co. KG, Eschborner Landstraße 130 - 132, 60489 Frankfurt am Main, als Betreiber neu gebaut, betrieben und unterhalten. In diesem Zusammenhang wurden bereits die unbewirtschafteten Rastanlagen (Parkplatz mit WC - PWC) "Krämer Forst" und "Ziethener Luch" neu gebaut. Die Bauarbeiten zur Erweiterung der Autobahn auf vier Fahrstreifen mit temporärer Seitenstreifenfreigabe unter Beachtung des Planungsrechts werden aus heutiger Sicht bis Ende 2022 andauern.	Die A 24 tangiert die Region Havelland-Fläming in ihrem Grenzbereich auf einer Länge von 1.050 m, in welcher die Autobahntrasse nicht von Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming beeinträchtigt wird.
BE-ID: 736	Die verkehrliche Erschließung aller ausgewiesenen Eignungs- und Vorranggebiete hat aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ausschließlich über das der Autobahn nachgeordnete Straßennetz zu erfolgen. Dies gilt insbesondere für Transporte jeglicher Art in der Bauphase, da direkte Zu- und Abfahrten von Autobahnverkehrsflächen nicht genehmigungsfähig sind. Grundsätzlich sind bei allen Planungen die Erfordernisse an die Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs und deren Leichtigkeit zu berücksichtigen. Daher sind bei der Siedlungsentwicklung, unabhängig, um welche Gebiete oder Standorte es sich handelt immer auch die Kapazitäten der Autobahnen insbesondere die Leistungsfähigkeit der Anschlussstellen zu betrachten. Ein sicherer und flüssiger Abfluss des Verkehrs sowie das Vorhandensein ausreichender du entsprechend dimensionierter Verkehrsflächen sind maßgeblich, um einen Stau auf der Autobahn zu vermeiden. Ebenfalls kann eine abgestimmte Zielwegweisung an Autobahnen Verkehrsströme effektiv und weiträumig lenken. So können Überlastungen an Anschlussstellen und ggf. im Nebennetz verhindert werden. Im Zuge der Sicherstellung einer leistungsfähigen und bedarfsgerechten Abwicklung des Autobahnverkehrs ist eine Berücksichtigung bei der Fortschreibung der Regionalplanung unerlässlich.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und führt nicht zu einer Planänderung. Der Sachverhalt "Sicherheit" und Leichtigkeit" ist nicht von Relevanz im Regionalplanmaßstab und wird erst in nachgeordneten Verfahren präzisiert.
BE-ID: 737	Folgende generelle Hinweise bitten wir zu beachten: Längs der Bundesautobahnen (BAB) dürfen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn nicht errichtet werden nach § 9 Abs. 1 FStrG. Dies gilt gemäß § 9 Abs. 1 S. 2 FStrG auch für Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfanges. Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn bauliche Anlagen längs der BAB in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen. Anlagen der Außenwerbung, die den Verkehrsteilnehmer auf der BAB ansprechen sollen oder dazu geeignet sind, sind im Hinblick auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs insbesondere auch in der Bauphase nicht zulässig. Hierzu zählen u.a. jegliche sowohl horizontale als auch vertikale Schriftzüge oder bildliche Darstellungen, die an den geplanten Anlagen vorübergehend oder dauerhaft angebracht werden sollen. Dies gilt in Bezug auf die zum Bau und zur Unterhaltung der Anlagen eingesetzten Geräte und Vorrichtungen. Hierbei genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Auf § 33 StVO wird verwiesen. Generell dürfen von Vorhaben auch während der Bauzeit, keine die Sicherheit und die Leichtigkeit des Verkehrs gefährdenden Immissionen ausgehen. Eine Ablenkungs- und Blendgefahr der Verkehrsteilnehmer auf der BAB ist auszuschließen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und führt nicht zu einer Planänderung. Der Sachverhalt "Sicherheit" und Leichtigkeit" ist nicht von Relevanz im Regionalplanmaßstab und wird erst in nachgeordneten Verfahren präzisiert.
BE-ID: 740	Wir weisen außerdem darauf hin, dass aufgrund des geltenden öffentlichen Nachbarrechtes und insbesondere auf Grundlage von § 5 Abs. 1 Nr. 1 BundesImmissionsschutzgesetz (BimSchG) zwingend eine Beteiligung der Autobahn GmbH des Bundes im Verfahren zu erfolgen hat. Die Autobahn GmbH ist mit den Aufgaben des Straßenbaulastträgers betraut. Eine Realisierung der abstrakten Gefahren würde	Die Zuständigkeit wird zur Kenntnis genommen. Die Autobahn GmbH des Bundes ist als Träger öffentlicher Belange (TÖB ID 2061) am Regionalplanverfahren beteiligt worden und hat eine Stellungnahme abgegeben.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	zwangsweise in die der Autobahn GmbH des Bundes anvertrauten Schutzgüter wie Leib und Leben der Verkehrsteilnehmer und die Integrität der Verkehrsinfrastruktur eingreifen. Sollten wir bei unserer Vorprüfung betroffene Belange im voran dargestellten Zuständigkeitsbereich übersehen haben, bitten wir Sie höflich um einen entsprechenden Hinweis. Wir bitten im weiteren Verfahren beteiligt zu werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Autobahn GmbH des Bundes als Träger der Straßenbaulast weiterhin zu beteiligen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 730	Die Festlegung zu Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz aus dem Regionalplanentwurf wird bei der Rastanlagenneubauplanung beachtet.	Kenntnisnahme.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 733	Insbesondere sind bei der Freiraumplanung die großflächigen Windeignungsgebiete problematisch, da Verkehrsflächen der Autobahnen tangiert oder diese Gebiete von den Autobahntrassen durchschnitten werden. Infolge dessen sind straßenrechtliche und betriebsdienstliche Berührungspunkte von diesen Gebietsausweisungen zu Autobahnen zu erwarten. Folgende Windeignungsgebiete (WEG) tangieren oder durchschneiden Autobahnverkehrsflächen: 1.) - WEG 5 „Ferch" (AlO) / 2.) - WEG 16 „Reesdorf" (A 9) / 3.) - WEG 33 „Deutsch Bork - Schlalach" (A 9). Während beim WEG 5 durch Aussparen der Autobahn aus dem ausgewiesenen Eignungsgebiet straßenrechtliche Festlegungen des FStrG offenbar Beachtung finden, ist dies beim WEG 33 nicht erfolgt. Dies ist zu modifizieren. Im Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Entwurf (Stand: August 2020) ist auf den Seiten 64-65 wie folgt ausgeführt " ... B 26 Beeinflussungsbereiche von Verkehrswegen: Gemäß § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) gelten an Bundesautobahnen Anbauverbotszonen für Hochbauten jeglicher Art in einer Breite von 40 m und für Bundesstraßen von 20 m. Daneben bedürfen Baugenehmigungen oder andere Zulassungen baulicher Anlagen längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m und längs der Bundesstraßen bis zu 40 m der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde (§ 9 Abs. 2 FStrG [13]). Bezüglich der Landes- und Kreisstraßen regelt §24 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG}, dass außerhalb der Ortsdurchfahrten längs der Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn nicht errichtet werden dürfen. Im Fall von Windenergieanlagen beziehen sich die Abstände dabei jeweils auf den Abstand vom äußersten Rand der befestigten Fahrbahn zur äußersten Rotorblattspitze ([11] S. 2). Das straßenrechtliche Anbauverbot dient dazu, die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs dadurch zu schützen, dass die Gefahren der Ablenkung und Sichtbeeinträchtigung nach Möglichkeit vermieden werden. Windenergieanlagen können aufgrund ihrer Bauhöhe und der Drehbewegung der Rotoren störend wirken. Die Anbauverbotszonen werden sich auf Grund der geringen Ausdehnung in der Regel nicht auf die Festlegung von Eignungsgebieten auswirken. Die Erforderlichkeit größerer Abstände ist im Einzelfall zu prüfen. ... ". Bei dem hier benannten Abstand der Rotorblattspitze zur äußeren Fahrbahnkante der BAB wird sich auf die Handreichung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BL WE) Berlin, vom 18.06.2012 bezogen. Dieser alleinige Bezug bzw. die Ausführungen berücksichtigen u.E. die anbaurechtlichen Belange zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs an Bundesautobahnen unzureichend.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 734	Der öffentliche Belang der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs wird bei der Errichtung von Windkraftanlagen (WKA) in Autobahnnähe regelmäßig beeinträchtigt, sofern die Autobahntrassen durch den Wirkungsbereich der WKA verlaufen. Aufgrund der Nähe zur Fahrbahn der BAB und der Gesamthöhe der Anlagen sind die spezifischen, sich hieraus ergebenden abstrakten Gefahren durch ein Umkippen der Anlage, das Lösen von Teilen sowie von Eisansetzungen, durch Schatteneinwirkungen und sonstige auf die BAB wirkende Immissionen zu betrachten. Selbst die geringste Realisierung der Gefahren kann aufgrund der Verkehrslast auf der BAB weitreichende Folgen für das Leib und Leben der Verkehrsteilnehmer, die Aufrechterhaltung der Verkehrsfunktion der BAB und die Leistungsfähigkeit des nachgeordneten Netzes haben. Neue WKA werden bei zunehmender Höhe in immer geringerem Abstand zu Autobahnen geplant. Dadurch wird die Verkehrssicherheit durch die von den WKA ausgehenden Gefahren (Ablenkung der Verkehrsteilnehmer, Eisabwurf, Schattenschlag, Ölverspritzungen, Blendgefahr usw.) in nicht hinzunehmender Weise beeinträchtigt. Besonders Drehbewegungen der Rotorblätter in unmittelbarer Nähe zur Autobahn können eine ablenkende und somit verkehrsgefährdende Wirkung erzielen, da sie den Blick des Betrachters generell auf sich ziehen (Entscheidung des OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 16.06.2005 - 2 L 533/02). Ablenkungen der Verkehrsteilnehmer bergen stets die Gefahr der Verursachung von Verkehrsunfällen mit hohem Personen- und/ oder Sachschaden in sich. Daher ist dem Schutzgut Leben und Gesundheit der Verkehrsteilnehmer und ihrer Sachwerte höchste Priorität einzuräumen. Vor diesem Hintergrund müssen die Belange der Verkehrssicherheit beim Neubau und dem Repowering von Windenergieanlagen bereits bei der Ausweisung von Vorranggebieten in den Regionalplänen ausreichend berücksichtigt werden, um straßenverkehrsgefährdende Situationen für den fliessenden Verkehr insbesondere auf Autobahnen, die der höchsten Straßenkategorie angehören und das Rückgrat des Straßennetzes bilden, auszuschließen. In diesem Zusammenhang ist aus auch u.E. bereits auf der Regionalplanebene eine zweckmäßige Festlegung zu einem konkreten Schutzabstand zwischen WKA und Autobahnverkehrsflächen als Mindestabstand festzulegen und explizit in der Begründung zum Regionalplan zu benennen. In Anlehnung daran empfehlen wir die Aufnahme einer Regelung, die Anbauverbotszone und grundsätzlich auch die Anbaubeschränkungszone von Windkraftanlagen einschließlich ihres Rotors freizuhalten ist. Bei Bundesautobahnen in einem Bereich von 100 m ab befestigtem Fahrbahnrand. Bei Tank und Rastanlagen oder Parkplätzen ein Bereich von 100 m ab dem äußersten Fahrbahnrand innerhalb der Anlage. Der erforderliche Mindestabstand gemessen vom Mastmittelpunkt bis zum Fahrbahnrand (=Rand der asphaltierten Fläche) betrüge somit 100 m + Rotorradius.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 735	Beachtung finden muss auch, dass wenngleich aufgrund eines Mindestabstandes der Rotorblätter zur Fahrbahnkante der BAB von mehr als 100 m anbaurechtliche Belange nicht berührt werden, dennoch bei der Realisierung von Windenergieanlagen (WEA) in Autobahnnähe jedenfalls eine abstrakte Gefährdung der Verkehrsteilnehmer der BAB bestehen kann (Gesamthöhe der Anlagen, abstrakten Gefahren durch ein Umkippen der Anlage, das Lösen von Teilen sowie von Eisansetzungen, durch Schatteneinwirkungen und sonstige auf die BAB wirkende Immissionen). Selbst die geringste Realisierung der Gefahren kann aufgrund der Verkehrslast auf der BAB weitreichende Folgen für das Leib und Leben der Verkehrsteilnehmer, die Aufrechterhaltung der Verkehrsfunktion der BAB und die Leistungsfähigkeit des nachgeordneten Netzes haben. Hier geben wir hinsichtlich der entstehenden Gefahrenlage folgendes zu bedenken: Zahlreiche Unfälle von Windkraftanlagen oder jedenfalls Beinaheunfälle mit Dritten aufgrund der zuvor genannten Gefahren haben hinreichend deutlich belegt, dass der engere Gefahrradius, mit einem unmittelbaren Örtlichkeitszusammenhang hinsichtlich der Konkretisierung von Gefahren, noch weit über die sog. Anbaubeschränkungszone von 100 m hinausreicht. Zur Veranschaulichung von Unfällen von bzw. mit	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Windkraftanlagen aus der näheren Vergangenheit sei beispielhaft auf folgende Vorkommnisse verwiesen: 1.) Blattbruch einer WEA im Kreis Borchen am 09.03.2018 mit großräumigem Einschlag von Trümmerteilen, 2.) Einsturz einer WEA aus bisher ungeklärter Ursache in Haltern (Kreis Recklinghausen) am 29.09.2021, 3.) sturmbedingter Blattbruch einer WEA im Kreis Heidesheim am 21.10.2021. Allein auch im Zusammenhang mit den neuesten Starkwindereignissen sind drei Havariefälle bekannt, die bei einer Errichtung im Nahbereich einer BAB zu einer Gefahr führen können. Zwar kam es in keinem der o. g. Beispiele zu einer konkreten Verletzung von Verkehrsteilnehmern einer BAB. Dieser Umstand war jedoch lediglich dem Zufall bzw. der Tatsache geschuldet, dass die havarierten Anlagen nicht in Autobahnnähe gelegen waren. Daher ist auch auf Regelungen hinsichtlich des Gefahrenradius (= 1,5 x [Nabenhöhe + Rotordurchmesser] vgl. OVG Koblenz, NVwZ-RR 2006, 768 bzw. OVG Magdeburg, Beschl. v. 09.02.2006 - 2 M 71/05, BeckRS 2008, 33 042) bereits in der Regionalplanung einzugehen.	
BE-ID: 738	Mit Blick auf die Sichtbeziehungen ergeht der Hinweis zur Prüfung der Aufnahme eines Hinweises der Prüfung, inwieweit die Installation von Blinklichtern zur Kennzeichnung von WKA zur Vermeidung der Ablenkung von Verkehrsteilnehmern unterlassen werden kann, sofern dies nicht luftrechtliche Bestimmungen erfordern. Ist Letzteres der Fall, sollte zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit die nächtliche Kennzeichnung der geplanten WKA mit einem nach Bedarf gesteuerten radargestützten Befeuerungssystem (z. B. airspex(R) oder gleichwertig) koordiniert mit anderen im Windpark befindlichen WKA erfolgen. Diese Art der Befeuerung sollte hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit auf der BAB Anwendung finden und wäre daher einer Sichtweitenmessung mit angepasster Leuchtstärkeregelung vorzuziehen. Zur Vermeidung störender Lichtreflexionen durch die Rotorblätter (Disco-Effekt") für den Autobahnverkehr empfehlen wir mittelreflektierende Farben und matte Glanzgrade gemäß DIN bei der Beschichtung der Rotorblätter anzuwenden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 739	Insbesondere sind bei der Freiraumplanung die Rohstoffgewinnungsgebiete problematisch, da Verkehrsflächen der Autobahnen tangiert oder diese Gebiete von den Autobahntrassen durchschnitten werden. Infolge dessen sind straßenrechtliche und betriebsdienstliche Berührungspunkte von diesen Gebietsausweisungen zu Autobahnen zu erwarten. Folgende Rohstoffgewinnungsgebiete (VR/VB) tangieren oder durchschneiden Autobahnverkehrsflächen: 1.) - VB 13 11 Grebs (Sand)" (A 2) / 2.) - VR 16 „Linthe (Sand/Kiessand)" (A 9) / 3.) - VR 22 „Niemegk/ An der Autobahn (Sand)" (A 9) / 4. - VB 24 „Niemegk/ An der Autobahn (Sand)" (A 9).	Die benannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete tangieren in ihrem Grenzbereich Autobahntrassen, die aber nicht von diesen Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming beeinträchtigt werden. Der Regionalplan trifft lediglich Planaussagen im überörtlichen Maßstab von 1:100.000. In den Randbereichen regionalplanerischer Festlegungen werden anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Bauleitplanverfahrens / Abbaubetriebsplanverfahren) maßstabsbedingte Planunschärfen kleinteilig konkretisiert, wonach die Berücksichtigung der Belange des Autobahnverkehrs erfolgt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 728	Entsprechend dem vorgelegten Regionalplanentwurf sind im Bereich der neuen Tank-und Rastanlage „Havelseen" außerhalb der Planfeststellungsgrenzen Vorranggebiete für die Landwirtschaft (Z 2.4 (3)) ausgewiesen. Diese Festsetzungen sind an die Planfeststellungsgrenzen der Autobahnausbaupläne für die Tank- und Rastanlage „Havelseen" anzupassen.	Die Planung wird im Rahmen der Abwägung berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 729	Entsprechend dem vorgelegten Regionalplanentwurf sind im Bereich der neuen Tank- und Rastanlage „Havelseen" außerhalb der Planfeststellungsgrenzen Flächen des Freiraumverbundes (Z 6.2) ausgewiesen. Diese Festsetzungen sind an die Planfeststellungsgrenzen der Autobahnausbaupläne für die Tank- und Rastanlage „Havelseen" anzupassen.	Die Darstellungen zum Freiraumverbund resultieren aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Plangeber des LEP HR ist die Gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg. Daher kann der Anregung nicht gefolgt werden. Die Darstellungen zum Freiraumverbund resultieren aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Plangeber des LEP HR ist die Gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg. Daher kann der Anregung nicht gefolgt werden. Die Darstellungen zum Freiraumverbund resultieren aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Plangeber des LEP HR ist die Gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg. Daher kann der Anregung nicht gefolgt werden. Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
nicht zuordenbar		
BE-ID: 724	Durch das Plangebiet des Regionalplans Havelland-Fläming 2020 3.0 verlaufen die Bundesautobahnen (BAB) A 2, A 9, A 10, A 24 und A 115. Das Fernstraßen-Bundesamt ist die zuständige Genehmigungs- und Zustimmungsbehörde (Zustimmung im Rahmen von Bau- und Genehmigungsverfahren) für anbaurechtlich relevante Nutzungen in einem Abstand von 100 m entlang der Bundesautobahnen (BAB) und in einem Abstand von 40 m entlang der Bundesstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrt der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen i. S. d. § 9 Bundesfernstraßengesetz (FStrG). Für die vorbezeichneten Straßen nimmt die Autobahn GmbH des Bundes die Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast wahr und ist in Bau- und Genehmigungsverfahren neben dem Fernstraßen-Bundesamt unabhängig von der Entfernung zum Straßenrand bei einer möglichen Betroffenheit als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.	Die Zuständigkeit wird zur Kenntnis genommen. Die Autobahn GmbH des Bundes ist als Träger öffentlicher Belange (TÖB ID 2061) am Regionalplanverfahren beteiligt worden und hat eine Stellungnahme abgegeben.
TÖB-Nr.: 2069 / APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 134	Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 08.02.2022, finden Sie angefügt unsere Stellungnahme zu Ihrer Kenntnisnahme und Beachtung. Natürlich werden unsere Anliegen erst bei der konkreten Planung von Siedlungs- und Gewerbegebieten mit den dann realen Verhältnissen relevant, aber vielleicht hilft diese Stellungnahme bei den speziellen Planungen von Anfang an, mit einbezogen zu werden.	Kenntnisnahme. Die in der Stellungnahme vorgebrachten und nachvollziehbaren Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Siedlung		
BE-ID: 135	Besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark: Anforderungen an die Gewährleistung der Abfallentsorgung vor der Haustür Mit der Abfallentsorgung im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde die kreiseigene APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH mit Sitz in Niemegk beauftragt. Damit ist die APM GmbH „Träger öffentlicher Belange" im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Bauleitpläne haben für die betreffenden Gebiete	Kenntnisnahme. Die in der Stellungnahme vorgebrachten und nachvollziehbaren Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten. Die Zuständigkeit der APM Potsdam-Mittelmark wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Satzungscharakter, so dass die hier getroffenen Festlegungen für die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke rechtsverbindlich sind. Im Zuge von Neubaumaßnahmen oder Umbauten von Straßen kommt es immer wieder im Landkreis zu Problemen bei der Abfallentsorgung. Fehlende oder verbaute Wendemöglichkeiten sowie nicht ausreichend dimensionierte Straßen machen die Abfallentsorgung mit den gängigen Müllsammelfahrzeugen, unter Berücksichtigung einschlägiger Rechtsnormen, unmöglich. In der Folge müssen separate Standplätze für alle betroffenen Müllbehälter an der nächst befahrbaren Straße geschaffen werden. Das zieht zumeist Ärger nach sich und lässt sich im Nachhinein nicht mehr ändern!	
BE-ID: 136	Besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden: 1. Rechtliche Grundlagen - unabhängig von baurechtlichen Normen - Abfallentsorgungssatzung (AbfES) des Landreises Potsdam Mittelmark in der jeweils gültigen Fassung (Fundstelle: http://www.potsdam-mittelmark.de/de/landkreis-verwaltung/kreisverwaltung/satzungen-kreisrecht/) - Unfallverhütungsvorschriften bzw. Berufsgenossenschaft Vorschriften, DGUV Vorschrift 43 „Müllbeseitigung" sowie die DGUV Information 214-033 Nr. 5 und DGUV- Regeln 114-601 - Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen, RASt 06 mit Korrektur Stand 15.12.2008	Die in der Stellungnahme vorgebrachten Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten.
BE-ID: 137	Besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Fortsetzung der Aufzählung 2. Fahrzeugtechnik des Landkreises Potsdam- Mittelmark zur Abfallentsorgung Da die verschiedenen Abfallfraktionen mit unterschiedlicher Fahrzeugtechnik entsorgt werden, sollte beachtet werden, dass die Maße für die größten eingesetzten Fahrzeuge sich wie folgt darstellen: Länge: 11 ,10 m; Breite: 2,55 m Überhang vorn: 1,00 m, Überhang hinten: 2,60 m ohne Radradius, Radradius. 0,54 m	Die in der Stellungnahme vorgebrachten Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten.
BE-ID: 138	Besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Fortsetzung der Aufzählung] 3. Kriterien für die Errichtung von Erschließungsstraßen Nach den gesetzlichen Vorgaben dürfen Fahrzeuge nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen. Konkret bedeutet dies, dass die Straße - die höchstzulässige Fahrzeugbreite gem. StVZO zuzüglich Sicherheitsabstand zu beiden Seiten des Fahrzeuges berücksichtigt. Gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 1 StVZO ist die höchstzulässige Breite für Kraftfahrzeuge und Anhänger mit 2,55 m bestimmt. Für ein gefahrloses Vorbeifahren an seitlichen Hindernissen wird zusätzlicher Freiraum benötigt. In der Praxis geht die Rechtsprechung hier von 50 cm auf jeder Seite aus. Damit ergibt sich eine durchgängige Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m. - für das Müllsammelfahrzeug ausreichend tragfähig sein muss (bis 30 t), - so gestaltet sein muss, dass in den Kurvenbereichen die Schleppkurven der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt werden, - so bemessen sein muss, dass an den Ein- und Ausfahrten	Die in der Stellungnahme vorgebrachten Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	mindestens die Schleppkurve der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt sind. Dies gilt auch für Pflanzinseln, Bäume und ausgewiesene Parkplätze, - so gestaltet sein muss, dass eventuelle Bodenschwellen von Müllfahrzeugen problemlos überfahren werden können, - so gestaltet sein muss, dass eventuelle Steigungen und Gefälle von Müllfahrzeugen gefahrlos befahren werden können, - eine lichte Durchfahrtshöhe von mindestens 4 m zuzüglich Sicherheitsabstand aufweisen muss. Insbesondere Äste und Straßenlaternen dürfen nicht in das Lichtraumprofil ragen. Zusätzlich ist zu beachten, dass die Straße und ggf. der Gehweg so angelegt werden, dass durch die Bereitstellung der Abfallbehälter sowohl für den Straßenverkehr als auch für den Fußgängerverkehr keine Gefahren oder Behinderungen zu befürchten sind.	
BE-ID: 139	Besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Fortsetzung der Aufzählung] 4. Stichstraßen: Gemäß § 7 DGUV Vorschrift 43 „Müllbeseitigung" ist dem Fahrpersonal ein Rückwärtsfahren ohne Einweiser untersagt. Da Sammelfahrzeuge im Landkreis überwiegend mit Seitenladetechnik in Einmannbesatzung entsorgen, ist diese Vorschrift vom Fahrpersonal zwingend einzuhalten. Daher ist am Ende von Stichstraßen eine geeignete Wendeanlage in Form eines Wendekreises, einer Wendeschleife bzw. eines Wendehammers vorzusehen. In einem Wendehammer muss das Wenden mit einem höchstens zweimaligen Zurückstoßen möglich sein (gilt nicht als Rückwärtsfahren). Wendekreisdurchmesser lt. Hersteller für dreiachsige Entsorgungsfahrzeuge: 23,60 m. Die Praxis zeigt jedoch, dass ein Wendekreis kleiner als 25 m nicht geeignet ist. Um die Befahrung sicherzustellen, sind Wendeanlagen an den Abfuhrtagen von parkenden Fahrzeugen freizuhalten. Hier können ggf. verkehrsregelnde Maßnahmen erforderlich sein.	Die in der Stellungnahme vorgebrachten Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten.
BE-ID: 140	Besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Fortsetzung der Aufzählung] 5. Privatstraßen: Sollte die Entsorgung der Abfälle an den Grundstücken nur durch die Befahrung einer Privatstraße möglich sein, wird darauf verwiesen, dass die dazu notwendige Dienstbarkeit in den Grundbüchern der/des Eigentümer/s einzutragen ist. Ohne diesen Nachweis erfolgt eine Befahrung von Privatstraßen nicht.	Die in der Stellungnahme vorgebrachten Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten.
BE-ID: 141	Besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Fortsetzung der Aufzählung] 6. Einrichtung von Sammelplätzen Bei Straßen und Wohnwegen, die von Müllfahrzeugen nicht befahren werden dürfen (z. B. fehlende oder nicht ausreichende Wendeanlagen oder zu geringe Fahrbahnbreite), müssen für die Müllbehälter und Wertstoffsäcke der Anlieger entsprechend dimensionierte Sammelplätze im Bereich der Einmündung in die nächste für das Müllfahrzeug	Die in der Stellungnahme vorgebrachten Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	befahrbare Straße angelegt werden. Bei der Einrichtung dieser Sammelplätze sollten folgende Vorgaben berücksichtigt werden: - Um spätere Interessenskonflikte mit künftigen Anliegern zu vermeiden, sind die Sammelplätze in den Bebauungsplan aufzunehmen und entsprechend zu erläutern. - Zusätzlich ist es sinnvoll, die Käufer der Grundstücke an den Wohnwegen im Rahmen des Kaufvertrages darauf hinzuweisen, dass jegliche Abfälle im Bringsystem an den ausgewiesenen Sammelplätzen zur Abholung bereitzustellen sind. - Die Sammelplätze sind so anzulegen, dass weder Fußgänger- noch der Straßenverkehr gefährdet oder behindert werden. - Die Sammelplätze müssen vom Müllfahrzeug so angefahren werden können, dass das Laden problemlos möglich ist. - Die Fläche des Sammelplatzes ist auf die Anzahl der zukünftigen Nutzer und die zugelassenen Abfallbehälter des Landkreises sowie Gelben Säcke für Leichtverpackungen abzustimmen. - Eine zumutbare Transportentfernung der Abfallbehälter zum Sammelplatz sollte nicht überschritten werden.	
BE-ID: 142	Besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden: [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Fortsetzung der Aufzählung] 7. Abfallwirtschaftliche Aspekte bei der Einrichtung von Straßenbaustellen Während der Bauphase ist die Absicherung der Entsorgungsleistung durch Zugang zu den Abfallbehältnissen sicher zu stellen. Kann dies nicht gewährleistet werden, ist sicherzustellen, dass die Abfallbehältnisse an Sammelplätzen durch die den Bau ausführende Firma bereitgestellt werden. Es ist zu beachten, dass durch die unmittelbaren Bauarbeiten Seitenstraßen zu Sackgassen werden können und diese mit in die Bereitstellung der Behältnisse einbezogen werden müssen. Müllfahrzeuge sind in ihrer Ausführung nicht mit Baustellenfahrzeugen vergleichbar. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung im Bereich von Straßenbaustellen Bedarf daher folgender Voraussetzungen: - Eine feste, d. h. bis 30 t belastbare Fahrbahn. - Da die Müllfahrzeuge bauartbedingt erheblich tiefer liegen als z. B. Baustellen-LKW's, sind Bodenwellen oder -senken soweit wie möglich zu minimieren. Fahrbahnen, aus denen Kanaldeckel oder Deckel von Straßenabläufen hervorstehen, können nicht befahren werden. - Die bereits unter Punkt 3 genannte Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m ist zu gewährleisten. - Während der Abfuhrtage ist die Durchfahrt dauerhaft sicherzustellen.	Die in der Stellungnahme vorgebrachten Hinweise werden, wie in dieser einleitend auch erwähnt, erst in der konkretisierenden Bauleitplanung relevant. Diese Detailliertheit kann die Ebene der Regionalplanung nicht leisten.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 3490	Sehr geehrte Damen und Herren, unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 08.02.2022, finden Sie angefügt unsere Stellungnahme zu Ihrer Kenntnisnahme und Beachtung. Natürlich werden unsere Anliegen erst bei der konkreten Planung von Siedlungs- und Gewerbegebieten mit den dann realen Verhältnissen relevant, aber vielleicht hilft diese Stellungnahme bei den speziellen Planungen von Anfang an, mit einbezogen zu werden. Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen, i. A. Dirk Wassermann Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 08.02.2022 zu o.g. Betreff und übermittle Ihnen nachfolgend aus Sicht des Entsorgungsunternehmens APM Abfallwirtschaft Potsdam - Mittelmark GmbH besonders zu beachtende Sachverhalte im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen in den Vorbehaltsgebieten Siedlung und den gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Landkreis Potsdam-Mittelmark. A) Anforderungen an die Gewährleistung der Abfallentsorgung vor der Haustür Mit der Abfallentsorgung im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde die kreiseigene APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH mit Sitz in Niemegk beauftragt. Damit ist die APM GmbH „Träger öffentlicher	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen keine Belange, die auf der Ebene der Regionalplanung von Bedeutung sind.

Belange" im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Bauleitpläne haben für die betreffenden Gebiete Satzungscharakter, so dass die hier getroffenen Festlegungen für die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke rechtsverbindlich sind. Im Zuge von Neubaumaßnahmen oder Umbauten von Straßen kommt es immer wieder im Landkreis zu Problemen bei der Abfallentsorgung. Fehlende oder verbaute Wendemöglichkeiten sowie nicht ausreichend dimensionierte Straßen machen die Abfallentsorgung mit den gängigen Müllsammelfahrzeugen, unter Berücksichtigung einschlägiger Rechtsnormen, unmöglich. In der Folge müssen separate Standplätze für alle betroffenen Müllbehälter an der nächst befahrbaren Straße geschaffen werden. Das zieht zumeist Ärger nach sich und lässt sich im Nachhinein nicht mehr ändern! Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden: 1. Rechtliche Grundlagen - unabhängig von baurechtlichen Normen ? Abfallentsorgungssatzung (AbfES) des Landreises Potsdam Mittelmark in der jeweils gültigen Fassung (Fundstelle: http://www.potsdam-mittelmark.de/de/landkreis-verwaltung/kreisverwaltung/satzungen-kreisrechtl) ? Unfallverhütungsvorschriften bzw. Berufsgenossenschaft Vorschriften, DGUV Vorschrift 43 „Müllbeseitigung" sowie die DGUV Information 214-033 Nr. 5 und DGUV- Regeln 114-601 ? Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen, RASt 06 mit Korrektur Stand 15.12.2008 2. Fahrzeugtechnik des Landkreises Potsdam- Mittelmark zur Abfallentsorgung Da die verschiedenen Abfallfraktionen mit unterschiedlicher Fahrzeugtechnik entsorgt werden, sollte beachtet werden, dass die Maße für die größten eingesetzten Fahrzeuge sich wie folgt darstellen: Länge: 11 ,10 m; Breite: 2,55 m Überhang vorn: 1,00 m, Überhang hinten: 2,60 m ohne Radradius, Radradius. 0,54 m 3. Kriterien für die Errichtung von Erschließungsstraßen Nach den gesetzlichen Vorgaben dürfen Fahrzeuge nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen. Konkret bedeutet dies, dass die Straße ? die höchstzulässige Fahrzeugbreite gern. StVZO zuzüglich Sicherheitsabstand zu beiden Seiten des Fahrzeuges berücksichtigt. Gemäß§ 32 Abs. 1 Nr. 1 StVZO ist die höchstzulässige Breite für Kraftfahrzeuge und Anhänger mit 2,55 m bestimmt. Für ein gefahrloses Vorbeifahren an seitlichen Hindernissen wird zusätzlicher Freiraum benötigt. In der Praxis geht die Rechtsprechung hier von 50 cm auf jeder Seite aus. Damit ergibt sich eine durchgängige Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m. ? für das Müllsammelfahrzeug ausreichend tragfähig sein muss (bis 30 t), ? so gestaltet sein muss, dass in den Kurvenbereichen die Schleppkurven der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt werden, ? so bemessen sein muss, dass an den Ein- und Ausfahrten mindestens die Schleppkurve der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt sind. Dies gilt auch für Pflanzinseln, Bäume und ausgewiesene Parkplätze, ? so gestaltet sein muss, dass eventuelle Bodenschwellen von Müllfahrzeugen problemlos überfahren werden können, ? so gestaltet sein muss, dass eventuelle Steigungen und Gefälle von Müllfahrzeugen gefahrlos befahren werden können, ? eine lichte Durchfahrtshöhe von mindestens 4 m zuzüglich Sicherheitsabstand aufweisen muss. Insbesondere Äste und Straßenlaternen dürfen nicht in das Lichtraumprofil ragen. Zusätzlich ist zu beachten, dass die Straße und ggf. der Gehweg so angelegt werden, dass durch die Bereitstellung der Abfallbehälter sowohl für den Straßenverkehr als auch für den Fußgängerverkehr keine Gefahren oder Behinderungen zu befürchten sind. 4. Stichstraßen: Gemäß § 7 DGUV Vorschrift 43 „Müllbeseitigung" ist dem Fahrpersonal ein Rückwärtsfahren ohne Einweiser untersagt. Da Sammelfahrzeuge im Landkreis überwiegend mit Seitenladetechnik in Einmannbesatzung entsorgen, ist diese Vorschrift vom Fahrpersonal zwingend einzuhalten. Daher ist am Ende von Stichstraßen eine geeignete Wendeanlage in Form eines Wendekreises, einer Wendeschleife bzw. eines Wendehammers vorzusehen. In einem Wendehammer muss das Wenden mit einem höchstens zweimaligen Zurückstoßen möglich sein (gilt nicht als Rückwärtsfahren). Wendekreisdurchmesser lt. Hersteller für dreiachsige

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Entsorgungsfahrzeuge: 23,60 m. Die Praxis zeigt jedoch, dass ein Wendekreis kleiner als 25 m nicht geeignet ist. Um die Befahrung sicherzustellen, sind Wendeanlagen an den Abfuhrtagen von parkenden Fahrzeugen freizuhalten . Hier können ggf. verkehrsregelnde Maßnahmen erforderlich sein . 5. Privatstraßen: Sollte die Entsorgung der Abfälle an den Grundstücken nur durch die Befahrung einer Privatstraße möglich sein, wird darauf verwiesen, dass die dazu notwendige Dienstbarkeit in den Grundbüchern der/des Eigentümer/s einzutragen ist. Ohne diesen Nachweis erfolgt eine Befahrung von Privatstraßen nicht. 6. Einrichtung von Sammelplätzen Bei Straßen und Wohnwegen, die von Müllfahrzeugen nicht befahren werden dürfen (z. B. fehlende oder nicht ausreichende Wendeanlagen oder zu geringe Fahrbahnbreite), müssen für die Müllbehälter und Wertstoffsäcke der Anlieger entsprechend dimensionierte Sammelplätze im Bereich der Einmündung in die nächste für das Müllfahrzeug befahrbare Straße angelegt werden. Bei der Einrichtung dieser Sammelplätze sollten folgende Vorgaben berücksichtigt werden: ? Um spätere Interessenskonflikte mit künftigen Anliegern zu vermeiden, sind die Sammelplätze in den Bebauungsplan aufzunehmen und entsprechend zu erläutern. ? Zusätzlich ist es sinnvoll, die Käufer der Grundstücke an den Wohnwegen im Rahmen des Kaufvertrages darauf hinzuweisen, dass jegliche Abfälle im Bringsystem an den ausgewiesenen Sammelplätzen zur Abholung bereitzustellen sind. ? Die Sammelplätze sind so anzulegen, dass weder Fußgänger- noch der Straßenverkehr gefährdet oder behindert werden. ? Die Sammelplätze müssen vom Müllfahrzeug so angefahren werden können, dass das Laden problemlos möglich ist. ? Die Fläche des Sammelplatzes ist auf die Anzahl der zukünftigen Nutzer und die zugelassenen Abfallbehälter des Landkreises sowie Gelben Säcke für Leichtverpackungen abzustimmen. ? Eine zumutbare Transportentfernung der Abfallbehälter zum Sammelplatz sollte nicht überschritten werden. 7. Abfallwirtschaftliche Aspekte bei der Einrichtung von Straßenbaustellen Während der Bauphase ist die Absicherung der Entsorgungsleistung durch Zugang zu den Abfallbehältnissen sicher zu stellen. Kann dies nicht gewährleistet werden, ist sicherzustellen, dass die Abfallbehältnisse an Sammelplätzen durch die den Bau ausführende Firma bereitgestellt werden. Es ist zu beachten, dass durch die unmittelbaren Bauarbeiten Seitenstraßen zu Sackgassen werden können und diese mit in die Bereitstellung der Behältnisse einbezogen werden müssen. Müllfahrzeuge sind in ihrer Ausführung nicht mit Baustellenfahrzeugen vergleichbar. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung im Bereich von Straßenbaustellen Bedarf daher folgender Voraussetzungen: ? Eine feste, d. h. bis 30 t belastbare Fahrbahn. ? Da die Müllfahrzeuge bauartbedingt erheblich tiefer liegen als z. B. Baustellen-LKW's, sind Bodenwellen oder -senken soweit wie möglich zu minimieren. Fahrbahnen, aus denen Kanaldeckel oder Deckel von Straßenabläufen hervorstehen, können nicht befahren werden. ? Die bereits unter Punkt 3 genannte Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m ist zu gewährleisten. ? Während der Abfuhrtage ist die Durchfahrt dauerhaft sicherzustellen. Für weitere Detailfragen steht Ihnen in der Abt. Abfallberatung Frau Mehl unter Tel.- Nr. 033843/306-71 und Herr Wassermann unter Tel.- Nr. 033843/ 306 85 zur Verfügung. Freundliche Grüße, Wassermann	
TÖB-Nr.: 2070 / Stadtwerke Potsdam GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1956	Trinkwasserschutzgebiete im Raum Potsdam: Für unsere Wasserwerke im Raum Potsdam wurden die Trinkwasserschutzgebiete und ihre Schutzzonen durch Rechtsverordnungen festgesetzt, um das Grundwasser langfristig für die Wasserversorgung zu sichern. Es sind grundsätzlich die Regelungen der nachstehenden Wasserschutzgebietsverordnungen sowie das Wasserhaushaltsgesetz zu berücksichtigen: - Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Nedlitz - Verordnung zur Festsetzung des	Die Hinweise auf die Verordnungen zur Festsetzung der Wasserschutzgebiete werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf BE 1957 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Ferch - Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wildpark - Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Rehbrücke - Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Leipziger Str.	
BE-ID: 1959	[Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Die nachfolgende E-Mail wurde nachträglich zugestellt] Ergänzend zu unserer Stellungnahme möchten wir noch den folgenden Hinweis geben: Die Verfügbarkeit der nutzbaren Ressourcen für die Trinkwassergewinnung ist geologisch, klimatisch und aufgrund vielfältiger Nutzungskonflikte stark begrenzt. Es ist wichtig, dass die Wasserversorgung als Daseinsvorsorge wieder mit im Fokus der Regionalpläne steht und zukünftig neben Vorranggebieten für Landwirtschaft und Windkraft auch für das Lebensmittel Trinkwasser wieder Vorranggebiete für den Ressourcenschutz Wasser (Trinkwasser) ausgewiesen werden, wie es in der Vergangenheit der Fall war.	Der nachvollziehbaren Anregung, Vorranggebiete für den Ressourcenschutz Trinkwasser festzulegen, kann ggf. zu einem späteren Zeitpunkt nachgegangen werden. Eine solche Festlegung ist in der aktuellen Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019 nicht vorgesehen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1955	Wir nehmen Bezug auf ihre Anfrage vom 08.02.2022 zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Hierzu möchten wir folgende Stellungnahme abgeben, welche für Trinkwasser und Abwasser im Namen der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt sowie für Elektroenergie, Gas und Fernwärme im Auftrag der Netzgesellschaft Potsdam GmbH. Als zuständiger Netzbetreiber für die Medien Trink-, Schmutz- und Niederschlagswasser sowie für Elektroenergie, Gas und Fernwärme übernehmen wir die Verantwortung für die Errichtung und den sicheren Betrieb der örtlichen Ver- und Entsorgungsanlagen und der Verteilnetze innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam. Weiterhin übernehmen wir in der Gemeinde Schwielowsee den Betrieb der Wasser- und Abwassernetze. Unsere Anlagen und Netze gehören zu den sogenannten kritischen Infrastrukturen, welche von wesentlicher Bedeutung für die Allgemeinheit sind. Um die geforderte Sicherheit der leitungsgebundenen Versorgung mit Wasser und Energie dauerhaft gewährleisten zu können, müssen unsere Anlagen und Netze hinreichend gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein. Dies ist grundsätzlich bei der Aufstellung und Fortschreibung des Regionalplans zu berücksichtigen. Der Entwurf zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 beinhaltet unter anderem Festsetzungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz. So sind in der Festlegungskarte in den Gebieten Potsdam und Gemeinde Schwielowsee Flächen ausgewiesen, welche bei Hochwasserereignissen mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren mit mittlerer Wahrscheinlichkeit überflutet werden. Diesbezüglich sehen wir eine mögliche Gefährdung unserer kritischen Infrastruktur, welche gegebenenfalls besondere Schutzmaßnahmen über das normale Maß hinaus erfordert. Anlagen und Netze innerhalb der ausgewiesenen Hochwassergebiete sind hinsichtlich ihrer Gefährdung zu prüfen und nach Erfordernis durch geeignete Maßnahmen vor hochwasserbedingten Beeinträchtigungen zu schützen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zum Vorbeugenden Hochwasserschutz sollen dazu führen, dass potenzielle Hochwassergefahren und vorsorgende Maßnahmen bei allen Planungen und Maßnahmen stärker berücksichtigt werden, um eine Vermeidung bzw. Verringerung von Hochwasser bedingten Schäden zu gewährleisten. Konkrete Hochwasserschutzmaßnahmen sind mit den Festlegungen nicht verbunden. Die Darstellung von Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz in Bereichen von vorhandener Bebauung dient dazu, auf das bestehende Risiko hinzuweisen und zu entsprechenden Maßnahmen der Eigenvorsorge anzuregen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 Z 2.3.1 VR Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 1958	Sonstiges: Die vorhandene Kiesgrube am Templiner See wurde in der Festlegungskarte nicht als solche gekennzeichnet. Wir empfehlen, dies nochmals zu prüfen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Begründung: Das Gebiet befindet sich im LSG sowie im Freiraumverbund nach LEP HR. Gemäß Zielfestlegung 6.2 des LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Ausnahmen hiervon sind an hohe Maßstäbe des Plangebers des LEP HR gebunden und liegen nicht im Ermessen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		der Regionalen Planungsgemeinschaft.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 1957	Vorhandene Versorgungsleitungen und Betriebsanlagen Auskünfte zu den vorhandenen Medienbeständen der Energie und Wasser Potsdam GmbH sowie der Netzgesellschaft Potsdam GmbH können schriftlich angefragt werden unter der E-Mail-Adresse: [Adresse anonymisiert] Vorhandene Leitungen und Betriebsanlagen sind dauerhaft freizuhalten. Sie müssen vor Beschädigung sein und dürfen nicht überbaut oder mit stark wurzelnden Gehölzen überpflanzt werden. Es dürfen keine Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder den Betrieb der Anlagen beeinträchtigen oder gefährden können. Der freizuhaltende Schutzstreifenbereich ist abhängig von der Art und Dimension der Anlage und beim Netzbetreiber (EWP / NGP) zu erfragen. Gegebenenfalls erforderliche Schutzmaßnahmen sind mit dem Netzbetreiber abzustimmen. Sofern eine Umverlegung von Leitungen und Betriebsanlagen erforderlich ist, sind diese beim Netzbetreiber zu beantragen. Die Umverlegungsmaßnahmen werden nur auf Grundlage abgeschlossener Verträge vom Netzbetreiber durchgeführt. Je nach Art und Umfang der Maßnahmen sind entsprechende Vorlaufzeiten für die Planung, Genehmigung und Umsetzung zu berücksichtigen. Bei einer Geländeregulierung darf die Lage vorhandener Leitungen nicht verändert werden. Ebenso darf die Mindestüberdeckung (Tiefenlage) der Leitungen durch Erdarbeiten nicht unterschritten werden. Die Mindestüberdeckungen sind beim Netzbetreiber zu erfragen.	Die Hinweise zu den Bauanzeige- und -ausführungsvorschriften werden zur Kenntnis genommen. Die regionalplanerischen Festlegungen lösen noch keine direkte Bautätigkeit aus.
TÖB-Nr.: 2073 / Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2982	Auf Grundlage des Denkmalschutzgesetzes, der Denkmalliste des Landes Brandenburg, der Satzung, der Deklaration/ Verwaltungsvereinbarung und sonstiger Bestimmungen. 1. Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24.05.2004. 2. Denkmalliste des Landes Brandenburg. 3. Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft, gemäß Eintragung in die Liste des Kulturerbes der Welt (World Heritage List) der UNESCO vom 01.01.1991, Verwaltungsbereich Potsdam, Drucksache 96/0361, verabschiedet in der Stadtverordnetenversammlung am 04.09.1996, veröffentlicht 21.11.1996. 4. Deklaration über die Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin" auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011. 5. Verwaltungsvereinbarung zum Abstimmungsverfahren bei Verfahren und Vorhaben innerhalb der Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin" auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011 teilen wir Ihnen unsere denkmalfachliche Position als untere Denkmalschutzbehörde SPSG mit: Im Geltungsbereich der vorliegenden Planung liegen mehrere der denkmalgeschützten Objekte und Bereiche der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG): 1. Im Landkreis Potsdam-Mittelmarkt unsere Liegenschaft in Caputh, 2. Im Landkreis Havelland unsere Liegenschaft in Paretz und, 3. In der kreisfreien Stadt Potsdam mehrere Gartenanlagen. Der Auftrag der SPSG ist unter anderem die Erhaltung, die Bewahrung und die Vermittlung der Denkmale in ihrem Besitz und Eigentum, d.h., die Substanz, das Erscheinungsbild und die Umgebung sind zu bewahren bzw. zu schützen.	Die Hinweise zur Betroffenheit der SPSG werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 38 Ketzin/Havel-Wustermark		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2984	Es ist davon auszugehen, dass innerhalb der ausgewiesenen Flächen eine Erneuerung der bisherigen technischen Anlagen bis. 260 m hohe bauliche Windkraftanlagen mit kreisenden Rotorblättern errichtet werden können, die Auswirkungen auf Sichtbeziehungen aus den denkmalgeschützten Gärten / Parks und von Gebäuden der SPSG haben und mit ihrer Dominanz vorhandene gestaltete Garten- und Landschaftsbilder mit Senken und Hügeln der Kulturlandschaft in ihrer Maßstäblichkeit und Bildwirkung beeinträchtigen bzw. stören können. Folgende Gebiete sind hier betroffen: WEG 38 , VR 12 innerhalb von 10 km Abstand zur Ortslage Paretz in Ketzin WEG44 mit 12 km Abstand zum Park Babelsberg mit Gebäuden in Potsdam. Zu WEG 38, VR 12: Das Windeignungsgebiet 38 und das Vorranggebiet zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe 12 zwischen Knoblauch, Ketzin und Wustermark beinhaltet den Hügel des Kapellenberges bei der Dorfstelle Knoblauch; der 1803 mit einem Belvedere für Königin Luise und König Friedrich Wilhelm III. versehen worden ist und zum verschönerten Landschaftsraum nördlich des Kunstdorfes Paretz gehörte. Hier ist die untere Denkmalschutzbehörde des zuständigen Landkreises wegen möglicher Beeinträchtigungen oder Störungen einzubeziehen. Der topografisch gegebene Hügel des nach 1960 abgebrochenen Belvederes soll erhalten bleiben und die Windkraftanlagen sollten in den historischen Wegebeziehungen von Paretz zum Kapellenberg nicht sichtbar sein. Es besteht durch den Verein Historisches Paretz nach unserer Kenntnis die Absicht ein Belvedere zu errichten. Eine Erhöhung/ Ausweitung der Windkraftanlagen würde die Maßstäblichkeit der wahrnehmbaren Kulturlandschaftselemente in der Achse des Königsweges weiter negativ beeinträchtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf		
BE-ID: 2989	Zu WEG 44: Das Windeignungsgebiet 44 zwischen Marggraffshof bei Güterfelde, Sputendorf, Bahnhof Genshagener Heide und Neubeeren liegt genau in Verlängerung der Sicht aus dem Park Babelsberg vom Flatowturm zum Jagdschloss Stern und der Sichtbeziehung vom Belvedere auf dem Pfingstberg mit Blick zum Schloss _Babelsberg. Schon jetzt erscheinen die etwas über 100 m hohen Windräder am Horizont. Der Park Babelsberg ist Bestandteil der UNESCO-Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin", weitreichende Sichtbeziehungen gehen in die umgebene Landschaft. Wir halten es für notwendig, dies in den Windeignungsgebieten 38 und 44 zu berücksichtigen, da Windkraftanlagen technisch immer größere Höhen und Ausmaße erreichen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 2983	Der vorliegende Entwurf 3.0 weist wie 2013 und 2020 Gebiete für Bergbau und Flächen für die Windenergieeignung aus. Trotz der von lhnen durchgeführten Abwägung vom 16 .12.2014 möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass nach Möglichkeiten einer Modifikation gesucht werden sollte.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Begründung: Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkt 2. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Diese sind im Rahmen des dargelegten Planungskonzeptes hinreichend berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 12 Knoblauch-Kapellberg		
BE-ID: 2985	Es ist davon auszugehen, dass innerhalb der ausgewiesenen Flächen eine Erneuerung der bisherigen technischen Anlagen bis. 260 m hohe bauliche Windkraftanlagen mit kreisenden Rotorblättern errichtet werden können, die Auswirkungen auf Sichtbeziehungen aus den denkmalgeschützten Gärten / Parks und von	Dem Hinweis zur Einbeziehung der Unteren Denkmalschutzbehörde beim Landkreis Havelland ist im Rahmen des Beteligungsverfahrens gefolgt. Sie hat eine Stellungnahme -

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Gebäuden der SPSG haben und mit ihrer Dominanz vorhandene gestaltete Garten- und Landschaftsbilder mit Senken und Hügeln der Kulturlandschaft in ihrer Maßstäblichkeit und Bildwirkung beeinträchtigen bzw. stören können. Folgende Gebiete sind hier betroffen: WEG 38 , VR 12 innerhalb von 10 km Abstand zur Ortslage Paretz in Ketzin WEG44 mit 12 km Abstand zum Park Babelsberg mit Gebäuden in Potsdam. Zu WEG 38, VR 12: Das Windeignungsgebiet 38 und das Vorranggebiet zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe 12 zwischen Knoblauch, Ketzin und Wustermark beinhaltet den Hügel des Kapellenberges bei der Dorfstelle Knoblauch; der 1803 mit einem Belvedere für Königin Luise und König Friedrich Wilhelm III. versehen worden ist und zum verschönerten Landschaftsraum nördlich des Kunstdorfes Paretz gehörte. Hier ist die untere Denkmalschutzbehörde des zuständigen Landkreises wegen möglicher Beeinträchtigungen oder Störungen einzubeziehen. Der topografisch gegebene Hügel des nach 1960 abgebrochenen Belvederes soll erhalten bleiben und die Windkraftanlagen sollten in den historischen Wegebeziehungen von Paretz zum Kapellenberg nicht sichtbar sein. Es besteht durch den Verein Historisches Paretz nach unserer Kenntnis die Absicht ein Belvedere zu errichten.	auch bzgl. des VR12 Rohstoffgewinnung - abgegeben. Die Sachverhalte zur Windenergienutzung sind mit Beschluss der Regionalversammlung Havelland-Fläming vom 17. November 2022 vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt und in einem eigenständigen Verfahren zum Satzungsbeschluss am 6. Juni 2024 geführt worden. Hinweise: 1) Die Möglichkeit, den Landschaftsraum mit historischem Hügelblick zu erhalten, wie auch ein Belvedere zu errichten, kann bei der Erarbeitung eines Rahmen- sowie Abschlussbetriebsplanes mit dem LBGR erörtert werden. Ansonsten gelten die bei Bodenarbeiten denkmalschutzüblichen rechtlichen Bestimmung (z.B. Anzeige- und Dokumentationspflichten). 2) Der Planungsgemeinschaft sind geänderte Facheinschätzungen des LBGR mitgeteilt worden, wonach dem ursprünglichen Gebietsvorschlag des VR 12 nicht mehr gefolgt wird.
TÖB-Nr.: 2075 / Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 171	In obiger Angelegenheit [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0] bestehen von Seiten des Brandenburgischen Landesbetriebs für Liegenschaften und Bauen keine Bedenken.	Er wird zur Kenntnis genommen, dass gegen den Planentwurf keine Bedenken bestehen.
TÖB-Nr.: 2078 / Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 250	Folgende Planfeststellungsverfahren laufen zurzeit oder sind demnächst geplant: Ausbau der Flusshavel - Untere Havel-Wasserstraße (UHW) km 32,61 - 54,25 Ausbau Havelkanal (PFA 2) - Havelkanal (HvK) km 22,90 - 33,8	Die Hinweise zu den laufenden und geplanten Planfeststellungsverfahren werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 264	Neuanträge für Wasserentnahmen aus Bundeswasserstraßen zur Bewässerung von Landflächen werden vom WSA Spree-Havel grundsätzlich abgelehnt. Die vermehrten Wasserentnahmen aus den Bundeswasserstraßen haben einen direkten Einfluss auf die Abflussverhältnisse der Bundeswasserstraßen und die Grundwasserneubildung. Neben der Gewährleistung ausreichender Wassertiefen für die Schifffahrt, obliegt der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes die hoheitliche Aufgabe, die ökologische Durchgängigkeit an ihren Staubauwerken herzustellen. Die vermehrten Wasserentnahmen wirken sich negativ auf die Grundwasserneubildung, die Abflussverhältnisse und die damit verbundene ökologische Durchgängigkeit aus. Zusätzlich werden in den trockenen Sommermonaten Sammelschleusungen angeordnet, damit Wasser bei der Abgabe von Schleusungswasser in den Bundeswasserstraßen gespart wird.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Bedenken hinsichtlich der vermehrten Wasserentnahmen aus den Bundeswasserstraßen auf die Abflussverhältnisse der Bundeswasserstraßen und die Grundwasserneubildung und somit die Schiffbarkeit sind nachvollziehbar. Die von der Einwenderin genannten Hinweise sind jedoch nicht Gegenstand des Regionalplanentwurfs Havelland-Fläming 3.0. Die Festlegungen des Regionalplans haben keinen Einfluss auf die Sicherung der Verkehrswege der Bundeswasserstraßen sowie die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 246	Die Bundeswasserstraßen befinden sich überwiegend innerhalb von ausgewiesenen Hochwasserschutzzonen (Vorbehaltsgebieten). Diese Hochwasserschutzzonen dürfen die hoheitliche Aufgabenwahrnehmung des WSA Spree-Havel (insbesondere Unterhaltung und Ausbau der	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es wird festgestellt, dass die Festlegung Vorbehaltsgebiet Vorbeugender Hochwasserschutz des Regionalplans keine Einschränkung der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bundeswasserstraßen, Betrieb der bundeseigenen Schifffahrtsanlagen) nicht einschränken.	hoheitlichen Aufgabenwahrnehmung im Sinne des Ausbaus und Unterhaltung der Bundeswasserstraßen sowie dem Betrieb der bundeseigenen Schifffahrtsanlagen bewirken. Ziel der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Vorbeugender Hochwasserschutz ist es, die mit einem Hochwasserereignis einhergehenden Gefahren und Risiken einzuschränken, indem vorbeugende Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen getroffen werden. Die Festlegung soll insbesondere die Kommunen dabei unterstützen, den Hochwasserschutz stärker in ihre Entwicklungsüberlegungen einzubeziehen, um eine weitere Erhöhung des Schadenspotenzials zu vermeiden und so zukünftige Schäden von ihnen abzuwenden. Die Hinweise führen daher nicht zu einer Änderung des Planentwurfs.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 249	Zum Punkt Windenergienutzung ist zu bemerken, dass ein Mindestabstand von 1000 m zu Gewässer 1. Ordnung einzuhalten ist. Sobald Windenergiestandorte in einem Abstand von 10 km zu einer Bundeswasserstraße geplant sind, ist das WSA Spree Havel zu beteiligen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 1727	Ich war bei meiner Stellungnahme in der Zeile verrutscht. Entschuldigung. Die richtige Forderung lautet, dass ich einen Mindestabstand von 500 m fordere. Beiliegend übersende ihnen den Erlaß vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung vom 24.05.1996. Durch wird unter Punkt 4.1 ein Mindestabstand von 500 m zu Gewässern 1. Ordnung gefordert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1728	Diese Forderung behalte ist bei, denn wenn die Windkraftanlagen dichter an einer Bundeswasserstraße stehen, dann kann es infolge der Nähe der Anlagen zu Fahrwassern und anderen verkehrsrelevanten Bereichen sowie unter Berücksichtigung der möglichen Licht- und Sichtverhältnisse zu Beeinträchtigungen des für die Schifffahrt erforderlichen Zustands der Bundeswasserstraßen oder der Sicherheit des Schiffsverkehrs durch die visuelle und funktechnische Luftfahrthinderniskennzeichnung kommen. In visueller Hinsicht können durch die Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen als Luftfahrthindernis möglicherweise Beeinträchtigungen durch Blendwirkungen im Bereich der Schifffahrt durch direkte Einwirkung oder infolge von Spiegelungen auf der Wasseroberfläche verursacht werden. Darüber hinaus	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	kann durch eine kumulierte Anzahl von Luftfahrthindernisfeuern eine Steigerung der Hintergrundhelligkeit (Lichtglocken) verursacht werden, was zu einer Beeinträchtigungen der Erkennbarkeit von Schifffahrtszeichen führen kann. In radartechnischer Hinsicht könnte zu Beeinträchtigungen der im Umfeld der Windenergieanlagen navigierenden Schifffahrt kommen, wenn zur Detektion von Luftfahrzeugen Primärradarsysteme eingesetzt werden und Schiffe bei Nacht und/oder verminderter Sicht" bzw. unsichtigem Wetter" mit Radar navigieren. Da primäre Luftfahrt- und Schiffsradare auf den gleichen Frequenzen arbeiten, können gegenseitige Störungen nicht ausgeschlossen werden. Dies könnte Auswirkungen auf die Bildschirmdarstellung und -auswertung der Radarinformationen einerseits und auf die sichere Detektion von Luftfahrzeugen andererseits haben. Deshalb muss ich die Forderung aufrecht erhalten.	Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 247	Im Umweltbericht Punkt 3.5 „Wasser" wird auf die Wasserrahmenrichtlinie eingegangen, das WSA Spree-Havel ist bei der Aufstellung von Gewässerentwicklungskonzepten im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie zu beteiligen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Mit der Umweltprüfung werden die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen der Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 auf die Schutzgüter ermittelt (§8 ROG). Bezogen auf das Schutzgut Wasser wird u.a. überprüft, ob erhebliche Auswirkungen auf vorhandene Wasserkörper im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) durch Planfestlegungen der Regionalplanung zu erwarten sind. Gewässerentwicklungskonzepte dienen als fachliche Grundlage für die Verbesserung der Qualität von Grundwasser und Oberflächengewässern. Sie werden vom Land Brandenburg zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie aufgestellt. Die Erarbeitung der GEK erfolgt mittels Vergabe und wird vom Landesamt für Umwelt gesteuert. Eine Mitwirkung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming erfolgt ggf. im Rahmen der öffentlichen Trägerbeteiligung.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 244	Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass durch die Planungen die Belange der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) berührt wer- den. Es handelt sich hierbei um die Bundeswasserstraßen Potsdamer Havel (PHv) km 0,0 - 21,0, Havelkanal (HvK) km 4,45 - 34,6, Untere Havel-Wasserstraße (UHW) km 34,6 - 134,05, Teltowkanal km 0,0 -12,0 Diese Binnenwasserstraßen sind laut Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.05.2007 (BGBI. 1 S. 962; 2008 1S. 1980), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBI.1 S. 3901) geändert worden ist, Binnenwasserstraßen des Bundes, die dem Verkehr mit Güter- und Fahrgastschiffen oder der Sport- und Freizeitschifffahrt mit Wasserfahrzeugen dienen und die gemäß Artikel 87 Abs. 1 Satz 1, Artikel 89 Grundgesetz (GG) in der Verwaltungszuständigkeit des Bundes stehen. Die Unterhaltung von Bundeswasserstraßen ist nach § 7 Abs. 1 WaStrG Hoheitsaufgabe des Bundes, die von der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) wahrgenommen wird. Hierbei ist zu beachten, dass die hoheitlichen Aufgaben der WSV sich nicht nur auf das Gewässerbett einer Bundeswasserstraße, sondern auch auf die ihrer Unterhaltung nach §§ 7 ff WaStrG dienenden bundeseigenen Ufergrundstücke beziehen. Unter der Unterhaltung der Bundeswasserstraße versteht man, die Wasserstraße für die Schifffahrt in einem erforderlichen Zustand zu halten.	Die Hinweise zum Zuständigkeitsbereich der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 245	Zum Eigentum der WSV gehören auch verschiedene Waldgebiete. Für deren Unterhaltung und insbesondere auch für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht ist das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel verantwortlich. Wenn Unterhaltungsarbeiten (z .B. Fällungen) vorgenommen werden müssen, werden diese mit dem zuständigen Umweltamt abgestimmt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 nimmt Festlegungen vor, die einen räumlichen Bezug aufweisen. Es ist davon auszugehen, dass mit der Festlegung von Gewerblich- industriellen Vorsorgestandorten, Vorranggebieten Rohstoffe sowie Eignungsgebieten für die Windenergienutzung direkte Flächeninanspruchnahmen von Waldflächen möglich sind. Ob eine Inanspruchnahme von Waldflächen der WSV erfolgt, kann erst im Rahmen nachgeordneter Genehmigungsverfahren festgestellt werden. Der vorgebrachte Belang wird daher erst bei konkreten Standortplanungen Berücksichtigung finden.
TÖB-Nr.: 2079 / Flughafen Berlin Brandenburg GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2707	Wir bedanken uns für die mit Schreiben vom 08.02.2022 übersandte Anfrage, die uns die Möglichkeit gibt, nachfolgend zum aktuellen Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Stellung zu nehmen. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPlG) Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region. Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat daher am 27. Juni 2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gemäß§ 3 Absatz 1 Nummern 2 und 3 ROG beschlossen, nachdem der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 aufgrund der Urteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 5. Juli 2018 unwirksam geworden war. Der Entwurf des neuen Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wurde am 18.11.2021 von der Regionalversammlung durch Beschluss gebilligt und für die Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen sowie für die öffentliche Auslegung der Unterlagen einschließlich Begründung und Umweltbericht bestimmt(§ 2 Absatz 3 RegBkPlG). Die Prüfung des aktuell vorgelegten Entwurfes des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 hat ergeben, dass unsere Hinweise für die Entwurfserarbeitung vom 13.2.2020(von uns übermittelt an das Ministerium für Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Referat 43) bisher nicht berücksichtigt wurden. Daher gibt die FBB noch einmal die nachfolgenden allgemeinen Hinweise.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2708	Bei der Aufstellung des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 muss die räumliche Lage des Plangebietes zum gem. § 6 LuftVG genehmigten und gem. §§ 8 ff. LuftVG i.V.m. §§ 3 ff. VerPBG und §§ 73 ff. VwVfGBbg mit Planfeststellungsbeschluss vom 13.08.2004 planfestgestellten Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg berücksichtigt werden. Insoweit sind die bestehenden Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Sicherung des Flughafenstandortes (insbesondere Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung / LEP FS) sowie der Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld" vom 13.8.2004 in seiner gegenwärtigen Fassung zu beachten. Bei der weiteren Erarbeitung des gegenständlichen Regionalplanes sind die Schutz- und Planungszonen des Verkehrsflughafens und die daraus resultierenden Maßgaben (Siedlungsbeschränkung, Bauhöhenbeschränkung, Schutzmaßnahmen) zu berücksichtigen und einzuhalten. Gleiches gilt für die planfestgestellten Verkehrsbaumaßnahmen, Ver- und Entsorgungsmaßnahmen, LBP-Maßnahmen und Ausbaumaßnahmen Wasser sowie die daraus	Die Hinweise zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung zur Sicherung des Flughafenstandorts Berlin-Schönefeld werden zur Kenntnis genommen. Die genannten Rechtsvorschriften wurden im Entwurf des Regionalplans 3.0 berücksichtigt. Eine Planänderung ist nicht notwendig.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	resultierende Inanspruchnahme von Grundstücksflächen(Grunderwerbsplan und Grunderwerbsverzeichnis Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld").	
BE-ID: 2714	5. Weitere Informationen zur Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials Der Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld" vom 13.08.2004 wurde zuletzt durch den 40. Planänderungsbescheid „Kompensationspool 4" vom 12.01.2022 geändert. Die FBB hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwei Planänderungsanträge bei der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) anhängig. • Planänderungsantrag Nr. 28 "Anlagen des Bundes" im Nordteil des Flughafens • Planänderungsantrag Nr. 44 "Änderung Plan der baulichen Anlagen für Sonstige Flughafeneinrichtungen SF8" Die Genehmigung des Verkehrsflughafens Berlin-Schönefeld (jetzt Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg) wurde gemäß§ 6 Absatz 4 Satz 1 LuftVG mit Bescheid vom 27.03.2012 entsprechend dem Ergebnis der Planfeststellung zum Ausbau des Verkehrsflughafens geändert und neu gefasst und zuletzt mit Bescheid vom 12.04.2013 angepasst. Hinsichtlich der Flugverfahren für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg weisen wir darauf hin, dass die Festlegung der An- und Abflugverfahren nicht Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses für den Flughafen Berlin Brandenburg ist. Diese werden vom Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung(BAF) nach Vorarbeiten der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) durch Rechtsverordnung des Bundes verbindlich festgelegt. Erstmalig geschah dies mit der LuftVODV 247 vom 10.02.2012.	Die Hinweise zu Planänderungsanträgen der FBB werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2709	1. Zur Daseinsvorsorge und Siedlungsentwicklung: Teile des Geltungsbereiches des Regionalplanes liegen im Bauschutzbereich des Verkehrsflughafens Berlin-Schönefeld (gem. § 12 LuftVG) sowie in der Planungszone Bauhöhenbeschränkung nach Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung(LEP FS). Die daraus resultierenden Maßgaben sind zu beachten. Der Bauschutzbereich für den Flughafen Berlin Brandenburg hat über die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg (22. Jahrgang, Nr. 21, 01.06.2011) Rechtskraft erlangt. Der für den Flughafen Berlin Brandenburg festgesetzte Lärmschutzbereich ist zu beachten. Er ist in der Brandenburgischen Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg vom 07.08.2013 (FlugLärmSBBbgV, Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg vom 21.08.2013, Teil II, 24. Jg., Nr. 61) festgesetzt worden. Der Lärmschutzbereich für den Flughafen Berlin Brandenburg gliedert sich in die Tag-Schutzzonen 1 und 2 sowie die Nacht-Schutzzone. Insgesamt sind im Regionalplan verkehrliche Maßnahmen vorzusehen, die eine reibungslose Verkehrsabwicklung zum und vom Flughafen Berlin Brandenburg sicherstellen und mit den Entwicklungen in den Bereichen Gewerbeansiedlungen und Siedlungsentwicklungen einhergehen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung besitzen lediglich die Relavanz eines raumordnerischen Grundsatzes nach ROG und besitzen nicht die Detailschärfe, um die vorgebrachten Hinweise im überörtlichen Maßstab von 1:100.000 zu berücksichtigen. Die dargestellten Belange können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Bauleitplanverfahren) ortsbezogen konkretisiert und berücksichtigt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 2710	2. Zum vorbeugenden Hochwasserschutz Der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH wurde mit Planfeststellungsbeschluss vom 13.08.2004 die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von 1 m3/s in den Glasowbach unter A II 12.3.3 erteilt. Im Bereich des Glasowbachs, in dem aufgrund des Verzichts der Böschungserhöhungen Ausuferungen zu erwarten sind, wurde auf den angrenzenden Grundstücken eine Beweissicherung der vorhandenen Bebauung durchgeführt. Nach dem Ergebnis der Planfeststellung ist die geplante Oberflächenentwässerung und -ableitung nachweislich als gesichert anzusehen und entspricht wassertechnisch den allgemein anerkannten Regeln. Bei der oberen Wasserbehörde (Landesamt für Umwelt) bestehen insofern keine Bedenken. Durch die zusätzliche Einleitung von gereinigtem Regenwasser in den Glasowbach wird es betriebsbedingt zu einer Niedrigwasseraufhöhung und zu einer Erhöhung des	Die Hinweise des Stellungnehmenden zum konkreten Vorhaben werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Änderungen des Planes.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Abflussregimes kommen. In Teilbereichen wurde außerdem angenommen, dass es durch die temporäre Erhöhung des Wasserstandes zu kleinflächigen Überflutungen kommen wird. Eine Erhöhung des Abflussregimes und die Zuführung von Wasser werden aber zu einer nachhaltigen Entwicklung und Sicherung der Fließgewässereigenschaften des Glasowbachs beitragen. Diese Niedrigwasseraufhöhung wurde ausdrücklich von der Unteren Naturschutzbehörde Teltow-Fläming im Rahmen der Planfeststellung gefordert, um auch die zeitweise kritische Wasserführung (bis zum Trockenfallen) des Glasowbaches zu verbessern. Im durchgeführten Probebetrieb 2019 konnten die getroffenen Annahmen bestätigt werden.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2711	3. Zur räumlichen Steuerung der Planung und der Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen Teile des Geltungsbereiches des Regionalplanes liegen im Schutzbereich von Flugsicherungsanlagen (§ 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG)). Demzufolge dürfen gem. § 18a Abs. 1 LuftVG Bauwerke dann nicht errichtet werden, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Hierüber entscheidet im Rahmen des einschlägigen (Bau-) Genehmigungsverfahrens das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) auf der Grundlage einer gutachterlichen Stellungnahme der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS). Die aus dem LuftVG resultierenden Maßgaben sind insbesondere bei der Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung zu beachten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2712	4. Zur landwirtschaftlichen Bodennutzung und zum Freiraum Auf Grund der großflächigen Inanspruchnahme weisen wir insbesondere auf den Planergänzungsbeschluss Naturschutz und Landschaftspflege, Komplexe Kompensationsmaßnahmen „Zülowniederung" zum Vorhaben "Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld" vom 04.08.2011, Gesch.-Z.: 44-6441/1 /105 hin. Es handelt sich hierbei um planungsrechtlich gesicherte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Es befinden sich planfestgestellte Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Umfeld des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg. Hervorzuheben sind hierbei insbesondere die Bereiche in der Zülowniederung, welche bei der Aufstellung und Fortschreibung des gegenständlichen Regionalplans Berücksichtigung finden müssen. Bei einem Großteil der Maßnahmen in der Zülowniederung handelt es sich um betriebsintegrierte Maßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen. Die planungsrechtlich gesicherten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollten sich daher in den textlichen und zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 auch widerspiegeln. So sind beispielsweise im Bereich Groß Machnow extensive Grünlandbewirtschaftungsmaßnahmen und Feuchtwiesenpflege in einem Bereich planfestgestellt, der in dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming bereits als Gestaltungsraum Siedlung ausgewiesen ist. In diesem Sinne ist im Regionalplan die Kompatibilität des LEP HR mit unseren planfestgestellten Maßnahmen und den damit verbundenen Nutzungen (etwa landwirtschaftlicher Art) zu prüfen und herzustellen. Gerne stellen wir der Regionalen Planungsstelle hierzu Geodaten zur Verortung und Art unserer Kompensationsmaßnahmen zur Verfügung. Zur Orientierung legen wir bereits Übersichtskarten bei (Anlage 1 und 2).	Die betroffenen Flächen der Kompensationsmaßnahmen wurden der Regionalen Planungsstelle als Geodaten zur Verfügung gestellt und im Rahmen der Abwägung berücksichtigt.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 2715	Rechtsgrundlagen • Luftverkehrsgesetz (LuftVG) • Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FluLärmG) • Gemeinsamer Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) • Genehmigung des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg • Planfeststellungsbeschluss "Ausbau Verkehrsflughafen	Die benannten Rechtsgrundlagen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Berlin-Schönefeld" von 13.8.2004 mit den bisher erteilten Planänderungsbescheiden (zuletzt 40. Planänderungsbescheid "Kompensationspool 4" vom 12.01.2022) • Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereiches für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg (FlugLärmSBBbgV)	
TÖB-Nr.: 2080 / Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2701	Die Prüfung der eingereichten Unterlagen hat ergeben, dass einige Eignungsgebiete für Windenergie (WEG), Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (VR) und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung (VB) die Flächen von Bundes- oder Landesstraßen überlagern bzw. tangieren. Grundsätzlich sind bei der sich aus dem Regionalplan ergebenen weiteren Planung für alle baulichen Anlagen neben Bundesstraßenflächen die anbaurechtlichen Regelungen des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG, § 9) zu beachten. Analog gilt für Maßnahmen neben Landesstraßen das Brandenburgische Straßengesetz (§§ 22 und 24 BbgStrG).	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Die Berücksichtigung der anbaurechtlichen Regelungen des Bundesfernstraßengesetzes erfolgt in nachgelagerten Genehmigungsverfahren.
BE-ID: 2703	Bereits auf Regionalplanungsebene sind bei der Planung von WEG, VR und VB auch die straßenverkehrsrechtlichen Aspekte zu berücksichtigen, da von diesen Gebietsausweisungen entsprechende Berührungspunkte mit den Bundes- und Landesstraßen und Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit zu erwarten sind. Die verkehrliche Erschließung der ausgewiesenen Gebiete ist aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs grundsätzlich nicht über Bundes- und Landesstraßen vorzusehen, sondern vorrangig über das nachgeordnete Straßennetz (Kreis- und Gemeindestraßen) zu gewährleisten. Dies ist im Rahmen weiterführender Planungen für die jeweiligen Maßnahmen zu berücksichtigen.	Bei der Aufstellung des Regionalplans sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Diese Abwägung ist im Einzelfall vorgenommen worden. Aspekte der verkehrlichen Erschließung der konkreten Vorhaben können erst unter Kenntnis der Umstände des Einzelfalls bewertet und berücksichtigt werden. Der Einschätzung, dass diese Berücksichtigung in den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren zu erfolgen hat, ist zuzustimmen.
BE-ID: 2704	Für die geplanten Eignungsfelder, die in die Anbauverbots- bzw. Anbaubeschränkungszone von Bundes- und Landesstraßen reichen, bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen deren Ausweisung, sofern in der weiteren Planung die entsprechenden Genehmigungen eingeholt werden und dadurch die Beteiligung des LS sichergestellt wird.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2705	Bei der Aufstellung des Regionalplanes sind insbesondere die geplanten Maßnahmen an den durch den LS verwalteten Abschnitten an diversen Bundes- und Landesstraßen gem. Fernstraßenausbaugesetz mit dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 2016 sowie dem als Anlage zum ersten Gesetz zur Änderung des Landesstraßenbedarfsplangesetzes 2011 beschlossenen Landesstraßenbedarfsplan des Landes Brandenburg 2010 zu berücksichtigen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Landesstraßenbedarfsplan des Landes Brandenburg wurde berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2702	Der Verkehrsablauf darf durch bauliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden (z. B. in Form von Sichtbeeinträchtigungen, Eisabwurf, Reflexionen). Für die Berechnung des Abstandes der Windkraftanlage zur Straße ist der äußere Rand der Anlage, welcher durch die Spitze der Rotorblätter bestimmt wird, maßgebend. Die in Abhängigkeit vom Gefahrenradius und der Gesamthöhe einzuhaltenden Schutzabstände zu Bundes- und Landesstraßen sind in der weiteren Planung auszuweisen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 2083 / Ingenieurbüro Scholz		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 26 Rietz bei Treuenbrietzen		
BE-ID: 58	Antragsgegenstand - Teilaufhebung des Vorranggebietes VR 24 über ca. 4,6 ha (Flurstück 334): Das Unternehmen N+R Natursand und Recycling GmbH, betreibt den bergrechtlich geführten Quarzsandtagebau Rietz Nordwest. Im Regionalplan 3.0 ist der Tagebau Rietz Nordwest als Vorranggebiet VR 24 Rietz - Sand/Kiessande zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe - ausgewiesen. Das Vorranggebiet ist von dem Windeignungsgebiet WEG 26 (Rietz bei Treuenbrietzen) umgeben. Die betroffene Fläche für die Teilaufhebung des Vorranggebietes VR 24 liegt nicht in dem WEG 26, kann aber nach der Teilaufhebung in dieses integriert werden. Im Auftrag des Unternehmens Natursand und Recycling GmbH wird eine Teilaufhebung des Vorranggebietes VR 24 über eine Fläche von ca. 4,6 ha in der Gemarkung Rietz, Flur 1, tlw. im Flurstück 334 beantragt (Anlage 1). Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg hat bereits auf Voranfrage signalisiert, dass im Rahmen der Verfahrensbeteiligung eine positive Stellungnahme des LBGR zur Zustimmung einer Teilaufhebung des VR 24 über ca. 4,6 ha aus der Gesamtvorrangfläche VR 24 von ca. 43,35 ha zu erwarten ist (Anlage 4). Der Bergbautreibende erwägt die Veräußerung des Flurstückes 334 (Grundeigentum) zum Zwecke einer anderen Nutzung. Angestrebt werden die Errichtung und der Betrieb einer Windkraftanlage durch einen bereits vor Ort tätigen Investor. Die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung im unmittelbaren Umfeld unterstützen die Entscheidung für eine zusätzliche Windenergienutzung in dieser Teilfläche.	Dem Antrag wird gefolgt. Das Landesamt für Bergbau, Geowissenschaften und Rohstoffe des Landes Brandenburg (LBGR) erteilt im Einzelfall seine Zustimmung für eine Herausnahme des Flurstücks 334 aus den vom LBGR vorgeschlagenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung. Damit werden das Flurstück 334 und der nördlich von diesem gelegene Bereich des Vorranggebietes 24 der Rohstoffgewinung herausgenommen. Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 24 Rietz-Nordwest		
BE-ID: 110	Wir nehmen Bezug auf den Regionalplan „Havelland Fläming" 3.0 der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming (Entwurf vom 05.Oktober 2021), der sich aktuell in der öffentlichen Beteiligung befindet. Wir haben mit Schreiben vom 13.02.2020 in Vorbereitung des neu aufzustellenden Regionalplans 3.0 eine Teilaufhebung des Vorranggebietes VR 24 (seinerzeit noch VR 13 über ca. 4,8 ha) beantragt. Dieser Antrag ist zur Vollständigkeit beigefügt (Anlage 2), das Antwortschreiben der Regionalen Planungsgemeinschaft vom 20.02.2020 hierzu ebenfalls (Anlage 3). Leider wurde unser Anliegen im aktuellen Regionalplan 3.0 nicht berücksichtigt. Wir nutzen hiermit im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung die Möglichkeit einer erneuten Antragstellung.	Gemäß der Abwägung nach BE ID 111 wird dem Antrag nach Vorliegen der Zustimmung des LBGR nunmehr gefolgt.
BE-ID: 111	Antragsgegenstand - Teilaufhebung des Vorranggebietes VR 24 über ca. 4,6 ha (Flurstück 334): Das Unternehmen N+R Natursand und Recycling GmbH, betreibt den bergrechtlich geführten Quarzsandtagebau Rietz Nordwest. Im Regionalplan 3.0 ist der Tagebau Rietz Nordwest als Vorranggebiet VR 24 Rietz - Sand/Kiessande zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe - ausgewiesen. Das Vorranggebiet ist von dem Windeignungsgebiet WEG 26 (Rietz bei Treuenbrietzen) umgeben. Die betroffene Fläche für die Teilaufhebung des Vorranggebietes VR 24 liegt nicht in dem WEG 26, kann aber nach der Teilaufhebung in dieses integriert werden. Das Vorranggebiet VR 24 umfasst gesamt 43,35 ha, aufgeschlossen davon sind bisher 13,5 ha. Bei der beantragten Teilfläche handelt es sich um eine relativ geringe Fläche über ca. 4,6 ha, in der der Vorrang-Status aufgehoben werden soll , im Vergleich zur Gesamtfläche des Vorranggebietes von ca. 43,35 ha. Zwischenzeitlich wurde für die Teilfläche ein eigenes Flurstück 334 katasterrechtlich hergestellt. Das Flurstück 334 und die Teilfläche sind identisch. Eine Erweiterung des Tagebaus ist nicht absehbar. Im Auftrag des Unternehmens Natursand und Recycling GmbH wird eine Teilaufhebung des Vorranggebietes VR 24 über eine Fläche von ca. 4,6 ha in der Gemarkung Rietz, Flur 1, tlw. im Flurstück 334 beantragt (Anlage 1).	Dem Antrag wird gefolgt. Das Landesamt für Bergbau, Geowissenschaften und Rohstoffe des Landes Brandenburg (LBGR) erteilt im Einzelfall seine Zustimmung für eine Herausnahme des Flurstücks 334 aus den vom LBGR vorgeschlagenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung. Damit werden das Flurstück 334 und der nördlich von diesem gelegene Bereich des Vorranggebietes 24 von weniger als 10 ha in die Betrachtungen des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung einbezogen. Der südlich des Flurstücks 334 gelegene Bereich des VR 24 bleibt gemäß der Abwägung nach BE ID 3045 (LBGR) und abzüglich bereits ausgekiester Bereiche des Tagebaus Rietz Nordwest als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung erhalten.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 112	Begründung zum Antragsgegenstand (BE ID 111): Die zukünftige Standortsicherung zur Produktion von Sanden und Kiessanden aus der Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe im ausgewiesenen Vorranggebiet VR 24 in der angegebenen Teilfläche von ca. 4,6 ha ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr zweckmäßig. Der südlich angrenzende Lagerstättenteil des Bergbauunternehmens ist im Wesentlichen abgebaut und in Teilen bereits aus der Bergaufsicht entlassen worden. Der Bergbautreibende [Name anonymisiert] erwägt die Veräußerung des Flurstückes 334 (Grundeigentum) zum Zwecke einer anderen Nutzung. Angestrebt werden die Errichtung und der Betrieb einer Windkraftanlage durch einen bereits vor Ort tätigen Investor. Die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung im unmittelbaren Umfeld unterstützen die Entscheidung für eine zusätzliche Windenergienutzung in dieser Teilfläche. Die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe im ausgewiesenen Bereich stellt nach unserer Auffassung keinen konkurrierenden Nutzungsanspruch dar. Die Teilfläche über ca. 4,6 ha ist nicht Bestandteil des zugelassenen bergrechtlichen Hauptbetriebsplans und nicht Bestandteil des zugelassenen bergrechtlichen Abschlussbetriebsplans des Quarzsandtagebaus Rietz Nordwest. Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg hat bereits auf Voranfrage signalisiert, dass im Rahmen der Verfahrensbeteiligung eine positive Stellungnahme des LBGR zur Zustimmung einer Teilaufhebung des VR 24 über ca. 4,6 ha aus der Gesamtvorrangfläche VR 24 von ca. 43,35 ha zu erwarten ist (Anlage 4).	Der Begründung zum Antragsgegenstand nach BE ID 110 wird in Bezug auf die Erteilung einer Zustimmung des Landesamtes für Bergbau, Geowissenschaften und Rohstoffe des Landes Brandenburg zur Herausnahme des Flurstücks 334 aus den ursprünglich vom LBGR vorgeschlagenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung gefolgt. Damit werden das Flurstück 334 und der nördlich von diesem gelegene Bereich des Vorranggebietes 24 von weniger als 10 ha in die Betrachtungen des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung einbezogen. Der südlich des Flurstücks 334 gelegene Bereich des VR 24 bleibt gemäß der Abwägung nach BE ID 3045 (LBGR) und abzüglich bereits ausgekiester Bereiche des Tagebaus Rietz Nordwest als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung erhalten.
BE-ID: 113	Auf weiterführende Erkundungsmaßnahmen und Erschließung der örtlichen Lagerstättenreserve wird durch den Unternehmer verzichtet. Begründet wird diese Entscheidung mit einer unverhältnismäßig hohen finanziellen Investition für eine Abbauerweiterung und deren erforderlicher, umfangreicher Genehmigungsplanung. Für diese Restfläche im Tagebau Rietz NW steht der finanzielle Aufwand zur Erschließung der Lagerstätte in einem unwirtschaftlichen Verhältnis zu den Erlösen an den zu gewinnenden Sanden. Effektiv wären ca. nur 3 ha Gewinnungsfläche aufgrund der Abbauverluste durch Böschungen und der umlaufenden Sicherheitsabstände entlang der Abbaufeldesgrenzen realistisch. Aufgrund der Erweiterung über >10 ha sind u.a. im Rahmen der Genehmigungsplanung folgende kostenintensiven Leistungen zu erbringen: 1.) Antrag auf Erfordernis einer Umweltverträglichkeitsprüfung, ggf. Scopingtermin, 2.) fakultativer bergrechtlicher Rahmenbetriebsplan, 3.) Artenschutzfachbeitrag, 4.) Landschaftspflegerischer Begleitplan, 5.) Waldumwandlung mit Sicherheitsleistung und Wiederaufforstung an anderer Stelle, 6.) Änderung bergrechtlicher Hauptbetriebsplan, 7.) Änderung bergrechtlicher Abschlussbetriebsplan etc.	Die wirtschaftliche Einschätzung des Unternehmers bezüglich der restlichen Gewinnungsfläche von 3 ha wird zur Kenntnis genommen. Für das Vorranggebiet insgesamt schätzt das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe des Landes Brandenburg (LBGR) dagegen eine hohe Abbauwürdigkeit nach den in der Begründung zu den Vorranggebieten dargelegten Bewertungen ein, so dass an der Festlegung eines Vorbehatsgebietes Rietz-Nordwest, wenn auch in reduzierter Form, aber dennoch größer als 10 ha in Abstimmung mit dem LBGR festgehalten wird.
BE-ID: 114	Anmerkungen zum Antragsgegenstand (BE ID 111): Das Vorranggebiet VR 24 Rietz Nordwest besitzt keinen zugelassenen Rahmenbetriebsplan. Die bergrechtliche Rohstoffgewinnung ist durch einen zugelassenen Hauptbetriebsplan geregelt. Die bergrechtliche Wiedernutzbarmachung ist durch einen zugelassenen Abschlussbetriebsplan geregelt. > Anlagen: 1) Übersichtskarte Teilaufhebung des VR 24 , 2) Antrag Teilaufhebung VR 13 vom 13.02.2020, 3) Antwort der Reg PI vom 20.02.2020, 4) Screenshot Email LBGR vom 23.01.2019, 5) Vollmacht des Unternehmers	Die Anmerkungen sowie Anlagen zum Antragsgegenstand sind der Planungsstelle bekannt und werden entsprechend berücksichtigt.
TÖB-Nr.: 2088 / Ortsbeirat Satzkorn, Stadt Potsdam		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1104	Ergänzung zur Stellungnahme des Ortsbeirats Satzkorn vom 12.5.2022: Der Wiedereröffnung des bis heute lediglich still gelegten Bahnhofs Satzkorn als Regionalbahnhof muss in die Regionalplanung aufgenommen werden. Der Bebauungsplan Nr. 156-1 ,,Gewerbeflächen Friedrichspark (Süd)" - in direkter Nachbarschaft zum Bahnhof Satzkorn- befindet sich aktuell im Verfahren. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen	Der Anregung, den stillgelegten Bahnhof Satzkorn in die Regionalplanung aufzunehmen, wird nicht gefolgt. Auf die Inbetriebnahme stillgelegter Bahnhöfe kann mit den Festlegungen im Regionalplan 3.0 kein Einfluss genommen werden. Die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	zur Erweiterung des bestehenden Baumarktes, zur Errichtung von drei Möbelhäusern (Großflächiger Einzelhandel, Verkaufsfläche 38.000 m2) und zur Erweiterung des Betriebsstandortes Busbetrieb Anger geschaffen werden. Es sollen bis zu 500 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Damit Mitarbeiter und Kunden mit dem ÖPNV anreisen können, muss der Bahnhof Satzkorn wiedereröffnet werden. Außerdem bietet er für die Bürgerinnen der umliegenden Potsdamer Ortsteile (Einzugsbereich von ca. 2.500 Einwohner (Satzkorn, Kartzow, Fahrland Nord, Marquardt Siedlung) und Ketzin (ca 7.000 Einwohner) einen optimalen Anschluss für die schnelle Erreichbarkeit von Potsdam und Berlin.	Festlegungen im Regionalplan ergeben sich aus der räumlichen Konkretisierung der Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsprogramms der Hauptstadtregion (LEP HR).
BE-ID: 1105	Unter dem Kapitel „Konfliktschwerpunkte" des Landschaftsplanes Potsdam wird aufgeführt, dass eine Flächenerweiterung des Gewerbegebietes in nördliche Richtung kritisch einzuschätzen ist. Der Ortsbeirat Satzkorn stimmt dem zu. Der B-Plan 156-2 darf nicht weiterverfolgt werden. Die Flächen müssen als Freiraum bzw. landwirtschaftliche Fläche erhalten bleiben. Falls der B-Plan 156-2 (Logistikzentrum) weiterverfolgt wird, ist mit einem noch höheren Bedarf an ÖPNV-Angeboten zu rechnen.	Das genannte Verfahren obliegt der Bauleitplanung der Landeshauptstadt Potsdam. Durch den Regionalplan 3.0 kann darauf kein Einfluss genommen werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 1106	Im gültigen rechtskräftigen Bebauungsplan „Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam Nord/ Friedrichspark" heißt es auf Seite 11f: "Aus Sicht der Gemeinde kann insbesondere daraus, wie viele Kraftfahrzeuge den Friedrichspark zukünftig anfahren werden, ab geleitet werden, ob Bedarf auch für eine schienengebunden Anbindung einschließlich der Wiedereinrichtung des Bahnhofs Satzkorn tatsächlich besteht. Die Gemeinde hält dabei einen KfZ-Zielverkehr von mehr als 2.500 Personenkraftwagen in der Spitzenstunde für einen geeigneten Anhaltspunkt. Wenn dieser Wert an mehr als 18 Tagen pro Jahr, also nicht nur bei einigen wenigen (seltenen) Ereignissen, überschritten wird, ist die Wiedererrichtung des Bahnhofs Satzkorn für die Sicherstellung einer Schienenanbindung des Friedrichsparks geboten. In einem städtebaulichen Vertrag mit dem Grundstückseigentümer, der Friedrichspark GmbH & Co. KG, wurde daher vereinbart, daß die notwendigen Zählungen durchgeführt und bei Überschreitung des genannten Wertes das Unternehmen verpflichtet ist, die notwendigen Baumaßnahmen für die Wiedererrichtung des Bahnhofs Satzkorn durchzuführen. Diese belaufen sich einschließlich der dazugehörigen Planungsleistungen auf rund 7,2 Mio. Euro (Preisstand 2005). Die Kosten sind vollständig durch die Friedrichspark GmbH & Co. KG zu tragen. Die Bauverpflichtung ist durch eine Grunddienstbarkeit zugunsten der Landeshauptstadt Potsdam abgesichert. Für die Wiederaufnahme von Schienenpersonenverkehr unter Einbindung des Bahnhofs Satzkorn wurden Abstimmungsgespräche mit dem Land Brandenburg (Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung) geführt. Das Ministerium hat bestätigt, dass bei entsprechendem verkehrlichen Bedarf und bei Bestehen der notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen (Wiedererrichtung des Bahnhofs Satzkorn) eine verkehrliche Anbindung des Bahnhofs Satzkorn in Betracht komme." Aufgrund aktueller Zahlen/ Bedarfe und aus klimapolitischen Gründen muss diese Einschätzung überarbeitet werden. Unabhängig davon bleibt festzustellen, dass die Wiedereröffnung des Bahnhofs Satzkorn im Regionalplan als Möglichkeit weiterhin bestehen bleiben muss. Im aktuellen Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Potsdam wird von einer Wiedereröffnung des Bahnhofs Satzkorn ausgegangen. Satzkorn liegt in einem Entwicklungsschwerpunkt. Eine Variante zeigt sogar auf, wie der Bahnhof Satzkorn an die TRAM angeschlossen werden könnte. In der ersten Ausbaustufe wäre die Einrichtung eines Bedarfshalts denkbar.	Die mitgeteilten Sachverhalte in Bezug auf den Bebauungsplan „Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam Nord/ Friedrichspark" und die „Wiedererrichtung des Bahnhofs Satzkorn“ betreffen Festlegungen der Regionalplans nicht.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 333	2. Satzkorn, alternative Zufahrt Baubetriebe (1): von Vorrangfläche für die Landwirtschaft freihalten Begründung: Die Ortslage Satzkorn ist von den Emissionen des LKW-Verkehrs der ortsansässigen Baustoffunternehmen (z.B. Asphaltmischwerk, Baustoff- Güterumschlagbahnhof, Baustoffrecycling) und des Durchgangsverkehrs stark betroffen. Der Ortsbeirat Satzkorn möchte zwei alternative Zufahrten zu den Baubetrieben prüfen lassen, um den LKW-Verkehr in der Ortslage zukünftig deutlich zu reduzieren. 3. Satzkorn, alternative Zufahrt Baubetriebe (2): von Freiraumverbund freihalten Begründung: Siehe 2.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde geändert. Die Fläche "2. Satzkorn, alternative Zufahrt Baubetriebe (1)" ist von der Festlegung dadurch nicht mehr betroffen. Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
BE-ID: 335	SATZKORN NORD: 5. Satzkorn, nördlich des Bahnübergangs (rechts und links der Bahngleise): als Freiraumverbund oder/und Vorrangfläche für die Landwirtschaft markieren Die Fläche ist Teil des Freiraumverbunds und besitzt Bodenqualitäten, die sie für Vorrangfläche für die Landwirtschaft prädestinieren. Begründung: Die Bodenzahlen betragen überwiegend 30-50 und verbreitet <30. In der Karte „Schutzgutbezogene Ziele" des Landschaftsprogramms Brandenburg ist der Freiraumverbund durchgehend ohne Unterbrechung oder Verengung südwestlich von Kartzow und über die Autobahn Al0 hinweg eingezeichnet. Genauso stellt sich die Situation vor Ort dar. Der Schutz des Freiraum- und Biotopverbund an dieser Stelle ist um so wichtiger, da er weiter südlich bereits stark gestört ist, z.B. durch die vorhandene umzäunte Solaranlage im Friedrichspark und das hohe Schwerlastaufkommen auf der Str. zum Bahnhof.	Die Flächen wurden aufgrund des landesplanerischen Freiraumverbunds und aufgrund kommunaler Planungen nicht als Vorranggebiet für die Landwirtschaft festgelegt. Eine Überlagerung des landesplanerischen Freiraumverbunds als Ziel der Landesplanung mit Vorranggebieten Landwirtschaft ist ausgeschlossen.
BE-ID: 337	7. Satzkorn, Flurstück 158: als Vorrangfläche für die Landwirtschaft markieren Begründung: Bodenzahlen überwiegend 30-50 und verbreitet <30	Die Fläche wurde aufgrund kommunaler Planungen nicht als Vorranggebiet für die Landwirtschaft festgelegt.
BE-ID: 338	8. Satzkorn, Flurstück 158 (Siedlungsrand): nicht als Vorrangfläche für die Landwirtschaft markieren Begründung: Die eigenen Vorgaben werden an dieser Stelle missachtet: ,,Die der Deckung des örtlichen Bedarfs dienende Siedlungstätigkeit, insbesondere eine angemessene Arrondierung bestehender Siedlungsgebiete (bspw. im Rahmen von § 34 Absatz 4 BauGB [2]) soll durch ihre Festlegung nicht generell ausgeschlossen werden. Unabhängig von der realen Nutzungssituation enden die Vorranggebiete Landwirtschaft daher nicht unmittelbar an der jeweiligen Siedlungsgrenze. Um dies im Maßstab der Planungsebene abzubilden, werden Siedlungsgebiete in der Festlegungskarte mit einer Weißfläche in der Breite von einem Millimeter umgeben (entspricht 100 min der Realität)." (siehe Regionalplanentwurf „Kapitel 2.4 landwirtschaftliche Bodennutzung Planungskonzept Vorranggebiete für die Landwirtschaft September 2021", Seite 11) Im Falle der Bebauung des Flurstück 158 mit einer Freiflächensolaranlage muss der Bereich für eine landschaftsgestalterisch hochwertige Uebergangsfläche zwischen der Anlage und der Siedlungsgrenze freigehalten werden (z.B. als Ausgleichsfläche).	Im Falle einer Bebauung des genannten Flurstücks mit einer Freiflächensolaranlage können Ausgleichsflächen oder andere Flächennutzungen in der Bauleitplanung festgelegt werden. Dies betrifft nicht die Ebene der Regionalplanung.
BE-ID: 342	Regionalplanentwurf „Kapitel 2.4 landwirtschaftliche Bodennutzung Planungskonzept Vorranggebiete für die Landwirtschaft" Seite 11: ,,Abwägungen mit kommunalen Planungen Die Städte Bad Belzig, Luckenwalde und die Landeshauptstadt Potsdam sind von besonderen Einschränkungen betroffen .... Für das Umfeld des Friedrichsparks sowie die Ortslagen Marquardt und Satzkorn der Landeshauptstadt Potsdam bestehen bereits städtebauliche Planungen, unter anderem um die gemäß Masterplan Klimaschutz und Klimanotstandsbeschluss im Stadtgebiet erforderlichen Solaranlagen zu ermöglichen. Die Freiraumflächen östlich des Satzkornsehen Grabens sind für multifunktionale Nutzungen vorgesehen. Des Weiteren befindet sich ein Ausgleichsflächenpool im Norden der Stadt. [29]" Der Ortsbeirat Satzkorn ist mit dieser Abwägung nicht einverstanden. Die Auswahl der möglichen Flächen für Freiflächensolaranlagen wurden von der Stadt Potsdam ausschließlich aufgrund der Förderfähigkeit in Bezug zur Nähe von Verkehrswegen getroffen. Andere Belange, wie die sehr hohen Bodenzahlen, Freiraum- und Biotopverbünde sowie die Nähe zu den Ortslagen wurden nicht beachtet. Der Bebauungsplanentwurf für die Freiflächensolaranlage westlich	Die berücksichtigten Flächen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Potsdam beruhen auf den von der Landeshauptstadt mitgeteilten Planungen. Aus diesem Grund werden in diesen Bereichen keine Vorranggebiete Landwirtschaft festgelegt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	von Satzkorn liegt noch nicht vor. Inwieweit Anträge des Ortsbeirats Satzkorn auf Reduzierung oder Verlagerung der Solarfläche in die Planung einfließen, ist bisher noch nicht mitgeteilt worden. [2 Kartenausschnitte: Satzkorn Süd, Satzkorn Nord]	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / V. Konkretisierung FRV (LEP HR)		
BE-ID: 332	Der Ortsbeirat Satzkorn bittet um folgende Änderungen und Ergänzungen: Regionalplanentwurf Festlegungskarte (Bereich Gemarkung Satzkorn): SATZKORN SÜD: 1. Satzkorn, Jubelitz: insgesamt als Freiraumverbund markieren Begründung: Der Freiraumverbund zieht sich real durchgehend entlang des Satzkornsehen Grabens (hier Jubelitz) von Nordwesten nach Südosten. Er muss durchgehend geschützt werden, insbesondere um eine mögliche Inanspruchnahme und Neuzerschneidung zu verhindern. „Erst durch eine Verbundstruktur können sich die einzelnen Ökosystemfunktionen der jeweiligen Räume einschließlich ihrer Wechselwirkungen entfalten und die jeweiligen Gebiete großräumig gesichert werden." (Maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung des landesplanerischen Freiraumverbundes nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg-LEP HR) Als geschlossene Form ist der Freiraumverbund Jubelitz auch im Landschaftsprogramm Brandenburg ("Schutzgutbezogene Ziele, landesweiter Biotopverbund") dargestellt: "Kernfläche Feuchtgrünland" und „Verbindungsfläche Grün- und Ackerland in großen grazialen Senken und Grünland max. 1 km vom Kernflächenkomplex".	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
BE-ID: 334	4. Satzkorn Upstallwiesen als Freiraumverbund markieren. Begründung: Die Upstallwiesen nehmen real den gesamten südlichen Raum bis direkt an die Ortslage heran ein. Der Freiraumverbund muss entsprechend geschlossen markiert werden. Der Gutspark ist Teil des Freiraumverbunds. Im Landschaftsplan der Stadt Potsdam heißt es dazu auf S.112: „Mischbebauung in Satzkorn südöstlich der Gutsanlage: Durch die zu DDR-Zeiten erfolgte bauliche Entwicklung im Bereich der Gutsanlage bestehen heute bereits erhebliche Beeinträchtigungen des Orts- und Landschaftsbildes. Eine ergänzende Mischbebauung, wie sie im Entwurf des Flächennutzungsplans vorgesehen ist, würde diese Effekte verstärken. Zudem würden empfindliche Grünlandstandorte mit hohem Biotopwert in Anspruch genommen. Um die Flächen überhaupt nutzen zu können, bedürfte es voraussichtlich auch Bodenauffüllungen in größerem Umfang. Zur Konfliktvermeidung sollte eine Reduzierung der südlichen Ausdehnung der Mischgebietsflächen zugunsten der anteiligen Darstellung als Flächen für die Landwirtschaft vorgenommen werden. Die im Verhältnis zum FNP-Vorentwurf erfolgte Teilrücknahme der gemischten Baufläche im FNP-Entwurf ist nicht ausreichend." Die gesamte Gutsanlage ist durch landwirtschaftliche Nutzung geprägt. Eine Mischgebietsnutzung widerspricht den gegenwärtig geltenden planungsrechtlichen Gegebenheiten. ,,Die Wertearten ... ‚Grünanlage' (Wert 4400), ‚Park' (Wert 4420) und ‚Kleingarten' (Wert 4440) der Objektart „Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche" (Kennung 41008; vgl. Tabelle 3) können als multifunktional für den FRV angesehen werden, da sie sowohl ökologisch relevante als auch erholungswirksame Funktionen erfüllen. Diese werden deshalb nicht aus dem Freiraumverbund ausgeschnitten." (Maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung des landesplanerischen Freiraumverbundes nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg-LEP HR, Seite 15)	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
BE-ID: 336	6. Satzkorn, Graben nördlicher Friedrichspark (rechts und links der Bahngleise) als Freiraumverbund markieren. Begründung: Im Landschaftsplan der Stadt Potsdam heißt es dazu auf S. 122: „Die im Norden des Friedrichsparks querende Grabenstruktur hat eine besondere Bedeutung für den örtlichen Biotopverbund."	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
BE-ID: 340	9. Fahrland, Freiraumflächen östlich des Satzkornschen Grabens wieder als Freiraumverbund markieren. Begründung: Der Freiraum um den Satzkornsehen Graben ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Naturschutzgebieten Döberitzer Heide, Falkenrehder Wublitz, Obere Wublitz und dem Landschaftsschutzgebiet „Königswald mit Havelseen und Seeburger Agrarlandschaft" und muss als solches erhalten bleiben. Das Gebiet östlich des Satzkornsehen Grabens ist selbst Teil des Landschaftsschutzgebiets "Königswald mit Havelseen und Seeburger Agrarlandschaft". Multifunktionale Nutzungen, wie von der Stadt Potsdam geplant, dürfen hier nicht zugelassen werden.	Hinsichtlich der maßstabsgerechten Konkretisierung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hält die Regionale Planungsgemeinschaft an folgenden Einschätzungen und Entscheidungen fest: Beim Ziel Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg handelt es sich um eine letztabgewogene, bindende und vollzugsfähige Festlegung auf der Ebene der Landesplanung. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft in Bezug auf den Freiraumverbund keine eigenen Festlegungen. Beim Vorgang der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Planungsebene durch eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung handelt es sich um einen Darstellungsvorgang, der nicht von eigenen Erwägungen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragen ist. Der Übertragungsvorgang dient nicht dazu Entscheidungen, die auf der Ebene der Landesplanung getroffen worden sind, zu verändern oder durch Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft zu ersetzen. Das gilt insbesondere für den Sachverhalt, dass im Rahmen der Festlegung des landesplanerischen Freiraumverbunds entschieden wurde, dass bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen mit einer geringeren Größe als 20 Hektar in die Flächenkulisse einbezogen werden. Der Übertragungsvorgang stellt auch keine Berechtigung dar, dem landesplanerischen Freiraumverbund Flächen hinzuzufügen, da es sich dabei um eine vom Willen der Regionalen Planungsgemeinschaft getragene Entscheidung handeln würde, die nur im Rahmen der eigenen Festlegungskompetenz

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		getroffen werden kann. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die im Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 05.10.2021 vorgenommene Übertragung führt zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg der Anschein einer Regelungsschärfe vermittelt wird, die durch die Festlegungsentscheidung des Landesplangebers nicht getragen ist. Um daraus ggf. folgende Missverständnisse und Anwendungsfehler zu vermeiden, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft den Freiraumverbund nach Z 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der gleichen Weise darzustellen, wie es in der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans erfolgt ist. Die Darstellung erfolgt als nachrichtliche Übernahme aus der Landesplanung und wird im Abschnitt VII (nach Entwurf vom 05.10.2021) aufgeführt. Das Kapitel V entfällt ersatzlos. Diese Vorgehensweise entspricht auch der Empfehlung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (siehe BE 1816).
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Planungskonzept VBS		
BE-ID: 341	Regionalplanentwurf „Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung" (ergU_1_1_Planungskonzept_ VBS.pdf) Seite 17: Satzkorn erfüllt das Kriterium zur Bestimmung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nach Stufe 1_2 „Ortsteile mit einer bis zu 1 km von den zugehörigen Siedlungsflächen entfernt liegenden Bahnanbindung" und muss deshalb in der Tabelle Seite 21 ergänzt werden. Begründung: Der Bahnhof Satzkorn ist von der Ortslage Satzkorn ca. 800 m entfernt. Zur Zeit wird er nur als Umschlagbahnhof genutzt, kann und soll aber im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gewerbegebiets Friedrichspark (aktuell B-Plan-Entwurf) für den Personenverkehr reaktiviert werden.	Der Anregung um Ergänzung des Güterumschlagbahnhofs Satzkorn wird nicht gefolgt. Begründung: Die Tabelle enthält lediglich Bahnhöfe, die für die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen nach dem Planungskonzept VBS für Personen eine Rolle spielen.
TÖB-Nr.: 2094 / Bundesgesellschaft für Endlagerung		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 343	Wir haben die textlichen Festlegungen zum Regionalplan 3.0 der Region Havelland-Fläming sowie die jeweiligen Änderungen, welche dazu im Internet zur Verfügung gestellt werden, zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme.
BE-ID: 345	Über dieses Schreiben werden die Referate S III 1, S III 2, S III 3 und G II 3 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz von uns in Kenntnis gesetzt.	Die Information der Stellungnahme an die aufgeführten Referate wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / II.2 Rechtswirkungen		
BE-ID: 344	Hinweis zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Bei Prüfung der Unterlagen konnten wir feststellen, dass an keiner Stelle in den entsprechenden Dokumenten auf das Standortauswahlgesetz (StandAG) Bezug genommen wird. Es ist jedoch Bezug auf die Vorgaben des StandAG zu nehmen, damit auch der Regionalplan 3.0 der Region Havelland-Fläming dem Vorrang der Standortauswahl gemäß Standortauswahlgesetz gegenüber Landes-, Regional- und Bauleitplanungen gerecht wird. In §12 StandAG	Dem Hinweis wird durch nachstehende textliche Ergänzung unter II.2. Rechtswirkungen gefolgt: "Rechtswirkungen weitergehender Bestimmungen (z.B. nach § 12 Standortauswahlgesetz) bleiben unberührt."

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	wird das Verhältnis zwischen Standortauswahlverfahren und Landesplanung klar geregelt. Demnach haben „die Entscheidungen im Standortauswahlverfahren einschließlich bergrechtlicher Zulassungen und Erlaubnisse gemäß § 12 Abs. 1 StandAG) [...] Vorrang vor Landesplanungen und Bauleitplanungen." Aus Sicht der Bundesgesellschaft für Endlagerung ist es erforderlich, im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans der Region Havelland-Fläming einen gänzlichen Bezug zu § 12 StandAG mit darzustellen und den Vorrang der Entscheidungen im Standortauswahlverfahren vor Landes-, Regional- und Bauleitplanungen klar hervorzuheben.	
TÖB-Nr.: 2100 / Kronos Solar Projects GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 451	Wir, die Kronos Solar Projects GmbH beabsichtigen, durch unsere 100%-ige Tochter, der KSD 17 UG (haftungsbeschränkt), in der Stadt Ketzin/Havel auf einer Fläche von ca. 71 ha eine Freiflächen-Photovoltaikanlage (.,PVA") zu errichten und zu betreiben. Die folgenden Flurstücke sollen nach heutigem Stand dafür genutzt werden: [Tabellenanfang Spaltenreihenfolge: Gemarkung; Flur; Flurstücksnummer; Teilw./Vollständig] - Etzin; 1; 44; Tlw. - Etzin; 1; 45; Tlw. - Etzin; 1; 46; Tlw. - Etzin; 1; 47; Tlw. - Etzin; 2; 3/2; Tlw. - Etzin; 2; 3/3; Tlw. - Etzin; 2; 3/4; Tlw. - Tremmen; 3; 61; Tlw. - Tremmen; 3; 12; Vollständig - Tremmen; 3; 64; Tlw. - Tremmen; 3; 58; Tlw. - Tremmen; 3; 8; Tlw. - Tremmen; 3; 7; Vollständig - Tremmen; 3; 66; Tlw. [Ende des Tabelleninhalts] [Abbildung: Übersichtskarte Plangebiet mit Flurstücksnummern] Die vorgenannten Flächen liegen in einem Gebiet, welches im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausgewiesen ist. Diese Einordnung könnte ggf. ein rechtliches (Rest-)Risiko darstellen, welches die Errichtung der PVA erschweren und schlimmstenfalls verhindern könnte, weshalb wir Sie hiermit darum ersuchen, die oben genannten Flächen aus dem Regionalplan herauszunehmen bzw. einer Flächenkulisse zuzuweisen, die die Errichtung einer PVA ohne Weiteres ermöglicht.	Die Planung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage wird zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan 01/22 "Solarpark am Gewerbegebiet Etzin" befindet sich bereits in Aufstellung und wird im Zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Belang der kommunalen Planung berücksichtigt.
BE-ID: 452	Dazu möchten wir die folgenden Gründe angeben: Die Entwicklung einer Freiflächensolaranlage bedarf bereits in der Entwicklungsphase eines erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwands für die Planung der Solaranlage und Verhandlung diverser Verträge, die für die spätere Errichtung benötigt werden. Die bis dato bereits erfolgten Abstimmungen mit der Stadt Ketzin/Havel in den zuständigen Gremien (Ortsbeiräte, Bauausschuss, Hauptausschuss und Stadtverordnetenversammlung), den Anwohnern vor Ort sowie den einzelnen Grundstückseigentümern führten zu dem Ergebnis, dass sich die beteiligten Parteien auf die Rahmenbedingungen der Flächensicherung und der Errichtung der PVA weitestgehend verständigt haben. Die geplante Errichtung der PVA ist dabei im Interesse aller beteiligten Parteien. Ein entsprechender Beschluss zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans 01/22 „Solarpark am Gewerbegebiet Etzin" sowie die Änderung des Flächennutzungsplans für den entsprechenden Geltungsbereich des vorgenannten Bebauungsplans wurden bereits am 29.03.2022 durch die Stadt Ketzin/Havel gefasst.	Siehe BE ID 451
BE-ID: 453	Im konkreten Fall kommt hinzu, dass zwei Grundstückseigentümer der betroffenen Flächen, die in ihrem Eigentum stehenden Flächen nicht verpachten, sondern verkaufen möchten. Es ist geplant, dass der Verkauf der Flächen zeitnah stattfinden soll, wodurch weitere erhebliche Kosten für die notarielle Beurkundungen und Grundbucheintragungen anfallen werden, die im Falle eines Scheiterns des Projekts nicht ersatzfähig wären.	Siehe BE ID 451

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 454	Politisch wird der Errichtung von erneuerbaren Energieanlagen mittlerweile eine überragende Bedeutung beigemessen und der Ausbau erneuerbarer Energieanlagen soll, politisch gewünscht, stark beschleunigt werden. Nach dem Entwurf des EEG 2023 soll die inländische Stromerzeugung bereits im Jahr 2035 nahezu treibhausgasneutral sein, also nahezu vollständig durch erneuerbare Energien erfolgen. Unter der Überschrift „Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien" soll § 2 EEG künftig Folgendes grundlegend festhalten (Art. 1 des Referentenentwurfs): „Errichtung und Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit." Ausweislich der Entwurfsbegründung soll der neugefasste § 2 EEG der Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien „in allen Rechtsbereichen" dienen. Obwohl wir hausintern davon ausgehen, kann Stand heute noch keine rechtssichere Aussage darüber getroffen werden, ob eine Einordnung von Flächen als Vorranggebiet für die Landwirtschaft einer späteren Errichtung einer Freiflächensolaranalage oder anderer erneuerbarer Energieanlagen entgegenstehen könnte.	Das überragende öffentliche Interesse nach § 2 EEG wirkt sich regelmäßig nur bei Abwägungsentscheidungen im Fachrecht aus und auch nur dann, wenn das Fachrecht eine Abwägung erlaubt. Dies trifft bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft als abschließend abgewogenes Ziel der Raumordnung nicht zu. Siehe weiterhin BE ID 451.
BE-ID: 456	In Anbetracht der Tatsache, dass die Verhandlungen über die Errichtung der von uns geplanten PVA schon sehr weit fortgeschritten sind, ein Aufstellungsbeschluss für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan bereits gefasst, die Errichtung im gemeinsamen Interesse von uns, der Stadt und den betroffenen Flächeneigentümern erfolgt und zeitnah weitere, erhebliche finanzielle Investitionen anstehen, sehen wir eine Herausnahme der oben genannten Flächen als gerechtfertigt an, um ein rechtliches Restrisiko vollständig zu eliminieren. Aus diesem Grund bitten wir Sie höflichst, unserem Anliegen nachzukommen und die Flächenkulisse entsprechend abzuändern.	Siehe dazu BE ID 451
TÖB-Nr.: 2102 / naturwind Potsdam GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 3431	Die Naturwind potsdam GmbH ist ein Unternehmen, das sich mit der Projektentwicklung, Genehmigungsplanung sowie der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) befasst. Wir beabsichtigen, innerhalb des genannten Plangebietes WEA zu errichten und zu betreiben. Vor diesem Hintergrund nehmen wir im Rahmen des 1. Beteiligungsverfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming Stellung: Zum o.g. Entwurf des Regionalplans wird wie folgt Stellung genommen: A. Allgemeine Einwendungen zu Zielen, Grundsätzen, Kriterien etc.:Die Anstrengungen des Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (RPG H-F), Windeignungsgebiete (WEG) in ausreichender Zahl auszuweisen, werden durchaus gesehen. Ebenso wie die Tatsache, dass Regionalplanung nicht im „luftleeren Raum" stattfindet, sondern z.B. politische Prämissen und Stimmungen in den Entscheidungsgremien nicht gänzlich ignorieren kann. Das im Entwurf manifestierte Ergebnis erscheint jedoch gerade vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an die Quantität der Flächenausweisung (vorgezogener Kohleaussieg, Ukrainekrise, aktuelle Klimaschutz- und Energieziele von Bundes- und Landesregierung, ...) nicht ausreichend. Dementsprechend wird im Entwurf auch eingeschätzt, dass die Ziele der Energiestrategie des Landes Brandenburg mit der ausgewiesenen Fläche für Windeignungsgebiete (WEG) von 1,64% der Regionsfläche wahrscheinlich um ca. 10 bis 20% unterschritten werden (S. 66/67). Eine entsprechende Anpassung des Konzepts, der Ziele, Grundsätze und Inhalte des Regionalplanentwurfs wird daher erforderlich sein.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3432	Im Einzelnen: I. Angebots- statt Ausschlussplanung: Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass das Konzept „Windeignungsgebiete mit Ausschlusswirkung" (5.13 oben) dazu führt, dass die nach aktuellen Anforderungen erforderlichen Flächen für die Windenergienutzung nicht bereitgestellt werden können. Die	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
zitierte Rechtsprechung des OVG Berlin- Brandenburg zur Schaffung „substanziellen Raums" (RN 266) wird im Kern nicht von Dauer sein. Der rigorose Ausschluss von Flächen außerhalb der Eignungsgebiete führt u.a. dazu, dass z.B. auf technische Neuentwicklungen und allgemein auf Änderungen von Gegebenheiten nicht flexibel genug reagiert werden kann. Mögliche Zielabweichungsverfahren (§ 6 Abs. 2 ROG) können diesem Missstand nicht in ausreichendem Maße begegnen, ebenso wenig wie Ausnahmeregelungen (§ 6 Abs. 1 ROG), die im Planentwurf ohnehin kaum zu finden sind. Zielführender vor dem Hintergrund steigender Anforderungen bezüglich der Quantität der Flächenbereitstellung wäre eine sog. Angebotsplanung ohne Ausschlusswirkung, wie sie auch auf Bundesebene derzeit diskutiert wird. Hier sollte nicht auf eine Bundesregelung gewartet, sondern schon im Vorgriff hierauf geplant werden. II. B 30 Mindestabstände zwischen Windeignungsgebieten (WEG) überprüfen: Die geplanten Mindestabstände zwischen WEG (5 km, RN 261, S. 63) sind kritisch zu überprüfen. Schutzbedürfnisse der Bevölkerung werden durchaus gesehen. Im Einzelfall haben festgelegte Mindestabstände in der Praxis aber zu sachlich auch im Sinne von Schutzbedürfnissen nicht nachvollziehbaren Ergebnissen geführt. Zumindest müssen hier im Regionalplan Ausnahmemöglichen nach § 6 Abs. 1 ROG geschaffen werden. III. W OS Mindestgröße von Windeignungsgebieten: Die Anforderung an die Mindestgröße von WEG (25 ha, S. 61) sollte gestrichen werden. Gerade vor dem Hintergrund steigenden Flächenbedarfs sollten auch kleinere raumbedeutsame WEG mit weniger Anlagen nicht ausgeschlossen werden. Diese können gerade in der dezentralen Energieerzeugung, z.B. in Industrie- und Gewerbegebieten, eine große Rolle spielen (s.u. IV und V.) IV. W 02 Landschaftsschutzgebiete (LSG): LSG sind im Planungskonzept als weiche Tabuzonen festgelegt. Damit sind erhebliche Teile der Regionsfläche von vornherein von der Windenergienutzung ausgeschlossen. Argumentiert wird u.a. mit dem Erholungswert der Landschaft, der durch „erhebliche negative Umweltauswirkungen" durch Windenergieanlage (WEA) bedroht sei. Zutreffend festgehalten wird, dass es in LSG kein absolutes Veränderungsverbot gibt (RN 223). ,,Regelmäßig" würden aber bei Windenergienutzung Verlust und Beeinträchtigungen der Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten die Folge sein. Diese mögen im Einzelfall gegeben sein, aber nicht immer und in dieser Absolutheit. Es besteht der Eindruck, dass manche LSG äußerst großzügig bemessen wurden, ohne ausreichende Prüfung der tatsächlichen Schutzwürdigkeit der betreffenden Landschaften. Bei der Festlegung von LSG als weiches Tabu handelt es sich um eine Willensentscheidung der Regionalplanung, wie im Planentwurf auch richtig dargestellt. Der Regionalplan sollte/muss dann aber gem. § 6 Abs. 1 ROG zumindest die Ausnahmen zulassen, die schon in den betreffenden Schutzgebietsverordnungen (auch für bauliche Anlagen) und in den Naturschutzgesetzen vorgesehen sind. Auch in der Entschließung des brandenburgischen Landtages zum Windabstandsgesetz vom Mai 2022 wird die Errichtung von Windenergieanlagen in LSG ausdrücklich nicht mehr ausgeschlossen. Die Errichtung und Nutzung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie liegt, wie auch die Bundesregierung festgestellt hat, im überragenden öffentlichen Interesse, was allein schon die Zulassung von Ausnahmen begründet, und zwar durchaus auch im wohlverstandenen Interesse des Naturschutzes. Bei ungebremsten Klimawandel wäre auch die Erhaltung der Natur und der Artenvielfalt aufs äußerste gefährdet. Der geplante Ausschluss aller LSG von der Windenergienutzung kann und wird keinen Bestand haben, auch vor dem Hintergrund der Planungen der Bundesregierung und der brandenburgischen Landesregierung. Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung reicht voll aus, um Gesichtspunkte des Natur- und Landschaftsschutzes gebührend zu berücksichtigen. Das Mindeste wäre eine Ausnahmeregelung für Windenergienutzung im Regionalplan nach § 6 Abs. 1 ROG, z.B. bei Gewerbegebieten, insbesondere Anlagen zur Versorgung dieser Gebiete, und generell bei Anlagen zur (netzschonenden) dezentralen Energieerzeugung sowie beim Repowering (s. auch unten V.). V. Industrie- und Gewerbegebiete; GIV: In Industrie- und Gewerbegebieten sollten auch raumbedeutsame WEA generell zugelassen werden, insbesondere, wenn diese	die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	der Versorgung des jeweiligen Gebiets dienen. Das allgemeine Schutzbedürfnis ist hier wesentlich niedriger als in anderen Gebieten. Für Gewerblich-Industrielle Vorrangstandorte (GIV) ist zwingend eine Ausnahmeregelung nach § 6 Abs. 1 ROG analog der Regelung für landwirtschaftliche Vorrangstandorte vorzusehen (vgl. Z 2.4, S. 15). VI. H 09 PV- Freiflächenanlagen als hartes Tabu? Die Regionalplanung folgt einem Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 23.05.2019, wonach Photovoltaik- Freiflächenanlagen zutreffend als harte Tabuflächenflächen ausgewiesen worden seien (RN 204, 205). Aus tatsächlichen Gründen (Verschattung) scheide die Errichtung von WEA dort aus. Diese Einschätzung trifft in dieser Allgemeinheit nicht zu. Die Entscheidung, ob tatsächlich möglich oder nicht, kann getrost den Antragstellern und planenden Behörden vor Ort überlassen bleiben. Es gibt kein Bedürfnis, diese Frage landesplanerisch zu regeln. Das „harte Tabu" H 09 ist daher zu streichen.	
BE-ID: 3437	Stellungnahme zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 5. Oktober 2021 - Aufnahme des neuen Wind-Eignungsgebietes „Potsdam Uetz". Die Naturwind potsdam GmbH ist ein Unternehmen, das sich mit der Projektentwicklung, Genehmigungsplanung sowie der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) befasst. Wir beabsichtigen, innerhalb des genannten Plangebietes WEA zu errichten und zu betreiben. Vor diesem Hintergrund nehmen wir im Rahmen des 1. Beteiligungsverfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming Stellung: Wir beantragen, im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021 das Windeignungsgebiet „Postdam Uetz" entsprechend der als Anlage „2022-06-01 Stellungnahme_Potsdam Uetz_Plan.pdf' (Lageplan Eignungsgebiet Potsdam Uetz) beigefügten Karte neu festzusetzen. Begründung: In der Stadt Potsdam herrscht angesichts der Energieunsicherheit und der steigenden Preise großer Handlungsdruck. Die Stadt Potsdam, der städtische Energieversorger EWP und auch das städtische Wohnbauunternehmen ProPotsdam/GEWOBA finden großes Interesse an der Lösung, Brenn- und Treibstoffe auf Potsdamer Stadtgebiet zu produzieren und die Abwärme in den anliegenden Stadtteilen zu nutzen. Voraussetzung ist, dass möglichst stadtnah Wind- und Solarenergie erzeugt wird. Für die Windenergieerzeugung in Potsdam bitten daher wir um die Aufnahme folgendes Gebietes als Windeignungsgebiet in den Regionalplan: Gemarkung Uetz (Anlage „2022-06-01-Stellungnahme_Potsdam Uetz_Plan.pdf'): Dieses Windpotenzialgebiet liegt im nordwestlichen Segment zwischen Berliner Ring und Sacrow-Paretzer Kanal. Die dort ansässige Agrargenossenschaft wurde als Eigentümerin angesprochen und steht hinter der Idee. Die betroffenen Schutzgüter sind: -Überflutungsgebiet (Einzelfallprüfung). Das Gebiet unterschreitet die im Regionalplan vorgegebene Mindestgröße für Windparks von 25 ha. Wie in unserer allgemeinen Stellungnahme erläutert, sehen wir dieses Kriterium als unbegründet an. Auf der gekennzeichneten Fläche können etwa 3 Windenergieanlagen errichtet werden. Mit einer Reduzierung des Abstandes zwischen Windparks kann die Fläche auf über 25 ha erweitert werden (Darstellung in der Anlage „2022-06-01-Stellungnahme_Potsdam Uetzerweitert_Plan. pdf'). Weitere betroffene Schutzgüter bei Erweiterung: - Bodendenkmale (werden ausgespart), - Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz (Einzelfallprüfung / kann ausgespart werden).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3438	Brandenburg will bis 2045 klimaneutral werden. Dazu soll das Ausbauziel für die Windenergie von 10,5 Gigawatt auf 11,5 Gigawatt bis 2030 erhöht werden. Die Ausbauziele der Flächen nutzbar für Windenergie sollen auf 2,2 bis 2,4 erhöht werden. Der Mindestabstand in Brandenburg soll auf 1.000 m reduziert werden und zu "Streu- und Splittersiedlungen" sollen die Abstandsregelungen herausgenommen werden. Dies sollte sich auch im Regionalplan widerspiegeln. Im Eignungsgebiet PF 05 Ferch im Kapitel 2.2 sehe ich diesbezüglich noch ausweitbare Gebiete, insbesondere südlich-westlich von Kammerode ("Streu- und Splittersiedlung") zwischen Eignungsgebiet und Landstraße und südlich der A 10 am Kreuz Glindow	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	beidseitig der Landstraße bzw. nördlich der Plessower Heide noch südlich der A10. Die zusätzlich auszuzeichnenden Eignungsgebiete stellen keine weiter besondere Lärmbelastung dar, wegen der Nähe zur Autobahn und der zusätzlichen Abschirmung von der Siedlung durch den vorhandenen Wald. Zusätzlich wird empfohlen, die Renaturierung der Windeignungsgebiete nach dem Bau der Windräder mit hochwertigen Wäldern.	daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 3433	VII. landwirtschaftliche Flächen; Agri-PV; Windkraft: Das Bedürfnis, Vorranggebiete für die Landwirtschaft festzulegen, soll nicht grundsätzlich negiert werden. Dass als Grundlage eine Ackerwertzahl von 24 (S. 97, 105) dient, erscheint jedoch nicht sachgerecht, wie Gespräche mit Landwirten ergeben haben. Auch auf Flächen mit höherer Ackerwertzahl lässt sich Landwirtschaft häufig nicht wirtschaftlich betreiben. Nicht außer Acht bleiben sollte, dass Windkraft und PV in der Landwirtschaft häufig als „zweites Standbein" dienen, um bei häufig nachlassenden Gewinnspannen dennoch landwirtschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Gewinnung von erneuerbaren Energien (mit Ausnahme von Agri-PV) kann außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft erfolgen.
BE-ID: 3434	Dass Ausnahmeregelungen „insbesondere" für (aufgeständerte) sog. Agri-PV-Anlagen bestehen, lässt befürchten, dass für reguläre PV-Anlagen keine Ausnahmen erteilt werden. Zwingend erforderlich sind auch Ausnahmeregelungen für die Windkraftnutzung, da diese häufig sehr wohl mit landwirtschaftlichen Nutzungen vereinbar sind.	Die Annahme, dass "reguläre PV-Anlagen" in Vorranggebieten für die Landwirtschaft unzulässig sind, ist zutreffend. Die Steuerung der Windenergienutzung erfolgt ebenfalls durch regionalplanerische Festlegungen. Die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021 wurden vom Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt. Im nunmehr rechtskräftigen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 sind Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt.
TÖB-Nr.: 2103 / SOLARNET Investment GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 617	Wir sind uns sicher, dass oben genannte Ansätze einen konstruktiven Beitrag zu dem Ziel des neuen Regionalplans der Vereinbarkeit diverser Belange leisten wird, sowie das für unser geplantes Vorhaben keine Beeinträchtigung in der überarbeiteten Version des Regionalplans zu erwarten ist. Gerade, aber nicht ausschließlich durch den eingangs beschriebenen politischen Willen der Bundesregierung gehen wir davon aus, dass es ebenfalls im Interesse der Regionalplanung liegt, ein solches im überragenden Interesse stehendes Projekt zu realisieren. Bei Fragen hierzu stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.	Der Bebauungsplan für das Vorhaben befindet sich bereits in Aufstellung und wird im Zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Belang der kommunalen Planung berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 616	Unser geplantes Vorhaben „Solarpark Haseloff Südost" und "Solarpark Niemegk Ost": In Bezug auf das geplante Vorhaben „Solarpark Haseloff Südost" und „Solarpark Niemegk Ost (Haseloff)" zeigt sich, dass eine aktuell geplante Einschränkung der Regelungen im Entwurf des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 In	Die Bebauungspläne "PV Haseloff Südost-Haseloff" und "PV Niemegk Ost-Haseloff" der betreffenden Solarparks befinden sich im Verfahren. Die Regionale Planungsgemeinschaft

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Bezug auf Vorrangflächen Landwirtschaft ein wichtiges Photovoltaikprojekt durch eine nicht der Realität entsprechenden Einstufung als„ Vorrangfläche Landwirtschaft" gefährdet. Dieses Projekt erfüllt alle maßgeblichen und wichtigen Kriterien eines akzeptierten und dringend benötigten Solarprojekts: Es steht nicht in Widersprüchen mit den Zielen der Raumordnung, wird kommunal voll unterstützt und verbindet optimal weitere wichtige Faktoren wie bspw. Netzanschluss In unmittelbarer Nähe, Regionale Wertschöpfung durch Vorhabenträgergemeinschaft mit dem Flächeneigentümer und der Personenidentität von Flächeneigentümer und Bewirtschafter. Die am Solarprojekt beteiligten Unternehmen beschlossen eine gutachterliche Stellungnahme in Auftrag zu geben, um die Kriterien der „Ertragsstärke" und „Klimarobustheit" unabhängig und fachlich versiert beurteilen zu lassen. Beauftragt wurde das Ingenieurbüro für Angewandte Geologie und Geotechnik BOG VBI, [Name anonymisiert] . Der Bericht wird als Anlage in Kopie beigefügt und kommt zu dem klaren Ergebnis, dass die zur Bebauung angedachten Böden als "ertragsarm und klimasensibel" anzusehen sind und somit „ein Anspruch als Vorranggebiet für die Landwirtschaft fachlich nicht abzuleiten ist". Der Bericht weist zusätzlich auf die Problematik der vergangenheitsorientierten Betrachtung hin: ,,Der Klimawandel wird sich außerdem verstärkt auf die Landwirtschaft auswirken. Insbesondere durch die beobachteten Trends zunehmender Witterungsextreme werden künftig höhere Ertragsrisiken für die Landwirtschaft erwartet. Das Ertragsausfallrisiko ist infolge der vergleichsweisen geringen Niederschläge und der anstehenden sandreichen Böden, die nur wenig Wasser speichern können, für die projektierte Fläche als hoch anzusehen."	Havelland-Fläming hat in den jeweiligen Beteiligungsverfahren Stellungnahmen (zuletzt mit Az. 6jf_9994_xh vom 28.11.2023 und Az. 6jl_10069_xh vom 13.02.2024) abgegeben. In beiden Fällen lagen Überschneidungen der Geltungsbereiche mit Vorranggebieten Landwirtschaft vor, formal bezogen auf die Vorrangflächen des Ersten Regionalplanentwurfs. Das Planungskonzept zu Vorranggebieten Landwirtschaft wurde im Zweiten Regionalplanentwurf geändert. Auch die bereits eingeleiteten kommunalen Planungen wurden berücksichtigt. Beide Plangebiete sind nicht mehr von der Festlegung betroffen. Die Anlage wird zur Kenntnis genommen. Siehe dazu auch BE ID 3167, 3168 und 3169.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 a) Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 615	Soeben genannte Punkte fördern die Erfüllung des Grundsatz G 6.1 Absatz 1 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion (LEP HR), der In Ziffer 343 (Seite 96) aufgeführt wird und wir fordern in der weiteren Gestaltung des Entwurfs zu prüfen: "Jeder Freiraum soll grundsätzlich so entwickelt werden, dass seine Bedeutung als natürliche Lebensgrundlage, als ökologischer Ausgleichs- und landschaftlicher Erlebnisraum für die Erholungsnutzung sowie als Wirtschaftsraum für eine ordnungsgemäße bzw. der guten fachlichen Praxis entsprechende Land- und Gewässernutzung einschließlich der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energien gleichermaßen berücksichtigt wird." Gerade Im Bereich der landwirtschaftlichen Flächen in benachteiligten Gebieten und/oder auf ertragsschwachen oder klimasensiblen Böden besteht die Chance auf zusätzliche Möglichkeiten durch die Schaffung von extensiven Dauergrünlandflächen mit Schafbeweidung und solarer Energieerzeugung, eine breite Fauna und Flora zu entwickeln, kommunale Wertschöpfung zu stärken, den Wasserhaushalt zu optimieren und zur Sicherung des gesamten Geschäftsbetriebs des Grundstückseigentümers beizutragen.	Die landwirtschaftliche Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis, wie sie auch gemäß Grundsatz 6.1 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg berücksichtigt werden soll, wird durch die legitime monofunktionale Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft konkretisiert und gesichert. Darüber hinaus wird die Nutzung regenerativer Energien bzw. der solaren Strahlungsenergie innerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft mit dem Absatz 2 der Festlegung berücksichtigt. Auch in benachteiligten Gebieten, wozu ein Großteil der Region Havelland-Fläming gehört, herrschen unterschiedliche Bodenverhältnisse, die sich für die Erzeugung verschiedener Agrarprodukte eignen. Landwirtschaftsflächen, die sich aufgrund ihrer Ertragsfähigkeit und/oder Klimarobustheit besonders für die landwirtschaftliche Nutzung eignen, sollen mit der Festlegung geschützt und konkurrierende Nutzungen auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft gelenkt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ff) Solaranlagen		
BE-ID: 609	Allgemein: Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Stromversorgung bereits Im Jahr 2035 nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruht. Um die neuen Ausbauziele zu erreichen, soll das gesamte Erneuerbare-Energien-Gesetz grundlegend überarbeitet werden. Das sieht der Gesetzentwurf (20/1630) der Regierung „zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor" vor. Bei der Solarenergie heißt das Ziel ein jährlich stetiges Niveau von 22 GWp neuer PV-Anlagen pro Jahr zu erreichen, so dass in 2030 Insgesamt rund 215	Der Gesetzentwurf der Bundesregierung mit der Drucksache 20/1630, der sich mit „Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ befasst, wurde am 7. Juli 2022 im Bundestag abgestimmt und liegt zeitlich hinter dem Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Regionalplans

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	GWp Solar-Leistung in Deutschland installiert sein soll. Zusätzlich wird die Nutzung erneuerbarer Energien zukünftig im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Allein durch diese maßgebliche klimapolitische Änderung fordern wir eine Überprüfung und Anpassung der bisherigen Kriterien des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 in Bezug auf die Regelungen zu Freiflächenanlagen zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie, da diese in Ziffer 379 (Seite 103), noch von den überholten klima- und energiepolitischen aus dem Klimaschutzprogramm 2030 ausgeht, "... dass bis zum Jahr 2030 98 GW installierte Leistung durch Photovoltaik (PV) erreicht werden sollen." Klarstellend sei jedoch erwähnt, dass die angedachten Regelungen im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 bereits mit den überholten Ausbauzielen für Photovoltaik einer dringenden Überarbeitung bedürfen (und mit oben beschriebener klimapolitischer Veränderung umso mehr bedürfen) und diese Stellungnahme generell folgende Punkte einer dringenden Überprüfung empfiehlt:	Havelland-Fläming 3.0. Somit konnten die nunmehr aktuellen energiepolitischen Ausbauziele zur Photovoltaik zum damaligen Zeitpunkt noch kein Bestandteil der Begründung des Regionalplanentwurfs sein. Das "überragende öffentliche Interesse" nach § 2 EEG hat nur bei Abwägungs- und Ermessensentscheidungen ein besonderes Gewicht. Ziele der Regionalplanung sind einer Abwägung auf nachgeordneten Planungsebenen jedoch nicht zugänglich. Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 trifft zudem keine Festlegungen zum Ausbau der Photovoltaik-Nutzung, sondern ermöglicht diese durch Ausnahmeregelungen innerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft unter bestimmten Voraussetzungen. Außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft stehen für den Ausbau der Photovoltaik ausreichend Flächen zur Verfügung. Im Zweiten Regionalplanentwurf wird die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB ersatzlos gestrichen. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt.
BE-ID: 613	Der Entwurf des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 bietet gemäß Ziffer 385 (Seite 104) die Ausnahmeregelung auf geplanten Vorranggebieten Landwirtschaft in Bezug auf Bauleitplanungsverfahren für Agri-Photovoltaik-Anlagen in Anlehnung an die DIN SPEC 91434:2021-05. Dies stellt eine gute Möglichkeit für eine Zusatznutzung mit solarer Energieerzeugung auf ertragsstarken und -sicheren Böden dar. Dabei werden jedoch Photovoltaikanlagen mit paralleler extensiver Landwirtschaft und Grünlandbeweidung auf ertragsschwächeren Böden, wie in unserem Vorhaben, nicht berücksichtigt.	Die Ausnahmeregelung für die Errichtung von Agri-PV-Anlagen in Vorranggebieten Landwirtschaft (bisher Z 2.4 Abs. 2 Buchstabe a; neu: Z 2.3 Abs. 2) wird grundsätzlich begrüßt. Der Hinweis, dass Photovoltaikanlagen mit paralleler Grünlandnutzung nicht berücksichtigt werden, wird zur Kenntnis genommen. Nach DIN SPEC 91434:2021-05 wird für den Betrieb einer Agri-PV-Anlage unter anderem vorausgesetzt, dass die vorherige landwirtschaftliche Flächennutzung beibehalten wird. Da bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft ausschließlich Ackerland zugrunde gelegt wird, ist der Betrieb einer Agri-PV-Anlage bei gleichzeitiger Grünlandnutzung ausgeschlossen.
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Planungskonzept Landwirtschaft		
BE-ID: 610	Anpassungsbedarf der geplanten Regelungen im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0: Insbesondere gilt es dabei die folgenden Punkte auf deren Aktualität zu überprüfen, um die Flächenkulisse für die geplanten Ausbauziele zu ermöglichen. - Bestimmung der Ertragsfähigkeit landwirtschaftlicher Nutzflächen anhand der Ackerzahl 24, zumal diese in dem Planungskonzept Landwirtschaft (siehe Ziffer 67 auf Seite 21) nicht nachvollziehbar sukzessive abgesenkt wurde. Selbst die bisher geplante Grenze von der Ackerzahl 30 kann nicht nachvollzogen werden, da der Durchschnitt im Bundesland Brandenburg bei 32 liegt. Ebenfalls ist angemerkt, dass die klarstellende Definition „im Durchschnitt über das geplante Gebiet der solaren Nutzung" fehlt. - Eben genannter Punkt wird zusätzlich unterstrichen, wenn Flächen in benachteiligten Gebieten liegen. Zum einen in Bezug auf die Ertragsfähigkeit und/oder Klimarobustheit, zum anderen zu einer	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Auch hinsichtlich der Klimarobustheit von Ackerböden wurde eine Änderung des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	möglichen Länderöffnungsklausel nach EEG 2021 In§ 37c Absatz 2.	Planungskonzepts vorgenommen. Die im Ersten Regionalplanentwurf übernommene Bewertung aus dem Projekt INKA BB wird nicht mehr angewandt. Stattdessen wird die ursprüngliche Bewertung der Bodenwasserverhältnisse des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe übernommen. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. PV-Freiflächenanlagen können auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft errichtet werden oder ausnahmsweise innerhalb der Vorranggebiete, wenn es sich um eine Agri-PV-Anlage handelt. Es ist unklar, was mit dem folgenden Satz der Stellungnahme ausgesagt werden soll: "Ebenfalls ist angemerkt, dass die klarstellende Definition „im Durchschnitt über das geplante Gebiet der solaren Nutzung" fehlt." Nach § 37c des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG 2023) werden die Länder ermächtigt, per Verordnung PV-Freiflächenanlagen auch in benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten bei dem Zuschlagsverfahren für Solaranlagen des ersten Segmentes zu berücksichtigen. Das Land Brandenburg hat von dieser Länderöffnungsklausel jedoch bisher keinen Gebrauch gemacht.
BE-ID: 612	- Die Klassifizierung der Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit in Ziffer 66 ff des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 basieren auf Vergangenheitsfaktoren, die häufig nicht den realen Bedingungen vor Ort und dessen zukünftigen „Ertragsstärke" und „Ertragssicherheit" entsprechen. Hier muss die Möglichkeit bestehen, über bspw. eine externe und unabhängige gutachterliche Stellungnahme eine Abweichung und somit Herausnahme als Vorrangfläche zu beantragen, unabhängig von der Ackerzahl.	Zur Klassifizierung der Kriterien siehe BE ID 610.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 608	Über uns: Der Vorhabenträger Solarnet Investment GmbH ist Teil der Joachim Goldbeck Holding und ebenso wie das Schwesterunternehmen Goldbeck Solar GmbH, eine 100prozentige Tochter innerhalb der werthaltigen Gruppe. Die Solarnet Investment GmbH übernimmt dabei die Entwicklung und Finanzierung eigener Projekte, wobei die Goldbeck Solar GmbH als marktführender Generalunternehmer die Realisierung und den Betrieb fachgerecht und sicher abbildet. Somit können wir Innerhalb der Joachim Goldbeck Gruppe alle Schritte zu einem erfolgreichen Projekt selbst abbilden und der werthaltige Partner für Gemeinden und alle Projektbeteiligten darstellen.	Kenntnisnahme.
TÖB-Nr.: 2104 / Max Bögl Stiftung & Co KG		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 16 Linthe		
BE-ID: 3144	Von der Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum ausliegenden Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 machen wir gerne Gebrauch. Die Max Bögl Stiftung & Co. KG betreibt im nördlichen Teil des Vorranggebiets 16 „Linthe" den gleichnamigen Kiessandtagebau auf Grundlage einer bergrechtlichen Planfeststellung. Der Tagebau Linthe versorgt seit vielen Jahren zuverlässig die regionale Bauwirtschaft mit hochwertigen regionalen Roh- und Baustoffen, die vor Ort gewonnen und aufbereitet werden. Mit der vorliegend geplanten reglonalplanerischen Widmung des durch die bergrechtliche Planfeststellung überplanten Bereichs sowie weitere, südlich angrenzende Flächen werden die raumordnerischen	Die Zustimmung sowie entsprechende Entwicklungsabsicht werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Voraussetzungen für die langfristige Rohstoffsicherung am Standort geschaffen. Mit dem Entwurf der Festlegung des räumlichen Umgriffs von VRG 16 besteht unsererseits folglich Einverständnis. Mögliche Erweiterungsplanungen für den Abbaustandort Linthe sind wir gerne bereit, südlich der bestehenden bergrechtlichen Planfeststellung innerhalb des Flächenumgriffs von VRG 16 vorzusehen und übernehmen mit unserem Standort Linthe gerne auch zukünftig eine Versorgerfunktion für die regionale Bauwirtschaft mit hochwertigen Roh- und Baustoffen aus heimischer Produktion.	
TÖB-Nr.: 2106 / Göttiner Bürgerinitiative Naturnahe Orts- und Stadtteile e. V.		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3390	0 Einleitung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (Planungsgemeinschaft) hat den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (Regionalplan) vom 05.10.2021, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte, Begründungen und dem zugehörigen Umweltbericht gebilligt und die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG beschlossen.	Die zutreffenden allgemeinen Hinweise zum Aufstellungsverfahren des Regionalplans 3.0 werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3423	Eine juristische Überprüfung des Sachverhaltes behalten wir uns ausdrücklich vor. Sollten wir darüber hinaus zu weiteren Erkenntnissen gelangen, die den Sachverhalt ergänzen und den Beteiligungsprozess betreffen, behalten wir uns vor, die vorliegende Stellungnahme zu ergänzen. Wir bitten Sie uns zum weiteren Vorgehen in Kenntnis zu setzen. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Es folgen zwei Anlagen: Anlage 1 enthält eine Tabelle mit der Bezeichnung "Bewertung Regionalplanung" und Anlage 2 beinhaltet eine Tabelle mit der Bezeichnung "Bewertung GBNO"].	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die beigefügte Tabelle 2 stellt lediglich zusammenfassend die vom Einwender vorgenommenen Bewertungen der Eignungskriterien für den großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne dar, wie sie auch im Text der Stellungnahme mitgeteilt wurden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 3391	Die Göttiner Bürgerinitiative Naturnahe Orts- und Stadtteile e. V. (GBNO) ist ein gemeinnütziger Verein und nimmt als Mitgliedsgruppe des Grüne Liga Brandenburg e. V. sowie als direkt betroffene Anwohnervertretung zum geplanten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) wie folgt Stellung. 1. Bewertung Regionalplan 3.0 der GBNO: Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt: 1.) Unzureichende Berücksichtigung von Rechtsvorschriften, 2.) Unzutreffende Grundlagenermittlung, 3.) Unzureichende Würdigung der behördlichen Bewertung wie z. B. der kommunalen Stellungnahmen und fehlerhafte Indikatoren bezogene Bewertung potenzieller GIV. Zu 1.) Unzureichende Berücksichtigung von Rechtsvorschriften: Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. April 2021 und mit Blick auf das europäische Klimaziel für das Jahr 2030 hat die Bundesregierung am 12. Mai 2021 das geänderte Klimaschutzgesetz (KSG) vorgelegt. Der Bundestag hat die Klimaschutznovelle am 24. Juni 2021 beschlossen. Sie hat am 25. Juni 2021 auch den Bundesrat passiert. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes verpflichtet den Staat, aktiv vorzubeugen, so dass es in Zukunft nicht zu unverhältnismäßigen Einschränkungen der Freiheitsgrundrechte der heute jüngeren Menschen kommt. Nach § 13 Abs. 1 KSG sind alle Träger öffentlicher Aufgaben, bei Planungen und Entscheidungen verpflichtet, den Zweck des Klimaschutzgesetzes und die zu seiner Erfüllung festgelegten Ziele zu berücksichtigen. Im Klimaschutzprogramm 2030 des Bundes (Fußnote 1: Deutschland trägt als eine führende Industrienation eine besondere Verantwortung für den weltweiten Klimawandel. Die Bundesregierung hat am 20. September 2019 Eckpunkte für ein Klimaschutzprogramm 2030 vorgelegt, um die Klimaziele zu erreichen. Den ausführlichen Arbeitsplan - das Klimaschutzprogramm 2030 - hat das Kabinett am 9. Oktober 2019 beschlossen) heißt es dazu: "Die insbesondere in Wäldern und Mooren, aber auch allgemein in Böden	Die Annahme, bei der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts (GIV) Paterdamm/Krahne wären Rechtsvorschriften – insbesondere das Klimaschutzgesetz oder das Klimaschutzprogramm 2030 – unzureichend berücksichtigt worden, ist nicht ausreichend begründet. Die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten erfolgt aufgrund des Ziels 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Bedarf für die raumordnerische Sicherung geeigneter Standorte ist durch die landesplanerische Zielvorgabe festgestellt. Die Entscheidung, den Standort Paterdamm/Krahne als GIV festzulegen, beruht auf der ausführlich dokumentierten Ausarbeitung eines Planungskonzepts, bei der auch Planungsalternativen geprüft worden sind. Die Festlegung gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte verfolgt grundsätzlich einen längerfristigen, strategischen Ansatz, mit dem auch das Interesse an einer räumlich ausgewogenen Wirtschaftsstruktur berücksichtigt wird. Von der Regionalen Planungsgemeinschaft wurden für eine Festlegung als GIV auch baulich vorgeprägte Standorte in Erwägung gezogen (Kirchmöser, Forst Zinna). Das Beispiel Forst Zinna zeigt, dass auch auf ehemals genutzten

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
gespeicherten Kohlenstoffvorräte vor Freisetzung durch die menschliche Nutzung zu schützen und die weitere Einbindung von Kohlenstoff durch natürliche Senken zu fördern, sind zentrale Anliegen für einen wirksamen Klimaschutz. Der Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft ist derzeit der einzige Sektor, in dem mehr Treibhausgase (THG) eingebunden als freigesetzt werden. Nach Definition des Klimaschutzplans 2050 sind dem Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft alle THG-Emissionen aus dem „Common Reporting Format" - Sektors (CRF-Sektor 5, LULUCF) zuzuordnen. [...] Maßnahmen im LULUCF Sektor adressieren die Umwandlung von Grünland in Ackerland, landwirtschaftliche Flächen auf organischen Böden (Moorstandorte) und den Erhalt von Wald als Senke. Sie müssen mit wirksamen Maßnahmen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs für Siedlungs- und Verkehrszwecke einhergehen. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie enthält das Ziel, den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsflächen (Flächenverbrauch) in Deutschland von heute im Durchschnitt noch 58 ha pro Tag bis spätestens 2030 auf unter 30 ha pro Tag zu reduzieren. Gemäß dem Klimaschutzplan der Bundesregierung soll bis 2050 das Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft (Flächenverbrauch Netto-Null) erreicht werden." Diesen klaren Vorgaben aus dem Klimaschutzprogramm 2030 des Bundes steht die Festlegung im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) entgegen. So heißt es auf der Seite 35 mit Bezug auf die Flächengröße von auszuweisenden großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (GIV): "Bei der Standortauswahl und -prüfung sind insbesondere folgende Kriterien heranzuziehen: ... eine Fläche von 100 Hektar als Orientierungswert, ... "Diesen Konflikt benannten schon die Planer der Firma complan Kommunalberatung GmbH in ihrer Studie „Erhebung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming" aus dem Jahr 2017. Auf der Seite 5 heißt es: "Im Laufe der Untersuchung zeigte sich, dass die Kriterien des LEP HR-Entwurfs grundsätzlich zur Bestimmung von großflächig gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten geeignet sind. In der Regel eignen sich nur bislang nicht erschlossene Flächen, da in bestehenden Gewerbe- und Industriestandorten keine ausreichenden Flächengrößen zur Verfügung stehen. Die zu geringen verfügbaren Flächengrößen stellten sich bei der Standortprüfung als größtes Hemmnis für eine Eignung als großflächiger Vorsorgestandort dar." Zur Erreichung des geforderten Zieles der Flächenkreislaufwirtschaft muss die Nutzung von bestehenden Gewerbe- und Industriestandorten prioritär in der Landes- und Regionalplanung als Grundsatz festgeschrieben werden. Selbst wenn eine solche Nachnutzung wegen Altlasten z. B. auf Konversionsstandorten oder ehemaligen Industrieflächen kostenintensiver ist, muss die ökonomische Frage im Abwägungsprozess hinter dem Klimaschutzziel der Verringerung des Flächenverbrauchs klar zurück stehen.	Flächen hohe Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz festzustellen sind. (siehe BE 2770, 2771) Gewerblich-industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf sind unvermeidbar mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden, die nach den gesetzlichen Vorschriften gemindert und ausgeglichen werden müssen. Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen wurden geprüft, im Umweltbericht dargestellt und in der Abwägung mit anderen Belangen berücksichtigt. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens stellt die Regionale Planungsgemeinschaft fest, dass die Entscheidung, den Standort Paterdamm/Krahne als GIV festzulegen, in Abwägung mit anderen Belangen ausreichend gerechtfertigt ist. Insbesondere konnte nicht festgestellt werden, dass eine Beeinträchtigung von Mooren zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist. Aus der Feststellung, Wälder seien als natürliche CO2-Senken im Klimaschutz wirksam, lässt sich kein allgemeines Verbot der Inanspruchnahme von Waldflächen für andere Nutzungen ableiten. Ob und in welchem Umfang Wälder zur CO2-Speicherung beitragen, wird maßgeblich durch die Waldbewirtschaftung beeinflusst. Der nachteilige Einfluss auf die CO2-Speicherung durch die Inanspruchnahme von Waldflächen kann durch Aufforstung langfristig ausgeglichen werden. Maßgeblich für die CO2-Bilanz ist vor allem die Verwendung des geernteten Holzes. Nach den Ergebnissen der vierten Bundeswaldinventur „hat der Kohlenstoffvorrat im deutschen Wald um 41,5 Mio. Tonnen (-3 %) abgenommen. Damit wird der Wald im Zeitraum 2017 bis 2022 zu einer Kohlenstoff-Quelle. Der Rückgang des Kohlenstoffvorrats in lebenden Bäumen ist v. a. auf den hohen Vorratsverlust durch Kalamitäten, insbesondere der Folgen der großen Dürre 2018 - 2021 sowie auf den klimawandelbedingt verminderten Zuwachs zurückzuführen.“ (https://www.bundeswaldinventur.de/vierte-bundeswaldinventur-2022/zusammenfassung) Auch für den vom Vorranggebiet Paterdamm/Krahne betroffenen Wald gibt es Hinweise auf mittlere bis starke Vitalitätsverluste. (http://forestwatch.lup-umwelt.de/) Die Waldstruktur wurde bei der Abgrenzung des Vorranggebiets Paterdamm/Krahne berücksichtigt. Der Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne wird um etwa 200 Hektar bewaldete Fläche verkleinert. Es wird weiter auf die Abschnitte II.3.1 und III der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3392	Des Weiteren werden die eigenen Kriterien aus dem Dokument „Ermittlung von geeigneten Standorten für die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (November 2020)" für die Festlegung des Suchraums nicht konsequent umgesetzt. So heißt es in dem Dokument auf Seite 9: „Da nicht zu erkennen ist, dass sich die übrigen Kriterien des LEP HR anhand geeigneter Indikataren in einem ersten Arbeitsschritt sinnvoll operatianalisieren lassen, kann der für die Ermittlung von geeigneten Standortbereichen zu betrachtende Suchraum nach folgenden Kriterien abgegrenzt werden: Zum Suchraum gehören alle Flächen, die sich in einem Umkreis von fünf Kilometern zu einem Zugangspunkt des schienengebundenen Personenverkehrs und zusätzlich in einem Umkreis von zwei Kilometern zu einer Anschlussstelle von Bundesautobahnen oder von vierspurig ausgebauten Bundes und Landesstraßen (einschließlich der Ortsumfahrung Luckenwalde) befinden." Schon in dieser Planungsphase hätte der groß-industrielle Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne nicht mehr zugelassen werden dürfen, weil er die Voraussetzungen der Suchraumkriterien nicht erfüllt.	Die Annahme, der großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne sei fehlerhaft festgelegt worden, da er nach den Kriterien des Planungskonzepts nicht in einem Suchraum gelegen ist, ist unzutreffend. Für den Bereich nördlich der BAB 2 wurde kriteriengerecht ein Suchraum ermittelt. (siehe ergänzende Unterlage „Ermittlung von geeigneten Standorten für die Festlegung von Großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten“ Seite 16) Der Sachverhalt, dass das Vorranggebiet auf Anregung der betroffenen Kommunen auch auf Flächen südlich der Autobahn ausgedehnt wurde, ist eine zulässige Abwägungsentscheidung im Einzelfall und stellt keinen Verstoß gegen die Kriterien des Planungskonzepts dar. Suchräume sind ein Hilfsmittel, um die für eine Festlegung potenziell geeigneten Flächen großräumig einzugrenzen. Sie bestimmen nicht über die konkrete Abgrenzung von Standortflächen. Die Einbeziehung von Flächen südlich der Autobahn ist sinnvoll und ermöglicht es insbesondere, siedlungsnah gelegene Flächen von einer Vorrangfestlegung auszunehmen..
BE-ID: 3393	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt: 1.) Unzureichende Berücksichtigung von Rechtsvorschriften ... --> In der "Umweltprüfung zum Entwurf des integrierten Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0" vom 05.10.2021 von der Firma Bosch & Partner GmbH heißt es auf Seite 62: "Mit der räumlichen Festlegung von Vorranggebieten für GIV wird im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung (SUP) eine vertiefende raumbezogene Prognose der nachteiligen Umweltauswirkungen vorgenommen. Entsprechend wird für die Schutzgüter nach § 8 Absatz 1 ROG ermittelt, ob durch die Festlegungsflächen ein Konflikt auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen ausgelöst werden kann. Insgesamt sind im Zuge der Aufstellung des RegPl 3.0 zwei Plangebiete vertiefend geprüft worden. Der Flächenumfang dieser Plangebiete umfasst zusammen 4,94 km2. Im Ergebnis der vertiefenden Prüfung können erhebliche Umweltauswirkungen für beide Plangebiete nicht ausgeschlossen werden. Mögliche kumulative Auswirkungen sind dabei noch nicht berücksichtigt." Warum in der Umweltprüfung nur zwei Plangebiete vertiefend geprüft wurden, lässt sich planungstechnisch aus den vorliegenden Dokumenten nicht herleiten. Dass es sich dann auch noch mit dem großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) Paterdamm, Göttin und Krahne um einen Standort handelt, der schon die Suchraumkriterien nicht erfüllt und es sich mit dem zweiten Standort Forst Zinna um einen schon 2017 festgestellten Standort mit bedingter Eignung handelt, verstärkt den Eindruck, dass hier falsch abgewogen wurde.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Die Ergebnisse der Umweltprüfung wurden berücksichtigt. In der Umweltprüfung werden die voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Festlegungen des Regionalplanentwurfs bewertet. Da nur zwei großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (GIV) zur Festlegung vorgesehen waren, wurden auch nur diese in der Umweltprüfung betrachtet. Wie an der vom Einwender zitierten Stelle ausgesagt, wird im Rahmen der Umweltprüfung ermittelt, ob durch die Festlegungsflächen ein Konflikt auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen ausgelöst werden kann. Die Feststellung, dass im Ergebnis der Prüfung erhebliche Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden können, bedeutet nicht, dass die betreffende Festlegung nicht vorgenommen werden kann. Für das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne wird im Ergebnis der Umweltprüfung festgestellt, dass hinsichtlich der nachfolgend aufgeführten schutzgutbezogenen Kriterien Auswirkungen zu berücksichtigen sind. (siehe Anhang C1 des Umweltberichts Seite 8,9) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat diese möglichen Umweltauswirkungen in der Abwägung berücksichtigt. Wald (siehe Abschnitt II.3.1 bis II.3.6 sowie III der „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ sowie u. a. BE 2254, 3391, 1412), Sensible Moore (siehe Abschnitt II.6.19 der „Sachverhaltsermittlung und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“), Gebiete zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft (siehe Abschnitt II.6.17 der „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ sowie u. a. BE 1138) Artenvorkommen (siehe u. a. BE 1136), Grundwasserkörper (siehe u. a. BE 1114, 2019, 3406)
BE-ID: 3394	Inwiefern sich die Planungsgemeinschaft das in dieser Planungsphase nicht anzuwendende Kriterium der Bereitschaft der Belegenheitskommune zur Umsetzung der Planung zu eigen gemacht hat, wurde in den Unterlagen nicht verschriftlicht, ergibt sich aber aus den getroffenen Festlegungen und den dadurch fehlerhaft getroffenen Abwägungsentscheidungen.	Die Bedenken sind unbegründet. Die Berücksichtigung des Planungswillens der betroffenen Kommunen wird in den Randnummern 103-105 der Planbegründung (Stand 05.10.2021) dargestellt und in der in Randnummer 111 Nr. 3 benannten ergänzenden Unterlage ausführlich erläutert. Die vom Einwender nicht weiter begründete Annahme fehlerhafter Abwägungsentscheidungen kann nicht nachvollzogen werden.
BE-ID: 3395	Der potenzielle groß-industrielle Vorsorgestandort (GIV) Paterdamm, Göttin und Krahne ist zudem fast vollständig bewaldet. Es handelt sich hauptsächlich um Kiefernwald mit teilweisen Mischbestand verschiedener Laubbaumarten (Biotoptypenkartierung CIR 2009). Der Erhalt dieses Waldes ist die Grundvoraussetzung für das Gelingen eines klimaangepassten Waldumbaus auf dieser Fläche. Die Planungsgemeinschaft hat im Zuge der Abwägung einer wertenden Gesamtbetrachtung - insbesondere unter Berücksichtigung fehlender gleichwertiger Standortalternativen - ein übergeordnetes öffentliches Interesse an der Standortsicherung für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung von herausgehobener Bedeutung für die Planungsregion begründet. Für die Inanspruchnahme von Wald für andere Nutzungen wäre regelmäßig Ersatz durch Erstaufforstung an anderer Stelle zu leisten (§ 8 Brandenburger Landeswaldgesetz (LWaldG)).	Die Hinweise auf die Bewaldung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne werden zur Kenntnis genommen. Die Sachverhalte sind bekannt und wurden in der Abwägung berücksichtigt. Ob in dem betreffenden Waldgebiet Waldumbau beabsichtigt ist, ist der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht bekannt und wird auch vom Einwender nicht mitgeteilt. Im Übrigen wird auf die BE 1135, 1136, 1412, 3391 und 3401 verwiesen.
BE-ID: 3396	Eine gesonderte Würdigung des Klimaschutzgesetzes in Bezug auf den Sektor „Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft" des Klimaschutzprogramms 2030 (Nummer 3.4.7) fehlt in der Abwägung der Planungsgemeinschaft. Das Bundes-Klimaschutzgesetz in Verbindung mit den im Klimaschutzprogramm 2030 verankerten Maßnahmen wurde nicht berücksichtigt und findet sich somit auch nicht im Abwägungsprozess wieder.	Zur Berücksichtigung des Klimaschutzgesetzes und des Klimaschutzprogramms wird auf BE 3391 und 3401 verwiesen.
BE-ID: 3397	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt: 1.) Unzureichende Berücksichtigung von Rechtsvorschriften: Auch ist die Ausweisung von potenziellen industriellen Vorsorgestandorten (GIV) in den Regionalplänen lediglich ein beachtenspflichtiges Ziel der Raumordnung und kein berücksichtigungspflichtiger Grundsatz. Das bedeutet, dass das hier im Rahmen der Abwägung erwähnte „übergeordnete öffentliche Interesse an der Standortsicherung für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung von herausgehobener Bedeutung für die Planungsregion" in diesem Lichte eben nicht als bestehende planungsrechtliche Pflicht zu verstehen ist.	Der Einwand beruht vermutlich auf einem Missverständnis. Anders, als vom Stellungnehmer angenommen, haben Ziele der Raumordnung, wie zum Beispiel Ziel 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. (LEP-HR) eine Bindungswirkung für andere Planungsträger (§ 4 Absatz 1 Raumordnungsgesetz). Die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten ist nach dem benannten Ziel des LEP HR eine Pflichtaufgabe der Regionalplanung. Die Regionalpläne konkretisieren die Ziele der Landesplanung. Dabei erfüllen sie einen eigenen Gestaltungsraum.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		(§ 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPlG))
BE-ID: 3399	Bei korrekter Abwägung steht dieses Interesse an der Standortsicherung für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung dem übergeordneten Interesse des Klimaschutzes, welches sich sogar noch auf eine höherrangige gesetzliche Regelung stützt, entgegen.	Der Einwand ist nicht ausreichend begründet. Die Entscheidung über die Festlegung der großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorte findet auf der Ebene der Abwägung statt. Dabei sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. (§ 7 Absatz 2 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes) Zur Berücksichtigung des Klimaschutzgesetzes wird auf BE 3391 verwiesen.
BE-ID: 3400	Mit Blick auf die schon 2017 festgeschriebene Aussage des beauftragten Planungsbüros, dass „sich bislang in der Regel nur nicht erschlossene Flächen eignen", fehlt es zwangsläufig an einer Vergleichbarkeit "gleichwertiger Standortalternativen" Dass dieser Systemfehler dann noch als Abwägungskriterium Anwendung findet und ein nicht erschlossenes Waldgebiet zwangsläufig aus dieser Perspektive die einzige Standortalternative sein kann, erscheint mehr als rechtlich bedenklich.	Der Einwand ist nicht ausreichend begründet. Die Entscheidung über die Festlegung der großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorte findet auf der Ebene der Abwägung statt. Dabei sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. (§ 7 Absatz 2 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes) Es wird weiter auf BE 3409 verwiesen.
BE-ID: 3401	Deshalb wurde auch im Klimaschutzprogramm 2030 eine höhere Gewichtung des Schutzgutes "Wald" in Bezug auf die Eingriffe durch den Menschen festgeschrieben. Wir fragen uns wie der Verlust von 400 ha Wald für das Stadtgebiet Brandenburg an der Havel und der damit verbundenen örtlichen Funktionen wie Entlastung, Naherholung und Entschleunigung ausgeglichen werden könnte. Auch wären in Hinblick auf die massiven Ersatzpflanzungen der letzten Großansiedlung von "Tesla" ggf. Anpassungen aufgrund des erhöhten Platzbedarfs im Flächenmanagement vorzunehmen. Die verbindliche Sicherstellung von zusammenhängenden kommunalen Flächen zur Aufforstung im Zuge des Verfahrens zum Regionalplan wären Grundvoraussetzung, um diesem GIV zuzustimmen und damit dem Klimaschutzgesetz ausreichend Rechnung zu tragen. Da wir diese Voraussetzungen zur Zustimmung nicht erkennen können, lehnen wir die massive Abholzung von bis zu 400 Hektar Wald ab.	Die Ablehnung der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird zur Kenntnis genommen. Der Sachverhalt, dass der Standort bewaldet ist, wurde in der Abwägung berücksichtigt. Für die Annahme, das betreffende Gebiet diene der Entlastung, Naherholung und Entschleunigung gibt es keine Anhaltspunkte. Diese werden auch vom Einwender nicht mitgeteilt. Im Übrigen wird auf die BE 1135, 1136, 1412, 3391 und 3401 verwiesen.
BE-ID: 3402	Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) hat das Ziel vorgegeben durch die Regionalplanung, Festlegungen u.a. mindestens zum Thema - Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte (GIV) nach Z 2.3 LEP HR vorzunehmen. Die Regionalplanung stellte auf der Grundlage des Planungskonzepts vom November 2020 die Eignung des Standorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm für die Festlegung als GIV fest. Für die im Planungskonzept verankerte Standortauswahl hatte sie gemäß der Vorgaben des Zieles 2.3 des LEP HR folgende Kriterien vorgegeben: • herausragende Standortgunst und besonders günstige Erreichbarkeit in Bezug auf das großräumige funktionale Verkehrsnetz, insbesondere im räumlichen Bezug zur Metropole Berlin, zu Ober- und Mittelzentren und regionalen Wachstumskernen im Land Brandenburg, • räumliche Nähe zu mindestens einem weiteren Verkehrsträger neben der Straßenanbindung, • eine Fläche von 100 Hektar als Orientierungswert, • konfliktarme Lage in Bezug auf benachbarte Raumnutzungen, • ressourcenökonomische Erschließungsvorteile, ökonomischer Flächenzuschnitt, geeignete Bodenbeschaffenheit, Verfügbarkeit, Verkehrsanbindung und Erschließbarkeit mit technischer Infrastruktur im Hinblick auf eine grundsätzliche gewerblich-industrielle Nutzung, • attraktive „weiche" Standortfaktoren (Wohn- und Freizeitbedingungen, Bildungsangebote und qualifizierte	Die Sachverhalte zur Entwidmung des Abschnitts der ehemaligen Brandenburgischen Städtebahn sind bekannt und wurden berücksichtigt. Die Bedenken, die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne entspräche nicht den Anforderungen des Landesentwicklungsplans, sind nicht ausreichend begründet. Es wird auf BE 126, 2651, 3408 und 3409 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Arbeitskräfte) und • "Standorte, die als GIV potenziell geeignet sind, müssen sich daher in räumlicher Nähe zu einem Zugangspunkt zum Schienenverkehr befinden. [. ..] Anschlussgleise sind in der Region jedoch nur noch in wenigen Fällen erhalten und erschließen in der Regel weitgehend bereits ausgelastete Gewerbegebiete. Eine Einengung auf dieses Kriterium würde daher voraussichtlich dazu führen, dass potenzielle Standorte nicht mehr identifiziert werden könnten. Insbesondere im Hinblick auf das zu erwartende Aufkommen an Berufspendlern erscheint es hingegen sachgerecht, nur Standorte in Betracht zu ziehen, die sich in der Nähe zu einem Zugangspunkt im schienengebundenen Personenverkehr befinden." • "Als räumliche Nähe wird ein Umkreis von fünf Kilometern definiert. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Ziele in diesem Umkreis mit Bussen innerhalb ca. 10 Minuten und mit dem Fahrrad innerhalb von 20 Minuten erreichen lassen, was als maximal akzeptable Wegezeit im multimodalen Verkehr angesehen wird. " • "Voraussichtlich wird aber der Güter- und Personentransport auf der Straße im Planungszeitraum überwiegende Bedeutung behalten." Bereits 2018 berichtete die Märkische Allgemeine (Fußnote 2: https://www. maz-online.de/lokales/brandenburg-havel/rathaus-will-die-alte-staedtebahntrasse-zwischenreckahn-und-innenstadt-nicht-kaufen-llDVHIOWIROFWPT4Y6IXXFJG3Y.html, abgerufen am 03 . Mai 2022) über die ehemalige Bahntrasse und die (wohl einmalige) Chance der Stadt Brandenburg an Havel, die Flächen der ehemaligen Brandenburger Städtebahn zurückzukaufen. Bereits 2003 verkehrte die Städtebahn nicht mehr auf dem Abschnitt zwischen Bad Belzig und Brandenburg/Havel. Die Bahn stellte die Personenbeförderung ein und bot den Streckenabschnitt zum Verkauf an. Eine Privatperson hatte daraufhin die Bahntrasse zwischen Bad Belzig und Brandenburg/Havel gekauft und Schienen, Schwellen sowie anderes Material vor mehreren Jahren demontieren lassen. Auf dem Streckenabschnitt zwischen Brandenburg/Havel und der Ortsgrenze Reckahn waren die Schienen noch nicht demontiert. Mittierweise sind die Schwellen vollständig demontiert und die Bahntrasse ist entwidmet. (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Im Folgenden wird eine Abbildung mit dem Titel "Alte Städtebahntrasse Göttiner Bahnhofstraße, BlickRichtung Süd dargestellt). Die Gelegenheit, die alte Städtebahntrasse zwischen der Kreisgrenze in Reckahn bis in die Innenstadt zu kaufen, etwa um einen Radweg anzulegen, ließ die Stadt 2018 verstreichen. Die Entfernung der Anschlussstelle Brandenburg BAB A2 als Zentrum der nord-südlichen Ausdehnung beträgt zum Brandenburger Hauptbahnhof, als nächstgelegener Bahnanschluss, 9 km bzw. 13 min Autofahrt. Mit der heute entwidmeten, in Privatbesitz befindlichen und vollständig demontierten, ehemaligen Bahnstrecke, ist somit die Grundvoraussetzung „räumliche Nähe zu mindestens einem weiteren Verkehrsträger, neben der Straßenanbindung" gemäß LEP HR nicht mehr gegeben. Der Standort Paterdamm-Krahne kommt demnach nicht in Frage und ist folglich aus dem weiteren Verfahrensprozess auszuschließen.	
BE-ID: 3403	3.) Unzureichende Würdigung der behördlichen Bewertung wie z. B. der kommunalen Stellungnahmen und fehlerhafte Indikatoren bezogene Bewertung potenzieller GIV: Die Regionalplanung hat in ihrer Abwägung eine Indikatoren bezogene Bewertung potenzieller GIV vorgenommen. Dazu hat sie nach den Vorgaben des LEP HR nach Standortgunst, Konflikten, Flächensituation, Verkehrsanbindung, weichen Faktoren und Branchenprofilierung gewichtet. In der Summe ermittelte sie Werte zwischen 4,8 (Ludwigsfelde-Ost) und 2,3 (Trebbin-Klein-Schulzendorf) bei einem Mittelwert von 3,5. Für den potenziellen GIV Paterdamm-Krahne ermittelte die Regionalplanung eine Summe von 3,2. Dabei griff sie innerhalb der „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne" vom September 2021" u.a. auf Stellungnahmen der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel zurück. Diese fielen teils sehr ablehnend aus. Innerhalb der Indikationen bezogenen Bewertung kommen wir bzgl. der Würdigung der Stellungnahmen der	Die Bedenken zur Ausarbeitung des Planungskonzepts sind nicht gerechtfertigt. Die Begründung für die Bewertung, dass die Position im „Ranking“ der betrachteten Gebiete nicht allein für die Entscheidung über eine Festlegung als Vorsorgestandort maßgeblich sein kann, ist in den Randnummern 103 bis 106 der Planbegründung dargelegt. An diesen Einschätzungen und Entscheidungen wird festgehalten. Die von der Einwenderin benannten „teils sehr ablehnenden“ Stellungnahmen wurden in der Abwägung berücksichtigt und in der ergänzenden Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel und der vorgegebenen Kriterien bei der Flächensituation und verkehrlichen Anbindung zu einer deutlich anderen Einschätzung.	Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ vom September 2021 dokumentiert. Diese Unterlage wurde im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens aktualisiert und überarbeitet (nun als zweckdienliche Unterlage). Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt fest, dass an den vorgenommenen Bewertungen und Entscheidungen festgehalten werden kann. Der Sachverhalt, dass der Einwender zu „deutlich anderen Einschätzung“ gelangt, stellt keinen Mangel der Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft dar. (Siehe weiter auch BE 3409, 3412 und 1413)
BE-ID: 3404	Technische Erschließbarkeit: Gemäß Stellungnahme der Fachgruppe Wasser der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel führt eine Trinkwasserleitung DN 400 und eine Abwasserdruckleitung DN 400 entlang des Paterdammer Weges. Aus den übermittelten Unterlagen können jedoch keinerlei Rückschlüsse auf die zu erwartenden Verbräuche gezogen werden, daher erfolgte die Zusage vorbehaltlich der hydraulischen Netzkapazitäten des Trink- und Abwassernetzes. Die Planungsgemeinschaft schlussfolgerte, dass „eine Wasserver- und -entsorgung am Standort möglich sei. Für eine Wasserbedarfsschätzung bedürfe es allerdings der Unterstützung der Fachbehörden." Wir stellen fest, dass es im Zuge der Abstimmungen an Vorgaben fehlte. Die Bestandstrinkwasserleitung ist im Zuge einer Versorgungsstrecke dimensioniert. Eine Versorgungssicherheit für ein 400 ha großes Industriegebiet kann über eine „Kapazitätsreserve" innerhalb einer Bestandsleitung sicherlich nicht attestiert werden.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Die Bewertung der "Erschließbarkeit" bezieht sich auf das Vorhandensein der erforderlichen Infrastrukturen im Umfeld des Standorts. Die vom Einwender zitierte Stellungnahme bestätigt, dass eine Trinkwasserleitung DN 400 und eine Abwasserdruckleitung DN 400 entlang des Paterdammer Weges vorhanden sind. Weiter ist festzustellen, dass der voraussichtliche Wasserbedarf einer gegebenenfalls am Standort später zu realisierenden gewerblich-industriellen Ansiedlung nicht konkret bekannt ist. Von der Regionalen Planungsstelle wird angenommen, dass von einem erwartbaren Wasserbedarf von etwa 500.000 bis 700.000 Kubikmetern pro Jahr ausgegangen werden kann. Den zuständigen Versorgungsunternehmen war bei einem Arbeitsgespräch am 10.07.2024 Gelegenheit gegeben, zur weiteren Sachverhaltsaufklärung beizutragen. Es wurden keine konkreten Angaben darüber mitgeteilt, ob eine Bereitstellung von Wasser und die Abnahme von Abwasser in einer solchen Größenordnung über die vorhandene Infrastruktur ermöglicht werden könnten. Sollte das nicht der Fall sein, kommen ein Ausbau der Infrastruktur bzw. eine Eigenversorgung in Betracht. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Sachverhaltsaufklärung hat keine Hinweise darauf erbracht, dass eine ausreichende Versorgung mit Wasser am Standort nicht möglich ist. (siehe BE 3406) Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft ihre Entscheidungen unter Berücksichtigung der Belange, die auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Eine genauere Prüfung ist in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzunehmen.
BE-ID: 3405	Die Regionalplanung bewertete die technische Erschließbarkeit mit 2 Punkten ("Erschließbarkeit aufgrund des Umfeldes voraussichtlich gegeben.") Im Kriterienkatalog der Planungsgemeinschaft heißt es: "Befindet sich der Standort in einem erschlossenen Umfeld, wird zunächst einheitlich der Punktwert „2" (gut geeignet) vergeben. In den übrigen Fällen der Punktwert "0"". Nach unserer Ansicht müssen hier 0 Punkte vergeben werden, denn der Standort befindet sich nicht in einem erschlossenen Umfeld.	Das Kriterium "Erschließbarkeit" bezieht sich auf das Vorhandensein der erforderlichen Infrastrukturen (Wasser, Abwasser, Energie, Telekommunikation, Verkehr) im Umfeld des Standorts. Die Regionale Planungsgemeinschaft hat im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens keine Sachverhalte festgestellt, die eine

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		andere Bewertung des Standorts Paterdamm/Krahne erforderlich machen würden. Solche Sachverhalte werden auch vom Einwender nicht mitgeteilt.
BE-ID: 3406	Ergänzend dazu stellen wir ein ausreichendes Grundwasserdargebot in Frage: Die Regionalplanung enthielt sich bei der Frage des Grundwasserdargebots selbst mit einer schlüssigen Bewertung: "Ob und inwieweit erhebliche Veränderungen des Grundwasserdargebots bewirkt werden würden, ist nicht bekannt und kann nach Einschätzung der regionalen Planungsstelle ohne genauere Bewertungen nicht ausgesagt werden." Wir weisen darauf hin, dass unabhängig vom Geländeprofil und topografischen Gegebenheiten, ein kontinuierlicher Zulauf in Richtung des NSG Bruchwald-Roßdunk und Breites Bruch vorherrscht. Die Grundwasserstände aus dem Frühjahr 2015 weisen dabei einen sehr mäßigen aber in Richtung Norden abfallenden Höhenverlauf auf. (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Es folgt eine Abbildung mit dem Titel "Grundwasserstände Frühjahr 2015 [Höhenlinien 1-Meter-Raster]"). Die Region Berlin-Brandenburg erlebte 2020 den dritten Dürresommer in Folge (Fußnote 3: Kaiser, K., Hattermann, F.F.,2021. Auf dem Weg zur „Steppe"? Der Landschaftswasserhaushalt in Brandenburg im Wandel. Naturmagazin Berlin-Brandenburg 35 (1), 4-10.). Zusammen mit der Trockenlegung und Nutzung der riesigen Moorgebiete seit dem 18. Jahrhundert, den ausfallenden Niederschlägen, der damit verbundenen ungewöhnlichen Trockenheit in tieferen Bodenschichten und der veränderten Vegetationsperioden kommt dem Waldgebiet für die Grundwasserneubildung eine bedeutende Rolle zu. Die Dimensionierung von notwendigen Wasserentnahmen in einem GIV ist nach unserem Verständnis in Verbindung mit dem notwendigen Erhalt von Wasserzuflüssen der angrenzenden NSG und Wohngebiete ganzheitlich zu betrachten. Das ist nicht geschehen. Die Festlegung eines GIV lehnen wir aus Gründen unklarer zusätzlicher Grundwasserentnahmen ab.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Für die Annahme, der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts (GIV) Paterdamm/Krahne stünde ein unzureichendes Grundwasserdargebot entgegen, gibt es auf der Grundlage aller bekannten Sachverhalte keine ausreichenden Anhaltspunkte. Zunächst ist festzustellen, dass der voraussichtliche Wasserbedarf einer gegebenenfalls am Standort später zu realisierenden gewerblich-industriellen Ansiedlung nicht konkret bekannt ist. Von der Regionalen Planungsstelle wird angenommen, dass von einem erwartbaren Wasserbedarf von etwa 500.000 bis 700.000 Kubikmetern pro Jahr ausgegangen werden kann. Zutreffend ist, dass die Regionale Planungsgemeinschaft bei der Erarbeitung des ersten Entwurfs des Regionalplans zunächst von der Annahme ausgegangen ist, dass die Bereitstellung der erforderlichen Wassermenge und die Behandlung des anfallenden Abwassers am Standort möglich sind. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens wird von der Regionalen Planungsgemeinschaft festgestellt, dass keine Sachverhalte ermittelt werden konnten, die gegen diese Annahme sprechen. Die zuständigen Wasserbehörden und Wasserversorger haben in ihren Stellungnahmen zu dem Sachverhalt, ob eine gewerblich-industrielle Ansiedlung am Standort Paterdamm/Krahne mit Wasser versorgt werden könnte, keine Einschätzungen mitgeteilt. Von der Unteren Wasserbehörde Brandenburg an der Havel wurde auf die Stellungnahme vom 16.08.2021 verwiesen, in der allgemein auf die „in Folge der Klimaveränderungen in der Stadt eingetretenen Niederschlags- und Grundwasserdefizite“ hingewiesen wird. Dazu wird auf BE 2019 verwiesen. Den zuständigen Stellen war bei einem Arbeitsgespräch am 10.07.2024 Gelegenheit gegeben, zur Sachverhaltsaufklärung beizutragen. Das Landesamt für Umwelt war bei dem Arbeitsgespräch nicht vertreten. Im Ergebnis wurde von den zuständigen Wasserbehörden mitgeteilt, dass keine ausreichende Kenntnis der hydrologischen Verhältnisse im betreffenden Gebiet vorhanden sei. Eine Bilanzierung sei schwierig. Mengenmäßige Aussagen könnten nicht getroffen werden. Wasservorräte könnten auch nicht für den Fall einer späteren Inanspruchnahme „reserviert“ werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt fest, dass die benannten Unsicherheiten und Schwierigkeiten nicht ausreichend sind, um die Entscheidung,

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	eine Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne nicht vorzunehmen, zu begründen. Dazu werden folgende Feststellung und Bewertung vorgenommen: Für die Annahme, am Standort Paterdamm/Krahne könnte eine erforderliche Wassermenge nicht bereitgestellt werden, gibt es keine ausreichenden Anhaltspunkte. Der GIV Paterdamm/Krahne befindet sich im Grenzbereich der Grundwasserkörper „Untere Havel 4“ (DEGB_DEBB_HAV_UH_4) und „Buckau/Plane“ (DEGB_DEBB_HAV_BP_1). Für diese Grundwasserkörper wird für den Bewirtschaftungszeitraum der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2022 – 2027 in der Kategorie „Menge“ die Bewertung „gut“ vorgenommen. Nach der Wasserversorgungsplanung Brandenburg Sachlicher Teilabschnitt mengenmäßige Grundwasserbewirtschaftung (März 2022) befindet sich das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne an der Grenze zwischen den Bilanzgebieten 5829 und 5834. Für beide Bilanzgebiete wird eine Auslastung des Grundwasserdargebots von 25 bis 50 Prozent angegeben. Einschränkend ist zu berücksichtigen, dass das Bilanzgebiet 5834 das festgelegte Gütekriterium nicht erreicht hat. Im Umfeld des GIV Paterdamm/Krahne befinden sich die nachfolgend aufgeführten Grundwassermessstellen. Für den Zeitraum 1991 - 2020 wurden die nachfolgend in Klammern angeführten Grimm-Strele-Trends in Prozent je Jahr ermittelt. Grundwassermessstellen: 36412060, Schmerzke, Schmerzker Heide, OP (-0,8); 36412061, Schmerzke, Schmerzker Heide, MP (-0,8); 36412062, Schmerzke, Schmerzker Heide, UP (-0,9); 36413850, Krahne Ost OP (0,7); 36413851, Krahne Ost UP (0,4); 36404940, Brandenburg-Görisgräben, FI (0,0). Grimm-Strele-Trends in einem Bereich von – 1 bis 1 Prozent je Jahr werden als „gleichbleibend“ bewertet. Die Annahme, infolge einer Inanspruchnahme des GIV Paterdamm/Krahne könne ein „kontinuierlicher Zulauf in Richtung des NSG Bruchwald-Roßdunk und Breites Bruch“ nachteilig beeinflusst werden, ist nicht nachvollziehbar begründet. Die Annahme eines "kontinuierlichen Zulaufs" kann nicht allein mit dem Geländeprofil begründet werden. Warum der vom Einwender mitgeteilte Sachverhalt, die Grundwasserstände aus dem Frühjahr 2015 wiesen „einen sehr mäßigen aber in Richtung Norden abfallenden Höhenverlauf auf“, die benannte Annahme begründen soll, ist nicht ohne Weiteres verständlich und wird auch durch den Einwender nicht aufgeklärt. Gegen die benannte Annahme des Einwenders spricht das hohe Wasserspeichervermögen des Waldbestands und die hohe

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Verdunstungsrate in Nadelwäldern. Wie der Einwender selbst feststellt, wird die Wasserhaltung in den Niederungsbereichen Bruchwald Roßdunk und Breites Bruch vor allem durch Maßnahmen der Wasserbewirtschaftung beeinflusst. (siehe dazu auch BE 2019 und 2254) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat darüber hinaus Nachforschungen unternommen, um festzustellen, ob möglicherweise genauere Erkenntnisse über die hydrologischen Gegebenheiten und das Grundwasser vorliegen. Entsprechende Nachfragen beim Landesamt für Umwelt blieben ergebnislos. Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft ihre Entscheidungen aufgrund der Abwägung von Belangen, die auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Unter Würdigung der dargestellten Sachlage, kann an der Entscheidung das GIV Paterdamm/Krahne in veränderter und verkleinerter Abgrenzung festzulegen, festgehalten werden. Eine genaue Sachverhaltsaufklärung kann nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsverfahren überlassen bleiben.
BE-ID: 3407	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt ... --> 3.) Unzureichende Würdigung der behördlichen Bewertung wie z. B. der kommunalen Stellungnahmen und fehlerhafte Indikatoren bezogene Bewertung potenzieller GIV ... --> Anbindung/-spotenzial Personenverkehr (ÖPNV, Individualverkehr, Verkehrsführung): Die Regionalplanung bewertete die Reisezeit im ÖPNV, indem sie den Standort der Ortslage Stadt Brandenburg an der Havel zuordnete und damit Bezug nahm auf die überregionale Anbindung (über den Brandenburger Hauptbahnhof). ,,Die Reisezeit im ÖPNV von Brandenburg Hbf nach Berlin Hbf beträgt ca. 60 min, nach Potsdam Hbf ca. 30 min., OZ Potsdam (Hbf) mit dem Kfz. in ca. 35 min zu erreichen. Der Standort befindet sich im Stadtgebiet des OZ Brandenburg an der Havel." Die Regionalplanung ignorierte dabei die Erreichbarkeit und Wegstrecke vom Brandenburger Hbf. zum GIV. Der Brandenburger Hbf. liegt ca. 13 Autominuten (9 km) entfernt. In Hinblick auf Umsteigevorgänge und Anbindungstaktungen wären hier umfangreiche Anpassungen notwendig. Wir bewerten die Anbindung daher mit 1 statt 2 Punkten.	Die Bedenken gegen die Bewertung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts (GIV) Paterdamm/Krahne in Bezug auf die Anbindung/-spotenziale Personenverkehr sind nicht ausreichend begründet. An der vorgenommenen Bewertung wird festgehalten. Die zutreffende Feststellung, dass eine zusätzliche Fahrt- und Umsteigezeit einzurechnen wäre, ändert nichts an dem Sachverhalt, dass regelmäßige, häufige und schnelle Verbindungen im öffentlichen Personenverkehr zu den benannten Zielen bestehen. Weiter ist die Lage im Stadtgebiet Brandenburg an der Havel zu berücksichtigen. Die Stadt Brandenburg an der Havel verfügt als Oberzentrum und Regionaler Wachstumskern über eine umfassende soziale Infrastruktur und vielfältige Wirtschafts-, Bildungs-, Handels- und Dienstleistungsangebote, die in kürzerer Zeit erreicht werden können. Durch Grundsatz 5.8 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wird das Entwicklungspotenzial der Stadt Brandenburg an der Havel auch in Hinblick auf den Wohnungsbau durch die Festlegung als „Stadt der zweiten Reihe“ hervorgehoben.
BE-ID: 3408	Anbindung/-spotenzial Güterverkehr (Schiene, Straße, Wasser, Luft): Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte sollen eine räumliche Nähe zu mindestens einem weiteren Verkehrsträger neben der Straßenanbindung aufweisen. Die Planungsgemeinschaft erkannte, dass ein direkter Anschluss an die BAB 2 über die B 102 möglich sei. "Auf dem westlich verlaufenden Streckenabschnitt Brandenburg - Reckahn der Brandenburger Städtebahn wären noch Gleise vorhanden. Obwohl das Schicksal der verbliebenen Gleisanlagen ungewiss sei, könne ihr Vorhandensein zunächst als positiver Standortfaktor berücksichtigt werden. Der Stadthafen Brandenburg befindet sich in ca. 10 km Entfernung." Die Gleisanlagen sind - Stand heute - nachweislich zurückgebaut und entwidmet. Das	Die Bedenken gegen die Bewertung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts (GIV) Paterdamm/Krahne in Bezug auf die "Anbindung/-spotenziale Güterverkehr" sind nicht ausreichend begründet. Für eine Änderung der Bewertung besteht kein Anlass. Zutreffend ist, dass die Regionale Planungsgemeinschaft bei der Bewertung des GIV Paterdamm/Krahne noch davon ausgegangen war, dass die Möglichkeit besteht, die Trasse des am 13.07.2021 von

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Vorhandensein von Gleisen war zudem in der Eingangsbewertung als Grundprämisse vorausgesetzt (siehe auch zu 2.). Wir stellen fest, dass der Standort den Vorgaben des Zieles 2.3 des LEP HR nicht entspricht (die räumliche Nähe zu mindestens einem weiteren Verkehrsträger neben der Straßenanbindung ist nicht vorhanden!). Der Standort ist daher mit maximal 1 Punkt zu bewerten (für die Straßenanbindung) sowie aber auch gleichzeitig auszuschließen, da er den Kriterien eines geeigneten Standorts mit einer fehlenden Grundprämisse nicht entspricht.	Bahnbetriebszwecken freigestellten Abschnitts der ehemaligen Brandenburgischen Städtebahn zu erhalten. Aus den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens haben sich keine Hinweise darauf ergeben, dass eine Grundstücks- oder Trassensicherung für den betreffenden ehemaligen Schienenweg zu erwarten ist. Für eine Wiederaufnahme des Betriebs liegen daher keine Voraussetzung vor. Die Annahme des Einwenders, für die Eignung als GIV sei nach den Kriterien des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg die Erschließung durch ein Anschlussgleis erforderlich, ist nicht berechtigt. (siehe dazu auch BE 126 und 2651) Nach den von der complan GmbH vorgenommenen Bewertungen erhalten Standorte, die direkt an eine Bundesautobahn angeschlossen werden können, in der Kategorie „Anbindung/-spotenziale Güterverkehr“ die Zuweisung des Wertes 3. (siehe ergänzende Unterlage complan Kommunalberatung GmbH (2017): Erhebung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (Teil 2 Tabelle DIN A1): Standort lfd. Nr. 2 „Potsdam-Nord (zw. Havelkanal u. A10)“; lfd. Nr. 3 „Potsdam-SAGO“; lfd. Nr. 9 „südlich Berliner Ring und Brandenburg Park"; lfd. Nr. 11 „Erweiterung des Gewerbegebietes GVZ Berlin West, Teilfläche Brieselang nach Westen“) Das trifft selbst auf Standorte zu, die bereits in einiger Entfernung zur Autobahn gelegen sind (siehe lfd. Nr. 12 „Erweiterung des Gewerbegebietes Nauen Ost“) Standorte, die zusätzlich über eine potenziellen Schienenanschluss verfügen, werden nicht höher bewertet. (siehe lfd. Nr. 7 „Gewerbegebiet Brück-Linthe“) Die Zuordnung des Wertes 3 für den Standort Paterdamm/Krahne ist daher nicht nur berechtigt, sondern auch im Interesse der Vergleichbarkeit der vorgenommenen Bewertungen geboten.
BE-ID: 3409	In der Summe schließt der Standort demnach mit einem gewichteten Ergebnis in Punkten mit einer Gesamtpunktzahl von 1,9 ab. Im Vergleich zu den alternativen Standorten (siehe Regionalplan 3.0, Tabelle 2), diese liegen bei einer Punktzahl von 2,3 (schlecht) bis 4,8 (gut), wäre der Standort Paterdamm-Krahne nun Letzter.	Die vom Stellungnehmer nach eigenen Vorstellungen vorgenommene Bewertung der Eignung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes (GIV) Paterdamm-Krahne wird zur Kenntnis genommen. Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die eigenen Einschätzungen unter Berücksichtigung der Einwendungen des Stellungnehmers überprüft und im Ergebnis festgestellt, dass an den von ihr vorgenommenen Bewertungen festgehalten werden kann. (siehe dazu BE 3402 bis 3408) Weiter ist festzustellen, dass die Regionale Planungsgemeinschaft über die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten im Rahmen einer wertenden Gesamtbetrachtung entscheidet. (siehe Planbegründung Rn. 103 bis 106) Die Ausarbeitung des

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Planungskonzepts hat gezeigt, dass aufgrund der Anforderungen des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der Region Havelland-Fläming nur wenige Standorte für eine Festlegung als GIV in Betracht gezogen werden können. Die Auswahl potenziell geeigneter Standorte wird insbesondere durch die vorhandene Verkehrsinfrastruktur begrenzt. (siehe dazu Abschnitt II.2.1 der ergänzenden Unterlage „Ermittlung von geeigneten Standorten für die Festlegung von Großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten“ (November 2020)) Wie das Beispiel Paterdamm/Krahne anschaulich zeigt, haben politische und behördliche Entscheidungen in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, dass die vor 30 Jahren noch vorhandene Schieneninfrastruktur von (sogenannten) Nebenstrecken fast vollständig aufgegeben wurde. Aufgrund dieses Sachverhalts hat die Regionale Planungsgemeinschaft zutreffend eingeschätzt, dass für eine Festlegung als GIV insbesondere Standorte in Betracht kommen, die an einem Kreuzungspunkt zwischen Bundesautobahnen (oder vergleichbar leistungsfähigen Straßenverkehrswegen) und Bundesstraßen gelegen sind, wenn sie sich in räumlicher Nähe zu einem Zugangspunkt des Schienenpersonenverkehrs befinden. Weiter hat die Regionale Planungsgemeinschaft die zutreffende Einschätzung vorgenommen, dass aufgrund des Vorsorgeaspekts, kurz und mittelfristige Entwicklungsabsichten der Träger der kommunalen Bauleitplanung mit einem entsprechenden Gewicht bei der Entscheidung über die Festlegung der GIV berücksichtigt werden müssen. (siehe Planbegründung Rn. 103 und 104) Diesbezügliche Sachverhalte wurden umfassend ermittelt, bewertet und dokumentiert. (siehe ergänzende Unterlage „Bewertung von Standortalternativen für die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten aufgrund der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Belegenheitskommunen“ Stand Oktober 2021) Im Beteiligungsverfahren wurden keine Sachverhalte mitgeteilt, die Anlass geben, die vorgenommenen Bewertungen zu ändern. Im benannten Zusammenhang hat sich auch herausgestellt, dass insbesondere potenziell gut geeignete Standorte im Berliner Umland auf Vorbehalte bei den Belegenheitskommunen stoßen. (siehe insbesondere Potsdam-Nord, Ludwigsfelde-Ost und Teltow-GVZ Erweiterung) Im Ergebnis dieser Sachverhaltsermittlung ist weiter festzustellen, dass die Zurückhaltung der betreffenden Kommunen auch auf den Sachverhalt zurückzuführen ist, dass im Berliner Umland in den vergangenen Jahrzehnten in erheblichen Umfang gewerbliche Bauflächen entwickelt worden sind. Diese Entwicklung wird in den betreffenden Kommunen auch als eine

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		nachteilige Veränderung der Umweltbedingungen und des Lebensumfelds der Bewohner wahrgenommen. (siehe beispielsweise die Mitteilungen der Stadt Teltow auf Seiten 5 und 6 der ergänzenden Unterlage „Bewertung von Standortalternativen für die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten aufgrund der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Belegenheitskommunen“) Unter Berücksichtigung des langfristigen Vorsorgeaspekts und im Interesser einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung hält es die Regionale Planungsgemeinschaft für ausreichend gerechtfertigt, den Standort Paterdamm/Krahne als GIV festzulegen. Unter Berücksichtigung der zuvor dargestellten Sachverhalte ist für die Eignung des Standorts insbesondere seine unmittelbare Zuordnung zum Oberzentrum und Regionalen Entwicklungskern Brandenburg an der Havel ins Gewicht zu bringen. Auch die ausreichend günstige Zuordnung zum Oberzentrum und Regionalen Entwicklungskern Potsdam spricht für die Festlegungsentscheidung. Der Regionalplan hat gerade in Hinsicht auf langfristige Entwicklungen eine strategische Orientierungs- und Steuerungsfunktion. Die Berücksichtigung dieses Aspekts berechtigt im Rahmen der wertenden Gesamtbetrachtung bei der Standortentscheidung auch dazu, Standorten mit einer potenziell mittleren Eignung den Vorzug zu geben.
BE-ID: 3410	Gleichzeitig ist er [Ergänzung durch die Regionale Planungsstelle: der großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne] wegen der fehlenden alternativen Anbindung zum Güterverkehr nicht geeignet, weil diese Anbindung durch den LEP HR als Grundvoraussetzung definiert wurde.	Die Bedenken sind unbegründet. Entgegen der Annahme des Stellungnehmers ist die "alternative Anbindung zum Güterverkehr" keine Grundvoraussetzung für die Festlegung von GIV-Standorten gemäß Ziel 2.3 des LEP-HR. Zur Begründung wird auf BE 126, 2651 und 3408 verwiesen.
BE-ID: 3412	Wir weisen des Weiteren darauf hin, dass die Regionalplanung bei der Standortauswahl davon ausgeht, dass die Festlegungen eines GIV nur dann in Betracht kommt, wenn die Belegenheitskommune die Festlegung aktiv unterstützt und bereit ist, die erforderlichen bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen [Regionalplan, Abs. 104]. Die in der Abwägung angeführten Bedenken und Stellungnahmen der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel und ihrer Behörden lassen diesen Schluss nicht zu: - „Durch die Fachgruppe Wasser (VI I / 70) der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel wird die Festlegung des GIV aus wasserhaushaltlicher Sicht abgelehnt." - "Die Abholzung des Waldes im Falle des Zugriffs auf den Vorsorgestandort ist kontraproduktiv für das Projekt der Wiedervernässung des Landes und der Stadt." - „Es stellt sich die Frage, ob ein solch für Brandenburger Verhältnisse topographisch bewegtes Gelände für eine Industrieansiedlung geeignet ist. Für die Ansiedlung wäre zu erwarten, dass erhebliche Einebnungen und Veränderungen der Topographie erforderlich würden." - "Von Seiten der Unteren Naturschutzbehörde bestehen erhebliche Bedenken gegen die Ausweisung der Fläche als gewerblich-industrieller Vorsorgestandort." Einen SVV-Beschluss und damit eine mehrheitliche Zustimmung zur Ausweisung/ Duldung eines GIV gibt es nicht.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet und beruhen teilweise auf einem Missverständnis. Die Feststellung der Übereinstimmung mit den kommunalen Entwicklungsabsichten bezieht sich auf die Befürwortung der Standortentwicklung im Rahmen der Bauleitplanung. Diese ist gegeben. (siehe BE 2013) Weitere Inhalte der Stellungnahme der Stadt Brandenburg an der Havel sind Einschätzungen von staatlichen Behörden und kommunalen Stellen in eigener fachlicher Zuständigkeit. Zur Berücksichtigung der Belange des Arten- und Naturschutzes nach Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel wird auf die BE 2016 und 2018 verwiesen. Zu den Mitteilungen der Unteren Wasserbehörde Brandenburg an der Havel wird auf die BE 2019 verwiesen. Hinsichtlich der Bewertung des Reliefs wird auf Abschnitt II.6.4 der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen. Es handelt sich um ein flach ansteigendes bzw. abfallendes Gelände mit einem Gefälle von etwa einem Prozent.
BE-ID: 3413	2. Abschließende Bewertung: Wir haben bei den Abwägungen der Regionalplanung die o.g. Fehleinschätzungen festgestellt und können eine positive Resonanz der Stadt Brandenburg an der Havel nicht im Ansatz erkennen. Die negativen langfristigen Auswirkungen der Errichtung eines GIV dominieren klar die möglicherweise kurzfristig erzielbaren wirtschaftlichen Vorteile: -Verlust von bis zu 4 000 000 m2 Wald, damit verbundener Verlust von 4 000 000 m2 Fläche für die kommunale Naherholung -Damit einhergehender Verlust der Funktion als natürlicher Filter gegen die örtlichen Emissionen, u.a. hervorgerufen durch die starke Verkehrsbelastung der Bundesautobahn A 2.	Die Annahme, die Regionale Planungsgemeinschaft habe Fehleinschätzungen vorgenommen, ist unbegründet. Hinsichtlich der nebenstehenden zusammenfassenden Bewertung wird auf die BE 1412, 1135, und 3391 verwiesen.
BE-ID: 3414	Die negativen langfristigen Auswirkungen der Errichtung eines GIV dominieren klar die möglicherweise kurzfristig erzielbaren wirtschaftlichen Vorteile: Fehlende Umschlagsmöglichkeit auf Bahn oder Schifffahrt innerhalb eines GIV.	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 126, 2651 und 3408 verwiesen. Zum Schiffsverkehr wird auf die Seite 8 der ergänzenden Unterlage „Ermittlung von geeigneten Standorten für die Festlegung von Großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten“ (November 2020) verwiesen. Für die meisten industriellen Ansiedlung, ist eine Anbindung an einen Wasserweg unerheblich.
BE-ID: 3415	Massive wasserhaushaltliche Bedenken mit Regelung des Grundwasserdargebotes. "Der Grundwasserstand zeigt insgesamt auch in der Stadt Brandenburg an der Havel in Auswirkung der letzten Trockenjahre eine sinkende Tendenz. In Auswertung der gefallenen Niederschläge in Summe der letzten 5 Jahre fehlt Niederschlag von 1,5 Jahren. Dies wirkt sich maßgeblich auf die Durchflüsse und Wasserstände der Oberflächengewässer und auf die Grundwasserneubildung des Grundwassers aus.", heißt es in einer Beantwortung (Fußnote 4: Beantwortung Anfrage 114/2022 der Fraktion Freie Wähler betreffend den Grundwasserspiegel in Stadt Brandenburg an der Havel vom 19. Mai 2022, SVBRl3-70-696/2022) einer Anfrage der Stadt Brandenburg an der Havel. Wald ist ein wichtiger Faktor, um den Wasserhaushalt inkl. der Wiedervernässung nach haltig positiv zu beeinflussen.	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Zum Grundwasser und der Annahme sinkender Pegelstände wird auf BE 3406 verwiesen. Zur Annahme, die durch die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts zu erwartende Waldinanspruchnahme hätte unmittelbaren Einfluss auf die Wasserhaltung im Niederungsbereich, siehe BE 2019 und 2254.
BE-ID: 3416	Fläche liegt außerhalb eines erschlossenen Umfeldes.	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 3405 verwiesen.
BE-ID: 3417	Unmittelbare negative Auswirkungen auf das angrenzende Naturschutzgebiet „Bruchwald Roßdunk" in Verbindung mit der Gefahr eines Trockenfallens.	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 2019, 2254 verwiesen.
BE-ID: 3418	Die negativen langfristigen Auswirkungen der Errichtung eines GIV dominieren klar die möglicherweise kurzfristig erzielbaren wirtschaftlichen Vorteile: drohende Lichtverschmutzung aufgrund der Höhenlage des Standorts in Bezug auf die Stadt.	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Beim Standort Paterdamm/Krahne handelt es sich aufgrund der Lage an der Autobahn nicht um ein ungestörtes, von Lichtverschmutzung freies Gebiet.
BE-ID: 3419	Die negativen langfristigen Auswirkungen der Errichtung eines GIV dominieren klar die möglicherweise kurzfristig erzielbaren wirtschaftlichen Vorteile: Verlust von besonders schützenswerten bekannten Großvogel-Horststandorten (Seeadler) und Kranichbrutplätzen.	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Der benannte Horststandort wird durch eine Neuabgrenzung und Verkleinerung des Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne angemessen berücksichtigt. Kranichbrutplätze sind der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Regionalen Planungsgemeinschaft in dem Gebiet nicht bekannt und werden auch vom Einwender nicht konkret mitgeteilt.
BE-ID: 3420	Nichtberücksichtigung des Bundes-Klimaschutzprogramms 2030.	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 3391 verwiesen.
BE-ID: 3421	Die negativen langfristigen Auswirkungen der Errichtung eines GIV dominieren klar die möglicherweise kurzfristig erzielbaren wirtschaftlichen Vorteile: Massive Bedenken der „Belegenheitskommune".	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 3412 verwiesen.
BE-ID: 3422	Wir fordern die Planungsgemeinschaft auf, entsprechend der aufgezeigten Kriterien ihre Bewertung anzupassen und den GIV Paterdamm-Krahne aufgrund der nicht vorhandenen alternativen Anbindung im Schienenverkehr oder der Schifffahrt auszuschließen. Der Standort ist nachweislich nicht geeignet, da er dem Ziel 2.3 des LEP HR nicht entspricht. Darüber hinaus bestehen die umfangreich ausgeführten Bedenken, die zum Teil auch nicht korrekt abgewogen und bewertet wurden.	Die zusammenfassenden Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 126, 2651 und 3408 verwiesen.
TÖB-Nr.: 2117 / Bauzuschlagsstoffe & Recycling GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3128	Bauzuschlagstoffe & Recycling GmbH ./. Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, Stellungnahme im Beteiligungsverfahren Sehr geehrte Damen und Herren, in vorbezeichneter Angelegenheit zeigen wir an, dass wir die Bauzuschlagstoffe & Recycling GmbH, Saarmunder Weg 50, 14552 Michendorf/OT Wildenbruch, vertreten. Eine auf uns lautende Vollmacht ist beigefügt.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3129	A. Betroffenheit unserer Mandantin Unsere Mandantin ist Eigentümerin folgender Grundstücke: Bundesland: Brandenburg, Landkreis: Potsdam-Mittelmark, Gemeinde: Michendorf, Gemarkung Wildenbruch; [Ort anonymisiert] Gemarkung Fresdorf; [Ort anonymisiert] . Sollte die Vorlage von Grundbuchauszügen erforderlich sein, bitten wir um einen Hinweis. Wir werden diese dann umgehend nachreichen.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3130	A. Betroffenheit unserer Mandantin I. Aktuelle Nutzung der Grundstücke Unsere Mandantin betreibt den Kiessandtagebau Fresdorfer Heide und ist Rechtsinhaber des Bergwerkseigentums „Fresdorfer Heide" und der Bewilligung „Fresdorfer Heide Süd". Für die Kiessandlagerstätte „Fresdorfer Heide" wurde mit Beschluss Nr. 0113/1985 des Bezirkstages des Bezirkes Potsdam am 02.12.1985 ein Bergbauschutzgebiet festgesetzt (Lagerstätten-Nr. 0412-2-0497). Es handelt sich somit um alte Rechte im Sinne des Einigungsvertrages und des Bundesberggesetzes (BBergG). Gemäß der Verordnung über die Verleihung von Bergwerkseigentum vom 15.08.1990 (GBL. 1 Nr. 53, S. 1071) ist der Treuhandanstalt auf Grund ihres Antrages am 29.09.1990 das Bergwerkseigentum „Fresdorfer Heide" (Nr. 589/90/90} verliehen worden und wurde an unsere Mandantin mit Datum vom 25.08.1992 vertraglich veräußert. Das Gewinnungsrecht für das Feld „Fresdorfer Heide" ist der Potsdamer Kies-, Sand- und Recycling GmbH (PKSR) am 26.06.1990 erteilt worden. Auf Antrag wurde dieses Recht aufrechterhalten. Durch einen Nutzungsüberlassungsvertrag vom 20.11.1990 erteilte die PKSR GmbH unserer Mandantin das ausschließliche Recht zur Ausbeutung der Lagerstätte "Fresdorfer Heide". Die Bewilligung »Fresdorfer Heide Süd« wurde am 30.03.1994 durch das Oberbergamt des Landes Brandenburg bis 2014 erteilt und auf Antrag bis 2038 durch das LBGR verlängert. Das Bewilligungsfeld umfasst eine Fläche von 157.300 m².	Die Historie wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3131	A. Betroffenheit unserer Mandantin I. Aktuelle Nutzung der Grundstücke Der Kiessandtagebau Fresdorfer Heide wird seit 1983 betrieben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfolgt der Abbau im Bergwerksfeld auf Grundlage des Zulassungsbescheides vom 07.02.1996 zum fakultativen RBP von 1994 für die Ausbeutung der bergfreien Kiessandlagerstätte Fresdorfer Heide und darauf basierender Haupt-, Sonder- und Abschlussbetriebspläne sowie darüber hinaus erforderlicher außerbergrechtlicher Genehmigungen. Mit Bescheiden vom 21.12.2020 erfolgte durch das LBGR eine Verlängerung des fakultativen RBP und des HBP bis zum 31.12.2022. Unsere Mandantin beschäftigt zurzeit 33 Mitarbeiter, von denen mehr als zwei Drittel vom Betrieb des Kiessandtagebaus abhängen. Durch die Fortführung des Kiessandtagebaus werden somit circa 22 Arbeitsplätze gesichert. Aber nicht nur die unmittelbar mit Fortsetzung des Betriebes des Kiessandtagebaus stehenden Arbeitsplätze sind zu berücksichtigen. Ein Arbeitsplatz im Steine- und Erdenbergbau sichert etwa 5-7 Folgearbeitsplätze in der weiterverarbeitenden Industrie und im Transportgewerbe. Damit hat der Betrieb des Kiessandtagebaus eine nicht unerhebliche wirtschaftliche Bedeutung für die Region. Weiterhin produziert unsere Mandantin im Tagebau Fresdorfer Heide Zuschlagsstoffe für die Beton- und Betonwarenherstellung, Mörtel-, Bettungs- und Füllsande für den Hoch-, Tief- und Straßenbau und Zuschlagsstoffe für die Asphaltherstellung. Die Nachfrage nach Rohstoffen bei unserer Mandantin ist nach wie vor steigend. Durch die sehr gute logistische Anbindung des Kiessandtagebaus an die B2 Richtung Potsdam sowie die Autobahnanschlussstellen Michendorf (A10) trägt unsere Mandantin zur Versorgung der lokalen und regionalen Bauindustrie bei. Sie beliefert unter anderem Straßenbauvorhaben, deren Realisierung im öffentlichen Interesse steht. In Verbindung mit ihrem leistungsstarken Fuhrpark und modernen Baumaschinen ist sie in der Lage schnell und flexibel Baumaterialien für den lokalen sowie regionalen Markt bereitzustellen und damit Bauleistungen in größerem Umfang zu realisieren. Um auch weiterhin das umfangreiche Sortiment an Zuschlagstoffen in diesem Bereich in ausreichender Menge bereitstellen zu können, ist die Sicherung des Weiterbetriebs des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide durch den Regionalplan notwendig.	Die Betriebsplanhistorie sowie die Darlegungen zur wirtschaftliche Bedeutung werden zur Kenntnis genommen. Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.
BE-ID: 3132	A. Betroffenheit unserer Mandantin II. Zukünftige Nutzung 1. Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide Mit Schreiben vom 16.02.2017 hat unsere Mandantin einen Antrag auf Durchführung eines bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens für das Vorhaben II Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide II gestellt. Gegenstand des eingereichten obligatorischen Rahmenbetriebsplans (RBP) ist die Erweiterung des bestehenden Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide sowie die Veränderung des Wiedernutzbarmachungskonzeptes das fakultativen RBP von 1994. Der Geltungsbereich des obligatorischen RBP umfasst insgesamt 50,2 ha. Dieser setzt sich aus der Abbauerweiterung auf ca. 16,4 ha (Neugenehmigung außerhalb der Grenze des fakultativen RBP) inklusive der Wiedernutzbarmachung und der Änderung der Wiedernutzbarmachung auf 33,8 ha (Bereich des fakultativen RBP) zusammen. Für den obligatorischen Rahmenbetriebsplan werden folgende Flurstücke benötigt: Gemarkung: Wildenbruch, Flur: 4, Flurstücke: 43(65), 44, 45, 46/1, 59, 60, 76, 79 und Gemarkung: Fresdorf, Flur: 3, Flurstücke: 18/3, 19, Flur 4, Flurstück 9. Den Geltungsbereich des fakultativen RBP (1992) und des obligatorischen RBP (2016) können Sie dem als -Anlage 1 - beigefügtem Plan entnehmen. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und damit die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens erfolgten mit Datum vom 23.03.2017. Mit Schreiben vom 15.05.2017 haben Sie im Rahmen der TÖB-Beteiligung eine Stellungnahme abgegeben. Anfang 2022 fand die Online-Konsultation zu dem Vorhaben statt, zu der Sie mit Schreiben vom 08.02.2022 Stellung genommen haben. Damit ist Ihnen das Vorhaben bekannt und Ihnen liegen die Antragsunterlagen bereits vor. Sollten Sie eine erneute Übersendung der Antragsunterlagen wünschen, teilen Sie uns dies bitte mit.	Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3133	A. Betroffenheit unserer Mandantin II. Zukünftige Nutzung 2. Errichtung und Betrieb einer Deponie der Deponieklasse I im Kiessandtagebau Fresdorfer Heide Unsere Mandantin hat mit Antrag vom 13.05.2016 beim Landesamt für Umwelt, Referat T 16 „Abfallwirtschaft" (zuständige Planfeststellungsbehörde) die Durchführung eines Planfeststellungsverfahren gemäß§ 35 Abs. 2 KrWG sowie§ 1 Abs. 1 VwVfG Bbg i.V.m. §§ 72 ff. VwVfG auf Errichtung und Betrieb einer Deponie der Deponieklasse I im Kiessandtagebau Fresdorfer Heide im Landkreis Potsdam-Mittelmark in der Gemeinde Michendorf beantragt. Das Vorhaben umfasst im Wesentlichen 3 Bauabschnitte. Es umfasst eine Fläche von ca. 17,2 ha und einem Gesamtverfüllvolumen von ca. 2.700.000 m². Das Vorhaben erstreckt sich über Flur 4, Flurstücke 43 (65), 44, 45, 59, 60, 76, 79 der Gemarkung Wildenbruch und über Flur 3, Flurstück 18/3 der Gemarkung Fresdorf. Die Lage der Deponie können Sie dem als -Anlage 2- beigefügtem Plan entnehmen. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgte Im Jahr 2017 und erneut im Jahr 2020. Im Rahmen der TÖB-Beteiligung haben Sie zuletzt mit Schreiben vom 16.10.2020 Stellung genommen. Im Jahr 2021 fand anstatt eines Erörterungstermins eine Online-Konsultation statt. Im Rahmen der Online-Konsultation haben Sie mit Schreiben vom 14.04.2021 erneut Stellung genommen. Damit ist Ihnen das Vorhaben bekannt und Ihnen liegen die Antragsunterlagen bereits vor. Sollten Sie eine erneute Übersendung der Antragsunterlagen wünschen, teilen Sie uns dies bitte mit.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Errichtung und zum Betrieb einer Deponie wird zur Kenntnis genommen. Alleinig bewirkt er keine Anderung des Regionalplans. Begründung: Zu Deponienutzungen trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Festlegungen.
BE-ID: 3134	B. Festsetzungen des Entwurfes des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 für die Eigentumsflächen unserer Mandantin Der Entwurf des Regionalplans sieht für die Eigentumsflächen unserer Mandantin, die Festlegungen als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung VR 05 und als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung VB 07 vor: (siehe Kartenauszug Festlegungskarte Regionalplanentwurf vom 05.10.2021).	Die Schilderung der Festlegungen des ersten Regionalplanentwurfes wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Die ursprünglich vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden.
BE-ID: 3136	C. Beeinträchtigung unserer Mandantin Die vorgesehenen Festsetzungen des Regionalplans wären teilweise rechtswidrig und würden unsere Mandantin in ihren Rechten verletzen. Nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Gemessen daran, wurden die Belange unserer Mandantin, die Ihnen aus den TÖB-Beteiligungen der zuvor genannten Planfeststellungsverfahren hinreichend bekannt sind, nicht vollständig berücksichtigt.	Der vorgebrachte Sachverhalt wird im Rahmen der geänderten Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3137	C. Beeinträchtigung unserer Mandantin I. Unberücksichtigte Flächen Zunächst zeigt ein Vergleich mit der Festlegungskarte des Regionalplanentwurfes, dass Teile des Bergwerkfeldes Fresdorfer Heide und Teile des Bewilligungsfeldes Fresdorfer Heide-Süd nicht berücksichtigt wurden bzw. fehlen. Das gesamte Bergwerksfeld und das Bewilligungsfeld Fresdorfer Heide Süd sind zumindest als Vorbehaltsgebiet festzulegen. Eine Begründung für die Nichtberücksichtigung der Flächen fehlt vollständig. Damit wurden die Belange unserer Mandantin nicht berücksichtigt und somit fehlerhaft nicht in die vorzunehmende Abwägung eingestellt.	Der vorgebrachte Sachverhalt wird im Rahmen der geänderten Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Über eine

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3138	C. Beeinträchtigung unserer Mandantin II. Fehlerhafte Einstufung der Flächen Sodann ist es rechtwidrig, dass nur die Bereiche des gültigen Hauptbetriebsplans als Vorranggebiet dargestellt werden sollen. Denn es hätte insoweit auf die Fläche des gültigen Rahmenbetriebsplan und auf die Erweiterungsflächen abgestellt werden müssen. In der fachlichen Ausarbeitung des LBGR vom 15. Mai 2020 hat dieses den Kiessandtagebau insgesamt mit 14 Punkten bewertet und als Vorranggebiet Rohstoffsicherung vorgeschlagen. Von dem Vorschlag des LBGR wurde abgewichen mit folgender Begründung (S.22 des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung): „ - vollständig im LSG, - nur die Bereiche des gültigen Hauptbetriebsplans im LSG werden als VR dargestellt, da hier Rohstoffgewinnung zulässig ist (Basis: vom LBGR bis zum 31. 12.2022 verlängerter Rahmenbetriebsplan aus dem Jahr 1996 mit den darin erfolgten Festlegungen), - für den Fall keiner erneuten Verlängerung oder keiner Neugenehmigung eines RBP, wäre eine Vorrangfestlegung nicht mehr gerechtfertigt und die Bestimmungen des letztgültigen RBP zur Renaturierung waren umzusetzen." Weiterhin sind unter IV. 2.3 in der tabellarischen Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge (S. 40 des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung) ergänzend folgende Punkte angeführt: „- FRV+NSG süd-östlich angrenzend" und Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund „Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung " zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung".	Der vorgebrachte Sachverhalt wird im Rahmen der geänderten Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.
BE-ID: 3139	C. Beeinträchtigung unserer Mandantin - II. Fehlerhafte Einstufung der Flächen Die Begründung kann insgesamt nicht überzeugen und ist fehlerhaft. Im Einzelnen 1. Fläche des jetzigen fakultativen RBP Hinsichtlich der Festlegungen des Regionalplans ist richtigerweise auf die Fläche des fakultativen Betriebsplans und nicht die des Hauptbetriebsplans abzustellen. Denn nach § 7 Abs. 1 ROG sind in Raumordnungsplänen für einen bestimmten Planungsraum und einen regelmäßig mittelfristigen Zeitraum Festlegungen als Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, insbesondere zu den Nutzungen und Funktionen des Raums, zu treffen. Die Mittelfristigkeit bedeutet für die Raumordnungsplanung etwa einen Zeitraum von 25 Jahren, vgl. Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2. Aufl. 2018, § 7 Rn. 9. Die Geltungsdauer der Hauptbetriebspläne soll hingegen nach § 52 Abs. 1 Satz 1 BbergG in der Regel einen Zeitraum von zwei Jahre nicht überschreiten. Hauptbetriebspläne erfüllen somit nicht das Kriterium der Mittelfristigkeit von § 7 Abs. 1 ROG. Der Rahmenbetriebsplan soll die in den Hauptbetriebsplänen in jeweils zeitlich eng beschränkten Zeiträumen darzustellenden Vorhaben in einen größeren zeitlichen Zusammenhang stellen. Der Rahmenbetriebsplan soll die verschiedenen bergbaulichen Maßnahmen, die in Hauptbetriebsplänen und Sonderbetriebsplänen darzustellen und von der zuständigen Behörde zuzulassen sind, koordinieren. Mit der Verpflichtung, einen Rahmenbetriebsplan aufzustellen, wird der Unternehmer veranlasst, ein zeitlich umfassenderes Konzept für die Errichtung und Führung eines Betriebs zur Genehmigung vorzulegen, vgl. Beckmann, in: Frenz, BBergG, 1. Aufl. 2019, § 52 Rdn. 40. Vorliegend ist daher auf den fakultativen Rahmenbetriebsplan abzustellen. In der Praxis wird der Rahmenbetriebsplan selten unter fünf und selten über 30 Jahre zugelassen, vgl. von Hammerstein, in: Boldt/Weller/Kühne/von Mä ßenhausen, BBergG, 2. Aufl. 201 6, § 52 Rdn. 36. Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass hinsichtlich des Kriteriums der Mittelfristigkeit auf den fakultativen Rahmenbetriebsplan abzustellen ist, da beide einen ähnlichen Zeitraum umfassen. Dagegen spricht vorliegend auch nicht, wie auf S. 22 des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung angeführt, dass die Fläche vollständig innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (LSG)	Der vorgebrachte Sachverhalt wird im Rahmen der geänderten Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	„Nuthetal - Beeliizer Sander", welches mit der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „ Nuthetal-Beelitzer Sander" vom 10. Februar 1999 (GVBl.l l/99, [Nr. 06], S.1 15) festgesetzt wude, liegt. Denn § 5 Abs. 1 Nr. 9 LSG-VO bestimmt, dass entgegen den in § 4 LSG-VO enthaltenen Verboten und Erlaubnisvorbehalten weiterhin die sonstigen bei lnkrafttreten dieser Verordnung aufgrund behördlicher Einzelfallentscheidung rechtmäßig ausgeübten Nutzungen und Befugnisse in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang zulässig sind. Der fakultative Rahmenbetriebsplan vom 07.02.1996 wurde vor Inkrafttreten genehmigt. Damit ist er weiterhin zulässig und ihm kann das LSG nicht entgegengehalten werden. Abschließend weisen wir darauf hin, dass aus dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung ersichtlich ist, dass bei anderen Tagebauten auf den Rahmenbetriebsplan - wie von uns gefordert – abgestellt wurde. Von dieser Praxis darf nicht zu Lasten unserer Mandantin abgewichen werden. Es würde gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen, die Tagebauten nach unterschiedlichen Kriterien, wie wohl geschehen, zu bewerten.	
BE-ID: 3140	C. Beeinträchtigung unserer Mandantin - II. Fehlerhafte Einstufung der Flächen Die Begründung kann insgesamt nicht überzeugen und ist fehlerhaft. Im Einzelnen 2. Erweiterungsflächen Ferner sind auch die Erweiterungsflächen, wie vom LBGR gefordert, als Vorranggebiet festzulegen. Dafür spricht, dass diese sich im Bewilligungsfeld befinden. Nach § 8 Abs. 1 BbergG gewährt die Bewilligung das ausschließliche Recht, nach den Vorschriften dieses Gesetzes 1.) in einem bestimmten Feld (Bewilligungsfeld) die in der Bewilligung bezeichneten Bodenschätze aufzusuchen, zu gewinnen und andere Bodenschätze mitzugewinnen sowie das Eigentum an den Bodenschätzen zu erwerben, 2.) die bei Anlegung von Hilfsbauen zu lösenden oder freizusetzenden Bodenschätze zu gewinnen und das Eigentum daran zu erwerben, 3.) die erforderlichen Einrichtungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 3 zu errichten und zu betreiben, 4.) Grundabtretung zu verlangen. Die bergrechtlichen Gewinnungsberechtigungen sind durch Art. 14 GG geschützte eigentumsrechtliche Positionen, vgl. BVerfG, Urteil vom 20.10. 1987 - 1 BvR 1048/87, Beschluss vom 13.04.2007 - 1 BvR 284/05. Dem Bewilligungsinhaber wird durch die Erteilung der Gewinnungsberechtigung eine vermögenswerte Rechtsposition zur privatnützigen Verfügung zugeordnet. Die Bewilligung erfüllt auch die besonderen Anforderungen an den verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz öffentlich-rechtlicher Rechtspositionen, weil sie auf dem Einsatz von Kapital und Leistung des Berechtsamtsinhaber beruht, vgl. Franke, in: Boldt/Weller/Kühne/von Mäßenhausen, BBergG, 2. Aufl. 2016, § 8 Rdn. 20. Dies grundrechtlich geschützte Rechtsposition unserer Mandantin wurde fehlerhaft nicht berücksichtigt. Unabhängig davon, wären diese nach § 7 Abs. 4 ROG zu berücksichtigen, wenn im Zeitpunkt der Beschlussfassung der beantragte obligatorische Rahmenbetriebsplan bereits erlassen wäre. Denn für die Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG ist die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan maßgebend; § 11 Abs. 3 Satz 1 ROG. § 7 Abs. 4 ROG bestimmt wiederum, dass die Raumordnungspläne auch diejenigen Festlegungen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen von öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Absatz 1 Satz 2 ROG enthalten sollen, die zur Aufnahme in Raumordnungspläne geeignet und zur Koordinierung von Raumansprüchen erforderlich sind und die durch Ziele oder Grundsätze der Raumordnung gesichert werden können. Dies trifft auf den obligatorischen Rahmenbetriebsplan zu.	Der vorgebrachte Sachverhalt wird im Rahmen der geänderten Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.
BE-ID: 3141	C. Beeinträchtigung unserer Mandantin - II. Fehlerhafte Einstufung der Flächen Die Begründung kann insgesamt nicht überzeugen und ist fehlerhaft. Im Einzelnen 3. Streichen von sachfremden Aussagen Weiterhin sind die auf Drängen der Gemeinden Nuthetal und Michendorf aufgenommenen sachfremden Erwägungen zu entfernen. Dazu zählen die Ausführungen zur Genehmigungssituation unserer Mandantin auf S. 22 des Planungskonzeptes zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung.	Der vorgebrachte Sachverhalt wird im Rahmen der geänderten Rechtslage (Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH) im Rahmen der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Für die Festlegung des Regionalplans ist die nachfolgende Aussage irrelevant: „für den Fall keiner erneuten Verlängerung oder keiner Neugenehmigung eines RBP, wäre eine Vorrangfestlegung nicht mehr gerechtfertigt und die Bestimmungen des letztgültigen RBP zur Renaturierung wären umzusetzen." Zum einen ist nach § 11 Abs. 3 Satz 1 ROG die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan maßgebend. Daher verbieten sich bereits Aussagen über zukünftige Ereignisse. Zum anderen betrifft die Renaturierung allein die für unsere Mandantin geltenden Rahmen- und Hauptbetriebspläne, deren genauer Inhalt aber für den Regionalplan nicht entscheidungserheblich ist. Der aufgenommene Hinweis dient einzig allein dem Interesse der Gemeinden Nuthetal und Michendorf, zu verschriftlichen, dass im Falle keiner erneuten Verlängerung oder Neugenehmigung die ursprünglich vorgesehene Renaturierung durchzuführen ist. Auch der Hinweis auf den Ablauf des Rahmenbetriebsplans zum 31.12.2022 ist nicht aufzunehmen. Nur hinsichtlich des Tagebaus unserer Mandantin wurden solche Details aufgenommen. Daher verstößt die Aufnahme einerseits gegen den in Art. 3 GG geregelten Gleichheitssatz und andererseits werden hier Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Auch der Ablauf des gültigen Rahmenbetriebsplans ist irrelevant, da nur auf den Zeitpunkt der Beschlussfassung abzustellen ist. Ferner ist die Aufnahme des Hinweises der Gemeinde Nuthetal in der tabellarischen Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge auf S. 40 des Planungskonzeptes zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung; in der Spalte „WSG" zu streichen. Wie die Bezeichnung der Spalte schon sagt, werden in diese vorhandenen Wasserschutzgebiete eingetragen. Die Fresdorfer Heide liegt nicht in einem Wasserschutzgebiet. Daher darf die Spalte „WSG" keinen Inhalt enthalten; Alles andere ist geschäftsschädigend und ermessensfehlerhaft. Zudem trifft der Hinweis wahrscheinlich auch auf den Großteil der aufgelisteten Tagebauten zu. Ihn nur bei der Fresdorfer Heide aufzunehmen verstößt daher auch gegen den Gleichheitssatz. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass der Hinweis der Gemeinde Nuthetal, dass es Widmungsprobleme bei der verkehrlichen Erschließung gebe, (vgl. Protokoll der 05. Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming am 17.Juni 2021, S. 9) nicht richtig ist. Das LBGR hatte die Widmung der Zufahrtsstraße im Rahmen der Verlängerung des fakultativen Rahmenbetriebsplans im Jahr 2019 geprüft und bejaht. Die Gemeinde Nuthetal hat gegen die Verlängerung Widerspruch eingelegt. Im Rahmen des Widerspruchsverfahrens hat das LBGR ermittelt, dass die Gemeinde Nuthetal eine Kreuzungsvereinbarung mit der Bundesfernstraßenverwaltung mit Datum vom 26.06./04.07.2005 geschlossen hat, da die Zufahrtsstraße die A 10 kreuzt. Der Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung setzt immer voraus, dass es sich um Verkehrswege, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, handeln muss. Das Bundesverwaltungsgericht führt dazu Folgendes aus: „Die Anwendbarkeit des fernstraßenrechtlichen Kreuzungsrechts beschränkt sich aber - wie sich aus seiner gesetzlichen Regelung, namentlich aus der einleitenden Vorschrift des § 12 FStrG eindeutig ergibt -ausschließlich auf die Kreuzungen öffentlicher Straßen und erstreckt sich demnach nicht auf die Kreuzung einer Privatstraße und einer Bundesfernstraße[. . .]. " BVerwG, Urteil vom 24.09.1982 - 4 C 36/79, NJW 1 983, 1747 Die Rechtslage ist zu der Erschließung damit eindeutig.	Überarbeitung der zweckdienlichen Unterlagen weitgehend berücksichtigt. Dem steht nicht entgegen, vorgebrachte Hinweise bzw. Sachverhalte zu schildern.
BE-ID: 3143	C. Beeinträchtigung unserer Mandantin - IV. Berücksichtigung der geplanten Deponie Gemäß § 13 Abs. Abs. 5 Nr. 3 b) ROG sollen die Raumordnungspläne Festlegungen zur Raumstruktur enthalten, insbesondere zu den zu sichernden Standorten und Trassen für Infrastruktur, wozu auch die Entsorgungsinfrastruktur gehören kann. Soweit ersichtlich, liegt aber bereits kein abfallwirtschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalplan vor, so dass davon auszugehen ist, dass die Aufnahme von Standorten der Entsorgungsinfrastruktur nicht berücksichtigt wurde, Gründe dafür werden nicht genannt. Sollten Deponiestandorte in dem Regionalplan berücksichtigt werden, wäre auch die geplante Deponie Fresdorfer	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Errichtung und zum Betrieb einer Deponie wird zur Kenntnis genommen. Alleinig bewirkt er keine Änderung des Regionalplans. Begründung: Zu Deponienutzungen trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Festlegungen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Heide zu berücksichtigen. Sie entspricht insbesondere dem Grundsatz G 7.4 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der LEP HR regelt unter dem Grundsatz „G 7.4 Nachhaltige Infrastrukturentwicklung" Folgendes: „(1) Leitungs- und Verkehrstrassen sollen räumlich gebündelt werden, soweit sicherheitsrelevante Belange nicht entgegenstehen. (2) Für Vorhaben der technischen Infrastruktur im Außenbereich sollen vorgeprägte raumverträgliche Standorte mit- oder nachgenutzt werden. (3) Bei Infrastruktur- und anderen Vorhaben mit einem nicht nur unwesentlichen Verkehrsaufkommen soll eine funktionsgerechte Anbindung an das Verkehrsnetz einschließlich öffentlicher Verkehrsmittel sichergestellt werden." Die Begründung des LEP HR führt zu G 7.4 aus: „Die Errichtung neuer Standorte, Anlagen, Trassen oder Netze der Energie- und Abfallwirtschaft, Wasserver- und -entsorgung, Telekommunikation/Mobilfunk und des Verkehrs führen häufig zu einer zusätzlichen Raumbeanspruchung in Schutzbereichen oder zu Nutzungsbeschränkungen oder -konflikten, zu Zerschneidungswirkungen sowie zu Immissionsbelastungen durch die Anlage selbst oder durch das aus ihrer Nutzung resultierende Verkehrsaufkommen. Dies betrifft auch die Standortwahl zu Vorhaben dezentraler, regenerativer Energiegewinnung, zum Beispiel der Wind-, Solar- und Bioenergie. Durch die veränderten, zunehmend privatrechtlich organisierten Betreiberstrukturen werden diese Folgewirkungen teilweise verschärft, zum Beispiel durch einen konkurrierenden Ausbau von Gasleitungen. Um zum Beispiel Zerschneidungswirkungen, insbesondere im Freiraum, standort- und verkehrsbedingte Belastungen sowie Folgekosten für zusätzliche Verkehrserschließungen zu vermeiden, sollen Vorhabenträger, kommunale und regionale Planungsträger sowie Genehmigungsbehörden den Grundsatz einer Bündelung von Leitungs- und Verkehrstrassen berücksichtigen. Bei der Beurteilung und Abwägung entsprechender Vorhaben sind sowohl die Möglichkeiten einer Nach- bzw. Mitnutzung vorhandener Standorte (zum Beispiel Betriebshöfe, Abfallentsorgungsanlagen, Kraftwerksstandarte, usw.) zu berücksichtigen als auch bei verkehrsintensiven Standorten beispielsweise der Abfall- und Energiewirtschaft eine Zuordnung zu bereits vorhandenen leistungsfähigen Verkehrsverbindungen. (…)“ Die geplante Deponie soll auf einem vorgeprägten Standort, nämlich dem Kiessandtagebau, errichtet werden. Damit wird einerseits sichergestellt, dass kein neuer! Raum beansprucht wird. Zum anderen werden durch die Wahl des Standortes die Verkehrsströme des Kiessandtagebaus und der Deponie gebündelt. Es kommt nicht zu einer Erhöhung der Verkehrsbelastung. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahren zur Errichtung der Deponie Fresdorfer Heide wurde ein Verkehrsgutachten und eine Schallimmissionsprognose zur Betrachtung der Auswirkungen auf den Verkehrslärm öffentlicher Straßen vorgelegt. Ergebnis ist, dass das betriebsbedingte Lkw-Verkehrsaufkommen gegenüber der geplanten Erweiterung des Kiessandtagebaus nur gering erhöht sein wird. Die Schallimmissionsprognose kommt zu dem Ergebnis, dass kein Anstieg der Beurteilungspegel um 3 dB (A) oder mehr vorliegt. Der Beitrag, der unserer Mandantin zuzurechnenden Verkehre zum einwirkenden Verkehrslärm, lässt sich aus dem festgestellten Anstieg der Beurteilungspegel ablesen. Der Anstieg des Beurteilungspegels durch die Antragstellerin beträgt 0,5 dB(A) am Tage und 0,4 dB (A) in der Nacht. Der Hauptverursacher des Verkehrslärms ist und bleibt somit der übrige Verkehr. Zudem werden die Grenze der Gesundheitsgefahr, welche bei 70-75 dB (A) am Tage und 60-65 dB (A) in der Nacht gesehen werden, unterschritten.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 G 2.3.2 VB Rohstoffgewinnung		
BE-ID: 3142	C. Beeinträchtigung unserer Mandantin III. Wildenbruch Nord Unsere Mandantin befindet sich in Verhandlungen, die Fläche Wildenbruch Nord zu erwerben. In der fachlichen Ausarbeitung des LBGR vom 15. Mai 2020 hat dieses das Gebiet Wildenbruch-Nord als Vorbehaltsgebiet vorgeschlagen. Dem Vorschlag wurde nicht gefolgt, weil das Gebiet kleiner sei als 10 ha. Es ist nicht richtig, dass das Gebiet kleiner als 10 ha ist. In	Der Forderung nach Festlegung von Wildenbruch-Nord als Vorbehaltsgebiet wird nicht gefolgt. Begründung in Ergänzung zum Planungskonzept : Bei der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten in Landschaftsschutzgebieten sind die Verbote und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	dem Gebiet wurden 1998 Kiese und Kiessande zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen aufgefunden und das Gebiet hat richtigerweise eine Größe von ca. 14,44 ha. Beweis: Antrag auf Erteilung einer Bewilligung unserer Mandantin aus dem Jahr 1998 - Anlage 3 – Der Antrag wurde im Nachgang von unserer Mandantin zurückgenommen. Die Gründe für die Antragsrücknahme sind heute nicht mehr bekannt. Damit steht fest, dass die Fläche Wildenbruch Nord das 10 ha-Kriterium erfüllt und die Fläche, wie vom LBGR gefordert, als Vorbehaltsgebiet aufzunehmen ist.	Genehmigungsvorbehalte der Schutzgebietsverordnungen zu beachten. Gemäß Stellungnahme LfU "bedarf es danach einer Genehmigung, wer beabsichtigt, Bodenschätze bzw. Bodenbestandteile abzubauen oder die Bodengestalt zu verändern, [...] und dabei den Charakter des Gebietes nicht verändert und dem besonderen Schutzzweck nicht oder nur unerheblich zuwiderläuft. Aufgrund der angedachten Flächengrößen ist jedoch von der Veränderung des Gebietscharakters auszugehen. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vom Verbot über den Abbau von Bodenbestandteilen scheidet für den Aufschluss von Tagebauen bereits deshalb aus, da es sich bei diesen Vorhaben nicht um einen atypischen Einzelfall handelt. Eine Befreiungslage setzt - neben den normierten Tatbestandsvoraussetzungen - einen vom Normgeber so nicht vorhergesehenen und deshalb singulären Einzelfall voraus, der sich vom geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt. Denn die Befreiungsmöglichkeit dient nach der Gesetzessystematik lediglich dazu, einer rechtlichen Unausgewogenheit zu begegnen, die sich ergeben kann, wenn aufgrund der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalles der Anwendungsbereich einer Vorschrift und deren materielle Zielrichtung nicht miteinander übereinstimmen; in derartigen (Sonder-)Fällen soll der generelle und damit zwangsläufig auch schematische Geltungsanspruch der Vorschrift zu Gunsten der Einzelfallgerechtigkeit durchbrochen werden." Hinweis: Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3135	B. Festsetzungen des Entwurfes des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 für die Eigentumsflächen unserer Mandantin Der Entwurf des Regionalplans sieht für die Eigentumsflächen unserer Mandantin, die Festlegungen als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung VR 05 und als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung VB 07 vor: (siehe Kartenauszug Festlegungskarte Regionalplanentwurf vom 05.10.2021).	Die Schilderung der Festlegungen des ersten Regionalplanentwurfes wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Die ursprünglich vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden.
TÖB-Nr.: 2120 / Agrar Planetal Golzow GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / II.1 Rechtsgrundlagen		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2445	E. Herleitung des Ergebnisses Die Voraussetzungen für die Ausweisung des Plangebiets als Vorranggebiet für die Landwirtschaft liegen hier nicht vor. I. Rechtliche Grundlagen Raumordnungspläne wie unter anderem Regionalpläne werden von dem jeweiligen Regionalplanungsverband nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (nachstehend: ROG) aufgestellt. Die Aufstellung eines solchen Plans beinhaltet unter anderem die Abwägung der für die Planungsebene erkennbaren und bedeutsamen privaten und öffentlichen Belange untereinander und gegeneinander (§ 7 Abs. 2 Satz 1 ROG). Festgelegt werden können unter anderem Vorranggebiete, in denen bestimmte raumbedeutsame Nutzungen oder Funktionen vorgesehen sind und die andere raumbedeutsame Nutzungen oder Funktionen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangingen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind (§ 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG). Solche Vorranggebiete sind stets Ziele der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG), die abschließend abgewogene, verbindliche Vorgaben darstellen (PdK, Kommentar zum Raumordnungsgesetz, Stand: März 2020, § 7 ROG, Rn. 54). Auf Grund ihrer strikten Bindung bedarf es für die Festlegung von Vorranggebieten einer vorherigen Abwägung der konkurrierenden Möglichkeiten der Flächennutzung (PdK, Kommentar zum Raumordnungsgesetz, Stand: März 2020, § 7 ROG, Rn. 55). Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass die Planungsgemeinschaft hier im Rahmen der Voraussetzungen für die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft die Schwelle für die Beurteilung einer Fläche als ertragreich bzw. ertragsarm durch Beschluss festgelegt hat. Denn durch einen solchen Beschluss kann die Durchführung der gesetzlich vorgesehenen Abwägung im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des Regionalplans nicht ersetzt werden. Im Rahmen der hiernach erforderlichen Abwägung sind die Grenzen einer rechtmäßigen Abwägung einzuhalten. Das heißt, dass eine Abwägung vorzunehmen ist (kein Abwägungsausfall), in die Abwägung die betroffenen Belange vollständig einzustellen sind (kein Abwägungsdefizit) und die abzuwägenden Belange in ihrer Bedeutung zutreffend zu berücksichtigen sind (keine Abwägungsdisproportionalität).	Die Hinweise zur Erforderlichkeit der dokumentierten Abwägung werden zur Kenntnis genommen. Die in Bezug auf die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft vorgenommenen Abwägungsentscheidungen werden in der geänderten Begründung sowie im geänderten Planungskonzept dargelegt.
BE-ID: 2457	E. Herleitung des Ergebnisses Die Voraussetzungen für die Ausweisung des Plangebietes als Vorranggebiet für die Landwirtschaft liegen nicht vor. I. Rechtliche Grundlagen Raumordnungspläne wie unter anderem Regionalpläne werden von dem jeweiligen Regionalplanungsverband nach den Vorgaben des ROG aufgestellt. Die Aufstellung eines solchen Plans beinhaltet unter anderem die Abwägung der für die Planungsebene erkennbaren und bedeutsamen privaten und öffentlichen Belange untereinander und gegeneinander(§ 7 Abs. 2 Satz 1 ROG). Festgelegt werden können unter anderem Vorranggebiete, in denen bestimmte raumbedeutsame Nutzungen oder Funktionen vorgesehen sind und die andere raumbedeutsame Nutzungen oder Funktionen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangingen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind (§ 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG). Vorranggebiete sind stets Ziele der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG), die abschließend abgewogene, verbindliche Vorgaben darstellen (PdK, Kommentar zum Raumordnungsgesetz, Stand: März 2020, § 7 ROG, Rn. 54). Auf Grund ihrer strikten Bindung bedarf es für die Festlegung von Vorranggebieten einer vorherigen Abwägung der konkurrierenden Möglichkeiten der Flächennutzung (PdK, Kommentar zum Raumordnungsgesetz, Stand: März 2020, § 7 ROG, Rn. 55). Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass die Planungsgemeinschaft hier im Rahmen der Voraussetzungen für die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft die Schwelle für die Beurteilung einer Fläche als ertragreich bzw. ertragsarm durch Beschluss festgelegt hat. Denn durch einen solchen Beschluss kann die Durchführung der gesetzlich vorgesehenen Abwägung im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des Regionalplans nicht ersetzt werden. Im Rahmen der hiernach erforderlichen Abwägung sind die Grenzen einer rechtmäßigen Abwägung einzuhalten. Das heißt, dass eine Abwägung vorzunehmen ist (kein Abwägungsausfall), in die Abwägung die betroffenen Belange	Die Hinweise zur Erforderlichkeit der dokumentierten Abwägung werden zur Kenntnis genommen. Die in Bezug auf die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft vorgenommenen Abwägungsentscheidungen werden in der geänderten Begründung sowie im geänderten Planungskonzept dargelegt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vollständig einzustellen sind (kein Abwägungsdefizit) und die abzuwägenden Belange in ihrer Bedeutung zutreffend zu berücksichtigen sind (keine Abwägungsdisproportionalität).	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2428	Aufstellungsverfahren des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Hier: Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen beteiligten öffentlichen Stellen zu dem Vorranggebiet Landwirtschaft rund um die Ortschaften Golzow, Krahne und Groß Briesen A. Dokumentenübersicht 1) Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft der Region HavellandFläming vom 2. März 2022 im Amtsblatt von Brandenburg, Seite 188 - 191, Anlage 1 2) Flurstücksübersicht, Anlage 2 3) Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.05.2022, Anlage 3	Kennnisnahme.
BE-ID: 2429	B. Anlass Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (nachstehend: Planungsgemeinschaft) hat mit Beschluss vom 27. Juni 2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (nachstehend: Regionalplan) beschlossen. Im Rahmen dieses Aufstellungsverfahrens hat die Regionalversammlung der Planungsgemeinschaft am 18. Dezember 2021 den erarbeiteten Planentwurf, bestehend aus einer textlichen und zeichnerischen Darstellung mit Begründung und Umweltbericht, gebilligt und die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens sowie die Auslegung des Entwurfs gemäß § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (nachstehend: ROG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (nachstehend: RegBkPIG) beschlossen. Im Rahmen der zeichnerischen Darstellung (in Verbindung mit den entsprechenden Vorgaben der textlichen Darstellung) sieht der Entwurf des Regionalplans für den räumlichen Bereich in der Umgebung der Orte Golzow, Krahne und Groß Briesen im Landkreis Potsdam- Mittelmark unter anderem ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft vor. Zu dieser beabsichtigten Festlegung wird die hiesige Stellungnahme abgegeben. C. Ergebnis Unter Berücksichtigung der vorliegenden Unterlagen und greifbaren Erkenntnisquellen kann das Plangebiet nicht als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausgewiesen werden.	Zur Beantwortung des Sachverhalts siehe BE ID 2444.
BE-ID: 2430	D. Sachverhalt Diesem Ergebnis liegt folgender Sachverhalt zugrunde: I. Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Derzeit läuft das Aufstellungsverfahren für den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. 1. Verfahren Die Planungsgemeinschaft ist zuständig für die Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Daher sind von dieser Regionalplanung die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming und die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel betroffen. Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans hat die Regionalversammlung der Planungsgemeinschaft am 2. März 2022 im Amtsblatt für Brandenburg die Billigung des Entwurfs des Regionalplans sowie den Beschluss über die Eröffnung der Öffentlichkeitsbeteiligung und die Auslegung der Unterlagen bekannt gemacht. Die Auslegung erfolgte vom 10. März 2022 bis zum 10. Mai 2022. Stellungnahmen können ausweislich der Bekanntmachung vom 10. März 2022 bis einschließlich zum 9. Juni 2022 eingereicht werden. Nachweis Bekanntmachung vom 2. März 2022 im Amtsblatt von Brandenburg, Seite 188 - 191, Anlage 1 2. Inhalt Durch den Regionalplan werden der überörtliche Rahmen sowie die Ziele und Grundsätze der Raumordnung für die Region festgelegt(§ 1 Satz 2 RegBkPIG). In diesem Zusammenhang sehen die Entwürfe des Regionalplans unter anderem die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft vor. Hierzu soll grundsätzlich festgehalten werden: „Z. 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft (1) In den Vorranggebieten für die Landwirtschaft hat die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis (§ 17 Bundes-Bodenschutzgesetz) Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Die Absätze 2 und 3 der Festlegung sollen Ausnahmen zu diesem Grundsatz enthalten. Begründet wird die Auswahl der als Vorranggebiete der Landwirtschaft festzulegenden Flächen wie folgt: „Potenziell ertragreiche sowie klimarobuste Ackerböden, die auch unter	Kenntnisnahme der zusammengefassten und zitierten Textpassagen aus dem Ersten Regionalplanentwurf.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	den sich verändernden klimatischen Bedingungen in besonderer Weise für eine landwirtschaftliche Produktion geeignet sind, sollen künftig vor anderweitiger Inanspruchnahme geschützt werden. Den Vorranggebieten Landwirtschaft werden zwei Indikatoren zugrunde gelegt: die potenzielle Ertragsfähigkeit und die Ertragssicherheit, welche sich durch eine höhere Widerstandsfähigkeit gegenüber der Austrocknung der Böden (,,Klimarobustheit") ausdrückt. [...] Die Ertragsfähigkeit landwirtschaftlicher Nutzflächen wird mit der Ackerzahl ausgedrückt, die auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 120 (sehr gut) angegeben wird. Die Region Havelland-Fläming verfügt überwiegend über noch ertragsärmere Böden als der Brandenburger Durchschnittswert von 32. Der Schwellenwert für sogenannte ertragreiche Böden wurde auf eine Ackerwertzahl von 24 festgelegt, um die regionsspezifische Bodengüte stärker zu berücksichtigen. [...] Als Vorranggebiete für die Landwirtschaft wurden anhand der beschriebenen Klassifizierungen folgende Ackerflächen festgelegt: - klimarobust und ertragreich - klimarobust und ertragsarm - klimasensibel und ertragreich [...] Ackerflächen, die durch Beregnungsanlagen bereits erschlossen sind, werden daher zusätzlich als Vorranggebiete für die Landwirtschaft festgelegt." Begründung zum Ziel 2.4, Seite 97-103, Entwurf Regionalplan	
BE-ID: 2443	II. Betroffene Fläche Die Aufstellung des Regionalplans bezieht sich auf die gesamte Region HavellandFläming. Davon umfasst sind unter anderem die Gebiete der Gemeinden Golzow und Kloster Lehnin sowie der Stadt Bad Belzig im Landkreis Potsdam- Mittelmark. In deren Gebiet sehen die Entwürfe des Regionalplans unter anderem die Festlegung eines Vorranggebietes Landwirtschaft (im Übersichtsplan als gelbe Flächen dargestellt) grob wie folgt vor: [Kartenausschnitt des Regionalplanentwurfs Havelland-Fläming 3.0 mit einer Markierung durch die Stellungnehmerin] Dieses Vorranggebiet der Landwirtschaft umfasst zu weit überwiegenden Teilen auch die folgenden Flächen [Kartenausschnitt aus einer Kurzstellungnahme vom 25.05.2022 des Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH] (nachstehend: Plangebiet), die in 9 Teilflächen aufgeteilt sind. Nachweis Flurstücksübersicht nach Teilbereichen , Anlage 2	Kenntnisnahme der Kartenausschnitte.
BE-ID: 2451	F. Fazit Nach alledem kann das Plangebiet hier nicht als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausgewiesen werden.- Die Voraussetzungen hierfür liegen unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Regionalplanentwurfs und der Abwägungsgrundsätze nicht vor.	Siehe dazu BE ID 2444 und 2447 bis 2450.
BE-ID: 2452	Aufstellungsverfahren des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Hier: Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen beteiligten öffentlichen Stellen zu einem Teil des Vorranggebietes Landwirtschaft südwestlich der Gemeinde Golzow A. Dokumentenübersicht 1) Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft der Region HavellandFläming vom 2. März 2022 im Amtsblatt von Brandenburg, Seite 188 - 1 91, Anlage 1 2) Flurstücksliste, Anlage 2 3) Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.05.2022, Anlage 3	Kenntnisnahme.
BE-ID: 2453	B. Anlass Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (nachstehend: Planungsgemeinschaft) hat mit Beschluss vom 27. Juni 2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (nachstehend: Regionalplan) beschlossen. Im Rahmen dieses Aufstellungsverfahrens hat die Regionalversammlung der Planungsgemeinschaft am 18. Dezember 2021 den erarbeiteten Planentwurf, bestehend aus einer textlichen und zeichnerischen Darstellung mit Begründung und Umweltbericht, gebilligt und die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens sowie die Auslegung des Entwurfs gemäß § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (nachstehend: ROG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (nachstehend: RegBkPIG) beschlossen. Im Rahmen der zeichnerischen Darstellung (in Verbindung mit den entsprechenden Vorgaben der textlichen Darstellung) sieht der Entwurf für den räumlichen Bereich südwestlich der Ortslage Golzow im Landkreis Potsdam-Mittelmark unter anderem	Kenntnisnahme des Anlasses der Stellungnahme. Zum Ergebnis: Aufgrund der Änderung des Planungskonzepts für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft ist das dargestellte Plangebiet nicht mehr von der Festlegung betroffen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft vor. Zu dieser beabsichtigten Festlegung wird die hiesige Stellungnahme abgegeben. C. Ergebnis Unter Berücksichtigung der vorliegenden Unterlagen und greifbaren Erkenntnisquellen kann das Plangebiet nicht als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausgewiesen werden.	
BE-ID: 2454	D. Sachverhalt Diesem Ergebnis liegt folgender Sachverhalt zugrunde: I. Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Derzeit läuft das Aufstellungsverfahren für den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. 1. Verfahren Die Planungsgemeinschaft ist zuständig für die Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Von dieser Regionalplanung sind demnach die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel betroffen. Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans hat die Regionalversammlung der Planungsgemeinschaft am 2. März 2022 im Amtsblatt für Brandenburg die Billigung des Entwurfs des Regionalplans und den Beschluss über die Eröffnung der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Auslegung der Unterlagen bekannt gemacht. Die Auslegung erfolgte vom 1 0. März 2022 bis zum 1 0. Mai 2022. Stellungnahmen können ausweislich der Bekanntmachung vom 10. März 2022 bis einschließlich zum 9. Juni 2022 eingereicht werden. Nachweis Bekanntmachung vom 2. März 2022 im Amtsblatt von Brandenburg, Seite 188 - 191, Anlage 1 2. Inhalt Durch den Regionalplan werden der überörtliche Rahmen sowie die Ziele und Grundsätze der Raumordnung für die Region festgelegt (§ 1 Satz 2 RegBkPIG). In diesem Zusammenhang sehen die Entwürfe des Regionalplans unter anderem die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft vor. Hierzu soll grundsätzlich festgehalten werden: „Z. 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft (1) In den Vorranggebieten für die Landwirtschaft hat die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis (§ 17 Bundes-Bodenschutzgesetz) Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Die Absätze 2 und 3 dieser Festlegung sollen Ausnahmen zu diesem Grundsatz enthalten. Begründet wird die Auswahl der als Vorranggebiete für die Landwirtschaft festzulegenden Flächen wie folgt: „Potenziell ertragreiche sowie klimarobuste Ackerböden, die auch unter den sich verändernden klimatischen Bedingungen in besonderer Weise für eine landwirtschaftliche Produktion geeignet sind, sollen künftig vor anderweitiger Inanspruchnahme geschützt werden. Den Vorranggebieten Landwirtschaft werden zwei Indikatoren zugrunde gelegt: die potenzielle Ertragsfähigkeit und die Ertragssicherheit, welche sich durch eine höhere Widerstandsfähigkeit gegenüber der Austrocknung der Böden (,,Klimarobustheit") ausdrückt. [...] Die Ertragsfähigkeit landwirtschaftlicher Nutzflächen wird mit der Ackerzahl ausgedrückt, die auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 120 (sehr gut) angegeben wird. Die Region Havelland-Fläming verfügt überwiegend über noch ertragsärmere Böden als der Brandenburger Durchschnittswert von 32. Der Schwellenwert für sogenannte ertragreiche Böden wurde auf eine Ackerwertzahl von 24 festgelegt, um die regionsspezifische Bodengüte stärker zu berücksichtigen. [...] Als Vorranggebiete für die Landwirtschaft wurden anhand der beschriebenen Klassifizierungen folgende Ackerflächen festgelegt: - klimarobust und ertragreich - klimarobust und ertragsarm - klimasensibel und ertragreich [... l Ackerflächen, die durch Beregnungsanlagen bereits erschlossen sind, werden daher zusätzlich als Vorranggebiete für die Landwirtschaft festgelegt."	Kenntnisnahme der zusammengefassten und zitierten Textpassagen aus dem Regionalplanentwurf vom 05.10.2021.
BE-ID: 2455	II. Betroffene Fläche Begründung zum Ziel 2.4, Seite 97-1 03, Entwurf Regionalplan Die Aufstellung des Regionalplans bezieht sich auf die gesamte Region HavellandFläming. Davon umfasst ist unter anderem das Gebiet der Gemeinde Golzow im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Im Bereich dieser Gemeinde sehen die Entwürfe des Regionalplans unter anderem die Festlegung eines Vorranggebietes Landwirtschaft (im Übersichtsplan als gelbe Flächen dargestellt) grob wie folgt vor: [Kartenausschnitt des Regionalplanentwurfs mit Markierung der Stellungnehmerin] Dieses Vorranggebiet der Landwirtschaft umfasst unter anderem zu weit überwiegenden Teilen die folgenden Flächen [Kartenausschnitt mit Flurstücken, erstellt durch die	Das Planungskonzept zu Vorranggebieten Landwirtschaft wurde im Zweiten Regionalplanentwurf geändert. Aufgrund dessen sind im Bereich des dargestellten Plangebiets keine Vorranggebiete Landwirtschaft mehr vorgesehen. Das Plangebiet ist nicht mehr betroffen. Für den Bereich des Plangebiets gilt mittlerweile der rechtskräftige vorhabenbezogene Bebauungsplan "Freiflächen-PVA Golzow".

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH, Kurzstellungnahme vom 25.05.2022] der Gemarkung Golzow (nachstehend: Plangebiet). Nachweis Flurstücksliste, Anlage 2 [Kartenausschnitt mit Markierung der Vorranggebiete Landwirtschaft, erstellt durch das Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH, Kurzstellungnahme vom 25.05.2022]	
BE-ID: 2462	F. Fazit Nach alledem kann das Plangebiet hier nicht als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausgewiesen werden. Die Voraussetzungen hierfür liegen unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Regionalplanentwurfs und der Abwägungsgrundsätze nicht vor.	Siehe dazu BE ID 2456 und 2447.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) Planungskonzept		
BE-ID: 2444	III. Zustand des Plangebiets: Das Plangebiet wurde durch die Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH auf seine Ertragsfähigkeit und Ertragssicherheit hin untersucht. Bezüglich der Ertragsfähigkeit werden hierbei ertragsarme und ertragreiche Flächen unterschieden. Die Ertragssicherheit bezieht sich auf die Klimarobustheit (oder Klimasensibilität) der Fläche. 1) Ertragsfähigkeit: Dabei wurde festgestellt, dass die Flächen auch als ertragsarm anzusehen sind. Denn es liegt keine einheitliche Beurteilung der Teilflächen 1 - 9 vor. Die Teilflächen 4 und 5 sind ausweislich des Untersuchungsergebnisses als in jedem Fall ertragsarm mit Ackerzahlen von 21,8 und 22,9 anzusehen. Die sonstigen Teilflächen weisen (bis auf zwei Ausnahmen) sämtlich Ackerzahlen von unter 30 auf und sind damit nach der Bewertungsweise von vor 2021 (ebenso wie die durchschnittliche Ackerzahl des Plangebietes von 27,6) ebenfalls als ertragsarm anzusehen. Nachweis Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.05.2022, Anlage 3 Darüber hinaus weist die hier betroffene Teilfläche 5 einen schwachen bis mittleren Humusgehalt auf. Nachweis Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.05.2022, Seite 4, Anlage 3 Dies lässt auf einen verringerten landwirtschaftlichen Ertrag der Teilfläche 5 schließen. 2) Ertragssicherheit (Klimarobustheit): Darüber hinaus ist der Boden im Plangebiet als klimasensibel anzusehen. Von den untersuchten 9 Teilbereichen ist lediglich einer zugleich als klimasensibel und als klimarobust anzusehen, sodass die Fläche insgesamt als klimasensibel gelten muss. Nachweis Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.02.2022, Anlage 3	Die der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft zugrunde gelegten Ackerzahlen sind den Bodenschätzungsdaten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) entnommen und stimmen weitgehend mit den in der Anlage 3 (Anlage des Kurzgutachtes) dargestellten Flächen überein. Im Ersten Regionalplanentwurf wurden Ackerflächen mit einer Ackerzahl von mindestens 24 als ertragreich klassifiziert. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Die der Stellungnahme beigefügten Standorte befinden sich nach dem neuen Konzept im Teilraum II. Die in der Stellungnahme in Rede stehenden Ackerflächen im Bereich Golzow wurden u.a. aufgrund der nach dem Planungskonzept des Ersten Regionalplanentwurfs als klimarobust eingestuften Ackerböden als Vorranggebiete Landwirtschaft dargestellt. Hinsichtlich der Klimarobustheit von Ackerböden wurde eine Änderung des Planungskonzepts vorgenommen. Die im Ersten Regionalplanentwurf übernommene Bewertung aus dem Projekt INKA BB wird nicht mehr angewandt. Stattdessen wird die ursprüngliche Bewertung der Bodenwasserverhältnisse des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe übernommen. Ein Teil der dargestellten Flächen wird weiterhin als klimarobust bewertet.
BE-ID: 2446	II. Vorgaben des Regionalplanentwurfs: Der Regionalplan verlangt für die Festlegung eines Vorranggebiets für die Landwirtschaft, dass die betroffenen Flächen ertragsfähig und/oder ertragssicher sind oder dass die jeweilige Ackerfläche durch eine Beregnungsanlage bereits erschlossen ist. Als ertragsfähig sind seit dem Jahr 2021 Flächen anzusehen, deren Ackerzahl bei über 24 Punkten liegt. Zuvor lag dieser Schwellenwert	Kenntnisnahme der Hinweise und zusammengefassten Textpassagen aus dem Ersten Regionalplanentwurf.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	bei 30 Punkten. Ertragssicher sind Flächen, die eine höhere Widerstandsfähigkeit gegen Austrocknung der Böden (sogenannte Klimarobustheit) aufweisen. Als Vorranggebiet für die Landwirtschaft können hiernach solche Flächen festgelegt werden, die • ertragsreich und klimarobust, • ertragsreich und klimasensibel oder • die ertragsarm und klimarobust sind (Regionalplan, Begründung zu Z. 2.4, Seite 99). Zusätzlich können Ackerflächen mit einer Beregnungsanlage als Vorrangflächen festgelegt werden.	
BE-ID: 2447	III. Fehlerhafte Einordnung der Fläche als Vorranggebiet für die Landwirtschaft: Die Voraussetzungen, um das hier betroffene Plangebiet als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausweisen zu können, liegen nicht vor. 1. Fehlende Voraussetzungen des Regionalplanentwurfs: Einerseits liegen schon die Voraussetzungen des Regionalplans selbst nicht vor. Denn die betroffenen Flächen sind weder durchgehend ertragsreich noch klimarobust. Diese Beurteilung ergibt sich aus dem Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.05.2022 (Anlage 3). Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, dass die betroffenen Flächen unter Berücksichtigung des alten Schwellenwertes von 30 Ackerpunkten als fast ausschließlich ertragsarm gegolten haben. Diese Bewertung hat sich unter Berücksichtigung der Absenkung des Schwellenwertes auf 24 Punkte nur teilweise geändert. Denn die Teilflächen 4 und 5 sind hiernach immer noch als ertragsarm anzusehen. Da durch die Absenkung des Schwellenwertes auf die in der Region Havelland-Fläming besonders ertragsarmen Flächen Rücksicht genommen werden sollte, kann allerdings eine Bevorzugung solcher Flächen mit einer Ackerpunktzahl zwischen 24 und 30 nur dann gerechtfertigt sein, wenn die gesamte Fläche ausnahmslos mit dem neuen Schwellenwert als ertragreich anzusehen ist (siehe hierzu im Detail nachstehend). Das ist hier aber genau nicht der Fall.	Die Voraussetzungen zur Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft ergeben sich zunächst grundsätzlich durch die Erfüllung der Kriterien Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit. Sowohl im bisherigen als auch im neuen Planungskonzept werden solche Flächen als vorrangwürdig klassifiziert, die entweder ertragreich oder klimarobust oder beides sind. Die Voraussetzungen für die Festlegung als Vorranggebiet Landwirtschaft werden dadurch erfüllt. Siehe dazu auch BE ID 2444.
BE-ID: 2448	2. Abwägung zugunsten des Vorranggebietes fehlerhaft: Die Abwägung der Interessen im Rahmen des Regionalplanentwurfs ist darüber hinaus fehlerhaft. a) Abwägungsdefizit: Die erforderliche Abwägung der im Rahmen der Flächennutzung berührten Interessen ist bezüglich des Plangebiets fehlerhaft, da zunächst ein Abwägungsdefizit vorliegt. Denn eine Abwägung zwischen dem Interesse der Nutzung durch die Landwirtschaft mit dem Interesse an der Nutzung für Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien findet im Rahmen der Festsetzung der primär bevorzugten Nutzung der Flächen (durch Festsetzung eines Vorranggebietes) nicht statt.	Ein Abwägungsdefizit liegt nicht vor. Ziel der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft ist die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen (konkret Ackerflächen). Der landwirtschaftlichen Nutzung entgegenstehende Nutzungen sind ausgeschlossen. Die Priorisierung der landwirtschaftlichen Nutzung gegenüber dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist gerechtfertigt, da diese Nutzungen auch auf Flächen außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft vorgenommen werden können, die den Kriterien für Vorranggebiete Landwirtschaft nicht entsprechen. Der Förderung der erneuerbaren Energien innerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft wird durch die Ausnahme für Agri-Photovoltaik nachgekommen, bei der die gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung möglich ist. Diese Ausnahme war bereits Bestandteil im Ersten Regionalplanentwurf (Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe a) und ist weiterhin im Zweiten Entwurf enthalten (Z 2.3 Absatz 2). Darüber hinaus werden im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt, die ebenfalls dem geordneten Ausbau der erneuerbaren Energien dienen. Eignungsgebiete für die Windenergienutzung wurden aus dem Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 ausgegliedert.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2449	b) Abwägungsdisproportionalität: Außerdem ist die Festlegung eines Vorranggebietes für die Landwirtschaft im Plangebiet abwägungsfehlerhaft, da eine solche Festlegung abwägungsdisproportional ist. (1) Geringes landwirtschaftliches Interesse: Der Landwirtschaft kommt für die Böden des Plangebietes ein nur geringfügiges Nutzungsinteresse zu. Ausweislich des bereits aufgeführten Kurzgutachtens vom 25.05.2022 (Anlage 3) sind diese Böden schon unter Berücksichtigung der Grenze von 24 Punkten als teilweise ertragsarm, vollständig als klimasensibel (siehe oben) und demnach nicht für die landwirtschaftliche Produktion als bedeutsam anzusehen. Darüber hinaus ergibt sich aus dem Gutachten aber auch eindeutig, dass eine Beurteilung dieser konkreten Flächen insgesamt als ertragreich bei einer durchschnittlichen Ackerzahl zwischen 24 bis 30 Punkten nicht zutreffend ist. Denn diese Bewertung ergibt sich allein dadurch, dass der förmliche Schwellenwert, ab dem die Planungsgemeinschaft eine Fläche pauschal als ertragreich beurteilt, vor Kurzem (2021) abgesenkt wurde. Diese Absenkung wiederum dient dazu, die in der Region Havelland-Fläming ertragsärmeren Böden im Vergleich zum Brandenburgischen Durchschnitt berücksichtigen zu können (Regionalplanentwurf, Seite 97). Das heißt, dass auch die Planungsgemeinschaft davon ausgeht, dass es sich bei den Flächen mit Ackerzahlen von 24 bis 30 eigentlich um ertragsarme Flächen handelt. Dass die hier konkret betroffenen Flächen tatsächlich auch ertragsarm sind, ergibt sich auch aus den Ausführungen und Feststellungen in dem Kurzgutachten. Hieraus ist zunächst hinsichtlich der Ackerzahlen erkennbar, dass diese (mit Ausnahme von zwei Teilflächen) ebenso wie die durchschnittliche Ackerzahl deutlich unter dem alten Schwellenwert von 30 Punkten liegen. Zwei der Teilflächen liegen sogar deutlich unter dem Wert von 24 und nur knapp über 20. Die Skala der Ackerzahlen verläuft von 1 bis 100 (120 nach dem Regionalplanentwurf), wobei 1 die schlechteste und 100 die beste Ertragsfähigkeit darstellt. Ab einer Ackerzahl von unter 20 werden Böden als landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar beurteilt ([Name anonymisiert], zum Thema Ackerzahl: [Adresse anonymisiert]). Hieraus ergibt sich, dass Ackerzahlen von unter 30 schon als besonders ertragsarm anzusehen sind, weshalb die Flächen des Plangebietes wegen der durchschnittlichen Ackerzahl von 27,6 insgesamt als besonders ertragsarm anzusehen sind. Sofern sie sich wie hier teilweise der Marke von 20 Punkten nähern, sind die Flächen landwirtschaftlich kaum noch nutzbar. Hinzu kommt, dass die Untersuchungen des Gutachtens für die Teilfläche 5 ergeben haben, dass dort lediglich ein schwacher bis mittlerer Humusgehalt des Bodens vorliegt. Gleich zwei der Untersuchungsproben (eine im nördlichen und eine im südlichen Bereich dieser Teilfläche 5 und somit verteilt auf der gesamten Teilfläche) weisen einen nur schwachen Humusgehalt auf. Ein schwacher bis mittlerer Humusgehalt ist ebenfalls ein Indiz für eine nur geringe landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit. Weiterhin sind auch die Werte für die Untersuchung der Klimarobustheit sehr aussagekräftig. Denn wie das Kurzgutachten vom 25.05.2022 festgestellt hat, sind die behördlich verwendeten Daten insofern teilweise indifferent, was eine weitere Untersuchung eines ganz überwiegenden Teils der Flächen des Plangebietes erforderlich gemacht hat. Erst diese hat klar gezeigt, dass die Böden insgesamt als klimasensibel anzusehen sind (s. oben). Auch dies senkt die Schutzwürdigkeit der Böden vor einem landwirtschaftlichen Hintergrund erheblich. Selbst wenn man entgegen der vorstehenden Argumentation die Schwelle von 24 Punkten als angemessen hinsichtlich der Ertragsfähigkeit einer Fläche ansieht, führt das nicht dazu, dass das Plangebiet als aus diesem Grund landwirtschaftlich bedeutsam anzusehen ist. Die Ausweitung von landwirtschaftlich als ertragreich anzusehenden Flächen durch die Absenkung des Schwellenwertes kann gegenüber konkurrierenden Nutzungsansprüchen der betroffenen Flächen nur gerechtfertigt sein, wenn dann auch die Flächen insgesamt als eindeutig agrarwirtschaftlich bedeutsam anzusehen sind. Andernfalls ist der Ausschluss jeglicher anderen (störenden) Nutzungen nicht gerechtfertigt. Die Festlegung als Vorranggebiet schließt zugunsten der bevorzugten Nutzungen diejenigen anderen Nutzungen aus, die mit der bevorzugten nicht vereinbar sind (§ 7 Abs. 3 Satz 1 ROG). Da diese Bevorzugung einer bestimmten	Im Bundesvergleich gelten Brandenburger Böden allgemein als ertragsschwächere Standorte. Doch auch auf Standorten mit Ackerzahlen unter 24 wird Ackerbau betrieben. Dies belegen die amtlichen Daten des Digitalen Feldblockkatasters des Landes Brandenburg. Ziel der Vorranggebiete Landwirtschaft ist die Sicherung der in der Region überdurchschnittlichen Böden. Eine für die gesamte Region pauschale Bewertung der Ertragsfähigkeit hat sich jedoch nicht durchgesetzt, auch nicht für eine einheitliche höhere maßgebliche Ackerzahl. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde daher geändert. Neben dem Kriterium der Ertragsfähigkeit führt auch das Kriterium Klimarobustheit zu einer Feststellung der Vorrangwürdigkeit. Siehe dazu BE ID 2444 und 2447. Ein geringes wirtschaftliches Interesse seitens des Flächeneigentümers ist für die nach dem Planungskonzept vorgenommene Bewertung der Böden unbeachtlich. Hinsichtlich des vermeintlichen Abwägungsfehlers siehe BE ID 2448.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Flächennutzung als Ziel der Raumordnung zwingend z. B. bei der Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen zu beachten ist (vgl. § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch), ist als Grund für diese Festlegung in der Abwägung ein erhebliches Interesse erforderlich. Ein solches Gewicht weisen allerdings lediglich teilweise ertragreiche Landwirtschaftsflächen nicht auf. Vor diesem Hintergrund sind die hier gegenständlichen Flächen als insgesamt ertragsarm anzusehen. Dem Interesse an einer landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche kommt demnach keine überragende Gewichtung im Rahmen der Abwägung zu.	
BE-ID: 2450	(2) Überwiegendes anderweitiges Nutzungsinteresse: Demgegenüber bestehen konkurrierende Nutzungsansprüche für die gegenständlichen Flächen, deren Interessen diejenigen der Nutzung durch die Landwirtschaft erheblich überwiegen. Mit den neuen Zielen der Bundesregierung zum Klimaschutz besteht zum Beispiel ein überragendes Interesse an der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Dieses überragende öffentliche Interesse wird geplantermaßen ausdrücklich aufgenommen in die neue Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (nachstehend: EEG) (siehe Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einem Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom 02.05.2022, Art. 1 1 § 2). Allein dieses Interesse überwiegt hier das bereits nur in geringem Umfang bestehende Interesse der Landwirtschaft an den gegenständlichen Flächen erheblich. Die Festlegung eines Vorranggebietes der Landwirtschaft steht außer Verhältnis zu dem Gewicht einer Nutzung zum Beispiel durch Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien.	Das überragende öffentliche Interesse nach § 2 EEG wirkt sich regelmäßig nur bei Abwägungsentscheidungen im Fachrecht aus und auch nur dann, wenn das Fachrecht eine Abwägung erlaubt. Dies trifft bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft als abschließend abgewogenes Ziel der Raumordnung nicht zu. Für privilegierte PV-Freiflächenanlagen (PV-FFA) gemäß § 35 Abs. 1 BauGB, insbesondere entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes, wird § 2 EEG im Rahmen des Fachrechts berücksichtigt. Hier überwiegt in der Regel das öffentliche Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien. Aufgrund der baurechtlichen Privilegierung entlang von Autobahnen und Schienenwegen werden in diesen Bereichen keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Die entsprechende Ausnahmeregelung nach Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b des Ersten Regionalplanentwurfs entfällt im Zweiten Entwurf. Die Aufstellung eines Bebauungsplans für PV-FFA ist in Vorranggebieten Landwirtschaft ausgeschlossen und keiner Abwägung zugänglich. Eine Ausnahme gilt jedoch für Agri-Photovoltaik, wodurch der landwirtschaftlichen Nutzung einerseits und dem Ausbau der erneuerbaren Energien andererseits Rechnung getragen werden kann.
BE-ID: 2456	III. Zustand des Plangebiets: Das Plangebiet wurde durch die Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH auf seine Ertragsfähigkeit und Ertragssicherheit hin untersucht. Bezüglich der Ertragsfähigkeit werden hierbei ertragsarme und ertragreiche Flächen unterschieden. Die Ertragssicherheit bezieht sich auf die Klimarobustheit (oder Klimasensibilität) der Fläche. Anlässlich der Begutachtung wurde festgestellt, dass die flächengewichtete Ackerzahl im Plangebiet bei 23 liegt und die Fläche daher als ertragsarm anzusehen ist. Außerdem ist der Boden im Plangebiet als klimasensibel anzusehen. Nachweis Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.05.2022, Anlage 3 Darüber hinaus weist die hier betroffene Fläche einen schwachen bis mittleren Humusgehalt auf. Nachweis Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.05.2022, Seite 5/6, Anlage 3 Dies lässt auf einen verringerten landwirtschaftlichen Ertrag schließen.	Zum Zeitpunkt des Beteiligungsverfahrens war das betreffende Plangebiet als klimarobust klassifiziert und damit unabhängig von der maßgeblichen Ackerzahl als Vorranggebiet festgelegt. Das geänderte Planungskonzept sieht diese Fläche nicht mehr als Vorranggebiet Landwirtschaft vor. Siehe dazu auch BE ID 2455.
BE-ID: 2458	II. Vorgaben des Regionalplanentwurfs Der Regionalplan verlangt für die Festlegung eines Vorranggebiets für die Landwirtschaft, dass die betroffenen Flächen ertragsfähig und/oder ertragssicher sind oder das die jeweilige Ackerfläche durch eine Beregnungsanlage bereits erschlossen ist. Als ertragsfähig sind hierbei seit dem Jahr 2021 Flächen anzusehen, deren Ackerzahl bei über 24 Punkten liegt. Ertragssicher sind Flächen, die eine höhere Widerstandsfähigkeit gegen Austrocknung der Böden (sogenannte Klimarobustheit)	Kenntnisnahme der zusammengefassten Textpassagen aus dem Ersten Regionalplanentwurf.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	aufweisen. Als Vorranggebiet für die Landwirtschaft können hiernach solche Flächen festgelegt werden, die • ertragsreich und klimarobust, • ertragsreich und klimasensibel oder • die ertragsarm und klimarobust sind (Regionalplan, Begründung zu Z. 2.4, Seite 99). Zusätzlich können Ackerflächen mit einer Beregnungsanlage als Vorrangflächen festgelegt werden.	
BE-ID: 2459	III. Fehlerhafte Einordnung der Fläche als Vorranggebiet für die Landwirtschaft: Die Voraussetzungen, um das hier betroffene Plangebiet als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausweisen zu können, liegen nicht vor. 1. Fehlende Voraussetzungen des Regionalplanentwurfs: Einerseits liegen schon die Voraussetzungen des Regionalplans selbst nicht vor. Denn die betroffenen Flächen sind weder ertragsreich noch klimarobust. Diese Beurteilung ergibt sich aus dem Kurzgutachten der Baugrundbüro [Name anonymisiert] GmbH vom 25.05.2022 (Anlage 3). Eine Beregnungsanlage gibt es für diese Flächen auch nicht.	Siehe dazu BE ID 2447
BE-ID: 2460	2. Abwägung zugunsten des Vorranggebietes fehlerhaft: Die Abwägung der Interessen im Rahmen des Regionalplanentwurfs ist darüber hinaus fehlerhaft. a) Abwägungsdefizit: Die erforderliche Abwägung der im Rahmen der Flächennutzung berührten Interessen ist bezüglich des Plangebiets fehlerhaft, da zunächst ein Abwägungsdefizit vorliegt. Denn eine Abwägung zwischen dem Interesse der Nutzung durch die Landwirtschaft mit dem Interesse an der Nutzung für Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien findet im Rahmen der Festsetzung der primär bevorzugten Nutzung der Flächen (durch die Festsetzung eines Vorranggebietes) nicht statt. Das Vorsehen und Begründen von Ausnahmen für Photovoltaikanlagen ist insofern nicht ausreichend, da das Interesse der erneuerbaren Energien nicht mit in die primäre Abwägung eingestellt wird.	Siehe BE ID 2448
BE-ID: 2461	b) Abwägungsdisproportionalität: Außerdem ist die Festlegung eines Vorranggebietes für die Landwirtschaft im Plangebiet abwägungsfehlerhaft, da eine solche Festlegung abwägungsdisproportional ist. Ausweislich des bereits aufgeführten Kurzgutachtens sind die Böden hier als ertragsarm und klimasensibel anzusehen und demnach sowie infolge einer fehlenden Beregnungsanlage nicht für die landwirtschaftliche Produktion als bedeutsam anzusehen. Dies bestätigt sich auch dadurch, dass das Plangebiet lediglich einen schwachen bis mittleren Humusgehalt aufweist. Dem Interesse an einer landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche kommt demnach kein überragendes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu. Demgegenüber bestehen konkurrierende Nutzungsansprüche für die gegenständlichen Flächen, deren Interessen diejenigen der Nutzung durch die Landwirtschaft erheblich überwiegen. Mit den neuen Zielen der Bundesregierung zum Klimaschutz besteht ein überragendes Interesse an der Errichtung von Anlagen für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Dieses überragende öffentliche Interesse wird geplantermaßen ausdrücklich aufgenommen in die neue Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (nachstehend: EEG). Insbesondere sollen erneuerbare Energien bis zur Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (siehe Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einem Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom 02.05.2022, Art. 1, § 2). Vor diesem Hintergrund muss dem Interesse der Gemeinden und kreisfreien Städte, der Landkreise und der gesamten Region Havelland-Fläming an der Förderung von erneuerbaren Energien und damit der Nutzbarkeit von nicht anderweitig besonders schutzwürdigen Flächen für die Errichtung von Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien ein überragendes Gewicht zukommen. Dieses Gewicht überwiegt hier das bereits nur in geringem Umfang bestehende Interesse der Landwirtschaft an den gegenständlichen Flächen erheblich. Die Festlegung eines Vorranggebietes der Landwirtschaft steht demnach außer Verhältnis zu dem Gewicht einer Nutzung zum Beispiel durch Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien.	Siehe dazu BE ID 2456 und 2450.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 2134 / Nunsdorfer Landwirtschaftsgesellschaft mbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2463	In dem oben genannten Verfahren möchte ich als Landwirt, Eigentümer und Betreiber eines landwirtschaftlichen Unternehmens in Nunsdorf, Amt Zossen, fristgemäß Stellung beziehen. Seit etlichen Jahren bewirtschafte ich in einen Marktfruchtbetrieb der Größenordnung von ca. 750 ha Agrarflächen. Wir bauen diverse Feldfrüchte im Wechsel an. Meine beiden Söhne unterstützen mich je nach Jahreszeit und Bedarf. Der Betrieb ist voll aktiv und soll in der nächsten Generation fortgeführt werden. Leider mußten wir feststellen, daß trotz ordnungsgemäßer Bewirtschaftung, die Ernteerträge auf den uns zur Verfügung stehenden Flächen mäßig bis schlecht sind. Neben der von Natur aus gegebenen minderen Bodenqualität kommt seit nun 5 Jahren eine erhebliche Dürre hinzu. Die Ertragszahlen der Flächen in den Niederung sind dabei in den Mengen geringer abweichend als die trockenen Flächen am Nunsdorfer Berg oder wie in Wietstock Flur 1 beispielsweise. Dies bewegt mich, zu dem Verfahren die nachfolgenden Einwände zu erheben. Das„ Kapital", das uns zur Verfügung steht, sind in unserem Betrieb vor allem die Flächen. Nun geht es für die zukünftige Betriebsplanung darum, welche wirtschaftlich erfolgreiche Nutzung auf diesen Flächen erfolgen kann, um den landwirtschaftlichen Betrieb insgesamt aufrecht erhalten zu können. Angesichts der aktuellen Lage, der Klimaentwicklung und dem Bedarf einer schnellen Energiewende sehen wir zukünftig nicht nur die Erzeugung von Lebensmitteln bzw. den Rohstoffen, sondern auch die Einkommenssäulen Bioenergie und Umweltschutz als gleichwertige Nutzungsmöglichkeit. Die Nutzungen können untereinander abgewogen werden und es können je nach Einzelfall diese Nutzungen kombiniert werden. Grundsätzlich stehen wir als Familie dem Ausbau der Erneuerbaren sehr positiv gegenüber und möchten als Landbewirtschafter die Chancen waren, einen Teil der Flächen ebenfalls zur Erzeugung regenerativer Energien zu verwenden. Wir haben in den letzten Jahren daher uns mit dem Ausbau der Erneuerbaren befaßt und uns beraten lassen. Da die Nutzung aufgrund der BIMSCHG- Kriterien nicht für Windenergie geeignet sind, sehen wir sehr wohl auf einem teil der Flächen die Solarfreiflächenanlagen Nutzung möglich. Durch die geplante Ausrichtung der Raumordnung, in landwirtschaftlichen Vorrangflächen, jedoch Photovoltaik- Freiflächenanlagen nicht zu zulassen, sind wir von dem geplanten Feststellungsverfahren betroffen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 2464	Persönliche Einwendungen Einige unserer Bewirtschaftungsflächen sind als Vorrangflächen für Landwirtschaft ausgewiesen. Dabei handelt es sich ausgerechnet um Flächen, die die schlechtesten Erträge in unserem Betrieb ausweisen. Die Bodenpunktzahlen liegen unter 30. Sind wir gezwungen, die Flächen bei der langanhaltenden Dürre, siehe auch Helmholz Dürre Monitoring, weiter konventionell im Marktfruchtbau zu bewirtschaften, drohen erhebliche weitere Einnahmeverluste. Ihre Planung sieht jedoch vor, daß diese Flächen nicht für die Solarenergie genutzt werden können oder nur in Ausnahmefällen für die Sonderanlagenform „ Agri PV". Die Raumordnungsplanung benachteiligt so mit Ausweisung von landwirtschaftlichen Vorrangflächen betroffenen Gemeinden und Bürger erheblich bei der Teilnahme an der Energiewende und in ihrer Möglichkeit, den verfassungsrechtlichen Zielen der Energiewende gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß Agri PV- Anlagen doppelt so hohe Gestehungskosten pro kWp ausweisen, nur für bestimmte Kulturen geeignet und nicht auf jedem Standort anzuwenden ist. Die Rentabilität ist bislang noch nicht flächendeckend gegeben. Zudem sind bei den hochaufgeständerten Modellen die Anlagen ein großer Eingriff in das Landschaftsbild. Die Varianten reichen bis zu 7-8 m Höhe. Selbst die verschiedenen Untersuchungen wie zum Beispiel des Fraunhofer Institutes beziehen sich nur auf Pilotprojekte und stellen noch keine flächendeckende, standardisierte Projekte dar.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Nach der Änderung des Planungskonzepts sind die in der Stellungnahme gekennzeichneten Flächen in der Gemarkung Nunsdorf, Flur 1 nicht mehr betroffen. Die Flächen in der Gemarkung Wietstock, Flur 1 sind teilweise betroffen. Ein Aufstellungsverfahren für einen Bebauungsplan in diesem Bereich ist der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Daher möchten wir konkret für unsere Flächen im Amt Zossen Gemarkung Nunsdorf, Flur 1, Nördlich der Ortschaft mit erforderlicher Abstandshaltung gelegen, Gemarkung Wietstock Flur 1, südöstlich der Ortschaft mit erforderlicher Abstandshaltung gelegen, die Nutzung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zuzulassen. Gerne stellen wir Ihnen bei Bedarf eine Flächenliste und detaillierte Planung zur Verfügung. [Auszug Themenkarte Geoportal BB] Diese Flächen möchten wir gemeinschaftlich mit den Standortgemeinden entwickeln. Ein besonderer Augenmerk liegt auf der Wertschöpfung für den ländlichen Raum unter Beteiligung der Kommune an den Erlösen in Form einer Abgabe. Die Flächen korrespondieren aus unserer Sicht mit Potenzialflächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Rahmen einer Standortpotenzialanalyse, wobei die Solarparkbereiche innerhalb der Potentialflächen liegen und die Umgriffsflächen für die Einpflanzung der Anlagen und für Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden sollen. Die Größe der beiden Schwerpunktbereich stellt eine Konzentrationsplanung dar. Das Vorhaben leistet insgesamt einen wertvollen Beitrag zur angestrebten Energiewende der Landes Brandenburg und für die Orte Wietstock und Nunsdorf. Auch der kommunale Sektor ist verpflichtet, sich zukünftig intensiver mit den Themen Klimaschutz und regenerative Energieversorgung für die Kommune zu befassen und die Ziele des Landes und Bundes umzusetzen. Das Projekt trägt zudem zur Diversifizierung des landwirtschaftlichen Betriebs bei. Das Projekt soll ökologisch verträglich durch Nutzung modernster Modul- und Parktechnologie in die Umwelt eingebunden werden. Für die Projektentwicklung und Genehmigungsplanung wird jeweils eine ortsansäßige Projektgesellschaft in der Rechtsform einer GmbH als Projektenwicklungsgesellschaft gegründet. Flächennutzung mit Photovoltaikanlagen dient mit der C02-freien Stromerzeugung den Klimazielen 2050. Die Nutzung der Erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung liegt im öffentlichen Interesse, dient dem Klimaschutz und der Versorgungssicherheit. Umwelt- und naturschutzgesetzliche Regelungen werden bei der Planung insbesondere beachtet. Umweltbezogene Belange und Auswirkungen der Planung werden daher durch Fachgutachten und umweltbezogene Vorartrecherchen im Verlauf des Planungsprozesses ermittelt und im Umweltbericht zum Planentwurf dokumentiert. Zur Ausgestaltung der Anlagen wird den Planungsempfehlungen des Landes gefolgt, um durch begleitende Maßnahmen Beeinträchtigungen auf den Naturhaushalt zu vermeiden oder zu minimieren, aber auch die Biodiversität der Flächen zu erhöhen und zu verbessern. Durch die Einschränkungen durch Ausweisung der oben beschriebenen Vorranggebiete und deren Festlegungen werden unsere Grundlagen für eine vernünftige und wirtschaftliche Nutzung der Flächen durch Photovoltaik-Freiflächenanlagen daher sehr stark eingeschränkt.	bekannt und kann daher nicht berücksichtigt werden.
BE-ID: 2472	2. Ausnahme für raumbedeutsame Vorhaben muss erweitert werden Auch die Ausnahmeregelung in Z 2.4 Abs. 3 des Entwurfs des Regionalplans, die Ausnahmen vom generellen Vorrang der landwirtschaftlichen Nutzung unter den Voraussetzungen zu lässt, dass das raumbedeutsame Vorhaben, worunter insbesondere Vorhaben der linienhaften Infrastruktur zu verstehen sind, nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb der Vorranggebiete für Landwirtschaft durchgeführt werden kann und soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung minimiert wird, bietet aufgrund des derzeitigen Wortlauts der Regelung keine hinreichende Planungssicherheit für die Gemeinden und Landwirte in Bezug auf die Realisierung der d ringend notwendigen PV-Freiflächenanlagen. Grundsätzlich dürften eine Vielzahl von PV-Freiflächenanlagen aufgrund ihrer Größe raumbedeutsamen Vorhaben im Sinne der Festlegung sein. Ein Vorhaben ist nach der Begriffsbestimmung in § 3 Abs. 1 N r. 6 ROG raumbedeutsam, wenn durch es Raum in Anspruch genommen wird oder die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebiets beeinflusst wird. Ausreichend ist dabei nicht, dass in irgendeiner Form Raum in Anspruch genommen wird, erforderlich ist vielmehr, dass Grund und Boden in einem erheblichen Umfang in Anspruch genommen werden (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROF, 2. Auflage 2018, § 3 ROG, Rn.	Der Forderung wird nicht gefolgt. Flächen für PV-Freiflächenanlagen stehen ausreichend außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft zur Verfügung. Darüber hinaus sind bei der Festlegung Z 2.4 Abs. 3 keine PV-Freiflächenanlagen inkludiert. Eine Ausnahme gilt im Zweiten Regionalplanentwurf nur für Agri-PV.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	111). Diese Voraussetzungen sind in Bezug auf PV-Freiflächenanlagen in der Regel ab der Erreichung einer bestimmten Mindestgröße erfüllt. Da es insoweit aber keinen bundeseinheitlichen Wert zur Bewertung der Raumbedeutsamkeit von PV-Freiflächenanlagen gibt, haben viele Bundesländer eigene Festlegungen getroffen. So werden in Mecklenburg-Vorpommern PV-Freiflächenanlagen schon ab einer Größe von einem Hektar als raumbedeutsam eingestuft (Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende, Anfrage N r. 329 zur Raumbedeutsamkeit von Solarparken, S. 3). In Bayern ist der Orientierungswert wesentlich höher - dort kann ab einer Größe von 30 Hektar von einem raumbedeutsamen Vorhaben ausgegangen werden (Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende, Anfrage N r. 329 zur Raumbedeutsamkeit von Solarparken, S. 2). In Brandenburg gibt es solche landesweiten Orientierungswerte bisher nicht. Orientierung bieten können gleichwohl die Angaben der regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree, nach denen PV-Freiflächenanlagen ab einer Größe von fünf Hektar als raumbedeutsam zu klassifizieren sind (Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree 2020, S. 1). Eine solche in Bezug auf PV-Freiflächenanlagen eindeutige größenmäßige Festlegung ist auch im hiesigen Regionalplan notwendig. Denn auf der Grundlage der derzeitigen Regelungen ist wegen der Einzelfallbezogenheit der Bewertung der Raumbedeutsamkeit eine verlässliche Planung von Anlagen nicht möglich. Rechtssicherheit könnte geschaffen werden, indem ergänzend zu dem Regelbeispiel der Vorhaben der linienhaften Infrastruktur auch PV-Freiflächenanlagen - in Anlehnung an die Regelungen in Oderland-Spree - ab einer Größe von fünf Hektar ausdrücklich in die Ausnahmeregelung aufgenommen werden. Eine solche Änderung des Entwurfs des Regionalplans würde im Interesse aller eine schnelle und ökonomische Realisierung von PV-Freiflächenanlagen ermöglichen und eine Ausnutzung der Regelung durch andere raumbedeutsame Anlagen, wie z.B. konventionelle Kraftwerke, erschweren.	
BE-ID: 2474	II. Festlegungen widersprechen den Belangen der Energie- und Klimakrise Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen in Bezug auf die Vorranggebiete für Landwirtschaft widersprechen den gesetzgeberischen und gesellschaftlichen Belangen, die sich aus der Energie- und Klimakrise ergeben. Das durch die Festlegungen getroffene Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen landwirtschaftlicher Flächennutzung und der Flächennutzung zur Gewinnung von solarer Strahlungsenergie, das in einer Vielzahl von Fällen zu einer erheblichen Erschwerung der Realisierung von PV-Freiflächenanlagen führt, entspricht nicht den gesetzgeberischen Zielen im Rahmen der Energiewende und Bekämpfung der Klimakrise.	Siehe BE ID 2466.
BE-ID: 2480	• Umweltbelange Das Gebiet befindet sich in keinem Schutzgebiet oder weist schutzwürdige Eigenschaften auf. Die Fläche wird bislang als artenarmes Ackerland genutzt, Biotope sind nicht vorhanden. Im Norden begrenzt ein Waldgebiet die Fläche, wodurch eine natürliche Sichtgrenze bereits vorgegeben ist. Relevanter Faktor zur Beurteilung der Bodengüte ist auch die Wasserversorgung. Sowohl die Wasserhaltigkeit des Bodens als auch die Niederschlagsmenge spielen eine entscheidende Rolle. Laut Dürremonitor des Helmholtz- Instituts befindet sich das gesamte Gebiet in einer Dürrezone, die sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert hat (siehe aktueller Auszug Dürremonitor für Berlin-Brandenburg vom 06. Juni 2022). Aus Umweltgesichtspunkten ist zudem hervorzuheben, dass die PV-Freiflächenanlage reversibel ist.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Es wird auf die vorangegangenen BE IDs verwiesen.
BE-ID: 2486	IV. Fazit Die derzeitige Entwurfsfassung des Regionalplans erschwert durch die Festlegungen zu den Vorranggebieten für die Landwirtschaft eine in Anbetracht der Energie- und Klimakrise zwingend notwendige effektive und sinnvolle Flächennutzung erheblich. Denn ungeachtet der Eignung der einzelnen Flächen in den Vorranggebieten für die Gewinnung solarer Strahlungsenergie wird eine solche Nutzung aufgrund der geplanten Festlegungen im Regionalplan aus unterschiedlichen Gründen weder zeitnah noch in ökonomischer Weise möglich sein. Die Einschränkung hinsichtlich PV-Freiflächen-Projekten widerspricht	Die vorliegende Anregung wird nicht berücksichtigt. Die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen steht im Widerspruch zum Planungsziel, die landwirtschaftliche Bodennutzung zu sichern (ausgenommen Agri-PV). Zur Erreichung der Klimaziele bzw. zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft genutzt werden, wofür ausreichend

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	sowohl den wirtschaftlichen Bedürfnissen der ansässigen Landwirte als auch den Belangen der Energie- und Klimakrise. Den Gemeinden wird durch die Festlegungen eine Bauleitplanung, die den Bedürfnissen der örtlichen Landwirte und den Belangen der Energiewende und des Klimaschutzes gerecht wird, nur schwer möglich gemacht. Bleibt es bei den Festlegungen werden eine Vielzahl der für die Gewinnung solarer Strahlungsenergie besonders geeignete Flächen aufgrund der rechtlichen, planerischen und ökonomischen Hindernisse selbst dann weiterhin für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden, wenn sie sich aufgrund der Bodenqualität für eine landwirtschaftliche Nutzung kaum mehr eignen. Aus diesen Gründen ist es angezeigt, PV-Freiflächenanlagen ab einer Größe von fünf Hektar ausdrücklich in die Ausnahmeregelung für raumbedeutsame Vorhaben einzubeziehen. Dies würde sowohl den Gemeinden als auch den Landwirten ermöglichen, rechtssicher PV-Freiflächenanlagen zu planen und damit einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung der Energie- und Klimakrise zu leisten.	Raum zur Verfügung steht. Darüber hinaus bewirkt die Änderung des Planungskonzepts im Zweiten Regionalplanentwurf gegenüber dem Entwurf vom 05.10.2021 eine Reduzierung der ausgewiesenen Vorranggebiete Landwirtschaft, sodass potenziell mehr Flächen für alternative Nutzungen zur Verfügung stehen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 Zu Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2477	2. Klimatische Bedingungen in Brandenburg nicht beachtet: Auch im Entwurf des Regionalplans wird hinsichtlich der Vorranggebiet für die Landwirtschaft auf die Belange des Klimawandels Bezug genommen. So wird festgestellt, dass in vielen Teilen von Brandenburg die Landwirte schon heute unter schwierigen klimatischen Verhältnissen wirtschaften und sich diese Situation in den kommenden Jahren drastisch verschärfen wird. Das Planungskonzept soll daher auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft berücksichtigen (Entwurf des Regionalplans, S. 95). Es ist insoweit zwar lobenswert, dass klimawandelbedingten klimatischen Veränderungen zugunsten der Landwirte in der Regionalplanung Berücksichtigung finden sollen. In Anbetracht der geringen Bodenqualität in Brandenburg, die sich aufgrund der klimatischen Veränderung künftig noch weiter verschlechtern wird, erschließt sich indes nicht, warum den Landwirten durch die Festlegungen im Regionalplan nur in vereinzelten Fällen eine alternative Flächennutzung durch PV-Freiflächenanlagen, die aufgrund der klimatischen Gegebenheiten in Brandenburg auf einer Vielzahl von Flächen sinnvoll eingesetzt werden können, ermöglicht werden soll. überdies wird nicht nur die Entscheidungsfreiheit der Landwirte erheblich beeinträchtigt, sondern vielmehr auch in den Schutzbereich der kommunalen Selbstbestimmung (Art 28 GG) eingegriffen und den Gemeinden eine Planung im Sinne der Energiewende und des Klimaschutzes ohne sachliche Gründe erheblich erschwert. Sinnvoll wäre es vielmehr, den Gemeinden und Landwirten die Möglichkeit zu bieten, Flächen zu Zwecken der Gewinnung von solarer Strahlungsenergie umzunutzen. Dies würde zum einen die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Landwirte sichern und zum anderen zur Energiewende und damit dem Klimaschutz beitragen.	Die Bodenqualität unterscheidet sich in Brandenburg zum Teil erheblich (bis zu Ackerzahl 85). Für die Region Havelland-Fläming werden durch die Zielfestlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft die nach dem geänderten Planungskonzept überdurchschnittlichen landwirtschaftlichen Flächen gesichert. Bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft handelt es sich um ein legitimes Planungsinstrument zur Flächensicherung. Die Maßnahme folgt den übergeordneten Zielsetzungen einer nachhaltigen Raumentwicklung und wird unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben getroffen. Eingriffe in einzelne Nutzungsmöglichkeiten – einschließlich der kommunalen Selbstbestimmung – erfolgen nicht willkürlich, sondern im Rahmen einer differenzierten, verfassungsrechtlich geregelten Raumordnung, die zwischen verschiedenen Nutzungsinteressen abwägt. Es besteht somit kein sachlicher Grund, von einem unzulässigen Eingriff in die kommunale Selbstbestimmung auszugehen, da die raumordnerische Zielsetzung eine klar definierte und rechtsverbindliche Planungshoheit darstellt, die in diesem Fall vorrangig dem Erhalt der Agrarflächen dient.
BE-ID: 2478	III. Besondere Eignung der Flächen für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie missachtet: Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass durch die weiträumige Ausweisung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft die Eignung einer Vielzahl von Flächen für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie missachtet wird. Insbesondere ist insoweit auf die Fläche nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf belegene Fläche und südöstlich von Wietstock gelegene Fläche zu verweisen. Diese eignen sich für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie mittels PV-Freiflächenanlagen besonders gut. Denn es handelt sich zum einen um eine Fläche in Südhanglange, die somit sowohl hinsichtlich der Himmelsrichtung als auch hinsichtlich des Neigungsgrads eine optimale Ausrichtung einer PV-Freiflächenanlage zulässt und zum anderen um eine planebene gut belegbare zusammenhängende Fläche. Ferner befindet sich in unmittelbarer Nähe zu der Fläche das Umspannwerk Thyrow, sodass die für die Umspannung des Stroms erforderlich	Für die Gewinnung solarer Strahlungsenergie besonders geeignete Flächen befinden sich auch außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft, die für den Zweck der Energiegewinnung genutzt werden können. Da bei dem betreffenden Vorhaben keine Agri-PV realisiert werden soll, widerspricht die geplante Nutzung dem Ziel der Regionalplanung. In den Vorranggebieten Landwirtschaft ist vorrangig die Sicherung landwirtschaftlicher Nutzung vorgesehen. Entsprechend ist bereits im Planungsrahmen verankert, dass alternative Nutzungsoptionen, wie beispielsweise für Photovoltaikanlagen, nicht berücksichtigt werden. Zwar kann

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Infrastruktur bereits besteht.	hinsichtlich der Lage der Vorranggebiete eine besondere Eignung für Photovoltaikanlagen bestehen, diese erlangt jedoch im Hinblick auf die Zielsetzung der landwirtschaftlichen Vorrangnutzung keine gewichtungsrelevante Rolle, solange keine planungsrechtliche Öffnung oder Freistellung für alternative Nutzungen erfolgt.
BE-ID: 2483	Verbesserung der Biodiversivität: Durch Nutzung des Ackers zur Stromerzeugung durch eine Photovoltaik-Freiflächenanlage wird artenarmes Agrarland in artenreiches Grünland unter den Modulreihen gewandelt. PV-FFA auf Äckern dienen somit dem Klima- und Artenschutz. Die positiven Auswirkungen auf Bodenqualität, Artenschutz und Biodiversität sind offensichtlich. Die Böden können sich ohne intensive Bewirtschaftung und ohne Pestizideinsatz erholen. Zudem können im Interesse des Artenschutzes Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten geschaffen werden. Die Ausgestaltung der PV-FFA kann im Zuge des Bauleitverfahrens verbindlich durch die Gemeinde geregelt werden. Es ist geplant, ein ortstypisches Ansaatprogramm für den Boden unter den Modulreihen zu entwickeln, um neben der Bodenverbesserung auch den Humusgehalt zu erhöhen.	Photovoltaik-Freiflächenanlagen können zwar in Bezug auf Emissionen und Bodenbearbeitung einen positiven Einfluss haben, jedoch dienen sie primär der Gewinnung von Solarenergie und nicht dem Klima- und Artenschutz. Hinsichtlich der angestrebten Flächennutzung widersprechen sie jedoch dem Ziel der Vorranggebiete Landwirtschaft und sollen auf ertragsärmere Flächen außerhalb der Vorranggebiete gelenkt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) Planungskonzept		
BE-ID: 2476	2. Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg rechtfertigt keine Planung entgegen den Belangen der Energie- und Klimakrise: Eine von den Belangen der Energie- und Klimakrise abweichende Planung wird auch nicht durch den im Entwurf des Regionalplans insoweit enthaltenen Verweis auf die Regelung in G 6. 1. Abs. 2 des Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) gerechtfertigt. Zwar soll nach dem LEP HR in Fällen der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für andere Nutzungen den Belangen der Landwirtschaft ein besonderes Gewicht beigemessen werden soll, die Missachtung der Belange der Energiewende. Allerdings bezieht sich die Regelung nur auf eine Flächeninanspruchnahme zulasten hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen (GVBI. Land Brandenburg Teil II, Nr. 35 vom 13. Mai 2019, S. 71). Solch hochwertige landwirtschaftlichen Flächen sind im Plangebiet allerdings kaum vorhanden, denn die potenzielle Ertragsfähigkeit und Ertragssicherheit der Flächen sind im Verhältnis zum Brandenburger Durchschnittswert als unterdurchschnittlich zu beurteilen (Entwurf Regionalplan, S. 97). Insoweit erschließt sich im Übrigen auch nicht, aus welchen Gründen der Plangeber zwar selbst feststellt, dass die Böden im Plangebiet von unterdurchschnittlicher Qualität sind (Entwurf Regionalplan, S. 97), gleichwohl in der Planung die Böden aufgrund ihrer Qualität für schützenswert erklärt (Entwurf Regionalplan, S. 98 ff.). Sachliche Gründe für diese Einstufung sind nicht ersichtlich. Ganz im Gegenteil scheint es so, als wären die Böden aus willkürlichen Erwägungen für schützenswert erklärt worden. Dieser Eindruck verstärkt sich dadurch, dass nicht nur klimarobuste und ertragsreiche Böden durch die Festlegung der Vorranggebiete für Landwirtschaft geschützt werden sollen, sondern dass die Vorranggebiete auch klimarobuste und ertragsarme Böden sowie klimasensible und ertragsreiche Böden umfassen (Entwurf Regionalplan, S. 99).	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Flächen für Vorhaben zur Energiegewinnung stehen ausreichend außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft zur Verfügung.
BE-ID: 2485	Vorläufige Handlungsempfehlungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zur Unterstützung kommunaler Entscheidung für großflächige PV-Freiflächenanlagen: Die besondere Eignung der Fläche ergibt sich ferner aus den vorläufigen Handlungsempfehlungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zur Unterstützung kommunaler Entscheidung für großflächige PV-Freiflächenanlagen vom 19. März 2021. Dann nach den dortigen Festlegungen (S. 5 f.) sollen PV-Freiflächenanlagen insbesondere auch in Ortsrandlagen mit einer guten Anbindung an die Netzstruktur und auf Flächen mit einer	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Es wird auf die vorangegangenen BE IDs verwiesen. Die Planungskriterien für die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft beruhen nicht nur auf dem Ertragspotenzial (Bodenpunkte), sondern berücksichtigen auch die Bodenwasserverhältnisse (Klimarobustheit).

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	geringen Ertragsfähigkeit und Bodenqualität realisiert werden. Dass eine solche Fläche wie die vorliegende für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen geradezu genutzt werden muss, ergibt sich zudem auch aus der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg. Nach dieser Strategie sollen erneuerbare Energien dort „geerntet" werden, wo es am wirtschaftlichsten ist (z.B. Offshore-Windparks an Nord- und Ostseeküste, Onshore Windparks im windreicheren Norden, Photovoltaik im sonnenreicheren Süden). Durch die Festlegung im Regionalplan würde nicht nur die „Ernte" auf der Fläche nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf, sondern vielmehr auch eine umfassende „Ernte" von solarer Strahlungsenergie mittels PV-Freiflächenanlagen, in einem großen Teil des ertragreichen Südens des Landes unmöglich gemacht werden. Die oben aufgeführten Punkte zur besonderen Eignung der Grundstücke zur Photovoltaiknutzung lassen erkennen, dass Abwägungsfehler in Bezug auf die Kriterienauswahl zur Festlegung von Eignungsflächen im Entwurf bestehen. Gründe für die Fortführung der landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche gibt es kaum. Sie allein auf die Festlegungen der Bodenpunktzahl zu stützen erscheint willkürlich. Denn bereits heute ist eine wirtschaftliche landwirtschaftliche Nutzung der Fläche aufgrund der äußerst geringen Bodenqualität nur schwer möglich. Dies wird durch die Vergabe der Bodenpunkte nicht ausreichend berücksichtigt. Denn bei der Vergabe der Bodenpunkte werden die örtlichen Wasserverhältnisse in Bezug auf Grund- und Niederschlagswasser nicht berücksichtigt, die aber für die landwirtschaftliche Nutzbarkeit der Böden von entscheidender Bedeutung ist. Dies kann anhand der Grundstücksfläche, auf die sich diese Stellungnahme bezieht, verdeutlicht werden. Die Fläche weist im Jahresdurchschnitt der vergangenen Jahre deutlich niedrigere Erträge als Nachbarflächen in der Niederung aus. Bedingt durch die Geländeformation dringt das Niederschlagswasser nicht in den Boden ein, verdunstet schneller und läuft den Abhang hinunter. Die Flächen können nur durch zusätzliche Beregnung, wodurch das Grundwasser in Anspruch genommen werden würde und die Umweltschutzbelangen widerspricht, ertragsfähiger bewirtschaftet werden.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) bb) Abwägungen kommunale Planungen		
BE-ID: 2481	Gemeinde: Der Ortschaften begrüßen die Planung. Es ist vorgesehen, die Gemeinden durch eine kommunale Abgabe zu beteiligen. Der Ausbau erfolgt vor allem als regionalspezifische Lösung und trägt in dem ländlich geprägten Gebiet zur Wertschöpfung bei.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Es wird auf die vorangegangenen BE IDs verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ff) Solaranlagen		
BE-ID: 2465	Fachliche Ausführungen: Da wir die Fläche mit einem Partner gemeinsam entwickeln möchten, verweisen wir nachfolgend auf die weitere fachliche Ausführung und möchten auf die öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg vom 02. März 2022 {33. Jahrgang, Nr. 8) betreffend die Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming über die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021 (Entwurf des Regionalplans) Stellung beziehen wie folgt: Die nachfolgende Stellungnahme bezieht sich auf die textlichen Festlegungen im Entwurf des Regionalplans sowie die zeichnerischen Festlegungen in der Festlegungskarte zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 betreffend die landwirtschaftliche Bodennutzung und die Vorranggebiete für Landwirtschaft sowie das Planungskonzept für die Vorranggebiete für die Landwirtschaft aus September 2021 {Planungskonzept Vorranggebiete) und die Auswirkungen dieser Festlegungen auf die Nutzbarkeit der betroffenen Flächen für die Gewinnung erneuerbarer Energien durch Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-Freiflächenanlagen). Von diesem Entwurf sind konkrete Solarprojektplanungen betroffen. Dabei bezieht sich diese Stellungnahme insbesondere auf die als landwirtschaftliches Vorranggebiet ausgewiesenen Flächen [Kartenausschnitt Ortsteil Nunsdorf] - nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf belegene Fläche im Ortsteil Nunsdorf der Stadt Zossen im Landkreis Teltow-Fläming, die in östlicher Richtung an die L792 und in	Siehe dazu BE ID 2464.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	westlicher Richtung an die aus Nunsdorf hinausführende Dorfstraße angrenzt und deren begrenzten landwirtschaftlichen Wert bei gleichzeitig hohen ökonomischen Potenzials der Fläche für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie mittels PV-Freiflächenanlagen. [Kartenausschnitt Ortsteil Wietstock] - Süd, südöstlich von Wietstock gelegene Fläche im Ortsteil Wietstock, Ortsteil von Ludwigsfelde, die sich östlich des Märkisch Wilmersdorfer Weg befindet.	
BE-ID: 2466	Die textlichen und zeichnerischen Festlegungen für die Vorranggebiete Landwirtschaft machen eine Nutzung der betroffenen Flächen und insbesondere auch der Fläche nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf und südlich von Wietstock zu anderen Zwecken als der ausschließlich landwirtschaftlichen Nutzung aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen nur schwer möglich. In Anbetracht des Umstandes das die Bodenwerte in der Region äußerst niedrig sind und es sich fast ausschließlich um sehr ertragsarme Böden handelt (Entwurf des Regionalplans, S. 97), die wiederum sehr gut für die Platzierung von PV-Freiflächenanlagen geeignet sind (vgl. hierzu ausführlich unter III.) und unter Berücksichtigung der Belange der Energie- und Klimakrise (vgl. hierzu ausführlich unter II.), sind diese erheblichen Einschränkungen bei der Flächennutzung (vgl. hierzu ausführlich unter I.) weder sinnvoll noch zu rechtfertigen. Vielmehr ist es unter Berücksichtigung der aktuellen Gesamtgemengelage, zwingend erforderlich, dass Flächen für die Nutzung durch PV-Freiflächenanlagen zugänglich gemacht werden, da diese Anlagen eine schnelle, effiziente und ökonomische Energiegewinnung ermöglichen. Insbesondere die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf den internationalen und nationalen Energiemarkt, die angesichts der Klimakrise dringend erforderliche nachhaltige Abkehr von konventionellen Energieträgern sowie die wirtschaftlichen Belange der Landwirte im Plangebiet machen es erforderlich, dass Vorhaben zur Gewinnung von erneuerbaren Energien schnell und ökonomisch realisiert werden können. Nur so kann eine zuverlässige und kostengünstige Energieversorgung in Deutschland sichergestellt werden, die sich nicht negativ auf die Belange des Klimaschutzes niederschlägt. Diesen Bedürfnissen können die durch die Festlegungen im Entwurf des Regionalplans ermöglichten Agri-PV-Anlangen nicht gerecht werden. Denn anders als PV-Freiflächenanlagen sind Agri-PV-Anlagen noch nicht sonderlich weit in der Entwicklung vorangeschritten und aufgrund ihres Entwicklungsstandes in der Anschaffung sehr teuer und mit langen Planungs- und Lieferzeiten verbunden. Zudem ist ihre Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu klassischen PV-Freiflächenanlagen deutlich herabgesetzt. Insgesamt sind sie damit kein probates Mittel, um kurzfristig und in ökonomischer Art und Weise neue Bezugsquellen für Energie zu schaffen. Auch die durch die Festlegungen an Bundesautobahnen und Schienenwegen ermöglichten anderen PV-Anlagen sind in Anbetracht der Notwenigkeit, in kurzer Zeit möglichst viele nachhaltige Energiegewinnungsmöglichkeiten zu schaffen, nicht ausreichend. Denn diese Regelung betrifft nur einen äußerst geringen Anteil der Flächen in den Vorranggebieten für die Landwirtschaft.	Durch Agri-PV wird eine Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Fläche zugunsten der landwirtschaftlichen Nutzung und der Gewinnung von Solarenergie ermöglicht. Dabei geht es nicht vordergründig um einen möglichst schnellen und flächendeckenden Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern um eine effizientere Flächennutzung. Mittlerweile befinden sich mehrere Agri-PV-Vorhaben in der Region im Aufstellungsverfahren, was zeigt, dass das Interesse an Agri-PV gestiegen ist, auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit. Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Für die Erreichung der Klimaziele bzw. den Ausbau der erneuerbaren Energien können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft in Anspruch genommen werden. Dafür steht ausreichend Fläche zur Verfügung. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt zudem nicht nur über Photovoltaikanlagen, sondern wird insbesondere in Brandenburg maßgeblich durch die Windenergienutzung getragen.
BE-ID: 2467	I. Festlegungen erschweren ökonomische und schnelle Realisierung von PV-Projekten erheblich Aufgrund der zeichnerischen und textlichen Festlegung ist in Bezug auf eine Vielzahl von Flächen im Planungsgebiet eine Nutzung der Flächen für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie nur schwer möglich und mit erheblichen Planungsunsicherheiten verbunden. Dies gilt unter anderem und insbesondere auch für nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf und südlich von Wietstock belegene Flächen, anhand der im Folgenden die faktische Verhinderungsplanung exemplarisch dargestellt werden soll.	Mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft wird entgegen der Aussage in der Stellungnahme die Planungssicherheit für die Landwirtschaft erhöht und gibt zugleich eine Orientierung, in welchen Bereichen stattdessen die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen möglich sein kann. Dies zeigt, dass es sich nicht um eine pauschale Verhinderungsplanung handelt, sondern um eine differenzierte raumordnerische Steuerung, die den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Ziel hat.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2468	1. Ausnahmsweise Zulässigkeit von Agri-PV-Anlagen nutzlos weil unwirtschaftlich und zeitintensiv: Zunächst erlaubt die Regelung in Z 2.4 Abs. 2 lit. a des Entwurfs des Regionalplans in bestimmten Fällen eine kombinierte Nutzung von Flächen innerhalb der Vorranggebiete für die Landwirtschaft. Die Flächen sollen danach nicht nur zu landwirtschaftlichen Zwecken, sondern daneben auch zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie durch Agri-PV-Anlagen genutzt werden können. Dabei muss die Agri-PV-Anlage eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung unter einer Aufständerung der Solarmodule in Höhe von mindestens 2,10 Metern oder zwischen bodennahen Modulreihen ermöglichen und der landwirtschaftliche Flächenverlust durch die Agri-PV-Anlage darf nicht mehr als 10% für hoch aufgeständerte bzw. 15 % für bodennahe Solarmodule betragen. Allein aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist eine Realisierung von Agri-PV-Anlagen auf Grundlage dieser Regelung nur schwer möglich. Denn, wie auch in dem Planungskonzept zutreffend festgestellt, befindet sich der Einsatz von Agri-PV-Anlagen in Deutschland und weltweit noch in den Anfängen (Planungskonzept, S. 15). Aufgrund dieses Umstandes sind die Installationskosten für die Anlagen äußerst hoch und der Zeitraum, der für die Projektentwicklung und -umsetzung benötigt wird, sehr lang. Zudem besteht für die Landwirte eine erhebliche Einkommensdiskrepanz zwischen Stromerzeugung und landwirtschaftlicher Produktion, die eine kombinierte Nutzung unwirtschaftlich macht. Da sich die Installation und Nutzung von Agri-PV-Anlagen noch in den Anfängen befindet, gibt es derzeit nur für hoch aufgeständerte Agri-PV-Anlagen belastbare Daten zur Wirtschaftlichkeit der Anlagen (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), S. 30). Diese zeigen, dass die Anlagen bei einer Gesamtbetrachtung der landwirtschaftlichen Erträge, der Anschaffungs- und Installationskosten und der möglichen Erträge aus der Stromerzeugung durch die Landwirte nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Ganz im Gegenteil ist eine wirtschaftliche Nutzung von Flächen nur dann möglich, wenn sie im Falle ertragsreicher Böden ausschließlich landwirtschaftlich oder im Falle ertragsarmer Böden ausschließlich zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie mittels PV-Freiflächenanlagen genutzt werden können.	Agri-PV hat in den letzten Jahren zunehmend an wirtschaftlicher Bedeutung und internationaler Anerkennung gewonnen, was durch den genannten Artikel gestützt wird. Auch in Deutschland gibt es bereits Agri-PV-Projekte, die in den Regelbetrieb überführt wurden. Siehe dazu BE ID 2466.
BE-ID: 2469	a) Keine verlässlich positiven Auswirkungen auf landwirtschaftliche Erträge Zwar wurden in Studien für hoch aufgeständerten Agri-PV-Anlagen, z.B. für Schatten liebende Pflanzen, Ertragszuwächse ermittelt. Jedoch wurde auch festgestellt, dass die Agri-PV Anlagen keine höheren landwirtschaftlichen Erträge garantieren, sondern vielmehr, dass auch im Falle einer Kombination von Landwirtschaft und Agri-PV die Erträge der jeweiligen Pflanzenkulturen sehr instabil waren und aufgrund der unterschiedlichen Witterungsverhältnisse zum Teil erheblich variierten (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), S. 30).	Der landwirtschaftliche Ertrag hängt maßgeblich von den Witterungsbedingungen ab. Dies wird auch in dem genannten Artikel wiedergegeben. Der Artikel gibt u. a. Aufschluss darüber, welche Kulturen sich unter Agri-PV-Modulen unter bestimmten Bedingungen mehr oder weniger gut eignen.
BE-ID: 2470	b) Zu hohe Anschaffungs- und Installationskosten: Im Verhältnis zu konventionellen PV-Freiflächenanlagen sind die Anschaffungs- und Installations- sowie Erschließungskosten für die unterschiedlichen Arten von Agri-PV-Anlagen wesentlich höher (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ}, S. 41). So kosten die Module für hoch aufgeständerte Agri-PV-Anlagen bis zu EUR 330/kWp, für konventionelle PV-Freiflächenanlagen belaufen sich die Kosten derzeit auf durchschnittlich EUR 220/kWp. Die Kosten für die Aufständerung inklusive der Fundamente betragen bei hoch aufgeständerten Agri-PV-Anlagen durchschnittlich EUR 400/kWp, bei konventionellen PV-Freiflächenanlagen EUR 75/kWp. Zusätzlich fallen für die Standortvorbereitung und die Installation der Anlagen durchschnittlich EUR 250 bis EUR 350/kWp an (vgl. (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ}, S. 42}. Unter Beachtung der weiteren Investitionskosten belaufen sich die Gesamtkosten für die Installation einer	Die Kosten für eine Agri-PV-Anlage hängen von verschiedenen Faktoren wie dem jeweiligen Agri-PV-System, der Art der Aufständerung und der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung ab (siehe auch S. 41 des in der Stellungnahme genannten Artikels). Ob eine Agri-PV-Anlage wirtschaftlich ist, hängt vom Einzelfall ab und kann nicht pauschal beantwortet werden. Siehe dazu auch BE ID 2466.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	hoch aufgeständerten Agri-PV-Anlage auf durchschnittlich EUR 1.234/kWp. Im Falle von konventionellen PV-Freiflächenanlagen belaufen sich die Gesamtkosten im Rahmen der Installation nur auf EUR 572/kWp (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ}, S. 44}. Unter Berücksichtigung dieser hohen Investitionskosten kann eine hoch aufgeständerte Agri-PV Anlage mit einer durchschnittlichen Anlagengröße derzeit nicht wirtschaftlich betrieben werden (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ}, S. 46}. Dies vermag sich auch nicht durch die geplanten Änderungen des EEG, die u.a. eine vermehrte Förderung von Agri-PV-Anlagen vorsieht, zu ändern. Denn im Verhältnis zu den hohen Investitionskosten ist der vorgesehene Bonus für die hoch aufgeständerten Agri-PV-Anlagen mit 1,2 Cent/kWh im Jahre 2023, 1,0 Cent/kWh im Jahr 2024 und 0,7 Cent/kWh im Jahr 2025 und in den Jahren von 2026 bis 2028 mit jeweils 0,5 Cent als äußerst gering zu bewerten (BRDrs. 162/22, S. 221). Zudem ist zu beachten, dass nach der Installation der Agri-PV Anlagen weitere Folgekosten anfallen, die die Wirtschaftlichkeit dieser Form der Flächennutzung weiter schmälern. So müssen zur Vermeidung von Mindererträgen bei der Stromproduktion die Module der Agri-PV-Anlage regelmäßig von Verschmutzungen gereinigt werden, die in besonders hohem Ausmaß entstehen, wenn die landwirtschaftliche Fläche bewirtschaftet wird. Zudem müssen für eine effektive landwirtschaftliche Bewirtschaftung der entsprechenden Flächen in der Regel neue landwirtschaftliche Geräte angeschafft werden, deren Anschaffungskosten mehrere Hunderttausend Euro betragen können (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), S. 64).	
BE-ID: 2471	c) Zusammenfassung: Insgesamt können Agri-PV-Anlagen jedenfalls nach dem derzeitigen Stand der Technik auf landwirtschaftlichen Flächen weder innerhalb des erforderlichen Zeitraums noch in ökonomischer Art und Weise umgesetzt werden. Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang Berücksichtigung finden muss, ist, dass im Falle der Nutzung einer Fläche mit Agri-PV-Anlagen sich dies sowohl negativ auf den auf der Fläche realisierbaren Stromertrag auswirkt als auch die landwirtschaftliche Marktleistung auf der Fläche aufgrund der Flächeninanspruchnahme durch die Agri-PV-Anlage verringert (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), S. 63). Insbesondere für Flächen, die - wie vorliegend - als ertragsarm einzuordnen sind, macht dies eine Installation einer Agri-PV-Anlage noch unattraktiver. Eine wirtschaftliche Nutzung solcher Flächen wäre für die Landwirte vielmehr nur dann möglich, wenn sie auf der Fläche PV-Freiflächenanlagen installieren könnten. Dies gilt umso mehr, als dass davon auszugehen ist, dass sich auf der einen Seite die Qualität der Böden im Plangebiet aufgrund der klimatischen Veränderungen voraussichtlich weiter verschlechtern wird (Entwurf des Regionalplans, S. 97f.), auf der anderen Seite die Eignung der Flächen für PV-Anlagen aber aufgrund der steigenden Sonneneinstrahlung zunehmen wird.	In dem zitierten Artikel wird auf S. 63 die Einkommensdiskrepanz zwischen Stromerzeugung und landwirtschaftlicher Produktion als ein nachteiliger Aspekt von Agri-PV beleuchtet. Die Diskrepanz kann ebenfalls nach Aussage des Artikels mit einer angepassten Auswahl der Kulturen verringert werden. Siehe auch BE ID 2470. Die Vorranggebiete Landwirtschaft umfassen die als ertragreich und klimarobust ermittelten Ackerflächen nach dem geänderten Planungskonzept. Mit der Festlegung wird nicht automatisch angeregt, auf allen Vorrangflächen Agri-PV zu installieren, sondern über die Ausnahmeregelung lediglich ermöglicht. Für konventionelle PV-Freiflächenanlagen können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft in Anspruch genommen werden. In dem geänderten Planungskonzept wurden die Kriterien Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit neu bewertet. Dies führt zu einer Vergrößerung der Flächen, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden kann.
BE-ID: 2473	3. Zusammenfassung: Insgesamt ist auf Grundlage der derzeitigen Festsetzung die dringend erforderliche Realisierung von PV-Freiflächenanlagen nur verbunden mit erheblichen Planungsunsicherheiten möglich. Die Festlegungen zu den Agri-PV-Anlagen sind nicht ausreichend, um den tatsächlichen Bedarf an Solarstrom schnell und auf ökonomische Art und Weise gerecht werden zu können. Durch eine Präzisierung des Wortlauts der Ausnahmeregelung in Z 2.4 Abs. 3 des Entwurfs des Regionalplans könnte ohne großen planerischen Aufwand, die notwendige Planungssicherheit für die Umsetzung von PV-Freiflächenanlagen geschaffen werden. Der Entwurf nähme den betroffenen Gemeinden, Landwirten als Flächeneigentümern	Siehe dazu BE ID 2466, 2467, 2471, 2472.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	und beteiligungswilligen Bürgern der jeweiligen Gemeinden nicht nur die erhoffte Wertschöpfung, sondern könnte wertvolle, ökologisch innovative Potenziale zum Ausbau der Erneuerbaren Energien dauerhaft vernichten. Die derzeitige Planung benachteiligt die betroffenen Dörfer erheblich bei der Teilnahme an der Energiewende und in ihrer Möglichkeit, den verfassungsrechtlichen Zielen der Energiewende gerecht zu werden.	
BE-ID: 2475	1. Bedeutung der Klima- und Energiekrisen nicht beachtet: Der Entwurf des Regionalplans muss an die jüngsten gesetzgeberischen Bestrebungen in den Bereichen der Energiewende und des Klimaschutzes sowie die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine anpasst werden, indem im Plangebiet eine effektive Flächennutzung zur Gewinnung erneuerbarer Energien auf effektive, schnelle und ökonomische Art und Weise ermöglicht wird. Hierzu gehört es auch, die Flächennutzung durch PV-Freiflächenanlagen zu ermöglichen. Deutschland richtet seine gesamte Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-Grad-Klimaschutz-Pfad aus, zu dem sich die Europäische Union im Rahmen des Übereinkommens von Paris verpflichtet hat. Um die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris erfüllen zu können, sind jüngst im Rahmen des am 06. April 2022 veröffentlichten Osterpaktes eine Vielzahl von Gesetzesentwürfen veröffentlicht worden, die den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen sollen. Ein Kernstück der Gesetzesnovelle ist die Zielvorgabe, dass die Stromversorgung in Deutschland im Jahr 2035 nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruhen soll. Bei der Realisierung des Ziels spielt auch die Solarenergie eine tragende Rolle (BR-Drs. 162/22, S. lf.). Zudem wird der allgemeine Grundsatz eingeführt, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Überblickspaket Osterpaket, S. 1). Unabhängig von diesen neuen gesetzgeberischen Entwicklungen ist es aufgrund von Art. 20a GG ohnehin Aufgabe aller staatlichen Stellen Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes zu ergreifen, dies bestätigte jüngst auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG, Urteil vom 24. März 2021, Az. : 1 BvR 288/20 u.a.). Das Bundesverfassungsgericht verlangt in seiner Entscheidung vom 24. März 2021 (Aktenzeichen 1 BvR 288/20 u.a.). Die insgesamt vier Verfassungsbeschwerden richteten sich insbesondere gegen das Unterlassen weiterer Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Darin liegt nach der Rechtsprechung einer Verletzung der intersujektiven Freiheitsrechte der künftigen Generationen, da diesen durch das heutige Unterlassen eine unzumutbare Emissionsbelastung übertragen wird. So führt das Bundesverfassungsrecht u.a. aus: „Das verfassungsrechtliche Klimaschutzziel des Art. 20a GG sei dahingehend konkretisiert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur dem sogenannten „Paris-Ziel" entsprechend auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um das zu erreichen, müssten die nach 2030 noch erforderlichen Minderungen dann immer dringender und kurzfristiger erbracht werden. Von diesen künftigen Emissionsminderungspflichten sei praktisch jegliche Freiheit potenziell betroffen, weil noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens mit der Emission von Treibhausgasen verbunden und damit nach 2030 von drastischen Einschränkungen bedroht seien." Indem der Gesetzgeber das Paris-Ziel in § 1 Satz 3 KSG zur Grundlage erklärt habe, habe er in Wahrnehmung seines Konkretisierungsauftrags und seiner Konkretisierungsprärogative das Klimaschutzziel des Art. 20a GG zulässig dahingehend konkretisiert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen." Die jüngsten gesetzgeberischen Bestrebungen- obwohl es sich bei ihnen bisher nur um Entwürfe handelt - sowie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sollten im Sinne einer effektiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und zur Ermöglichung der Erreichung der Klimaziele bereits zum heutigen Zeitpunkt in der Regionalplanung berücksichtigt werden. Dieser Befund wird durch die Auswirkungen des	Siehe BE ID 2466.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Krieges gegen die Ukraine auf den weltweiten und deutschen Energiemarkt verstärkt. Für den Entwurf des Regionalplans bedeutet dies, dass neben den Festlegungen zur Windenergienutzung auch anderen erneuerbaren Energieformen durch positiv rechtliche Festlegungen Raum zugebilligt werden muss und Projekte dieser Art nicht - wie vorliegend der Fall - durch die Festlegungen erheblich erschwert werden dürfen. Hervorzuheben ist insoweit, dass die Realisierung von PV-Freiflächenanlagen nicht nur in den Vorranggebieten für die Landwirtschaft, sondern auch im übrigen Plangebiet wegen der dortigen Festlegungen (Siedlungen, Freiraum für vorbeugenden Hochwasserschutz, Freiraum für Windenergienutzung, Freiraum für oberflächennahe Rohstoffgewinnung) nur schwer möglich ist.	
nicht zuordenbar		
BE-ID: 2479	Die Planungsflächen sind auf folgenden Gründen besonders gut für die Nutzung durch PV-Freiflächenanlagen geeignet: • Effizienz und Ertrag Die Geländeformation lässt eine besonders hohe Ausbeute durch einen optimalen Einstrahlungsfaktor und der Größe zu. Damit ist ein hoher Stromertrag auf die Nutzfläche bezogen möglich. Zugleich findet daher eine Konzentrationsplanung auf einer kompakten Fläche statt. Die zusammenhängende Freiflächenanlage kann an den Außenkannten durch entsprechende Bepflanzung in das Landschaftsbild eingebunden werden. Die Planfläche kann geleichzeitig zum Ortskern von Nunsdorf einen entsprechenden Abstand wahren. Die Grenzen des Solarparks sollen umlaufend mit einheimischen standortgerechten Gehölzen so bepflanzt werden, dass vom nächstgelegenen Ortsteil ein direkter Blick auf die Solarmodule vermieden wird.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Siehe auch BE ID 2478.
BE-ID: 2482	Infrastruktur und Anbindung: Bedingt durch die räumliche Nähe zum Umspannwerk und Hauptleitung ist eine optimale Netzanbindung gegeben. Die Größe des Vorhabens erlaubt den Aufbau einer nachgelagerten Struktur zur Stromverwertung in Form eines Elektrolyseurs und/oder Speicherung. So kann langfristig die Wirtschaftlichkeit der Anlage gesichert werden. Nur durch Herstellung einer Grundlastfähigkeit kann der Ertrag der Primärenergie auch zukünftig dargestellt werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Es wird auf die vorangegangenen BE IDs verwiesen.
BE-ID: 2484	• Benachteiligte Gebiete Die Fläche ist als benachteiligtes Gebiet eingestuft. ,,Benachteiligte Gebiete sind definiert in der EU-Richtlinie 86/465/EWG vom 14. Juli 1986 und im Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG (ABI. L 273 vom 24.09.1986, S. 1) aufgeführt, welches zuletzt durch die Entscheidung 97 /172/EG (ABI. L 72 vom 13.3.1997, S. 1) geändert worden ist. Der Begriff benachteiligt bezieht sich auf die Qualität der Böden, wenig fruchtbare Böden mit geringen Bodenpunktzahlen gelten als (im Wettbewerb) benachteiligt. Eine konkrete Bodenwertzahl ist nicht angegeben.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Es wird auf die vorangegangenen BE IDs verwiesen.
TÖB-Nr.: 2135 / Deutsche Telekom Technik GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1446	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Plangebiet befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Sollte der weitere Verfahrensverlauf ergeben, dass Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - konkret berührt sind, behalten wir uns	Die Hinweise zu Telekommunikationslinien werden zur Kenntnis genommen. Die Deutsche Telekom wird weiterhin am Verfahren beteiligt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	vor, unsere Interessen wahrzunehmen und entsprechend auf das Verfahren einzuwirken. Aus diesem Grunde bitten wir Sie um Beteiligung bei den weiteren Planungen.	
TÖB-Nr.: 2136 / Solarpark Heinsdorfer GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2508	dd) An dieser Stelle wird zudem darauf verwiesen, dass gemäß § 2 Abs. 2 Nr. ROG auch der Klimawandel als Grundsatz der Raumordnung zu beachten ist. Dabei sind ausweislich der Norm insbesondere auch die räumlichen Bedingungen dafür zu schaffen, dass erneuerbare Energien - zu denen die Gewinnung von Solarstrom gehört - ausgebaut werden können. Der Klimaschutz, zu dem erneuerbare Energien einen großen Anteil beitragen, ist somit ebenfalls zu einem bedeutsamen Abwägungsbelang für die Raumordnungsplanung geworden (vgl. Spannowsky, in: UPR 2009, S. 2001 ff.; Schrödter/Kuras, in: ZNER 2011, S. 451).	Die Voraussetzungen für den Ausbau von Solaranlagen sind in der Region ausreichend vorhanden und werden durch den Regionalplan nicht unangemessen eingeschränkt. Flächen für die Freiflächenphotovoltaik müssen durch die zuständigen Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung ausgewiesen werden. Die Entscheidungen über die Aufstellung von Bauleitplänen treffen die Gemeinden im eigenen Ermessen. Mit dem Regionalplan 3.0 wird auf die Planung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in angemessener und begründeter Weise durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft Einfluss genommen. Diese Festlegungen wurden im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans vom 05.10.2021 geändert. Infolge dieser Änderung vergrößert sich die für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in Betracht kommende Fläche erheblich.
BE-ID: 2513	Bei den genannten Belangen handelt es sich um solche öffentlicher und privater Art, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen gern. § 7 Abs. 2 ROG zu berücksichtigen sind. Die Belange sind im Rahmen der Abwägung bei der Erstellung eines Regionalplans zu beachten (vgl. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, U. v. 0 4.03.2021 - 15 N 20. 468 - juris, Rn. 30). Insbesondere muss im Rahmen der Zuordnung der Gebiete zwischen sogenannten „harten" und "weichen" Tabuzonen unterschieden werden (vgl. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, U. v. 04.03.2021 - 15 N 20. 468 - juris, Rn. 31). Dieser Unterschied muss aus den Anlagen und dem Regionalplan klar hervorgehen. Vor diesem Hintergrund sind entsprechende Änderungen am Regionalplan Havelland-Fläming wünschenswert. Es sollte der Energiegewinnung durch PV-Anlagen hinreichend Raum gegeben und Erschwernisse bei der Durchführung der Vorhaben nicht vorgesehen werden. Dies sollte auch dadurch geschehen, dass in den geplanten Eignungsgebieten für die Windenergienutzung auch die Nutzung von Sonnenenergie durch PV-Anlagen zugelassen wird. Es sind keine Gründe ersichtlich, aus eine Unvereinbarkeit von Windenergie- und PV-Anlagen folgt. Wir würden in Anbetracht der Größe des geplanten Projekts und der gegenwärtigen Entwicklungen im Energiesektor - Atomaussteig, Ukraine-Russland-Konflikt - gerne mit Ihnen im Rahmen eines persönlichen Gesprächs die Möglichkeiten erörtern.	Die Anregung, festzulegen, „dass in den geplanten Eignungsgebieten für die Windenergienutzung auch die Nutzung von Sonnenenergie durch PV-Anlagen zugelassen wird“, kann nicht gefolgt werden. Festlegungen zur Windenergienutzung sind nicht mehr Bestandteil des Regionalplans 3.0. Die Hinweise zu "harten" und "weichen" Tabuzonen werden zur Kenntnis genommen. Dies betreffen eine nicht mehr anzuwendende Planungsmethodik in Bezug auf die Windenergienutzung und sind hinsichtlich von Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen ohne Bedeutung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 32 Hohenseefeld		
BE-ID: 2489	II. Folgen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 auf das geplante Vorhaben bei unveränderter Festsetzung Durch die Festlegung der Flächen im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 als „Vorranggebiete Landwirtschaft" bzw. ,,Eignungsgebiete für die Windenenergienutzung" würde die Errichtung des Solarparks Heinsdorf in der Stadt Dahme/Mark verhindert werden, da die geplante Errichtung nicht unter Beachtung der im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 festgelegten Ausnahmen möglich und somit auf den Flächen unzulässig wäre.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2490	1. Ausweislich des Ziels 2.2 des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 dienen „Eignungsgebiete für die Windenergienutzung" der Verwirklichung von raumbedeutsamen Vorhaben für die Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie. Außerhalb der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung ist die Verwirklichung dieser Vorhaben ausgeschlossen. Gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 3 ROG sind Eignungsgebiete Gebiete, in denen bestimmte raumbedeutsame Maßnahmen oder Nutzungen, die städtebaulich nach § 35 BauGB zu beurteilen sind, andere raumbedeutsame Belange nicht entgegenstehen, wobei diese Maßnahmen oder Nutzungen an anderer Stelle im Planungsraum ausgeschlossen sind. Die im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 festgelegten „Eignungsgebiete für die Windenergienutzung" sind demnach Eignungsgebiete i. S. d. § 7 Abs. 3 Nr. 3 ROG. Damit ist zunächst lediglich festgelegt, dass Windenergieanlagen nicht in anderen Gebieten zulässig sind und Vorhaben diesbezüglich andere raumbedeutsame Vorhaben im Eignungsgebiet nicht entgegenstehen. Das bedeutet, dass - in diesem Fall Windenergieanlagen - in anderen als den festgelegten Eignungsgebieten unzulässig sind, in den Eignungsgebieten hingegen zunächst alle Vorhaben - unabhängig welcher Art - zulässig sind. Die Innenwirkung von Eignungsgebieten bleibt somit theoretisch hinter derjenigen von Vorranggebieten zurück (vgl. Goppel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2. Auflage 2018, § 7 Rn. 70), da innerhalb der Eignungsgebiete zunächst alle Vorhaben zulässig sind, während in Vorranggebieten alle Vorhaben pauschal unzulässig sind, die mit der vorrangig festgelegten Funktion oder Nutzung nicht vereinbar sind. Die Innenwirkung der Eignungsgebiete kommt der Innenwirkung der Vorranggebiete allerdings dennoch im Ergebnis gleich, da entgegenstehende Belange zwar nicht ausgeschlossen sind, aber ihr Bestehen kraft Rechtsnorm von vornherein verneint wird (Goppel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2. Auflage 2018, § 7 Rn. 85). Dies begründet sich daraus, dass innerhalb der Eignungsgebiete den - in diesem Fall Windenergieanlagen - andere raumbedeutsame Vorhaben nicht entgegenstehen können. Es werden sich in den „Eignungsgebieten Windenergienutzung" somit im Endeffekt immer die Planungen von Windenergieanlagen durchsetzen. Das „Eignungsgebiet für die Windenergienutzung" wird dem Vorhaben „Solarpark Heinsdorf" demnach möglicherweise entgegenstehen, wenn dort ebenfalls die Aufstellung von Windenergieanlagen geplant wird - neben den bereits bestehenden Anlagen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2487	Ich zeige an, dass wir die Solarpark Heinsdorf GmbH, Neubruchstr. 12 f, 85774 Unterföhring, vertreten. Auf uns lautende Vollmacht wird nachgereicht. Unsere Mandantin beabsichtigt die Errichtung eines Solarparks auf Flächen, die durch den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 als „Vorrangflächen Landwirtschaft" und „Eignungsgebiete für die Windenergienutzung" ausgewiesen werden sollen. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 nehmen wir daher wie folgt Stellung: 1. Die Zuordnung der durch das Projekt hier betroffenen Flächen zu den „Vorranggebieten Landwirtschaft" erfolgte unter zu großzügig bemessenen Maßstäben. 2. Die Planung räumt der Landwirtschaft einen nicht genügend begründeten und unverhältnismäßigen Vorrang gegenüber anderen Raumnutzungen und Flächenbedarfen ein, da insbesondere eine entsprechende Bodenqualität auf den Flächen nicht gegeben ist. Es bietet sich eher an, die Flächen für die PV-Nutzung raumordnerisch vorzusehen. 3. Die Anforderungen an die Ausnahmetatbestände für die bauleitplanerische Zulässigkeit der Errichtung von Anlagen zur Gewinnung	Die zusammengefassten Einwendungen und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Auf die einzelnen Punkte wird gesondert eingegangen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	von Solarstrom in den „Vorranggebieten Landwirtschaft" sind zudem zu hoch. Es sollten außerdem auch andere Ausnahmetatbestände in Betracht gezogen werden. 4. In den geplanten Eignungsgebieten für die Windenergienutzung sollte ausdrücklich auch die Nutzung von Sonnenenergie durch PV-Anlagen zugelassen werden. Deshalb verbinden wir unsere Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung mit folgenden Einwendungen:	
BE-ID: 2488	I. Beabsichtigtes Vorhaben 1. Die Solarpark-Heinsdorf GmbH plant die Installation eines Solarparks (,,Solarprojekt Heinsdorf") in einer Größenordnung von 550 bis 1287 ha im Gebiet Niebendorf-Heinsdorf in der Stadt Dahme/Mark im Landkreis Landkreis Teltow-Fläming. Damit fällt das geplante Vorhaben in den Geltungsbereich des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Die Installation des Solarparks ist auf fünf potentiellen Geltungsbereichen geplant, die in dem zuvor genannten Vorranggebiet Landwirtschaft gelegen sind. Die Flächen sollen ausweislich der Festlegungskarte im Entwurf zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 zum größten Teil als „Vorranggebiete Landwirtschaft" ausgewiesen. Ein kleiner Teil liegt auf einem Gebiet, das als „Eignungsgebiet für die Windenergienutzung" ausgewiesen ist. Zur Veranschaulichung der Lage der Flächen füge ich einen entsprechenden Ausschnitt der Festlegungskarte zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 als Anlage diesem Schreiben bei, in dem die beabsichtigte Nutzung gekennzeichnet ist. 2. Unsere Mandantin arbeitet bei der Planung mit der Belectric GmbH zusammen, die eines der führenden PV-Technologieunternehmen mit über 400 gebauten Solarkraftwerken weltweit darstellt. Im Rahmen des „Solarprojekts Heinsdorf" ist geplant - abhängig von der Wahl der Fläche aus einer der Geltungsbereiche - jährlich 584.226.000 kWh/a - 1.511.868.000 kWh/a Strom zu erzeugen. Dadurch könnten 237.196- 613.818 t/a C02 pro Jahr eingespart werden. Damit würde das „Solarprojekt Heinsdorf" das bislang ökologisch größte PV-Projekt in Deutschland darstellen und einen großen Beitrag zu einer nachhaltigeren Zukunft leisten. Außerdem ist angestrebt, durch die Möglichkeit der Ansiedlung von Betrieben in der Umgebung insbesondere Kleinbetriebe zu stärken, die Dienstleistungen für den Solarpark erbringen könnten. Die Stadt Dahme/Mark und die Allgemeinheit würden von dem Vorhaben somit auf vielfache Weise profitieren. 3. Meine Mandantin ist in der Diskussion mit der planenden Kommune und ihren Ortsbeiräten. Grundsätzlich wird das Projekt befürwortet. Jedoch sind noch keine Planungsschritte unternommen worden. Diese stehen aber bevor. Mit Blick auf die Anpassungspflicht in § 1 Abs. 4 BauGB wird eine Abstimmung von Regionalplan und Bebauungsplan unumgänglich, um nicht von vornherein Hindernisse für eine Planung der Kommune zu schaffen.	Die Planungsabsicht für den "Solarpark Heinsdorf" wird zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan "Sondergebiet Solarpark Lieper Dreieck" befindet sich in Aufstellung, ist nach den Änderungen des Planungskonzepts aber nicht mehr von Vorranggebieten Landwirtschaft betroffen. Für die anderen in der Anlage der Stellungnahme gekennzeichneten Flächen für die beabsichtigte Solarparkplanung sind der Regionalen Planungsgemeinschaft keine Bebauungspläne in Aufstellung bekannt und können daher nicht berücksichtigt werden.
BE-ID: 2491	2. Der größte Teil der Flächen, die für das „Solarprojekt Heinsdorf" in Betracht kommen, liegt auf einem als „Vorranggebiet für die Landwirtschaft" geplanten Gebiet. Nach dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 soll im Ziel 2.4 für diese Flächen festgelegt werden, dass die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis (§ 17 Bundes-Bodenschutzgesetz) auf diesen Flächen Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen hat. Gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG sind Vorranggebiete Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Bei den „Vorranggebieten Landwirtschaft" handelt es sich somit um Vorranggebiete i. S. d. § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG. Bei der Festlegung der „Vorranggebiete Landwirtschaft" im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 handelt es sich um ein Ziel der Raumordnung, des gem. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 4 Abs. 1 ROG anschließend zu beachten ist. Somit wäre ein Solarpark auf diesen Flächen zunächst unzulässig, da die Nutzung von Flächen für den Betrieb von Solaranlagen keine landwirtschaftliche Bodennutzung darstellt.	Die Schlussfolgerung ist zutreffend.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2493	b) Das „Solarprojekt Heinsdorf" könnte insbesondere aufgrund der Ausnahme nach Ziel 2.4 Abs. 2 lit. a) oder Ziel 2.4 Abs. 3 dennoch auf den Flächen „Vorranggebiet Landwirtschaft" zulässig sein. Von der Solarpark Heinsdorf GmbH wird jedoch eine Mehrfach-Nutzung der Flächen im Sinne einer möglichen Ansiedlung von Imkern, Schäferbetrieben, Hühnerzuchten und ähnlichem angestrebt, was nicht unter die landwirtschaftliche Nutzung im engeren Sinne fällt. Eine Zulässigkeit nach Ziel 2.4 Abs. 2 lit. b) kommt von vornherein nicht in Betracht, da die infrage kommenden Flächen sich nicht in einer entsprechenden Lage befinden. Ob die Vorhaben aufgrund von Ziel 2.4 Abs. 3 des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 zulässig sein können, kann aufgrund der weiten Formulierung des Ausnahmetatbestandes nicht abschließend beurteilt werden. So bleibt insbesondere unklar, inwieweit eine Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Nutzung zu minimieren wäre und ob diese Ausnahme in Anbetracht der speziellen Ausnahmen für Solaranlagen auch für diese gelten soll.	Photovoltaik-Freiflächenanlagen sind keine linienhaften Infrastrukturen. Zu diesen gehören bspw. Gas- oder Freileitungen, Straßen oder Schienenwege. Im Zweiten Regionalplanentwurf wurden Beispiele für linienhafte Infrastrukturen ergänzt.
BE-ID: 2494	c) Das „Solarprojekt Heinsdorf" ist demnach nach dem aktuellen Stand des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 auf den geplanten Flächen unzulässig.	In Bezug auf den Regionalplanentwurf vom 05.10.2021 ist die Schlussfolgerung korrekt. Nach den Änderungen des Planungskonzepts trifft die Feststellung nur noch für einen Teil der beabsichtigten Planung zu.
BE-ID: 2497	b) Weiterhin liegen auf dem Gebiet um Niebendorf-Heinsdorf, in dem die Realisierung des ,,Solarprojekts Heinsdorf" beabsichtigt ist, mehrere Flächen, die im Regionalplan Havelland-Fläming als „Vorranggebiete Landwirtschaft" ausgewiesen sind, die mit 17, 18, 21, 22 und 23 sogar niedrigere Ackerzahlen als die durch die Regionale Planungsgemeinschaft angelegten 24 (eine Fläche musste ausweislich des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mindestens eine Ackerzahl von 24 aufweisen, um als ertragreich zu gelten (Rn. 355) aufweisen. Diese Flächen könnten, was aus den Unterlagen nicht ersichtlich wird und nicht nachgeprüft werden konnte, aufgrund der Kombination der Kriterien der Ertragsfähigkeit und der Ertragssicherheit als „Vorranggebiete Landwirtschaft" festgelegt worden sein, da jeweils das Vorliegen eines Kriteriums für die Festlegung genügte.	Die Vermutung ist zutreffend. Dass Flächen als Vorranggebiete festgelegt wurden, die eine geringere Ackerzahl als 24 haben, beruht auf dem Kriterium Klimarobustheit. Klimarobuste Böden führen ebenfalls zu einer Festlegung als Vorranggebiet Landwirtschaft. Siehe auch BE ID 2496.
BE-ID: 2509	ee) Schon die Gründe der Festlegung der „Vorranggebiete Landwirtschaft" sind somit nicht hinreichend nachvollziehbar dargelegt. Zudem lässt sich Ausweisungen für die Landwirtschaft eine qualifizierte Nutzungsbestimmung in der Regel nicht entnehmen, weil sie dem Außenbereich lediglich eine ihm ohnehin nach dem Willen des Gesetzgebers in erster Linie zukommende Funktion zuweist (vgl. VerfG Nordrhein-Westfalen, U. v. 01 . 1 2.2021 - 10/19 - juris, Rn. 68).	Die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft wurde sachgerecht begründet. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft stellt keine allgemeine Zuweisung einer Funktion dar, die dem Außenbereich ohnehin zukommt, sondern ist eine nach den Kriterien des Planungskonzepts begründete Festlegung eines Nutzungsvorrangs der Landwirtschaft gegenüber anderen – u. a. auch dem Außenbereich zugeordneten – Nutzungen. Im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 4 letzter Satz des ROG dient diese Vorrangfestlegung dazu, die räumlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten.
BE-ID: 2510	3. Im Übrigen sollten die Ausnahmetatbestände für die „Vorranggebiete Landwirtschaft" anders ausgestaltet werden, da eine Nutzung der vorgesehenen Ausnahmen andernfalls nahezu unmöglich gemacht wird. a) Hierbei ist zunächst auf den Ausnahmetatbestand gemäß Ziel 2. 4 Abs. 2 lit. a) des Raumordnungsplanes Havelland-Fläming 3.0 einzugehen. Hierbei ist als Erstes festzuhalten, dass unter der landwirtschaftlichen Nutzung i. S. d. Regionalplans Havelland- Fläming 3.0 nur Tätigkeiten zu verstehen sind, die dem Anbau bestimmter Kulturpflanzen dienen. Im allgemeinen Sprachgebrauch fallen hierunter jedoch	Da der Regionalplan mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft keine bestimmten landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden vorschreibt oder verbietet, wird auf den Begriff der guten fachlichen Praxis gemäß § 17 BBodSchG zurückgegriffen. Eine Tierhaltung, die mit der guten fachlichen Praxis vereinbar ist, ist demnach nicht ausgeschlossen. Auch die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	insbesondere auch Tierhaltungsbetriebe. Diese erfüllen dieselben Voraussetzungen, die die Regionale Planungsgemeinschaft für landwirtschaftliche Tätigkeiten anführt (wichtiger Arbeitgeber in weiten Teilen Brandenburgs, Beitrag zum Erhalt und zur Pflege der Kulturlandschaft, Versorgung mit Nahrungsmitteln, Auseinandersetzung mit wachsenden Anforderungen). Daher muss in Betracht gezogen werden auch eine Ausnahme zuzulassen, wenn die Solaranlagen eine Mehrfach-Nutzung im Sinne einer Kombination mit Tierhaltungsbetrieben anstreben. So beabsichtigt meine Mandantin insbesondere die Anlage so einzurichten, dass sich auf derselben Fläche z. B. Imkerbetriebe, Hühnerzuchten oder Schafhaltung realisieren lassen. Hierbei wird insbesondere eine Erweiterung der regionalen Wertschöpfung angestrebt. Durch diese Art der Mehrfach-Nutzung würde eine Biosphäre inmitten einer Kulturlandschaft geschaffen werden und der Solarpark würde sinnvoll in die bestehende Landschaft integriert werden. 99 % der Naturräume würden so bestehen bleiben. Außerdem ergeben sich vielfache positive Auswirkungen auf Bodenqualität, Artenschutz und Biodiversität, die bei einer Mehrfach-Nutzung mit landwirtschaftlichen Betrieben so nicht gegeben wären. Die Böden können sich ohne intensive Bewirtschaftung und ohne Pestizideinsatz erholen. Zudem können im Interesse des Artenschutzes Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten geschaffen werden, was bei einer landwirtschaftlichen Nutzung aufgrund der häufigen Konzentration auf wenige Kulturarten meist nicht möglich ist (von Seht, in: UPR 2020, S. 257 ff.). Diese positiven Effekte werden z. B. durch eine Studie des Bundesverband Neue Energiewirtschaft (bne) belegt (vgl. Studie: Solarparks - Gewinne für die Biodiversität, Untersuchung zum Einfluss der Photovoltaik auf die Artenvielfalt). So wird durch die durch die Solarpark Heinsdorf GmbH angestrebte Mehrfach-Nutzung gerade dem § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG Rechnung getragen (der durch die Regionale Planungsgemeinschaft für die Rechtfertigung zur Festlegung zahlreicher „Vorranggebiete Landwirtschaft" herangezogen wurde), der verlangt, dass räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen sind, dass die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen geschützt sowie die Natur und Landschaft gepflegt und gestaltet werden können. Als weiterer positiver Nebeneffekt käme hinzu, dass so Flächen, die ansonsten für die genannten Tätigkeiten genutzt werden würden, für die landwirtschaftliche Nutzung im engen Sinne freiwerden würden. Zudem könnten landwirtschaftliche Betriebe durch die Verpachtung der Flächen zusätzliche Einnahmen erzielen, die sie für die nötigen Umstellungen ihrer Betriebe verwenden könnten, um den stetig steigenden Anforderungen - die auch durch die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming angeführt werden - gerecht werden zu können.	Mehrfachnutzung einer Landwirtschaftsfläche in Kombination mit Photovoltaik kann aufgrund der Ausnahmeregelung des Absatzes 2 der Festlegung (Agri-PV) realisiert werden.
BE-ID: 2512	c) Zuletzt ist anzuführen, dass die generelle Ausnahme in "Vorranggebieten Landwirtschaft" für raumbedeutsame Vorhaben, insbesondere für eine linienhafte Infrastruktur, die nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb der Vorrangbiete für die Landwirtschaft durchgeführt werden können, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung minimiert wird (Ziel 2. 4 Abs. 3), zu unbestimmt gefasst ist. An dieser Stelle sollte genauer dargestellt, wie die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung zu minimieren wäre. Zudem ist nicht ersichtlich, ob diese Ausnahme auch für Solaranlagen gelten soll oder diese nur unter die zuerst genannten Ausnahmetatbestände fallen sollen.	Photovoltaik-Freiflächenanlagen sind keine linienhaften Infrastrukturen (Ziel 2.4 Abs. 3). Zu diesen gehören bspw. Gas- oder Freileitungen, Straßen oder Schienenwege. Im Zweiten Regionalplanentwurf wurden Beispiele für linienhafte Infrastrukturen ergänzt. Die Minimierung der Beeinträchtigung hängt vom einzelnen Vorhaben ab und kann daher nicht pauschal bestimmt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 Zu Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2504	a) Es wird eine große Vielzahl von Flächen zugunsten der Landwirtschaft für andere Vorhaben gesperrt, da Flächen als „Vorranggebiete Landwirtschaft" festgelegt werden, die sich für die landwirtschaftliche Nutzung nur bedingt eignen, da sie weder ertragreich, noch ertragssicher sind (s.o.). Dies entspricht gerade nicht einem schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, wie er im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 oft erwähnt wird.	Siehe dazu BE ID 2496 und 2497.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 a) Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 2505	b) Weiterhin verweist die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming im Entwurf des Regionalplans Havelland- Fläming 3.0 auf unterschiedliche Gründe zur Festlegung von „Vorranggebieten Landwirtschaft". aa) Sie legt dar, dass die Landwirtschaft aufgrund der genutzten Fläche (45 % der Gesamtfläche Brandenburgs) eine gewisse Wichtigkeit besitze. Hierbei wird jedoch verkannt, dass die Größe der Fläche sich auch insbesondere daraus ergibt, dass Gebiete mit einer unterdurchschnittlichen Bodenqualität für die Landwirtschaft genutzt werden, so dass von den Landwirten größere Gebiete genutzt werden müssen, um genügend Ertrag erwirtschaften zu können. Diesem Problem könnte gerade dadurch begegnet werden, nur Flächen mit einer mindestens durchschnittlichen Ackerzahl als „Vorranggebiete Landwirtschaft" festzulegen.	Siehe dazu BE ID 2496.
BE-ID: 2506	bb) Zudem verweist die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming darauf, dass die Landwirtschaft einen der wichtigsten Arbeitgeber in der Region stelle. Warum diese Einordnung erfolgt, wenn die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ebenfalls einräumt, dass sie nur 3 % der Beschäftigten stelle, ist jedoch nicht ersichtlich.	In der Begründung zum Planungsanlass (Rn. 336 des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021) werden verschiedene Eckdaten zur Landwirtschaft im Land Brandenburg genannt und auf die Bedeutung und Herausforderungen der Landwirtschaft eingegangen. Mit der kritisierten Erläuterung wird gewürdigt, dass trotz eines geringen Beschäftigtenanteils an der Gesamtbeschäftigung in Brandenburg der Landwirtschaftssektor eine herausragende Bedeutung für den ländlichen Raum, die Kulturlandschaftspflege und die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen hat.
BE-ID: 2507	cc) Weiterhin nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zur Begründung der „Vorranggebiete Landwirtschaft" auf den Grundsatz G 6.1 des Landeentwicklungsplans Hauptstadtregion (LEP HR) und § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG Bezug. Der Grundsatz G 6. 1 LEP HR legt fest, dass der bestehende Freiraum in seiner Multifunktionalität erhalten und entwickelt werden soll. Bei Planungen und Maßnahmen, die Freiraum in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, soll den Belangen des Freiraumschutzes ein besonderes Gewicht eingeräumt werden. Der landwirtschaftlichen Bodennutzung sei bei der Abwägung mit den konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. Die Landwirtschaft soll demnach bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht haben, bei der Festlegung von Vorranggebieten i. S. v. § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG ist eine solche Abwägung jedoch gar nicht mehr möglich. Durch die Vielzahl an Gebieten, die als „Vorranggebiete Landwirtschaft" festgelegt worden sind, wird der Freiraum zudem gerade nicht in seiner Multifunktionalität erhalten und entwickelt, sondern auf eine Nutzung - nämlich die der Landwirtschaft - festgelegt. § 2 Abs. 2 N r. 5 ROG bestimmt, dass in den Grundsätzen der Raumordnung die Voraussetzungen dafür zu schaffen sind, dass die Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen, sowie die Natur und Landschaft zu pflegen und zu erhalten. Grundsätze der Raumordnung sind jedoch Vorgaben, die bei der weiteren Planung noch in die Abwägung eingestellt werden können, während Ziele der Raumordnung (als solche sind die „Vorranggebiete Landwirtschaft" hier festgelegt worden) als verbindliche Entscheidungen beachtet werden müssen. Zudem wird darauf verwiesen, dass Solaranlagen gerade auch dazu beitragen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und die Natur zu pflegen und zu erhalten. Sowohl Grundsatz G 6.1 LEP HR, als auch § 2 Abs. 2 N r. 5 ROG stellen somit keine ausreichende Begründungsmöglichkeit für die Festlegung zahlreicher "Vorranggebiete Landwirtschaft" dar.	Wie zutreffend festgestellt wurde, unterliegen lediglich die Grundsätze der Abwägung. Der Grundsatz G 6.1 LEP HR, wonach der Landwirtschaft bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht beizumessen ist, gilt für die Abwägung auf nachgeordneten Planungsebenen. Die monofunktionale Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft ist zulässig und dient dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor anderen Nutzungen. Es ist offensichtlich, dass eine derartige Festlegung ausschließlich im Freiraum erfolgen kann. Der Grundsatz G 6.1 LEP HR findet darüber hinaus weiterhin Anwendung außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft. Mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft wird nicht der gesamte Freiraum überplant, sondern in bestimmten Gebieten die Voraussetzungen für den Erhalt der Kulturlandschaft nach § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG gesichert. Dieser Paragraph des Raumordnungsgesetzes zielt dabei nicht auf die Errichtung von Solaranlagen ab, zumal diese der Energiegewinnung dienen. Dass sich extensiv bewirtschaftete Flächen unter oder zwischen Solarmodulen auch positiv auf den Naturhaushalt auswirken können, wird nicht bestritten. Dennoch dient eine Solaranlage nicht der landwirtschaftlichen Bodennutzung und verfehlt damit das Ziel der Regionalplanung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) Planungskonzept		
BE-ID: 2495	III. Änderungsvorschläge 1. Zunächst ist auf die Zuordnung der Flächen zu den „Vorranggebieten Landwirtschaft" einzugehen, da hierbei ein zu großzügig bemessener Maßstab angelegt worden ist. Es wurden insbesondere die Indikatoren der potenziellen Ertragsfähigkeit und der Ertragssicherheit genutzt. Diese Indikatoren sind an sich nicht zu beanstanden, da sie - wie im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 angeführt - auf eine gute Nutzbarkeit der Böden für die Landwirtschaft hinweisen.	Es wird angenommen, dass mit "zu großzügig bemessener Maßstab" die Gesamtgröße der Vorranggebiete Landwirtschaft gemeint ist. Diese wird durch die Kriterien Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit maßgeblich beeinflusst. Im Einzelnen siehe dazu BE ID 2496 und 2498.
BE-ID: 2496	a) Die Ertragsfähigkeit der Böden wurde anhand der Ackerzahl ermittelt; dies stellt grundsätzlich ein gängiges Kriterium dar. Für die Festlegung der „Vorranggebiete Landwirtschaft" wurden alle Flächen, die mindestens eine Ackerzahl von 24 aufweisen, berücksichtigt. Hierbei wurde im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Rn. 355) darauf hingewiesen, dass dadurch die „regionsspezifische Bodengüte" berücksichtigt werden sollte. Damit wird das Kriterium jedoch ad absurdum geführt. Vorranggebiete i. S. d. § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG sichern Gebiete für bestimmte Nutzungen und schließen damit andere Vorhaben pauschal von diesen Gebieten aus. Eine solche Sperrung von Gebieten für andere Vorhaben ist nur dann zu rechtfertigen, wenn die Vorhaben, die in diesen Gebieten durchgeführt werden sollen, in den entsprechenden Gebieten tatsächlich besonders gut durchführbar sind. Flächen mit einer Ackerzahl von 24 sind für die Landwirtschaft allerdings gerade nicht als ertragreich anzusehen. Die durchschnittliche Ackerzahl liegt in Deutschland bei 44,2. In der Region Havelland-Fläming liegt die durchschnittliche Ackerzahl bei 30, so dass die Böden in der Region ein verhältnismäßig geringes Ertragspotential haben. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber, dass Böden, die einen Wert über 30 aufweisen in der Region als ertragreich gelten müssen und sich überdurchschnittlich gut für landwirtschaftliche Zwecke eignen. Für eine Ackerzahl unter 30 ist das gerade nicht der Fall. Selbst wenn man anerkennen würde, dass die Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming die - niedrige Qualität der Böden in der Region berücksichtigen wollte und so eine niedrig angesetzte Ackerzahl als Maßstab genügen lassen wollte, ist eine Herabsenkung der durchschnittlichen Ackerzahl um 6 Punkte nicht hinreichend begründbar. Durch diese Absenkung werden Flächen für andere Vorhaben pauschal gesperrt, obwohl sie anerkanntermaßen nicht ertragreich sind. Dementsprechend sollte der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 dahingehend fortgeschrieben werden, dass nur Flächen mit einer Ackerzahl von mindestens 30 als ertragreich gelten und somit als „Vorranggebiete Landwirtschaft" festgelegt werden.	Eine sachliche und nachvollziehbare Begründung für die Bewertung der Ertragsfähigkeit mit einer maßgeblichen Ackerzahl von 24 wurde im Ersten Regionalplanentwurf nicht dargelegt. Der vorgebrachten Einwendung wird daher gefolgt. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
BE-ID: 2498	aa) Es wurden von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming folgende Gebiete als „Vorranggebiete Landwirtschaft" festgelegt: klimarobuste und zugleich ertragreiche Flächen, klimarobuste und zugleich ertragsarme Flächen und klimasensible und zugleich ertragreiche Flächen. Klimarobuste Flächen wurden hierbei definiert als Flächen, die eine geringe bis mittlere Sensitivität gegenüber Trockenheit aufweisen, d.h. die Flächen haben ein mittleres bis hohes Bodenwasserspeichervermögen (nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum zwischen 6 und 21 Vol.-%) und einen geringen bis mittleren Grundwasserflurabstand (bis 80 cm). Hierbei wurde von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ebenfalls sehr großzügig verfahren. Die gängige Einschätzung von der nutzbaren Feldkapazität im effektiven Wurzelraum ist, dass unter 6 Vol.-% eine sehr geringe Kapazität vorliegt, zwischen 6 - 14 Vol.-% eine geringe, zwischen 14 - 21 Vol.-% eine mittlere und erst Kapazitäten darüber als hoch bzw. sehr hoch eingestuft werden. Durch die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming wurden die Stufen somit um jeweils eine Stufe nach oben verschoben, sodass schon eine mittlere nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum hier eine hohe nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum darstellt. So wurden Flächen als ertragssicher eingestuft, die anhand des allgemeinhin anerkannten	Die Klassifizierung der nutzbaren Feldkapazität im effektiven Wurzelraum und des Grundwasserflurabstands und ihrer Bewertung hinsichtlich der Sensitivität der Böden gegenüber Austrocknung beruht auf der Methode des Projekts INKA BB. Das methodische Vorgehen des wissenschaftlich begleiteten Projekts wurde bislang nicht angezweifelt. Es ist jedoch festzustellen, dass durch die Projektverantwortlichen von der Bewertung der Daten für die nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum, wie sie durch die zuständige Landesbehörde vorgegeben ist, abgewichen wurde. Die Hochstufung der Klassen bei der nutzbaren Feldkapazität im effektiven Wurzelraum zum Zweck einer regionalen Anpassung wird von der Stellungnehmerin zu Recht in Frage gestellt. Der Sachverhalt, dass die betreffenden Böden nicht oder nur sehr geringfügig in der Lage sind, die Feuchtigkeit zu speichern, wird

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Maßstabes nur eine geringe nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum aufweisen. Diese Flächen sind somit fälschlicherweise als ertragssicher eingeordnet worden. Bei der Maßstabsetzung wurde durch die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (Rn. 356) darauf hingewiesen, dass die Skala damit an die regionalen Verhältnisse in Brandenburg angepasst werden soll. Dabei ist jedoch nicht hinreichend begründet, aus welchem Grund eine solche Anpassung notwendig sein soll. Es wird insbesondere nicht dargelegt, dass die Böden der Region besonders sensitiv gegenüber Austrocknung sind (zur Relevanz der hinreichenden Nachvollziehbarkeit vgl. Bayerischer VGH, U. v. 1 7.1 1 .20 1 1 - 2 BV 1 0.2295 -juris, Rn. 3 4). Hinzu kommt, dass selbst wenn man anerkennen wollte, dass die Böden in der Region besonders sensitiv gegenüber Austrocknung sind, eine Verschiebung um jeweils eine komplette Stufe auch in diesem Fall zu hoch angesetzt wurde. Vorranggebiete lassen sich nur rechtfertigen, wenn die vorrangigen Funktionen oder Nutzungen auf den Flächen tatsächlich besonders gut durchführbar sind. Dafür müsste eine hohe oder sehr hohe nutzbare Kapazität im effektiven Wurzelraum gegeben sein. Eine Fläche, die eine nur geringe nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum aufweist, ist - auch wenn man berücksichtigen möchte, dass die Böden in der Region allgemein eine gegenüber dem Durchschnitt erhöhte Austrocknungsgefahr aufweisen - insbesondere bei klimatischen Veränderungen nicht ertragssicher. Für eine Berücksichtigung regionaler Verhältnisse muss es genügen, auch eine mittlere nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum als ertragssicher anzusehen. Anderenfalls müssten Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung zurückgehalten werden, die für diese tatsächlich nur schlecht nutzbar sind.	durch die vorgenommene Hochstufung der Werte nicht verändert. Die Klassifizierung der nutzbaren Feldkapazität im effektiven Wurzelraum wird im geänderten Planungskonzept daher auf der Grundlage der durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) vorgegebenen Bewertungen vorgenommen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die landwirtschaftlichen Flächen in der Region weit überwiegend als austrocknungsgefährdet bzw. klimasensibel zu bewerten sind (etwa 95 Prozent der Ackerfläche). Wie im Abschnitt IV.2.4a) auf Seite 95 der Begründung des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021 beschrieben, stehen die Landwirte der Region daher insbesondere aufgrund der zunehmend zu erwartenden Sommertrockenheit vor großen Herausforderungen. Dieser Sachverhalt veranlasst die Regionale Planungsgemeinschaft jedoch nicht zu der Schlussfolgerung, dass die landwirtschaftliche Bodennutzung in der Region allgemein als nicht schutzwürdig zu bewerten ist. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die Ackerwirtschaft in der Region durch geeignete Anpassungsmaßnahmen auch unter veränderten meteorologischen Bedingungen als wirtschaftlicher und landschaftsprägender Faktor fortentwickeln wird. Insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht werden dabei die potenziell ertragreichen und die weniger zur Austrocknung neigenden bzw. klimarobusten Standorte von Bedeutung sein. An der Entscheidung, als klimarobust bewertete Flächen unabhängig von der Ackerzahl als Vorrangflächen festzulegen, wird daher festgehalten.
BE-ID: 2499	bb) Hinzu kommt, dass bei der Beurteilung des Grundwasserflurabstandes und der nutzbaren Kapazität im effektiven Wurzelraum die Flächen als gering, mittel und hoch eingestuft wurden. Bei der daraus resultierenden Beurteilung der Klimarobustheit wurde hingegen nur auf klimarobuste und klimasensible Flächen abgestellt. So wurden Flächen, die jeweils nur einen mittleren Grundwasserflurabstand und eine mittlere nutzbare Kapazität im effektiven Wurzelraum aufweisen, als klimarobust eingestuft. Hier müsste eine dritte Kategorie eingeführt werden, um diese Flächen besser beurteilen zu können und nicht ein zu großes Spektrum an Flächen zu erfassen. Eine mögliche weitere Kategorie wäre hier die Kategorie „klimaneutral".	Siehe hierzu BE ID 2498. Die Ausprägungen "klimarobust" und "klimasensibel" sind keine Bewertungen, die bereits in den Datengrundlagen vorgenommen wurden, sondern dienen der Bestimmung, ob die vorgenommene Kombination der Parameterausprägungen des Grundwasserflurabstands und der nutzbaren Feldkapazität im effektiven Wurzelraum in der Bewertungsmatrix zu einer Ausweisung als Vorranggebiet führt. Eine Ausprägung "klimaneutral" wird nicht vorgesehen.
BE-ID: 2500	cc) Im Rahmen der Beurteilungen, ob Flächen ertragssicher sind, hätten somit nur Flächen als klimarobust und somit ertragssicher eingeordnet werden dürfen, die entweder einen hohen Grundwasserflurabstand und mindestens eine mittlere nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum oder eine hohe nutzbare Feldkapazität im effektiven Wurzelraum und mindestens einen mittleren Grundwasserflurabstand aufweisen. Zudem sollte bei der Beurteilung der nutzbaren Feldkapazität im effektiven Wurzelraum auf den allgemeinhin anerkannten Maßstab zurückgegriffen werden und erst eine Kapazität von 14-21 Vol. - % als mittel gelten.	Die Regionale Planungsgemeinschaft geht davon aus, dass die Stellungnehmerin statt einem "hohen Grundwasserflurabstand" einen "geringen Grundwasserflurabstand" meint. Denn ein geringer Grundwasserflurabstand bedeutet, dass das Grundwasser näher an der Geländeoberfläche und somit für Pflanzen besser erreichbar ist. Die geänderte Bewertungsmatrix für das Kriterium Klimarobustheit wird in der zweckdienliche Unterlage "Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, 2. Entwurf. Kapitel 2.3 Landwirtschaftliche Bodennutzung. Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Klimarobustheit (Basisflächen)" dargestellt und entspricht sinngemäß der Anregung.
BE-ID: 2501	c) Dadurch, dass auf jeder Beurteilungsstufe (1. Ist eine Fläche ertragreich? 2. Ist eine Fläche klimarobust und somit ertragssicher?) großzügig verfahren wurde und ein „Vorranggebiet Landwirtschaft" anschließend auch auf den Flächen festgelegt wurde, die nur eines der Kriterien (ertragreich oder ertragssicher) erfüllen, wurden sehr viele Flächen in der Region erfasst. So wurden Flächen für andere Vorhaben gesperrt, obwohl die Gebiete nur bedingt für die landwirtschaftliche Nutzung geeignet sind, da sie nur einen geringen Ertrag versprechen. Insbesondere Flächen, die bereits unter den aktuellen klimatischen Verhältnissen ertragsarm sind, werden nicht durch ihre Klimarobustheit zu landwirtschaftlich gut nutzbaren Flächen werden, wenn das Klima sich ändert, da für die Landwirtschaft im Ergebnis relevant ist, ob ein Ertrag tatsächlich erwirtschaftet werden kann. Zwar ist eine Heranziehung beider Kriterien unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels plausibel, jedoch hätte hier eine höhere Gewichtung zugunsten der Ertragsfähigkeit stattfinden müssen. Eine Fläche ist - landwirtschaftlich gesehen - kaum von großem Nutzen, wenn sie zwar genügend Wasser speichern kann, sie aber dennoch aufgrund anderer biologischer Gegebenheiten keinen hohen Ertrag verspricht. Auch ertragreiche Flächen, die jedoch klimasensibel (und aufgrund der großzügigen Beurteilung der Klimarobustheit seitens der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming sind diese Flächen sehr klimasensibel) sind, bieten keine Sicherheit, dass sie auch in Zukunft noch ertragreich sein werden. Dies gilt insbesondere, wenn man bedenkt, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 häufig auf die Probleme hingewiesen hat, die auf die Landwirtschaft mit den sich ändernden klimatischen Bedingungen zukommen. Vor diesem Hintergrund dürfen nur klimarobuste und zugleich ertragreiche Flächen als "Vorranggebiete Landwirtschaft" festgelegt werden, da die Festlegung eines Vorranggebietes einen starken Eingriff in die weiteren Planungsmöglichkeiten darstellt und daher nur gerechtfertigt werden kann, wenn es an dieser Stelle tatsächlich sinnvoll ist. Zudem hätte - wie oben bereits ausgeführt - bei der Beurteilung dieser Kriterien weniger großzügig verfahren werden müssen. Auch nur dadurch kann der bestehende Freiraum in seiner Multifunktionalität erhalten und entwickelt werden (vgl. Grundsatz 6.1 LEP HR).	Aufgrund der geänderten Bewertung der Klimarobustheit sind in der Region Havelland-Fläming nur noch etwa fünf Prozent der Ackerflächen als klimarobust einzustufen. Davon ist ein Teil zugleich auch ertragreich. Insofern stellt das Kriterium Ertragsfähigkeit den Schwerpunkt für die Festlegung eines Vorranggebiets Landwirtschaft dar. Das geänderte Planungskonzept führt zu einer deutlichen Verringerung der Vorranggebiete Landwirtschaft.
BE-ID: 2503	2. Die genannten Gründe verdeutlichen zudem, dass der Entwurf des Regionalplans Havelland- Fläming 3.0 der Landwirtschaft einen nicht genügend begründeten und unverhältnismäßigen Vorrang gegenüber anderen Raumnutzungen und Flächenbedarfen einräumt. Wie bei jeder raumplanerischen Festlegung ist auch im Rahmen eines Regionalplanes eine fehlerfreie Abwägung der von der Planung betroffenen Belange erforderlich (OVG, Rheinland-Pfalz, U. v. 28.02.2002 - 1 A 1 1 625/01 - juris, Rn.26). Eine solche wäre dann hier in rechtlich zulässiger Form nicht erfolgt.	In Bezug auf die Planungskriterien und dem damit einhergehenden Flächenumfang der Vorranggebiete Landwirtschaft siehe BE ID 2496, 2498 und 2501. Die Priorisierung der landwirtschaftlichen Nutzung gegenüber anderer Nutzungsinteressen wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist gerechtfertigt, da diese Nutzungen auch auf Flächen außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft vorgenommen werden können, die den Kriterien für Vorranggebiete Landwirtschaft nicht entsprechen. Der Förderung der erneuerbaren Energien innerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft wird durch die Ausnahme für Agri-Photovoltaik nachgekommen, bei der die gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung möglich ist. Diese Ausnahme war bereits Bestandteil im Regionalplanentwurf vom 05.10.2021 (Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe a) und ist weiterhin im Zweiten Entwurf enthalten (Z 2.3 Absatz 2). Darüber hinaus werden im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt, die ebenfalls dem geordneten

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Ausbau der erneuerbaren Energien dienen. Hinsichtlich der beabsichtigten Planung von PV-Freiflächenanlagen siehe BE ID 2488.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ee) Feldberegnung		
BE-ID: 2502	d) Aus denselben Gründen hätten Feldberegnungsflächen nur dann als weitere „Vorranggebiete Landwirtschaft" infrage kommen dürfen, wenn diese zudem ertragreich sind. Anderenfalls ist die Möglichkeit der Feldberegnung für die Landwirtschaft nur von geringem Nutzen. Im Übrigen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 selbst eingeräumt, dass solche Feldberegnungsflächen nur schwer bis gar nicht identifizierbar waren. Es ist weiterhin nicht ersichtlich, welche Flächen als Feldberegnungsflächen identifiziert worden sind.	Im Ersten Entwurf des Regionalplans wurden nur die der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt gegebenen Feldberegnungsflächen zusätzlich als Vorranggebiete Landwirtschaft dargestellt. Diese wurden in den Datenquellen auch angegeben. Eine besondere Kennzeichnung der Flächen in der Festlegungskarte war nicht vorgesehen. Ursprünglich wurde bei Ortsgesprächen von einigen Gemeinden angeregt, Beregnungsflächen für die Planungssicherheit der Landwirte zu begünstigen. Hintergrund sind bereits getätigte Investitionen in Beregnungssysteme. Landwirtschaftsbetrieben mit bereits durch Beregnungsanlagen erschlossenen Ackerflächen sollten auch auf ertragsschwachen oder klimasensiblen Böden keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Die Einschätzung, dass die Feldberegnung stabile Erträge und eine höhere Qualität sichert, wurde auch in anderen Stellungnahmen aufgrund der geringen Wirksamkeit der Beregnung auf Böden mit geringen Ackerzahlen in Zweifel gezogen. Darüber hinaus liegen bislang nur unvollständige Daten zu den konkreten Beregnungsflächen vor. Zum einen stehen nur Informationen über die Brunnenstandorte und entnommenen Wassermengen, jedoch kein Kataster über die konkreten Beregnungsflächen zur Verfügung. Zum anderen kann nicht flächendeckend mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Feldberegnung keine direkte Auswirkung auf sinkende Grundwasserstände hat. Aus den genannten Gründen werden Feldberegnungsflächen nicht mehr im Planungskonzept berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) ff) Solaranlagen		
BE-ID: 2492	a) Allerdings sind im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 an dieser Stelle Ausnahmen für die bauleitplanerische Festlegung für die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Solarstrom vorgesehen. Diese Ausnahmen sind im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wie folgt festgelegt: Eine Ausnahme ist möglich, wenn das Vorhaben nach § 30 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans) zulässig sein soll und eine von zwei aufgeführten Bedingungen erfüllt ist: Das Vorhaben muss bei der Flächennutzung entweder die landwirtschaftliche Bodennutzung und die Energiegewinnung auf der Fläche kombinieren (Agri-Photovoltaik), so dass entsprechend DIN SPEC 91 434:2021-05 die landwirtschaftliche Bewirtschaftung unter einer Aufständerung der Solarmodule in Höhe von mindestens 2,10 Meter oder zwischen bodennahen Modulreihen durchführbar ist und der landwirtschaftliche Flächenverlust durch die Solaranlage nicht mehr als 10 Prozent für hoch aufgeständerte bzw. 15 Prozent für bodennahe Solarmodule beträgt (Ziel 2.4 Abs. 2 lit. a)) oder der Geltungsbereich eines Bebauungsplans für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie muss sich innerhalb eines Flächenkorridors von 200 Metern entlang	Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	zu Bundesautobahnen gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und Schienenwegen im Sinne des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) befinden (Ziel 2.4 Abs. 2 lit. b)). Der Geltungsbereich darf dabei den Flächenkorridor um maximal 25 Prozent überschreiten, sofern diese Flächen ausschließlich für Anlagen für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie vorgesehen sind. In der Anlage zum Kapitel 2.4 „landwirtschaftliche Bodennutzung, Planungskonzept Vorranggebiete für die Landwirtschaft" wird bezüglich dieser Ausnahmetatbestände weiterhin festgelegt, dass die PV-Module so aufgestellt bzw. ausgerichtet sein müssen, dass eine möglichst hohe Lichthomogenität und eine für die jeweiligen Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse adäquate Lichtverfügbarkeit besteht. Auch die Wasserverfügbarkeit sowie eine gleichmäßige Verteilung anfallenden Niederschlagswassers müssen an die Kulturen angepasst sein. Eine Erosion und Verschlämmung des Oberbodens muss dabei durch geeignete Konstruktionen minimiert werden. Weiterhin soll die rückstandslose Rückbaubarkeit der PV-Anlage gewährleistet werden, damit die landwirtschaftliche Nutzbarkeit im ursprünglichen Zustand erhalten bleibe. Darüber hinaus sei eine Kalkulation der Wirtschaftlichkeit aus der Perspektive des Landwirts sowie eine ausreichende Landnutzungseffizienz darzulegen. Die Landnutzungseffizienz beschreibe den Ertrag der Kulturpflanzen auf der Gesamtfläche nach dem Bau der APV-Anlage und müsse mindestens 66 Prozent des Referenzertrags betragen. Weiterhin ist eine generelle Ausnahme vorgesehen, wenn ein raumbedeutsames Vorhaben, insbesondere für eine linienhafte Infrastruktur, nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb der Vorranggebiete für die Landwirtschaft durchgeführt werden kann, ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung minimiert wird (Ziel 2.4 Abs. 3).	
BE-ID: 2511	b) Hinzu kommt, dass in der Anlage zum Kapitel 2.4 „landwirtschaftliche Bodennutzung, Planungskonzept Vorranggebiete für die Landwirtschaft" auf weitere Anforderungen hingewiesen wird, die bei einer Planung von Solaranlagen in „Vorranggebieten Landwirtschaft" zu beachten sein sollen. Hier werden jedoch Aufgaben, die der Landwirtschaft eigen sind, auf die Solaranlagenbetreiber unbegründet abgewälzt. So ist ein Landwirt auch für die Verteilung des Wassers auf den Feldern und die Verhinderung von Erosionen verantwortlich, wenn auf den Feldern keine Solaranlagen betrieben werden. Dies sollte entsprechend einer Änderung unterzogen werden.	Diese Anforderungen sind Bestandteil der DIN SPEC 91434:2021-05 und beziehen sich auf den Betrieb einer Agri-PV-Anlage.
TÖB-Nr.: 2141 / juwi AG		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2387	Hiermit beteiligen wir uns, die juwi AG der Niederlassung Brandis, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wie folgt: Allgemein: Bemerkungen zu Seite 8 - 11.1. Rechtsgrundlagen: In der Aufzählung zu den landeplanerischen Planungsdokumenten sollte auch die Energiestrategie 2030/2040 erwähnt werden.	Der Anregung, die Energiestategien 2030 und 2040 in die Aufzählung der landesplanerischen Planungsdokumente aufzunehmen, wird nicht gefolgt. Diese Dokumente entfalten, im Gegensatz zu den aufgelisteten Zielvorgaben des LEP HR keine Rechtswirksamkeit in Bezug auf die Regionalplanung. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 2391	Bemerkung zu Seite 19 IV.1. Siedlung a) Hier ist wie folgt formuliert: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming entscheidet sich dafür, von der Möglichkeit, Vorbehaltsgebiete Siedlung festzulegen, Gebrauch zu machen. Vorbehaltsgebiete Siedlung sind bebaute und unbebaute Gebiete außerhalb des durch den LEP HR festgelegten Gestaltungsraums Siedlung, die für eine Wohnsiedlungsflächenentwicklung besonders geeignet sind. Ist dies nicht eher Aufgabe der Kommunen als jene der Regionalplanung?	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, bewirkt jedoch keine Planänderung. Begründung: Gemäß Richtlinie für Regionalpläne (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 49 vom 11. Dezember 2019) können die Regionalen Planungsgemeinschaften im Land Brandenburg Vorbehaltsgebiete Siedlung als Grundsatz der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Insbesondere auch mit jenem Hinweis im Text auf Seite 19 b): Da der LEP HR keinen Planungsauftrag an die Regionalplanung zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung festlegt, ergeben sich hieraus unmittelbar keine Kriterien zur Bestimmung solcher Gebiete. Im Gegenstromprinzip können dann diese Informationen in den Plan als Vorbehaltsgebiet Siedlung in den Regionalplan einfließen.	Raumordnung festlegen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung werden unabhängig von Wachstumsfestsetzungen übergeordneter Landespläne Flächen herausgestellt, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten besonders geeignet sind und so den Kommunen nachhaltige, jedoch nicht verpflichtende Entwicklungsoptionen aufgezeigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 2388	Bemerkung zu Seite 11 - 111.1. Siedlung: In Z.1.2 (2) ist formuliert: Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte dienen der langfristigen Flächenvorsorge für gewerblich-industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf und herausragender Bedeutung für das Gebiet der Region. In ihnen sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sich diese mit der vorrangigen Funktion nach Satz 1 nicht vereinbar sind. Betriebe und Industrie sind auf eine sichere und günstige Energieversorgung angewiesen, in zunehmendem Maße auch an eine C02-freie. Erneuerbare Energien sind ein klarer Wettbewerbsvorteil (mit den Beispielen Tesla in Grünheide und Intel bei Magdeburg) und sollten bei gewerblich-industriellen Ansiedlungen bereits mit vorgedacht werden. Neben Photovoltaikanlagen sind dies bei energieintensiven Betrieben auch Windenergieanlagen (WEA) - ein Nebeneinander und Miteinander zwischen gewerblich-industriellen Ansiedlungen und EE ist daher das Gebot der Stunde!	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Im Umfeld des zur Festlegung vorgesehenen großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes Brandenburg an der Havel - Paterdamm/Krahne, befinden sich bereits die Vorranggebiete für die Windenergienutzung Nr. 19 (Prützke) und Nr. 50 (Golzow) sowie Photovoltaik-Freiflächenanlagen bei Reckahn.
BE-ID: 2392	Bemerkung zu Seite 26 Ziel 1.2 großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte b) -Planungskonzepte: Neben den aufgezählten Kriterien ist die Möglichkeit der Versorgung mit Erneuerbaren Energien durch PV und Wind eine weitere Vorgabe, um entsprechende großflächige gewerblich-industelle Vorsorgestandorte zu bestimmen und festzulegen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Anforderungen an die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (GIV) ergeben sich aus dem Landesentwicklungsplan für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP-HR). Die Möglichkeit der Versorgung eines solchen Standortes durch erneuerbare Energien ist dort nicht ausdrücklich benannt. Durch die im Umfeld des GIV Paterdamm/Krahne befindlichen Vorranggebiete für die Windenergienutzung sowie die bereits im Umfeld vorhandenen Windenergieanlagen (Repowering) verfügt der Standort Paterdamm/Krahne in dieser Hinsicht über günstige Bedingungen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2981	Bemerkung zu Seite 42 IV.2.2.1. - Planungsanlass und -absicht. Windenergienutzung Hier ist wie folgt formuliert: Für die Verwirklichung der zuvor benannten, grundlegenden Planungsziele hält es die Regionale Planungsgemeinschaft für erforderlich, Eignungsgebiete für die Windenergienutzung als Ziele der Raumordnung festzulegen. Mit Verweis auf den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.05.2022 sollen die Regionalen Planungsgemeinschaften die Planungskategorie „Vorranggebiete" nutzen. Damit einhergehend besteht die Möglichkeit, dass über die Ausweisung der Regionalplanung hinaus Kommunen zusätzliche Gebiete über ihre Bauleitplanung der Windenergie zur Verfügung stellen können. Von dieser Möglichkeit sollte der Regionale Planungsverband Havelland-Fläming Gebrauch machen. Bemerkung zu Seiten 45&46 IV.2.2.2. - Planungskonzept b) harte Tabuzonen: H 03. Der Plangeber bestimmt die harten Abstandswerte zu den einzelnen Siedlungsbereichen anhand der nachts einzuhaltenden Immissionsrichtwerte der TA Lärm sowie einer Referenzwindenergieanlage	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

mit 4 MW Nennleistung, einem Rotordurchmesser von 145 m, einer Nabenhöhe von 150 m (Gesamthöhe damit 230 m), einem maximalen Schalleistungspegel von 104 dB und einer Anlaufgeschwindigkeit von 3 m/s. Mit Hilfe eines externen Gutachterbüros wurden nun modellhafte Schallausbreitungsberechnungen durchgeführt, um final einzuhaltende Mindestabstände für die verschiedenen Bebauungsarten und Siedlungstypen festzulegen. Der Plangeber bestimmt die harten Abstandswerte zu den einzelnen Siedlungsbereichen anhand der nachts einzuhaltenden Immissionsrichtwerte der TA Lärm sowie einer Referenzwindenergieanlage mit 4 MW Nennleistung, einem Rotordurchmesser von 145 m, einer Nabenhöhe von 150 m (Gesamthöhe damit 230 m), einem maximalen Schalleistungspegel von 104 dB und einer Anlaufgeschwindigkeit von 3 m/s. Mit Hilfe eines externen Gutachterbüros wurden nun modellhafte Schallausbreitungsberechnungen durchgeführt, um final einzuhaltende Mindestabstände für die verschiedenen Bebauungsarten und Siedlungstypen festzulegen. Wir halten diese Herangehensweise aus den folgenden Gründen für problematisch: 1. Als Regionalplaner ist es nicht möglich und vorhersehbar, an welchem Standort und mit welchen Parametern (Hersteller, WEA-Typ, Leistung, Nabenhöhe, Fundamenterhöhung etc.) wie viele Anlagen in dem auszuweisenden Gebiet einmal errichtet werden sollen. 2. Jede Windenergieanlage ist individuell und emittiert, je nach Hersteller, Typ und Nennleistung unterschiedlich. Auch wenn unterschiedlicher WEA-Typen denselben Summenschallleistungspegel aufweisen, kann sich die Schallausbreitung aufgrund von abweichenden Oktavbändern unterscheiden und zu unterschiedlichen Immissionspegeln an demselben Immissionsort führen - eine Pauschalierung des maximalen Schallleistungspegels von 104 dB ist daher nicht möglich 3. Die Emissionen sind abhängig von der Parkgröße, der Vorbelastung durch Gewerbelärm, der Standortkonfiguration und der topographischen Gegebenheiten vor Ort - eine Pauschalierung ist hier nicht möglich. 4. WEA sind steuer- und drosselbar, je nach Anlagentyp auf 98 dB bzw. 94,5 dB, gerade zur Einhaltung der nächtlichen TA-Lärm - Werte. Die hier angesetzte 104 dB sind daher zu hoch angesetzt! Der pauschale Ansatz ist zudem nicht zielführend, da die Einhaltung der IRW durch neu errichtete Windenergieanlagen gesetzlich vorgeschrieben und damit ohnehin gegeben ist. 5. Insbesondere der mit 1.005 m Mindestabstand zu Kurgebieten, Krankenhäuser, Pflegeanstalten und reinen Wohngebieten erachten wir als zu groß und zweifeln diesen Wert an. 6. Die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen für den Betrieb von WEA sind durch die TA Lärm festgelegt. Nur wenn eine Windpark-Planung die Einhaltung der hierin festgesetzten Vorgaben ermöglicht, ist sie überhaupt realisierbar. Hierdurch erübrigt sich die Notwendigkeit der Festlegung harter Tabuzonen mit ebendiesem Zweck. Bemerkung zu Seite 52 IV.2.2.2. - Planungskonzept c) weiche Tabuzonen aa): W 01 Die vorherigen Ausführungen zur harten Tabuzone H 03 gelten ebenso für die Ausführungen des Plangebers in diesem Kapitel. Es werden wieder beispielhaft Szenarien angenommen, die dann pauschal in Form eines überall im Planungsraum anzuwendenden weichen Kriteriums mündet, hier in Form eines fiktiven Windparks mit fünf WEA. Wie bereits dargestellt, bedarf es für jegliche Konstellation aus Standort, Hersteller und Typ und Gesamtwindenergieanlagenanzahl eine Einzelfallprüfung - eine Pauschalierung, wie hier vom Plangeber vorgenommen, ist nicht möglich und nicht zielführend. Der Plangeber zieht, trotz der selbst beschriebenen Unsicherheiten durch unterschiedliche Umgebungsbedingungen wie Bebauung und Relief sowie veränderlicher Windrichtung, Lufttemperatur und Luftschichten sowie beschriebenen Möglichkeiten des Betriebs mit schallreduzierten Modi, die Worstcase-Szenarien der Oberen Abstandswerte im Nachtbetrieb für die jeweiligen Bebauungen als weiche Kriterien heran (Tabelle 7). Dieses Vorgehen wird ausdrücklich gerügt! Zu verweisen ist auch auf folgende Rahmenbedingungen: 1. Im aktuellen EEG-Entwurf (EEG 2022) wird folgendes im § 2 festgehalten: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als

vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und B0ndnisverteidigung. 2. Am 20.05.2022 wurde das Brandenburgische Windenergieanlagenabstandsgesetz (BbgWEAAbG) beschlossen. Hier ist in § 1 (1) BbgWEAAbG fixiert, dass neue WEA ,, . ..einen Mindestabstand von 1 000 Metern zu zulässigerweise errichteten Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 des Baugesetzbuchs) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 des Baugesetzbuchs) einhalten. Satz 1 gilt nicht, sofern in den dort genannten Gebieten Wohngebäude nur ausnahmsweise zulässig sind. " Der Plangeber geht mit den weichen Kriterien W 1.2 und W 1. 3 mit einem Abstand von 1. 1000 m deutlich über dieses Mindestmaß hinaus und differenziert darüber hinaus nicht nach Kern-, Dorf- und Mischgebiet sowie allgemeinen Wohngebieten, so wie dies durch die TA Lärm, welche der Plangeber als Grundlage für die Ermittlung der weichen Abstandskriterien heranzieht. Dies kann er, laut Gesetz, explizit tun - es fehlt jedoch an einer fundierten Begründung und steht dazu auch im Widerspruch zu § 2 EEG 2022. In Zeiten des Klimawandels und der eklatant wichtigen Frage nach einer zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung durch den an dauernden Ukrainekrieg sollt der Plangeber alles tun, damit die ausgewiesenen Eignungsgebiete durch die beiden Kriterien nicht beschränkt werden. Hinzu kommt auch noch, dass es keinen empirischen Zusammenhang zwischen höheren Abständen und einer steigenden Akzeptanz für die Windenergie besteht. Außerdem ist auch auf den aus dem vergangenen vorliegenden Entwurf der Energiestrategie 2040 auf Seite 30 hinzuweisen: „Eine große Mehrheit (68 %) würde auch den Bau von Windenergieanlagen in der Nähe des eigenen Wohnortes akzeptieren. Laut der Umfrage wären auch 52 % der Befragten ,,voll und ganz" oder „eher" mit dem Bau einer neuen Stromtrasse in der Nähe des jeweiligen Wohnortes einverstanden. Gemäß einer Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land der Fachagentur Windenergie an Land (Herbst 2021) ist der Ausbau der Windenergie an Land für 80% der Befragten eher/sehr wichtig." Bemerkung zu Seite 56 IV.2.2.2. - Planungskonzept c) weiche Tabuzonen aa): W 1.2. Hier ist wie folgt formuliert: Die Regionale Planungsgemeinschaft entscheidet daher bei Gruppen von mindestens 5 Wohngebäuden im unbeplanten Außenbereich das gleiche Abstandskriterium wie für Siedlungsgebiete anzulegen (W 1.2). Der Plangeber legt nicht fest, in welchem räumlichen Zusammenhang die 5 Wohngebäude liegen müssen. Damit ist absehbar, dass es hier zu Diskussionen über die Auslegung des Kriteriums führen wird, auch in Bezug zur Anzahl der zu berücksichtigenden Wohngebäude. Wir plädieren daher, von dieser pauschalen Regelung abzusehen und hier ebenfalls das Kriterium W 1.1 zur Anwendung zu bringen. Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im vor hergehenden Abschnitt unserer Stellungnahme zur Akzeptanz. Bemerkung zu Seite 57 IV.2.2.2. - Planungskonzept c) weiche Tabuzonen bb): W 02 Der Plangeber schließt Landschaftsschutzgebiete (LSG) als weiches Kriterium für den gesamten Planungsraum generell für eine windenergetische Nutzung aus. Er begründet dies auf Seite 58 wie folgt: Die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sind mit erheblichen negativen Umweltauswirkungen verbunden. Sie bewirken regelmäßig den Verlust und die Beeinträchtigung von Lebensstätten und Lebensräumen wild lebender Tier- und Pflanzenarten und greifen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ein. Leider macht sich der Plangeber nicht die Mühe, LSG einer Einzelfallprüfung für eine Nutzung mit WEA zu unterziehen. Mit der Begründung wird suggeriert, dass die Windenergienutzung erheblich negative Umweltauswirkungen verursacht. Der Ausbau der Windenergie ist jedoch eine der Säulen, um dem Klimawandel zu begegnen. Der Klimawandel aber ist einer der größten Gefahren für Lebensstätten und Lebensräumen wild lebender Tier- und Pflanzenarten. Im Genehmigungsverfahren wird ein riesiger Aufwand betrieben in Form von Gutachten, Untersuchungen und Maßnahmen, um den Eingriff für Tiere und Pflanzen so gering wie möglich zu halten. Landschaftsschutzgebiete sind jedoch keine streng geschützten Gebiete, weshalb der Plangeber diese auch

nicht als hartes Kriterium definiert. Forstwirtschaftliche oder landwirtschaftliche Nutzung sind im großen Stil möglich mit entsprechenden Verlusten und Beeinträchtigung von Lebensstätten und Lebensräumen wild lebender Tier- und Pflanzenarten. Wichtig ist, dass in einem ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiet der Charakter der Landschaft, das Landschaftsbild, erhalten bleibt. Und zu einem modernen Landschaftsbild, gerade auch in Brandenburg, gehört die Windenergie. Auch der Gesetzgeber hat reagiert und in einem Eckpunktepapier der Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz am 04.04.2022 folgendes festgelegt: Landschaftsschutzgebiete sollen bei der Planung vollumfänglich betrachtet und Gebiete für Windenergie dort verstärkt ausgewiesen werden. Ein pauschaler Ausschluss von LSG ist also nicht sachgerecht - stattdessen muss der Plangeber eine Einzelfallprüfung der LSG vornehmen. Bemerkung zu Seite 59 IV.2.2. 2. - Planungskonzept c) weiche Tabuzonen cc): W 03 Der Plangeber schließt generell ausgewiesenen Vorranggebiete Rohstoffgewinnung für eine windenergetische Nutzung aus. Rohstofflagerstätten werden jedoch teilweise für Jahre und Jahrzehnte strategisch gesichert, so dass auch eine Zwischennutzung über 20 Jahre mit Windenergie möglich ist. In Absprache mit dem Bergbaubetreiber kann hier individuell verhandelt und sich geeinigt werden zum gegenseitigen Nutzen, sind doch gerade Bergbaubetreiber an Zwischenflächennutzungen und auch an Stromdirektlieferungen aus EE-Anlagen oftmals interessiert. Wir beantragen deshalb die Umwandlung des weichen Kriteriums W 03 in ein Restriktionskriterium (Einzelfallprüfung). Bemerkung zu Seite 63 IV.2.2.2. - Planungskonzept d) Kriterien B 29 und B 30 Die beiden Kriterien B 29 (Umfassungswirkung um Ortschaften) und B 30 (5 km -Mindestabstand zwischen den Außengrenzen benachbarter Windeneignungsgebiete) sind insbesondere dort Einzelfallbezogen zu prüfen, wo sich repoweringfähige WEA befinden. Beide Kriterien bewirken oftmals, dass sich diese WEA einem Repowering entziehen, obwohl sonstige Kriterien eingehalten werden. Das Repowering führt jedoch zu einer Anlagenreduzierung durch die größeren untereinander einzuhaltenden Abstände und somit zu einer Landschaftsbildentlastung, so dass wir beantragen, diese beiden Kriterien nicht beim Repowering anzuwenden. Verwiesen sei auch hier wieder auf den aus dem vergangenen Jahr vorliegenden Entwurf der Energiestrategie 2040 auf Seite 41: Das Repowering, als eine wichtige Säule beim Ausbau der Windenergie, muss durch einen geeigneten Rahmen gestärkt werden. Bisherige Standorte müssen einfacher für neue Anlagen weiter genutzt werden können. Bemerkung zu Seite 66 IV.2.2.2. - Planungskonzept e) cc) Wie der Plangeber selbst feststellt, reichen die ausgewiesenen Eignungsgebiete nicht aus, um die Ziele der Energiestrategie 2030 zu erreichen, d.h. dass 2 % der Regionsfläche der Windenergie in Form von ausgewiesenen WEG zur Verfügung gestellt werden. Auch im aktuell vorliegenden Entwurf der Energiestrategie 2040 ist auf Seite 41 vermerkt: Zur Realisierung der vorgenannten Ausbauziele ergibt sich eine notwendige Flächenbereitstellung von rund 2 % bis 2030 und mehr als 2 % der Landesfläche bis zum Jahr 2040. Auch die Bundesregierung möchte mindestens 2% der Landesfläche der Windenergie zur Verfügung stellen Im Koalitionsvertrag 2021 ist hier formuliert: Für die Windenergie an Land sollen zwei Prozent der Landesflächen ausgewiesen werden. In einer im Mai 2022 veröffentlichten „Analyse der Flächenverfügbarkeit für Windenergie an Land post-2030 - Ermittlung eines Verteilungsschlüssels für das 2-%-Flächenziel auf Basis einer Untersuchung der Flächenpotenziale der Bundesländer" im Auftrag des BMWK geht sogar von einer noch größeren Flächenverfügbarkeit von Brandenburg aus - Tabelle 4- 1 Seite 26 [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Im Folgenden wird eine Tabelle mit den Flächenpotenzialen in Prozent der Landesfläche für je beide Varianten des Basisszenarios und des Szenarios Windhöffigkeit dargestellt]. In einem möglich Verteilschlüssel über die Bundesländer in Tabelle 5-1 auf Seite 33 wird davon ausgegangen, dass Brandenburg, aufgrund der günstigen Verhältnisse, zwischen 2,2% und 2,4 % der Landesfläche für die Windenergienutzung zur Verfügung stellt, um das bundesweite Ziel von 2% zu schaffen (Anmerkung der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Regionalen Planungsstelle: Im Folgenden wird eine Tabelle mit einem möglichen Verteilungsschlüssel für das Zieljahr 2032 [2-%-Ziel] dargestellt). Auch der Plangeber für den vorliegenden Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 muss sich an diesen Vorgaben messen - die ausgewiesenen 1,64 % der Regionsfläche (1, 68% ohne Berücksichtigung der Wasserflächen) sind zu wenig, um der Prüfung des substanziellen Raumangebots zu genügen. Gebietsbezogenen Stellungnahme. WEG 12 – Nitzahn: Wir begrüßen die Ausweisung des WEG 12 - Nitzahn im aktuell vorliegenden Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, beantragen jedoch noch zusätzlich eine Flächenerweiterung nach Norden in der nachfolgenden Umgrenzung (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Im Folgenden wird eine Grafik mit dem WEG Nitzahn sowie einer Gebietserweiterung dargestellt). Alle vom Plangeber aufgestellten Kriterien werden bei der von uns beantragten erweiterten Gebietskulisse ebenfalls berücksichtigt. Die Erschließung ist über die östlich verlaufende Landesstraße L96 möglich, die im Süden an die Bundesstraße B 1 anschließt. Als Vorbelastung für das Gebiet vorhandene Wege im WEG können genutzt und als Zuwegung ertüchtigt werden. Durch bzw. angrenzend an das Gebiet verlaufen mehrere Stromleitungen (110 kV Kirchmöser - Nitzahn der DB Energie GmbH und 110 kV Ki-SWB 2, Ki-Wu3 von Avacon), die einerseits eine Vorbelastung des Gebietes, aber auch Möglichkeiten zur Netzeinspeisung bieten. Mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von 6,9 m/s auf einer Nabenhöhe von 169 m ü. G. sind die wirtschaftlichen Bedingungen mit einer Referenzgüte von 73,15 % nach EEG für eine windenergetische Nutzung sehr gut. Im ausgewiesenen WEG - Nitzahn ist der Bau von 6 WEA möglich, um insgesamt jährlich über 22 Mio. kWh Strom zu erzeugen und bilanziell 35.000 Haushalte zu versorgen. WEG 16 - Reesdorf Wir begrüßen die Ausweisung des WEG 16 - Reesdorf im aktuell vorliegenden Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Alle vom Plangeber aufgestellten Kriterien werden, nach unserer Prüfung, eingehalten. Das Gebiet ist durch die östlich angrenzende Autobahn BAB 9 sowie die querende Bahntrasse stark vorbelastet und daher gut für eine windenergetische Nutzung geeignet. Die Erschließung des Gebietes ist über den Kaniner Weg und im Gebiet durch teilweise ausgebaute Waldwirtschaftswege sehr gut möglich. Mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von 6,9 m/s auf einer Nabenhöhe von 169 m ü. G. sind die wirtschaftlichen Bedingungen mit einer Referenzgüte von 70% nach EEG für eine windenergetische Nutzung sehr gut. Alternativ zu den bereits genehmigten 12 WEA Nordex N 117 sind beispielsweise mindestens 8 WEA Vestas V1 62 6,0 MW mit 169 m Nabenhöhe möglich, womit rund 36. 500 Haushalte bilanziell mit Strom versorgt werden können. Laut hausinternen Untersuchungen sind im Gebiet artenschutzrechtliche Konflikte nicht zu erwarten. Fazit: Wir bitten um die Beachtung der vorgetragenen Belange im weiteren Verfahren zur Erarbeitung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2389	Bemerkung zu Seite 15 - III.2.4. Z 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft (2) a: Hier ist wie folgt formuliert: Bei der Flächennutzung werden die landwirtschaftliche Bodennutzung und die Energiegewinnung mittels einer Solaranlage auf derselben Landfläche kombiniert (sogenannte Agri Photovoltaik), so dass entsprechend DIN SPEC 91434:2021-05 die landwirtschaftliche Bewirtschaftung unter einer Aufständerung der Solarmodule in Höhe von mindestens 2,10 Meter oder zwischen bodennahen Modulreihen durchführbar ist und der landwirtschaftliche Flächenverlust durch die Solaranlage nicht mehr als 10 Prozent für hoch aufgeständerte bzw. 15 Prozent für bodennahe Solarmodule beträgt. Dies ist eine sehr fortschrittliche Ausführung und beispielhaft auch für andere Planungsregionen und Regionalpläne!	Die Zustimmung für die Ausnahmeformulierung für Agri-Photovoltaik wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2390	Bemerkung zu Seite 16 - III.2.4. Z 2.4. Vorranggebiete für die Landwirtschaft (3): Hier ist wie folgt formuliert: Weitere Ausnahmen von Absatz 1 sind unter der Voraussetzung möglich, dass das raumbedeutsame Vorhaben, insbesondere für eine linienhafte Infrastruktur, nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb der Vorrangbiete für die Landwirtschaft durchgeführt werden kann, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung minimiert wird. Hier stellt sich die Frage, wer diese Minimierung beurteilen kann - dies ist eine sehr dehnbare Formulierung.	Die Minimierung der Beeinträchtigung hängt vom einzelnen Vorhaben ab und kann daher nicht pauschal bestimmt werden.
TÖB-Nr.: 2143 / Familienbetriebe Land und Forst Brandenburg e. V.		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1940	Von der im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eröffneten Möglichkeit einer Stellungnahme zum Planentwurf machen wir, die Familienbetriebe Land und Forst Brandenburg e.V., sowohl als Verband zur Vertretung von Grundeigentümerinteressen als auch für die von unserem Verband vertretenen und in der Planungsregion persönlich ansässigen oder zumindest grundbesitzmäßig betroffenen Verbandsmitglieder wie folgt Gebrauch:	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1941	1. Vorbemerkung Aufgrund der aktuellen Situation (u.a. Ukraine-Krieg) und der damit einhergehenden, u.a. auf den Energie- wie auch Ernährungssektor unmittelbar durchschlagenden gravierenden Entwicklungen dürfte sich die vorliegende Planung, der zum Beschlusszeitpunkt noch ein ganz anderes globales Szenario zugrunde lag, als Makulatur erweisen. Wir gehen deshalb davon aus, dass im Licht der neuen Lage ohnehin eine Neubewertung und Überarbeitung der bisherigen Planung erfolgt, um den Herausforderungen der aktuellen Krise auch auf regionaler Ebene perspektivisch Rechnung tragen zu können.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Die seit 2022 geänderte Gesetzeslage wurde mit Aufstellung und Inkrafttreten des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 bereits berücksichtigt.
BE-ID: 1942	2. Anmerkungen Die derzeit und auch absehbar „großen" Themen Klimawandel, Energiebedarf und Ernährungssituation wirken unmittelbar auch auf die Regionalplanung ein und berühren die dort thematisch abgehandelten Felder • Siedlung • Hochwasserschutz • Windenergienutzung • Oberflächennahe Rohstoffe und • Landwirtschaft in der einen oder anderen Weise. Wir sind in unseren Anmerkungen zu einzelnen Themenfeldern dabei vor allem auf eigentumsrelevante Fragen fokussiert. Im Einzelnen:	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Siedlung		
BE-ID: 1943	a) Siedlung Wir sind uns der Tatsache voraussichtlichen Bevölkerungszuwachses in der Planungsregion bewusst, sehen angesichts der damit einhergehenden verstärkten Inanspruchnahme von Fläche für Wohnen wie Gewerbe allerdings mit Sorge den fortschreitenden Grad der Versiegelung von land- und/oder forstwirtschaftlicher Nutzfläche. Da bei Eingriffen regelmäßig auch flächenhafter, zumeist regionaler Ausgleich erforderlich ist, kommt es praktisch zu „doppelter" Belastung für Land- und Forstwirtschaft (sog. ,,Flächenfraß"). Dem Grundsatz „Entsiegelung" vor „Versiegelung" muss Rechnung getragen werden, um keine insbesondere für Ernährung und Klima, aber auch für die Energiegewinnung erforderliche Fläche zu verlieren.	Die Anregung ist nachvollziehbar. Eine Planänderung geht damit nicht einher. Die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung zielt bereits auf konfliktarme Lagen, auch in Bezug auf Erhalt von Flächen für die Land- und Forstwirtschaft. In diesem Prozess werden insbesondere Wald und Waldfunktionen entsprechend berücksichtigt. Zudem ist es Ziel der Festlegung von Vorranggebieten Siedlung, nachhaltig auf bestehende Siedlungsstrukturen mit guten Versorgungs- und Erreichbarkeitsmerkmalen zu fokussieren. Dieses raumordnerische Instrument ergänzt die landesplanerischen Festlegungen im LEP HR, z.B. G 5.1 Innenentwicklung und Funktionsmischung, G 5.10 Nachnutzung von Konversionsflächen. Damit erfolgt eine weitgehende raumordnerische Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Flächenansprüchen Siedlung, Land-, Forst- und Energiewirtschaft.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 1944	b) Hochwasserschutz Das Kapitel zu vorbeugendem Hochwasserschutz erscheint uns unter Planungsaspekten grundsätzlich sachgerecht abgehandelt, die getätigten Annahmen nachvollziehbar begründet und insbesondere die identifizierten Retentionsräume plausibel ausgewählt.	Die Einschätzung des Stellungnehmenden wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1945	c) Windenergienutzung Hier gilt das in der Eingangsbemerkung bereits Ausgeführte: Nach Maßgabe des sog. ,,Osterpakets" und in der Folge des ebenfalls bereits in der Umsetzung befindlichen „Sommerpakets" des Wirtschafts- und Energieministeriums dürften insbesondere die festgesetzten Abstandskriterien von Windenergieanlagen (WEA) zu Wohnbebauung auf den Prüfstand kommen, wenn die gesetzlichen Landesvorgaben insgesamt nicht in der vorgesehen Zeit erreicht werden. Auch wenn Brandenburg insgesamt und insofern auch die Region Havelland-Fläming gewiss nicht zu den hotspots der Verhinderung von Windparks zählen, sollte(n) • der Mindestgrößen-Ansatz von 25 ha und mindestens 3 WEA für den Ausweis von Eignungsgebieten überdacht und stattdessen auch kleinteiligere Lösungen ermöglicht werden • die der Planung zugrunde gelegte Referenz-WEA den aktuellen Baumustern mit durchweg höheren Bau- und Leistungsdaten angepasst werden • die Abstandszonen der harten wie weichen Tabu-Kriterien (mindestens) den neuen - bundeseinheitlichen - Anforderungen entsprechen • Naturschutzgebiete ebenso wie im Verfahren befindliche Naturschutzgebiete nicht per se aus dem Fokus genommen, sondern, ggf. differenziert nach jeweiligem Schutzgegenstand, eine Bebauung mit WEA jedenfalls dann ermöglichen, wenn keine Kollision mit geschützten Rechtsgütern zu erwarten ist (viele Schutzgebiete verfügen über z.T. reichliche „Pufferflächen", die nicht von schutzbedürftiger Fauna oder Flora in Anspruch genommen wird). Vorstehende Ausführungen gelten erst Recht für Landschaftsschutzgebiete • aufgrund neuerer Erkenntnisse die allein mit der Rechtsauffassung des OVG BerlinBrandenburg begründete - vermeintliche - Unvereinbarkeit von PV-Freiflächenanlagen und WEA einer Überprüfung unterzogen werden. Die vor allem physikalisch (Schattenwurf) begründete Ansicht, könnte sich unter wirtschaftlichem Blickwinkel durchaus anders darstellen und die Sinnhaftigkeit eines generellen Ausschlusses in Frage stellen • die Waldfunktionskartierung einschließlich der damit einhergehenden Festsetzungen keineswegs unkritisch übernommen werden. Es hat sich in der Praxis herausgestellt, dass die Waldfunktionskartierung keineswegs stets den Anforderungen an eine differenzierte Betrachtung {,,Ist-Zustand") gerecht wird, weil schon die landesseitig verwendete Software Anlass zu erheblicher Kritik geliefert hat, da sie nicht in der Lage war, bei großen Flächeneinheiten deren unterschiedliche Waldfunktionen zu dokumentieren und folglich zu „grobe" Bilder geliefert hat Unter Berücksichtigung der energie- und klimapolitischen Zielsetzungen des Landes dürfte bei Umsetzung auch nur eines Teils der vorstehenden Hinweise sich die Potentialfläche in einer Weise vergrößern, die dem in den Randziffern 271ff konstatierten strukturellen Defizit Rechnung trägt und dieses kompensiert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 1946	d) Oberflächennahe Rohstoffe: Auch hier dürfte die aktuelle Entwicklung die der Planung zugrunde gelegten Annahmen zumindest zum Teil obsolet machen. Die Nachfrage z.B. nach Kies als Zuschlagstoff zu Beton für konstruktive Zwecke wird definitiv zurückgehen, weil die energieintensive Zementindustrie, die in hohem Maße von Gasimporten abhängig ist, zu wesentlichen Teilen von anderen Baumaterialien (u.a. Holz) substituiert werden dürfte. Gleiches gilt für das noch von der Planung - auch perspektivisch - angenommene niedrige Zinsniveau, das eine hohe Investitionsbereitschaft in Bauobjekte zugelassen hat. Mit den drastisch	Die getroffene Feststellung zur Nachfrage nach Rohstoffen wird zur Kenntnis genommen und führt zu keiner Planänderung. Begründung: Eine entwicklungsspezifische Wertsetzung nimmt die Planungsgemeinschaft über die von der Fachbehörde LBGR im Rahmen der fachlichen Einschätzung als Fachbeitrag zur Sicherungswürdigkeit von Rohstoffflächen vorgenommenen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	gestiegenen Zinsen, einer massiven Inflation und eklatantem Mangel insbesondere an verfügbarem Gas befinden wir uns längst in einer völlig veränderten Kulisse, deren Rahmenbedingungen die vorliegende Planung nicht wiederspiegelt.	wirtschaftlichen Wertigkeiten nicht vor.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) Planungskonzept		
BE-ID: 1947	e) Landwirtschaft: Schon das Planungskonzept mit der Festsetzung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft bei gleichzeitigem Ausschluss damit verbundener anderweitiger Nutzungen greift tief in die unternehmerische Freiheit der davon betroffenen Land- und Forstwirte ein, limitiert Handlungsoptionen und sollte grundsätzlich überdacht werden. Regionalplanerische Vorgaben sollten angesichts des objektiven Fehlens jeglicher „Patentrezepte", wie auf den Klimawandel und insbesondere die aktuell stark in das Blickfeld gerückte Sicherung der Ernährung (hier insbesondere im Sinne ausreichender Flächenverfügbarkeit) bei der Anlage und Bewirtschaftung von Flächen, z.B. von Wald, zu reagieren ist, jedenfalls nicht in Form pauschaler Grenzwerte festgelegt werden. Dies gilt beispielsweise für den in RdNr. 355 verfolgten Ansatz einer Ackerwertzahl von 24 (bei einer Skalenspreizung von 0 - 120 und einem Durchschnittswert für ganz Brandenburg von 32). Stattdessen sollte man, ganz im Sinne der Zulassung höchstmöglichen Experimentierens mit einer Vielzahl von Akteuren, die Land- und Forstwirte in eigener Verantwortung entscheiden lassen, wie diese mit Acker, Grünland, Mooren oder auch Wald umgehen. Schon weil sie nicht am Ast der eigenen Existenz sägen, dürften sie aus eigenem Antrieb sowohl wirtschaftliche als auch nachhaltige Strategien entwickeln, die letzten Endes der Region zugutekommen. Aus unserer Sicht überholt ist auch die vom zuständigen Ministerium (heute MLUK) vertretene Auffassung, dass sich Schutzzonen (Zone III) von Wasserschutzgebieten und Landwirtschaft per se wechselseitig ausschließen sollten. Der sachgerechte, d.h. nach guter landwirtschaftlicher Praxis erfolgende Eintrag von Dünger und Pflanzenschutzmitteln als möglichen Gefährdungsquellen für das Grundwasser stellt nachweislich kein Risiko für die Wasserversorgung dar. Gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft erweist sich auch in FFH-Gebieten, hier insbesondere in Vogelschutzgebieten, keineswegs stets als kritisch, sondern bedarf einer Betrachtung des Einzelfalles. Wir begrüßen die entsprechende Einstufung der „übrigen Teilbereiche" (RdNr. 370) insoweit ausdrücklich. Demgegenüber ist die These, wonach Land- und Forstwirtschaft „in der Regel durch einen finanziellen Ausgleich kompensiert" würden, wenn sie mit naturschutzrechtlichen Einschränkungen konfrontiert sind, in dieser Pauschalität schlicht falsch. Kompensation ist oftmals, wenn überhaupt, nur für landwirtschaftliche Beschränken, nicht aber auch in gleicher Weise im Wald zu erlangen. Dort aber liegt der Schwerpunkt der FFH-Gebiete des Landes. Für das Kapitel zu den „Freiflächenanlagen zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie" (FF-PV) gilt das bereits oben im Zusammenhang mit Oster- und Sommerpaketen Ausgeführte. Auch hier dürften kurzfristig neue Rahmenbedingungen gesetzt werden, die eine grundlegende Überarbeitung der Planung dieses Kapitels erforderlich machen. Soweit zunächst unsere Anmerkungen zum aktuellen Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Die landwirtschaftliche Bodennutzung in Wasserschutzgebieten der Zone III kann unter Beachtung der Bewirtschaftungsvorgaben der Wasserbehörden in diesen Gebieten weiterhin erfolgen. Eine Festlegung als Vorranggebiete Landwirtschaft erfolgt dennoch nicht, um Nutzungskonflikte zu vermeiden. Die Formulierung zum finanziellen Ausgleich für Einschränkungen der Land- und Forstwirtschaft unter Bezugnahme zu § 32 Abs. 1 Satz 4 BNatSchG (Rn. 371 des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021) suggeriert die Ausgleichspraxis und wurde überarbeitet. Im Zweiten Regionalplanentwurf (Rn. 255) wird nun auch auf die entsprechenden Regelungen im Land Brandenburg Bezug genommen. Der landwirtschaftlichen Bodennutzung entgegenstehende Vorhaben sollen mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete gelenkt werden. Für Agri-PV gilt auch im Zweiten Regionalplanentwurf eine Ausnahmeregelung (Absatz 2 der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft). Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern.
TÖB-Nr.: 2147 / BFU-Brandenburgische Flächen und Umwelt GmbH		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1887	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 gibt die BFU - Brandenburgische Flächen und Umwelt GmbH, Nordparkstraße 30 in 03044 Cottbus, vertreten durch den Geschäftsführer - [Name anonymisiert] , folgende Stellungnahme ab: Die BFU - Brandenburgische Flächen und Umwelt GmbH ist als Dienstleister für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb des Landes Brandenburg tätig und kompensiert Eingriffe Dritter in deren Auftrag in Wald, Natur und Landschaft. Hierbei war und ist die BFU - GmbH innerhalb der Planungsregion Havelland-Fläming, insbesondere durch die Legitimation von lokalen Akteuren, d.h. Eigentümer und/oder Landwirtschaftsbetrieb tätig. Hervorzuheben ist ein maßgebliches Verfahren im Landkreis Potsdam-Mittelmark die zur Erstaufforstung gemäß § 9 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) auf einer Fläche von circa 727,43 ha (Anlage mehrerer Waldflächen mit Waldrandgestaltung). Im Rahmen der Unterrichtung über den Untersuchungsraum (Scoping) nach § 15 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung hatte hier die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming mit Schreiben vom 27.07.2020 / Az.: 6cd_8994_xw Stellung genommen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 1888	Der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 tätigt die Einordnung der landwirtschaftlichen Bodennutzung in das Planungskonzept des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 mit dem Bearbeitungsstand: April 2019 - Vorranggebiete für die Landwirtschaft (als Ziel der Raumordnung) und die Aktualisierung bzw. Ergänzung zum Kapitel 2.4 landwirtschaftliche Bodennutzung - Planungskonzept Vorranggebiete für die Landwirtschaft, mit dem Bearbeitungstand September 2021. Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Raumplanung wird gemäß§ 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG bestimmt. Demnach sind die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen sowie Natur und Landschaft zu pflegen und zu gestalten. Ein Vorranggebiet ist für eine bestimmte raumbedeutsame Funktion oder Nutzung vorgesehen. Andere raumbedeutsame Nutzungen sind in diesem Gebiet ausgeschlossen, soweit diese mit der vorrangigen Funktion, Nutzung oder den Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind. Insofern dienen Vorranggebiete entweder der Sicherung standortgebundener Nutzungen oder Funktionen oder deren gezielter Entwicklung in einem bestimmten Gebiet. Ein Vorranggebiet hat den Charakter eines Ziels der Raumordnung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG; es ist damit endgültig abgewogen und lässt den Adressaten keinen diesbezüglichen Entscheidungsspielraum, wohl aber einen Ausformungsspielraum auf den Ebenen der Regional - und Bauleitplanung. Die Festlegung eines Vorranggebiets bedeutet insofern eine unmittelbare Durchgriffswirkung auf das Bauplanungsrecht(> Baurecht). In der praktischen Regionalplanung wird es jedoch zunehmend schwieriger, die Anforderung an eine planerische Letztabwägung zu erfüllen und sicherzustellen, dass sich der vorrangige Belang gegenüber anderen Belangen (zumindest nach den Erkenntnissen auf der regionalplanerischen Ebene) durchsetzen kann. Diese Nachweisführung wird immer detaillierter und aufwendiger, wie bereits das Thema Artenschutz zeigt, und überfordert häufig Maßstab und Regelungstatbestände der Regionalplanung. Regionalplanung ist auf Flächensicherung beschränkt und kann z. B. an eine Vorrangfestlegung keine Auflagen binden, die die Wahrung anderer Belange bei ansonsten durchschlagendem Vorrang sicherstellen könnte. [Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung/ Dietmar Scholich / Vorranggebiet, Vorbehaltsgebiet und Eignungsgebiet / S. 2843)	Die überwiegend zutreffenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es ist nicht erkennbar, dass mit ihnen Änderungen am Planentwurf angeregt werden sollen.
BE-ID: 1890	Den vielfältigen Raum der Planungsregion Havelland-Fläming mittels planerischen Handelns und entsprechende planerische Steuerung zu gestalten, gelingt dem Planentwurf nicht. Er missachtet insbesondere die für die Raumplanung bestimmten Säulen und Ziele im ländlichen Raum in der Landnutzung: [1] Land-	Das Raumordnungsgesetz (ROG) bildet den übergeordneten Rechtsrahmen für die räumliche Entwicklung und Ordnung und enthält auch wesentliche Vorgaben, die den "Dreiklang" von Land-

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
und [2] Forstwirtschaft und [3] Natur und Landschaftspflege als üblicher Dreiklang innerhalb des ländlichen Raumes. Er missachtet die konkreten Eigentums- und Besitzverhältnisse, insbesondere die für die Region typischen landwirtschaftlichen Pachtverhältnisse zwischen den jeweiligen Eigentümern als Verpächter und landwirtschaftlichen Betrieben als Pächter. Zugleich wird dem Eigentümer und Landwirtschaftsbetrieb die Landnutzung im o.g. skizzierten Dreiklang innerhalb des ländlichen Raumes entzogen. Hierfür zeigt der Planentwurf jedoch keine Lösungen auf. Vielmehr verhindert er, insbesondere durch die Plansätze Z. 2.4 - Vorranggebiete für die Landwirtschaft - die mögliche und notwendige Entwicklung in der Biodiversität gemäß dem Gesetz zum übereinkommen über die biologische Vielfalt vom 30.08.1993 (BGBI. II S. 1741) und lässt die Entwicklung an offensichtlichsten klimatischen Veränderungen für den Boden und Umwelt und damit für die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen gar nicht erkennen.	und Forstwirtschaft sowie Natur- und Landschaftspflege im ländlichen Raum berühren. Dabei wird in der Raumordnung ein Ausgleich der unterschiedlichen Interessen und Nutzungen angestrebt. Es handelt sich bei der Berücksichtigung landwirtschaftlicher, forstlicher und naturschutzrelevanter Belange jedoch weniger um ein starres Korsett, das in allen Fällen zwingend in Form von detaillierten Festlegungen umgesetzt werden muss, als vielmehr um einen integrativen Gestaltungsansatz innerhalb der planungsrechtlichen Rahmenbedingungen. Im Gegensatz zu den Bereichen Natur und Forstwirtschaft stehen für die Landwirtschaft keine eigenen fachgesetzlichen Sicherungsinstrumente zur Verfügung. Im Rahmen der Regionalplanung kann dieses Missverhältnis ausgeglichen werden. Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) trifft Festlegungen zum Freiraum bzw. Freiraumverbund. Darüber wird bereits ein großer Teil von schutzwürdigen Flächen, die u. a. dem Arten- und Biotopschutz dienen, sowie Wald als abschließendes Ziel der Raumordnung geschützt. Für die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung gilt der Grundsatz 6.1 Absatz 2 LEP HR. Bei einer Festlegung eines Grundsatzes kann davon ausgegangen werden, dass die landwirtschaftliche Nutzung regelmäßig in Abwägungsprozessen anderen Nutzungsinteressen unterliegt. Aus diesem Grund wird der landesplanerische Grundsatz im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 durch eine Zielfestlegung konkretisiert, welche die landwirtschaftliche Bodennutzung wirksam sichert. Bei der Festlegung von Vorranggebieten orientiert sich die Regionalplanung primär an den übergeordneten Zielen der Raumordnung, der nachhaltigen Entwicklung und der effizienten Nutzung von Flächen. Die Eigentümersituation der betroffenen Grundstücke spielt dabei keine Rolle, da es sich um eine rein funktionale Entscheidung handelt, die auf objektiven Kriterien wie Flächennutzung, Infrastruktur, Umweltauswirkungen und regionalen Entwicklungszielen beruht. Eine Berücksichtigung individueller Eigentumsverhältnisse würde nicht nur dem Gleichbehandlungsgrundsatz widersprechen, sondern auch den Grundsätzen der Raumordnung entgegenstehen. Somit wird gewährleistet, dass alle Grundstücke, ungeachtet ihrer Eigentümerstruktur, unter denselben sachlichen und rechtlich abgesicherten Kriterien bewertet werden. Das Grundrecht am Eigentum ist zwar geschützt, doch steht das Eigentum nicht uneingeschränkt zur Verfügung. Es unterliegt verschiedenen öffentlich-rechtlichen Regelungen und Interessenabwägungen. So sind Flächeneigentümer bei der Nutzung (einschließlich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Umnutzung) u. a. an das Baurecht und Raumordnungsrecht gebunden, indem die Festsetzungen von Bebauungsplänen und regionalen Planungszielen zu beachten sind. Mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft werden Flächeneigentümer nicht enteignet, sondern die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung gesichert. Über die Art der landwirtschaftlichen Nutzung wird bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft keine Aussage getroffen. Es wird grundsätzlich von der nach § 17 BBodSchG „guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft“ ausgegangen. Sowohl das Gesetz zur Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt als auch der § 17 des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) verfolgen im Kern das Ziel, eine nachhaltige Nutzung und den Schutz natürlicher Ressourcen zu gewährleisten – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. § 17 BBodSchG befasst sich insbesondere mit dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung des Bodens. Dabei steht die Verhinderung einer schädlichen Bodenversalzung, -verdichtung, Erosion oder sonstiger wesentlicher Beeinträchtigungen im Vordergrund, was auch indirekt einen wichtigen Beitrag zum biodiversitätsförderlichen Landschaftsmanagement leistet.
BE-ID: 1893	Weiterhin sind die Aspekte und Rechtslagen nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, 24.03.2021, 1 BvR 2656/18 u.a.) und dem damit verbundenen neuen Klimaschutzgesetz für Flächeneigentümer und Landnutzer zu berücksichtigen. Die vom BVerfG verlangte intergenerationelle Freiheitssicherung hat auch Auswirkungen auf die Nutzung des Grundeigentums, sofern die Eigentumsnutzung mit der Emission von Treibhausgasen bzw. der Erhaltung von Treibhausgas-Senken verbunden ist, wie es beispielsweise bei der Land-und Forstwirtschaft sowie Natur und Landschaftspflege der Fall ist. Eine wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Produktion im Haupterwerb ist stetig im Wandel und unterliegt gemäß der Natur der Sache einer stetigen Anpassung. Dies kann nur die Möglichkeit der multifunktionalen Flächennutzung für den Eigentümer und/oder Landwirtschaftsbetrieb gewährleisten. Das Thema der Vorranggebiete Landwirtschaft zur Sicherung der Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe ist zwar gut gemeint aber innerhalb dieser Region wird es für die Eigentümer der Fläche und/oder landwirtschaftliche Betriebe nicht guttun. Vielmehr isolieren Vorranggebiete für die Landwirtschaft, als Ziel der Raumordnung, die Möglichkeit der angepassten Fortentwicklung im ländlich geprägten Räumen von Brandenburg. Es ist im Ansatz zu erkennen, dass diese Isolation auf die ausschließliche landwirtschaftliche Nutzung zur Urproduktion für den Eigentümer und/oder Landwirtschaftsbetrieb innerhalb des Landes Brandenburg, innerhalb von Deutschland und innerhalb der EU zu einer deutlichen, wenn nicht gar massiven, ökologischen und ökonomischen Einschränkung und Benachteiligung führen wird. Der Beitrag zum Erhalt und zur Pflege der Kulturlandschaft und damit neben der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen als gesellschaftliche Leistung, wird dann tatsächlich kaum wertgeschätzt. In Beachtung der erbrachten bzw. zu erbringenden einmaligen Investitionen und langjährigen Nutzungsformen kann der Aspekt des landwirtschaftlichen Vorranggebietes auf die Flächen mit Feldberegnung angelegte und geplante landwirtschaftliche Dauerkulturen erstreckt werden, da über diese Flächen die Entscheidung über eine multifunktionale Flächennutzung	Mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft werden Ackerflächen mit einer besonderen regionalen Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion vor der Inanspruchnahme durch andere Nutzungen geschützt. Es ist ausreichend gerechtfertigt, andere Nutzungen auf andere Standorte zu verweisen, die für die landwirtschaftliche Produktion weniger von Bedeutung sind. Eine Nutzung, die nicht mit der landwirtschaftlichen Bodennutzung nach § 17 BBodSchG vereinbar ist, wie z. B. ein großflächiges Aufforstungsvorhaben, kann auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft realisiert werden. Dafür steht ausreichend Raum zur Verfügung. Das geänderte Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft im Zweiten Regionalplanentwurf bewertet die Vorrangwürdigkeit von Ackerflächen differenziert nach Teilräumen mit jeweils unterschiedlichen maßgeblichen Ackerzahlen (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch erhalten Aufforstungsvorhaben eine größere Berücksichtigung. In den großen Teilgebieten I und II können Aufforstungen nun auch auf Ackerflächen mit höheren Bodenpunkten grundsätzlich umgesetzt werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	durch den Eigentümer und/oder Landwirtschaftsbetrieb getroffen werden und es hier zugleich einer planerischen Absicherung bedarf.	
BE-ID: 1894	Mit Blick aus der Lausitz und der im Strukturwandel befindlichen Energieregion bleibt in Beachtung der aktuellen geopolitischen Lage und aktuellen Risiken der Sicherheiten der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie für die Bevölkerung auch für die Planungsregion Havelland-Fläming die Einbeziehung der Landwirtschaft für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz bei der Energieerzeugung in allen Formen der Erneuerbaren Energien von Nöten. Die Erzeugung erneuerbarer Energien ist ein wesentlicher Bestandteil in puncto Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Der Vorteil liegt in der Nutzung von Energieträgern, die im Gegensatz zu fossilen Energieträgern wie Kohle oder Erdgas unendlich zur Verfügung stehen beziehungsweise in kürzerer Zeit wieder nachwachsen können. Energie nachhaltig zu erzeugen ist für viele Landwirtinnen und Landwirte eine Selbstverständlichkeit. Sie haben früh das Potenzial dieser Technologien erkannt. Durch diese und andere Maßnahmen haben sie ihre Betriebe auf die Zukunft und die Eindämmung des Klimawandels ausgerichtet und sind zugleich zu Energiewirten geworden. Neben den vorgenannten Aspekten zur Kultur- und Landschaftspflege durch aktive Land- und Forstwirtschaft sind Erneuerbare Energien in der Landwirtschaft angekommen und fest Arbeits- und Lebensbestandteil geworden. Die Thematik der Vorranggebiete für die Landwirtschaft auf der Basis der Vergangenheit ist nicht durch das Bundeskabinett im April 2022 verabschiedete » Osterpaket « Anlage 4 Überblickspapier Osterpaket vom 06.04.2022 / Seiten 1 bis 9 „ Wir machen es zu unserer gemeinsamen Mission, den Ausbau der Erneuerbaren Energien drastisch zu beschleunigen und alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen." konform ausgestaltet. Vielmehr sind aus den im Rahmen des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren, welches auf über 500 Seiten folgende Einzelgesetze umfasst: das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG), das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG), das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) weitere Gesetze und Verordnungen im Energierecht. die damit verbundenen grundlegenden (Neu-)Ausrichtungen und (Neu-)Auswirkungen für den erforderlichen Dreiklang im ländlichen Raum zu beachten und zu bewerten.	Der Ausbau der erneuerbaren Energien kann außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft erfolgen. Zudem wird der Ausbau der Windenergienutzung mit dem nunmehr rechtskräftigen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 geregelt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 Zu Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1891	Beurteilung der Sensitivität der Böden gegenüber Trockenheit mit stärkerer Gewichtung der nutzbaren Feldkapazität im effektiven Wurzelraum - nach INKA BB - und zusammenfassende Klassifizierung der Klimarobustheit basiert auf einem Bearbeitungsstand des INKA-BB-Projekts aus dem Jahr 2014! Die Folgen des Klimawandels prägen sich regional unterschiedlich aus. Daher muss die Anpassung an den Klimawandel regional spezifisch gestaltet werden. Es werden in dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht die vergangenen und aktuellen Entwicklungen und die Erkenntniswerte aus den letzten Dürrejahren berücksichtigt: Anlage 1 Dürre die nicht enden mag/ 13.01.2020 /Seiten 1 bis 4 Quelle: Spekrtum.de Anlage 2 Dürremonitor Deutschland/ 06.08.2022 / Seiten 1 bis 6 Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Link: https://www.ufz.de/index.php?de=37937 Anlage 3.1. und 3.2. exemplarisch die Übersichten der letzten 12 Monate für Gesamtboden - historisch 06.08.2022 / Seiten 1 - 12 exemplarisch die Übersichten der letzten 12 Monate für Oberboden - historisch 06.08.2022 / Seiten 1 - 12 Aktuelle fachliche und wissenschaftliche Quellen werden in der Bewertung und Begründung nicht einbezogen. Da Landwirtschaft nicht nur von den Verhältnissen des Bodens, sondern auch unmittelbar vom Niederschlag abhängig ist, wird eine fehlerhafte und falsche Schlussfolgerung gezogen. Das gezogene bzw. herausgefilterte Ergebnis in der Bewertung aller Standorte mit einer Ackerzahl von mindestens 24 als ertragreich und alle Flächen mit einer geringeren	Die methodische Herangehensweise aus dem Projekt INKA BB diente als Grundlage für die Operationalisierung der Planungskriterien. Dass der Bearbeitungsstand des Projekt aus dem Jahr 2014 stammt, ändert nichts an den zugrunde gelegten Kriterien und der Aktualität der bei der Ausarbeitung des Regionalplans verwendeten Daten. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht im Zweiten Regionalplanentwurf eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Auch die Klassifizierung der Parameter für das Kriterium Klimarobustheit

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Ackerzahl als ertragsarm zu klassifizieren ist daher als willkürlich anzusehen. Mit Schreiben vom 27.07.2020 / Az.: 6cd_8994_xw wurde im Rahmen der Stellungnahme seitens der Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming noch die Ackerzahl von 28 als ertragreich benannt. Mithin sind die maßgeblichen landwirtschaftlichen Erträge oder vielmehr fehlende Erträge und damit verbundenen Verluste aus den Dürrejahren 2018 / 2019 und 2020 in der landwirtschaftlichen Nutzung innerhalb der Planungsregion völlig unberücksichtigt geblieben.	wurde teilweise geändert. Die im Ersten Regionalplanentwurf übernommene Bewertung aus dem Projekt INKA BB wird nicht mehr angewandt. Stattdessen wird die ursprüngliche Bewertung der Bodenwasserverhältnisse des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe übernommen. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
BE-ID: 1892	Darüber hinaus sind die Aspekte der Landwirtschaft auch gar nicht mit der aktuellen und künftigen EU-Agrarpolitik und Förderung abgestimmt. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gehört seit Beginn der Einigung Europas zu den wichtigsten Aufgabenfeldern europäischer Politik. Dem Wandel der Lebensverhältnisse in Europa wurde die GAP immer wieder angepasst. Globalisierung, Klimawandel und die Stärkung des ländlichen Raums werden das zukünftige Profil der GAP prägen. Dabei steht die Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen sozialer und ökologischer Verantwortung sowie wirtschaftlicher Notwendigkeiten für nachhaltiges unternehmerisches Handeln. Im Dezember 2021 hat die EU-Kommission die EU-Substainable-Carbon-CyclesCommunication vorgelegt. Darin wir angestrebt, das unübersichtliche Geflecht von Vorhaben des EU Green Deals, etwa aus dem Fit-for-55-Paket oder der EU-Farm-to-Fork-Strategie, entlang des Dreiklangs von Kohlenstoffmonitoring und Klimabilanzierung und Kohlenstoffbindung aufzufächern und integriert zu betrachten. Hierbei wird besonders das für die Land- und Forstwirtschaft wichtige Thema des Ausbaus der Kohlenstoffbindung von Böden und Wäldern (Carbon Farming) thematisiert. Zu diesem Zweck wird die EU-Kommission bis Ende 2022 einen EU-Rechtsrahmen für die Zertifizierung des C02-Abbaus vorschlagen. Der Zertifizierungsrahmen sollte die transparente Identifizierung von C02-Landwirtschaft und industriellen Lösungen gewährleisten, die eindeutig Kohlenstoff aus der Atmosphäre entfernen. Es wird hinsichtlich dieses Zieles deutlich, dass die land- und forstwirtschaftlichen Emissionen für den einzelnen Betrieb zwar gemeinsam zu bilanzieren sind, aber für Tierhaltung und Ackerbau auf der einen und für Landnutzung und Waldwirtschaft auf der anderen Seite jeweils eigenständige Minderungs- und Senkungsziele zu erhalten sind, um eigenständige Minderungs- und Senkungsziele zu erlangen. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming sollte sich in dem Verständnis der Landwirtschaft des 21. Jahrhundert und nicht im Rückblick auf die Versäumnisse der letzten Dekaden stärker darauf zu konzentrieren, Kohlenstoffbindung im Boden und Wald zu erreichen, anstatt fatale Nutzungseinschränkungen und Stilllegungen zu forcieren, sondern vor allem im bioökonomischen Einsatz land- und forstwirtschaftlich erzeugter Rohstoffe und Erzeugnisse gar in Baustoffen und Holzprodukten zu ermöglichen. Es bleibt völlig unklar, welche Rolle die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming eine Ermöglichung und gar Anerkennung von Ökosystemleistungen im System der klimapolitischen Maßnahmen aus dem alleinigen Ziel der Vorranggebiete für die Landwirtschaft zuordnen möchte und zuordnen kann. Im Sinne einer raschen Unterstützung der Betriebe im ländlichen Raum, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft und deren unterdurchschnittlichen ertragsschwachen Böden innerhalb des Landes Brandenburg sowie innerhalb der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, wäre es hilfreich, diese gezielt mit Ökosystemdienstleistungen Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Biodiversitätsschutz zu begleiten, anstatt einzuschränken.	Die Zielsetzungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Bezug auf die Reduktion von CO2 beeinflussen nicht die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft und stehen ihr auch nicht entgegen. Über die Art der landwirtschaftlichen Nutzung wird bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft keine Aussage getroffen. Es wird grundsätzlich von der nach § 17 BBodSchG „guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft“ ausgegangen. Eine angepasste Bewirtschaftung kann sowohl zu einer Verringerung des CO2-Ausstoßes als auch einer höheren Biodiversität in der Landwirtschaft beitragen. Die Landwirtschaft leistet zudem vielfältige Beiträge zu den Ökosystemleistungen, z. B. Versorgung (Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion), Regulierung (Kohlenstoffspeicherung in Boden und Vegetation, Regulation des Mikroklimas), Unterstützung (Agrobiodiversität, Korridore und Rückzugsorte für Tierarten) sowie Kultur und Erholung (regionale Identität, touristische Nutzung). Mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft werden Ackerflächen mit einer besonderen regionalen Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion vor der Inanspruchnahme durch andere Nutzungen geschützt. Es ist ausreichend gerechtfertigt, andere Nutzungen auf andere Standorte zu verweisen, die für die landwirtschaftliche Produktion weniger von Bedeutung sind.
TÖB-Nr.: 2149 / Rounds Energy		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1855	Wir nehmen Bezug auf die öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg vom 02. März 2022 (33. Jahrgang, Nr. 8) betreffend die Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming über die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021 (Entwurf des Regionalplans) und bedanken uns für die Möglichkeit, zu dem Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Stellung nehmen zu dürfen. Rounds Energy entwickelt und errichtet Energieerzeugungsanlagen, unter anderem Solarfreiflächenanlagen. Die nachfolgende Stellungnahme bezieht sich auf die textlichen Festlegungen im Entwurf des Regionalplans sowie die zeichnerischen Festlegungen in der Festlegungskarte zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 betreffend die landwirtschaftliche Bodennutzung und die Vorranggebiete für Landwirtschaft sowie das Planungskonzept für die Vorranggebiete für die Landwirtschaft aus September 2021 (Planungskonzept Vorranggebiete) und die Auswirkungen dieser Festlegungen auf die Nutzbarkeit der betroffenen Flächen für die Gewinnung erneuerbarer Energien durch Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-Freiflächenanlagen).	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1856	Von diesem Entwurf sind konkrete Solarprojektplanungen betroffen. Dabei bezieht sich diese Stellungnahme insbesondere auf die als landwirtschaftliches Vorranggebiet ausgewiesene und nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf belegene Fläche im Ortsteil Nunsdorf der Stadt Zossen im Landkreis Teltow-Fläming, die in östlicher Richtung an die L792 und in westlicher Richtung an die aus Nunsdorf hinausführende Dorfstraße angrenzt und deren begrenzten landwirtschaftlichen Wert bei gleichzeitig hohen ökonomischen Potenzials der Fläche für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie mittels PV-Freiflächenanlagen. Die textlichen und zeichnerischen Festlegungen für die Vorranggebiete Landwirtschaft machen eine Nutzung der betroffenen Flächen und insbesondere auch der Fläche nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf zu anderen Zwecken als der ausschließlich landwirtschaftlichen Nutzung aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen nur schwer möglich. In Anbetracht des Umstandes das die Bodenwerte in der Region äußerst niedrig sind und es sich fast ausschließlich um sehr ertragsarme Böden handelt (Entwurf des Regionalplans, S. 97), die wiederum sehr gut für die Platzierung von PV-Freiflächenanlagen geeignet sind (vgl. hierzu ausführlich unter III.) und unter Berücksichtigung der Belange der Energie- und Klimakrise (vgl. hierzu ausführlich unter 11.), sind diese erheblichen Einschränkungen bei der Flächennutzung (vgl. hierzu ausführlich unter 1.) weder sinnvoll noch zu rechtfertigen. Vielmehr ist es unter Berücksichtigung der aktuellen Gesamtgemengelage, zwingend erforderlich, dass Flächen für die Nutzung durch PV-Freiflächenanlagen zugänglich gemacht werden, da diese Anlagen eine schnelle, effiziente und ökonomische Energiegewinnung ermöglichen. Insbesondere die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf den internationalen und nationalen Energiemarkt, die angesichts der Klimakrise dringend erforderliche nachhaltige Abkehr von konventionellen Energieträgern sowie die wirtschaftlichen Belange der Landwirte im Plangebiet machen es erforderlich, dass Vorhaben zur Gewinnung von erneuerbaren Energien schnell und ökonomisch realisiert werden können. Nur so kann eine zuverlässige und kostengünstige Energieversorgung in Deutschland sichergestellt werden, die sich nicht negativ auf die Belange des Klimaschutzes niederschlägt. Diesen Bedürfnissen können die durch die Festlegungen im Entwurf des Regionalplans ermöglichten Agri-PV-Anlangen nicht gerecht werden. Denn anders als PV-Freiflächenanlagen sind Agri-PV-Anlagen noch nicht sonderlich weit in der Entwicklung vorangeschritten und aufgrund ihres Entwicklungsstandes in der Anschaffung sehr teuer und mit langen Planungs- und Lieferzeiten verbunden. Zudem ist ihre Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu klassischen PV-Freiflächenanlagen deutlich herabgesetzt. Insgesamt sind sie damit kein probates Mittel, um kurzfristig und	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Durch die Änderungen werden nördlich der Ortslage Nunsdorf entlang der Landesstraße L 792 keine Vorranggebiete Landwirtschaft mehr festgelegt. Vorhaben für die Gewinnung regenerativer Energien können grundsätzlich auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft realisiert werden. Hierfür steht ausreichend Raum zur Verfügung. In Bezug auf Agri-PV siehe BE ID 1857.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	in ökonomischer Art und Weise neue Bezugsquellen für Energie zu schaffen. Auch die durch die Festlegungen an Bundesautobahnen und Schienenwegen ermöglichten anderen PV-Anlagen sind in Anbetracht der Notwenigkeit, in kurzer Zeit möglichst viele nachhaltige Energiegewinnungsmöglichkeiten zu schaffen, nicht ausreichend. Denn diese Regelung betrifft nur einen äußerst geringen Anteil der Flächen in den Vorranggebieten für die Landwirtschaft.	
BE-ID: 1857	I. Festlegungen erschweren ökonomische und schnelle Realisierung von PV-Projekten erheblich Aufgrund der zeichnerischen und textlichen Festlegung ist in Bezug auf eine Vielzahl von Flächen im Planungsgebiet eine Nutzung der Flächen für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie nur schwer möglich und mit erheblichen Planungsunsicherheiten verbunden. Dies gilt unter anderem und insbesondere auch für nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf belegene Fläche, anhand der im Folgenden die faktische Verhinderungsplanung exemplarisch dargestellt werden soll. 1. Ausnahmsweise Zulässigkeit von Agri-PV-Anlagen nutzlos weil unwirtschaftlich und zeitintensiv Zunächst erlaubt die Regelung in Z 2.4 Abs. 2 lit. a des Entwurfs des Regionalplans in bestimmten Fällen eine kombinierte Nutzung von Flächen innerhalb der Vorranggebiete für die Landwirtschaft. Die Flächen sollen danach nicht nur zu landwirtschaftlichen Zwecken, sondern daneben auch zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie durch Agri-PV-Anlagen genutzt werden können. Dabei muss die Agri-PV-Anlage eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung unter einer Aufständerung der Solarmodule in Höhe von mindestens 2,10 Metern oder zwischen bodennahen Modulreihen ermöglichen und der landwirtschaftliche Flächenverlust durch die Agri-PV-Anlage darf nicht mehr als 10% für hoch aufgeständerte bzw. 15 % für bodennahe Solarmodule betragen. Allein aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist eine Realisierung von Agri-PV-Anlagen auf Grundlage dieser Regelung nur schwer möglich. Denn, wie auch in dem Planungskonzept zutreffend festgestellt, befindet sich der Einsatz von Agri-PV-Anlagen in Deutschland und weltweit noch in den Anfängen (Planungskonzept, 5. 15). Aufgrund dieses Umstandes sind die Installationskosten für die Anlagen äußerst hoch und der Zeitraum, der für die Projektentwicklung und -umsetzung benötigt wird, sehr lang. Zudem besteht für die Landwirte eine erhebliche Einkommensdiskrepanz zwischen Stromerzeugung und landwirtschaftlicher Produktion, die eine kombinierte Nutzung unwirtschaftlich macht. Da sich die Installation und Nutzung von Agri-PV-Anlagen noch in den Anfängen befindet, gibt es derzeit nur für hoch aufgeständerte Agri-PV-Anlagen belastbare Daten zur Wirtschaftlichkeit der Anlagen (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), 5. 30). Diese zeigen, dass die Anlagen bei einer Gesamtbetrachtung der landwirtschaftlichen Erträge, der Anschaffungs- und Installationskosten und der möglichen Erträge aus der Stromerzeugung durch die Landwirte nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Ganz im Gegenteil ist eine wirtschaftliche Nutzung von Flächen nur dann möglich, wenn sie im Falle ertragsreicher Böden ausschließlich landwirtschaftlich oder im Falle ertragsarmer Böden ausschließlich zur Gewinnung solarer Strahlungsenergie mittels PV-Freiflächenanlagen genutzt werden können. a) Keine verlässlich positiven Auswirkungen auf landwirtschaftliche Erträge Zwar wurden in Studien für hoch aufgeständerten Agri-PV-Anlagen, z.B. für Schatten liebende Pflanzen, Ertragszuwächse ermittelt. Jedoch wurde auch festgestellt, dass die Agri-PV Anlagen keine höheren landwirtschaftlichen Erträge garantieren, sondern vielmehr, dass auch im Falle einer Kombination von Landwirtschaft und Agri-PV die Erträge der jeweiligen Pflanzenkulturen sehr instabil waren und aufgrund der unterschiedlichen Witterungsverhältnisse zum Teil erheblich variierten (AgriPhotovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), 5. 30). b) Zu hohe Anschaffungs- und Installationskosten Im Verhältnis zu konventionellen PV-Freiflächenanlagen sind die Anschaffungs- und Installationssowie Erschließungskosten für die unterschiedlichen Arten von	Mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft wird entgegen der Aussage in der Stellungnahme die Planungssicherheit für die Landwirtschaft erhöht und gibt zugleich eine Orientierung, in welchen Bereichen stattdessen die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen möglich sein kann. Dies zeigt, dass es sich nicht um eine pauschale Verhinderungsplanung handelt, sondern um eine differenzierte raumordnerische Steuerung, die den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Ziel hat. Durch Agri-PV wird eine Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Fläche zugunsten der landwirtschaftlichen Nutzung und der Gewinnung von Solarenergie ermöglicht. Dabei geht es nicht vordergründig um einen möglichst schnellen und flächendeckenden Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern um eine effizientere Flächennutzung. Mittlerweile befinden sich mehrere Agri-PV-Vorhaben in der Region im Aufstellungsverfahren, was zeigt, dass das Interesse an Agri-PV gestiegen ist, auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit. Die Kosten für eine Agri-PV-Anlage hängen von verschiedenen Faktoren wie dem jeweiligen Agri-PV-System, der Art der Aufständerung und der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung ab (siehe auch S. 41 des in der Stellungnahme genannten Artikels). Ob eine Agri-PV-Anlage wirtschaftlich ist, hängt vom Einzelfall ab und kann nicht pauschal beantwortet werden. In dem zitierten Artikel wird auf S. 63 die Einkommensdiskrepanz zwischen Stromerzeugung und landwirtschaftlicher Produktion als ein nachteiliger Aspekt von Agri-PV beleuchtet. Die Diskrepanz kann ebenfalls nach Aussage des Artikels mit einer angepassten Auswahl der Kulturen verringert werden. Der landwirtschaftliche Ertrag hängt maßgeblich von den Witterungsbedingungen ab. Dies wird auch in dem genannten Artikel wiedergegeben. Der Artikel gibt u. a. Aufschluss darüber, welche Kulturen sich unter Agri-PV-Modulen unter bestimmten Bedingungen mehr oder weniger gut eignen. Die Vorranggebiete Landwirtschaft umfassen die als ertragreich und klimarobust ermittelten Ackerflächen nach dem geänderten Planungskonzept. Mit der Festlegung wird nicht automatisch angeregt, auf allen Vorrangflächen Agri-PV zu installieren, sondern über die Ausnahmeregelung lediglich ermöglicht. Für konventionelle PV-Freiflächenanlagen können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft in Anspruch genommen werden. In

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Agri-PV-Anlagen wesentlich höher (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), 5. 41). So kosten die Module für hoch aufgeständerte Agri-PVAnlagen bis zu EUR 330/kWp, für konventionelle PV-Freiflächenanlagen belaufen sich die Kosten derzeit auf durchschnittlich EUR 220/kWp. Die Kosten für die Aufständerung inklusive der Fundamente betragen bei hoch aufgeständerten Agri-PV-Anlagen durchschnittlich EUR 400/kWp, bei konventionellen PV-Freiflächenanlagen EUR 75/kWp. Zusätzlich fallen für die Standortvorbereitung und die Installation der Anlagen durchschnittlich EUR 250 bis EUR 350/kWp an (vgl. (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), S. 42). Unter Beachtung der weiteren Investitionskosten belaufen sich die Gesamtkosten für die Installation einer hoch aufgeständerten Agri-PV-Anlage auf durchschnittlich EUR 1.234/kWp. Im Falle von konventionellen PV-Freiflächenanlagen belaufen sich die Gesamtkosten im Rahmen der Installation nur auf EUR 572/kWp (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), 5. 44). Unter Berücksichtigung dieser hohen Investitionskosten kann eine hoch aufgeständerte Agri-PV-Anlage mit einer durchschnittlichen Anlagengröße derzeit nicht wirtschaftlich betrieben werden (AgriPhotovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), S. 46). Dies vermag sich auch nicht durch die geplanten Änderungen des EEG, die u.a. eine vermehrte Förderung von Agri-PV-Anlagen vorsieht, zu ändern. Denn im Verhältnis zu den hohen Investitionskosten ist der vorgesehene Bonus für die hoch aufgeständerten Agri-PV-Anlagen mit 1,2 Cent/kWh im Jahre 2023, 1,0 Cent/kWh im Jahr 2024 und 0,7 Cent/kWh im Jahr 2025 und in den Jahren von 2026 bis 2028 mit jeweils 0,5 Cent als äußerst gering zu bewerten (BRDrs. 162/22, 5. 221). Zudem ist zu beachten, dass nach der Installation der Agri-PV Anlagen weitere Folgekosten anfallen, die die Wirtschaftlichkeit dieser Form der Flächennutzung weiter schmälern. So müssen zur Vermeidung von Mindererträgen bei der Stromproduktion die Module der Agri-PV-Anlage regelmäßig von Verschmutzungen gereinigt werden, die in besonders hohem Ausmaß entstehen, wenn die landwirtschaftliche Fläche bewirtschaftet wird. Zudem müssen für eine effektive landwirtschaftliche Bewirtschaftung der entsprechenden Flächen in der Regel neue landwirtschaftliche Geräte angeschafft werden, deren Anschaffungskosten mehrere Hunderttausend Euro betragen können (AgriPhotovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), 5. 64). c) Zusammenfassung Insgesamt können Agri-PV-Anlagen jedenfalls nach dem derzeitigen Stand der Technik auf landwirtschaftlichen Flächen weder innerhalb des erforderlichen Zeitraums noch in ökonomischer Art und Weise umgesetzt werden. Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang Berücksichtigung finden muss, ist, dass im Falle der Nutzung einer Fläche mit Agri-PV-Anlagen sich dies sowohl negativ auf den auf der Fläche realisierbaren Stromertrag auswirkt als auch die landwirtschaftliche Marktleistung auf der Fläche aufgrund der Flächeninanspruchnahme durch die Agri-PV-Anlage verringert (Agri-Photovoltaik, Berichte aus dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ), 5. 63). Insbesondere für Flächen, die - wie vorliegend - als ertragsarm einzuordnen sind, macht dies eine Installation einer Agri-PV-Anlage noch unattraktiver. Eine wirtschaftliche Nutzung solcher Flächen wäre für die Landwirte vielmehr nur dann möglich, wenn sie auf der Fläche PVFreiflächenanlagen installieren könnten. Dies gilt umso mehr, als dass davon auszugehen ist, dass sich auf der einen Seite die Qualität der Böden im Plangebiet aufgrund der klimatischen Veränderungen voraussichtlich weiter verschlechtern wird (Entwurf des Regionalplans, 5. 97f.), auf der anderen Seite die Eignung der Flächen für PV-Anlagen aber aufgrund der steigenden Sonneneinstrahlung zunehmen wird.	dem geänderten Planungskonzept wurden die Kriterien Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit neu bewertet. Dies führt zu einer Vergrößerung der Flächen, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden kann.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1858	2. Ausnahme für raumbedeutsame Vorhaben muss erweitert werden Auch die Ausnahmeregelung in Z 2.4 Abs. 3 des Entwurfs des Regionalplans, die Ausnahmen vom generellen Vorrang der landwirtschaftlichen Nutzung unter den Voraussetzungen zulässt, dass das raumbedeutsame Vorhaben, worunter insbesondere Vorhaben der linienhaften Infrastruktur zu verstehen sind, nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb der Vorranggebiete für Landwirtschaft durchgeführt werden kann und soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung minimiert wird, bietet aufgrund des derzeitigen Wortlauts der Regelung keine hinreichende Planungssicherheit für die Gemeinden und Landwirte in Bezug auf die Realisierung der dringend notwendigen PV-Freiflächenanlagen. Grundsätzlich dürften eine Vielzahl von PV-Freiflächenanlagen aufgrund ihrer Größe raumbedeutsamen Vorhaben im Sinne der Festlegung sein. Ein Vorhaben ist nach der Begriffsbestimmung in § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG raumbedeutsam, wenn durch es Raum in Anspruch genommen wird oder die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebiets beeinflusst wird. Ausreichend ist dabei nicht, dass in irgendeiner Form Raum in Anspruch genommen wird, erforderlich ist vielmehr, dass Grund und Boden in einem erheblichen Umfang in Anspruch genommen werden (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROF, 2. Auflage 2018, § 3 ROG, Rn. 111). Diese Voraussetzungen sind in Bezug auf PV-Freiflächenanlagen in der Regel ab der Erreichung einer bestimmten Mindestgröße erfüllt. Da es insoweit aber keinen bundeseinheitlichen Wert zur Bewertung der Raumbedeutsamkeit von PV-Freiflächenanlagen gibt, haben viele Bundesländer eigene Festlegungen getroffen. So werden in Mecklenburg-Vorpommern PV-Freiflächenanlagen schon ab einer Größe von einem Hektar als raumbedeutsam eingestuft (Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende, Anfrage Nr. 329 zur Raumbedeutsamkeit von Solarparken, S. 3). In Bayern ist der Orientierungswert wesentlich höher - dort kann ab einer Größe von 30 Hektar von einem raumbedeutsamen Vorhaben ausgegangen werden (Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende, Anfrage Nr. 329 zur Raumbedeutsamkeit von Solarparken, S. 2). In Brandenburg gibt es solche landesweiten Orientierungswerte bisher nicht. Orientierung bieten können gleichwohl die Angaben der regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree, nach denen PV-Freiflächenanlagen ab einer Größe von fünf Hektar als raumbedeutsarn zu klassifizieren sind (Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree 2020, S. 1). Eine solche in Bezug auf PV-Freiflächenanlagen eindeutige größenmäßige Festlegung ist auch im hiesigen Regionalplan notwendig. Denn auf der Grundlage der derzeitigen Regelungen ist wegen der Einzelfallbezogenheit der Bewertung der Raumbedeutsamkeit eine verlässliche Planung von Anlagen nicht möglich. Rechtssicherheit könnte geschaffen werden, indem ergänzend zu dem Regelbeispiel der Vorhaben der linienhaften Infrastruktur auch PV-Freiflächenanlagen - in Anlehnung an die Regelungen in Oderland-Spree - ab einer Größe von fünf Hektar ausdrücklich in die Ausnahmeregelung aufgenommen werden. Eine solche Änderung des Entwurfs des Regionalplans würde im Interesse aller eine schnelle und ökonomische Realisierung von PV-Freiflächenanlagen ermöglichen und eine Ausnutzung der Regelung durch andere raumbedeutsame Anlagen, wie z.B. konventionelle Kraftwerke, erschweren. 3. Zusammenfassung Insgesamt ist auf Grundlage der derzeitigen Festsetzung die dringend erforderliche Realisierung von PV-Freiflächenanlagen nur verbunden mit erheblichen Planungsunsicherheiten möglich. Die Festlegungen zu den Agri-PV-Anlagen sind nicht ausreichend, um den tatsächlichen Bedarf an Solarstrom schnell und auf ökonomische Art und Weise gerecht werden zu können. Durch eine Präzisierung des Wortlauts der Ausnahmeregelung in Z 2.4 Abs. 3 des Entwurfs des Regionalplans könnte ohne großen planerischen Aufwand, die notwendige Planungssicherheit für die Umsetzung von PV-Freiflächenanlagen geschaffen werden. Der Entwurf nähme den betroffenen Gemeinden, Landwirten als Flächeneigentümern und beteiligungswilligen Bürgern der jeweiligen Gemeinden nicht nur die erhoffte Wertschöpfung, sondern könnte wertvolle, ökologisch	Der Forderung wird nicht gefolgt. Flächen für PV-Freiflächenanlagen stehen ausreichend außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft zur Verfügung. Darüber hinaus sind bei der Festlegung Z 2.4 Abs. 3 keine PV-Freiflächenanlagen inkludiert. Eine Ausnahme gilt im Zweiten Regionalplanentwurf nur für Agri-PV. Es wird zudem auf die vorangegangen BE IDs verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	innovative Potenziale zum Ausbau der Erneuerbaren Energien dauerhaft vernichten. Die derzeitige Planung benachteiligt die betroffenen Dörfer erheblich bei der Teilnahme an der Energiewende und in ihrer Möglichkeit, den verfassungsrechtlichen Zielen der Energiewende gerecht zu werden.	
BE-ID: 1859	II. Festlegungen widersprechen den Belangen der Energie- und Klimakrise Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen in Bezug auf die Vorranggebiete für Landwirtschaft widersprechen den gesetzgeberischen und gesellschaftlichen Belangen, die sich aus der Energie- und Klimakrise ergeben. Das durch die Festlegungen getroffene Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen landwirtschaftlicher Flächennutzung und der Flächennutzung zur Gewinnung von solarer Strahlungsenergie, das in einer Vielzahl von Fällen zu einer erheblichen Erschwerung der Realisierung von PV-Freiflächenanlagen führt, entspricht nicht den gesetzgeberischen Zielen im Rahmen der Energiewende und Bekämpfung der Klimakrise. 1. Bedeutung der Klima- und Energiekrisen nicht beachtet Der Entwurf des Regionalplans muss an die jüngsten gesetzgeberischen Bestrebungen in den Bereichen der Energiewende und des Klimaschutzes sowie die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine anpasst werden, indem im Plangebiet eine effektive Flächennutzung zur Gewinnung erneuerbarer Energien auf effektive, schnelle und ökonomische Art und Weise ermöglicht wird. Hierzu gehört es auch, die Flächennutzung durch PV-Freiflächenanlagen zu ermöglichen. Deutschland richtet seine gesamte Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-GradKlimaschutz-Pfad aus, zu dem sich die Europäische Union im Rahmen des Übereinkommens von Paris verpflichtet hat. Um die Verpflichtungen aus dem übereinkommen von Paris erfüllen zu können, sind jüngst im Rahmen des am 06. April 2022 veröffentlichten Osterpaktes eine Vielzahl von Gesetzesentwürfen veröffentlicht worden, die den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen sollen. Ein Kernstück der Gesetzesnovelle ist die Zielvorgabe, dass die Stromversorgung in Deutschland im Jahr 2035 nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruhen soll. Bei der Realisierung des Ziels spielt auch die Solarenergie eine tragende Rolle (BR-Drs. 162/22, S. lf.). Zudem wird der allgemeine Grundsatz eingeführt, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Überblickspaket Osterpaket, 5. 1). Unabhängig von diesen neuen gesetzgeberischen Entwicklungen ist es aufgrund von Art. 20a GG ohnehin Aufgabe aller staatlichen Stellen Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes zu ergreifen, dies bestätigte jüngst auch das Bundesverfassungsgericht {BVerfG, Urteil vom 24. März 2021, Az.: 1 BvR 288/20 u.a.). Das Bundesverfassungsgericht verlangt in seiner Entscheidung vom 24. März 2021 (Aktenzeichen 1 BvR 288/20 u.a.). Die insgesamt vier Verfassungsbeschwerden richteten sich insbesondere gegen das Unterlassen weiterer Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Darin liegt nach der Rechtsprechung einer Verletzung der intersujektiven Freiheitsrechte der künftigen Generationen, da diesen durch das heutige Unterlassen eine unzumutbare Emissionsbelastung übertragen wird. So führt das Bundesverfassungsrecht u.a. aus: „Das verfassungsrechtliche Klimaschutzziel des Art. 20a GG sei dahingehend konkretisiert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur dem sogenannten „Paris-Ziel" entsprechend auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um das zu erreichen, müssten die nach 2030 noch erforderlichen Minderungen dann immer dringender und kurzfristiger erbracht werden. Von diesen künftigen Emissionsminderungspflichten sei praktisch jegliche Freiheit potenziell betroffen, weil noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens mit der Emission von Treibhausgasen verbunden und damit nach 2030 von drastischen Einschränkungen bedroht seien." Indem der Gesetzgeber das Paris-Ziel in § 1 Satz 3 KSG zur Grundlage erklärt habe, habe er in Wahrnehmung seines Konkretisierungsauftrags und seiner Konkretisierungsprärogative das Klimaschutzziel des Art. 20a GG zulässig dahingehend konkretisiert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf	Für die Erreichung der Klimaziele bzw. den Ausbau der erneuerbaren Energien können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft in Anspruch genommen werden. Dafür steht ausreichend Fläche zur Verfügung. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt zudem nicht nur über Photovoltaikanlagen, sondern wird insbesondere in Brandenburg maßgeblich durch die Windenergienutzung getragen. Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Die Bodenqualität unterscheidet sich in Brandenburg zum Teil erheblich (bis zu Ackerzahl 85). Für die Region Havelland-Fläming werden durch die Zielfestlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft die nach dem geänderten Planungskonzept überdurchschnittlichen landwirtschaftlichen Flächen gesichert. Bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft handelt es sich um ein legitimes Planungsinstrument zur Flächensicherung. Die Maßnahme folgt den übergeordneten Zielsetzungen einer nachhaltigen Raumentwicklung und wird unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben getroffen. Eingriffe in einzelne Nutzungsmöglichkeiten – einschließlich der kommunalen Selbstbestimmung – erfolgen nicht willkürlich, sondern im Rahmen einer differenzierten, verfassungsrechtlich geregelten Raumordnung, die zwischen verschiedenen Nutzungsinteressen abwägt. Es besteht somit kein

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen." Die jüngsten gesetzgeberischen Bestrebungen- obwohl es sich bei ihnen bisher nur um Entwürfe handelt - sowie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sollten im Sinne einer effektiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und zur Ermöglichung der Erreichung der Klimaziele bereits zum heutigen Zeitpunkt in der Regionalplanung berücksichtigt werden. Dieser Befund wird durch die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf den weltweiten und deutschen Energiemarkt verstärkt. Für den Entwurf des Regionalplans bedeutet dies, dass neben den Festlegungen zur Windenergienutzung auch anderen erneuerbaren Energieformen durch positiv rechtliche Festlegungen Raum zugebilligt werden muss und Projekte dieser Art nicht - wie vorliegend der Fall - durch die Festlegungen erheblich erschwert werden dürfen. Hervorzuheben ist insoweit, dass die Realisierung von PV-Freiflächenanlagen nicht nur in den Vorranggebieten für die Landwirtschaft, sondern auch im übrigen Plangebiet wegen der dortigen Festlegungen {Siedlungen, Freiraum für vorbeugenden Hochwasserschutz, Freiraum für Windenergienutzung, Freiraum für oberflächennahe Rohstoffgewinnung) nur schwer möglich ist. 2. Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg rechtfertigt keine Planung entgegen den Belangen der Energie- und Klimakrise Eine von den Belangen der Energie- und Klimakrise abweichende Planung wird auch nicht durch den im Entwurf des Regionalplans insoweit enthaltenen Verweis auf die Regelung in G 6.1. Abs. 2 des Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) gerechtfertigt. Zwar soll nach dem LEP HR in Fällen der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für andere Nutzungen den Belangen der Landwirtschaft ein besonderes Gewicht beigemessen werden soll, die Missachtung der Belange der Energiewende. Allerdings bezieht sich die Regelung nur auf eine Flächeninanspruchnahme zulasten hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen (GVBI. Land Brandenburg Teil II, Nr. 35 vom 13. Mai 2019, S. 71). Solch hochwertige landwirtschaftlichen Flächen sind im Plangebiet allerdings kaum vorhanden, denn die potenzielle Ertragsfähigkeit und Ertragssicherheit der Flächen sind im Verhältnis zum Brandenburger Durchschnittswert als unterdurchschnittlich zu beurteilen (Entwurf Regionalplan, S. 97). Insoweit erschließt sich im Übrigen auch nicht, aus welchen Gründen der Plangeber zwar selbst feststellt, dass die Böden im Plangebiet von unterdurchschnittlicher Qualität sind (Entwurf Regionalplan, S. 97), gleichwohl in der Planung die Böden aufgrund ihrer Qualität für schützenswert erklärt (Entwurf Regionalplan, S. 98 ff.). Sachliche Gründe für diese Einstufung sind nicht ersichtlich. Ganz im Gegenteil scheint es so, als wären die Böden aus willkürlichen Erwägungen für schützenswert erklärt worden. Dieser Eindruck verstärkt sich dadurch, dass nicht nur klimarobuste und ertragsreiche Böden durch die Festlegung der Vorranggebiete für Landwirtschaft geschützt werden sollen, sondern dass die Vorranggebiete auch klimarobuste und ertragsarme Böden sowie klimasensible und ertragsreiche Böden umfassen (Entwurf Regionalplan, S. 99). 3. Klimatische Bedingungen in Brandenburg nicht beachtet Auch im Entwurf des Regionalplans wird hinsichtlich der Vorranggebiet für die Landwirtschaft auf die Belange des Klimawandels Bezug genommen. So wird festgestellt, dass in vielen Teilen von Brandenburg die Landwirte schon heute unter schwierigen klimatischen Verhältnissen wirtschaften und sich diese Situation in den kommenden Jahren drastisch verschärfen wird. Das Planungskonzept soll daher auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft berücksichtigen (Entwurf des Regionalplans, S. 95). Es ist insoweit zwar lobenswert, dass klimawandelbedingten klimatischen Veränderungen zugunsten der Landwirte in der Regionalplanung Berücksichtigung finden sollen. In Anbetracht der geringen Bodenqualität in Brandenburg, die sich aufgrund der klimatischen Veränderung künftig noch weiter verschlechtern wird, erschließt sich indes nicht, warum den Landwirten durch die Festlegungen im Regionalplan nur in vereinzelten Fällen eine alternative Flächennutzung durch PV-Freiflächenanlagen, die aufgrund der klimatischen Gegebenheiten in Brandenburg auf einer Vielzahl von Flächen sinnvoll eingesetzt werden können, ermöglicht werden soll.	sachlicher Grund, von einem unzulässigen Eingriff in die kommunale Selbstbestimmung auszugehen, da die raumordnerische Zielsetzung eine klar definierte und rechtsverbindliche Planungshoheit darstellt, die in diesem Fall vorrangig dem Erhalt der Agrarflächen dient.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	überdies wird nicht nur die Entscheidungsfreiheit der Landwirte erheblich beeinträchtigt, sondern vielmehr auch in den Schutzbereich der kommunalen Selbstbestimmung (Art 28 GG) eingegriffen und den Gemeinden eine Planung im Sinne der Energiewende und des Klimaschutzes ohne sachliche Gründe erheblich erschwert. Sinnvoll wäre es vielmehr, den Gemeinden und Landwirten die Möglichkeit zu bieten, Flächen zu Zwecken der Gewinnung von solarer Strahlungsenergie umzunutzen. Dies würde zum einen die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Landwirte sichern und zum anderen zur Energiewende und damit dem Klimaschutz beitragen.	
BE-ID: 1860	III. Besondere Eignung der Fläche für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie missachtet Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass durch die weiträumige Ausweisung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft die Eignung einer Vielzahl von Flächen für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie missachtet wird. Insbesondere ist insoweit auf die Fläche nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf belegene Fläche zu verweisen. Diese eignet sich für die Gewinnung von solarer Strahlungsenergie mittels PV-Freiflächenanlagen besonders gut. Denn es handelt sich um eine Fläche in Südhanglange, die somit sowohl hinsichtlich der Himmelsrichtung als auch hinsichtlich des Neigungsgrads eine optimale Ausrichtung einer PV-Freiflächenanlage zulässt. Ferner befindet sich in unmittelbarer Nähe zu der Fläche das Umspannwerk Thyrow, sodass die für die Umspannung des Stroms erforderlich Infrastruktur bereits besteht. Die Planungsfläche ist auf folgenden Gründen besonders gut für die Nutzung durch PVFreiflächenanlagen geeignet: • Effizienz und Ertrag Die Geländeformation lässt eine besonders hohe Ausbeute durch einen optimalen Einstrahlungsfaktor und der Größe zu. Damit ist ein hoher Stromertrag auf die Nutzfläche bezogen möglich. Zugleich findet daher eine Konzentrationsplanung auf einer kompakten Fläche statt. Die zusammenhängende Freiflächenanlage kann an den Außenkannten durch entsprechende Bepflanzung in das Landschaftsbild eingebunden werden. Die Planfläche kann geleichzeitig zum Ortskern von Nunsdorf einen entsprechenden Abstand wahren. Die Grenzen des Solarparks sollen umlaufend mit einheimischen standortgerechten Gehölzen so bepflanzt werden, dass vom nächstgelegenen Ortsteil ein direkter Blick auf die Solarmodule vermieden wird. • Umweltbelange Das Gebiet befindet sich in keinem Schutzgebiet oder weist schutzwürdige Eigenschaften auf. Die Fläche wird bislang als artenarmes Ackerland genutzt, Biotope sind nicht vorhanden. Im Norden begrenzt ein Waldgebiet die Fläche, wodurch eine natürliche Sichtgrenze bereits vorgegeben ist. Relevanter Faktor zur Beurteilung der Bodengüte ist auch die Wasserversorgung. Sowohl die Wasserhaltigkeit des Bodens als auch die Niederschlagsmenge spielen eine entscheidende Rolle. Laut Dürremonitor des Helmholtz- Instituts befindet sich das gesamte Gebiet in einer Dürrezone, die sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert hat (siehe aktueller Auszug Dürremonitor für Berlin- Brandenburg vom 06. Juni 2022). Aus Umweltgesichtspunkten ist zudem hervorzuheben, dass die PV-Freiflächenanlage reversibel ist. Aktueller Auszug Dürremonitor für Berlin-Brandenburg vom 6.06.2022 [Abbildung mit einer Heatmap] Quelle: UFZ-Dürremonitor/ Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung. • Gemeinde Der Ort Nunsdorf begrüßt die Planung. Es ist vorgesehen, die Gemeinde durch eine kommunale Abgabe zu beteiligen. Der Ausbau erfolgt vor allem als regionalspezifische Lösung und trägt in dem ländlich geprägten Gebiet zur Wertschöpfung bei. • Infrastruktur und Anbindung Bedingt durch die räumliche Nähe zum Umspannwerk und Hauptleitung ist eine optimale Netzanbindung gegeben. Die Größe des Vorhabens erlaubt den Aufbau einer nachgelagerten Struktur zur Stromverwertung in Form eines Elektrolyseurs und/oder Speicherung. So kann langfristig die Wirtschaftlichkeit der Anlage gesichert werden. Nur durch Herstellung einer Grundlastfähigkeit kann der Ertrag der Primärenergie auch zukünftig dargestellt werden. • Verbesserung der Biodiversivität Durch Nutzung des Ackers zur Stromerzeugung durch eine Photovoltaik- Freiflächenanlage wird artenarmes Agrarland in	Für die Gewinnung solarer Strahlungsenergie besonders geeignete Flächen befinden sich auch außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft, die für den Zweck der Energiegewinnung genutzt werden können. Da bei dem betreffenden Vorhaben keine Agri-PV realisiert werden soll, widerspricht die geplante Nutzung dem Ziel der Regionalplanung. In den Vorranggebieten Landwirtschaft ist vorrangig die Sicherung landwirtschaftlicher Nutzung vorgesehen. Entsprechend ist bereits im Planungsrahmen verankert, dass alternative Nutzungsoptionen, wie beispielsweise für Photovoltaikanlagen, nicht berücksichtigt werden. Zwar kann hinsichtlich der Lage der Vorranggebiete eine besondere Eignung für Photovoltaikanlagen bestehen, diese erlangt jedoch im Hinblick auf die Zielsetzung der landwirtschaftlichen Vorrangnutzung keine gewichtungsrelevante Rolle, solange keine planungsrechtliche Öffnung oder Freistellung für alternative Nutzungen erfolgt. Die Priorisierung der landwirtschaftlichen Nutzung gegenüber dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist gerechtfertigt, da diese Nutzungen auch auf Flächen außerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft vorgenommen werden können, die den Kriterien für Vorranggebiete Landwirtschaft nicht entsprechen. Die Planungskriterien beruhen dabei nicht nur auf dem Ertragspotenzial (Bodenpunkte), sondern berücksichtigen auch die Bodenwasserverhältnisse (Klimarobustheit). Der Förderung der erneuerbaren Energien innerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft wird durch die Ausnahme für Agri-Photovoltaik nachgekommen, bei der die gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung möglich ist. Diese Ausnahme war bereits Bestandteil im Ersten Regionalplanentwurf (Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe a) und ist weiterhin im Zweiten Entwurf enthalten (Z 2.3 Absatz 2). Darüber hinaus werden im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt, die ebenfalls dem geordneten Ausbau der erneuerbaren Energien dienen.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
artenreiches Grünland unter den Modulreihen gewandelt. PV-FFA auf Äckern dienen somit dem Klima- und Artenschutz. Die positiven Auswirkungen auf Bodenqualität, Artenschutz und Biodiversität sind offensichtlich. Die Böden können sich ohne intensive Bewirtschaftung und ohne Pestizideinsatz erholen. Zudem können im Interesse des Artenschutzes Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten geschaffen werden. Die Ausgestaltung der PVFFA kann im Zuge des Bauleitverfahrens verbindlich durch die Gemeinde geregelt werden. Es ist geplant, ein ortstypisches Ansaatprogramm für den Boden unter den Modulreihen zu entwickeln, um neben der Bodenverbesserung auch den Humusgehalt zu erhöhen. • Benachteiligte Gebiete Die Fläche ist als benachteiligtes Gebiet eingestuft. ,,Benachteiligte Gebiete sind definiert in der EU- Richtlinie 86/465/EWG vom 14. Juli 1986 und im Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG (ABI. L 273 vom 24.09.1986, S. 1) aufgeführt, welches zuletzt durch die Entscheidung 97/172/EG (ABI. L 72 vom 13.3.1997, S. 1) geändert worden ist. Der Begriff benachteiligt bezieht sich auf die Qualität der Böden, wenig fruchtbare Böden mit geringen Bodenpunktzahlen gelten als (im Wettbewerb) benachteiligt. Eine konkrete Bodenwertzahl ist nicht angegeben. • Vorläufige Handlungsempfehlungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zur Unterstützung kommunaler Entscheidung für großflächige PV-Freiflächenanlagen Die besondere Eignung der Fläche ergibt sich ferner aus den vorläufigen Handlungsempfehlungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zur Unterstützung kommunaler Entscheidung für großflächige PV-Freiflächenanlagen vom 19. März 2021. Dann nach den dortigen Festlegungen (S. 5 f.) sollen PV-Freiflächenanlagen insbesondere auch in Ortsrandlagen mit einer guten Anbindung an die Netzstruktur und auf Flächen mit einer geringen Ertragsfähigkeit und Bodenqualität realisiert werden. Dass eine solche Fläche wie die vorliegende für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen geradezu genutzt werden muss, ergibt sich zudem auch aus der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg. Nach dieser Strategie sollen erneuerbare Energien dort „geerntet" werden, wo es am wirtschaftlichsten ist (z.B. Offshore-Windparks an Nord- und Ostseeküste, Onshore Windparks im windreicheren Norden, Photovoltaik im sonnenreicheren Süden). Durch die Festlegung im Regionalplan würde nicht nur die „Ernte" auf der Fläche nordöstlich des Ortskerns von Nunsdorf, sondern vielmehr auch eine umfassende „Ernte" von solarer Strahlungsenergie mittels PVFreiflächenanlagen in einem großen Teil des ertragreichen Südes des Landes unmöglich gemacht werden. Die oben aufgeführten Punkte zur besonderen Eignung der Grundstücke zur Photovoltaiknutzung lassen erkennen, das Abwägungsfehler in Bezug auf die Kriterienauswahl zur Festlegung von Eignungsflächen im Entwurf bestehen. Gründe für die Fortführung der landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche gibt es kaum. Sie allein auf die Festlegungen der Bodenpunktzahl zu stützen erscheint willkürlich. Denn bereits heute ist eine wirtschaftliche landwirtschaftliche Nutzung der Fläche aufgrund der äußerst geringen Bodenqualität nur schwer möglich. Dies wird durch die Vergabe der Bodenpunkte nicht ausreichend berücksichtigt. Denn bei der Vergabe der Bodenpunkte werden die örtlichen Wasserverhältnisse in Bezug auf Grund- und Niederschlagswasser nicht berücksichtigt, die aber für die landwirtschaftliche Nutzbarkeit der Böden von entscheidender Bedeutung ist. Dies kann anhand der Grundstücksfläche, auf die sich diese Stellungnahme bezieht, verdeutlicht werden. Die Fläche weist im Jahresdurchschnitt der vergangenen Jahre deutlich niedrigere Erträge als Nachbarflächen in der Niederung aus. Bedingt durch die Geländeformation dringt das Niederschlagswasser nicht in den Boden ein, verdunstet schneller und läuft den Abhang hinunter. Die Flächen können nur durch zusätzliche Beregnung, wodurch das Grundwasser in Anspruch genommen werden würde und die Umweltschutzbelangen widerspricht, ertragsfähiger bewirtschaftet werden. [Tabelle mit Ernteerträgen in Nunsdorf zwischen 2017 und 2021 für PV-FFA Planungsgebiet / Nunsdorfer Berg und Nachbarflächen / Niederung]	

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1861	IV. Fazit Die derzeitige Entwurfsfassung des Regionalplans erschwert durch die Festlegungen zu den Vorranggebieten für die Landwirtschaft eine in Anbetracht der Energie- und Klimakrise zwingend notwendige effektive und sinnvolle Flächennutzung erheblich. Denn ungeachtet der Eignung der einzelnen Flächen in den Vorranggebieten für die Gewinnung solarer Strahlungsenergie wird eine solche Nutzung aufgrund der geplanten Festlegungen im Regionalplan aus unterschiedlichen Gründen weder zeitnah noch in ökonomischer Weise möglich sein. Die Einschränkung hinsichtlich PVFreiflächen-Projekten widerspricht sowohl den wirtschaftlichen Bedürfnissen der ansässigen Landwirte als auch den Belangen der Energie- und Klimakrise. Den Gemeinden wird durch die Festlegungen eine Bauleitplanung, die den Bedürfnissen der örtlichen Landwirte und den Belangen der Energiewende und des Klimaschutzes gerecht wird, nur schwer möglich gemacht. Bleibt es bei den Festlegungen werden eine Vielzahl der für die Gewinnung solarer Strahlungsenergie besonders geeignete Flächen aufgrund der rechtlichen, planerischen und ökonomischen Hindernisse selbst dann weiterhin für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden, wenn sie sich aufgrund der Bodenqualität für eine landwirtschaftliche Nutzung kaum mehr eignen. Aus diesen Gründen ist es angezeigt, PV-Freiflächenanlagen ab einer Größe von fünf Hektar ausdrücklich in die Ausnahmeregelung für raumbedeutsame Vorhaben einzubeziehen. Dies würde sowohl den Gemeinden als auch den Landwirten ermöglichen, rechtssicher PV-Freiflächenanlagen zu planen und damit einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung der Energie- und Klimakrise zu leisten. Für eine weitere Diskussion der Festlegungen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.	Der vorliegenden Anregung wird nicht gefolgt. Die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen steht im Widerspruch zum Planungsziel, die landwirtschaftliche Bodennutzung zu sichern (ausgenommen Agri-PV). Zur Erreichung der Klimaziele bzw. zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft genutzt werden, wofür ausreichend Raum zur Verfügung steht. Darüber hinaus bewirkt die Änderung des Planungskonzepts im Zweiten Regionalplanentwurf gegenüber dem Entwurf vom 05.10.2021 eine Reduzierung der ausgewiesenen Vorranggebiete Landwirtschaft, sodass potenziell mehr Flächen für alternative Nutzungen zur Verfügung stehen.
TÖB-Nr.: 2151 / ib vogt GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1952	Abstimmung mit weiteren Planungen zum Ausbau der Freiflächen-Photovoltaik Das Land Brandenburg ist im bundesweiten Vergleich ein starker Standort für erneuerbare Energien und bietet noch erhebliches Potenzial. Die Regionalplanung muss im Planungsgefüge auch die parallel entwickelten Strategien des Landes Brandenburg berücksichtigen. Als eine der Maßnahmen des Landes sei hier die kürzlich vollzogene Veröffentlichung des Solaratlas des Landes Brandenburg durch die Energieagentur der WFBB erwähnt, die eine Ermittlung von Flächenpotenzialen darstellt, die über die Möglichkeiten des Entwurfs zum Regionalplan Havelland-Fläming hinausgeht und auch im Hinblick auf Bodenwertzahlen, Halden und sogar künstliche Gewässer Potenzialflächen benennt.	Die Hinweise zum Solaratlas des Landes Brandenburg werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1949	Vorranggebiete für die Landwirtschaft Der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sieht die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft als Ziel der Raumordnung vor. Diese Zielfestlegung ist als verbindliche Vorgabe gegenüber raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen von den Planungsträgern zu beachten. Die Nutzung des Gebietes für die Landwirtschaft hat somit Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Flächenkonkurrenz Für die Umsetzung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bedeutet das, dass die Aufstellung von Bauleitplänen, die die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen darstellen, nicht bzw. nur schwer auf Flächen möglich ist, die als Vorranggebiete für die Landwirtschaft festgelegt sind. Sollten dadurch für Bauleitpläne der Gemeinden jeweils einzelne Zielabweichungsverfahren geführt werden müssen, widerspricht diese Planung den aktuellen Vorgaben der Bundesregierung über die Beschleunigung von Flächenbereitstellungen für erneuerbare Energien und vor allem für Freiflächen-Photovoltaik. Diese, gegenüber anderen Nutzungen, restriktive Praxis hat zur Konsequenz, dass viele Flächen für die	PV-Freiflächenanlagen können auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft errichtet werden, wofür bereits im Regionalplanentwurf vom 05.10.2021 ausreichend Raum zur Verfügung stand. Mit den Änderungen des Zweiten Regionalplanentwurfs hat sich die für andere Nutzungen potenziell verfügbare Fläche vergrößert. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen nicht zugänglich sind, da auch solche Flächen als Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausgewiesen werden, deren Böden über schlechte agrarstrukturelle Voraussetzungen verfügen. Diese Flächen, deren Böden wenig ertragreich für die Landwirtschaft sind, würden sich - ungeachtet von anderen Standortkriterien - jedoch grundsätzlich gut für die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen eignen. Die häufig von Landwirtschaftsverbänden angegebene Flächenkonkurrenz mit der Landwirtschaft, ist auf diesen Flächen nur von geringem Ausmaß. Die Regionalplanung reagiert damit nicht auf die in Brandenburg vielfach anzutreffenden sehr niedrigen Bodenpunkte und beeinträchtigt damit das Flächenpotenzial für erneuerbare Energien, welches im Einvernehmen mit den Eigentümern und Bewirtschaftern der Flächen genutzt werden könnte.	Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Auch die Klassifizierung der Parameter für das Kriterium Klimarobustheit wurde geändert. Die im Ersten Regionalplanentwurf übernommene Bewertung aus dem Projekt INKA BB wird nicht mehr angewandt. Stattdessen wird die ursprüngliche Bewertung der Bodenwasserverhältnisse des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe übernommen. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
BE-ID: 1950	Ökologischer Wert der Flächen Darüber hinaus ist der ökologische Wert der für die Landwirtschaft wenig ertragreichen Flächen in der Regel auch als gering einzustufen. Die solare Nutzung dieser Flächen würde vielmehr positive Auswirkungen auf den Boden entfalten, da eine Umwandlung in extensiv bewirtschaftete Grünflächen vorgenommen wird. Die Effekte sind eine starke Nitratreduktion, die sich positiv auf den Grundwasserhaushalt auswirkt, eine Aktivierung des Bodenlebens durch mikrobiologische Aktivitäten und eine Dämpfung der Nährstoffdynamik. Für Kleinsäuger, Bodenbrüter und Insekten, bieten Freiflächen-Photovoltaikanlagen wertvolle Rückzugsräume, die durch die Funktion als Trittsteinbiotope auch in der Fachwelt anerkannt sind. Dadurch können positive Regenerationseffekte auf der Fläche wirken, von denen bei einer späteren Rückführung langfristig auch die Landwirtschaft profitieren kann. Für die solare Nutzungsdauer der Fläche ist darüber hinaus eine Steigerung der Biodiversität zu erwarten. Der langfristige allgemeine Nutzen von derzeit kargen Böden durch Freiflächen-PV-Anlagen würde die kurz- und mittelfristigen minimalen Nachteile bzw. Einschränkungen für die Landwirtschaft deutlich überwiegen. Zumal eine Umnutzung von landwirtschaftlichen Flächen im Einvernehmen mit den jeweiligen Eigentümern (auch Agrargenossenschaften) und Betreibern stattfindet und meist darin begründet ist, dass die jeweiligen Böden keine auskömmlichen Erträge generieren.	Zwar können bisher intensiv genutzte Landwirtschaftsflächen nach einer Nutzungsänderung zu Solarparks bei entsprechender Konzeption und Pflege ökologisch aufgewertet werden. Dennoch steht die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Widerspruch zum Planungsziel, die landwirtschaftliche Bodennutzung zu sichern (ausgenommen Agri-PV). Zudem hängt es maßgeblich von der konkreten Festlegung in der Bauleitplanung ab, ob die für die Solarnutzung vorgesehene Landwirtschaftsfläche nach Ablauf einer Frist wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zurückgeführt wird.
BE-ID: 1951	Gesetzesentwurf für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien Vor wenigen Wochen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz den Referentenentwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor veröffentlicht. Grundlegendes Ziel dieses Gesetzesentwurfs ist die fast vollständige Deckung des Stromverbrauchs in Deutschland aus erneuerbaren Energien bereits im Jahr 2035. Das Gesetz soll die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Erreichung der Ausbauziele schaffen. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien in allen Rechtsbereichen zu beschleunigen, ist im Entwurf des Erneuerbare-Energien-Gesetz der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient" (S. 2, Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor). Es ist davon auszugehen, dass zukünftig dieser Grundsatz auf allen Ebenen der Raumordnung bei der Aufstellung von raumordnerischen Pläne zu beachten und räumlich und sachlich zu konkretisieren ist, um so die Ausbaumöglichkeiten für erneuerbare Energien zu erweitern. Zudem wird die sich derzeit ändernde geopolitische Lage voraussichtlich dazu führen, dass ein zügiger Ausbau erneuerbarer Energien für eine unabhängige Energieversorgung unabdingbar ist.	Das überragende öffentliche Interesse nach § 2 EEG wirkt sich regelmäßig nur bei Abwägungsentscheidungen im Fachrecht aus und auch nur dann, wenn das Fachrecht eine Abwägung erlaubt. Dies trifft bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft als abschließend abgewogenes Ziel der Raumordnung nicht zu. Für privilegierte PV-Freiflächenanlagen (PV-FFA) gemäß § 35 Abs. 1 BauGB, insbesondere entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes, wird § 2 EEG im Rahmen des Fachrechts berücksichtigt. Hier überwiegt in der Regel das öffentliche Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien. Aufgrund der baurechtlichen Privilegierung entlang von Autobahnen und Schienenwegen werden in diesen Bereichen keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Die entsprechende Ausnahmeregelung nach Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b des Ersten Regionalplanentwurfs entfällt im Zweiten Entwurf. Die Aufstellung eines Bebauungsplans für PV-FFA ist in Vorranggebieten Landwirtschaft ausgeschlossen und keiner Abwägung zugänglich. Eine Ausnahme gilt jedoch für

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Agri-Photovoltaik, wodurch der landwirtschaftlichen Nutzung einerseits und dem Ausbau der erneuerbaren Energien andererseits Rechnung getragen werden kann. Siehe zudem BE ID 1949. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird darüber hinaus durch die Steuerung der Windenergienutzung im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 unterstützt.
BE-ID: 1953	Festlegungen Regionalplan Die Neuaufstellung des Regionalplans für die Region Havelland-Fläming stellt somit die Weichen für einen Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region. Es ist zu wünschen, dass der künftige Regionalplan die Ausbaumöglichkeiten für Freiflächen-PV-Anlagen erweitert. Konkret bedeutet das, dass auch Flächen für die solare Nutzung zugänglich sein sollten, die über schlechte agrarstrukturelle Voraussetzungen verfügen, aber trotzdem als Vorranggebiet für die Landwirtschaft im Regionalplan festgelegt sind. In dem Regionalplan-Entwurf wird die ausnahmsweise Nutzung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft durch Agri-Photovoltaik genannt. Darüber hinaus soll die Gewinnung von Strahlungsenergie ausnahmsweise in Vorranggebieten für die Landwirtschaft möglich sein, wenn die Fläche sich innerhalb eines Flächenkorridors von 200 Metern entlang zu Bundesautobahnen und Schienenwegen befindet. Damit bleibt der Entwurf deutlich hinter einer zeitgemäßen Behandlung des Themas der Freiflächen-Photovoltaik zurück und widerspricht damit einer auf die Zukunft ausgerichteten Planung. Die Ausnahmen sollten nicht nur für Agri-PV-Anlagen gelten, sondern auch für „klassische" Freiflächen-PV-Anlagen, da sich hierbei der Boden erholen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder - wie oben genannt - landwirtschaftlich genutzt werden kann. Darüber hinaus sollte die Ausnahmeregelung sich nicht auf Flächenkorridore entlang von Bundesautobahnen und Schienenwegen beschränken, sondern auf allen Flächen mit schlechten agrarstrukturellen Voraussetzungen angewendet werden können. Mit den im Entwurf formulierten Ausnahmetatbeständen würde sich die tatsächliche Flächenverfügbarkeit im Vergleich zur jetzigen planungsrechtlichen Situation noch weiter reduzieren. Damit erreicht der Entwurf unserer Ansicht nach auch nicht die Ansprüche an den geforderten verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien, der im aktuell gültigen Landesentwicklungsplan formuliert ist (LEP-HR). Die Neuaufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming bietet die gegenwärtige Möglichkeit den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region zu beschleunigen. Insbesondere vor dem Hintergrund des neuen bundepolitischen Grundsatzes, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient, sollte auch die Nutzung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in Vorranggebieten für die Landwirtschaft regionalplanerisch ermöglicht werden und insgesamt einen entsprechenden Stellenwert erhalten.	Die Steuerung der Windenergienutzung erfolgt durch regionalplanerische Festlegungen. Die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021 wurden vom Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt. Im nunmehr rechtskräftigen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 sind Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt. Mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 soll die landwirtschaftliche Bodennutzung gesichert und ihr entgegenstehende Vorhaben auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete gelenkt werden. Die Nutzung zur Gewinnung von solarer Strahlungsenergie wird durch Ausnahmen innerhalb von Vorranggebieten Landwirtschaft ermöglicht. Dies betrifft nach der Änderung des Planungskonzeptes im Zweiten Regionalplanentwurf die kombinierte Nutzung durch Landwirtschaft und Solarenergie (Agri-PV) (Absatz 2 der Festlegung). Die im Regionalplanentwurf vom 05.10.2021 festgelegte Ausnahme nach Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b für konventionelle Freiflächen-PV-Anlagen entfällt im Zweiten Entwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird mit den Festlegungen der Regionalpläne sachgerecht unterstützt.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 1948	Der Klimawandel, die Versorgungssicherheit der Erzeugungsinfrastruktur und die Ausbauziele der Bundesregierung stellen die gesamte Wirtschaft und die Gesellschaft, gegenwärtig und in Zukunft, vor große Herausforderungen. Dabei ist die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung ein wesentlicher Baustein der Energiewende. Um den erforderlichen Zubau von erneuerbaren Energien zu ermöglichen und zu beschleunigen, schafft die Politik derzeit die rechtlichen Rahmenbedingungen. Diese müssen in enger Zeitfolge in den gesetzlich bestimmten Planungsebenen berücksichtigt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 2152 / Genossenschaft Wachower Landwirte (GWL) e.G.		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1954	Der aktuelle Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sieht auf Teilen meiner Flächen ein Vorranggebiete für die Landwirtschaft vor. Zwar kann hier AGRI-PV installiert werden, allerdings erlauben die aktuell dafür notwendigen immensen Investitions- und erhöhten Wartungskosten keine wirtschaftliche Verbesserung für unseren Betrieb. Diese ist aber zwingend erforderlich, wenn der Betrieb weitergeführt werden soll. Als Landwirte haben wir dabei vor allem ein Auge auf unsere Kinder, welche aktuell unschlüssig sind, ob sie den Betrieb in der heutigen Form überhaupt weiterführen können und wollen. Eine Freiflächenphotovoltaikanlage (FPA) erlaubt uns in der Verpachtung langfristig planbare und verhältnismäßig lukrative Einnahmen. Diese Möglichkeit wäre für unseren Betrieb ein Befreiungsschlag. Nur so können wir das nachhaltige Bestehen unseres Betriebes auch an anderer Stelle sichern. Allem voran trifft uns die niedrige Ertragsfähigkeit unserer Böden, die kaum die betrieblichen Ausgaben decken können, besonders in diesen Zeiten, da Rohstoffpreise wie Diesel, Dünger und Saatgut extremen Schwankungen unterliegen. Schon heute ist der wirtschaftliche Betrieb ohne Fördermittel der EU nicht mehr zu leisten. Der Klimawandel und der daraus resultierenden Verschlechterung der Ertragsfähigkeit unserer Böden lassen die Erlöse seit mehr als 5 Jahren sichtbar sinken. Erdrückend niedrige Erzeugerpreise durch große industriell agierende Agrargenossenschaften erledigen hierbei den Rest. Wir sind ein Gemischtbetrieb von Tier -Pflanzenproduktion, der schon seit 30 Jahren hier in der Region wirtschaftet. Leider sind vor allem die Erzeugerpreise in der Tierproduktion entsprechend der Kosten so gering, dass wir gezwungen sind, andere wirtschaftliche Standbeine zu suchen. Um unseren Lehrlingen und Arbeitskräften weiterhin faire Löhne zahlen zu können, brauchen wir weitere Einnahmequellen, um die geringen Margen ausgleichen zu können. Wir sind stolz darauf eine Landwirtschaft mit angeschlossener Tierhaltung zu sein, wenn man bedenkt, dass viele Betriebe mittlerweile auf diesen Betriebszweig verzichten. Für uns bildet die Tier -und Pflanzenproduktion eine Einheit, gerade um eine jährliche Variabilität für unsere „Brandenburger Böden" zu gewährleisten. Es gibt jetzt schon Regionen im Land Brandenburg, in denen es keine Tierzucht gibt und Kinder gar nicht mehr wissen, wie Milch erzeugt wird. Unser Dorf darf nicht zu einer Schlafstätte für urban arbeitende Menschen werden, ohne ortsansässige Landwirte! Als Flächenbesitzer in Deutschland sehe ich zudem meine moralische Verpflichtung einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. So sehr ich Landwirt bin und Flächen landwirtschaftlich nutzen möchte, sehe ich für Deutschland keine andere Option, um uns von Energieimporten aus Staaten mit fraglichem demokratischem und menschlichem Gebären loszulösen. Zu guter Letzt möchten wir noch einmal betonen, was aus diesem Schreiben ohnehin hervorgeht: Wir sind uns unserer Verantwortung als ortsnaher, in der Landwirtschaft wirtschaftender Betrieb, auch für das Dorfleben bewusst. Wir möchten, dass sowohl die Jugend, als auch ältere Generationen von dem Erhalt bzw. Bestehen unseres Betriebes auch in Zukunft profitieren. Daher bitten wir Sie inständig, uns und unserem Betrieb nicht die Chance einer FPA zu verbauen und meine Flächen (siehe Lageplan) aus dem Vorranggebiete für die Landwirtschaft herauszunehmen.	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Nach den Änderungen des Planungskonzepts sind die in der Stellungnahme dargestellten Flächen nicht mehr für ein Vorranggebiet Landwirtschaft vorgesehen. Für die betreffenden Flächen gilt mittlerweile der rechtskräftige Bebauungsplan "Solarpark Niebede".
TÖB-Nr.: 2155 / Berliner Stadtgüter GmbH		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 3185	Vorbehaltsgebiete Siedlung (G 1.1): Der Plangeber weist hiermit Gebiete außerhalb des durch den LEP HR festgelegten Gestaltungsraums Siedlung aus, die für eine Entwicklung für Wohnsiedlungsflächen besonders geeignet sind. Diese sind als raumordnerische Empfehlung zu verstehen, können bereits bebaut	Die Ablehnung der Festlegung von Eigentumsflächen der Berliner Stadtgüter GmbH bei Güterfelde als Vorbehaltsgebiete Siedlung wird zur Kenntnis genommen und das Vorbehaltsgebiet

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	oder unbebaut sein. Eine derartige Ausweisung läuft auf insb. landwirtschaftlich genutzten Freiflächen dem Gesellschaftszweck der Berliner Stadtgüter GmbH zuwider. Dies ist am südöstlichen und östlichen Siedlungsrand von Güterfelde der Fall (rot innerhalb der hellblau markierten Flurstücke) und wird unsererseits abgelehnt. Abb. 9: Ablehnung Vorbehaltsgebiete Siedlung Sonstige Ausweisungen unserer Eigentumsflächen als Vorbehaltsgebiete Potentialflächen für die Gewässerretention (G 2.1.2) nehmen wir zur Kenntnis.	entsprechend reduziert. Hinweis: Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach den übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben sind, dennoch nicht ausgeschlossen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 3176	Eignungsgebiete für Windenergienutzung (Z 2.2) Neben der landwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Bewirtschaftung besitzen unsere Liegenschaften auch ein erhebliches Potential zur Nutzung erneuerbarer Energien. Der regionalen Planungsstelle ist bekannt, dass die Berliner Stadtgüter GmbH seit langem die Errichtung von WEA auf ihren Flächen anstrebt und mit den in der Region bestehenden 8 Anlagen (zzgl. 3 im Bau/genehmigt) bereits einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz leistet. Diesen Beitrag können und wollen wir steigern. Insbesondere vor dem aktuellen geopolitischen Hintergrund ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig, um die Abkehr von ausländischen und fossilen Energiequellen zu ermöglichen. Insofern regen wir an und beantragen hiermit die räumliche Ausweitung der Windeignungsgebiete WEG 36 und WEG 44 sowie die Aufnahme weiterer Windeignungsgebiete in den Regionalplan. Wir beziehen uns dabei unter anderem auf eine Weißflächenanalyse unseres Kooperationspartners Berliner Stadtwerke Kommunalpartner GmbH - im Folgenden Berliner Stadtwerke -, die ergänzende Potentiale aufzeigt. Die Berliner Stadtwerke geben im Beteiligungsverfahren eine eigene Stellungnahme ab, auf die wir hiermit ausdrücklich verweisen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3179	Anträge auf Ausweisung weiterer Windeignungsgebiete Dallgow (HVL) Wir bitten um Prüfung von Flächen westlich der L20 und Aufnahme als Windeignungsgebiet. Planungen aus dem Jahr 2011- kamen zu dem Ergebnis, dass hier mindestens 4 WEA möglich wären. Abb. 3: mögliche Eignungsfläche Dallgow	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3180	Wansdorf (HVL) Südlich von Pausin und Wansdorf (Gemeinde Schönwalde-Glien) befinden sic gemäß aktuellen Ermittlungen unseres Kooperationspartners Berliner Stadtwerke großräumige Flächenpotenziale für die Windenergienutzung (blau schraffiert dargestellt). Nach Anwendung der TAK reduziert sich die Fläche. Auch in den zurückliegenden Beteiligungsverfahren zum Regionalplan hatten wir hier bereits auf Windpark-Planungen hingewiesen. Wir bitten erneut um Prüfung und Aufnahme in die Kulisse der Windeignungsgebiete. Wir weisen jedoch darauf hin, dass die Berliner Stadtgüter GmbH hier Teilflächen bereits für artenschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen (für die Feldlerche sowie für Zauneidechsen) sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach BNatSchG nutzt und insbesondere die Wansdorfer Rieselfelder für einen Flächenpool für Kompensationsmaßnahmen vorgesehen sind (grün und gelb flächig/schraffiert dargestellt). Die Windkraftnutzung müsste darauf Rücksicht nehmen. Abb. 4: Mögliche Eignungsfläche Wansdorf	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3181	Werben (TF) Östlich der Ortslage Werben (Glienick, Stadt Zossen) wurden seitens der Berliner Stadtwerke Potentiale für ein Windeignungsgebiet ermittelt (blau schraffiert dargestellt). Wir bitten um Prüfung und Aufnahme in die Kulisse der Windeignungsgebiete. Abb. 5: Mögliche Eignungsfläche Werben	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3182	Mahlow-Diedersdorf (TF) Auf Ackerflächen nördlich von Diedersdorf (Gemeinde Großbeeren), südlich von Mahlow (Gemeinde Blankenfelde-Mahlow) hat unser Kooperationspartner Berliner Stadtwerke Flächen identifiziert, die sich zur Windkraftnutzung eignen (blau schraffiert). Wir bitten auch hier um Prüfung und Ausweisung als Windeignungsgebiet. Auf bestehende Pachtverträge westlich der Straße nach Diedersdorf ist in besonderer Weise Rücksicht zu nehmen. Abb. 6: Mögliche Eignungsfläche Mahlow-Diedersdorf	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3183	Friederikenhof (TF) Nördlich von Friederikenhof, östlich von Heinersdorf (Gemeinde Großbeeren) wurde eine Potentialfläche für die Windkraftnutzung auf den großräumigen Ackerflächen östlich der B101 identifiziert (blau schraffiert dargestellt). Wir beantragen hiermit die Prüfung und Ausweisung als Windeignungsfläche. Abb. 7: Mögliche Eignungsfläche Friederikenhof	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 36 Thyrow-Kerzendorf		
BE-ID: 3177	WEG 36 Thyrow-Kerzendorf - Erweiterung Siethen (TF) Südöstlich der Ortslage Siethen (Stadt Ludwigsfelde) weisen zahlreiche Flurstücke der Berliner Stadtgüter GmbH (gelb markiert) ein Potential für Windkraftnutzung· auf. Auch die Analysen unseres Kooperationspartners Berliner Stadtwerke (blau schraffiert) zeigen, dass das in Ausweisung befindliche WEG 36 des vorliegenden Regionalplanentwurfs durchaus in Richtung Siethen erweitert werden könnte. Der zur Abgrenzung herangezogene Schutzbereich des Seeadlers sollte durch eine Raumnutzungsanalyse konkretisiert werden. Somit kann hier ggf. doch ein größeres Windeignungsgebiet entstehen. Wir beantragen, die gelb und blau markierte Kulisse zu prüfen und als Windeignungsgebiet auszuweisen. Abb. 1: Thyrow-Kerzendorf Erweiterungsvorschlag Siethen	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3178	WEG 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf (TF, PM) Das bislang bestehende WEG 30 Genshagener Heide soll gemäß ausliegendem Entwurf des Regionalplans 3.0 als WEG 44 fortgeführt und verkleinert werden. Auch die Ausweisungen der WEGs gemäß der (Teil)- FNPs der Gemeinden Stahnsdorf, Teltow und, Großbeeren werden damit beschnitten. Im zugehörigen Datenblatt des WEGs (im Kapitel 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung) wird die Potentialfläche, die auf Ludwigsfelder Gebiet ermittelt wurde, abgeschnitten, Zur Begründung wird dargelegt, man beziehe sich auf eine Ausweisung lt. FNP Ludwigsfelde als private Grünfläche mit Bestimmung „Fläche für den Schutz, die Pflege und den Erhalt [gemeint ist eher Entwicklung] von Natur und Landschaft". Dies ist jedoch nicht korrekt. Es handelt sich um eine derzeit stillgelegte Ackerfläche, auf der lineare Kompensationsmaßnahmen (Hecken, Baumreihe) bestehen und durch die Berliner Stadtgüter GmbH gepflegt werden. Der FNP weist sie auch als Landwirtschaftsfläche aus. Beides spricht nicht grundsätzlich gegen eine Windenergienutzung. Darüber hinaus verzichtet der Regionalplan darauf, den westlichen Teil seiner selbst ermittelten Potenzialfläche auf den ehem. Rieselfeldern nördlich von Sputendorf in das WEG 44 einzubeziehen. Der Plangeber begründet deren Ausschluss teils mit mehr als 6 Jahre alten Erhebungen Dritter und dem Vorentwurf des Landschaftsprogramms Brandenburg (2016) sowie Aussagen der Gemeinde Stahnsdorf, die hier ganz eigene Interessen verfolgt. Ein Ausschluss von Potentialen dieser Größe sollte auf aktuellen, verlässlichen Datengrundlagen beruhen. Wir beantragen daher, der Abgrenzung eine aktuelle Bewertung der Flächen zugrunde zu legen. Im Übrigen bitten wir um Korrektur der Angaben bzgl. des Wohnplatzes Neubeeren und Prüfung der Abstandskriterien. Die im Datenblatt zum WEG 44 vermerkten 16 Wohngebäude, die den Mindestabstand für WEA nach W1.2 rechtfertigen, existieren hier u. K. nach nicht. Unter Berücksichtigung der Bestands-WEA und deren vorhandener Erschließung sollte das WEG problemlos östlich bis zum Kreuzungsbauwerk L40/ L794 erweiterbar sein. Zusammenfassend beantragen wir die Prüfung und Korrektur der ermittelten Potentialfläche sowie der daraus abgeleiteten Abgrenzung des WEG 44 (graublau schraffiert) und die Erweiterung um die hellblau schraffiert markierten Flächen westlich, östlich und südlich des WEG 44. Gleichsam sind die 3 Bestandsanlagen innerhalb des Heiderings für ein Repowering auch regionalplanerisch zu sichern. Abb. 2: Erweiterungsvorschlag zu WEG 44	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 09 Güterfelde		
BE-ID: 3184	Vorranggebiete Rohstoffgewinnung (Z 2.3.1) Wie oben ausgeführt wertet die Berliner Stadtgüter GmbH ihre Eigentumsflächen gezielt ökologisch auf. Dazu haben wir unter anderem Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen des Natur- und Artenschutzes eingerichtet und führen hier dauerhafte Maßnahmen im Auftrag einer Vielzahl von öffentlichen und privaten Vorhabenträgern durch. Diese Maßnahmen sind als Nebenbestimmungen in diversen Bau- und Plangenehmigungen festgeschrieben und vertraglich gebunden. Die im Regionalplan-Entwurf verzeichnete Ausweisung des Vorranggebietes Rohstoffgewinnung VR06 Güterfelde läuft dieser Flächennutzung zuwider. Auf den gesellschaftseigenen Flurstücken im Flächenpool Stahnsdorf lehnen wir diese Ausweisung demnach ab. Abb. 8: Flächenpool Stahnsdorf	Den Bedenken wird mit Reduzierung des vom LBGR vorgeschlagenen Vorranggebiets gefolgt: Aufgrund vorgebrachter Bedenken der Stadtgüter Berlin zu Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen des Natur- und Artenschutzes sowie der Wasserbehörde der Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher· und Klimaschutz) zur Lage im Einzugsgebiets für das Wasserwerk Beelitzhof, kann dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe nur noch im Bereich des zugelassenen Hauptbetriebsplans Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 Zu Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 3175	Vorranggebiet für die Landwirtschaft (Z 2.4) Die Ausweisung von Vorrangflächen für die Landwirtschaft begrüßen wir grundsätzlich. Die Ausweisung anhand der Ertragsfähigkeit vorzunehmen, die sich wiederum aus den Hauptkriterien Trockenheitsempfindlichkeit und Ackerzahl bestimmt, ist ein schlüssiges Konzept. Allerdings sollte hier in einem weiteren Schritt stärker generalisiert werden, da teilweise sehr	Der Kleinteiligkeit der Vorrangflächen des Ersten Regionalplanentwurfs wird im Zweiten Entwurf durch eine Aggregierung (Rasterung) der Flächen entgegengewirkt. Die genaue Vorgehensweise wird in der zweckdienlichen Unterlage

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	kleinflächige oder inselartige Teilflächen innerhalb größerer Ackerflächen entstehen, wie z.B. im Bereich Friederikenhof (Großbeeren, TF). Die Option auf den landwirtschaftlichen Vorrangflächen PV als AgriPV zu betreiben, werten wir positiv. Jedoch ist nicht schlüssig nachvollziehbar, weshalb AgriPV dort zulässig sein kann, wenngleich wesentlich effektivere und platzsparende Windenergieanlagen (WEA) ausgeschlossen sein sollen. Höchst problematisch sehen wir ebenfalls die Ausschlusswirkung für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (A+E-Maßnahmen) nach BNatSchG und BauGB auf Vorrangflächen Landwirtschaft. Hier weisen wir insbesondere auf die produktionsintegrierten Maßnahmen hin, da sie auch positive Auswirkungen auf die Ackernutzung haben. Insofern beantragen wir, die Einschränkung und Ausschlusswirkung sowohl für A+E-Maßnahmen als auch für WEA in den Vorranggebieten Landwirtschaft aufzuheben.	„Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, 2. Entwurf. Kapitel 2.3 Landwirtschaftliche Bodennutzung. Methodisches Konzept zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft – Ertragsfähigkeit und Klimarobustheit (Basisflächen)“ erläutert. Die Größe eines Vorranggebiets Landwirtschaft entspricht nach dem neuen Planungskonzept mindestens zehn Hektar. Ziel der Aggregierung der Vorrangflächen ist es, die Fragmentierung zu reduzieren und eine angemessene Darstellung im Maßstab der Regionalplanung zu ermöglichen. Die Steuerung der Windenergienutzung erfolgt ebenfalls durch regionalplanerische Festlegungen. Die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021 wurden vom Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt. Im nunmehr rechtskräftigen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 sind Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die keine großflächigen Aufforstungen sind, sind in der Regel mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar. Dieser Sachverhalt wird im geänderten Planungskonzept des Zweiten Regionalplanentwurfs erläutert.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 3174	Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zum ausgelegten Entwurf des Regionalplans 3.0 Stellung nehmen zu können und möchten diese mit den folgenden Hinweisen und Anträgen gern wahrnehmen. Die Berliner Stadtgüter GmbH ist als Flächeneigentümerin und Verpächterin demnach auch als eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb vom derzeit öffentlich ausliegenden Planwerk betroffen. In der Region beläuft sich unser Eigentum auf rund 7.100 ha Fläche. Auftrag unserer Gesellschaft ist die Freiflächensicherung im Berliner Umland, die ökonomische sowie ökologische Aufwertung unserer Flächen sowie die Förderung der Landwirtschaft. Unsere Eigentumsflächen werden überwiegend landwirtschaftlich, teils gewerblich genutzt. Darüber hinaus stellen wir Flächen für die Gewinnung regenerativer Energie zur Verfügung sowie zur Anlage und dauerhaften Pflege von Kompensationsmaßnahmen des Natur- und Artenschutzes. Letzteres betreiben wir als Dienstleister für ausgleichsverpflichtete Vorhabenträger und zunehmend in Form sog. produktionsintegrierter Maßnahmen.	Die Aufgabenbeschreibung der Berliner Stadtgüter GmbH wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3186	Zur leichteren Lokalisation der in den Abbildungen markierten Flächen fügen wir dieser Stellungnahme eine Kartenübersicht als bei Anlage. Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Belange und stehen für Rückfragen gern zur Verfügung.	Kenntnisnahme.
TÖB-Nr.: 2157 / Forstbetrieb Arensnest		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 2867	In vorbezeichneter Angelegenheit zeigen wir an, die rechtlichen Interessen des Herrn [Name anonymisiert] Inh. des Forstbetrieb Arensnest [Adresse anonymisiert] zu vertreten. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert. Im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens möchten wir hier namens und im Auftrag unserer Mandantschaft die Möglichkeit zur Stellungnahme wahrnehmen und beantragen Die	Die Hinweise und Anregungen zum Planungskonzept werden in den folgenden Bearbeitungseinheiten im Einzelnen abgewogen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Überarbeitung der Planungskonzeption zur raumplanerischen Ermöglichung der Nutzung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien über das bisher geplante Konzept hinaus. Hierzu sind insbesondere landwirtschaftliche Flächen differenzierter zu behandeln, damit eine Nutzung dieser Flächen für Photovoltaik möglich wird. Die Festlegung von Landschaftsschutzgebieten als weiches Tabukriterium für die Windenergie ist zu streichen. Die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen in Landschaftsschutzgebieten ist klarstellend zuzulassen. Dies ist erforderlich, weil durch den derzeitigen Regionalplanentwurf die politischen Ziele unterschiedlicher föderaler Ebenen nicht angemessen berücksichtigt werden und kein ausreichender Beitrag zur Deckung des energetischen Bedarfs durch die Planungsregion geleistet wird (A.). Eine Überarbeitung aufgrund laufender politischer und rechtlicher Entwicklungen ist geboten (B.). Insbesondere bezüglich Landschaftsschutzgebieten und landwirtschaftlicher Flächen stellt sich das Planungskonzept als zu restriktiv heraus; auch im Übrigen leidet es unter Fehlern (C.). Darüber hinaus wird das überragende öffentliche Interesse an der schnellen Energiewende nicht zu genüge berücksichtigt. Die Planungskonzeption lässt nicht ansatzweise das erkennen, was nötig ist, um einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Bundesrepublik beizutragen. Das derzeitige Planungskonzept für den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 bedarf daher einer grundlegenden Überarbeitung.	
BE-ID: 2868	Im Einzelnen: A. Zurückbleiben hinter dem energetischen Bedarf der Planungsregion: Es ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit Sicherheit zu erwarten, dass das derzeitige Plankonzept den politischen Zielen zum Ausbau regenerativer Energien, die sich in Kürze zu gesetzlichen Vorgaben verfestigen, nicht gerecht werden kann. Es ist regemäßig legitim, wenn sich die Regionalen Planungsgemeinschaften an den Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung orientieren. Ist jedoch, wie hier, mit Sicherheit abzusehen, dass sich diese Vorgaben in Änderungsprozess befinden, ist auch die Regionalplanung zur Weitsicht angehalten. Denn die Verpflichtung zur Aufstellung von Plänen für einen mittelfristigen Zeitraum (§ 7 Abs.1 S. l ROG) i.V.m. der Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Anspruche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung führt (§ 1 Abs. 2 ROG), erfordert die Vorausschau auch auf absehbar entstehende Bedürfnisse und Ansprüche an die Nutzung des Plangebietes. Unter diese Ansprüche fällt auch die Notwendigkeit der Flächenbereitstellung für die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien (EE).	Die Bedenken, die Planungsregion bliebe hinter dem "energetischen Bedarf" zurück, sind unbegründet. Mit Inkrafttreten des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 am 23.10.2024 und der Feststellung, dass der Sachliche Teilregionalplan mit dem regionalen Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für den Stichtag 31. Dezember 2027 nach Artikel 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes vom 8. März 2023 (GVBl. Nr. 3) in Einklang steht, wurde die Flächenbereitstellung für die Errichtung von Windenergieanlagen im erforderlichen Umfang umgesetzt. Eine Festlegung, mit der die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen in Landschaftsschutzgebieten „klarstellend zugelassen“ wird, liegt nicht in der Kompetenz der Regionalen Planungsgemeinschaft (vgl. hierzu auch BE 2867).
BE-ID: 2869	I. Bundespolitische Rahmenbedingungen Aufgrund der langfristigen Klimaziele und dem damit verbundenen notwendigen Tempo bei der Reduktion von schädlichen Klimagasen sowie aufgrund der aktuellen angespannten Situation bzgl. der Lieferung fossiler flüssiger und gasförmiger Energieträger muss der Ausbau der EE deutlich beschleunigt werden. Die Bundesregierung hat dafür neue Ausbaupfade und Ausschreibungsmengen vorgesehen. Bei der Windenergie ist ab 2027 als Höchststand ein jährlicher Zubau von 10 Gigawatt (GW) geplant, bei der Solarenergie ab 2028 als Höchststand sogar 22 GWp, wobei die Hälfte durch Freiflächenanlagen (FFA) erzeugt werden soll. Der Stromsektor soll insgesamt bis 2035 klimaneutral aufgestellt sein. Neben der positiven Klimabilanz geht es insbesondere um die Versorgungssicherheit mit Energie und die Deckung des steigenden Strombedarfs. Aktuelle Prognosen des Bundesministeriums für Wirtschaft gehen von 750 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2030 aus, bisherige Planungen lagen bei 580 TWh bis 655 TWh. Bereits 2030 sollen Erneuerbare Energien 80% des Bruttostrombedarfs decken, was eine Verdoppelung der derzeitigen Leistungsmengen bedeuten würde. Bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen (FFA) sollen durch die Erweiterung der Freiflächenkulisse, insbesondere um die sogenannten „benachteiligte Gebiete" sowie um landwirtschaftliche Flächen auf ehemaligen Moorböden die Ausbauziele erreicht werden. Für die wiedervernässten Moorgebiete sowie für den	Die Bedenken sind unbegründet. Der Anregung, die bestehende Notwendigkeit der Ausweisung von Flächen für die Nutzung erneuerbarer Energien zu antizipieren und entsprechend in Planungskonzepte einzubeziehen, wurde mit der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans für die Windenergienutzung bereits gefolgt. Mit der Vorgabe der Flächenbeitragswerte im WindBG hat der Bundesgesetzgeber die energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Bedarfe, die sich aus den Ausbauzielen und -pfaden des EEG zum Erreichen der Klimaschutzziele ergeben, mit der planerischen Festlegung der dafür erforderlichen Flächen bereits verknüpft. Mit dem Sachlichen Teilregionalplan wurde das maßgebliche regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2027 erreicht. Bezüglich der Nutzung der solaren Strahlungsenergie kann durch eine Festlegung im Regionalplan kein Baurecht geschaffen werden. Diese Festlegungen können in ausreichendem

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Einsatz von Agri-PV ist ein Bonussystem angedacht, um für die damit verbundenen höheren Kosten einen Ausgleich zu schaffen. Die Bundesregierung hat vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen festgestellt, dass die Nutzung der Erneuerbaren Energien „ im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient" und damit umfangreiche gesetzgeberische Vorhaben verbunden. Der Bundesrat hat am 20. Mai 2022 über das von der Bundesregierung vorgelegte „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor" beraten. Die Länderkammer ist dabei grundsätzlich den Vorschlägen der Bundesregierung gefolgt, einzelne Änderungsvorschläge werden im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt. In den kommenden Wochen wird nun der Bundestag über die Gesetzesvorlage beraten. Es ist davon auszugehen, dass das Gesetz zeitnah in Kraft treten kann. Dieses Gesetz ist Teil der Ankündigungen aus dem sogenannten Osterpaket u.a. zum beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land. Konkret wird darauf hingewiesen, dass „ die wesentlichen Hemmnisse bei Wind an Land nicht im EEG selbst gelöst werden können ", (z.B. zu geringe Flächenausweisungen); sie werden durch ein gesondertes Gesetzespaket abgebaut, das in einem zweiten Schritt später im Kabinett beschlossen werden soll (sog. ,,Sommerpaket"). Zur Flankierung dieser Maßnahmen enthält das EEG 2023 aber bereits wichtige Detailänderungen. So werden unter anderem die Degression des Höchstwerts für zwei Jahre ausgesetzt, das Referenzertragsmodell für windschwache Standorte verbessert und die Größenbegrenzung für Pilotwindenergieanlagen aufgehoben. Wichtig für die Akzeptanz ist, dass neben den Bürgerenergiemodellen insbesondere die finanzielle Beteiligung der Kommunen, in deren Nähe sich die EE-Anlagen befinden, gestärkt wird. Zudem ist durch die gemeinsame Erzeugung und Nutzung von Strom in regionalen Netzen eine stärkere Unterstützung der Öffentlichkeit zu erwarten, da der vor Ort erzeugte Strom den verschiedensten regionalen Akteuren (Haushalte, Kommunen, Industrie) zugutekommen soll. Abbildung 1: Ausbaupfade Windenergie und Photovoltaik bis 2035 [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Diagramm 1 für Wind an Land, Diagramm 2 für Photovoltaik] Quelle: Überblickspapier Osterpaket der Bundesregierung vom 06.04.2022 Vorrangig ist das Ausbautempo derzeit durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Genehmigung der Vorhabenflächen und der baulichen Anlagen gedrosselt. Es ist folglich auch Aufgabe der Landes- und Regionalplanung die bestehende Notwendigkeit der Mehrausweisung von Flächen zu antizipieren und entsprechend in ihre Planungskonzepte einzubeziehen.	Umfang durch die Gemeinden vorgenommen werden.
BE-ID: 2877	Im oben erwähnten Beschluss des Landtages Brandenburg vom 18. Mai 2022 wurde die geplante Änderung des Raumordnungsgesetzes durch die Bundesregierung im Hinblick auf den Ausbau von Windkraftanlagen an Land bereits aufgegriffen. In der Konsequenz soll bis spätestens Ende des Jahres 2022 die Regionalplanung überarbeitet werden. Dieser Aussage liegt jedoch der Sinn und Zweck zugrunde, dass die Regionalplanung sich bei der Überarbeitung an den neuen regulatorischen Gegebenheiten orientiert und nicht bereits jetzt überholte Bedarfe an Flächen für EE-Anlagen perpetuiert. Bereits aus den bislang benannten Gründen ergibt sich folglich die Erforderlichkeit, das Planungskonzept insgesamt zu überarbeiten und im Sinne der absehbar verbindlichen Vorgaben zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der entsprechenden Flächenbereitstellung anzupassen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2878	C. Fehlerhafte Annahmen im bestehenden Plankonzept Das vorgelegte Plankonzept bedarf an verschiedenen Stellen der umfassenden Überarbeitung. Wie bereits oben dargestellt, sind mit dem vorgelegten Plankonzept weder die Bundes- noch die Landespolitischen Ziele zur Umsetzung der Energiewende und der Verlangsamung des Klimawandels umzusetzen. Es bedarf deshalb mehrerer Modifikationen: Vorrangig sind Landschaftsschutzgebiete für eine Nutzung durch EE zu öffnen (I.). Die restriktive Festlegung zu den Vorranggebieten für die Landwirtschaft ist zu lockern (II.). Letztlich ist das Plankonzept hinsichtlich der	Die Anregung betrifft die Festlegungen zur Windenergienutzung, die nicht mehr Bestandteil des Regionalplans 3.0 sind.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Windenergie generell zu überarbeiten und es sind mehr Flächen zur Verfügung zu stellen (III.).	
BE-ID: 2879	I. Festlegung von Vorranggebieten für PV-FFA Der Regionalplan sieht keine Festlegung von Vorranggebieten für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (FF A) vor. Dies ist zu ändern. Das Konzept ist um die Festlegung von Vorranggebieten (ohne die Wirkung von Eignungsgebieten) für FFA zu ergänzen. Der Plangeber erkennt selbst an, dass der Nutzung der solaren Strahlungsenergie für die Erreichung der Klima- energiepolitischen Ziele erhebliche Bedeutung zukommt. Bundespolitisch geplant sind dabei ein jährlicher Zubau von 22 GWp ab dem Jahr 2028, wobei die Hälfte durch Freiflächenanlagen erzeugt werden soll. Klimaneutralität soll bis 2035 im Stromsektor erreicht sein. Dabei geht das Bundeswirtschaftsministerium derzeit von einem Strombedarf von 750 TWh im Jahr 2030 aus, die bis 2035 perspektivisch noch steigen dürften. Dieser Strombedarf wird dann zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu decken sein. Bereits 2030 sollen erneuerbare Energien 80 % des Bruttostrombedarf decken, was zu einer Verdoppelung der derzeitigen Leistungsmengen führen würde. Diese massive Steigerung des Strombedarfs wird nicht ohne einen starken Ausbau der Photovoltaik möglich sein. Für den Zeitraum 2030-2040 sollen in Brandenburg mindestens 6 % des Primärenergieverbrauchs durch Photovoltaik gedeckt werden, im Jahr 2040 sollen es bereits 11 % sein. - Entwurf Energiestrategie Land Brandenburg 2040 - Voraussetzung für eine derart hohe Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen, der notwendigerweise zu einem großen Teil aus Freiflächenanlagen zu decken sein wird, ist eine ausreichende Flächenbereitstellung. Konsistent mit dieser Herausforderung hat der Landtag Brandenburg in seiner 67. Sitzung am 18. Mai 2022 zum Tagesordnungspunkt 8 den Beschluss gefasst, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien zügig vorangetrieben werden muss. Dies betrifft die zur Verfügung stehenden Flächen und Potenziale, die Geschwindigkeitsplanung- und Genehmigungsverfahren sowie auch technische Entwicklungen und Innovationen. - Landtagsdrucksache 7/5546-B - Dabei fordert der Landtag unter anderem eine Forcierung des Ausbaus im Bereich von Photovoltaikanlagen, wobei ein besonderer Fokus auf Gebäuden und Parkflächen liegen soll. Die ausschließliche Nutzung versiegelter oder vorbelasteter Flächen wird jedoch nicht ausreichen, um die Klimaziele des Bundes und der Länder zu erreichen. Hierzu ist auch der Ausbau von Photovoltaikfreiflächenanlagen nötig. - Eckpunktepapier BMWK, BMUV und BMEL, Ausbau der Photovoltaik: auf Freiflächen im Einklang mit landwirtschaftlicher Nutzung und Naturschutz, 10.02.2022 - Zur Flächenbereitstellung für FF A ist aus regionalplanerischer Sicht das Instrument der Vorranggebieten bestens geeignet. So kann bereits auf regionalplanerischer Ebene eine ausreichende Flächenverfügbarkeit für den Ausbau von FF A sichergestellt werden. Die Ausweisung auf regionalplanerischer Ebene vereinfacht darüber hinaus planungswilligen Kommunen den Prozess enorm, da bereits eine regionalplanerischer Grundentscheidung für den Standort gefallen ist, die - da Vorranggebiete Zielqualität haben - durch die Gemeinde umgesetzt werden müssen. Lediglich zu beachten ist durch die Gemeinde dann die Frage des „wie". Alternativ wäre es auch denkbar, der Photovoltaik jedenfalls durch die Festsetzung von Vorbehaltsgebieten zu einer stärkeren Durchsetzungskraft zu verhelfen. Auch dies würde die Planungen planungswilliger Kommunen enorm vereinfachen.	Der Anregung, Vorbehaltsgebiete bzw. Vorranggebiete für Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Regionalplan 3.0 festzulegen, wird nicht gefolgt. Die Annahme, dass solche Festlegungen zu einer Beschleunigung der Errichtung von Solaranlagen führen würde, ist nicht ausreichend begründet. Durch Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete kann kein Baurecht für Solaranlagen geschaffen werden. Dieses kann nur im Wege der kommunalen Bauleitplanung hergestellt werden. Über die Aufstellung von Bauleitplänen entscheiden die Träger der Planungshoheit in eigenem Ermessen. Der erreichte Stand der Bauleitplanung in der Region Havelland-Fläming gibt keinen Anlass zu der Annahme, dass von den Kommunen, gemessen an den benannten klima- und energiepolitischen Zielstellungen, nicht ausreichend Fläche zur Verfügung gestellt wird. (siehe Zweiter Sachstandsbericht über Photovoltaik-Freiflächenanlagen vom Juni 2024, https://havelland-flaeming.de/wp-content/uploads/2024/09/Sachstandsbericht_PV_FFA_20240902.pdf)
BE-ID: 2880	II. Öffnung Landschaftsschutzgebiete Der Regionalplan sieht vor, dass Landschaftsschutzgebiete nicht für die Nutzung der Windenergie zur Verfügung stehen. Landschaftsschutzgebiete werden als weiches Tabukriterium von vornherein ausgeschieden - Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 5. Oktober 2021 - Da regionalplanerischer bislang keine Ausweisung von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten für Freiflächenanlagen vorgesehen sind, trifft der Regionalplan diesbezüglich keine Aussage. Da im Rahmen dieser Stellungnahme die Ausweisung solcher Flächen gefordert wird, ist in der Folge auch hierauf einzugehen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet. Zur Anregung, Festlegungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen vorzunehmen, wird auf BE 2879 verwiesen.
BE-ID: 2882	2. Für Freiflächenanlagen Der vorliegende Entwurf des Regionalplanes enthält hinsichtlich der Nutzung von Landschaftsschutzgebieten für FFA keine konkreten Aussagen. Dies liegt darin begründet, dass regionalplanerischer gar keine Ausweisungen von Photovoltaikanlagen (gleich welcher Art) stattfinden. Wie bereits oben ausgeführt sind für die photovoltaische Nutzung von Flächen Vorranggebiete für FFA, jedenfalls aber Vorbehaltsgebiete festzulegen. Im Hinblick auf die bezüglich der Landschaftsschutzgebiete sehr restriktive Haltung des Plangebers soll an dieser Stelle vorgreiflich hierzu Stellung genommen werden. Vorauszuschicken ist, dass die zuvor unter 1. genannten Belange auch für die Photovoltaik im Sinne von FFA streiten. Auch hier ist sicherzustellen, dass eine gleichmäßige Partizipation aller Kommunen möglichst sichergestellt wird. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass von FFA signifikant geringere Auswirkungen ausgehen, als dies bei WEA der Fall ist. FFA sind gemeinhin noch wesentlich weniger sichtbar als Windenergieanlagen und haben auf die Tier- und Pflanzenwelt im Grunde keinerlei negative Auswirkungen. Es ist sogar vielmehr zu erwarten, dass durch eine photovoltaische Nutzung innerhalb der Landschaftsschutzgebiete ein Beitrag zur Biodiversität geleistet wird. - Peschel et. al. 2019, Solarparks - Gewinne für die Biodiversität - Hinzu kommt, dass die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von FFA eine kommunale Bauleitplanung voraussetzt. Damit wird die Entscheidung, ob an einer bestimmten Stelle in einem Landschaftsschutzgebiet eine FFA entstehen soll, letztlich vor Ort getroffen, was eine hohe Akzeptanz mit sich bringt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die großflächigen Landschaftsschutzgebiete der Planungsregion eine Ausweisung von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten für Photovoltaikfreiflächenanlagen nicht entgegenstehen.	Zur Anregung, Festlegungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen vorzunehmen, wird auf BE 2879 verwiesen.
BE-ID: 2883	3. Ergebnis Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sowohl Windenergieanlagen als auch Photovoltaikfreiflächenanlagen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten raumordnerisch zuzulassen sind. Die Festlegung der Landschaftsschutzgebiete als weiches Tabukriterium ist fehlerhaft und deshalb aufzuheben. Einer photovoltaischen Nutzung von Landschaftsschutzgebieten steht aus raumordnerischer Sicht nichts entgegen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet. Zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen siehe BE: 2882.
BE-ID: 2901	V. Ergebnis Zusammenfassend sind Landschaftsschutzgebiete für eine Nutzung durch EE zu öffnen. Die Ausweisung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft stellt sich als zu restriktiv heraus und geht an der Realität vorbei. Auch im Übrigen weißt das Plankonzept im Bereich Windenergie substanzielle Fehler auf, die eine grundlegende Umplanung erfordern.	Der Anregung, Landschaftsschutzgebiete für die Nutzung der erneuerbaren Energien pauschal zu öffnen, kann nicht gefolgt werden. Eine solche Entscheidung übersteigt die Kompetenz der Regionalen Planungsgemeinschaft.
BE-ID: 2902	D. Überragendes öffentliches Interesse an Ausbau der Erneuerbaren Energien Die Erhöhung des Stromanteils aus erneuerbaren Energien am gesamten Strombedarf ist erklärtes Ziel sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene und gesetzgeberischer Wille. Das durch europarechtliche, wie auch bundes- und landesrechtliche Vorschriften zum Ausdruck kommende besondere Interesse an einer gesteigerten Nutzung EE gebietet die Ausweisung geeigneter Standorte, sowie den Abbau planungsrechtlicher Hindernisse für die Errichtung von EE-Anlagen. Seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24.02.2022 befindet	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	sich Europa im (faktischen) Kriegszustand. Angesichts der aktuellsten geo- und sicherheitspolitischen Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent lässt sich nicht mehr leugnen, was schon seit Jahren mehr als offensichtlich ist: Der Ausbau der erneuerbaren Energien dient dem überragenden öffentlichen Interesse der Versorgungssicherheit. - etwa: EuGH, Urt. V. 25.06.2020, C-24/19 - In der Folge stellt jedes importunabhängig erzeugte KW Strom ein Gebot der nationalen Versorgungssicherheit dar. Diese Tatsache führte bereits zur rechtlich zulässig fixierten und durch Bundesminister Hab eck förmlich angeordneten Freigabe von nationalen Ölreserven. Die Tragweite dieser auf § 12 Abs. 1 Erdölbevorratungsgesetz (ErdölBevG) beruhenden Entscheidung zeigt bereits die Tatsache, dass die strategischen Ölreserven in Deutschland zuvor erst drei Mal freigegeben wurden. Anlässe waren der Golfkrieg zu Beginn der 1990er Jahre, die von den Hurrikanen ,,Katrina" und ,,Rita" 2005 angerichteten Schäden in den USA sowie der Ausfall lybischer Ölexporte während des Libyen-Krieges im Jahr 2011. Der Krieg in der Ukraine betrifft Deutschland und Europa daher nicht nur geopolitisch, sondern erfordert auch die Auseinandersetzung damit, wie wir die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten können. Einzige konsequente Möglichkeit Europas, wie auch der Welt, gegen energiepolitische Aggression resilient zu werden und gleichzeitig die Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten ist, die Vollversorgung durch Erneuerbare Energien so schnell wie möglich sicherzustellen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien dient in der Folge nicht nur dem Klimaschutzziel des Art. 20a GG (dazu sogleich), sondern - wie das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich betont-insbesondere auch dem Gemeinwohlziel der Sicherung der Stromversorgung, weil die vermehrte Nutzung der Erneuerbaren Energien in Deutschland die Abhängigkeit von Energieimporten vermindert. - BVerfG, Beschl. v. 23.03.2022, 1 BvR 1 1 87/17, juris Rn. 103 ff - Demzufolge kommt es hierbei auf den Zubau jeder einzelnen WEA an, da jede genehmigte WEA durch ihre konkret quantifizierbare Produktionsleistung zur Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern beiträgt. Alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf sämtlichen staatlichen Ebenen müssen sich dieser sicherheitspolitischen Komponente der Energiewende bewusst sein.	eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2903	bb) Öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien Daneben besteht ein gewichtiges gewichtiges öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien insgesamt und der Windenergie im Besonderen, das darauf gerichtet ist, den Klimaschutz voranzutreiben. Dabei handelt es sich nicht nur um ein „bloß moralisches Interesse". Vielmehr waren bislang klimaschutzrechtliche Aspekte bereits aufgrund supranationaler Verpflichtungen der Bundesrepublik (Paris Climate Agreement 2015) und europarechtlichen Vorschriften (RED I, RED II und European Green Deal) zu berücksichtigen. Nach den 2021 ergangenen Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts (,,Klima-klage"), die mittlerweile Einzug in die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gehalten haben, genießt die Verhinderung des menschengemachten Klimawandels nunmehr jedoch Verfassungsrang. - BVerfD, Beschl. v. 24.03.2021 (1 BvR 2656/18 u.a.); BVerfG, Beschl. v. 23.03.2022, 1 BvR 1187/17 - Demnach umfasst Art 20a GG, der die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage zum Staatsziel bestimmt, auch die Verpflichtung der Bundesrepublik, den menschengemachten Klimawandel im Sinne des Paris Climate Agreement 2015 zu begrenzen. - Maslaton, in: NJ 201 9, S. 427 ff - Dabei hat das BVerfG in seiner Entscheidung vom 24.03.2021 in seinem Leitsatz festgestellt, dass Art. 20a GG den Staat zum Klimaschutz verpflichtet. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität: "Geboten sind daher vor allem Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen (vgl. bereits BVe,fGE 118, 79 <110>). Sind die verfassungsrechtlichen Grenzen der weiteren Erderwärmung erreicht, verpflichtet das verfassungsrechtliche Klimaschutzgebot dazu, Treibhausgasemissionen auf ein für die Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre neutrales Maß zu begrenzen (vgl. auch § 1 Satz 3 und § 2 Nr. 9 KSG). lnsofern zielt Art. 20a GG auch auf die Herstellung von Klimaneutralität. " - BVerfG,	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Beschlüsse vom 24.03.2021 (l BvR 2656/1 8 u.a.), Rn. 198 - Diese aus verschiedenen Gründen bahnbrechende verfassungsgerichtliche Entscheidung legt damit fest, dass jede Abwägungsentscheidung die Belange des Klimawandels berücksichtigen muss. Im Sinne des Klimaschutzgesetzes des Bundes (K.SG) sind alle behördlichen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf den Klimawandel hin zu untersuchen. Dabei kommt Art. 20a GG freilich kein unbedingter Vorrang gegenüber anderen Belangen zu. Die Belange sind aber in einen gerechten Ausgleich zu bringen. Dabei nimmt das relative Gewicht des Klimaschutzgebotes in der Abwägung bei fortschreitendem Klimawandel weiter zu. Im Energiesektor kann diese Reduzierung der Treibhausgase unstreitig am besten durch den Einsatz von Erneuerbaren Energien erreicht werden. Dabei trägt jede einzelne WEA im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Treibhausgasreduktion bei. Ein öffentliches Interesse besteht demnach nicht nur abstrakt hinsichtlich des Ausbaus der Windenergie generell, sondern konkret an der Errichtung jeder einzelnen Anlage. - OVG Koblenz, Beschluss vom 09.02.2021 (1 B 1 1 505/20); OVG Münster, Urteil v. 1 7.01.2019, (2 D 63/17),juris Rn. 155 - Diese überragende Bedeutung des Klimaschutzes durch den Ausbau der EE lässt sich darüber hinaus den aktuellen Bestrebungen in der Politik, konkret der neuen Bundesregierung, entnehmen. Der Koalitionsvertrag führt diesbezüglich aus: ,, Wir machen es zu unserer gemeinsamen Mission, den Ausbau der Erneuerbaren Energien drastisch zu beschleunigen und alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. Wir richten unser Erneuerbaren-Ziel auf einen höheren Bruttostrombedarf von 680-750 TWh im Jahr 2030 aus. Davon sollen 80 % aus Erneuerbaren Energien stammen. Entsprechend beschleunigen wir den Netzausbau. (. . .) Wir werden Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen. Die Erneuerbaren Energien liegen im öffentlichen Interesse und dienen der Versorgungssicherheit. " - Koalitionsvertrag 2021 - 2025 der Bundesregierung, S. 56 - Diesen Worten sind bereits Taten gefolgt: Im Gesetzentwurf der Bundesregierung „zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor" vom 06.04.2022 ist vorgesehen, in § 2 EEG 2023 ausdrücklich zu normieren, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien im „überragende öffentliche Interesse" liegen und der öffentlichen Sicherheit dient. Dem Ausbau der Erneuerbaren Energien kann sich daher nicht mehr entzogen werden. Insbesondere nicht in Fällen wie dem hier gegenständlichen, in dem die Verlegung des Pflichtmeldepunktes November 1 an andere Standorte ohne luftverkehrsbetriebliche Gefahren und luftverkehrsrechtliche Probleme möglich ist. Nach alledem lässt sich festhalten, dass jede und jeder, der/die jetzt noch den zügigen Ausbau der EE verzögert, die Energieversorgung der Bundesrepublik: gefährdet, die spätestens seit dem 24.02.2022 deutsche Friedens- und Existenzvoraussetzung ist.	
BE-ID: 2904	E. Ergebnis Die Planungsregion Havelland-Fläming eignet sich für den wirtschaftlichen Betrieb von EE-Anlagen. Die Regionale Planungsgemeinschaft trägt die Verantwortung in Aussicht auf die bestehenden Gesetzesvorhaben und Flächenziele das Konzept für die Ermöglichung von EE-Anlagen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming zu überarbeiten. Schließlich leidet das aktuelle Planungskonzept derzeit auch unter Abwägungsfehlern und lässt eine hinreichende Berücksichtigung des öffentlichen Belangs des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit vermissen. Es ist nicht zu erkennen, dass bspw. der Windenergie substantieller Raum verschafft wird. Aufgrund der dargelegten Aspekte ist durch den Regionalen Planungungsträger zu eruieren, keine Konzentrationszonenplanung vorzunehmen, sondern ggf. ausschließlich Vorranggebiete vorzusehen, sofern die Planung trotz der hiesigen Bedenken fortgeführt werden soll. Außerdem sind Vorrang- oder zumindest Vorbehaltsgebiete für PV-FFA festzulegen. Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass das aktuelle Plankonzept dem öffentlichen Interesse am dringenden Ausbau der Erneuerbaren Energien, sowohl in dem akuten Klimanotstand als auch der andauernden geopolitischen Krise, zuwiderläuft und wertvolles Potential im Kampf gegen den Klimawandel	Die Hinweise zum Planungskonzept werden zur Kenntnis genommen. Die Einschätzung, durch das Plankonzept würde "wertvolles Potenzial im Kampf gegen den Klimawandel verschenkt" ist unzutreffend. Vielmehr wurde im Zuge des Inkrafttretens des Sachlichlichen Teilregioalplans für die Windenergienutzung 2027 bereits festgestellt, dass das regionale Teilflächenziel von 1,8% der Regionsfläche zum Stichtag 31.12.2027 erreicht wird und somit auch die regionalplanerischen Vorraussetzungen zur Erreichung der Energie und -klimapolitischen Ausbaupfade gegeben sind.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	verschenkt.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 2870	II. Landespolitische Ziele: Brandenburgs Regierung bekennt sich bereits seit mehreren Jahren ausdrücklich zum Ausbau der EE und ist als eines der bedeutendsten Energieländer Deutschlands bekannt. Nachdem insbesondere vor und nach der deutschen Wiedervereinigung die Braunkohle im Mittelpunkt der Energieerzeugung stand, ist Brandenburg mittlerweile ein Vorreiter bei der regenerativen Energieerzeugung. Laut Angaben der Landesregierung deckten im Jahr 2019 die erneuerbaren Energien bilanziell 94,8 % des Jahresstromverbrauchs. Die gleichzeitige Braunkohleverstromung in der brandenburgischen Lausitz führt jedoch dazu, dass die hiesige Energiewirtschaft bisher die mit Abstand höchsten Emissionen zu verantworten hat. Die Landesregierung arbeitet deshalb an einem eigenen Klimaplan, um bis 2045 die Klimaneutralität zu erreichen. In acht Handlungsfeldern werden die einzelnen Maßnahmen derzeit erarbeitet, wobei jeder Sektor einbezogen wird. Durch den Braunkohleausstieg ist unabhängig vom konkreten Datum (2030 oder spätestens 2038) klar, dass die Energieversorgung trotz der erzielten Ergebnisse weiter umgestellt werden muss und es dem erheblichen Zubau von EE-Anlagen bedarf. Nach dem bisherigen Ausbauziel Brandenburgs, welches sich aus der noch gültigen Energiestrategie 2030 ergibt, welche noch dieses Jahr bis zum Jahr 2040 fortgeschrieben werden soll, wird angestrebt, dass der Anteil der Energie aus Erneuerbaren Energieträgern bis zum Jahr 2030 mindestens 32 % des Primärenergieverbauchs beträgt (min. 170 PJ). Der Großteil hiervon soll aus Windkraft gewonnen werden. Um dies zu erreichen wird bis zum Jahr 2030 ein Ausbauziel von 10.500 MW ausgegeben. - Energiestrategie 2030 v. 21.02.2012, S. 39 - Zu diesem Ziel bekennt sich auch die aktuelle Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vom 19.11.2019. Dort heißt es: "Die Koalition bekennt sich gemäß der Energiestrategie 2030 zum Ausbauziel bei der Windenergie von 10.500 MW im Jahr 2030. " - Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen v. 19.11.2019, S. 66 - An diesem Ausbauziel hat sich die Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zu orientieren. Für den Bereich der Windenergienutzung wird aus diesem Grund gefordert, dass hierfür 2% der nutzbaren Landesfläche zur Verfügung gestellt werden müssen (Die Fläche Brandenburgs beträgt ca. 29.500 km2, davon sind ca. 1000 km2 Wasserfläche). - Energiestrategie 2030 v. 21.02.2012, S. 39 - Zunächst ging die Landesregierung in der Energiestrategie 2030 offenbar davon aus, dass auch über das Jahr 2020 hinaus kein weiterer Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land entsteht, da Repowering-Maßnahmen zu einer deutlichen Leistungssteigerung führen. Laut dem zuständigen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie wird nunmehr jedoch sogar von einem höheren Bedarf für die Zeit bis 2040 ausgegangen, was durchaus realistisch ist. Im Entwurf der neuen Energiestrategie des Landes Brandenburg wird im Sinne der größtmöglichen Akzeptanz für EE-Anlagen darauf verwiesen, "dass der für die Klimaneutralität erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien mit maximaler Flächen- und Ertragseffizienz zu realisieren ist, um den erforderlichen Flächenverbrauch zu minimieren. " In Zukunft wird beim Ausbau der EE-Anlagen besonders die systematische Verknüpfung der Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Industrie dazu führen, dass regionale Kreisläufe und dezentrale Versorgungen im Vordergrund stehen werden. Das Land Brandenburg setzt dabei sehr intensiv auf die Wasserstofferzeugung und versucht, auf einem sogenannten "H2-Marktplatz" die Akteure der Branche miteinander zu vernetzen. Ziel ist es, eine Übersicht zu den bestehenden und geplanten Projekten in der Region zu erhalten und die Erzeuger mit passenden Abnehmern in der jeweiligen Region zu vernetzten. Dabei geht es um Industrieunternehmen, den Verkehrssektor und um die Kommunen. Der Wasserstoffbedarf für Brandenburg wird auf 22,5 TWh für das Jahr 2040 geschätzt, aber nur 3,75 TWh will Brandenburg laut Klimastrategie selbst erzeugen. Allein dafür wären insgesamt 625 neue Windanlagen notwendig. Ebenfalls erkennt der Landtag Brandenburgs in einem Beschluss vom 18.05.2022	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	(Drs. 7/5546-B) die Notwendigkeit in der Energiepolitik umzusteuern: "Darüber hinaus gilt es in Anbetracht des Krieges gegen die Ukraine unabhängig von russischen Importen zu werden, ohne dabei die Grundsätze [Anfang der Hervorhebung] Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit [Ende der Hervorhebung] aufzugeben. Dafür braucht es den [Anfang der Hervorhebung] Aushau erneuerbarer Energien [Ende der Hervorhebung], der [Anfang der Hervorhebung] zügig vorangetrieben [Ende der Hervorhebung] werden muss. Dies betrifft die zur Verfügung stehenden Flächen und Potenziale, die Geschwindigkeit von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie auch technische Entwicklungen und Innovationen. Gleichwohl dürfen die Auswirkungen für Mensch und Natur nicht ignoriert und damit die Akzeptanz für die Energiewende aufs Spiel gesetzt werden." - Hervorhebungen durch die Verfasser - Dazu soll ein umfangreiches Maßnahmenpaket erstellt werden, durch das das Land seinen Beitrag am Ausbau der EE steigern und somit einen entscheidenden Anteil zum Klimaschutz und zum Gelingen der Energiewende beisteuern kann. Dazu wird vorgesehen, die bisherigen Ausbauziele signifikant zu erhöhen. "Bis zum Jahr 2030 sollen mindestens 11,5 GW aus Windenergieanlagen als Kapazitätsausbauziel erreicht werden." Der Landtag unterstützt die geplante Änderung des Raumordnungsgesetzes auf Bundesebene, aufgrund derer die Regionalplanung bis zum Jahr 2022 überarbeitet werden soll. Auch wird erkannt, dass insbesondere die Flächenverfügbarkeit erhöht werden muss und dazu die Errichtungsermöglichung an Fernstraßen und Schienenwegen, sowie in (mind. den Randbereichen) von Landschaftsschutzgebieten herzustellen ist.	
BE-ID: 2874	B. Erfordernis der Überarbeitung aufgrund politischer Entwicklungen Es wurde nunmehr umfassend dargestellt, dass die bundes- und landesrechtlichen Vorgaben derzeit im Wandel sind. Als eindeutiger „roter Faden" zieht sich jedoch der Mehrbedarf an Flächenausweisung für Erneuerbare Energien, bzw. der Abbau von planungsrechtlichen Hindernissen durch die gesetzlichen und politischen Vorhaben. Der im Regionalplan enthaltene Windenergieplan stammt im Wesentlichen aus dem Jahr 2020 und wurde letztmalig im Jahr 2021 überarbeitet. Sowohl der Regionalplan als auch der dazugehörige Windenergieplan sind somit deutlich vor den neuen politischen Entscheidungen und Vereinbarungen auf Bundes- und Landesebene erarbeitet worden und berücksichtigt in keiner Weise die aktuellen Entwicklungen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 2871	Für den Bereich der Photovoltaik sollen „Freiflächenanlagen in Verbindung mit landwirtschaftlicher Nutzung (Agri-PV) sowie Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf wiedervernässten Moorflächen (Moor-PV) als zusätzliches wirtschaftliches Standbein für landwirtschaftliche Betriebe angemessen Berücksichtigung finden. " An dieser Stelle kann darauf hingewiesen werden, dass die Moorgebiete in Brandenburg (263 .000 ha Moorfläche) das größte C02-Reduktionspotential in der Landwirtschaft bieten.	Festlegungen für Freiflächen-Photovoltaik sind im Regionalplan nicht vorgesehen. Zum Zweck der doppelten Nutzung landwirtschaftlicher Flächen wurde bereits eine Regelung für Agri-PV getroffen. Dem Vorschlag, eine gesonderte Regelung für sog. Moor-PV zu treffen, wird nicht gefolgt.
BE-ID: 2889	Anhand der vom Plangeber gewählten Kriterien (nämlich der Bodenpunkte) bietet sich bereits eine Lösung in Form einer Differenzierung zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten an. Flächen, die unterhalb der durchschnittlichen Bodenpunkte in Brandenburg liegen, werden als Vorbehaltsgebiete ausgewiesen. Flächen die darüber liegen, werden als Vorranggebieten ausgewiesen. Dies würde zunächst dazu führen, dass die vom Ziel Ausschluss des Ziels Z 2.4 betroffenen Flächen reduziert werden und eine photovoltaische Nutzung von ertragsschwächeren Böden mittels gemeindlicher Bauleitplanung möglich ist. Die ertragsstärkeren Böden, die über dem brandenburgischen Durchschnitt liegen, bleiben für eine photovoltaische Nutzung (im Regelfall) gesperrt. Auf diese Weise kann ein vernünftiger Ausgleich zwischen photovoltaische Nutzung und dem Ausbau erneuerbare Energien auf der einen Seite sowie der landwirtschaftlichen Nutzung auf der anderen Seite stattfinden.	An der Festlegung von ausschließlich Vorranggebieten wird weiterhin festgehalten. Die Festlegung von Vorranggebieten sichert den Schutz der landwirtschaftlichen Flächen als letztabgewogenes Planungsinstrument gegenüber anderen Nutzungsinteressen. Bei einer Festlegung von Vorbehaltsgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die landwirtschaftliche Nutzung regelmäßig in Abwägungsprozessen anderen Nutzungsinteressen unterliegt. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 2884	III. Vorranggebiete Landwirtschaft Vorranggebiete für die Landwirtschaft sind für eine konventionelle photovoltaische Nutzung zu eröffnen. Es drängt sich darüber hinaus auf, dass die Vorranggebiete für die Landwirtschaft als verkapptes Tabukriterium der Windenergie entgegengehalten werden. Vorweg ist festzuhalten, dass das Plankonzept an der landwirtschaftlichen Realität vorbei geht, indem lediglich auf die Bodenpunkte abgestellt wird. Bodenpunkten, ohne Berücksichtigung beispielsweise von Niederschlagsmengen (oder das Fehlen derselben) sind ein untauglicher Marker für die landwirtschaftliche Nutzbarkeit von Böden. Da Bodenpunkte die Fähigkeit des Bodens, Wasser zu speichern, berücksichtigen, ist in einem ersten Schritt zu Fragen, ob überhaupt speicherbares Wasser in Form von Niederschlag zur Verfügung steht. Für die Planungsregion ist dies nicht in Nennenswerten Größenordnungen der Fall. Seit Jahren unterliegt die Region einer massiven Dürre. - UFZ-Dürremonitor des Helmholtzzentrums, abrufbar unteR: https://www.ufz.de/index.php?de=40990 - Es ist daher neben den Bodenpunkten auch auf andere Kriterien zur Bestimmung der landwirtschaftlichen Güte der betroffenen Flächen abzustellen, wie beispielsweise die Niederschlagshäufigkeit. Insofern wird bereits das grundlegende Planungskonzept für die Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft als untauglich betrachtet. Hilfsweise wird das Folgende ausgeführt.	Der vorliegenden Anregung wird nicht gefolgt. Die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen steht im Widerspruch zum Planungsziel, die landwirtschaftliche Bodennutzung zu sichern (ausgenommen Agri-PV). Zur Erreichung der Klimaziele bzw. zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft genutzt werden, wofür ausreichend Raum zur Verfügung steht. Darüber hinaus bewirkt die Änderung des Planungskonzepts im Zweiten Regionalplanentwurf gegenüber dem Entwurf vom 05.10.2021 eine Reduzierung der ausgewiesenen Vorranggebiete Landwirtschaft, sodass potenziell mehr Flächen für alternative Nutzungen zur Verfügung stehen. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft enthält neben dem Kriterium Ertragsfähigkeit (Bodenpunkte) auch das Kriterium Klimarobustheit und berücksichtigt damit die Bodenwasserverhältnisse.
BE-ID: 2885	1. Öffnung für Photovoltaik Nach Z 2.4 des Regionalplanes hat die landwirtschaftliche Bodennutzung in Vorranggebieten für die Landwirtschaft Vorrang vor anderen bedeutsamen Nutzungen eine photovoltaische Nutzung soll nach Abs. 2 nur möglich sein, wenn ein Bebauungsplan angestrebt wird und Agri-PV im Sinne der DIN SPEC 91434:202 1-05 auf den Flächen geplant wird oder die photovoltaische Nutzung innerhalb eines Flächenkorridors von 200 m entlang zu Autobahnen oder Schienenwegen stattfinden soll. Dies ist - insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass bereits Standorte ausschließlich für die ackerbauliche Nutzung gesichert werden sollen, die deutlich unterdurchschnittlichen Ackerzahlen aufweisen -nicht haltbar. So wurden als Vorrangflächen all diejenigen ackerbaulich genutzten Flächen in Betracht gezogen, die eine Ackerzahl von mindestens 24 aufweisen. während die mittlere Ackerzahl in Brandenburg bei 32, auf einer Skala von 1-120, liegt. - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) 2022: https://agrarbericht.brandenburg.de/abo/de/start/agrarstruktur/natuerliche-bedingungen/# - Diese Zielfestlegung ist für eine flächendeckende photovoltaische Nutzung, wie sie zur Erreichung der Klimaziele des Bundes und des Landes Brandenburgs erforderlich ist, zu restriktiv. Sie ist deshalb zu öffnen.	Eine sachliche und nachvollziehbare Begründung für die Bewertung der Ertragsfähigkeit mit einer maßgeblichen Ackerzahl von 24 wurde im Ersten Regionalplanentwurf nicht dargelegt. Der vorgebrachten Einwendung wird daher gefolgt. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Die Festlegung Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b entfällt im Zweiten Regionalplanentwurf aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe b BauGB. In diesen Bereichen werden keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Mit

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		dieser Änderung unterstützt die Regionale Planungsgemeinschaft die vom Bundesgesetzgeber getroffene Entscheidung, die Nutzung der Solarenergie in diesen Bereichen besonders zu fördern. Siehe auch BE ID 2884.
BE-ID: 2886	Generell ist festzuhalten, dass der Anbau von Energiepflanzen seit jeher im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft stattfindet. Der Anbau von Energiepflanzen, also die energetische Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen, ist damit seit jeher Bestandteil der landwirtschaftlichen Furchtfolge (in jüngeren Jahren unter dem Stichwort „Tank oder Teller" diskutiert). Die photovoltaische Nutzung landwirtschaftlicher Flächen ist damit nichts anderes als ein Teil dieser Fruchtfolge. Deutschlandweit werden auf landwirtschaftlichen Flächen Feldfrüchte geerntet, die zur energetischen Nutzung in Biogasanlagen oder als Treibstoffzusätze bestimmt sind. 2018 waren das 2,4 Mio ha. Die damit erzeugte bzw. ersparte fossile Energie ließe sich bei einer photovoltaischen Nutzung auf einem Bruchteil der Fläche bereitstellen, während die übrige Fläche wieder der Nahrungsversorgung der Bevölkerung zur Verfügung stünde. Etwaige Konflikte zwischen Landwirtschaft und FFA können besser auf einer konkreteren Ebene, also der Bauleitplanungsebene bewältigt werden. Der generelle Ausschluss bereits auf regionalplanerischer Ebene ist nicht erforderlich, aber auch nicht gerechtfertigt.	Auch wenn zugestimmt wird, dass bestimmte landwirtschaftliche Produkte – wie beispielsweise Energiepflanzen für Biogasanlagen oder Biokraftstoffe – zur energetischen Nutzung eingesetzt werden, kann die photovoltaische Nutzung nicht der landwirtschaftlichen Fruchtfolge zugerechnet werden, da keine agrarische Bodennutzung erfolgt. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft sowie das zugrundeliegende Planungskonzept wurde von der Regionalen Planungsgemeinschaft, deren Mitglieder die Kommunen der Region sind, mit großer Mehrheit befürwortet. Es obliegt darüber hinaus den Kommunen, Konzepte zur Steuerung des Ausbaus von PV-Anlagen zu entwickeln.
BE-ID: 2888	Neben diesen rechtlichen Erwägungen übersieht der Plangeber mit seiner sehr restriktiven Zielsetzung einen tatsächlichen Aspekt: Die originär landwirtschaftliche Betätigung reicht zur stabilen Ertrags- und Einkommenssicherung für viele landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr aus. Der Auf- und Ausbau der Erneuerbaren Energien im Tausch gegen sehr geringe Flächeninanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen ist deshalb elementarer Faktor für die Sicherung der Zukunft der Landwirtschaft. Bestes Beispiel für diese Erkenntnis ist die sogenannte „Stöllner Erklärung". - bspw. abrufbar unter: https://www.bauemzeitung.de/news/brandenburg/freiflaechenfotovoltaik-stoellner-erklaerung/ - Fünf Agrargenossenschaften, die im Naturparke Westhavelland insgesamt ca. 12.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften, wenden sich darin an das Ministerium für Landwirtschaft sowie an das Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg, und fordern diese auf, konkrete Lösungswege für die Realisierung des Solarparks stellen und ähnlicher geplanter Projekte zu erarbeiten. Tragendes Argument dieser Erklärung ist, dass die Herstellung einer stabilen zukunftsfähigen Ertrags- und Einkommenslage aus der originären Landwirtschaft seit geraumer Zeit nicht mehr zu erreichen ist. Daher ist es regelmäßig erforderlich, dass sich landwirtschaftliche Betriebe in Ergänzung der klassischen, landwirtschaftlichen Produktionszweige nach weiteren Einkommensquellen umsehen. Dabei ist der auf- und Ausbau regenerativer Energieprojekte auf den Flächen der Betriebe als wesentlicher Zukunftssicherungsfaktor identifiziert worden - und dies nicht nur in Brandenburg. Weiter wird auf eine zunehmend wichtiger werdende regionale Bereitstellung regenerativer Energien hingewiesen. Nicht aus dem Blick zu verlieren sind darüber hinaus die Aufwertungen, die durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entstehen. Die Stöllner Erklärung - wenn auch auf Landschaftsschutzgebiete bezogen - zeigt damit klar, dass eine zu restriktive Handhabung von Ausschlusskriterien in der Landwirtschaft nicht auf Zustimmung stößt. Deshalb ist es erforderlich, landwirtschaftliche Flächen für die Nutzung durch Photovoltaikfreiflächenanlagen raumordnerisch nicht auszuschließen. Die Entscheidung, ob eine wirtschaftliche Fläche für eine photovoltaische Nutzung zur Verfügung gestellt wird sollte im Wesentlichen bei dem landwirtschaftlichen Betrieb sowie der betroffenen Kommune liegen. Diese Akteure können am besten entscheiden, welcher der beiden Belange höher gewertet wird. Da die energetische Nutzung Teil der Fruchtfolge ist, muss diese Fruchtfolge auch dem Landwirt überlassen werden.	Siehe dazu BE ID 2087 und 2885.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 2891	3. Ergebnis Es ist zusammenzufassen, dass die Vorranggebieten für die Landwirtschaft für eine photovoltaische Nutzung zu öffnen sind. Nötigenfalls ist dabei zwischen Vorbehalts- und Vorranggebieten für die Landwirtschaft anhand der Bodenpunkte zu unterscheiden. Bei einer weiteren Planüberarbeitung ist darauf zu achten, auch Vorranggebiete für die Landwirtschaft für eine Nutzung durch die Windenergie in Betracht zu ziehen, da ein Nebeneinander beider Nutzungen ohne weiteres möglich.	Den Anregungen wird nicht gefolgt, siehe dazu die vorangegangenen BE IDs. An der Festlegung von ausschließlich Vorranggebieten wird weiterhin festgehalten. Die Festlegung von Vorranggebieten sichert den Schutz der landwirtschaftlichen Flächen als letztabgewogenes Planungsinstrument gegenüber anderen Nutzungsinteressen. Bei einer Festlegung von Vorbehaltsgebieten kann davon ausgegangen werden, dass die landwirtschaftliche Nutzung regelmäßig in Abwägungsprozessen anderen Nutzungsinteressen unterliegt. Die Steuerung der Windenergienutzung erfolgt ebenfalls durch regionalplanerische Festlegungen. Die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021 wurden vom Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt. Im nunmehr rechtskräftigen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 sind Vorranggebiete für die Windenergienutzung auf nach regionalplanerischen Kriterien geeigneten Flächen festgelegt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 2875	Der Landtag hat am 20.05.2022 das Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (BbgWEAAbG) beschlossen und damit von der Regelung des § 249 Abs. 3 BauGB Gebrauch gemacht. - Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg, 33. Jahrgang, Nr. 9, Teil I - Obgleich für den Regionalplan Havelland-Fläming die Übergangsregelung des § 2 Abs. 2 BbgWEAAbG greifen könnte, hat sich der Träger der Regionalplanung nicht mit der Tatsache auseinandergesetzt, dass künftig der Abstand von 1000 Metern zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§30 BauGB) und in im Zusammenhang bebauten Ortsteilen (§ 34 BauGB) durch Windenergieanlagen einzuhalten ist. Selbst wenn dieses Erfordernis erst bei der nächsten Fortschreibung des Windenergiekonzeptes zum harten Tabumerkmal wird, wäre von der Planungsgemeinschaft zu untersuchen und abzuwägen, ob diese Aussicht bereits jetzt die Auswahl der Vorrang- und Eignungsgebiete beeinflusst. Hiermit hat sich der Planungsträger jedoch nicht befasst.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2876	Auch das zukünftig zu beachtende Flächenziel für die Ausweisung von Windenergiestandorten wurde vom Planentwurfsgeber nicht berücksichtigt. Aus dem Planungskonzept wird hingegen deutlich, dass die prozentuale Flächenbereitstellung gerade nicht erörtert wurde. „Diese Darlegungen können dahingehend verstanden werden, dass der Senat [OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 05. 07.2018] für die Beurteilung der Gewährleistung eines substanziellen Raumangebots den Maßstab absoluter oder relativer Wertangaben für ungeeignet oder doch zumindest für nicht ausreichend hält, sondern vielmehr im vierten Planungsschritt eine wertende Gesamtbetrachtung des Planungskonzepts erwartet. Mit seinem Urteil vom 23.05.2019 [Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.05.2019- OVG 2 A 4. 19] hat der Senat diese grundsätzliche Einschätzung erneut bestätigt und festgestellt, dass es nicht zulässig sei, "einen bestimmten prozentualen Anteil festzulegen, den die Konzentrationsflächen im Vergleich zu den Potenzialflächen erreichen müssen." ([60] Rn 132). In dem Umstand, dass nach Einschätzung des Plangebers mit der erfolgten Festlegung von Windeignungsgebieten die Ziele der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg für die betreffende Region übertroffen wurden, sah der Senat indes ein Indiz für ein substantielles Raumangebot ([60] Rn. 132). " - Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Entwurf, Stand August 2020, S. 70 - Genau diese Parameter haben sich nun aber mit dem absehbar einzuhaltenden 2%- Flächenziel einerseits, andererseits durch die erweiterten Ausbauziele des Landes Brandenburg geändert. Insofern ist die von der Planungsgemeinschaft geäußerte Einschätzung nicht mehr tragfähig und bedarf der Anpassung an die bestehenden Gegebenheiten. Die aktuelle Diskussion über die sichere und autarke Energieversorgung wird ebenfalls in den vorliegenden Plänen nicht berücksichtigt, da die Regionalversammlung bereits im Juli 2021 die vorliegenden Planungen beschlossen hat. Seitdem hat sich die globale politische Lage erheblich geändert, in diesem Zuge hat sich auch das Bedürfnis für einen schnellstmöglichen Ausbau der EE erneut verschärft (hierzu unter D.). Am 08.06.2022 hat das Bundeskabinett das Windflächenbedarfsgesetz beschlossen, dass für das Land Brandenburg eine Flächenbereitstellung von 1,8 % bis 2026 vorsieht. Diesem Ziel wird die jetzige Planung nicht gerecht.	
BE-ID: 2893	IV. Zum Plankonzept im Übrigen (Windenergie) Das Plankonzept ist hinsichtlich der Planungen für die Windenergie grundlegend zu überarbeiten, da es verschiedene Mängel aufweist.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 2894	Im Einzelnen: 1. Siedlungsabstände Wie bereits unter B. dargelegt, ist das Plankonzept aufgrund der politischen und gesetzgeberischen Tätigkeit grundlegend zu überarbeiten. Dies ergibt sich zuvorderst aus dem BbgWEAAbG, welches für neu zu errichtende WEA einen Abstand von 1.000 m zu Wohngebäuden vorsieht. Unabhängig von der Frage, ob der Regionalplan Havelland-Fläming der Übergangsvorschrift des § 2 Abs. 2 BbgWEAAbG unterfällt, ist er grundlegend zu überarbeiten. Denn bei § 1 Abs. 1 BbgWEAAbG handelt es sich um eine Vorhabenbezogene Regelung, welche die Privilegierung von WEA einschränkt. Die Übergangsvorschrift des § 2 Abs. 2 BbgWEAAbG führt lediglich dazu, dass die Abstandsvorschrift auf Vorhaben, die in Regionalplänen, deren Öffentlichkeitsbeteiligung vor dem 30.11.2021 beschlossen wurde, nicht anwendbar ist. Der Abstand von 1.000 m ist dennoch als hartes Tabukriterium anzuwenden. Damit ist das Kriteriengerüst, wie es der Regionalplan derzeit vorsieht, obsolet; Die harten Tabuabstände bspw. zu Kern-, Dorf-, und Mischgebieten von 350 m, oder 610 m zu allg. Wohngebieten ist damit nicht haltbar. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus der Übergangsregelung des § 2 Abs. 2 BbgWEAAbG. Dieser sieht vor, dass § 1 Abs. 1 BbgWEAAbg (also der Abstand von 1.000 m) nicht gilt, wenn die Auslegung eines Regionalplanes vor dem 30.11.2021 beschlossen wurde. Die Auslegung des Plans wurde zwar am 18.11.2021 beschlossen, womit die Übergangsvorschrift zeitlich anwendbar ist. Sie ist jedoch nicht inhaltlich anwendbar. Aus den Gesetzesmaterialen zum § 2 Abs. 2 in der Fassung des Regierungsentwurfes (der diesbezüglich unverändert übernommen wurde; vgl. Drs. 7/5565) ergibt sich, dass die Übergangsvorschrift deshalb geschaffen wurde, um einen Verlust der Steuerungsmöglichkeit in der Regionalplanung zu verhindern, wenn diese geringere Abstände vorsieht: "Denn der mit der Konzentrationszonenplanung verbundene Steuerungseffekt läuft ins Leere, wenn Windenergieanlagen wegen des Regel-Mindestabstandes von 1.000 Metern nicht privilegiert sind. In diesen Fällen entfaltet eine Konzentrationsplanung keine Wirkung, weil diese nur für privilegierte Anlagen gilt. " - Landtagsdrucksache 7/4559 - Diese Entprivilegierung findet nach dem Wortlaut des § 1 Abs. 1 BbgWEAAbG nur dann statt, wenn die WEA innerhalb dieses Abstandes errichtet	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	werden soll. Mithin ist Stoßrichtung der Regelung, dass sie einen Konflikt zwischen der Neuregelung und Regionalplänen, die einen geringeren Abstand vorsehen, als es nach dem BbgWEAAbG nötig wäre, verhindern soll. Auf Regionalpläne, die insgesamt größere Abstände vorsehen, kann sie damit keine Anwendung finden. Der vorliegende Regionalplan sieht jedoch sämtlich größere Abstände zu den nach dem BbgWEAAbG geschützten Gebieten vor. Er kann sich auf die Übergangsvorschrift inhaltlich deshalb nicht berufen. Dies deckt sich mit der Ermächtigungsgrundlage des § 249 Abs. 3 BauGB. Demnach können die Länder maximal 1 .000 m als Abstand zwischen Wohngebäuden und WEA festlegen, nicht jedoch einen größeren Abstand. Der Regelungsauftrag des § 249 Abs. 3 S. 3 BauGB, wonach das Gesetz nach § 249 Abs. 3 auch Aussagen zu bestehenden Planungen machen soll, kann sich nur auf das beziehen, was die Länder nach § 249 Abs. 3 BauGB regeln können: Einen Abstand von maximal 1.000 m. Den Ländern sind deshalb Übergangsvorschriften. die Bezug auf § 249 Abs. 3 S. 3 BauGB nehmen und größere Abstände unter Nichtberücksichtigung der landesgesetzlichen Regelung legalisieren wollen, untersagt. Verkürzt gesagt: Der Landesgesetzgeber in Brandenburg durfte gar keinen größeren Abstand als 1.000 m regeln. Daher kann er auch keine Regelung zur Anwendung der Mindestabstandsregelung in Bezug auf Regionalpläne treffen, die über diesen Abstand hinausgehen. Diese Regionalpläne müssen die Abstandsregelung deshalb beachten. Im Übrigen ist bereits zweifelhaft, ob diese Übergangsregelung überhaupt den Vorgaben des § 249 Abs. 3 S. 3 BauGB entspricht. Denn § 249 Abs. 3 S. 3 schreibt vor, dass die Auswirkungen der Abstandsregelung auf geltende Flächennutzungs- und Raumordnungspläne zu regeln sind. Die Regelung der Auswirkung auf in Aufstellung befindliche Pläne bedeutet einen Eingriff in das Verfahren zur Planaufstellung; dies ist von der Ermächtigungsnorm des § 249 Abs. 3 BauGB nicht gedeckt. - Söfker in: BeckOK BauGB, § 249, Rn. 22 - Damit ist die Abstandsregelung des BbgWEAAbG für den Regionalplan Havelland-Fläming anzuwenden. Da sie ein hartes Tabukriterium darstellt, welches vom jetzigen Plan nicht berücksichtigt wird, leidet das Kriteriengerüst des Planes an einem schwerwiegenden Mangel, der abzustellen ist. Das harte Tabukriterium „Siedlungsabstand" (und wegen dessen weitreichenden Ausschlusses damit auch alle weiteren Tabukriterien) ist deshalb zu überarbeiten.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 a) Windhöffigkeit		
BE-ID: 2872	Auch für den Ausbau der Windenergie ist die Planungsregion Havelland-Fläming durchaus geeignet. Ausweislich der textlichen Festsetzung des RP-Entwurfes vom 05.10.2021, ist sogar bereits bei einem Wert von 3 m/s in einer Höhe von 100 m über Grund (was der Anlaufgeschwindigkeit der Referenzanlage entspricht) von einer ausreichenden Windhöffigkeit auszugehen mit der Konsequenz, dass im gesamten Plangebiet von einem wirtschaftlichen Betrieb ausgegangen werden kann. - Regionalplanentwurf der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming v. 05.10.2021, S. 43f. - Die Windhöffigkeit im gesamten Plangebiet kann demnach überdurchschnittliche Erträge erzielen und ist damit besonders wirtschaftlich für die Nutzung als Windenergiestandorte geeignet. Auch hieraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Nutzung dieses Potentials im Sinne des Klimaschutzes zum Wohle der Allgemeinheit.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 c) bb) W 02		
BE-ID: 2881	1. Für Windenergie: Der Regionalplan sieht Landschaftsschutzgebiet, § 26 BNatSchG, als weiches Tabukriterium vor. - Regionalplan Havelland Fläming 3 .0 - Entwurf vom 5. Oktober 2021, S. 52 - Zur Begründung wird zunächst ausgeführt, dass für eine Festlegung als hartes Tabukriterium für jede in Betracht kommende Fläche geprüft werden müsste, dass die Erteilung einer Genehmigung unter der jeweils geltenden Schutzgebietsverordnung geprüft werden müsste. Deshalb sei eine Festlegung als	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
weiches Tabukriterien geboten. Dies wird damit begründet, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen mit erheblichen negativen Umweltauswirkungen verbunden seien und regelmäßig den Verlust und die Beeinträchtigung von Lebensstätten und Lebensräumen wildlebender Tier- Pflanzenarten darstelle und in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild eingreifen. Aufgrund ihrer Gestalt und Größe verursachten sie eine weiträumig wirksame Veränderung der Landschaft, die als Verlust von Natürlichkeit und Ungestörtheit des Landschaftsbildes wahrgenommen werde und insbesondere den Erholungswert des Betroffenen Landschaftsraums beeinträchtige. Dabei sei die natürliche Eigenart der Landschaft, ihre Ungestörtheit und die besondere Eignung für die naturnahe Erholung allgemein wertgebende Merkmale von Landschaftsschutzgebieten. Deshalb komme es nach Einschätzung des Plangebers nicht darauf an, ob in einzelnen Landschaftsschutzgebieten oder in besonderen Randlagen ausnahmsweise eine Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes möglich sei. Diese Wertung ist unzutreffend, jedenfalls jedoch in Anbetracht der energiepolitischen Ziele des Bundes und des Landes Brandenburg unpraktikabel. Bereits aufgrund letzterem sollte sie aufgegeben werden. Wie im Regionalplan im Ansatz richtig erkannt wird, handelt es sich bei der Frage, ob eine oder mehrere Windenergieanlagen mit der Festlegung eines Landschaftsschutzgebietes vereinbar sind, um eine Entscheidung im Einzelfall. Dabei ist die Auswirkung der Windenergieanlagen auf das konkrete Schutzziel zu prüfen. Hierbei sind insbesondere relevant die Höhe der geplanten Windenergieanlagen, der Rotordurchmesser, sowie das Relief. Letztlich ist die Frage, ob eine Windenergieanlage das Schutzziel eines Landschaftsschutzgebietes beeinträchtigt, eine Frage der Sichtbarkeit. Auch die Frage der Beeinträchtigung von Lebensräumen wild lebender Tierarten kann nur im Einzelfall überprüft werden, nämlich anhand des konkret vorhandenen Arteninventars. Entgegen der Ausführungen des Plangebers handelt es sich bei den Auswirkungen von Windenergieanlagen um kleinräumig wirkende Beeinträchtigungen (vornehmlich Schall und Schatten), die bereits in wenigen hundert Metern Entfernung nicht mehr von Belang sind. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus der Beschluss des brandenburgischen Landtages vom 18.5.2022 in der Drucksache 7/5546-B, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich für eine Erleichterung der Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in den Randbereichen von Naturschutzgebieten sowie soweit notwendig innerhalb von Landschaftsschutzgebieten einzusetzen. Dieser Auftrag an die brandenburgische Landesregierung korreliert mit dem Eckpunktepapier des Bundesumweltministeriums und des Bundesklimaschutzministeriums vom 4.4.2022 ("Beschleunigung des naturverträglichen Ausbaus der Windenergie an Land - Eckpunktepapier"), wonach die Genehmigung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten bis zur Erreichung des 2-Prozent-Flächenziels deutlich erleichtert werden soll. Demnach soll Landschaftsschutzgebiete bei der Planung zur Steuerung von Windenergieanlagen vollumfänglich betrachtet und Gebiete für Windenergie dort verstärkt ausgewiesen werden. Windenergieanlagen sollen dort bereits dann zulässig sein, wenn dies planerisch (also durch regionale- oder Flächennutzungsplan) vorgesehen ist. Eine zusätzliche Ausnahme nach der Landschaftsschutzgebietsverordnung oder eine Befreiung nach § 67 BNatSchG ist dann nicht mehr erforderlich. - Beschleunigung des naturverträglichen Ausbaus der Windenergie an Land - Eckpunktepapier, S. 5 - Für die Region Havelland-Fläming ist darüber hinaus quantitativ zu berücksichtigen, dass die Anzahl und Fläche der dortigen Landschaftsschutzgebiete sehr hoch ist. Nach Angaben des Plangebers handelt es sich um 23 Landschaftsschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 355.000 ha. Die Erläuterungskarte 2 zum Kap. 2.2 zeigt dabei sehr deutlich, dass durch die Festlegung von Landschaftsschutzgebieten als weiches Tabukriterium ganze Regionen großflächig von der Nutzung der Windenergie ausgeschlossen werden. Beispielhaft seien hier die Region Hoher Fläming oder der gesamte Nordwesten der Planungsregion genannt. Dies deckt sich mit der Festlegungskarte, die in den Gebieten keinerlei Vorrang- und Eignungsgebiete für die Windenergie festlegt. Damit zeigt sich klar, dass die pauschale Nichtberücksichtigung von	Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Landschaftsschutzgebieten zu einer deutlichen Mehrbelastung von Regionen ohne großflächige Landschaftsschutzgebiete führt, und somit dem grundlegenden Planungsziel, Windenergie gleichmäßig zu verteilen, zuwiderläuft. Gleichzeitig werden nicht nur ganze Gemeinden und Städte, sondern ganze Teilregionen von einer Partizipation an der Energiewende ausgeschlossen. Durch die Bindungswirkung von Zielen der Raumordnung nach § 4 Abs. 1 ROG § 1 Abs. 4 BauGB entzieht die Regionalplanung mit dieser restriktiven Festlegung der betroffenen Gemeinden die Möglichkeit, am Ausbau erneuerbare Energien zu partizipieren und versagt Ihnen dadurch Standortvorteile und die Möglichkeit wirtschaftlicher Teilhabe. Prominente Beispiele für große Industrien, die kürzlich (auch) aufgrund der Verfügbarkeit von EE ihre Standorte gewählt haben (bzw. andere Standorte nicht berücksichtigten) sind Tesla in Grünheide oder Intel in Magdeburg. Aus den genannten Gründen ist die Festlegung von Landschaftsschutzgebieten als weiches Tabukriterium abzulehnen und diese Flächen für die Nutzung der Windenergie zu öffnen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 d) Ortsbezogene Abwägung		
BE-ID: 2895	2. Mindestabstand zwischen Eignungsgebieten: Dieses Restriktionskriteririum ist zum Ende der Planung als Abwägungsbelang einzubringen. Aus der Begründung des Regionalplans geht hervor, dass unter raumplanerischen Aspekten vor allem die Vermeidung einer Einkreisung von Siedlungen sowie einer unangemessenen Dominanzwirkung von WEA zu verstehen ist. Dafür legt der Plangeber bestimmte Mindestabstände zwischen den einzelnen Windvorrang- und -eignungsgebieten fest. Der Plangeber sieht in seinem Planentwurf einen einheitlichen Mindestabstand von 5 km für Windvorrang- und -eignungsgebiete vor. Dieser Abstand wird als Restriktionskriterium angewandt. Zur Begründung dieses 5 km Mindestabstandes wird ausgeführt, dass damit eine großräumige Dominanz im Landschaftsbild und eine Aneinanderreihung bzw. Häufung nahe beieinanderliegender Windparks vermieden werden soll. Ebenso soll damit die Vermeidung des Einkreisens von Siedlungen durch WEA (auch als Umzingelung, Umfassung oder visuelle Überlastung bezeichnet) sowie eine Überprägung ganzer Landschaften erreicht werden. Berücksichtigt werden dabei hinsichtlich der landwirtschaftlichen Einordnung und Wirkung auch die außerhalb der im Regionalplan festgelegten Vorrang- und Eignungsgebiete zulässigerweise errichteten Windenergieanlagen. Der Plangeber führt weiter aus: "Dieser Eindruck entsteht insbesondere dadurch, dass Windenergieanlagen als allgegenwärtig wahrgenommen werden, weil sie scheinbar willkürlich und regellos in der Landschaft platziert sind. Um das zu verhindern, hält es die Regionale Planungsgemeinschaft für erforderlich, einen ausreichenden Mindestabstand zwischen den für die Ansiedlung von Windenergieanlagen geeigneten Gebieten zu gewährleisten und legt einen regelmäßig einzuhaltenden Mindestabstand zwischen Eignungsgebieten für die Windenergienutzung von 5 km fest. « - Plankonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergie der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, S. 68f. - Die Anwendung des pauschalen Mindestabstandes ist jedoch abwägungsfehlerhaft. Durch die Berücksichtigung eines pauschalen Abstandsflächenkreises von 5 km um entsprechende Potenzialgebiete wird die Windenergienutzung innerhalb dieses Kreises auch in solchen Gebieten ausgeschlossen, in denen überhaupt nicht klar ist, ob zukünftig eine Dominanzwirkung zulasten des Landschaftsbildes entstehen wird. Für eine Bewertung der Sichteinwirkung von Windenergieanlagen kommt es schließlich auch auf die konkrete Situation an. Nur weil der Regionalplan an gegebener Stelle ein Windvorrang- und -eignungsgebiet ausweist, heißt dies nicht, dass in diesen Gebieten auch die Windenergienutzung realisiert werden kann. Dies ist maßgeblich von den zivilrechtlichen Nutzungsmöglichkeiten sowie den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen abhängig. Hier ist erneut auf das Gebot der Konfliktbewältigung hinzuweisen. Dieses stößt hier offensichtlich an seine Grenzen, da die Konflikte bzgl. der Sichtbeziehungen vielmehr angemessen erst im nachgelagerten Genehmigungsverfahren bewältigt werden können. Mit Blick	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	auf das Gebot der planerischen Zurückhaltung entfällt somit sowohl die Planungspflicht als auch die -befugnis zur planerischen Regelung. Erst mit Kenntnis der genauen Anlagenzahl, -typ und -standort kann ein möglicher Konflikt zur Sichtbeziehung und Wirkung der Anlagen bewältigt werden. Die Konfliktbewältigung in Bezug auf Sichtbeziehungen kann und muss demnach im nachgelagerten Genehmigungsverfahren besser, effektiver und zweckmäßiger erfolgen. Zudem geht der Plangeber selbst davon aus dass in begründeten Einzelfällen der Mindestabstand verringert werden kann. "Die ausnahmslose Anwendung dieses Kriteriums kann in diesen Teilräumen daher nicht infrage stehen. Außerhalb dieser hochbelasteten Gebiete wären geringe Entscheidungsspielräume gegeben." - Plankonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergie der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, S. 65. - Bereits hierdurch wird deutlich, dass pauschale Mindestabstände nicht geeignet sind, um den Konflikt zwischen nachteiligen Einwirkungen auf das Landschaftsbild und der notwendigen Ausweisungen von Flächen für die Windenergie aufzulösen. Demnach erkennt der Plangeber selbst, dass dieses Kriterium nicht unterschiedslos angewendet werden kann. Es ist deshalb gänzlich zu streichen, um eine willkürliche Anwendung zu verhindern. Insbesondere zu berücksichtigen ist, dass durch die Einhaltung des 5 km Mindestabstandes zwischen Eignungsgebieten etwa 14.500 ha Fläche, die grundsätzlich für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet ist, nicht als Eignungsgebiet festgelegt werden. Nach den Ausführungen des Plangebers in Tab. 10 (Seite 64) betrifft das 5 km Mindestabstandes-Kriterium mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Flächen. Ohne Berücksichtigung dieses Kriteriums stünden 25.790 ha zur Verfügung (9,76 % der Potenzialfläche nach Abzug harter Tabuzonen), nach Anwendung des 5 km Mindestabstandes verbleiben lediglich 11.227 ha (4,25 % der Potenzialfläche nach Abzug harter Tabuzonen). Damit könnte der Windenergie in Brandenburg substanziell zur Durchsetzung verholfen werden, wenn der Mindestabstand entfiele oder jedenfalls geringer angesetzt würde. Dies ist im zukünftigen Plankonzept zu berücksichtigen.	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 e) substanzielles Raumangebot		
BE-ID: 2897	3. Keine Schaffung substanziellen Raums: Der Plangeber hat durch sein planerisches Gesamtkonzept der Windenergienutzung substanziellen Raum zu verschaffen. Für die Frage, wann der Windenergie ausreichend substanziell Raum verschafft wird, verbietet sich nach bundesverwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung die Festlegung bestimmter Prozentzahlen an Fläche oder Mindestanzahlen an Windenergieanlagen. Vielmehr sind ausschließlich die konkreten Umstände des Einzelfalls ausschlaggebend. - BVerwG, Urt. v. 1 3.12.2011 (4 CN 2.1 1) - Fest steht weiterhin, dass für die Frage, ob der Windenergie substanziell Raum verschafft wird, das Verhältnis zwischen der Größe der dargestellten Konzentrationsflächen und der Planungsgebietsfläche oder der Größe der nach Abzug der harten Tabuzonen verbleibenden Potenzialflächen nicht ausschließlich und nicht allein maßgeblich ist, jedoch als Indiz herangezogen werden kann. ,, [Anfang der Hervorhebung] Nicht zulässig [Ende der Hervorhebung] wäre allerdings die Festlegung eines bestimmten (prozentualen) Anteils, den die Konzentrationsflächen im Vergleich zu den Potenzialflächen erreichen müssen, damit die Rechtsfolge des§ 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB eintritt. Dagegen darf dem Verhältnis dieser Flächen zueinander [Anfang der Hervorhebung] Indizwirkung [Ende der Hervorhebung] beigemessen werden und ist nichts gegen einen Rechtssatz des Inhalts zu erinnern, dass, [Anfang der Hervorhebung] je geringer der Anteil der ausgewiesenen Konzentrationsflächen ist, desto gewichtiger die gegen eine weitere Ausweisung von Vorranggebieten sprechenden Gesichtspunkte sein müssen [Ende der Hervorhebung], damit es sich nicht um eine unzulässige "Feigenblattplanung" handelt. " - BVerwG, Urt. v. 13.12.2012 (4 CN 1 .1 1); ausdrücklich auch OVG Münster, Urt. v. 01.07.2013 (2 D 46/12.NE); OVG Weimar, Urt. v. 08.04.2014 (1 N 676/12), Markierungen durch den Unterzeichner - Generell gilt demnach jedoch auch: Je kleiner die für die Windenergienutzung verbleibenden Flächen ausfallen, umso	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	mehr ist das gewählte methodische Vorgehen zu hinterfragen und zu prüfen, ob mit Blick auf die örtlichen Verhältnisse nicht weniger oder kleinere Tabuzonen genügen. - BVerwG, Urt. v. 24.01 .2008 (4 CN.07); BVerwG, Urt. v. 1 3.12.2012 (4 CN 1.1 1) -	
BE-ID: 2900	Wie bereits ausgeführt, gibt es zwar keine allgemeingültige Formel, wann der Windenergie noch substanziell Raum verschafft wird und wann nicht mehr. Das OVG Münster hat jedoch in einer jüngeren Entscheidung eine konkrete Aussage dazu getroffen, im Rahmen welcher Größenkategorie ein substanzielles Raumschaffen nicht mehr angenommen werden kann. Das Gericht ging dabei davon aus, dass es für die Bewertung des substanziellen Raumschaffens auf das Flächenverhältnis zwischen der Gesamtfläche abzüglich der harten Tabuzonen einerseits und den ausgewiesenen Konzentrationsflächen andererseits ankommt. Davon ausgehend hat der Senat folgendes festgehalten: "Nicht hinreichend berücksichtigt hat der Rat hierbei, dass die im Teilflächennutzungsplan dargestellten Konzentrationszonen mit einer Fläche von 88,5 ha lediglich 3,4 % (88,5/2600* 100) der nach Abzug der im Aufstellungsverfahren angenommenen harten Tabuzonen übrig gebliebenen Flächen des Stadtgebietes ausmachen. (...) Dieser Prozentsatz ist sehr niedrig und erreicht nicht ansatzweise den beispielsweise in dem bereits zitierten Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover genannten Anhaltswert von 10 %. " - OVG Münster, Urt. v. 22.09.20 15 (10 D 82/1 3.NE) - Ein Verhältnis der ausgewiesenen Konzentrationsflächen zur Gesamtfläche abzüglich der harten Tabuzonen von lediglich 3,4% hat das OVG Münster als zu niedrig erachtet und das substanzielle Raumverschaffen verneint. Zudem hat das OVG in Anlehnung an das VG Hannover - VG Hannover, Urt. v. 24.11.2011 (4 A 4927/09) - einen Richtwert für oben beschriebenes Flächenverhältnis von 10% herangezogen. Hier werden 1,64 % der nutzbaren Fläche für die Windenergienutzung zur Verfügung gestellt (4,25 % nach Abzug der harten Tabukriterien). Dies entspricht nicht - dies erkennt der Plangeber auch selbst - den Flächenvorgaben aus der Energiestrategie 2030. Ein Ausgleich kann auch nicht über eine etwaig mögliche installierte Leistung erfolgen, da die zugrundeliegenden Berechnungen hierzu nicht tragfähig sind. Schließlich kann allein das Erreichen des Mindestenergieertrages auch keine sichere Aussage zur Schaffung substanziellen Raums der Windenergie liefern. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass eine Überprüfung der Tabukriterien und Anpassung der Tabuzonen dringend geboten ist, um der Windenergie tatsächlich substanziell Raum zu verschaffen. Dabei könnte gerade die hier vorgeschlagene erneute Betrachtung der Einzelfallkriterien „5 km Abstand zu Eignungsgebieten" der Windenergie sowie der Berücksichtigung und Ausweisung weiterer Eignungsflächen substanziell Raum verschaffen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 e) cc) Ergänzende Betrachtung		
BE-ID: 2898	Vorliegend orientiert sich der Planungsverband an dem derzeit geltenden Ziel der Landesregierung des Landes Brandenburg aus der Energiestrategie 2030, welche eine Erweiterung der für die Windenergienutzung geeigneten Flächen vorsieht, um so das Ausbauziel von 10.500 MW im Jahr 2030 zu erreichen. Dieses Ziel wird durch das Ziel 4.1.2 in dem Programm zur Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg konkretisiert. Demnach soll der Gesamtflächenanteil, der der Windenergienutzung zur Verfügung gestellt werden soll 2% der nutzbaren Landesfläche betragen. Das aktuelle Plankonzept sieht die Ausweisung von 27 Vorrang- und Eignungsgebieten für die Nutzung der Windenergie mit einer Gesamtgröße von 112,3 km² vor. Die ausgewiesene Fläche entspricht einem Anteil an der Regionsfläche von 1,64 %. Mit den ausgewiesenen Vorrang- und Eignungsgebieten wird nach Einschätzung des Plangebers trotz des Flächendefizits der errechnete regionale Mindestenergieertrag gemäß Ziel 4.1.2 der Energiestrategie 2030 erreicht, sich aus der Berechnung der zuzubauenden Anlagen eine mögliche Gesamtleistung von ca. 2.400 MW ergebe. Der Planungsträger geht demzufolge davon aus, dass der Windenergie substanziell Raum verschafft wurde,	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	übersieht dabei jedoch, dass die Auslegung, was substanzieller Raum ist, im Einzelfall zu entscheiden ist. Der Planungsträger ist demnach dazu angehalten, auf der dritten Planungsstufe eine echte Abwägung vorzunehmen, um der Windenergie tatsächlich genügend Raum zu verschaffen und nicht bereits aufgrund individueller Planungsabsichten von vornherein zu viele potenziell geeignete Flächen auszuschließen. Ein einzelnes Kriterium (Flächengröße, Energieertrag oder auch Anlagenanzahl) hat allein gerade keine entscheidende Bedeutung, sondern es kommt jedem Kriterium lediglich Indizwirkung zu, welche in der Gesamtabwägung zu berücksichtigen sind. Die Tatsache, dass der Plangeber aufgrund des fragwürdigen 5 km Mindestabstandes mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Flächen ausscheidet zeigt jedoch deutlich, dass der Plangeber gerade keine echte Abwägung auf dritter Planungsstufe vorgenommen hat und vielmehr nur seine individuellen Planungsziele, nämlich das Erreichen des Mindestenergieertrages, erreichen wollte. Es sprechen bei diesen Flächen keinerlei andere Gründe gegen die Ausweisung, dennoch unterblieb sie. Bereits dies ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass vorliegend jedenfalls keine Abwägung auf dritter Stufe erfolgte und der Windenergie im Ergebnis auch kein substanzieller Raum geschaffen wurde. Das aktuelle Plankonzept schließt durch unbegründete und auch nicht begründbare Tabuzonen sowie Einzelfallkriterien Flächen von vornherein von der weiteren Abwägung aus. Auf Grund dieser Vorgehensweise bleibt nur ein sehr kleiner geeigneter Flächenanteil (im Verhältnis zur gesamten Regionsfläche gerade einmal 1,64 %) übrig, sodass das gewählte methodische Vorgehen in jedem Fall erneut hinterfragt werden muss. Denn gerade in einem solchen Fall kann, trotz der Erreichung des Mindestenergieertrags, für welchen im Übrigen lediglich die Wertung ,"mindestens" angesetzt wird, dennoch nicht davon ausgegangen werden, dass der Windenergie substanziell Raum verschafft wird. Selbst der Plangeber erkennt offensichtlich, dass dieser Anteil nicht ausreicht; um den Zielen des Landes Brandenburg gerecht zu werden. - Regionalplanentwurf der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming v. 05.10.2021, S. 67, Tab. 11 - Daher ist diesseitig nicht nachzuvollziehen, weshalb etwa strenge Abstandsvorgaben gemacht werden, als es landesrechtlich erforderlich wäre.	
BE-ID: 2899	Ebenso ist nicht nachvollziehbar, wie der Wert einer möglichen Installationsleistung von 2.400 MW zustande kommt. Der Plangeber geht offensichtlich davon aus, dass alle ausgewiesenen Flächen unterschiedslos und durchgängig bebaut werden können. Dies ist ganz regelmäßig aus verschiedensten Gründen nicht der Fall. Der Plangeber unterlässt es also, eine "Reserve" zu bilden, die diese Unwägbarkeiten kompensiert (und das obwohl die Energieziele des Landes Brandenburg bereits nicht erreicht werden, vgl. Tab. 11).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Ergänzende Unterlagen zum Regionalplan / Planungskonzept Landwirtschaft		
BE-ID: 2887	Gemäß des Planungskonzept Vorranggebieten für die Landwirtschaft, Stand September 2021, Seite 17, möchte der Plangeber den Begriff „Landwirtschaft" weit verstanden wissen, weshalb er auf die gesetzliche Regelung der Grundsätze der guten fachlichen Praxis gemäß § 17 des Bundesbodenschutzgesetzes zurückgreift. Gleichzeitig versteht er unter Landwirtschaft die zielgerichtete pflanzliche Erzeugung auf Freiflächen außerhalb des Waldes. Damit schließt der Plangeber - trotz seiner vorgeblich weiten Definition - verschiedenste originär landwirtschaftliche Nutzungsformen aus. Nach § 201 BauGB, der mangels einer raumordnungsrechtlichen Definition des Begriffs Landwirtschaft auch im Raumordnungsrecht herangezogen wird, ist Landwirtschaft insbesondere (es handelt sich damit nicht um eine abschließende Aufzählung) der	Verschiedene landwirtschaftliche Nutzungsformen werden durch die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft nicht ausgeschlossen, da auf die Definition des § 17 des Bundesbodenschutzgesetzes zurückgegriffen wird. In der Begründung wird lediglich eingeleitet, was allgemein unter einer landwirtschaftlichen Nutzung verstanden werden kann und dass es keine einheitliche Definition gibt. Für die Anwendung der Festlegung wird eindeutig auf den Begriff der guten fachlichen Praxis

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft einschließlich Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann, die gartenbauliche Erzeugung (wozu auch Gewächshäuser gehören) der Erwerbsobstbau, der Weinbau (also die Nutzung mittels Dauerkulturen) die berufsmäßige Imkerei sowie die berufsmäßige Binnenfischerei. Mit seiner sehr engen Definition schließt der Plangeber damit die Tierhaltung, die gartenbauliche Erzeugung, die berufsmäßige Imkerei sowie die berufsmäßige Binnenfischerei vom Begriff der Landwirtschaft aus, weshalb diese Tätigkeiten nach dem Verständnis des Plangebers auf den Vorrangflächen für die Landwirtschaft nicht durchgeführt werden können. Aus diesem engen Verständnis der Landwirtschaft ergibt sich dann auch die Zielsetzungen des Z 2.4 des Planentwurfs. Indem der Plangeber ausschließlich die pflanzliche Erzeugung auf Freiflächen außerhalb des Waldes - also den Ackerbau und Dauerkulturen - als Landwirtschaft begreift, sucht er mittels dieses Zieles und insbesondere des Ausschlusses der Photovoltaik, sofern es sich nicht um Agri-PV oder FFA entlang Autobahnen oder Schienenwegen handelt, einen Konflikt zwischen ackerbaulicher Nutzung und photovoltaische Nutzung zu lösen. Dabei übersieht der Plangeber, dass eine landwirtschaftliche Nutzung unterhalb konventioneller FFA ohne weiteres möglich ist. Dazu gehören die erwerbsmäßige Imkerei, da die Flächen innerhalb von Solarparks in aller Regel sehr attraktiv für Bienen sind, die Weidewirtschaft (insbesondere durch Schafe) sowie die Nutzung als Grünland zur Futtergewinnung. Es handelt sich dabei durchgängig um anerkannte landwirtschaftliche Nutzungen.	abgestellt. Es wird ausdrücklich klargestellt, dass die Bewirtschaftungsform nicht vorgeschrieben wird.
BE-ID: 2890	2. Windenergie: Zwar wird nach dem vorliegenden Planungskonzept die Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen durch die Windenergie nicht explizit ausgeschlossen. Aus dem Planungskonzept Vorranggebiete für die Landwirtschaft, Stand September 2021, dort Seite 12, wird jedoch festgehalten, dass eine Überlagerung von Vorranggebieten für die Windenergie mit Vorranggebieten für die Landwirtschaft ausgeschlossen werden. Es handelt sich dabei nicht um ein offensichtliches Tabukriterium, könnte jedoch als ein „verkapptes Tabukriterium" verstanden werden. So oder so ist festzuhalten: Da es anhand der Bundes- und landespolitischen Energieziele zu einer Ausweitung der Eignungsgebiete für die Windenergie kommen werden muss, wird auch die Nutzung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft durch Windenergieanlagen zu bewerten sein. Dabei ist zu beachten, dass eine gleichzeitige energetische und landwirtschaftliche Nutzung möglich ist. Windenergie und Landwirtschaft stellen komplementäre Nutzungen dar, die Windenergie keine negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft. - OVG Lüneburg, Urteil vom 25.04.2019 (12 KN 226/17) -	Bei der Windenergienutzung handelt es sich nicht um eine landwirtschaftliche Nutzung nach guter fachlicher Praxis. Das schließt die Windenergienutzung in Vorranggebieten Landwirtschaft aus. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft in Anspruch genommen werden. Zudem wird der Ausbau der Windenergienutzung durch den mittlerweile rechtskräftigen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 gesteuert. Um Zielkonflikte zu vermeiden, werden Vorranggebiete Landwirtschaft und Vorranggebiete für Windenergienutzung nicht überlagert. Die gleichzeitige landwirtschaftliche und solare Nutzung einer Fläche in Vorranggebieten Landwirtschaft ist durch die Ausnahme für Agri-PV gegeben (Ziel 2.4 Absatz 2 Buchstabe a des Regionalplanentwurfs vom 05.10.2021 bzw. Ziel 2.3 Absatz 2 des Zweiten Regionalplanentwurfs).
TÖB-Nr.: 2159 / Flugplatz Bienenfarm		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung		
BE-ID: 1097	mit dem Beschluss 0008/21 vom 15.03.2021 hat die Gemeindevertretung Paulinenaue den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Flugplatz Bienenfarm" gefasst. Die Zielstellung der Planung ist es, den Flugplatz Bienenfarm" zu einem lebenden Museum für Oldtimerfliegerei und historischer Technik, wie Ofdtimer-Flug- und Fahrzeugen sowie Landmaschinen zu entwickeln. Dies unterstreicht auch die Ansiedlung einer Niederlassung der Quax Technik GmbH im Jahr 2020 am Standort des Flugplatzes Bienenfarm. Der dahinter stehende gemeinnützige Verein QUAX -VEREIN ZUR FÖRDERUNG VON HISTORISCHEN FLUGGERÄT E.V. mit seinen 800 Mitgliedern ist Deutschlands größter Verein zum Erhalt	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde geändert. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans „Flugplatz Bienenfarm" ist dadurch nicht mehr betroffen.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
von historischen Flugzeugen. Dieser Verein ist zu 100% Besitzer der Quax Technik GmbH. Dadurch, dass der Verein auf eine umfangreiche professionelle Expertise seiner Vereinsmitglieder zurückgreifen kann, wurden zahlreiche einzigartige Restaurationsprojekte von Ofdtimerflugzeugen erfolgreich umgesetzt. Auch die so wiederhergestellten Oldtimerflugzeuge bilden besondere Ausstellungsstücke, die am Standort einem breiten Publikum gezeigt werden sollen. Neben der Etablierung einer umfangreichen Ausstellung und eines Museumsbetriebs mit zumeist funktionsfähigen Oldtimer-Exponaten und angrenzenden Themen ist auch die Durchführung von regelmäßigen Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen rund um die Exponate, wie Flugtage, Fahrzeug-Ausstellungen, Märkte und Wettbewerbe geplant. Durch die exponierte Lage unmittelbar am Havelland-Radweg besteht zunehmend auch der Bedarf für die Schaffung von Haltepunkten für Radwanderer mit besonderen Attraktionen. Auch deshalb stellt der Flugplatz Bienenfarm schon jetzt fur diese Besucher einen besonderen Anlaufpunkt dar. Deshalb soll durch die Weiterentwicklung des Standortes das touristische Angebot für flugaffine Gäste sowie Radwanderer in Bezug auf Gastronomie und Übernachtungsangebote erweitert und verbessert werden. Zusätzlich sollen auch Veranstaltungsräume geschaffen werden, die die Nutzung als Konferenz- und Tagungszentrum ermöglichen. In der als Anlage beigelegten Übersichtskarte haben wir die Plangebietsausgrenzung des Bebauungsplans ,,Flugplatz Bienenfarm" mit der Feslegungskarte ihres Entwurfes überlagert. In diesem Zusammenhang haben wir festgestellt, dass im südwestlichen Bereich unseres Plangebietes in einer Größe von ca. 4,5 ha die Planungsziele des Bebauungsplanes ,,Flugplatz Bienenfarm" Ausweisung eines Sondergebietes nach §11 BauNVO) mit den dort getroffenen Gebietsausweisungen ([Z] 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft) des Regionalplan Havel-Flämlng 3.0 nicht vereinbar wären. Wir bitten deshalb um Anpassung der getroffenen Gebietsausweisung, sodass das ausgewiesene Vorranggebiet für die Landwirtschaft sich um die überlagernde Fläche von ca. 4,5 ha verkleinert, sodass die Umsetzung der mit gemeindlichen Aufstellungsbeschluss benannten Planungsziele realisiert werden können.	
TÖB-Nr.: 2087 / Assetseeds Germany GmbH	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Landwirtschaftliche Bodennutzung	
BE-ID: 324	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen (AZ) auf der Grundlage von Landbaugebieten vor (Teilraum I mind. AZ 41, Teilraum II mind. AZ 30 und Teilraum III mind. AZ 22). Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Nach den Änderungen der Vorranggebiete Landwirtschaft ist das benannte Flurstück nur noch im nördlichen Teil von einem Vorranggebiet Landwirtschaft (ca. 3 Hektar) überlagert. Eine Realisierung des Vorhabens wäre auf den übrigen Flächen möglich. Für das Vorhaben wurde bisher noch kein Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Eine Änderung der Vorranggebiete erfolgt daher nicht.
Wir entwickeln Photovoltaik-Freiflächenanlagen. In der Gemarkung Sernow, Flur 4, Flurstück 9 haben wir im September 2021 einen Vertrag mit den Eigentümern geschlossen, der uns ermächtigt, das Grundstück zum Zweck der Errichtung und des Betriebs einer PV-FFA für die Dauer von 30 Jahren zu nutzen. Im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 stellt sich die entsprechende Flächenkulisse wie folgt dar: [Kartografische Darstellung] Die Fläche liegt erkennbar inmitten eines Vorranggebiets Landwirtschaft. Nach unserer Kenntnis ist die Errichtung von Solaranlagen auf Flächen, die mit verbindlichen Zielen der Raumordnung belegt sind, grundsätzlich ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund ersuchen wir Sie um eine Anpassung der Ausweisung des Vorranggebiets Landwirtschaft auf der von uns gepachteten Fläche. Hierzu im Einzelnen: 1. Dominanz der Flächen "Vorranggebiet Landwirtschaft" Bereits bei einem ersten Blick auf die Gesamtdarstellung des süd- bzw. südöstlichen Teil des Plangebiets wird erkennbar, dass die Ausweisung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft (nachfolgend kurz auch "VL" genannt) eine derart dominierende Wirkung hat, dass für andere räumliche Nutzungen kaum Raum verbleibt. Insbesondere wird durch die geballte Schaffung von VL ganzen Gemeindegebieten die Möglichkeit genommen, von den gemäß § 3 Absatz 6 EEG möglichen einseitigen jährlichen Zuwendungen auf Basis von 0,2 Cent pro Kilowattstunde für die tatsächlich eingespeiste Strommenge zu partizipieren. Konkret ist es uns möglich, der Gemeinde Zuwendungen in Höhe von mehr als 50.000,00 EUR pro Jahr für die Dauer des Betriebs der Anlage zukommen zu lassen, wenn und soweit die Regionalplanung der Schaffung von Baurecht nicht entgegensteht.	

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Die Ausweisung von VL auf Basis der aktuellen Entwurfsfassung ermöglicht es weder der Gemeinde Niederer Fläming (mit dem Ortsteil Sernow, bei dem der Standort der PV-FFA vorgesehen ist) noch den anderen drei Gemeinden (Ihlow, Dahmetal und Dahme/Mark) mit all ihren Ortsteilen von jedweder Zuwendung zu partizipieren. [kartografische Darstellung; Ausschnitt der südwestlichen Planungsregion Havelland-Fläming]	
BE-ID: 325	2. Klimaziele der Bundes- und Landesregierung Vor dem Hintergrund Darstellungen unter vorgenannter Ziffer 1. lassen sich die Klimaschutzziele der Bundesregierung bzw. des Bundeslandes Brandenburg nicht erreichen. a. Bundesziele Um die Klimaschutzziele auf Bundesebene zu erreichen, hat die Bundesregierung entschieden, den derzeit noch bestehende Deckel von 52 Gigawatt für die Förderung des Ausbaus von Photovoltaik-Anlagen aufzuheben. vgl. Dies ergibt sich aus einer entsprechenden offiziellen Mitteilung der Bundesregierung. Hingegen darf - so ebenfalls die Vorgaben der Bundesregierung, ebenfalls a.a.O. abrufbar - der Landwirtschaftssektor im Jahr 2030 noch höchstens 58 bis 61 Millionen Tonnen C02 pro Jahr emittieren. Laut Mitteilung des Statisitischen Bundesamts haben die Emissionen in 2021 noch mit über 61 Mio. Tonnen zu Buche geschlagen. Der Landwirtschaft (weitere) Vorranggebiete einzuräumen werden, auf denen Emissionen stattfinden können, erscheint konktraproduktiv vor dem Hintergrund dieses Ziels der Bundesregierung. b. Landesziele Die Landesregierung Brandenburgs hat ihre Ausbauziele so definiert, dass bis zum Jahr 2030 hundert Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden soll. Aus einer aktuellen Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft. Arbeit und Energie ergibt sich, dass gegenwärtig noch ca. ein drittel der Energie aus konventionellen Energien stammt. Jedenfalls bei der aktuellen Planungslage im RP H-F 3.0 lässt sich diese Zielvorstellung entsprechend nicht übertragen, da bei weitem nicht ausreichend Flächenkulisse verfügbar ist, um einen entsprechenden Ausbau an PV-FFA zu ermöglichen.	Bisher wurden in den Regionalplänen der Region Havelland-Fläming keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft festgelegt. Die Behauptung, dass "(weitere) Vorranggebiete" ausgewiesen werden, ist daher nicht korrekt. Eine effizientere Bewirtschaftung in der Landwirtschaft, die CO2-Emissionen reduziert, wird grundsätzlich begrüßt. Die Art der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung wird jedoch nicht durch den Regionalplan geregelt. Für die Erreichung der Klimaziele bzw. den Ausbau der erneuerbaren Energien können Flächen außerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft in Anspruch genommen werden. Dafür steht ausreichend Fläche zur Verfügung. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt zudem nicht nur über Photovoltaikanlagen, sondern wird insbesondere in Brandenburg maßgeblich durch die Windenergienutzung getragen.
BE-ID: 326	3. Eigentümersituation Bei den Eigentümern handelt es sich um die Erbengemeinschaft nach einem Landwirt, der auf den Flächen bislang aktiv Landwirtschaft betrieben hat. Die Gemeinschaft besteht aus der Witwe und ihren Kindern, die allesamt nicht den Beruf des Landwirts ausüben. Insoweit sehen die Eigentümer keine andere Verwendungsmöglichkeit als die Verpachtung der Fläche. Da seitens landwirtschaftlicher Pächter kein Interesse an der Fläche besteht und die Erbengemeinschaft wirtschaftlich nicht so aufgestellt ist, dass sie sich langfristig auf die Suche nach landwirtschaftlichen Pächtern machen kann, hat sie sich entschieden, die Fläche für unsere Zwecke zur Verfügung zu stellen. Dabei ist die Vergütung, die pro Hektar pro Jahr erzielt werden kann, um ein Vielfaches höher als die Vergütung, die regelmäßig landwirtschaftliche Pächter in der Region zahlen. Nach unserer Auffassung sollten - bei allem Verständnis für die seitens der Planungsgemeinschaft offenbar angestrebten Bemühung, Flächen der Landwirtschaft vorrangig zuzuweisen - jedenfalls in diesem konkreten Einzelfall auch die privaten Belange der Eigentümer berücksichtigt werden, die an einer landwirtschaftlichen Nutzung ihres Grundstücks nicht mehr interessiert sind.	Bei der Festlegung von Vorranggebieten orientiert sich die Regionalplanung primär an den übergeordneten Zielen der Raumordnung, der nachhaltigen Entwicklung und der effizienten Nutzung von Flächen. Die Eigentümersituation der betroffenen Grundstücke spielt dabei keine Rolle, da es sich um eine rein funktionale Entscheidung handelt, die auf objektiven Kriterien wie Flächennutzung, Infrastruktur, Umweltauswirkungen und regionalen Entwicklungszielen beruht. Eine Berücksichtigung individueller Eigentumsverhältnisse würde nicht nur dem Gleichbehandlungsgrundsatz widersprechen, sondern auch den Grundsätzen der Raumordnung entgegenstehen. Somit wird gewährleistet, dass alle Grundstücke, ungeachtet ihrer Eigentümerstruktur, unter denselben sachlichen und rechtlich abgesicherten Kriterien bewertet werden.
BE-ID: 327	4. Bewertung der Gebietsausweisung vor dem Hintergrund der EEG-Novelle Die im Volksmund als sogenanntes "Osterpaket" bezeichnete Überarbeitung des Regimes des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat - insbesondere vor dem Hintergrund der Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland, der in den gegenwärtigen Krisenzeiten mehr denn je entgegenzuwirken ist - Strom aus EE-Anlagen einen besonderen Stellenwert zugewiesen. So ist nunmehr in § 2 EEG kodifiziert, dass Errichtung und Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. den EE-Anlagen ein besonderes öffentliches Interesse im Abwägungsprozess gegen andere entgegenstehende Belange zugewiesen werden muss. Dies darf sicherlich nicht dazu führen, dass per	Das überragende öffentliche Interesse nach § 2 EEG wirkt sich regelmäßig nur bei Abwägungsentscheidungen im Fachrecht aus und auch nur dann, wenn das Fachrecht eine Abwägung erlaubt. Dies trifft bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft als abschließend abgewogenes Ziel der Raumordnung nicht zu. Für privilegierte PV-Freiflächenanlagen (PV-FFA) gemäß § 35 Abs. 1 BauGB, insbesondere entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes, wird

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	se keine VL mehr ausgewiesen werden, die grundsätzlich geeignet sind, die Errichtung von PV-FFA zu verhindern. Indes muss es jedenfalls im Rahmen einer Einzelfallbewertung berücksichtigt werden, wenn auf einer bestimmten Fläche - hier also dem von uns gepachteten Grundstück - die Entwicklung einer PV-FFA konkret möglich ist (weil die Eigentümer es so wünschen und die Gemeinde es befürwortet) und nicht lediglich abstrakt denkbar. Das zuständige Amt Dahme/Mark hat uns mit der jüngsten Korrespondenz vom Anfang diesen Jahres aufgezeigt, dass man der Schaffung von Baurecht auf den Flächen der Erbengemeinschaft aus kommunalpolitischer Sicht grds. offen gegenübersteht, wenn und soweit die Regionalplanung die Errichtung einer PV-FFA auf dem betroffenen Grundstück zulässt. Vor diesem Hintergrund bitten wir noch einmal ausdrücklich darum, dem besonderen öffentlichen Interesse der Anlage hier Vorrang vor der Gebietsausweisung für Landwirtschaft einzuräumen.	§ 2 EEG im Rahmen des Fachrechts berücksichtigt. Hier überwiegt in der Regel das öffentliche Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien. Aufgrund der baurechtlichen Privilegierung entlang von Autobahnen und Schienenwegen werden in diesen Bereichen keine Vorranggebiete für die Landwirtschaft mehr festgelegt. Die entsprechende Ausnahmeregelung nach Z 2.4 Absatz 2 Buchstabe b des Ersten Regionalplanentwurfs entfällt im Zweiten Entwurf. Die Aufstellung eines Bebauungsplans für PV-FFA ist in Vorranggebieten Landwirtschaft ausgeschlossen und keiner Abwägung zugänglich. Eine Ausnahme gilt jedoch für Agri-Photovoltaik, wodurch der landwirtschaftlichen Nutzung einerseits und dem Ausbau der erneuerbaren Energien andererseits Rechnung getragen werden kann. In Bezug auf die Eigentumssituation siehe BE ID 326.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 322	Wir entwickeln Photovoltaik-Freiflächenanlagen. In der Gemarkung Sernow, Flur 4, Flurstück 9 haben wir im September 2021 einen Vertrag mit den Eigentümern geschlossen, der uns ermächtigt, das Grundstück zum Zweck der Errichtung und des Betriebs einer PV-FFA für die Dauer von 30 Jahren zu nutzen. Im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 stellt sich die entsprechende Flächenkulisse wie folgt dar: [Kartografische Darstellung] Die Fläche liegt erkennbar inmitten eines Vorranggebiets Landwirtschaft. Nach unserer Kenntnis ist die Errichtung von Solaranlagen auf Flächen, die mit verbindlichen Zielen der Raumordnung belegt sind, grundsätzlich ausgeschlossen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Nach den Festlegungen des 2. Entwurfs des Regionalplans 3.0 befindet sich das benannte Flurstück überwiegend außerhalb von Vorranggebieten für die Landwirtschaft.
TÖB-Nr.: 6001 / privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 24	Wir sind Eigentümer und Bewirtschafter von landwirtschaftlichen Flächen im Planungsbereich. Neben unserer land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit bieten wir Ersatzaufforstungen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für unterschiedliche Vorhabenträger an, die uns in die Lage versetzen, durch entsprechende Dienstleistungen zusätzliche Einnahmequellen für unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu erschließen und unsere Forstbetriebsflächen zu erweitern. Die Gemeinschaft für Ersatzmaßnahmen ist als gewerblicher Dienstleister auf die Durchführung von Ersatzaufforstungen spezialisiert und verfügt über einen eingerichteten Gewerbebetrieb mit entsprechender Spezialtechnik und Mitarbeiter. Der Entwurf des Regionalplans sieht die Festlegung großer Teile des Ackerlandes im Plangebiet als Vorranggebiete für die Landwirtschaft vor. Mit der Festlegung soll die Flächeninanspruchnahme durch andere Nutzungen (vor allem auch Erstaufforstungen) begrenzt und die landwirtschaftliche Bodennutzung, insbesondere auf den Flächen, die sowohl ertragreiche als auch ertragsstabile Bodeneigenschaften hinsichtlich klimatischer Veränderungen aufweisen, gesichert werden. Die Landwirtschaftsbetriebe sollen so vor weiteren Flächenverlusten geschützt werden. Diese Ausweisung kommt einem Aufforstungsverbot gleich, da die Vorranggebiete als Ziele der Raumordnung zwingend zur Versagung beantragter Erstaufforstungsgenehmigungen führen. Für bereits erteilte, aber befristete Erstaufforstungsgenehmigungen hätten die Vorranggebiete zur Folge, dass die Genehmigungen nicht mehr verlängert werden können.	Aufforstungsvorhaben stehen der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft entgegen, da die Nutzungen sich gegenseitig ausschließen. Konkret benannte Aufforstungsvorhaben, bspw. im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die bereits vertragsrechtlich geregelt und der Regionalen Planungsstelle im Beteiligungsverfahren mitgeteilt worden sind, sowie Kompensationsflächen mit einer Mindestgröße von 5 Hektar (Darstellungsgrenze), die im Eingriffs- und Kompensationsflächen-Informationssystem (EKIS) des Landes Brandenburg registriert sind, wurden im Rahmen der Planüberarbeitung bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft berücksichtigt. Da in der Stellungnahme keine konkreten Flächen benannt wurden, für die bereits Erstaufforstungsgenehmigungen erteilt worden sind, können sie in diesem Fall nicht berücksichtigt werden. Aufgrund der Änderungen des Planungskonzeptes und der dadurch resultierenden Flächenänderungen in der Festlegungskarte sind die nicht näher

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		definierten Flächen der stellungnehmenden Eigentümer möglicherweise nicht mehr oder nur noch zum Teil betroffen.
BE-ID: 155	Von der geplanten Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft ist der überwiegende Teil unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen im Plangebiet betroffen. Die Vorranggebiete würden sowohl unsere Bewirtschaftungsmöglichkeiten, als auch unsere Position als Eigentümer erheblich einschränken. Der Verlust von lediglich 2.300 ha je Jahr von insgesamt mehr als 1,3 Mio ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im ganzen Land Brandenburg, von welchen allenfalls wenige hundert ha und damit deutlich weniger als ein Promille auf Erstaufforstungsflächen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entfallen, rechtfertigt kein derart weitreichendes Aufforstungsverbot und stellt sich damit im Hinblick auf Art. 14 GG als unverhältnismäßig dar. In diesem Zusammenhang hat das BVerwG (Urt. v. 21.09.1967 - 1 C 98.61, Anlage 1) bereits entschieden, dass eine Schmälerung der Eigentümerbefugnis zur Wahl der Nutzungsart als schwerwiegend anzusehen ist und ein entsprechendes (gesetzliches) Verbot kollidierenden Werten von entsprechendem Gewicht dienen müsste. Die rein flächenmäßige Erhaltung des landwirtschaftlichen Kulturbodens auch bei gleich guter oder gleich schlechter Eignung für land- oder forstwirtschaftliche Bodennutzung gehört nach der beigefügten Entscheidung des BVerwG ausdrücklich nicht zu solchen gewichtigen Werten. Seit dieser Entscheidung entspricht es deshalb der herrschenden Meinung in der rechtswissenschaftlichen Literatur, dass ein Verbot der Aufforstung besser für landwirtschaftliche Zwecke geeigneter Böden unzulässig ist (vgl. Reinl, Eigentumsgarantie und bayerisches Aufforstungsverbot, RdL 1967, 172; Pfütze, Das Bayerische Aufforstungsgesetz, RdL 1968, 90; Orf, Zur Erstaufforstung landwirtschaftlich gut nutzbarer Böden, AFZ 1990, 973; Endres, Bundeswaldgesetz - Kommentar, 2. Auflage, Berlin 2021, § 10 Rdnr. 15; Kolodziejcok/Recken/Apfelbacher/lven, Naturschutz, Landschaftspflege, Stand 1/2021, Kennzahl 4545 Rdnr. 14).	Das Grundrecht am Eigentum ist zwar geschützt, doch steht das Eigentum nicht uneingeschränkt zur Verfügung. Es unterliegt verschiedenen öffentlich-rechtlichen Regelungen und Interessenabwägungen. So sind Flächeneigentümer bei der Nutzung (einschließlich Umnutzung) u. a. an das Baurecht und Raumordnungsrecht gebunden, indem die Festsetzungen von Bebauungsplänen und regionalen Planungszielen zu beachten sind. Mit der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft werden Flächeneigentümer nicht enteignet, sondern die nach dem Amtlichen Liegenschaftskataster derzeitige landwirtschaftliche Nutzung gesichert. Siehe auch BE ID 24.
BE-ID: 156	Hinzu kommt, dass die Regelung einseitig darauf abzielt, landwirtschaftliche Großbetriebe zu begünstigen, die ohnehin über eine solide Flächenausstattung verfügen und die sich in den letzten Jahrzehnten vor allem dadurch hervorgetan haben, dass sie durch übermäßige Düngung und den Einsatz von Glyphosat sowie anderer Pestizide enorme Umweltschäden angerichtet haben. Kleinbetriebe, wie die meiner Mandanten, die in der Regel wesentlich umweltverträglicher wirtschaften und zu ihrem Überleben auf eine höhere Wertschöpfung angewiesen sind, welche sich u.a. durch Ersatzmaßnahmen erzielen lässt, werden demgegenüber benachteiligt.	Über die Art der landwirtschaftlichen Nutzung wird bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft keine Aussage getroffen. Es wird grundsätzlich von der nach § 17 BBodSchG „guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft“ ausgegangen. Es werden dadurch alle landwirtschaftlichen Betriebe unabhängig von ihrer Bewirtschaftungsweise gleichbehandelt. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die keine großflächigen Aufforstungen sind, sind in der Regel mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar. Dieser Sachverhalt wird im aktuellen Planungskonzept erläutert. Für die Darstellung von Vorranggebieten Landwirtschaft in der Festlegungskarte wurde im Rahmen der Planüberarbeitung eine Flächenmindestgröße von 10 Hektar definiert. Landwirtschaftliche Betriebe mit geringerer Flächenausstattung, die nicht Bestandteil eines größeren zusammenhängenden Vorranggebiets Landwirtschaft sind, werden durch die Festlegung nicht berührt.
BE-ID: 157	Vor diesem Hintergrund stellt sich die geplante Festsetzung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft zu Lasten von Erstaufforstungen, Waldmehrung sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen als rechtswidrig dar. Wir regen deshalb an, die Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft im Hinblick auf Erstaufforstungen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu überdenken. Für den Fall, dass die	Das neue Planungskonzept bewertet die Vorrangwürdigkeit von Ackerflächen differenziert nach Teilräumen mit jeweils unterschiedlichen maßgeblichen Ackerzahlen. Dadurch erhalten u. a. Aufforstungsvorhaben eine größere Berücksichtigung. In den

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Vorranggebiete wie aktuell geplant ausgewiesen werden, kündigen wir vorsorglich an, dass wir den Regionalplan im Wege eines Normenkontrollverfahrens gerichtlich überprüfen lassen werden.	großen Teilgebieten I und II können Aufforstungen nun auch auf Ackerflächen mit höheren Bodenpunkten grundsätzlich umgesetzt werden. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die keine Aufforstungen sind, sind von der Festlegung nicht betroffen. Siehe auch BE ID 24, 155 und 156.
BE-ID: 158	Darüber hinaus betreffen die Vorranggebiete auch uns gehörende, bereits genehmigte Erstaufforstungsflächen, die vertraglich als Ersatzflächen für bestimmte Vorhaben gebunden sind, aber noch nicht aufgeforstet werden können, da die Genehmigungsverfahren für diese Vorhaben noch nicht abgeschlossen sind. Aufgrund der zeitlichen Befristung der Erstaufforstungsgenehmigungen hätten die geplanten Vorranggebiete zur Folge, dass die Erstaufforstungsgenehmigungen nach Fristablauf nicht mehr verlängert werden können, wodurch wir gezwungen wären, bestehende Verträge abzulösen oder zu kündigen, was mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden wäre. Die geplante Festsetzung würde damit auch in unser Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb eingreifen.	Siehe BE ID 24.
TÖB-Nr.: 6006 /		
Umweltbericht / 6 Vermeidung, Verringerung, Ausgleich		
BE-ID: 234	Kapitel 6 des Umweltberichtes, S. 92, Kapitel 6 „Darlegung von geplanten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen" Im Rahmen der strategischen Umweltprüfung zum Regionalplan werden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der Festsetzungen des Regionalplanentwurfes ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet. Ebenfalls sind Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung sowie zum Ausgleich und Ersatz darzulegen. Die Kommunen im engeren Verflechtungsraum Berlins, im sogenannten Berliner Speckgürtel, legen seit Jahren eine rasante bauliche Entwicklung an den Tag. Oftmals fallen die Belange des Umweltschutzes, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Rahmen der Abwägung herunter. Oft sehen Bebauungspläne hohe Versiegelungsdichten vor und kaum Platz für siedlungsintegrierten Naturschutz und Erholung. Mir ist bewusst, dass aufgrund des Maßstabes und des überörtlichen Charakters Maßnahmen nur schwer darzulegen sind. Als Hinweis möchte ich aber den Vorschlag unterbreiten, den nachgelagerten Planungsebenen (v.a. den Kommunen im Geltungsbereich) Hinweise mitzugeben, wie sie mit Eingriffen in die Schutzgüter nach UVPG besser umgehen können: Bei vielen Kommunen besteht große Unwissenheit über die Anwendung der Landschaftsplanung, insbesondere der Grünordnungsplanung als zentrales Instrument des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Kommunale Landschaftspläne und Grünordnungspläne zu Bauleitplänen können ein sehr sinnvoller Weg sein, bereits im Rahmen der Erstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen die Belange von Natur und Landschaft so gut wie möglich zu berücksichtigen und um somit eine maximale Siedlungsverdichtung zu umgehen. Besonders eine rechtlich ungenügende Auffassung über das Verhältnis von örtlichen Landschaftsplänen zur Umweltprüfung bei FNP und B-Plänen hat dazu geführt, dass v.a. Grünordnungspläne (nicht zuletzt auch wegen ihrer Freiwilligkeit) kaum bis nicht mehr erarbeitet werden. Dabei bestehen teils erhebliche Unterschiede zwischen Landschaftsplanung und Umweltprüfung: Die Umweltprüfung untersucht die Auswirkungen des FNP und der B-Pläne auf die Schutzgüter im jeweiligen Geltungsbereich. Landschafts- und Grünordnungspläne sind Vorsorgeinstrumente. Sie sollen die Belange von Natur und Landschaft mit in die Pläne bringen, die dann wiederum umweltgeprüft werden. Die Landschaftsplanung untersucht nicht in erster Linie die Auswirkungen eines Planes, sondern liefert Abwägungsmaterial für Festsetzungen zu Bauleitplänen. Das Land Brandenburg hat einen Erlass über	Die Anregung wird zur Kenntnis genommen, eine Ergänzung im Umweltbericht ist jedoch nicht vorgesehen. Zur Begründung: Bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ist gemäß § 8 Abs. 1 ROG von der für den Raumordnungsplan zuständigen Stelle eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Raumordnungsplans auf die Schutzgüter, d.h. 1. Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, 2. Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft 3. Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie 4. die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten sind. Diese Umweltprüfung bezieht sich auf alle Aspekte, die nach aktuellem Wissensstand, allgemein anerkannten Prüfmethoden und entsprechend dem Inhalt sowie dem Detaillierungsgrad des Raumordnungsplans angemessenerweise verlangt werden kann. Für den Regionalplan gilt die Beachtung von § 10 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) in Verbindung mit § 4 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes (BbgNatSchAG). Demnach sind die im Landschaftsprogramm und in den überörtlichen Landschaftsrahmenplänen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege – soweit sie einen raumbedeutsamen Charakter haben – im Rahmen der Abwägung nach § 7 Abs. 2 des Raumordnungsgesetzes zu berücksichtigen. Nach § 10 Abs. 4 BNatSchG müssen Landschaftsrahmenpläne mindestens alle zehn Jahre fortgeschrieben werden. Alle zehn Jahre ist ebenfalls zu

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	das Verhältnis von Bauleitplanung und Landschaftsplanung im Jahr 1997 erlassen, der anzuwenden ist: https://bravors .brandenburg.de/de/verwaltungsvorschriften-216352 Ich bitte die Regionale Planungsgemeinschaft, in den Umweltbericht zum Regionalplan dementsprechend einen ausführlichen Hinweis in das Kapitel einzubauen, in dem die Empfehlung ausgesprochen wird, für eine ökologisch nachhaltige städtebauliche Entwicklung und Ordnung Landschaftspläne und auch insbesondere Grünordnungspläne zu erarbeiten, um die Auswirkungen auf die Schutz- und Naturgüter so gering wie möglich zu halten. So können in neu entstehenden Siedlungen umfangreiche Parkanlagen, Grünflächen sowie Waldgürtel und Gewässer von Anfang an mitgedacht und eingeplant werden. Reine Umweltprüfungen können diese Aufgabe nicht leisten. In dem Zusammenhang sollte auf die neue Gesetzeslage zur Landschaftsplanung im BNatSchG seit 01.03.2022 hingewiesen werden.	prüfen, inwieweit eine Erstellung oder Fortschreibung weiterer Landschaftsprogramme erforderlich ist. Landschaftspläne und Grünordnungspläne hingegen setzen die naturschutz- und landschaftspflegebezogenen Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen auf kommunaler Ebene konkret um (§ 11 BNatSchG). In Brandenburg werden Landschaftspläne für Gemeindegebiete nach § 5 BbgNatSchAG als verpflichtende Selbstverwaltungsaufgabe entwickelt und sind auch unter Berücksichtigung der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB einzubeziehen. Grünordnungspläne können hingegen als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe für Teile einer Gemeinde erstellt werden (§ 11 BNatSchG in Verbindung mit § 5 BbgNatSchAG). Entsprechend der Darstellung im aktuellen Kommunalbericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz liegen seit 2020, mit wenigen Ausnahmen, in allen Kommunen der Region Havelland-Fläming zumindest Entwurfsfassungen der landschaftlichen Planungen vor (siehe: https://mleuv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Karte-Kommunale-Landschaftsplanung.pdf).
TÖB-Nr.: 6008 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 121	Der Basisverband Kloster Lehnin - Groß Kreutz von Bündnis 90/Die Grünen hat den vorliegenden Regionalplanentwurf geprüft und gibt dazu folgende Stellungnahme ab: Grundsätzlich begrüßt der Basisverband die Erstellung des Regionalplans 3.0. Mit Vorliegen eines rechtssicheren Regionalplans besteht für die Gemeinden ein Rahmen, innerhalb dessen die beabsichtigten Planungen zielgenauer in das Gefüge von Siedlungs- und Freiflächen eingepasst werden können. Das Gegenstromprinzip in der Erstellung ist allerdings auch zu beachten.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Örtliche Belange, die insbesondere durch die kommunale Bauleitplanung dargestellt werden, werden im Rahmen der Abwägungsentscheidungen berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 125	Die Darstellung des Vorbehaltsgebietes Siedlung für den Ortsteil Lehnin, der grundfunktionaler Schwerpunkt ist, scheint jedoch sehr begrenzt auf die bereits bekannten Planungen zu sein, selbst wenn eine Nichtdarstellung eine Bebaubarkeit nicht völlig ausschließt. Derzeit wird in der Gemeinde Kloster Lehnin ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept erarbeitet. Der Regionalplan sollte hier einen Fingerzeig auf Flächen legen, die aus Sicht der angewandten Kriterien für eine moderate Siedlungserweiterung denkbar sind. Dafür sind aus Sicht des Basisverbandes die südwestlichen Randbereiche des Ortsteiles prädestiniert. Hingegen sollten Bereiche wie der Kessel/Klosterfreigelände in den Freiraumverbund aufgenommen werden, um Begehrlichkeiten auf Neubebauung in diesem Bereich zu bremsen (Anlage 3).	Der Anregung bezüglich einer moderaten Siedlungserweiterung am südwestlichen Randbereich des Ortsteiles Lehnin wird im Regionalplanentwurf bereits gefolgt. So sind zum Beispiel bisher unbebaute Flächen im Bereich folgender Straßen als Vorbehaltsgebiete Siedlung festgelegt: Belziger Chaussee, Zum Traumsee, Lindenallee, Grüner Weg, Tannenwinkel, Alte Michelsdorfer Straße, An der alten Ziegelei. Weitere Inanspruchnahmen über diese Flächen hinaus sind denkbar und auch nicht ausgeschlossen, sollten aber hinsichtlich der raumordnerischen Orientierung auf "Siedlungsanschluss" nicht mehr dargestellt werden. Die maßstabsgerecht konkretisierte Darstellung des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des LEP HR in der Festlegungskarte ist keine Festlegung der Regionalplanung. Im 2.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wird der Freiraumverbund als nachrichtliche Übernahme dargestellt und gekennzeichnet. Die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Siedlung im zentralen Bereich resultiert aus der Übernahme der bestandsträchtigen Ortslage nach dem Amtlich-Topographischen Informationssystem des Landes Brandenburg und bildet hier den Siedlungsbestand im Maßstab des Regionalplanes ab. Dieser kann somit nicht reduziert werden.
BE-ID: 130	Unter Beachtung der Bündelung von Siedlungsentwicklung in fußläufiger Entfernung von Bahnhaltepunkten ist es zudem wichtig, die Vorbehaltsgebiete Siedlung in den Ortsteilen Groß Kreutz und Götz offener darzustellen (siehe Anlage 2).	Die Anregung ist nachvollziehbar, ihr wird im Zusammenhang mit dem Planungskonzept für die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung teilweise gefolgt. Die "kerbenhaften" Einschränkungen resultieren aus der Flächenspezifizierung bezüglich konfliktarmer Lage gemäß Stufe 4 des Planungskonzeptes, wonach die in der Anregung, Anlage 2 in Groß Kreutz und in Götz nördlich der B1 markierten Flächen sich im Landschaftsschutzgebiet "Brandenburger Osthavelniederung" befinden sowie die westlich von Götz an der B1 markierte Fläche am Schwarzwildweg von einer schützenswerten Waldfunktion (5400 "kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet") gemäß Waldfunktionskartierung des Landes Brandenburg sowie von einer Gewerbegebietsausweisung der Gemeinde betroffen sind. Diesen Anregungen kann nicht gefolgt werden. Die "Einkerbung" südlich der B1 zwischen Groß Kreutz Ausbau und Götz kann dagegen geschlossen werden - hier stehen keine regionalplanerischen Belange entgegen. Sie steht zudem im Einklang mit der aktuellen FNP-Änderung der Gemeinde Groß Kreutz (Havel).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 126	Die Darstellung eines großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes an der Autobahnausfahrt Brandenburg in den Gemarkungen von Prützke und Krahne (außer Brandenburg) erscheint unter den Anforderungen, die sich aus der ablaufenden Klimakrise ergeben, kontraproduktiv. Es wird in der Begründung zwar auf die noch mögliche Schaffung einer Bahnanbindung über die Reste der Brandenburgischen Städtebahn ausgeführt, dies jedoch in keiner Art und Weise untersetzt. Der Schwerpunkt der gewerblich/industriellen Entwicklung soll vielmehr autobahnorientiert sein, was aus Sicht des Basisverbandes nicht unterstützt werden kann. Diesbezüglich ist bei der Zielfindung für diese und ähnliche Flächen schon ein Kritikpunkt anzusetzen. Während für den Autobahnzugang nur 1-2 km Entfernung angesetzt werden (S. 29 der Begründung) dürfen es bis zu 5 km für einen Bahnzugang sein. Hier fordert der Basisverband, die Kriterien quasi umzukehren. Zumindest ist ein Bahnzugang bei 2 km höchstens als zulässig anzusehen.	Die vom Einwender angeregte Änderung des Planungskonzepts ist nicht sinnvoll. Idealerweise wäre ein betriebsbereiter direkter Schienenanschluss eines großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts vorauszusetzen. Dabei ist einschränkend festzustellen, dass ein Gleisanschluss für den Güterverkehr je nach Art des anzusiedelnden Gewerbes auch eine untergeordnete Bedeutung haben kann. Zutreffend ist, dass die Regionale Planungsgemeinschaft bei der Bewertung des GIV Paterdamm/Krahne noch davon ausgegangen war, dass die Möglichkeit besteht, die Trasse des am 13.07.2021 von Bahnbetriebszwecken freigestellten Abschnitts der ehemaligen Brandenburgischen Städtebahn zu erhalten. Aus den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens haben sich keine Hinweise darauf ergeben, dass eine Grundstücks- oder Trassensicherung für den betreffenden ehemaligen Schienenweg zu erwarten ist. Für eine

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Wiederaufnahme des Betriebs liegen daher keine Voraussetzung vor. Dieses Beispiel zeigt anschaulich, dass politische und behördliche Entscheidungen in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt haben, dass die vor 30 Jahren noch vorhandene Schieneninfrastruktur von (sogenannten) Nebenstrecken fast vollständig aufgegeben wurde. An der Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft, dass im Planungszeitraum der Güter- und Personentransport auf der Straße voraussichtlich überwiegende Bedeutung behalten wird, bleibt festzuhalten. (siehe ergänzende Unterlage „Ermittlung von geeigneten Standorten für die Festlegung von Großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten“ Seite 8) Eine möglichst kurze und störungsfreie Anbindung an das leistungsfähige überregionale Straßennetz bleibt daher erkennbar ein wesentliches Kriterium bei den Standortentscheidungen für großflächige gewerblich-industrielle Ansiedlungen. Die Entscheidung, dass der Suchraum für großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte auf den 2-km-Umkreis von Anschlussstellen der Autobahn oder vergleichbar leistungsfähigen Straßen eingeschränkt wird, verfolgt nicht das Ziel, den Straßenverkehr planerisch zu bevorzugen. Wie im Plankonzept auf Seite 8 dargestellt, dient dieses Kriterium dazu, möglichen Immissionsbelastungen der Wohnbevölkerung vorzubeugen, indem Ortsdurchfahrten ausgeschlossen werden können. Aufgrund der Einschätzung, dass großflächige gewerblich-industrielle Ansiedlungen auch zukünftig (noch) mit einer erheblichen Zunahme des örtlichen Straßenverkehrs verbunden sein werden, ist an dieser Entscheidung festzuhalten.
BE-ID: 127	Zudem werden mit dem Vorsorgestandort ohne Not allein auf Kloster Lehniner Gebiet über 1,8 km2 Wald für eine Neubebauung geopfert. Unter dieser Voraussetzung müsste der Schwerpunkt für einen Gewerbevorsorgestandort deutlich westlich nach Richtung Reckahn versetzt werden (Anlage 1). Die Waldflächen unmittelbar an der Autobahn sollten weitgehend geschont werden. Der direkte Zugang zur Autobahn könnte eher durch eine Umfahrung der Ortslagen Krahne und Reckahn geschaffen werden. Diese Variante würde Flächenoptionen mit einer Anbindung an eine Bahnstrecke schaffen und schlussendlich eine bedarfsgerechte, gestaffelte Inanspruchnahme gewährleisten.	Der Anregung, den großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort (GIV) Paterdamm/Krahne nach Westen auf Flächen außerhalb des Waldes zu verlagern, wird nicht gefolgt. Eine solche Verlagerung wäre mit Standortnachteilen verbunden. Die angeregte Verlagerung des Standortes nach Westen, auf Flächen außerhalb des Waldes, würde voraussichtlich zu immissionsschutzrechtlichen Konflikten mit den Ortslagen Reckahn und Krahne führen. Unter Berücksichtigung der von der Regionalen Planungsgemeinschaft angesetzten immissionsschutzrechtlichen Vorsorgeabstände würde sich das Flächenangebot erheblich verringern und den Mindestwert von 100 Hektar nicht mehr erreichen. Bei dieser Einschätzung wird bereits davon ausgegangen, dass die heute mit Photovoltaikanlagen bebauten Flächen für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung zur Verfügung stehen. Der dann nicht mehr vorhandene direkte

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Anschluss an die Bundesautobahn wäre ein weiterer Standortnachteil. Zur Anbindung an die Bundesstraße 102 wäre der Neubau einer ca. 2 km langen Erschließungsstraße erforderlich. Wie durch eine Umfahrung der Ortslagen Reckahn und Krahne ein direkter Zugang zur Autobahn geschaffen werden könnte, kann nicht nachvollzogen werden. Zum Gleisanschluss wird auf die BE 126, 2651 und 3408 verwiesen. Hinsichtlich der erforderlichen Waldumwandlung wird auf Abschnitt II.3.1 der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ sowie die BE 1412, 1135 und 3391 verwiesen.
BE-ID: 129	Selbst unter Anwendung der Kriterien (S.29 der Begründung) scheint die mögliche Erweiterung von gewerblichen Ansiedlungen im Bereich Schmerzke (Brb.)/Rietz als Vorsorgestandorte völlig unbeachtet geblieben zu sein. Die hier unstreitig vorhandene autoaffine Ansiedlungsmöglichkeit ohne erhebliche Eingriffe in den Waldbestand wurde negiert. Hier sollte eine Differenzierung in Zusammenhang mit dem unter 4 (Anmerkung RPS: BE 126, 127) Gesagten nachgedacht werden.	Der Anregung wird nicht gefolgt, die Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 1413 verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 123	Zu beachten ist zudem, dass die Regionalplanung auch darauf hinwirken sollte, die Unterstützung der Gemeinden vor Ort durch die Lokalisierung von Windkraftanlagen zu verbessern. Die Gemeinden, die die Belastung durch die Neuansiedlung von WKA haben, sollten zumindest auch anderweitig Nutzen daraus ziehen können.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 19 Prützke		
BE-ID: 124	Mit der Darstellung der WEG 19 und dem Vorbehaltsgebiet Wind 13 Prützke kann aus Sicht des Basisverbandes mitgegangen werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 30 Rädel		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 122	Für die Erstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Gemeinde Kloster Lehnin nehmen wir mit, dass das Windeignungsgebiet WEG 30 südlich von Rädel den Auswahlkriterien entspricht und so einen Beitrag für die Herstellung von erneuerbaren Energien in der Region leisten kann. Fraglich ist für uns jedoch hier, ob eine hinreichende Zuleitung zur Stromübergabestelle zu einer mind. 110-kV-Leitung wirtschaftlich darstellbar ist. Dieser Aspekt scheint in der Begründung unberücksichtigt zu sein.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 36 Trechwitz		
BE-ID: 131	Für das VB 36 der Rohstoffgewinnung (Trechwitz Siedlung) gibt der Basisverband zu bedenken, dass die Lösung des Verkehrsproblems hier besonders problematisch ist. In jeder Richtung werden mehrere Ortslagen von den absehbaren Schwerlasttransporten betroffen. Eine Darstellung als Vorbehaltsgebiet sollte auch hierfür zumindest verbal einen Lösungsansatz haben. Dies gilt gleichfalls für die absehbare Belastung für das Vogelschutzgebiet Streng, das sich in weniger als 1 km Entfernung befindet.	Die Darlegungen sind nachvollziehbar, führen jedoch nicht zu einer Planänderung. Mit dem Grundsatz 2.3.3 zur Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung trägt der Regionalplan Havelland-Fläming bereits Vorkehrung für die Minimierung von Verkehrsbelastungen, z.B. in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren. Auch betroffene Belange des Artenschutzes werden über die Darlegungen im Umweltbericht zum Regionalplan hinaus im Rahmen bergbaulicher Genehmigungsverfahren betrachtet und bestimmen hierüber die Art und den Umfang einer möglichen Rohstoffgewinnung im Rahmen von Abbaubetriebsplänen. Die vorgebrachten Belange werden daher erst in der konkretisierenden Fachplanung relevant. Auf die Belange des Artenschutzes wird entsprechend der Abstimmung mit dem LFU durch textlichen Hinweis auf einige streng geschützte Vogelarten, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist, gefolgt. Unter „d) Anwendung der Festlegungen“ wird der Sachverhalt „besonderer Artenschutz“ zu bereits beispielhaft aufgeführten Sachverhalten ergänzt.
TÖB-Nr.: 6037 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 377	Die Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft dient der dauerhaften Sicherung ackerbaulich genutzter Flächen, die für die agrarische Produktion in der Region von besonderer Bedeutung sind, vor der Inanspruchnahme durch konkurrierende Nutzungen. Die Ackerböden in der Region Havelland-Fläming haben ein verhältnismäßig geringes Ertragspotenzial von durchschnittlich ca. 30 Bodenpunkten (Ackerzahl). Unter Berücksichtigung weiterer ungünstiger Faktoren wurden Ackerflächen im vorliegenden Planungsentwurf mit einer Ackerzahl von mindestens 24 als ertragreich festgelegt. Diese Festlegung sollte verändert werden. Diese Zielstellung darf nicht dazu führen, den möglichen Flächenbedarf für die Industrialisierung der Ackerflächen mit Windrädern zu decken bzw. zu vergrößern. Die Festlegung dient der Sicherung landwirtschaftlicher Flächen, in denen die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis nach § 17 Bundes-Bodenschutzgesetz Vorrang vor anderen Nutzungen hat. Die Bedeutung der	Die Zielfestlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft führt nicht dazu, dass mehr Flächen für Windenergieanlagen zur Verfügung gestellt werden. Die Steuerung von Windenergieanlagen erfolgte bislang über Eignungsgebiete für die Windenergienutzung, die jedoch mittlerweile in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 als Vorranggebiete ausgegliedert worden sind. Eine Erhöhung der maßgeblichen Ackerzahl von 24 auf z. B. 28 würde nicht zu einer Vergrößerung, sondern zu einer Verkleinerung von Vorranggebieten Landwirtschaft führen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Landwirtschaft für die Raumplanung wird im § 2 Abs. 2 Nummer 5 ROG benannt. Demnach sind die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen sowie Natur und Landschaft zu pflegen und zu gestalten. Der vorgelegte Wertmaßstab (Ackerzahl 24) ist in Betracht auf die bereits fortgeschrittene Inanspruchnahme wertvoller Ackerflächen für die Infrastruktur zu gering. Die Festlegung für die Bodenwertzahl sollte auf mindestens 28-30 festgelegt werden.	
BE-ID: 379	Aufgrund der hohen Getreidepreise, der permanent steigenden Lebensmittelpreise, als auch der zu erwartenden Probleme bei der Lebensmittelversorgung, ist ein sofortiger Stopp von geplanten und zu errichtenden Wind- und Solaranlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen erforderlich.	Der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen, die u. a. der Nahrungsmittelproduktion dienen, wird durch die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft gesichert. Gleichzeitig muss der notwendige Ausbau erneuerbarer Energien verfolgt werden, um den Anforderungen einer nachhaltigen Energieversorgung gerecht zu werden. Daher ist außerhalb der Vorranggebiete der Ausbau von erneuerbaren Energien möglich.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 Zu Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 378	Windräder sind eine Gefahr für die Landwirtschaft. Durch UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel, Blitzeinschläge und großflächige Insektenverklebungen sind Rotorblätter anfällig für Erosion. Dies konkretisiert sich durch Risse und ähnliche Verschleißerscheinungen an den Oberflächen. Je höher die Anlagen, desto umfangreicher und problematischer ist diese Erosion, denn sie bedingt Eintrag von toxischem Mikroplastik in die Böden. Von besonderer Bedeutung ist weiterhin eine Freisetzung von Bisphenol A (BPA) aus Epoxy-Harz. Zu dieser Substanz erklärt das UBA: "Das Umweltbundesamt begrüßt die Entscheidung der EU, die Chemikalie Bisphenol A nun auch aufgrund ihrer hormonellen Wirkungen auf Tiere in der Umwelt als besonders besorgniserregend anzuerkennen." Quelle: UBA (2018): EU erkennt Bisphenol A als besonders besorgniserregend an. Pressemitteilung vom 22.1.2018. Im Dezember 2021 hat die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit die Risiken der Substanz neu bewertet und empfohlen, die tolerierbare tägliche Aufnahmemenge um den Faktor 100.000 zu senken. Das zeigt die Brisanz flüchtiger BPA-Ausgasungen, die auch aus erodierten Flügelkanten von WEA stammen können. Diese Mikropartikel werden im Umkreis von bis zu 1 km verteilt, da sie nur bei Wind und seinen Folgen vom Rotor abgelöst werden, und kontaminieren so den Boden kontinuierlich und additiv. Im Zuge des geplanten Ausbaus immer höherer Anlagen wird der Windkraft-Anteil an den Mikropartikel-Emissionen weiter wachsen. Dass dies über die gesamte Betriebszeit eine signifikante Umweltgefährdung im Sinne einer Vergiftung von Böden bedingt, muss befürchtet werden.	Die Materialzusammensetzung von Windenergieanlagen und deren mögliche Auswirkungen auf die Umwelt sind kein Regelungsgegenstand der Regionalplanung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 a) Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 375	Einwendungen/Hinweise zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Jedes Jahr geht Brandenburgs Landwirten Produktionsfläche durch Siedlungserweiterungen, Infrastrukturausbau, Aufforstungen und andere Maßnahmen verloren. Darüber hinaus müssen sich die Landwirtschaftsbetriebe in Brandenburg langfristig auf veränderte Produktionsbedingungen unter dem Einfluss des Klimawandels einstellen. In vielen Teilen des Landes wirtschaften die Landwirte schon heute unter schwierigen klimatischen Verhältnissen. Seit 2008 hat sich die Anlagen-Dichte der Windindustrieanlagen mehr als verdoppelt. In etwa innerhalb dieses Zeitrahmens erlebte Brandenburg immer länger anhaltende Dürren sowie ein auffällig verändertes Niederschlagsmuster: Angekündigte Niederschläge blieben oftmals aus oder kamen nur als Nieselregen und kurze Schauer. Der ergiebige sommerliche Landregen blieb über Jahre nahezu aus. Zumeist wird diese Entwicklung allein dem Klimawandel zugeschrieben. Weitere, unmittelbar menschengemachte	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Ursachen werden selten in Betracht gezogen. Dabei ist es mittlerweile unstrittig, dass gruppierte Windenergieanlagen über die Vermengung von Luftmassen das Mikroklima beeinflussen und vor allem nachts zu einer lokalen Erwärmung beitragen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat sich im Dezember 2020 um eine Zusammenschau der Erkenntnisse bemüht, dabei allerdings stark auf eine einzige Studie und vor allem die Kritik an dieser fokussiert. Dennoch heißt es, man könne die Hypothese aufstellen, dass windkraftbedingte nächtliche Erwärmung zu Austrocknung in der Umgebung der Anlagen führen kann. Im Lee der Anlagen entstehen atmosphärische Wirbelschleppen, die sich durch verringerte Windgeschwindigkeit, spezielle Druckverhältnisse und erhöhte Luftturbulenz auszeichnen. Unter stabilen atmosphärischen Bedingungen breitet sich die Bremswirkung demnach bis zu 70 km aus. Diese wiederum vermindert die Durchmischung des Wassers und kann darüber durchaus biologische Wirkungen entfalten.	

TÖB-Nr.: 6038 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 386	Einwendungen/Hinweise zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Planungen für neue Windparks stehe ich mit Skepsis oder Ablehnung gegenüber. Als Grund führe ich insbesondere die Belange des Arten- und Naturschutzes an. Durch Rotorblätter von Windkraftanlagen kommen nicht nur Vögel und Fledermäuse, sondern auch Millionen Insekten ums Leben. Nach einer Modellrechnung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Köln sollen zwischen April und Oktober in Deutschland täglich mehr als 5,3 Milliarden Fluginsekten durch Windräder sterben. Die Wissenschaftler beziffern den Insektenverlust beim Flug durch die Rotoren auf mindestens 1200 Tonnen pro Jahr. Das Insektensterben hat gravierende Auswirkungen. Ohne ihre Bestäubungsarbeit tragen Bäume weniger Früchte, sinken Getreideerträge, sterben Pflanzen aus. Ohne Insekten wird auch unsere Vogelwelt ärmer. Der Rückgang bei Biene, Falter und Co. hat viele Ursachen. Christian Voigt vom Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung Berlin hat in einem im Januar 2021 veröffentlichten Aufsatz darauf aufmerksam gemacht, dass Lidarmessungen bei arbeitenden Windrädern eine hohe Insektenaktivität in der Risikozone der Turbinen bestätigen. Hieraus resultieren Forderungen an den Planungsgeber: sie müssen endlich verstehen, wie die Anziehung der Insekten durch Windräder wirkt, desgleichen die Interaktionen von Insektenfressern, Vögeln und Fledermäusen, mit Windturbinen. Sie müssen ferner die Schlagraten von Insekten durch Windräder mit Bezugsgrößen in Verbindung bringen, um zu ermitteln, wie stark diese zum Niedergang der Insektenpopulationen beitragen. Und sie brauchen Erkenntnis darüber, in welchem Umfang die Insektenverluste durch Windräder zur Veränderung der Ökosysteme beitragen. Durch eine 2019 veröffentlichte Studie von Forschern des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist als weiterer Faktor des Insektensterbens die Wechselwirkung von Fluginsekten und Windturbinen bekannt geworden. Eine Modellrechnung führte zur Annahme, dass die Größenordnung der von Windturbinen geschlagenen Fluginsekten relevant für die gesamte Insektenpopulation sein könnte. Ein Verträglichkeitsnachweis musste dafür bisher nicht erbracht werden, weil man offenbar annahm, dass sich die Rotoren außerhalb des natürlichen Habitats von Fluginsekten befinden und diese im Betriebsbereich moderner Windkraftanlagen bei Windgeschwindigkeiten über 5 m pro Sek nicht fliegen. Leider entspricht keine dieser Annahmen der Realität. Der Zusammenprall der Fluginsekten mit den bis zu 60 Meter langen Rotorflügeln und ihre tödliche Verwirbelung durch die arbeitenden Turbinen geschieht während der Wanderbalz der Insekten. Dabei nutzen Insekten starke, gleichmäßige Luftströmungen in Höhen bis zu 2000 Meter gleichsam als Fahrstuhl, um zur Eiablage in ihre Brutgebiete zu gelangen. Wissenschaftler bezeichnen diese Schicht als "Insektenmigrationsschicht". Als Folge davon tritt teilweise massiver Insektenschlag an Rotorblättern auf, der	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	die Leistung von Windkraftanlagen um bis zu 50 % gegenüber ihrem erwarteten Wert verringern kann. Dieses Phänomen, das die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen stark beeinträchtigt, ist inzwischen theoretisch und praktisch intensiv untersucht worden und gut modellierbar. Unter anderem führte es weltweit zur Etablierung einer Reinigungsindustrie für Rotorblätter. Allerdings wurde bis heute nicht untersucht und quantifiziert, welche Folgen der Insektenschlag an Windrotoren für die betroffene Insektenpopulation hat. Es ist bezeichnend, dass das alarmierende Ergebnis der Studie in den Medien sogleich vielstimmig zerredet wurde und von der Regionalen Planungsgesellschaft Havelland-Fläming im Rahmen des vorliegenden Entwurfs nicht diskutiert wurde. Es wird beklagt, dass es immer noch keinen Verträglichkeitsnachweis von Windanlagen gegenüber Fluginsekten gibt. Anerkannte Forschungsergebnisse sollten jedoch die Grundlage für diese Planung sein.	
BE-ID: 387	Dass der Flügelschlag von Windrädern auch Vögel und Fledermäuse tötet, ist bereits seit längerem bekannt. Eine Auseinandersetzung hierzu fehlt im Planentwurf. Das Michael-Otto-Institut des Naturschutzbundes schätzt die Zahl verunglückter Vögel auf bis zu 100.000 pro Jahr. Was unter den Anlagen gefunden werde, ist nur ein geringer Teil der tatsächlich betroffenen Tiere. Aasfresser fressen tote Vögel schnell auf. Greifvögel verunglücken an Windkraftanlagen tagsüber und bei bester Sicht, weiß auch Institutschef Hermann Hötker. Durch den schnellen Flügelschlag der Windräder und deren Geschwindigkeit können die Tiere die Anlagen nicht richtig wahrnehmen. Problematisch sind vor allem die Verluste von Seeadlern und Rotmilanen, da der größte Teil dieser gefährdeten Arten in Deutschland leben.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 388	Windräder und Naturschutz sind nicht vereinbar. Bei der Regionalplanung Havelland-Fläming muss dem Schutz von Tieren mehr Gewicht zukommen. Statt des versprochenen Klimaschutzes bewirkt die gegenwärtige Energiepolitik eine Materialschlacht im Ökosystem. Lebensräume, Wälder, bedrohte Wildtiere bis hin zu zahlreichen Insektenarten werden stark dezimiert. Diese Opfer sind umso tragischer, als sie vollkommen sinnlos sind. Die Anstrengungen zur Vermeidung von Kohlendioxidemissionen laufen nämlich weitestgehend ins leere. Klimaschutz könnte viel effektiver, effizienter und naturschonender angegangen werden. Der anhaltende Verzicht auf einen Verträglichkeitsnachweis von Windkraftanlagen gegenüber im Luftraum migrierender Fluginsekten nach mehr als 30 Jahren Ausbau der Windenergie steht im Konflikt mit dem in Artikel 20a des Grundgesetzes verankerten Vorsorgeprinzip.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 6048 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3336	Zum vorliegenden Entwurf des Regionalplanes 3.0 nehme ich wie folgt Stellung: 1. Wirkungen des Regional-Planes auf die Lebensbedingungen der Bürger. 1.1 Existenzielle Bedeutung des Waldes für die Menschen und Tiere: Der Wald versorgt die Menschen und die Mehrzahl der Tiere mit Sauerstoff, der mit der Photosynthese plus Licht aus Wasser und Kohlendioxyd (C02) freigesetzt wird. Die Natur hat es so eingerichtet, dass das Pflanzenwachstum durch das Kohlendioxyd ermöglicht wird. Die logische Schlussfolgerung wäre, um das aktuell überschüssige C02 zu binden, das Pflanzenwachstum zu forcieren. Damit könnte ein von C02 - Überschuss initiierte Klimawandel abgebremst werden.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3338	Verbindliche Aufforstungen sind mangels geeigneter Waldflächen, fehlender Wässerung des Aufwuchses und fehlendem Schutz vor Verbiss durch Wildtiere stark gefährdet in den 60-100 Jahren ihrer Wuchsdauer. Sie können für den Klimaschutz nicht voll wirksam werden. Erfolg versprechender für den Klimaschutz wäre es, den vorhandenen Wald durch zusätzliche Aufforstungen zu stärken. Zu beachten ist, dass große	Die Hinweise bezüglich der Aufforstung werden zur Kenntnis genommen. Mit den Festlegungen im Regionalplan 3.0 kann auf die Durchführung und Wirksamkeit von Ausforstungsmaßnamen kein Einfluss genommen werden. Die Entscheidung über die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Mengen Holz den Wäldern entnommen wird für die industrielle Holzverbrennung, den Holzexport und für die Bauindustrie. Der eigentlich anerkannte „beste Klimaschützer, der Wald", wird für angeblichen Klimaschutz unverhältnismäßig bewusst geschädigt.	Zulässigkeit von Waldinanspruchnahmen und die Regelung der Ausgleichs nach § 8 Absatz 3 LWaldG sowie über die Erstaufforstung (§ 9 LWaldG) bedarf einer Einzelfallbewertung, welche durch die zuständige Forstbehörde vorzunehmen ist. Grundsätzlich zutreffend ist, dass auf den Zustand der Wälder und die Wahrnehmung ihrer Funktionen – auch in Bezug auf den Klimaschutz – die Waldbewirtschaftung den wesentlichen Einfluss hat. Auf die Art der Waldbewirtschaftung und die wirtschaftliche Nutzung des Waldes kann mit dem Regionalplan 3.0 kein Einfluss genommen werden. Die Holzimporte und -exporte haben in Deutschland in langjähriger Betrachtung etwa den gleichen Umfang. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag der Anteil des Holzeinschlags, der aufgrund von Waldschäden vorgenommen wurde (Schadholzeinschlag), in Deutschland in den Jahre 2018 bis 2023 im Durchschnitt bei 61 Prozent. (Min.: 2018 49 %; Max.: 2020 75 %) [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_154_41.html]
BE-ID: 3339	Der Wald wird gleichzeitig an der Wahrnehmung seiner ökologischen Funktion, der Trinkwasserneubildung, gehindert, weil diese nur effizient ist in geschlossenen Wäldern mit geschlossenem Kronendach. Mit 21 % war der Anteil der Bäume ohne Kronenverlichtung noch nie so gering wie zur Zeit (Bergwald Projekt 2020). Die Folge ist, dass die Höchsttemperaturen im Wald nicht mehr, wie erforderlich, am Tag 4 Grad niedriger sind als im Freien. Der Waldboden trocknet aus, kann kein Wasser speichern, der Aufwuchs stirbt ab, die Bäume zeigen mehr und mehr Schäden, die Waldtiere haben wegen fehlender Kühlzonen Stress beim Schutz ihres Nachwuchses.	Die Ausführungen zu ökologischen Funktionen des Waldes werden zur Kenntnis genommen. Die pauschalen Annahmen sind nicht dazu geeignet, eine Planänderung ausreichend zu begründen.
BE-ID: 3340	Allein die fortschreitende Wasserverknappung zwingt zu einem besseren Schutz des Waldes im Interesse der Daseinsvorsorge.	Die Festlegungen im Entwurf des Regionalplans 3.0 nehmen keinen Einfluss auf die Rechtsverordnungen zum Schutz der Wälder.
BE-ID: 3343	Waldverbrauch für Siedlungsbau und Verkehrsprojekte: Diese Angaben wurden im Entwurf nicht quantifiziert, sie sind aber dringend zu minimieren, um weitere schädliche Umweltentwicklungen zu vermeiden. Es muss also im Interesse des Klimaschutzes unverzüglich jegliche Industrialisierung der Wälder untersagt werden, sondern Aufforstungsprojekte gemeinsam mit den Bürgern realisiert werden. Verbrauch von Klima schützendem Wald für angeblichen Klimaschutz durch Windräder, Solarflächen und andere Industrialisierung muss auf jeden Fall abgelehnt werden!	Es wird auf BE 3338 verwiesen.
BE-ID: 3346	1.2.3 Gesundheitsgefährdung durch zerstörte Wälder: Am 14.12.21 stellte der Landwirtschaftsminister, Cem Özdemir, fest: "Die aktive Zerstörung der Wälder ist katastrophal für den Klimaschutz!" Er hatte Recht, denn unser Wald ist ebenso wie die Tropenwälder als intaktes Ökosystem unverzichtbar für das überleben der Menschen. Leider wird dem Wald nicht gestattet, dauerhaft intakt zu bleiben, denn er wird rücksichtslos industrialisiert. Er wird abgeholzt für die Verbrennung in sog. Biomasse-Holzkraftwerken, für die Industrialisierung mit Windkraftanlagen, für Freiflächen PV-Anlagen, für Gewerbegebiete, für Siedlungen und vieles mehr, obwohl er unser bester Klimaschützer ist und vieles andere könnte, wenn wir ihn lassen würden: - er versorgt Mensch und Tier mit Sauerstoff, - er reduziert die Verdunstung und bildet neues Trinkwasser, - er sorgt für Kühlung im Sommer, sofern seine Innentemperatur nicht durch	Es wird auf BE 3338 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	menschliches Einwirken reduziert wird, - er wirkt als Luftreiniger- bindet mit seinen Blättern/Nadeln Feinstaub, - er liefert Waldfrüchte und Nutzholz, - er ist Rückzugsort für Wildtiere und dient dem Artenschutz, - durch seine saubere Luft und die spezielle Stille ist er besonders wichtig für die Erholung der Menschen zu jeder Jahreszeit. Diese Funktion wird leider nicht genug gewürdigt, sie ist aber ein Schwerpunkt seit Jahrhunderten in der Medizin und das bis heute. Die Europäische Weltraumorganisation hat anhand von Satellitenbeobachtungen nachgewiesen, dass Wälder der Erde einen eindeutig kühlenden Effekt haben - besonders die immergrünen Nadelwälder. S. Link: https://phys.org./news/2021-08-satellites-reveal-forests-cloud-cool.html Warum sieht der RGP nicht Flächen für ein Aufforstungsprogramm vor für kontinuierliche Ausdehnung oder Erhaltung der Wälder?	
BE-ID: 3350	Windkraft - und Solaranlagen gewährleisten ohne Reserve- Kraftwerke keine Versorgungssicherheit! Mit diesem Problem der Energiegewinnung in Abhängigkeit von Wind und Sonne würde die Industrienation Deutschland binnen kurzer Zeit international nicht mehr wettbewerbsfähig sein mit schwerwiegenden Folgen für alle Lebensbereiche der Bürger.	Die Bedenken bezüglich der Versorgungssicherheit bei der Energiegewinnung werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Regionalplanung kann auf die Versorgungssicherheit kein Einfluss genommen werden.
BE-ID: 3351	Fazit: Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird: - Vernichtung von lebenswichtigem klimaschützendem Wald.	Die wiederholt vorgebrachten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3352	Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird: - negative Wirkungen auf Naturschutz und Biodiversität.	Die wiederholt vorgebrachten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3353	Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird:- in Folge negative Wirkung auf das ökologische Gleichgewicht.	Die wiederholt vorgebrachten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3354	Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird: - negative Wirkung auf eine sichere Trinkwasserversorgung.	Die wiederholt vorgebrachten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3355	Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird: - zunehmende Gefahr der Austrocknung der Böden wegen Waldverlust.	Die wiederholt vorgebrachten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3357	Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird: - keine gesicherte Stromversorgung für Industrie und Haushalte.	Die wiederholt vorgebrachten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3358	Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird:- hohe Kosten für die Bürger ohne wirklichen Klimaschutz zu erzielen.	Die wiederholt vorgebrachten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 3359	Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird: - Zerstörung der Landschaft durch großflächige Gewerbegebiete, durch Windkraftanlagen, durch zunehmende oberflächennahe Rohstoffgewinnung und fehlende ausreichende Aufforstung.	Die wiederholt vorgebrachten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 3342	Waldverbrauch für gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte: Von den 13 im Entwurf betrachteten Standorten ist der genaue Waldverbrauch nicht bekannt - außer vom Standort Brandenburg-Paterdamm. Dort beträgt der umzuwidmende Waldanteil ca. 400 ha! In naher Entfernung gibt es bereits erweiterbare Gewerbegebiete ohne Waldverlust. Dieser o.g. Standort wird von der Stadt Brandenburg bevorzugt wegen seiner Nähe zur Autobahn A2. Trotzdem muss dieses Projekt abgelehnt werden, denn 400 ha Wald werden auch mit dreifacher Aufforstung nicht vor 60 -100 Jahren zu vollwertigem Wald und somit nicht für das angestrebte Ziel der Klimaneutralität wirksam.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. Es wird auf BE 1412, 1135 und 3391 verwiesen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 3337	Leider verfolgt die Politik eine gegenläufige Praxis, indem sie den Wald für angeblich klimaschützende Windkraftanlagen abholzen lässt. Je Anlage sind ca. 1,5 ha von jedem Bewuchs zu befreien, um Platz für die Standflächen, Montage- und Lagerplätze sowie die Zuwegungen der Windkraftanlagen zu schaffen. Diese Flächen werden in Folge versiegelt für mindestens 20 Jahre (angenommene Betriebsdauer der Anlagen).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3341	Was ist im Entwurf des Regionalplanes bzgl. des Waldverbrauchs vorgesehen? Waldverbrauch für Windkraftanlagen: Ca. 48 % der als für Windkraft geeignet befundenen Flächen liegen im Wald. Das entspricht einer Fläche von ca.5.400 ha. Ein Hektar Wald speichert über alle Altersklassen hinweg 6 Tonnen C02 pro Jahr! Bei einer angenommenen Betriebszeit der Anlagen inklusive Rückbau-Zeit von 25 Jahren ergibt 32.400 Tonnen verhinderter Speicherung von C02 pro Jahr und über 25 Jahre 810.000 Tonnen bewusst verhinderter C02 Speicherung! Eine Logik für Klimaschutz ergibt sich nicht daraus - zumal die Ressourcen für ein 7.000 t schweres Windrad (240 m hoch) aus vielen Ländern importiert werden müssen mit weiteren C02-Emissionen. Die Fundamente eines Windrades werden ca. 30 m tief in die Erde versenkt oder bei Flachfundamenten die notwendigen Rüttelstopfsäulen. Dadurch werden wichtige unterirdische Wasser führende Schichten zerstört und die Wasserversorgung zusätzlich beeinträchtigt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3344	1.2. Gesundheitliche Gefahren durch den Ausbau der Windkraft: Im Regionalplan 3.0 werden 27 Eignungsgebiete für Windkraft ausgewiesen. Da das Land Brandenburg bereits eine relativ hohe Dichte an Windräder hat, ist zu befürchten, dass die Abstände zu den Wohnbebauungen weiter reduziert werden, um den überzogen hohen Ausbau zu realisieren. Die gesundheitliche Belastung vorrangig der Landbevölkerung wird weiter zunehmen. Touristische Standorte werden weiter an Attraktivität verlieren. Jeder Volksvertreter schwört, seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm abzuwenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und zu verteidigen, seine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben! Wie sieht jedoch die Realität aus? Besonders mit dem ausufernden Ausbau der Windkraft wird der besonders betroffenen Landbevölkerung keine Gerechtigkeit zuteil, dem deutschen Volk wird mehr Schaden zugefügt durch die hohe Inflation infolge der die Windkraftinvestoren begünstigenden Subventionen, die steigenden Energiepreise, durch Flächen- und Waldverbrauch, zunehmend unsichere Energieversorgung sowie von Windrädern ausgehenden gesundheitsschädigende Wirkungen. 1.2.1 Gesundheitsgefährdung durch technischen Infraschall: Die	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Beeinträchtigungen der Anwohner und Touristen durch diesen meist unhörbaren Schall im Frequenzbereich unter 20 Hz entstehen durch Druckimpulse großer Reichweite und werden von vielen Menschen und Tieren als negativ wahrgenommen. Es wurde von Wissenschaftlern nachgewiesen, dass technischer Infraschall eine Schädigung der Herzmuskeln verursachen kann sowie je nach Stärke Tinnitus, Herz- und Kreislaufprobleme, Schwindelgefühle, allgemeines Unwohlsein und andere körperliche und psychische Beeinträchtigungen. Besonders für Kinder und Heranwachsende sind die Schlafstörungen, die Abnahme der Konzentrationsfähigkeit und windabhängiges Unwohlsein besonders gefährdend. Entsprechende medizinische Studien liegen vor sowie ein Gerichtsurteil aus Frankreich, das die negativen Auswirkungen bestätigt! Warum nehmen Politiker trotzdem die Schutzbehauptungen der Windkraftinvestoren zum Maßstab, dass Infraschall nicht gesundheitsschädigend sei, weil man ihn nicht hören kann????	
BE-ID: 3345	1.2.2 Gesundheitsgefährdung durch Glasfasern und Carbonfasern: Unbemerkt von den Bürgern werden seit Jahren die Rotorblätter der Windkraftanlagen sowohl mit Glasfaser (GFK) als auch mit Carbonfaser verstärktem Kunststoff (CFK) ausgestattet. Die Carbonfasern wurden wegen der von ihnen ausgehenden krebserregenden Gefahr (ähnlich Asbest) von der WHO in die Gefahrenklasse 3 eingestuft! Allein der durch Witterung und mechanische Beanspruchung entstehende Abrieb von Mikroplastikpartikel stellt eine Gefahr dar, denn er verteilt sich über die Acker- und Waldböden und dringt ins Grundwasser ein. Im Falle eines Brandes, was zunehmend häufiger auftritt, werden die Carbonfasern als Nanofasern weit verbreitet und sind wegen ihrer Lungengängigkeit für Mensch und Tier eine ernste Gefahr der Karzinombildung. Bisher gibt es für CFK noch keine geeignete Recyclingtechnologie, so dass es unklar ist, wo die Bruchstücke der Rotoren, die kontaminierte Muttererde u.a. bisher entsorgt werden! Entsprechende Anfragen an das Umwelt Bundesamt zum Schutz vor Carbonfasern werden seit Monaten ausweichend beantwortet! Es ist ein eklatanter Verstoß gegen die Daseinsvorsorge, dass die Bürger nicht über diese Gefahr informiert werden und vor allem nicht hinreichend geschützt werden. Es wird in Kauf genommen, dass nach einem Rotorbruch oder Rotorbrand im Wald oder auf Acker, nur wenige Tage später Spaziergänger und Arbeiter durch den Wald/Acker gehen und vorhandene Nanofasern (Carbon) einatmen mit eventuell tödlichen Folgen! Wer übernimmt die Haftung dafür - die Genehmigungsbehörde?	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 3349	2. Physikalische Grenzen des Ausbaus der Windkraft: Mit weiterem (mehrfachen) Ausbau von Windkraftanlagen sowohl an Land als auch auf See besteht zunehmend die Gefahr, dass sich die Anlagen gegenseitig den Wind nehmen und nicht effektiv sein werden. Außerdem ist die verfügbare Energie des Windes nicht unbegrenzt. Die maximale Windenergie-Extraktionsfähigkeit liegt wegen der Wirbelschleppen (Nachlauf) der Windräder von 50 - 70 m nur bei 0,5 W/m 2 • Mit bereits ca.31.000 Windkraftanlagen auf der Fläche Deutschlands von 357.022 km2 wäre das Maximum bereits erreicht. Es besteht die Gefahr, dass mit dem weiteren Ausbau dem Wind seine gesamte Energie entzogen werden könnte - mit schweren Folgen für das Wetter/Klima. Seitens der Regionalplanungen sollte an die verantwortlichen Politiker der Landesregierung die zwingende Notwendigkeit eines objektiven wissenschaftlichen Gutachtens zur Beeinflussung der Atmosphäre durch weitere Anlagen (neues Modell in Schipkau hat 300 m Höhe) vor weiterer Planung herangetragen werden! Die Antworten des BMWK auf unsere Anfragen gingen auf dieses Thema nicht ein. Die volatile windabhängige Einspeisung von Windstrom soll nach Meinung der Bundesregierung durch Speicher ausgeglichen werden. Vorrangig sind Wasserstoff-Speicher geplant, die durch Elektrolyse aus Windstrom Wasserstoff herstellen sollen. Auf der Fachkonferenz in Luzern, Schweiz, Mitte Mai 2022 zum Thema wurde jedoch festgestellt, dass die Forschung noch meilenweit von einer akzeptablen Wirtschaftlichkeit entfernt ist. Somit wäre es unverantwortlich, mit dem Ausbau der Windkraft vor einer Lösung des Speicherproblems zu beginnen. Windstrom ohne Speicher wäre für den kontinuierlichen Betrieb unserer Industrie unmöglich und kann auch	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	nicht durch volatilen Solarstrom ausgeglichen werden. An nebeligen windstillen Tagen würde es den totalen Stillstand durch fehlenden Strom im ganzen Land geben.	
BE-ID: 3356	Dem Entwurf des Regionalplanes kann nicht zugestimmt werden, da den existenziellen Belangen der Bürger und der Natur nicht ausreichend Rechnung getragen wird:- gesundheitliche Beeinträchtigung von Mensch und Tier durch Infraschall, Körperschall, Mikroplastik -Abrieb in der gesamten Umwelt von den Rotorblättern sowie durch krebserregende Carbonfasern der Rotorblätter.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 30 Rädel		
BE-ID: 3348	b) Die Ausweisung des Windeignungsgebietes (Nr. 30) im Ortsteil Rädel muss abgelehnt werden. Es ist ebenfalls ein inakzeptabler Waldverlust (im Biotopverbund) geplant, der Wald dient dem Dorf auch als Lärmschutz zum angrenzenden Truppenübungsplatz. Es wurde geplant ohne Berücksichtigung der im Gebiet lebenden geschützten Großvögel: Rotmilane, Großtrappe, Wiesenweihe, Wildgänse, Kiebitze sowie Kraniche. Allein die erforderlichen Zufahrten für Schwerlasttransporter müssten durch das Dorf geführt werden und würden nicht nur das als „Naturdorf" eingetragene Rädel in seiner alten Bausubstanz stark beschädigen, sondern auch eine Gefahr für die Einwohner darstellen. Der Wald und die Äcker zwischen Dorf und Windeignungsgebiet bzw. dem angrenzenden Truppenübungsplatz sind ein Refugium für diverse Arten von Wildtieren vorrangig Rehwild ,Füchse und Wölfe, die schon durch die Abholzungen und die Bauarbeiten vergrämt werden würden. Die Erhaltung der Landwirtschaft in dieser Region ist unverzichtbar für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, die aktuell und in den kommenden Jahren als Folge des Krieges zwischen Russland und Ukraine als sehr angespannt eingeschätzt wird. Die Windhöffigkeit in dieser Region lässt keine Aussicht auf Effektivität einer Windstromeinspeisung erwarten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3347	2. Sinnhaftigkeit der Vorgaben des Regionalplanes für Kloster Lehnin: a) Im Regionalplan wurden 28 Flächen für oberflächennahe Rohstoffgewinnung ausgewiesen plus 40 entsprechende Vorbehaltsgebiete. Da die Kartenangaben im Entwurf für Kloster Lehnin, OT Michelsdorf, den Eindruck entstehen lassen, dass die geplanten Wohnhäuser in zu enger Nähe zur Kiesgrube stehen müssten, sollte zwecks Korrektur eine nochmalige Überprüfung vor Ort stattfinden.	Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Begründung: Bereits vor der Erarbeitung des ersten Planentwurfes hat eine Vor-Ort-Begehung stattgefunden. Die Entfernungen zu den vorhandenen Wohnhäusern sowie zu den, der Planungsstelle bekannten Planungen beträgt mehr als 300m zum Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung und mehr als 500m zum Vorranggebiet Rohstoffgewinnung.
TÖB-Nr.: 6081 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3259	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
TÖB-Nr.: 6082 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3260	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6083 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3261	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6084 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3262	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6085 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3263	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6086 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3264	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6094 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 457	Sehr geehrte Frau [Name anonymisiert] , danke für die Überlassung der beigefügten Unterlagen des o.g Regionalplanes mit dem dazugehörigen Kartenmaterial. Die Entwicklung der gesamten Hauptstadtregion wird sich verstärkt auch auf unsere Regionalplanung auswirken, hierbei sehe ich besonders die Ansiedlung von Familien. Das Kaufinteresse für Gartenland, aber auch für Bauwillige ist stark gestiegen. Dies hat sogar für eine sogenannte Preisexplosion bei Grundstücken geführt. Auch wird sich dies auf die Infrastruktur und Nahversorgungseinrichtungen auswirken.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
BE-ID: 460	Hinsichtlich von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen halte ich eine konsequente Einhaltung der Maßnahmen zur Verringerung von Schäden durch Starkregenereignisse auf unsere Infrastruktur für dringend erforderlich. Anfallendes Oberflächenwasser sollte möglichst auf eigenem Grundstück zurückgehalten werden und in die kommunale Planung und Kontrollen einbezogen werden.	In Anbetracht der letzten Jahre ist davon auszugehen, dass Starkregenereignisse künftig zunehmen werden. Es ist zutreffend, dass Maßnahmen erforderlich sind, um Schäden durch Starkregeneignisse abzumildern. Maßnahmen zur Vorsorge können u.a. sein, mögliche Auswirkungen von Starkregen bereits bei der kommunalen Bauleitplanung zu berücksichtigen. Aber auch die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Schadensminderung sowie Information von Bürgerinnen und Bürger über lokale Risiken und der Vorsorge können unterstüzend wirken. Eine Umsetzung dessen erfolgt auf der kommunalen Ebene.
BE-ID: 464	Ziel des Regionalplanes sollte es u.a.sein, das unser Gebiet prägende landwirtschaftliche Profil zu erhalten und zu stabilisieren.	Der Anregung wird mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft im Entwurf des Regionalplans 3.0 bereits sinngemäß gefolgt.
BE-ID: 465	Die hier von mir schriftlich dargelegten Gedanken zum Entwurf der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland Fläming erarbeiteten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (Entwurf vom 5.Oktober 2021) sollten Berücksichtigung in der welteren Regionalplanentwicklung finden. Weiterhin wünschte ich mir stärker auf die Zukunft zu fokussieren und im Plan darzustellen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Siedlung		
BE-ID: 461	Zur territorialen Infrastruktur sollten die Zentralen Verknüpfungspunkte schrittweise ausgebaut werden um eine stabile Erreichbarkeit aller Anwohner zu gewährleisten. Die fußläufige Erreichbarkeit zwischen den Siedlungsgebieten und den Haltepunkten des ÖPNV ist dabei zu sichern, dabei ist die Schulwegsicherung besonders zu beachten!	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Eine Planänderung wird nicht angeregt. Die praktische Umsetzung obliegt den Trägern vor Ort.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz		
BE-ID: 459	Besondere Hochwasserschutzmaßnahmen habe ich aus den vorliegenden Planbeschreibungen nicht entnehmen können. In einer Beratung zu Hochwasserschutzmaßnahmen vor ca. 7 Jahre in Werder(?) wurde unser Gemeindegebiet als nicht gefährdete Flächen eingestuft, somit ergeben sich auch künftig keine größeren Baumaßnahmen gegen Hochwasser mit Auswirkung auf unsre Gemeinde.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Gemeindegebiet der Stadt Werder (Havel) werden in der Festlegungskarte des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Vorbehaltsgebiete Vorbeugender Hochwasserschutz (G.2.1.1) insbesondere im Bereich um den Großen und Kleinen Plessower See, Derwitz und Kemnitz festgelegt. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten vorbeugender Hochwasserschutz ist beabsichtigt, die mit einem Hochwasserereignis einhergehenden Gefahren und Risiken einzuschränken, indem vorbeugende Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen getroffen werden. Die Festlegung soll insbesondere die Kommunen dabei unterstützen, den Hochwasserschutz stärker in ihre Entwicklungsüberlegungen einzubeziehen, um eine weitere Erhöhung des Schadenspotenzials zu vermeiden und so zukünftige Schäden von ihnen abzuwenden. Dies bedeutet vor allem, dass Standorte für private und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		öffentliche Gebäude sowie für Infrastruktureinrichtungen so ausgewählt werden, dass sie im Hochwasserfall keinen Schaden nehmen bzw. bestehende und neue Gebäude so angepasst werden, dass sie ein Hochwasser unbeschadet tolerieren.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 458	Einen breiten Stellenwert hat die Entwicklung der Windenergieanlagen im Regionalplan eingenommen. Dies ist Begrüßungswert, da dies eine wesentlichen Bedeutung auf die Siedlungsentwicklung und deren Einflussnahme auf den menschlichen Organismus und die Verhaltensweise der Tierwelt. Die Errichtung von Windenergieanlagen ist nach Durchsicht der Unterlagen des Regionalplanes in unserem Gemeindegebiet und der angrenzenden Gemeinden fast nicht möglich und auch lt. Regionalplanung nicht vorgesehen. Die im Regionalplan genannten Mindestabstände zwischen Eignungsgebieten und Siedlungsgebieten erlaubt in unserem Gemeindegebiet keine Errichtung von Windkraftanlagen, außerdem sind in unsrem Gemeindegebiet Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Meinerseits möchte ich darauf hinweisen, dass wir vor einigen Jahren bereits einen Beschluss der Gemeindevertretung über die Ablehnung von Errichtung von Windenergieanlagen gefasst haben.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 463	Die Gewinnung von Kies und Kiessand und die Verarbeitung dieses Rohstoffs spielt in unserem Einzugsgebiet nur eine geringe Bedeutung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
nicht zuordenbar		
BE-ID: 462	Der bereits seit Jahren geplante Fußweg (entlang der Landesstraße) zwischen Brielow und Radewege Siedlung sollte von allen an der Planung und Realisierung beteiligten Institutionen in kürzester Zeit zum Abschluss gebracht werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Planung und Realisierung von Radwegen nicht Bestandteil des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 ist.
TÖB-Nr.: 6095 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3171	II. 1. Unabhängig von dem Vorstehenden gilt allgemein zu Ihrem Entwurf Folgendes: Der Entwurf des Regionalplans bedarf aufgrund sich dramatisch geänderter tatsächlicher und rechtlicher Situation einer vollständigen Überarbeitung und Neuaufstellung. Neben der klimatischen Entwicklung hat der Ukraine-Krieg zu einer neuen Betrachtung geführt. Diese dramatische Änderung, auch als „Zeitenwende" bezeichnet, konnte und hat in Ihrem Entwurf des Regionalplans keinerlei Berücksichtigung gefunden. Die Nutzung der erneuerbaren Energien liegen nunmehr im überragenden öffentlichen Interesse und haben daher Vorrang vor anderen Interessen. Der Vorrang gilt insbesondere auch für die von Ihnen beabsichtigte Einordnung als Vorranggebiete Landwirtschaft. Das von Ihnen als Grundlage genommene Klimaschutzprogramm 2030 gilt nicht mehr. Insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien soll erheblich erweitert und beschleunigt werden.	Die Regionale Planungsgemeinschaft hat auf die geänderte Rechtslage reagiert und am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 in einem gesonderten Verfahren aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Plan ist bereits rechtskräftig. Somit wurde der Anregung bereits gefolgt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 3165	Sehr geehrte Damen und Herren, als Eigentümer und Bewirtschafter der landwirtschaftlichen Flächen des „Solarparks Haseloff-Südost" und des Solarparks „Niemegk-Ost" möchte ich zu dem Entwurf der Regionalplanung Havelland-Fläming 3.0/Landwirtschaft wie folgt Stellung nehmen: Mit Schreiben vom 02.12.2021 teilen Sie mit, dass sich die benannten Flächen des Solarparks zu großen Teilen mit der	Die Bebauungspläne "PV Haseloff Südost-Haseloff" und "PV Niemegk Ost-Haseloff" der betreffenden Solarparks befinden sich im Verfahren. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in den jeweiligen Beteiligungsverfahren

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	beabsichtigten Einordnung als Vorranggebiete für Landwirtschaft überlagern. Ausdrücklich widerspreche ich hiermit der Einordnung meiner landwirtschaftlichen vorbezeichneten Flächen als Vorranggebiete für landwirtschaftliche Bodennutzung.	Stellungnahmen (zuletzt mit Az. 6jf_9994_xh vom 28.11.2023 und Az. 6jl_10069_xh vom 13.02.2024) abgegeben. In beiden Fällen lagen Überschneidungen der Geltungsbereiche mit Vorranggebieten Landwirtschaft vor, formal bezogen auf die Vorrangflächen des Ersten Regionalplanentwurfs. Das Planungskonzept zu Vorranggebieten Landwirtschaft wurde im Zweiten Regionalplanentwurf geändert. Auch die bereits eingeleiteten kommunalen Planungen wurden berücksichtigt. Beide Plangebiete sind nicht mehr von der Festlegung betroffen.
BE-ID: 3166	Meinen Widerspruch begründe ich wie folgt: I. In den zurückliegenden 5 Jahren hatte ich auf wesentlichen Teilen der hier in Rede stehenden Ackerflächen (ca. 35 ha) 2 x Ernte-Totalausfälle. Diese Totalausfälle waren auf jeweilige Frühjahrs- und Sommerdürre zurückzuführen. Die Getreidepflanzen verdorrten, so dass schließlich nur noch hitzeresistente Kornblumen übrigblieben. Allein schon diese beiden Ereignisse zeigen, dass Ihre beabsichtigte Einordnung meiner Flächen als Vorranggebiete für Landwirtschaft falsch sein muss.	Kenntnisnahme. Siehe dazu BE ID 3165.
BE-ID: 3172	2. Schlussbemerkung Meine hier in Rede stehenden Ackerflächen sollen auch weiterhin neben der beabsichtigten Solarnutzung im Wege extensiver Landwirtschaft (Schafsbeweidung, Heuproduktion ...) bewirtschaftet werden. Für derartig schlechte Böden stellt dies meiner Meinung nach eine optimale Ausnutzung dar. Ganz unabhängig davon haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich eine Einschränkung der zukünftigen Nutzung meiner Ackerflächen (z.B. Aufforstung, Grünland) durch die willkürliche Einordnung in ein Vorranggebiet für Landwirtschaft nicht akzeptieren werde. Ich bitte Sie daher meine Flächen in Ihrem nächsten Entwurf aus der beabsichtigten Einordnung als Vorranggebiet Landwirtschaft herauszunehmen und mich über den Fortgang auf dem laufenden zu halten.	Der geplanten Flächennutzung für die Errichtung von Solarparks stehen keine regionalplanerischen Belange mehr entgegen. Siehe dazu BE ID 3165, 3168 und 3169.
BE-ID: 3173	Anlage: Fachtechnische Stellungnahme zur Ertragsfähigkeit der Böden und Aussagen zur Eignung als Vorranggebiet für die Landwirtschaft vom 16.05.2022, Prof. Dr. [Name anonymisiert]	Die Anlage wird zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 a) Planungsanlass und -absicht		
BE-ID: 3167	1. Fehlende Ertragssicherheit / Klimarobustheit: Sie beabsichtigen ertragreiche sowie klimarobuste Böden, die auch unter den sich verändernden klimatischen Bedingungen in besonderer Weise für landwirtschaftliche Produktion geeignet sind, künftig vor anderer Inanspruchnahme zu schützen. Diesen Vorranggebieten werden zwei Indikatoren zugrunde gelegt, und zwar zum einen die Ertragsfähigkeit und zum anderen die Ertragssicherheit. Die Ertragssicherheit wird entsprechend Ihrer Definition durch eine höhere Resilienz gegenüber der Austrocknung der Böden ausgedrückt. Sie bezeichnen die Ertragssicherheit in diesem Zusammenhang auch als Klimarobustheit. Als klimarobust definieren Sie Flächen, die eine geringe bis mittlere Sensitivität gegenüber Trockenheit aufweist, d. h. diese Flächen müssen ein mittleres bzw. hohes Bodenwasserspeichervermögen und einen geringen bis mittleren Grundwasserflurabstand haben. Sie führen in Ihrer Begründung hierzu richtig aus, dass der potenzielle Zugang der Kulturpflanzen zum Grundwasser als entscheidendes Kriterium für die Bewertung als klimarobust gilt. Bei einem Grundwasserflurabstand von mehr als 80 cm ist das Pflanzenwurzelwerk zur ertragswirksamen Aufnahme und Mobilisierung von Wasser- und Nährstoffen nicht mehr in der Lage. Vorliegend beträgt der Grundwasserflurabstand nicht nur mehr als 80 cm sondern sage und schreibe 10 m bis 15 m und mehr. Es handelt sich also um grundwasserfreie Böden ohne Wasserspeicherungsvermögen. Kein Wurzelwerk von Kulturpflanzen im Ackerbau ist in der Lage, aus	Hinsichtlich der Klimarobustheit von Ackerböden wurde eine Änderung des Planungskonzepts vorgenommen. Die im Ersten Regionalplanentwurf übernommene Bewertung aus dem Projekt INKA BB wird nicht mehr angewandt. Stattdessen wird die ursprüngliche Bewertung der Bodenwasserverhältnisse des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe übernommen. Dadurch werden die Ackerflächen der geplanten Solarparks nicht mehr als klimarobust eingestuft. Die gegenständlichen Flächen werden im Zweiten Regionalplanentwurf nicht mehr als Vorranggebiete Landwirtschaft dargestellt. Siehe dazu auch BE ID 3165.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	einer Tiefe von 10 m und mehr Wasser aufzunehmen und somit längere Trockenheitsphasen zu überleben. Diese Tatsache wurde von Ihnen in keiner Weise berücksichtigt und steht der beabsichtigten Einordnung meiner Ackerflächen als klimarobust diametral entgegen, so dass allein schon daher eine Einordnung als Vorranggebiet für Landwirtschaft ausgeschlossen ist.	
BE-ID: 3168	2. fehlende Ertragsfähigkeit: Die Ertragsfähigkeit definieren Sie mit der Ackerzahl (AZ). Ausgegangen waren Sie zunächst von einem Schwellenwert für die Bestimmung der Ertragsfähigkeit von 30 AZ. Unter diesen Bedingungen wären meine Ackerflächen im Wesentlichen bereits aus der beabsichtigten Klassifizierung herausgefallen. Danach haben Sie die Ertragsfähigkeit auf 28 AZ und schließlich auf 24 AZ gesenkt. Diese Handhabung ist willkürlich und für keine objektivierbare Begründung nachvollziehbar. Wie auch meine übrigen Flächen - ca. 500 ha - werden die in Rede stehenden Ackerflächen im Wege des Ökolandbaus bewirtschaftet (ohne Dünger/Spritzmittel). Gerade diese Bewirtschaftung deckt besonders deutlich den Unterschied zwischen schlechter und guter Bodenqualität auf. Die oben beschriebenen Ernteausfälle hatte ich in der Form auf meinen anderen Flächen (Bergholz/Lobbese) nicht.	Eine sachliche und nachvollziehbare Begründung für die Bewertung der Ertragsfähigkeit mit einer maßgeblichen Ackerzahl von 24 wurde im Ersten Regionalplanentwurf nicht dargelegt. Der vorgebrachten Einwendung wird daher gefolgt. Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen auf der Grundlage von Landbaugebieten vor. Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen.
BE-ID: 3169	3. Bodenart: Unabhängig von der willkürlichen Festlegung des Schwellenwertes von 24 AZ für ertragreiche Flächen ist vorliegend die besondere Bodenart meiner Ackerflächen nicht berücksichtigt worden. Ich bezweifle daher ausdrücklich, dass die von Ihnen zugrunde gelegte Ackerzahl der Realität vor Ort entspricht. Denn gar nicht berücksichtigt wurde die besondere Bodenart vor Ort, die sich im Wesentlichen aus Sand bzw. schwachlehmigen Sand zusammensetzt. Zusätzlich dazu weisen große Teile der Flächen in ungewöhnlich hohem Maße Gesteins- bzw. Geröllvorkommen auf, die zum einen eine zusätzliche Aufheizung des Bodens bei Sonnenbestrahlung bewirken und zum anderen eine nächtliche Auskühlung verhindern. Landläufig wird ein wesentlicher Teil der hier in Rede stehenden Flächen als „Kiesgrube" bezeichnet. Aufgrund der vorstehenden Ausführungen steht fest, dass die von Ihnen beabsichtigte Klassifizierung meiner Flächen als „ertragsfähig" und „ertragssicher" falsch ist. Würde zugelassen, dass derartige grundwasserfreie Sandböden mit niedriger Ackerzahl zu „Vorranggebieten Landwirtschaft" erklärt werden könnten, wäre der Willkür Tür und Tor geöffnet. Es würde zum einen die freie Entscheidung des Landwirts solch schlechte Böden anderweitig zu nutzen (z.B. Aufforstung) unzulässig eingeschränkt. Zum anderen könnte dann jede Ackerfläche, sei es noch so schlechter Boden, zur Verhinderung insbesondere von Solarnutzung zu gutem Boden und damit zur besonders bedeutsamen landwirtschaftlichen Fläche erklärt werden. Eine derartige Berechtigung wäre sicherlich nicht gerichtsfest.	Die der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft zugrunde gelegten Ackerzahlen sind den Bodenschätzungsdaten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) entnommen. Für die Geltungsbereiche der Bebauungspläne der Solarparks liegen amtliche Ackerzahlen von weitgehend deutlich über 24 vor. siehe dazu auch BE ID 3168. Hinsichtlich der Klimarobustheit von Ackerböden wurde eine Änderung des Planungskonzepts vorgenommen. Die im Ersten Regionalplanentwurf übernommene Bewertung aus dem Projekt INKA BB wird nicht mehr angewandt. Stattdessen wird die ursprüngliche Bewertung der Bodenwasserverhältnisse des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe übernommen. Dadurch werden die Ackerflächen der geplanten Solarparks nicht mehr als klimarobust eingestuft. Die gegenständlichen Flächen werden im Zweiten Regionalplanentwurf nicht mehr als Vorranggebiete Landwirtschaft dargestellt. Siehe dazu auch BE ID 3165.
BE-ID: 3170	4. gutachterliche Stellungnahme Prof. Dr. [Name anonymisiert]: Da ich mir nicht vorstellen konnte, dass meine Ackerflächen auch nur in Ansätzen Ihre Kriterien der Klimarobustheit und Ertragssicherheit erfüllen, haben die am Solarprojekt beteiligten Unternehmen beschlossen eine sachverständige Stellungnahme in Auftrag zu geben. Beauftragt wurde das Ingenieurbüro für Angewandte Geologie und Geotechnik BOG VBI, Prof. Dr. [Name anonymisiert]. Der Bericht liegt seit dem 16.05.2022 vor und wird als Anlage in Kopie beigefügt. Danach werden meine oben aufgeführten Begründungen in vollem Umfang bestätigt. Dies betrifft insbesondere auch die Bodenqualität und Grundwasserferne von über 10m. Ich zitiere die unmissverständliche und eindeutige Zusammenfassung auf Seite 8 unten der gutachterlichen Stellungnahme wie folgt: „In Summe der Faktoren potenzielle Ertragsfähigkeit und Ertragssicherheit ist somit für die	Siehe dazu BE ID 3165, 3168 und 3169.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	projektierte Fläche ein Anspruch als Vorranggebiet für die Landwirtschaft fachlich nicht abzuleiten."	
TÖB-Nr.: 6096 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3265	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6097 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3266	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6098 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3267	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6099 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3268	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6100 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 482	Gegen den vorliegenden Entwurf des Regionalplanes 3.0 wende ich Folgendes ein: 1.) Im Entwurf des Regionalplanes wird vorgesehen, dass Wald zerstört werden soll für Windeignungsgebiete und Gewerbegebiete. Der Wald wird damit in den nächsten Jahren Schritt für Schritt industrialisiert gemäß Entwurf. Das ist nicht zu akzeptieren, denn der Wald hat existenzielle Bedeutung für die Menschen und die Tiere. Er ist zudem der allerbeste Klimaschützer und kann nicht mit Windrädern großflächig ersetzt werden für den Klimaschutz - das ist nicht logisch. Die Medien weisen uns täglich auf die Bedeutung des Waldes hin und auf seinen bereits erbärmlichen Zustand. Der notwendige Umbau des Waldes wird täglich betont, ohne dass ausreichend dafür getan wird. Seine naturgemäße ökologische Bedeutung umfasst wichtige A ufgaben, die er nicht gesichert wahrnehmen kann: Er ist für unsere Sauerstoff- und Trinkwasserversorgung unverzichtbar. Er bindet Feinstaub aus der Luft. Er liefert uns Baumaterial und Waldfrüchte. Er bietet den Einheimischen und den Touristen Erholung und Entspannung. Den Wildtieren bietet der Wald Nahrungshabitate und Rückzugsmöglichkeiten. Da sich Deutschland international zum Artenschutz und zum Ausbau der Biodiversität verpflichtet hat, muss es auch ohne Abstriche für den Schutz des Waldes sorgen. Es muss immer das ökologische Gleichgewicht gewahrt werden - auch für den Schutz des Klimas. Es darf deshalb kein Wald geopfert werden und auch nicht für Industrieanlagen, wie Windkraftanlagen, deren Beitrag zur Recluzierung der Erderwärmung bisher nie abgewogen und nie quantifiziert wurde!	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die benannten Belange werden in der Abwägung im Einzelfall berücksichtigt. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Inanspruchnahme von Wald im Ergebnis der Abwägung gerechtfertigt sein kann. Die pauschale Annahme, eine solche Inanspruchnahme wäre allgemein mit den Biodiversitäts- und Klimaschutzzielen unvereinbar, ist nicht ausreichend begründet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 484	In Folge der großflächigen Versiegelung des Wald-und Ackerbodens in Verbindung mit Windenergieanlagen würde die Wasserversorgung der Region negativ beeinflusst werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 487	Die Abnahme des Windaufkommens hat in den letzten Jahren nur eine monatliche Einspeisung von 15 - 20 % der installierten Leistung gebracht. Es ist nicht zu enwarten, dass mit so geringer und zeitlich unkalkulierbarer Einspeisung von Windstrom bei alleiniger Abhängigkeit von Wind und Sonne eine Versorgung der Industrie, des Verkehrs und der Haushalte gesichert werden kann.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 488	Die geplanten Speichermöglichkeiten von Windstrom sind bisher nicht vorhanden. Damit ist der Ausbau der Windkraft ohnehin nicht effektiv und würde unser Land weiter verarmen lassen und hätte keinen Nutzen für den Klimaschutz.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 30 Rädel		
BE-ID: 483	2.)meine Einwendung zum Windeignungsgebiet Nr. 30 in Kloster Lehnin, OT Rädel Mit diesem Entwurf wird geplant, in Rädel wertvolles Ackerland, das für die kommende Versorgung der Bevölkerung unverzichtbar ist, unbrauchbar für die Bewirtschaftung zu machen, indem es mit Windrädern bebaut werden soll. Dabei soll wertvoller, fast noch geschlossener Wald, vernichtet werden unbeachtet der vorhandenen Wildtiere inklusiv geschützter Großvögel (Wiesenweihe, Rotmilane, Kraniche, Großtrappen, Kiebitze, Wildgänse).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 485	Die Dorfbewohner und die zahlreichen Touristen des Naturdorfes Rädel werden schutzlos den Lärmemissionen, dem unhörbaren Infra- und Körperschall ausgesetzt sowie dem gefährlichen wetterbedingten Abrieb von Mikrofaserpartikeln der Rotorblätter, der auch krebsauslösende Carbonfasern enthält.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 486	Durch den Ausbau der Dorfstraße für ihre Eignung für Schwerlasttransporte (Bauteile und Stahlbeton der Windräder) würden der alte Häuserbestand und besonders die Dorfkirche stark beschädigt werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
TÖB-Nr.: 6101 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3269	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6102 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3270	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6114 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3271	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6115 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3272	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6116 /		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3273	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6117 / Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3274	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6120 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 15 Lindower Heide		
BE-ID: 3194	zu IV.2.3. Oberflächennahe Rohstoffe In Folge der Anwendung der genannten Auswahlkriterien für Vorranggebiete Rohstoffgewinnung wird in der Tabelle 19 Kriterienanwendung, Seite 80 ff unter der laufenden Nr.19 für das Gebiet Lindower Heide die Übernahme in den Regionalplan vorgeschlagen. Die Übernahme dieses Gebietes in den Regionalplan ist abzulehnen, weil innerhalb des als Lindower Heide ausgewiesenen Gebietes eine Fläche von ca. 5 ha massiv durch illegal vergrabenen Abfall in einer ehemaligen Kiesgrube konterminiert ist (Gemarkung Malterhausen, Flur 007, Flurstücke 16, 17, 75). Der Sachverhalt ist im Rahmen eines Gerichtsverfahrens am Landgericht Potsdam aktenkundig. Die Abfallmenge wird auf 330.000 Tonnen geschätzt, das Verfahren wurde 2020 ohne Urteil beendet, es wird derzeit von einer Grundwassergefährdung ausgegangen, im Jahre 2020 wurden weitere Grundwassermessstellen zwecks Monitoring eingerichtet. Siehe auch unter https://muellrausch.de/2020/11/30/lindower-heide-strafprozess-endet-ohne-urteil-nach-fast-vier-jahren/#more-3392. Die Konterminierte Fläche liegt inmitten der als Vorranggebiet Lindower Heide vorgesehenen Fläche. Bevor nicht die Beräumung des illegal eingebrachten Abfalls durchgeführt worden ist oder amtlicherseits festgestellt wurde, dass von dem Abfall keine Grundwassergefährdung ausgeht und er an Ort und Stelle verbleiben darf, kann der Sachverhalt der massiven Kontaminierung auf der Ebene Regionalplan nicht ignoriert werden. Selbst wenn die planerische Feststellung als Vorranggebiet nicht gleichzusetzen ist mit einer erst in der Folge zu erlangenden Betriebsgenehmigung, so würde hier eine falsche Weichenstellung erfolgen, die mögliche Folgeschritte beeinflussen und das Schadensbild verdecken könnte.	Der Sachverhalt der Deponieverfüllung ist der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming bekannt. Dieser Bereich ist nicht als Vorranggebiet festgelegt. Der fachlichen Bewertung des LBGR zur übrigen Fläche stehen keine Raumnutzungskonkurrenzen entgegen, weshalb dem Vorschlag des LBGR zur Festlegung als Vorranggebiet gefolgt werden muss.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 Planungskonzept		
BE-ID: 3193	zu IV.2.2. Windenergienutzung Die Definition der harten und weichen Tabukriterien für den Mindestabstand zwischen Wohngebieten und Windkraftanlagen entspricht nicht dem Brandenburgischen Windenergieanlagenabstandsgesetz wie vom Landtag am 18.05.2022 beschlossen und muss dem Gesetz angepasst werden. Der Textteil des Regionalplans 3.0 beschreibt harte Tabukriterien wie folgt: "Gebiete, in denen die Errichtung von Windenergieanlagen aus sachlichen und/oder rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist (harte Tabuzonen)." Mit o.g. Gesetz ist die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb von 1.000 Metern zur Wohnbebauung aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen. Die im Gesetz vorgesehenen Ausnahmeregelungen liegen nicht auf der Ebene der Regionalplanung, sondern sind den Bauleitplänen der betroffenen Städte und Gemeinden vorbehalten. Die sich aus der jetzt gesetzlich festgelegten räumlichen Erweiterung der harten Tabukriterien ergebenden Änderungen für die im Textteil und auf der Festlegungskarte dargestellten Windeignungsgebiete, sind in die Planung einzuarbeiten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Stellungnehmer(in): 6128 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3275	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6130 /		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3276	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6134 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3277	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6135 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3278	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6139 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3279	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
TÖB-Nr.: 6140 / B90/Die Grünen Kreisverband Brandenburg an der Havel		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 3454	Mit diesem Schreiben teilen wir Ihnen im Rahmen der öffentlichen Auslegung unsere Einwendungen zu den im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vorgestellten Plänen für einen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne" mit. Aus Sicht der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Brandenburger SW gibt es schwerwiegende Einwände gegen die Entwicklung eines 400 ha großen Industrievorsorgestandortes an der A2. Grundsätzlich finden wir den Wunsch nach einer Stärkung des Wirtschaftsstandorts Brandenburg richtig. Im konkreten Fall sehen wir jedoch Defizite in der Planung und in der vorläufigen Abwägung. 1. Ein erhebliches Problem ist der zu erwartende Wasserverbrauch von Industrieansiedlungen an dieser Stelle. Aus der Verwaltung hat die zuständige Wasserbehörde bereits mitgeteilt, dass die Ansiedlung dieses gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts mit Blick auf den Wasserhaushalt abzulehnen ist. Unsere Region hat ohnehin mit sinkenden Grundwasserständen zu kämpfen. Ein ausreichendes Wasserdargebot an diesem Standort ist langfristig nicht gesichert. Der Wasserverbrauch ist schon durch die landwirtschaftlichen Betriebe sehr hoch - insbesondere im Spargel- und Beerenanbau. Mit einem weiteren großen Industriestandort am Rande unserer Stadt befürchten wir	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. An der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird – in veränderter, verkleinerter Abgrenzung - festgehalten. Zur Begründung wird auf die BE 3404 und 3406 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Zustände wie im Umfeld des Tesla-Werks. Wo die Menschen bisher durchschnittlich 175 Liter Wasser am Tag verbrauchten, wird nun eine Rationierung auf rund 100 Liter in Aussicht gestellt. Dieses Szenario ist auch für unsere Stadt denkbar. Eine solche Knappheit und die Rationierung von Wasser für Privathaushalte können wir nicht akzeptieren.	
BE-ID: 3455	2. Es kommt hinzu, dass die vorgesehene Fläche heute auf 400 Hektar Wald mit einem Bestand von mehr als 500.000 Bäumen beherbergt. Keinesfalls nur Kiefernforst, wie mitunter behauptet wird. Der ökologische Waldumbau hin zu Mischwald hat sichtbar bereits begonnen. Hier hat auch die Untere Naturschutzbehörde bereits Bedenken angemeldet. Die Schutzfunktion, die Wälder für unser Klima, unseren Wasserhaushalt und den Bodenschutz ausüben, dürfte den Wert einer Industrieansiedlung für die Region weit übertreffen. Ersatzpflanzungen müssen über Jahrzehnte mit großem finanziellem Aufwand umgesetzt werden, bis der Verlust eines Waldgebiets ökologisch annähernd ausgeglichen werden kann. Das akzeptieren wir nicht, denn Klimaschutz ist jetzt notwendig. In 50 Jahren ist es zu spät. Die Waldflächen im Gebiet Brandenburg-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne liegen zudem in unmittelbarer Nähe zu Naturschutzgebieten, die Lebensraum für bedrohte Tierarten sind. Wir sind der Auffassung, dass der vorgelegte Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 diesen Faktoren einen zu geringen Wert beimisst. Die aus der Sachverhaltsermittlung resultierende Empfehlung für die Festlegung des Industriegebiets halten wir daher für nicht haltbar.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. An der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird – in veränderter, verkleinerter Abgrenzung - festgehalten. Die Entscheidung, das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne zu verkleinern, erfolgt unter Berücksichtigung von Belangen des Artenschutzes sowie der Struktur und der Funktionen des Waldes. Zur Erklärung wird auf Abschnitt III der geänderten zweckdienlichen Unterlage Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen. (siehe dazu auch BE 2016) Hinsichtlich der Bedenken in Bezug auf die Schutzfunktion, die Wälder für unser Klima und unseren Wasserhaushalt haben, wird auf die BE 3401 und 3406 verwiesen. Zur Annahme, die Festlegung des GIV Paterdamm/Krahne hätte nachteilige Auswirkungen auf in der unmittelbaren Nähe befindliche Naturschutzgebiete wird auf die BE 2254 und 2019 verwiesen.
BE-ID: 3456	3. Darüber hinaus ist die Verkehrsanbindung des geplanten Industriegebiets problematisch. Zwar liegt die Planungsfläche in unmittelbarer Nähe zu einer Autobahn und einer Bundesstraße. Gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte müssen aber grundsätzlich über eine weitere Anbindung als den Autoverkehr verfügen. Hier wird in der Planung auf einen nahen Streckenabschnitt der ehemaligen Brandenburgischen Städtebahn verwiesen. Diese Bahnstrecke ist jedoch außer Betrieb und bereits seit 2021 entwidmet. Eine Wiederbelebung dieser Bahnanbindung wäre mit erheblichem Aufwand verbunden. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass der Stadt Brandenburg für die Erschließung dieses Industriegebiets Kosten entstehen werden, die mit dem Nutzen in keinem Verhältnis stehen.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. An der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird festgehalten. Zur Bewertung des Sachverhalts, dass der Abschnitt der ehemaligen Brandenburgischen Städtebahn von Bahnbetriebszwecken freigestellt wurde, wird auf die BE 2651, 3408, 126 und 3409 verwiesen.
BE-ID: 3457	4. Die Stadt Brandenburg an der Havel nimmt im Land Brandenburg beim Flächenverbrauch eine Spitzenposition ein. Seit 2003 stieg der Verbrauch an Siedlungsfläche in unserer Stadt um 917 Hektar bzw. 21 % an. Der Durchschnitt im ganzen Land beträgt zum Vergleich 13,5% (Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg). Weiterer Flächenverbrauch mit der einhergehenden Versieglung sollte aus ökologischen Gründen und Gründen des Klimaschutzes unterbleiben. Bereits 2002 hat die Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel vorgegeben, den täglichen Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar zu reduzieren. Im Rahmen der Fortschreibung 2016 wurde zudem das Ziel formuliert, den Zuwachs bis zum Jahr 2030 auf weniger als 30 ha zu begrenzen, weil Fläche eine bedeutsame begrenzte natürliche Ressource darstellt. Die Ausweisung dieses gewerblich-industriellen Standortes widerspricht diesen Zielen, zumal die Stadt Brandenburg über andere nicht belegte Gewerbe- und Industriestandorte verfügt.	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. An der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird festgehalten. Das allgemeine Flächenziel steht der Festlegung nicht entgegen. Der Bedarf für die raumordnerische Sicherung geeigneter gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte (GIV) ist durch das Ziel 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) festgestellt. Der Sachverhalt, dass der Flächenverbrauch der Stadt Brandenburg an der Havel höher ist als der Landesdurchschnitt, ist aufgrund der Funktionen der Stadt als Oberzentrum und Regionaler Wachstumskern erwartbar und berechtigt. Das nach Ansicht des Einwenders im Stadtgebiet noch

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		nicht belegte Gewerbe- und Industriestandorte verfügbar sind, stellt keinen Widerspruch zur Festlegung des GIV Paterdamm/Krahne dar. Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte dienen im Gegensatz zu Gewerbeflächen für den kurz- und mittelfristigen Bedarf der langfristigen Flächenvorsorge für Ansiedlungen von besonderer Bedeutung. Zu den „Gründen des Klimaschutzes“ wird auf BE 3391 verwiesen.
BE-ID: 3458	5. Die weitere Flächenversiegelung, die Abholzung des Waldes sowie die Umgestaltung der Topographie leisten einen regional bedeutsamen Beitrag zur Verschärfung des Klimawandels und widersprechen der Schutz- und Fürsorgepflicht des Staates gegenüber nachfolgenden Generationen im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 zum Klimaschutzgesetz. Insbesondere kann der Biotopverlust nicht zeitnah ausgeglichen werden. Ein mittel- oder gar langfristiger Ausgleich ist heute aus Gründen des rasant fortschreitenden Klimawandels nicht mehr zulässig.	Die Bedenken führen nicht zu der Entscheidung, auf die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne zu verzichten. Zur Begründung wird auf BE 1136 und 3391 verwiesen.
BE-ID: 3459	Aus diesen Gründen ist unseres Erachtens der sogenannte GIV aus dem Entwurf des Regionalplanes zu streichen. Wir bitten darum, uns über deren weiteren Verlauf zu informieren.	An der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne wird festgehalten. Zur Begründung wird auf die BE 3454 bis 3458 verwiesen.
Stellungnehmer(in): 6141 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3280	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6142 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3281	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6143 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3282	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6144 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3283	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6145 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3284	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6151 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3285	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6167 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3286	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6168 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3287	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6169 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3288	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6170 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3289	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6171 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3290	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6173 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 3360	Hiermit erhebe ich Einspruch gegen den oben genannten Flächennutzungsplan: Regionalplanungen Havelland-Fläming 3.0 > Festlegung eines gewerblich-industriellen Vorsorgestandortes „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne". Begründungen: Ich sehe durch diese Planung mein Grundrecht auf Leben und Gesundheit (Artikel 2, Abs. 2, GG) und mein Eigentumsrecht (Artikel 14, Abs. 1, GG) beeinträchtigt.	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Warum die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne" die benannten Grundrechte des Einwenders unzulässig verletzen sollte, ist nicht ohne Weiteres verständlich

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		und wird durch den Einwender nicht konkret benannt.
BE-ID: 3361	Als Eigentümerin 2er Waldgrundstücke in den beplanten Gebiet bin ich strickt gegen die Umnutzung meines Eigentums. Ich bin weder bereit, noch willens, mein Eigentum für ein Großindustriestandort zur Verfügung zu stellen. Ich möchte bereits jetzt darauf hinweisen, dass ich den Rechtsweg beschreiten werde und mich jeglichen Formen einer Grundstücksübernahme widersetzen werde.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne hat nicht die Wirkung, dass der Einwender seine Grundstücke zur Verfügung stellen muss.
BE-ID: 3362	Dieser Wald genießt durch seine Funktionen eine hohe Schutzwürdigkeit. Ihnen ist sicher bekannt, dass er Sauerstoff produziert, Kohlendioxid bindet, die Luftqualitätswerte verbessert, die Grundwasserbildung fördert, Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere ist, vor Erosion schützt, Erholungsraum ist, Rohstoffe liefert und der lokalen Hitzeentwicklung entgegen wirkt.	Die Hinweise zu Funktionen des Waldes werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf die BE 1412, 1135, 1136, 2016 und 3391 sowie auf die Abschnitte II.3.1 und III der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen.
BE-ID: 3363	Ebenso ist Ihnen bekannt, dass mögliche Ausgleichsflächen rar sind und erst mit neuen Bäumen bepflanzt werden müssten, bevor ein neuer Wald obige Funktionen übernehmen könnte. Aber davon abgesehen existieren derartige Flächen nicht in Brandenburgs Nähe.	Die Hinweise bezüglich der Aufforstung werden zur Kenntnis genommen. Mit den Festlegungen im Regionalplan 3.0 kann auf die Durchführung und Wirksamkeit von Aufforstungsmaßnamen kein Einfluss genommen werden. Die Entscheidung über die Zulässigkeit von Waldinanspruchnahmen und die Regelung des Ausgleichs nach § 8 Absatz 3 LWaldG sowie über die Erstaufforstung (§ 9 LWaldG) bedarf einer Einzelfallbewertung, welche durch die zuständige Forstbehörde vorzunehmen ist. Die pauschale Annahme, dass geeignete Aufforstungsflächen im Umfeld des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne nicht vorhanden sind, kann auf Grundlage der „Ermittlung von Potenzialflächen für Erstaufforstungsmaßnahmen zur Kompensation von Waldumwandlung als Folge der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ vom Oktober 2024 nicht bestätigt werden.
BE-ID: 3366	Es ist fahrlässig, einen Wald der die Grundwasserbildung sichert, gegen einen Großindustriestandort einzutauschen, wissentlich, dass vergleichbare Standorte nachweislich einen immensen Wasserverbrauch haben. Die Einschränkungen der Bürger durch eine Reglementierung des Trink- und Grundwasserverbrauchs ist damit vorhersehbar. Wenn man davon ausgeht, dass Grundwasser produzierender Wald abgeholzt wird, die Fläche versiegelt, sowie ein Unternehmen mit hohem Wasserbedarf angesiedelt wird, so stellt sich hier ein offensichtliches Ungleichgewicht zu Lasten des Grundwasserspiegels dar. Zum Vergleich hat Tesla 1,4 Millionen Kubikmeter Trinkwasser genehmigt bekommen, dies entspricht dem Bedarf von 40.000 Einwohnern. Das geplante Gebiet des GIV ist mehr als 4 mal größer. Dies entspricht dem Bedarf von über 160.000 Einwohnern. Das würde am Beispiel der Stadt Brandenburg eine Verdreifachung des heutigen Wasserverbrauchs der Stadt bedeuten. Dieses Wasser wird aus dem Grundwasser entnommen. Bereits bei einer ähnlichen Entnahmemenge, wie bei Tesla in Grünheide, wird die Veränderung des Grundwasserspiegels meßbar sein. Ein zu erwartendes Absinken des Grundwasserspiegels lässt Schäden an der umliegenden Infrastruktur und Risse an den Gebäuden der umliegenden Ortschaften erwarten. Auch	Die Besorgnisse werden zur Kenntnis genommen. Die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts bewirkt eine raumordnerische Standortsicherung und hat nicht die vom Einwender befürchteten Auswirkungen. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die Wasserversorgung werden durch die wasserrechtlichen Vorschriften, die im Rahmen der konkreten Vorhabensprüfung und -zulassung zu beachten sind, ausgeschlossen. Die vom Einwender wahrgenommenen Verhältnisse am Standort Grünheide können zudem nicht beliebig auf andere Standorte übertragen werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft hat keine Sachverhalte ermitteln können, die einen ausreichenden Anhaltspunkt dafür darstellen, dass die für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung am Standort

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	dies betrifft mich persönlich und stellt einen erheblichen Eingriff in mein Eigentumsrecht dar. Eine weitere Folge eines absinkenden Grundwasserspiegels stellt die zu erwartende Desertifikation der landwirtschaftlichen Flächen dar. Hier durch können meine Wiesen und Ackerflächen unbrauchbar werden. Dies stellt nicht nur einen persönlichen Schaden für mich, sondern auch für die Gemeinschaft dar.	Paterdamm/Krahne erforderliche Wassermenge nicht zur Verfügung gestellt werden könnte. Die Annahme, es sei die Ansiedlung eines 400 Hektar großen Betriebs beabsichtigt, der die vierfache Wassermenge des Tesla-Werks Grünheide benötigt, ist unberechtigt. Es wird weiter auf BE 3406 verwiesen.
BE-ID: 3367	Betrachtet man die gesamte geplante Fläche so sind hier Höhenunterschiede von mehr als 20 m aus den Plänen abzuleiten. Industriehallen und ähnliche Bauwerke gründen in der Regel auf ebenen Flächen. Um diese herzustellen, wäre ein unfassbarer Aufwand notwendig. Auch dies birgt wieder enorme Kosten und Eingriffe in das bisherige Gelände und die vorhandene Bodenstruktur.	Die Besorgnisse hinsichtlich der Geländehöhenunterschiede am gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne" sind nicht ausreichend begründet. Es handelt sich um ein flach ansteigendes bzw. abfallendes Gelände mit einem Gefälle von etwa einem Prozent. Eine teilweise Ebnung der Geländeoberfläche ist voraussichtlich erforderlich. Es wird auf Abschnitt II.6.4 der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ verwiesen.
BE-ID: 3368	Die A2 teilt die Fläche in 2 Teile. Eine Verbindung der Flächen für die Andienung mit Lieferfahrzeugen kann also derzeit nur über die Bundesstraße (umständlich) oder die (vom Lichtraum her eingeschränkte) A2-Brücke erfolgen. Ggf. kann eine Überbrückung über die A2 erfolgen, was enorme Kosten produzieren wird und die Sichtbarkeit noch weiter erhöhen wird. Dies bedeutet eine starke Einschränkung der Nutzbarkeit als zusammenhängende Fläche und ist ein Ausschlusskriterium.	Die Bedenken sind unbegründet. Der Sachverhalt, dass für den Standort möglicherweise eine nördliche und eine südliche Zufahrt zu realisieren wären, stellt keine starke Einschränkung der Nutzbarkeit der Fläche dar. Gegebenenfalls ist auch eine Lichtraumaufweitung der benannten Durchfahrt möglich.
BE-ID: 3369	Ebenso die Andienung und Erreichbarkeit durch die Brandenburger kann derzeit nur über die Bundesstraße erfolgen. Eine innerörtliche Andienung müsste über Göttin erfolgen und stellt eine weitere Beeinträchtigung meiner Ruhe und der Unversehrtheit meines Eigentums dar. Es ist mit einer deutlichen Erhöhung des Andienungs- und Lieferverkehrs zu rechnen. Dies erhöht Lärmemissionen und lässt Schäden an den Häusern erwarten.	Die Bedenken sind unbegründet. Die Annahme, „eine innerörtliche Andienung müsste über Göttin erfolgen“ ist unzutreffend. Eine Begründung für diese Annahme wird vom Einwender nicht mitgeteilt.
BE-ID: 3370	Ebenfalls eingeschränkt werde ich bei einem teilweisen Entfall des Waldes durch entfallende Möglichkeit der Naherholung. Meine Laufrunde führt regelmäßig durch diesen Wald und wäre damit verloren.	Die Bedenken sind unbegründet. Die Aspekte der Naherholung werden im Rahmen der Abwägung aller Belange, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung erkennbar und von Bedeutung sind, berücksichtigt. Das Vorranggebiet ist kein ausgewiesenes Naherholungsgebiet und kein Erholungswald nach Waldfunktionskartierung. Die Möglichkeit zur sportlichen Betätigung im Umfeld von Göttin geht durch die Festlegung des GIV-Standortes nicht verloren. Südlich der Stadt Brandenburg an der Havel stehen weiterhin ausgedehnte Waldgebiete für die Naherholung zur Verfügung. Das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne wird im Nordwesten um 230 Hektar verkleinert. Der Abstand zur Ortslage Göttin vergrößert sich damit auf 2 km.
BE-ID: 3371	Genauso schwer verständlich ist es, dass naheliegende Naturschutzgebiet Rosdunk, welches höhenmäßig unterhalb des Gebietes liegt und von der Waldfläche gespeist wird als unerheblich einzustufen. Es handelt sich um ein seltenes Niedermoor, das auf die stetige Zuführung des Wassers aus	Die Bedenken sind nicht ausreichend begründet. An der Einschätzung, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen des Bruchwaldes Roßdunk zu erwarten sind, wird festgehalten. Die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	dem darüber liegenden Wald angewiesen ist. Das NSG Bruchwald Rosdunk ist seit 24 Jahren ein FFH-Gebiet und Bestandteil von NATURA 2000. Wie kommen sie auf eine derartige fachfremde Einschätzung?	Einschätzung beruht insbesondere auf der Tatsache, dass der Wasserhaushalt des geschützten Gebietes maßgeblich von Meliorationsmaßnahmen beeinflusst ist und nicht, wie vom Stellungnehmer angenommen, vom südlich gelegenen Waldgebiet. Es wird auf die BE 2254 und 2019 verwiesen.
BE-ID: 3372	Durch die Höhenlage des geplanten GIV (als höchste Erhebung Brandenburgs an der Havel > höher als der Marienberg) und dem für eine Bebauung notwendigen Abholzen des Waldes, dem errichten und beleuchten eines Industriekomplexes ist von einer erheblichen und weithin sichtbaren Lichtemision auszugehen. Dieses Industriegebiet wird ähnlich dem Marienberg weithin sichtbar sein und eine enorme Auswirkung auf den bisherigen bewaldeten Anblick der Brandenburger Umgebung haben und somit auch eine negative Auswirkung auf die Nutzung und Etablierung Brandenburgs als attraktives Urlaubsziel.	Die Annahme, die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne würde das Landschaftsbild in einer Weise verändern, die geeignet ist, den Tourismus in der Stadt Brandenburg an der Havel zu beeinträchtigen, ist unbegründet. Die touristischen Schwerpunkte der Stadt (Altstadt, Neustadt, Dominsel, Havel, Beetzsee) befinden sich mehr als 5 km entfernt. Eine Sichtbarkeit ist über diese Entfernung ausgeschlossen. Es wird weiter auf BE 1138 verwiesen.
Stellungnehmer(in): 6175 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3291	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6176 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3292	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6178 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3293	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6179 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 3233	Ich widerspreche der Ausweisung des ehemaligen Kasernengeländes von Krampnitz als Siedlungsgebiet. Begründung: Der damit verbundene Raumkonflikt. Zum einen durch die Einbettung im Bereich des NSG Königswald und unter Beachtung des FFN und zum anderen durch den zu erwartenden Nutzungsdruck auf die beiden Seen, Sarcrower und Groß Glienicker. Laut Planung der LHP soll dort ein Quartier für 10000 Menschen entstehen, die nicht nur den o.g. Konflikt befeuern, sondern auch ungelöste Verkehrsprobleme zumindest in Richtung Berlin produzieren würden. Siedlungsflächen in der Nähe von Schienenhaltepunkten ist hier nicht gegeben!	Die vorgebrachten Argumente sind nicht zutreffend und führen zu keiner Planänderung. Das Naturschutzgebiet betrifft nicht die Fläche des Vorbehaltsgebiets Siedlung in Krampnitz. Auch ist durch das Vorhaben in Zukunft von keinem Nutzungsdruck auf die Seen Sacrower See und Groß Glienicker See auszugehen, da die beiden Seen aufgrund ihrer Größe genügend Platz und Kapazitäten für mehrere Tausend Personen bieten. Zudem befindet sich unmittelbar in der Nähe von Krampnitz der Krampnitzer See, der Fahrländer See sowie die Havel, die voraussichtlich aufgrund ihrer Lage eher von Bewohnern des neuen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Quartiers genutzt werden, als die in der Stellungnahme angegebenen Seen. Die Bundesstraße B2 bietet ausreichend Kapazitäten und führt von Krampnitz nach Berlin. Zudem ist eine Verlängerung der Tram-Linie 96 von und nach Potsdam mit Halt in Krampnitz geplant.
Stellungnehmer(in): 6180 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3294	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6181 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1291	E. Strominfrastruktur. Votum: Prüfen. Wir hören von Kapazitätsengpässen bei der Stromversorgung (bei zunehmender E-Mobilität und Wohnungsheizung mit Wärmetauscher deutlich erhöhter Bedarf an Elektrizität). Inwieweit ist hierzu im R-Plan etwas vor zu sehen.	Die Ausführungen zur Stromversorgung werden zur Kenntnis genommen. Es handelt sich hierbei nicht um einen Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2 Freiraum		
BE-ID: 1288	D. Wassergewinnung, Grundwasserschutz. Votum: Prüfen: Wir sehen Flächen, die für die Gewinnung von Grundwasser durch Niederschlagswasser nötig sind. Retentionsflächen zur Versickerung.	Es kann nicht genau nachvollzogen werden, was mit dem Hinweis gemeint ist. Die Regionale Planungsgemeinschaft hatte in Vorbereitung der Aufstellung des Regionalplans 3.0 im Jahr 2017 „Potenzialflächen für die Gebietsretention in der Planungsregion Havelland-Fläming“ ermitteln lassen. Die Bewertung der Ergebnisse hat zu der Entscheidung geführt, dass die ermittelten Potenzialflächen als Anknüpfungspunkt für Festlegungen des Regionalplans nicht ausreichend geeignet sind. Nähere Auskünfte erteilt die Regionale Planungsstelle auf Anforderung.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 1285	Die Akzeptanz der WEA wurde bisher stark durch einseitige subjektive Beurteilungen geprägt. Viele dieser Darstellungen werden jetzt anders gesehen, wie z.B. die Einflüsse von Infraschall oder die Verletzung von Vögeln. Auch bestand seitens der Bürger geringes Interesse an WEA, da die Bürgerschaft bisher keinen direkten Nutzen erkennen konnte. Der rasante Anstieg der Energiepreise durch fossile Energien hat viele Skeptiker positiv gestimmt, die bisher regenerativen Energien kritisch gegenüberstanden. Neue Regelungen machen es zudem möglich, dass regional Bürger mit günstigeren Strompreisen profitieren können.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1286	Auch Gemeinden, die Gewerbesteuereinnahmen bekommen und mit städtebaulichen Verträgen profitieren, haben jetzt die zusätzliche Möglichkeit direkt einen Anteil von 0,2 Cent/ eingespeister kWh zu bekommen. Das kann pro WEA schnell mal 20.000,-€ zusätzlich pro Jahr ausmachen. Die häufig vertretene Meinung von Kommunalpolitikern war bisher, dass Brandenburg schon sehr viel Windenergie habe und die Pflicht	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	erfüllt sei.	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1287	Mit Hinblick auf die veränderten Anforderungen sollte im Regionalplan die maximal mögliche Fläche als Windvorrangfläche ausgewiesen werden, damit den Gemeinden auch die Möglichkeit gegeben wird, entsprechend zu handeln. Im Ergebnis müssen genug Eignungsgebiete ausgewiesen werden, da es sich bei der Windenergie um eine privilegierte Nutzung handelt. Wird dieses Ziel nicht erreicht, muss die Flächenauswahl mit veränderten Kriterien wiederholt werden - ein Prozess, der sich regelmäßig über mehrere Jahre hinzieht.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 1270	C. Windkrafteignungsgebiete: Votum: Erweiterung. Angesichts der Klimaveränderung muss der Windkraftausbau deutlich Fahrt aufnehmen. Windkraft ist ein kleiner Eingriff angesichts anderer Belastungen: Hitze, Stürme, Trockenheit, aber auch wirtschaftliche Anpassungen bei teuren und klimaschädlichen fossilen Energien. Die Planungen müssen davon ausgehen, eher üppig Strom bereit zu stellen, um Öl und Gas abzulösen und gleichzeitig wirtschaftlich voran zu kommen. Die Energiepolitik des Landes Brandenburg greift das bereits auf, indem Kommunen durch Bebauungspläne die 1.000 Meter Regelung unterschreiten können und indem klargestellt wird, dass Einzelgehöfte und Siedlungen außerorts nicht unter diesen Schutz fallen. Wichtig ist daher, dass der Regionalplan geringere Abstandsentscheidungen der Kommunen nicht unmöglich macht, indem die WEG nur nach dem 1.000 Meter Maßstabbemessen sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1281	Die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien müssen nach neuen politischen Vorgaben erhöht und beschleunigt werden. Das Ausbauziel hat sich von 10,5 GW Windkraft bis 2030 auf „mindestens 11,5 GW" erhöht. Um 11,5 GW an Windenergiekapazitäten zu installieren, werden mindestens 2% der Landesfläche benötigt. Der Ausbau lässt sich nur durch eine angepasste Regionalplanung umsetzen!	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1284	Zukünftig sollen statt Windeignungsgebieten (in denen der Bau von Windrädern grundsätzlich möglich ist) Windvorrangflächen ausgewiesen werden, wo Windenergie tatsächlich Vorrang vor entgegenstehenden Planungen hat.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 05 Ferch		
BE-ID: 1280	Detail: 1. WEG 5 wurde ausgeweisen. Das Genehmigungsverfahren ist bereits weit voran geschritten. 2. Die mögliche WEG Fläche ist bereits nach den Karten größer, als die ausgewiesene Fläche WEG 5. Hier ist maximal zu erweitern. 3. Nähe WEG 5 gibt es Trassen für Strom und Gas, südlich parallel zur Autobahn Ost-West-Richtung, die im Zusammenhang mit Windkraftanlagen für Zuwegung genutzt werden können. 4. Die bereits vorangeschrittene Projektierung entlang der Autobahn bei Bochow, Göhlsdorf, Plötzin sollte als WEG dargestellt werden. 5. Repowering der vorhandenen Anlage auf der Glindower Platte, Nähe VB 26, ggf. mit mehr als einer Anlage, sollte möglich gemacht werden, da hier bereits durch Erfahrungen mit der Anlage, Sorgen geringer einzuschätzen sind. Zudem besteht schon nötige Infrastruktur (Einspeisung für Strom, Wechselrichter, Zuwegung etc.).	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 26 Plötzin-Ost		
BE-ID: 1268	A. Vorranggebiet für Kiesabbau (VB 26). Votum: Ablehnung. Es liegt im Obstanbau- und Naherholungsgebiet "Glindower Platte" und würde dieses zerschneiden. Auswirkungen auf den Wasserhaushalt sowohl in Hinsicht auf den Grundwasserstand für die Obstbauern wichtig, als auch auf die Filterfunktion für die Trinkwassergewinnung am Plessower See.	Den Bedenken wird teilweise gefolgt und der Gebietsvorschlag des LBGR nur noch in erheblich reduzierter Form übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild, Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). In diesem Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Anmerkung: Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr, jedoch befindet sich hier noch ein über die Fläche der im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzzone III hinaus gehendes hydrodynamisches Einzugsgebiet. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. bzgl. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 1269	B. Vorranggebiet für Landwirtschaft (statt VB 26). Votum: Prüfung. Das Obstanbau- und Naherholungsgebiet "Glindower Platte" ist Kern der landwirtschaftlichen Prägung in Werder. Hier sollte über entsprechende Festlegungen nachgedacht werden.	Das Vorbehaltsgebiet für Rohstoffgewinnung VB 26 „Plötzin-Ost“ ist für die Sandgewinnung vorgesehen. Aufgrund der Standortgebundenheit der Rohstoffvorkommen werden Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffgewinnung bei der Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft berücksichtigt. Darüber hinaus erfüllen die Böden dieses Gebiets gemäß dem geänderten Planungskonzept nicht die Voraussetzungen für die Festlegung eines Vorranggebiets Landwirtschaft. Die Flächen

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	werden derzeit nur zum Teil als Ackerland genutzt und weisen größtenteils Ackerzahlen von unter 30 auf. Die maßgebliche Ackerzahl des Teilraums II, in dem das VB 26 liegt, beträgt mindestens 30.
Stellungnehmer(in): 6182 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3295 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6183 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3296 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6184 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3297 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6185 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3298 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6186 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3299 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6188 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3300 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6216 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3301 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Stellungnehmer(in): 6217 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3302 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6218 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3303 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6219 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3304 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6220 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3305 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6221 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3306 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6222 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS	
BE-ID: 3235 Der Ortsbeirat Neu Fahrland widerspricht hiermit der Ausweisung des Kasernengebietes Krampnitz als Siedlungsgebiet. Diese Ausweisung steht im Widerspruch zur Festlegung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). Der Ausweisung des Kasernengebietes Krampnitz als Siedlungsgebiet wird widersprochen. Diese Ausweisung widerspricht der Festlegung des LEP-HR. Der neue Regionalplan weist den derzeit brach liegenden Stadtteil Krampnitz neu als Vorbehaltsgebiet Siedlung aus. Dieser Ausweisung widerspricht der Ortsbeirat Neu Fahrland anhaltend und vehement, da dies den Zielen des LEP HR "Siedlungsstern" widerspricht. Der Zielabweichungsbescheid vom 29. April 2013 der GL ist mit Auflagen verbunden, die eine generelle und vorbehaltlose Ausweisung als Siedlungsgebiet nicht rechtfertigen können. Es ist fraglich, ob diese Auflagen je erfüllt werden können. So wurde beispielsweise der Änderung und entsprechenden Anpassung des FNP (14/17 B) vom Oktober 2020 mit höherer baulicher Wohndichte seitens der GL nicht zugestimmt.	Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung widerspricht nicht den Festlegungen des LEP HR, welcher den Bereich Krampnitz in der Legende seiner Festlegungskarte bereits als Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt. Bebauung und Erschließung sind über das Ergebnis des Zielabweichungsverfahrens mit Bescheid des Landes Brandenburg vom 29. April 2013 der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL) planerisch geregelt. Damit verbundene Auflagen führen erkennbar nicht zur dauerhaften Untersagung der Bebaubarkeit (siehe auch Bestätigung der GL gegenüber der Landeshauptstadt Potsdam über die Erfüllung der Auflagen zur Zielabweichung für ein Entwicklungsgebiet Krampnitz mit zunächst bis zu 5.000 Einwohnern vom 23.06.2021). Die vorgebrachten Argumente

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		bewirken keine Planänderung.
BE-ID: 3237	Auf S.11 des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung ist zu lesen: "Zersiedlung und eine Neubildung von Splittersiedlungen soll vermieden werden". Für den Standort Krampnitz trifft diese Kennzeichnung zu. Bislang existiert kein schienengebundener Verkehrsweg und ob eine Tram Anbindung finanzierbar und wegen vieler bedeutsamer Hemmnisse (wie Gründung von neu zu bauenden Brückenpfeilern im Wasserschutzgebiet II, Beeinträchtigung von Waldflächen im LSG, Vernichtung von Denkmalarchitektur, private Flächenankäufe) überhaupt verwirklicht werden könnte, ist bei Betrachtung der bestehenden Gesetzeslage doch höchst zweifelhaft. Das Planfeststellungsverfahren wird kontinuierlich verschoben, die schienengebundene Anbindung darf nicht als gegeben bewertet werden. Daher gibt es keinen ausreichenden Anhaltspunkt für eine Ausweisung einer Wohnsiedlungsentwicklungsfläche. Zudem steht auf S. 12: "Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung" sollen diese ausgeschlossen werden. Dies ist für Krampnitz zutreffend: es verbindet FFH- und Naturschutzgebieten und hat somit eine wichtige Biotopverbundfunktion, die irreversibel geschädigt würde. Fazit: es gibt in Krampnitz erhebliche Raumkonflikte zu Freiraumverbund, Wald (welcher nicht im gleichen Naturraum ausgeglichen werden kann), Biotopverbund, etc.; daher handelt es sich hier um keine konfliktarme Lage und darf folglich keinesfalls als Siedlung ausgewiesen werden.	Bereits im LEP HR wird der Bereich Krampnitz in der Festlegungskarte als Siedlungs- und Verkehrsfläche dargestellt. Es handelt sich um eine Konversionsfläche. Zum schienengebundenen Anschluss wird auf die Pressemitteilung der Stadt Potsdam verwiesen: "Demnach sind die Genehmigungsplanung für den zweigleisigen Tramausbau an der Nedlitzer Straße abgeschlossen und die Unterlagen bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht worden. Ein genauer Baustart kann derzeit aber noch nicht prognostiziert werden, da etwaige Anpassungen im Verfahren möglich sind. Dem Grunde nach orientiert sich die ViP an der bauzeitlichen Verkehrsführung der vorherigen Baumaßnahme aus dem Jahre 2017. Ziel ist es, die Beeinträchtigungen für alle Betroffenen so gering wie möglich zu halten und eine effiziente Trasse für alle Verkehrsteilnehmer zu bauen." (Quelle: Landeshauptstadt Potsdam; Pressemitteilung Nr. 240 vom 02.06.2023; Tramführung Insel Neu Fahrland: Genehmigungsfähige Lösung gefunden; https://www.potsdam.de/de/240-tramfuehrung-insel-neu-fahrland-genehmigungsfaehige-loesung-gefunden). Bis zu einer Verwirklichung der Verlängerung der Tram-Linie 96 ist die Anbindung anderweitig (zu Fuß, Radverkehr, Bus, Auto) sichergestellt. Die beschriebenen Raumkonflikte gibt es nur im begrenzten Maße, so dass das Vorhaben im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens genehmigt wurde. Maßnahmen zum Ausgleich des Vorhabens sind vorgesehen. "Die Flächen für Ausgleichsmaßnahmen befinden sich sowohl auf Potsdamer Stadtgebiet (erste Priorität) als auch in anderen Naturräumen im Land Brandenburg. Die Ausgleichsmaßnahmen für Zauneidechsen und Brutvögel erfolgen teilweise auf der ehemaligen Deponie Golm, welche durch entsprechende Aufwertungsmaßnahmen auch die Eingriffe in Natur- und Landschaft der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz ausgleicht. Die erforderlichen Waldausgleichmaßnahmen werden seitens der Forst als Erstaufforstungsmaßnahmen beauflagt. Im Stadtgebiet Potsdam stehen hierfür keine entsprechenden Flächen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wurden entsprechend in Abstimmung mit der Forst Erstaufforstungsmaßnahmen im Naturraum Mittlere Mark und Niederlausitz gebunden und teilweise schon umgesetzt. Darüber hinaus bestehen weitere Erfordernisse für weitere Ausgleichsmaßnahmen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht weiter konkret räumlich definiert wurden. Auch hier besteht das Ziel eingriffsnahe Ausgleichsflächen (Stadt Potsdam) zu

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		identifizieren, obgleich es nur eine limitierte Flächenverfügbarkeit im Stadtgebiet gibt." (Quelle: Beantwortung der Bürger*innen-Fragen aus dem 14. Forum Krampnitz; S.10-11; Flächen für Ausgleichsmaßnahmen) Die vorgebrachten Sachverhalte führen zu keiner Regionalplanänderung.
BE-ID: 3238	Auf Seite 6 des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung: "Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten." Auch diese Forderung ist für den Standort definitiv nicht zutreffend, von einer Lagegunst ist nicht auszugehen. Die unter IV.2 genannten Kriterien zur Bestimmung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nach Stufe 1 sind nicht zutreffend, es gibt bislang weder eine Schule, eine Kita noch medizinische oder Nahversorgung und es existiert keine Bahnanbindung. Die Ausweisung als zentraler Ort gilt für Potsdam, nicht aber für Krampnitz, welches im ländlichen Raum des Potsdamer Nordens liegt; hier ist definitiv kein OZ. Die Anhang dargestellte "Tabelle 1: Ausstattungs- und LEP HR-Raummerkmale der nach Stufe 1 ermittelten Ortsteile mit lokalen Versorgungsansätzen" auf S.20 ist dahingehend nicht richtig ausgefüllt. Die Kriterien nach Stufe 2 sind ebenfalls nicht zutreffend, da es sich im weiteren Umfeld um eigenständige Ortsteile handelt, die definitiv nicht zentrale Verknüpfungspunkte darstellen. Die Kriterien nach Stufe 3 sind ebenfalls nicht zutreffend, da es keine Siedlungsstrukturen im Umfeld von 100 m gibt; auch Stufe 4 ist nicht anwendbar. Inwieweit die Stufe 5 anwendbar ist, kann derzeit nicht abschließend geklärt werden, da unklar ist, ob die aktuellen Planungen umgesetzt werden können (siehe oben).	Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Im Rahmen dieses Planungskonzepts ist der Stadtteil Krampnitz, z.B. von Groß Glienicke und Fahrland sowie von Bornim und der Nauener Vorstadt entsprechend erreichbar. Unabhängig davon sehen die Planungen der Stadt Potsdam die Errichtung umfangreicher Versorgungseinrichtungen vor Ort vor. Da die Einrichtungen in Krampnitz aber noch nicht errichtet sind, wird der Ortsteil nicht mehr in Tabelle 1 der Begründung gelistet.
BE-ID: 3241	Die von der LH Potsdam vorgelegten Verkehrsuntersuchungen für das Entwicklungsgebiet Krampnitz beruhen auf veralteten Zählungen und unrealistischen Annahmen, die sich nicht erfüllen werden. Als Folge ist eine unerträgliche und nicht zu tolerierende Überlastung des Verkehrs im Westraum Berlin Brandenburgs (Wustermark, Dallgow-Döberitz, Berlin-Spandau) zu erwarten. Die mitten durch den Ortsteil Neu Fahrland führende Bundesstraße 82 ist seine einzige Erschließungsstraße und verbindet Potsdam über den OT Neu Fahrland - Krampnitz - mit Berlin-Spandau. Es ist daher mit Dauerstaus in der Ortslage Neu Fahrland bei einer vorbehaltlosen Ausweisung des Entwicklungsgebietes Krampnitz als Siedlungsgebiet im Regionalplan 3.0 zu rechnen. Die Verkehrswirkungsuntersuchung beruht darüber hinaus auf Annahmen die einem Wunschdenken entsprechen und fern der Realität sind. Krampnitz wäre eine Trabantenstadt ca. 5 km auf dem flachen Land, wo die Bevölkerung vermehrt auf das Auto angewiesen ist. Die Hoffnung, dass nur jede 2. Wohnung ein PKW nutzen wird, entspricht nicht den gelebten Verhältnissen, besonders da gleichzeitig Elektromobilität mit Milliardensummen gefördert wird, was dem Wunsch der Bevölkerung nachkommt, Verkehrsmittel den Lebensumständen gemäß frei wählen zu können. Die Annahmen für die Rechtfertigung einer Tram nach Potsdam sind unrealistisch: es werden deutlich mehr Zielverkehre über die B2 Richtung Berlin Spandau und in Richtung der südlich gelegenen Stadt Potsdam erfolgen, als angenommen. Die Verkehrswirkungsuntersuchung geht von interessenbeeinflussten Best-Case-Berechnungen aus, die mit dem realen Verkehrsaufkommen nicht identisch sind. Im Gegensatz zur ersten Verkehrswirkungsuntersuchung, verzichtete die LH Potsdam in der im Jahr 2020 erstellten Fassung auf eine Real-Case und Worst-Case-Betrachtung. Im Worst-Case-Fall sind nicht tolerierbare Dauerstaus und Verkehrskollapse im Westraum Berlins, für Neu Fahrland (z.B. Am Wiesenrand) und die Innenstadt Potsdam als Folge einer Ausweisung als vorbehaltloses Siedlungsgebiet zu erwarten.	Im Quartier Krampnitz selbst wird von einer Stellplatzanzahl von 0,5 Pkw pro Wohneinheit geplant. Aufgrund dessen, dass das Auto voraussichtlich nicht das meistgenutzte Verkehrsmittel sein wird, kann von einer akzeptablen Auslastung der umliegenden Straßen ausgegangen werden. Bei dem Vorhaben Krampnitz handelt es sich um ein Quartier, welches Ärzte, Kitas, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten beinhaltet. Dies sorgt dafür, dass kurze Wege (zu Fuß, Radverkehr, ÖPNV) ermöglicht werden und so auf ein Auto verzichtet werden kann. Aus diesem Grund ist die Rechnung von 0,5 Pkw pro Wohneinheit als realistsich anzusehen. Es ist eine neue Express-Buslinie zwischen Krampnitz und Berlin-Spandau geplant. "Um eine weitere, angebotsorientierte Aufwertung der Verbindungen von/nach Berlin vorzunehmen, soll das „Stammangebot“ um ein Expressbusangebot „X38“ (Arbeitstitel) ergänzt werden. Damit können in Bereichen ohne Straßenbahn oder sonstigem Schienenverkehr konkurrenzfähige Beförderungsgeschwindigkeiten und zusätzliche Direktverbindungen geschaffen werden. Um diesem Ziel gerecht zu werden, wird eine umwegfreie Linienführung von Bhf Marquardt (Anschlüsse zur RB21 von/nach Berlin) über Krampnitz nach S+U-Bhf Rathaus Spandau angestrebt. Darüber hinaus sind

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		ÖPNV-Beschleunigungsmaßnahmen geboten, um kurze Fahrzeiten zu ermöglichen." (Quelle: ÖPNV-Angebotskonzept Krampnitz, 29.09.2020; S.18; https://www.krampnitz.de/wpcontent/uploads/2022/07/oepnv_angebotskonzept_krampnitz.pdf) Es wurde ermittelt, dass bei einer Bevölkerung von 10.000 Einwohnern in Krampnitz pro Tag 7.930 Fahrgäste mit der Tram zwischen Krampnitz und Campus Jungfernsee pro Richtung unterwegs sein werden. (Quelle: ÖPNV-Angebotskonzept Krampnitz, 29.09.2020; 3.2 Prognose der Fahrgastzahlen; S.14; https://www.krampnitz.de/wp-content/uploads/2022/07/oepnv_angebotskonzept_krampnitz.pdf) Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Regionalplanänderung.
BE-ID: 3242	Gleichzeitig steht die finanzielle Belastung durch einen Trambau in seltsamem Widerspruch zur Haushaltssituation der LH Potsdam und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Gefordert wird ein Eigenanteil von mehr als 50 Mio. Euro für die Stadt Potsdam - allerdings nach Berechnungen von 2016 und daher ohne Berücksichtigung der Inflation.	Da Einschätzungen zur finanziellen Leistungsfähigkeit für Erschließungsmaßnahmen nachrangig zum Fokus regionalplanerischer Festlegungen stehen, führen sie hier zu keiner Regionalplanänderung. Darüber hinaus wird auf Aussagen im Forum Krampnitz verwiesen: "Straßenbahnen verfügen über eine höhere Fahrgastkapazität als Bussysteme. Dies ist - neben weiteren Systemvorteilen von schienengebundenen Verkehrsmitteln - auch langfristig ein wirtschaftlicher Vorteil." (Quelle: Auswertung 22. Forum Krampnitz am 01.06.2023; https://tram96.de/auswertung-22-forum-krampnitz-am-01062023)
BE-ID: 3245	Die Ausweisung als Siedlungsraum würde eine deutliche Verschlechterung der Lebenssituation aller Menschen des bestehenden Ortsteils Neu Fahrland verursachen, welcher, wie oben dargelegt, selbst nur über die B2 erreichbar ist. Die Durchgangsverkehre würden massiv zunehmen. Gleichzeitig würde eine Tram den Verkehr durch notwendig werdende Ampelanlagen und Tram-Straßenkreuzungen zusätzlich behindern. Dies würde die Bewegungsfreiheit der Einwohner weiter einschränken, da es die innerörtlichen Stauungen auf den Zufahrtsstraßen zur B2 verstärken würde. Heute schon ist die Situation extrem schwierig, beispielsweise in der Straße Am Kirchberg im westlichen Teil Neu Fahrlands, wo sich auch eine Kita befindet und sich während der Hauptverkehrszeiten lange Rückstaus bilden.	Es ist davon auszugehen, dass der Durchgangsverkehr zunehmen wird. Allerdings stellen die geplanten ÖPNV-Angebote eine optionale Möglichkeit dar, mit der Nutzung von Tram oder Bus, den Gesamtverkehr zu reduzieren. Eine Tram-Haltestelle in Neu Fahrland ist geplant. "Die zusätzlichen Lichtsignalanlagen (Ampeln) sind aufgrund der anzuwendenen Richtlinien und damit Wahrung der Verkehrssicherheit und einem stabilen Verkehrsfluss erforderlich." (Quelle: : ÖPNV-Angebotskonzept Krampnitz, 29.09.2020; 3.2 Prognose der Fahrgastzahlen; S.14; https://www.krampnitz.de/wp-content/uploads/2022/07/oepnv_angebotskonzept_krampnitz.pdf). Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Regionalplanänderung.
BE-ID: 3246	Die Erreichbarkeit der nächsten Bushaltestelle wiederum liegt für den westlichen Teil Neu Fahrlands, der sozusagen eine durch den Weißen See, den Fahrländer See und den Kirchberg umschlossene „Halbinsel" ist, größtenteils mehr als einen Kilometer und z.T. mehr als 25 Minuten fußläufig entfernt, so dass die Einwohner auf Kfz-Nutzung angewiesen sind, wollen sie ihre Einkäufe, Arztbesuche etc. verrichten. Dazu findet sich im Regionalplanentwurf folgender Hinweis: In der Online-Publikation Nr. 09/2019 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) werden Ergebnisse einer Untersuchung zur methodischen Weiterentwicklung von Erreichbarkeitsanalysen des BBSR aufgezeigt, u.a. mit Empfehlungen zu	Es ist davon auszugehen, dass der Durchgangsverkehr zunehmen wird. Allerdings stellen die geplanten ÖPNV-Angebote eine optionale Möglichkeit dar, mit der Nutzung von Tram oder Bus, den Gesamtverkehr zu reduzieren. Zudem entsteht ein Versorgungszentrum mit sozialer Infrastruktur der Grundversorgung für Anwohnende, wodurch Verkehre ebenso verringert werden sollen. Im Quartier Krampnitz selbst wird von einer Stellplatzanzahl

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
spezifischen routenbezogenen Erhebungen. Damit werden beispielsweise natürliche Barrieren berücksichtigt. Diese Untersuchung nimmt Bezug auf eine BBSR-Betrachtung zur Nahversorgung in ländlichen Räumen, die „als Schwellenwert für die fußläufige Erreichbarkeit zum nächsten Supermarkt, zur Apotheke, zum Hausarzt, zur Grundschule sowie zur ÖV-Haltestelle eine Luftliniendistanz von 1 km bzw. eine Gehzeit von 15 Minuten verwendet". Krampnitz wäre daher eine Verkehr produzierende Exklave jenseits des ländlichen Raums von Neu Fahrland, das eingezwängt zwischen Potsdam und Krampnitz der unhaltbaren Verkehrssituation hundertprozentig ausgeliefert wäre und dessen eigener motorisierter Individualverkehr durch die stark zunehmende Behinderung an der Zufahrt zur B2 geradezu blockiert würde. Fazit: Die Siedlungsentwicklung muss auf bestehende örtliche Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Außerhalb des sogenannten "Siedlungssterns" darf kein neues urbanes Zentrum entstehen, das zum Kollaps der Infrastruktur des vorhandenen Siedlungsgebiets führt.	von 0,5 Pkw pro Wohneinheit geplant. Aufgrund dessen, dass das Auto voraussichtlich nicht das meistgenutzte Verkehrsmittel sein wird, kann von einer akzeptablen Auslastung der umliegenden Straßen ausgegangen werden. Aufgrund dessen, dass der ÖPNV stark ausgebaut wird, ist anzunehmen, dass sich die Einwohner gleichmäßig auf die möglichen Verkehrsmittel verteilen; ein "Kollaps" der sich zeitgleich mit entwickelnden Infrastruktur wird nicht erwartet. Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung widerspricht nicht den Festlegungen des LEP HR, welcher den Bereich Krampnitz in der Legende seiner Festlegungskarte bereits als Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt. Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Regionalplanänderung.
Stellungnehmer(in): 6223 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3307 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6234 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3308 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6235 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3309 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6236 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3310 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6237 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3311 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6238 / Privat	

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3312	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6239 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3313	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6242 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3314	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6243 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3316	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6244 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3317	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6245 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3318	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6335 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3319	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6337 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Z 2.2 Eignungsgebiete für die Windenergienutzung		
BE-ID: 752	Windenergie Nauen hat einen neuen Teilflächennutzungsplan Windenergie aufgestellt und in diesem Zusammenhang eine Potentialanalyse vorgenommen. Neben der bekannten und im Regionalplan abgebildeten Fläche der „Nauener Platte" hat sich ein weiteres Gebiet herausgeschält, welches potentiell zur Erzeugung von Windenergie geeignet ist. Dem Bürgermeister wurde aufgegeben die Offenlage des	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Vorentwurfs mit beiden Potentialflächen durchzuführen. Die zweite Fläche hat etwa die Größe von der Fläche auf der Nauener Platte und liegt im Südosten von Wachow und geht dann über auf das Gebiet von Ketzin. Im Sinne der Energiewende und der jetzt auch sicherpolitisch geforderten Unabhängigkeit von fossilen russischen Energieträgern, wäre eine Prüfung der Fläche im Dreieck Wachow, Tremmen, Ketzin im Rahmen der Regionalplanung wünschenswert. Da das Land Brandenburg aktuell sein Ausbauziel für Windenergie um ein Gigawatt erhöht hat, möchte ich anregen auch diese bislang nicht betrachtete Fläche auf ihre Eignung zu prüfen.	Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.4 Z 2.4 VR Landwirtschaft		
BE-ID: 750	Als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Nauen und als Vorsitzender des dortigen Ausschusses für Bau, Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft, Umweltschutz und Energie möchte zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 wie folgt Stellung nehmen: Siedlungsentwicklung Nauen verzeichnet aktuell sowohl in der Kernstadt, als auch in mehreren Ortsteilen ein sehr dynamisches Wachstum. Konkrete Bebauungspläne für über 5.000 neue Einwohner wurden festgesetzt bzw. befinden sich im Verfahren. Es ist davon auszugehen, dass von dem Projekt i2030 - und der damit verbundenen Verdoppelung der Schienenkapazität Richtung Berlin - weitere erhebliche Wachstumsimpulse ausgehen werden. Der Wachstumsdruck auf unsere Gemeinde wird langfristig anhalten und sich möglicherweise sogar noch erhöhen. Vor diesem Hintergrund wäre es wünschenswert, wenn die Vorrangflächen für Landwirtschaft südlich/südwestlich der Kernstadt und der B5 nicht festgesetzt werden, um eine mögliche zukünftige Entwicklung nicht zu erschweren. Weiterhin wäre es aus stadtplanerischer Sicht wünschenswert die Siedlungsentwicklung in diesem Bereich durch Grünflächen/Ausgleichsflächen gegenüber der B5 „abzurunden". Auch diesem Ansatz stehen die Vorrangflächen Landwirtschaft entgegen. Weiterhin plant die Stadt eine Flächennutzungsplanänderung zur Erweiterung des zu 99% ausgelasteten Gewerbegebietes Ost in südöstliche Richtung. Auf der im Verfahren befindlichen Fläche soll ebenfalls ein Vorranggebiet Landwirtschaft festgelegt werden. Ich möchte anregen, den näheren Siedlungsbereich der Kernstadt Nauen bis zur B5 von Vorrangflächen Landwirtschaft freizuhalten.	Die Vorranggebiete Landwirtschaft sind im Bereich "Stadterweiterung Süd" und Stadterweiterung Südwest" der Stadt Nauen im Zweiten Regionalplanentwurf zurückgenommen. Siehe dazu auch BE ID 1750, 1753 und 1754. Die Flächennutzungsplanänderung zur Erweiterung des Gewerbegebiets nach Süden wird im Rahmen der Abwägung kommunaler Belange berücksichtigt.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.4 b) Planungskonzept		
BE-ID: 751	Landwirtschaftliche Entwicklung: Nauen ist durch die Landwirtschaft geprägt und verfügt über teilweise ertragreiche Böden. Die in der Regionalplanung angenommene Ackerzahl von 24+ Punkten zur Einordnung als Vorrangfläche Landwirtschaft erscheint sehr niedrig angesetzt und scheint auch nicht unbedingt der betrieblichen Realität zu entsprechen. Wirklich ertragreiche Böden fangen vielleicht bei 40 Punkten an. Hier macht es aus meiner Sicht dann auch Sinn die Böden im Sinne eines Vorrangs für die Landwirtschaft großflächig zu schützen. Allerdings führt die tatsächliche Bewirtschaftung eine solche Bevorzugung der landwirtschaftlichen Nutzung oft ad absurdum. Insbesondere der Anbau von Mais auf Intensiväckern zur Energiegewinnung nimmt in Nauen einen großen Teil der landwirtschaftlichen Produktionsfläche ein. Eine Biogasanlage mit einem Megawatt installierter Leistung braucht zur Befeuerung ca. 500 ha Mais bzw. ca. 1.000 ha Grünland. Ein Megawatt installierte Leistung in Photovoltaik entzieht hingegen nur ca. ein Hektar Fläche der landwirtschaftlichen Produktion. Gigantische Flächen werden heute völlig ineffizient zur Stromerzeugung genutzt. Mit Blick auf die derzeitige Preisentwicklung, z.B. für Dünger, bleibt festzuhalten, dass ertragsärmere Böden, welche im Regionalplan noch als Vorrangfläche ausgewiesen werden, überhaupt nicht mehr wirtschaftlich beackert werden können. Eine Freigabe substanzieller weiterer (Intensiv-)Flächen zur Erzeugung von Solarstrom könnte nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten, sondern auch die wirtschaftliche Situation vieler landwirtschaftlicher Betriebe stabilisieren, da die Pachten oft ein	Das Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft wurde überarbeitet und sieht nun eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen auf der Grundlage von Landbaugebieten vor. Dadurch werden die standörtlichen Unterschiede hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Vorranggebiete für die Landwirtschaft angemessen berücksichtigt. Eine detaillierte Begründung ist den zweckdienlichen Unterlagen zum Thema Landwirtschaft zu entnehmen. Das Stadtgebiet Nauen liegt nach dem neuen Planungskonzept für Vorranggebiete Landwirtschaft weitgehend im Teilraum I mit einer maßgeblichen Ackerzahl von 41 und teilweise im Teilraum II mit einer maßgeblichen Ackerzahl von 30.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Vielfaches der regulären Erträge, selbst bei besten Böden einbringen. Weiterhin würde eine verstärkte Flächennutzung im Bereich Solar einem intensiv genutzten Boden über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten die Chance geben sich zu regenerieren. Dies erscheint auch deshalb wichtig, da der Grundwasserkörper Nauen bereits die Grenzwerte für Nitrat überschreitet und als gefährdet auf der roten Liste steht. Ich möchte anregen, die Ackerzahlen zur Ausweisung der Vorrangflächen Landwirtschaft deutlich nach oben zu setzen.	
Stellungnehmer(in): 6338 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3320	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6339 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3321	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6340 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3322	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6342 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3323	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6343 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3324	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6347 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3325	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6362 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 781	Windkraftanlagen haben nachgewiesenermaßen gesundheitsschädigende Wirkungen, denen die einheimische Bevölkerung ausgesetzt wäre. Die Strahlung der WKA durchdringt Häuserwände und kann zu massiven Schlafstörungen, Herz-Kreislauferkrankungen und Depressionen führen. Niemand hat verdient, diesen Effekten ausgesetzt zu sein. Menschen, die hier schon ihr Leben lang leben und bereits an etwaigen Krankheitsbildern leiden, sind erst recht schutzbedürftig! Sie sind auf ihr zu Hause als Rückzugsort und Erholungsort angewiesen und sie haben ein Recht darauf, auch genau diesen Schutz zu erfahren!	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 782	Des Weiteren ist Kerzendorf bereits seit vielen Jahren einem stark frequentierten Verkehr und den daraus resultierenden Lärmbelästigungen und Erholungseinschränkungen ausgesetzt. Die Bundesstraße B101 verläuft an unserem Ort, Bahnverkehr verläuft an unserem Ort, Kerzendorf ist durchzogen von verschiedenen Routen des Flugverkehrs und die Straßen Kerzendorfs werden täglich von zu schnell fahrenden Motorrädern und PKWs aufgesucht. Aus diesen Gründen ist es nicht vertretbar, weitere Eingriffe in diesen kleinen Ort vorzunehmen und den Bewohnern noch mehr Lärmbelästigung und Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität zuzumuten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 36 Thyrow-Kerzendorf		
BE-ID: 778	Kerzendorf ist aktuell Gegenstand einiger Planungsüberlegungen zum Ausbau weiterer Windkraftanlagen. Das betroffene Gebiet ist ein Waldgebiet, das eine essentielle ökologische Schutzfunktion erfüllt. In Zeiten des Klimawandels häufen sich Extremwetterereignisse wie Starkregen. Wälder können einen Großteil der auftreffenden Wassermassen aufnehmen, zwischenspeichern und regulieren die Abgabe des Regenwassers. Flora und Fauna haben hier ihren Lebensraum und ihre Rückzugsgebiete. Für Ihr Vorhaben müsste dieser Wald abgeholzt werden, was den Verlust dieser wichtigen Artenvielfalt und eine Umformung der Landschaft hin zur Versteppung nach sich ziehen würde. Das ökologische Gleichgewicht des Lebensraums wäre zerstört und die umgeformte Landschaft könnte Wassermassen zukünftiger Extremwetterereignisse nicht mehr zurückhalten. Weiterhin gelten die Wälder Kerzendorfs als Nah- und Erholungsraum für uns als Einwohner und für Tagestouristen, die den Ort genau aus diesen Gründen häufig und gern aufsuchen: zur Erholung und für Naturbeobachtungen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Stellungnehmer(in): 6364 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 801	Die Kahlschlagwirkung von WEA wird in Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (Stand: 21.04.2020): Windenergieanlagen im Wald, Einordnung von Waldflächen in das Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 nur unzureichend und unvollständig geprüft, weil die vergleichsweise gering angegebene Flächengröße der dauerhaften Waldumwandlung (0,25 ha) nur zum Ansatz genommen wird. Die angeblich „zeitweilige" Waldumwandlung (angeblich nur 0,25-0,55 ha) bleibt dauerhaft erhalten, da in der Praxis die Wege für Waldbesitzer dauerhaft genutzt werden. Die Flächenangaben für dauerhafte und zeitweilige Waldumwandlung entsprechen weiterhin nicht der Realität. Anhand von Luftbildern von bestehenden WEA ist das leicht nachvollziehbar. Die Errichtung von Windenergieanlagen führt zu einer Reduzierung der	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Waldfläche. Der Trick die Zuwegungen als zeitweilige Waldumwandlung zu definieren. widerspricht jeglicher Realität. Es ist unrichtig, dass bei der Errichtung von Windenergieanlagen keine Waldfläche verloren geht. Denn Baustelleneinrichtungsflächen und Zuwegungen sind - wie bereits dargelegt - in der Realität dauerhafte Waldumwandlungen, auch wenn es bei der Schönrechnerei so nicht berücksichtigt wird. Der Boden ist in diesen Bereichen so verfestigt und wird von den Waldbesitzern als Zuwegung dauerhaft genutzt, dass es nicht der Realität entspricht, diese Flächen als "zeitweilige" Waldumwandlung zu bezeichnen. Auf Seite 11 wird von der Regionalplanung selbst zugegeben, dass sie als Waldwege bestehen bleiben. Das diese "zeitweilige" Waldumwandlung nicht vollständig durch Erstaufforstungsmaßnahmen kompensiert werden müssen, ist ein Skandal. Tabelle 1 auf Seite 11 zeigt, dass die Waldumwandlung für WEA mit 74 ha eine wesentlich größere Fläche in Anspruch nimmt als die Ersatzmaßnahmen mit 57 ha. Die Aussage, dass durch die Errichtung von Windenergieanlagen dauerhaft keine Waldflächen verloren gehen, ist daher falsch. Die Waldbesitzern verdienen durch die Errichtung der Industrieanlagen im Wald, aber die Allgemeinheit muss den Artenschwund, den Verlust des Erholungsraums, die signifikant erhöhte Waldbrandgefahr sowie die Kosten für die Waldbrandbekämpfung und illegale Abfallablagerungen (er)-tragen, die durch die Errichtung von Industrieanlagen mit hohen Mengen an brennbaren und umwelt- und wassergefährdenden Stoffen und der damit einhergehenden Zuwegung und Befahrbarkeit des Waldes erst ermöglicht werden. Auch die Tabelle 3 ist irreführend, weil jahrzehntealte Baumbestände und Erstaufforstungen gleichgesetzt werden und der sich stetig verschlechternde Zustand des Waldes nicht berücksichtigt ist.	
BE-ID: 802	Der Boden ist im Bereich der Baustelleneinrichtung weiterhin so verdichtet, dass ein gesundes Baumwachstum nicht möglich ist. Laut Umweltprüfung sind die negativen Prozesse der Bodenerosion und Bodenverdichtung in Brandenburg flächenmäßig am bedeutendsten. Der verhältnismäßig naturnahe Boden unter jahrzehntelanger Waldnutzung wird irreversibel zerstört und die natürlichen Bodenfunktionen gehen verloren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 803	Es sind negative ökologische Folgen des Kahlschlags zu befürchten, weil die Waldstruktur mit allen Folgen (Stichwort: Waldinnenklima) durch die Errichtung einer Vielzahl von Schneisen und die Verinselung der verbleibende Waldflächen nachhaltig zerstört wird. Es handelt sich nicht mehr um ein zusammenhängendes Waldgebiet. Auch die verharmlosende Beschreibung des ,,länglichen, schmalen Zuschnitt der Flächen, wie es bei der Zuwegung der Fall ist", führt nicht nur zu einer Zerstörung des zusammenhängenden Waldgebietes. Die damit einhergehenden negativen Folgen der Zuwegung, die eine Zunahme des motorisierten Verkehrs im Wald, eine erhöhte Waldbrandgefahr, eine erhebliche Störung von Tieren und eine Zunahme von illegale Abfallentsorgungen im Wald zur Folge haben, wird nicht thematisiert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 804	Das Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur ökologischen Aufwertung des Waldes beitragen, stellt eine weitere Verharmlosung der Zerstörung des alten Baumbestandes dar. Seit Tesla ist bekannt, dass es kaum noch Flächen für die Erstaufforstung gibt. Das Ergebnis der Erstaufforstung ist das die landwirtschaftlichen Flächen weiter reduziert werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft weist auf Beispiele aus anderen Bundesländern hin, dass Waldflächen der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Es handelt sich aber hier um den Regionalplan Havelland-Fläming, so dass erkennbar ist, dass in der Region Havelland-	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Fläming keine Beispiele gibt, Flächen aus der forstlichen Nutzung zu nehmen und einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Der Verweis auf andere Bundesländer bei dem Regionalplan verbietet sich.	eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 805	Ja, Wald trägt zur Kohlenstoffbindung wesentlich bei. Die Waldbestände in der Region Havelland-Fläming dienen primär der Forstwirtschaft. Es ist nicht nachvollziehbar, wie das geerntete Holz als "fossiler" Energieträger genutzt werden (Seite 16 von 37) kann. Dieser Argumentation ist nicht nachvollziehbar und einseitig.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 806	Das „monokulturelle" Kiefernforste häufig geringe Bedeutung für den Natur- und Artenschutz aufweisen, ist nicht nachvollziehbar, wenn zum Beispiel bei Bliesendorf 16 von 18 Fledermausarten vorkommen. Auf Seite 41 der Umweltprüfung heißt es: ,,Die generellen Entwicklungstrends der biologischen Vielfalt in Brandenburg deuten auf Rückgänge bei der Mehrzahl von Organismengruppen und Lebensräumen hin. Rund 50 % aller Arten in Brandenburg gelten gemäß Rote Liste als gefährdet." Dieser Trend darf durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald nicht noch beschleunigt und verstärkt werden. Als wesentliche Ursache für den Rückgang der biologischen Vielfalt in Brandenburg wird die anthropogene Überformung der Landschaft genannt. Mit der Errichtung von Industrieanlagen im Wald wird diese Überformung nicht nur fortgesetzt, sondern massiv forciert.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 807	Es ist ein Hohn Windeignungsgebiete im Wald, weiterhin als Wald statt als Industriegebiet zu bezeichnen, denn dieser Wald dient finanziell vornehmlich der Windenergiegewinnung, ist aufgrund der Zerschneidung kein zusammenhängender Wald mehr, weist alle Merkmale eines Industriestandorts auf (Schallemissionen, Infraschall, Schattenwurf, visuelle Wirkungen; Barriere- und Scheuwirkungen der drehenden Rotoren, Schadstoffemissionen im Havariefall, etc.), bedeutet den Tod unzähliger Vögel und Fledermäuse, gefährdet die Schutzgüter Boden und Grundwasser durch Havarien, erhöht die Brandgefahr in einem Gebiet mit hoher Waldbrandgefahr und ist als Erholungs- und Naturerlebnisort verloren. Windeignungsgebiete im Wald sind - wie in anderen Bundesländern praktiziert - abzulehnen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 05 Ferch		
BE-ID: 808	Die allgemeine Wohlfahrt und die Sicherheit/Gefahrenabwehr wird im Regionalplanentwurf unzureichend beachtet. Eine Gefahrenanalyse für die Wohnhäuser im Wald, der nachweislich eine hoher Waldbrandgefahr aufweist und wo Wipfelbrände nicht mehr ausgeschlossen werden können, fehlt. Was bedeutet in diesem Zusammenhang „problembewußte Planung"? Entsprechend dem gemeinsamen Erlass des Ministeriums des Innern und für Kommunales und des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Vorbeugung und Abwehr von Waldbränden (Waldbranderlass) vom 12.02.2020 gehört das Windeignungsgebiet PF 05 Ferch zur Waldbrandgefahrenklasse A (Gebiete mit hoher Waldbrandgefahr). Danach sind Wälder besondere Gefahrenschwerpunkte. In diesen Kiefernwäldern mit sandigen Böden, geringem Bodenwasservorrat, hoher Waldbrandgefahr die Errichtung von WEA zuzulassen, die bei einem Brand nicht löschbar sind, ist aufgrund der Nähe meines Wohnorts eine nicht hinnehmbare Gefahrenlage	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	für mich. Zudem ist bekannt, dass durch die Herstellung von befestigten Zufahrtswegen mit einer Erhöhung des motorisierten Verkehrs einhergeht. Die Vielzahl der Waldbrände in den letzten Jahren belegt, dass das Befahrverbot von Wäldern bei höchster Waldbrandstufe nicht überwacht werden kann. Mein Wohnort liegt mitten in diesem Kiefernwald. Die Waldbrände nehmen seit Jahren zu (2016-2018: 394 ha) und auch die Brände von WEA (2011-2015: 7 WEA). Bei Letzterem werden brennende Teile weggeschleudert oder verweht. Eine Verdriftung brennender Teile und Flüssigkeiten in umgebenden Wald und auf Baumkronen ist nicht ausgeschlossen. Es gibt eine Vielzahl von Brandlasten in WEA wie Schmieröl, Hydrauliköl, glas- und karbonfaserverstärkte Epoxidharze, glasfaserverstärktes Polyester, Kabelisolierungen und elektrische Einrichtungen. Dazu kommen die Zündquellen wie Kurzschluss, Störlichtbogen, elektrische Erwärmung, Heißarbeiten bei der Wartung, Rauchen und offene Flammen. Das geplante Windeignungsgebiet PF 05 Ferch stellt für mich eine unzulässige Gefahrenquelle für Waldbrände dar.	
BE-ID: 809	Das Windeignungsgebiet PF 05 Ferch lehne ich ab, da im Untersuchungsgebiet besonders viele Fledermäuse und Fledermausarten vorhanden sind, die Tötung der streng geschützten Fledermausarten durch WEA billigend in Kauf genommen und damit gegen das Tötungsverbot verstoßen wird. Die Besonderheit dieses Waldgebietes die Größe sowie die weitgehende Unzerschnittenheit darf nicht unwiederbringlich erstört werden, denn dieses Waldgebiet gehört zu Fläche des landesweiten Biotopverbundes und Verbundes aus Wanderkorridoren und großen Waldgebieten und dient als Lebensraum für waldgebundene Arten mit großen Raumanspruch. Sollen jetzt noch die letzten großen, unzerschnittenen Waldgebiete, der letzte Lebensraum der Fledermäuse geopfert werden? Dieses Gebiet als Eignungsgebiet für Windenergieanlagen auszuweisen, lehne ich ab. Und noch bitterer ist zu lesen, dass „die Möglichkeit zur Einsicht in die durch die Windunternehmen durchzuführenden Monitoringberichte (Anmerkung: Vogel- und Fledermausarten) wünschenswert wäre" (Seite 23.) Diese offen dargelegte lntransparenz ist erschreckend.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 810	Als Vorbelastungen wird beim Windeignungsgebiet PF 05 Ferch aufgeführt das andere WEA bereits vorhanden sind. Das entspricht nicht der Realität. Die unmittelbare Nachbarschaft zur einstweiligen unter Schutz gestellten Bogendüne Renneberge (geplantes Naturschutzgebiet) wird bei den abzuwägenden Belangen nicht erwähnt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 811	Es ist weiterhin nicht nachvoliziehbar, dass eine erhebliche Beeinträchtigung z.B. Zerschneidung des Verbindungskorridors nicht erwartet wird, obwohl Zerschneidungen des großen unzerschnittenen Waldgebietes mit der Errichtung von WEA einhergehen und das Gebiete als Verbindungsfläche waldgebundener Arten mit großen Raumanspruch ausgewiesen ist.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 812	Nachweislich kommen zudem im Gebiet besondere Böden vor. Das ist nach dem Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark und der Unterschutzstellung der Bogendüne Renneberg langjährig bekannt. Die Bogendüne ist ein wertvolles Archiv der Naturgeschichte und grenzt unmittelbar an das Windeignungsgebiet. In der Umweltprüfung ist nachzulesen, dass Verluste der Archivfunktion des Bodens als zeuge der Natur- und Kulturgeschichte nicht kompensierbar sind. Für den schutzwürdige Archivboden ist eine ungestörte Boqenentwicklung entsprechend der Umweltprüfung zu gewährleisten. Das Landschaftsprogramm wurde vor über 20 Jahren erstellt und stellt nicht den aktuellen Stand dar.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 813	Außerdem liegt das Windeignungsgebiet PF 05 Ferch teilweise in der Wasserschutzzone III des Wasserwerks Ferch-Mittelbusch. Bau und Betrieb einer WEA bedingen erhebliche Risiken für das Grundwasser: 700 l Getriebeöl (WGK 2), 200 kg Hydrauliköle und Schmieröle und -fette, bis 600 l Kühlmittel (WGK 1), bis 1.500 l wassergefährdende Transformatorenöle oder Ester.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 814	Es ist weiterhin falsch, dass bei der Nullvariante (Entwicklung der Nichtumsetzung der Planung) Windenergieanlage aufgeführt wird. Es steht bisher keine Anlage.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 815	Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Kriterium: Gebiete zum Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft gemäß LaPro Karte 3.6 eine geringe Gewichtung erfährt. Die Umweltauswirkungen sind schutzgutübergreifend erheblich. Es besteht nicht bereits umfängliche ein WEA-Bestand! Die Sachverhaltsermittlung und Bewertung sind teilweise unvollständig bzw. falsch.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Umweltbericht / Umweltbericht		
BE-ID: 816	Die Methodik „nur auf regionsweit verfügbare Datensätze zurückzugreifen, durch welche die relevanten Raumeigenschaften und die Ausprägung der Schutzgüter so genau wie mit vertretbarem Aufwand möglich abgebildet werden können", ist nicht nachvollziehbar und akzeptabel. Am Beispiel des Schutzgutes Boden wird daher auf die veraltete Karte des Landschaftsprogramm 2001 genutzt, statt die Karte Besondere Böden des	Die Datengrundlagen wurden teilweise aktualisiert. Demnach werden in Bezug auf das Schutzgut Boden nunmehr die in der Fortschreibung des „Schutzgutes Boden“ im Landschaftsprogramm Brandenburg vorhandenen Daten und

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Landschaftsrahmenplans Potsdam-Mittelmarks zu verwenden. Der Indikator für die spezifische Empfindlichkeit der abgebildeten Raumeigenschaften wird so unterschlagen. Die Beurteilung der Umweltrelevanz, die Abschätzung der Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sowie die raumbezogene Prognose und Bewertung der nachteiligen Umweltauswirkungen geht fehl.	Erkenntnisse übernommen. Demzufolge werden im Umweltbericht zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 Böden als Archive der Naturgeschichte als auch Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung aus Bodenschutzsicht berücksichtigt. Landschaftsrahmenpläne werden zusätzlich berücksichtigt.
BE-ID: 817	Das Ziel des Umweltschutzes für das Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit sowie Flora/Fauna ist die Vorbeugung der Entstehung von Waldbränden. Dieses Ziel ist zu ergänzen, denn auf die Waldbrandgefahr wird in Tabelle 1 an keiner Stelle eingegangen. Der standortspezifische Belang des Schutzes der Wohnbevölkerung wurde nicht berücksichtigt. Beim Brand der Carbon-Beton-Bauteile einer WEA ist entsprechend dem Gutachten des Umweltbundesamt (UBA-Texte, 117/2019) das Einatmen von WHO-Fasern zu befürchten, die ähnliche Auswirkungen auf das Lungengewebe wie Asbestfasern haben. Carbonfaserstaub steht unter dem Verdacht krebserregend für den Menschen zu sein. Das UBA empfiehlt das die von Carbonfasern ausgehenden Gesundheits- und Umweltgefahren/-risiken unbedingt zeitnah zu untersuchen. Es werden also Anlagen in ein sensibles Ökosystem (Wald, Trinkwasserschutzzone, frei zugänglich für Menschen und Tiere), deren Auswirkungen und Gefahren derzeit noch nicht erforscht sind.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, einen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Stellungnehmer(in): 6365 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 929	1. Das Planungsrecht [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: gemeint ist in Bezug auf die Windenergienutzug] im gesamten Bundesgebiet steht gegenwärtig erheblich unter Änderungsdruck. Daher bin ich der Auffassung, dass zu allererst eine gutachterliche Überprüfung darüber zu erfolgen hat, inwieweit bisherige Planungsstände bereits soweit fortgeschritten sind, um die neue Rechts- und Planungsphase des überholten Rechts den heutigen Bedürfnissen noch gerecht wird.	Die seit 2022 geänderte Rechtslage konnte durch die Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 in einem gesonderten Planungsverfahren berücksichtigt werden. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming wurde mit Bescheid vom 26. September 2024 genehmigt. Zugleich wurde von der Landesplanungsbehörde festgestellt, dass der Sachliche Teilregionalplan mit dem regionalen Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für den Stichtag 31. Dezember 2027 nach Artikel 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes vom 8. März 2023 (GVBl. Nr. 3) in Einklang steht. Somit wurde den Energie- und klimapolitischen Ausbauzielen auf regionalplanerischer Ebene entsprochen. Eine Planänderung ist nicht notwendig.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2 Windenergienutzung		
BE-ID: 930	2. Auffällig ist die Tatsache, dass die Region Treuenbrietzen/Altes Lager sich nicht von der der Region Bad Belzig unterscheidet. Bei vergleichbaren Voraussetzungen wurden für die Region Treuenbrietzen wesentlich mehr Windräder geplant bzw. gebaut als dies in der Region Bad Belzig Fall ist.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 931	3. Es ist zu klären, ob die Inhalte der bisherigen Genehmigungen für WEA noch mit den heutigen Anforderungen in Einklang zu bringen sind. 4. So gibt es über die persönliche Betroffenheit hinaus seinerzeitige Zusagen, wonach nach 20 -30 Jahren Windräder abgebaut werden sollten, während mit dem neuen RP-Entwurf die Standorte in eine erneute Betrachtung als Windeignungsgebiet geraten. Hierauf durften sich bisher Betroffene stets verlassen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 933	5. Ebenso gab es seitens der Genehmigungsbehörden Hinweise darauf, dass die Windenergie nur eine vorübergehend notwendige Energiequelle sei. Nirgendwo ist erkennbar, dass diese Energiekrücke auf Dauer Strom erzeugen wird. 6. Die Verdoppelung der WEA muss nicht automatisch mit einer Verdoppelung der Eignungsflächen einhergehen. Alternativen zur effektiveren Windnutzung sind vorrangig zu suchen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 934	7. Die neuen Vorschläge zur finanziellen Beteiligung von Betroffenen sind als Voraussetzung für eine Genehmigung zu prüfen und gelten daher als zwingender Bestandteil der Genehmigung. Die vertraglichen Regelungen sind der Genehmigung anzuhängen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 935	8. Die Inanspruchnahme von Flächen über den derzeitigen Bestand hinaus wird abgelehnt, insbesondere von Waldflächen und Schutzgebieten. Nicht ohne Grund sind seinerzeit Schutzgebiete sogar förmlich festgelegt worden. Es ist nicht erkennbar, was sich an der Schutzbedürftigkeit heute geändert hat.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 936	9. Die bisher vorgegebenen Abstände sind beizubehalten. Die zugrunde gelegten Abstände haben im Laufe der Jahre zu neuen Strukturen geführt, die nicht wieder zerplant werden sollten. Wird hieran gerüttelt muss die Frage gestellt werden, ob der Bestand sich letztlich einem erneutem Verfahren stellen muss, mit allen Folgen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 937	10. In Treuenbrietzen sind bereits mehr als 2,6 % der Stadtfläche in Anspruch genommen worden, meines Wissens bereits über 15 %. Mit dem Entwurf des Regionalplans erfolgt keine Reduzierung der bisher in Anspruch genommenen Flächen, die aber nunmehr sich nahezu verdoppeln soll. Es kann nicht nur die Fläche betrachtet werden, sondern es sind auch die Auswirkungen der Produktionssteigerung durch wesentlich leistungsstärkere Windräder und auch anderer erneuerbarer Energieträger (Photovoltaik, Biogas usw.) einzubeziehen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 938	11. In die Pauschalisierung der Flächenbeanspruchung sind auch notwendige Nebenanlagen wie z.B. Leitungstrassen, Standorte für Speicher, Wege etc. einzuberechnen. Zu berücksichtigen sind vor allem auch Anlagen, die sich auf Flächen in Nachbargemeinden befinden, insbesondere dann, wenn diese nahe der Gemeindegrenze errichtet wurden/ werden.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 939	12. Wald ist grundsätzlich von einer Nutzung durch Windenergieanlagen unabdingbar auszuschließen. Es gibt keine Begründung, die weiterhin die Erhaltung des Waldes als Gemeinwohl rechtfertigen würde. Das Gegenteil ist anzustreben: Waldflächen sind zusätzlich im RP auszuweisen. Hier bietet sich an, in umgekehrter Argumentation die Gemeinden und auch Investoren anzuhalten, keine weiteren Flächen bereit zu halten.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 940	13. Die auf eine bestimmte Anlage fallenden jeweilige Jahresimmissionsmengen sind jährlich öffentlich darzustellen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 942	14. Im Konkreten wird gefordert: 1. Auf Waldflächen im Gebiet der Stadt Treuenbrietzen werden keine Windräder gebaut. 2. Städtische Ackerflächen werden grundsätzlich für neuen Waldanbau genutzt. 3. Gefordert wird ein Leitungsplan als als Anlage zum Regionalplan. 4. Speicherflächen sind in einem Bebauungsplan festzulegen. 5. Repowering findet nur statt, wenn vor jeder Genehmigung einer neuen Großanlage der Abriss alter Anlagen vollständig erfolgt ist. 6. Die Kommune weist mind. 35 % ihrer Gemeindefläche als „Waldgebiet" aus. 7. In den Ortsteilen Niebel, Lühsdorf, Niebelhorst, Frohnsdorf, Dietersdorf, Pflügkuff, Schmögelsdorf, lüdendorf werden keine Windräder aufgestellt. 8. Speicher werden nicht aufgestellt, es sei denn, die Haushalte der Stadt Treuenbrietzen werden mit Strom aus den im Stadtgebiet Treuenbrietzen betriebenen Windkraftanlagen mit preiswertem Strom in ausreichender Menge vollständig mit Strom versorgt, der tarifvertraglich mind. 20 % unter dem örtlichen Preis liegt. 9. Ich fordere die Einrichtung einer Betroffenenvertretung analog dem Städtebaurecht. 10. Windräder, die mindestens eine Laufzeit von 20 Jahren, höchstens 2 x 5 Jahre in Betrieb warten, sind nach 30 Jahren vollständig abzureißen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Stellungnehmer(in): 6367 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 3234	Der Ausweisung des Kasernengebietes Krampnitz als Siedlungsgebiet wird widersprochen. Diese Ausweisung widerspricht der Festlegung des LEP-HR. Der neue Regionalplan weist den derzeit brach liegenden Stadtteil Krampnitz neu als Vorbehaltsgebiet Siedlung aus. Dieser Ausweisung widerspricht der Ortsbeirat Neu Fahrland anhaltend und vehement, da dies den Zielen des LEP HR "Siedlungsstern" widerspricht. Der Zielabweichungsbescheid vom 29. April 2013 der GL ist mit Auflagen verbunden, die eine generelle und vorbehaltlose Ausweisung als Siedlungsgebiet nicht rechtfertigen können. Es ist fraglich, ob diese Auflagen je erfüllt werden können. So wurde beispielsweise der Änderung und entsprechenden Anpassung des FNP (14/17 8) vom Oktober 2020 mit höherer baulicher Wohndichte seitens der GL nicht zugestimmt.	Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung widerspricht nicht den Festlegungen des LEP HR, welcher den Bereich Krampnitz in der Legende seiner Festlegungskarte bereits als Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt. Bebauung und Erschließung sind über das Ergebnis des Zielabweichungsverfahrens mit Bescheid des Landes Brandenburg vom 29. April 2013 der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL) planerisch geregelt. Damit verbundene Auflagen führen erkennbar nicht zur dauerhaften Untersagung der Bebaubarkeit (siehe auch Bestätigung der GL gegenüber der Landeshauptstadt Potsdam über die Erfüllung der Auflagen zur Zielabweichung für ein Entwicklungsgebiet Krampnitz mit zunächst bis zu 5.000 Einwohnern vom 23.06.2021). Die vorgebrachten Argumente bewirken keine Planänderung.
BE-ID: 3236	Aus S.11 des Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung ist zu lesen: "Zersiedlung und eine Neubildung von Splittersiedlungen soll vermieden werden". Für den Standort Krampnitz trifft diese Kennzeichnung zu. Bislang existiert kein schienengebundener Verkehrsweg und ob eine Tram Anbindung finanzierbar und wegen vieler bedeutsamer Hemmnisse (wie Gründung von neu zu bauenden Brückenpfeilern im Wasserschutzgebiet II, Beeinträchtigung von Waldflächen im LSG, Vernichtung von Denkmalarchitektur, private Flächenankäufe) überhaupt verwirklicht werden könnte, ist bei Betrachtung der bestehenden Gesetzeslage doch höchst zweifelhaft. Das Planfeststellungsverfahren wird kontinuierlich verschoben, die schienengebundene Anbindung darf nicht als gegeben bewertet werden. Daher gibt es keinen ausreichenden Anhaltspunkt für eine Ausweisung einer Wohnsiedlungsentwicklungsfläche. Zudem steht auf S. 12: "Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung" sollen diese ausgeschlossen werden. Dies ist für Krampnitz zutreffend: es verbindet FFH- und Naturschutzgebieten und hat somit eine wichtige Biotopverbundfunktion, die irreversibel geschädigt würde. Fazit: es gibt in Krampnitz	Bereits im LEP HR wird der Bereich Krampnitz in der Festlegungskarte als Siedlungs- und Verkehrsfläche dargestellt. Es handeltsch um eine Konversionsfläche. Zum schienengebundenen Anschluss wird auf die Pressemitteilung der Stadt Potsdam verwiesen: "Demnach sind die Genehmigungsplanung für den zweigleisigen Tramausbau an der Nedlitzer Straße abgeschlossen und die Unterlagen bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht worden. Ein genauer Baustart kann derzeit aber noch nicht prognostiziert werden, da etwaige Anpassungen im Verfahren möglich sind. Dem Grunde nach orientiert sich die ViP an der bauzeitlichen Verkehrsführung der vorherigen Baumaßnahme aus dem Jahre 2017. Ziel ist es, die Beeinträchtigungen für alle Betroffenen so gering wie möglich zu halten und eine effiziente

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	erhebliche Raumkonflikte zu Freiraumverbund, Wald (welcher nicht im gleichen Naturraum ausgeglichen werden kann), Biotopverbund, etc.; daher handelt es sich hier um keine konfliktarme Lage und darf folglich keinesfalls als Siedlung ausgewiesen werden.	Trasse für alle Verkehrsteilnehmer zu bauen." (Quelle: Landeshauptstadt Potsdam; Pressemitteilung Nr. 240 vom 02.06.2023; Tramführung Insel Neu Fahrland: Genehmigungsfähige Lösung gefunden; https://www.potsdam.de/de/240-tramfuehrung-insel-neu-fahrland-genehmigungsfaehige-loesung-gefunden). Bis zu einer Verwirklichung der Verlängerung der Tram-Linie 96 ist die Anbindung anderweitig (zu Fuß, Radverkehr, Bus, Auto) sichergestellt. Die beschriebenen Raumkonflikte gibt es nur im begrenzten Maße, so dass das Vorhaben im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens genehmigt wurde. Maßnahmen zum Ausgleich des Vorhabens sind vorgesehen. "Die Flächen für Ausgleichsmaßnahmen befinden sich sowohl auf Potsdamer Stadtgebiet (erste Priorität) als auch in anderen Naturräumen im Land Brandenburg. Die Ausgleichsmaßnahmen für Zauneidechsen und Brutvögel erfolgen teilweise auf der ehemaligen Deponie Golm, welche durch entsprechende Aufwertungsmaßnahmen auch die Eingriffe in Natur- und Landschaft der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz ausgleicht. Die erforderlichen Waldausgleichmaßnahmen werden seitens der Forst als Erstaufforstungsmaßnahmen beauflagt. Im Stadtgebiet Potsdam stehen hierfür keine entsprechenden Flächen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wurden entsprechend in Abstimmung mit der Forst Erstaufforstungsmaßnahmen im Naturraum Mittlere Mark und Niederlausitz gebunden und teilweise schon umgesetzt. Darüber hinaus bestehen weitere Erfordernisse für weitere Ausgleichsmaßnahmen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht weiter konkret räumlich definiert wurden. Auch hier besteht das Ziel eingriffsnahe Ausgleichsflächen (Stadt Potsdam) zu identifizieren, obgleich es nur eine limitierte Flächenverfügbarkeit im Stadtgebiet gibt." (Quelle: Beantwortung der Bürger*innen-Fragen aus dem 14. Forum Krampnitz; S.10-11; Flächen für Ausgleichsmaßnahmen) Die vorgebrachten Sachverhalte führen zu keiner Regionalplanänderung.
BE-ID: 3239	S. 6 des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung: "Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten." Auch diese Forderung ist für den Standort definitiv nicht zutreffend, von einer Lagegunst ist nicht auszugehen. Die unter IV.2 genannten Kriterien zur Bestimmung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nach Stufe 1 sind nicht zutreffend, es gibt bislang weder eine Schule, eine Kita noch medizinische oder Nahversorgung und es existiert keine Bahnanbindung. Die Ausweisung als zentraler Ort gilt für Potsdam, nicht aber für Krampnitz, welches im ländlichen Raum des Potsdamer Nordens liegt; hier ist definitiv kein OZ. Die Anhang dargestellte "Tabelle 1: Ausstattungs- und LEP HR-Raummerkmale der nach Stufe 1 ermittelten Ortsteile mit lokalen Versorgungsansätzen" auf S.20 ist dahingehend nicht richtig ausgefüllt. Die Kriterien	Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	nach Stufe 2 sind ebenfalls nicht zutreffend, da es sich im weiteren Umfeld um eigenständige Ortsteile handelt, die definitiv nicht zentrale Verknüpfungspunkte darstellen. Die Kriterien nach Stufe 3 sind ebenfalls nicht zutreffend, da es keine Siedlungsstrukturen im Umfeld von 100 m gibt; auch Stufe 4 ist nicht anwendbar. Inwieweit die Stufe 5 anwendbar ist, kann derzeit nicht abschließend geklärt werden, da unklar ist, ob die aktuellen Planungen umgesetzt werden können (siehe oben).	Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Im Rahmen dieses Planungskonzepts ist der Stadtteil Krampnitz, z.B. von Groß Glienicke und Fahrland sowie von Bornim und der Nauener Vorstadt entsprechend erreichbar. Unabhängig davon sehen die Planungen der Stadt Potsdam die Errichtung umfangreicher Versorgungseinrichtungen vor Ort vor. Da die Einrichtungen in Krampnitz aber noch nicht errichtet sind, wird der Ortsteil nicht mehr in Tabelle 1 der Begründung gelistet
BE-ID: 3240	Die von der LH Potsdam vorgelegten Verkehrsuntersuchungen für das Entwicklungsgebiet Krampnitz beruhen auf veralteten Zählungen und unrealistischen Annahmen, die sich nicht erfüllen werden. Als Folge ist eine unerträgliche und nicht zu tolerierende Überlastung des Verkehrs im Westraum Berlin Brandenburgs (Wustermark, Dallgow-Döberitz, Berlin-Spandau) zu erwarten. Die mitten durch den Ortsteil Neu Fahrland führende Bundesstraße 82 ist seine einzige Erschließungsstraße und verbindet Potsdam über den OT Neu Fahrland - Krampnitz - mit Berlin-Spandau. Es ist daher mit Dauerstaus in der Ortslage Neu Fahrland bei einer vorbehaltlosen Ausweisung des Entwicklungsgebietes Krampnitz als Siedlungsgebiet im Regionalplan 3.0 zu rechnen. Die Verkehrswirkungsuntersuchung beruht darüber hinaus auf Annahmen die einem Wunschdenken entsprechen und fern der Realität sind. Krampnitz wäre eine Trabantenstadt ca. 5 km auf dem flachen Land, wo die Bevölkerung vermehrt auf das Auto angewiesen ist. Die Hoffnung, dass nur jede 2. Wohnung ein PKW nutzen wird, entspricht nicht den gelebten Verhältnissen, besonders da gleichzeitig Elektromobilität mit Milliardensummen gefördert wird, was dem Wunsch der Bevölkerung nachkommt, Verkehrsmittel den Lebensumständen gemäß frei wählen zu können. Die Annahmen für die Rechtfertigung einer Tram nach Potsdam sind unrealistisch: es werden deutlich mehr Zielverkehre über die B2 Richtung Berlin Spandau und in Richtung der südlich gelegenen Stadt Potsdam erfolgen, als angenommen. Die Verkehrswirkungsuntersuchung geht von interessenbeeinflussten Best Case Berechnungen aus, die mit dem realen Verkehrsaufkommen nicht identisch sind. Im Gegensatz zur ersten Verkehrswirkungsuntersuchung, verzichtete die LH Potsdam in der im Jahr 2020 erstellten Fassung auf eine Real Case und Warst Case Betrachtung. Im Warst Case Fall sind nicht tolerierbare Dauerstaus und Verkehrskollapse im Westraum Berlins, für Neu Fahrland (z.B. Am Wiesenrand) und die Innenstadt Potsdam als Folge einer Ausweisung als vorbehaltloses Siedlungsgebiet zu erwarten.	Im Quartier Krampnitz selbst wird von einer Stellplatzanzahl von 0,5 Pkw pro Wohneinheit geplant. Aufgrund dessen, dass das Auto voraussichtlich nicht das meistgenutzte Verkehrsmittel sein wird, kann von einer akzeptablen Auslastung der umliegenden Straßen ausgegangen werden. Bei dem Vorhaben Krampnitz handelt es sich um ein Quartier, welches Ärzte, Kitas, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten beinhaltet. Dies sorgt dafür, dass kurze Wege (zu Fuß, Radverkehr, ÖPNV) ermöglicht werden und so auf ein Auto verzichtet werden kann. Aus diesem Grund ist die Rechnung von 0,5 Pkw pro Wohneinheit als realistisch anzusehen. Es ist eine neue Express-Buslinie zwischen Krampnitz und Berlin-Spandau geplant. "Um eine weitere, angebotsorientierte Aufwertung der Verbindungen von/nach Berlin vorzunehmen, soll das „Stammangebot“ um ein Expressbusangebot „X38“ (Arbeitstitel) ergänzt werden. Damit können in Bereichen ohne Straßenbahn oder sonstigem Schienenverkehr konkurrenzfähige Beförderungsgeschwindigkeiten und zusätzliche Direktverbindungen geschaffen werden. Um diesem Ziel gerecht zu werden, wird eine umwegfreie Linienführung von Bhf Marquardt (Anschlüsse zur RB21 von/nach Berlin) über Krampnitz nach S+U-Bhf Rathaus Spandau angestrebt. Darüber hinaus sind ÖPNV-Beschleunigungsmaßnahmen geboten, um kurze Fahrzeiten zu ermöglichen." (Quelle: ÖPNV-Angebotskonzept Krampnitz, 29.09.2020; S.18; https://www.krampnitz.de/wpcontent/uploads/2022/07/oepnv_angebotskonzept_krampnitz.pdf) Es wurde ermittelt, dass bei einer Bevölkerung von 10.000 Einwohnern in Krampnitz pro Tag 7.930 Fahrgäste mit der Tram zwischen Krampnitz und Campus Jungfernsee pro Richtung unterwegs sein werden. (Quelle: ÖPNV-Angebotskonzept Krampnitz, 29.09.2020; 3.2 Prognose der Fahrgastzahlen; S.14; https://www.krampnitz.de/wp-content/uploads/2022/07/oepnv_angebotskonzept_krampnitz.pdf) Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Regionalplanänderung.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3243	Gleichzeitig widerspricht die finanzielle Belastung durch einen Trambau die Haushaltssituation der LH Potsdam in ihrer Leistungsfähigkeit (die einen Eigenanteil von mehr als 50 Mio. € für die Stadt Potsdam erfordert, allerdings nach Berechnungen von 2016 und daher ohne die Berücksichtigung von Teuerungsraten).	Da Einschätzungen zur finanziellen Leistungsfähigkeit für Erschließungsmaßnahmen nachrangig zum Fokus regionalplanerischer Festlegungen stehen, führen sie hier zu keiner Regionalplanänderung. Darüber hinaus wird auf Aussagen im Forum Krampnitz verwiesen: "Straßenbahnen verfügen über eine höhere Fahrgastkapazität als Bussysteme. Dies ist - neben weiteren Systemvorteilen von schienengebundenen Verkehrsmitteln - auch langfristig ein wirtschaftlicher Vorteil." (Quelle: Auswertung 22. Forum Krampnitz am 01.06.2023; https://tram96.de/auswertung-22-forum-krampnitz-am-01062023)
BE-ID: 3244	Die Ausweisung als Siedlungsraum würde eine deutliche Verschlechterung der Lebenssituation aller Menschen des bestehenden Ortsteils Neu Fahrland verursachen, welcher, wie oben dargelegt, selbst nur über die B2 erreichbar ist. Die Durchgangsverkehre würden massiv zunehmen. Gleichzeitig stark verkehrsbehindern würde eine TRAM durch notwendig werdende Ampelanlagen und notwendige TRAM-Straßenkreuzungen welche beide die Bewegungsfreiheit der Einwohner in extreme Mitleidenschaft ziehen würden, weil sie schon innerörtlich lange Stauungen auf den Zufahrtstraßen zur 82 verursachen würden (z.B. extrem schwierig beim westlichen Teil Neu Fahrlands, Am Kirchberg, wo sich auch eine Kita befindet und sich schon heute während der Hauptverkehrszeiten lange Rückstaus bilden).	Es ist davon auszugehen, dass der Durchgangsverkehr zunehmen wird. Allerdings stellen die geplanten ÖPNV-Angebote eine optionale Möglichkeit dar, mit der Nutzung von Tram oder Bus, den Gesamtverkehr zu reduzieren. Eine Tram-Haltestelle in Neu Fahrland ist geplant. "Die zusätzlichen Lichtsignalanlagen (Ampeln) sind aufgrund der anzuwendenen Richtlinien und damit Wahrung der Verkehrssicherheit und einem stabilen Verkehrsfluss erforderlich." (Quelle: ÖPNV-Angebotskonzept Krampnitz, 29.09.2020; 3.2 Prognose der Fahrgastzahlen; S.14; https://www.krampnitz.de/wp-content/uploads/2022/07/oepnv_angebotskonzept_krampnitz.pdf) Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Regionalplanänderung.
BE-ID: 3247	Die Erreichbarkeit der nächsten Bushaltestelle wiederum liegt für den westlichen Teil Neu Fahrlands, der sozusagen eine durch den Weißen See, den Fahrländer See und den Kirchberg umschlossene „Halbinsel" ist, größtenteils mehr als einen Kilometer und z.T. mehr als 25 Minuten fußläufig entfernt, so dass die Einwohner auf Kfz-Nutzung angewiesen sind, wollen sie ihre Einkäufe, Arztbesuche etc. verrichten. Dazu im Regionalplanentwurf folgende Forderung: In der Online-Publikation Nr. 09/2019 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) [40] werden Ergebnisse einer Untersuchung zur methodischen Weiterentwicklung von Erreichbarkeitsanalysen des BBSR aufgezeigt, u.a. mit Empfehlungen zu spezifischen routenbezogenen Erhebungen. Damit werden beispielsweise natürliche Barrieren berücksichtigt. Diese Untersuchung nimmt Bezug auf eine BBSR-Betrachtung zur Nahversorgung in ländlichen Räumen, die „als Schwellenwert für die fußläufige Erreichbarkeit zum nächsten Supermarkt, zur Apotheke, zum Hausarzt, zur Grundschule sowie zur ÖV-Haltestelle eine Luftliniendistanz von 1 km bzw. eine Gehzeit von 15 Minuten verwendet" ([40], S. 100). Krampnitz wäre daher eine Verkehr produzierende Exklave jenseits des ländlichen Raums von Neu Fahrland, das eingezwängt zwischen Potsdam und Krampnitz der unhaltbaren Verkehrssituation 100%ig ausgeliefert wäre und dessen eigener MiV durch die stark zunehmende Behinderung an der Zufahrt zur B2 geradezu blockiert würde. Fazit: die Siedlungsentwicklung muss auf bestehende örtliche Gegebenheiten Rücksicht nehmen und darf außerhalb des sog. ,,Siedlungssterns" kein neues urbanes Zentrum entwickeln, das zum Kollaps der Infrastruktur des vorhandenen Siedlungsgebiets führt.	Es ist davon auszugehen, dass der Durchgangsverkehr zunehmen wird. Allerdings stellen die geplanten ÖPNV-Angebote eine optionale Möglichkeit dar, mit der Nutzung von Tram oder Bus, den Gesamtverkehr zu reduzieren. Zudem entsteht ein Versorgungszentrum mit sozialer Infrastruktur der Grundversorgung für Anwohnende, wodurch Verkehre ebenso verringert werden sollen. Im Quartier Krampnitz selbst wird von einer Stellplatzanzahl von 0,5 Pkw pro Wohneinheit geplant. Aufgrund dessen, dass das Auto voraussichtlich nicht das meistgenutzte Verkehrsmittel sein wird, kann von einer akzeptablen Auslastung der umliegenden Straßen ausgegangen werden. Aufgrund dessen, dass der ÖPNV stark ausgebaut wird, ist anzunehmen, dass sich die Einwohner gleichmäßig auf die möglichen Verkehrsmittel verteilen; ein "Kollaps" der sich zeitgleich mit entwickelnden Infrastruktur wird nicht erwartet. Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung widerspricht nicht den Festlegungen des LEP HR, welcher den Bereich Krampnitz in der Legende seiner Festlegungskarte bereits als Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt. Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Regionalplanänderung.

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Stellungnehmer(in): 6380 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3326 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6381 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3327 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6384 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3328 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6385 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3329 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6386 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe	
BE-ID: 3331 In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6387 / Privat	
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 15 Lindower Heide	
BE-ID: 3188 zu IV.2.3. Oberflächennahe Rohstoffe Gem. Auswahlkriterien für Vorranggebiete Rohstoffgewinnung wird in der Tabelle 19 Kriterienanwendung, Seite 80 ff unter der laufenden Nr.19 für das Gebiet Lindower Heide die Übernahme in den Regionalplan vorgeschlagen. 1. Die Übernahme dieses Gebietes in den Regionalplan lehne ich ab, weil innerhalb des als Lindower Heide ausgewiesenen Gebietes geschätzt 330.000 t illegal entsorgte Abfälle lagern. Die ehemalige Kiesgrube ist mit bisher nicht geklärten Stoffen kontaminiert und der Betrieb Kiesgrube gesperrt. Eine Aufnahme der ausgewiesenen Vorrangfläche in den Regionalplan kommt einem "weiter so" gleich und behindert u.U. die Feststellung der aktuellen Gefahrensituation und die Lösungsfindung, 2. Fachleute beurteilen den in diesem Bereich gewinnbaren Kies als von minderwertiger Qualität. D.h. die Gewinnung von Kies steht nicht im Vordergrund. Es ist zu vermuten, das nach einem Abbau des Kieses die Restlöcher als Deponie verwendet werden und dies der wahre Grund für die Erschließung dieses Gebietes ist. Sie als Planer können natürlich nicht in die Zukunft sehen, aber bitte denken Sie das Sie mit Ihren Entscheidungen Zukunft mitbestimmen. Folgende Punkte sprechen gegen Ihre ausgelegten Planungsunterlagen unter der Nummer 19 für das Gebiet Lindower Heide: 1. Das bisherige Areal der	Die Bedenken hinsichtlich der Ausweitung einer Mülldeponie sind nachvollziehbar, führen jedoch zu keiner Planänderung. Der Sachverhalt der Deponieverfüllung ist der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming bekannt. Dieser Bereich ist nicht als Vorranggebiet festgelegt. Die Rohstoffqualität bewertet das LBGR mit 2 von maximal 3 Punkten. Der fachlichen Bewertung des LBGR zur übrigen Fläche stehen keine Raumnutzungskonkurrenzen entgegen, weshalb dem Vorschlag des LBGR zur Festlegung als Vorranggebiet zu folgen ist. Ein ordnungsgemäßer Betrieb muss vom Betreiber und der Fachaufsicht über abgestimmte Rahmen- sowie Abschlussbetriebspläne kontrolliert erfolgen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Lindower Heide und angrenzende Bereiche sind durch Müll und Sondermüll belastet. Eine abschließende Klärung im ausreichenden Umfang ist bisher ausgeblieben und es werden durch die Festschreibung im Regionalplan neue Fakten geschaffen. Zu diesem Sachverhalt bitte ich zuerst um eine abschließende und vollumfängliche Prüfung und Klärung sowie Stellungnahme aller Verantwortlichen, bevor eine Erweiterung der Kiesgrube erfolgt, 2. Das Kiesvorkommen in der geplanten Erweiterung ist nach Rücksprache mit den Fachleuten aus der Region und bereits vorliegenden Bodengutachten von minderer Qualität. Es ist „besserer" Füllboden. Eine wirtschaftliche Nutzung der Erweiterung zielt auf eine Wiederbefüllung mit „Müll" ab. D.h. die bereits vorhandenen Missstände werden potenziert.	
BE-ID: 3189	zu IV.2.3. Oberflächennahe Rohstoffe Gem. Auswahlkriterien für Vorranggebiete Rohstoffgewinnung wird in der Tabelle 19 Kriterienanwendung, Seite 80 ff unter der laufenden Nr.19 für das Gebiet Lindower Heide die Übernahme in den Regionalplan vorgeschlagen. 3. Die Bewertung des Einflusses der Grundwasserabsenkung wird in Ihrer Planung auf nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen übertragen. Hier setzt die Aufnahme diese Gebietes in den Regionalplan ebenfalls das falsche Zeichen. Brandenburg und speziell der Fläming sind bereits jetzt von Wassermangel und sinkenden Grundwasserständen betroffen. Die Anlage einer Kiesgrube beeinträchtigt die umliegenden Waldgebiete und beschleunigt das Waldsterben. Insgesamt ist dieser Kriterienkatalog natürlicher Weise vordergründig auf die Bestätigung der vorgegebenen Ziele ausgerichtet. Begriffe wie "Waldfunktion: Im Plangebiet nicht vorhanden", "Vogelarten incl. Umfeld: Im Plangebiet nicht vorhanden" sind dazu angetan die zu erwartenden negativen Einflüsse in ihrer Bedeutung herunterzuspielen, um so die Durchsetzbarkeit des Vorhaben zu ermöglichen. Folgende Punkte sprechen gegen Ihre ausgelegten Planungsunterlagen unter der Nummer 19 für das Gebiet Lindower Heide: 3. Bei Umsetzung der Planungen wird es zu einer weiteren Grundwasserabsenkung in unserer Region kommen. Unweit der geplanten Erweiterung liegt das Quellgebiet der Nieplitz. In den letzten Jahrzehnten ist die Nieplitzquelle mehrere Hundertmeter in Richtung Mündung gewandert. Durch die Grundwasserabsenkung kommt es zu gravierenden Veränderungen in der ursprüngliche Vegetation. Viele Laubbäume und Nadelbäume u.a. Eichen und Kiefern sind bereits erkrankt bzw. vertrocknet. Der bereits "minderwertige Wald" bzw. die "minderwertige Vegetation" werden weiter geschwächt, geschädigt und vernichtet. Was kommt danach? Wüste?,	Das vorgebrachte Argument ist nachvollziehbar, führt jedoch zu keiner Planänderung. Über Festlegungen zur Reduzierung von Grundwasserbeeinträchtigung wird erst im Zulassungsverfahren für die Betriebspläne entschieden, z.B. durch Begrenzung auf Abbau im Trockenschnitt, welcher am Standort möglich ist. Die Gewinnung von Kiesen und Sanden wird damit nicht ausgeschlossen.
BE-ID: 3190	zu IV.2.3. Oberflächennahe Rohstoffe Gem. Auswahlkriterien für Vorranggebiete Rohstoffgewinnung wird in der Tabelle 19 Kriterienanwendung, Seite 80 ff unter der laufenden Nr.19 für das Gebiet Lindower Heide die Übernahme in den Regionalplan vorgeschlagen. Folgende Punkte sprechen gegen Ihre ausgelegten Planungsunterlagen unter der Nummer 19 für das Gebiet Lindower Heide: 4. In dem Gebiet brütet der Rote Milan. Es ist ein Lebensraum von Fledermäusen, Eidechsen und Schlangen. Das sind nur einige Gründe, die gegen die Erweiterung der Lindower Heide sprechen. Ich bin nur ein Laie. Dennoch bitte ich Sie, meine Informationen und Argumente gewissenhaft zu prüfen. Sie tragen die Verantwortung!	Das vorgebrachte Argument ist nachvollziehbar, führt jedoch zu keiner Planänderung. Über Maßnahmen zum Schutz von Tierarten wird im Zulassungsverfahren für die Betriebspläne Konkretes festgelegt, z.B. zur Umsiedlung von Tierarten oder Errichtung von Alternativhorsten und Inanspruchnahme der betroffenen Flächen erst nach erfolgten "Umzügen".
Stellungnehmer(in): 6388 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 3439	0. Einleitung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (Planungsgemeinschaft) hat den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (Regionalplan) vom 05.10.2021, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte, Begründungen und dem zugehörigen Umweltbericht gebilligt und die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG beschlossen.	Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3449	Sollten wir darüber hinaus zu weiteren Erkenntnissen gelangen, die den Sachverhalt ergänzen und den Beteiligungsprozess betreffen, behalten wir uns vor, die vorliegende Stellungnahme zu ergänzen. Wir bitten Sie uns zum weiteren Vorgehen in Kenntnis zu setzen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 a) Paterdamm / Krahne		
BE-ID: 3440	Die Privatpersonen ... und ... nehmen als betroffene Anwohner zum geplanten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) wie folgt Stellung. 1. Bewertung Regionalplan 3.0 der GBNO. Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt: 1.) Vernichtung von Waldflächen.	Es wird auf Abschnitt II.3.1 und III der zweckdienlichen Unterlage „Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ sowie auf die BE 1412, 1135 und 3391 verwiesen.
BE-ID: 3441	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt: ... --> 2.) Wegfall von Wasserspeicher.	Die Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 3406 verwiesen.
BE-ID: 3442	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt: ... --> 3.) Wegfall von landwirtschaftlichen Nutzflächen.	Die Bedenken sind unbegründet. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Belange der Landwirtschaft wird durch die geringfügige Inanspruchnahme von Ackerfläche (ca. 16 Hektar, Ackerzahl < 20) nicht bewirkt.
BE-ID: 3443	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt: ... --> 4.) Zerstörung von Lebensraum.	Die Bedenken sind unbegründet. Belange des Artenschutzes und des Biotopschutzes werden bei der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne berücksichtigt. Es wird insbesondere auf BE 2016 verwiesen.
BE-ID: 3444	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt... --> 5.) Versiegelung der Landschaft.	Die Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 1138 verwiesen.
BE-ID: 3445	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt ... --> 6.) Neuerschließung eines noch nicht existierenden Gewerbegebietes, besser wäre Ausnutzen von bestehenden Gewerbegebieten.	Die Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 3391, 3400 und 3409 verwiesen.
BE-ID: 3446	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt... --> 7.) einseitiger Transportweg (Schiene und Wasserstraßen nicht vorhanden).	Die Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 126, 2651 und 3408 verwiesen.
BE-ID: 3447	Den im Regionalplan 3.0 verankerten, großindustriellen Vorsorgestandort (GIV) zwischen Paterdamm, Göttin und Krahne lehnen wir ab und begründen dies wie folgt... --> 8.) Gefahr des Ausbaus von Waldwegen für Umleitungen des Autobahnverkehrs.	Die Bedenken sind unbegründet. Eine Umleitung des Autobahnverkehrs auf Waldwege wird durch die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts nicht bewirkt.
BE-ID: 3448	Wir haben bei den Abwägungen der Regionalplanung die o.g. Fehleinschätzungen festgestellt und können eine positive Resonanz für die Stadt Brandenburg an der Havel nicht im Ansatz erkennen. Die negativen langfristigen Auswirkungen der Errichtung eines GIV dominieren klar gegenüber den wirtschaftlichen Vorteilen. Der Standort ist nicht geeignet und die Idee soll verworfen werden.	Die Bedenken sind unbegründet. Es wird auf BE 3412 sowie 3409 verwiesen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Stellungnehmer(in): 6389 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 Z 1.2 GIV		
BE-ID: 3450	Bezug nehmend auf den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 möchte ich folgende Stellungnahme abgeben. Stellungnahme: In der Festlegungskarte zum v. g. Regionalplan 3.0 ist bitte das Gewerbegebiet Brück/Linthe als großflächiger gewerblich-industrieller Standort wieder mit Flächenfüllung hinzuzufügen. (Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Im Folgenden wird eine Abbildung dargestellt, auf der ein Gebiet südlich von Brück markiert ist). Begründung: In sämtlichen Landesplanungen wurde das historisch gewachsene und für unsere Region räumlich bedeutende Gewerbegebiet Brück/Linthe erfasst und dargestellt. Bereits der LEP BB sah es als Vorsorgestandorte für gewerblich-industrielle Vorhaben vor.	Der Anregung, das Gewerbegebiet Brück/Linthe als großflächiger gewerblich-industrieller Standort in der Festlegungskarte darzustellen, wird nicht gefolgt. Der Standort erfüllt nicht länger die Anforderungen gemäß des Ziels 2.3 (LEP-HR). Insbesondere die Anforderungen an die Flächengröße von 100 Hektar als Richtwert werden nicht erfüllt. Eine Festlegung des Gewerbegebiets Brück/Linthe als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandtandort erfolgt nicht. In der Folge ist auch keine Darstellung in der Festlegungskarte notwendig.
BE-ID: 3451	Da sich weiterhin Gewerbe und Industrie mit erheblichen Beschäftigungen für die Bevölkerung in diesem befinden, sollte das v. g. Gewerbe- und Industriegebiet als immer noch landesweit bedeutender Standort mit entsprechender flächiger Schraffur für einen großflächigen gewerblich-industriellen Standort in der Festlegungskarte dargestellt werden.	Die Anregung verkennt die Wirkung einer Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort. Das Gewerbegebiet Brück/Linthe wird durch die Entscheidung, den Standort nicht als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen, nicht in seiner wirtschaftlichen Bedeutung und seinen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt.
Stellungnehmer(in): 6390 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 3232	Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 möchte ich einen Hinweis auf den "Sachlichen Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte" vom 07.10.2020 geben, von dessen Fortgeltung auch unter dem Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 ich ausgehe. Im Textteil zum "Sachlichen Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte" kommt unter der Randnummer 80 sowie unter der Randnummer 83 zum Ausdruck, dass mit den jeweils dort formulierten Festlegungen ein Beitrag zu "einer Entlastung des auf der Landeshauptstadt Potsdam liegenden Siedlungsdruckes" verbunden sein könne. Diesen Gedanken möchte ich betonen und für die weitere regionalplanerischen Überlegungen berücksichtigt wissen. Die Entwicklung der Stadt Potsdam droht in manchen Teilen der Stadt ein anderes Bild zu ergeben. Dabei habe ich nicht nur die Wohnungsbauentwicklung und die Praxis der Erschließung neuer Baugebiete im Blick (z. B. Ortsteil Krampnitz), sondern auch die Entwicklung einzelner Bauprojekte, von deren Realisierung wenigstens mittelbar eine Erhöhung des bereits jetzt auf der Stadt Potsdam liegenden Siedlungsdrucks ausgehen dürfte (z. B. die angestrebte Entstehung des sogenannten "Libeskind-Turms" im Ortsteil Babelsberg). Aus solchen Projekten werden sich im Übrigen Zwangspunkte für infrastrukturelle Maßnahmen einer raumbedeutsamen Größenordnung ergeben, was ebenso auf Seiten der Gemeinsamen Landesplanung bzw. der Regionalplanung berücksichtigt werden und Anlass geben muss, diese Entwicklungen genau zu beobachten.	Der Hinweis ist nachvollziehbar, führt aber nicht zu einer Änderung im Regionalplan. Die Siedlungsentwicklung in Potsdam unterliegt tatsächlich einer enormen Nachfrage an Wohnraum in der Landeshauptstadt. Diese wird insbesondere über die Festlegungen im LEP HR zum Gestaltungsraum Siedlung gesteuert - Plangeber hier ist die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming als Trägerin der Regionalplanung zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die - unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten - für eine Wohnnutzung außerhalb des Gestaltungsraums Siedlung qualitativ hochwertig sind und will so dazu beitragen, dem vorhandenen Siedlungsdruck auf den Potsdamer Kernraum raumordnerisch sinnvolle Alternativen anzubieten. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Im regionalplanerischen Monitoring wird diese Entwicklung entsprechend begleitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
Stellungnehmer(in): 6391 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 3195	Wir, eine Bürgerinneninitiative aus 14822 Brück, möchten wie folgt zu dem von Ihnen ausgelegten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Stellung nehmen. Mit großer Verwunderung haben wir festgestellt, dass im v. g. Entwurf für 14822 Brück entlang der Gartenstraße die vorhandene Wohnbebauung als Vorbehaltsgebiet Siedlung in den Außenbereich und im konkreten Fall eindeutig in Richtung Naturschutzgebiet erweitert werden soll. Zuerst im 1. Bauabschnitt, fortführend noch ein BA 2 und BA 3. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenausschnitt] Diese Erweiterung wurde bisher nicht durch die zuständige Stadtverordnetenversammlung zur Aufnahme in den Flächennutzungsplan beschlossen, sondern ist nach der aktuell gültigen vorbereitenden Bauleitplanung Fläche für landwirtschaftliche Nutzung. Sie dient als unmittelbar vorgelagertes Gebiet zum Naturschutzgebiet (NSG) "Belziger Landschaftswiesen" vor allen Dingen dem Schutz und der Entwicklung freier natürlicher Funktionen der Natur, wie bspw. Boden-, Wasserhaushalt, Tier- und Pflanzenwelt. Zudem hat sie aufgrund ihrer Lage am NSG und natürlichen Struktur eine besondere Erholungsfunktion für die Menschen. Dies wird unter anderem darin deutlich, dass viele Brücker Bewohner und Gäste die umgrenzenden Wander- und Radwege für Wanderungen und Ausflüge mit ihren Tieren nutzen, um die freie, wertvolle Natur zu genießen. Aktuell wird in einem Unterausschuss der Stadtverordnetenversammlung von einer kleinen Gruppe Vertreter der Stadtverordnetenversammlung die Fortschreibung des bestehenden Flächennutzungsplanes der Stadt Brück diskutiert. Nahezu alleiniger Hintergrund ist die Schaffung neuer Wohnbauflächen nach rein wirtschaftlichen und monetären Vorteilsaspekten für die Stadt. Anstatt die inneren Bereiche des Stadtgebiets zu verdichten, wurde ohne jegliche Abwägung mit naturschutzrechtlichen Belangen und der Erholungsfunktion im ländlichen Raum oder überhaupt der Brücker Siedlungsstruktur die o. g. Erweiterungsfläche in Richtung Naturschutzgebiet aufgenommen. Die Ausweisung der v. g. Fläche widerspricht nicht nur den Zielen der Landesplanung, sondern auch denen der von der Regionalplanung durchzuführenden Umweltprüfung. Die v. g. Umweltprüfung sieht gern. Entwurf Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (RP HVL-FL 3.0) die Betrachtung der folgenden Auswirkungen, insbesondere auch bei Siedlungserweiterungen, vor für: - Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, - Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Natura 2000 und (europäischer) Artenschutz, - Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, - Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie, - Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Begründung: Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung bereits auf konfliktarme Lagen ab. Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung erfolgt keine Flächenfestlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung. In Fällen abzuwägender Raumkonflikte von Flächen, bei deren Inanspruchnahme für eine Wohnsiedlungsnutzung Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die aber voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können, erfolgt eine Festlegung dieser Flächen als Vorbehaltsgebiet Siedlung nur in Ermangelung alternativer Flächen ohne jeglichen Raumnutzungskonflikt. Der in der Festlegungskarte dargestellte Bereich westlich der Gartenstraße entspricht dem von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzept und steht in keinem Widerspruch zu anderen Raumansprüchen an diese Fläche. Die benannten Schutzgebiete befinden sich in einer Entfernung von mehr als 400 Meter.
BE-ID: 3196	Wir, eine Bürgerinneninitiative aus 14822 Brück, möchten wie folgt zu dem von Ihnen ausgelegten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Stellung nehmen. Mit großer Verwunderung haben wir festgestellt, dass im v. g. Entwurf für 14822 Brück entlang der Gartenstraße die vorhandene Wohnbebauung als Vorbehaltsgebiet Siedlung in den Außenbereich und im konkreten Fall eindeutig in Richtung Naturschutzgebiet erweitert werden soll. Zuerst im 1. Bauabschnitt, fortführend noch ein BA 2 und BA 3. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenausschnitt]. Zudem ist bei der Ausweisung des Sachlichen Teilregionalplans Havelland-Fläming "Grundfunktionale Schwerpunkte" explizit erwähnt, dass auch und insbesondere für Grundfunktionale Schwerpunkte bei der Wachstumsreserve von bis zu 2ha/1000 Einwohnerinnen klar zu berücksichtigen ist, dass die Innenentwicklung weiterhin grundsätzlich Vorrang vor der Außenentwicklung haben soll. (vgl. § 5 Absatz 1 LEPro 2007 und G 5.1 Absatz 1 LEP HR). Mit der Ausweitung der Wohnbauflächen an der Brücker Gartenstraße in Richtung Außenbereich am NSG Belziger Landschaftswiesen wird diese Maßgabe vollständig in der Diskussion der politischen Handlungsträger in Brück ausgeblendet und bewusst ignoriert. Trotzdem fand die Erweiterung in den Außenbereich bei reichlich	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Begründung: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Die Absicht besteht nicht in einer unveränderten Übernahme entsprechender Festlegungen aus

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	mehr als 12ha ausgewiesenen Mehrwohnbauflächen auch im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming Berücksichtigung. Da im Entwurf des RP HVL-FL 3.0 selbst folgende Festlegungen getroffen wurden "Ziele des Regionalplans sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Für Ziele des Regionalplans gilt die Pflicht zur Beachtung." ist sogar von einer Verbindlichkeit bei Planbeschluss auszugehen und eine Abwägung im Sinne des Naturschutzes mit Betrachtungen zur Minimierung des Eingriffs in die Natur im Nachfeld kaum mehr möglich. In nicht öffentlichen Sitzungen des Unterausschusses der SVV Brück ist eine Liste von möglichen Wohnbauflächen zur Aufnahme in den FNP entstanden. Die Ziele des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR), insbesondere Z 5.7 „Weitere Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung" mit einer absolut maximalen „Wachstumsreserve in einem Umfang von bis zu 2 Hektar/1000 Einwohnerinnen und Einwohner" wurden und werden in jeder Diskussion völlig ignoriert und konterkariert. Stattdessen wird im konkreten Fall immer wieder von einem Minimum an 12ha bei ca. 4.000 Brücker Einwohnerinnen gesprochen und getrickst. So sind der Regionalen Planungsgemeinschaft weit mehr Flächen für die Wohnsiedlungsentwicklung im Rahmen des FNP gemeldet worden und es wird ganz offen und bewusst davon gesprochen, dass alle weiteren Gebiete einfach als Mischgebiete deklariert werden, um der o. g. Forderung der Landesentwicklungs- und Regionalplanung in Form von Wachstumsbeschränkungen schlicht und ergreifend zu entgehen.	Flächennutzungsplanungen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung werden unabhängig von Wachstumsfestsetzungen übergeordneter Landespläne Flächen herausgestellt, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten besonders geeignet sind, und so den Kommunen nachhaltige Entwicklungsoptionen aufgezeigt.
BE-ID: 3197	Wir, eine Bürgerinneninitiative aus 14822 Brück, möchten wie folgt zu dem von Ihnen ausgelegten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 Stellung nehmen. Mit großer Verwunderung haben wir festgestellt, dass im v. g. Entwurf für 14822 Brück entlang der Gartenstraße die vorhandene Wohnbebauung als Vorbehaltsgebiet Siedlung in den Außenbereich und im konkreten Fall eindeutig in Richtung Naturschutzgebiet erweitert werden soll. Zuerst im 1. Bauabschnitt, fortführend noch ein BA 2 und BA 3. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenausschnitt] Anstatt beispielsweise in erschlossenen Gebieten mit umlaufenden Beton- oder anderen Befestigungen Wohnstruktur sinnvoll zu ergänzen, soll die Siedlungsstruktur in Brück völlig wahllos in den Außenbereich ausufern. Mit einher gehen die komplette Neuversiegelung der Böden für Straßen, Wege, Plätze, Veränderungen der Bodenstrukturen und eine Eigenheimbebauung mit großen Flächennutzungen und einem äußerst negativen ökologischen Fußabdruck. Unberücksichtigt bleibt aber zum Bespiel die Erweiterung von Brück Ausbau, trotz Bedarf und Wille des Investors, um weitere Wohnblöcke, welche eingebettet in eine erschlossene Struktur und umgeben von der Bundesstraße B246 einen weit geringeren Eingriff in die Natur darstellt als dies bei der geplanten Siedlungserweiterung in den Außenbereich am Naturschutzgebiet der Fall ist. Die Siedlungserweiterung in Richtung des NSG widerspricht dem Vorrang der Innenentwicklung und würde eine Zersiedlung des Ortes befördern. Die Fläche liegt am Stadtrand, ist infrastrukturell bislang völlig unerschlossen, dient jedes Jahr dem Anbau von Getreide und ist ein beliebtes Ausflugziel zur Naherholung am Europaradweg R1. Im Innenbereich von Brück hingegen gibt es mehrere kleinere und größere bereits (teil-) erschlossene Flächen, die zusammen genommen in etwa den gleichen Grundflächenanteil ergeben würden und zu einer inneren Verdichtung der Wohnbebauung beitragen. Darin inbegriffen ist z.B. eine größere Fläche, zwar ebenfalls in Randlage, allerdings mit einer bereits erfolgten Teilerschließung. Zudem umgibt diese ein betonierter öffentlicher Weg sowie die Bundesstraße B246. Die anvisierte Fläche an der Gartenstraße liegt in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet "Belziger Landschaftswiesen" - lediglich 450 m würde die Neubesiedlung im ersten Bauabschnitt vom Naturschutzgebiet trennen, in den weiteren Bauabschnitten sogar bis in deren direkte Nachbarschaft vordringen. Nicht nur, dass ein	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Begründung: Neben Erreichbarkeits- und Versorgungsaspekten zielt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung bereits auf konfliktarme Lagen ab. Der in der Festlegungskarte dargestellte Bereich westlich der Gartenstraße entspricht dem von der Regionalversammlung beschlossenen Planungskonzept und steht in keinem Widerspruch zu anderen Raumansprüchen an diese Fläche. Die benannten Schutzgebiete befinden sich in einer Entfernung von mehr als 400 Meter. Gemäß Stufe 3 des Planungskonzepts folgt die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung vorhandenem Siedlungsbestand. Die Argumentation von "wahllos in Außenbereiche ausufernd" kann auch vor dem Hintergrund dieser Stufe des Planungskonzepts nicht nachvollzogen werden. Der Hinweis auf das notwendige Mitwachsen von Infrastruktur ist nachvollziehbar und sollte in den nachgeordneten Verfahren Beachtung finden. Beste Voraussetzungen sind durch die Orientierung der Vorbehaltsgebiete Siedlung auf Flächen mit kurzen Wegen zu Orten mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) bereits gegeben.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Heranrücken an ein Naturschutzgebiet unverständlich ist, wenn es doch Alternativflächen andernorts gibt, ist es ebenso wenig verständlich, wieso den Ein-/Anwohnenden und Besuchenden ihr wohnnahes Erholungsgebiet genommen werden sollte. Bislang dient der Weg vielen Anwohnerinnen zur Naherholung, dem Nachgehen von sportlichen Aktivitäten, als Auslaufstrecke mit ihren Hunden etc. Durch die Bebauung würde dies in weite Feme gerückt und es vor allem älteren Anwohnerinnen erschwert werden noch fußläufig Erholung zu finden. Wer wiederum den Rad- und Wanderweg an der Plane nutzt, würde in Zukunft auf ein Neubaugebiet blicken, welches nicht zur Landschaft passt. Eine Bebauung eines neu zu schaffenden Areales, welches so dicht an ein Naturschutzgebiet angrenzt, solle immer als letzte Option dienen. Vielmehr wäre es wünschenswert an Stelle von Versiegelung naturnahe Bepflanzung entstehen zu lassen, welche u.a. von den SchülerInnen der angrenzenden Schule als Lernort genutzt werden könnte. Neben dem massiven Eingriff in die Natur würden die Klimaziele Deutschlands mit zusätzlicher (unnötiger) Versiegelung und der damit einhergehenden zusätzlichen Erwärmung des Bodens und der näheren Umgebung in noch weitere Ferne rücken. Der erheblichen Versiegelung durch viele kleine Einfamilienhäuser würde durch den Bau von Wohnblöcken in viel geringerer Ausmaß entgegengetreten werden können. Zudem kann mit dieser Bauweise bislang noch fehlende aber gewünschte infrastrukturelle Entwicklung berücksichtigt werden. Es könnten sozialverträgliche Bauten entstehen und/oder aber auch Bauten für senioren-/behindertengerechtes Wohnen. Generell sollte bei der Ausweisung derart großer Siedlungsflächen, welche einhergehen mit einem nicht unbeachtlichen Anstieg der EinwohnerInnen-/Kinderzahl, ein Mitwachsen der Infrastruktur wenigstens angedacht sein. Dies z.B. hinsichtlich steigender Nachfrage nach Kita- und Schulplätzen auch und vor allem wachsender amtsangehöriger Gemeinden. Beispielhaft sei hier der gerade eröffnete Schulerweiterungsbaus in Brück zu nennen, der bereits zur Eröffnung nicht mehr für alle nachgefragten Plätze ausreicht. Ebenso fehlt ein Konzept hinsichtlich der Verkehrsentwicklung in dem angedachten und umliegenden Bereich. Die Erreichbarkeit würde lediglich über eine Anliegerstraße erfolgen, die gleichzeitig von den Landwirten für die vorgesehene, aber auch andere Flächen genutzt wird. Wie mit den Gründen ausgeführt, sprechen vor allem Nachhaltigkeits-, naturschutzrechtliche aber auch soziale Belange gegen eine Ausweisung von neuen Siedlungsflächen in der Nähe des Naturschutzgebiets Belziger Landschaftswiesen. Wir möchten Sie hiermit bitten, unsere Bedenken aufzunehmen und die Siedlungsflächenentwicklung westlich der Gartenstraße aus dem Entwurf zum Regionalplan Havelland-Fläming zu entfernen. [Anmerkung der Regionalen Planungsstelle: Kartenausschnitt, Tabelle mit Vorschlägen und Begründungen, Fotos der betreffenden Fläche]	
Stellungnehmer(in): 6392 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.1 G 1.1 VBS		
BE-ID: 3248	Für die Ausweisung des Entwicklungsgebiet auf der ehemaligen "Heeres Reit- und Fahrschule und Kavallerieschule Krampnitz", ab 1941 "Schule für schnelle Truppen" und nach 1943 "Panzertruppenschule II Krampnitz" und Weiternutzung der nationalsozialistischen Elite-Kasernen bitte ich zur Vermeidung von Missverständnissen, auf die übergeordneten Zielabweichungsbescheide der GL vom 29.April 2013 und den darin vorgegebenen Vorbehalten, sowie den Einschränkungen aus dem Bescheid vom 18.05.2021 vollinhaltlich und konkret im Regionalplan 3.0 Bezug zu nehmen. Ein Nachweis der schadlosen Verkehrsauswirkungen aus diesem Vorschlag in einer Real und Worst Case Untersuchung für den Raum Wustermark, Potsdam, Berlin-Spandau ist mir nicht bekannt und wahrscheinlich nicht geführt worden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Siedlung besitzen lediglich die Relevanz eines raumordnerischen Grundsatzes nach Raumordnungsgesetz und besitzen nicht die Detailschärfe, um die vorgebrachten Hinweise im überörtlichen Maßstab von 1:100.000 zu berücksichtigen. Die dargestellten Belange können anlassbezogen in nachgeordneten Verfahren (v.a. Bauleitplanverfahren) ortsbezogen konkretisiert und berücksichtigt werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3249	Große Teile der Gebäude stehen unter Denkmalschutz. Darauf sollte im Regionalplan hingewiesen werden. Ich schlage vor, das Kasernengelände als NS Dokumentationszentrum auszuweisen. Die Rolle dieser Kasernen im Nazi-Deutschlands Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, Ukraine, Polen etc., als auch im Widerstand vom 20.Juli 1944 erlaubt keine Nutzung als Siedlungsgebiet. Ein Gedenkort zu dem vielen Leid, welches von diesem Ort über Europa gebracht wurde, wäre angemessener. Wie werden wohl die Kinder in den dort geplanten Schulen beim Essen in der Mensen darüber denken und fühlen, wenn sie auf die Gebäude blicken, in denen die Hungerkriege gegen Polen, die Sowjetunion und die Ukraine geplant, geübt und dirigiert wurden.	Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung widerspricht nicht den Festlegungen des LEP HR, welcher den Bereich Krampnitz in der Legende seiner Festlegungskarte bereits als Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt. Bebauung und Erschließung sind über das Ergebnis des Zielabweichungsverfahrens mit Bescheid des Landes Brandenburg vom 29. April 2013 der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg planerisch geregelt. Die Maßstäblichkeit des Regionalplans von 1:100.000 regelt nicht die kommunale Schwerpunktsetzung auch als Gedenkort. Dies bleibt der fachspezifischen sowie kommunalen Planungsebene vorbehalten.
BE-ID: 3250	Im Rahmen der Öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 möchten sich 72 Bürgerinnen und Bürger gem. der Anlage wie folgt beteiligen: Der Ausweisung des Kasernengebietes Krampnitz als Siedlungsgebiet wird widersprochen. Diese Ausweisung widerspricht der Festlegung des LEP-HR. Wie aus den Planunterlagen erkenntlich wird; ist der derzeit brach liegende Stadtteil Krampnitz nun neu als Vorbehaltsgebiet Siedlung ausgewiesen. Dieser Ausweisung muss der Ortsbeirat Groß Glienicke vehement widersprechen, da dies den Zielen des LEP HR "Siedlungsstern" widerspricht. Der Zielabweichungsbescheid vom 29.April 2013 der GL ist mit Auflagen verbunden, die eine generelle und vorbehaltlose Ausweisung als Siedlungsgebiet nicht rechtfertigen können. Es ist fraglich, ob diese Auflagen je erfüllt werden können. So wurde z.B. die Änderung und entsprechende Anpassung des FNP (14/17 B) vom Oktober 2020 mit höherer baulicher Wohndichte seitens der GL nicht zugestimmt.	Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung widerspricht nicht den Festlegungen des LEP HR, welcher den Bereich Krampnitz in der Legende seiner Festlegungskarte bereits als Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt. Bebauung und Erschließung sind über das Ergebnis des Zielabweichungsverfahrens mit Bescheid des Landes Brandenburg vom 29. April 2013 der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL) planerisch geregelt. Damit verbundene Auflagen führen erkennbar nicht zur dauerhaften Untersagung der Bebaubarkeit (siehe auch Bestätigung der GL gegenüber der Landeshauptstadt Potsdam über die Erfüllung der Auflagen zur Zielabweichung für ein Entwicklungsgebiet Krampnitz mit zunächst bis zu 5.000 Einwohnern vom 23.06.2021). Der vorgebrachte Sachverhalt bewirkt keine Regionalplanänderung.
BE-ID: 3251	Auf S.11 des Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung ist zu lesen: "Zersiedlung und eine Neubildung von Splittersiedlungen soll vermieden werden", was für den Standort zutreffen würde, da keine Tram Anbindung nachvollziehbar und finanzierbar geplant ist und ausführbar sein wird. Das Planfeststellungsverfahren wird kontinuierlich verschoben; hier besteht große Unsicherheit, ob es jemals zu einer schienengebundenen Anbindung kommen wird. Diese nur sehr vage Planung/Absichtserklärung von Schienenpunkten ist kein ausreichender Anhaltspunkt für eine Ausweisung einer Wohnsiedlungsentwicklungsfläche. Zudem steht auf S. 12: "Bei erheblichen Raumkonflikten der Flächen, z.B. durch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Wohnsiedlungsnutzung" sollen diese ausgeschlossen werden. Dies ist für Krampnitz zutreffend, da es zwischen FFH- und Naturschutzgebieten liegt und somit eine wichtige Biotopverbundfunktion hat, die langfristig und dauerhaft geschädigt würde. Fazit: es gibt in Krampnitz erhebliche Raumkonflikte zu Freiraumverbund, Wald (welcher nicht im gleichen Naturraum ausgeglichen werden kann), Biotopverbund, etc. und handelt sich somit um keine konfliktarme Lage und darf folglich nicht als Siedlung ausgewiesen werden.	Bereits im LEP HR wird der Bereich Krampnitz in der Festlegungskarte als Siedlungs- und Verkehrsfläche dargestellt. Es handelt sich um eine Konversionsfläche. Zum schienengebundenen Anschluss wird auf die Pressemitteilung der Stadt Potsdam verwiesen: "Demnach sind die Genehmigungsplanung für den zweigleisigen Tramausbau an der Nedlitzer Straße abgeschlossen und die Unterlagen bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht worden. Ein genauer Baustart kann derzeit aber noch nicht prognostiziert werden, da etwaige Anpassungen im Verfahren möglich sind. Dem Grunde nach orientiert sich die ViP an der bauzeitlichen Verkehrsführung der vorherigen Baumaßnahme aus dem Jahre 2017. Ziel ist es, die Beeinträchtigungen für alle Betroffenen so gering wie möglich zu halten und eine effiziente Trasse für alle Verkehrsteilnehmer zu bauen." (Quelle: Landeshauptstadt Potsdam; Pressemitteilung Nr. 240 vom 02.06.2023; Tramführung Insel Neu Fahrland: Genehmigungsfähige Lösung gefunden;

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		https://www.potsdam.de/de/240-tramfuehrung-insel-neu-fahrland-genehmigungsfaehige-loesung-gefunden). Bis zu einer Verwirklichung der Verlängerung der Tram-Linie 96 ist die Anbindung anderweitig (zu Fuß, Radverkehr, Bus, Auto) sichergestellt. Die beschriebenen Raumkonflikte gibt es nur im begrenzten Maße, so dass das Vorhaben im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens genehmigt wurde. Maßnahmen zum Ausgleich des Vorhabens sind vorgesehen. "Die Flächen für Ausgleichsmaßnahmen befinden sich sowohl auf Potsdamer Stadtgebiet (erste Priorität) als auch in anderen Naturräumen im Land Brandenburg. Die Ausgleichsmaßnahmen für Zauneidechsen und Brutvögel erfolgen teilweise auf der ehemaligen Deponie Golm, welche durch entsprechende Aufwertungsmaßnahmen auch die Eingriffe in Natur- und Landschaft der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz ausgleicht. Die erforderlichen Waldausgleichmaßnahmen werden seitens der Forstbehörde als Erstaufforstungsmaßnahmen beauflagt. Im Stadtgebiet Potsdam stehen hierfür keine entsprechenden Flächen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wurden entsprechend in Abstimmung mit der Forstbehörde Erstaufforstungsmaßnahmen im Naturraum Mittlere Mark und Niederlausitz gebunden und teilweise schon umgesetzt. Darüber hinaus bestehen weitere Erfordernisse für weitere Ausgleichsmaßnahmen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht weiter konkret räumlich definiert wurden. Auch hier besteht das Ziel eingriffsnahe Ausgleichsflächen (Stadt Potsdam) zu identifizieren, obgleich es nur eine limitierte Flächenverfügbarkeit im Stadtgebiet gibt." (Quelle: Beantwortung der Bürger*innen-Fragen aus dem 14. Forum Krampnitz; S.10-11; Flächen für Ausgleichsmaßnahmen) Die vorgebrachten Sachverhalte führen zu keiner Regionalplanänderung.
BE-ID: 3252	S.6 des Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung: "Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten." Auch dies ist für den Standort definitiv nicht zutreffend, von einer Lagegunst ist nicht auszugehen. Die unter IV.2 genannten Kriterien zur Bestimmung von Vorbehaltsgebieten Siedlung nach Stufe 1 sind nicht zutreffend, da es weder Schule, Kita noch medizinische oder Nahversorgung gibt und keine Bahnanbindung besteht. Die Ausweisung als zentraler Ort gilt für Potsdam, nicht aber für Krampnitz, welches im ländlichen Raum des Potsdamer Nordens liegt; hier ist definitiv kein OZ. Die im Anhang dargestellte "Tabelle 1: Ausstattungs- und LEP HR-Raummerkmale der nach Stufe 1 ermittelten Ortsteile mit lokalen Versorgungsansätzen" auf S.20 ist dahingehend nicht richtig ausgefüllt. Die Kriterien nach Stufe 2 sind ebenfalls nicht zutreffend, da es sich im weiteren Umfeld um eigenständige Ortsteile handelt, die definitiv nicht zentrale Verknüpfungspunkte darstellen. Die Kriterien nach Stufe 3 sind ebenfalls nicht zutreffend, da es keine Siedlungsstrukturen im Umfeld von 1 00m gibt; auch Stufe 4 ist nicht anwendbar. Inwieweit die Stufe 5 anwendbar ist, kann derzeit nicht abschließend geklärt werden, da unklar ist, ob die aktuellen Planungen	Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zielt mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung auf die Heraushebung von Flächen, die unter Versorgungs- und Erreichbarkeitsaspekten für eine Wohnnutzung qualitativ hochwertig sind. Bei den Versorgungsmerkmalen wird auf Orte mit Versorgungsansätzen (Schule der Primarstufe, Kita, stationärer Einzelhandel mit Nahversorgungssortiment, medizinische Versorgung (Allgemeinarzt oder Zahnarzt)) orientiert, die eine gute Erreichbarkeit von max. 20 Min. Fußweg oder 15 Min. mit dem Fahrrad oder 10 Min. in Nutzung des ÖPNV besitzen. Im Rahmen dieses Planungskonzepts ist der Stadtteil Krampnitz, z.B. von Groß Glienicke und Fahrland sowie von Bornim und der Nauener Vorstadt entsprechend erreichbar. Unabhängig davon sehen die Planungen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	umgesetzt werden können (siehe oben).	der Stadt Potsdam die Errichtung umfangreicher Versorgungseinrichtungen vor Ort vor. Da die Einrichtungen in Krampnitz aber noch nicht errichtet sind, wird der Ortsteil nicht mehr in Tabelle 1 der Begründung gelistet.
BE-ID: 3253	Die von der LH Potsdam vorgelegten Verkehrsuntersuchungen für das Entwicklungsgebiet Krampnitz beruhen auf veralteten Zählungen und unrealistischen Annahmen, die sich nicht erfüllen werden. Als Folge ist eine unerträgliche und nicht zu tolerierende Überlastung des Verkehrs im Westraum Berlin Brandenburgs (Wustermark, Dallgow-Döberitz, Berlin-Spandau) zu erwarten. Die durch den Ortsteil Groß Glienicke führende Bundesstraße B2 ist die einzige Erschließungsstraße zwischen Krampnitz und Berlin-Spandau. Es ist daher mit Dauerstaus in der Ortslage Groß Glienicke bei einer vorbehaltlosen Ausweisung des Entwicklungsgebietes Krampnitz als Siedlungsgebiet im Regionalplan 3.0 zu rechnen. Die Verkehrswirkungsuntersuchung beruht darüber hinaus auf Annahmen die einem Wunschdenken entsprechen und fern jeder Realität sind. Trabantenstädte ca. 5 km auf dem flachen Land unter der Annahme, dass nur jede 2. Wohnung ein PKW nutzen wird, ist fern jeder Realität. Auch sind die Annahmen für die Rechtfertigung einer Tram nach Potsdam unrealistisch. Es werden deutlich mehr Zielverkehre über die B2 Richtung Berlin-Spandau erfolgen, als angenommen. Die Verkehrswirkungsuntersuchung geht von interessenbeeinflussten Annahmen aus, die als Best Case Betrachtung zu bewerten sind. Im Gegensatz zur ersten Verkehrswirkungsuntersuchung, verzichtete die LH Potsdam in der im Jahr 2020 erstellten Fassung auf eine Real Case und Worst Case Betrachtung. Im Worst Case Fall sind nicht tolerierbare Dauerstaus und Verkehrskollapse im Westraum Berlins (Wustermark, Dallgow-Döberitz, Berlin -Spandau usw.) als Folge einer Ausweisung als vorbehaltloses Siedlungsgebiet zu erwarten.	Im Quartier Krampnitz selbst wird von einer Stellplatzanzahl von 0,5 Pkw pro Wohneinheiten geplant. Aufgrund dessen, dass das Auto voraussichtlich nicht das meistgenutzte Verkehrsmittel sein wird, kann von einer akzeptablen Auslastung der umliegenden Straßen ausgegangen werden. Bei dem Vorhaben Krampnitz handelt es sich um ein Quartier, welches Ärzte, Kitas, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten beinhaltet. Dies sorgt dafür, dass kurze Wege (zu Fuß, Radverkehr, ÖPNV) ermöglicht werden und so auf ein Auto verzichtet werden kann. Aus diesem Grund ist die Rechnung von 0,5 Pkw pro Wohneinheit als realistsich anzusehen. Es ist eine neue Express-Buslinie zwischen Krampnitz und Berlin-Spandau geplant. "Um eine weitere, angebotsorientierte Aufwertung der Verbindungen von/nach Berlin vorzunehmen, soll das „Stammangebot“ um ein Expressbusangebot „X38“ (Arbeitstitel) ergänzt werden. Damit können in Bereichen ohne Straßenbahn oder sonstigem Schienenverkehr konkurrenzfähige Beförderungsgeschwindigkeiten und zusätzliche Direktverbindungen geschaffen werden. Um diesem Ziel gerecht zu werden, wird eine umwegfreie Linienführung von Bhf Marquardt (Anschlüsse zur RB21 von/nach Berlin) über Krampnitz nach S+U-Bhf Rathaus Spandau angestrebt. Darüber hinaus sind ÖPNV-Beschleunigungsmaßnahmen geboten, um kurze Fahrzeiten zu ermöglichen." (Quelle: ÖPNV-Angebotskonzept Krampnitz, 29.09.2020; S.18; https://www.krampnitz.de/wpcontent/uploads/2022/07/oepnv_angebotskonzept_krampnitz.pdf) Es wurde ermittelt, dass bei einer Bevölkerung von 10.000 Einwohnern in Krampnitz pro Tag 7.930 Fahrgäste mit der Tram zwischen Krampnitz und Campus Jungfernsee pro Richtung unterwegs sein werden. (Quelle: ÖPNV-Angebotskonzept Krampnitz, 29.09.2020; 3.2 Prognose der Fahrgastzahlen; S.14; https://www.krampnitz.de/wp-content/uploads/2022/07/oepnv_angebotskonzept_krampnitz.pdf) Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Regionalplanänderung.
BE-ID: 3254	Die Ausweisung als Siedlungsraum würde eine Verschlechterung der Lebenssituation der bestehenden Ortsteils Groß Glienickes verursachen. Die Durchgangsverkehre werden massiv zunehmen. Krampnitz als Siedlungsgebiet wäre eine Verkehr produzierende Exklave, d. h. eine für Brandenburg größere Kleinstadt, jenseits des ländlichen Raums um Potsdam, dessen eigener MIV durch die stark zunehmende Behinderung an der Zufahrt zur 82 geradezu blockiert würde. Die geplante Tram nach Potsdam löst dieses	Es ist davon auszugehen, dass der Durchgangsverkehr zunehmen wird. Allerdings stellen die geplanten ÖPNV-Angebote eine optionale Möglichkeit dar, mit der Nutzung von Tram oder Bus, den Gesamtverkehr zu reduzieren. Im Quartier Krampnitz selbst wird von einer Stellplatzanzahl von 0,5 Pkw pro Wohneinheit geplant.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Problem für die B2 durch Groß Glienicke nicht. Ein Angebot über den Bhf. Marquardt über Wustermark ist unattraktiv. Geplante X-Busse nach Spandau werden ebenso im Stau der B2 festhängen. Die Folgen einer Ausweisung des Kasernengebietes Krampnitz als Siedlungsgebiet im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wird zu desaströsen Verkehrsverhältnissen im Ortsteil Groß Glienicke der LH Potsdam führen. Aus diesem Grund ist eine Ablehnung als Stellungnahme im Auslegungsverfahren zum Schutz der in Groß Glienicke lebenden Bevölkerung erforderlich. Fazit: Eine Siedlungsentwicklung muss auf bestehende örtliche Gegebenheiten Rücksicht nehmen und darf außerhalb des sog. "Siedlungssterns" keine neuen urbanen Zentren entwickeln, die zum Kollaps der Infrastruktur der vorhandenen Siedlungsgebiete führt.	Aufgrund dessen, dass das Auto voraussichtlich nicht das meistgenutzte Verkehrsmittel sein wird, kann von einer akzeptablen Auslastung der umliegenden Straßen ausgegangen werden. Aufgrund dessen, dass der ÖPNV stark ausgebaut wird, ist anzunehmen, dass sich die Einwohner gleichmäßig auf die möglichen Verkehrsmittel verteilen; ein "Kollaps" dersich zeitgleich mit entwickelnden Infrastruktur wird nicht erwartet. Die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Siedlung widerspricht nicht den Festlegungen des LEP HR, welcher den Bereich Krampnitz in der Legende seiner Festlegungskarte bereits als Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt. Die vorgebrachten Sachverhalte bewirken keine Regionalplanänderung.
BE-ID: 3255	Die finanzielle Belastung eines Trambaus von mehr als 50 Mio. € (ohne Berücksichtigung von Teuerungsraten) ist durch die Haushaltssituation der LH Potsdam ebenso nicht leistbar.	Da Einschätzungen zur finanziellen Leistungsfähigkeit für Erschließungsmaßnahmen nachrangig zum Fokus regionalplanerischer Festlegungen stehen, führen sie hier zu keiner Regionalplanänderung. Darüberhinaus wird auf Aussagen im Forum Krampnitz verwiesen: "Straßenbahnen verfügen über eine höhere Fahrgastkapazität als Bussysteme. Dies ist - neben weiteren Systemvorteilen von schienengebundenen Verkehrsmitteln - auch langfristig ein wirtschaftlicher Vorteil." (Quelle: Auswertung 22. Forum Krampnitz am 01.06.2023; https://tram96.de/auswertung-22-forum-krampnitz-am-01062023).
Stellungnehmer(in): 6393 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / Regionalplan Havelland-Fläming 3.0		
BE-ID: 1445	Gerne nehmen wir die Möglichkeit wahr, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Regionalplanentwurf Havelland-Fläming 3.0 Stellung zu nehmen. Da unser Ort durch bestehende, genehmigte und geplante Windenergieanlagen in unmittelbarer Umgebung bereits einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Energiewende leistet, sind wir daran interessiert, dass bei der weiteren Ausweisung von Flächen, hier insbesondere für Photovoltaikanlagen, mit besonderer Sorgfalt vorgegangen wird. Unser Doppeldorf Niebendorf-Heinsdorf liegt im Land Brandenburg, im Süden des Landkreises Teltow-Fläming und ist Ortsteil der Stadt Dahme/Mark. Unser Ort ist seit Jahrhunderten geprägt durch intensive und ertragreiche Landwirtschaft. Im Nachbarort gibt es seit 1881 eine weltbekannte Getreidezuchtstation, gegründet durch Ferdinand von Lochow, zu DDR Zeiten fortgeführt durch das VEG Pflanzenproduktion Petkus und seit der politischen Wende durch die KWS Lochow GmbH. Das Hauptziel der dortigen Züchtungen ist es, ertragreichen Roggen und Hafersorten zu züchten. Dieser kleine Exkurs soll Ihnen aufzeigen, wie wertvoll es ist, ertragreiche Agrarflächen zu schützen! Auch unser Ort hat eine enge Verflechtung zur Züchtung und ist zudem tief verwurzelt mit der Pflanzenproduktion und verfügt dafür über besonders geeignete und notwendige Agrarflächen. Daher würden wir uns als Ortsteil der Stadt Dahme/Mark die Aufnahme folgender Kriterien wünschen, um gerade solche Regionen nicht mit Photovoltaikflächen zu belasten. Denn gerade diese Flächen sind für uns und unser Land existenziell. - Festlegung eines Mindestabstands zu einer Ortslage von mind. 1500 m (ausgenommen Freiflächen für die private Nutzung zur Deckung des Eigenbedarfs, kleine Flächen); - grundsätzlich keine Flächenausweisung für Photovoltaikanlagen bei	Der Anregung, auf die beschriebene Weise Einfluss auf die Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen zu nehmen, kann nicht gefolgt werden. Flächen für die Freiflächenphotovoltaik müssen durch die zuständige Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung ausgewiesen werden. Die Entscheidung über die Aufstellung von Bauleitplänen trifft die Gemeinde im eigenen Ermessen. Eine Vorgabe von Kriterien durch die Regionalplanung im Sinne der Anregung des Stellungnehmers ist nicht zulässig und wäre wirkungslos. Auf die Planung von Freiflächenphotovoltaikanlagen wird durch den Regionalplan 3.0 mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft Einfluss genommen

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	einer Ackerzahl von über 22,5; - keine Flächen auf denen Brunnenanlagen existieren, um die Felder zu bewässern, auch solche Bewässerungsanlagen wurden bereits durch Steuergelder gefördert - Agri-Photovoltaik als zwingende Voraussetzung bei einer Ackerzahl von unter 22,5; - Ausgleichsmaßnahmen, welche den betroffenen Ortsteilen und der Natur zu Gute kommen - frühzeitige Beteiligung der Bürger/innen und Abstimmung mit allen Betroffenen auf kommunaler Ebene, Forst, Jagdgenossenschaften, etc.; - zwingend, die Erstellung eines einheitlichen Kriterien-Konzeptes zur Steuerung von Photovoltaikanlagen bzw. richtungsweisende Angaben - vorhandene Windeignungsgebiete als potentielle Flächen für Photovoltaik nicht ausschließen; - Waldflächen, Rodungen von Bäumen sind grundsätzlich für Photovoltaik auszuschließen; - Orte, welche durch die Photovoltaikanlagen beeinträchtigt werden, sollen in Form eines Umlagen-Schlüssels ev. Hektar Freifläche/ je Einwohner entschädigt werden - vorrangige Nutzung von Flächen, welche ohnehin bereits durch bspw. militärische Nutzung kontaminiert sind, diese sind in ausreichender Anzahl in Brandenburg vorhanden - kleinere Anlagen sind sinnvoller als riesige Flächen zuzubauen, gerade im Hinblick auf Brände oder Natureinflüsse (Sturm etc.) Der Ortsbeirat Niebendorf-Heinsdorf ist daran interessiert, dass unsere Landwirtschaft nachhaltig und mit Weitblick auf die Natur und Gesellschaft genutzt wird. Daher hoffen wir, dass diese Sichtweisen und Hinweise Ihnen helfen, den Regionalplan verantwortungsbewusst auch unseren Kindern gegenüber zu gestalten.	
Stellungnehmer(in): 6397 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3332	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6399 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3333	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6400 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3198	Als ehrenamtliche Naturschützer und Kenner der Region liegen uns vor allem der Naturraum in der Fresdorfer Heide am Herzen, ein Naherholungsraum, für dessen Erhalt wir uns sehr einsetzen, auch weil wir ihn regelmäßig nutzen. Zudem engagieren für uns für den Erhalt und die Entwicklung der Nuthe-Nieplitz-Niederung. Die Nuthe Nieplitz-Niederung stellt einen aus naturschutzfachlicher Sicht hochwertigen Landschaftsraum dar, den es in seiner Vielfalt, Eigenart, Schönheit und seinem reichen Naturpotential zu erhalten, zu entwickeln und vor negativen Einflüssen zu schützen gilt. Die Nuthe-Nieplitz-Niederung ist ein Naturschutzgroßprojekt mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung und ist als solches im gültigen Landschaftsrahmenprogramm Brandenburg Dezember 2000, Kapitel 4.9., "Die Mittlere Mark" besonders hervorgehoben. Dieses Naturschutzgebiet ist auch ein FFH-Gebiet (FFH-Gebietes "Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301). Neben der Entwicklung der offenen Niedermoorflächen, ist unter anderem auch der Erhalt der besonderen Waldmoore eine wichtige Aufgabe in dem Naturschutzgroßprojekt. Uns persönlich liegt dabei besonders der Erhalt des "Langen Fenns", ein Übergangs- und Schwingrasenmoor" in der Fresdorfer Heide, am Herzen. Zudem beziehen wir als Bewohner von Langerwisch in	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung des VR 05 werden zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	der Gemeinde Michendorf Trinkwasser vom WAZV "Mittelgraben". Es liegt uns deshalb sehr daran, dass die Trinkwasserressourcen des Zweckverbandes geschützt und gesichert werden. Außerdem sind wir von der Verkehrsentwicklung auf der Ortsdurchfahrt Langerwisch (L 77) unmittelbar betroffen. Hier ist die Lärm-Belastungsgrenze bereits erreicht. Es muss deshalb Ziel des Regionalplans sein, hier eine Entlastung zu schaffen und eine weitere Belastung zu vermeiden.	
BE-ID: 3199	Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide: Die Bewertung des VR 05 Fresdorfer Heide im LBGR-Vorschlag als Vorranggebiete Rohstoffgewinnung in Tabelle 16, Seite 73, ist irreführend. Denn bei der Kiesgrube in der Fresdorfer Heide handelt sich um einen auslaufenden Kiestagebau, dessen Rahmenbetriebsplan bereits am 31.12.2020 zu beenden war und der auf Antrag des Unternehmens noch um 2 Jahre bis zum 31.12.2022 zeitlich verlängert wurde. Auf Seite 6/27 des Antrags auf Verlängerung vom 21.08.2020, wurde vom Unternehmen ausdrücklich betont, dass "Mit der zeitlichen Verlängerung des fak. RBP (...) keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme verbunden (ist)". Ziel der Verlängerung war das Auskiesen von Restvorkommen, welche laut Verlängerungsantrag insgesamt maximal 9 ha betrifft, wovon bereits 7,4 ha verritzt waren. Zum Zeitpunkt des Antrages 2020 war die Flächengröße weniger als 10 ha und entspricht nicht den Kriterium, dass nur Flächengrößen von über 10 ha in den Regionalplan aufgenommen werden, siehe Seite 72 des "Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 - Entwurf vom 05. Oktober 2021", Tabelle 13, VR-K0S Mindestgröße von 10 ha (im Falle von unmittelbarem räumlichem Anschluss von Vorrang-bzw. Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung für diese im Zusammenhang). Die Angabe der Größe von 33,33 ha VR - Gebiet (vgl. Seite 91) ist falsch! Der genehmigte Tagebau ist weitgehend ausgekiest. Es kann demnach nicht mehr von einer "Bauwürdigkeit" (Kriterium VR-K01) gesprochen werden. Es ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sich bereits der Abschlussbetriebsplan in der Umsetzung befindet und damit das Bergrechtsverhältnis ausläuft. Zudem erschließt es sich uns nicht, dass der auslaufende Kiestagebau in der Fresdorfer Heide als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung geeignet ist, wenn er nur noch zur Restauskiesung bis zu Ende 2022 genehmigt ist.	Die vorgebrachten Sachverhalte zu den Rechtsverhältnissen sowie zur Flächengröße werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: 1) Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. 2) Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 3200	Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide: Eine Weiterführung des Tagebaus ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses dem entgegenstehen, vorrangig der Schutz des angrenzenden Natura-2000-Gebiets sowie der Artenschutz, aber auch seine Lage inmitten des Landschaftsschutzgebietes "Nuthetal-Beelitzer Sander" und seinen Schutzvorschriften. Die zeitweilige Befreiung aus den Schutzvorschriften des o.g. LSGs für den laufenden Rahmenbetriebsplan des Tagesbaus endet ebenfalls am 31.12.2022. Eine Ausgliederung der gegenwärtigen Flächen und Potentialflächen aus dem LSG ist nicht erfolgt! Diese vorübergehende Befreiung beruhte laut "Bescheid zur Befreiung vom der gesetzlichen Veränderungssperre in dem im Verfahren gemäß § 28 Brandenburgisches Naturschutzgesetz (BbgNatSchG) befindlichen Landschaftsschutzgebiets (LSG) Nuthetal - Beelitzer Sander für das Bergwerksfeld "Fresdorfer Heide" sowie eine Teilfläche des Bewilligungsfeldes "Fresdorfer Heide Süd" vom 16.11.1998 auf der Bedingung, dass die Fläche das ausgekiesten Tagebaus als naturschutzfachliche Ersatzmaßnahme vollständig renaturiert und in das LSG integriert wird, um die Funktionsfähigkeit des LSG vollständig wieder herzustellen.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung des VR 05 werden zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3201	Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide: Eine Weiterführung des Tagebaus ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses dem entgegenstehen, vorrangig der umgebene Erholungswald.	Der vorgebrachte Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 3202	Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide: Eine Weiterführung des Tagebaus ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses dem entgegenstehen, vorrangig das Trinkwasservorbehaltsgebiet für den WAZV "Mittelgraben". Es handelt es sich bei der Fläche um ein Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" Das ist erkennbar aus den Unterlagen des Regionalplan 3.0., siehe IV.2.3 Tabellarische Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffe Planungskonzept Stand 01.06.21, Seite 40/41 "Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund "Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung" zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung". Anders als in Nr. 314 auf Seite 80 dargestellt, liegt bei dem VR 05 eine Betroffenheit nach den Prüfkriterien des Arbeitsschrittes 1) als auch ein erhebliches Konfliktpotential nach den Prüfkriterien des Arbeitsschrittes 2) vor.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweise: Trinkwasserschutzgebietsausweisungen liegen für dieses Gebiet nicht vor und sind auch hier bzw. angrenzend als Verfahren nicht formal eingeleitet.
BE-ID: 3203	Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide: Eine Weiterführung des Tagebaus ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses dem entgegenstehen, vorrangig der Artenschutz - Konflikte mit dem Artenschutz, wie Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (südlich unter 100 m Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region), (östlich unter 300 m, Kranich Brutplatz, geschützt nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1)	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. Er findet teilweise Berücksichtigung. Zu einer Streichung des VR05 Fresdorfer Heide kommt es jedoch nicht. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) sind auch Abstimmungen zu streng geschützten Arten erfolgt. Dabei wird auch dem Wunsch nach textlichem Hinweis auf einige streng geschützte Vogelarten, deren Vorkommen in nachfolgenden Zulassungsverfahren zu berücksichtigen ist, gefolgt. Unter „d) Anwendung der Festlegungen“ wird der Sachverhalt

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		„besonderer Artenschutz“ zu bereits beispielhaft aufgeführten Sachverhalten ergänzt. Er ist im ersten Entwurf bei der Flächenspezifizierung bereits berücksichtigt (siehe Tabellen 19 und 20 in der Spalte „Begründungen“ zu Flächenreduzierungen der vom LBGR angemeldeten Flächen). Zudem wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus.
BE-ID: 3204	Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide: Eine Weiterführung des Tagebaus ist aus unserer Sicht jedoch nicht genehmigungsfähig, da erhebliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses dem entgegenstehen, vorrangig ein hohes Konfliktpotential, insbesondere in Bezug auf die "Fauna-Flora Habitat-Gebiete gemäß Richtlinie" 92/43/EWG (FFH-Gebiet". Das VR 05 liegt an der Grenze zum FFH-Gebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301). Zwar liegt der Tagebau nicht auf den Flächen des FFH-Gebietes, jedoch erstreckt er sich auf das Wassereinzugsgebiet des im FFH-Gebiet liegende Übergangs- und Schwingrasenmoor "langes Fenn" (LRT 7140) und beeinflusst seinem Wasserhaushalt und die notwendige Stoffarmut durch Stoffeintrag. Das belegt der Maßnahmenplan des FFH-Managementplans für das FFH-Gebiet "Nuthe- Nieplitz-Niederung" (DE 3744-301), Teil II, dort Seite 33. (Anmerkung Exzerpierer Karte). Die Renaturierung des Kiestagebaus entsprechend des 1996 genehmigten Rahmenbetriebsplans ist deshalb eine wichtige Maßnahme zur Entwicklung des sensiblen Moores, vgl. Managementplan Natura 2000 für das FFH-Gebiet "Nuthe-Nieplitz-Niederung", Band II Maßnahmen, Seite 33: ,"Als grundlegendes Ziel sollte das Moorwachstum der Übergangs- und Schwingrasenmoore (LRT 7140) wieder angeregt werden. Die Verbesserung des Wasserhaushaltes des Moores bei gleichzeitiger Nährstoffarmut hat dabei höchste Priorität." Auch im Rahmen des "Arbeitsschrittes 2)", in dem abzuwägende Raumkonflikte von Flächen betrachtet werden, bestehen naturschutzfachliche Konflikte.	Der Forderung nach Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide wird nicht gefolgt. Begründung: In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird jedoch entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura 2000 Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen. Auch für Vorbehaltsgebiete werden Steckbriefe im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming nachgeholt.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3208	Das Gebiet VR 05 ist nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Damit ist das Kriterium VR-K04 und VB-K03 "gute Erschließbarkeit" nicht erfüllt. Denn es ist keine reguläre Erschließung gegeben! Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt, siehe Beschluss-Nr. 1085/21 vom 30.03.2021 Status für die befestigten Flächen zwischen Flugplatz Saarmund und BAB A115: ".... Die Gemeindevertretung beabsichtigt auch nicht in der Zukunft die oben genannten Flächen als öffentliche Straße zu widmen. Das ist nachzuvollziehen, denn der Weg der als Zuwegung für den laufenden Kiestagebau genutzt wird, ist mit 5,00-5,60 m zu schmal ist, um einem LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen. Schon heute bestehen erhebliche Konflikte zwischen der Nutzung des Weges von den LKWs des laufenden Kiestagebaus und Wanderern und Radfahrern auf dem Weg, der zum Wander- und Radwegenetz des Naturparks „Nuthe-Nieplitz-Niederung" gehört.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3209	Das Gebiet VB 07 ist nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Damit ist das Kriterium VR-K04 und VB-K03 "gute Erschließbarkeit" nicht erfüllt. Denn es ist keine reguläre Erschließung gegeben! Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt, siehe Beschluss-Nr. 1085/21 vom 30.03.2021 Status für die befestigten Flächen zwischen Flugplatz Saarmund und BAB A115: ".... Die Gemeindevertretung beabsichtigt auch nicht in der Zukunft die oben genannten Flächen als öffentliche Straße zu widmen. Das ist nachzuvollziehen, denn der Weg der als Zuwegung für den laufenden Kiestagebau genutzt wird, ist mit 5,00-5,60 m zu schmal ist, um einem LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen. Schon heute bestehen erhebliche Konflikte zwischen der Nutzung des Weges von den LKWs des laufenden Kiestagebaus und Wanderern und Radfahrern auf dem Weg, der zum Wander- und Radwegenetz des Naturparks „Nuthe-Nieplitz-Niederung" gehört. Das Kriterium VB-K03 fordert eine gute Erschließbarkeit. Diese ist wie oben beim Gebiete VR 05 bereits erläutert auch für das Gebiet VB 07 nicht gegeben. Die Fläche des Bergbaugebietes "Fresdorfer Heide" ist nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau (VR OS) genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal um einen nicht öffentlichen Weg. Die Wegeführung kreuzt teilweise Grundstücke verschiedener Privateigentümer, welche die Nutzung bisher geduldet haben. Eine Umwidmung zu einer öffentlichen Straße hat die Gemeinde Nuthetal abgelehnt. Wie oben erwähnt bestehen auf dem schmalen Weg zudem Konflikte mit dessen Nutzung für die Naherholung. Gleichzeitig widerspricht ein zukünftiger Kiestagebau in der Fresdorfer Heide der Grundvoraussetzung "G 2.3.3 Verkehrserschließung der Gebiete Rohstoffgewinnung", vgl. Textteil, Seite 15. Da heißt es: Die Rohstoffgewinnung soll so erfolgen, dass die mit Straßentransporten verbundenen Belastungen durch Minimierung von Ortsdurchfahrten und Einsatz umweltschonender Transportmittel". Eine Erschließung würde in jedem Fall die Ortsdurchfahrten Langerwisch und Saarmund im Übermaß belasten und die Lärmwerte für die Anwohner In den gesundheitlich schädigenden Bereich führen. Die	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Schallimmissionsprognose der Antragsunterlagen der interessierten Firma für eine Fortführung des Kiestagebaus von dem Gutachter Lober vom 8.8.2019 stellt künftige Beurteilungspegel von bis zu 68,6 dB(A) tagsüber und eine Erhöhung um 0,4 dB(A) sowie 58,2 dB(A) nachts bei einer Erhöhung von 0,3 dB(A) fest. Die Immissionsgrenzwerte aus der 16. BlmSchV lauten jedoch für Dorfgebiete 64 Dezibel (A) tags und 54 Dezibel (A) nachts. Das bedeutet, dass für die Ortsdurchfahrten eher Entlastungsmaßnahmen notwendig sind als neue Belastungen einzuplanen. Eine Erschließung eines zukünftigen Kiestagebaus in der Fresdorfer Heide ist auch dadurch nicht möglich. Damit wäre ein solches Vorhaben auch schon deshalb nicht genehmigungsfähig.	
BE-ID: 3210	Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide: Teilweise überlappen sich die Bezüge für das Vorranggebiet (VR 5) mit denen für das Vorbehaltsgebiet (VB 07). In Punkt 298 in der Tabelle 16 des LBGR Vorschlages zu Vorranggebiete, Vorbehaltsgebiete und Potentialgebiete zur Rohstoffgewinnung, auf Seite 74, "Nr .. 8 Fresdorfer Heide ist die Flächenangabe von 49,06 ha falsch! Denn die Flächenangabe umfasst im Wesentlichen den bereits ausgekiesten Tagebau. Die Restfläche des laufenden RBP ist weniger als 10 ha groß. Die Erweiterungspotentiale des Bergwerkfeldes liegen bei 15-16 ha.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor.
BE-ID: 3211	Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide: Es stehen einer Fortsetzung des Kiestagebaus erhebliche Raumnutzungskonflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz entgegen, siehe unsere Anmerkungen zu VB-K02. Die Erweiterungsflächen sind aus unserer Sicht insbesondere aus Gründen des Landschaftsschutzes (dazu siehe auch Ausführungen zu VR 05). c) Das Vorbehaltsgebiet würde zu einem erheblichen Eingriff in den Schutzzweck des LSG „Nuthetal - Beelitzer Sander" führen. Es würde gegen § 3 1 c (Schutz der Moore), gegen 1j (Schutz von FFH-Gebieten) und gegen 1k (Bedeutung des Gebietes als Pufferzone für die im Gebiet liegenden Naturschutzgebiete) der LSG-Verordnung verstoßen. Auch würde die Erweiterung des Kiestagebaus gegen § 3, 2a (Schutz der in der Weichseleiszeit geformten Geomorphologie der Landschaft) derselben Verordnung verstoßen und der Schutzzweck § 3, Pkt.3 (Erhaltung des Gebietes wegen seiner besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung) durch die Schall- und Staubimmissionsbelastung des Betriebsablaufs für die Umgebung belastet und die LKW-Fahrten die für	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutz wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	die Erholung vorgesehenen Wander- und Radwegen stören. Dem Landschaftsschutz ist aus den benannten Gründen des allgemeinen Interesses an dieser Stelle der Vorrang einzuräumen,	Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 3212	Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide: Es stehen einer Fortsetzung des Kiestagebaus erhebliche Raumnutzungskonflikte mit dem Naturschutz entgegen, siehe unsere Anmerkungen zu VB-K02. a) Die Erweiterung des Kiestagebaus würde erhebliche Auswirkungen für das FFH-Gebiet DE 3744-301„Nuthe-Nieplitz-Niederung" haben, insbesondere für die benachbarten Moore. Das LRT 7140 (Übergangs- und Schwingrasenmoor) wäre in seiner Existenz gefährdet. Die Erweiterung würde zum Teil im Wassereinzugsgebiet des Moores stattfinden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie den Wasserhaushalt des Moores beeinflusst. Die Erweiterung würde bis 20 Meter an das FFH-Gebiet heranreichen, so dass eine erhebliche Staublast in das FFH-Gebiet getragen würde. Die Veränderung von Lebensräumen durch stoffliche Immissionen kann in einem Moor schleichend durch stetige Anreicherung und pH-Wert Änderungen von statten gehen,	Der vorgebrachte Sachverhalt zur FFH-Verträglichkeit wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Der Forderung nach zusätzlichen FFH-Vorprüfungen in Fällen absehbarer Konflikte und der Erarbeitung von Steckbriefen im Umweltbericht (auch für die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung) wird entsprochen. In der Zusammenarbeit mit dem LfU (Schreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024) hat man sich wie folgt abgestimmt: Eine Ausweisung von VR und VB innerhalb des Netzes Natura 2000 (FFH+VSG) ist laut Regionalplanentwurf bereits ausgeschlossen. Vertiefende Betrachtungen zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten sollen über vertiefende Natura 2000 Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen. Auch für Vorbehaltsgebiete werden Steckbriefe im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming nachgeholt.
BE-ID: 3213	Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide: Auch können wir der hohen Bewertung des LBGR unter "Rechtsverhältnisse mit "5 - HBP, RBP vorhanden" nicht folgen. Der vorhandene RBP läuft am 31.12.2022 aus. Die Erweiterungsflächen sind aus unserer Sicht insbesondere aus Gründen des Habitatschutzes, des Landschaftsschutzes und des Artenschutzes nicht genehmigungsfähig und nicht erschlossen, (dazu siehe auch Ausführungen zu VR 05). Das Kriterium VB-K01 "geringere Sicherungswürdigkeit: Bauwürdigkeit	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	und vorhandene Bergrechtsverhältnisse kann hier nicht positiv bewertet werden. In der „Tabelle 19 Kriterienanwendung VR-K03, VB-K02 auf LBGR-Vorschläge Vorranggebiete, Seite 80, wird einzig im Fall Fresdorfer Heide das Vorranggebiet und das Vorbehaltsgebiet zusammen betrachtet. ("Nr. 8 Fresdorfer Heide VR/VB11), die Anmerkungen im Weiteren der Zeile beziehen sich jedoch nur auf das Vorranggebiet VR 05. Eine Einzelbetrachtung des vom LBGR vorgeschlagenen VB 07 „Fresdorfer Heide" gibt es im Plan nicht! Diese würde jedoch zeigen, dass das Vorbehaltsgebiet „Fresdorfer Heide, (Erweiterung des Tagebaus nach Süden, teilweise nach Osten) im erheblichen Maße und noch weitaus stärker als das VR 05 „Fresdorfer Heide zu Konflikten führt. Ein rechtmäßiger Anspruch auf Erweiterung des Kiestagebaus besteht nicht und würde auch in der Einzelfallprüfung kaum Chancen haben zugunsten des Rohstoffabbaus auszugehen.	des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 3214	Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide: Es stehen einer Fortsetzung des Kiestagebaus erhebliche Raumnutzungskonflikte mit dem Naturschutz entgegen: b) Horststandorte gemäß §19 BbgNatSchAG (im Planungsgebiet Horst des Uhu, Reproduktionsstätte maßgeblich für die Stabilisierung des Bestands in der Region); die störungsfreien Abstände zu dem Kranich-Brutstandort entsprechend § 19 BbgNatSchAG (Horstschutz) können nicht eingehalten werden, geschützte Art nach EU-Vogelschutz-Richtlinie, Anhang 1.	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. Er wird durch ergänzende Nennung unter "d) Anwendung der Festlegungen" sowie im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU (mit ergänzenden Abstimmungsschreiben der RPG vom 23.03.2023 und 18.09.2024 sowie Schreiben des LfU vom 17.05.2023 und 28.10.2024), wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 3215	Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide: Es stehen einer Fortsetzung des Kiestagebaus erhebliche Raumnutzungskonflikte mit dem Naturschutz entgegen: d) Auch für das VB 07 trifft zu, dass es das Trinkwasservorratsgebiet des WAZV „Mittelgraben" beanspruchen würde, siehe IV.2.3 Tabellarische Übersicht der Kriterienanwendung auf die LBGR-Vorschläge in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffe Planungskonzept Stand 01.06.21, Seite 40/41„Hinweis der Gemeinde Nuthetal auf § 6 WHG Bund "Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung" zur Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeiten von Wasser (incl. Grundwasser) insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
Anhänge zum Umweltbericht / C3) Rohstoffe		
BE-ID: 3207	Auch die Angaben in der "Umweltprüfung zum integrierten Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, Anhang c3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", ab Seite 30, sind nachweislich nicht zutreffen: Punkt 1.06: "westlich angrenzend Industrie und Gewerbe": Das ist nicht der Fall! Laut FNP der Gemeinde Michendorf, https://michendorf.de/images/stories/fnp/FNP.pdf, handelt es sich um einen Altlasten-Standort und nicht um eine Industrie- und Gewerbefläche. Dieser Standort wurde begrünt und weitgehend in das LSG „Nuthetal-Beelitzer Sander" integriert. Zudem ist die Fläche nicht an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen, siehe unten, Punkt 2.05 "FFH-Gebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung ... eine erhebliche Beeinträchtigung könne ausgeschlossen werden." Das ist nicht der Fall!, siehe obige Ausführungen zum "Langen Fenn" unter "Raumnutzungskonflikte". Die Beeinträchtigung des angrenzenden LRT 7140 ist nicht auszuschließen!, Punkt 2.16 Wald ohne besondere Funktionen, "Das VR ... befindet sich teilweise innerhalb von Wald ohne besonders ausgewiesene Funktionen". Das ist nicht der Fall! Ein Teil des umgebenden Waldes ist als Erholungswald ausgewiesen. Aufgrund der nicht zutreffenden Angaben im Umweltbericht kommt dieser zu der Schlussfolgerung, dass "die Umweltauswirkungen Umweltschutzgutübergreifend als nicht erheblich" einzuschätzen wären, vgl. Anhang C3 Prüfsteckbriefe - VR Rohstoffgewinnung", Seite 36 unter 4. In Wirklichkeit sind Umweltauswirkungen erheblich, wegen der Bedeutung der Fresdorfer Heide als Erholungsgebiet und wegen des benachbarten LRT 7140, welches als Natura-2000-Gebiet einem besonderen Schutz unterliegt. Dieser Schutzstatus bezieht sich nicht nur auf die Fläche selbst, sondern auch auf mögliche negative Einflüsse in unmittelbarer Nachbarschaft auf das Natura-2000-Gebiet. Dieser Konfliktfall liegt hier vor.	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Der Steckbrief zum Vorranggebiet VR 05 Fresdorfer Heide im Umweltbericht wird dahingehend überarbeitet. Zu Punkt 1.06: Die im Steckbrief zum VR 05 (Umweltbericht, Anhang C) unter Punkt 1.06. erwähnte westlich angrenzende Industrie- und Gewerbeflächen ist den Daten des Amtlich Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS, Objektcode 41002) mit Stand Mai 2024 entnommen. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Michendorf aus dem Jahr 2008 wird die Fläche als Fläche für Versorgungsanlagen dargestellt, innerhalb derer im nördlichen Bereich eine Altlasten- bzw. Altlastenverdachtsfläche verortet ist. Punkt 2.05: Vertiefende Betrachtungen werden zu betroffenen benachbarten Natura 2000-Gebieten über Natura 2000 Vorprüfungen im Rahmen der SUP erfolgen. Die Notwendigkeit einer FFH-Vorprüfungen erfolgt in Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt. Punkt 2.16: Wald mit besonderen Waldfunktionen wird durch die Festlegung des VR 05 nicht in Anspruch genommen. Der im Süden angrenzende Erholungswald (nach Waldfunktionskartierung) wird bei der Festlegung des VR 05 berücksichtigt. Bei den Waldflächen innerhalb des Vorranggebietes handelt es sich vorrangig um Kiefernbestände jüngeren Alters. Besondere Strukturmerkmale sind nicht gegeben. Es ist davon auszugehen, dass die

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Umweltprüfung zum VR 05 Fresdorfer Heide erneut zu dem Ergebnis gelangt, dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden.
Stellungnehmer(in): 6401 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3334	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6402 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 15 Lindower Heide		
BE-ID: 3191	zu IV.2.3. Oberflächennahe Rohstoffe Gem. Auswahlkriterien für Vorranggebiete Rohstoffgewinnung wird in der Tabelle 19 Kriterienanwendung, Seite 80 ff unter der laufenden Nr.19 für das Gebiet Lindower Heide die Übernahme in den Regionalplan vorgeschlagen. 1. Die Übernahme dieses Gebietes in den Regionalplan lehne ich ab, weil innerhalb des als Lindower Heide ausgewiesenen Gebietes geschätzt 330.000 t illegal entsorgte Abfälle lagern. Die ehemalige Kiesgrube ist mit bisher nicht geklärten Stoffen kontaminiert und der Betrieb Kiesgrube gesperrt. Eine Aufnahme der ausgewiesenen Vorrangfläche in den Regionalplan kommt einem "weiter so" gleich und behindert u.U. die Feststellung der aktuellen Gefahrensituation und die Lösungsfindung, 2. Fachleute beurteilen den in diesem Bereich gewinnbaren Kies als von minderwertiger Qualität. D.h. die Gewinnung von Kies steht nicht im Vordergrund. Es ist zu vermuten, dass nach einem Abbau des Kieses die Restlöcher als Deponie verwendet werden und dies der wahre Grund für die Erschließung dieses Gebietes ist. Sie als Planer können natürlich nicht in die Zukunft sehen aber bitte denken Sie daran, dass Sie mit Ihren Entscheidungen die Zukunft mitbestimmen. Insgesamt ist dieser Kriterienkatalog natürlicher Weise vordergründig auf die Bestätigung der vorgegebenen Ziele ausgerichtet. Begriffe wie "Waldfunktion: Im Plangebiet nicht vorhanden", "Vogelarten incl. Umfeld: Im Plangebiet nicht vorhanden" sind dazu angetan die zu erwartenden negativen Einflüsse in ihrer Bedeutung herunterzuspielen, um so die Durchsetzbarkeit des Vorhaben zu ermöglichen.	Die Bedenken hinsichtlich der Ausweitung einer Mülldeponie sind nachvollziehbar, führen jedoch zu keiner Planänderung. Der Sachverhalt der Deponieverfüllung ist der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming bekannt. Dieser Bereich ist nicht als Vorranggebiet festgelegt. Die Rohstoffqualität bewertet das LBGR mit 2 von maximal 3 Punkten. Der fachlichen Bewertung des LBGR zur übrigen Fläche stehen keine Raumnutzungskonkurrenzen entgegen, weshalb dem Vorschlag des LBGR zur Festlegung als Vorranggebiet gefolgt werden muss. Ein ordnungsgemäßer Betrieb muss vom Betreiber und der staatliche Aufsicht über abgestimmte Rahmen- sowie Abschlussbetriebsplanes kontrolliert erfolgen.
BE-ID: 3192	zu IV.2.3. Oberflächennahe Rohstoffe Gem. Auswahlkriterien für Vorranggebiete Rohstoffgewinnung wird in der Tabelle 19 Kriterienanwendung, Seite 80 ff unter der laufenden Nr.19 für das Gebiet Lindower Heide die Übernahme in den Regionalplan vorgeschlagen. Die Bewertung des Einflusses der Grundwasserabsenkung wird in Ihrer Planung auf nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen übertragen. Hier setzt die Aufnahme dieses Gebietes in den Regionalplan ebenfalls das falsche Zeichen. Brandenburg und speziell der Fläming sind bereits jetzt von Wassermangel und sinkenden Grundwasserständen betroffen. Die Anlage einer Kiesgrube beeinträchtigt die umliegenden Waldgebiete und beschleunigt das Waldsterben.	Das vorgebrachte Argument ist nachvollziehbar, führt jedoch zu keiner Planänderung. Über Festlegungen zur Reduzierung von Grundwasserbeeinträchtigung wird erst im Zulassungsverfahren für die Betriebspläne entschieden, z.B. durch Begrenzung auf Abbau im Trockenschnitt, welcher am Standort möglich ist. Die Gewinnung von Kiesen und Sanden wird damit nicht ausgeschlossen.
Stellungnehmer(in): 6403 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3216	Ich bin von den beabsichtigten Festlegungen im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. in der Fresdorfer Heide das Vorranggebiet VR05 und das Vorbehaltsgebiet VB07 zur Rohstoffgewinnung auszuweisen aus verschiedenen Gründen direkt betroffen. Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß	Der vorgebrachte Sachverhalt zu den Rechtsverhältnissen wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB)

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandskräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Eine Ausnahmegenehmigung erlaubt den Aufschub für die Umsetzung der sowohl für den Tagebaubetreiber als auch für das die Aufsicht führende LBGR verbindlichen Renaturierungsziele bis zum Ende des Jahres 2022. Es ist schwer vorstellbar. dass im LBGR durch u.U. disziplinarrechtlich und staatshaftungsrechtlich relevantes Unterlassen der Bergaufsicht bezüglich der Umsetzung der aktuellen mit amtlichem Bescheid festgelegten Zielstellungen, ein Kiesabbau über den bisherigen Termin hinaus stattfinden darf. Schließlich ist die Behörde zu rechtstaatlichem Handeln verpflichtet. Die Aussicht auf ein willkürliches Handeln der Verwaltung / des LBGR kann nicht Grundlage für die Inhalte des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 sein. Ich stelle fest: • Bei der Kiesgrube in der Fresdorfer Heide handelt sich um einen auslaufenden Kiestagebau, dessen Rahmenbetriebsplan bereits am 31.12.2020 zu beenden war und der auf Antrag des Unternehmens noch um 2 Jahre bis zum 31.12.2022 zeitlich verlängert wurde.	des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründung: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 3218	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. 1. Bedeutung der Fresdorfer Heide Die Fresdorfer Heide hat eine herausragende Bedeutung als wertvoller Naturraum zur Naherholung. Diese Bedeutung wird gestärkt durch die Lage in dem Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal-Beelitzer-Sander" inmitten des Naturparks „Nuthe-Nieplitz" und die Verbindung zum Naturschutzgebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" sowie zu mehreren Fauna-Flora-Habitat (FFH-) Gebieten (Anmerkung Exzerpierer Karte),(siehe Abb. 1.1). Insbesondere wegen den Funktionen als Frischluftentstehungsgebiet und als Gebiet für die Grundwasserneubildung kommt der Fresdorfer Heide eine überragende Bedeutung für die gesamte Region zu. 1.1 Wanderungen in der Fresdorfer Heide und auf dem Europawanderweg E 10 sowie Erholung in dem wertvollen Naturraum und Frischluftentstehungsgebiet Fresdorfer Heide u.a. durch Naturbeobachtungen (...) Insoweit sind sowohl die Betreiberin des Kiestagebaus als auch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg an die formell und materiell bestandskräftigen Regelungen des fakultativen Rahmenbetriebsplans gebunden. 1.2 Radsport rund um die Fresdorfer Heide (...) 1.3 Die Fresdorfer Heide als Grundwasserneubildungsgebiet (...) 1.4 Grundstücks- und Immobilienwert rund um die Fresdrofer Heide (...) Da ich selbst meine Immobilien vor der geplanten Errichtung der Deponie DK 1 erworben habe, musste ich einen entsprechend hohen Kaufpreis aufwenden. Einen besonderen Wert bietet für mich auch die gute Anbindung an die Autobahn A 115 über die L77 und die Peter-Huchel-Chaussee. Diese Strecke nutze ich für meinen täglichen Arbeitsweg. Wegen der absehbaren Beendigung des Kiestagebaues in der Fresdorfer Heide gehe ich davon aus, dass der Wert meiner Immobilie stabil bleibt oder sich noch erhöhen wird (...)	Die vorgebrachten Hinweise bezüglich der Planung einer Deponie sind der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt, jedoch in Bezug auf die Inhalte des Regionalplans Havelland-Fläming nicht relevant. Begründung: Aufgabe der Regionalplanung ist nicht die Festlegung von Deponieflächen. Diese werden in separaten Planverfahren ausserhalb der Regionalplanung in gesonderten Genehmigungsverfahren (i.d.R. als Planfeststellungsverfahren) bestimmt, in welchen umfangreiche Sachverhalte, u.a. zu Natur, Umwelt, Beeinträchtigung von Lebensqualität etc. untersucht werden.
BE-ID: 3221	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher	Die vorgebrachten Hinweise bezüglich der Planung einer Deponie sind der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt, jedoch in Bezug auf die Inhalte des Regionalplans Havelland-Fläming nicht relevant. Begründung: Aufgabe der Regionalplanung ist nicht die Festlegung von Deponieflächen. Diese werden in separaten Planverfahren

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. 1.5 Der aktuelle Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 verstößt gegen die Entwicklungsziele des Landschaftsrahmenplans des Landkreises Potsdam-Mittelmark Gemäß der Entwicklungsziele des Landschaftsrahmenplans des Landkreises Potsdam-Mittelmark soll die bisherige Kiestagebaufläche in der Fresdorfer Heide als Fläche mit hoher Grundwasserneubildung erhalten werden. (Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Karte 1, Teilblatt Nordost, Entwicklungsziele). Außerdem sollen Bergbauflächen, wie die in der Fresdorfer Heide, "zu vielseitigen Lebensräumen mit offenen Trockenstandorten, vegetationsarmen Gewässern, Steilwänden, Ruderalfluren, und Vorwäldern entwickelt werden." (Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Band 1, Entwicklungsziele und Maßnahmen, Tz. 2.1 .1 Biotope, Vegetation, Flora, Seite 22, Teilüberschrift: Ehemalige Bergbauflächen). Der Entwurf zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sieht in der Fresdorfer Heide nunmehr den Ausweis eines Vorranggebietes (VR05) für den Kiestagebau und darüber hinaus den Ausweis eines Vorbehaltsgebietes (VB07) für die geplante Erweiterung des Kiestagesbaues in der Fresdorfer Heide vor. (Festlegungskarte zum Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0). Dies ist unvereinbar mit den Planungen und Entwicklungszielen des Landkreises Potsdam-Mittelmark, auf die sich auch die Gemeinden Michendorf und Nuthetal sowie die hier lebenden Menschen bisher berufen dürfen. Nach den ursprünglichen Rahmenbetriebsplanungen sollte die Tagebaufläche in der Fresdorfer Heide bereits gegen Ende des Jahres 2020 vollständig der Natur und den Menschen zurückgegeben werden. Eine kurzeitige Verlängerungsoption ergab sich durch eine Entscheidung des LBGR im Jahr 2020 bis zum Ende des Jahres 2022. Nun sollen entgegen allen gültigen Bescheiden über die Rahmenbetriebsplanungen und im Widerspruch zu den Planungen und Entwicklungszielen des Landkreises Potsdam-Mittelmark neue Möglichkeiten für die bergbauliche Nutzung der Fresdorfer Heide geschaffen werden. Dies auch mit Blick auf eine spätere Nutzung als Mülldeponie. Das Recht auf kommunale Selbstbestimmung hat verfassungsrang. Gründe für einen Eingriff liegen nicht vor. Ich beantrage: die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide. Ich stelle fest: • Für den Kiesabbau in der Fresdorfer Heide gibt es keine über dem Recht auf kommunale Selbstbestimmung angesiedeltes höherrangiges öffentliches Interesse.	ausserhalb der Regionalplanung in gesonderten Genehmigungsverfahren (i.d.R. als Planfeststellungsverfahren) bestimmt, in welchen umfangreiche Sachverhalte, u.a. zu Natur, Umwelt, Beeinträchtigung von Lebensqualität etc. untersucht werden. Hinweis: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage angepasst (Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH).
BE-ID: 3222	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Ich beantrage die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide. Ich stelle fest: • Die Angabe der Größe von 33,33 ha VR -Gebiet (vgl. Seite 91) ist falsch. Der genehmigte Tagebau ist weitgehend ausgekiest,	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor. Hinweis 1: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Hinweis 2: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3225	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Ich beantrage die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide. Ich stelle fest: • Die Gebiete VR 05 und VB 07 sind nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Es ist damit keine reguläre Erschließung gegeben. Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal um einen nicht öffentlichen Weg.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3226	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Ich beantrage die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide. Ich stelle fest: • Der Kiestagebau befindet sich in dem Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal-Beelitzer Sander".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung des VR 05 werden zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3229	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Ich beantrage die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Heide. Ich stelle fest: • Der Kiestagebau steht im Konflikt mit dem Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben".	und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweise: 1) Trinkwasserschutzgebietsausweisungen liegen für dieses Gebiet nicht vor und sind auch hier bzw. angrenzend als Verfahren nicht formal eingeleitet. 2) Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3230	Ich bin von den beabsichtigten Festlegungen im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. in der Fresdorfer Heide das Vorranggebiet VR05 und das Vorbehaltsgebiet VB07 zur Rohstoffgewinnung auszuweisen aus verschiedenen Gründen direkt betroffen. Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. 2. Beeinträchtigungen durch die Errichtung einer Deponie DK I in der Fresdorfer Heide (...) 2.1 Einfluss der Errichtung einer Deponie DK I inmitten des wertvollen Naturraumes und Frischluftentstehungsgebietes Fresdorfer Heide auf die Nutzung als Naherholungsgebiet und auf die Möglichkeit von seltenen Naturbeobachtungen (...) 2.2 Eitle Verunstaltung des geschützten Landschaftsbildes (...) 2.3 Waldbrandgefahr: Die Deponieanlage und die dazugehörigen Betriebsanlagen sollen direkt an das Waldgebiet angrenzend errichtet werden (...) 2.4 Beeinträchtigungen durch die Errichtung eines Waldbrandschutzstreifens (...) § 24 LWaldG Schleswig Hollstein - Waldabstand (...), § 20 LWaldG Mecklenburg-Vorpommern - Abstand baulicher Anlagen zum Wald (...), § 25 LWaldG Sachsen - Nachbarrechte und Nachbarpflichten (...) 2.5 Brandschutz und Löschwasser auf der Deponie DK I in der Fresdorfer Heide Löschwasserbedarf (...) Bei der zu errichtenden Deponie DK I handelt es sich ferner um eine Anlage deren Ansiedlung nur in einem Industriegebiet möglich ist. (...) 2.4 Beeinträchtigungen durch den Schwerlastverkehr von und zur Deponie DK 1 (...) 2.5 Beeinträchtigungen für den (Grund-)Wasserhaushalt der Region: Ich beziehe mich auf die Pressemitteilung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes ,,Mittelgraben" als mein Trinkwasserversorgungsunternehmen. „Im Rahmen der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes (WAZV) ,,Mittelgraben" am 17. Juni 2020 wurde die Errichtung einer Deponie in der Fresdorfer Heide abgelehnt (...) 3 Abwägung des öffentlichen Interesses Bei der Abwägung sind vor allem die Standortabwägung und Alternativenprüfung sowie die Planrechtsfertigung einzubeziehen. 3.1 Betrachtung der Standortabwägung / Alternativenprüfung: „Für eine vertiefende Alternativprüfung sind die bestehenden bzw. geplanten DK-I Standorte der Deponien Schoneiche, Deetz und Zossen -Wünsdorf zu betrachten (...) 3.2 Planrechtfertigung: Ist es zweckmäßig 84,20 % des gesamten zukünftigen Brandenburgischen Deponiebedarfes DK I durch Deponien in Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und dem Havelland abzusichern (...) 4. Finanzierung: Durch die Errichtung der Deponie DK I in der Fresdorfer Heide würden bei der Trägerin des Vorhabens erhebliche Betriebsausgaben (...)	Die vorgebrachten Hinweise bezüglich der Planung einer Deponie sind der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt, jedoch in Bezug auf die Inhalte des Regionalplans Havelland-Fläming nicht relevant. Begründung: Aufgabe der Regionalplanung ist nicht die Festlegung von Deponieflächen. Diese werden in separaten Planverfahren ausserhalb der Regionalplanung in gesonderten Genehmigungsverfahren (i.d.R. als Planfeststellungsverfahren) bestimmt, in welchen umfangreiche Sachverhalte, u.a. zu Natur, Umwelt, Beeinträchtigung von Lebensqualität etc. untersucht werden. Hinweis: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage angepasst (Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH).
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3217	Ich bin von den beabsichtigten Festlegungen im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. in der Fresdorfer Heide das Vorranggebiet VR05 und das Vorbehaltsgebiet VB07 zur Rohstoffgewinnung auszuweisen aus verschiedenen Gründen direkt betroffen. Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandskräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Eine Ausnahmegenehmigung erlaubt den Aufschub für die Umsetzung der sowohl für den Tagebaubetreiber als auch für das die Aufsicht führende LBGR verbindlichen Renaturierungsziele bis zum Ende des Jahres 2022. Es ist schwer vorstellbar. dass im LBGR durch u.U. disziplinarrechtlich und staatshaftungsrechtlich relevantes Unterlassen der Bergaufsicht bezüglich der Umsetzung der aktuellen mit amtlichem Bescheid festgelegten Zielstellungen, ein Kiesabbau über den bisherigen Termin hinaus stattfinden darf. Schließlich ist die Behörde zu rechtstaatlichem Handeln verpflichtet. Die Aussicht auf ein willkürliches Handeln der Verwaltung / des LBGR kann nicht Grundlage für die Inhalte des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 sein. Ich stelle fest: • Bei der Kiesgrube in der Fresdorfer Heide handelt sich um einen auslaufenden Kiestagebau, dessen Rahmenbetriebsplan bereits am 31.12.2020 zu beenden war und der auf Antrag des Unternehmens noch um 2 Jahre bis zum 31.12.2022 zeitlich verlängert wurde.	Der vorgebrachte Sachverhalt zu den Rechtsverhältnissen wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.
BE-ID: 3219	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. 1. Bedeutung der Fresdorfer Heide Die Fresdorfer Heide hat eine herausragende Bedeutung als wertvoller Naturraum zur Naherholung. Diese Bedeutung wird gestärkt durch die Lage in dem Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal-Beelitzer-Sander" inmitten des Naturparks „Nuthe-Nieplitz" und die Verbindung zum Naturschutzgebiet „Nuthe-Nieplitz-Niederung" sowie zu mehreren Fauna-Flora-Habitat (FFH-) Gebieten (Anmerkung Exzerpierer Karte),(siehe Abb. 1.1). Insbesondere wegen den Funktionen als Frischluftentstehungsgebiet und als Gebiet für die Grundwasserneubildung kommt der Fresdorfer Heide eine überragende Bedeutung für die gesamte Region zu. 1.1 Wanderungen in der Fresdorfer Heide und auf dem Europawanderweg E 10 sowie Erholung in dem wertvollen Naturraum und Frischluftentstehungsgebiet Fresdorfer Heide u.a. durch Naturbeobachtungen (...) Insoweit sind sowohl die Betreiberin des Kiestagebaus als auch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg an die formell und materiell bestandskräftigen Regelungen des fakultativen Rahmenbetriebsplans gebunden. 1.2 Radsport rund um die Fresdorfer Heide (...) 1.3 Die Fresdorfer Heide als Grundwasserneubildungsgebiet (...) 1.4 Grundstücks- und Immobilienwert rund um die Fresdrofer Heide (...) Da ich selbst meine Immobilien vor der geplanten Errichtung der Deponie DK 1 erworben habe, musste ich einen entsprechend hohen Kaufpreis aufwenden. Einen besonderen Wert bietet für mich auch die gute Anbindung an die Autobahn A 115 über die L77 und die Peter-Huchel-Chaussee. Diese Strecke nutze ich für meinen täglichen Arbeitsweg. Wegen der absehbaren Beendigung des Kiestagebaues in der Fresdorfer Heide gehe ich davon aus, dass der Wert meiner Immobilie stabil bleibt oder sich noch erhöhen wird (...)	Die vorgebrachten Hinweise bezüglich der Planung einer Deponie sind der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt, jedoch in Bezug auf die Inhalte des Regionalplans Havelland-Fläming nicht relevant. Begründung: Aufgabe der Regionalplanung ist nicht die Festlegung von Deponieflächen. Diese werden in separaten Planverfahren ausserhalb der Regionalplanung in gesonderten Genehmigungsverfahren (i.d.R. als Planfeststellungsverfahren) bestimmt, in welchen umfangreiche Sachverhalte, u.a. zu Natur, Umwelt, Beeinträchtigung von Lebensqualität etc. untersucht werden.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3220	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. 1.5 Der aktuelle Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 verstößt gegen die Entwicklungsziele des Landschaftsrahmenplans des Landkreises Potsdam-Mittelmark Gemäß der Entwicklungsziele des Landschaftsrahmenplans des Landkreises Potsdam-Mittelmark soll die bisherige Kiestagebaufläche in der Fresdorfer Heide als Fläche mit hoher Grundwasserneubildung erhalten werden. (Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Karte 1, Teilblatt Nordost, Entwicklungsziele). Außerdem sollen Bergbauflächen, wie die in der Fresdorfer Heide, "zu vielseitigen Lebensräumen mit offenen Trockenstandorten, vegetationsarmen Gewässern, Steilwänden, Ruderalfluren, und Vorwäldern entwickelt werden." (Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Band 1, Entwicklungsziele und Maßnahmen, Tz. 2.1 .1 Biotope, Vegetation, Flora, Seite 22, Teilüberschrift: Ehemalige Bergbauflächen). Der Entwurf zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sieht in der Fresdorfer Heide nunmehr den Ausweis eines Vorranggebietes (VR05) für den Kiestagebau und darüber hinaus den Ausweis eines Vorbehaltsgebietes (VB07) für die geplante Erweiterung des Kiestagesbaues in der Fresdorfer Heide vor. (Festlegungskarte zum Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0). Dies ist unvereinbar mit den Planungen und Entwicklungszielen des Landkreises Potsdam-Mittelmark, auf die sich auch die Gemeinden Michendorf und Nuthetal sowie die hier lebenden Menschen bisher berufen dürfen. Nach den ursprünglichen Rahmenbetriebsplanungen sollte die Tagebaufläche in der Fresdorfer Heide bereits gegen Ende des Jahres 2020 vollständig der Natur und den Menschen zurückgegeben werden. Eine kurzeitige Verlängerungsoption ergab sich durch eine Entscheidung des LBGR im Jahr 2020 bis zum Ende des Jahres 2022. Nun sollen entgegen allen gültigen Bescheiden über die Rahmenbetriebsplanungen und im Widerspruch zu den Planungen und Entwicklungszielen des Landkreises Potsdam-Mittelmark neue Möglichkeiten für die bergbauliche Nutzung der Fresdorfer Heide geschaffen werden. Dies auch mit Blick auf eine spätere Nutzung als Mülldeponie. Das Recht auf kommunale Selbstbestimmung hat verfassungsrang. Gründe für einen Eingriff liegen nicht vor. Ich beantrage: die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide. Ich stelle fest: • Für den Kiesabbau in der Fresdorfer Heide gibt es keine über dem Recht auf kommunale Selbstbestimmung angesiedeltes höherrangiges öffentliches Interesse.	Die vorgebrachten Hinweise bezüglich der Planung einer Deponie sind der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt, jedoch in Bezug auf die Inhalte des Regionalplans Havelland-Fläming nicht relevant. Begründung: Aufgabe der Regionalplanung ist nicht die Festlegung von Deponieflächen. Diese werden in separaten Planverfahren ausserhalb der Regionalplanung in gesonderten Genehmigungsverfahren (i.d.R. als Planfeststellungsverfahren) bestimmt, in welchen umfangreiche Sachverhalte, u.a. zu Natur, Umwelt, Beeinträchtigung von Lebensqualität etc. untersucht werden. Hinweis: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage angepasst (Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH).
BE-ID: 3223	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Ich beantrage die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide. Ich stelle fest: • Die Angabe der Größe von 33,33 ha VR -Gebiet (vgl. Seite 91) ist falsch. Der genehmigte Tagebau ist weitgehend ausgekiest.	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Flächengröße wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweise: Zur Einschätzung der Flächengröße gehören im Sinne der Rohstoffgewinnung auch Flächen, die als Betriebsflächen zur Gewinnung benötigt werden. Daher nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft keine eigenständige Reduzierung der von der Fachbehörde zugelassenen Betriebsflächen vor. Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3224	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Ich beantrage die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide. Ich stelle fest: • Die Gebiete VR 05 und VB 07 sind nicht an das öffentliche Verkehrswegenetz angeschlossen. Es ist damit keine reguläre Erschließung gegeben. Bei dem für den auslaufenden Kiestagebau genutzten Erschließungsweg handelt es sich laut Gemeinde Nuthetal um einen nicht öffentlichen Weg.	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3227	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Ich beantrage die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer	Der vorgebrachte Sachverhalt zum Landschaftsschutz wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Heide. Ich stelle fest: • Der Kiestagebau befindet sich in dem Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal-Beelitzer Sander".	Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3228	Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. Auch der geplante Aushub der in dem Vorbehaltsgebiet VB07 soll gemäß allgemein bekannter Planungen der Errichtung eines standsicheren Hohlkörpers für den Ausbau der Deponie DK I dienen. Ebenfalls allgemein bekannt ist, dass die Tagebaufläche gemäß ursprünglicher bestandkräftiger behördlicher Festlegungen des Landesamtes für Bergbau. Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits Ende 2020 renaturiert sein sollte. Ich beantrage die Streichung des VR 05 Fresdorfer Heide, die Streichung des VB 07 Fresdorfer Heide. Ich stelle fest: • Der Kiestagebau steht im Konflikt mit dem Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben".	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet des WAZV "Mittelgraben" werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweise: 1) Trinkwasserschutzgebietsausweisungen liegen für dieses Gebiet nicht vor und sind auch hier bzw. angrenzend als Verfahren nicht eingeleitet. 2) Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3231	Ich bin von den beabsichtigten Festlegungen im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0. in der Fresdorfer Heide das Vorranggebiet VR05 und das Vorbehaltsgebiet VB07 zur Rohstoffgewinnung auszuweisen aus verschiedenen Gründen direkt betroffen. Ich weise Sie auf die Planungen des aktuellen Tagebaubetreibers hin, im Anschluss an den Kiesabbau die Fläche als Standort für die Errichtung einer Deponie der	Die vorgebrachten Hinweise bezüglich der Planung einer Deponie sind der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt, jedoch in Bezug auf die Inhalte des Regionalplans Havelland-Fläming nicht relevant. Begründung: Aufgabe der Regionalplanung ist nicht die Festlegung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	Deponieklasse 1 (DK 1) zu nutzen. 2. Beeinträchtigungen durch die Errichtung einer Deponie DK I in der Fresdorfer Heide (...) 2.1 Einfluss der Errichtung einer Deponie DK I inmitten des wertvollen Naturraumes und Frischluftentstehungsgebietes Fresdorfer Heide auf die Nutzung als Naherholungsgebiet und auf die Möglichkeit von seltenen Naturbeobachtungen (...) 2.2 Eitle Verunstaltung des geschützten Landschaftsbildes (...) 2.3 Waldbrandgefahr: Die Deponieanlage und die dazugehörigen Betriebsanlagen sollen direkt an das Waldgebiet angrenzend errichtet werden (...) 2.4 Beeinträchtigungen durch die Errichtung eines Waldbrandschutzstreifens (...) § 24 LWaldG Schleswig Hollstein - Waldabstand (...), § 20 LWaldG Mecklenburg-Vorpommern - Abstand baulicher Anlagen zum Wald (...), § 25 LWaldG Sachsen - Nachbarrechte und Nachbarpflichten (...) 2.5 Brandschutz und Löschwasser auf der Deponie DK I in der Fresdorfer Heide Löschwasserbedarf (...) Bei der zu errichtenden Deponie DK I handelt es sich ferner um eine Anlage deren Ansiedlung nur in einem Industriegebiet möglich ist. (...) 2.4 Beeinträchtigungen durch den Schwerlastverkehr von und zur Deponie DK 1 (...) 2.5 Beeinträchtigungen für den (Grund-)Wasserhaushalt der Region: Ich beziehe mich auf die Pressemitteilung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes ,,Mittelgraben" als mein Trinkwasserversorgungsunternehmen. „Im Rahmen der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes (WAZV) ,,Mittelgraben" am 17. Juni 2020 wurde die Errichtung einer Deponie in der Fresdorfer Heide abgelehnt (...) 3 Abwägung des öffentlichen Interesses Bei der Abwägung sind vor allem die Standortabwägung und Alternativenprüfung sowie die Planrechtsfertigung einzubeziehen. 3.1 Betrachtung der Standortabwägung / Alternativenprüfung: „Für eine vertiefende Alternativprüfung sind die bestehenden bzw. geplanten DK-I Standorte der Deponien Schoneiche, Deetz und Zossen -Wünsdorf zu betrachten (...) 3.2 Planrechtfertigung: Ist es zweckmäßig 84,20 % des gesamten zukünftigen Brandenburgischen Deponiebedarfes DK I durch Deponien in Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und dem Havelland abzusichern (...) 4. Finanzierung: Durch die Errichtung der Deponie DK I in der Fresdorfer Heide würden bei der Trägerin des Vorhabens erhebliche Betriebsausgaben (...)	von Deponieflächen. Diese werden in separaten Planverfahren ausserhalb der Regionalplanung in gesonderten Genehmigungsverfahren (i.d.R. als Planfeststellungsverfahren) bestimmt, in welchen umfangreiche Sachverhalte, u.a. zu Natur, Umwelt, Beeinträchtigung von Lebensqualität etc. untersucht werden. Hinweis: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage angepasst (Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH).
Stellungnehmer(in): 6404 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3 Oberflächennahe Rohstoffe		
BE-ID: 3258	In TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide behandelt.	Die Beantwortung erfolgt unter TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorfer Heide.
Stellungnehmer(in): 6411 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.2 WEG 29 Christinendorf		
BE-ID: 1099	Stellungnahme zum WEG 29 Über die in dem Entwurf reduzierte Fläche vor Gadsdorf sind wir erfreut. Die Ausweitung gegen Norden halten wir aus Naturfachlicher Sicht kritisch. Die vorhandenen 25 WKA stehen viel zu dicht beieinander, verursachen noch höhere Immissionen und nehmen sich gegenseitig den Wind. Daher ist das das Gebiet bereits heute zu voll.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 1100	Naturschutz: Die Böden im und um das WEG29 wurden 2015 von der zuständigen Behörde als die ertragsreichsten Böden im Landkreis Teltow-Fläming von der Naturschutzbehörde eingestuft. Aufgrund der sinkenden Grundwasserpegel in Brandenburg sollten solche Flächen für die Landwirtschaft und dem Anbau von Nahrungsmitteln vorbehalten sein.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1101	Weiterhin befindet sich das FFH-Gebiet und Natura 2000 Gebiet „Gadsdorfer Torfstiche und Luderbusch", deren Torfstiche eine hohe ökologische Bedeutung für den Klimaschutz haben. Das hat sogar die Bundesregierung und das Land Brandenburg erkannt. https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/moore-klimaschutz-wetscapes-1885506. Das FFH-Gebiet und die Umgebung ist zudem sehr Artenreich und bietet Tieren u.a. auch geschützten Arten Lebensraum und Jagdgebiet. Daher ist der Bau von WKA an und um solche Gebiete auch im Hinblick auf die Biodiversität abzulehnen. Weiterhin würden weitere WKA das Gebiet um das NSG/FFH--Gebiet auch als Nacherholungsgebiet für Anwohner und Besucher als Naherholungsgebiet aufgrund der Nähe zu Berlin beeinträchtigen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1102	Gesundheit: Bei den Planungen wurde die Hauptwindrichtung wurde die Hauptwindrichtung Süd-West zu den Ortschaften nicht ausreichend Rechnung getragen, das bedeutet, dass Gadsdorf mit südlicher Lage zum WEG 29 besonders von Immissionen incl. Infraschall besonders betroffen ist. Windindustriegebiete mit 25 WKA sind eine Zumutung für alle Anwohner. Es kommt nicht nur auf den Abstand an, sondern auch auf die Windrichtung und Größe der Anlagen und der Rotoren.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
BE-ID: 1103	Zusammengefasst ist das ganze Gebiet nicht geeignet: Zu viele Anlagen, falscher Standort mit negativen Folgen für Mensch, Natur und Tier. Warum werden nicht in Sperenberg auf dem alten Flughafen z.B. Solaranlagen gebaut? Die Gemeinde versucht seit langem, mit diesem Areal was Sinnvolles zu machen.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / IV.2.2.2 a) Windhöffigkeit		
BE-ID: 1098	Grundsätzliche Anmerkungen: 1. Auf Seite 12 wird die Windhöfflgkelt für Brandenburg angegeben. Hier wird Bezug genommen auf Daten von 2014. Diese Daten entsprechen nicht dem aktuellen Stand unter Berücksichtigung der Klimaveränderung. Dies muss u.E. dringend neu bewertet werden. Als betroffene Bürger am WEG 29 ist festzustellen, dass die WKA zunehmend stillstehen, weil es mehr Sonne als Wind gibt.	Die Einwendung betrifft Festlegungen zur Windenergienutzung. Die Regionalversammlung hat am 17.11.2022 beschlossen, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen und die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist ein eigenständiges Planwerk. Die vorliegende Einwendung bezieht sich daher auf Sachverhalte, die nicht mehr Regelungsgegenstand des Regionalplans 3.0 sind und wird daher inhaltlich nicht bearbeitet.
Stellungnehmer(in): 9999 / Privat		
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.1 VR 05 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3145	Das VR05 und die Deponie werden abgelehnt: Der Planungs- und Bürgerwille wird ignoriert! - Wiederholte Gemeindebeschlüsse Michendorf und Nuthetal gegen die weitere Nutzung als Kiessandtagebau über den aktuellen Genehmigungszeitraum hinaus. Eine Deponie steht im Widerspruch zum FNP der Gem. Michendorf. - Gegen eine Genehmigung der beiden laufenden Verfahren beim LBGR und LfU zur Erweiterung des Kiessandtagebaus bzw. zur Errichtung einer Deponie in der Fresdorfer Heide gibt es mehr als 1200 Einwendungen von betroffenen Bürgern, denen ich mich hiermit anschließe. Meine wiederholt vorgebrachten Einwendungsinhalte gegen die Errichtung und den Betrieb einer Deponie mit Müllablagerung vor den Toren der Metropole Berlins wird von mir ebenfalls vollumfänglich aufrecht erhalten. - Da geht mir ein großes Stück Demokratieverständnis verloren. Ich fordere Sie und die handelnden Politiker auf, den Willen der Bürger zu akzeptieren, ihre Einwände ernst zu nehmen und im Sinne der Bevölkerung zu handeln. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die Bedenken sind unbegründet. In jedem Fall wird der Bürgerwille mit den Beteiligungsverfahren zum Regionalplan nicht ignoriert, sondern ernst genommen. Der betroffene Bürger muss jedoch auch im Einzelfall die Wirkungen politischer und rechtgebender Entscheidungen dulden. Es erfolgt keine Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3146	Das VR05 und die Deponie werden abgelehnt: Es gibt Anträge der Gemeinden Michendorf und Nuthetal in den zurückliegenden Regionalplanungstreffen (Anmerkung Exzerpierer: Sitzungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming d.R.) die Fresdorfer Heide nicht weiter als Vorranggebiet für den Kiestagebau und/oder als Vorbehaltsgebiet für die Erweiterung des Tagebaubetriebes vorzusehen. Die gesamte Planung ist unvereinbar mit den Planungen und Entwicklungszielen des Landkreises Potsdam-Mittelmark, auf die sich auch die Gemeinden Michendorf und Nuthetal sowie die hier lebenden Menschen bisher berufen dürfen. Der aktuelle Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 verstößt aus meiner Sicht gegen den Grundsatz des Leitbilds für den Landkreis Potsdam- Mittelmark - "Selbstbestimmt die Zukunft gestalten." TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
BE-ID: 3147	Das VR05 und die Deponie werden abgelehnt: - Gefahr der Grund- und Trinkwasserverschmutzung in der Region, weit über die Ortsgrenzen hinaus - angespannte Grundwassermenge verschärft sich weiter - klare Positionierung des Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittelgraben“ gegen die weitere bergbauliche Nutzung der Fresdorfer Heide u.a. aufgrund der bereits heute angespannten Grundwasserversorgung sowie den weiterhin steigenden Wasserbedarf der Wasserversorgungsregion in der Region Michendorf, Nuthetal und Potsdam - meine Gartenwasserversorgung wird gefährdet. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweise: 1) Trinkwasserschutzgebietsausweisungen liegen für dieses Gebiet nicht vor und sind auch hier bzw. angrenzend als Verfahren nicht formal eingeleitet. 2) Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3148	Das VR05 und die Deponie werden aus Verkehrsgründen abgelehnt: - viele hundert LKW-durchfahrten täglich in den umliegenden Gemeinden (keine Anbindung des Geländes an Wasser- oder Schienenwege) - Beeinträchtigung von Lebens- und Erholungsqualität infolge der Gefährdung der körperlichen Gesundheit, u.a. Unfallgefährdung vor allem in den Ortsdurchfahrten durch Schwerlastverkehr (Langerwisch, Gefahren für Fußgänger und Radfahrer usw.) - lieber sollten die Radanbindungen nach Potsdam und Luckenwalde zum Fläming Skate ausgebaut werden - höhere Kosten für die Straßenunterhaltung aufgrund der Dauerbelastung durch die Schwerlasttransporter für den Müll und Beschädigungen, mögliche Risse an Häusern, Einfriedungen etc. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3149	Das VR05 und die Deponie werden wegen massiv erhöhter Waldbrandgefahr abgelehnt. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401,	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Waldbrandgefahr wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	6404	des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweise: 1) Das Waldbrandrisiko liegt nicht signifikant höher als bei Wäldern nahe von Siedlungs-, Gewerbe- oder Verkehrsflächen. Es liegt eher im eintönigen Waldaufbau, der Waldpflege und der Fahrlässigkeit oder Vorsätzlichkeit von Menschen im Wald (siehe z.B. Brandstatistik der Oberförsterei Baruth). 2) Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3150	Das VR05 und die Deponie werden abgelehnt: - Betroffenheit durch stark erhöhte Luftverschmutzung und Feinstaubbelastung durch die weitere industrielle Nutzung der Fresdorfer Heide, - Lärmbelastung für Tier und Mensch in der Region TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Luft-, Staub- und Lärmbelastung werden zur Kenntnis genommen. Sie führen jedoch zu keiner Änderung an der Festlegung des VR05 Fresdorfer Heide. Hinweise: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet angepasst. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt. Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3151	Das VR05 und die Deponie werden aus Umweltgründen abgelehnt: - Wir sind gegen die Erweiterung des Kiestagebaus und eine erneute Befreiung aus dem Landschaftsschutzgebiet, - Zerstörung der Landschaft und eines naturnahen Lebens- und Erholungsraums (u.a. Naturpark Nuthe-Nieplitz), - eine Deponie steht im Widerspruch zu den gültigen Plänen der Landschaftsplanung auf Landes- und Kreisebene, - unmittelbar angrenzend an ein Naturschutzgebiet. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Streichung des VR 05 werden zur Kenntnis genommen. In der Überarbeitung des ersten Planentwurfes wird die geänderte Rechtslage berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3152	Das VR05 und die Deponie werden aus Gründen der Waldzerstörung und mangelnden Klimaschutzes abgelehnt. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384,	Der vorgebrachte Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründung: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahmen MLUK/LFU zum ersten Planentwurf. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3153	Das VR05 und die Deponie werden aus Entwertungsgründen abgelehnt: - Entwertung von Eigentum, - kein wirtschaftlicher Nutzen vor Ort. Es darf nicht nur auf den wirtschaftlichen Nutzen Einzelner bzw. eines einzelnen Unternehmens abgestellt werden. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die Bedenken sind regionalplanerisch nicht relevant und führen zu keiner Planänderung. Begründungen: Wirtschaftliche Betätigung im Rahmen bestehender gesetzlicher Regelungen ist ein normaler und rechtlich nicht zu beanstandender Vorgang. Die Bedenken betreffen nicht den Regelungsbereich der Regionalplanung. Gesetzliche Aufgabe der Regionalen Planungsgemeinschaft ist die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten unabhängig von eigentumsrechtlichen Fragen. Die Details von wirtschaftlichen Vorhaben am konkreten Standort werden erst im Betriebsplangenehmigungsverfahren bekannt werden und sind hinsichtlich genauerer Folgenabschätzung und Ersatzlösungen erst im Rahmen dieses Verfahrens regelbar. Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3154	Das VR05 und die Deponie werden wegen des Vorrangs der Renaturierung abgelehnt: Es sollten schon lange die Bestimmungen des auslaufenden Rahmenbetriebsplans umgesetzt sein. Das bisherige Verhalten des Betreiberunternehmens ist in mehrerlei Hinsicht nicht nachvollziehbar. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Der vorgebrachte Sachverhalt zu einer ursprünglichen Renaturierung wird zur Kenntnis genommen. Er führt jedoch zu keiner Streichung des VR05 Fresdorfer Heide. Begründungen: Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Grundlagen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt lediglich VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 / III.2.3.2 VB 07 Fresdorfer Heide		
BE-ID: 3155	Das VB07 und die Deponie werden abgelehnt: Der Planungs- und Bürgerwille wird ignoriert! - Wiederholte Gemeindebeschlüsse Michendorf und Nuthetal gegen die weitere Nutzung als Kiessandtagebau über den aktuellen Genehmigungszeitraum hinaus. Eine Deponie steht im Widerspruch zum FNP der Gem. Michendorf. - Gegen eine Genehmigung der beiden laufenden Verfahren beim LBGR und LfU zur Erweiterung des Kiessandtagebaus bzw. zur Errichtung einer Deponie in der Fresdorfer Heide gibt es mehr als 1200 Einwendungen von betroffenen Bürgern, denen ich mich hiermit anschließe. Meine wiederholt vorgebrachten Einwendungsinhalte gegen die Errichtung und den Betrieb einer Deponie mit Müllablagerung vor den Toren der Metropole Berlins wird von mir ebenfalls vollumfänglich aufrecht erhalten. - Da geht mir ein großes Stück Demokratieverständnis verloren. Ich fordere Sie und die handelnden Politiker auf, den Willen der Bürger zu akzeptieren, ihre Einwände ernst zu nehmen und im Sinne der Bevölkerung zu handeln. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die Bedenken sind unbegründet. In jedem Fall wird der Bürgerwille mit den Beteiligungsverfahren zum Regionalplan nicht ignoriert, sondern ernst genommen. Der betroffene Bürger muss jedoch auch im Einzelfall die Wirkungen politischer und rechtgebender Entscheidungen dulden. Im Rahmen der geänderten Rechtslage wird die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3156	Das VB07 und die Deponie werden abgelehnt: Es gibt Anträge der Gemeinden Michendorf und Nuthetal in den zurückliegenden Regionalplanungstreffen (Anmerkung Exzerpierer: Sitzungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming d.R.) die Fresdorfer Heide nicht weiter als Vorranggebiet für den Kiestagebau und/oder als Vorbehaltsgebiet für die Erweiterung des Tagebaubetriebes vorzusehen. Die gesamte Planung ist unvereinbar mit den Planungen und Entwicklungszielen des Landkreises Potsdam-Mittelmark, auf die sich auch die Gemeinden Michendorf und Nuthetal sowie die hier lebenden Menschen bisher berufen dürfen. Der aktuelle Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 verstößt aus meiner Sicht gegen den Grundsatz des Leitbilds für den Landkreis Potsdam- Mittelmark - "Selbstbestimmt die Zukunft gestalten." TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3157	Das VB07 und die Deponie werden abgelehnt: - Gefahr der Grund- und Trinkwasserverschmutzung in der Region, weit über die Ortsgrenzen hinaus, - angespannte Grundwassermenge verschärft sich weiter, - klare Positionierung des Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittelgraben“ gegen die weitere bergbauliche Nutzung der Fresdorfer Heide u.a. aufgrund der bereits heute angespannten Grundwasserversorgung sowie den weiterhin steigenden Wasserbedarf der Wasserversorgungsregion in der Region Michendorf, Nuthetal und Potsdam, - meine Gartenwasserversorgung wird gefährdet. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte zur möglichen Beanspruchung als Trinkwasservorratsgebiet werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die wasserschutzrechtlichen Aspekte behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweise: 1) Trinkwasserschutzgebietsausweisungen liegen für dieses Gebiet nicht vor und sind auch hier bzw. angrenzend als Verfahren nicht formal eingeleitet. 2) Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3158	Das VB07 und die Deponie werden aus Verkehrsgründen abgelehnt: - viele hundert LKW-durchfahrten täglich in den umliegenden Gemeinden (keine Anbindung des Geländes an Wasser- oder Schienenwege), - Beeinträchtigung von Lebens- und Erholungsqualität infolge der Gefährdung der körperlichen Gesundheit, u.a. Unfallgefährdung vor allem in den Ortsdurchfahrten durch Schwerlastverkehr (Langerwisch, Gefahren für Fußgänger und Radfahrer usw.), - lieber sollten die Radanbindungen nach Potsdam und Luckenwalde zum Fläming Skate ausgebaut werden, - höhere Kosten für die Straßenunterhaltung aufgrund der Dauerbelastung durch die Schwerlasttransporter für den Müll und Beschädigungen, mögliche Risse an Häusern, Einfriedungen etc. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 23_v 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Erschließung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. In der Begründung zum PFB hat das LBGR auch die Erschließung behandelt. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3159	Das VB07 und die Deponie werden wegen massiv erhöhter Waldbrandgefahr abgelehnt. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Waldbrandgefahr wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweise: 1) Das Waldbrandrisiko liegt nicht signifikant höher als bei Wäldern nahe von Siedlungs-, Gewerbe- oder Verkehrsflächen. Es liegt eher im eintönigen Waldaufbau, der Waldpflege und der Fahrlässigkeit oder Vorsätzlichkeit von Menschen im Wald (siehe z.B. Brandstatistik der Oberförsterei Baruth). 2) Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3160	Das VB07 und die Deponie werden abgelehnt: - Betroffenheit durch stark erhöhte Luftverschmutzung und Feinstaubbelastung durch die weitere industrielle Nutzung der Fresdorfer Heide, - Lärmbelastung für Tier und Mensch in der Region TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte zur Luft-, Staub- und Lärmbelastung werden zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3161	Das VB07 und die Deponie werden aus Umweltgründen abgelehnt: - Wir sind gegen die Erweiterung des Kiestagebaus und eine erneute Befreiung aus dem Landschaftsschutzgebiet, - Zerstörung der Landschaft und eines naturnahen Lebens- und Erholungsraums (u.a. Naturpark Nuthe-Nieplitz), - eine Deponie steht im Widerspruch zu den gültigen Plänen der Landschaftsplanung auf Landes- und Kreisebene, - unmittelbar angrenzend an ein Naturschutzgebiet. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die vorgebrachten Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3162	Das VB07 und die Deponie werden aus Gründen der Waldzerstörung und mangelnden Klimaschutzes abgelehnt. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Der vorgebrachte Sachverhalt zur Waldzerstörung und zum Klimaschutz wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für

Stellungnahme		Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
		rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3163	Das VB07 und die Deponie werden aus Entwertungsgründen abgelehnt: - Entwertung von Eigentum, - kein wirtschaftlicher Nutzen vor Ort. Es darf nicht nur auf den wirtschaftlichen Nutzen Einzelner bzw. eines einzelnen Unternehmens abgestellt werden. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Die Bedenken sind regionalplanerisch nicht relevant und führen zu keiner Planänderung. Begründungen: Wirtschaftliche Betätigung im Rahmen bestehender gesetzlicher Regelungen ist ein normaler und rechtlich nicht zu beanstandender Vorgang. Die Bedenken betreffen nicht den Regelungsbereich der Regionalplanung. Gesetzliche Aufgabe der Regionalen Planungsgemeinschaft ist die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten unabhängig von eigentumsrechtlichen Fragen. Die Details von wirtschaftlichen Vorhaben am konkreten Standort werden erst im Betriebsplangenehmigungsverfahren bekannt werden und sind hinsichtlich genauerer Folgenabschätzung und Ersatzlösungen erst im Rahmen dieses Verfahrens regelbar. Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.
BE-ID: 3164	Das VB07 und die Deponie werden wegen des Vorrangs der Renaturierung abgelehnt: Es sollten schon lange die Bestimmungen des auslaufenden Rahmenbetriebsplans umgesetzt sein. Das bisherige Verhalten des Betreiberunternehmens ist in mehrerlei Hinsicht nicht nachvollziehbar. TÖB-Nr. 9999 als Referenz der Zusammenfassung der Bürgerschreiben Fresdorf aus folgenden TÖB-Nummern: 6081, 6082, 6083, 6084, 6085, 6086, 6096, 6097, 6098, 6099, 6101, 6102, 6114, 6115, 6116, 6117, 6128, 6130, 6134, 6135, 6139, 6141, 6142, 6143, 6144, 6145, 6151, 6167, 6168, 6169, 6170, 6171, 6175, 6176, 6178, 6180, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186, 6188, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221, 6223, 6234, 6235, 6236, 6237, 6238, 6239, 6242, 6243, 6244, 6245, 6335, 6338, 6339, 6340, 6342, 6343, 6347, 6380, 6381, 6384, 6385, 6386, 6397, 6399, 6401, 6404	Der vorgebrachte Sachverhalt zu einer ursprünglichen Renaturierung wird zur Kenntnis genommen. Er wird im Rahmen der geänderten Rechtslage mittelbar berücksichtigt: Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH als Vorranggebiet übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als Vorbehaltsgebiet festgelegt, da sich diese vollständig im LSG befinden. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU, wonach eine Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur erfolgt, sofern für rechtskräftige Betriebspläne eine Befreiung von der LSG-Verordnung vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus. Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0. Hinweis: Über eine Deponienutzung trifft der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 keine Aussagen.

Anhang

Hilfe zum Auffinden von Stellungnahmen

Jedem Stellungnehmenden ist eine eindeutige TÖB-Nr. zugeordnet. Die Abwägungstabelle ist nach der TÖB-Nr. sortiert. Die Inhalte, die einem Stellungnehmenden zugeordnet werden konnten, stehen in der Tabelle jeweils nach einer blau hervorgehobenen Zeile mit der Benennung der TÖB-Nr. und der stellungnehmenden Stelle. Mit Hilfe der nachfolgenden Tabelle können die den Stellungnehmenden jeweils zugeordneten Inhalte in der Tabelle aufgefunden werden.

Inhalte von Stellungnahmen, die Privatpersonen abgegeben haben, werden unter der Bezeichnung „Privat“ in der Abwägungstabelle aufgeführt. Die betreffenden Personen können zu den von Ihnen eingereichten Stellungnahmen von der Regionalen Planungsstelle auf Anforderung (E-Mail: info@havelland-flaeming.de, Telefon 03328 33540) eine individuelle Auskunft erhalten.

Alphabetische Liste der Stellen, die eine Stellungnahme abgegeben haben
(ohne Privatpersonen)

Stelle	**TÖB-ID**
50Hertz Transmission GmbH	260
Agrar Planetal Golzow GmbH	2120
Amt Beetzsee	11
Amt Brück	12
Amt Nennhausen	15
Amt Niemegk	16
Amt Rhinow	17
Amt Ziesar	19
APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH	2069
Assetseeds Germany GmbH	2087
B90/Die Grünen Fraktion in der SVV Brandenburg an der Havel	6140
Bauzuschlagsstoffe & Recycling GmbH	2117
Berliner Stadtgüter GmbH	2155
Berliner Wasserbetriebe	214
Bezirksamt Spandau	8
BFU-Brandenburgische Flächen und Umwelt GmbH	2147
Brandenburgische Boden GmbH	313
Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen	2075
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	153
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	2009
Bundeseisenbahnvermögen Dienststelle Nord	135
Bundesgesellschaft für Endlagerung	2094
Bundesministerium für Digitales und Verkehr	137

Stelle	TÖB-ID
Dahme-Nuthe Wasser-Abwasserbetriebsgesellschaft mbH (DNWAB)	1680
Deutsche Bahn AG	140
Deutsche Telekom Technik GmbH	2135
Deutscher Wetterdienst, Niederlassung Potsdam	145
DFMG Deutsche Funkturm GmbH	2041
Die Autobahn GmbH des Bundes, NL Nordost	2061
E.ON e.dis AG	217
Ericsson Services GmbH	481
Familienbetriebe Land und Forst Brandenburg e. V.	2143
Fernstraßen-Bundesamt (FBA)	2062
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	2079
Flugplatz Bienenfarm	2159
Forstbetrieb Arensnest	2157
Gascade Gastransport GmbH	490
Gemeinde Am Mellensee	20
Gemeinde Brieselang	30
Gemeinde Dahmetal	34
Gemeinde Fehrbellin	107
Gemeinde Groß Kreutz (Havel)	42
Gemeinde Großbeeren	43
Gemeinde Heideblick	126
Gemeinde Ihlow	47
Gemeinde Kleinmachnow	50
Gemeinde Kloster Lehnin	52
Gemeinde Michendorf	58
Gemeinde Milower Land	59
Gemeinde Niederer Fläming	64
Gemeinde Niedergörsdorf	65
Gemeinde Nuthetal	67
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	68
Gemeinde Schönefeld	114
Gemeinde Schönwalde-Glien	82
Gemeinde Schwielowsee	83
Gemeinde Stahnsdorf	86
Gemeinde Wiesenburg/Mark	94
Gemeinde Wustermark	96
Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg	170

Stelle	TÖB-ID
Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	171
Genossenschaft Wachower Landwirte (GWL) e.G.	2152
Göttiner Bürgerinitiative Naturnahe Orts- und Stadtteile e. V.	2106
Horstfelder Sand und Kies GmbH & Co. KG	760
ib vogt GmbH	2151
IHK Potsdam	267
Ingenieurbüro Scholz	2083
juwi AG	2141
Kronos Solar Projects GmbH	2100
Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit	189
Landesamt für Bauen und Verkehr	169
Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg	164
Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	200
Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	167
Landesamt für Soziales und Versorgung	190
Landesamt für Umwelt	183
Landesbetrieb Forst Brandenburg	172
Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg	2080
Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR Haus der Natur	287
Landeseisenbahnaufsicht Brandenburg	142
Landeshauptstadt Potsdam	7
Landkreis Dahme-Spreewald	100
Landkreis Elbe-Elster	101
Landkreis Havelland	3
Landkreis Jerichower Land	327
Landkreis Oberhavel	102
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	103
Landkreis Potsdam-Mittelmark	4
Landkreis Stendal	328
Landkreis Teltow-Fläming	5
Landkreis Wittenberg	330
Landkreistag Brandenburg	281
Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V.	1678
Lutherstadt Wittenberg	336
Max Bögl Stiftung & Co KG	2104
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen Betriebsgesellschaft mbH	483
Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg	179

Stelle	TÖB-ID
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg	182
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	188
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg	162
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	199
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH	220
naturwind Potsdam GmbH	2102
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	434
Nunsdorfer Landwirtschaftsgesellschaft mbH	2134
Ortsbeirat Satzkorn, Stadt Potsdam	2088
Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH	234
Regionale Planungsgemeinschaft Altmark	324
Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	1
Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg	326
Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	2
Rounds Energy	2149
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Abteilung I	417
SOLARNET Investment GmbH	2103
Solarpark Heinsdorfer GmbH	2136
Stadt Beelitz	22
Stadt Brandenburg an der Havel	6
Stadt Coswig (Anhalt)	331
Stadt Dahme/Mark	33
Stadt Falkensee	36
Stadt Genthin	332
Stadt Hennigsdorf	104
Stadt Jüterbog	48
Stadt Ketzin/Havel	49
Stadt Luckau	125
Stadt Luckenwalde	55
Stadt Ludwigsfelde	56
Stadt Nauen	62
Stadt Premnitz	74
Stadt Rathenow	77
Stadt Teltow	88
Stadt Trebbin	89
Stadt Werder (Havel)	92
Stadt Zossen	99

Stelle	TÖB-ID
Stadtwerke Potsdam GmbH	2070
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg	2073
Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)	232
Tourismusverband Fläming e.V.	2001
Unternehmerverband Mineralische Baustoffe e.V. (UVMB)	283
Waldbesitzerverband Brandenburg e.V.	285
Wasser- u. Abwasserzweckverband Emster	211
Wasser- und Abwasserverband Havelland	245
Wasser- und Abwasserverband Rathenow	246
Wasser- und Abwasserzweckverband Beetzseegemeinden	247
Wasser- und Abwasserzweckverband Nieplitz	239
Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland	250
Wasser- und Bodenverband Großer Havelhauptkanal-Havelkanal-Havelseen	252
Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz	225
Wasser- und Bodenverband Rhin-/Havelluch	402
Wasser- und Bodenverband Untere Havel - Brandenburger Havel	253
Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel	2078